Jahrbücher
für
Geschichte Osteuropas

Herausgeber

HANS UEBERSBERGER BERLIN

Jahrgang 4 1939

(1966)

Verlag Priebatschs Buchhandlung Breslau
Inhaber Erich Thiel und Karl-Hans Hintermeier

Reprinted with the permission of Osteuropa-Institut

JOHNSON REPRINT CORPORATION
111 Fifth Avenue, New York, N.Y. 10003

JOHNSON REPRINT COMPANY LTD.
Berkeley Square House, London, W. 1

Anschriften des Gesamtreferates und der Berliner Fachreferenten: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 6 (Seminar für osteuropäische Geschichte).
Anschrift des Leipziger Fachreferenten: Leipzig C 1, Universitätsstraße 13 (Südosteuropa-Institut).
Anschrift des Göttinger Fachreferenten: Göttingen, Herzberger Landstr. 42.
Anschrift des Lubliner Fachreferenten: Lublin (Gen.-Gouvernement), Chef des Distrikts, Archivamt.

Alle Anfragen, Aufsätze und Buchbesprechungen sind an den Herausgeber oder das Gesamtreferat zu richten, Korrekturen nach jeweiliger Angabe an die Fachreferenten.

First reprinting, 1966, Johnson Reprint Corporation

Printed in West Germany

Druck: Anton Hain KG, Meisenheim (Glan)

GESAMTINHALTSVERZEICHNIS

I. ABHANDLUNGEN:

II. BÜCHERBESPRECHUNGEN:

Jahrbücher
für
Geschichte
Osteuropas

Herausgeber
HANS UEBERSBERGER BERLIN

Jahrgang 4 Heft 1/2 1939

Verlag Priebatschs Buchhandlung Breslau
Inhaber Erich Thiel und Karl-Hans Hintermeier

Redaktionelle Leitung.

Gesamtreferat:

H. Fleischhacker, H. Jablonowski (Berlin).

Fachreferate:

R. Seeberg-Elverfeldt (Stettin): Baltikum.
H. Fleischhacker (Berlin): Rußland.
H. Jablonowski (Berlin): Polen.
G. Stadtmüller (Leipzig): Ehem. Tschecho-Slowakei, Ungarn, Balkan, Byzanz.
B. Spuler (Göttingen): Orient, Deutscher Osten, übriges Europa.
W. Philipp (Berlin): Bibliographie.

Anschriften des Gesamtreferates und der Berliner Fachreferenten: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 6 (Seminar für osteuropäische Geschichte).
Anschrift des Leipziger Fachreferenten: Leipzig C 1, Universitätsstraße 13 (Südosteuropa-Institut).
Anschrift des Göttinger Fachreferenten: Göttingen, Herzberger Landstr. 42.
Anschrift des Stettiner Fachreferenten: Stettin, Karkutschstr. 13.

Alle Anfragen, Aufsätze und Buchbesprechungen sind an den Herausgeber oder das Gesamtreferat zu richten, Korrekturen nach jeweiliger Angabe an die Fachreferenten.

A B H A N D L U N G E N

MICHAEL FREIHERR VON TAUBE

DIE ENGLISCHE AUSSENPOLITIK UNTER SIR EDWARD GREY IN ENGLISCHER BELEUCHTUNG (1905—1916)

Als der Verfasser dieser Zeilen in einer delikaten politischen Angelegenheit einmal, von Izvol'skij befragt, die Meinung aussprach, man könnte einer ausländischen Regierung den wahren Grund eines etwas bedenklichen Schrittes des Petersburger Kabinetts doch ruhig angeben, antwortete mir der russische Außenminister: „Oui, cela serait vrai, mais ... invraisemblable!" — Er hat also in diesem Falle — vielleicht mit großem diplomatischem Geschick — eine plausible Unwahrheit einer unwahrscheinlichen Wahrheit vorgezogen ...

Dieser kleine Zwischenfall kommt mir nicht aus dem Sinn, während ich nach Durchlesen der interessanten Biographie des berühmten langjährigen Leiters der britischen Außenpolitik, Sir Edward Grey, aus der Feder des ihm befreundeten George Macaulay Trevelyan[1] nach einer Formel suche, die die Darstellungsweise des englischen Historikers (wenigstens an einigen außenpolitisch besonders wichtigen Stellen seines Werkes) charakterisieren könnte. Ich muß freilich sofort betonen, daß es sich hier selbstverständlich um keine bewußte Falsifikation der Geschichte handelt, sondern um einen spezifisch englischen, dabei aus der psychologischen Einstellung der Kriegszeit stammenden, rein subjektiven Erklärungsversuch gewisser geschichtlicher Ereignisse, die, objektiv betrachtet, eben ganz anders aussehen.

In folgendem sollen nun einige unbedingt notwendige Korrekturen solcher subjektiven Erklärungsversuche vorgeschlagen werden, — speziell vom russischen Standpunkt aus — wobei uns Trevelyans historische Mißgriffe gerade als wohlklingende w a h r - h e i t s ä h n l i c h e, aber durchaus nicht wahrheitsgetreue Behauptungen erscheinen. Diese passen übrigens ganz vorzüglich zu dem ganzen Ton der eigentümlichen Trevelyanschen Lebensbe-

---

[1] G. M. T r e v e l y a n, Sir Edward Grey. Sein Leben und Werk — Eine Grundlegung englischer Politik (Deutsche Übertragung von G. Schilde). Essen 1938. Essener Verlagsanstalt. 503 S.

schreibung seines Helden, die u. E. getrost noch einen Untertitel erhalten könnte, — etwa: „Heiligenlegende eines unfehlbar edlen britischen Politikers neuerer Zeit"....

Versetzt doch unseren Historiker beinahe in eine bewundernde Extase sogar Lord Greys „besondere Kunst des Angelns mit der künstlichen Fliege" (S. 27 f.) oder seine Zucht von Wildenten oder auch die — doch recht peinliche — Tatsache, daß der künftige Kanzler der Universität Oxford in seinen Studentenjahren von dieser selben Universität „wegen unverbesserlicher Faulheit" verwiesen wurde (S. 30).

Unter dem Gesichtswinkel der russischen Außenpolitik der Vorkriegszeit und während des Krieges sind nun folgende nicht unwichtige historische Momente in Trevelyans Darstellung als nur wahrheitsähnliche Unwahrheiten zu bezeichnen.

I. 1907: russisch-englisches Abkommen über Asien.

Gleich am Anfang des dem bekannten russisch-englischen Abkommen von 1907 gewidmeten Kapitels (S. 227) erklärt Trevelyan kategorisch — mit selbstverständlichem Stolz —, Grey sei „der eigentliche Urheber" dieser für England so glänzenden international-politischen Leistung gewesen. Glänzend aber war die Leistung deshalb, weil die russische Diplomatie, wie es seitdem mehrfach nachgewiesen worden ist, sich mittels dieses Abkommens mit den Engländern in einen richtigen „marché de dupes" einließ. Der „eigentliche Urheber" desselben war aber leider nicht so sehr der damals besonders noch recht unentschlossene und zögernde Grey, sondern Izvol'skij selbst, im Bunde mit dem blinden russischen Anglophilen, der in London das Zarenreich vertrat, — dem Grafen Benckendorff. Gegen alle russischen Interessenten und kompetenten Dienststellen, ja sogar gegen seine eigenen Mitarbeiter im Außenministerium und im Auslande, besonders in Persien[2], opferte damals Izvol'skij auf der ganzen Front die russischen Belange in Asien der fixen Idee, auf diese Weise Englands traditionelles Mißtrauen beseitigen und auf dessen politische Unterstützung in Europa rechnen zu können. Greys Verdienst bestand demzufolge nur darin, daß er die in Wirklichkeit vom klugen Arthur Nicolson in Petersburg geführten Verhandlungen billigte, — um dann 18 Jahre später, in seinen Memoiren, zuzugeben, wie er die Russen in diesem Falle gründlich düpiert hätte. Der eigentliche Held der

---

[2] Vgl. darüber Izvol'skijs bittere Klagen an Graf Benckendorff in London in seiner jetzt veröffentlichten „Correspondance diplomatique" (S. die zweite gleich weiter folgende Fußnote), z. B. S. 366, 377 f. und passim. Bekannte russische Diplomaten, wie Hartwig, sein Gehilfe Sementovskij, Korostovec und andere zählten damals zu den entschiedensten Gegnern der Izvol'skijschen Politik in Asien.

ganzen Aktion englischerseits war also Nicolson, — was Trevelyan unter anderem völlig verkennt[3].

Der tatsächliche, oben dargestellte Sachverhalt ergibt sich mit aller Deutlichkeit aus den heute publizierten diplomatischen Dokumenten, vor allem aus dem Briefwechsel Izvol'skijs mit Graf Benckendorff, mitunter mit ziemlich bescheidener Bewertung der persönlichen Fähigkeiten Greys[4].

II. 1908—1909: die „Annexions-Krise"

Den Versuch Izvol'skijs, die unumgängliche Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn durch Öffnung der türkischen Meerengen für russische Kriegsschiffe zugunsten Rußlands kompensieren zu lassen, — der bekanntlich zu der schlecht durchdachten, schlecht vorbereiteten und schlecht durchgeführten Buchlau-Konferenz führte — wird von Trevelyan gleichfalls sehr einseitig, und folglich unrichtig, dargestellt. Und das ist um so bedauerlicher, als der englische Historiker ausdrücklich erkennt, daß „1908 1914 in seinen Armen hielt" (S. 283).

Auch in diesem Falle erscheint ihm Grey als ein tadelloser Ritter der internationalen Gerechtigkeit, der nur darum besorgt gewesen sein soll, gegen den „groben Bruch des internationalen Rechts" seitens der österreichisch-ungarischen Regierung die vertraglichen Rechte der Türkei zu beschützen und das ganze Problem durch eine internationale Konferenz schlichten zu lassen (S. 280 ff.).

Zu dieser Frage habe ich nun zweierlei zu bemerken. Erstens unterliegt es keinem Zweifel, daß Izvol'skijs ganz eigenmächtiges Vorgehen in dieser Sache (das er sogar dem Zaren und seinem Ministerpräsidenten Stolypin verschwiegen hatte) psychologisch völlig unverständlich und sogar absurd gewesen wäre ohne seine nach den Verhandlungen mit Sir Charles Hardinge in Reval im Juni 1908 (anläßlich des Besuches des Königs von England) gewonnene feste Überzeugung, er könne fortan für seine obige österreichisch-türkische Kombination auf eine treue Unterstützung Großbritanniens rechnen. Es ist wahr, daß diese Überzeugung Izvol'skijs eine ganz irrige gewesen sein kann, da tatsächlich keine Spur einer etwa in Reval erfolgten Ermutigung Englands in dieser Richtung in den offiziellen Dokumenten zu finden ist; aber diese Überzeu-

---

[3] S. 232: „Vom Juni 1906 bis zum August 1907 wurden die Verhandlungen weiter getrieben. Obgleich Sir Arthur Nicolson jetzt Botschafter in St. Petersburg war, überstieg diese Aufgabe das Können des fähigsten Diplomaten" . . . Russischerseits war es nur zu bedauern, daß Nicolsons Können die Aufgabe geradezu mustergültig bewältigt hatte.

[4] Dem Verfasser ist natürlich folgende wichtige russisch-französische Publikation entgangen: „Au Service de la Russie — Alexandre Iswolsky — Correspondance diplomatique 1906—1911", Paris 1937, von Helene Iswolsky und G. Chklaver. Vgl. dort z. B. S. 313: „Grey est trop simpliste" ... S. 323: „Grey un peu novice"... S. 409: „Je vais au For. Off., mais il n'en sort pas grand chose, on ne sait que me dire" usw. (Alles von Benckendorff.)

gung fließt bei ihm außerdem auch aus einer zweiten Quelle — aus seinem Abkommen mit England von 1907, dessen einziger Sinn ja gerade die Erwerbung der englischen Freundschaft für Europa gewesen war. Diese Geistesverfassung spielte jedenfalls die Hauptrolle in der ganzen Buchlau-Aktion des russischen Ministers und dürfte daher bei einer objektiven Beurteilung der Ereignisse von 1908—1909 keinesfalls verschwiegen werden. Über Izvol'skijs Besuch in London im selben Oktober 1908 und die (leider zu späte) Einsicht des „getäuschten Intriganten" (wie ihn Trevelyan S. 281 qualifiziert), daß Sir Edward ihm nicht im geringsten helfen würde, — finden wir bei dem britischen Historiker kein einziges Wort![5].

Das alles ist aber allerdings nur die subjektive Seite der hier in Rede stehenden Angelegenheit. Es gibt aber außerdem auch eine objektive Seite, die bei Trevelyan — immer ad majorem gloriam seines Helden — entschieden falsch dargestellt worden ist.

Izvol'skijs Plan war ja von Anfang an, die von ihm ausgedachte Kombination eben durch eine internationale Konferenz sanktionieren zu lassen. Diese Idee vertrat er schon in Buchlau und ganz besonders nach der erfolgten Annexion — diesmal zugleich als persönliche Ehrenrettung —, um den formal unzweifelhaften Bruch des Völkerrechts seitens Österreichs gleichfalls „völkerrechtlich" zu vertuschen; ich selbst mußte damals nachträglich einige Denkschriften in diesem Sinne für Izvol'skij verfassen, unter anderem mit ausdrücklichem Hinweis auf die völlige juristische Gleichartigkeit der Annexion von 1908 und der russischen Kündigung einiger Verpflichtungen von 1856 im Jahre 1870 (Schwarzes Meer!), die zur Einberufung der bekannten Londoner Konferenz von 1871 Veranlassung gegeben hatte ...[6].

Eine große internationale Konferenz für alle diese Ostfragen war also Izvol'skijs ureigenster Wunsch und Ideal. — Was lesen wir nur zu der ganzen Entwicklung bei Trevelyan? In seiner einseitigen Tendenz, Sir Edward Grey überall als einen einzeln dastehenden edlen Ritter der Gerechtigkeit darzustellen, bietet er dem Leser bloß folgendes (S. 282):

„Der Rückschlag (der Annexion) für Greys Politik" — schreibt er — „war sehr ernst. Er hatte versucht, darauf zu bestehen, daß der Bruch des Vertrages über Bosnien durch eine internationale Konferenz geschlichtet werden sollte, und fand sich mit dieser Forderung praktisch allein ..." Und Trevelyan fügt elegisch hinzu, daß man auf diese Weise nicht das letztemal die englischen Be-

---

[5]) Einige delikate Einzelheiten dieser ganzen Geschichte finden sich in meinen Aufzeichnungen „Der großen Katastrophe entgegen" (Lpz. 1937, 2. Ausg.), S. 169f. und 176 f.

[6]) S. dazu mein eben genanntes Buch, besonders S. 175 mit Anm., 182 und 204. — Izvol'skijs Plan konnte nicht verwirklicht werden, da man sich nach Fürst Bülows Vorschlag damit begnügen mußte, den von Österreich verletzten Artikel XXV des Berliner Vertrages lediglich durch separate Noten der interessierten Mächte aufzuheben.

mühungen verkannt habe, „für internationale Rechtmäßigkeit um ihrer selbst willen einzutreten".

Das klingt zwar sehr feierlich und schön. Es ist aber immerhin erlaubt zu glauben, daß in einer hochpolitischen Frage wie die der türkischen Meerengen, die „internationale Rechtmäßigkeit" doch nicht einzig und allein für Englands und Sir Edward Greys Handeln maßgebend gewesen sein wird. Und der folgende stolze Satz: „Daß irgendein Land die Verteidigung des Rechts der Nationen als ein Ziel an sich ansehen konnte, war den europäischen Staatsmännern undenkbar" — ist gerade in der Biographie desjenigen britischen Staatsmanns wenig am Platze, der ein Jahr vor der österreichischen Annexion einen Vertrag über Persiens zynische Aufteilung unterschrieben hatte.

III. 1914: Ausbruch des Weltkrieges.

Meine dritte kritische Bemerkung gilt dem verhängnisvollen Jahre 1914. — Über den Ausbruch des Weltkrieges, seine unmittelbaren und mittelbaren Ursachen und die sogenannte „Schuld am Kriege" sind ganze Berge von Büchern geschrieben, und es ist nicht leicht — und wohl auch zwecklos — etwas neues auf diesem Gebiete herauszufinden; zwecklos, — weil (abgesehen von einigen sehr wenigen denkenden Köpfen) die große Mehrzahl der Autoren wie auch der Leser endgültig und hoffnungslos in der Kriegspsychose von 2 feindlichen Lagern erstarrt zu sein scheint: hie Welf, hie Waiblingen! Bei solcher Einstellung ist man gewöhnlich für alle angeführten Argumente aus dem „feindlichen" Lager einfach taub. Und doch gibt es eine Anzahl von gut bezeugten und nachgewiesenen historischen Tatsachen aus der Vorgeschichte des Krieges, die zu ignorieren nur sehr oberflächlichen Schriftstellern erlaubt ist. Was die britische Politik aus jener Zeit anlangt, so gehört zu solchen kriegsgeschichtlichen Tatsachen die weit verbreitete Überzeugung, — die u. a. auch der Verfasser dieser Zeilen teilt — daß in den letzten Juli-Tagen 1914 nur eine ausdrückliche Erklärung des britischen Kabinetts, daß England im Falle eines europäischen Krieges nicht neutral bleiben und sich eventuell der russisch-französischen Allianz anschließen würde, die herannahende Katastrophe beschwören konnte. Dieser festen Übeuzeugung war man damals bekanntlich in Petersburg und Paris, wie auch in London — im Kreise der nächsten Mitarbeiter von Sir Edward Grey. Niemand konnte aber die Unschlüssigkeit des britischen Ministers überwinden. Das ist doch eine feststehende, nicht zu leugnende Tatsache, — und die versucht nun Lord Greys offizieller Biograph nach Möglichkeit zu vertuschen.

Er fragt sich nämlich, ob Grey hätte verhindern können, daß die „Lawine" niederging (S. 313), und antwortet folgendermaßen, mit Hinweis auf Greys unsicher-traurige Geistesverfassung in der folgenden Zeit: „Bis zum Ende konnte er nicht finden, was er mehr

hätte tun können". Und zu dieser seiner Behauptung zitiert Trevelyan Grey selbst, der da in einem Privatbrief vom Jahre 1918 folgender Meinung Ausdruck gegeben hat (S. 314):

„Ich habe mich oft selbst gequält mit der Frage, ob ich durch mehr Vorsorge oder Klugheit den Krieg hätte verhindern können, aber ich bin zu dem Schluß gekommen, daß kein Mensch das hätte erreichen können. Nichts hätte ihn abwenden können außer einer Veränderung der preußischen Natur" (!).

Subjektiv kann das alles vielleicht wiederum recht überzeugend klingen, objektiv präsentieren sich diese fatalen Zusammenhänge doch etwas anders. Denn nach bestem Wissen und Gewissen könnte der Verfasser dieser Zeilen auch heute noch wiederholen, was er zu dieser Frage bereits 1928 gesagt hat: Gewiß, die ganze Politik Lord Greys in jenem Zeitpunkt war ganz korrekt, maßvoll, umsichtig, erfüllt von Fürsorge für die Erhaltung des Friedens in Europa: Noten, Briefe, Telegramme, Denkschriften, ununterbrochene Verhandlungen und Vorstellungen mit Mahnungen zur Mäßigung, Vermittlungs- und Konferenzpläne usw. usw. Aber — wurde nicht bei alledem das Wesentlichste vergessen? Wurde das entscheidende Wort gesprochen, das „Veto" eingelegt, das man von England erwartete und das höchstwahrscheinlich imstande gewesen wäre, die halb aus der Scheide gezogenen Schwerter zurückzuhalten? — Nein! Und warum? Man weiß es nicht. Man könnte sogar darüber die verschiedensten Hypothesen aufstellen. Sogar die schlimmste, wenn, äußerlich betrachtet, man die in Rede stehenden politischen Ereignisse ohne psychologisch gebotene Rücksicht für Greys Charakter und moralische Eigenschaften beurteilen würde: das heißt, — auch die Hypothese des geheimen Wunsches der machiavellistischen englischen Diplomatie, den herannahenden Zusammenstoß der beiden Hauptnebenbuhler Englands, Rußland und Deutschland, nicht zu verhindern, wenn nicht gerade herbeizuführen. Denn gewisse Anzeichen auch für eine derartige Erklärung des jedenfalls sonderbaren Benehmens des britischen Außenministers vor dem Kriegsausbruch sind nicht aus der Welt zu schaffen. An dem von Trevelyan eingeleiteten Heiligsprechungsprozeß muß ja eben ein advocatus diaboli teilnehmen, und dem soll es nicht verwehrt werden, einige sonderbare Tatsachen dieser Art hier geltend zu machen.

Trevelyan selbst veröffentlicht (S. 288) einen sehr wichtigen Brief des Königs Georg an Sir Edward Grey vom 8. Dezember 1912 des Inhalts, daß der König dem Prinzen Heinrich von Preußen gesagt habe, daß in einem eventuellen Kriege Deutschlands und Österreichs gegen Rußland und Frankreich England „unter gewissen Umständen" diesen letzteren Großmächten beistehen werde. Grey billigte damals diese Stellungnahme des Königs völlig, umsomehr als er selbst schon 1906 (in einer Denkschrift vom 20. Februar) ähnlichen Ansichten Ausdruck gegeben hatte. Und nun, gerade als es sich darum handelte, diese politische Einstellung ins

Werk zu setzen und urbi et orbi dies offen zu verkünden, — um die deutsche Kriegserklärung zu vermeiden — schweigt er und findet dafür tausend Argumente, die seine Vorgänger, auch in weniger ernsten Augenblicken, ganz einfach ignoriert hätten . . .

Grey antwortete dabei weder auf mehrmalige Ersuchen von Petersburg und Paris noch andererseits auf die Bitte des Berliner Kabinetts, wenigstens die Bedingungen anzugeben, unter denen England neutral bleiben würde. Kein Wunder, daß dieses rätselhafte Verhalten des britischen Außenministers sehr verschiedentlich ausgelegt werden konnte und daß in dieser ungesunden Londoner Atmosphäre die mißverständliche Überzeugung entstehen konnte, daß im Falle eines europäischen Konfliktes Großbritannien jedenfalls neutral bleiben würde. Wir wissen jetzt nämlich, daß der damalige deutsche Militärattaché in London, Kapitän Erich von Müller, noch am 26. Juli 1914 gerade in diesem Sinne nach Berlin berichten konnte und zwar auf Grund einer Mitteilung desselben Prinzen Heinrich von einer entsprechenden Zusicherung, die ihm derselbe König Georg im Buckingham Palace am 25. Juli gegeben hatte![7].

Will man aber diese letzten Enthüllungen für irgendein Mißverständnis halten und Lord Grey keine zu weit gehenden perfiden Pläne zuschieben, so bliebe immerhin die unleugbare Tatsache übrig, daß trotz aller Verschönerung Trevelyans der britische Außenminister in jenen fatalen Juli- und August-Tagen 1914 absolut nicht auf der Höhe der äußerst verwickelten politischen Situation stand. Es genügt in dieser Beziehung sich seiner fast lächerlichen Verhandlung mit dem deutschen Botschafter Fürst Lichnowsky am 1. August zu erinnern, die er übrigens auch selbst in seinen Memoiren seiner völligen inneren Unsicherheit zuschrieb! Wie anders wäre auch sein damaliger mehr als phantastischer Vorschlag zu erklären, nach welchem die französischen und deutschen Truppen an der Grenze im Frieden haltmachen sollten, trotz des bereits angefangenen Kampfes zwischen Rußland und Deutschland-Österreich im Osten . . .

Es wäre interessant zu wissen, wie man englischerseits einen ähnlichen Vorschlag, sagen wir, eines russischen Ministers charakterisiert hätte — in einem England direkt betreffenden politischen Konflikt?! —

IV. 1914—1915: Konstantinopel und Persien.

Dem für einen Russen besonders peinlichen Problem „Konstantinopel im Weltkriege" — mit dem auch „Persien" eng verbunden war — schenkt Trevelyan nur wenig Beachtung. Für ihn — was schon an und für sich recht charakteristisch ist — bildet die

---

[7] Diese Enthüllungen des Kapitäns v. Müller erschienen zuerst am 17. Mai 1938 in der Deutschen Allgemeinen Zeitung und am selben Tage in Times.

„Zusicherung" Konstantinopels als eventuelle Kriegsbeute Rußlands nur ein schweres Opfer der britischen Diplomatie und eine offenbar sehr bedauerliche „Umkehrung der Politik Disraelis", lediglich um Rußland besser an die Alliierten zu fesseln (S. 354). Denn „Greys Information über Rußland besagte, daß eine starke (?) Partei dort mehr von einem Gewinn Konstantinopels hielt als von einer Niederlage der Mittelmächte" ... und noch 1916 schrieb der englische Minister in einem Dokument: „Rußland hätte nie fünf wechselvolle Monate im Jahre 1915 ausgehalten außer mit der Hoffnung auf Konstantinopel" (??).

Es ist wahr, daß eine kleine (und wenig einflußreiche) Gruppe von weitblickenden russischen Politikern und Militärs viel mehr von Konstantinopel träumte als von „ruhmvollen" masurischen Seen; in wohlverstandenem russischem Interesse war es auch nur zu bedauern, daß man in Petersburg von Anfang an kein genügendes Verständnis gerade für die türkische (und persische) Seite des gegen den Willen Rußlands aufgerollten großartigen Kriegsproblems zeigte. So wie die Frage damals gestellt wurde (bereits im November 1914, was Trevelyan unbekannt zu sein scheint), — d. h. als ein konkretes politisches Geschäft zwischen England und Rußland — erinnerte sie eher an den „Kuhhandel" von 1907. Da diesbezügliche Zusammenhänge der Aufmerksamkeit des englischen Historikers (wie es scheint, bona fide) entgangen sind, so ist es gerade hier am Platz, gewisse wenig bekannte Einzelheiten jener geheimen Verhandlungen zwischen Sazonov—Buchanan—Grey nochmals in Erinnerung zu bringen[8].

Schon Mitte November 1914 hatte Sazonov dem russischen Ministerrat (in meiner Gegenwart) die überraschende Mitteilung gemacht, er habe mit den Regierungen von Frankreich und England über die Frage Konstantinopels und der türkischen Meerengen vertrauliche Verhandlungen eingeleitet, die alle Aussicht auf eine den Wünschen Rußlands entsprechende Lösung hätten: im Falle eines glücklichen Ausganges des Krieges soll Konstantinopel mit den Meerengen das russische Volk für alle seine Opfer entschädigen. Leider erwies es sich gleichzeitig, daß, abgesehen von einer feierlichen Zusicherung des englischen Botschafters Sir George Buchanan über die baldige Anerkennung und Erfüllung dieser russischen Wünsche, in dieser Hinsicht absolut nichts Tatsächliches, d. h. schriftlich Verabredetes, vorlag. Andererseits hat es sich aber herausgestellt, daß diese schönen britischen Absichten und Glückwünsche russischerseits sofort kompensiert werden müßten und zwar mit der Zustimmung Rußlands zur förmlichen Annexion Ägyptens durch England! Nach weiteren Verhandlungen zwischen Petersburg und London, die ganze 4 Monate in Anspruch genommen hatten, gelang es allerdings das erstere Bedenken zu beseitigen und über Konstantinopel eine den russischen Wünschen tatsächlich

[8] S. ausführlicher in: „Der großen Katastrophe entgegen", S. 382 ff.

entsprechende Konvention zu unterzeichnen (im März 1915). Aber für diese schriftliche vertragsmäßige Zusicherung des Versprechens mußte Rußland noch einen Extrapreis zahlen und zwar auf Einverleibung der sogenannten „neutralen" Zone in Persien (nach dem russisch-englischen Abkommen von 1907), d. h. des Zentrums von Iran, in die englische Zone einwilligen. Dafür erhielten also die Russen die „Erfüllung ihrer historischen Wünsche" auf dem Papier, in spe, und mit sehr vielen Chancen, daß sie tatsächlich nie erfüllt werden! Letztere Bemerkung ist keineswegs als eine Andeutung auf irgendeine persönliche reservatio mentalis des damaligen Leiters der britischen Außenpolitik aufzufassen; nicht zu vergessen ist nur, daß wenigstens ein Teil seiner Mitarbeiter (mit dem englischen Botschafter in Petersburg an der Spitze) die Möglichkeit einer solchen „Reservation" englischerseits im stillen gar nicht ablehnten, so daß die ganze Abmachung wegen Konstantinopels nicht ohne Grund bloß als „Köder" für die Russen bezeichnet werden konnte[9].

Was hier jedenfalls feststeht, ist die Tatsache, daß man russischerseits wiederum ein wenig brillantes Geschäft mit den Engländern machte: im Volksmunde heißt das in Rußland für einen hohen Preis „einen Hasen im Sack" kaufen. Um aber den hohen Preis (Persien) vor der internationalen öffentlichen Meinung zu entschuldigen, fand Grey kein besseres Argument als die heuchlerische Erklärung, er habe die Erweiterung der britischen Machtzone in Iran durchgeführt einzig und allein um „die Integrität Persiens zu sichern ..." Und Trevelyans Kommentar, um seinen Lesern zu beweisen, daß Grey in diesem Falle „kein Heuchler" gewesen sei (S. 477 f), vertieft nur u. E. den Abstand zwischen diesem britischen Begriff der Gerechtigkeit in internationalen Fragen und der Gerechtigkeit schlechthin. „Der einzige Weg, überhaupt in irgendeiner Form die persische Unabhängigkeit zu wahren", — schreibt er — „war der, die Macht des zaristischen Rußland von soviel Land wie möglich fernzuhalten, und der einzige Weg, das wirksam und endgültig zu tun, war der, es in das britische Einflußgebiet einzubeziehen"!!! Das sind des englischen Historikers Trevelyan ipsissima verba, und so beschaffen waren also Rußlands Bundesgenossen schon ganz am Anfang des Weltkrieges[10].

V. 1915: im Weltkrieg auf dem Balkan.

Wenn man sich russischerseits in dem soeben beschriebenen Falle über Greys egoistische Politik im Osten mit Fug und Recht

---

[9] Das war nämlich die Ansicht des bekannten russischen Diplomaten Baron Rosen: Vgl. „Der großen Katastrophe entgegen", S. 384 Anm., dort auch Sir G. Buchanans Äußerung, daß „Rußland niemals und in keinem Fall Konstantinopel und die Meerengen kriegen würde". Lord Bertie in Paris war, wie es scheint, derselben Ansicht.

[10] Übrigens auch während des ganzen Krieges — wie auch schon vor dem Kriegsausbruch — ließen die Beziehungen zwischen Russen und Engländer in Persien sehr viel zu wünschen übrig.

beklagen konnte, so waren es — das muß man zugeben — sozusagen nur Beschwerden um ein lucrum cessans — über gehofften, aber nicht erreichten Erwerb gewisser für die Zukunft in Aussicht gestellter Vorteile. Viel schlimmer war in dieser Hinsicht das Schicksal anderer Bundesgenossen Großbritanniens — der Serben —, die sich bitter und in höchstem Maße über ein damnum emergens zu beklagen hatten, — ja, sogar über den Verlust ihres ganzen Staatsgebiets! Denn gerade auf dem Balkan zeigte sich Grey während des Krieges ebenso unentschlossen, unsicher, passiv, wie in den letzten Tagen vor dem Kriegsausbruch. Angesichts der Tatsachen ist es in der Tat schwer, Trevelyan beizupflichten, wenn er sagt (S. 353), daß Greys Kritiker seine Verantwortung auf dem Balkan übertrieben. Trevelyan versucht es, Greys Verantwortung für das Mißlingen einer Einigung zwischen Serbien, Griechenland und Bulgarien, für das Ausbleiben einer militärischen Hilfe für Serbien und schließlich auch für die britische „militärische Niederlage in den Dardanellen" einzig und allein auf das Militär (Kitchener!) und das „Kabinett im ganzen" abzuschieben. Allein auch das Wenige, das Trevelyan in dieser Beziehung gegen Grey zugibt, ist lange nicht gleichgültig. Er schreibt ja selbst (ibid.):

„Das schlimmste, was man Grey in dieser Frage vorwerfen kann, ist, daß es möglich gewesen wäre, die richtigen Schritte rechtzeitig zu unternehmen, wenn seine große Autorität zu einem früheren Zeitpunkt auf seiten einer entschiedeneren militärischen Aktion in die Waagschale geworfen worden wäre. Sein hauptsächlicher Mangel als Außenminister war meiner Ansicht nach, daß er an den militärischen Operationen keinen Anteil nahm. Er kümmerte sich um die Probleme des Krieges so wenig, daß er im Jahre 1916 nicht einmal interessiert genug war zu erfragen, was bei den militärischen Besprechungen, die er sanktioniert hatte, beschlossen worden war" (!!).

Für einen großen Staatsmann ist das in diesen Worten Festgestellte selbstverständlich schon eine ziemlich große Blamage. Aber es handelt sich in puncto „Balkan im Weltkriege" um noch viel schlimmere Dinge, die Greys Biograph unberücksichtigt läßt. Ganz abgesehen von der englischen „Niederlage in den Dardanellen", trägt gerade die britische Diplomatie — und folglich Grey — die Hauptverantwortung für die damaligen für Serbien so fatal gewordenen Ereignisse auf dem Balkan. Denn aus den jetzt veröffentlichten russischen Dokumenten aus der Kriegszeit[11]) ersieht man ganz genau, wie Serbiens Zusammenbruch einzig und allein der völligen Uneinigkeit zwischen England, Frankreich und Italien, verbunden mit fortwährender Unentschlossenheit des britischen

[11]) Meždunarodnyja otnošenija v êpochu imperializma. Dokumenty iz archivov carskago i vremennago pravitel'stv (Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Dokumente aus den Archiven der zarischen und provisorischen Regierung), Serie III, 1914—1917, Bd. 9 (Moskau 1937).

Kabinetts, zuzuschreiben war, — trotz aller Bemühungen Lloyd Georges für eine „schnellere und nachdrücklichere militärische Aktion zur Rettung der Serben" (S. 352) und trotz aller verzweifelten Hilferufe von Pašić und des ihn begleitenden russischen Gesandten in Serbien, Fürst Trubeckoj. Diese Hilferufe, die von dem auch ohne dies nervösen und reizbaren Minister Sazonov unverzüglich weiter nach London geleitet wurden, versetzten dort (wie man es eben aus der zitierten russischen Aktenpublikation erfährt) den sonst so ruhigen und von seinen Wildenten und Forellen träumenden Grey in eine für die Sache nur höchst bedauerliche Aufregung gegen die — damals tatsächlich hungernden — Serben und speziell gegen Pašić, der jetzt der Übertreibung und Schwarzseherei bezichtigt wurde. Bald stimmte übrigens auch Sazonov, der treue englische Trabant, diese Greysche Weise an, und der Serbischen Regierung wird (durch denselben Fürsten Trubeckoj) eingeschärft, daß solche zu lauten Klagen nur das ganze Spiel der Westmächte auf dem Balkan verderben könnten, indem sie das Vertrauen der Balkanstaaten zu den Alliierten zerstörten (!).

Auf Vertrauen war indessen angesichts der dortigen tatsächlichen Verhältnisse natürlich nicht zu rechnen, und so trat nun Ende Oktober 1915 in der Tat eine Katastrophe ein, als nämlich Bulgarien die Serben angriff und deutsche und österreichische Armeen Serbien eroberte. Wenn man hier mit Trevelyan (S. 356) von einer „d i p l o m a t i s c h e n Katastrophe" reden darf, so stand unzweifelhaft eben Grey an der Spitze der dafür verantwortlichen Diplomaten. —

Zu der kläglichen Balkanpolitik der alliierten Mächte während des Weltkrieges gehört selbstverständlich auch der Fall „Griechenland". Venizelos' Regierung hatte ja zweimal an London Beistandsangebote gemacht, die aber von Grey abgelehnt wurden. Trevelyan trifft hier das Richtige, wenn er behauptet, daß das englische Kabinett in dieser Frage unter direktem Druck der Sazonovschen Politik gestanden habe. Auch beim zweiten Angebot der Griechen, im März 1915, „bei der Einnahme Konstantinopels Truppen zur Verfügung zu stellen" (S. 355), wiederholte Rußland sein Veto — aus Furcht, Istambul an diese neuen Bundesgenossen verlieren zu können — „obgleich es in seiner Dummheit einem Selbstmord gleichkam" ... Nach dem alten Grundsatz: volenti non fit injuria — müssen wir also dieses politische Vergehen Greys von der schon ohnedies ziemlich langen Liste seiner Fehlgriffe streichen — und uns jetzt dem schließlichen Fazit dieser kleinen kritischen Untersuchung zuwenden.

Ein Außenminister, auf dessen politischem Konto so viele augenscheinliche, nicht nur durch die russische Brille gesehene Fehler stehen, war jedenfalls keine sehr große Figur, die sich mit seinen glänzenderen Vorgängern im Amte messen könnte. Ja, seine unklare Haltung und, folglich, verhängnisvolle Rolle beim Kriegsausbruch verleiht ihm leider in der Weltgeschichte — wenigstens in

den Augen jedes objektiven kontinentalen Historikers — den Ruf eines Mannes, der nicht stark und klug genug war, um die größte Katastrophe der europäischen Völkergemeinschaft zu verhindern. Trotz seiner sympathischen und edlen Natur als Privatmann, trotz aller seiner Tugenden in dieser Beziehung hat er dennoch als britischer Minister das harte über ihn gesprochene Wort des deutschen Ministers v. Jagov völlig verdient:

„Lord Grey ‚haßte' den Krieg und doch hatte er ihn durch seine Politik vorbereitet und seinen Ausbruch befördert"[12].

Also, mit anderen Worten, — ein Staatsmann, dessen Politik uns in Versuchung führt, ihm einen Vers aus Goethes „Faust" (in Paraphrase!) zu widmen:

Ein Teil von jener Kraft,
Die stets das Gute will und stets das Böse schafft...

[12] „England und der Kriegsausbruch" (Berlin 1925), S. 63.

HANS-ALBRECHT HERZNER

SOZIALISMUS UND ARBEITERBEWEGUNG DER POLEN IM 19. JAHRHUNDERT

Die soziale Umgliederung des Gesamtpolentums in ihren räumlichen Voraussetzungen.

Der Aufstand von 1863, der den Polen die endgültige Liquidation des staatlichen Wiederaufrichtungsgedankens gebracht hatte, war in seinen Folgen bis in die Fundamente der polnischen Gesellschaft zu spüren gewesen. Der legitimistische Hochadel, der sich nach den Teilungen mehr und mehr von der politischen Führung zurückgezogen hatte, war seit dem Aufstand von 1831, dem er ohnehin nur mit halbem Herzen angehörte, entschiedener Gegner aller irredentistischen Stimmungen geworden. An seine Stelle war die Szlachta getreten, jener mittelständische Kleinadelsverband, dessen materielle Existenz schon unter den Teilungen stark gelitten hatte und der nun als Verfechter sozialer Reformen, teils demokratisch, teils radikal gesinnt, die geistige Führung des polnischen Volkes übernahm. Seine Angehörigen waren seit 1831 Träger der revolutionären Bewegung gewesen, sie hatten 1848 und 1863 auf den Barrikaden gefochten, aber der Mißerfolg dieses Aufstandes hatte ihnen die letzten ständischen Positionen genommen. Wer von ihnen noch Grundbesitz gerettet hatte, wer von ihnen auch nach der Bauernreform von 1864 wirtschaftlich noch durchhalten konnte, zog sich auf das Land zurück; der weitaus größte Teil verstädterte und wurde das Grundelement in den beiden großen Parteibildungen, die sich in den neunziger Jahren aus der verwirrenden Fülle der politischen Gruppen entwickeln, und in der Folgezeit mit unerbittlicher Schärfe gegenüberstehen: der Nationaldemokratie Roman Dmowskis und der Polnisch-Sozialistischen Partei Piłsudskis[1].

Dieser ständischen Differenzierung lief eine wirtschaftliche Umgestaltung des Landes parallel, die etwa gegen Ende der

---

[1] B. Limanowski: Rozwój Polskiej myśli socialistycznej (Die Entwicklung des polnischen sozialistischen Gedankens). Warschau 1929, S. 25 ff.; vgl. auch G. Cleinow: Die Zukunft Polens, Bd. 1, 2. Leipzig 1908, 1914, Bd. 2, S. 118 ff.

siebziger Jahre eine völlig neue soziale Schichtung hervorrief. In den dicht besiedelten Gebieten Kongreßpolens war um 1870 mit dem Aufbau einer Industrie begonnen worden, die in Verbindung mit den russischen Rüstungen und dem Ausbau des Eisenbahnnetzes sich mit Riesenschritten ausbreitete und große Teile des Volkes in den Prozeß der kapitalistischen Entwicklung einbezogen hatte[2]. Von Bedeutung war dabei, daß der starke Kapitalbedarf der westrussischen Industrie zum großen Teil von der polnischen Magnatenschaft gedeckt wurde, die ja durch die Bauerngesetzgebung ebenso wie die Szlachta in ihrem, wenn auch viel größeren, Besitzstand geschmälert worden war und nun unter Zuhilfenahme der Ablösungsgelder bedeutende Summen in der Wirtschaft investierte. Zu ihnen traten Kreise der meist deutschen Fabrikanten, der jüdischen Hochfinanz und der großen Unternehmer, die sich bald nach 1880 in der „Ugoda" zusammenschlossen, einer Partei, deren heterogene Elemente sich zu einer Interessengemeinschaft zusammengetan hatten, weil sie sich von einer Aussöhnung mit Rußland bedeutende Einflüsse versprachen.

Entscheidender aber war, daß durch die starke Entfaltung der wirtschaftlichen Initiative und das Eindringen des Kapitalismus sich sehr schnell ein Proletariat herausbildete und mit ihm eine ganze neue soziale Klasse mit einer bisher fremden Gedankenwelt den Neubau der polnischen Gesellschaft sozusagen nach unten hin fortsetzte[3]. Hinzu kam, daß in dem Maße wie die Bevölkerungsziffern in den Städten anstiegen, auch die Ansprüche an die Bedürfnisse des Lebens wuchsen, die dem Kleingewerbe, dem Handwerker, dem jüdischen Händler überall Existenzen boten und ihnen ermöglichten, sich zu einem kleinbürgerlichen Wohlstand heraufzuarbeiten. Dem Aufsteigen dieser in den Städten wurzelfest werdenden Schichten kam eine Abwärtsbewegung jener 1864 depossedierten Szlachta entgegen, die sich mit der in bescheidensten Verhältnissen lebenden bürgerlichen Intelligenz zusammengefunden hatte und zum Kern des bisher fehlenden polnischen Mittelstandes wurde. Damit war die seit Jahrzehnten vor sich gehende Umschichtung der polnischen Gesellschaft zum Stillstand gekommen, und ihre Struktur, die bisher in den Grenzkategorien „Adel" und „Volk" bestand, war in der deutlichen Abstufung: Oberschicht — Mittelstand — Proletariat zum Abschluß gekommen.

---

[2] R. Luxemburg: Die industrielle Entwicklung Polens. Leipzig 1898, S. 10ff., 33, 76 ff.; St. Koszutski: Rozwój ekonomiczny królestwa Polskiego w ostatniem trzydziestoleciu, 1870—1900 r. (Die wirtschaftliche Entwicklung des Königreichs Polen in den letzten dreißig Jahren, 1870—1900). Warschau 1905, S. 24, 37 ff., 118 f., 198 ff.; F. Bielschowsky: Die Textilindustrie des Lodzer Rayons. Ihr Werden und ihre Bedeutung. Leipzig 1912, S. 26, 31 ff., 46 f.

[3] E. Hanisch: Die Geschichte Polens. Bonn-Leipzig 1923, S. 307 f. G. Cleinow, a.a.O., Bd. 2, S. 121, 275 f.

Auch im preußischen Anteil war seit 1863 die innere Entwicklung des Polentums unter Berücksichtigung besonders gearteter Voraussetzungen den gleichen Weg gegangen. Im Gegensatz zu Kongreßpolen bestand nämlich hier ein bäuerlicher Kleinbesitzerstand, der durch das 1820 erlassene „Regulierungsgesetz" geschaffen worden war[4] und von vornherein mittelstandsbildend die starke soziale Spannung in den polnisch durchsetzten Gebieten erheblich verringerte. Verstärkt wurde dieser Vorgang noch durch die nach 1870 aufkommende bäuerliche Genossenschaftsbewegung, die zugleich national mobilisierend auch in den Städten Handwerkerstand und Gewerbe ergriff. Allerdings war besonders in den letzten Jahrzehnten die untere Schicht der Bauernschaft wieder abgesunken und proletarisiert worden, einerseits weil eine ganze Anzahl von Kleinstellen von den Latifundien wieder aufgesogen wurde, andererseits weil die zweiten und dritten Söhne der Bauern, sofern sie nicht bei ihren Grundherren zu Brote gingen, mit den intelligenteren Elementen vom Lande nach der Stadt abwanderten oder als Sachsengänger im Westen besser bezahlte Arbeit suchten[5].

Während die Neuordnung der polnischen Gesellschaft jenseits der deutschen Grenze in der Dreiklassenschichtung organisch vor sich gegangen war, fiel im preußischen Polentum der Adel als Fortsetzung der Mittelstandsgruppe nach oben hin aus. Die Ursache lag in der agrarischen Struktur des Landes, die durch die extreme Gegenüberstellung der Besitzverhältnisse die Vorherrschaft der Grundherren zu einer Art Adelsoligarchie erhob und einen Feudalimus ausprägte, der „über der polnischen Entwicklung wie eine sterile Schicht lag"[6].

In diesen Zustand griff der seit den 80-ger Jahren geführte Nationalitätenstreit ändernd ein. Der Adel wurde in ihn hineingezogen durch den Kampf um den Bodenbesitz und dadurch aus seiner feudalen Erstarrung gelöst. Er gliederte sich nun in das polnische „Gemeinwesen" ein, in dem das mittelständische Element an die Führung gekommen war und als politischer Willensträger zugleich volkstumsbildend das ganze Polentum Preußens aktivierte.

---

[4] O. Hintze: Die Hohenzollern und ihr Werk. Berlin 1916,[9], S. 495 f.; W. Kohte: Volkstum und Wirtschaft des preußischen Ostens im 19. Jahrhundert, in: Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift fur Polen, 1935, Heft 29, S. 237 f.

[5] Hierbei lagen zu Grunde folgende Einzeldarstellungen: M. Sering: Die innere Kolonisation im ostlichen Deutschland. Leipzig 1893; L. Wegener: Der wirtschaftliche Kampf der Deutschen mit den Polen um die Provinz Posen. Posen 1903; Mitscherlich: Der Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung auf den ostmarkischen Nationalitatenkampf. Leipzig 1910; Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit, 1886—1906. Tatigkeit und Aufgaben neupreußischer Kolonisation in Westpreußen und Posen. Denkschrift Berlin 1907. Vgl. auch S. 57 f.

[6] L. Bernhard: Die Polenfrage. Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat. Leipzig 1910,[2], S. 185.

Während in Kongreßpolen und im deutschen Osten die neue Führerschicht von der bürgerlich-demokratischen Bewegung gestellt wurde, die in beiden Fällen einer defensiven Haltung gegen die fremde Staatsherrschaft entsprach, konnte die Demokratie in der polnischen Politik Galiziens keine Führerrolle spielen[7]. Hier mußte der konservative Magnatenadel, der unter Verzicht auf jeden irredentistischen Patriotismus seit 1866 der ausschlaggebende Teil der parlamentarischen Vertretung des Polentums war, dank seiner habsburgischen Orientierung von Natur aus der Gegenpol aller der Entwicklungen sein, die den emporkommenden Schichten zur Teilnahme am politischen Leben und damit zu einer Betätigung im antiösterreichischen Sinne verhalfen[8].

In gleicher Weise wirkte die räumliche Abgeschlossenheit des Landes, die auf der einen Seite das ständische Sonderleben des Adels und die ungesunde soziale Lage stabilisierte, auf der anderen Seite Handel und Verkehr und eine industrielle Aufschließung verhinderte. Dazu kam, daß jede Möglichkeit, die agrarische Struktur des Landes aufzulockern, wie es im Zuge der Entwicklung gelegen hätte, durch den adligen Traditionalismus illusorisch gemacht wurde. Zwar war durch Ablösung der Fronarbeit und durch staatliche Landzuteilung 1848 ein bäuerlicher Besitzerstand geschaffen worden, aber anstatt ein wirtschaftlich einigermaßen widerstandsfähiges Bauernelement zu entwickeln und es durch eine sinnvolle Agrargesetzgebung vor Zersplitterung zu bewahren, bildete man eine von vornherein zur Proletarisierung verurteilte Masse von Zwergbetrieben, die keine Lebensfähigkeit hatten und durch den Großgrundbesitz systematisch zugrunde gerichtet wurden[9].

Dem mittelbäuerlichen Besitz ging es nicht anders. Besonders wirkten sich hier die hohen Nachwuchsziffern ungünstig aus; denn da infolge fehlender Industrie und der rapiden Ausbreitung des Judentums in den wenigen Städten keine Möglichkeit bestand, die Nachgewachsenen in Arbeit zu bringen, benutzte man das Recht der Freiteilbarkeit des Besitzes, um den Boden immer weiter zu zersplittern. Die Folge war, daß das soziale Verhältnis sich immer stärker differenzierte, insofern als das gesamte wirtschaftlich mehr oder weniger korrumpierte Bauerntum geschlossen den Großgrundbesitzern gegenüberstand, bei denen zuletzt alle, Reichere und Ärmere, in Lohn oder Dienstverhältnis standen[10]. Obwohl diese Mißstände die B a u e r n f r a g e sehr bald

---

[7] W. Feldman: Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen. München-Berlin 1917, S. 306.

[8] Samassa: Der Völkerstreit im Habsburgerstaat. Leipzig 1910, S. 31 ff.; Hanisch, a.a.O., S. 317 f.

[9] Vgl. unten S. 72 f.

[10] J. Szujski: Die Polen und Ruthenen in Galizien. Wien-Teschen 1882, S. 119 ff. — Bericht über den Fortgang der sozialistischen Bewegung in Klein-Rußland, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik,

zu einer brennenden Landproletarierfrage machten, tat der Adel nichts, um durch Wirtschaftsreformen einen sozialen Ausgleich zu schaffen oder wenigstens im Osten des Landes einer Verschärfung des nationalen Gegensatzes vorzubeugen, der durch das soziale Absinken des ukrainischen Elements das Klassenproblem mit dem Nationalitätenproblem verkoppelt hatte.

Bedingt durch die Verhältnisse auf dem Lande hatten auch die Städte kaum eine Entwicklung zu verzeichnen. Eine mäßige Industrialisierung, die in den siebziger Jahren eingesetzt hatte, konnte keinen Boden gewinnen, weil die inländischen Märkte zu geringe Absatzmöglichkeiten boten und gegen die Erzeugnisse der Westgebiete, die das Land überschwemmten, nicht aufkommen konnten. Ein Mittelstand fehlte so gut wie ganz, statt dessen herrschte der Jude, dem 1848 die Gleichberechtigung zuerkannt worden war und der die überwiegende Mehrzahl der gewerblichen Betriebe in der Hand hatte. Seine eigentliche Domäne war von jeher der Handel gewesen; mit dem Warenverkehr stadtwärts und landwärts beherrschte er zugleich den gesamten Geldmarkt. Vielfach war auch seine obere Schicht mit dem Adel verschwägert oder besaß pachtweise große Ländereien, auf denen er eine rücksichtslose Raubwirtschaft an Boden und Menschen betrieb.

In diesen Gegensätzen bewegte sich das soziale Leben des Landes. Eine schmale Intelligenz und gewisse kleinbürgerliche Minderheiten waren zahlenmäßig so unbedeutend, daß eine Ausbalancierung der Widerstände praktisch nicht in Frage kam und die soziale Atomisierung sich immer mehr verfestigte. Eine politische Willensbildung war unter diesen Umständen ebenfalls unmöglich; auch die Opposition gegen die konservative Ausgleichspolitik war nicht überzeugend genug, um die breite Masse des Volkes zu aktivieren und sie für ein gemeinsames Ziel zu gewinnen. Statt dessen bildete sich gegen Ende der achtziger Jahre eine Arbeiter- und Bauernbewegung heraus, die von Anfang an die Merkmale eines Kampfes der sozial Unterdrückten gegen die Höhergestellten trug und, was Ostgalizien betraf, zugleich die Auseinandersetzung zweiter national heterogener Elemente in sich schloß[11]).

So lag die Struktur der neuen polnischen Gesellschaft, wie sie sich in ihren Abarten aus dem Sonderleben der Teilgebiete herausgebildet hatte, in denen sich nun seit 1880 immer stärker auch die Anzeichen einer politischen Neugestaltung bemerkbar machen.

1879, S. 308 f. — Z. Daszyńska: Zur Soziologie der Arbeitseinstellungen. Ein Blatt aus der neuesten Geschichte Ostgaliziens, in: Sozialistische Monatshefte, Bd. 7, 1; 1903, S. 348 ff. — M. Zetterbaum: Bauern und Bauernparteien in Galizien, in: „Die Neue Zeit", Bd. 12, 1; 1893/94, S. 178 ff.

[11]) Z. Daszyńska, a.a.O., S. 350.

I.

Der Sozialismus in Polen und seine Entwicklung im russischen Teilgebiet.

Die Anfänge des Sozialismus und die „Russifizierung" des polnischen Proletariats.

Das unterirdische Grollen der revolutionären Bewegung, die, von Rußland her ständig zunehmend, Kongreßpolen ergriffen hatte, war mehr als nur die Begleiterscheinung der kapitalistischen Entwicklung, die von Osten und Westen her gleichzeitig ins Land drängte[12]. Durch den mächtigen Aufschwung der Wirtschaft, die frühzeitig alle sozialen Gegensätze freimachte und in schnell anwachsenden Städten eine Arbeiterklasse entstehen ließ, zeigten sich bald die Wurzeln einer Partei, die, rußlandfeindlich, international und marxistischen Gedankengängen folgend, die soziale Revolution als einziges Ideal auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Dabei verband sich mit der Forderung des Klassenkampfes der Haß gegen die rußlandfreundliche Einstellung der an der Wirtschaft verdienenden Geldbourgeoisie, die das größte Interesse an einer Aussöhnung mit dem Zarismus hatte und jede Gelegenheit wahrnahm, die aufkommende sozialistische Bewegung der Regierung auszuliefern[13]. So zeichneten sich in aller Frühe und noch bevor von einer Gründung eigentlicher Parteien zu reden war, zwei Orientierungen ab, eine pro- und eine antirussische, als eine Vorwegnahme jener ideologischen Gegensätze, die sich zwei Jahrzehnte später zwischen Sozialismus und Nationaldemokratie mit aller Schärfe entladen sollten und bis in den neuen Staat hinein das polnische politische Leben belasteten.

Während eine von Anfang an vorhandene patriotische Strömung unter Führung von Bolesław Limanowski[14]) einen Teil der intelligenten Jugend in der Gruppe „Lud Polski" (das polnische Volk) sammelte und, durch die Emigration beeinflußt, an die Traditionen von 1863 anzuknüpfen suchte, vertrat die von Intellektuellenkreisen getragene anationale Richtung die radikale Verwirklichung der aus Rußland importierten revolutionären Ideen[15]. Nebeneinander bestanden geheime sehr lose zusammenhängende Gruppen, die sektenhaft einen abstrakten Sozialismus verfochten, dabei aber zellenbildend in den Betrieben eine Anhängerschaft sammelten und diese nach gewerkschaftlichen Gesichtspunkten in Selbsthilfeorganisationen zusammenfaßten[16]. Von einer eigent-

---

[12]) St. Koszutski, a.a.O., S. 48 ff. — R. Luxemburg, a.a.O., S. 11.

[13]) Vgl. Feldmann, a.a.O., S. 313 ff.

[14]) F. Perl: Dzieje ruchu socjalistycznego w zaborze rosyjskim do powstania P.P.S. (Geschichte der sozialistischen Bewegung im russischen Teilgebiet bis zur Entstehung der P.P.S.). Neue Ausgabe. Warschau 1932, S. 114 f., vgl. auch unten S. 65 ff.

[15]) Feldman, a.a.O., S. 320.

[16]) Zu diesem Zweck vereinigte man die Arbeiter einer Fabrik oder Werkstatt in kleinen Kreisen bis zu 15 Mitgliedern. In ihnen wurden Vorträge gehalten, wirtschaftliche Fragen diskutiert, Ereignisse aus dem

lichen Parteiorganisation konnte allerdings nicht die Rede sein; auch nicht, nachdem sich als Reaktion auf die Verhaftungen im August 1878 die Zahl der Anhänger erheblich vergrößert hatte. Immerhin war aber die propagandistische Arbeit in den Zirkeln nachhaltig genug gewesen, um nach dem Ausfall der Führer den Zusammenhang zu sichern und eine Organisierung der Arbeiter selbständig weiterzuführen[17]. Das ist schon charakteristisch für die Weiterentwicklung der sozialistischen Bewegung, daß nämlich das Intellektuellentum mehr in den Hintergrund gerät und in die entsprechenden Stellen der „Arbeiterführer" einrückt, mit Aufgaben, die über den Rahmen politischer Zirkel bereits hinausgreifen.

Erstmalig tritt diese Wandlung zu Tage in der 1882 in Warschau gegründeten sozialrevolutionären Partei „Proletariat", die Ludwik Waryński, ein junger, 1875 wegen Anzettelung von Studentenunruhen verhafteter und aus Petersburg ausgewiesener Revolutionär, durch Vereinigung der trotz der Verhaftungen überall weiter existierenden Zirkel ins Leben ruft und in kurzer Zeit zu einer Organisation entwickelt, die ganz nach dem Muster der westeuropäischen Arbeiterbewegung aufgebaut ist[18]. Unter Beibehaltung der in den Betrieben als kleinste Einheiten bestehenden Zellen wurden sogen. „Sektionskomitees" geschaffen, die alle zu einem Gewerbe gehörenden Arbeiter zusammenfaßten und wiederum örtlich in „Lokalkomitees" unterteilt waren. Hier lag der Schwerpunkt der sozialistischen Propaganda überhaupt, denn als oberste am Ort bestehende Gliederungen hatten sie nicht nur Verwaltungsfunktionen zu erfüllen, sondern sich zugleich mit den Unternehmern und Fabrikanten auseinanderzusetzen und den Abwehrkampf gegen die Polizeibehörden zu führen[19].

Diese in allen wichtigen Zentren des Landes bestehenden Organisationen waren einem obersten „Arbeiterkomitee" in Warschau unterstellt, von dem die Hauptagitation ausging und in dessen Hand die Generalvollmacht für die sozialistische Arbeit in

---

Arbeiterleben behandelt, politische Fragen behandelt. Um bei Arbeitseinstellungen die Streikenden zu unterstützen, gründete man sogen. „Widerstandskassen" (kasy oporu), die eine möglichst große Anzahl von Arbeitern zuführen und unter ihnen ein Klassenbewußtsein heranbilden sollten.

W. Narkiewicz-Jodko: Geschichte der sozialistischen Bewegung in Polen, in: Handbuch des Sozialismus, hg. C. Stegmann u. C. Hugo, Zürich 1897, S. 610. — L. Winiarski: Der Sozialismus in Russisch-Polen, in: „Die Neue Zeit", Bd. 10, 1; 1892, S. 488. — Perl, a.a.O., S. 64 f.

17) Perl, a.a.O., S. 75.

18) Z działalności „Proletaryatu" (Über die Tätigkeit des „Proletariats"), in: Z pola walki, Zbiór materyałów tyczących się Polskiego ruchu socyalistycznego (Vom Kampffeld. Materialien zur polnisch-sozialistischen Bewegung). London 1904, S. 136 f. — Vgl. auch: Bulletin officiel du parti socialiste polonais Nr. 6, Januar 1896.

19) Z działalności „Proletaryatu", S. 159. — G. Cleinow, a.a.O., Bd. 2, S. 289.

ganz Kongreßpolen lag. Über diesen reinen Arbeiterorganisationen stand — wie Cleinow berichtet — noch ein Organ, das sich „Zentralkomitee" nannte, dessen Zusammensetzung aber niemals bekanntgegeben wurde; es bestand tatsächlich immer nur aus der einen Person, die sich in Warschau aufhielt und die ihrerseits von einer außerhalb stehenden Macht mit diktatorischer Gewalt ausgerüstet war[20].

Unter Abweisung aller nationalen Bestrebungen stellte diese Partei in ihrem September 1882 veröffentlichten Programm klar den bedingungslosen Kampf gegen die herrschenden Klassen und als endliches Ziel die Einführung der sozialistischen Gesellschaft heraus[21]. „Sie strebte den Umsturz der politischen Ordnung Rußlands an und unterstützte alle revolutionären Bestrebungen im Kampfe gegen den Absolutismus; sie setzte den die Arbeiter schädigenden Maßnahmen der Regierung Widerstand entgegen, antwortete auf Gewaltmaßregeln mit Gewalt und organisierte Massenproteste. Ihr Hauptbestreben, die Verbreitung der sozialistischen Ideen unter den Arbeitern, war von der Unterstützung der Streiks und der Terrorisierung besonders unmenschlicher Fabrikanten begleitet. Eines der Mittel, deren sie sich bediente, war unter anderem der politische Terrorismus, wozu sich in Form von Drohungen gegen den Kapitalisten der ökonomische Terror gesellte"[22].

Damit überschnitten sich ganz deutlich Strömungen, die sowohl auf sozialdemokratische deutsche wie auf blanquistische russische Einflüsse zurückgingen[23]. Ohnehin hatte von Anfang an eine Verbindung zur russischen „Narodnaja Volja" (Volkswille) bestanden, in deren Reihen viele Polen zu finden waren, die an den Universitäten in Moskau und Petersburg studierten und ständig Fühlung mit den Warschauer Männern hielten[24]. Aus diesen Beziehungen entstand 1883 ein Bündnis zwischen beiden Parteien, derart, daß das „Exekutivkomitee" der „Narodnaja Volja" die oberste Führung im politischen Kampf übernahm, dem

---

[20] Diese außerhalb stehende Macht war nach Cleinow ein in Wilna existierender Geheimbund, der zu den sogen. „Gminen" gehörte, Organisationen, die in den großen Arbeiterzentren bestanden, sich hauptsächlich aus den nach 1863 verbannten und später zurückgekehrten Revolutionaren zusammensetzten und den Zweck hatten, die polnische Arbeiterbewegung vorwartszutreiben und Polen auf wirtschaftlicher Grundlage nach sozialistischem Muster wiederherzustellen. — Cleinow, a.a.O., S. 286, Bd. 2.

[21] Z działalności „Proletaryatu", S. 134 f., 137; dort auch Abdruck des Programms.

[22] Winiarski, a.a.O., S. 487.

[23] Vgl. K. Radek: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches. Hamburg 1921, S. 5 f.

[24] Waryński selbst war „Schüler" der russischen Narodniki (Volksgänger) gewesen, hatte in Petersburg studiert und kam bereits 1877 erstmalig nach Warschau, wo auf seine Veranlassung die ersten sozialistischen Zellen ins Leben gerufen wurden. — Vgl. Z działalności „Proletaryatu", S. 43 ff.; Bulletin officiel d. p. s. p. Nr. 6, Januar 1896.

„Arbeiterkomitee" des „Proletariat" aber volle Handlungsfreiheit in ihren auf Kongreßpolen beschränkten Angelegenheiten belassen war[25].

Der Auftrieb, den die Warschauer Bewegung durch die Unterstützung der russischen Organisation erhalten hatte, trat sehr bald nach außen hin durch zwei Ereignisse in Erscheinung, die erstmalig aller Welt das Einsatzvermögen der Partei zeigten und zugleich wiederum charakteristisch für eine neue Phase des Sozialismus waren: die Widerstandsbewegung gegen den Warschauer Polizeierlaß vom Februar 1883[26] und die Arbeitseinstellungen in der Żyrardówer Weberei. Dabei ist von nebensächlicher Bedeutung, daß der Streik unter den Gewehren des aufgebotenen Militärs zusammenbrach und für die Partei mit einer Niederlage endete, denn beide Vorfälle tragen schon deutliche Züge einer Entwicklung, die durch keine Erschütterung mehr aus der Welt zu schaffen ist und lebhaft an die Massenbewegung der neunziger Jahre erinnert. Das Neue an dieser dritten Phase des polnischen Sozialismus ist aber, daß die Bewegung nun bereits die Straße erfaßt hat und der Arbeiter Polizei und Unternehmer entgegentritt.

So bedeutungsvoll aber die „Narodnaja Volja" für die Entwicklung der „Proletariat"-Partei war, so wenig konnte es ausbleiben, daß der Einfluß der Petersburger Revolutionäre sich auf die Warschauer Bewegung in einer Weise auswirkte, die mit der Zeit für den gesamten polnischen Sozialismus abträglich sein mußte. Das lag einmal daran, daß das radikale Aktionsprogramm der russischen Organisation auch dem „Proletariat" Aufgaben stellte, die seine Kräfte weit überschritten und damit zur Vernachlässigung des inneren Aufbaus der Partei führten[27]. Der zweite Grund war, daß der radikalrevolutionäre russische Geist, der die Warschauer Sozialisten infizierte, ihre Werbekraft sehr beeinträchtigte, viele Kreise abstieß und die sozialistische Bewegung in eine Richtung drängte, die den polnischen Voraussetzungen gar nicht entsprach. Während nämlich in Rußland die sozialen Verhältnisse einen wirksamen Einsatz von Arbeitermassen unmöglich machten und die Partei zu einer konspirativen

---

[25] Z działalności „Proletaryatu", S. 159 f.

[26] Im Februar 1883 erließ der Warschauer Oberpolizeimeister Buturlin eine Verfügung, wonach sich alle Arbeiterinnen nach Art der Prostituierten einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen hatten. Dieser Erlaß erregte eine außerordentliche Empörung unter der Arbeiterschaft, die zunächst nicht wußte, wie sie sich verhalten sollte. Waryński entschloß sich, die Gelegenheit zu nützen. Das Arbeiterkomitee veröffentlichte einen Aufruf, der zum Widerstand aufforderte und auf die Arbeiterschaft ungeheuer wirkte. Angesichts der drohenden Haltung der Arbeiterschaft zog die Regierung den Erlaß zurück. — M. Mazowiecki (L. Kulczycki): Historya ruchu socyalistycznego w zaborze Rosyjskim (Geschichte der sozialistischen Bewegung im russischen Teilgebiet). Krakau 1903, S. 65 f.

[27] Vgl. Winiarski, a.a.O., S. 492.

Tätigkeit zwangen, war der polnische Sozialismus von Anfang an mehr eine Arbeiterbewegung mit Zielen, die fernab von Terroraktionen und Attentaten lagen. Seine Führer konnten den Arbeitern auf die Dauer nicht mit der abstrakten Ideologie des Sozialismus kommen, sondern mußten konkrete Änderungen in der gesellschaftlichen und politischen Struktur ihres Volkes erstreben[28]), die stets zugleich auch die nationale Frage in irgendeiner Form einzuschließen hatten.

In dieser Richtung lief die Krise, die latent trotz aller äußeren Erfolge vorhanden war und in einem Moment zum Ausbruch kam, der zeitlich mit dem Warschauer Urteil vom Dezember 1885 zusammenfiel[29]). Dieser Vorstoß gegen die polnische Organisation war eine Parallelaktion zu den Petersburger Maßnahmen gegen die „Narodnaja Volja", die in rasch aufeinanderfolgenden Schlägen zu Boden geworfen worden war und fast gleichzeitig auch in den anderen großen Arbeiterzentren auseinanderbrach[30]). Wie 1881 hatte die polnische Bewegung ihre besten Kräfte verloren, nur war diesmal keine Möglichkeit vorhanden, den Ausfall wieder wettzumachen, denn der Nachwuchs der Führer, den die russische Organisation gestellt hatte, blieb aus, und die Arbeiterschaft selbst hatte weder die Menschen noch die Mittel, um die Weiterführung einer Partei im Stile des „Proletariats" durchzuhalten.

Erst jetzt zeigte sich, wie stark in den wenigen Jahren der polnische Sozialismus überfremdet worden war, da mit der Zertrümmerung der „Narodnaja Volja" auch das „Proletariat" gelähmt und in Mitleidenschaft gezogen wurde. Trotzdem fehlte es nicht an Meinungen, die die Schwächung des „Proletariats" als Folge der allzu engen Bindungen mit der russischen Organisation übersahen und die Gründe für den Zusammenbruch der revolutionären Bewegung allein auf die rücksichtslosen Unterdrückungsmaßnahmen der russischen Regierung zurückzuführen suchten[31]). Sie verkannten, daß in Rußland eine Bewegung am Boden lag, die versucht hatte, mit den schwachen Kräften der Intellektuellen das alte Gebäude des Zarismus niederzureißen, daß ein Geheimbund nicht imstande ist, einer Revolution zum Durchbruch zu verhelfen, wenn er nicht als Repräsentant einer Gesellschaftsklasse wirken kann, und daß deshalb die Niederlage der „Narodnaja Volja" nicht nur eine äußerlich bedingte war[32]).

---

[28]) Vgl. Radek, a.a.O., S. 7.

[29]) Diesem Prozeß waren Massenverhaftungen von „Proletariat"-Leuten vorangegangen, denen man bei dem Feldzug gegen die „Narodnaja Volja" auf die Spur gekommen war. Die Angeklagten gehörten beinahe alle zu den hervorragendsten Mitgliedern der Partei, von denen schließlich 4 zum Tode, die übrigen 25 zu langjähriger Zwangsarbeit und Deportation verurteilt wurden. — Mazowiecki, a.a.O., S. 93 f.

[30]) Z działalności „Proletaryatu", S. 143 ff.

[31]) Vgl. Winiarski, a.a.O., S. 491.

So konnte es für den polnischen Sozialismus nur von Vorteil sein, daß durch den Wegfall der „Russifizierung" eine Entwicklung abgebrochen wurde, an deren Ende zwangsläufig eine Zermürbung der polnischen Arbeiterbewegung gestanden hätte. Zwar wurde ein Versuch gemacht, die alten Formen wiederaufzunehmen, aber vergeblich; es zeigte sich doch, daß die russische radikale Beeinflussung in ihrer Wirkung nicht nachhaltig genug gewesen war, um nennenswerte Teile der Arbeiterschaft zu durchdringen, und nur die Führerschicht erfaßt hatte, die nach dem Ausfall der russischen Organisation nun praktisch ohne Bedeutung und Einfluß langsam versickerte. So war der Stand der Dinge um die Jahreswende 1885.

Die Tatigkeit der Illegalen.
„Proletariat" und „Arbeiterbund".

Während sich in Rußland unter den Auswirkungen des Zusammenbruches der „Narodnaja Volja" eine politische Apathie wie die erstickende Luft eines heraufziehenden Wetters verbreitete, herrschte im „Königreich" ein reges politisches Leben. Der Sozialismus fuhr fort, seinen Einfluß auf die Gemüter auszuüben, obschon Mitte 1886 die Landesorganisation der „Proletariat"-Partei zu bestehen aufgehört hatte[33] und ihre versprengten Teile nur im geheimen und auf zahlenmäßig beschränkte Kreise einwirken konnten. Um diese Zeit begann sich abweichend vom „Proletariat" eine neue sozialistische Richtung abzuzeichnen. Außerhalb der Kreise, die ideenmäßig zum „Proletariat" gehörten, bestanden an den Warschauer Hochschulen einige Studentengruppen, die eine ganze Anzahl sogenannter Selbstbildungsvereine aufgezogen hatten und sich bemühten, diese auch in den Kreisen der Handwerker und Arbeiter und der in abgesonderten Zirkeln Organisierten ins Leben zu rufen[34].

Ausgehend von dem Bestreben, den Mitgliedern neben theoretischem Wissen auch allgemeinpolitische Kenntnisse zu vermitteln, sollten diese Arbeitsgemeinschaften zugleich der Verbreitung des sozialistischen Gedankengutes dienen. Aus der illegalen sozialistischen Literatur konnten sie sich freilich nicht viel zunutze machen, denn nach dem Schlag von 1885 waren in Warschau kaum Exemplare der ausländischen Ausgaben aufzutreiben; so mußte man sich mit dem behelfen, was an legalem polnischen, russischen oder westeuropäischen Schrifttum vorhanden war[35]. Auf diese Weise gelangte man zu einer sozialistischen Weltanschauung, die mit der ehemaligen „Narodnaja Volja" keinerlei ideologischen Zusammenhang mehr hatte, um so weniger,

---

[32] Radek, a.a.O., S. 40.
[33] Perl, a.a.O., S. 217.
[34] ebenda, S. 281.
[35] ebenda.

da unter den Studierenden von Anfang an gewisse patriotisch-revolutionäre Gedankengänge vorhanden waren. Diese Bildungsvereine entwickelten sich rasch und zählten bald einige hundert mehr oder minder ausgebildeter und sozialistisch gesinnter Mitglieder; die Arbeiterschaft zeigte sich sehr empfänglich für die neue Lehre, der vor allem die Jugend mit großer Begeisterung anhing.

Aus diesen zuerst in losen Gruppen bestehenden Vereinen entstand etwa 1889[36] der sogen. „Arbeiterbund" (Związek robotników Polskich), der sich nicht nur organisatorisch sondern auch taktisch vom alten „Proletariat" unterschied, ohne jedoch als eigentliche Partei jemals öffentlich aufzutreten. Ausschlaggebend für die Gründer war der Gedanke gewesen, die Bewegung auf eine legale Grundlage zu stellen, die Massen bei ihren unmittelbaren materiellen Interessen zu erfassen und sie für einen wirtschaftlichen Kampf in besonderen Organisationen zusammenzuschließen[37]. Auf diese Weise dachte man, die Hindernisse, die ihnen das zaristische System in den Weg stellte, zu umgehen und damit neuen Krisen vorzubeugen, deren Ursachen die durch die Nachstellungen der russischen Polizei stets wiederkehrenden Verluste an wertvollen Agitationskräften waren. So wurden im Jahre 1888 die ersten Streikkassen organisiert, die insofern besondere Bedeutung hatten, als sie durch die Wahrnehmung der materiellen Bedürfnisse des Arbeiters in weiten Kreisen Anklang fanden, während sie andererseits geeignete Anknüpfungspunkte für die sozialistische Agitation abgaben. Aus diesen Organisationen entstanden unter massenhaftem Zustrom der Arbeiter bald eine ganze Anzahl von Gewerkschaften, von denen jede Hunderte von Mitgliedern zählte und die schon bei den ersten Streiks geschickt in Aktion traten.

Die Erfolge der Selbsthilfevereinigungen, die nach 1890 überall auch in den Städten des litauischen und russischen Gebietes auftauchten, waren darauf zurückzuführen, daß einerseits die Unternehmer und Fabrikanten, besonders aber die kleinen Werkinhaber der organisierten Kraft der Arbeiter nichts entgegenstellen konnten und andererseits die russischen Behörden zunächst keinerlei Interesse zeigten, den ihrer Meinung nach internen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern entgegenzutreten. In bewußter Anlehnung an den Selbsthilfegedanken der Warschauer sozialistischen Gruppen von 1878 ist es dem „Arbeiterbund" gelungen, nach dem Vorbild der mächtig sich entwickelnden europäischen Gewerkschaftsbewe-

---

[36] Ein genaues Datum war nicht zu beschaffen, da die Angaben schwanken. Eine anscheinend authentische Jahreszahl, die Veto (Władysław Studnicki): Dwadzieścia lat walki proletaryatu Polskiego (Die 20 Kampfjahre des polnischen Proletariats). Lemberg 1889, S. 18, bringt, ist durch „Zwiebelfisch" unleserlich.

[37] Veto, a.a.O., S. 17.

gung eine Beeinflussung und Sammlung der proletarischen Schichten zustande zu bringen, ohne welche die Massenbewegung der neunziger Jahre gar nicht zu denken gewesen wäre. Die grundsätzliche Bedeutung für den gesamtpolnischen Sozialismus lag aber in der Erkenntnis der Führer, daß das Erwecken eines Klassenbewußtseins als Voraussetzung einer Massenbewegung auf die Dauer unmöglich sein müßte, wenn man nicht auf Verschwörung und individuellen Terror als Mittel des politischen Kampfes verzichtete[38]. Entgegen der Kritik, die dem „Arbeiterbund" zum Vorwurf machte, zugunsten des rein wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Gedankens den politischen Kampf schlechthin abgelehnt zu haben[39], besteht die Tatsache, daß die Führer keinen Augenblick den politischen Zweck als Ausgangspunkt ihrer Tätigkeit aus den Augen verloren. Die wirtschaftliche Erhebung betrachteten sie stets nur als „Vorschule für den großen politischen Kampf"[40], der entsprechend ihrer Ideologie dem Proletariat bevorstand; sie vertraten dies um so nachhaltiger, als „weder sie noch die Arbeiter sich über die Geringfügigkeit der höchstmöglichen wirtschaftlichen Errungenschaften täuschen konnten"[41].

Während der „Arbeiterbund" angesichts des großen Zulaufs der kommenden proletarischen Massenbewegung den Weg vorbereitete, meldeten sich auch die Erben der „Proletariat"-Partei wieder zum Wort. Unter den zahlreichen Selbstbildungsvereinen der Warschauer Hochschulen befand sich zu Beginn des Jahres 1887 eine Grupe von Studenten der Handelshochschule, die, durch volkswirtschaftliche Studien beeinflußt, sich in ihren sozialen Anschauungen frühzeitig gegen die anderen Kreise abgehoben hatte. Anfangs bestand diese Gruppe etwa aus 20—30 Personen, von denen einige zehn bereits mehrmals im Gefängnis gesessen hatten und deren drei aktivste Mitglieder die Führung übernahmen: Stanisław Kasjusz, Ludwik Kulczycki und Władysław Gizbert-Studnicki[42].

Um die gleiche Zeit schlossen sich an der Warschauer Universität eine ganze Anzahl der dort bestehenden Selbstbildungsvereine zum „Verband der polnischen Jugend" (Związek młodzieży Polskiej) zusammen, mit dem sogleich Fühlung aufgenommen wurde und eine Arbeitsgemeinschaft zustande kam, bei der die „Handelshochschüler" sehr rasch entscheidenden Einfluß gewan-

---

[38] Radek, a.a.O., S. 7.

[39] Dieser Standpunkt wurde neben den alten Anhängern der „Narodnaja Volja" hauptsächlich von den Publizisten der später gegründeten P.P.S. vertreten. s. z. B.: Narkiewicz-Jodko, a.a.O., S. 621 f.; Veto, a.a.O., S. 19 u. a.

[40] E. Schneerson: Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Rußland, Polen und Litauen, in: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, 1905, Heft 2.

[41] ebenda.

[42] Perl, a.a.O., S. 281; vgl. auch W. Recke: Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik. Berlin 1927, S. 163.

nen. Ohne nennenswerte Verbindung zu Arbeitern oder Handwerkern zu haben, beschäftigte sich diese Gruppe ähnlich wie der „Arbeiterbund" in seinen Anfängen fast ausschließlich mit theoretischen Studien, bildete Vortragskreise, richtete Diskusssionsabende ein und unterhielt Lesezirkel, wobei volkswirtschaftliche Themen im Vordergrund standen und nach ausgesprochen sozialistischen Gesichtspunkten erörtert wurden[43].

Im Gegensatz zu der regen Tätigkeit des „Arbeiterbundes", der durch seinen gewerkschaftlichen Charakter begreiflicherweise eine große Anziehungskraft ausübte, mußte die Warschauer Studentengruppe auf die Dauer Gefahr laufen, zu einem Verein von Intellektuellen zu werden, wenn es ihr nicht gelang, eine Basis zu finden, von der aus sich Wirkungsmöglichkeiten auf breite Teile des Proletariats ergaben, ehe die Selbsthilfeorganisationen das Sammelbecken für die städtische Arbeiterschaft wurden. Da trat, vom Auslande her beeinflußt, im Jahre 1888 ein Wandel ein.

Im Herbst zuvor war Ludwik Kulczycki, um seine Studien fortzusetzen und mit der dort befindlichen sozialistischen Emigration Verbindung aufzunehmen, nach Genf gegangen[44], wohin sich nach 1855 nicht nur die „Narodnaja Volja"-Männer sondern auch die führenden Leute des „Proletariats" geflüchtet hatten. Unbekümmert um den Ausgang der russischen Bewegung waren die Polen Anhänger der alten terroristischen Grundsätze geblieben, hatten ihr Bündnis mit der Auslandsgruppe der „Narodnaja Volja" erneuert und unterhielten eine Presse (Walka klas — Der Klassenkampf, Przedświt — Die Morgendämmerung)[45], mit der den einheimischen Kräften der Rücken gestärkt und den innerhalb des Sozialismus auftauchenden patriotischen Strömungen Abbruch getan werden sollte. In dieser Gesellschaft wurde Kulczycki mit den politischen Maximen der alten „Proletariat"-Partei infiziert[46]. Unverändert stand diese auf dem Boden eines verschwörerischen

---

43) Mazowiecki, a.a.O., S. 126; vgl. auch Perl, S. 276.

44) Mazowiecki, a.a.O., S. 128; Perl, a.a.O., S. 282.

45) „Walka klas" (Der Klassenkampf), gegründet im Mai 1884. Erschien monatlich als Zeitung und enthielt außer politischen Leitartikeln Abhandlungen über Programmfragen. Als Redakteure zeichneten verantwortlich St. Mendelson, St. Leonowicz und G. Bobrowski. Die Zeitung wurde in Genf gedruckt und war hauptsächlich für intelligentere Kreise bestimmt. Daneben bestand als Blatt mit wissenschaftlichem Charakter noch der seit Mai 1881 ebenfalls monatlich erscheinende „Przedświt" (Die Morgendämmerung), der zur Propaganda unter den Arbeitern diente. Obwohl beide Zeitungen nur beschränkte Lebensdauer hatten — „Walka klas" ging 1887, „Przedświt" 1890 ein — haben sie in der Krisenzeit nach 1885 sehr stark zur Belebung der Arbeiterbewegung beigetragen.

Inhaltsüberblick bei Korman: Materiały do bibljografji druków socjalistycznych na ziemiach Polskich (Materialien zur Bibliographie sozialistischer Druckschriften in den polnischen Ländern), Warschau 1935, S. 54 ff., 87.

46) Perl, a.a.O., S. 282.

Blanquismus, der in dem Handstreich der kleinen revolutionären Minderheit das Mittel sah, sich der Staatsmaschine zu bemächtigen und, gestützt auf das Volk, die soziale Revolution ins Werk zu setzen, den Terrorismus aber als Hauptmittel betrachtete, den Handstreich vorzubereiten.

Unter diesen Einflüssen kehrte Kulczycki im Frühjahr 1888 als „Proletariat"-Mann zurück. Aber schon in Genf hatten auch andere Eindrücke ihre Wirkung ausgeübt, hatte die überall sich regende gewerkschaftliche Bewegung Zweifel über die Zulänglichkeit der eigenen sozialistischen Betätigung aufsteigen lassen. Ihre Anhänger glaubten weder an eine theoretisch vorgebildete sozialistische Auslese noch an die Möglichkeit eines revolutionären Gewaltstreiches, sondern waren der Auffassung, in der Arbeitermasse, die zum Klassenbewußtsein erweckt werden sollte, die gewaltige Kraft zu finden, welche die Grundlage der politischen Freiheit für Polen schaffen würde. Auch für Kulczycki war das Schicksal des mit der „Narodnaja Volja" verbundenen „Proletariats" mit seiner Neigung zur Verschwörung einerseits und dem Prinzip einer Kleingruppenagitation andererseits noch in zu lebhafter Erinnerung, als daß er uneingeschränkt an der in der Emigration gewonnenen Lehre festgehalten hätte. Er sah sehr deutlich, daß das absolute Regime dem Klassenkampf ungeheure Schwierigkeiten entgegenstellte und die sozialistische Machtergreifung nur auf dem Umweg über eine demokratische Verfassung erkämpft werden könne, zur Erreichung dieses Zieles aber die systematische Sammlung eines großen Proletariats notwendig sei.

Mit ähnlichen Gedankengängen hatten sich inzwischen auch die beiden im Lande verbliebenen Führer der Gruppe beschäftigt. Durch einige Emigranten, die während der Abwesenheit Kulczyckis nach Warschau gekommen waren[47], in ihrem Vorhaben bestärkt, hatten Kasjusz und Gizbert-Studnicki Ende 1887 eine energische Propaganda aufgenommen, die darauf ausging, das Betätigungsfeld ihrer Gruppen weiter auszudehnen und die mit dem Sozialismus Sympathisierenden zur Mitarbeit heranzuziehen; vor allen Dingen aber den Zulauf zu den Selbsthilfeorganisationen des „Arbeiterbundes" durch Steigerung der eigenen Propaganda zu unterbinden. Bei dieser Tätigkeit kam ihnen die Unterstützung der vom Ausland her Zugereisten sehr zustatten, von denen der eine, Kasprzak, jetzt ständigen Aufenthalt in Warschau nahm. Kasprzak, der erst vor kurzem aus dem Posener Gefängnis entwichen war, kannte die sozialistische Propaganda aus der Praxis und hatte, bevor er von der preußischen Polizei gefaßt worden war, mit Unterstützung der deutschen Sozialisten jahrelang die Geheimagitation in der Provinz geleitet, die ja seit 1881 von einer ganzen Reihe von Emissären aus dem „Proletariat"-Lager betrieben wurde.

---

[47] Mazowiecki, a.a.O., S. 128; Perl, a.a.O., S. 282.

So weit vorbereitet hatte Kulczycki bei seiner Rückkehr die Arbeit angetroffen, daß nun sogleich mit einer weitläufigen Propaganda eingesetzt werden konnte. Eine große Menge illegaler Schriften und Zeitungen, die er über die Grenze geschmuggelt hatte, wurde verbreitet und wanderte, auf hektographischem Wege vervielfältigt, auch außerhalb Warschaus überallhin in die Betriebe[48]. In kurzer Zeit war die Agitation so lebhaft geworden und hatten sich die Beziehungen derart erweitert, daß man auf den Vorschlag von Kulczycki und Kasprzak einging, sich als Partei zu organisieren, die politischen Forderungen in einem Statut festzulegen, und auf ihr Drängen beschloß, unter der Bezeichnung „Proletariat" an die Öffentlichkeit zu treten[49]. Sehr folgerichtig hatten die beiden Praktiker damit gerechnet, daß die Namensverwandtschaft mit der ehemaligen Partei jene Teile der alten „Proletariat"-Gefolgschaft heranziehen würde, die aus grundsätzlicher Einstellung den Selbsthilfeorganisationen ferngeblieben waren, und andererseits durch die starke Betonung des politischen Standpunktes, auf den der „Arbeiterbund" ja bewußt verzichtete, ein großer Zulauf aus Arbeiterkreisen einsetzen würde.

In dieser Absicht wurde im Sommer 1888 ein Aufruf des Warschauer Arbeiterkomitees der Sozialrevolutionären Partei „Proletariat" veröffentlicht, der im Ausland gedruckt worden war und als dessen Autor Stanisław Mendelson zeichnete[50]. Dieser Aufruf knüpfte an die zehnjährige Arbeiterbewegung in Polen und die drakonischen Urteile vom März 1886 an, brandmarkte die Politik der Regierung und der besitzenden Klassen und forderte die Arbeiter und alle Unterdrückten zum Kampf für die Internationale und die Befreiung vom Joch des Zarismus auf[51]. Obwohl der Verfasser des Aufrufes den Sozialismus scharf gegen die „bürgerliche Unabhängigkeit" absetzte, ließ er doch keine konkreten Vorschläge oder politischen Richtlinien erkennen; trotzdem war neben den Ausführungen, die in sehr allgemeiner Form die klassenkämpferischen Parolen des Sozialismus vertraten, der Niederschlag einer neuen Auffassung zu finden, die den Kulczyckischen Gedankengängen Rechnung trug und deren ungewolltes und doch unvermeidliches Ergebnis einer Anerkennung der nationalen Unabhängigkeit gleichkam.

So hatte die neue Organisation, zu der sogleich auch der Zulauf einsetzte, mit dem alten „Proletariat" kaum mehr als den Namen gemeinsam. Ihre Führer besaßen nicht mehr den uneingeschränkten Glauben an die Möglichkeit, die Gewalt über die

---

[48]) Perl, a.a.O., S. 283.
[49]) ebenda.
[50]) Perl, a.a.O., S. 284.
[51]) ebenda.

Barrikaden hinweg in die Hände zu bekommen, sondern waren der Meinung, erst eine Verfassung erlangen zu müssen[52], die im Wege der Autonomie dem polnischen Volk die Selbstgestaltung seines Schicksals zugestehen würde. An dieser Auffassung war befremdend, daß sie die Schwierigkeiten übersah, die durch die Frage der Autonomie auftraten, und nicht berücksichtigte, daß das polnische Volk auf drei Reiche verteilt war, in denen bezüglich einer sozialistischen Machtergreifung die ungleichartigsten Voraussetzungen bestanden. So verschwommen aber derartige Vorstellungen auch waren, so grundsätzliche Bedeutung hatten sie doch dadurch, daß sie als nächstes Ziel *nicht die Herrschaft des revolutionären Proletariats* sondern eine allgemeinherrschende soziale Freiheit im Auge hatten, die mit der politischen Selbständigkeit des polnischen Volkes verbunden sein sollte.

Es bedarf kaum des Hinweises, daß die dargestellten Anschauungen, die ja bereits lebhaft an spätere Programme erinnern, zunächst kaum Einfluß auf die politische Physiognomie des „Proletariats" hatten. Im Gegenteil herrschte in weiten Kreisen der Organisation bis zum Ende ihres Bestehens eine instinktive Abneigung gegen die Kompromißlösung einer russischen Verfassung, in der die „Walka klas" eine „liberale Durchdringung"[53] der revolutionären Bewegung sah und deshalb vor einer „konstitutionellen Selbstbeschränkung"[54] warnte. Diese in der „Walka klas" zum Ausdruck gebrachte Abneigung gegen die Selbständigkeitstendenzen der Heimatorganisation beschränkte sich jedoch — wie wir annehmen können — nicht nur auf Stellungnahmen theoretischer Natur. Noch im selben Jahr wurde nämlich von der Pariser Sozialistenemigration unter der Bezeichnung „Zentralisation"[55] ein Verband gegründet, der gewissermaßen die Spitzenorganisation aller „Proletariat"-Gruppen sein sollte und die Aufgabe hatte, die Stetigkeit der Bewegung sicherzustellen, die im Lande infolge der Verhaftungen jeden Augenblick wieder auseinanderreißen konnte. Die zweite und vermutlich die Hauptaufgabe war jedoch die, eine Art Aufsichtsorgan zu sein, um ein unerwünschtes Überhandnehmen gewisser Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterdrücken und — wie Perl[56] selbst hinzufügt — „das Steuer der Partei in erfahrene Hand zu geben". Zu dieser Organisation gehörte Alexander Dębski, St. Mendelson und seine Ehefrau Marja Jankowska-Mendelsona, also nicht zufällig auch die, welche der „Walka klas" nahestanden und schon von Natur aus mißtrauisch gegen die einheimische Bewegung waren.

---

[52] Veto, a.a.O., S. 16
[53] zitiert nach Perl, a.a.O., S. 287.
[54] ebenso.
[55] Feldman, a.a.O., S. 318.
[56] Perl, a.a.O., S. 290.

Bewegung der Massen.
Der Pariser Internationale Kongreß als Wendepunkt der sozialistischen Bewegung in Polen.

Während sich innerhalb des polnischen Proletariats die Anzeichen einer kommenden Neugestaltung von ferne bemerkbar machten, stand die europäische Arbeiterbewegung schon mitten in einer Wende. Das Jahr 1889 hatte der Sozialdemokratie die Wiedererrichtung der Internationalen Arbeiter-Assoziation gebracht als äußereres Ergebnis der Entwicklungen und Strömungen, die die europäische Welt seit 1872 durchgemacht hatte[57]. Die ungeheure Ausweitung der Wirtschaft und die nivellierende Wirkung der Weltproduktion hatten in allen Ländern Bewegungen der Arbeiterschaft ausgelöst, Arbeitseinstellungen hervorgerufen und eine sozialistische Beeinflussung der großen Masse zur Folge gehabt. Charakteristisch war, daß in allen produktionsstarken Ländern, vornehmlich in England, Deutschland und Österreich, die bisher vom Klassenkampf verhältnismäßig unberührt geblieben waren, breite Schichten des Proletariats als organisierte Massen auftraten und nun dazu drängten, an Stelle national abgegrenzter Arbeiterklassen eine gemeinsame internationale Arbeiterschaft herauszustellen.

In diesem Zeichen stand der zum 100. Jahrestag des Bastillesturmes zusammengerufene Pariser Kongreß. Wie vorauszusehen war, stand im Vordergrund der Beratungen die Diskussion über eine internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die eine Fülle von Teilforderungen umfaßte und durch die Regierungen der Länder zum Gegenstand internationaler Verträge gemacht werden sollte. Von größerer Bedeutung als dieses Programm war jedoch der Beschluß, die Forderungen des Proletariats durch große Kundgebungen am 1. Mai zu unterstützen, um von den Regierungen die gesetzliche Einführung des achtstündigen Arbeitstages und die Genehmigung anderer Forderungen des Pariser Kongresses zu verlangen[58].

Über Art und Weise der Feier war nichts beschlossen worden, umsomehr begann in den sozialistischen Kreisen aller Länder der Gedanke durchzudringen, die neu erstandene Solidarität des Proletariats zu beweisen und durch einen Weltfeiertag die Macht der Arbeiterklasse nach außen hin zu dokumentieren. Insbesondere in England und Deutschland, wo der Sozialismus soeben Boden gewonnen hatte[59], gewann der Plan schnell Anhänger,

---

[57] Im September 1872 hatte infolge der auf dem Haager Kongreß eingetretenen Spaltung die I.A.A. ihre Tätigkeit eingestellt und war durch Aufhebung des Generalrates zu Philadelphia im Juli 1876 endgültig aufgelöst worden. Vgl. Handbuch des Sozialismus, S. 367f., 370.

[58] Protokoll des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Paris, abgehalten 14.—20. 7. 1889. Nürnberg 1889, S. 121 ff.

[59] In England hatte im August-September 1889 der Sozialismus die Führung der englischen Arbeiterklasse übernommen (Dockarbeiterstreik), in Deutschland war nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Januar 1890

wenn auch später die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aus taktischen Gründen nur mit Einschränkungen die Durchführung der Kundgebungen zuließ.

Für die Polen mußte die Veranstaltung eines Maifeiertages von besonderer Bedeutung insofern sein, als eine allgemeine Arbeitsruhe die einzig mögliche Form einer Massendemonstration und das eindringlichste Mittel war, große Mengen des Volkes für den Sozialismus mobil zu machen[60]. Trotzdem hatte der „Arbeiterbund" Bedenken gegen die geplante Veranstaltung, soweit sie sich auf die geplante Demonstration der Straße bezog, und überließ den „Proletariat"-Leuten allein die Vorbereitungen für das Unternehmen. Maßgebend für diese Stellungnahme war ähnlich wie bei der deutschen Sozialdemokratie die Besorgnis, daß gegenüber dem zweifelhaften Erfolg der Einsatz an Menschen und Mitteln die Kraft der Organisation über Gebühr belastet und durch das zu erwartende Eingreifen der russischen Polizei der Einfluß und die Existenz der mühevoll aufgebauten Selbsthilfeeinrichtungen aufs Spiel gesetzt werden könnte[61].

So ging das „Proletariat" energisch an die Vorbereitung des Tages. Die Hauptaufgabe bildete die Herstellung einer in zahllosen Exemplaren aufgelegten Proklamation. Seit fünf Jahren hatte die unterirdische Presse so gut wie geschwiegen, da alle geheimen Druckereien entdeckt worden waren[62] und die russische Polizei über den Umfang der geheimen Arbeiterbewegung im unklaren gelassen werden sollte. Da erschienen am 29. April überall in Warschau und Lodz Aufrufe[63], die den Achtstundentag propagierten und die Arbeiterschaft, auf die seit Monaten eingewirkt worden war, am 1. Mai zu Demonstrationen auf die Straße riefen. Der Tag brachte den gewünschten Erfolg: Überall in den Industriezentren kam es zu Kundgebungen. Allein in Warschau feierten 8—10 000 Menschen[64], eine Unmenge kleiner Betriebe stellte die Arbeit völlig ein, selbst in den großen Werken blieben trotz Drohungen der Fabrikanten ganze Belegschaften zu Hause. Aber auch in Galizien hielt die Arbeiterschaft mit den Genossen im russischen Polen Schritt: In Krakau und Lemberg, besonders aber im benachbarten Kohlengebiet von Mährisch-Ostrau und den angrenzenden Industrierevieren, wo schon seit Monaten Unruhe-

---

die Sozialdemokratie wieder politisch aktionsfähig geworden.

Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender. Hg. v. H. Delbrück. München 1889, Neue Folge, Bd. 5, S. 201, 378.

[60]) Narkiewicz-Jodko, a.a.O., S. 622.

[61]) Übrigens hatte die S.P.D. noch andere Gründe, vgl. hierüber: Handbuch des Sozialismus, S. 486 f.

[62]) Londoner „Sozialdemokrat" 1890, Nr. 21.

[63]) In Lodz wurde ein Sonderaufruf in deutscher Sprache herausgebracht, der die deutschen Arbeiter veranlaßte, mit dem polnischen Proletariat solidarisch zu handeln.— Mazowiecki, a.a.O., S. 146.

[64]) Londoner „Sozialdemokrat", ebenda.

herde lagen, kam es zu auffallenden Demonstrationen[65], die auch hier alle propagandistisch vorbereitet waren und dafür sprachen, daß die sozialistische Bewegung unaufhörlich gearbeitet hatte.

Die Maifeier hatte die Erwartungen der polnischen Arbeiterbewegung also noch übertroffen. Der eigentliche Erfolg lag aber doch in anderer Richtung, lag in der grundsätzlichen Bedeutung, die der 1. Mai für den gesamten polnischen Sozialismus gehabt hatte. Bisher hatte es nämlich an einer Parole gefehlt, mit der die Massen zu einer Kundgebung aufzurufen waren und die sammelnd zugleich dem Proletariat die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zum Bewußtsein bringen sollte. Jetzt bot sich eine solche in Gestalt eines Arbeiterfeiertages, der nicht nur von den Sozialisten der ganzen Welt mitbegangen wurde, sondern auch Mittel war, unter den Augen des absoluten Regimes scheinbar friedlich politisch zu werben[66]. Und noch ein anderes kam dazu: Sehr folgerichtig ergab sich für die Führer aus dem Widerhall, den der Appell an das arbeitende Volk gefunden hatte, daß die sozialistische Arbeit in dem bisher gehaltenen Rahmen schon nicht mehr den Aufgaben entsprach, die die jüngste Entwicklung an sie stellte, und die Massenagitation nunmehr als politisches Hauptkampfmittel zu führen war.

In diesem Augenblick tritt der polnische Sozialismus in ein entscheidendes Stadium: Die Zirkelbewegung der achtziger Jahre in der ganzen Vielfarbigkeit ihrer sozialistischen Betätigung beginnt plötzlich auf ein gemeinsames Ziel einzuschwenken und damit ihre bisherigen Merkmale zu verlieren. Die Umgestaltung beginnt damit, daß sich zunächst im „Proletariat" eine Wandlung vollzieht. Für das „Proletariat" war bisher die Agitation nach der Breite hin von geringer Bedeutung gewesen: Großversammlungen, Streiks und Versuchen, revolutionäre Gesinnung in der Masse zu erwecken, wurde nicht allzu viel Wert beigelegt; ihm ging es vor allem darum, die geheimen Organisationen zu stärken, die besten und tatkräftigsten Elemente der Arbeiterschaft heranzuziehen und um sich zu gruppieren. Dabei war aber das Augenmerk nicht darauf gerichtet, Leute für die bevorstehende Revolution zu gewinnen, sondern eine Auslese zielbewußter Agitatoren zu treffen, die angesetzt werden sollten, um neue Unterführer heranzubilden, während der großen Masse des Proletariats nur die Rolle vorbehalten sein sollte, diese im Augenblick der Revolution zu unterstützen[67].

Um diese Zeit begann auch der „Arbeiterbund" fast unmerklich sein Gesicht zu verändern. Von jeher hatte hier das revo-

---

[65] Mazowiecki, a.a.O., ebenda.

[66] Mazowiecki, a.a.O., S. 145.

[67] Socjaldemokracja królestwa Polskiego i Litwy. Materiały i dokumenty 1893—1904 (Die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens. Materialien und Dokumente), hg. v. B. Szmidt. Moskau 1934, S. 14.

lutionär-klassenkämpferische Moment zugunsten des wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Programms mehr im Hintergrund gestanden und der Selbsthilfegedanke lediglich auf eine Belebung des ökonomischen Kampfes gewirkt. Unter dem Eindruck des Erfolges vom 1. Mai setzte jetzt eine stärkere Betonung politischer, dem „Proletariat" nicht unähnlicher Tendenzen ein, wie überhaupt eine Abschwächung der Gegensätze zwischen den beiden Organisationen festzustellen war.

Aber noch hatte die proletarische Bewegung das Feld nicht gewonnen. Die fieberhafte Tätigkeit, mit der die Sozialisten daran gingen, die Arbeiterschaft in Marsch zu setzen, konnte nicht mehr unbemerkt von der Öffentlichkeit vor sich gehen. Zweifellos hatte die Regierung eingesehen, daß der Maifeiertag 1890 nicht nur eine Augenblickerscheinung gewesen war — denn 1891 war die Zahl der Demonstrierenden schon auf 30 000 gestiegen —, und daß ebensowenig die ununterbrochene Folge von Streiks eine Begleiterscheinung örtlich bedingter Differenzen zwischen Fabrikanten und Arbeitnehmern sein konnte, zumal soeben auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Brüssel[68] ausgesprochen worden war, daß die planmäßige Durchführung von Ausständen und Boykotts für die Arbeiterklasse eine unumgängliche Notwendigkeit sei, um ihre soziale und politische Lage innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.

So schritt die Polizei wiederum zu Verhaftungen, um diesmal die Mitglieder des „Arbeiterbundes" zu fassen, dessen „Widerstandskassen", wie sie durch ihren Spitzeldienst erfahren hatte, das materielle Rückgrat der gesamten Bewegung waren. Auch das „Proletariat" verlor dabei eine ganze Anzahl seiner Leute; stärker wurde aber die „Arbeiter-Vereinigung" (Zjednoczenie robotnicze) betroffen, eine zahlenmäßig schwache Organisation, die sich ein Jahr zuvor wegen taktischer Meinungsverschiedenheiten aus Anhängern des „Proletariats" gebildet hatte und nun ihr Eigenleben unter dem Zugriff der russischen Polizei beschloß[69].

Die Erwartungen der Regierung, daß die sozialistische Bewegung wie 1885 nach planmäßigem Vorgehen eingekreist und niedergerungen werden könnte, stellten sich sehr bald als Täuschung heraus. Eine Streikbewegung, deren Zentren in den großen Industrierevieren liegen und die sich von dort strahlenförmig bis in die kleinsten Manufakturstädte fortsetzt, ergreift wie ein Fieber das Proletariat. Fast keine Woche vergeht, ohne daß nicht von irgendwoher Boykotts gemeldet werden, die oft acht und vierzehn Tage dauern und meistenteils verhältnismäßig ruhig verlaufen. Alle diese Streiks sind planmäßig organisiert

---

[68]) Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Brüssel 16.—22. 8. 1891. Berlin 1893, S. 23 f.

[69]) Narkiewicz-Jodko, a.a.O., S. 624.

und beginnen in vielen Fällen damit, daß Teilbelegschaften eines Werkes wegen irgendwelcher Differenzen in den Ausstand treten. Manchmal genügt das schon, um die Unternehmer zu Zugeständnissen zu bequemen, besonders wenn es sich um saisonbedingte oder auftragsgebundene Industrien handelt; oft aber greift der Streik über und legt den ganzen Betrieb still, oder man bricht ihn ab, wenn taktische Gesichtspunkte es erfordern, um ihn bei günstiger Gelegenheit zu wiederholen. Dabei werden die in den Ausstand Tretenden von ihren Genossen moralisch und materiell unterstützt, soweit die Streikkassen den Nachstellungen der Gendarmerie nicht zum Opfer gefallen sind. Den Unternehmern wird manches Zugeständnis abgezwungen, hie und da erlangen die Arbeiter höheren Lohn bezw. kürzere Arbeitszeit oder handeln andere Erleichterungen ein[70].

Demgegenüber ist die Haltung der Regierung nicht überall gleich. Notgedrungen übernimmt sie die Rolle des Vermittlers und tritt sogar manchmal auf die Seite der Arbeiter, besonders wo es der sozialistischen Bewegung gelingt, ihren Kampf als Lohnbewegung zu tarnen. Dafür greift sie dort mit besonderer Schärfe durch, wo sich nach ihrer Meinung die Hochburgen der sozialistischen Agitation befinden. Die Streiks werden durch besondere Verordnungen verboten, und wenn sie trotzdem zustande kommen, sind Polizei und Militär bereit, sie niederzuhalten. Arbeiterkassen und -vereine sind ebenfalls verboten und den Beteiligten drohen bei Entdeckung lange Kerkerstrafen[71].

Einer dieser Brennpunkte ist der Industrierayon Lodz, dessen Textilerzeugnisse bis nach Asien hinein gehandelt werden und im russischen Außenhandel eine erhebliche Rolle spielen[72]. Jeder größere Streik bringt hier die Gefahr einer Marktbeunruhigung mit sich, weshalb die Regierung umso schärfer jeder Agitation entgegentritt. Überhaupt ist die Bewegung hier um vieles intensiver, als sie nicht nur in die Breite sondern auch in die Tiefe wächst. Das liegt einmal an der größeren Nähe der deutschen Grenze, von der sehr viel stärker als in Warschau Einflüsse des westlichen Sozialismus zu spüren sind, und andererseits daran, daß der Lodzer Arbeiter durch das ansässige starke deutsche Element aufgelockert, im Durchschnitt intelligenter und gebildeter ist als der Arbeiter weiter im Osten oder Süden[73]. So wird

---

[70] Socjaldemokracja królestwa Polskiego i Litwy. Materiały i dokumenty, S. 11 f.

[71] ebenda.

[72] R. Luxemburg, a.a.O., S. 87; vgl. auch Eichler: Das Deutschtum in Kongreßpolen. Stuttgart 1921, S. 89. — Koszutski, a.a.O., S. 39, 112.

[73] Bielschowsky, a.a.O., S. 44, 46 f.; Eichler, S. 84 f. — Die Arbeiterschaft rekrutierte sich, was die Deutschen betrifft, aus Nachkommen der um 1820 eingewanderten schlesischen, sächsischen und deutsch-böhmischen Weber, was die Polen betrifft, aus den seit der Aufhebung der Leibeigenschaft in Massen in die Fabriken strömenden polnischen Bauern. Über dieser eigentlichen Arbeiterschaft stand die verhältnismäßig große

im Frühjahr 1892 eine Maidemonstration von großem Ausmaß vorbereitet, und da der 1. Mai auf einen Sonntag fällt, die Kundgebung auf den folgenden Montag verlegt[74]. Als der Tag heran ist, feiern sämtliche Betriebe; etwa 80 000 Werktätige[75] durchziehen die Straßen und veranlassen die wenigen Arbeitenden, ebenfalls in den Ausstand zu treten. Auch am nächsten und den beiden anschließenden Tagen dauert die Arbeitsruhe fort; schon sind die Fabrikanten bereit, der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit zu entsprechen, da greift die Regierung ein, es ergeben sich Auseinandersetzungen, Militär wird angefordert, die Menge fühlt sich provoziert und nach einem Handgemenge kommt es zu einer förmlichen Schlacht: 46 Mann werden getötet, gegen 200 verwundet, an die 1000 verhaftet[76]. Das ist für die russissche Polizei zugleich das Signal, der sozialistischen Bewegung noch einmal mit Verhaftungen beizukommen. Aber es ist vergebliches Bemühen. Trotz aller Opfer wird der Kampf beharrlich fortgesetzt, um so erfolgreicher, je mehr das Proletariat die Bedeutung eines solidarischen Klassenbewußtseins und ihren Kampf als gemeinsame Sache der internationalen Arbeiterschaft zu erkennen glaubt[77].

Einheitsgedanke und nationale Orientierung.
Die Gründung der Polnisch-Sozialistischen Partei (P.P.S.).

Um diese Zeit hatte die sozialistische Bewegung vierzehn Jahre eines ununterbrochenen Kampfes hinter sich, in dem die „Proletariat"-Partei der Hauptträger der sozialistischen Ideen und ihrer Propaganda gewesen war. Trotzdem herrschte unter den Führern nur ein unklarer und unbestimmter politischer Gedanke, der auf die Einflüsse der „Narodnaja Volja" zurückzuführen war und in seinen Voraussetzungen gar nicht dem sozialen

---

Masse der technischen Beamten, die sich fast ausschließlich aus deutschen Elementen zusammensetzte.

Nach den Erhebungen vom 1. Januar 1895 ergab sich deshalb folgendes Bild: Von den 76 134 ständigen Einwohnern (die übrigen 200 000 Einwohner waren unbeständige, auf ausländischen Pässen sich Aufhaltende) 32 958 Deutsche und 25 969 Polen.

[74] Z pola walki, S. 235 ff.

[75] Die Angaben schwanken zwischen 60—80 000. Vorliegende Zahl aus „Sprawozdanie na III. międzynarodowy kongres socjalistyczny i robotniczy w Zurychu 1893 o stanie ruchu socjaldemokratycznego w Królestwie Polskiem w okresie 1889—1893" (Bericht über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung im Königreich Polen in der Zeit von 1889—1893, erstattet für den III. Internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongreß in Zürich 1893). In: Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy, S. 14.

J. Drut: Ruch robotniczy w królestwie Polskiem w okresie trzech ostatnich lat (Die Arbeiterbewegung im Königreich Polen in den letzten drei Jahren). Berlin o. J., gibt die Zahl sogar mit 100 000 an.

[76] Sprawozdanie ebenda; Narkiewicz-Jodko, S. 625; vgl. auch Bielschowsky, a.a.O., S. 62 f.

[77] Sprawozdanie, S. 12, 17.

Wunschbild der polnischen Arbeiter entsprach. Im ideenmäßigen Gegensatz zur westeuropäischen Bewegung ergingen sich ihre Anhänger in einem revolutionären Gefühl für die Notwendigkeit eines Kampfes gegen die gegenwärtigen Verhältnisse, ohne in Erwägung zu ziehen, ob sie dessen Möglichkeiten nicht stark überschätzten.

Um aber den Weg zur Arbeiter-Massenbewegung zu finden, mußte der polnische Sozialismus unbedingt auf Verschwörungen als politisches Mittel verzichten[78]. In dieser Situation kam ihm die durch den Sturz der „Narodnaja Volja" verursachte Schwächung des „Proletariat" sehr zustatten, als damit einer nennenswerten Verbreitung jener Theorien Einhalt geboten wurde und seine Nachfolger die Möglichkeit hatten, auf eigenen Grundlagen aufzubauen. Aber es war gewiß nun nicht so, daß neue Menschen mit neuen Ideen an die Führung kamen und die Selbsthilfevereine, aus denen dann der „Arbeiterbund" entsteht, nur in ihrer Gegnerschaft zum „Proletariat" zu begreifen sind. Es ist vielmehr jene seit 1887 neu einsetzende wirtschaftliche Initiative, die mit ihrem starken Bedarf an Arbeitskräften auch einen scharfen sozialen Kampf auslöste[79]. Für diesen Kampf wurden die Selbstbildungsvereine Auffangsorganisationen, in denen der Arbeiter materiellen Rückhalt fand, während sie andererseits einen festen Boden für die sozialistische Agitation abgaben. In dieser Tätigkeit lag natürlicherweise eine große Werbekraft, und es ist keine Frage, daß in e i n e m Jahr an sozialistischer Arbeit mehr geleistet wurde als in den acht Jahren der isolierten Zirkelpropaganda zuvor. So kommt dem „Arbeiterbund" die geschichtliche Bedeutung zu, die eigentliche Praxis des sozialistischen Kampfes geschaffen und in die vorgeschulten proletarischen Kräfte jenes Solidaritätsgefühl gelegt zu haben, ohne das die Massenbewegung der neunziger Jahre kaum denkbar gewesen wäre.

Bei der Einschätzung der Erfolge, die der „Arbeiterbund" bei der Ausbreitung des polnischen Sozialismus errungen hatte, war aber eine Tatsache nicht zu übersehen, die ein ausgesprochenes Schwächemoment darstellte: die völlige Vernachlässigung des politischen Kampfes und die mangelnde Orientierung auf Ziele, die außerhalb des wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Programms lagen. Wie wir uns erinnern, standen die Führer des „Arbeiterbundes" zwar auf dem Standpunkt, daß die wirtschaftliche Erhebung nur als Vorstufe der kommenden Auseinandersetzung anzusehen sei, und lehnten deshalb den politischen Kampf nicht grundsätzlich ab; in praxi wurden ihre Anhänger jedoch in der Meinung erzogen, daß sie die Politik nichts angehe, weil deren Einflüsse nach ihrer Ansicht zwangsläufig die Vernachlässigung

---

78) Radek, a.a.O., S 7.

79) Sprawozdanie na III. międzynarodowy kongres s. i. r. w Zurychu, S. 11.

des gewerkschaftlichen Gedankens zur Folge haben würde. Für diesen Standpunkt sprachen mancherlei Gründe, solange die Selbsthilfeorganisationen ungestört wirken konnten; wurden sie aber zerschlagen, waren die Nachteile kaum zu übersehen, insofern damit alle Bindungen zerrissen und wegen des Fehlens der materiellen Voraussetzungen keine Gewähr mehr vorhanden war, die Menschen zusammenzuhalten oder sie einheitlich zu beeinflussen.

Dieser Zustand war gerade jetzt im Frühsommer 1892 eingetreten. Unter Einwirkung dieses Ereignisses begannen sich unter der Arbeiterschaft Stimmen zu regen, die ihr Bedenken gegen die bisherigen Methoden der sozialistischen Bewegung laut werden ließen. Die Arbeiter hatten gesehen, daß weder die allgemeinen politischen Momente und das terroristische Traumgebilde des „Proletariats" noch der „Oekonomismus" des „Arbeiterbundes" für eine Massenbewegung ausreichte und als Wegweiser für eine weitere Entwicklung dienen konnte[80]. Die Massenbewegung verlangte ein klares und deutliches Herausstellen von Zielen, verlangte eine konkrete Antwort auf die sozialen und volklichen Probleme des Landes[81], verlangte vor allem eine Stellungnahme zu dem einschneidendsten Problem: Der Zukunft des Volkes in einem von Fremden beherrschten Raum.

Solange sich die Bewegung in verhältnismäßig engen Bahnen befand, mochte es hingehen, wenn man den Arbeiter mit der Erörterung derartig diffiziler Fragen verschonte und alles vermied, um den proletarischen Kampf nicht mit gefährlichen Dingen zu komplizieren; je stärker aber die breiten Massen erfaßt und andere soziale Elemente eingeschmolzen wurden, desto mehr mußte sie auf die allgemeinen internationalen Wesenszüge des Sozialismus verzichten und auf die Mannigfaltigkeiten des Landes und der Nation eingehen[82].

Eine politische Neuorientierung war umso unentbehrlicher, als nach den letzten Ereignissen die polnische Arbeiterklasse endlich einsah, daß sie, solange die russische Herrschaft bestand, einen wirksamen Kampf mit den Unternehmern nicht führen könne. Die Regierung bekämpfte ja die Streikbewegung nicht nur deshalb, weil sie eine wirtschaftliche „Emanzipation" des polnischen Proletariats befürchtete, sondern auch um die Interessen ihrer Parteigänger, der rußlandfreundlichen Fabrikanten und Werkbesitzer zu schützen[83]. Das nationale Problem trat also entscheidend neben das soziale; das Proletariat begann, sich mit der „polnischen Frage" zu befassen, und es konnte nicht anders,

---

[80] Perl, a.a.O., S. 400.
[81] ebenda, vgl. auch Radek, a.a.O., S. 8.
[82] Perl, a.a.O., S. 401.
[83] s. o. S. 14.

als sich zugunsten der Unabhängigkeit Polens auszusprechen.

Eine Ergänzung fanden diese Tendenzen in der patriotischen Opposition, deren Einflüsse sich in den letzten beiden Jahren wieder nachdrücklich bemerkbar gemacht hatten. Von jeher bestand ja neben den sozialistischen Gruppen auch eine nationale Richtung, die unter dem Einfluß Bolesław Limanowskis Anfang der achtziger Jahre in Warschau vorherrschend geworden war. In Fortführung der Tradition von 1863 erhob sie als erste Forderung die Unabhängigkeit Polens und setzte sich daher scharf gegen das gerade damals aufkommende „Proletariat" ab. Je stärker jedoch der Zulauf zur sozialistischen Bewegung einsetzte, umso mehr verlor sie an Bedeutung, verschwand nach den Verhaftungen fast gänzlich und hatte ihr Hauptbetätigungsfeld seitdem in der Emigration. Aber schon nach wenigen Jahren, 1887, beginnt sie wieder merklich hervorzutreten. Das Nachlassen der sozialistische Bewegung führt ihr neue Kräfte zu.

Mit ähnlichen Gedankengängen beschäftigte sich um dieselbe Zeit eine Broschüre[84], die im Sommer 1892 erschienen war und in den Warschauer Arbeiterkreisen erhebliches Aufsehen erregte[85]. In dieser Schrift entwickelte Stanisław Grabski, der damalige Redakteur der in Berlin erscheinenden „Gazeta Robotnicza" (Arbeiterzeitung), ein Programm, in dem energisch für einen Kampf gegen die nationale Unterdrückung Stimmung gemacht wurde und nachgewiesen werden sollte, daß die Loslösung von Rußland eine der notwendigsten Forderungen des polnischen Proletariats sei. Indem der Autor die sozialen Verhältnisse in Rußland und Polen miteinander verglich, legte er dar, daß eine Konstitution, die möglicherweise in Rußland akut werden könnte, nicht den Interessen Polens entsprechen würde, das bezüglich seines sozialen Aufbaus auf einer höheren Stufe stände, und daß einzig und allein die Unabhängigkeit Polens den Bedürfnissen der polnischen Arbeiterklasse entspräche, weswegen diese Parole auch als Mindestforderung der polnischen Sozialisten anzusprechen sei.

Unter Einwirkung dieser Einflüsse begannen im sozialistischen Lager neue politische Anschauungen zu entstehen. Immer deutlicher zeigte sich das im zweiten Jahrgang des „Przedświt", wo sich um die Mitte 1892 sehr anschaulich ein Standpunktwechsel der polnischen Sozialisten den Russen gegenüber bemerkbar machte[86]. Zum Ausdruck kam diese Auffassung in einer Reihe

---

[84] Zborowicz (St. Grabski): Przyczynek do programu socyalnych demokratów polskich (Beitrag zu einem Programm der polnischen Sozialdemokraten). Berlin 1892.

[85] Mazowiecki, a.a.O., S. 232 f.; Perl, a.a.O., S. 420.

[86] Dies und die folgenden Zitate inhaltlich wiedergegeben nach Mazowiecki, S. 201, 233 f., da die Nummern der Zeitschrift nicht zu beschaffen waren. Vgl. auch Perl, a.a.O., S. 407.

von Artikeln, die der russischen Bewegung mit einigem Mißtrauen begegneten, weil sich nach ihrer Meinung in Rußland eine Aktion bemerkbar mache, die die Umgestaltung des russischen Reiches mit dem Ziele einer Verfassung im Auge habe. Die Aussicht auf eine kommende Konstitution bereitete den „Przedświt"-Leuten jedoch insofern einiges Kopfzerbrechen, als sie, vermutlich unter dem Eindruck einer Rede Bebels im Reichstag[87], auf einen Krieg zwischen Rußland und Deutschland hofften, in dessen Verlauf sich die Selbständigkeit Polens, wie sie glaubten, von selbst ergeben würde.

In der Tat wurde die europäische Lage vorübergehend von zwei Fakten beherrscht: dem Abschluß des russisch-französischen Bündnisses und der Zwangsvorstellung eines möglichen Krieges zwischen dem Dreibund auf der einen und Rußland-Frankreich auf der anderen Seite[88]. Natürlich hatte dieser Krieg, wenn er zum Ausbruch kam, entscheidende Bedeutung für das Schicksal der polnischen Landesteile; im Grunde erhob aber eine Auseinandersetzung zwischen den Teilungsmächten die polnische Frage zu einer ausgesprochen internationalen Angelegenheit, weshalb sich auch im sozialistischen Lager aller Länder eine eifrige Diskussion bemerkbar machte. Wie weit jedoch derartige Kombinationen den Gedankengängen der polnischen Arbeiterführer entsprachen, ist nicht klar genug zu erkennen, da der „Przedświt" nicht den Anspruch erheben konnte, uneingeschränkt das Meinungsbild der einheimischen Bewegung zu sein, und von der stark theoretisch denkenden sozialistischen Emigration beeinflußt war.

Auf jeden Fall war auch hier der Zug zur Unabhängigkeitsbewegung so stark vorhanden, daß in den verschiedenen sozialistischen Gruppen der Gedanke herangereift war, ein entsprechendes Programm auf der Basis einer Vereinigung aller sozialistischen Kräfte aufzustellen. Dieses Verständnis für die Notwendigkeit eines Bündnisses aller polnischen Sozialisten war schon auf dem Brüsseler Internationalen Kongreß von 1891 in Erscheinung getreten, wo die Vertreter der drei Teilgebiete eine gemeinsame Delegation gebildet und in einem Aufruf an ihre Landesorganisationen die Aufgaben der sozialistischen Bewegung umrissen hatten, indem sie dabei die Hoffnung aussprachen, daß der polnische Sozialismus sich noch vor dem nächsten Sozialistenkongreß zusammenschließen möchte[89].

So trat am 21. November 1892 in Paris ein Kongreß zusammen, an dem 18 Vertreter fast aller sozialistischen Richtungen teilnahmen und als Rahmenorganisation den „Auswärtigen Verband

---

87) Rede Bebels zur Militarvorlage am 13. 12 1892. Stenographischer Bericht des Reichstags, Bd. 127, S. 313.

88) Vgl. Europaischer Geschichtskalender, Neue Folge, Bd. 8, S. 326 ff.

89) Wasilewski, a.a.O., S. 31; vgl. hierzu: Socjalistyczny międzynarodowy kongres robotniczy w Brukseli 1891 r. (Der internationale sozialistische Arbeiterkongreß in Brussel von 1891), S. 7 ff.

Polnischer Sozialisten" (Związek Zagraniczny Socjalistów Polskich) gründeten[90]. Unter Vorsitz von Bolesław Limanowski wurde in achttägiger Debatte ein Programm entworfen, das die Ziele der neuen Partei in einer Reihe von Grundsätzen zusammenfaßte und als Spitzenforderung die Unabhängigkeit Polens enthielt. Dieses Programm[91] war von St. Mendelson mit einer ausführlichen Einleitung versehen worden, in der, von den Teilungen ausgehend, ein Überblick über die sozialen Verhältnisse Polens gegeben wurde, nicht ohne dabei die patriotischen Bestrebungen einer kritischen Würdigung zu unterziehen. In starker Anlehnung an marxistische Gedankengänge folgte dann eine Darstellung der Einflüsse, die in den letzten drei Jahrzehnten eine „ökonomische Neuordnung"[92] geschaffen hatten, andersartige Bedürfnisse mit sich brachten und dem „politischen Leben des gesamten Volkes von neuem die Zügel anlegten"[93]. Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma sei allein die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Bildung von Produktivgenossenschaften; aber nur eine sozialistische Partei könne dieses Ziel erreichen, und deshalb müsse sich das polnische Proletariat zu einer einzigen großen Partei vereinigen, um den Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten. „In der Überzeugung, daß die Verwirklichung neuer sozialer Lebensformen erst dann möglich ist, wenn sich das Proletariat im Besitz einer entsprechenden politischen Macht befindet, tritt die Polnisch-Sozialistische Partei mit einem klar formulierten und realisierbaren vorläufigen Programm an die Öffentlichkeit." Mit diesen Worten leitete St. Mendelson zum Hauptteil des Programms über, das in Paris unter folgendem Wortlaut festgelegt worden war[94]:

Als selbständige Arbeiterpartei und gestützt auf das gesamte schaffende Volk, fordert sie eine unabhängige demokratische Republik auf folgender Grundlage:

A. in politischer Hinsicht

1. Allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht und Gesetzgebung durch das Volk.
2. Gleichberechtigung des gesamten Volkes im Rahmen einer auf der Grundlage freiwilliger Föderation errichteten Republik.
3. Selbstverwaltung der Gemeinden und Provinzen und Wählbarkeit der Behörden.
4. Gleichheit aller Staatsbürger ohne Unterschied von Geschlecht, Rasse, Nationalität und Konfession.

---

[90] Perl, a.a.O., S. 429; vgl. Bełcikowska: Stronnictwa i związki polityczne w Polsce (Die politischen Parteien und Verbände in Polen). Warschau 1925, S. 339.

[91] Abgedruckt in: Materiały do historyi P.P.S. in ruchu rewolucyjnego w zaborze rosyjskim od r. 1893 do r. 1904 (Materialien zur Geschichte der P.P.S. und der revolutionären Bewegung im russischen Teilgebiet, 1893—1904), Bd. I, II. Warschau 1907. 1911, Bd. I, S. 8—20.

[92] ebenda, S. 12.

[93] ebenda.

[94] ebenda, S. 15 f.

5. Freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift und das Recht der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.
6. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Wählbarkeit der Richter und Haftbarkeit der Beamten.
7. Unentgeltlicher und obligatorischer weltlicher Schulunterricht; Lieferung der Lehr- und Unterhaltsmittel durch den Staat.
8. Abschaffung des stehenden Heeres und Bildung einer Volkswehr.
9. Stufenweise steigende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer. Abschaffung aller Steuern für Konsumwaren und Lebensmittel.

B. in wirtschaftlicher Hinsicht

I. Arbeiterschutzgesetzgebung.

1. Achtstundenarbeitstag und ununterbrochene Ruhepause von 36 Stunden pro Woche.
2. Minimalarbeitslohn.
3. Lohngleichheit für Frauen und Männer bei gleicher Arbeit.
4. Verbot der Arbeit für Kinder unter vierzehn Jahren. Beschränkung der Arbeitszeit für Minderjährige (14—18 Jahre) auf sechs Stunden.
5. Grundsätzliches Verbot der Nachtarbeit.
6. Gewerbliche Hygiene.
7. Staatliche Versicherung für Unfall, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter.
8. Einrichtung von Gewerbeinspektionen mit Besetzung durch Arbeiter eigener Wahl.
9. Arbeiterkassen und Arbeitersekretariate.
10. Freizügigkeit bezgl. Arbeitsverträgen.

II. Allmähliche Vergesellschaftung
der Bodenerträge und Produktionsmittel.

In diesem Statut war eine bemerkenswerte Ähnlichkeit mit dem Erfurter Programm festzustellen, an das sich Mendelson nicht nur in der Gliederung sondern auch rhetorisch unverkennbar angelehnt hatte. Beide Texte bestanden aus je zwei Teilen, dessen erster die theoretischen Begründungen und Allgemeingrundsätze des Sozialismus enthielt, während der andere das Tagesprogramm der Partei brachte mit allen Forderungen, die der politische Kampf an sie stellte. Als Ergänzung war diesem Wortlaut noch eine Art Kommentar beigegeben, der unter der Bezeichnung „Parteitaktik" eine Reihe methodischer Fragen behandelte und als Leitfaden für die agitatorische Arbeit dienen sollte, ohne jedoch alle Punkte des sozialistischen Programms zu berücksichtigen[95].

Der Pariser Kongreß hatte damit die ideologische Grundlage für eine Partei geschaffen, die zunächst noch gar nicht existierte und erst aus den Bestandteilen der einheimischen Bewegung aufgebaut werden sollte. Zu diesem Zweck begaben sich unter Führung Mendelsons einige Mitglieder des „Auswärtigen Verbandes" in die Heimat, um mit den Vertretern der verschiedenen Gruppen

---

[95] In diesem Nachtrag wurden folgende Fragen erörtert: 1. Massenorganisation — 2. Agitation — 3. Kampfmittel — 4. Verhältnis zu anderen Klassen — 5. Verhältnis zu Litauen und Rußland — 6. Der Panslawismus — 7. Verhältnis zu den russischen Revolutionären. — ebenda S. 16—20.

über den Zusammenschluß zu verhandeln[96]. Schon vorher hatte Mendelson mit den in Warschau und Wilna bestehenden Organisationen Fühlung genommen und erreicht, daß sich die „Proletariat"-Leute mit den „Arbeiterbündlern" schnell vereinigten. Wenig später folgte auch die nationale Gruppe, und nachdem in Wilna gleichfalls der Zusammenschluß gelungen war, erfolgte Anfang März 1893 die Gründung der neuen Partei: Polska Partja Socjalistyczna[97].

Nicht überall ging das Einigungswerk so reibungslos von statten. Abgesehen davon, daß man sich gegenseitig stark bespitzelte, ließen mangelndes Verständnis und Engherzigkeit der einheimischen Agitatoren mancherlei Schwierigkeiten auftauchen[98]. Zwistigkeiten und Mißtrauen, Verdächtigungen und örtlich bedingte Gegensätze besonders unter den kleineren Funktionären störten eine zeitlang den vereinheitlichenden Zug der Entwicklung und kamen erst zur Ruhe, nachdem das „Zentral-Arbeiterkomitee" in Warschau die Organisierung der Partei bis in die lokalen Gliederungen herunter durchgeführt hatte.

Nachdem die sozialistischen Landesgruppen zugunsten des Einheitsgedankens ausnahmslos auf ihre organisatorische Selbständigkeit verzichtet hatten, begann plötzlich ein kleiner Kreis von Ideologen gegen das Pariser Programm anzulaufen und im Gegensatz zu den Forderungen der P.P.S. das Projekt einer russischen Konstitution zu propagieren. Es waren dies Anhänger jener innerhalb des „Arbeiterbundes" bestehenden ultragewerkschaftlichen, vorwiegend jüdisch und daher international orientierten Richtung, deren geistiges Haupt Rosa Luxemburg war, die als Warschauer Emigrantin nach Zürich gegangen war, dort Nationalökonomie studierte und sich gleichzeitig energisch für den polnischen Sozialismus einsetzte[99]. Jedweder nationalen Bindung bar, verfocht Rosa Luxemburg den Standpunkt, daß jedes der drei Teilgebiete dem ihm zugehörigen Staat „organisch einverleibt"[100] werden müsse und schon aus wirtschaftlichen Gründen eine Vereinigung Polens oder der Kampf um seine Unabhängigkeit nicht zum Programm der polnischen Sozialisten gehören dürfe. Man müsse sich so eng wie möglich mit den entsprechenden, in diesen Teilungsstaaten bestehenden Parteien verbinden und nicht durch Herausstellen kleinlicher Sonderziele die Kräfte zersplittern[101].

Mit diesem Programm und der soeben in Paris erschienenen ersten Nummer der „Sprawa Robotnicza" (Die Arbeiterfrage) be-

---

96) Wasilewski, a.a.O., S. 37; vgl. auch Bełcikowska, a.a.O., S. 339.
97) Wasilewski ebenda; Veto, a.a.O., S. 19.
98) Wasilewski, a.a.O., S. 38.
99) Mazowiecki, a.a.O., S. 276; vgl. auch W. Recke, a.a.O., 164, 166.
100) Wasilewski, a.a.O., S. 38; vgl. daruber auch Feldman, a.a.O., S. 340 f.
101) ebenda, S. 39; vgl. auch Radek, a.a.O., S. 9 ff., ebenso die Auseinandersetzung Rosa Luxemburgs mit S. Hacker und Karl Kautsky in: „Die Neue Zeit", Bd. 14, 2, Stuttgart 1896.

gab sich Rosa Luxemburg im August 1893 zum Internationalen Sozialistenkongreß nach Zürich, wo sie zusammen mit Julian Karski als Vertreterin der „Sozialdemokratie des Königreichs Polen" (Socjaldemokracja Królestwa Polskiego, S.D.K.P.), einer erst wenige Tage vorher ins Leben gerufenen Sondergruppe[102], auftrat und sich der P.P.S. in aller Öffentlichkeit entgegenstellte[103]. Während Karski noch im Besitz eines zweiten, auf die P.P.S. lautenden Mandates war und von der polnischen Delegation ohne weiteres zugelassen wurde, berief sich Rosa Luxemburg lediglich auf die — übrigens anonyme — Redaktion der „Sprawa Robotnicza", als deren Beauftrage sie ebenfalls ihre Zulassung verlangte, die jedoch aus formalen Gründen abgelehnt werden mußte[104]. Hiergegen legte Rosa Luxemburg beim Büro des Kongresses Protest ein und setzte zunächst durch, daß ihr Mandat als rechtmäßig anerkannt wurde. Da die polnische Delegation sich mit diesem Beschluß jedoch nicht zufrieden gab, mußte der Kongreß angerufen werden, der nach längerer Diskussion zuungunsten der Antragstellerin stimmte und sie von der weiteren Teilnahme ausschloß.

Dieser Vorfall war der Anlaß zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen den „Sozialdemokraten" und der P.P.S., die von seiten Rosa Luxemburgs mit mehr Voreingenommenheit als Sachlichkeit geführt wurde und in der sie die Anhänger der P.P.S. immer wieder als „Sozialpatrioten"[105] anprangerte. Tatsächlich verfügte die S.D.K.P. eine Zeitlang über eine gewisse Anhängerschaft, die aus den nach dem Zusammenschluß verärgerten und nicht arrivierten sozialistischen Elementen bestand; es trennten sich sogar einige Arbeitergruppen von der P.P.S.[106], aber der stark theoretische Einschlag der Partei und die Agitation für eine russische Verfassung, die durch die letzte Entwicklung doch recht

---

[102] Über diese Gründung brachte die „Sprawa Robotnicza" in ihrer Septemberausgabe (Nr. 2) folgende, allerdings falsche Vorstellungen hervorrufende Notiz: „Am 3. (soll heißen: 30.!) Juli d. J. haben alle Genossen, die wir zur P.P.S. gehörten, diese bisherige Bezeichnung abgelegt und den Namen „Polnische Sozialdemokratie" angenommen. Unser Organ ist die in Paris erscheinende Zeitung „Sprawa Robotnicza".

Abgedruckt: Materiały do historyi P.P.S., Bd. I, S. 35; Zeitschrift selbst nicht mehr zu beschaffen.

[103] Die polnische Delegation war mit 10 Abgeordneten vertreten, von denen 4 für die österreichischen, einer für die preußischen Polen erschienen waren. Von den 5 Delegierten aus Kongreßpolen waren 4 zugleich Vertreter des „Auswärtigen Verbandes".

Vgl. Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Zürich, vom 6.—12. 8. 1893. Berlin 1893, S. 61.

[104] Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in der Tonhalle Zürich 1893, S. 14 f.

[105] Wasilewski, a.a.O., S. 39; vgl. auch die Auseinandersetzung Rosa Luxemburgs mit S. Häcker und Karl Kautsky in Bd. 14, 2 der „Neuen Zeit", Stuttgart 1896.

[106] Bełcikowska, a.a.O., S. 339 f.; vgl. auch Narkiewicz-Jodko, S. 629.

an Aktualität verloren hatte, ernüchterte die Arbeiter sehr schnell, um so mehr da sie sahen, daß der Zulauf bald abstoppte.

Indessen breitete sich der Einfluß der P.P.S. in Warschau und den anderen Industriezentren des Landes rasch aus. Die Inangriffnahme aller Fragen, die sich aus dem Programm ergaben, und das redliche Bemühen um deren Verwirklichung, verfehlte bei den Arbeitern nicht ihre Wirkung, beseitigte alle Reserven, die teilweise noch gegen die Unabhängigkeitsidee bestanden und trug dazu bei, den Zusammenhalt wesentlich zu stärken.

Um den von Monat zu Monat steigenden Anforderungen der Propaganda gerecht zu werden und für den Mangel an Agitatoren besonders in der Provinz einigermaßen einen Ausgleich zu schaffen[107], gab der Parteivorstand im Juli 94 den „Robotnik" heraus, eine Zeitung, die in einer inländischen Geheimdruckerei erschien, inhaltlich vom Warschauer „Zentral-Arbeiterkomitee" bestritten wurde und schließlich unter Józef Piłsudski als Redakteur, Setzer, Drucker und Verleger in einer Person jahrelang die propagandistische Arbeit der Partei unterstützte[108]. Die Herausgabe eines solchen Blattes war bereits auf dem Warschauer Parteikongreß im Februar zuvor beschlossen worden[109] zugleich mit einer Anzahl von Maßnahmen, die den organischen Aufbau der Partei[110], ihre Stellung zum „Auswärtigen Verband", die Propaganda und ein vorläufiges Aktionsprogramm betrafen. Die Zeitung sollte — so war ausdrücklich festgelegt worden — „vorwiegend informatorisch-agitatorischen" Charakter haben[111], rein theoretische Artikel sollten ausgeschlossen sein, dagegen der nach Möglichkeit größte Raum für die Erörterung praktischer Tagesfragen reserviert bleiben. Tatsächlich unterschied sich der „Robotnik" seiner Art nach von allen polnisch-sozialistischen Zeitungen durch das Verständnis, das er in weitestgehendem Maße den Dingen des alltäglichen Lebens entgegenbrachte und diese stets nach den Gesichtspunkten des Programms betrachtete. Seine Artikel, die leicht faßlich geschrieben waren, überzeugten die Leser und stellten ihnen reichliches Aufklärungsmaterial zur Verfügung. Aus diesem Grunde wurde er weit über die Kreise der P.P.S. hinaus

---

107) „Es ist ein Unglück, daß wir keine Leute in der Provinz haben, ..." klagt ein Mitglied des „Zentral-Arbeiterkomitees" in einem Bericht zur Lage im Juli 1894. — Abgedruckt: Materiały do historyi P.P.S., Bd. 1, S. 77.

108) Wasilewski, a.a.O., S. 39; Inhaltsüberblick bei Korman: Materiały do bibljografji druków sozialistycznych, S. 65 ff.

109) Drugi Zjazd partyjny P.P.S. (Der zweite Parteikongreß der P.P.S.) in: Materiały do historyi P.P.S., Bd. 1, S. 74 ff.

110) Die Organe der Partei waren, offenbar in Anlehnung an das alte „sozialrevolutionäre Proletariat" Waryńskis (s. S. 19) folgende: 1. Die Kongresse, 2. Das Zentral-Arbeiterkomitee (Centralny Komitet Robotniczy, C.K.R.), 3. Die örtlichen Arbeiterkomitees (Miejscowe Komitety Robotnicze, M.K.R.) und 4. Die Agitatorengruppen (Koła Agitatorów, K.A.) — Materiały do historyi P.P.S., Bd. 1, S. 74.

111) Protokoll des Kongresses, ebenda, S. 76 f.

gelesen und galt schließlich als einziges unabhängiges Propagandamittel gegen die Regierung[112], zusammen mit einer Unzahl von Flugschriften und Broschüren, die sehr viele neue Menschen anzogen, nicht zuletzt auf Kosten der S.D.K.P., deren Position sich besonders in der Provinz zusehends verschlechterte.

II.
Die deutsche Sozialdemokratie und das polnische Proletariat in Deutschland.

Die Sozialdemokratie beim Fall des Sozialistengesetzes und das Hallische Aktionsprogramm.

In der Reichstagsabstimmung vom 25. Januar 1890 war die Verlängerung des Gesetzes „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", das seit Oktober 1878 bestanden hatte, abgelehnt worden. Der deutschen Sozialdemokratie war damit — ungeachtet des „moralischen Gewinnes", dessen sich ihre Presse rühmte — ein Erfolg zugefallen, der in Anbetracht der Lage in zweifacher Richtung von Bedeutung war. Bei aller zahlenmäßigen Zunahme der Partei, die aus den „Faschingswahlen"[113] bereits mit 763 000 Stimmen hervorgegangen war, hatte sich nämlich gezeigt, daß der Parteiapparat, soweit er von den Auswirkungen des Sozialistengesetzes verschont geblieben war, den Erfordernissen der ständig zunehmenden Bewegung doch auf die Dauer nicht gewachsen war und andererseits, daß eine nachhaltige Agitation, welche die allgemeine Parteizersplitterung ausnutzen und in die Industriezentren eindringen sollte, bei einem weiteren Bestehen des Ausnahmegesetzes unmöglich Erfolg haben würde.

Unter diesen Gesichtspunkten sah sich die Partei infolge der Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes vor ganz neue Tatsachen gestellt. Wie groß der „moralische Gewinn" war, den die Sozialdemokratie am 25. Januar buchen konnte, zeigte sich schon vier Wochen später bei den Reichstagswahlen vom 20. Februar, die ihr ein unerwartetes Ergebnis brachten und „weit ihre kühnsten Erwartungen übertrafen"[114]: mit 1 427 000 Stimmen und 20 Mandaten, die sich bei den Stichwahlen noch um weitere 15 vermehrten, zog sie in den Reichstag ein, der zum ersten Mal auf fünf Jahre gewählt worden war[115].

Der Ausgang der Wahl hatte gezeigt, daß es der Sozialdemokratie gelungen war, erhebliche Massen der Industriearbeiterschaft und des städtischen Proletariats in ihren Bannkreis zu

[112] Wasilewski, a.a.O., S. 39 f.
[113] So benannt nach dem Faschingstag, 20. Februar 1890, an dem sie stattfanden. — F. Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 1—4, Stuttgart 1909, Bd. 4, S. 288.
[114] Mehring, a.a.O., S. 329.
[115] Vgl. F. Specht—P. Schwabe: Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1903, 2. Aufl., Berlin 1904, S. 318 f.

ziehen. Aber wenn das Hauptorgan der Partei, das „Berliner Volksblatt"[116], behauptete, für die Wahlkreise auf dem Lande ein gleiches Wachstum verzeichnen zu können[117], so stimmte das mit Einschränkungen zwar für einige unmittelbar an größere Städte angrenzende Bezirke, traf aber nicht für die große Masse der ländlichen Bevölkerung zu und war in den östlichen, vor allem den mit polnischen Volksteilen durchsetzten Gegenden erst recht nicht der Fall. Die Partei war sich auch sehr wohl darüber im klaren, daß jene ländlichen Proletarier, die am 20. Februar für sie gestimmt hatten, noch keine Sozialdemokraten waren wie die „schlagfertigen dichtgeschlossenen Industriearbeiterbataillone", und daß man mit ihnen vielleicht „eine Schlacht gewinnen, aber keinen siegreichen Krieg führen könne."

Der natürliche Gang der Entwicklung schrieb damit der Partei vor, zunächst eine planmäßige Agitation auf dem Lande ins Leben zu rufen, die besonders in den östlichen Provinzen mit aller Energie vorgetrieben werden sollte[118]. Andererseits zeigte ein Vergleich mit den Wahlen von 1887, daß 1890 die Sozialdemokratie auch in Zentrumswahlkreise eingebrochen war. Hier mußte nachgestoßen und in den städtischen Wahlkreisen Bayerns, im Elsaß, in der Rheinprovinz und in Breslau gearbeitet werden. Das Hauptaugenmerk aber hatte den beiden industriellen Hochburgen im Westen und Südosten des Reiches zu gelten. Wollte die Partei auch hier Boden gewinnen, so mußte die Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, deren beträchtliche Wählermassen in den Händen des Zentrums waren[119], und mehr noch die bisher völlig unter dem Einfluß des Klerus stehende oberschlesische Industrie- und Bergarbeiterschaft von der sozialdemokratischen Agitation erfaßt werden.

In diesem Sinne hatte Bebel auf dem Hallischen Parteitag im Oktober 1890, dem ersten, der seit dem Sozialistengesetz wieder in Deutschland stattfand, — nachdem er ein glänzendes Bild des literarischen und finanziellen Aufschwunges seiner Partei entwickelt hatte — das künftige Aktionsprogramm vorgezeichnet[120]. Er ging davon aus, daß zunächst in den ländlichen und kleinstädtischen Bezirken weit lebhafter und umfangreicher als zuvor

---

[116] Vorläufer des „Vorwärts". Erschien von 1884 bis 1890, wurde auf dem Parteikongreß in Halle Oktober 1890 zum offiziellen Parteiorgan erklärt und führte vom 1. 1. 91 an den obigen Namen. — Vgl. A. Bovenschen: Die Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Berlin 1920, S. 87.

[117] Berliner Volksblatt, 22. 2. 90.

[118] Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Halle, abgehalten zu Halle 12.—18. 10. 1890. Berlin 1890, S. 40.

[119] St. Wachowiak: Die Polen in Rheinland-Westfalen. Borna-Leipzig o. J., S. 100 f.; vgl. auch: Specht-Schwabe, a.a. O., S. 132 ff.; T. Bernatt: Die polnische Polenpresse Oberschlesiens. Leipzig 1924. (Diss.), S. 66 f.

[120] Protokoll, Halle 1890, S. 28 ff.

gearbeitet und durch Gründung eines polnischen Arbeiterorgans die agitatorische Tätigkeit vor allem auf die polnisch sprechende Arbeiter- und Industriebevölkerung ausgedehnt werden müsse[121].

Lage und Aussichten der sozialistischen Bewegung in Oberschlesien und Westfalen.

Der Gedanke, die polnische Arbeiterschaft der preußischen Ostprovinzen mit Hilfe der sozialistischen Agitation für die deutsche Parteiorganisation zu erfassen, war an sich nichts Neues gewesen. Zum ersten Mal hatte auf dem Vereinigungskongreß von 1875 in Gotha ein Antrag vorgelegen, der für Schlesien eine stärkere Agitation forderte[122], dann war auf dem Gothaer Kongreß zwei Jahre später sowohl für die Provinz Posen wie für Oberschlesien ein Parteiblatt in polnischer Sprache als notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit verlangt worden. Aber in der anschließenden Diskussion war dieser Plan von Bebel als verfrüht bezeichnet und vom Kongreß abgelehnt worden, da zwar ein polnisches Proletariat vorhanden sei, dieses aber erst durch mündliche Agitation aufgeklärt und für den Sozialismus reif gemacht werden müsse[123].

Tatsächlich waren die Verhältnisse für die Sozialdemokratie in Oberschlesien seinerzeit recht ungünstig gewesen: Mit einer einzigen Ausnahme, dem Wahlkreis Kreuzburg-Rosenberg, waren die oberschlesischen Wahlbezirke in der Hand des Zentrums, dessen Position um so sicherer war, als es bei den Wahlen mit den Polen zusammenzugehen pflegte[124]. Auch in den Provinzen Posen und Westpreußen waren die Verhältnisse nicht anders, da dort die ländliche Bevölkerung den sozialistischen Lehren an sich schon viel weniger zugänglich war als in den Städten. Aber gerade deshalb wäre besonders in Oberschlesien eine Zeitungsgründung, als Agitationsmittelpunkt ausgebaut, für die Partei ein wichtiger Vorposten gewesen, der zwar während des Ausnahmegesetzes hätte eingezogen werden müssen, aber nach dessen Fall sofort die Verbindung mit Breslau und Berlin wieder hergestellt haben würde.

Die Ablehnung des von schlesischen Genossen eingebrachten Antrages, die ohne Zweifel aus finanziellen Bedenken zu erklären ist, sollte der Partei noch teuer zu stehen kommen, wie die Entwicklung der Wahlbewegung bald zeigte.

Obwohl die dominierende Stellung des Zentrums in Oberschlesien — die der Polen in Posen-Westpreußen — eine nennenswerte

---

121) ebenda, S. 39 f.

122) Protokoll des Vereinigungs-Kongresses der Sozialdemokratie Deutschlands, abgehalten zu Gotha 22.—27. 5. 1875. Leipzig 1875, S. 81.

123) Protokoll des Sozialistenkongresses zu Gotha vom 27.—29. 5. 1877. Hamburg 1877, S. 76 f.

124) Specht-Schwabe, a.a.O., S. 83 ff.; vgl. auch I. Schwidetzky: Die polnische Wahlbewegung in Oberschlesien. Breslau 1934. (Diss.), S. 29 f.

Zunahme der sozialistischen Stimmen von vornherein ausschloß, sollten die Februarwahlen 1890, die nach fast zwölfjährigem Ausnahmezustand die Partei über das Dreifache vergrößert hatten, doch eine Überraschung bringen: Das Aufkommen sozialdemokratischer Stimmen auch in Wahlkreisen mit ausgesprochener Zentrumswählerschaft war in Oberschlesien gegenüber anderen Gegenden nicht eingetroffen[125]. Wieder war wie bei den drei Wahlen der achtziger Jahre in mehreren Wahlbezirken die Sozialdemokratie völlig ausgefallen, und wo wirklich ihre Kandidaten Stimmen erhalten hatten, bewegten sie sich in den besten Fällen in Hunderterzahlen. Wenn aber die Mißerfolge jener drei Wahlen noch in Zusammenhang gebracht werden konnten mit den Auswirkungen des Sozialistengesetzes, die sich in Oberschlesien besonders fühlbar gemacht hatten, so waren sie diesmal doch auf andere Gründe zurückzuführen.

Ausgelöst durch die Kulturkampfgesetzgebung, hatte sich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre in Oberschlesien eine starke polnische Propaganda bemerkbar gemacht, die von Posen her ausgegangen war und vom katholischen Zentrum als willkommener Bundesgenosse gegen die preußische Regierung begrüßt wurde[126]. Die tieferen Beweggründe dieser Aktion lagen jedoch in dem Nationalisierungsprozeß, der in der Provinz Posen vor sich gegangen war und mit Hilfe von Wirtschaftsorganisationen, Zeitungsgründungen und Sprachenpropaganda eine feste Verbindung zum oberschlesischen Polentum herstellen sollte[127].

Diese Bewegung war Ende der achtziger Jahre plötzlich vorgestoßen und hatte mit einer Reihe von neu gegründeten Zeitungen und Vereinen die Propaganda auch über das Industriegebiet hinausgetragen[128]. Infolgedessen zeigte sich sehr bald an einzelnen Stellen ein Abrücken vom Zentrum, was zum Teil auch darin seinen Grund hatte, daß durch den Verzicht des Staates auf eine Weiterführung des Kulturkampfes eine Annäherung zwischen Zentrumspartei und Regierung stattgefunden hatte.

Ganz ähnlich war die Entwicklung im westfälischen Industriegebiet verlaufen, wo etwa seit 1880 starke polnische Volksteile

---

[125] In den zehn Wahlkreisen des Industriereviers standen nach dem Wahlgang vom 20. Februar 120 178 Zentrumsstimmen 2 603 Stimmen der Sozialdemokraten gegenüber. — Specht-Schwabe, a.a.O., S. 83 ff.

[126] Altkemper: Deutschtum und Polentum in politisch-konfessioneller Bedeutung. Leipzig 1910, S. 65 f.

[127] B. Limanowski: Odrodzenie i rozwój narodowości Polskiej na Śląsku (Die Wiedergeburt und Entwicklung der polnischen Nationalität in Schlesien). Warschau 1911, S. 53 f.; vgl. auch: Cardinal von Widdern: Die Unterwerfung Oberschlesiens durch die Posener Polen. Berlin o. J., S. 5 ff.

[128] Vgl. Dziennikarstwo Polskie na Śląsku, Zarys historyczny, napisał ksiądz (Das polnische Zeitungswesen in Schlesien. Geschichtlicher Abriß, von einem Geistlichen [Jan Kudera]). Beuthen 1912, S. 38 f.; Bernatt, a.a.O., S. 59, 77 f.

saßen[129]), wenn auch hier die Voraussetzungen ganz andere waren. Die zugewanderten Polen, deren Hauptmassen aus den deutschen Ostprovinzen stammten[130]) und die dicht gedrängt inmitten der eingesessenen deutschen Bevölkerung lebten, waren anfangs politisch durchaus indifferent, aber sehr bald begriffen sie, daß die Vorbedingung für ihre nationale Entwicklung in der Fremde ein enger Zusammenschluß der Eingewanderten und ihre ständige Verbindung mit der polnischen Heimat sei.

So organisierten sie sich in zahllosen Vereinen, die, kirchlichen und weltlichen Zwecken dienend, allen erdenklichen Bedürfnissen nachgingen und auf das gesamte öffentliche Leben der Polen im Westen Deutschlands eine starke sammelnde Wirkung hatten. Die Führung in diesen Vereinen hatten in den meisten Fällen Geistliche inne, die neben ihrer Vereinstätigkeit auch in ihrer Eigenschaft als Seelsorger über einen großen Einfluß verfügten und ein übriges dazu beitrugen, daß der Pole in seiner politischen Orientierung zum Zentrum hielt[131]).

In diesen Verhältnissen sollte noch schneller, als es im Osten geschehen war, eine Wandlung eintreten: Nachdem die Polen jahrelang mit dem Zentrum Hand in Hand gegangen waren, machte sich eine Spannung bemerkbar, deren äußere Ursachen die immer schärfer werdenden Maßnahmen waren, welche die Regierung in der Polenpolitik ergriff. Diese Spannung mußte begreiflicherweise zunehmen durch den dauernd wachsenden Zustrom der polnischen Einwanderer, mit dem die antideutsche Bewegung genau wie nach Oberschlesien auch in den Westen hineinspülte. Sehr schnell griff die deutschfeindliche Agitationstätigkeit um sich, die nach denselben Gesichtspunkten arbeitete wie im Osten und deren Hauptträger die aus der Heimat kommenden polnischen Geistlichen waren[132]).

So lagen die Verhältnisse, als im Oktober 1890 die Sozialdemokratie wieder voll aktionsfähig in die politische Arena trat. Sowohl in Oberschlesien wie in Westfalen hatte sich infolge des schnell wachsenden Arbeiterbedarfs der modernen Großindustrie

---

[129]) Genaue Zahlen sind wegen fehlender amtlicher Statistiken — die ersten vom Jahre 1890 — nicht zu ermitteln; vgl. J. V. Bredt: Die Polenfrage im Ruhrkohlengebiet. Leipzig 1909, S. 6 f., 11 f., ferner: A. Frhr. v. Fircks: Die preußische Bevölkerung nach ihrer Muttersprache und Abstammung, in: Zeitschrift des Kgl. Preußischen Statistischen Büros, 33 (1893), S. 189 ff., 296. — K. Keller: Die fremdsprachige Bevölkerung im Freistaate Preußen, in: Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamtes, 66 (1926). S. 148 f.

[130]) St. Wachowiak: Die Polen in Rheinland-Westfalen, S. 3; v. Fircks, a.a.O., S. 253; A. Wachowiak: Przedwojenna emigracja Polska z Westfalji i Nadrenji jako czynnik unarodowienia (Die polnische Emigration der Vorkriegszeit in Rheinland-Westfalen als Nationalisierungsfaktor) in: „Niepodległość", Bd. 7, 1933, S. 199 f.

[131]) Bredt, a.a.O., S. 22 f. — A. Wachowiak, a.a.O., S. 208. — Vgl. auch Altkemper, a.a.O., S. 69 f.

[132]) Altkemper, a.a.O., S. 69 ff., vgl. A. Wachowiak, S. 204 ff.

ein starkes polnisches Proletariat gebildet, woraus sich zwangsläufig auch das Entstehen einer Arbeiterfrage und Arbeiterbewegung ergab. Sehr rasch war auch hier die nationalpolnische Bewegung eingedrungen: Unabhängig von sozialistischen Gedankengängen hatten sich nationalgewerkschaftliche Gesichtspunkte durchgesetzt und der Sozialdemokratie von vornherein ihre Wirkungsmöglichkeiten empfindlich beschnitten. Alles hing jetzt davon ab, welche Mittel die Partei zur Durchführung ihres Aktionsprogramms einsetzte, und ob es ihr gelang, ihre Ideen mit einer Werbekraft zu entwickeln, die stark genug war, um den polnischen Arbeiter dem Zugriff der radikalpolnischen Propaganda zu entziehen.

Sozialdemokratie und Polenfrage.

Mit der Wiederaufnahme der im Hallischen Aktionsprogramm als vordringlich bezeichneten Bearbeitung des polnischen Proletariats war für die Sozialdemokratie die Diskussion der „Polenfrage" wieder akut geworden, die jahrzehntelang zu den Glaubensartikeln des internationalen Sozialismus gehört hatte. Eine besondere Bedeutung hatte die polnische Frage noch dadurch erhalten, daß sie als Ausgangspunkt der Internationale gelten konnte[133].

Der polnische Aufstand von 1863, der die demokratischen Geister Europas entzündet hatte, war die Veranlassung gewesen, englische und französische Arbeiterführer in London zu einer Demonstration zugunsten der Polen zu bewegen und die proletarische Bewegung des Westens für die Unabhängigkeit Polens aufzurufen. Diese Aktion hatte den Anstoß gegeben, daß im September 1864 die Gründung einer internationalen Arbeiterorganisation beschlossen wurde. Damit war eine Verknüpfung der polnischen Unabhängigkeitsidee mit der internationalen Arbeiterbewegung zustande gekommen, auf deren inneren Zusammenhang Marx und Engels schon seit der Krakauer Erhebung von 1846 hingewiesen hatten[134].

---

[133]) Für diese und die folgenden Ausführungen: L. Wasilewski: Międzynarodówka robotnicza wobec hasła niepodległości Polski (Die Arbeiterinternationale und ihre Stellung zur Unabhängigkeit Polens), in: „Niepodległość", Bd. 2, 1930, S. 25 ff.

Rjasanoff: Karl Marx und Friedrich Engels über die Polenfrage, in: Archiv fur die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung 6 (1916), 1. Heft.

[134]) a) Reden von Marx und Engels in London vor den „Fraternal Democrats" am 29. 11. 1847 anläßlich einer Gedächtnisfeier der polnischen Erhebung von 1830; auszugsweise bei Rjasanoff, a.a.O., S. 179.

b) Reden von Marx und Engels in Brüssel in einer Versammlung der „Association Démocratique" am 22. 2. 1848 anläßlich des 2. Jahrestages des Krakauer Aufstandes; Rjasanoff, S. 204 ff.

c) Sonstige Reden: Literarischer Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, hg. v. F. Mehring, Stuttgart 1902, Bd. 1—4. 3. Bd., S. 134/82.

Der ausschlaggebende Gedanke war dabei nicht gewesen, daß die Befreiung Polens eine Art Ehrenschuld sei, welche die westliche Demokratie dem polnischen Volke gegenüber habe, sondern man sah in der Wiedererrichtung eines unabhängigen polnischen Staates „das beste Mittel zur Lahmlegung des barbarischen Rußlands und zur Sicherung der Errungenschaften einer eventuellen Revolution"[135].

Aber hinter dieser These, die die polnische Frage nur danach zu werten schien, welche Möglichkeiten sich für eine innere Erschütterung des Zarismus daraus ergaben, stand noch die Besorgnis vor einer kommenden politischen Entwicklung, die dem Ausdehnungsdrang der europäischen Demokratie hinderlich sein mußte. Das haben Friedrich Engels und Karl Kautsky in späteren Jahren einmal in der „Neuen Zeit" nachgezeichnet[136].

Sie gingen davon aus, daß der Drang Rußlands zum warmen Meer und zur Herrschaft über Konstantinopel die Zertrümmerung Österreichs und der Türkei und die Annektierung eines großen Teils ihrer Gebiete voraussetzte und daß Hand in Hand damit der Panslawismus das gesamte Slawentum Europas sich botmäßig machen würde. Von dieser „Einmischung in die Angelegenheiten des Westens" befürchteten sie eine Einengung der politischen Freiheit dieser Völker, die früher oder später Rußland die Herrschaft über Europa sichern und damit die Befeiung des europäischen Proletariats unmöglich machen würde.

Das waren Erwägungen, die vom Standpunkt der europäischen Demokratie ihre Berechtigung haben mochten, solange Rußland im Innern unverändert blieb. Aber schon der Krimkrieg hatte in seinen Folgen gezeigt, welche Elemente in Bewegung geraten waren und zu einer Umgestaltung drängten: Neben dem Adel standen bereits die Anfänge eines zweiten gebildeten Standes, des Bürgertums, das zum großen Teil in den Prozeß der industriellen Entwicklung einbezogen wurde und sich zum Träger des Unternehmertums herausgebildet hatte. In demselben Verhältnis entwickelte sich neben den Mirbauern die breite Schicht des Proletariats, das sich sehr schnell radikalisierte und das Entstehen einer starken revolutionären Bewegung in Rußland zu Folge hatte[137].

Mit der Umgestaltung dieser Verhältnisse hatte die Besorgnis vor der „zaristischen Gefahr" erheblich an Wirkung eingebüßt. Im Gegenteil, Petersburg war gegenüber Warschau für die revolutionäre Bewegung zu einer wesentlich wichtigeren Position geworden und hatte die Idee einer Wiederherstellung Polens als

---

[135] Rjasanoff, a.a.O., S. 175.

[136] Friedrich Engels: Die auswartige Politik des russischen Zarentums, Bd. 8, 1; 1890, S. 145 ff., S. 193 ff. — Karl Kautsky: Finis Poloniae?, ebenda, Bd. 14, 1; 1895/96, S. 484 ff.

[137] Vgl. S. F. Platonow: Geschichte Rußlands vom Beginn bis zur Jetztzeit. Leipzig 1927, S. 415 ff.

einer Barriere gegen den russischen Absolutismus gegenstandslos werden lassen. Zugleich damit war auch dem russischen Ausdehnungsdrang nach Westen ein Dämpfer aufgesetzt worden, denn angesichts der gefährdeten inneren Lage war es bedenklich, das Ziel auf Gebiete zu richten, in denen die soziale Revolution ebenfalls Fortschritte gemacht hatte, da schon die im eigenen Lande anwachsende Bewegung alle Aufmerksamkeit verlangte.

Damit hatte die Wiederherstellung Polens, die von der internationalen Demokratie jahrzehntelang als Voraussetzung für das Gelingen der russischen Revolution angesehen wurde, besonders für die deutsche Sozialdemokratie stark an Bedeutung verloren, um so mehr als das Verhalten der polnischen Fraktion im Reichstag den deutschen Sozialisten eine gewisse Reserve in ihrer polenfreundlichen Einstellung auferlegte[138].

Während die Polenfrage auf diese Weise als außenpolitisches Programm in den Hintergrund getreten war, hatte sie mit dem Fall des Sozialistengesetzes plötzlich an innerpolitischer Aktualität gewonnen. Gerade auf innenpolitischem Gebiet lagen aber für die deutsche Sozialdemokratie Aufgaben, die über den Rahmen eines Parteiinteresses hinaus für die Auseinandersetzung zwischen Deutschtum und Polentum von allgemeindeutscher Bedeutung waren. Es fragte sich nur, ob es ihren Führen möglich war, dem nationaldemokratischen Prinzip der radikalpolnischen Bewegung einen Gedanken entgegenzusetzen, der jenseits internationaler Klassentheorien den Gegensatz zwischen dem deutschem und polnischem Arbeiter überbrückte.

Die Anfänge des Sozialismus und das Nationalpolentum im Posener Land.

Bevor die deutsche Sozialdemokratie im Oktober 1890 beschlossen hatte, planmäßig die Agitation unter der polnischen Bevölkerung in die Wege zu leiten, war im preußischen Osten schon seit rund einem Jahrzehnt eine sozialistische Propaganda von Kongreßpolen her unterhalten worden. Im Einverständnis und mit Unterstützung der deutschen Sozialisten hatten seit 1881 Emissäre des „Proletariats" in der Provinz Posen die Arbeit geleitet[139], vor allem mit Hilfe der illegalen Literatur, die ausschließlich von der Genfer Redaktion des „Przedświt" geliefert wurde und durch Vermittlung der Berliner Parteistelle auf Schleichwegen über die

---

[138] s. u. S. 57 f.

[139] L. Wasilewski: Zarys dziejów Polskiej Partji Socjalistycznej w związku z historją socjalizmu Polskiego w trzech zaborach i na emigracji (Abriß einer Geschichte der Polnisch-Sozialistischen Partei einschließlich der Geschichte des polnischen Sozialismus in den drei Teilgebieten und der Emigration). Warschau 1932, S. 20; A. Próchnik: Początki polskiej propagandy socjalistycznej w Poznaniu z epoki ustaw wyjątkowych przeciw socjalistom (Die Anfänge der polnisch-sozialistischen Propaganda in Posen zur Zeit des Sozialistengesetzes), in: „Niepodległość", Bd. 11, 1935, S. 39 ff., 213 ff.

Grenze ging[140]. Fast um die gleiche Zeit, als in Warschau die ersten Organisationen auftauchten, wurden hier von Stanisław Mendelson und Maria Jankowska[141] eine Anzahl von Arbeiterzirkeln gegründet, welche die Agitation von Posen aus zunächst in Gnesen, Hohensalza, Ostrowo und Rawitsch weitertragen sollten[142].

Ähnlich wie in den Arbeiterquartieren der kongreßpolnischen Industriestädte wurde die Propaganda auch hier gewöhnlich erst in kleinen Gruppen betrieben, die durch Lesestoff immer wieder Anregung und Initiative erhielten. Eines der Hindernisse bei der Agitation war nach den Berichten der Funktionäre die Trunksucht, die unter den Posener Arbeitern infolge der damals sehr niedrigen Schnapspreise weit verbreitet war. Trotzdem ging man besonders an Sonntagen in die Kneipen der Vorstädte, wo die Gewinnung neuer Anhänger am ehesten möglich war, verbreitete Broschürenliteratur und die illegalen Zeitungen und warb durch Einzelpropaganda von Mund zu Mund[143]. Allerdings war auch das nur unter großen Schwierigkeiten möglich, denn die preußische Polizei war gerade im Osten sofort jeder sozialistischen Betätigung und Propaganda auf der Spur; im übrigen benutzte die polnische Provinzpresse jede Gelegenheit, um die sozialistische Propaganda zu bekämpfen, da sie darin nicht mit Unrecht eine Schwächung des Nationalitätenkampfes sah. Besonders der „Orędownik" (der Fürsprecher) als Schrittmacher der demokratischen Bewegung rief immer wieder zur Abwehr gegen den Sozialismus auf und veranlaßte die polnischen Vereine, ihre im Geruche der Sozialdemokratie stehenden Mitglieder zu überwachen[144].

Obwohl sich die beiden Richtungen ständig in offener Fehde bekämpften, waren sie sich doch einig in ihrer Gegnerschaft zu der herrschenden adlig-klerikalen Oberschicht, deren Angehörige im Reichstag als Vertreter des gesamten Posener Polentums auftraten, ohne Rücksicht darauf, daß die polnische Fraktion gar nicht mehr dem politischen Bild der Heimat entsprach. Gegen diese paar Dutzend Großgrundbesitzer und geistlichen Würdenträger richtete sich von beiden Lagern aus eine scharfe Agitation, die während der Reichstagswahlkämpfe besonders dem in Posen wirkenden „Zentralwahlkomitee"[145] galt, mit dessen Hilfe die

---

[140] Vgl. Zbór Pruski za panowania ustaw wyjątkowych (Die polnischen Sozialisten im preußischen Teilgebiet während der Ausnahmegesetze), in: Z pola walki, S. 9 f.

[141] Narkiewicz-Jodko, S. 636.

[142] Z pola walki, S. 12.

[143] Z pola walki, S. 12 ff. Eine sehr anschauliche Schilderung über die Methoden der Propaganda gibt Próchnik, a.a.O., S. 54.

[144] Vgl. „Vorwärts", Nr. 299 vom 23. 12. 1890; Próchnik, a.a.O., S. 214 ff.

[145] Dieses Komitee, das stets unter adliger Führung stand, war entscheidend in allen Wahlangelegenheiten. Seine Mitglieder waren ausnahmslos Angehörige des konservativen Hochadels und der Szlachta oder

Kandidaten aufgestellt und die Wahlen durchgeführt wurden, „indem die adligen Herren ihre Bauern auf Kartoffelwagen luden und mit Wahlzetteln zur Stadt sandten"[146]. Besonders im Wahlbezirk von Hohensalza, wo auch die sozialistische Propaganda wegen der günstigen Lage zur russischen Grenze leichter als anderswo Wirkungsmöglichkeiten hatte, machte sich die Gegenbewegung deutlich bemerkbar, ohne jedoch vorerst Erfolge verzeichnen zu können[147].

Derartige Vorstöße belasteten denn auch die Stellung der polnischen Fraktion nicht unerheblich und trugen dazu bei, daß ihre Zwitterstellung sogar in Berlin immer klarer zu Tage trat. „Je mehr die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen in den Mittelpunkt der parlamentarischen Verhandlungen rückten, desto schwieriger wurde es für die polnische Fraktion, die sich ja in erster Linie aus dem adligen Gutsbesitzerstande rekrutierte, das nationalpolnische Interesse mit den besonderen wirtschaftlichen und sozialen Interessen des polnischen Adels in Einklang zu bringen"[148]. Dazu kam, daß die polnischen Abgeordneten in keiner Weise die Wünsche ihrer Wähler berücksichtigten. Mit Recht sahen sie in den vielfach unter Einfluß des niederen Klerus stehenden Bauernvereinen und Kreditgenossenschaften eine Gegnerschaft anwachsen, die nicht nur ihre Stellung als parlamentarische Fraktion bedrohte, sondern ihr auch in der Heimat immer mehr an Ansehen und Einfluß nahm.

Unter diesen Verhältnissen hatte auch die sozialistische Bewegung immer wieder Möglichkeiten, sich mit ihrer Agitation einzuschalten, obschon in den ausgesprochen ländlichen Bezirken die sozialistischen Gedankengänge keine Anhängerschaft fanden. Da die Provinz Posen nur wenig Industrie hatte, waren die Lohnarbeiter fast nur entweder landwirtschaftliche Tagelöhner, die mitunter noch eine kleine Kätnerstelle besaßen, oder städtische

---

hohe Kirchenbeamte. Als Unterorganisationen bestanden sogen. „Bezirkskomitees", die je einen Wahlbezirk umfaßten und die Kleinarbeit leisteten, praktisch aber so gut wie keine Bedeutung hatten, da die Zentralinstanz allein über die Kandidatenlisten verfügte und die Wahlen entschied. — Vgl. L. Bernhard, a.a.O., S. 144 f.; ebenso M. Spatz: Die Kampforganisationen Neu-Polens. München 1910, S. 16.

[146]) Bernhard, a.a.O., S. 84.

[147]) Erst 1893 gelang es der Posener Bewegung, dem Adel eine Schlappe beizubringen. Wenige Tage, nachdem die Fraktion im Reichstag für die Annahme der Wehrvorlage gestimmt hatte, wurde unter Führung des „Orędownik" die gesamte Opposition gegen das Komitee des Posener Wahlbezirks mobil gemacht. In einer kurz darauf stattfindenden „Wählerversammlung" wurde dem Bezirkskomitee mit großer Mehrheit das Mißtrauen ausgesprochen, seine Abdankung veranlaßt und damit eine den Volksverhältnissen entsprechendere Neuzusammensetzung möglich gemacht.

Vgl. Bernhard, a.a.O., S. 146 ff.; vgl. auch F. Vosberg: Die polnischen Organisationen, in „Ostland", 2 (1913), S. 256 f.

[148]) F. Schinkel: Polen, Preußen und Deutschland. Breslau 1931, S. 163/64.

Bauarbeiter. Als Industriearbeiter kamen in erster Linie die in den Zuckerraffinerien und Spritfabriken Beschäftigten in Frage, von denen es besonders in der Provinzialhauptstadt eine ganze Anzahl gab[149], wie überhaupt der bei weitem größte Teil der Posener Industrie der Verwertung land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse diente[150]. Erst in den neunziger Jahren kamen die selbständigeren Produktionszweige auf, namentlich die Metallindustrie, der Schiffs- und Waggonbau und die Fabrikation von Maschinen, Papier und chemischen Erzeugnissen, die mit ihrem Absatz jedoch ausschließlich auf die Posener Märkte ausgerichtet waren und deshalb als Klein- oder Mittelbetriebe ein eigentliches Industrieproletariat nicht aufweisen konnten. Eine Ausnahme bildete lediglich die Maschinenfabrik von Cegielski, das größte und älteste Unternehmen der Provinz überhaupt, in der die sozialistische Agitation auch bald Fuß faßte und schon im August 1881 drei selbständige Zellen unterhielt[151].

Schon daraus ergab sich, daß eine Arbeiterbewegung nur bedingte Entwicklungsmöglichkeiten hatte, nicht zuletzt auch darum, weil — wie die Berichte der Parteifunktionäre immer wieder betonten — „ein weit verzweigtes Spionagesystem und ein starker Terror von Seiten der Behörden" jede Betätigung unterdrückte[152]. Die einzige Fachgruppe, bei der der Sozialismus allgemein Eingang gefunden hatte, waren die Zigarrenwickler, die teils als Heimarbeiter für die Tabakfabriken tätig waren, teils in den Betrieben selbst arbeiteten und hier wie im ganzen übrigen Reich, wenn nicht aus Überzeugung so doch aus Gefühl Sozialisten waren. Der Grund dafür lag hauptsächlich in den dauernden Lohnkürzungen der in diesem Gewerbe Beschäftigten, die überdies in immer stärkerem Maße durch die erheblich billiger arbeitenden Frauen ersetzt wurden[153].

Überhaupt beginnt der Sozialismus eigentlich erst seit 1885 etwas an Boden zu gewinnen[154]. In diesem Jahre waren zahlreiche russische und österreichische Staatsbürger polnischer Nationalität, die während der letzten beiden Jahrzehnte in die Grenzprovinzen eingewandert waren und in bezug auf Bildung und wirtschaftliche Verwendbarkeit hinter den preußischen Polen beträchtlich zurück-

---

[149] M. Jaffé: Die Stadt Posen unter preußischer Herrschaft, in: Verfassung und Verwaltungsorganisation der Stadte, Bd. 3. Leipzig 1909, S. 325 f.

[150] W. John: Handel und Industrie in Posen und Westpreußen, in: Die deutsche Ostmark, Lissa i. P. 1913, S. 343 f.

[151] Vgl. W. John, ebenda; Otto Munsterberg: Die wirtschaftlichen Verhaltnisse des Ostens, in: Vortrage und Abhandlungen der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft zu Berlin, 34 (1912), Heft 2/3. — Próchnik, a.a.O., S. 57.

[152] Z pola walki, S. 12; vgl. auch die wochentlichen Lageberichte der „Gazeta Robotnicza".

[153] Vgl. Z pola walki, S. 11.

[154] ebenda.

standen, von der Regierung als lästige Ausländer abgeschoben worden, um die ohnehin ungünstige bevölkerungspolitische Lage im Osten von diesen Elementen zu entlasten[155]. Diesen Anlaß benützte der „Przedświt", um ein Flugblatt herauszugeben, das unter dem Titel „An die polnische Arbeiterbevölkerung" gegen die Ausweisungen protestierte und damit über die sozialistischen Kreise hinaus erhebliches Aufsehen erregte[156].

Die Stellungnahme der Sozialisten zu dieser Frage war besonders bemerkenswert dadurch, daß man auf polnischer Seite allein vom nationalen Standpunkt ausging, während die deutschen Sozialisten in erster Linie die Opposition gegen die Bismarcksche Polenpolitik stärken wollten, die gerade damals im Reichstag über eine Mehrheit verfügte. Ohnehin hatten die deutschen Sozialisten ihre Sympathien den Polen gegenüber einer gewissen Revision unterzogen, zu der ihnen das Verhalten der polnischen Fraktion Anlaß gab. Die Polen pflegten nämlich bei Erörterungen über wirtschaftliche Fragen ihre Interessen meist mit den Konservativen zusammen zu vertreten, während sie in politischen Fragen oft mit der Opposition stimmten. „Diese reaktionäre Wirtschafts- und Sozialpolitik der polnischen Fraktion erregte bei der deutschen Linken naturgemäß lebhafte Mißstimmung, die wieder zurückwirkte auf die Stellungnahme der Opposition zu den politischen Anträgen und Beschwerden der Polen"[157]. Die Polen wiederum verbargen nicht, wie sie ihrerseits zur Sozialdemokratie standen und ließen gelegentlich recht deutlich durchblicken, aus welchen Gründen sie jeweils mit ihnen gemeinsam gingen. „Obgleich wir uns" — so erklärte der Abgeordnete v. Cegielski gelegentlich der Vorlage über die Verlängerung des Sozialistengesetzes — „der sozialdemokratischen Partei im Reichstag, welche sich immer der uns Polen betreffenden Fragen warm angenommen hat, besonders dem Abgeordneten Liebknecht gegenüber zu großer Dankbarkeit verpflichtet fühlen, glaube ich, wird uns in diesem hohen Hause niemand in Verdacht haben, daß wir mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie sympathisieren. Wir halten ihre Grundsätze für verderblich, ebenso wie die Herren, die für die Vorlage ihre Stimmen abgeben wollen ... Wir werden heute trotz der Abneigung, die wir gegen die Sozialdemokratie haben, prinzipiell gegen jede Verlängerung der Gesetze stimmen"[158].

Infolge dieser unmißverständlichen Äußerungen begann die Sozialdemokratie ihre Beziehungen zur Polenfraktion merklich

---

[155]) Ministerialverfügung vom März 1885; vgl. Deutscher Geschichtskalender, hg. K. Wippermann. Berlin 1885, 1; S. 20; v. Fircks, a.a.O., S. 196.

[156]) Vgl. Z pola walki, S. 11 f.

[157]) Schinkel, a.a.O., S. 164.

[158]) Stenographischer Bericht des Reichstags, Sitzung vom 30. 8. 1886, Bd. 86, S. 1775.

einzuschränken und mehr mit der demokratischen Bewegung Fühlung aufzunehmen, die seit 1886 stark an Bedeutung gewonnen hatte und bei der Abwehr gegen die Bismarckschen Ansiedlungsgesetze nicht ungern neue Bundesgenossen sah. Allerdings ist diese Annäherung niemals über ein sehr oberflächliches Verhältnis hinausgekommen, da die deutschen Sozialisten mit den nationalen Bestrebungen der demokratischen Bewegung nicht mehr übereinstimmen konnten, die Polen aber gegen eine sozialistische Agitation der deutschen Partei in den Posenschen Städten stets starkes Mißtrauen hatten.

Die Nationalitätenentwicklung in den Städten und ihre Auswirkung auf die Arbeiterbewegung der preußischen Polen.

In den Städten der Provinz Posen, wo in den beiden letzten Jahrzehnten ein sozialer und zugleich nationaler Umbildungsprozeß in den unteren Schichten vor sich ging, waren jetzt für den Sozialismus manche Einflußmöglichkeiten vorhanden. Während sich die deutsche städtische Bevölkerung bis in die sechziger Jahre wirtschaftlich und kulturell in ständigem Aufschwung befunden hatte[159], begannen sich plötzlich die Verhältnisse zu ihren Ungunsten zu wenden. In Fluß geraten war diese rückläufige Bewegung durch die sinkenden landwirtschaftlichen Konjunkturen, wodurch die jüngeren Nachkommen auch des deutschen Kleinbesitzerstandes vom Lande abgezogen wurden und in den einheimischen Städten sich Handwerk und Kleingewerbe zuwandten[160]. Dazu kam, daß als Begleiterscheinung der agrarischen Krise die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung merklich sank, die Beschäftigungsmöglichkeiten für die Zuströmenden dadurch geringer wurden, um so mehr da der deutsche Meister jetzt auf billige Hilfskräfte zurückgreifen mußte, die sich zunächst in den niederen Handwerken durch den bedürfnisloseren Polen boten[161]. In dieser ohnehin schwierigen Lage wirkte noch doppelt verhängnisvoll, daß die aufstrebende Industrie des deutschen Westens das schwerringende Handwerk als Konkurrenz abdrängte und durch den Bedarf an hochwertigen Arbeitskräften, an Werkmeistern, Aufsehern

---

[159] L. Wegner: Der wirtschaftliche Kampf der Deutschen mit den Polen um die Provinz Posen, S. 142 ff., weist hier auf den großen Prozentsatz der Juden hin, die ihrer deutschen Sprache wegen durchweg den Deutschen zugerechnet wurden und auch in den Statistiken als solche erscheinen. — Vgl. auch: F. Zitzlaff: Preußische Städte im Gebiet des polnischen Nationalitätenkampfes, in: Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte, Bd. 3, S. 12.

[160] Vgl. Sering, a.a.O., S. 63 ff.; auch: Entwicklung von Handel und Industrie in Posen seit 1851, in Hampke: Festschrift der Handelskammer in Posen aus Anlaß ihres 50-jährigen Bestehens, 1851—1901. Posen 1901, S. 59 ff.

[161] W. Mitscherlich: Der Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung auf den ostmärkischen Nationalitätenkampf, S. 25 f. — Vgl. auch Krause, F.: Deutsches und polnisches Handwerk in der Provinz Posen, in: Ostland, Jahrbuch für ostdeutsche Interessen, 1 (1912), S. 263 f.

und technisch Vorgebildeten auch den Nachwuchs aus den heimischen Wirtschaftszusammenhängen herauslöste. Was zurückblieb, waren nicht zum geringen Teil Kräfte zweiten und dritten Ranges[162], die wirtschaftlich weniger widerstandsfähig waren und dauernd Gefahr liefen, proletarisiert zu werden.

Aber viel schlimmer war, daß der Pole infolge der Gewerbefreiheit[163] jetzt ungehindert in die leeren Stellen der deutschen Abwanderung nachrücken konnte und durch den Fortfall des Einzugsgeldes ein slawisches Proletariat einströmte, das die unteren Schichten der Bevölkerung immer stärker polonisierte[164].

Während der größte Teil der Zugewanderten meist noch in derselben Generation sozial höherrückte, verblieben die weniger regsamen und indolenteren Elemente in den niederen Berufen und stellten als Arbeiter, Dienstboten und Gelegenheitsbeschäftigte die Hauptmasse des städtischen Proletariats[165]. Hier lag auch der Hauptwirkungsbereich der polnisch-sozialistischen Agitation, weil begreiflicherweise das Programm der „Proletariat"-Partei und der Nachfolgeorganisationen für die untersten sozialen Schichten den größeren Anreiz bot und weit mehr als die nationalpolnischen Organisationen ihrer ganzen Interessenlage entsprach. Daher kam es, daß gerade das Kleinbürgertum, die Handwerksmeister, Schankwirte und kleinen Ladenbesitzer, auf die Mendelson stets stark gerechnet hatte, dem Sozialismus fern blieben[166] und, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit der polnischen Intelligenz, den Ärzten, Rechtsanwälten und Geistlichen zusammengingen, die in der sogenannten „Volkspartei" die Hauptträger der antideutschen Bewegung waren.

Je mehr sich aber ein polnisches Proletariat entwickelte — und das war der Fall, seitdem eine mit der Landwirtschaft verbundene Industrie an Bedeutung gewann[167] —, desto schwieriger

[162] Mitscherlich, a.a.O., S. 27.

[163] Um die Bevölkerung der Städte vor einer unerwünschten Einwanderung mittelloser Elemente zu schützen, bestand seit Mitte des Jahrhunderts eine Reihe von Gesetzen, die im Jahre 1867 wieder aufgehoben wurden, da sie der kommunalen Entwicklung abträglich waren. Das betraf besonders die Handwerkernotverordnung von 1849, in der durch Ausbildungsvorschriften und Innungszwang für einen geeigneten Handwerkernachwuchs gesorgt und seine wirtschaftliche Sicherstellung angestrebt wurde.

Den gleichen Zweck verfolgten die Bestimmungen der Stadteordnung vom 30. Mai 1853, in der von der Entrichtung eines „Einzugsgeldes" die Niederlassung Neuhinzuziehender abhängig gemacht wurde.

Wegener, a.a.O., S. 68 ff., 145, 159; vgl. auch Mitscherlich, a.a.O., S. 24.

[164] Denkschrift „Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit", S. 125 ff.

[165] Nach den Berufs- und Gewerbezahlungen vom 5. Juni 1882 und 14. Juni 1895 waren in der Berufsabteilung „Hausdienst und wechselnde Lohnarbeit an männlichen Personen 72% und 75%, an weiblichen 68% und 67% aller Beschäftigten katholisch-polnisch.

Preußische Statistik, Berlin, Bd. 76, 3; S. 242 und Statistik des Deutschen Reiches. Berlin, Neue Folge, Bd. 106, S. 434.

[166] Z pola walki, S. 12.

[167] John, a.a.O., S. 342 ff.; vgl. auch Jaffé, a.a.O., S. 223 f., 326 f.

wurde es für die sozialistische Agitation, den wachsenden Bedürfnissen Rechnung zu tragen, zumal die anderen Organisationen ebenfalls darangingen, die politisch meist neutrale Arbeiterschaft in ihren Kreis zu ziehen, und auch bald erheblichen Zulauf hatten, da sie wirtschaftlich mehr bieten konnten als die mühevoll aufgebauten und unterhaltenen Selbsthilfevereine des „Proletariats". Dabei war es bezeichnend, daß die Agitationstätigkeit sich nicht nur auf eine scharfe Betonung nationalpolnischer Gesichtspunkte beschränkte, sondern auch darauf ausging, den Arbeiter von der Kirche her zu beeinflussen[168], weniger um atheistischen Strömungen entgegenzuarbeiten, als ihn auch konfessionell gegen das vorwiegend protestantische Deutschtum einzunehmen.

Die deutsche Sozialdemokratie stand diesen Vorgängen mit befremdender Gleichgültigkeit gegenüber und tat so gut wie nichts, um sich hier wirksam einzuschalten und, wenn schon nicht der polnischen Schwesterorganisation auf die Beine zu helfen, wenigstens die eigene Agitation merkbar vorzutreiben. Was versäumt wurde, ist gewiß zum Teil auf die Hindernisse der Ausnahmegesetze zurückzuführen, der Hauptgrund war jedoch, daß die Partei nicht auf die billigen Erfolge in den industriellen Hochburgen namentlich der westlichen Wahlbezirke verzichten wollte und das deutsch-polnische Proletariat der ostmärkischen Städte lieber der antideutschen Propaganda der Polen überließ. Diese für das Deutschtum ungünstige Entwicklung war deutlich an den Stimmergebnissen z. B. des Reichstagswahlbezirks Posen-Stadt abzulesen[169], wo die städtische Bevölkerung allein etwa 70% ausmachte. Obwohl hier seit 1881 eigene deutsche sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt worden waren und die ihnen zufallenden Stimmenzahlen ständig zunahmen, blieben diese doch so niedrig, daß sie praktisch keine Bedeutung hatten und wohl nur als Zählstimmen anzusehen waren, während die Anhänger der „Proletariat"-Gruppe — wie nach den Statistiken zu vermuten ist — sich der Wahl enthielten.

Die sozialistische Agitation in den polnischen Einwanderungsgebieten Deutschlands.

Nachdem im Januar 1890 das Sozialistengesetz gefallen war, begann in die polnisch-sozialistische Bewegung der Ostprovinzen etwas Leben zu kommen. Das machte sich schon bei den Reichstagswahlen vom 20. Februar bemerkbar, bei denen bereits in vier Wahlkreisen sozialdemokratische Kandidaten Stimmen erhalten hatten[170], obschon wegen der Kürze der Zeit eine Wahlpropa-

---

168) Vgl. Wegener, a.a.O., S. 197.

169) Specht-Schwabe, a.a.O., S. 55; vgl. auch Narkiewicz-Jodko, a.a.O., S. 636.

170) Es waren folgende Wahlkreise: Posen-Stadt, Gostyn-Rawitsch, Adelnau-Schildberg-Ostrowo, Bromberg. In Bromberg brachten die Sozialisten von rund 15 000 Stimmen allein über 2000 auf. — Specht-Schwabe, a.a.O., S. 55 ff.

ganda kaum möglich gewesen war. Infolge des wachsenden Bedarfs traten an die Stelle der Emissäre aus Russisch-Polen, durch deren Arbeit seit 1880 die sozialistische Propaganda in der Provinz aufrecht erhalten worden war[171], auch einheimische Agitatoren, die mit den Verhältnissen besser vertraut waren und naturgemäß viel leichter auf die Wähler einwirken konnten. Dabei arbeiteten polnische und deutsche Genossen nebeneinander, je nachdem es örtliche und personelle Umstände erforderten: Im Februar 1890 kandidierte in Bromberg ein Deutscher, 1893 war es ein Pole, in anderen Bezirken war es ähnlich oder umgekehrt, aber überall, wo sich die sozialistische Agitation einmal eingenistet hatte, kam sie, wenn auch langsam, vorwärts.

Es konnte nicht ausbleiben, daß mit der Belebung der Agitation auch die Gegenwirkung von Seiten der Behörden einsetzte und scharf gegen den Sozialismus vorgegangen wurde, obwohl die Ausnahmegesetze nicht mehr bestanden. Wenn auch im Osten von jeher die Verfolgung der sozialistischen Bewegung stärker war als im übrigen Reich, so ließen doch die neuerlichen Maßnahmen der preußischen Polizei keineswegs erkennen, daß sich durch die Aufhebung des Sozialistengesetzes etwas geändert hätte, im Gegenteil nahm der Druck eher noch zu. So griff die Polizei überall ein, wo die sozialistische Agitation arbeitete, unterband die Flugblattwerbung, kontrollierte den Grenzverkehr nach Rußland auf Schmuggel mit illegaler Literatur und löste die Selbsthilfevereine auf, soweit sie nur Zellen der sozialistischen Propaganda waren; schließlich war es weder im Posenschen noch in Oberschlesien möglich, öffentliche Versammlungen abzuhalten, denn die Eigentümer der Lokale lehnten es aus verständlichen Gründen ab, ihre Räume herzugeben[172].

Unter diesen wenig günstigen Aussichten sahen sich die polnischen Sozialisten veranlaßt, ihr Haupttätigkeitsgebiet in der Provinz aufzugeben und die Agitation weiter vom Inlande her zu leiten[173]. In vielen Städten des Reiches befanden sich polnische Kolonien, deren Angehörige teils als Ansässige mit ihren Familien, teils als Saisonarbeiter einen Erwerb hatten und politisch teilnahmslos inmitten der deutschen Bevölkerung lebten[174]. Auf diese, ausschließlich nach Beendigung ihrer Arbeit in die Heimat zurückkehrenden Saisonarbeiter, richteten die polnischen Agita-

---

[171] Wasilewski, a.a.O., S. 20; Próchnik, a.a.O., S. 39 ff., 213 ff.

[172] Wasilewski, a.a.O., S. 41.

[173] ebenda.

[174] Nach den Erhebungen vom 1.12.1890, die allerdings nur für Preußen angestellt wurden, ergaben sich für die wichtigsten Städte und Regierungsbezirke folgende Zahlen: Königsberg: 1114 — Stettin: 1142 — Berlin: 14 023 — Magdeburg: 1998 — Breslau: 6413. Reg.-Bez. Köslin: 5631 — Frankfurt a. O.: 4777 — Potsdam: 9229 — Magdeburg: 10 320 — Breslau: 49 249 — Merseburg: 10 293 — Schleswig: 4058 — Münster: 5414 — Düsseldorf: 4528. — Preußische Statistik, Bd. 121, 2; S. 159 f.; vgl. v. Fircks, a.a.O., S. 194 f., 251 ff.

toren zunächst ihre Hauptaufmerksamkeit, indem sie ihrer Arbeit folgenden Plan zugrunde legten: Überall, wo polnische Werktätige vorhanden waren, sollten diese gesammelt werden, um die Propaganda unter ihren Landsleuten besser betreiben zu können und Neuzuwandernde, zumal die Jugendlichen, frühzeitig zu beeinflussen. Dann sollten diese in politischen Vereinen zusammengefaßt und geschult werden, um, wenn sie nach Hause zurückkehrten, weiter für die Sache des Sozialismus zu wirken[175].

Es lag nahe, daß sich die polnischen Sozialisten bei der Wahl des neuen Agitationszentrums für Berlin entschieden, wo nach der Volkszählung vom Dezember 1890 außerhalb der Heimatprovinzen die stärkste polnische Minderheit saß[176]. Hier in der Hauptstadt des Reiches gab es für alles, was nicht auf die Rübengüter und in die westfälischen Zechen wollte, die mannigfaltigsten Arbeitsmöglichkeiten; besonders während der Bausaison fanden zahlreiche ungelernte Arbeiter ihre Beschäftigung. Von hier aus waren mit Leichtigkeit die Wandergebiete der Sachsengänger, die vor den Toren Berlins in Brandenburg und Mitteldeutschland lagen, von der Agitation zu erfassen, hier in Berlin war vor allem der Boden, wo der polnische Sozialismus ungestört am Ausbau seiner Organisation arbeiten konnte, ohne wie in der Provinz „von Pfaffen, Gendarmen und Landräten malträtiert zu werden"[177].

Der Hallische Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, auf dem Bebel soeben eindringlich für die Zusammenfassung aller Kräfte gesprochen hatte, konnte die polnischen Sozialisten nur in ihrem Vorhaben bestärken, mit ihrer Propaganda da einzusetzen, wo sie jetzt am ehesten nötig war: in den Einwanderungsgebieten der großen Städte, und das war in erster Linie Berlin. Noch im Dezember desselben Jahres wurde durch Handzettel zu einer Versammlung der in Berlin arbeitenden Polen aufgerufen und ein „Polnisch-sozialdemokratischer Verein" gegründet, dem gleich 160 Arbeiter beitraten[178] und der als Kristallisationspunkt für die weitere Propaganda diente.

Es kam jetzt darauf an, daß die mündliche Agitation nicht wieder versickerte, sondern durch ein Organ weitergetragen wurde, wozu ein deutsches Blatt wie der „Vorwärts" naturgemäß nicht ausreichen konnte. Für diesen Fall hatte die deutsche Partei jedoch schon Vorsorge getroffen: Bereits auf dem Parteitag zu Halle hatten aus Schlesien und der Provinz Posen zwei Anträge vorgelegen[179], die ein polnisch-sozialistisches Organ für diese Gebiete forderten, wobei das schlesische Blatt sogar für die österreichischen und russischen Polen mit herausgegeben werden sollte.

---

[175] Vorwärts, 20. 12. 1890, Nr. 297.

[176] Preußische Statistik, a.a.O., S. 159 f., Bd. 121, 2; vgl. auch v. Fircks, a.a.O., S. 194 f.

[177] Vorwärts, 28 9. 1892, Nr. 337.

[178] Vgl. Vorwärts, 12. 12. 1890, Nr. 297.

[179] Protokoll, Halle 1890, S. 301.

Diese Anträge waren ohne Erörterung dem Parteivorstand zur Erledigung überwiesen worden, und dieser veranlaßte umgehend die Bewilligung der Mittel[180]. So wurde am 3. Januar 1891 die erste Nummer der „Gazeta Robotnicza" herausgegeben, die mit geldlicher Unterstützung der deutschen Partei zunächst in einer Auflage von 1300 Exemplaren wöchentlich erschien[181]. Dieses Blatt war von einigen polnischen Genossen mit Hilfe Wilhelm Liebknechts gegründet worden und wurde bei zunächst wechselnden Redakteuren lange Jahre von dem Tischler Franz Morawski als Herausgeber betreut[182]. Zusammen mit dieser Zeitung war eine „Presse- und Propagandakommission" gegründet worden, die der Redaktion zugeteilt wurde und dazu bestimmt war, durch Verbreitung der „Gazeta Robotnicza" die Propaganda außerhalb Berlins zu betreiben[183] [184].

Inzwischen waren auch in Hamburg, Altona und Bremen Vereine entstanden[185], und ebenfalls hatten die in Posen verbliebenen Genossen versucht, die Agitation wieder in Gang zu bringen[186]. Das Schwergewicht schien jetzt jedoch auf die Arbeit in Oberschlesien gelegt zu werden, wo unter der zahlreichen polnisch sprechenden Arbeiterschaft trotz der Einflüsse des Klerus die größten Erfolgsaussichten bestanden. Jedenfalls bereisten die Ber-

---

[180]) Protokoll, Halle 1890, S. 301.

[181]) Wasilewski, a.a.O., S. 42; vgl. Narkiewicz-Jodko, a.a.O., S. 636; Auflagehöhe nach: Bulletin officiel d. p. s. p. Nr. 7, Mai 1896.

[182]) Wasilewski ebenda; vgl. auch J. Michalski: Ze wspomnień berlińsko-bremeńskich (Erinnerungen aus Berlin und Bremen), in: „Niepodległość", Bd. 3, 1930/31, S. 80.

[183]) Materiały do historyi P.P.S., S. 92; Bulletin officiel Nr. 1, Juni 1895.

[184]) In dem Aufruf an die Abonnenten in Nr. 1 der „Gazeta Robotnicza" vom 3. 1. 1891 hieß es (auszugsweise!): „Die ‚Gazeta Robotnicza' ist ein Blatt, das wir gegründet haben, um Eure Interessen gegen Kapitalismus, Adelsherrschaft und Pfaffentum zu schützen. Das Programm, von dem wir ausgehen, ist das Programm der sozialdemokratischen deutschen Arbeiter, die mit Euch die gleichen Interessen und Ziele haben. Dieses Programm will aller Unterdrückung und Ausbeutung ein Ende machen und fordert Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit für alle. Es ist das Programm, unter dem die klassenbewußten Arbeiter aller Kulturländer kämpfen.

Abeiter! Unglückliche Umstände verhinderten bisher die Ausbreitung sozialistischer Ideen in den polnischen Ländern. Die nationale und konfessionelle Bedrückung lenkte Eure Aufmerksamkeit von der ökonomischen Bedrückung ab. Die besitzenden Klassen bemühten sich, mit allen Mitteln zu verhindern, daß das Proletariat, welches mehr unter der ökonomischen Ausbeutung als unter der nationalen Bedrückung litt, sich seiner traurigen Lage bewußt wurde.

Dieses Übel zu beseitigen, wird die Hauptaufgabe unseres Blattes sein. Sie kann von uns jedoch nur dann erfüllt werden, wenn ihr uns dabei voll und ganz unterstützt, es ausbreitet und es selbst eifrig lest. Wenn das gelingt, werdet Ihr uns stets auf dem Posten finden!

Es lebe die Agitation für die Freiheit und das Recht des Proletariats!"

[185]) Wasilewski, a.a.O., S. 42; „Gazeta Robotnicza", Nr. 1 vom 7. 1. 1893.

[186]) Bulletin officiel d. p. s. p. Nr. 1, Juni 1895.

liner Funktionäre das Land[187], gründeten in Breslau eine Ortsgruppe[188] und zogen eine recht lebhafte Propaganda auf, obschon sie gegen die starke Agitation des Zentrums nur schwer aufkommen konnten. Der Erfolg zeigte sich auch sehr bald an den Wahlergebnissen von 1893, wo über ein Drittel der sozialistischen Stimmen auf polnische Kandidaten gefallen waren, welche die deutsche Partei vorsorglich in den Wahlkreisen des Industriebezirks aufgestellt und, was die finanzielle Seite betraf, aus eigenen Mitteln unterstützt hatte[189].

Die Vorbereitung der Wahl und ihr Ausgang hatte den Polen ohne Zweifel gezeigt, daß nur die Gründung einer eigenen Partei die Gewähr bieten konnte, auch in Zukunft mit Erfolg auf die polnische Bevölkerung einzuwirken. Wie wir annehmen dürfen, teilte diesen Standpunkt auch die deutsche Partei, obwohl das Bestehen einer polnischen Parallelorganisation bei dem schwierigen Nationalitätenverhältnis für sie nicht ohne Bedenken war und ein gemeinsames Vorgehen stark beeinträchtigen konnte. Denn da der Unterschied der Sprache in erster Linie bedingte, daß die deutsche Partei bei der Bevölkerung nur einen sehr mittelbaren Einfluß ausüben konnte, blieb die polnische Agitation ein abgesondertes Gebiet, und die Möglichkeit bestand, daß sie den Deutschen überhaupt aus den Händen glitt. Diesen Befürchtungen gegenüber setzten sich jedoch Wilhelm Liebknecht und August Bebel warm für die Selbständigkeit der polnischen Sozialisten ein und befürworteten im „Vorwärts" die vollgültige Berechtigung dieses Entschlusses[190].

Inzwischen hatte in Berlin das Agitationskomitee der Polen für den 10. September die Vertreter aller örtlichen Gruppen nach dort geladen und auf einer „Konferenz der Polnischen Sozialisten Deutschlands"[191] die Satzungen der deutschen Schwesterpartei der P. P. S. niedergelegt[192]. Als organisatorische Grundlage der Partei galten nach § 2 des Programms die örtlichen Kongresse, aus deren Mitte die sogenannten „Vertrauensmänner", eine aus der deutschen Organisation entlehnte Einrichtung, zu wählen waren oder dort, wo aus irgendwelchen Gründen deren Wahl nicht stattfinden konnte, vom Parteivorstand eingesetzt und bestimmt werden sollten[193]. Was das Verhältnis zur Deutschen Sozialdemokratischen Partei betraf, standen die Polen schon mit Rücksicht auf die gemeinsame Staatszugehörigkeit wie diese auf dem Standpunkt des Erfurter Programms[194], schlossen sich auch in tak-

[187] Limanowski, a.a.O., S. 72.
[188] Vgl. „Gazeta Robotnicza" ebenda; Bulletin officiel d. p. s. p. ebenda.
[189] Vgl. „Die Neue Zeit" 1901, Bd. 20, 2; S. 731.
[190] Limanowski, a.a.O., S. 73.
[191] „Gazeta Robotnicza", 9. 9. 1893, Nr. 36.
[192] Protokoll des Gründungskongresses, ebenda.
[193] ebenda; Bulletin officiel d. p. s. p. Nr. 1, Juni 1895.
[194] Limanowski, a.a.O., S. 72 f.; vgl. Haecker: Der Sozialismus in Polen, in: „Die Neue Zeit", 1895/96, Bd. 14, 2; S. 330.

tischer Hinsicht völlig den deutschen Genossen an und setzten durch Beschluß statutenmäßig fest, den Kongreß der deutschen Partei alljährlich mit einem ständigen Vertreter zu beschicken[195].

III.

Die Arbeiterbewegung der Polen und Ukrainer in Galizien.

Die Anfange des Sozialismus unter Bolesław Limanowski.

Während sich der polnische Sozialismus in Rußland und Deutschland, durch Wirrnisse und Krisen unterbrochen, den Weg bahnen mußte, hatte die Arbeiterbewegung Galiziens unbeschwerter und gleichmäßig ansteigend ihre Entwicklung genommen.

Von den drei polnischen Teilgebieten bot das österreichische, was die Duldung der sozialistischen Bewegung betraf, die günstigsten Vorbedingungen; auf Grund der Dezemberverfassung von 1867, durch die Galizien ein autonomes völlig von Polen beherrschtes Kronland geworden war, bestand dort eine weitgehende Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, die der sozialistischen Agitation eine erhebliche Wirkungsmöglichkeit gewährte und frühzeitig die Organisierung des Proletariats gestattete[196]. Erleichternd kam hinzu, daß infolge der konstitutionellen Freiheit die Zusammenarbeit der polnischen Sozialisten mit den Sozialisten der anderen österreichischen Länder unter denkbar günstigen Umständen durchgeführt werden konnte und andererseits die Unterdrückung der sozialistischen Bewegung von oben im Vergleich zu Rußland und Preußen durch das Fehlen eines nationalen Gegensatzes erheblich gemildert wurde. Zwar wurden diese Freiheiten gerade in der Anfangszeit der sozialistischen Bewegung oft genug durch behördliche Maßnahmen wieder eingeengt — denn von 1879 ab verging kein Jahr ohne Prozesse[197] — je mehr sich aber der Sozialismus von seinen revolutionären Tendenzen freimachte und sich den praktischen Fragen der Politik zuwandte, desto stärker ließ auch der Druck von seiten der Regierung nach, so daß die Führer verhältnismäßig ungestört an den Ausbau ihrer Organisationen gehen konnten.

Zunächst jedoch war eines der Hauptthindernisse für die galizische Arbeiterbewegung der wirtschaftliche Tiefstand des Landes, in dem eine nennenswerte Industrie so gut wie nicht bestand und das Fehlen eines Proletariats für die Entwicklung des Sozialismus um so mißlicher war, als auch in den Städten der demokratisch-kleinbürgerliche Charakter der unteren sozialen Schichten

---

[195] Protokoll des Grundungskongresses: „Gazeta Robotnicza“, 16. 9. 1893, Nr. 37.

[196] Limanowski: Rozwój Polskiej myśli socjalistycznej, S. 15; vgl. auch Samassa: Der Volkerstreit im Habsburgerstaat, S. 31 ff.

[197] Narkiewicz-Jodko, a.a.O., S. 632.

wenig Aussichten für eine wirkungsvolle Agitation bot[198]. Soweit eine Industriearbeiterschaft vorhanden war, befand sie sich materiell in äußerst bedrängter Lage, arbeitete in manchen Beschäftigungszweigen bis zu 16 und 18 Stunden am Tage und besaß keinerlei Organisationen, mit Ausnahme einiger nach Art von Handwerkerzünften aufgezogenen Vereinen, in denen sie aber nicht den geringsten Einfluß hatte[199].

So beschränkte sich das sozialistische Leben wie im russischen Anteil eigentlich nur auf kleine akademische Kreise und eine gewisse Halbintelligenz, die in Lemberg seit Anfang der siebziger Jahre einige Zeitschriften unterhielten und einem theoretischen Sozialismus anhingen, der, gelehrt und gefördert durch die Persönlichkeit Bolesław Limanowskis, in seinen Zielen von Anfang an auch die Forderung der Unabhängigkeit Polens einschloß[200].

Der Sozialismus Limanowskis stimmte mit dem Marxismus insofern überein, als er sich mit ihm in den allgemeinen Zielen und der Kritik an der kapitalistischen Entwicklung zusammenfand, in seinen Methoden aber milder und versöhnlicher war und nicht jene revolutionär-klassenkämpferische Leidenschaft besaß, die kompromißlos jede der bestehenden Verfassungen ablehnte und auf die „gewaltsame Eroberung der Macht" hinarbeitete. Als ehemaliger Anhänger der demokratisch-patriotischen Richtung übertrug Limanowski seine ursprünglichen Gedanken auf den Sozialismus; in ihm sah er nicht so sehr eine neue soziale Lebensform, als vielmehr eine Fortentwicklung der polnisch-demokratischen Idee, und erkannte ihm als einem spezifisch p o l n i s c h e n Sozialismus eine besondere geschichtliche Rolle zu[201]. Dieser Standpunkt trug Limanowski von seiten der radikalen Sozialisten den Vorwurf ein, daß er den Begriff der politischen als einer nationalen Freiheit aus dem sozialistischen Gedankenkreis herauslöse und die Unabhängigkeit Polens den Forderungen des polnischen Proletariats als erstrangig gegenüberstelle[202]. Für Limanowski verbanden sich jedoch die Begriffe einer Wiederherstellung Polens und der Befreiung der Arbeiterklasse zu einer u n t e i l b a r e n Vorstellung, deren Wurzeln auf die klassische polnische Unabhängigkeitsidee und die Gedankengänge Lassalles zurückgingen, dessen „Arbeiterprogramm" auf ihn einen ungeheuren Eindruck gemacht hatte[203].

---

[198]) E. Haecker: Historja socjalizmu w Galicji i Śląsku cieszyńskiem (Geschichte des Sozialismus in Galizien und im Teschener Schlesien). Krakau 1933. Einleitung.

[199]) Daszyński: Pamiętniki, Bd. 1, S. 39, 68; vgl. auch E. Haecker, a.a.O., S. 93 f.

[200]) Vgl. Feldmann, a.a.O., S. 319 f.

[201]) Vgl. die Ausführungen Perls in: Dzieje ruchu socjalistycznego w zaborze rosyjskim, S. 114 f.; ebenso Feldman, a.a.O., S. 318 ff.

[202]) Vgl. die Auseinandersetzung Rosa Luxemburgs mit S. Hacker und Karl Kautsky in Bd. 14, 2 der „Neuen Zeit", Stuttgart 1896.

[203]) Feldmann, a.a.O., S. 318; Haecker, a.a.O., S. 108.

„Patriotismus und Sozialismus — so führte er in einer Arbeit vom Jahre 1883 aus[204] — sind keineswegs Gegensätze, sondern steigern sich gegenseitig. Wir sprechen vom Patriotismus — so verwahren sich manche Sozialisten — nicht als einem Gefühl sondern einer Idee, von einem Patriotismus, der die Fahne der Wiederherstellung Polens aus dem Fenster hängt.

Was aber ist diese Wiederherstellung Polens in Wirklichkeit? Sie ist die Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit und das Abwerfen eines Joches, das die Armen schwerer drückt als die Reichen, sie ist das Ende jener Bedrückung, die dem Volk wie ein eiserner Ring um die Brust liegt, die jedes Selbständigkeitsgefühl erstickt, die freie geistige Entwicklung hemmt, Brüder gegen Brüder und Väter gegen Väter bewaffnet, in Schule und Gericht eine fremde Sprache aufzwingt, Bildungsmöglichkeiten vermindert und damit das Unrecht der Reichen nur noch größer macht. Ich verstehe, daß man den Unabhängigkeitswillen für ein großes Verbrechen an unserem Volke halten kann, aber ich begreife d e n polnischen Sozialisten nicht, der versucht, dem Volk diesen seinen Unabhängigkeitswillen zu schwächen."

Von diesem allgemein-theoretischen Standpunkt ausgehend, verlor sich Limanowski jedoch nicht in ungewissen Hoffnungen hinsichtlich einer gewaltsamen Änderung der Verhältnisse, sondern stellte unter Berücksichtigung der verschiedenartigen Voraussetzungen in den Teilgebieten politische Richtlinien für die Erreichung der Ziele auf, die besonders für Galizien als klares Programm gefaßt waren. Hier sollten nach dem Muster der deutschen sozialdemokratischen Partei eine Arbeiterorganisation gegründet werden, die unter Wahrung der verfassungsmäßig zugestandenen Rechte mit allen Mitteln der Agitation das Proletariat für den Kampf in den Parlamenten schulen und vorbereiten sollte[205]. Zu diesem Zweck wurde im Sommer 1878 auf Betreiben Limanowskis in Lemberg ein „Sozialistisches Komitee" (Komitet socjalistyczny) gebildet, das sich mit der im Jahre zuvor erschienenen Zeitung „Praca" (die Arbeit) zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammentat, die im Gegensatz zu den bisher bestehenden Zirkeln von Studenten, Buchdruckern und Handwerksmeistern als erste sozialistische Organisation anzusprechen war, in deren Reihen auch der intelligentere Arbeiter zu finden war[206].

---

[204] Limanowski: Kwestya narodowa a społeczna (Die nationale und soziale Frage), Abdruck in: Socyalizm, demokracya, patryotyzm, Wydawnictwo w celu uczczenia czterdziestoletniego jubileuszu pisarskiego Bol. Limanowskiego (Sozialismus, Demokratie, Patriotismus. Festschrift anläßlich des vierzigjährigen Schriftstellerjubiläums B. L.s). Krakau 1902, S. 171 ff.

[205] E. Haecker, a.a.O., S. 132.

[206] Ebenda, S. 157, 199. Übrigens war die „Praca" im ersten Jahr ihres Bestehens das Fachblatt der Lemberger Drucker, erweiterte aber unter Einwirkung des „Sozialistischen Komitees" seinen Aufgabenkreis und widmete sich von da ab ganz allgemein den „Interessen der arbeitenden Klassen". S. auch: J. L. Prawdzic (J. Landmann): Krótki rys ruchu socyalistycznego w Lwowie w ostatnim 25-leciu 1870—1895 (Kurze Darstellung der sozialistischen Bewegung in Lemberg in den letzten 25 Jahren, 1870—1895). Lemberg 1895, S. 5. — Ebenso: K. Czachowski: Szermierz wolności (Bolesław Limanowski) [Der Freiheitskämpfer (B. L.)], in: „Niepodległość" 2 (1930), S. 207 f.

Neben dieser, den Gedankengängen Limanowskis folgenden Richtung lief aber auch in Galizien seit 1878 jene radikalsozialistische und anationale Strömung, die seit Ende der siebziger Jahre in Warschau, von Rußland her beeinflußt, unter der Hochschuljugend und innerhalb der Arbeiterschaft Anhänger hatte, deren Selbsthilfeorganisationen gerade um diese Zeit von der Polizei zerschlagen worden waren[207]. Während die meisten Agitatoren gefaßt und vor Gericht gestellt wurden, gelang es Waryński nach Galizien zu entkommen und dort seine illegale Tätigkeit fortzusetzen.

In erstaunlich kurzer Zeit sollte es ihm gelingen, in Krakau Beziehungen anzuknüpfen, Anhänger zu gewinnen und eine Geheimorganisation auf die Beine zu stellen, die sich zunächst aus der Intelligenz, aus Studenten, Kunsthochschülern und Seminaristen zusammensetzte, der aber bald Arbeiter und Handwerker aus den verschiedensten Berufen das eigentliche Gepräge gaben. Sehr zustatten kamen Waryński dabei die örtlichen Verhältnisse: Die Lage Krakaus unweit der Dreiländerecke gab der Stadt ein lebhaftes politisches Naturell und begünstigt damit von vornherein jede Agitation. Gerade in jener Zeit kamen viele polnische Sozialisten über die Grenze, die nach den Warschauer Verhaftungen von 1878 auf der Flucht vor der russischen Polizei waren oder als Komissionäre der sozialistischen Emigration in Genf illegale Literatur über die Grenze schmuggelten. Auch die Nähe der Industriereviere im Teschener Gebiet und im Mährischen mit ihrer national gemischten Arbeiterschaft[208] wirkte sich fördernd auf die sozialistische Agitation in Krakau aus und kam der Tätigkeit Waryńskis zugute, um so mehr als Bolesław Limanowski im Herbst 1878 ausgewiesen wurde und seine dortige Anhängerschaft begreiflicherweise an Zulauf verlor.

So zog Waryński mit seinen Genossen, die aus Kongreßpolen dauernd Zuzug bekamen, nach Warschauer Muster eine Bewegung auf, die auf die Beeinflussung der Massen bewußt verzichtete und die Taktik der ersten vor Verschwörungen nicht zurückschreckenden, sozialistischen Zellen auf die Verhältnisse in Galizien zu übertragen versuchte, obwohl dort im Rahmen der verfassungsmäßig zugestandenen Rechte eine weitläufige sozialistische Propaganda durchaus möglich war. Sehr bald zwangen aber die örtlichen Umstände dazu, der illegal arbeitenden Bewegung mit le-

---

[207]) Vgl. oben S. 18 f.

[208]) Die Ergebnisse der Volkszählung nach der Muttersprache vom 31. 12. 1890 ergaben folgendes Bild: Österreich-Schlesien, deutsch: 281 555, böhm.-mähr.-slovak.: 129 814, polnisch: 178 114. — Mähren, deutsch: 664 168, böhm.-mähr.-slovak.: 1 590 513, polnisch: 5039. — Österreichische Statistik. Wien 1895, Bd. 32, 3, S. 164/65, 162/63.

galen Hilfsmitteln unter die Arme zu greifen, um die eigene Propaganda zu fördern. Das Bedürfnis entstand, in Krakau nach Art der Lemberger „Praca" ein öffentlich erscheinendes Arbeiterblatt zu gründen, den Versammlungen und Aufzügen mehr Aufmerksamkeit zu widmen und den Kampf um die Wahlrechtsreform zu unterstützen, mit anderen Worten: auf die Agitation innerhalb der kleinen Zirkel zugunsten der Massenbewegung zu verzichten. Ungeachtet dessen hielt Waryński jedoch an seinen Methoden fest und setzte sich damit in Gegensatz zu seinen Genossen, zumal da diese durch die aus Warschau kommenden Emigranten in ihrer Absicht bestärkt wurden, die verfassungsmäßigen Freiheiten Galiziens für die sozialistische Arbeit so weit wie möglich auszunützen[209]. Unter diesen Meinungsverschiedenheiten war natürlich eine gedeihliche Zusammenarbeit nur schwer durchzuführen, und es bedurfte aller Umsicht, um nicht die Kräfte durch Auseinandersetzungen im eigenen Lager zu verzetteln; infolgedessen wurde die Krakauer Bewegung, solange sie unter dem Einfluß Waryńskis stand, auch nie eine gewisse Unsicherheit los, obschon sie nach wie vor Fortschritte aufwies.

Unter solchen Verhältnissen mußte früher oder später eine Änderung der Dinge eintreten, die infolge der Krakauer Massenverhaftungen im Februar 1879 auch schneller eintrat, als man erwartet hatte[210]. Den Anlaß hierzu hatte die Aufdeckung eines illegal betriebenen Verlages revolutionärer Schriften gegeben, der von Waryński in großem Umfang schon in Lemberg betrieben wurde und von einem Buchdrucker, der die Herstellung besorgte, den Polizeibehörden angezeigt worden war. Das Ergebnis dieser Verhaftungen war der Krakauer Sensationsprozeß, der im Frühjahr 1880 zwei Monate lang der internationale Sozialdemokratie als willkommenes Agitationsmittel diente, aber mit der Freisprechung sämtlicher 35 Angeklagten endete, die allerdings, soweit sie Nichteinheimische waren, aus Österreich ausgewiesen wurden[211]. Von vornherein hatten diese Maßnahmen, obwohl sie zugleich in Lemberg und Wien durchgeführt worden waren, weniger ein politisches Ziel verfolgt, als daß sie eine ordnungspolizeiliche Aktion gegen das sich mehr und mehr breit machende Einwanderungsunwesen waren; dafür sprachen nicht nur die Einzelheiten der Verhaftung, sondern auch die Umstände, unter denen der Prozeß vor sich ging. Tatsächlich war die Haltung der Richter derart gemäßigt, daß selbst die sozialistische Presse deren Milde nicht bestreiten konnte und Witold Narkiewicz-Jodko, ein gewiß unverdächtiger Zeuge, von dem Verhandlungsraum als von einem „Gerichtssaal" sprach, der von seinen Genossen, besonders

---

209) E. Haecker, a.a.O., S. 165.
210) E. Haecker, a.a.O., S. 176 f.
211) Perl, a.a.O., S. 71 ff.; Einzelheiten des Prozesses bei E. Haecker, S. 203—45.

von Waryński, „zu einer sozialistische Akademie" gemacht wurde[212].

So blieb der Krakauer Prozeß eigentlich ohne nachteilige Wirkungen auf die polnisch-sozialistische Bewegung, wenn man von den Folgen absah, die sich für die Warschauer Genossen daraus ergaben. Bei der Durchführung der Verhaftungen war nämlich der österreichischen Polizei eine Menge belastendes Material in die Hände gefallen, dessen Spuren nach Rußland führten und das an die dortigen Behörden ausgeliefert wurde, um auf diese Weise durch ein abschreckendes Beispiel der überhandnehmenden Einwanderung polnischer und russischer „Illegaler" Einhalt zu tun[213]. Diese Aufdeckung der Zusammenhänge war für die zaristische Polizei eine günstige Gelegenheit, die Warschauer Selbsthilfevereine, die sich nach den Verhaftungen von 1878 wieder etwas hochgearbeitet hatten, von neuem auszuheben. Nicht weniger als 44 Personen wurden gefaßt, unter denen diesmal auch eine ganze Anzahl Arbeiter waren[214].

In Folge dieser Verhaftungen begann sich jetzt in Warschau eine starke sozialistische Auswanderungsbewegung bemerkbar zu machen, die sich mit den soeben aus Galizien Ausgewiesenen in der Schweiz zusammentat, um der einheimischen Bewegung aus der Ferne weiter zu dienen. Schon vor dem Krakauer Prozeß war in Genf eine Gruppe polnischer Sozialisten zusammengekommen, die im Oktober 1879 mit Unterstützung von Mendelson und Waryński die Zeitschrift „Równość" (Die Gleichheit)[215] gegründet hatte und unter dem ständigen Zuzug aus Galizien und Kongreßpolen immer radikaler wurde. Dem entsprach auch der Charakter ihrer Zeitschrift, deren Inhalt weniger der Agitation der Massen als der Erörterung allgemein sozialistischer Fragen innerhalb einer verhältnismäßig kleinen Minderheit diente. Neben der Berichterstattung über die internationale Arbeiterbewegung und die Sozialistenprozesse in den verschiedenen Ländern führte die „Równość" erbittert die Auseinandersetzung mit dem polnischen Bürgertum und seinen nationalen Bestrebungen, bekämpfte den Patriotismus als völlig unvereinbar mit dem Sozialismus und vertrat mit einem ausgesprochenen Hang zum Anarchismus einen Standpunkt, der dem der „Narodnaja Volja" nicht unähnlich war und der schließlich auch die Ursache wurde, daß die Zeitschrift schon 1881 wieder einging[216].

In dieser Zeitschrift war im Oktober 1879 erstmalig ein Programm veröffentlicht worden, dessen Grundriß die Warschauer Sozialisten entworfen hatten und der in der Schweiz von der Emigration weiter ausgearbeitet worden war. Dieses aus Tar-

---

212) Narkiewicz-Jodko, a.a.O., S. 631; E. Haecker, a.a.O., S. 203—45.
213) Vgl. Perl, a.a.O., S. 74 f.
214) Vgl. oben S. 19.
215) Korman, a.a.O., S. 271; vgl. auch Narkiewicz-Jodko, a.a.O., S. 612.
216) Korman, ebenda.

nungsgründen sogenannte „Brüsseler Programm" enthielt eine sehr allgemein gehaltene Darstellung der sozialistischen Theorien, unterstrich den internationalen Zug der Arbeiterbewegung und erklärte, daß nur die restlose Verwirklichung der sozialistischen Grundideen eine glückliche Zukunft des polnischen Volkes gewährleisten könne[217]. Als ausgesprochenem „Maximalprogramm" fehlte ihm jedoch die Aufstellung von Forderungen und Zielen, die einem politischen Tagesprogramm Rechnung trugen oder wenigstens den Weg für eine praktische politische Betätigung zeigten. Ein solches Programm entsprach daher auch unvollkommen den Stimmungen und Bedürfnissen der Sozialisten in der Heimat, am wenigsten aber denen der galizischen Bewegung, die nach dem Fortgang Waryńskis und der „Russen" in ihrer Arbeit wieder selbständiger vorgehen konnte.

Inmitten dieser, ausgesprochen von den Warschauer Sozialisten beeinflußten Genfer Emigrantengruppe machten sich jedoch plötzlich jene Gegensätze wieder geltend, die seinerzeit in Krakau im Streit für und gegen eine legale Bewegung nur mühsam zurückgehalten worden waren. Um so stärker gewann nunmehr jetzt bei Waryński und seinen Parteigängern die Einstellung Oberhand, innerhalb der sozialistischen Agitation alle nationalen Tendenzen radikal auszuschalten und zu versuchen, wenigstens von der Emigration her die Bewegung in der Heimat zu beeinflussen. Diese Anschauung war aus der Besorgnis entstanden, daß der Patriotismus in den Köpfen der Arbeiter den stets nachdrücklich gepredigten Klassengegensatz abschwächen könne und jene damit der marxistischen Weltanschauung entfremden würde. Da die meisten Redaktionsmitglieder der „Równość" den gleichen Standpunkt einnahmen, trat Bolesław Limanowski aus dem Mitarbeiterkreis dieser Zeitschrift aus und brach die Verbindung mit den „Internationalen" ab, nicht ohne damit sowohl in Genf wie in der Heimat eine ganze Anzahl neuer Anhänger gewonnen zu haben[218].

Die Auseinandersetzungen, die sich auf diese Weise zwischen den „Nationalen" und den „Internationalen" in der Genfer Emigration abspielten, fanden auch ein Echo in Galizien, ohne aber dort auf die sozialistische Bewegung einen nennenswerten Einfluß zu gewinnen. Wohl kamen Anhänger der einen und der anderen Richtung über die Grenze, auch schickten beide Gruppen ihre Emissäre, jedoch verspürten die galizischen Sozialisten kein Verlangen, den Streit der Meinungen von neuem heraufzubeschwören, um so mehr da die Bewegung infolge der Auswirkungen des Krakauer Prozesses eine merkliche Belebung erfahren hatte und die Arbeit durch einheimische Kräfte erfolgreich vorwärtskam.

---

[217] Vgl. Narkiewicz-Jodko, a.a.O., S. 612; Perl, a.a.O., S. 97 ff.; Wasilewski, a.a.O., S. 10 f.

[218] E. Haecker, a.a.O., S. 260.

Das Ukrainertum und der Sozialismus Drahomanivs, Pavlyks und Frankos.

Nachdem die sozialistische Arbeit in Krakau durch die Tätigkeit Waryńskis und seiner Leute kurze Zeit hindurch Brennpunkt der galizischen Bewegung gewesen war, ging die Führung wieder auf Lemberg über, wo inzwischen unter dem Einfluß der Selbsthilfevereine eine außerordentlich rege Agitation stattgefunden hatte[219]. Von früh an war Lemberg in seiner Eigenschaft als politisches, kulturelles und wirtschaftliches Zentrum Galiziens ein aufnahmebereiter Boden für die sozialistische Lehre gewesen, die hier in der literarischen Bewegung der jungruthenischen Intelligenz wurzelte und unter dem Einfluß von Michael Drahomaniv, einem aus Rußland ausgewiesenen ukrainischen Professor und bekannten Kritiker der russischen Literatur, nahezu die gesamte ukrainische akademische Jugend zu ihrer Anhängerschaft rechnen konnte.

Die nationale Entwicklung dieses Volkes, dessen gebildete Kreise sich völlig unter dem Einfluß der russischen Kultur befanden, hatte seit Mitte des Jahrhunderts unter dem immer stärker werdenden Druck zu leiden gehabt, der von der Szlachta und der polnischen Beamtenschaft und — jenseits der Grenze — von der großrussischen Oberschicht in den Städten auf seine Sprache und sein Volkstum ausgeübt wurde. Zwar konnten seine Vertreter in der Presse, im Landtag und Reichsrat gegen diese Bedrückung auftreten, jedoch wurde die Wirkung der Abwehr immer wieder dadurch geschwächt, daß das Volk in zwei Parteien gespalten war, die sich aufs ärgste befehdeten. Die einen, die Nationalen oder Jungruthenen, erblickten im Anschluß an eine ukrainische Bewegung in Rußland das Heil und fühlten und schrieben in der Sprache des niederen Volkes, indem sie sich zugleich um die Hebung seiner Bildung und die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lebensbedingungen bemühten. Die Altruthenen, zumeist aus Geistlichen bestehend, moskophil, jedem Fortschritt abhold und die Masse verachtend, erblickten in einer künstlichen, dem Kirchenslawischen abgewandelten Mischsprache mit russischen und polnischen Anklängen, die vom Volk gar nicht verstanden wurde, ihr alleiniges Ideal[220]. In dieser Situation wurde Drahomaniv, der nach dem Verlust seines Lehramtes an der Universität Kiew sich in Lemberg und Wien, später in Genf niedergelassen hatte, der Schöpfer einer einheitlichen ukrainischen Volksbewegung[221], indem er den Nachwuchs der ukrainischen

---

219) E. Haecker, a.a.O., S. 200 ff.

220) A. Fischel: Der Panslawismus bis zum Weltkrieg, Stuttgart-Berlin 1919, S. 358 f.

221) Die Anhänger und Verfechter ruthenisch-völkischer Eigenart, aus denen sich der Hauptteil der Gefolgschaft Drahomanivs zusammensetzte, begannen sich in Anlehnung an die ukrainophile Bewegung in Rußland auch hier als Ukrainer zu bezeichnen. Vgl. Fischel, S. 360.

Intelligenz beider Richtungen sammelte und in einer gemeinsamen Organisation miteinander verband[222]. In Weiterführung des Programms der Jungruthenen ging sein Appell gerade an die unteren Schichten des Volkes, um deren Bildung und Aufklärung in der ihm eigenen Sprache zu fördern und ihm das Bewußtsein seiner nationalen Eigenständigkeit vor Augen zu führen.

Eine solche Bewegung mußte jedoch im halben stecken bleiben, wenn sie sich nur auf das Geistige beschränkte, wenn sie nicht auch der sozialen Spannung ihre Aufmerksamkeit zuwandte, nicht auch das wirtschaftliche Elend in Betracht zog, in dem sich die überwiegende Mehrzahl des Volkes befand. Die Lage der ukrainischen Bauern in Ostgalizien war im Verhältnis zu den westlichen Gebieten des Landes noch trostloser, weil hier der nationale Gegensatz zum polnischen Gutsherrn die wirtschaftliche Not noch steigerte[223]. Ohne Möglichkeit, mit dem dürftigen Ertrage auszukommen, den ihnen ihre Zwergwirtschaft abwarf, fanden sie infolge einer fehlenden Industrie bestenfalls auf den Gütern als Landarbeiter einen Verdienst, der jedoch, in Tagelohn ausbezahlt, unvorstellbar gering war. Dazu kam, daß ein zusätzlicher Erwerb von Naturaleinkünften durch Wald- und Wiesennutzung ausfiel, weil alle derartigen Gerechtsame durch Ablösung der Fronarbeit an die Gutsherrschaften zurückgefallen und erloschen waren, als 1848 ein eigener Grundeigentümerstand geschaffen wurde.

Aus diesem Verhältnis ergab sich, daß innerhalb des ukrainischen Volkes von einem neuzeitlichen Klassengegensatz im westeuropäischen Sinne nicht die Rede sein konnte, sondern daß vielmehr die soziale Spannung mit dem nationalen Gegensatz identisch war. Das führte Drahomaniv fast zwangsläufig zum Sozialismus, um so mehr da die Bestrebungen der Jungruthenen seit Mitte der siebziger Jahre auch dahin gingen, dem Bauern gegen die wirtschaftliche Ausbeutung durch Polen und Juden unter die Arme zu greifen und die ökonomischen Mißstände auf dem Lande weitmöglichst zu beheben. Der Sozialismus Drahomanivs war daher auch nicht so sehr ein proletarischer Klassensozialismus als ein bäuerlicher Radikalismus, der gewisse Züge der Ideen der russischen „Narodniki" aufwies, die auf den russischen Universitäten unter der studierenden Jugend ihre Lehre verbreiteten[224].

Im Gegensatz zu den russischen Sozialisten wandte Drahomaniv jedoch seine Aufmerksamkeit in erster Linie der nationalen Frage als einer völkisch-erzieherischen Aufgabe zu und sah sein Ziel zunächst in der Erneuerung des gesamten geistigen und kul-

---

[222] M. Pavlyk: Bericht uber den Fortgang der sozialistischen Bewegung in Klein-Rußland, in: Jahrbuch fur Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 1, 1879, S. 308 f.

[223] Vgl. oben S. 9 f.; ebenso: M. Zetterbaum, a.a.O., S. 178 ff.

[224] E. Haecker, a.a.O., S. 136.

turellen Lebens seines Volkes. Dies unterschied ihn von Bolesław Limanowski, der die nationale Frage lediglich von der politischen Seite her betrachtete. Das politisch-nationale Ideal Limanowskis entsprang aus der Geschichte des polnischen Volkes und war von vornherein klar umrissen: ein unabhängiges Polen. Das ukrainische Volk hatte keinen Unabhängigkeits-Traditionalismus, sondern sehnte sich unter dem Joch jahrhundertelanger Bedrückung nach einem völkischen Eigenleben. Das entsprach dem Ideal Dragomanovs und seiner Lehre, entsprach seinem Streben nach einem „Nebeneinander in Frieden und gutem Einvernehmen", einem „Föderalismus der Nationalitäten"[225], der alle Völker umfassen sollte, die auf osteuropäischem Boden lebten[226].

Unter dem Eindruck dieser Ideen erstanden Drahomaniv zwei fanatische Anhänger in der Person von Mychajlo Pavlyk und Ivan Franko, die er 1876 in Lemberg kennengelernt hatte und die seine engsten Mitarbeiter wurden. Beide Söhne von Bauern, beide Schriftsteller und Publizisten, hatten sie an der Hochschule eine proukrainische Propaganda betrieben und waren unter dem Einfluß Drahomanivs Sozialisten geworden. Von diesem Zeitpunkt an leiteten sie gemeinsam für eine lange Reihe von Jahren die Aufklärungsarbeit unter ihren Volksgenossen und waren, auch was die Entwicklung des polnischen Sozialismus betraf, aus der Geschichte der sozialistischen Bewegung Galiziens nicht mehr wegzudenken.

Das unterscheidende Merkmal der ukrainischen Agitation gegenüber der polnischen bestand jedoch darin, daß Bolesław Limanowski nach der Bildung einer weit gefaßten Arbeiterorganisation strebte, während Pavlyk und Franko an eine Agitation unter den Bauern dachten. Allerdings wurde eine solche erheblich erschwert durch die Unwissenheit und das teilweise sehr verbreitete Analphabetentum der bäuerlichen Massen, das aus der elenden Lage der Volksschulverhältnisse in Galizien herrührte; andererseits aber kam ihnen der Umstand zustatten, daß die Aufklärungsarbeit von Sozialisten betrieben wurde, die fast ausnahmslos bäuerlicher Herkunft waren und nicht als Wanderagitatoren umherreisten, sondern die Möglichkeit hatten, im Umkreise ihres Heimatortes zu wirken, wo sie jeder Bauer von Haus aus kannte und sie mehr durch das gesprochene Wort und durch persönliche Einflußnahme als durch Flugblatt und Broschürenpropaganda werben konnten[227].

Nach diesen Gesichtspunkten begannen Pavlyk und Franko eine Agitation, die sich mit Unterstützung der ihnen schnell zulaufenden Gesinnungsgenossen von Monat zu Monat ausbreitete,

---

[225]) Zitiert nach Szujski, a.a.O., S. 117; Fischel, a.a.O., S 361.
[226]) E. Haecker, a.a.O., S. 136; Perl, a.a.O., S. 123.
[227]) Vgl. M. Pavlyk: Bericht uber den Fortgang der sozialistischen Bewegung in der Ukraine, in: Jahrbuch fur Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 2, 1881, S. 310, 316.

und zwar zunächst in den Ostkarpatengebieten, wo das bäuerliche Elend am ärgsten war[228]. Von Anfang an bestand übrigens zwischen beiden hinsichtlich ihrer Stellungnahme zum polnischen Sozialismus ein ausgesprochener Gegensatz, der jedoch auf eine gedeihliche Zusammenarbeit keine nachteiligen Folgen ausübte. Während Pavlyk ein starkes Mißtrauen gegen die polnisch-sozialistische Bewegung hatte, die ihm in jeder Äußerung die Tendenz einer Wiederherstellung des historischen Polens und damit die Einverleibung des ukrainischen Volkes zu verraten schien, unterhielt Franko mit den polnischen Sozialisten freundschaftliche Beziehungen, arbeitete auch an ihrer Presse eifrig mit und hatte nicht die geringste Voreingenommenheit gegen sie, wozu wohl auch der Umstand beitrug, daß er frühzeitig mit der europäischen Arbeiterbewegung bekanntgeworden war und einen Zusammenschluß aller Sozialisten ohne Rücksicht auf ihre Nationalität als notwendig ansah[229].

Überhaupt kann gesagt werden, daß eine einträchtige Zusammenarbeit zwischen den polnischen und den ukrainischen Sozialisten weder von der einen noch von der anderen Seite her Störungen erfuhr, wenn man von einer Verstimmung absieht, die durch unbedachte Äußerungen Pavlyks hinsichtlich der polnischen Arbeiterbewegung vorübergehend das freundschaftliche Verhältnis zu trüben schien[230]. Es handelte sich hier um eine Pressefehde zwischen ihm und den polnischen Sozialisten, die nicht nur in den einheimischen Blättern sondern auch in den Organen der Emigration einen Niederschlag fand, und es war nicht zum wenigsten das Verdienst der Lemberger „Praca", die auftretenden Mißhelligkeiten beizeiten aus dem Wege geräumt zu haben, indem sie jede Auseinandersetzung vorsichtig umging[231].

Was die Einstellung der „Praca" zu den ukrainischen und polnischen Sozialisten betraf, so zog sie sich heute von dieser, morgen von jener Seite den Vorwurf zu, nicht konsequent und in ihrer Meinungsbildung allzu unparteiisch zu sein. Da sie jedoch der Berichterstattung beider Teile diente und in ihrem „Redaktionskomitee" von Anfang an sowohl ukrainische wie polnische Mitarbeiter saßen, blieb ihr keine andere Wahl, als beiden Richtungen gerecht zu werden, und sie tat gut daran, da die junge galizische Bewegung zunächst noch recht schwach war und sie nicht innerem Streit und Zwiespältigkeiten ausgesetzt werden durfte. Inwieweit übrigens Daniluk, der Herausgeber des Blattes, dabei lediglich wirtschaftliche Gesichtspunkte verfolgte, ist nicht klar genug zu erkennen; jedenfalls berichtet Haecker, daß wegen

---

228) M. Zetterbaum, a.a.O., S. 178, 211 ff.
229) E. Haecker, a.a.O., S. 138, 140.
230) Ebenda, S. 256.
231) Ebenda, S. 259; vgl. auch die Ausfuhrungen Pavlyks im „Jahrbuch fur Sozialwissenschaft und Sozialpolitik", Bd. 1, 1879, S. 310 f.; Bd. 2, 1881, S. 315 ff.

der „kritiklosen Aufnahme der widersprechendsten Artikel" oftmals Streit zwischen ihm und der Redaktion entstand, deren Einfluß auf die Zeitung recht gering war, denn Daniluk „hielt sich für den Eigentümer der „Praca" und machte mit ihr, was er wollte"[232]. Daher traf es schon zu, daß das Blatt — wie Haecker fortfährt — „nicht den Programmpunkten der polnischen Sozialisten entsprach"[233], ebensowenig, wie es den Zielen der Ukrainer Rechnung trug; was ihm jedoch keine Kritik absprechen konnte, war das Verdienst, durch seine Haltung zum Ausgleich der Nationalitäten und damit zur Vereinheitlichung der sozialistischen Bewegung in Galizien beigetragen zu haben, in der jetzt unter einem gemeinsamen Programm beide Teile zu ihrem Recht kommen sollten.

Das Lemberger Programm,
Zusammenarbeit zwischen Polen und Ukrainern.

Im Januar 1881 war auf Anregung des Redaktionskomitees der „Praca" bereits ein Programm entstanden, das Ludwik Inlaender im Einverständnis mit Bolesław Czerwieński und Ivan Franko bearbeitet hatte und Bolesław Limanowski zur Begutachtung nach Genf geschickt hatte, wo es auch gedruckt werden sollte. Dieses „Programm der galizischen Sozialisten" (Program socjalistów galicyjskich)[234] erschien in Form einer Broschüre, die die allgemeinen Grundsätze des Sozialismus wiedergab und die besonderen Aufgaben der sozialistischen Bewegung in Galizien darlegte, indem sie die Stellungnahme zur Frage der Nationalität folgendermaßen umschrieb:

„In ihrem Kampf um die Freiheit und die Erlösung aus der sozialen Unterdrückung können die Sozialisten der nationalen Unterdrückung nicht gleichgültig gegenüberstehen und müssen dort, wo die Frage der Nationalität noch nicht in der Weise geregelt ist, wie beispielsweise in Frankreich und Deutschland, ihr Ziel darin sehen, die Besonderheiten der verschiedenen kleinen Nationalitäten aufrecht zu erhalten, einerseits wegen ihrer autonomen und förderativen Stellung überhaupt, andererseits, um unter Anpassung an die örtlichen

---

232) E. Haecker, a.a.O., S. 259; vgl. hierzu auch Daszyńskis Kritik an Daniluk hinsichtlich seiner „unzureichenden Fähigkeiten als Organisator wie als Redner" etc.; Żegota (I. Daszyński): Krótka historya rozwoju partyi socyalistycznej w Galicyi (Kurze Geschichte der Entwicklung der sozialistischen Partei in Galizien). Lemberg 1894, S. 6 f.

233) E. Haecker, ebenda.

234) Die Benennung des Programms hatte übrigens — wie E. Haecker, S. 262, berichtet — noch eine Vorgeschichte: Der Titel, den ihm L. Inlaender gegeben hatte, lautete: „Programm der polnischen und ruthenischen Sozialisten Ostgaliziens" (Program socjalistów polskich i ruskich Wschodniej Galicji). Durch ein — angebliches — Versehen des Druckers war jedoch das Wort „ruthenisch" weggelassen worden, sodaß das Programm unter dem Titel „Programm der polnischen Sozialisten Ostgaliziens" erschien. Infolge eines lebhaften Protestes der dadurch Betroffenen wurde in Genf ein neuer Titel gedruckt und der Rest der Auflage damit überklebt. Er lautete nunmehr: „Programm der galizischen Sozialisten."

nationalen Elemente jenen eine Möglichkeit zur Mitarbeit zu geben und mit ihnen gemeinsam zu einer Vereinigung und Verbrüderung der Nationen zu gelangen, die dann zu unterdrücken nicht mehr möglich sein wird."[235])

Mit dieser Formulierung betonte das „Programm der galizischen Sozialisten" die geistige Verwandtschaft mit der sozialistisch-nationalen Richtung Limanowskis, unterschied sich aber dadurch von ihr, daß es entsprechend der Tätigkeit der galizischen Sozialisten den sozialistischen Klassencharakter stark unterstrich, andererseits bot es im Gegensatz zum „Brüsseler Programm" wiederum den Vorteil, daß es sich den besonderen Verhältnissen der galizischen Bewegung anpaßte[236]). Trotz aller dieser Vorzüge war es in einer Hinsicht nicht ausreichend, und das war eine zu große Abstraktion und der Mangel an Lebendigkeit, die es für die Agitation einer Arbeiterpartei unbrauchbar machten. Denn die Erfolge der Selbsthilfevereine in den Städten und der Zulauf, den die Bewegung auch auf dem Lande hatte, war mit der Zeit groß genug geworden, daß man sich mit dem Gedanken befassen mußte, die Anhänger in einer Parteiorganisation zu sammeln. Zu diesem Zweck war aber die Aufstellung eines populären Programms notwendig, das dem beschränkt aufnahmefähigen galizischen Arbeiter und Bauern verständlicher war und vor allem die „Minimalforderungen" berücksichtigte, die ja im „Programm der galizischen Sozialisten" noch nicht enthalten waren.

Deshalb arbeiteten Bolesław Czerwieński und Ludwik Inlaender noch im selben Jahre einen zweiten Entwurf aus, der im Mai 1881 unter dem Titel „Programm der galizischen Arbeiterpartei" herauskam und in seinem letzten Teil nun auch jenes „Minimalprogramm" enthielt, das die einzelnen politischen und wirtschaftlichen Forderungen anführte, jene selben, die auch die Sozialdemokratie Österreichs zu den ihren zählte[237]). An der Spitze der politischen Aufgaben stand die Forderung des allgemeinen Wahlrechts, und auch die übrigen Ziele stimmten mit denen der meisten europäischen Sozialisten überein; nur Punkt 7, der die Selbstverwaltung der städtischen und ländlichen Gemeinden verlangte und nach Ansicht Haeckers auf die „anarchistischen Gedankengänge Waryńskis" zurückzuführen war[238]), fiel aus diesem Rahmen heraus, schon deshalb, weil er nur unklar formuliert war und zu den verschiedensten Auslegungen Anlaß gab[239]). Was die ökonomischen Ziele des Programms betraf, so verlangten sie zunächst als „Übergang zum Kollektivismus" die Einrichtung von Produktivgenossenschaften, die, soweit als nötig, aus Mitteln der

---

235) Zitiert nach Text bei Haecker, ebenda.
236) Vgl. Haecker, S. 264 f.
237) Program Galicyjskiej partyi robotniczej, Lemberg 1881, S. 12 ff.
238) E. Haecker, a.a.O., S. 267.
239) Program G. p. r., S. 14.

öffentlichen Hand zu unterstützen seien. Ein zweiter Teil enthielt die von der Internationalen allgemein vertretenen Forderungen des „Staatssozialismus", der dritte schließlich jene Reformen, die dem sozialen Ausgleich und dem Schutz der proletarischen Lebenshaltung dienen sollten. „Zur Erreichung dieses nächsten Zieles — so schloß das Programm — werden wir aber eine besondere Arbeiterpartei bilden."

Indessen sollte die Praxis lehren, daß es mit der Gründung einer regelrechten Parteiorganisation noch gute Wege hatte. Zwar war das Wachsen der Bewegung fast von Monat zu Monat festzustellen, zwar zeigte die Arbeit der Fachverbände und Bildungsvereine überall Erfolge, und die sozialistische Lehre faßte Fuß, wo auch immer ihre Agitatoren wirkten, nur fehlte es an der nötigen Einheit, um den Zusammenschluß aller sozialistischen Kräfte durchzuführen. Es war das nicht nur der alte Gegensatz zwischen „Nationalen" und „Internationalen", sondern auch das ständige Mißtrauen der Krakauer Sozialisten gegen ihre Lemberger Genossen, die mit ihrem Programm versucht hatten, nationale und internationale Gedankengänge miteinander in Einklang zu bringen und daher mit den patriotisch-revolutionären Tendenzen der Anhänger Limanovskis zusammenstoßen mußten. Hemmender war aber, daß sich diese Gegensätze auch auf die Formen der Organisation und die Methoden ihres Kampfes übertrugen, dauernd zu Reibungen führten und die Kräfte der Bewegung zersplitterten.

Nachdem der Krakauer Prozeß im Jahre 1880 die Tätigkeit Waryńskis und seiner Gesinnungsgenossen durch deren Ausweisung unterbunden hatte[240], war nämlich seit 1885, dem Jahr der Warschauer Todesurteile und des Zusammenbruches der „Narodnaja Volja", der Zustrom aus dem russischen Teilgebiet wieder stark gewachsen. Da diese Leute fast ausnahmslos gezwungen waren, dem öffentlichen politischen Leben fernzubleiben, weil sie als Nichtstaatsangehörige sofort ausgewiesen worden wären, und sie überdies nicht davon abzubringen waren, ihre ungesetzlichen Praktiken auch in Galizien fortzusetzen, gründeten sie wie seinerzeit Waryński jene illegalen Zirkel, die nicht nur „mit ihrem theatralischen Pathos den galizischen Sozialisten die Köpfe verwirrten"[241], sondern sie auch der Gefahr aussetzten, mit ihren Organisationen wegen aufrührerischer Betätigung ausgehoben zu werden.

Ungeachtet dessen ging inzwischen in Lemberg die Arbeit weiter vorwärts. Das Rückgrat der Bewegung war nach wie vor Daniluk mit seiner „Praca", die sehr viel zur Aufklärung der Werktätigen beitrug und sie für den sozialistischen Kampf interessierte. Neben ihm wirkten Feliks Daszyński, ein älterer Bruder

---

240) Perl, a.a.O., S. 71 ff.; vgl. auch oben S. 113.
241) Żegota, a.a.O., S. 4 f.

von Ignacy, und Bolesław Czerwieński, die unermüdlich öffentliche Versammlungen aufzogen und die Kleinarbeit in den Betrieben leiteten. Großer Wert wurde von Anfang an auch auf die Gründung von gewerkschaftlichen Vereinigungen gelegt; schon 1883 hatten zwei Mitarbeiter Daniluks die Tischler in einem Fachverband zusammengefaßt, der 1886 bei einem Streik in der Fabrik der Gebrüder Wczelakow seinen ersten großen Erfolg errang. Nachdem die dort beschäftigten Tischler in den Ausstand getreten waren und ein Versuch der Fabrikleitung, neue Arbeitskräfte einzustellen, an der Solidarität der Lemberger Facharbeiter scheiterte, blieb den Arbeitgebern nichts anderes übrig, als nach acht Tagen den Streik von sich aus abzubrechen, indem sie auf die von den Streikenden gestellten Bedingungen eingingen[242]. Weniger erfolgreich war allerdings der Streik der Lemberger Bäcker im Juli 1888, der zweifellos ebenfalls die erstrebten Erleichterungen gebracht hätte, wenn nicht die Behörden, durch das Beispiel von 1886 gewitzigt, den Meistern die zur Zeit unter der Fahne stehenden Bäcker wieder zugeführt und damit die Streikenden gezwungen hätten, die Arbeit wiederaufzunehmen[243]

Durch derartige Vorfälle fühlten sich die Regierungsstellen oft genug veranlaßt einzugreifen, und da gegen das Bestehen von Gewerkschaften und Fachverbänden von Gesetzes wegen an sich nichts einzuwenden war, hielt man sich an die vermeintlichen Urheber solcher Aktionen, also an die „Praca" und ihre Mitarbeiter. Die Folge war, daß zu manchen Zeiten fast jede Nummer beschlagnahmt wurde und der redaktionelle Teil des Blattes oft nur aus Übersetzungen anderer Zeitungen bestand, die in Wien die Zensur passiert hatten[244]. Infolgedessen war es auch nicht zu verwundern, daß Daniluk sein Organ nicht regelmäßig herausbringen konnte und gezwungen war, in der Ausübung seiner schriftleiterischen Tätigkeit vorsichtig zu Werke zu gehen, was ihm oft genug den Vorwurf gewisser sozialistischer Leser eintrug[245].

Alles das hielt Daniluk jedoch nicht davon ab, unaufhörlich weiter zu agitieren und zwar nicht nur unter den Arbeitern sondern auch unter der Intelligenz. So gelang es ihm bald, um die Redaktion der „Praca" einen Kreis von Jungakademikern zu sammeln, die, zum Teil rednerisch begabt, die sozialistische Propaganda bis in die Hörsäle hineintrugen. Um die für den Sozialismus Gewonnenen auch hier organisatorisch zusammenzuhalten, wurde 1889 die sogenannte „Czytelnia Naukowa" (Die wissenschaftliche Lesehalle), eine Art literarischer Verein, gegründet,

---

242) Prawdzic, a.a.O., S. 7 f.

243) Ebenda, S. 8 f.

244) Vgl. Bericht des Abgeordneten Diamant-Lemberg auf dem osterreichischen Parteitag 1891, Verhandlungen des 2. osterreichischen sozialdemokratischen Parteitags, abgehalten zu Wien 28.—30. 6. 1891. Wien 1891, S. 35, 37.

245) Prawdzic, a.a.O., S. 8.

in dem aber neben Vorträgen wissenschaftlicher Art vor allem auch politisch gearbeitet wurde[246].

Um diese Zeit hatte — wie wir uns erinnern — in Paris der Internationale Sozialistenkongreß stattgefunden, auf dem beschlossen worden war, mit einer Maifeier die Solidarität des europäischen Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Aus diesem Anlaß war von der „Zentralisation", jener sozialistischen Emigrantengruppe in Paris, die seit Jahresfrist als Spitzenorganisation der gesamtpolnischen Arbeiterbewegung galt, Stanisław Kasjusz nach Lemberg geschickt worden, um für die Vorbereitung dieser Veranstaltung Sorge zu tragen[247]. Als alter Praktiker und bewährter Organisator der Warschauer studentischen Bildungsvereine[248], gelang es ihm bald, die in Lemberg arbeitenden Agitatoren der verschiedenen sozialistischen Schattierungen zu gemeinsamem Vorgehen zu veranlassen, jedoch nicht ohne vorher auf Widerstände und zwar besonders von Seiten Daniluks und seiner Leute zu stoßen. Sei es, daß Daniluk für das Schicksal seiner Zeitung fürchtete, sei es, daß seine Genossen gegen die Pariser „Zentralisation" und ihren Beauftragten eine begreifliche Voreingenommenheit hatten[249], jedenfalls blieb die von Kasjusz offenbar angestrebte Zusammenarbeit mit der Redaktion der „Praca" ohne Erfolg, sodaß er sich entschloß, eine neue Zeitung zu gründen, die unter dem Namen „Robotnik" am 1. März 1890 halbmonatlich zu erscheinen begann[250] und mit der „Praca" in scharfe Konkurrenz trat, obwohl sich beide für die gleichen Ziele einsetzten.

Mit Hilfe dieser beiden Blätter und unter wirksamem Einsatz der Fachverbände war die Agitation derart betrieben worden, daß die Sozialisten am 1. Mai einen vollen Erfolg zu verzeichnen hatten. In allen größeren Betrieben war die Arbeit niedergelegt worden, und, ungehindert von den Behörden, fand auf dem Rathaushof eine große Kundgebung statt, an der etwa 4000 Menschen teilnahmen, obwohl die bürgerlichen Parteien alles in Bewegung gesetzt hatten, um die geplanten Veranstaltungen zu hintertreiben[251].

Das Einigungswerk Daszyńskis.
Von der „Partya Robotnicza" zur Massenbewegung.

Die Teilnahme an der Maifeier, die in allen Arbeiterzentren Galiziens in ähnlichen Ausmaßen begangen worden war, hatte bewiesen, daß die sozialistische Bewegung bereits das Feld beherrschte. Es

---

246) St. Estreicher: Rozwój organizacyi socyalistycznej w krajach polskich (Die Entwicklung des Sozialismus in den polnischen Landern). Krakau 1896, S. 21.

247) Perl, a.a.O., S. 297.

248) Vgl. oben, S. 25 f.

249) Vgl. oben, S. 25.

250) Wasilewski, a.a.O., S. 24; Prawdzic, a.a.O., S 12.

251) Żegota, a.a.O., S. 7 f.

war kein Zweifel, daß diese Entwicklung nicht nur auf die Arbeit der Lemberger Propagandisten sondern auch auf das mächtige Aufleben der österreichischen Sozialdemokratie zurückzuführen war, die nach jahrelangem Kampf in den eigenen Reihen innerlich gefestigt wieder in der politischen Arena erschien. Der Hainfelder Parteitag (30. 12. 88—1. 1. 89) hatte ihr durch die Aufstellung eines Programms und die Schaffung einer einheitlichen Organisation einen Auftrieb gegeben, der sich sehr bald in einer regen Betätigung bemerkbar machte. Eine mit Erfolg betriebene Agitation in den böhmischen Gebieten, der Trambahnstreik in Wien, eine ganze Anzahl von Lohnkämpfen und der Wiederaufbau einer durch den Ausnahmezustand zerstörten Presse hatte die sozialistische Bewegung bereits derart gestärkt, daß auf dem Pariser Kongreß die österreichischen Vertreter der Abhaltung einer Maifeier mit der Versicherung zustimmen konnten, daß sie bei ihnen einen glänzenden Verlauf nehmen werde[252]. In der Tat nahmen auch in Wien allein über 100 000 Arbeiter teil, und was die Beteiligung an anderen Stellen betraf, so blieb sie im Verhältnis hinter der der Hauptstadt nicht zurück[253].

In Galizien war nach den Maikundgebungen im sozialistischen Lager eine Atempause eingetreten. Die laute Propaganda der Straße und die Werbearbeit in den öffentlichen Versammlungen machte einer gesteigerten Tätigkeit in den Fachverbänden und Bildungsvereinen Platz, zu denen seit Anfang Mai ein starker Zulauf eingesetzt hatte. Fast alle Führer waren sich darüber einig geworden, daß die Gelegenheit zur Gründung einer Partei niemals günstiger sein konnte, als eben jetzt, wo die Erfolge der Maikundgebungen noch in frischer Erinnerung waren und das Aufleben der sozialistischen Bewegung im russischen Anteil, in Österreich, in Deutschland, in England als Anreiz und Beispiel wirken mußte. So hatten den Sommer hindurch unter Daszyńskis Führung zwischen den Führern aller sozialistischen Organisationen Lembergs bereits Besprechungen stattgefunden, in denen der Wille zur Einheit zwar stets geschlossen zum Ausdruck kam, deren Verwirklichung jedoch immer wieder an nebensächlichen Einzelheiten scheiterte. Erst als ein Teil der ukrainischen Sozialisten Anfang Oktober die „Ukrainische Radikalpartei" gründeten, entschloß man sich, über alle Voreingenommenheit hinweg den Zusammenschluß herbeizuführen und gründete wenige Wochen später die galizische „Arbeiterpartei" (Partya Robotnicza)[254].

---

[252] K. Schwechler: Die osterreichische Sozialdemokratie. Graz-Wien 1908 [3], S. 21 f.

[253] Schwechler, a.a.O., S. 21 f.

[254] A. Bełcikowska: Stronnictwa i związki polityczne w Polsce, S. 452; vgl. Wasilewski, a.a.O., S. 50; I. Daszyński: Pamiętniki, Bd. 1, 2. Krakau 1925, 1926, Bd. 1, S. 68.

Mit der Gründung der Organisation „Partya Robotnicza" hatte die galizische Arbeiterbewegung nunmehr eine Form gefunden, die den gestellten Anforderungen endlich entsprach und damit eine Handhabe bot, um der zunehmenden Auflockerung in ihren Reihen durch Zentralisation und Zusammenfassung ihrer Organisationen Einhalt zu tun. Schon seit geraumer Zeit litt die Wirksamkeit der Agitation darunter, daß die nebeneinander bestehenden und nur lose zusammenhängenden Gruppen immer selbständiger wurden und durch den häufigen Wechsel ihrer Funktionäre daran waren, sich von den radikalen Gedankengängen des Proletariats zu entfernen. Je größer die Bewegung wurde, desto stärker machte sich diese Erscheinung geltend, denn da besonders in Ostgalizien nur eine zahlenmäßig geringe Industriearbeiterschaft vorhanden war, überwogen in den sozialistischen Organisationen sehr bald die aus den handwerklichen Berufen kommenden Elemente und pflegten, soweit die einzelnen Handwerkszweige ihre eigenen Fachgruppen hatten, dort ihre Interessen in erster Linie als Bäcker oder Tischler oder Schlosser oder Bauarbeiter und erst dann die Forderungen und Ziele des internationalen Sozialismus zu vertreten. Ganz ähnlich stand es, was die Wirksamkeit der Agitation betraf, mit den beiden sozialistischen Zeitungen; seitdem der „Robotnik" als zweites Blatt erschien, war zwar bei der „Praca" deutlich ein Aufleben festzustellen, doch lähmte die Konkurrenz zwischen ihnen bald jede Zusammenarbeit, die für die Verbreitung der sozialistischen Ideen gerade unter der gemischtnationalen Bevölkerung Ostgaliziens nötig gewesen wäre.

Mit der neu gegründeten Parteiorganisation war der galizischen Arbeiterbewegung aber auch ein ausgezeichnetes Mittel in die Hand gegeben, in enge Fühlungnahme mit den Sozialistenführern der anderen österreichischen Nationen zu treten und sich mit ihnen laufend über die entscheidenden Fragen der Arbeiterpolitik zu verständigen. In ihrer Eigenschaft als Sondergruppe der gesamtösterreichischen Partei stand die „Partya Robotnicza" auf dem Boden des Hainfelder Programms und nahm wie die anderen Sektionen an deren Kongressen und Sitzungen teil, betonte jedoch stets ihre Selbständigkeit, die sie trotz der drei Teilgebiete zugunsten der Einheitlichkeit der polnisch-sozialistischen Bewegung vertrat[255]. „Wir erklären — so formulierte das Daszyński auf dem österreichischen Sozialistenkongreß 1892 in Wien —, daß wir in Ansehung der exzeptionellen Stellung unseres Landes, dessen politische Abgrenzung den faktischen und sprachlichen Verhältnissen nicht entspricht, weiter in Rücksicht auf die außerhalb der Grenzen des Reiches lebenden und teilweise auf unsere Hilfe angewiesenen Stammesbrüder uns auch in die österreichische Organisation nicht so fügen können, wie es beiderseits wün-

[255]) Wasilewski, a.a.O., S. 49.

schenswert wäre und wie es die Genossen anderer Nationen tun können und tun"[256].

Der Zusammenschluß der Lemberger Sozialisten zur „Partya Robotnicza" war so vor sich gegangen, daß die beiden Zeitungen sogenannte „Redaktionskomitees" aufstellten — denen die verschiedenen Arbeiterführer beitraten —, die „Redaktionskomitees" jedoch nur dem Namen nach waren, um etwaigen Anklagen wegen Geheimbündelei aus dem Wege zu gehen[257]. In ihren Händen lag nicht nur die Leitung der örtlichen Organisationen sondern auch die Verantwortung für die gesamte Agitation, die „Partya Robotnicza" ähnelte also ihrem Wesen nach jener ersten „Proletariat"-Partei, die Ludwik Waryński 1882 in Warschau gegründet hatte.

Für die Lemberger Sozialisten handelte es sich nunmehr darum, mit ihrem Programm an die Öffentlichkeit zu treten, um möglichst viele von denen, die durch ihre Teilnahme an der Maifeier ihre Einstellung zum Sozialismus bekundet hatten, für ihre Organisation zu gewinnen. Zu diesem Zweck wurde im Dezember 1890 zu einer Kundgebung aufgerufen, die unter dem Thema „Allgemeines Wahlrecht" die Erörterung jener dem Arbeiter besonders naheliegenden Frage in Aussicht stellte und durch die Darlegung aller wichtigen Forderungen des Programms zugleich den Rahmen für die kommende Agitation abstecken sollte[258].

Schon zu Beginn des neuen Jahres zeigte sich an den Beitrittserklärungen, welchen Widerhall der Appell bei der Arbeiterschaft gefunden hatte; deutlicher ließ sich aber an dem Verhalten der Opposition feststellen, wie groß die Bedeutung war, die der sozialistischen Bewegung bereits zugemessen werden mußte. Nachdem die gegnerische Presse in der letzten Zeit beunruhigt ihr Anwachsen verfolgt und den Staatsanwalt allerdings erfolglos zum Einschreiten aufgefordert hatte, eröffneten Mitte Januar plötzlich alle Lemberger Druckereien den Boykott gegen den „Robotnik", sodaß das Blatt auswärts gedruckt werden mußte, jedoch regelmäßig weiter erschien[259]. Auch mehrere Versuche, die Aufmerksamkeit der Polizei auf eine angeblich illegale Betätigung gewisser Fachverbände zu richten, endeten mit ähnlichen Ergebnissen und waren nur dazu angetan, dem Sozialismus neue Anhänger zuzuführen.

Indessen hatte die Arbeiterbewegung in Galizien bereits einen Vorsprung gewonnen, der sie allen Verfolgungen, auch von seiten der Behörden praktisch entzog. Am 15. Februar war in Lemberg unter der Bezeichnung „Siła" (Die Kraft) jene Organisation ins Leben gerufen worden, deren Aufgabe darin bestand, als eine Art

---

256) Verhandlungen des 3. osterreichischen sozialdemokratischen Parteitages, abgehalten zu Wien 5.—9. 6. 1892. Wien 1892, S. 135.
257) Żegota, a.a.O., S. 17; vgl. auch Estreicher, a.a.O., S. 25.
258) Daszyński, a.a.O., S. 68; Prawdzic, a.a.O., S. 15.
259) Żegota, a.a.O., S. 10.

Berufsgenossenschaft alle dem Sozialismus noch Fernstehenden nach gewerkschaftlichen Gesichtspunkten zu sammeln, durch Agitatoren zu schulen und sie der Partei als neue Mitglieder zuzuführen[260]. Gleichzeitig stellte die „Siła" aber auch die Dachorganisation für alle noch von früher her bestehenden Fachvereine dar, die, soweit sie sich noch nicht der „Partya Robotnicza" unterstellt hatten, nach und nach entweder korporativ übernommen oder deren Angehörigen einzeln eingegliedert wurden[261]. Mit dieser Organisation besaßen die Sozialisten nicht nur ein überaus reiches Kräftereservoir sondern durch den überallhin reichenden Einfluß auch die Möglichkeit, jede Bewegung innerhalb der Arbeiterschaft, jeden Lohnkampf und Streik, jede Auseinandersetzung mit Arbeitgeber und Unternehmer auf den Draht ihrer Agitation zu leiten und für ihre Zwecke auszunutzen. Nach außen hin und in ihren Satzungen dem Staatsanwalt gegenüber als „Selbstbildungsvereine" getarnt, entstanden Schwesterorganisationen schnell in allen wichtigen Städten Galiziens, um die sich, soweit die „Partya Robotnicza" keine besonderen Ortsgruppen unterhielt, das Parteileben sammelte[262], wobei in den östlichen Landesteilen mehr der Handwerker, in den westlichen mehr der Industriearbeiter in Erscheinung trat[263].

Obwohl die Maifeier diesmal infolge des in ganz Galizien stattfindenden 100. Jahrestages der Konstitution vom 3. Mai zahlenmäßig weniger erfolgreich gewesen war, hatte die Agitation in den Sommermonaten doch derartig zugenommen, daß sie von zwei Mittelpunkten aus unterhalten werden mußte, von Lemberg und Krakau. Besonders Krakau machte dabei rasche Fortschritte und zwar dadurch, daß die dortigen Funktionäre ihre Arbeit nunmehr auch auf die umliegenden Städte ausdehnten und in kurzer Zeit neue Stützpunkte in Tarnów, Neu-Sandec und Biała errichten konnten[264]. Von Biała aus, wo schon 1890 große Streiks ausgebrochen waren und zwischen Militär und Demonstranten regelrechte Straßenkämpfe stattgefunden hatten[265], griff die Krakauer Propaganda auch nach Norden in das dichtbesiedelte Industriegebiet Ostoberschlesiens hinüber, um mit der von Berlin unterhaltenen polnisch-deutschen Agitation Fühlung aufzunehmen, die dort seit Anfang des Jahres eifrig arbeitete. Hierbei bot ihr die

---

[260] Estreicher, a.a.O., S. 24; Daszyński, a.a.O., S. 69.

[261] Zu diesen Vereinen gehörte auch als einer der tätigsten die von Daniluk 1889 gegründete „Czytelnia Naukowa", die der „Partya Robotnicza" noch eine Zeitlang wertvolle Dienste leistete, bis sie im Frühjahr 1892, wie Daszyński angibt, „infolge eines formalen Irrtums" von der Polizei aufgelöst wurde. (Pamiętniki, Bd. 1, S. 70); vgl. auch Prawdzic, a.a.O., S. 17 ff.

[262] Narkiewicz-Jodko, a.a.O., S. 633.

[263] Vgl. Bericht des Abgeordneten Daniluk auf dem österreichischen Parteitag 1891 in Wien, Verhandlungen, S. 74.

[264] Żegota, a.a.O., S. 13.

[265] Londoner „Sozialdemokrat" 1890, Nr. 21.

„Gazeta Robotnicza" die notwendige Hilfe, und da sie stets geschickt und zugkräftig aufgemacht war, trug sie viel dazu bei, auch den galizischen Genossen ihre Tätigkeit zu erleichtern[266]. In Anbetracht dessen fühlten sich auch die österreichischen Behörden veranlaßt, den Einfluß dieses im Auslande erscheinenden Blattes zu unterbinden und entzogen ihm zum 1. Januar 1892 die Posterscheinungserlaubnis[267], allerdings ohne Erfolg, denn am gleichen Tage begann in Krakau als drittes sozialistisches Organ der „Naprzód" (Der Vorwärts) zu erscheinen[268].

So konnte die „Partya Robotnicza" das erste Jahr ihres Bestehens mit einem für sie befriedigenden Ergebnis beschließen, nicht zuletzt dadurch, daß sie auch innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung in steigendem Maße an Einfluß und Ansehen gewann. Im Juni 1891 waren auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Wien die galizischen Vertreter zum ersten Mal mit den sozialistischen Delegierten der anderen österreichischen Nationen zusammengekommen und hatten mit ihren Berichten die Aufmerksamkeit der sozialistischen Öffentlichkeit auf sich gezogen[269]. Nicht zu unrecht, denn durch das Umsichgreifen der proletarischen Bewegung in dieser Ostecke des Reiches, die lange genug für jede Agitation ungeeignet schien, war Galizien zu einem wichtigen Vorposten des europäischen Sozialismus geworden. In dieser Erkenntnis hatte das internationale Büro auch zwei Vertreter der „Partya Robotnicza" zum Sozialistenkongreß nach Brüssel geladen, wo sie zusammen mit den elf Abgeordneten der österreichischen Delegation auftreten sollten. Noch vor Beginn der Sitzung waren die beiden jedoch mit den vier Vertretern der übrigen Teilgebiete zu einer polnischen Sonderdelegation zusammengekommen und hatten ihren Standpunkt in jener Erklärung niedergelegt[270], die zu den Einigungsverhandlungen der Sozialisten und von da über die Gründung des „Auswärtigen Verbandes" in gerader Linie zur Polnischen Sozialistischen Partei führten[271].

---

266) Żegota, a.a.O., S. 13.

267) Ebenda, S. 14.

268) Ebenda, S. 15.

269) Verhandlungen des 2. österreichischen sozialdemokratischen Parteitages, Wien 1891, S. 35 ff., 72 ff., 97 f.

270) Die Erklärung lautete in ihrem ersten Teil folgendermaßen:

„Im Interesse der Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Polen und der internationalen Politik der Arbeiterklasse hält es die auf dem Brüsseler Kongreß anwesende und aus den Vertretern aller drei Teilgebiete bestehende polnische Delegation für unbedingt erforderlich, geschlossen als Sonderorganisation aufzutreten, um auf diese Weise umso leichter einmal den Klassenkampf gegen den polnischen Adel und die polnischen Bourgeoisie, als den ihnen gemeinsamen Feind, fortzusetzen und zweitens die politische Führung der polnischen Gesellschaft in die Hand zu bekommen. . . . . .

Socjalistyczny międzynarodowy kongres robotniczy w Brukseli 1891 r. London 1891, S. 7 ff.; vgl. auch Wortlaut bei Mazowiecki, S. 200 f.

271) Socjalistyczny międzynarodowy kongres robotniczy w Brukseli 1891 r., S. 7 ff.

Unter solchen für die Entwicklung der polnischen Arbeiterbewegung günstigen Vorzeichen begann das neue Jahr, dessen erstes Ereignis Ende Januar der Parteitag der galizischen Sozialisten in Lemberg war[272]. Seit ihrer Gründung im November 1890 hatte die „Partya Robotnicza" unablässig am Ausbau ihrer Agitation gearbeitet, ohne sich eigentlich über die Wirksamkeit ihrer Bemühungen und das Verhältnis von Erfolg und Einsatz Rechenschaft zu geben. So fiel diesem Parteitag naturgemäß die Aufgabe zu, das praktische Wirken der neuen Organisation und des Programms zu überprüfen, Besserungsbedürftiges zu bessern und in die Angelegenheiten der Partei nach allen Seiten hin Regelung und Klarheit zu bringen; angesichts dessen standen deshalb auf der Tagesordnung nur praktische Fragen[273], die sich im Hinblick auf die zahlreich aus Ostgalizien erschienenen Vertreter besonders aufmerksam mit der Agitation unter dem bäuerlichen Proletariat und dem Kleingewerbe in den Landstädten beschäftigten, wo übrigens auch die Funktionäre der „Ukrainischen Radikalpartei" an der Arbeit waren[274].

Überhaupt bedurfte die Ausbreitung der sozialistischen Ideen in Ostgalizien besonderer Sorgfalt und Aufmerksamkeit, denn die im Laufe der achtziger Jahre aufgekommene Bauern- und Arbeiterbewegung, auf der sowohl die polnischen wie die ukrainischen Sozialisten ihre Agitation aufbauten, hatte ihre Wurzeln ja hier in dem nationalen Gegensatz der beiden Völker und die Gefahr bestand stets, daß der sozialistische Klassenkampfgedanke unter den Einflüssen des Nationalitätenhasses an Durchschlagskraft verlor[275]. Die Aufgaben der Agitation bestanden daher mehr als anderswo darin, den revolutionären Gedanken der sozialistischen Arbeiterbewegung zu betonen und der Partei den reinen Charakter des Klassenkampfes zu erhalten. Nicht zuletzt aus diesem Grunde entschloß man sich auch, der „Partya Robotnicza" den Namen „Sozialdemokratische Partei Galiziens" (Partya socyalno-demokratyczna Galicyi) zu geben[276], womit zugleich auch ihre Eigenschaft als Sondergruppe der gesamtösterreichischen Organisation hervorgehoben werden sollte.

Der Hauptgewinn des Lemberger Kongresses war jedoch — wie Daszyński versicherte — die Anknüpfung enger Beziehungen

[272] Żegota, S. 14; Estreicher, S. 25; Prawdzic, S. 19.
[273] Vgl. Żegota, ebenda.
[274] Vgl. Wasilewski, a.a.O., S. 50 f.
[275] In ihrer Arbeit „Zur Soziologie der Arbeitseinstellungen" (Sozialistische Monatshefte, Bd. VII, 1; 1903, S. 348 ff.) weist Zofja Daszyńska darauf hin, daß die Unterdrückung der anderen Nationalität nicht nur von der durch die Aufsaugung des ukrainischen Adels dominierenden polnischen Magnatenschaft ausging, sondern in manchen Gegenden auch das wirtschaftlich stärkere Ukrainertum die minder starke polnische Bevölkerung unter Druck hielt. Vgl. auch oben S. 17 f.
[276] Żegota, a.a.O., S. 14; Prawdzic a.a.O., S. 19.

zu den Genossen aus den verschiedenen Gegenden des Landes[277], wodurch innerhalb kurzer Zeit eine ganze Anzahl neuer Stützpunkte entstanden. Überhaupt ist seit Januar 1892 ein starker Zug zur Vereinheitlichung und Festigung der gesamten Arbeiterbewegung festzustellen, besonders seitdem auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie (Pfingsten 1892) gleichmäßig für alle Kronländer eine neue Organisationsform beschlossen worden war. Diese Neuordnung unterteilte Galizien in zwei Bezirke (okręgi), einen östlichen und einen westlichen, denen die örtlichen Gruppen, nach Berufszweigen getrennt, unterstanden; jede dieser Gruppen wählte ihren Vertrauensmann, der sich mit den Vertretern der anderen Gruppen innerhalb des Bezirkes verständigen sollte, während die beiden Bezirke selbst wiederum nach oben Delegierte für die Landeskonferenz stellten[278].

Eine Sonderbestimmung legte außerdem noch fest, daß dort, wo die Landesgrenzen mit den Sprachgrenzen nicht übereinstimmten, nur die Sprachgrenzen zu berücksichtigen seien, wodurch den Polen die Möglichkeit gegeben wurde, ihre Agitation auch nach Mähren und in das Teschener Schlesien zu tragen. Unter Ausnutzung der zahllosen, in den dortigen Bergwerken und Hüttenbetrieben beschäftigten polnischen Arbeiter, die in beträchtlichem Maße aus Galizien eingewandert waren, leiteten sie eine ausgiebige Propaganda in die Wege, deren Umsichgreifen auf das Konto Daszyńskis zu setzen ist, der seit Februar 1893 als Redakteur des „Naprzód" die dortige Agitation führte[279]. „Der polnische Arbeiter — so berichtet Wasilewski[280] — der dort der Tschechisierung oder Germanisierung ausgeliefert war und, soweit er schon vom Klassenbewußtsein ergriffen war, zur tschechischen oder deutschen Organisation gehörte, begann sich willig der polnischen Partei zuzuwenden und die sozialistischen Publikationen der Polen zu lesen", sodaß der polnischen Arbeiterbewegung außerhalb der galizischen Landesgrenze ein wichtiger Vorposten entstand.

Um diese Zeit stand an der Spitze der „Partya socyalno-demokratyczna Galicyi" Ignacy Daszyński, jener Mann, der für die Arbeiterbewegung Galiziens dieselbe Bedeutung hatte, wie Ludwik Waryński für den frühen Warschauer Sozialismus. Als eingeschworener Marxist und entschiedener Gegner der demokratisch-patriotischen Richtung begann er seine Tätigkeit unter dem Eindruck der Erfolge, welche die Abhaltung des Maifeiertages in ganz Galizien hervorgerufen hatte. Durch den Einfluß seiner Per-

---

[277] Żegota, a.a.O., S. 15.

[278] Verhandlungen des 3. osterreichischen sozialdemokratischen Parteitages, Wien 1892, S. 169 f.

[279] Daszyński: Pamiętniki, Bd. 1, S. 81 f.

[280] Wasilewski, a.a.O., S. 50, vgl. auch Bericht des Abgeordneten Kurowski-Krakau auf dem 3. Parteitag der osterreichischen Sozialdemokratie, Wien 1892, Verhandlungen S. 51.

sönlichkeit gelang es ihm, im Sommer 1890 die Arbeiterführer Lembergs zur Aufgabe ihrer Sonderbestrebungen zu bewegen und Anfang November ihren Zusammenschluß in der „Partya Robotnicza" zustande zu bringen; sein Verdienst war es weiter, der Partei durch die Gründung der „Siła" eine Organisation geschaffen zu haben, die, von Jahr zu Jahr stärker werdend, die Nervenstränge der Partei darstellte und in dem wenig industrialisierten Lande eine Rolle spielte, die seinem sozialen Gefüge eigentlich gar nicht entsprach. „Ein Agitator von ungewöhnlichem Format, — so zeichnete ihn Wasilewski[281] — ein begeisterter und vorausschauender, zugleich aber nüchtern und praktisch denkender Politiker, verstand er es vortrefflich, jede Erscheinung des politisch-sozialen Lebens im Lande auszunutzen, um den Einfluß des Sozialismus auf den Lauf der Ereignisse zu stärken und zu festigen, wozu auch in starkem Maße sein hervorragendes publizistisches Talent beitrug. Als geborener Volkstribun wurde er für den galizischen Adel, für die Bürokratie und den reaktionären Klerus eine wahre Gottesgeißel, im Kampf mit ihnen wuchs seine Partei zur Massenbewegung heran, die sowohl an Intellektuellen wie an Arbeitern eine Reihe sehr guter Führer besaß und schließlich zum stärksten politischen Faktor des Landes wurde".

Das führte ihn, den Marxisten, wie selbstverständlich auf die Frage der Unabhängigkeit Polens, die ja in der ersten Hälfte der neunziger Jahre ganz allgemein der Ausgangspunkt für die polnischen Sozialisten war. Wie für Bolesław Limanowski so verbanden sich auch für ihn die Begriffe einer Wiederherstellung Polens mit der Befreiung seiner Arbeiterklasse und weckten in ihm jene patriotischen Gefühle, denen er in seiner Geschichte der galizischen Arbeiterbewegung mit eindringlichen Worten Ausdruck gab. „Wo die höheren Klassen — so schrieb er dort — den Patriotismus benutzen und ihn dazu mißbrauchen, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken und das soziale Unrecht zu verdecken, werden die Sozialisten diesen Heuchlern ohne Besinnen die Maske herunterreißen. Wo der Patriotismus aber der Ausdruck von Bestrebungen ist, die die Unabhängigkeit und die nationale Freiheit Polens wollen, werden sie sich bald an die Spitze stellen"[282]

Derartige Äußerungen verfehlten natürlich nicht ihre Wirkung und trugen erheblich dazu bei, für die sozialistische Bewegung und ihre Unabhängigkeitstendenzen Verständnis wachzurufen, nicht zuletzt auch bei der Intelligenz und den unzufriedenen Elementen des Bürgertums, auf die sich der galizische Sozialismus in Ermanglung eines zahlreichen Arbeiterstandes stützen mußte[283].

---

[281] Zur Charakterisierung Daszyńskis: Wasilewski, a.a.O., S 47 f.; vgl. auch die Darstellung Feldmans, a.a.O., S. 321.

[282] Zitiert nach Wasilewski, a.a.O., S. 49.

[283] Żegota, a.a.O., S. 18 f.

Sehr geschickt verstand es Daszyński, die Nöte des Mittelstandes, seine Zurücksetzung durch den Adel und den behördlich geförderten Druck des konservativ-aristokratischen Polenklubs auf die Demokratie in seiner Agitation laut werden zu lassen, ohne jedoch von den Interessen des kleinen Mannes irgend etwas preiszugeben. Wie zu erwarten war, hatte die Verbreitung der sozialistischen Bewegung auf Kosten des bürgerlichen Lagers nicht nur eine Verschärfung der ohnehin bestehenden Feindschaft seitens der Demokratie zur Folge, sondern erregte auch in höchstem Grade das Mißtrauen der Konservativen, die für eine Radikalisierung der bürgerlichen Mitte fürchteten und alles aufboten, um dem entgegenzuarbeiten.

In völliger Verkennung der Dinge versuchte die Regierung 1893 noch einmal, gegen die sozialistische Bewegung vorzustoßen. Alle Vereine wurden aufgelöst, die Parteiblätter verboten, Daszyński und zwei seiner Mitarbeiter der Prozeß gemacht, jedoch ohne Erfolg. Die Widerstandskraft der Massen und das Solidaritätsgefühl der Arbeiterklasse wurzelte schon zu tief, als daß die Maßnahmen der Behörden noch irgendeine Wirkung hatten. An Stelle der verbotenen Zeitungen entstanden neue, ein ungeheures Erstarken der Agitation, Streiks und Riesendemonstrationen am 1. Mai waren die Folge, und als schließlich die Auflösung der Vereine in der Berufungsinstanz aufgehoben wurde, war auch die letzte Schranke gefallen; der Kampf um die Wahlreform, der wenig später begann, sicherte der Arbeiterbewegung Galiziens bald eine wichtige Rolle im politischen Leben des Landes.

* * *

In allen drei Teilgebieten hatte nun mehr der polnische Sozialismus aus der Zersplitterung seiner Kräfte herausgefunden, hatte seine radikalrevolutionären Merkmale verloren und war besonders in Rußland und Österreich zur Bewegung der Massen geworden. In dieser Entwicklung war der Pariser Kongreß die Zwischenstufe gewesen, von der aus die Sammlung des polnischen Proletariats ihren Ausgang nahm und die Forderung eines unabhängigen Polens über die Grenzen hinweg alle Sozialisten polnischer Zunge miteinander verband. Als Widerstandsbewegung gegen die Tendenzen des Ausgleichs mit den Regierungen der drei Teilungsmächte begann die Polnische Sozialistische Partei ihren Aufstieg, indem sie den Grundsatz des Klassenkampfes und eines revolutionären Patriotismus zu einer neuen sozialistischen Gesinnung verschmolz und die besitzlosen Kreise, den Arbeiter und Proletarier, aber auch den verarmten Adel und die Intelligenz im Sinne einer irredentistischen und antirussischen Staatspolitik erzog. Das Ringen um die Wahlreform und die Erlangung politischer Rechte in Österreich, der Kampf gegen die Zwangsherrschaft des zaristischen Systems, und endlich die Nationali-

tätenkämpfe auf deutschem Boden gaben ihr trotz mancher Gegenströmung stets neuen und starken Auftrieb. Zuerst in Gemeinschaft, dann in Auseinandersetzung, schließlich in erbittertem Kampf mit der russenfreundlichen Nationaldemokratie Roman Dmowskis eroberte sie sich unter Führung Józef Piłsudskis die Herzen der heranwachsenden Generation, die im Wetterleuchten der europäischen Politik und des heraufziehenden Weltkrieges an die nahe Erfüllung ihrer Hoffnungen und Wünsche glaubte. Die Waffentaten des deutschen Heeres und die russische Revolution öffneten dem polnischen Volk dann die Tür ins neue Haus, der Zusammenbruch Deutschlands, die Hilfe der Alliierten und das Diktat von Versailles warfen ihm endlich verschwenderisch in den Schoß, was ihm durch eigene Kraft zu erreichen, unmöglich war.

FRITZ VALJAVEC

DIE NEUE SZÉCHENYI-FORSCHUNG UND IHRE PROBLEME

Die gleiche Gegensätzlichkeit, die für Széchenyis Wesensart so kennzeichnend ist, spiegelt sich auch in seinem äußeren Werdegang. Zunächst schien sich sein Leben in nichts von dem der meisten ungarischen Aristokraten zu unterscheiden. Auch nachdem er seinen Dienst als Offizier der österreichischen Armee quittiert hatte, deutete äußerlich noch nichts auf etwas Ungewöhnliches in seiner Laufbahn und seinen Zielsetzungen hin, bis ihn 1825 seine Initiative bei der Gründung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften zum ersten Mal in den Mittelpunkt der öffentlichen Anteilnahme rückte. Im Jahre 1830 zeigte sodann sein Buch über den „Kredit" (1830), daß es sich um eine Persönlichkeit handelte, die berufen war, Kristallisationspunkt des ungarischen Reformwillens im Vormärz zu werden. Von einer geradezu beispiellosen Gunst des Zeitgeistes in den 30er Jahren getragen, beginnt er sich diese zu verscherzen, als er dessen überstürzende Entwicklung nicht mitzumachen geneigt ist. Seit dem Beginn der 40er Jahre stemmt er sich dagegen und scheint, abgesehen von einem verhältnismäßig kleinen Kreis, seinen Einfluß auf das öffentliche Leben verloren zu haben, den er bis 1848 nicht mehr wiedergewinnen kann. Im Revolutionsjahr wird er Minister im ersten ungarischen Kabinett, erleidet in der Voraussicht des bevorstehenden Konfliktes im September 1848 einen völligen Zusammenbruch, um die letzten 12 Jahre seines Lebens in der Döblinger Irrenanstalt Dr. Görgens zu verbringen und sein Leben sodann mit eigener Hand zu beschließen.

Nichts ist so sehr geeignet, das Außergewöhnliche im Wirken Széchenyis zu veranschaulichen wie das schwankende, von Gegensätzlichkeiten genährte Verhältnis der ungarischen Öffentlichkeit zu diesem selbstquälerischen, realistisch-zielbewußten und doch wieder so Eindrücken und Stimmungen unterworfenen Manne. Vor 1830 ein Unbekannter des ungarischen Volkes, dann etwa bis 1841 ein Abgott der reformfreundlichen Kreise, nach 1841 ein nachsichtig in den Hintergrund Gedrängter, der mit seinen Zweifeln nicht mehr zu Worte kommen kann, zu Worte kommen darf.

Das Jahr 1848 ist äußerlich die größte Belastungsprobe seines Daseins, es wirft ihn völlig aus der Bahn des öffentlichen Lebens, seine düsteren Prophezeiungen sind nicht aus der Welt geschafft, aber vom Lärm der Revolutionsereignisse, von der Redekunst massengewaltiger Politiker wie Kossuth übertönt. Gleichzeitig aber ergibt sich aus dem Zusammenbruch der ungarischen Revolution eine geradezu glänzende Rechtfertigung seiner Befürchtungen, die seiner Stimme neues Gewicht verleiht, ohne ihm freilich noch einmal eine absolut führende Stellung in seinem Volke zu sichern. Eine neue Wendung bringt der Ausgleich vom Jahre 1867. In der Folgezeit wird Széchenyis Name geachtet, aber das Verhältnis der Öffentlichkeit, vor allem der ungarischen Führerschicht bleibt sachlich kühl, woran die Bestrebungen einzelner wenig zu ändern vermögen. Erst der Zusammenbruch Ungarns im Jahre 1918, die geistige Zäsur, die mit dem nationalen Rückschlag des Jahres 1919 unverkennbar eintritt, bricht einer neuen Wertung Széchenyis im ungarischen Volke Bahn. Die Illusionen des dualistischen Zeitalters mußten sich zuerst ad absurdum führen, der Liberalismus, schon lange Zeit verknöchert, mußte zuerst überwunden werden, ehe man das Gedankengut des großen Gegenspielers nationaler Selbsttäuschung richtig verstehen konnte. Dies war die konkrete geschichtliche Gegebenheit, um ein neues fruchtbares Verhältnis zu Széchenyi zu finden. Darüber hinaus berechtigen die bisherigen Schwankungen in Széchenyis Bild vielleicht aber auch zum Schluß, daß Ungarn dessen Anschauungen im Zeitalter einer Krise besser verstehen konnte als in Zeiten eines ungetrübten Aufstiegs mit seiner völlig anders gearteten psychologischen Atmosphäre.

Die Széchenyiforschung hatte bereits in der Vorkriegszeit eingesetzt, erfuhr durch die Ungarische Akademie der Wissenschaften eine wichtige Förderung und verdankt schon im damaligen Zeitraum u. a. dem Historiker D. Angyal sehr viel. Aber sie erlitt durch die gefühlsmäßige Kluft, die einen Großteil der damaligen ungarischen Öffentlichkeit von Széchenyis Anschauung trennte, wenn man so sagen darf, ständige Blutverluste, die sie äußerlich lähmten. Eine richtige Entfaltung der Széchenyiforschung konnte nur dann eintreten, wenn ihr auch als psychologische Grundlage die Hinwendung der ungarischen Öffentlichkeit zum Bilde Széchenyis zur Verfügung stand, wenn ihr auf diese Weise eine Initialzündung teilhaftig wurde, die sie kräftig in Schwung bringen konnte.

Dazu kam es nach 1919. Die Tragweite der Besorgnisse Széchenyis und seiner Mahnungen erschienen nach der Katastrophe in einem anderen Lichte, und es setzte eine Bewegung ein, die außerordentlich stark auf seinen Gedankengängen aufbaute. Die Voraussetzungen für eine Vertiefung der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Széchenyi waren dadurch gegeben. Der Beschluß der Ungarischen Historischen Gesellschaft, im Rahmen der von ihr

herauszugebenden „Quellen zur neueren Geschichte Ungarns" eine kritische Gesamtausgabe von Széchenyis Schriften zu veranstalten, von der bereits heute 11 umfangreiche Bände vorliegen, gab dieser neuen Széchenyiforschung ihren Rahmen und eigentlich erst die richtige Entfaltungsmöglichkeit.

Eine eingehendere Auseinandersetzung mit diesem Unternehmen ist, wenn man den neuesten Stand der Beschäftigung mit Széchenyi kennenlernen will, einfach unerläßlich. Wesentlich ist dabei vor allem, daß die einzelnen Bände nicht nur philologisch gediegene Textwiedergaben bieten, sondern in äußerst umfangreichen Einleitungen alle damit zusammenhängenden Fragen unter Zuhilfenahme der vorhandenen Literatur und des erschließbaren Archivmaterials erörtern. Das Werk, mit dem sich Széchenyi eine führende Stellung innerhalb seiner Nation zu sichern wußte, war das über den Kredit (Hitel), das 1830 zu Pest erschien und angesichts der bereits vorhandenen politischen und geistigen Gärung von zündender Wirkung war. Die ungarische Reformbewegung, die sich bereits seit dem Landtag von 1825—27 zu entfalten begann, ist durch dieses Buch bestimmt nicht erst ausgelöst worden. Richtig ist aber, daß das dumpfe Bestreben der jüngeren Generation, von der traditionellen Gravaminalpolitik zu einer Reformpolitik vorzustoßen, die die Zustände und Einrichtungen des Landes dem „Sinne der Zeit" gemäß umzugestalten habe, durch die Schrift Széchenyis ein klar umrissenes Programm erhielt. Wichtig war ferner, daß sie die erste Arbeit war, die im Geiste der neuen Zeit derartige Fragen aufwarf. Zehn Jahre später etwa würde diese Arbeit nicht mehr dieses Aufsehen erregt haben. So aber erlangte sie die Wirkung, die einem bahnbrechenden Schritt beschert werden kann. Eine gediegene Neuausgabe dieser Arbeit legt uns im Rahmen der „Fontes Historiae Hungaricae Aevi recentioris" der ungarische Historiker Béla Iványi-Grünwald vor[1]. Sie ist mit denkbarster Gewissenhaftigkeit gearbeitet, die alle Veröffentlichungen im Rahmen der „Fontes" auszeichnet. Die sehr umfangreiche Einleitung (S. 1—264) behandelt die Wirtschaftspolitik des Buches (S. 3—98), ihren Geist und die in ihr zutage tretende politische Auffassung (S. 99—175), die Entstehungsgeschichte der Arbeit sowie die Persönlichkeit Széchenyis (S. 182—218), geht schließlich auf die Voraussetzungen ein, auf denen das Werk sich aufbaut, und behandelt außerdem die Aufnahme des Werkes in der Öffentlichkeit (S. 219—64), die durch die Veröffentlichung einiger Gegenschriften im Anhang dankenswerter Weise noch deutlicher veranschaulicht wird. Ohne unbedingt in allem mit den Ansichten Iványi-Grünwalds übereinzustimmen, muß doch gesagt werden, daß seine Einleitung die mit der Arbeit zusammenhängenden Fragen zum größten Teil geklärt hat, so daß die weitere Forschung höchstens noch Korrekturen und Ergänzungen

[1] Béla Iványi-Grünwald, Gr. Széchenyi István Hitel (Graf Stephan Sz.: Kredit). Budapest 1930. 737 S.

sekundärer Natur anbringen kann. Besonders seine wirtschaftsgeschichtlichen Ausführungen haben einen durchaus abschließenden Charakter. Die Frage der Beeinflussung Széchenyis durch westeuropäische Vorbilder scheint mir ebenso wie alle mit der Entstehung der Arbeit konkret verknüpften Fragenbereiche weitgehend geklärt zu sein. Vielleicht ist aber die Erörterung über den weltanschaulichen Standort des Werkes als noch nicht abgeschlossen zu betrachten. Es mag zwar richtig sein, daß die geistige Haltung Széchenyis von verschiedenen Geistesströmungen bestimmt wurde, die sich teilweise sogar widersprechen mochten. Im großen ganzen stimmten seine wirtschaftspolitischen Grundsätze, die das Rückgrat seiner Arbeit bildeten, durchaus mit denen des Liberalismus überein. Es mochte zwar eine Selbsttäuschung sein, daß das sich damals in Ungarn erst allmählich entfaltende liberale Lager in ihm seinen Mann sah, es mag ferner richtig sein, daß Széchenyis wirtschaftspolitische Ansichten z. T. anderer Herkunft als die des Liberalismus waren, Tatsache ist jedoch, daß sein Programm fürs erste durchaus als liberal gelten konnte und auch tatsächlich in den Augen der Zeitgenossen als solches galt. Hier liegt bestimmt eine gewisse Tragik in Széchenyis Schaffen: Seine Beliebtheit unter der Reformgeneration war etwas Unreales, beruhte gewissermaßen auf einer optischen Täuschung. Er hatte zum großen Teil Anhänger, die nicht seinem Ideengut anhingen, sondern ihr Programm in seine vieldeutige Erscheinung hineinprojizierten, aus seinen Zielsetzungen ihre Anschauungen herauslesen zu können glaubten.

Begünstigt wurde dies durch den Umstand, daß Széchenyi eine viel zu ausgeprägte Persönlichkeit war, als daß er unter der Flagge eines der damals aufgestellten Programme aufgetreten wäre. Er vereinigte in sich verschiedenste Richtungen und Strömungen und zielte vor allem auf die Durchführung realer Reformmaßnahmen ab. War dieses Programm der Ausfluß von Széchenyis — wenn man so sagen will — nationalem Realismus, so konnte das von seinen liberalen Zeitgenossen nicht richtig verstanden werden. Diese sahen, daß er sich für Reformen einsetzte und mußten dies für den Ausfluß einer mit ihnen übereinstimmenden politischen Ideologie halten, während in Wirklichkeit diese bei Széchenyi ziemlich weitgehend insofern einen Selbstzweck darstellten, als Széchenyi sein Volk damit für die Aufgaben der Zukunft gewappneter machen wollte. Dann darf man auch nicht übersehen, daß Széchenyi tatsächlich viele Programmpunkte vertrat, die mit denen des Liberalismus übereinstimmten. Er konnte seine Reformansichten nicht einfach erfinden, sondern bezog diese aus verschiedensten Quellen. Die entscheidende Tatsache ist gewiß seine überragende Persönlichkeit und die Wahrnehmung der Mißstände des Landes. Hinsichtlich ihrer Abstellung war er aber darauf angewiesen, sich fremder Vorbilder zu bedienen.

Die Gleichsetzung seines Programmes mit dem des Liberalismus seitens des größten Teiles der Zeitgenossen in Ungarn war

also verständlich. Sie war darüber hinaus aber auch fruchtbar, weil Széchenyis Ansichten eben dadurch einen Widerhall erhielten, wie er ihnen unter anderen Umständen wohl doch nicht in dem Maße zuteil geworden wäre.

Schon daraus geht die Wichtigkeit hervor, den Einflüssen nachzugehen, die in seinem Anschauungsgut wahrnehmbar sind. Es ist dabei von vornherein klar, daß äußere Anregungen bei einer so überragenden Persönlichkeit immer nur sekundär sind und nie die Rolle spielen können wie etwa bei Persönlichkeiten durchschnittlicheren Formats. Die Széchenyiforschung hat diesen Grundsatz immer berücksichtigt. Ein übermäßiges Betonen der „Einflüsse" ist noch nie erfolgt. Auch die Feststellungen Iványi-Grünwalds über französische und englische Elemente in Széchenyis Reformansichten, die uns um vieles weitergebracht haben, haben jede Übertreibung vermieden, immerhin jedoch gezeigt, daß westeuropäische Anregungen bei ihm eine nicht unerhebliche Rolle spielten, worüber uns auch eine Arbeit von Michael Bariska schon vorher wertvolle Anhaltspunkte bot[2]. Bariska selbst hat Széchenyis Verhältnis zur französischen Geistigkeit mit viel Geschick erörtert und im großen ganzen auch befriedigend dargestellt. Leider fehlt uns eine ähnliche Arbeit, was das Verhältnis Széchenyis zu England betrifft. Schon seit seiner Jugendzeit waren England und seine Einrichtungen für ihn nahezu in jeder Hinsicht sein Ideal. Ohne ein sklavischer Nachbeter englischer Einrichtungen zu sein, war Széchenyi allgemein-kulturell, in seinem Lebensstil und den damit zusammenhängenden Anschauungen von England geradezu bestimmend beeinflußt. In seinen wirtschaftlichen Ansichten, seiner Vorliebe für den Rennsport, das Kasinowesen und noch vielen anderen Dingen war er von englischen Verhältnissen und Einrichtungen angeregt. Weniger dagegen war für ihn das politische Leben Englands maßgebend. So sehr er es schätzte, so sehr er auch unter Umständen eine weitgehende Angleichung Ungarns an die politischen Verhältnisse Englands für wünschenswert erachtete, so verhehlte er sich anderseits doch nicht, daß die Daseinsbedingungen für den ungarischen Staat völlig andere seien, daß dieser schon durch seine „Vernunftehe" mit Österreich anderen Gegebenheiten gegenüber stehe[3]. Sein Realismus — der ihn ja gerade zum englischen Wesen hinzog — bewahrte ihn vor einem Doktrinarismus, der die Besonderheiten der ungarischen Verhältnisse nicht in voller Tragweite erkannt hätte.

Im Rahmen dieser Studie kann nicht einmal versucht werden, Széchenyis Verhältnis und Beziehungen zu England auch nur anzu-

---

[2] Gróf Széchenyi Itván és a francia irodalom (Gr. Stephan Sz. und das französische Schrifttum). Budapest 1928.

[3] Vgl. dazu etwa auch D. Angyal, Szalay László emlékezete (Das Gedächtnis Ladislaus Sz.s). Budapest 1914, S. 33 (Sein Gegensatz zu den ungarischen Zentralisten.)

deuten. Wesentlich ist, daß er sich durch einen persönlichen Aufenthalt, durch eine ständige Lektüre der englischen Presse und Literatur eine einzigartige Kenntnis von Land und Leuten verschaffte. Eine andere Frage ist, wie Széchenyis Augenmerk auf England gelenkt wurde. Wesentlich dürfte gewesen sein, daß schon sein Vater, Franz Széchenyi, eine für seine Zeit ungewöhnliche Kenntnis Englands besaß, das er auch in jüngeren Jahren bereist hatte. Der Hauptanstoß für Széchenyi, sich mit England zu befassen, wird wohl von seinem Vater ausgegangen sein. Wir dürfen aber auch nicht außer acht lassen, daß gegen Ausgang des 18. Jh.s in Wien, vor allem bei der Aristokratie, nicht unerhebliche anglophile Strömungen vorhanden waren[4]. Es scheint mir so gut wie sicher, daß ein gewisser anglophiler Grundton der Wiener Gesellschaft nicht nur Franz Széchenyi, sondern auch seinen Sohn auf England überhaupt erst nachdrücklicher aufmerksam gemacht hat.

Läßt sich also mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit sagen, daß Széchenyi durch deutsche bzw. Wiener Vermittlung einen Anstoß zur eingehenderen Beschäftigung mit England empfing, so ist andererseits auffallend, daß er für Deutschland und deutsche Kultur verhältnismäßig wenig Verständnis besaß. Er war zwar in seiner Jugendzeit als kaiserlicher Offizier von einer starken gesamtstaatlichen Tradition erfüllt, bezeichnete sich sogar in dieser Zeit als Österreicher. Auch seine Zusammenhänge mit dem deutschen Geistesleben waren bemerkenswert stark, überhaupt darf man Széchenyi als stark von deutschem Kulturgut durchdrungen bezeichnen. Die Tatsache, daß er fast sein ganzes Leben hindurch gewandter deutsch als ungarisch schreiben konnte, ist in diesem Zusammenhang auch nicht gerade unbezeichnend. Zusammenfassend kann jedenfalls gesagt werden, daß die Intensität seiner Verbindung mit Deutschland und der deutschen Kultur der seiner englischen Beziehungen in einer gewissen Hinsicht gleichkommt. Aber nur in einer gewissen Hinsicht. Seine Beziehungen zur deutschen Welt und Kultur kommen — um es auf eine knappe Formel zu bringen — quantitativ den englischen gleich, ja übertreffen sie vielleicht sogar, werden aber qualitativ von diesen übertroffen. So sehr Széchenyi deutsche Einrichtungen, Zustände und Einzelpersönlichkeiten an sich schätzen mochte, in ihrer Gesamtheit blieb ihm der deutsche Lebensraum, die deutsche Geistigkeit immer etwas Fremdartiges, wofür er kein rechtes Verständnis aufbringen, wozu er kein richtiges Verhältnis gewinnen konnte. In seiner Döblinger Zeit äußerte er sich über die deutsche Kultur äußerst ungünstig und sieht diese bereits auf der absteigenden Linie[5].

---

[4] Vgl. Julius Farkas, Magyar romantika (Ungar. Romantik). Budapest 1930. S. 220—21.

[5] Aurel Kecskeméthy, Graf Stephan Széchenyi's staatsmännische Laufbahn. Pest 1866. S. 60—61. — Dabei ist es bemerkenswert, daß Széchenyi in Döbling auch mit dem deutschösterreichischen Schriftsteller Ferdinand Kürnberger (1821—79) Umgang pflog, der einige

Széchenyis Verhältnis zu Deutschland ist nicht in letzter Linie das eines Menschen, der einer Erscheinung sehr nahe, aber nicht zu nahe steht, der ihre Schwächen und Fehler sich genauestens einzuprägen Gelegenheit gehabt hat, dem aber die Veranlassung fehlt, gerade auch diese lieben zu lernen.

Im einzelnen dürfte das Reformwerk Széchenyis viel aus deutschen Anregungen und Vorbildern schöpfen. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß Untersuchungen und Zusammenfassungen des verstreut vorliegenden Materials zeigen werden, daß das deutsche Element, vor allem auch deutsche Vermittlung, im Gedankengut Széchenyis sowie in seiner Reformtätigkeit eine größere Rolle spielte, als wir das bisher annahmen. Aber abgesehen davon, daß Széchenyi mit vielen Geistesströmungen seiner Zeit durch deutsche Vermittlung bekannt wurde, dürften diese Anregungen für sein Werk doch nur sekundär gewesen sein und können ihrem Schwergewicht nach nicht mit den französischen und englischen Einflüssen verglichen werden, was freilich auch damit zusammenhängt, daß Westeuropa in der Zeit des Liberalismus repräsentativ und beispielgebend für die politische Entwicklung des größten Teiles von Europa war.

Eine richtige Beurteilung des Széchenyischen Reformwerkes hängt aber nicht nur von der Berücksichtigung seiner Zusammenhänge ab, die nach England, Frankreich, Deutschland hinüberführen, sondern auch von der Bestimmung des Platzes, den es in der politischen Entwicklung seines Landes einnimmt. Eine der wichtigsten Fragen in diesem Zusammenhange ist die, inwiefern Széchenyi sein Reformwerk an Vorläufer und Vorarbeiten im eigenen Land anknüpft.

Leider ist gerade in dieser Hinsicht noch viel zu wenig erarbeitet worden. Mit verallgemeinernden Feststellungen ist wenig gemacht. Welchen Arbeitsaufwand auch nur die Untersuchung einer Einzelfrage in Anspruch nimmt, zeigt die Arbeit Iványi-Grünwalds über die Voraussetzungen der Széchenyischen Auffassung über das private Kreditwesen im ständischen Ungarn[6]. Über andere Einzelheiten dieses Fragenbereiches sind wir nicht mit der gleichen Ausführlichkeit unterrichtet. Soviel steht immerhin heute schon fest, daß die ungarische Reformzeit ein Teil einer organischen Entwicklung ist, und daß sie mit der vorangehenden Zeit, trotz des großen Unterschiedes in den Anschauungen, aber auch in der politischen Technik, stark verknüpft ist. Gilt das für

---

Jahre nach seinem Tod „Erinnerungen an Szechenyi" (sic!) herausgab (Wien 1866, 29 S. S.-A. aus „National-Zeitung"), die freilich von einigen Anekdoten abgesehen — nichts Wesentliches enthalten.

[6] Gróf Széchenyi, István: Magánhitelügyi koncepciojának szellemi és gazdasági elözményei és következményei a rendi Magyarországnak, 1790—1848 (Die geistigen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und Folgen des Begriffes des privaten Kreditwesens im ständischen Ungarn 1790—1848). Budapest 1927.

die ungarische Reformzeit im allgemeinen, so auch für Széchenyi im besonderen. Auch seine Anschauungen und Richtlinien haben ihre — wenn man so sagen darf — Vorgeschichte im ständischen Ungarn. Die Bedeutung der Reformzeit und der von Széchenyi entfalteten Tätigkeit wird durch die Aufdeckung dieser vorangehenden, meistenteils schüchternen, unbeholfenen Bemühungen keineswegs geschmälert, sondern tritt durch die Einbettung in den Gesamtzusammenhang der politischen Entwicklung viel plastischer hervor. Reformpläne bestanden schon im ständischen Ungarn. Seit dem Einrichtungswerk des Kardinals Kollonitsch versuchte man auf eine Umgestaltung des Verwaltungsapparates und der öffentlichen Einrichtungen hinzuarbeiten. Dabei lassen sich zwei Richtungen unterscheiden. Die eine ging von Wiener Regierungsstellen aus, nahm von den Arbeiten am „Einrichtungswerk" ihren Ausgang, um mit den theresianischen und josephinischen Reformen den Höhepunkt ihrer Leistung zu erreichen. Die andere war durch die ungarischen Stände vertreten, die seit dem Reichstag vom Jahre 1715 sich vor allem mit einer Reform des Verwaltungsapparates zu beschäftigen begannen[7]. So umständlich, zögernd man dabei auch zu Werke ging, so oft auch die Arbeiten nach dieser Richtung wieder völlig für längere Zeit abrissen, kann doch nicht geleugnet werden, daß die Notwendigkeit von zeitgemäßen Umgestaltungen von den fähigsten und aufgeschlossensten Vertretern auch des ständischen Ungarns nie grundsätzlich in Abrede gestellt wurde, und daß man auch willens war, Maßnahmen nach dieser Richtung vorzubereiten, ohne die ständischen Vorrechte aufzugeben. Von einer allgemeinen und grundsätzlichen Ablehnung von Reformen seitens der Stände kann auch im 18. Jh. nicht gesprochen werden. Wesentlich scheinen mir aber dabei zwei Umstände gewesen zu sein. Die reformfreundlichen Elemente aus dem ständischen Lager, an Zahl und wirklichem Einfluß bis etwa 1790 wenig bedeutend, konnten sich nicht durchsetzen und lehnten sich daher meistens an Wien an, stärkten also die von dort ausgehenden Reformmaßnahmen, ohne diese immer in ihrem gesamten Umfang zu bejahen. Ergibt sich damit schon ein nicht zu übersehender Zusammenhang zwischen dem bodenständigen und dem gesamtstaatlichen Reformwillen, so kam als weiteres verbindendes Moment noch eine nicht

[7]) Wobei vor allem die Tätigkeit der Systematica commissio (1715—22) zu erwähnen ist, über die wir durch die Arbeit von Maria Kónyi unterrichtet sind (Az 1715—22 évi rendszeres bizottság javaslatai (Die Vorschläge der Systematica commissio der Jahre 1715—22) In: Jahrbuch des Graf Klebesberg Kuno Instituts für Ungarische Geschichtsforschung in Wien, 2 (1932), S. 137—182). Im übrigen sind wir gerade über die nach dieser Richtung laufenden Bestrebungen jener Zeit mangelhaft unterrichtet, da die ungarische Forschung früher die Zeit seit 1711 als Epoche des Niederganges vernachlässigte, besonders soweit es sich um das Aufzeigen positiver Ansätze handelt. Erst seit 1920 hat sich durch die Abkehr vom liberalen Geschichtsbild hierin ein Wandel vollzogen.

unerhebliche anregende Wirkung der von den Wiener Regierungsstellen ausgehenden Maßnahmen und Neuerungen hinzu. So sehr man sich gegen diese sträuben mochte und sie ablehnte, verstärkten diese doch auch im ständischen Lager die Einsicht von der Notwendigkeit, Änderungen durchzuführen. Ein Zusammenhang ist also auch hier festzustellen: die Reformen Wiens zwangen im Laufe der Zeit den weitsichtigeren Teil der Stände, ihnen positiv durch eigene Reformvorschläge zu begegnen. Dabei ist nicht zu vergessen, daß auch das Betonen des „guten alten Rechts", das Bestreben, die Übergriffe des Wiener Hofes abzustellen, mit einem Worte das, was den Kern der ständischen Beschwerdenpolitik ausmachte, von dem mehr und weniger unklaren Bewußtsein unzulänglicher Verhältnisse ausging, so daß also auch von dieser Seite im Laufe der Zeit dem Reformwillen wenigstens psychologisch der Boden bereitet wurde.

So läßt es sich auch verstehen, daß mit dem nationalen Erwachen, das in Ungarn mit dem Tode Josephs II. einsetzte, deutlich wahrnehmbare Reformbestrebungen vorhanden sind, die auch schon in den Arbeiten der ungarischen Reichstage ihren Niederschlag fanden[8]. Von diesem Zeitpunkt an wurde die Notwendigkeit von Reformen immer allgemeiner empfunden, die Zeit war für das Auftreten Széchenyis und der gesamten Reformgeneration überhaupt reif geworden. Von einer Beeinflussung Széchenyis durch die vorangehenden Strömungen kann nicht gut gesprochen werden. Umso mehr fallen gewisse deutlich wahrnehmbare Übereinstimmungen ins Gewicht. Schon das „Einrichtungswerk" des Kardinals Kollonitsch enthielt viele Ansichten und Feststellungen, die sich mit wesentlichen Grundgedanken Széchenyis berühren. Es läßt sich z. B. nicht von der Hand weisen, daß nachstehend abgedruckte Stelle aus dem „Einrichtungswerk" mit den Anschauungen von Széchenyis Buch über den „Kredit" merkwürdige Berührungspunkte aufweist.

„Anderten erachtet die gehor[sam]bste Deputation obaufgeführter veranstalter populierung, den. Pollicey Weesen in Khönigreich Hungarn höchstnothwendig seye, die Vörstöllung des Credits et fidei publicae, der allda laider dermaßen gefahl[en] vnd verschwunden, das nicht allein weder geist noch weltlich ohne drey, und mehrfacher real versicherung khein Xer aufzubringen weiß, . . . sondern auch die Contract, vnd Handlungen . . . zu Boden ligen; So haubtsächlich daher rühret, thails weill das Justiz Weesen in größter Vnordnung, vnd confusion, weßwegen die morosi debitores nicht, als mit schwähren Vnkhosten, vnd mit Verluest viller Zeith zu der Bezahlung compellieret werden khönnen, . . . vnd theils weill in ganz Hungarn khein Orth, wo Mann mit Verläßligkheit den Standt eines Landgueth quoad Legitimationes, et onera inscriptitia

---

8) Schon Széchenyi sah in den opera deputationalia einen direkten Vorlaufer der spateren Reformen. Angyal, Szakaszok (Abschnitte), S. 109.

aigentlich erfahren, vnd solches mit bestendiger Sicherheit, vnd Ruehe kauffen: od[er] darauf leihen khöndte[9]. Rund 120 Jahre später vernehmen wir ähnlich formulierte Klagen. Ein Wiener Geheimagent meldet 1806 aus der Slowakei: „... so ist hier der Wunsch lebhaft, daß besonders die Prozesse, ... in eine andere Form gebracht, und daß dann im Lande das Wechselgericht eingeführet werde, ohne welches, wie man sagt, in Hungarn kein Privat Credit Grund fassen, folglich weder inländischer Verkehr, noch Commerz mit den andern Erblanden, und dem Auslande aufblühen, und sich erweitern könne"[10]. Vom „Einrichtungswerk" wurde auch bereits — um nur noch ein weiteres Beispiel anzuführen — die Wichtigkeit des Donauweges erkannt[11].

Schon diese Hinweise — deren Zahl ohne Schwierigkeit vermehrt werden könnte — zeigen, daß sehr viele Vorschläge und Forderungen Széchenyis schon lange vor ihm vertreten wurden. Seine Leistung bestand darin, sie zusammenzufassen, zu formulieren und zu einem Programm nationaler Erneuerung zu vereinigen, dessen Wirkung im geistigen und politischen Leben Ungarns auch heute noch festgestellt werden kann.

Trotzdem kam es zwischen ihm und dem ungarischen Zeitgeist zum Bruch. Ich hatte Gelegenheit, bereits weiter oben auszuführen, daß Széchenyis Programm mit dem seiner liberalen Zeitgenossen nicht übereinstimmte, daß er ihnen zwar gelegen kam, die Bewegung ins Rollen zu bringen, daß diese jedoch über ihn hinwegging. Seine Größe, über seiner Zeit zu stehen, war damals für ihn Quelle seiner Schwäche. Als 1830 seine erste große Arbeit über den „Kredit" erschien, traten die Unterschiede, die ihn vom Zeitgeist trennten, nicht so klar zutage. Die neue politische Entwicklung Ungarns steckte erst in ihren Anfängen, sie hatte keine Veranlassung, sich gegen Széchenyi zu wenden, der, wie schon gesagt, vorerst ganz ihr Mann zu sein schien, und auch dieser besaß keine Ursache, sich gegen Überspitzungen im Lager der erst heranwachsenden Reformgeneration zu wenden. Schon vor Erscheinen seines Buches über den „Kredit" begann er Mißfallen an Anzeichen eines politischen Radikalismus zu äußern, der nach seiner Ansicht die Gefahr einer Revolution heraufbeschwor[12]. Je mehr sich der politische Radikalismus im Laufe der 30er Jahre entfaltete, um so unheimlicher enthüllte sich der grundsätzliche Gegensatz, der zwischen ihm und der radikalen Strömung bestand. Schon früh sah Széchenyi eine Entwicklung sich anbahnen, die zu einem Konflikt führen mußte. Er teilte nicht den Optimismus, der der Schwierigkeiten auch im Ernstfall leicht Herr zu werden wähnte.

Zum offenen Bruch mit dem politischen Radikalismus, der sich freilich schon seit langem vorbereitet hatte, kam es anläßlich sei-

---

[9] Hofkammerarchiv, Wien. Ms. 382, S. 129—31.
[10] HHStA., Wien. K. A. 1806 19. XI.
[11] Hofkammerarchiv, Ms. 382, S. 140—41.
[12] Vgl. Angyal, Tanulmányok (Studien), S. 126 ff.

ner Auseinandersetzung mit Ludwig Kossuth, seinem großen politischen Gegenspieler. Dieser, der erst verhältnismäßig spät auf die politische Bühne trat, erst allmählich seit Beginn der 30er Jahre eine vorerst noch bescheidene politische Rolle zu spielen begann, wurde bereits nach einigen Jahren zum Wortsprecher eines nationalistischen Kurses, dem es in einem sanguinischen Überschwang der Leidenschaften aufs Ganze ankam, der zwar in einer tragischen Verkennung der bestehenden Schwierigkeiten weitgespannte Forderungen vertrat, aber gerade durch die politische Dynamik die Mehrzahl der Gemüter für sich zu gewinnen wußte. Es handelte sich dabei und auch in den späteren Jahrzehnten nicht eig. um eine bestimmte politische Partei, obschon es lange Zeit hindurch eine solche gab, die sich das Programm Kossuths zu eigen machte, als vielmehr um eine Strömung innerhalb des ungarischen Nationalismus, die den Rahmen einer parteipolitischen Bewegung vom Anfang an sprengte und eher — wenn man so sagen darf — die politische Ausdrucksform einer ganz bestimmten psychologischen Richtung darstellte, die dem kritischen, besonnenen und realistischen Nationalismus, wie ihn Széchenyi forderte, völlig entgegengesetzt war. Der Zusammenstoß zwischen Széchenyi und Kossuth war unter diesen Umständen zwangsläufig und schlechthin unvermeidlich.

Zu diesem kam es, als seit Beginn des Jahres 1841 Kossuth die Zeitung „Pesti Hirlap" herauszugeben begann, in der er Töne anschlug, deren maßlose, aber gerade darum zugkräftige Demagogie in Széchenyi die größten Befürchtungen erweckten. Schon drei Wochen nachdem das neue Blatt zu erscheinen begonnen hatte, fühlte er, daß er öffentlich gegen Kossuth werde Stellung nehmen müssen, — nachdem erst 6 Wochen vergangen waren, seit dieser ihn als „größten Ungarn" bezeichnet hatte. Noch im Frühjahr 1841 gab er sein Buch „A kelet népe" (Das Volk des Ostens) heraus, mit dem er seine Absage gegenüber der „Politik der Phantasie und Gefühle" vollzog. Eine Reihe der Form nach gemäßigter, inhaltlich jedoch überaus scharfer Angriffe auf Széchenyi war die Folge seines Einschreitens. Von jetzt an hatte er bei einem nicht unerheblichen Teil der ungarischen Öffentlichkeit seine Sympathien eingebüßt und verlor im Laufe der weiteren Jahre nicht nur an Einfluß, sondern mußte sogar mit Bitterkeit und Beklemmung feststellen, daß eine Reihe hochangesehener Politiker teilweise ins Lager Kossuths übergingen und von Széchenyi unverkennbar abrückten. Wenn man sich vor Augen hält, daß sich darunter Persönlichkeiten wie Eötvös und Deák befanden, die bestimmt einsichtig und gemäßigt, später auch selbst den Bruch mit der Kossuthschen Richtung vollzogen, wird man verstehen, mit welcher Wucht diese in den vierziger Jahren für sich warb, und daß gegenteilige Meinungen als reaktionär und leisetreterisch verdächtigt wurden, — auch dann, wenn sie von dem Manne geäußert wurden, der die Reformbewegung überhaupt erst in Schwung gebracht hatte.

Széchenyi stand damals zweifellos am Tiefpunkt seines politischen Einflusses in der ungarischen Öffentlichkeit.

Schon vor dem Krieg hatte Angyal eine zwar gedrängte, aber sehr instruktive Analyse der Auseinandersetzung zwischen Kossuth und Széchenyi gegeben[13]. Er legte die Beweggründe Széchenyis für die Fehde dar und zeigte außerdem auf, daß die Prophezeiungen Széchenyis nicht Ausgeburt einer überhitzten Einbildungskraft waren, wie es seine Gegner immer wieder behaupteten, und ferner, daß diese auch eintrafen, so daß Széchenyi als tatsächlicher Sieger in der ganzen Auseinandersetzung anzusehen ist. Ihr Ablauf und ihre ganze Geschichte ist heute als geklärt zu betrachten. Der bekannte ungarische Literaturhistoriker Zoltán Ferenczi, ein gründlicher Kenner der ungarischen Reformzeit, gab 1925 Széchenyis „A kelet népe" in einer kritischen Ausgabe neu heraus, die allen Anforderungen gerecht wird[14]. In einer gediegenen, breit angelegten Einleitung erfährt die Vorgeschichte der Kontroverse eine gut unterrichtende Darstellung, die auf alles Wesentliche eingeht. Dann bringt Ferenczi die 37 Leitartikel des „Pesti Hirlap" vom 2. Januar bis 8. Mai 1841 zum Abdruck (S. 107 ff.), was sehr dankenswert ist, weil sich Széchenyi ja gerade mit diesen auseinandersetzt; es folgt die Wiedergabe von Széchenyis Buch (S. 209 ff.) und der wichtigsten dagegen geschriebenen Arbeiten (S. 411 ff.). Im Anhang werden Auszüge aus Berichten in Wiener Archiven über Kossuth, Széchenyi und die Gründung des „Pesti Hirlap" geboten. Es gelingt Ferenczi auf diese Weise, unter Heranziehung eines gewaltigen Literaturapparates und sorgfältiger Kommentierung sowie unter Benützung wichtiger archivalischer Quellen alles, was sich auf die Kontroverse bezieht, in einem Bande zusammenzutragen, so daß dem Forscher die Handhabung des bis dahin sehr zerstreuten, teilweise auch nur mangelhaft zugänglichen Stoffes außerordentlich erleichtert ist.

Mit der Veröffentlichung Ferenczis war aber nur ein Teil der Auseinandersetzung Széchenyis mit Kossuth behandelt, die sich bekanntlich auch nach 1841 noch jahrelang hinzog und eigentlich bis 1848 fortdauerte. Julius Viszota, dessen Beschäftigung mit Széchenyi geradezu sein Lebenswerk darstellt, gab in zwei Bänden das weitere Material über die Auseinandersetzung heraus[15]. Seine Einleitung ergänzt in vielem die Ferenczis auf wertvollste Weise. Wichtig und sehr dankenswert ist, daß Viszota auch auf die äußeren Gründe, die zur Auseinandersetzung führten, mit großem Scharfsinn und viel Gründlichkeit eingeht (S. XLIX ff.). Für besonders

[13] Abgedruckt in: Tanulmányok, 12 ff.

[14] Zoltan Ferenczi, Gr. Széchenyi István, A kelet népe (Graf Stephan Sz., Das Volk des Ostens). Budapest 1925 (684 S.).

[15] Julius Viszota, Gróf Széchenyi István: Írói és hírlapi vitája Kossuth Lajossal (Gr. St. Sz.s schriftstellerische und journalistische Fehde mit L. K.), Bd. I (1841—43), II (1843—48). Budapest 1927—30 (846; 1211 S.).

beachtenswert halte ich den von ihm gut unterbauten Hinweis, daß das von Anfang an vorhandene Mißtrauen Széchenyis, das in den charakterlichen und psychologischen Unterschieden seine tiefsten, ursprünglichen Wurzeln besaß, durch Schwächen Kossuths (Geldgier usw.) weitere Nahrung erhielt. Viszota veröffentlicht neben den vielen Zeitungsaufsätzen auch Széchenyis Schrift „Garat" (Rachen), die erst lange nach dessen Tode (1912) erschien und gibt im Anhang (I, 665 ff., II, 983 ff.) Briefe, Denkschriften und Aufzeichnungen wieder (eine wertvolle Abrundung nach der archivalischen Seite hin), die das Verhältnis Széchenyis und Kossuths zu einander beleuchten. Das Verhältnis Széchenyi-Kossuth, das zum Verständnis von Jahrzehnten ungarischer Innenpolitik unerläßlich ist, ist damit als im großen ganzen geklärt zu betrachten. Vereinzelte archivalische Funde können noch Ergänzungen oder kleinere Änderungen in der Auffassung nach sich ziehen. Vielleicht werden sich im Laufe der Zeit auch noch die Gesichtspunkte, mit denen man an das Material herantritt, ändern. Was aber jetzt von der gegenwärtigen Forschergeneration in dieser Beziehung geleistet werden konnte, ist geschehen.

Viszota hat aber nicht nur durch seine obige Veröffentlichung die Széchenyi-Forschung gefördert. Noch wichtiger ist seine Ausgabe der Tagebücher Széchenyis, von der bereits vier Bände vorliegen und die wohl in der Nächstzeit abgeschlossen vorliegen dürfte[16]. Wir besaßen zwar auch schon bisher eine Ausgabe von Széchenyis Tagebüchern, die aber (wie die meisten Ausgaben seiner Schriften im 19. Jh.) zu mancherlei Beanstandungen Anlaß boten. Viszotas Ausgabe ist ein Glanzstück ungarischer Editionstechnik. Mit unendlicher Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit wird ein Text geboten, der eingehendst kommentiert ist und auch über die Textbeschaffenheit bis ins kleinste aufklärt. Ausführliche Einleitungen zu jedem Band, die über Széchenyis Entwicklung im jeweiligen Zeitraum eine instruktive Darstellung bieten, sowie Anhänge, die vor allem Berichte aus Wiener Archiven zur Ergänzung des in den Tagebüchern Gebotenen bringen, erhöhen den Wert dieser außerordentlich wichtigen Veröffentlichung. Fast während seines ganzen Lebens und vor allem in den wichtigsten Zeitabschnitten, hat Széchenyi ein genaues Tagebuch geführt, das meist in deutscher Sprache geschrieben und daher auch den nichtungarischen Forschern ohne Schwierigkeiten zugänglich ist. Der Hauptwert der Tagebücher besteht nicht etwa darin, daß sie eine Quelle zur ungarischen Geschichte in stoffmäßiger Hinsicht darstellten, obschon sie nach dieser Richtung hin viel bieten. Wichtiger sind sie insofern, als sie ein psychologisches Gemälde geben, das in seiner erschütternden, nüchternen Ausführlichkeit und Wahrhaftigkeit, in der Registrierung jeder, aber auch jeder Gemütsschwankung von

---

[16] Julius Viszota, Gróf Széchenyi Istvan, Naplói (Tagebucher) I (1814—19), II (1820—25), III (1826—30), IV (1830—36). Budapest 1925—34. 927; 823; 810, 754 S.

allergrößter Wichtigkeit ist und auch außerhalb der ungarischen Literatur nur wenig Seitenstücke hat. Wichtig ist dabei, daß Széchenyi seine Tagebücher nicht schrieb, um eine historische Quelle zu hinterlassen, sondern aus einem rein inneren Antrieb, da er sich damit kontrollieren wollte und den Schmerz seiner inneren Kämpfe abschwächen konnte[17]. Auf diese Weise erhalten wir nicht nur einzigartige Aufschlüsse über die Psychologie Széchenyis, sondern gleichsam auch einen psychologischen Schlüssel zum Verstehen dieser Jahrzehnte ungarischer Geschichte.

Über Széchenyis Haltung im Jahre 1848 und der darauffolgenden Zeit (September 1848—März 1860) hat uns gleichfalls erst die Nachkriegszeit eine Reihe wichtiger Quellen erschlossen. Vor allem über seinen Döblinger Aufenthalt waren wir vorher nur sehr mangelhaft unterrichtet, weil nahezu seine gesamten Schriften aus dieser Zeit i. J. 1860 von der Polizei beschlagnahmt worden waren und der Forschung erst nach dem Ausgang des Weltkrieges zugänglich wurden. Alle Schriften Széchenyis aus dieser Zeit sind gleichfalls im Rahmen der „Fontes" herausgegeben worden, wodurch sich auch diese Lücke geschlossen hat. Die ersten zwei Bände des „Döblinger literarischen Nachlasses" hat Árpád Károlyi veröffentlicht[18]. Das wichtige Material hat in seiner Person zweifellos den berufensten Herausgeber gefunden, was schon aus seinem dem ersten Band beigegebenen meisterhaften Vorwort hervorgeht, das eine Fülle wichtiger Ergebnisse und Hinweise enthält. Der erste Band umfaßt das äußerst wichtige Tagebuch Széchenyis vom März bis September 1848 (I, S. 273 ff.), das in geradezu erschütternder Weise seine fortschreitenden Befürchtungen um die weitere politische Entwicklung des Landes aufzeigt. Während noch das ganze Land die eben erst errungene Freiheit bejubelte, sah Széchenyi schon die Anzeichen der Katastrophe, an der er sich in erster Linie schuldig glaubte. Sein krankhaftes Schuldgefühl, auf das wir noch weiter unten zurückzukommen Gelegenheit haben werden, seine Erregung über die selbstgefällige Ahnungslosigkeit, mit der sich seine Nation in das Verderben stürzte, überhaupt die ganzen Aufregungen und Erschütterungen dieser Wochen bewirkten Anfang September bei Széchenyi einen völligen seelischen Zusammenbruch. In Begleitung eines Arztes verließ er Pest, nachdem er, bereits mit den Anzeichen der Geistesstörung behaftet, vom Ministerrat seiner Amtspflichten entbunden worden war. Sein Tagebuch, das uns bis zu seiner Abreise aus Pest führt und mit den Worten endigt „O Gott, erbarme Dich meiner!" (4. Sept. 1848; I, S. 390), hätte eigentlich in die Reihe der von Viszota veröffentlichten Tagebücher hineingehört, da es sich aber unter seinen be-

---

[17]) Auf den letzteren Umstand hat Angyal u. a. Szakaszok, S. 89, hingewiesen.

[18]) Árpád Károlyi, Gr. Széchenyi Istvan: Doblingi idoralmi hagyatéka (Der lit. Nachlaß des Gr. St. Sz.). Budapest 1921—22. Bd. I—II. (XII+712; 712 S.).

schlagnahmten Döblinger Schriften befand und auch zum besseren Verständnis der Döblinger Zeit viel beiträgt, war die Veröffentlichung in diesem Rahmen wohl dennoch gerechtfertigt. Die Tagebuchaufzeichnungen Széchenyis vom Oktober 1859—Februar 1860 und März—April 1860 (S. 17 ff.) sollten fraglos zusammen mit den übrigen Schriften Széchenyis aus der Döblinger Zeit veröffentlicht werden. Des weiteren bringt der erste Band Briefschaften aus der Döblinger Zeit zum Abdruck, Briefe von ihm (S. 427 ff. aus den Jahren 1849—60) und an ihn (S. 465 ff.), Ermahnungen an seinen Sohn Béla (S. 491 ff.), die mehr bieten, als man nach dem Titel erwarten würde, und schließlich das letzte Werk Széchenyis, „Disharmonie und Blindheit, eine Diatribe, rhapsodisch und in Eile skizziert" (S. 553 ff.). Der Anhang enthält Polizeiakten u. a. über Széchenyis Überwachung (S. 627 ff.).

Der zweite Band enthält abgesehen von einem trotz seiner Kürze wichtigen und wertvollen Vorwort Károlyis (S. 1—20) ausschließlich die in ungarischer Sprache abgefaßte sog. „Große ungarische Satire" (Nagy magyar szatira) Széchenyis (S. 21—689), in der sich dieser mit dem österreichischen Neoabsolutismus auseinandersetzt.

Der dritte Band des Nachlasses ist von Wilhelm Tolnai herausgegeben[19]. Er enthält zuerst den von Bach angeregten offiziösen „Rückblick", der die Leistungen des Neoabsolutismus in Ungarn zusammenfaßt (S. 67 ff.), die Gegenschrift Széchenyis, den in deutscher Sprache geschriebenen „Blick" (S. 135 ff.), dann kleinere Schriften, meistens in ungarischer Sprache (S. 567 ff.). Anschließend folgen einige Kostproben von Széchenyis Döblinger Notizen (S. 907—09), und im Anhang (S. 910—11) zwei Londoner Druckrechnungen, die sich auf die Veröffentlichung des „Blicks" beziehen.

Im Rahmen dieses Aufsatzes ist es nicht möglich, auf den Inhalt von Széchenyis Döblinger Schriften näher mit der an sich notwendigen Ausführlichkeit einzugehen. Sicher ist, daß sie einen äußerst wertvollen Beitrag zur Geschichte der Monarchie im Zeitalter des Neoabsolutismus darstellen, der auch von den deutschen Forschern herangezogen werden muß, und daß sie daneben selbstverständlich für die Lebensgeschichte Széchenyis und Beurteilung seiner Wesensart unentbehrlich sind, in manchem überhaupt vielleicht den Schlüssel zum Verständnis seines inneren Lebens darstellen.

Dies ist umso bedeutsamer, als diese geradezu zentrale Frage der Széchenyi-Forschung noch lange nicht geklärt zu sein scheint und eine eindeutige „Lösung" im Sinne eines klaren, unverrückbaren Ergebnisses m. E. auch nie wird erfahren können.

Seit Széchenyi im September 1848 mit allen Anzeichen einer Geistesstörung nach Döbling in die Irrenanstalt Dr. Görgens

[19]) Wilhelm Tolnai, ... Doblingi hagyatek (Der Doblinger Nachlaß). 933 S., 3. Bd. Budapest: Ung. Hist. Gesellsch. 1925.

eingeliefert wurde, waren die Ansichten über seine Krankheit schwankend und widerspruchsvoll — und sind es bis heute geblieben[20]. Sehr viele Zeitgenossen waren ursprünglich der Ansicht, daß Széchenyi sich nur verstelle, um den unangenehmen Folgen der politischen Entwicklung auszuweichen. Für diese Stimmung ist es bezeichnend, daß sogar im Lager des gemäßigten deutschen Bürgertums, das mit Széchenyis Anschauungen sympathisierte[21], derartige Meinungen vertreten wurden[22]. Diese Ansicht ließ sich jedoch nicht lange aufrechterhalten. Schon verhältnismäßig bald konnte an der tatsächlichen Geisteskrankheit Széchenyis kein Zweifel mehr bestehen. Während man aber noch verhältnismäßig lange der Meinung war, daß die Krankheit in ihrer scharf ausgeprägten Form, in der er Tobsuchtsanfälle hatte, sich nicht einmal wusch und überhaupt in einem tierischen Zustand vegetierte, mehrere Jahre gedauert habe, wurde seitens der späteren Forschung festgestellt, daß dieser Zustand wohl doch nur einige Wochen geherrscht haben könne und sich verhältnismäßig bald gebessert habe[23], obschon immerhin einige Jahre vergingen, bis er wieder einer geistigen Beschäftigung nachzugehen imstande war, die über das Schreiben von Briefen und einen bloßen Zeitvertreib hinausging.

Bis zu diesem Zeitpunkt, der etwa Mitte 1853/54 anzusetzen ist, ist der Sachverhalt für die Forschung so gut wie eindeutig geklärt. Über die folgende Zeit bis zum Jahre seines Todes gehen jedoch die Meinungen stark auseinander. Die eine Richtung vertritt die Ansicht, Széchenyi sei von diesem Zeitpunkt an wieder geistig gesund gewesen, die andere, er sei auch in diesen Jahren bis zu einem gewissen Grad als geistig umnachtet zu betrachten. Diese letztere Richtung nimmt ihrerseits jedoch wieder keinen einheitlichen Standpunkt ein. Es lassen sich zwei Auffassungsrichtungen unterscheiden. Die eine ist der Meinung, daß Széchenyi schon vor 1848 geistig und nervenmäßig auf das schwerste belastet war, die andere dagegen spricht von einer Krankheit Széchenyis erst vom Jahre 1848 an.

---

[20] Überblick bei Angyal, Szakaszok, 105 ff.

[21] Béla Pukánszky, Graf Stefan Széchenyi im deutsch-ungarischen Schrifttum: Deutsch-Ungarische Heimatsblätter 5 (1933), S. 255—65.

[22] Der Raaber Bürger Johann Ecker schrieb am 10. Sept. 1848: „Graf Stefan Széchyny (sic!) ist wirklich müschüge geworden, und wurde von Pest aus zu Wagen hieher und Zinsendorf (sic!) transportirt — er war am 8 u[nd] 9 t hier, sprang auf der Reise mehrmals aus dem Wagen, redet allerhand verworrenes Zeug zusam[men], und klagt sich und Kossuth als den Urheber aller gegenwärthigen Wirren in Ungarn an. — Seine Gattin kam ihm hierher entgegen, er war in Begleitung eines Arztes beim Lamm in der W[iene]r Vorstadt abgestiegen." Im folgenden drückt Ecker seine Zweifel an der tatsächlichen Erkrankung Széchenyis aus (Tagebuch aus d. J. 1848; im Besitze des Vizegespans a. D. Eugen Kuncz — Ménfőcsanate [Kom. Raab]).

[23] Vgl. Angyal, Szakaszok, 86—87, obschon dieser die Dauer von Széchenyis Krankheit im strengeren Sinne des Wortes m. E. doch zu kurz ansetzt.

In diesem Streit der Meinungen ist es das zweckmäßigste, wenn wir die einzelnen Hypothesen dem Tatbestand gegenüberzustellen versuchen. Sicher ist, daß Széchenyi gegen Mitte der 50er Jahre wieder weitgehend in den Besitz seiner geistigen Fähigkeiten gekommen war. Abgesehen von seiner schriftstellerischen Tätigkeit, die er in diesen Jahren entfaltete und die seit der Herausgabe des sog. Döblinger Nachlasses in vollem Umfang bekannt ist, darf in diesem Zusammenhang auch an seine politische Tätigkeit erinnert werden, die von einer außerordentlichen geistigen Regsamkeit und Arbeitsleistung Zeugnis ablegt. Von einem Zustand der Geistesgestörtheit im engeren Sinne des Wortes kann also während dieser Jahre nicht mehr die Rede sein. Trotzdem möchte ich mich nicht der Ansicht anschließen, daß Széchenyi in diesem Zeitraum als völlig gesund zu betrachten sei. Schon eine flüchtige Lektüre der meisten seiner Schriften aus dieser Zeit zeigt einen Geisteszustand, der bei allem Scharfsinn, aller Wachheit der Sinne doch wiederum durch Stimmungsausbrüche einer geistigen Überreizung gekennzeichnet ist, die sich in Bizarrerien und burlesken Einfällen äußert. Bei aller positiven Wertung dieser Werke zeigt deren Inhalt und Form, daß Széchenyis Geist in dieser Zeit doch mindestens sehr zwiespältig geblieben ist. Dabei scheint mir vor allem auch wesentlich zu sein, daß Széchenyi zu dieser Zeit gegen Dinge loszog, Einrichtungen des öffentlichen Lebens schmähte, die sonst sehr hoch in seiner Achtung standen. In diesem Zusammenhang sind vor allem auch seine antidynastischen Ausbrüche bemerkenswert, die sich m. E. weder mit einem Gesinnungswandel noch mit einer Verbitterung gegen die Person Franz Josephs befriedigend erklären lassen.

Aber nicht nur diese Umstände allein sind bei der Erörterung dieser Frage zu berücksichtigen. Wesentlich erscheinen mir auch die Formen, in denen sich damals sein Leben abspielte. Auch wenn wir von Kleinigkeiten absehen wollen, z. B. daß er in einer Phantasiekleidung herumging, die ein höchst eigenartiges Gemisch englischer, türkischer und ungarischer Tracht darstellte[24]), muß als im höchsten Grade auffallend bezeichnet werden, daß er während seines ganzen Döblinger Aufenthaltes, ein, zwei Ausnahmen abgerechnet, nie mehr sein Heim in der Irrenanstalt, das aus fünf unansehnlichen Zimmern bestand, verließ, daß er sich nicht einmal in den Garten begab. Das spricht gegen die Annahme Károlyis, der die Meinung vertritt, daß Széchenyi aus Zweckmäßigkeitsgründen in der Irrenanstalt geblieben sei, um sich vor Aufregungen zu schützen, denen sein Nervensystem nicht mehr gewachsen war[25]). Diese Erklärung Károlyis würde ausreichen, wenn

---

[24]) Kecskeméthy, a.a.O., S. 000.

[25]) „Széchenyi war sich jetzt (in den 50er Jahren) über diesen seinen Zustand der Nerven völlig im klaren und suchte Beruhigung darin, daß er in der Heilanstalt blieb, wo er verhältnismäßig am ruhigsten leben konnte, und wo immer ärztliche Hilfe bei der Hand war, wenn sich

wir von vornherein anzunehmen berechtigt wären, daß Széchenyi damals „wenigstens seit 1856 tatsächlich im vollen Besitz seiner geistigen Kräfte war", wie das Károlyi tut[26]. Dann, aber auch nur dann könnte man versuchen, Széchenyis weiteren Aufenthalt in der Irrenanstalt als verstandesmäßige Vorsichtsmaßregel zu werten. Das ist aber nicht der Fall. Schon auf Grund seiner Schriften und der ganzen Krankheitsgeschichte erheben sich schwere Bedenken, ob Széchenyis Geisteszustand im Laufe der 50 er Jahre wieder völlig gesundete. Die Frage kann aber nur durch eine Untersuchung der Motive entschieden werden, die ihn zum Bleiben in der Irrenanstalt bewogen. Hier ist also ein zentrales Problem, von dessen Klärung die Klärung des Gesamtsachverhaltes wesentlich abzuhängen scheint.

An sich spricht manches für die Auffassung Károlyis. Es läßt sich sehr gut denken, daß jemand, der sehr angegriffene Nerven hat, auch etwas ausgefallene Formen ihrer Schonung wählt, wenn sie ihm nur zweckentsprechend zu sein scheinen. Aber wie gesagt. das setzt „sehr angegriffene Nerven" voraus. Eine Nervenschwäche für sich allein veranlaßt einen Menschen noch nicht zu derartigen Maßnahmen. Wenn sich jemand, der zu den reichsten Persönlichkeiten seines Landes gehört, bei gesundem Geisteszustand zum Verbleib in einer Irrenanstalt entschließt und deren ihm zugewiesene Räume überhaupt nicht mehr verläßt, so ist das keine Nervenschwäche mehr, sondern schon zumindest eine weitgehende Neurasthenie, deren Beurteilung angesichts der vorangehenden zweifelsfrei erwiesenen Geistesstörung umso nachdrücklicher zu erfolgen hat.

Sehr wesentlich scheint mir vor allem der von A n g y a l wiederholt betonte Umstand, daß Széchenyi die ganzen Jahre hindurch, auch als er wieder geistig rege war und die Ereignisse mit größter Anteilnahme und Aufmerksamkeit verfolgte, sich nicht dazu bewegen ließ, die Irrenanstalt auch nur auf kurze Zeit, sei es zu einer Spazierfahrt oder einem Besuch, zu verlassen. Er begab sich aus seinen Zimmern überhaupt nicht mehr hinaus, nicht einmal mehr, um etwa in den Garten der Anstalt zu gehen[27]. Das hat mit „Zweckmäßigkeiten" bereits nichts mehr zu tun. Károlyis Ansicht ist durch diese Umstände als entkräftet anzusehen. Es spielt keine entscheidende Rolle, ob man das weitere Verbleiben Széchenyis in der Irrenanstalt für den Ausfluß einer fixen Idee oder eines

---

deren Notwendigkeit einstellen sollte. Dieses Ergebnis seiner Überlegungen wurde von Görgen gut geheißen. Széchenyi entschloß sich also nach reiflicher Überlegung, wie es seiner Gewohnheit und seiner Natur entsprach — und nicht aus einer fixen Idee heraus und nicht wegen eines Gelübdes —, in der Heilanstalt zu bleiben. Er hatte nicht viel Hoffnung, daß seine Nervenschwäche heilen würde und daraus, nicht jedoch aus einer fixen Idee, erklärt sich seine Bemerkung, daß er Döbling nicht lebend verlassen würde." (a.a.O. I, 271.)

[26] Ebda.

[27] A n g y a l, Szakaszok, S. 110.

Gelübdes hält, was an sich bei seiner religiösen Geistesart sehr gut denkbar wäre. Schon Zeitgenossen Széchenyis vertraten die Ansicht, daß Széchenyi sich durch ein Gelübde in Döbling festgehalten fühle. Sogar die Gattin Széchenyis teilte diese Ansicht[28]), die auch innerhalb der neueren Forschung mit bemerkenswerten Gründen aufrecht erhalten wird[29]). Die Vertreter dieser Ansicht stützen sich auf den Umstand, daß Széchenyi sich an dem Entstehen der Revolution vom Jahre 1848/49 mitschuldig fühlte, weil er diese durch seine ganze politische Tätigkeit gewissermaßen vorbereitet habe, sodaß er sich als Sühne auferlegte, nicht mehr Döbling zu verlassen. Wir sind damit bei einem Punkt von Széchenyis Innenleben angelangt, über den genaue Angaben nicht vorliegen und nicht vorliegen können, weil es sich um Dinge handelt, die die meisten Menschen in ihrem Innersten wohl aufzubewahren pflegen, anstatt sie der Öffentlichkeit preiszugeben. Ich glaube daher nicht, daß in diesem Punkte eine völlige Klarheit erzielt werden kann, möchte aber immerhin bemerken, daß nach meiner Ansicht das Vorhandensein eines Gelübdes oder eines ähnlich gearteten Vorsatzes Széchenyis Verhalten in Döbling am besten erklärt. Wie dem aber auch sei, so viel ist m. E. jedenfalls sicher, daß sein Verhalten, seine geradezu ängstliche Zurückgezogenheit in seinen Räumen in Verbindung mit einer Betrachtung seines geistigen Schaffens in jener Zeit, bei Berücksichtigung des gesamten übrigen Sachverhaltes ergibt, daß Széchenyi zwar im Besitze seiner geistigen Fähigkeiten war, anderseits aber zumindest im höchsten Grad als nervenkrank auch in diesem Zeitraum bezeichnet werden muß.

Eine andere Frage ist, ob und inwieweit Széchenyi schon in der Zeit vor 1848 als krank angesehen werden kann.

Es steht fest, daß Széchenyi schon von seiner Jugend an nervenkrank war, was angesichts seiner späteren Geistesstörung verhältnismäßig schwer ins Gewicht fällt. Schon Béla Grünwald vertrat die Ansicht, daß Széchenyi vor 1848 weitgehend nervenkrank gewesen sei, was sich in seinem ganzen geistigen Schaffen ausgewirkt und dessen Wert nicht unerheblich beeinträchtigt habe. Dieser Ansicht tritt auch der Mediziner Karl Schaffer bei, der Széchenyis Geisteszustand als Mischung cyclothymer und schizothymer Elemente ansah und seinen Geisteszustand mit den Mitteln der Psychiatrie zu erklären versucht. Nun ist zweifellos richtig, daß Széchenyi sehr starken, ja geradezu extremen Gemütsschwankungen unterworfen war, wovon die Lektüre auch nur einiger Blätter seiner Tagebücher überzeugen kann. Anderseits aber muß man in Betracht ziehen, was schon ein Kritiker Grünwalds, der Psychiater Jakob Salgó hervorhob, daß Széchenyi auch schon vor 1848 für eine Nerven- und Geisteskrankheit die Disposition besaß, daß wir aber nicht sagen können, ob sich diese Disposition

---

[28]) Károlyi, a.a.O., I, S. 271. Kecskeméthy, a.a.O., S. 67, 68.
[29]) Angyal, Szakaszok, S. 110.

zu einer Geistesstörung entwickelt hätte, wenn es nicht zu den Ereignissen des Jahres 1848 gekommen wäre. Es steht fest, daß Széchenyi ungeachtet dieser Disposition vor 1848 eine Tätigkeit entfaltet hat, die ihrer Leistung und ihrer Bedeutung nach als bahnbrechend und grundlegend bezeichnet werden muß, daß seine geistige Tätigkeit in diesen Jahrzehnten alles eher als konfus, unüberlegt oder unrichtig gewesen ist. Daraus ergeben sich gewisse Rückschlüsse auch hinsichtlich seiner Disposition zur Geisteskrankheit. Solange es sich nach dem übereinstimmenden Zeugnis der Forschung um eine in jeder Hinsicht normale, ausgeglichene hochwertige geistige Tätigkeit handelt, darf das Vorhandensein dieser Disposition nicht überschätzt werden. Nicht die Disposition ist in der Zeit vor 1848 das Wesentliche, sondern die Tatsache, daß Széchenyi damals eine bedeutsame, vom vollen Besitz seiner geistigen Fähigkeiten Zeugnis ablegende Tätigkeit entfaltete. Ohne sich gegen die Gültigkeit psychiatrischer Diagnosen stellen zu wollen, ist doch wesentlich, daß — wie schon richtig betont wurde[30] — sowohl der Historiker wie der Psychiater Széchenyis Geistesverfassung nur auf Grund geschichtlicher Angaben untersuchen kann. Diese geschichtlichen Angaben zeigen, daß Széchenyis geistiges Wirken vor 1848 vom vollen Besitz seiner geistigen Fähigkeiten Rechnung ablegt, und daß dem gegenüber seinen Gemütsschwankungen und oft schonungslosen Selbstbekenntnissen in seinen Tagebuchaufzeichnungen umso weniger eine entscheidende Bedeutung zukommen kann, als Széchenyi in seinen Tagebüchern gewissermaßen sein inneres Ich ausschüttete und seine Nerven durch derartige Selbstbekenntnisse wieder in ein Gleichgewicht brachte. Darüber hinaus hat auch die Forschung festgestellt, daß die Angaben Schaffers, mit denen er den psychopathischen Zustand Széchenyis schon vor 1848 feststellen will, nicht stimmen[31]. Alles in allem werden wir uns der Ansicht Salgós anschließen dürfen, der als Psychiater schon 1890 feststellte, daß Széchenyis Wirken vor 1848 bei aller Disposition für seine spätere Krankheit nur den Historiker und Psychologen angeht[32]. Anderseits aber müssen wir uns darüber im klaren sein, daß Széchenyis Krankheit, die 1848 zum Ausbruch kam, auf einer bereits vorher vorhandenen Veranlagung fußte und im Laufe der Jahre sich zwar weitgehend besserte, ohne daß jedoch bei Széchenyi bis zu seinem Lebensende von einer völligen geistigen Gesundung gesprochen werden könnte. Vielmehr ist die Tatsache festzuhalten, daß auch nach der Wiedererlangung seiner *geistigen* Kräfte Széchenyis *Gemütsleben* und Nervensystem nach wie vor in einem hohen Grade krank blieb, was u. a. im Vorhandensein eines Schuldbewußtseins und daraus abgeleiteten Beschränkungen seiner Handlungsfreiheit, die er als Sühne dachte, zur Auswirkung gelangte.

---

30) *Angyal*, Tanulmányok (Studien), S. 27.
31) Vgl. den Nachweis ebenda, S. 29 ff.
32) Ebenda, S. 28.

Die bisher angeschnittenen Fragen, die sich aus einer Betrachtung des Wesens und Wirkens von Széchenyi ergeben, stellen nur einen kleinen Ausschnitt aus der Fülle von Problemen dar, die sich aus einer Beschäftigung mit diesem großen ungarischen Staatsmanne ergeben. Es wäre reizvoll, noch auf einige Punkte näher einzugehen. So z. B. auf die Frage nach Széchenyis Religiosität, die ungeachtet seiner doch eindeutigen katholischen Grundlinie hinsichtlich gewisser Einzelheiten nähere Untersuchung bedürfen würde. Namentlich scheinen mir sein Verhältnis zur Aufklärung sowie die Abweichungen seiner religiösen Haltung in der Döblinger Zeit von der des vorangehenden Zeitraumes besonders bemerkenswert zu sein[33].

Nicht minder lohnend wäre die Erörterung von Széchenyis Stellung zur Nationalitätenfrage, die bekanntlich sehr maßvoll war und schon anläßlich seiner Akademierede vom Jahre 1841 im Gegensatz zur madjarischen öffentlichen Meinung geriet[34]. In diesem Zusammenhang darf vielleicht auch auf seine Bekanntschaft mit Eduard Glatz hingewiesen werden, der einer der frühesten Wortsprecher deutschvölkischen Bewußtseins in Ungarn war[35]. Hierauf an dieser Stelle einzugehen ist schon deswegen unmöglich, weil das eine Abhandlung für sich beanspruchen würde.

Unsere Absicht bestand jedoch nicht darin, einen erschöpfenden Überblick über alle Probleme zu geben, die sich im Zusammenhang mit Széchenyi ergeben, sondern darin, einen eingehenden, obschon nicht lückenlosen Hinweis auf die neuere ungarische Széchenyiforschung zu bieten, die auch von der deutschen Forschung mit Aufmerksamkeit zu verfolgen ist.

Wollen wir hoffen, daß die Ungarische Historische Gesellschaft, die auch schon bisher die größten Verdienste um die Erforschung Széchenyis zu verzeichnen hat, in absehbarer Zeit die Herausgabe seiner gesammelten Werke zum Abschluß bringen kann.

---

[33] Auch Béla Iványi-Grünwald, Széchenyi István gróf vallásosságának kérdése (Die Frage der Religiosität des Grafen Stefan Széchenyi), Regnum 2 (1937), S. 263—79, der über diese Frage einen sehr anregenden zusammenfassenden Aufsatz bietet, stellt fest, daß eine Reihe von Problemen nach dieser Richtung hin noch nicht geklärt seien.

[34] Seine Haltung in der Nationalitätenfrage müßte einmal von deutscher Seite eingehend untersucht werden. Die Angaben bei Ludwig Spohr, Die geistigen Grundlagen des Nationalismus in Ungarn (Berlin-Leipzig 1936), sind unzulänglich, teilweise auch überhaupt falsch.

[35] Auf der Umschlagseite eines im Südostinstitut München (Steinacker-Nachlaß) aufbewahrten Exemplares von Széchenyis „Javaslat a magyar közlekedési ügy rendezéséről (Vorschlag zur Organisation des ungarischen Verkehrswesens) (Preßburg 1848), befindet sich folgende eigenhändige Widmung: „A Pesther Zeitung tisztelt szerkesztöjenha szerzö (dem geehrten Redakteur der „Pester Zeitung" der Verfasser). Im Steinacker-Nachlaß befinden sich noch einige andere kleinere Schriften Széchenyis, die, wie aus Randnotizen ersichtlich ist, ursprünglich im Besitze Eduard Glatzens waren und diesem wahrscheinlich von Széchenyi zugesandt wurden.

HEINRICH DOERRIES

DUNKLE EXISTENZEN UND DUNKLE MACHENSCHAFTEN IM SCHATTEN PETERS DES GROSSEN

In einem seiner letzten Streifzüge in das Gebiet der schwedisch-russischen Beziehungen, die die hochpolitische Auseinandersetzung Karls XII. mit Peter den Großen vorbereiteten und begleiteten[1], widmet der schwedische Reichsarchivar H. Almquist „einer der gefährlichsten und rücksichtslosesten Streitschriften, die jemals gegen ein politisches Regime in Rußland gerichtet wurden", eine Studie[2]. Neugebauers und seiner Konsorten „russenfeindliche Agitation" stellte in hohem Maße den nordischen Kriegstreiber Patkul persönlich als Ränkeschmied bloß, als der dieser sich in seinem Versteckspiel mit der Verantwortung[3] und mit der dauernden Beteuerung seiner Unschuld allmählich doch selber fühlte. Diese Auffassung des livländischen Freiheitshelden, die immerhin der Sisyphusarbeit Patkuls nichts von ihrem Energieaufwand nimmt, sondern vielmehr seine hintergründige Rolle erst zu beleuchten vermag, ist allerdings auch geeignet, den Zaren Peter an mancher Stelle zu entlasten, wo er einer mala fides verdächtigt worden war. Denn wenn sich die Enttäuschung an dem vermeintlich „moraten"[4], d. h. zivilisierten Moskau in den von Almquist behandelten Fällen Luft machte, so ist diesem doch ohne weiteres klar[5], daß die Vorspiegelungen zunächst allein auf Patkuls Rechnung kommen, der in seinem politischen Intrigenspiel ein ansehnlicheres Bild des Moskauer Staats brauchte, damit er koalitions- und werbefähig war. Dem schlechten Willen

---

[1] Vgl. desselben Verfassers Aufsätze in K(arolinska) F(orbundets) Å(rsbok) 1937: Scener från Ryssland år 1699. („Chronik der schwed. Gesandtschaft"), S. 7/49; Ivan Petrovitj Izmajlov, rysk diplomat i Preußen och krigsfånge i Sverige (1706—1710), S. 98/130; Från Azov till Narva („Die Hilfesendung des Kaisers nach Rußland und die Schicksale der Österreicher in Zar Peters Dienst 1696—1700"), KFÅ 1938, S.173/237.

[2] Patkul och Neugebauer („Russische Werbung und russenfeindliche Agitation in Europa 1702—1705"), KFÅ 1938, S. 7/83.

[3] ebenda, S. 44/5.

[4] Almquists Emendation bestatigt das Theatrum Europaeum, XVI. Tl., Frankfurt a. M. 1717, S. 1012.

[5] Almquist, KFÅ 1938, S. 8; vgl. das scharfe Urteil 1937, S. 43.

Peters, der noch keineswegs durch die Erfahrung wußte, was er seinem Staat zumuten durfte, war es am wenigsten zu verdanken[6], wenn die Einhaltung der großartigen Verheißungen des Werbemanifestes zur Berufung ausländischer Fachkräfte vom 16./27. 4. 1702 nachher im argen lag, auf dem Patkuls Stellung im Dienst des Zaren beruhte und dessen Tonart er samt dem Wortlaut bestimmt hatte. Die von Almquist aufgezeigte Grundlinie läßt sich im folgenden zwanglos weiter fortführen[7]. Solche Nachträge werden umso mehr angebracht sein, als die obskure Zweifelhaftigkeit der Parteigängernaturen herausgestrichen werden muß, mit denen Peter es zu tun bekam und die, statt Pioniere zu sein, mit Rußland nur als fremdem Kalb zu pflügen hofften und dann darüber erbost waren, wenn mit ihnen Schindluder gespielt wurde. So soll es einmal überspitzt gesagt werden, damit alle Schwarzweißmalerei um Neugebauer sich erledigt. Denn es kann ja nur zu einem mehr oder minder einseitigen Bilde führen, wenn die in Rede stehenden Personen isoliert nur von ihrem Ergehen in Moskau her betrachtet werden.

Die Charakteristik als Karrieremacher, und zwar eines solchen zweiter Garnitur, gilt auch für Martin Neugebauer (1670/1758) in der ersten Hälfte seines Lebens, in der er in der großen Welt sein Glück zu machen strebte. Als Sohn einer Danziger Kaufmannsfamilie geboren, besuchte er seit 1683 das dortige Gymnasium Academicum[8], wo er zumindest fließend lateinisch sprechen lernte, was ihm später als Gesandten Karls XII. bei der Pforte trefflich zustatten kam. Schon als Schüler war er nicht auf den Mund gefallen und verstand sich — in deutschen Alexandrinern, denn in Danzig blühte seit Opitz die Poetik — auf gedruckte Glückwünsche an Honoratioren der Stadt[9]. Seinen Abgang vom Gymnasium nahm er 1692 erst, nachdem er in öffentlichem Deklamationsakt seine Beredsamkeit unter Beweis gestellt und über

---

[6] Selbst Neugebauer behauptete das nicht im Ernst, laut seiner späteren Unterhaltung mit Leibniz 1707, KFA 1938, S. 31[3].

[7] Die Gelegenheit dazu ergreife ich umso dankbarer, als meine zugleich in den „Osteuropäischen Forschungen" erscheinende Dissertation, die in größerem Rahmen untersucht, wie das petrinische Rußland in den Köpfen der Publizisten usw. europäische Gestalt annimmt, die von Almquist herangezogenen Erscheinungen wohl berücksichtigt, sich aber — ihrer Anlage nach — nicht über einiges Grundsätzliche hinaus bei ihnen aufhält.

[8] G. Elgenstierna nennt als N.s Geburtsdatum den 25. X. (nicht den 26.), Den introducerade Svenska Adelns ättartavlor (Genealogische Tafeln des introduzierten schwed. Adels) Nr. 1444 (nach Anrep). Das Schülerverzeichnis im Danziger Staatsarchiv 300, 42, 93, Bl. 163. N. wurde in die Quinta aufgenommen, für welche Klasse erst Lesefertigkeit im Deutschen und Lat. verlangt wurde.

[9] Diese wie die folgenden Nachweise nach Drucken der Danziger Stadtbibliothek. In einem Fall tat sich N. mit dem Schweden A. Westberg zusammen.

theologische Thesen disputiert hatte; seine theologisierende Erziehung wird ihm allenfalls bei Karl XII. förderlich gewesen sein. Zum Wintersemester 1692 bezog er die von den Danzigern bevorzugte Leipziger Universität, um Jura zu studieren. Hier tat er sich wenigstens alsbald in Übungen zu den Institutionen hervor, die ein Schulkamerad, der ihm drei Jahre voraus und eben 1693 zum Doktor beider Rechte promoviert war, abhielt. Beinahe hätte er schon auf Leipziger akademischem Boden[10] seinem späteren Widerpart und Schildhalter des Zaren, dem nur vier Jahre älteren Essener Heinrich Huyssen, begegnen können, der schon 1686/88 am Orte studiert und dann in Straßburg 1689 die juristische Doktorwürde erworben hatte, aber auf Reisefüßen 1691/1692 von neuem bei den Leipziger Gelehrten verkehrte. Neugebauers vornehmere Bekannte von der Universität, auf die er sich später etwas zugute tat[11], um sich gegen Huyssens Beschuldigung, er sei relegiert worden, zu verwahren, gehörten unter den vier „Nationen" der Alma Mater meist der „polnischen" an und wurden z. T. erst im Sommer 1697 immatrikuliert. Bei den letzteren mag der vorgerückte Student Neugebauer Hofmeisterstelle vertreten haben. Im selben Jahre noch machte er sich mit dem schon in seiner Heimatstadt geübten Kunstgriff, sich durch ein untertäniges Huldigungs-Carmen höhernorts in gebührende Empfehlung zu bringen — das diesmal zur Bewillkommnung des neuernannten Statthalters im Kurfürstentum Sachsen, des k a t h o l i s c h e n Fürsten Anton Egon zu Fürstenberg, „mit einer prächtigen Nacht-Music" seiner Kommilitonen von ihm eigenmächtig dargebracht wurde —, zwar in Leipzig unmöglich, aber er begründete „seine Fortune". „Gleich darauf" kam er an den sächsischen Hof und 1699 „endlich mit dem Hn. von Carlowitz — dem Generalmajor und Gesandten Augusts II., (1658/1700) — nach Moscau": Er war, man darf wohl annehmen von Patkul, der ihn durch Fürstenberg sich hatte empfehlen lassen, zum Informator des Carevič ausersehen, für welches Amt er allerdings erst 1701 bestätigt wurde. Offensichtlich brachte Neugebauer nicht die nötige Erfahrung, mit Menschen umzugehen, für seinen Beruf mit; er war nicht gereist, stellte nichts dar, und vor allem war er kein Weltmann, wenn man sich nur vorhält, daß sogar sein ungleich besser situierter Nachfolger im Erzieheramt, Huyssen, als mit altfränkischen Zügen behaftet galt. Neugebauer blieb ein Emporkömmling, auch nachdem er geadelt war; selbst in der Einschätzung eines Russen, freilich eines

---

[10] G. Erler, Die jüngere Matrikel der Universität Leipzig, Bd. II (1634/1709), Leipzig 1909; auf Seite 468 fälschlich „Ungebauer" für N.; (Bemerkungen über Relegationen sind damals noch nicht in die Matrikel eingetragen worden); im Wintersemester 1686 „Huysz", S. 200.

[11] Kurtze Gegen-Antwort auf des Czaarischen Pasquillanten Huyssens Lügenschrifft . . ., 6 Bl. (1707) [Univ. Bibl. Greifswald: Nc 1271]. Andere Kommilitonen befanden sich, nach Erler, schon seit 1690 auf der Universität.

solchen vom Schlage des späteren Großkanzlers Bestužev-Rjumin, ohne Ansehen[12].

Die zuweilen tragikomisch berührenden, manchmal empörenden Widerwärtigkeiten, die Neugebauer mit seinen in Danzig gewonnenen pädagogischen Gesichtspunkten für den Unterricht beim russischen Thronfolger „in studiis et Moribus" schon nach einem knappen Jahr so gänzlich außer sich gebracht hatten, daß er mit unauslöschlicher Galle wider alles Russische erfüllt war, hat Almquist nach den bekannten Zeugnissen skizziert. In seinem berüchtigten „Vertrauten Schreiben" hat der abgedankte „Hofmeister" den Empfindungen seiner gekränkten Menschenwürde freien Lauf gelassen und ein nur zu drastisches Sammelsurium von anderen Leidensgeschichten um seinen Fall geschlungen. Was aber Neugebauers Schrift aus der Sphäre eines privaten Racheaktes heraushebt, sind die näheren Umstände ihres Zustandekommens, die Almquist nun aus zwei eigenhändigen Briefen ihres Verfertigers mitteilt[13]. Sie machen kein Hehl aus seiner reale Vorteile suchenden Denkungsart. Er hatte wohl gemerkt, daß es mit seiner Laufbahn in Rußland nichts sei, und alsbald begonnen, „auf den Schwedischen Hoff Reflexion" zu machen. Diesem Vorsatz kam zu Hilfe, daß er sich frei unter den schwedischen Gefangenen in Moskau[14] bewegen durfte. Die beabsichtigte Flucht zweier von ihnen mit einem verabschiedeten Offizier ermöglichte Neugebauer die erste Fühlungnahme mit Karls XII. Hauptquartier. „In der Eyle" entwarf er die „Historien", die künftig „Deutsche und andere Nationen von der Barbern Dienste abschrecken" sollten, damit die Schweden sie druckten. Wenn er — rund ein halbes Jahr, bevor er selbst aus Rußland ausreisen konnte — solches wagte, war es dem Autor doch mehr um ein außerordentliches Zeichen seiner Dienstfertigkeit für die Schweden zu tun, als um seinen Groll gegen Moskau unbesehen und um jeden Preis auszuschütten, wie Almquist ihm nachrühmt[15]. Schlagkräftiger

---

[12] S. M. Solov'ev, Istorija Rossii s drevnejšich vremen (Gesch. Rußlands von den ältesten Zeiten) (Ausg. „Obšč. pol'za") Bd. IV, Sp. 733.

[13] Vollständig abgedruckt, KFÅ 1938, S. 26/8, Hamburg den 14. XI. und den 12. XII. 1704 an Staatsrat C. Piper (S. 29/30).

[14] Almquist (S. 50 [8]) stellt auf Grund reichen Materials Untersuchungen über die Behandlung der schwedischen und russischen Gefangenen (vgl. schon KFÅ 1937, S. 111 ff.) in Aussicht, ein Thema, das die schwedische Publizistik 1705 mit dem „Warhafftigen Bericht von der Muscowiter unchristlichem und harten Verfahren gegen Ihro Königl. Maytt. . . gefangene Officirer", (von Samuel Barck) Stockholm 1705 angeschlagen und, zu dem ein „Parallel" zu geben, Huyssen in der „Ausführlichen Beantwortung" Neugebauers (1706) angekündigt hatte (S. 96). Nach dieser Polemik darf man umso gespannter Almquists Erhellung der wechselseitigen Verhältnisse erwarten.

[15] KFÅ 1938, S. 23; weil Almquist allzu sehr der Ernsthaftigkeit dieses Hasses traut, findet er in der genannten Unterredung mit Leibniz einen Widerspruch. Die Gesinnung Neugebauers ist wohl leichter als aus seiner (sekundären) Zu- und Abneigung durch seinen gekränkten — von der

als es je ein Lobeshymnus hätte schaffen können, wirkte dieses Pamphlet für Neugebauers Zukunft. Nach gelungener Übermittlung führte die auf der Höhe publizistischer Regie stehende schwedische Feldkanzlei diese gefundene Waffe wider die militärische Vervollkommnung des Zarenstaats ihrer Verwendung zu[16], und als der Verfasser Ende 1704 sich selbst anbot, durfte er die vermehrte Neuauflage — es sind bis zu „neun" Ausgaben bekannt geworden — in schwedischem Auftrag besorgen.

Ab 1705 hielt sich Neugebauer als Volontär zu des Königs Verfügung. Der einzige öffentliche Beleg dieser Zeit, der ihm eine amtliche Charge zuerkennt, führt ihn gar als „Envoyé" im königlichen Hofstaat auf[17]. Das war nach oder anläßlich des Abmarsches Karls XII. aus Sachsen zu dem schicksalhaften russischen Feldzug. Die Rolle Neugauers dabei, der sich als Experten russischer Verhältnisse eingeführt hatte und bis 1709 in dieser Achtung stand[18], kann wahrhaft verhängnisvoll gewesen sein, wenn er nicht nur der Welt in seinem „Vertrauten Schreiben"[19], sondern auch Karl XII. 1705 weisgemacht hat, daß es nur eines Angriffes bedürfe, um Peters Herrschaft, gleich der seines dethronisierten Bundesgenossen August von Polen, zu erledigen; den Romanovs ebenbürtige Thronkandidaten würden den Zaren bequem ablösen! Bildete ein solch fatales, sowohl aus falschen historischen wie politischen Übertragungen erwachsenes Unternehmen tatsächlich das Ziel Karls XII., als er zum Endkampf gen Moskau zog? Kein Geringerer als August der Starke, der es von Karl persönlich erfahren zu haben behauptete, setzte Peter durch eine mündliche Botschaft davon in Kenntnis, als der Angriff der

---

Zeitmoral aus betrachtet durchaus nicht verwerflichen — „politischen" Egoismus zu deuten; enthüllt er doch vor dem in Anspruch genommenen „Patron" Piper ganz unbefangen seine eigensüchtigen Zwecke.

16) KFÅ 1938, S. 23/24; 41.

17) Almquist könnte nur entscheiden, welche Bewandtnis es mit dem „Negebauer" hat, der in Gesellschaft des späteren Hofkanzlers von Müllern, der tatsächlich 1698/1700 Gesandtenstellen bekleidet hatte, auftaucht, vgl. „Europäische Fama", 96. Tl. (Sept. 1707), S. 680 und Warmholtz Nr. 5502.

18) KFÅ 1938, S. 31/2.

19) KFÅ 1938, S. 40; in diesem Zusammenhang würde sich ein Vergleich der Neugebauerschen Handschrift mit der anonymen deutschen Denkschrift für Karl XII. empfehlen, die E. Carlson in schwedischer Übertragung in der Hist. Tidskrift, 8 (1888), S. 275/9, mitgeteilt hat. Sie stammt vom Anfang des Jahres 1706, denn der Todestag des im „vergangenen Jahr" verstorbenen Lev Kirillovič Naryškin war der 28. I. (a. St.) 1705. Es wäre gewiß eine Überraschung, wenn die dort gegebenen Direktiven für eine Dethronisierung Peters von Neugebauer herrührten! Der Anonymus schlägt zu einem Überrumpelungsversuch gegen Peter bei einem bevorstehenden Treffen u. a. den Hauptmann Sachse vor, wahrscheinlich einen alten Bekannten Neugebauers aus Moskau, wo er, Sachse, wegen Duellvergehens zum Tode verurteilt gewesen war; nach seiner Begnadigung hatte er (wohl 1705) das russische Heer verlassen können (in Warschau nach Huyssens „Ausf. B.", S. 35).

schwedischen Armee zur Gewißheit geworden war[20]. Diese Mitteilsamkeit des Schwedenkönigs in solcher Angelegenheit und erst recht einem Mann wie August II. gegenüber, wenn auch unter vier Augen, widerspricht all seinen sonstigen Gepflogenheit. Und die Unbegreiflichkeit dieser sozusagen autorisierten Äußerung wird dadurch nicht gemindert, daß sogar die Zeitungen einen derartigen Ausgang von Karls XII. Feldzugsplan kombinierten oder verkündeten[21]. Sollte es sich gar um eine von den

[20] N. G. Ustrjalov in einem vorbereitenden Kapitel zu seinem nicht mehr erschienenen V. Band der „Gesch. d. Regierung Peters d. Gr." (in „Drevnaja i novaja Rossija", St. Pbg. 1876, Bd. II, 1, S. 6) berichtet, ein von August II. ins russische Lager gesandter „Spion" habe ausgesagt: Zehn Wochen vor seinem Aufbruch aus Sachsen habe Karl insgeheim August anvertraut, daß er geradeswegs nach Moskau ziehe, um das Zarenreich sozusagen auf polnischen Fuß zu stellen. Wegen eines Lesefehlers bleibt Ustrjalov verdächtig und irreführend. Es handelt sich da nicht um einen Spion (russ. „špěg", Späher, oder „špig"), sondern um Spiegel, den intimen Kammerdiener Augusts des Starken. Er war mehrfach als Geheimkurier zum Zaren unterwegs, um den durch die entehrenden Auslieferungsbestimmungen (Patkul!) erzürnten Peter zu besänftigen und die Allianz unter der Decke weiter zu spinnen. Am. 1. XII. a. St. 1707 war Spiegel in Minsk bei dem Kanzler Golovkin und dem für Polen sachverständigen G. F. Dolgorukov vorstellig geworden; sie wollten ihn zunächst warten lassen, bis sie von dem abwesenden Zaren Verhaltungsmaßregeln betreffs der von dem Boten dringend nachgesuchten Audienz erhielten. Erst im letzten Augenblick vertraute Spiegel seinen nur mündlich auszurichtenden Auftrag zur Übersendung an den Zaren dem Papier an (P(is'ma) i B(umagi) Petra V go (Briefe und Dokumente Peters d. Gr.), Bd. VI, 1912, S. 459/61; die noch deutsch erhaltenen „Punkte" russisch: S. 462/4). Ungefähr 10 Wochen vor dem Aufbruch Karls, am Pfingstmontag, den 13. Juni, hatte August dem Schwedenkönig in Altranstädt seine Aufwartung gemacht, und Karl hatte den Besuch am 16. in Leipzig erwidert („Aus dem Königlichen Schwedischen Haupt-Quartier Alt-Ranstat den 18. (28.) Junii . . ." [Greifswald: Nc 1271]. In dem Gespräch bei einer dieser Begegnungen war nach Spiegels Zeugnis angeblich von einer Demobilisierung der Russen und einer Dezentralisierung des russischen Reichs durch Errichtung einer Adels(„Bojaren"- und Magnaten-)herrschaft nach polnischem Muster die Rede gewesen!

[21] B. N. Aleksandrenko, Anglijskaja pečat' i otnošenie k nej russkich diplomatičeskich agentov v XVIII stol. (Die engl. Presse und das Verhalten der russ. dipl. Agenten ihr gegenüber im 18. Jh.), Russkaja starina, St. Pbg. 1895, S. 115 (= desselben „Russkie dipl. agenty v Londoně v XVIII v." (Die russischen dipl. Agenten in London im 18. Jh.), Bd. I, Warschau 1897, S. 281/2), druckt eine Notiz der „Flying Post" vom 23. II. a. St. 1707: „The King of Sweden we hear intends to dethrone the Czar, to please the Malecontents who are very numerous in Muscovy". Die offiziöse „London Gazette" vom 1/5. a. St. IV. 1708 behauptete gar von Karl XII.: „He openly declares his intention to be to dethrone the Czar and to set up his Son in his stead, provided he will disown his father's conduct and promise to observe his Treaties inviolably, to govern his country according to the Fundamental Laws of it, and in the conformity to them to establish a Council of 10 or 12 of the Chief of his Nobility for advising him in the weighter matters of his Government." — Solche Meldungen, die von dem russischen Botschafter A. A. Matvěev angefochten wurden, und ähnliche Verlautbarungen samt der Botschaft Spiegels, haben die Beschwerde des Vizekanzlers P. Šafirov in seinem 1716 verfaßten, 1717 russisch gedruckten „Razsuždenie" hervorgerufen.

Schweden inszenierte bewußte Irreführung handeln, um den Zaren von vornherein einzuschüchtern und zu lähmen? Und war es nicht einfacher, statt an eine willkürliche Zerstückelung des Zarenstaats an den ungleichen Sohn Peters zu denken? Das Ungenügen des Carevič Aleksěj Petrovič, welches das Mißtrauen des Vaters hervorrief, fand damals schon seinen, wenn auch noch so belletristischen Niederschlag — im Westen Europas kolportiert durch einen leichtsinnigen französischen Kumpan und hohen Würdenträger des Zaren[22]. Beruhte also Neugebauers Stellung bei Karl XII. nicht zuletzt darauf, daß er sich irgendwie für den Carevič verbürgt hatte? Die Umstände sprechen im ganzen dagegen, daß der „Volontär" zum Personenkreis der heimlichen Diplomatie des schwedischen Monarchen gehört hat; aber vielleicht hat Karl ihn zeitweise und probehalber verwenden wollen, und Neugebauer seinerseits hat es auch wieder nach des Königs Rückkehr aus der Türkei an (schließlich mißlungenen) Annäherungsversuchen nicht fehlen lassen[23]. Einer der wirklichen Geheimdiplomaten Karls, der berühmte polnische General Stanisław Poniatowski (1676/1762), berichtet in seinen späteren Memoiren[24], daß Neugebauers Verwendung auf Grund seiner russischen Bekanntschaften mit Poltava einen natürlichen Abschluß gefunden hatte. Wäre er doch mit 1000 Talern jährlicher Pension am Hof (im Hauptquartier) behalten worden, solange die Absicht bestand, den Zaren abzusetzen und dafür

[22] Vgl. unten Lambert betr., S. 131 f.

[23] Berliner geschriebene Zeitungen aus den Jahren 1713 bis 1717, hg. v. E. Friedländer, Berlin 1902, S. 307, Nr. 24: Berlin den 4. VI. 1715. Daß Neugebauer in Stralsund den Generalgouverneur von Bremen, M. Vellingk, bei Karl zu denunzieren versucht hatte, wußte auch der preuß. Resident in Hamburg: „Der Königl. Schwed. Regierungs-Rath des Stiffts Bremen Neugebauer (sein Amtssitz Stade), so hiebevor als Envoyé zu Constantinopel gewesen, und mit dem Grafen Welling sehr verfallen, hat bey des Königs in Schweden suite sich einzuflicken gewust aber anitzo ordre erhalten, sich nach Jencoping (Jönköping) zu retirieren, und ohne expressen Befehl dem Königl. Hof nicht zu folgen". (Burchard, den 11. VI. 1717 [Pr. Geh. StA., Rep. XI 247 II Nordischer Krieg, Fasc. 158]).

[24] Hist. Tidskrift 10 (1890), S. 211 nach dem hsl. „Mémoire ou plutôt une relation du palatin de Masovie des événements de sa vie depuis la sortie de chez lui", 1734; die anonymen „Remarques d'un Seigneur Polonais sur l'Histoire de Charles XII. Roi de Suede par Monsieur de Voltaire" Poniatowskis, Haag 1741, S. 56/7, verschweigen die beabsichtigte Verwendung Neugebauers in Rußland, stimmen aber darin überein, daß Neugebauer sich als Privatmann über Konstantinopel auf den Heimweg zur See machen wollte. Da Nordbergs offiziöse Darstellung, die auf den Neugebauerschen Berichten beruht, 1740 herauskam, konnte Poniatowskis Lesart des Hergangs nur in der deutschen Ausgabe wenigstens anmerkungsweise berücksichtigt werden (Leben Karls XII. Königs in Schweden, Hamburg, Teil II, 1746, S. 158). Wohl mangels eines schwedischen Ranges war Neugebauer in der Armee noch immer nur als „hofmeister des czaarischen printzens" bekannt; am 30. VI./10. VII. 1709, der Nacht vom zweiten zum dritten Tag nach Poltava, war er über den Dněpr gesetzt (Fr. Chr. von Weihes Dagbok, Historiska Handlingar Teil 19, 1, Stockholm 1902, S. 67).

seinen „ruhigeren" Sohn zu inthronisieren, wobei Neugebauers Beziehungen gute Dienste hätten leisten sollen. Auf der Flucht nach Bender — wenn einer, dann hatte der Pamphletist Ursache gehabt, sich vor dem Zorn Peters unter der wenigen Begleitmannschaft des verwundeten Königs über den Dněpr zu retten[25] — zog Neugebauer nun die Konsequenz und erbat und erhielt den Abschied nach Hause. Seine Abmeldung war nämlich, nach Poniatowski, insofern genehm, als zugleich ein königliches Schreiben an den Sultan zu überbringen war, für das sich im Augenblick, bei der Verfahrenheit der Lage und der allgemeinen Unbekanntheit mit den türkischen Bräuchen, kein anderer Besteller fand. Neugebauer übernahm die Sendung und wurde mit dem Gepränge eines bevollmächtigten Gesandten in Konstantinopel eingeholt, ohne doch überhaupt Diplomatencharakter zu haben. So war es ihm verwehrt, die Botschaft unmittelbar vor den Sultan zu bringen, worauf er beim Großvesir bestand. Nach zweimonatiger unnützer Verzögerung konnte Karl nicht umhin, wollte er das Auftreten seines Boten nicht überhaupt verleugnen, ihm ein Akkreditiv mit dem erforderlichen Diplomatenrang zuzustellen[25]. Durch diese Laune des Glücks gelangte Martin von Neugebauer zu seinem Adel und zur Anwartschaft auf die Würden seiner zweiten Lebensperiode.

Neugebauer behielt zwar das letzte Wort in seiner Schimpfkanonade gegen Huyssen[26], der von Wien aus erst 1706 in aller „Ausführlichkeit" sich des unangenehmen Auftrags, für den Zaren öffentlich als Anwalt einzutreten, entledigte. Trotzdem sind Neugebauers Brandmarkungen nur literarische Eintagsfliegen, weil er eben selbst, im ganzen betrachtet, eine ziemlich negative Erscheinung darstellt. Hauptsächlich wegen ihrer pikanten Derbheit fanden sie wohl kulturgeschichtliches, aber nicht weltgeschichtliches Interesse. Ihm fehlte das Ethos der Selbstlosigkeit, und er hatte darum nicht das Zeug, über sein eigenes mittelmäßiges Los hinaus als wirklicher Ankläger des Zaren vor dem Welttribunal aufzustehen.

Das Bedürfnis, für den russischen „Kriegs-Staat", der tatsächlich auf dem Manifest von 1702 beruhte[27], das verheißene Recht nicht nur für die Ausländer, zu stiften, war dringend,

---

[25] Die Verleihung des Diplomatencharakters an N. erfolgte nach Poniatowski wesentlich auf Rat des Paschas von Bender, dem daran gelegen sein mußte, weil er sonst bloßgestellt war, da er dem Abgereisten ja den Weg nach Konstantiopel gebahnt hatte.

[26] Vgl. Anm. 11. Zu dem Urbild des Decknamens „Simon Petersen" von Huyssens erster Entgegnung vgl. noch Materialy dlja istorii Voronežskoj i sosědnych gubernij (Materialien zur Gesch. des Gouvernements Voronež u. d. benachbarten Gouvernements). Voronežskije akty, Bd. I. Voronež 1887, S. 301/9 (mir nicht zuganglich).

[27] Joh. Chr. Lunig, Corpus juris militaris, Leipzig 1723, III. Tl. cap. 8, S. 1411.

auch ohne Neugebauer, und hat ja letzten Endes zur gesetzgeberischen Leistung in Peters am 30. März 1716 a. St. fertiggestellten „Militärreglement"[28] geführt. Zwar hat Huyssen in seiner Menšikovbiographie zwanzig Jahre später sein eigenes „Kriegs-Reglement", das bei den Menšikovschen „Dragonern" eingeführt wurde[29], in unmittelbaren Zusammenhang mit dem Neugebauerschen „Schreiben"[30] gebracht: Die Hindernisse, die die Ausländer abhielten, in russischen Dienst zu treten, wären nun beseitigt gewesen. — Aber ein Referat des Huyssen nahestehenden Leipziger Rezensionsorgans „Acta eruditorum" vom März 1714[31] erzählt glaubhaft genug, daß die ersten Anstalten zur Durchführung dieses Manifestpunktes 1704 im Lager vor Narwa unter Heranziehung Huyssens getroffen wurden[32]; also noch bevor Neugebauer oder vielmehr die schwedische Feldkanzlei mit ihren Angriffen eingesetzt hatte, und gleichzeitig mit dem Eintreffen des Feldmarschallleutnants Ogilvy[33]. Erst damit war Huyssen zu der Tätigkeit zu-

[28] P(olnoe) S(obranie) Z(akonov Rossijskoj Imperii), Bd. V, Nr. 3006; die Dringlichkeit gedruckter Artikel für das Kriegsgericht „um der neu herausgereisten Ausländer willen" betonte eine Erinnerung des Generals Repnin an Peter vom April 1706, P. i B., Bd. IV, 1, Nr. 1214, Punkt 12.

[29] Deutsch zuerst als Anhang zur „Ausführlichen Beantwortung"; russisch u. a. bei A. Z. Myšlaevskij, Petr Velikij. Voennye zakony i instrukcii (Militärgesetze und -Instruktionen) (—1715), Sbornik voennoistor. materialov ,Bd. IX, St. Pbg. 1894, S. 53/74. Das „Kriegs-Reglement" darf nicht etwa mit einer Exerzierordnung verwechselt werden, für die natürlich Peter längst anderweitig Anstalten getroffen hatte. — Die Erforschung, wie der „Voinskij ustav" von 1716 zustande kam, liegt noch sehr im argen. Auch die Arbeiten von Bobrovskij, von denen ich allerdings nur Resümees kenne, scheinen noch sehr zu tasten.

[30] „Dignitaten und Thaten . . ." nur russisch teilweise gedruckt in „Syn Otečestva", St. Pbg., Jg. 1848, Aprilheft, S. 6.

[31] Ihr Referat galt der „Brevis delineatio processus". Für schwedische Nachforschung wird anregend sein, daß der Oberauditeur E. Fr. Crompein (vgl. Russkij Archiv, Bd. VII, 1869, Sp. 1766; A. R. Cederberg, Heinrich Fick . . . ., Dorpat 1930, S. 98*), der 1710 in Riga gefangen genommen war (B. A. Ennes, Biografiska Minnen af Konung Carl XII:s krigare, Stockholm 1818/9, Bd. I, S. 90), den Entwurf der in den Acta erud. besprochenen „Kratkoe izobraženie processov" (Kurze Darstellung des Gerichtsverfahrens) gefertigt hatte, der noch in Peters Militärreglement übernommen wurde.

[32] S. 101/2: Sub initium hujus seculi cum plures duces & magistri militum ab exteris nationibus Moscuam confluerent ac pro dirimendis litibus inter se ortis ad „Auditorium" sive judicium bellicum vigore edicti Cæsariani A. 1702 promulgati anxie provocarent (!), modernus Imperator pro ea, qua est erga exteros, clementia eorum velificaturus petitis, Consiliario suo bellico H. de Huyssen etiam supremi Causarum Militarium Judicis personam imposuit (legte ihm den Rang eines obersten Militärrichters bei). Hic ita primus A. 1704 Narvæ, citatis suoque loco pro ratione ordinis ac status in prætorio locatis Assessoribus & jurejurando ab iis axacto, formam Judicii sive Concilii Militaris Ruthenis monstravit, quam adeo Imperatori præsenti probavit (recht machte), ut ei etiam Leges pro dirimendis ac rite dijudicandis causis quibuscumque militum componere benigne injunxerit" — eben das Kriegs-Reglement.

[33] Daß das drakonische „Interims-Reglement" vom 8. VI. a. St. 1704 (in acht Punkten P. i B.„ Bd. III, Nr. 662) von Ogilvy ausgegangen ist,

rückgekehrt, die ihm bei seiner Anwerbung durch Patkul 1702 in Aussicht gestellt war. Solange hatte er sich mit abliegenden Beschäftigungen abgegeben und sich u. a. des vakanten Erzieherpostens beim Carevič annehmen müssen. Daß also überhaupt erst einmal ein ordentliches Kriegsgericht konstituiert worden war[34], bleibt Verdienst Huyssens; wenn ihm nach den „Acta eruditorum" daraufhin auch die Abfassung der „Leges militares" übertragen wurde, so konnte der anderweitig Beanspruchte sich dieser Aufgabe erst von Wien aus und auch dann nur behelfsmäßig unterziehen[35].

Dasselbe Los des Abwartens wegen Nichtverwendung in seiner ursprünglichen Bestimmung wie bei Huyssen wurde dem „sächsischen Commissarius Drelinck", wie Neugebauer ihn nennt, zuteil. Patkul hatte ihn gleichfalls für das beabsichtigte „Kriegs-Collegium" gewonnen, also wohl im Frühjahr 1702. Es liegt nahe, bei diesem Namen und bei den gegebenen Beziehungen zu Patkul an einen Abkömmling der Rigaer Patrizierfamilie Dreyling zu denken; aber eine Identifizierung mit einem der bekannten Vertreter dieses Geschlechts kann ohne weiteres nicht gewagt werden[36]. Umso mehr bekam ein Namensvetter von ihm, dessen Ver-

---

dem es auch Kayserlingk, der preuß. Ges., zuschreibt (Moskau den 16. VII. [Rep. XI Rußland 14 D, Bl. 187/8]), ist unwahrscheinlich, da Ogilvy erst am 21. VI. a. St. vor Narwa ankam und er ja die strengen Strafen zu mildern für nötig hielt (M. P. Rozengejm, Očerk voenno-sudnych učreždenij v Rossii do končiny Petra V. (Abriß der kriegsgerichtlichen Einrichtungen in Rußland bis zum Ende Peters d. Gr.), St. Pbg. 1878, S. 72). Ogilvy, der in Reglements Erfahrung hatte (vgl. W. Erben, Kriegsartikel und Reglements als Quelle z. Gesch. d. K. u. K. Armee, Mitt. des K. u. K. Heeresmuseums, 1, Wien 1902, S. 30), hätte etwas Bedachteres geleistet als diese Punkte, die mehr den Stempel Menšikovscher Rücksichtslosigkeit tragen, wie denn auch das Huyssensche Strafregister wenig Federlesens machte. Die Wirkung aufs Ausland war aber die, daß in diesem Feldzug „die Russen sich zum erstenmal als Soldaten erwiesen" hätten, J. J. Schmauß, Das glorwürdigste Leben . . . Caroli XII., Halle 1720, II 1704 § 82.

[34] Ein „Unmaßgebliches Bedencken, wie Regiments- und Ober-Auditeurs alhier anzuschaffen und zu informieren" verfaßte oder holte Huyssen wieder hervor, als er 1726 in das „Kriegskollegium" versetzt war, wozu mir leider die Untersuchung P. O. Bobrovskij's, Razvitie sposobov i sredstv dlja obrazovanija juristov voennago i morskago vědomstva v Rossii (Die Entwicklung der Methoden und Mittel für die Ausbildung der Juristen der Heeres- und Marineverwaltung in Rußland), St. Pbg. 1881, die über die Einrichtung der kollegialen Kriegsgerichte und die Entstehung des Auditoramtes in der petrinischen Reformperiode handelt, nicht zuganglich ist.

[35] Büschings „Magazin für die neue Historie. . . .", Bd. X, 1776, S. 319.

[36] Dr. E. Amburger verdanke ich den Hinweis auf E. Seuberlich, Beiheft I zu den Deutschen Stammtafeln in Listenform, 1924, Sp. 49/68. Hinreichende Belege für eines der Familienmitglieder finden sich dort nicht. Heinrich Dreyling (1670/1710), der im selben Sommersemester 1690 in Königsberg studiert hatte wie der spätere Adjutant Augusts II. J. Fr. von Arnstedt, im Sommersemester darauf in Leipzig, war in der Folgezeit in Riga beamtet und verheiratet.

wandtschaft zu der Rigaer Familie gleichfalls nicht geklärt ist[37]), wegen seines Mißvergnügens an den Russen zwar nicht mehr den Zorn Patkuls, aber den ebenso fühlbaren Zugriff der im Ausland beamteten Handlanger des Zaren zu spüren. Wenn Almquist auch für Karl XII. bestätigt, daß „die großen Herren lange Hände" hatten[38]), so ist umso mehr wahr, daß gerade die ersten ständigen Auslandsdiplomaten, Residenten oder Konsuln Rußlands sich nur zu sehr zu untergeordnetem Polizeispitzeldienst herbeiließen.

Eine recht zweifelhafte Gestalt, die sich in besonders unerfreulicher Form zum Polizeiorgan des russischen Regimes herabwürdigte, war der Agent Bernhard Christoph Rese. Eineinhalb Jahre nach seiner Bestallung in Breslau war er Anfang 1719 infolge des Konflikts zwischen Rußland und Wien aus Breslau ausgewiesen worden[39]) und begab sich nach Danzig, wo schon Georg Erdmann die Geschäfte eines zarischen Agenten führte. Hier schloß Rese mit dem dort lebenden Gylles (v.) Dreyling Bekanntschaft und hat wohl auch mit ihm gegen Erdmann intrigiert. Dabei hatte sich Dreyling abfällig über die Russen geäußert, wozu er als gebürtiger Finnländer und ehemaliger „Viceoberlandrichter" ebendort von 1700—1708 — immerhin auch als Überläufer Ursache hatte. Nachdem er sich mit seinem Spießgesellen Rese überworfen hatte, war dies Anlaß genug, daß zwei russische Offiziere ihn auf Olivaer Territorium, von wo er sich zu Schiff nach Schweden begeben wollte, aufhoben; nur durch Dazwischentreten eines städtischen Leutnants kam er nach der Danziger Festung Weichselmünde in Gewahrsam (den 25. 7. 1720). Auf Drängen des Magistrats hatte Rese alsbald vor ihm Klage erheben müssen; sie

---

[37]) Diese führte kein Adelsprädikat, auch soweit sie eins besaß. Gylles von Dreyling heißt so auch nur in seinen eigenen Eingaben, dagegen einfach Dreyling in den Danziger Aktenschriftstücken. Die beiden Suppliken, die von Dreyling als vorgeblicher Untertan an den preußischen König richtete, liegen nicht mehr vor, da sie weiterhin zur „information" für den Residenten in Danzig bestimmt wurden. Das eine Mal, im März 1719, war Dreyling in einer Erbschaftsforderung eine Unterstützung von seiten Berlins nicht versagt worden. Wiederum wegen seiner Verhaftung zog man hier am 10. und 14. IX. 1720 Erkundigungen ein und ließ ihn erst fallen, als sich ergab, daß der Arrestierte überhaupt schwedischer Untertan war und daß „Er auch in Unseren Diensten nie gewesen, und sein jetziges Verbrechen darin bestehen soll, daß er von dem Tzaar übel gesprochen". Mit diesen Feststellungen des Reskripts vom 28. (auf den Bericht des Residenten Zitzwitz vom 21. IX.) winkte Ilgen, der Leiter der preuß. auswärtigen Angelegenheiten, dem Supplikanten ausdrücklich ein für allemal ab, — nicht zuletzt mit Rücksicht darauf, daß Petersburg bereits angekündigt hatte, die Sache in die Hand nehmen zu wollen [Rep. VII nr. 59, Danzig 1713—1720 und 1721—1730].

[38]) KFA 1938, S. 65; 22; 45; vgl. unten Izmajlov und Schlundt, S. 126 f.

[39]) Dies und das folgende nach N. N. Bantyš-Kamenskij, Obzor vněšnych snošenij Rossii (Übersicht d. ausw. Beziehungen Rußlands), Bd. II, Moskau 1896 (unter den Reichsstädten annalistisch) und nach Mitteilungen von Dr. Doerries-Danzig aus Abt. 300, 53 Rußland, 431 (Crimen laesae maj. und Untersuchungssache) und 300, 18, 46 (Militaria) des Danziger Staatsarchivs.

war auf Majestätsbeleidigung abgestellt, — Dreyling wurde einer höchst drastischen Verächtlichmachung und Beschimpfung Peters beschuldigt. Das Verhör vom 1.—9. August erbrachte die Nichtigkeit sowohl der Bezichtigung öffentlicher Schmähung, als auch der Schmähung des Zaren überhaupt. Unter ernstlichem Verweis legte der Magistrat am 12. Rese nahe, eine „so unanständige mit vielen Privat-Sachen und Injurien angefüllte Denuntiation" zu unterdrücken, andernfalls er seinerseits sich wegen Reses „wunderlicher conduite" an den Zaren wenden werde. Da der Kläger hiervon nichts hören wollte, beantragte Erdmann ein nochmaliges — ergebnisloses — Zeugenverhör und ersuchte um Ausdehnung der Haft Dreylings, bis aus St. Petersburg auf seinen Bericht Bescheid einliefe; Dreyling habe, weil er „die gantze russ. Nation beschimpft", auch das Oberhaupt beleidigt. — Die russische Regierung, deren Kenntnis von der Angelegenheit vor allem auf dem natürlich entstellenden Rapport Reses beruhte, entsandte am 30. 9. a. St. einen Marineoffizier, um Dreyling nach Rußland abzuführen. Da war es der Stadt nicht unlieb, daß es diesem nach bald dreivierteljähriger Haft mit Hilfe seiner Frau zu entkommen gelang. Nur ein Teil der Untersuchungsakten wurden ausgeliefert.

Wie mit dem politischen Respekt vor dem Zaren Mißbrauch getrieben wurde, um persönliche Feinde gleichsam als Staats- und Majestätsverbrecher unschädlich zu machen, durch Freiheitsberaubung auch im Festungskerker einer neutralen Macht, hat Almquist deutlich an dem hervorstechendsten der Ausländerdiplomaten Peters, an Patkul, gegeißelt[40], den man sonst gern selbst als unschuldig und hämisch Verfolgten bemitleidete. Otto Sigismund von Cornberg war dieser Art Patkuls vornehmstes Opfer, noch mehr aber war Cornberg Opfer seiner vornehmen eigenen Allüren. Als Angehöriger des hessischen Geschlechts von Cornberg[41] war er in vierter Generation Sproß des Landgrafen Wilhelms IV. Dieser Ursprung und ebenso der Umstand, daß sein Vetter, der wie er im kaiserlichen Heer gegen die Türken focht, die Auszeichnung erhielt, eine Leibarmee von 30 Mann für sein Erbgut anwerben zu dürfen, spiegelte ihm eine reichsunmittelbare Herrlichkeit vor, die dem gegenteiligen Spruch des Reichskammergerichts zu trotzen wagte[42]. Als „Oberstwachtmeister" 1691 aus dem kaiser-

---

[40] KFÅ 1938, S. 74/86.

[41] Deutsche Stammtafeln in Listenform, Bd. I, Leipzig 1927, Sp. 235/56 von H. Freiherrn von Cornberg. Da eine der Schwestern Otto Sigismunds, Anna Sophie († 1701), den jungeren Bruder des preuß. Feldmarschalls, Simon Elmershausen Freiherrn von Wartensleben, 1687 geheiratet hatte, ist die Stammtafel dahin zu erganzen, daß Cornberg als alleiniger mannlicher uberlebender Erbe des Curdt Heinrich von Cornberg auf Klein-Eickel und Mohringen einzusetzen ist. Seinen Anteil an letzterem Gut verkaufte er 1690 nach dem Tode seines Vaters (Sp. 235/6). Otto Sigismund wird fruhestens Mitte der 50er Jahre des 17. Jh.s, aber auch nicht viel spater geboren sein.

[42] Auf den Streitfall dieses Cornberg bezieht sich Lamberty, Mémoires, Bd. XIV, 1740, 1705: S. 28*.

lichen Heere ehrenvoll ausgeschieden, wurde der „baron de Cornberg" in französischem Sold 1692 sicher Chef des „régiment des hussards", dessen Muster und zum Teil auch Mannschaft aus der kaiserlichen Armee stammte, als es in diesem Jahr aufgerichtet wurde.

Es mag sein, daß Cornberg im wilden Parteigängerkrieg dieser Waffe sich einen Namen gemacht hat. Der Autor, Constantin de Renneville, der ihn öffentlich damit ausstattete, hörte ihn jedoch mehr von seinem Aufenthalt in der Bastille erzählen[43]. In den ersten Tagen von 1694 war der Colonel Cornberg nämlich dabei ertappt worden, wie er Frankreich den Rücken kehren wollte „unter dem Vorwand, in venezianischen Dienst zu gehen". Auf knapp vier Jahre verschwand er nun zunächst im Turm de la Bazinière der Bastille, und dieses französische Erlebnis wurde freilich auch Huyssen bekannt[44]. Nach seiner Freilassung drangen seine Bemühungen, wieder in Gnaden angenommen zu werden, nicht durch; im Mai 1702 wurde er nach Holland abgeschoben, und dort scheint er sich reich verheiratet zu haben[45]. Jedenfalls schwoll ihm erst recht der Kamm. Da er kein Unterkommen in der Nähe fand, machte er sich auf, bei Peter dem Großen ein „zweiter Lefort" zu werden, indem er ihn durch eine glänzende Suite von Offizieren und Dienerschaft zu blenden gedachte. Der Zar empfing ihn immerhin als Generalleutnant, doch sah er sich ihn auf der Frühjahrsreise 1703 nach Voronež etwas genauer an. Hiermit begann Cornbergs Abstieg. Nachdem der preußische Gesandte Kayserlingk von der am 4. 2. in Moskau erfolgten Ankunft des Favoriten in spe Meldung gemacht hatte[46], erhielt er (von dem Geheimrat Ilgen) ein bereits stark gegen Cornberg voreingenommenes Reskript[47]: „. . . wir zweifeln aber nicht, es werde dieser

[43] Constantin de Renneville, L'inquisition françoise ou l'histoire de la Bastille, Amsterdam und Leiden ² 1724, S. 23/4. Die Bekanntschaft des Hugenotten Constantin mit Cornberg war sehr kurzen Datums. Denn im Januar 1702 erst war er — auf sein Klientelverhältnis zu dem unbedeutenden Kriegsminister Chamillard bauend — aus Holland nach Paris zurückgekehrt. Trotz seiner vagen Stellung hatte er es übernommen, bei seinem Patron sich für Cornberg zu verwenden; bei einem Patron, der Constantin selber nicht einmal Deckung leistete, als dieser am 16. V. d. J. früh unter dem Verdacht der Spionage für die Generalstaaten in die Bastille gebracht wurde! Am 15. noch hatte er mit Cornberg, der am nächsten Morgen abreisen wollte, sozusagen die Henkersmahlzeit gehalten. Die Daten — 17. I. 1694 bis 1. XII. 1697 — für Cornbergs Aufenthalt in der Bastille bei F. Ravaisson, Archives de la Bastille . . ., Bd. X, Paris 1879, S. 22/3.

[44] Ausf. Beantwortung, S. 71, als ob sich die Lieselotte von der Pfalz noch für Cornberg bemüht hätte.

[45] Unter einer Supplik unterschreibt sich seine Gattin Anna Meinders.

[46] F. Dukmeyer, Korbs Diarium . . . und Quellen, die es ergänzen, Bd. II, Berlin 1910, S. 16.

[47] Dies die Fortsetzung des Auszugs bei Dukmeyer, ebd. S. 17 [Rep. XI Rußland 14 A, Bl. 57/57 v].

Mensch, welcher wegen Seines extravaganten Wesens in Teutschland nicht mehr fortkommen kann, sich in Moscau nicht weniger als in Teutschland schon vor einen solchen, wie Er ist, kennen machen. Ihr habt aber mit ihm keine Gemeinschaft zu haben, sondern euch seiner gäntzlich zu enthalten, auch den Tzaren und seine Bediente für ihn zu warnen". Diese Prognose hatte Cornberg inzwischen durch seine hochfahrenden Ansprüche gerechtfertigt und überdies noch Patkul tödlich beleidigt, der es ihm tätlich heimzahlen ließ. Statt dem Zaren Tausende von Soldaten zuzuführen und dafür ein Korpskommando übernehmen zu dürfen, kam er, finanziell ruiniert, ein[48], Moskau auf dem nächsten Wege nach Europa verlassen zu dürfen, und trotzdem blieb ihm der einen Winter verbrauchende Umweg über Archangel'sk nicht erspart. Von Holland, wo er dem russischen Gesandten Matvěev im Haag beschwerlich wurde[49], und aus Hamburg erneuerte er seine Ersatzansprüche für das aufgewendete Vermögen umsonst. Zugleich aber machte er kein Hehl daraus, weder vor dem sächsischen General Hallart, der ihn im April besuchte[50], noch vor Neugebauer, daß er sich für die Nichtbezahlung durch öffentliche Diskreditierung des „Zaren und seiner Moscowiten" schadlos halten werde: „denn was schiert mich der Zaer? ich bin ein freyer Reichsstandt und in aller Welt bekandt". So wie er in den beiden letzten Behauptungen irrte, so sollte ihn auch der erste Wahn trügen.

Cornberg hatte also in alter Großartigkeit den Fehdehandschuh hingeworfen und stellte sich nun mit „mehr als hundert" Offizieren, mit berittenen Knappen, Karl XII. in aller Form als „Cavallierguarde" wider die barbarischen Russen und zugleich als — Raubritter zur Verfügung[51]. Der König hatte Grund, dem schlecht Beleumundeten keinerlei Entgegenkommen zu zeigen[52]. Cornberg war voreilig genug, sich trotzdem zu seinem Hauptquartier zu begeben, aber unterwegs ereilte ihn sein Verfolger Patkul. Während einer Unpäßlichkeit in Berlin wurde er am 21. 7. 1705 auf Ansuchen des von Patkul bevollmächtigten Oberkommissars von der Lith arrestiert. Patkul hatte vorgeschützt, Cornberg habe „la personne du Czar auf das allerschimpflichste und injurieuseste tractiret", um ihn gänzlich ausgeliefert zu bekommen. Diesen Schlag parierte Cornberg wenigstens noch, indem er angab, preußischer Vasall zu sein und deswegen vor das Gericht seines Königs zu gehören. Er setzte schriftlich alle Hebel in Bewegung, vom schwedischen

---

[48] Undatiertes Gesuch an den Zaren, ausgezogen wohl aus den in Berlin beschlagnahmten Papieren Cornbergs [Rep. XI Rußland D Intercessionalia (1658/1715)].

[49] Solov'ev, Bd. III, Sp. 1353.

[50] Almquist KFÅ 1938, S. 62/5 nach dem späteren Protokoll Hallarts über die Unterredung (aus der Schirrenschen Abschriftsammlung im schwedischen Reichsarchiv).

[51] Almquist KFÅ 1938, S. 62, Hamburg den 17. IV. 1705 (voller Wortlaut).

[52] ebd. S. 65/6.

König bis zu seinem Schwager Wartensleben. In der größten Not glaubte er auch jetzt einen Rettungsanker darin zu finden, wenn er sich anheischig machte, unter preußischen Fahnen ein neu montiertes Regiment mit neu erfundenem Gewehr innerhalb von sechs Monaten aufzustellen; denn die schwedischen Dienste hätte er nur aus Rache gegen Patkul vorgehabt. — Doch zeichnete er im übrigen in derselben Eingabe an Ilgen (vom 2. 7.) die Praktiken seines „Todfeindes" richtig[53]: Patkul gebrauche seines „Souverains authorität zum Schutz-Mantel, in dergestalt, als sollte (ich) Selbige mit Schriften oder anderweitig mit Reden beleidigt haben, dan mir solches in ewigkeit nicht kan erwiesen werden". Trotz heuchlerischen Mitleids mit des „Malheureux" Cornberg „extravagancen" (davon ihm so viele Zeugnisse vorlägen, daß er Anweisung gegeben habe, die Schuldakten darüber zu schließen, was dieser Mann „eu hardiesse d'écrire et de parler") war Patkul mangels wirklicher Corpora delicti einfach außerstande, „sich zum Richter aufzuwerfen". Damit das für ihn nur peinliche Verfahren umgangen werde, war er darum höchst zufrieden, daß die preußische Regierung in der Verlegenheit den Angeschuldigten in die Festung Spandau setzte, von wo er noch zu viel korrespondierte, dann nach Küstrin schaffte, bis Bescheid vom Zaren einlief; und den suchte Patkul abzubiegen, bis ihn selbst die Gefangenschaft traf.

So wurden die beiden Voraussetzungen hinfällig, unter denen Preußen sich dazu verstanden hatte, Cornberg festzuhalten: erstens die Bekanntgabe seines Verbrechens zwecks Gerichtsverfahrens; zweitens die Gewährleistung seines Unterhalts für die Dauer der Haft. Ilgen kündigte sie denn auch unter dem 20. 2. 1706[54] auf. Gegen Ausstellung eines Reverses am 23. 2. in Küstrin, jeder Rache zu entsagen und sich „alles lasterhafften und sonsten verkleinerlichen Redens und Schreibens" gegen den Zaren gänzlich zu enthalten, kam Cornberg frei. Er, „nicht mehr der jüngste und kräncklich", war fürs erste soweit herunter, daß er, um frei und ungekränkt leben zu können, in preußischen Landen bleiben wollte und zur Bezahlung seiner Schulden einen „civilen Charakter" nachsuchte. (Doch 1708 war der Unverbesserliche als Generalleutnant wieder so bei Kräften, daß er den Vorschlag des von ihm aufzustellenden Regiments von 1000 Mann nun dem Kaiser Joseph I. unterbreitete. Er blieb aber auf dem Amt Zossen, das er in Erbpacht genommen hatte, wenigstens bis 1709 sitzen[55]).

---

[53]) Intercessionalia; Rep. XI Rußland 15 B (Verhandlungen mit Patkul).

[54]) Intercessionalia; zur Mitteilung an den Zaren und seine Minister. Cornberg wurde durch förmliche Erklärung vom 13. III. bescheinigt, daß er auf Patkuls Drängen arrestiert worden sei, aber noch keine Beweise eines Deliktes gebracht worden wären.

[55]) Cornberg, Sp. 235/6.

Noch einmal kamen die Russen auf ihn zurück. Unter den Beschwerdepunkten, die der Bevollmächtigte Peters I. P. Izmajlov bei seinen Verhandlungen in Berlin[56] am 12. 2. 1707 zur Sprache brachte, wurde als Druckmittel auch die (der königlichen Deklaration vom 14. 7. 1705 für von der Lith zuwider ohne Einwilligung des Zaren vorgenommene) Freilassung des Häftlings moniert. Allem Anschein nach stand nur von der Lith hinter diesem Punkt, um seine Gesinnungstüchtigkeit zu bezeugen; und zwar stellte sein Bericht den Ausgang so dar, als ob Cornberg noch einmal mit Arrest belegt werden sollte[57]. In Wirklichkeit hielt jedoch die preußische Regierung in ihrer Resolution vom 13. 2. 1707 den Standpunkt vom 20. 2. 1706 aufrecht[58] (nach Ilgens Konzept, die genannten beiden Bedingungen betreffend): „... Weilen aber so wenig das eine als das andere, ohnerachtet der an Seiten Seiner Kön. M(ajestät). desselben geschehenen vielfältigen Erinnerungen erfolget, Se. Kön. M. auch so lange Zeit von des von Cornbergs eigentlichem Verbrechen nicht informiret, Ihn nicht[59] weiter condemniren noch auch sich mit seinem immerwehrenden Unterhalt in der Gefangenschaft beladen können, als wodurch Sie selbst in effectu gestraffet werden würden, So hat man endlich gedachten den von Cornberg auff freyen fus gestelliet (;) jedoch unter der ausdrücklichen condition und von Ihm ausgestellten Revers, daß[60] Er in S. K. Mt. landen bleiben auch all mahl(,) wan Ihro Tzaar. Mt. die Sache wider Ihn persequiren wolten (,) sich wider gestellen und was das Recht mit bringet, über sich ergehen laßen solle ..." Ohne es zum äußersten kommen zu lassen, hatte Preußen „so wohl in der Affaire des von Cornbergs als auch durch Supprimirung aller, zu Ihr. Czaar. May. ungeziemenden Verkleinerung spargirter Schmäh-Schriften ..." — womit Neugebauer gemeint war —, der russischen Regierung „reelle Proben" von Gefälligkeit gegeben, wie Kayserlingk es ihr am Schluß des Jahres vorrücken mußte[61].

Schon gleich im selben Jahr 1707 war Preußen in die Lage gekommen, sich gegenüber Karl XII. ähnlich loyal zu verhalten. Demselben Izmajlov, der kurz vorher die letzte preußische Resolution vom 13. Februar empfangen hatte, näherte sich noch in Berlin ein schwedischer Spitzel, der ihm eine Falle stellte, so daß er

---

[56] Almquist KFÅ 1937, S. 102.

[57] I. I. Golikov, Dějanija Petra V^go ..., (Taten Peters d. Gr.), Bd. III, Moskau 1837, S. 221; Bantyš-Kamenskij, Bd. IV, S. 29; F. Martens, Recueil des Traités et Conventions conclus par la Russie ..., Bd. V, Traités avec l'Allemagne, St. Pbg. 1882, S. 62. Im Brief Izmajlovs vom 15. II. 1707, P. i B., Bd. V, S. 377 ist Cornberg nicht erwähnt.

[58] Rep. XI Rußland 17 A (Verhandlungen mit Izmajlov) Bl. 23 v/24 (mit teilweise ausgeglichener Orthographie).

[59] ausgestrichen: „straffen".

[60] von hier bis „auch" am Rand ergänzt.

[61] Rep. Rußland 18 A, Bl. 18: Kayserlingk den 27. XII. 07.

am 21. (schw. St.?[62]) April durch schwedische Soldaten aufgehoben werden konnte. Die preußische Antwort in den Händen Izmajlovs war zwar nicht verfänglich für Berlin; aber mit dem beschlagnahmten Dokumentenkoffer wurde eine Korrespondenz aufgedeckt, die der, nach dem Generalfeldzeugmeister Markgrafen Philipp Wilhelm, höchste preußische Artillerieoffizier, Oberst Johann Sigismund Schlundt, mit den russischen Generalen Menšikov und Rönne unterhalten hatte. Nach Huyssens Bericht aus Wien vom 19. 3. d. J. hatte Schlundt, von Huyssen auch empfohlen[63]), in russische Dienste vollends überwechseln wollen, wo schon ein Schwager von ihm „Capitain" war. „Umb seine Capacité zu erweisen", wie es in dem Interzessionsschreiben des Zaren für den zur Rechenschaft gezogenen Offizier heißt[64]), hatte dieser „einige Generale propositiones, was man im Kriege zu observiren hat, nebst einer Order de Bataille beygeschlossen"; außer diesen Feldzugsentwürfen gegen die Schweden hatte Schlundt „allerhand Mitteilungen über die Stellung der Schwedischen Armeen gemacht" und schließlich noch Pläne von preußischen Geschützmodellen hierhin, wie auch nach Polen und Dänemark, verraten[65]). Auch der dem Zaren ergebene Ton der Briefe stand nicht im Einklang mit den Dienstverpflichtungen eines preußischen Offiziers. Schlundt wurde also vor ein Kriegsgericht gestellt und, weil sich alles wider ihn verschwor — selbst Karls XII. Verzeihung für das, was gegen ihn geplant war, verschlug nichts —, am 31. 8. zu Festung verurteilt, bis er nach zwei Jahren doch begnadigt wurde. Seine von den Schweden beschlagnahmten Schriftstücke waren das einzige Beweismaterial gegen ihn geblieben; denn auf die Nachricht von Izmajlovs Verlust hatte er alles Belastende beseitigen können. Wer weiß, ob er nicht schon ein Jahr zuvor, als Karl XII. Grodno umklammert hielt, in Briefwechsel mit den russischen Heerführern gestanden hatte. Der unkontrollierbare Schriftverkehr Schlundts mit Menšikov und dem zu ihm haltenden Rönne ist nur eine neue Spur, auf welches Söldnertum Peter in den höchsten Kommandostellen seiner jungen Armee angewiesen war und welche Eigenmächtigkeiten und dunklen Wühlereien gegeneinander unter seinen Befehlshabern herrschten. Huyssen in seiner späteren Biographie Menšikovs zählt alle möglichen Beschwerden wider den Feldmarschalleutnant Ogilvy, den Verteidiger Grodnos, auf[66]). Sogar der Vorwurf des Verrats militärischer Geheimnisse wird erhoben: Briefe aus Berlin und Wien (wo

---

[62]) Almquist KFÅ 1937, S. 105; mit dem 24. IV. war ein Brief Schlundts datiert, K. W. von Schoning, Historisch-biographische Nachrichten zur Gesch. d. brandbg.-preußischen Artillerie, Bd I. Berlin 1844, S. 242.

[63]) P. i B., Bd. V, S. 566/7. Schlundt hatte bereits 1698 persönliche Beziehungen zur Armee Peters, s. Almquist KFÅ 1938- S. 178.

[64]) Intercessionalia; P. i B., Bd. V., Nr. 1811 und S. 728/9.

[65]) Schoning, S. 242.

[66]) Syn otečestva, 1848, H. 3, S. 25: anscheinend aus einer Denkschrift, um Ogilvy zu belasten.

Huyssen selbst damals saß und mit Menšikov korrespondierte) hätten besagt, nicht nur dort, sondern sogar den schwedischen Diplomaten wären geheime Befehle und Pläne bekannt gewesen, die Peter nur mit Ogilvy, Menšikov und einigen andern „zuverlässigen Personen" erwogen hätte. Daher wäre das Mißtrauen auf Ogilvy gefallen. — Nun sind allerdings Briefe des Feldmarschalls etwa nach Wien hinreichend bezeugt[67] und — schließlich resignierende — Klagen über den allmächtigen „Favoriten" des Zaren durchziehen sie. Der sich in seiner Handlungsfreiheit dauernd gehemmt fühlende Feldherr ließ sich darum seinerseits von seinem Argwohn zu Verdächtigungen hinreißen, daß bei Menšikov unerlaubte Verbindungen zum Feind unterhalten würden. Ogilvy in

[67] Proben in Berichten des preuß. Residenten Bartholdi, PS. vom 10. X. 1705 (Rep. I Bez. z. Kaiser Abt. I Konv. 47 A 1; ebd. 48 A 1 und 49 A 3) PS. vom 17. III. und vom 5. V. 1706. Sogar Neugebauer wußte von solchen Schreiben Ogilvy's (Kurtze Gegen-Antwort, Bl. 4). Repnin beschwerte sich bei Menšikov darüber, daß der Feldmarschall ununterbrochen korrespondiere und sie nicht davon unterrichte (Ustrjalov, Bd. IV, 1, S. 394/5). Besonders spitzte sich das Verhältnis zwischen Ogilvy und den andern russischen Generälen an der Frage zu, ob Grodno gegen den herannahenden Karl XII. gehalten werden solle oder nicht. Da die Stimmen nicht gewogen wurden, gab man sie einzeln zu Protokoll, damit Peter die Entscheidung fällen sollte (Protokoll des Kriegsrats vom 11. I. a. St. 06. P. i B., Bd. IV, 1, S. 19 ff.; falsch datiert bei Ustrj., Bd. IV, 1, S. 391/3; unstimmig bei H. E. Uddgren, De rysk-sachsiska-fälttågsplanerna för 1705—1706 års fälttåg i Polen, KFÅ 1923, S. 86). Während Menšikov noch am 11. a. St. den Feldmarschall „sächsischer Parteilichkeit" beschuldigte (P. i B., Bd. IV, 2, S. 538), verdächtigte ihn gar die von Huyssen benutzte Quelle (1848, H. 3, S. 22), daß er deswegen Grodno nicht habe räumen wollen, um näher an Wien rücken zu können. Hätte doch jetzt schon festgestanden, daß er den Dienst bei Peter quittieren wollte. Nach Ansicht seines Rivalen bei August II., des berühmten, damals sächsischen Generals Schulenburg, der mit ihm zusammenwirken sollte, aber durch sein Unglück bei Fraustadt diesen Plan vereitelte und Ogilvy zum Verlassen von Grodno zwang, ist dies wahr; Ogilvy sei schon in Grodno die erledigte sächsische Generalfeldmarschallstelle zugesagt worden (Leben und Denkwürdigkeiten, Leipzig 1834, Bd. I, S. 296).

Wie schwierig ein Zusammenarbeiten mit diesem Feldherren war, der nicht um die russischen Lebensbedingungen wußte, dafür spricht seine Forderung, der Zar solle 20 000 tüchtige und wohlbewaffnete Adlige an der Grenze zusammenziehen (P. i B., Bd. IV, 1, S. 60, Punkt 13). Peter war sicher ziemlich fassungslos, als er die Zahl las, die von dem Phantasieprodukt eines in die Hunderttausende gehenden Adelsaufgebots beeinflußt war, wie es populäre „Statistiken" dem Moskauer Staat wohl zutrauten. Aber auch auf die Antwort Peters, solche erstaunliche und in der Welt nicht erhörte Sache wäre wahrlich leicht zu schreiben und zu sagen, aber beileibe nicht zu tun, ließ der General nicht locker: Er, wie die ganze Welt sei durchdrungen gewesen, daß es möglich sei; nun müsse man aber aus der Not eine Tugend machen und eine Generalaushebung der reisigen Männer veranstalten; da sie Flinten doch nicht zu gebrauchen verständen, sollten schwere Säbel ihre Bewaffnung sein (P. i B., Bd. IV, 2, S. 594, den 9. II. 1706 aus Grodno). Wie er Peter als einen orientalischen Herrscher einschätzte, geht auch aus dem Ansinnen hervor, daß in dem löblichen Gedanken, den Nachschubverhältnissen aufzuhelfen, Hunderte von Kamelen eingesetzt werden sollten, die Peter, wenn auch sehr kaufmännisch, wirklich Miene machte zu beschaffen.

seiner Animosität gegen Menšikov hatte es als eine „besondere Fügung Gottes" angesehen, als er einer Soldatendirne habhaft wurde, die wegen ihres Pendelverkehrs zwischen dem schwedischen und russischen Lager sich in ihrer Angst sonderbar mit Spionage und heimlicher Zustellung von Briefen herauszureden suchte; sie hätte sich als Überbringerin von Briefen an und vom schwedischen König bekannt, die die Ausländer in Menšikovs Troß und die Gefangenen in Rußland anzugehen schienen[68]. Zu diesem von Ogilvy verdächtigten Personenkreis gehörte, vor allem weil er sich ohne Abschied aus dem Staube gemacht hatte, der Generalingenieur und Ritter des Andreasordens Lambert. Ein halbes Jahr nach seiner Desertion machte Lambert den Feldmarschall, der im übrigen mit den Schweden korrespondiert hätte usw., fadenscheinig genug, zum Sündenbock für seine Verfehlung.

Hinter Moirans und Voreppe (bei Grenoble) zu Hause[69], wo er einen bescheidenen Landbesitz hatte, fehlten Lambert von vornherein die Mittel, um ein Leben als Edelmann zu führen, wozu sein Abenteurerblut ihn anstachelte. Seine Versicherungen, daß er von bestem Adel sei, hatten nicht viel Glaubwürdiges an sich; denn sicher hätte er mit genaueren Beziehungen geprahlt, wenn sie nur vorhanden gewesen wären. So aber hatte er nur „drei Brüder" in nicht gerade bedeutenden französischen Rängen; gewisse Verwandte sollten Malteserritter sein usw. Um in der großen Welt auftreten zu können, blieb nur das Kriegsglück. Da Lambert von früheren Heldentaten nichts meldet, scheint er noch ziemlich jung gewesen zu sein, als er sich von dem sächsischen Gesandten Jordan in Frankreich hatte anwerben lassen. Vom livländischen Feldzug 1700 machte er noch die Belagerung von Kokenhusen mit. 1701 überließ ihn und andere seinesgleichen der König von Polen

---

[68]) P. i B., Bd. IV, 2, S. 597/99, PS. Ogilvy's aus Grodno den 2. II. 1706 an Peter. Dieser mahnte am 6. II. a. St. eindringlich, die Spionin nicht exekutieren zu lassen, wie der General vorhatte, sondern sie auf der Folter gehörig auszufragen, damit sie das Geheimnis etwaiger weiterer Verräter nicht mit ins Grab nehme. (P. i B., Bd. IV, 1, S. 59, Punkt 11.) Am. 9. II. (P. i B., Bd. IV, 2, S. 593/4) hatte Ogilvy schon eingesehen, daß die Denunziationen des Weibes nicht stichhaltig waren, weil sie diejenigen, die sie angeschwärzt hatte, nicht kannte. Nur der Leibchirurg Menšikovs, Isbrand, war ihr zum Opfer gefallen, da er in der Untersuchungshaft gestorben sein soll (Huyssen, Syn. oteč., 1848, 3, S. 23; vgl. P. i B., Bd. IV, 2, S. 597). Ogilvy nahm am 9. nur noch Gelegenheit, gegen die Schwedinnen im Troß zu eifern, die „niemals die Neigung zu ihrem Volk verloren" hätten. Hatte er doch in der ersten Hitze seiner Spionageentdeckung dem Zaren ans Herz gelegt, „Schweden und Franzosen nicht so sehr zu glauben und sie nicht bei sich zu behalten"; doch „die Ausländer besser zu behandeln und ihnen Bezahlung zu geben, damit sie nicht zur Verzweiflung kommen, woraus viel Schlimmes entstehen kann" (ebd., den 2. II., S. 599/600).

[69]) Dies, wie auch im folgenden, nach M. Posselt, Der General und Admiral Franz Lefort . . ., I. Bd. Frankfurt a. M. 1866, S. 555/6, und den Schriftstücken betr. Lambert in Intercessionalia.

dem Zaren[70]. Als „Generalingenieur" in der unmittelbaren Umgebung Peters, von dem er sich neben seinen technischen Aufgaben auch als Hofnarren gebrauchen ließ, war er an der Eroberung der Festen Nöteborg (1702), Nyenskans, der Anlage von St. Petersburg (1703) und der Belagerung Narwas 1704 beteiligt. Sein Duell 1702, mit tödlichem Ausgang für den holländischen Kapitän Pamburg, war ihm, obwohl das scharfe Zweikampfverbot unmittelbar darauf folgte, bei Peter nicht abträglich; ja diesem Duell hauptsächlich hatte Lambert es zu verdanken, daß sein Name in die europäischen Zeitungen gelangte, worauf er sich bei späterer Vorstellung gern berief. 1703 zeichnete Peter seinen Kumpan sogar unter den ersten mit dem von ihm gestifteten Andreasorden aus, so daß sich der mit der Ordensschärpe Geschmeichelte unter die moskauischen Magnaten erhoben fühlte, auch noch als er später in den europäischen Hauptstädten zu Fuß einherstolzierte — zur Unterhaltung der Müßiggänger. Wenn er sich in einem von Marlborough (im Sommer 1706) ausgestellten Paß „Généralissime ingenieur de la cavalerie" titulieren ließ, bedeutet das seine Zugehörigkeit zu Menšikovs Truppen, die Ogilvy im Gegensatz zu seiner Infanterie als „Kavallerie" abtat. Von Menšikov habe er „les ordres dans mon emploi" erhalten, schrieb Lambert auch später. Hiermit dürfte auch zusammenhängen, daß für ihn, nachdem Ogilvy den russischen Kommandostab zu führen sich angeschickt hatte, kaum noch militärische Verwendung war. In Grodno vertauschte er die Umgebung Peters wieder mit der „seines Wohltäters" August, bei dem es ihn aber auch nicht hielt. Über Sachsen, Kopenhagen, Holland seinen Weg nach Frankreich nehmend, suchte er eine neue Charge; die neue Stellung sollte aber derjenigen in Moskau entsprechen, was eine Rangerhöhung bedeutet hätte. Trotz des Krieges winkte man ihm überall ab. So war er schon ziemlich abgebrannt, als er mit dem Gesandten Matvěev im letzten Monat von dessen Verhandlungsreise in Paris wieder anzuknüpfen suchte und Matvěev teils zu einer ironischen Musterung seiner mißlichen Umstände Anlaß gab, teils ihm aber auch wegen seiner „durchtriebenen Kenntnis" moskauischer Zustände unangenehme Gedanken machte[71]. Um der Fleischtöpfe Moskaus willen, die er sich vorläufig noch nicht gänzlich verscherzt haben wollte, war zwar nicht so sehr zu befürchten, daß Lambert sich an seinem bisherigen Gönner mit Pasquillen vergreifen würde; aber

---

[70] Seine Kapitulation, nach Fühlungnahme schon seit 1700, erst vom 3. (St.?) XI. 1701 (P. i B., Bd. II, S. 397), mit dem vollen Namen: Joseph Gaspard Lambert de Guérin. Mit dem letzteren Prädikat tritt er in Konkurrenz zu dem Obersten dieses Namens (s. Almquist 1938, S. 75 ff.), der anscheinend zugleich mit ihm von August zu Peter hinüberwechselte und ebenfalls dort einen Zweikampf führte, ohne des Zaren Strenge auf sich zu ziehen; 1704 entlassen, strebte er über Danzig Neugebauer nach, wobei ihn Patkul fing — ähnlich wie Cornberg.

[71] P. i B., Bd. IV, 2, S. 1157, Paris den 6. IX. 1706.

Matvěev sollte sich darin nicht getäuscht haben, daß der flatterhafte Aufschneider seine Historien wahllos preisgeben möchte.

Es ist eigentümlich, daß der Publizist Rabener, der erste, der 1725 eine Biographie Peters in einem Zuge verfaßt hat und dabei manch apokryphes Quellenstück als historisches Material verwertete, auch auf folgenden Klatsch geraten ist. Um die plötzliche Abreise Peters von Grodno Ende 1705 plausibel zu machen, hätte man damals erzählt: daß ihn dazu „die Nachricht von einem neuen Aufstand in Moskau gezwungen, den der Czarowitz erregt, und bereits eine Armee von 100 000 Mann zusammengebracht, und auch alle Gefangenen (darunter V. V. Golicyn, den Günstling der Carevna Sof'ja) in Freiheit gesetzt hätte"[72]. Derartige Schauermärchen müssen sich damals wie Lauffeuer gejagt haben. Wenn man sich auf den Zeitzusammenhang bei Solov'ev verlassen kann[73], stieß Matvěev, als er im Herbst 1705 in Paris die Visitenkarte des neuen Rußland abgeben wollte, hier bereits auf eine Art von Roman, den man gern von ihm bestätigt zu hören wünschte: In einer Herrscherlaune hätte der Zar seinen Sohn hinzurichten befohlen. Menšikov läßt zwar die Exekution ausführen, aber an einem gemeinen Soldaten. Am andern Tag verlangt der Zar nach seinem Sohn und bekommt nur die Bestätigung seines Blutbefehls. Als er außer sich ist vor Verzweiflung, führt Menšikov den Totgeglaubten herein — zu allgemeiner Rührung —. Damit war eine Volkssage von Ivan Groznyj auf Peter übertragen[74]. Die (neueren) „Bylinen"texte lassen den Grimm des dräuenden Zaren aus der Verdächtigung seines Sohnes entspringen, daß der Verräter mit ihm an einem Tisch sitze. Die Fassung, wie sie Matvěev erfuhr, setzte sich einfach über die Motivierung hinweg. Es nimmt nun wunder, daß Lambert, der aus nächster Nähe Peters kam, die Anekdote als tatsächlich geschehen, abgesehen von der Art der Hinrichtungsprozedur, was nur ihre Erfundenheit bescheinigt, genau so wiedererzählte, als er am 19. 6. 1707 in Lyon vom Bruder des ersten großen Günstlings Peters, Lefort aus Genf, eingeladen war. So sehr es Lefort aus lebhaftem Familieninteresse um Neuigkeiten aus Moskau zu tun war, mit dieser war er noch nicht vertraut gewesen[75]. Das spricht dafür, daß in Lambert der Kolporteur

---

[72] Justus Gottfried Rabener, Leben Petri . . ., Leipzig 1725, S. 107/8.

[73] Solov'ev, Bd. III, Sp. 1326; doch scheint er die Geschichte nicht in der mehrstundigen Unterredung mit d'Iberville vorgetragen bekommen zu haben, der mit Matvěev verhandelte und darüber am 25. XI. an den Minister de Torcy berichtete (Sbornik, Bd. 34, S. 43/8).

[74] Groznyj car' Ivan Vasil'evič; Ivan Groznyj i ego syn (I. G. und sein Sohn); pokušenie na ubienie careviča (Das Attentat auf den Carevič) u. a.: Aus der reichen russischen mdl. Überlieferung nenne ich nur die Varianten in den von A. E. Hilferding 1871 verzeichneten „Onega-Bylinen", Sbornik otdělenija russkago jazyka i slovesnosti d. Kais. Akad. d. Wiss., St. Pbg., Bd. LIX; LX; LXI, 1894; 1896; und 1900, die in dem Indexband LXI, 1909, S. 16, erschlossen sind.

[75] Posselt, S. 555; anscheinend auch nicht mit dem Zwischenfall mit den Basilianermönchen in Polock (vgl. Dukmeyer, Bd. I, S. 211/3 und

dieses modernen Märchens in Wort und Schrift zu suchen ist. Denn man kann sich nicht gut vorstellen, daß er erst nach Paris kommen mußte, um es dort aufzuschnappen. Wie aber nach wiederholter Befragung die Mär bei Lambert selbst Gestalt gewann, zeigt die F o r m, die zweieinhalb Jahre später durch den Druck ans Licht trat. Sie verleugnete in „Le Prince Kouchimen (Menšikov). Histoire tartare"[76] nicht den ursprünglichen Charakter einer b r i e f l i c h e n Mitteilung; bei mündlicher Schilderung wäre Lambert, trotz eines gewissen Schemas in seinem Anekdotenvorrat, weitschweifiger gewesen. Wenn nicht in der Einleitung, in der deutlichen Bezugnahme des Autors auf Menšikovs Vorgesetztenverhältnis zu ihm, als er noch der „principal Ingénieur" des Zaren war, und in der gerechtfertigten Entschuldigung seines unliterarischen Stils gewisse Anhaltspunkte lägen, brauchte man Lamberts Verfasserschaft für die 37 Duodezseiten kaum in Anspruch zu nehmen: so wenig eigene Physiognomie haben seine Personen, die doch beglaubigte Menschen der Gegenwart darstellen sollten[77]. Ein novellistischer Übergang von der Erwähnung der bekanntesten Züge aus Peters Werdegang und Programm zur Menšikovhistorie ist in dem Werkchen durch den Kunstgriff bewerkstelligt, daß der neue Favorit durch den bisherigen, Lefort, entdeckt werden muß. Die weitere Handlung ist die, daß Menšikov sich durch Offenbarung einer Erhebung gegen den Zaren und dann durch die glückliche Auflösung des Verdachts, daß der Carevič sich gegen den Vater verschworen habe, in den Besitz des vollsten Vertrauens des Herrschers setzt. Der Carevič habe nämlich dadurch die argwöhnische Aufwallung seines Vaters auf sich gelenkt, daß keiner der „Bojaren" es gewagt hätte, Peter vorzuwerfen, wie wenig vorteilhaft ihm die Niedermetzelung der Basilianermönche vor den verbündeten Polen angestanden hätte, so daß der Carevič das Wort nehmen mußte. — Die operettenhafte Unwirklichkeit des Inhalts hat denn auch Zweifel aufkommen und bis jetzt walten lassen[78], wer eigentlich sein Gewährsmann ist. Wenn man aber zwischen Urheber und Herausgeber trennt, sieht es nicht so aus, als ob Lambert s e l b s t die Veröffentlichung vorgenommen hat, wenn man sich seine Absichten von 1707 vergegenwärtigt.

Die Reisepläne des Unsteten gingen in Lyon noch überall und

A. Deruga, Piotr Wielki a unici i unja kościelna 1700—1711 [Peter d. Gr. und die Unierten und die Kirchenunion], Instytut naukowo-badawczy Europy wschodniej sekcja historyczna, Nr. 1, Wilna 1936, Kap. II, S. 89/120).

[76] Paris 1710 [Univ. Bibl. Halle: II d 2293].

[77] Nur der Name der angeblichen Braut und des verräterischen Schwiegervaters Menšikovs tragen keinerlei Merkmale historischer Figuren der petrinischen Zeit, und Menšikov selbst vertritt einigermaßen die Rolle des rettenden Nikita=Mikita Romanovič, des Schwagers des Zaren aus dem Lied über Ivan Groznyj.

[78] Noch Jean Mélia, der sich wiederholt mit dem Abbé in Frauenkleidern François Timoléon de Choisy befaßt hat, redet von „s e i n e m P. K.".

nirgends hin: am Ende des Weges winkte immer Moskau. Als er vom Kanzler Frankreichs, Pontchartrain, zuletzt eine Ernennung zum königlichen Residenten in Moskau begehrt hatte, war er diplomatisch abschlägig beschieden worden, wenn er in Moskau sei, solle er schreiben, was dort vorgehe. Erst in Anbetracht seiner erschöpften Mittel, wie Isaak Lefort merkte, wählte er den weisesten Ausweg, sich vorerst zur Ernte nach Hause zu begeben. Der flüchtige Generalingenieur hatte also keinen Anlaß, das für ihn keineswegs gleichgültige Thema von Gnade und Ungnade des gegenwärtigen Zaren unberufen der Öffentlichkeit zu Gemüte zu führen. Weil er ja noch immer an seine Rehabilitation bei Peter dachte — wenn auch vielleicht via Menšikov —, hätte er gewiß geeignetere belletristische Mittel spielen lassen als obige „Tatarennachricht", wenn es sich wieder anzufreunden galt, zumal nach Poltava. Zitierte er doch ein paar Huldigungsverse, mit denen er dies Ereignis gefeiert hatte, als er die Folgen des „Kouchimen" für sich zu spüren bekam:

„Dans mes vastes Estats je fais fleurir les Arts
Par les soins que jay pris, en my formant moy mesme,
I'ay dressé mes sujets dans le mettier de Mars
pour soutenir mes droit(s) et ma grandeur supreme.
Mon illustre Allié persecuté du sort
Est par moy restably dans sa splandeur premiere.
Et dans vn seul Combat ou je fus le plus fort
j'ay Confondu lorgueil du jeune temeraire
qui voulait renuerser tous les trosnes du Nord".

Die widersprechenden bibliographischen Angaben, die den „Kouchimen" dem Abbé de Choisy, Mitglied der frz. Akademie, zuschreiben, erklären sich also am einfachsten dadurch, daß dieser die orthographische Redaktion und höchstens die tatarische Einkleidung bei der Herausgabe eines Briefes Lamberts vorgenommen hat. (Denn die zweite größere, „neapolitanische" Geschichte desselben Bändchens hat mit dem Ingenieur nichts zu tun.)

Das Werkchen, dessen Silbenanagramm natürlich sofort verstanden wurde[79], passierte in Paris die Zensur des Akademikers Fontenelle am 9. 1. 1710[80], wohl weil der Inhalt nun romanhaft genug schien[81]. Für die Emissäre des Zaren war das „Pamphlet"

---

[79] Neuer Buchersaal der gelehrten Welt, hg. in Leipzig von J. G. Krause, 1710, 3. „Öffnung", S. 270/1.

[80] S. 150: „par ordre de Monseigneur le Chancellier" (Pontchartrain), dem gemaß dem kgl. Privileg fur den Buchhandler J. Estienne vom 23. II. auch ein Pflichtexemplar geliefert wurde.

[81] Der spatere frz. Gesandte in St. Pbg. Campredon urteilt so in seinen „Mémoires secrets pour servir à l'histoire de la Cour de Russie" (hg. von Th. Hallez, Paris 1853 als Pseudo-Villebois, S. 146); er hatte die verbreitetste Auflage, Amsterdam 1713, gelesen, der noch eine weitere folgen sollte, ungerechnet die sonstige Verwendung des Stoffes.

ein Grund mehr, auf Lambert ein wachsames Auge zu haben. Der Gesandte von der Lith behauptete sogar, ihm habe eine Anweisung „von Hofe" vorgelegen, als er am 5. April 1711 den Ingenieur in Berlin von der Straße weg verhaften und ihm den Andreasorden abnehmen ließ. Der Überfallene, der sich dessen nicht versehen hatte, war nun belehrt, „daß man anscheinend in Moskau nichts mehr von ihm wolle", wie er dem preußischen Feldmarschall Wartensleben am 7. beteuerte. Er erklärte, das sei zwar bedauerlich für den Zaren, aber nun — da er auf eine Anstellung in Venedig hoffe — wünsche er „un Conget absolu" aus dessen Dienst, selbst wenn der Gesandte verlange, daß er auf seine „Titel" verzichten müsse. Dies Schreiben wurde von der Lith zur Verfügung gestellt, der aber schon eins „in dergleichen terminis" von Lambert empfangen hatte: als stehe der „in denen Gedancken, daß ich alleine ursach seiner arrestirung sei". Wie im Fall Cornberg wurde von dem zarischen Diplomaten ersucht, bis auf nähere Order den Häftling zu „verwahren".

Während Lambert in dieser Korrespondenz sich scheinbar demütig verhielt, um den Zimmerarrest in seinem Quartier nicht zu verschärfen, hatte er Mittel und Wege gefunden, sich allem weiteren zu entziehen. Mit einem Paß, den der Baron Zeffiri für sich unter falschem Namen und zu einer vorgeschützten Reise gelöst hatte, ausgestattet, brachte er es durch seine Frau fertig, daß die Wache ihn in der Nacht vom 15. zum 16. unbehelligt ließ, und räumte also das Lokal mittels einer Strickleiter behend genug für seine „mittelmäßige, etwas corpulente Statur" und „etwas trieffenden Augen", die ihm der Steckbrief in aller Höflichkeit nachsagte. Sehr zu spät, erst am nächsten Nachmittag, erfuhr der Major du jour den Schaden, den die Leute auf der Straße schon des Morgens wußten. Die Verfolgung, die man zuerst dem russischen Gesandten überlassen wollte, setzte auf den drei möglichen Ausfallstraßen erst am 19. ein; aber nur in der Richtung nach Vorpommern mit einem „Expressen", der seinen ergebnislosen Kurs treulich bis zum 29. bescheinigen ließ, während der Ausreißer sich schon über Sachsen in Sicherheit gebracht hatte. Die Steckbriefe nach Leipzig und Hamburg hatte man der Post anvertraut, — sie gingen verloren. Als von der Lith auch in Leipzig um Sistierung des Deserteurs und Pasquillanten „wider Ihre Tzarische Majestät Hof, und sonderlich den Fürsten Menschikov" anhielt, war der Gesuchte längst über die Berge nach Prag[82] und weiter südwärts, wie er es vorgehabt hatte. Möglicherweise stimmte also seine Hoffnung auf venezianische Dienste, die er Freunden in Hannover verdanken wollte. Danach ist Lambert gänzlich untergetaucht, ohne Moskau — „ce pays la" — vergessen zu können, wie er 1711 gelobt hatte, so daß er aus Livorno 1715 seiner ersten Liebe noch

[82] Posselt, S. 554.

ein letztes, fruchtloses Angebot machte[83]. Das ist der Unterschied Lamberts zu den von Almquist betrachteten Eiferern, die, von Peters Rußland abgestoßen, einen vollständigen Frontwechsel vornahmen.

Die flatterhaften Gestalten, die sich von dem unwirtlichen Kolonialboden — als solchen muß man das petrinische Rußland werten — anlocken ließen, haben ihm, außer nicht unverschuldeter, schnöder Behandlung, wenigstens das Andenken zu verdanken: Der petrinische Umbruch spülte sie in einem geschichtlichen Augenblick an die Oberfläche, während man sonst über diese Episoden schon längst zur Tagesordnung übergegangen wäre.

---

[83] Nach D. N. Bantyš-Kamenskij, Istoričeskoe sobranie spiskov kavalerov Rossijskich ordenov, (Historische Sammlung von Verzeichnissen russischer Ordensritter), St. Pbg. 1814, S. 67. J. L. d'Usson de Bonnac, der 1701/7 frz. Gesandter bei Karl XII. gewesen war, teilt mit, daß die Franzosen sich unbeliebt gemacht hatten „dans ce Pays-la par l'extravagance des premiers qui y allerent" (Histoire intéressante ou relation des guerres du Nord . . . 1700—1710, Hamburg 1756, S. 100).

STANISŁAW ZAJĄCZKOWSKI

DIE GESCHICHTE LITAUENS BIS 1386 IN DER POLNISCHEN GESCHICHTSSCHREIBUNG DER LETZTEN 20 JAHRE

Die Entwicklung der historischen Forschungen in Polen im 19. Jh. brachte es mit sich, daß die polnischen Historiker sich immer mehr für die Geschichte Litauens zu interessieren begannen. Es wurde als eine selbstverständliche Aufgabe der polnischen historischen Forschung angesehen, die Vergangenheit des litauischen Volkes, welches mit Polen seit 1386 so innig verbunden war, im ganzen zu erforschen und kennen zu lernen. Somit wurde auch die ältere Geschichte Litauens, d. h. die Periode des ganz selbständigen, im Heidentum befindlichen litauischen Staates bis 1386 in den Forschungsbereich der polnischen Historiker einbezogen.

Das geschah aber allmählich. Schon in der ersten Hälfte des 19. Jh.s haben wir die großen zusammenfassenden Darstellungen der politischen Geschichte Litauens und der inneren Verhältnisse dieses Staates, verfaßt von J. Lelewel, T. Narbutt, J. I. Kraszewski, J. Jaroszewicz usw.; selbstverständlich wurde darin die ältere Periode der litauischen Geschichte berücksichtigt. In den folgenden Jahren erschienen die seinerzeit tadellosen Arbeiten K. Stadnickis über die Genealogie der im 14. Jh. in Litauen regierenden Gediminendynastie. Daneben wurden auch die ersten die litauische mittelalterliche Geschichte (13.—15. Jh.) betreffenden Urkundenbücher des Grafen Raczyński und Prof. Daniłowicz veröffentlicht. All das war nur der Anfang. Der große Aufschwung der Forschungen polnischer Historiker auf dem Gebiete sowohl der Geschichte Litauens im allgemeinen als auch der älteren (heidnischen) Periode derselben erfolgte aber im letzten Viertel des 19. Jh.s. Er wurde hervorgerufen durch den in diese Zeit (um 1885/6) fallenden Jahrestag des ersten polnisch-litauischen Vertrages, geschlossen in Krewo im Jahre 1385 (sog. Union von Krewo), welcher die Vereinigung Polens mit Litauen zustande gebracht und in der Entwicklung beider Staaten und Nationen eine neue Epoche geschaffen hatte. Damals erschienen die großen Urkunden- und Brief-Sammlungen

von A. Prochaska, J. Szujski, A. Sokołowski und A. Lewicki, grundlegend für die Forschungen auf dem Gebiete der Geschichte Polens und Litauens in der Regierungszeit des Königs Władysław Jagiełło (1386—1434) und seines Bruders Witold, Großfürsten von Litauen (1401—1430), sowie die ersten vorzüglichen Arbeiten von S. Smolka und A. Lewicki über das Problem der polnisch-litauischen Union. Indem die genannten Gelehrten die Gründe der Union zu erforschen und festzustellen versuchten, waren sie selbstverständlich gezwungen, in die ältere litauische Geschichte einzudringen; somit haben sie auch manches zur Kenntnis dieser Periode in ihren Werken beigetragen. Gleichzeitig aber traten die polnischen Historiker unmittelbar an die Erforschung der vorhergehenden (heidnischen) Periode der litauischen Geschichte heran. Es erschienen also die Studien Smolkas und F. Konecznys über die wechselseitigen Verhältnisse der führenden Persönlichkeiten in Litauen vor und um die Zeit des Vertrages von Krewo (Kiejstut, Jagiełło und Witold). Etwas später gab J. Latkowski eine Monographie über den ersten historischen litauischen Herrscher, Mindowe (1219—1263), heraus. Daran schloß sich später eine ganze Reihe kleinerer Studien und Beiträge aus dem Gebiete der litauischen Geschichte des 13. und 14. Jh.s von A. Prochaska, W. Kętrzyński, J. Wolff, K. Chodynicki, W. Kamieniecki, L. Krzywicki u. a. Die auf diesem Wege erzielten Ergebnisse wurden im Jahre 1912 in der Arbeit A. Prochaskas „Von Mindowe bis Jagiełło"[1] zusammengefaßt und durch eigene Forschungen vervollständigt. Das war die erste moderne polnische, leider aber nicht ganz einwandfreie Darstellung der älteren litauischen Geschichte.

Die Wiederherstellung des polnischen Staates nach dem Weltkriege schuf neue Möglichkeiten und Grundlagen für eine weitere, jetzt bedeutend intensivere Entwicklung der historischen Forschungen in Polen. Selbstverständlich wurde jetzt die ältere Geschichte Litauens von den polnischen Historikern keineswegs außer acht gelassen. Im Gegenteil: in der polnischen Wissenschaft wurde das Interesse für die Vergangenheit des Volkes, welches mit Polen so lange zusammengelebt hatte, immer reger. Zwar erschienen im ersten Jahrzehnt nach dem Kriege nur wenige polnische Arbeiten auf dem Gebiete der älteren Geschichte Litauens. Den Wendepunkt bildete aber das Jahr 1930. In diesem Jahre wurde der 5. allgemeine polnische Historikertag abgehalten, welcher sich auch im großen Umfange mit den Problemen der litauischen Geschichte befaßte[2]. Außerdem traten um diese Zeit zwei junge polnische Historiker auf, nämlich H. Łowmiański und H. Paszkiewicz, welche die ältere Geschichte Litauens zum Haupt-

[1] Od Mendoga do Jagiełły. (Litwa i Ruś, 1912.)
[2] Vgl. Pamiętnik V powszechnego zjazdu historyków polskich w Warszawie (Gedenkbuch des 5. allgemeinen polnischen Historikertages in Warschau), Bd. 1, 2. Lemberg 1930/31.

gegenstande ihrer Forschungen gemacht hatten, durch deren Ergebnisse sie viel Leben in die Wissenschaft hineinbrachten und einen lebhaften Gedankenaustausch hervorriefen. Der erste von ihnen hatte sich in seinen „Studien über die Anfänge der litauischen Gesellschaft und des litauischen Staates"[3]) zur Aufgabe gestellt, die inneren Verhältnisse und Einrichtungen Alt-Litauens zu erforschen. Auf diesem Wege versuchte er eine feste Grundlage für das Studium der späteren Perioden der litauischen Geschichte zu schaffen und damit den Schlüssel zum Verständnis rein politischer Vorgänge zu gewinnen. Paszkiewicz dagegen wandte seine Aufmerksamkeit ausschließlich den politischen Problemen der älteren Geschichte Litauens zu. Das wichtigste Ergebnis seiner Forschungen auf diesem Gebiete ist seine große Arbeit unter dem Titel „Die Jagiellonen und Moskau", deren erster Band die Probleme der Entstehung des litauischen Staates und der litauischen Ostpolitik bis 1382 eingehend behandelt[4]). Im engsten Zusammenhange damit entstanden seine Regesten zur litauischen Geschichte[5]), eine sorgfältige Zusammenstellung aller historiographischen und urkundlichen Quellenzeugnisse zur Geschichte Litauens bis 1315, deren Fortsetzung z. Zt. unter der Leitung Prof. Haleckis im Gange ist.

Neben diesen beiden Forschern befaßte sich mit den Problemen auf diesem Gebiete, zwar nicht ausschließlich, aber wohl erfolgreich, eine ganze Reihe anderer Gelehrter mit mancherlei neuen Ergebnissen. Ihre Namen werden unten an entsprechender Stelle genannt. Daher ist auf dem Gebiete der älteren litauischen Geschichte die polnische historische Wissenschaft von der modernen, stark aufstrebenden litauischen bis jetzt noch nicht überholt worden.

Versuchen wir nun alle diejenigen Probleme auf dem Gebiete der älteren litauischen Geschichte, welche in den zwei letzten Jahrzehnten in der polnischen historischen Wissenschaft behandelt worden sind, in chronologischer Ordnung aufzuzählen und zu besprechen. Versuchen wir weiter darzulegen, was in diesem Zeitraume von den polnischen Historikern geleistet wurde und was noch zu leisten bleibt. Zuvörderst aber sei zur Orientierung eine summarische Übersicht der älteren litauischen Geschichte vorausgeschickt.

Die Geschichte Litauens beginnt im Anfang des 13. Jh.s mit dem Auftreten Mindowes, des ersten historischen litauischen Herrschers,

---

[3]) Studja nad początkami społeczeństwa i państwa litewskiego. Bd. 1, 2. Wilna 1931/32.

[4]) Jagiellonowie i Moskwa. Bd. 1: Litwa a Moskwa w XIII i XIV wieku (Die Jagiellonen und Moskau. Bd. 1: Litauen und Moskau im 13. und 14. Jh.). Warschau 1933.

[5]) Regesta Lithuaniae ab origine usque ad Magni Ducatus cum Regno Poloniae unionem. Tomus primus tempora usque ad annum 1315 complectens. Warschau 1930.

welcher zum ersten Mal in den Quellen im Jahre 1219 erscheint. Frühere Zeiten, welche jetzt in der Wissenschaft unter der Bezeichnung „Stammesperiode" zusammengefaßt werden, sind uns aus unmittelbaren Quellennachrichten sehr wenig bekannt; fast alles, was wir von diesem Zeitraume wissen, wurde auf dem Wege des Analogie- und Rückschluß-Verfahrens erschlossen. Mindowe brachte um die Mitte des 13. Jh.s die Vereinigung der kleinen in Litauen vorhandenen Organismen zustande, und auf diese Weise gründete er einen einheitlichen litauischen Staat. Durch äußere Umstände gezwungen, knüpfte er nähere Verhältnisse mit dem christlichen Europa (Deutscher Orden und römische Kurie) an, was aber große Schwierigkeiten für ihn erstehen ließ und ihn schließlich zum Bruch mit dem Christentum führte. Nach seinem Tode 1263 begann in Litauen eine Periode der inneren Wirren, wobei oft Thronwechsel stattfanden. Nach dem Ableben Trojdens 1282 bricht überhaupt in den Quellen die Reihe der litauischen Herrscher ab. Erst gegen Ende des 13. Jh.s tauchen nacheinander zwei Herrscher (Pukuwer und Witenes) auf, welche ganz bestimmt als Gründer der anfangs in Litauen und später seit 1386 bis 1572 in Polen regierenden Gediminen- oder Jagiellonen-Dynastie angesehen werden können. Aus dieser Dynastie stammte der Großfürst Gedimin (1316—1341), welcher die Macht des litauischen Staates bedeutend festigte, seine politisch-territoriale Expansion in den russischen Ländern zu entwickeln begann und seine Stellung dem Deutschen Orden gegenüber behauptete. Nach dem Tode Gedimins wurde der litauische Staat unter seine sieben Söhne geteilt, von denen Jawnut, zu seinem Nachfolger designiert, die großfürstliche Würde und Wilna in Besitz genommen hatte. Derselbe wurde aber 1345 von seinen zwei Brüdern Olgierd und Kiejstut abgesetzt. An die Spitze Litauens trat jetzt Olgierd als Großfürst, Kiejstut dagegen erhielt eine besondere Stellung unter allen anderen Brüdern und wurde zum Mitarbeiter und Helfer Olgierds. Die Hauptaufgabe Kiejstuts bestand in der Führung des Kampfes gegen die Ritter des Deutschen Ordens, welche seit 1283 ununterbrochen Samaiten zu unterwerfen trachteten und zugleich die Westgrenzen des litauischen Staates bedrohten. Diese Aufgabe erfüllte Kiejstut treu und mannhaft, obwohl der Druck der Ordensritter im Laufe der Zeit immer größer wurde und die Litauer manche blutige Niederlage dabei erlitten; dadurch aber wurde für Olgierd die Möglichkeit geschaffen, eine intensivere Ostpolitik auf der russischen Ebene zu entwickeln. Dem stolzen Losungswort Olgierds: „Ganz Rußland muß einfach den Litauern gehören", folgten seine großen Eroberungen im Flußgebiet des Dnjepr und der oberen Düna und noch weiter gegen Osten; dadurch aber geriet er in Konflikt mit dem Moskauer Großfürsten, welcher im 14. Jh. auch als „Sammler" der russischen Länder aufzutreten begann. Der moskauisch-litauische Antagonismus trat nun sowohl auf dem Gebiete der politisch-territorialen als auch der kirchlichen Fragen

in Erscheinung. Gleichzeitig verfiel Litauen in einen langjährigen Krieg mit Polen wegen der wolhynisch-rotrussischen Länder. Somit war der Ring der Feinde Litauens (der Deutsche Orden, Moskau und Polen) gegen Ende der Regierung Olgierds fast ganz geschlossen.

Die politische Lage Litauens wurde noch unsicherer, als nach dem Tode Olgierds (1377) innere Wirren und Konflikte dynastischer Natur ausbrachen. Es ist also als ein großes Verdienst des neuen litauischen Großfürsten Jagiełło anzusehen, daß er sich kühn entschloß, ein näheres Verhältnis mit Polen einzugehen, was zur Vereinigung beider Staaten 1385/6 und zur Christianisierung Litauens führte. Damit schließt die erste (heidnische) Periode der Geschichte Litauens, welche seitdem eng mit der polnischen Geschichte verbunden ist.

Diese Periode der litauischen Geschichte war bis zum Weltkriege fast ausschließlich Domäne der polnischen historischen Wissenschaft; die deutschen und russischen Historiker haben nur wenig dazu beigetragen. Nach dem Kriege wurde die Tätigkeit der polnischen Forscher in dieser Richtung noch reger, da die Wiederherstellung des polnischen Staates günstige Umstände für den Fortschritt historischer Studien in Polen im allgemeinen geschaffen hatte. Daneben aber trat jetzt wetteifernd die junge historische Wissenschaft des wiederaufgebauten litauischen Staates, welche selbstverständlich ihre Aufmerksamkeit der Vergangenheit des eigenen Volkes zuwandte. Da den polnischen Historikern die litauische Sprache fast ganz fremd war, waren sie nicht imstande, die Resultate der Forschungen ihrer litauischen Kollegen entsprechend auszuwerten, und demzufolge waren sie gezwungen, alle Probleme der litauischen Geschichte ganz selbständig zu bearbeiten. Trotzdem aber muß jeder Unvoreingenommene die Leistungen der polnischen Wissenschaft auf dem Gebiete der heidnischen Periode der litauischen Geschichte hoch veranschlagen.

Die obige Behauptung wird schon bestätigt, wenn man den Anteil der polnischen historischen Wissenschaft an der Erforschung der Stammesperiode der litauischen Geschichte zu bestimmen versucht. Abgesehen von zwei kleinen Beiträgen F. Bujaks über die ältesten wechselseitigen Beziehungen der germanischen und litauischen Stämme sowie über das Verhältnis der Litauer und Altpreußen zur Ostsee[6], ist in dieser Hinsicht das oben erwähnte Werk H. Łowmiańskis über die Anfänge der litauischen Gesellschaft und des litauischen Staates zu nennen. Auf Grund eines umfangreichen Materials, welches sowohl aus den

[6] O stosunkach plemion litewskich z germańskiemi. (Sprawozdania Akademji Umiejętności w Krakowie, 1923, I.) [Dasselbe u. d. T.: Sur les rapports entre les peuplades germaniques et lithuaniennes. — La Pologne au IV congrès int. des sciences historiques, Oslo 1928. Warschau 1930]; Prusacy i Litwini a Bałtyk. Pamiętnik V powsz. zjazdu historyków polskich, Bd. 2.

ältesten historiographischen Quellen unmittelbar geschöpft als auch auf Grund der späteren Quellen, mit Hilfe des Analogie- und regressiven Verfahrens erschlossen wurde, hat der Verfasser darin das Gesamtbild der Siedlung der Litauer und ihrer wirtschaftlichen, sozialen und verfassungspolitischen Verhältnisse in der Stammesperiode gezeichnet; auf diese Weise hat er manche Anhaltspunkte zur Lösung der von ihm weiter behandelten Frage, wie der litauische Staat aufgebaut wurde, zu gewinnen versucht. Die Stammesperiode betrifft auch die ganze Literatur (J. Jakubowski, M. Walicki, J. Jodkowski, M. Limanowski usw.)[7], welche im Anschluß an die Ergebnisse der archäologischen Ausgrabungen in Grodno in den letzten Jahren entstand und welche die Anfänge dieser Stadt in das 11. und 12. Jh. bzw. noch weiter rückwärts zu verlegen sich bemüht.

Das Problem der Entstehung des litauischen Staates wurde nur von den polnischen Historikern aufgeworfen und gründlich erörtert. Den Ausgangspunkt der Forschungen bildet hier vor allem die Nachricht der sog. wolhynischen Chronik über den Friedensvertrag zwischen den südrussischen und litauischen Fürsten (knjazi) im J. 1219; bei dieser Gelegenheit werden die Namen vieler litauischer Fürsten genannt und die wechselseitigen Beziehungen derselben, sowohl politischer wie auch verwandtschaftlicher Natur, berührt. J. Latkowski, welcher sich noch in der Vorkriegszeit mit diesem Problem befaßte[8], stellte die Behauptung auf, daß die Entstehung des litauischen Staates der Tätigkeit Mindowes zu verdanken sei, indem derselbe die in Litauen vorhandenen Kleinfürstentümer im zweiten Viertel des 13. Jh.s zu einem Ganzen vereinigt habe. Die Auffassung Latkowskis ist in der Wissenschaft vor dem Kriege herrschend geworden, sie wurde auch später von F. Papée in einem Aufsatze von 1927 über die Anfänge Litauens anerkannt[9]).

Drei Jahre später trat aber auf dem 5. polnischen Historikertage H. Paszkiewicz mit einer neuen Hypothese über die Anfänge des litauischen Staates auf[10], welche er nachher in seiner Arbeit über die Jagiellonen und Moskau etwas modifiziert und endgültig ausgebaut hat. Auf Grund einer Analyse der Quellennach-

---

[7]) Jakubowski, J., Gdzie leżało „Horodno" hipackiego latopisu (Wo lag das „Horodno" der Hypatios-Chronik). Ateneum Wileńskie 7 (1930); Walicki, M., Cerkiew św. Borysa i Gleba na Kołoży pod Grodnem (Die orthodoxe Borys-Gleb-Kirche auf dem Kołoża-Berge bei Grodno). Warschau 1929; Jodkowski, J., Grodno wczesnośredniowieczne w świetle prac wykopaliskowych na królewskim Starym Zamku w Grodnie w latach 1932 i 1933 (Das fruhmittelalterliche Grodno im Lichte der Ausgrabungsarbeiten auf dem Berge des alten koniglichen Schlosses in Grodno in den J. 1932 u. 1933). Przegląd Historyczno-Wojskowy 7 (1934).

[8]) Mendog (Mindowe). Rozprawy Akademji Umiejętności. Wydział historyczno-filozoficzny. Bd. 28 (1892).

[9]) Początki Litwy. Kwartalnik Historyczny 41 (1927).

[10]) Litwa przed Mendogiem (Litauen vor Mindowe). Pamiętnik V powsz. zjazdu historyków polskich, Bd. 1.

richt über das Jahr 1219 behauptet Paszkiewicz, daß der litauische Staat viel früher entstanden und dann unter die Mitglieder der herrschenden Dynastie geteilt worden sei. Das genannte Quellenzeugnis von 1219 zeige Litauen in der Periode der Teilfürstentümer, welche später zwischen 1236—1239 Mindowe unter seine Gewalt brachte. Nach Paszkiewicz ist also Mindowe kein Gründer des litauischen Staates, sondern er hat nur die Einheit des zuvor geteilten Staates wiederhergestellt. Der Einfluß der litauischen Expansion in den russischen Ländern auf den Fortgang dieses Unifikationsprozesses wurde von demselben Forscher in einem anderen Aufsatze stark betont[11].

Anders wurde das Problem der Bildung des litauischen Staates von Łowmiański in seinen Studien über die Anfänge der litauischen Gesellschaft und des litauischen Staates gelöst. Er macht seine Rekonstruktion der inneren Verhältnisse Litauens in der Stammesperiode zum Ausgangspunkt der Erwägungen. In dieser Zeit sieht Łowmiański keine kleinen Fürsten; die unter 1219 genannten knjazi sind also, nach seiner Anschauung, keine Fürsten, sondern Anführer der Gefolgschaften (družyna). Einer von diesen sei Mindowe gewesen, welcher mit Hilfe seiner Gefolgschaft ganz Litauen unter seine Gewalt gebracht und der unterjochten Bevölkerung finanzielle Lasten zur Erhaltung seiner Krieger aufgebürdet habe. Dieses Werk sei von Mindowe erst in den Jahren 1254—1258 vollbracht, und zwar in Anlehnung an den Deutschen Orden, dessen Einfluß auf den Bildungsprozeß des litauischen Staates Łowmiański hoch zu bewerten geneigt ist.

In der Wissenschaft gibt es also z. Zt. zwei Rekonstruktionen des Bildungsprozesses des litauischen Staates; beide sind mit großer Erudition und auf Grund ernster Argumentation aufgebaut, trotzdem aber sind sie nicht ganz einwandfrei. Bei Paszkiewicz ist der Unterbau der Rekonstruktion allzu hypothetisch, während bei Łowmiański manche auf Grund des Analogie- und regressiven Verfahrens erschlossenen Momente, die hier als Ausgangspunkte seiner Rekonstruktion verwandt werden, doch nicht völlig sicher sind. Die früher herrschenden Anschauungen Latkowskis können, als schon veraltet, heute für eine Rekonstruktion nicht mehr in Betracht gezogen werden. Es ist aber z. Zt. unzulässig, sich zugunsten einer der beiden oben genannten Rekonstruktionen ganz bestimmt auszusprechen, man muß also das Problem der Entstehung des litauischen Staates als nicht endgültig gelöst ansehen.

Eine ganz abweichende Auffassung der Anfänge des litauischen Staates ist neulich von J. Puzyna angekündigt worden, welcher eine größere Arbeit über Litauen vor dem Auftreten Mindowes vorbereitet und schon einen Teil derselben, über die Tatareneinfälle

---

[11]) Z zagadnień ustrojowych Litwy przedchrześcijańskiej (Über Verfassungsfragen des vorchristlichen Litauens). Kwartalnik Historyczny 44 (1930).

in Litauen von 1238—1243 publiziert hat[12]. Das Charakteristische dieser Auffassung beruht darauf, daß Puzyna seine Rekonstruktion auf der späteren, im 15. und 16. Jh. entworfenen und im sog. Latopis litewski (Litauische Chronik) kodifizierten Darstellung der ältesten litauischen Geschichte basiert. Die wissenschaftliche Kritik hat sich darüber bisher noch nicht endgültig ausgesprochen.

Die Regierungszeit Mindowes wurde noch in der Zeit vor dem Weltkriege eingehend behandelt, sowohl in den zusammenfassenden Monographien Latkowskis und des litauischen Gelehrten Totoraitis, als auch in den Beiträgen von W. Kętrzyński, A. Prochaska, L. Krzywicki usw. Die letzten Jahre brachten in dieser Beziehung neue Arbeiten und zwar die Studien S. Zajączkowskis über Samaiten im 13. Jh. und dessen Verhältnis zur Monarchie Mindowes, dann die Abhandlungen K. Maleczyńskis über die Frage der Authentizität der Urkunden Mindowes für den Deutschen Orden[13]. Selbstverständlich gehören hierher auch die entsprechenden Teile der beiden oben genannten Arbeiten Łowmiańskis und Paszkiewiczs. Der letztgenannte Gelehrte hat in seinem Werke über die Jagiellonen und Moskau das weitere Geschick Litauens und das Auftauchen der Gediminendynastie behandelt. Neben ihm befaßten sich mit dem letzten dieser beiden Probleme auch andere polnische Historiker, nämlich K. Chodynicki, S. Zajączkowski und J. Puzyna[14], welche die Frage der Herkunft der Gediminendynastie aus Samaiten oder ihrer Abstammung von der früher herrschenden Familie Mindowes diskutierten. Der zweite von den genannten Forschern hat im Anschluß daran die verfassungs- und territorial-politischen Verhältnisse Samaitens im 13. und 14. Jh. aufzuhellen versucht.

---

[12]) W sprawie pierwszych walk Litwinów z Tatarami o Ruś w latach 1238—1243 (Über die ersten Kämpfe der Litauer mit den Tataren um Rußland 1238—1243). Przegląd Historyczno-Wojskowy 9 (1937).

[13]) Zajączkowski, S., Studja nad dziejami Żmudzi wieku XIII. (Studien zur Geschichte Samaitens im 13. Jh.). Lemberg 1925; Maleczyński, K., Sprawa chrztu i apostazji Mendoga w świetle krytyki dokumentów (Die Frage der Taufe und Apostasie Mindowes im Lichte der Urkundenkritik). Pamiętnik VI powsz. zjazdu historyków polskich w Wilnie, Bd. 1. Lemberg 1935; ders., W. sprawie autentyczności dokumentów Mendoga z lat 1253—1261 (Über die Authentizität der Urkunden Mindowes aus den Jahren 1253—1261). Ateneum Wileńskie 11 (1936).

[14]) Chodynicki, K., Geneza dynastji Giedymina (Die Entstehung der Gediminendynastie). Kwartalnik Historyczny 40 (1926); Zajączkowski, S., Przyczynki do hipotezy o pochodzeniu dynastji Giedymina ze Żmudzi (Beiträge zur Hypothese über die Herkunft der Gediminendynastie aus Samaiten). Ateneum Wileńskie 4 (1927); Puzyna, J., Kim był i jak się naprawdę nazywał Pukuwer, ojciec Giedymina (Wer war und wie hieß tatsächlich Pukuwer, Gedimins Vater). Ateneum Wileńskie 10 (1935); Zajączkowski, S., Die Rezension der vorhergenannten Arbeit Puzynas in Kwartalnik Historyczny 50 (1936); Puzyna, J., Sukcesorowie Trojdena (Trojdens Nachfolger). Ateneum Wileńskie 13 (1938).

Zur Regierungszeit Gedimins ist zuerst ein Beitrag S. Zajączkowskis über das polnisch-litauische Bündnis von 1325 und dessen Entstehung zu nennen, worin der Verf. die früheren polnisch-litauischen Beziehungen zusammenfassend dargestellt und die Annexion des späteren Podlachiens durch die Litauer in Zusammenhang mit diesem Bündnisse gebracht hat[15]. Dagegen erklärte sich Paszkiewicz, was eine Polemik zwischen den beiden Forschern nach sich zog, welche aber nicht zur endgültigen Klärung der Frage gelangen konnten[16]. Die politische Expansion Litauens in den russischen Ländern zur Zeit Gedimins und Olgierds hat Paszkiewicz in zwei Arbeiten allseitig behandelt. Seine Arbeit über die Jagiellonen und Moskau gibt ein Gesamtbild von der litauischen Ostpolitik gegenüber Moskau bis 1382. Wertvolle Beiträge dazu sind in den Arbeiten S. M. Kuczyńskis zu finden, welcher die russisch-litauischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 14. Jh.s und außerdem die Geschichte der russischen Länder Černigov und Severien unter litauischer Herrschaft umfangreich behandelt hat[17]. Die litauische Expansion nach Südosten, der Kampf Litauens mit Polen um die wolhynisch-rotrussischen Länder wird von Paszkiewicz in seiner Arbeit über „die russische Politik König Kasimirs des Großen" dargestellt[18]. Die Ergebnisse der Forschungen Paszkiewiczs wurden von anderen Forschern vervollständigt und weiter ausgearbeitet. Vor allem ist hier die ganze Literatur zu nennen, welche die Geschichte des von Korjat, einem der Söhne Gedimins, abstammenden Zweiges der Gediminendynastie, der sog. Korjatoviči und die Frage der Einsetzung derselben in Podolien behandelt. Die Reihe der Spezialarbeiten über diese Frage hat J. Puzyna eröffnet, indem er seine Forschungen über die Nachkommenschaft der Söhne Gedimins Narimunt und Korjat fortführend, direkt zur Erforschung der podolischen Frage überging[19]. Zu ihm gesellte sich Kuczyński mit seinem Beitrage über die Schlacht am Flusse Sine Wody (d. h. „Blauwasser"),

---

[15]) Przymierze polsko-litewskie 1325 r. (Das polnisch-litauische Bundnis vom Jahre 1325). Kwartalnik Historyczny 40 (1926).

[16]) Paszkiewicz, H., Z dziejów Podlasia w XIV wieku (Zur Geschichte Podlachiens im 14. Jh.). Kwartalnik Historyczny 42 (1928); Zajączkowski, S., W sprawie zajęcia Podlasia przez Giedymina (Zur Frage der Einnahme Podlachiens durch Gedimin). Ateneum Wileńskie 6 (1929).

[17]) Antymoskiewska inicjatywa Litwy w drugiej połowie XIV wieku (Die antimoskauische Initiative Lıtauens in der zweıten Halfte des 14. Jh.s). Polityka narodów, Jg. 1936; Ziemie czernihowsko-siewierskie pod rządami Litwy (Die Lander Černigov und Severien unter litauischer Herrschaft). Warschau 1936.

[18]) Polityka ruska Kazimierza Wielkiego. Warschau 1925.

[19]) Puzyna, J., Narymunt Gedyminowicz. Miesięcznik Heraldyczny 9 (1930); ders., Potomstwo Narymunta Gedyminowicza (Die Nachkommenschaft Narimunts, des Sohnes Gedimins). Miesięcznik Heraldyczny 10, 11 (1931, 1932); ders., Korjat i Korjatowicze. Ateneum Wileńskie 7 (1930); ders., Korjat i Korjatowicze oraz sprawa podolska (Korjat, die Korjatoviči und die Frage Podoliens). Ateneum Wileńskie 11 (1936).

dann O. Halecki und Paszkiewicz, welche in ihren Abhandlungen über die Entstehung des Vertrages von Krewo die Frage Podoliens und der Korjatoviči weitgehend berücksichtigten[20]. Diese Literatur hat neulich S. Krakowski zusammengestellt, später aber erschienen noch zwei polemische Aufsätze von Puzyna und Paszkiewicz, worin viele Einzelheiten aus der Geschichte der Korjatoviči und Podoliens im 14. Jh. diskutiert worden sind[21].

Im Zusammenhang mit der litauischen Ostpolitik standen die Angelegenheiten der russischen Kirche, welche im 14. Jh. ihre Bekenner auch innerhalb der Grenzen des litauischen Staates hatte. Das zwang wiederum den Großfürsten von Litauen, eine eigene Kirchenpolitik zu entwickeln und für seine christlichen Untertanen eine abgesonderte, von Moskau unabhängige Kirchenorganisation zu schaffen. Alle diese Probleme werden von K. Chodynicki in seiner großen Arbeit über die russische Kirche und Polen summarisch behandelt[22].

Die letzten Jahre unmittelbar vor dem Vertrage von Krewo, welche noch vor dem Weltkriege gründlich von S. Smolka und F. Koneczny behandelt wurden, sind jetzt zum Gegenstand der neulich publizierten und schon oben erwähnten Arbeit Paszkiewiczs über die Entstehung und den Wert des Vertrages von Krewo geworden. Der Verfasser dieser Arbeit setzte es sich zum Ziel, die wechselseitigen Beziehungen der litauischen Teilfürsten zum Großfürsten zu erforschen und zu entwirren, um darin die Momente aufzudecken, welche beim Zustandekommen des Vertrages von Krewo mitwirkten. Von einem anderen Standpunkte aus hat dagegen H. Łowmiański dasselbe epochemachende Ereignis aufzuhellen versucht, indem er an seine Theorie der Bildung des litauischen Staates auf dem Wege der inneren Eroberung durch die Gefolgschaften Mindowes anknüpfte. Da nach seiner Anschauung die späteren Bojaren aus diesen Gefolgschaften hervorgegangen sind, spielten sie somit im litauischen Staate, welcher mili-

---

[20]) Kuczyński, S. M., Sine Wody (Rzecz o wyprawie Olgierdowej 1362 r.) [Die „Blauen Wasser". Über den Feldzug Olgierds vom J. 1362]. Księga ku czci O. Haleckiego. Warschau 1935; Halecki, O., Przyczynki genealogiczne do dziejów układu krewskiego (Genealogische Beitrage zur Geschichte des Vertrages von Krewo). Miesięcznik Heraldyczny 14 (1935); Paszkiewicz, H., O genezie i wartości Krewa (Über die Entstehung und den Wert des Vertrages von Krewo). Warschau 1938.

[21]) Krakowski, S., Korjatowicze i sprawa podolska w XIV w. w oświetleniu najnowszej historjografji polskiej (Die Korjatoviči und die Frage Podoliens im 14. Jh. im Lichte der neuesten polnischen Historiographie). Ateneum Wileńskie 13 (1938); Puzyna, J., Pierwsze wystąpienie Korjatowiczów na Rusi południowej (Das erste Auftreten der Korjatoviči in Südrußland). Ateneum Wileńskie 13 (1938); Paszkiewicz, H., W sprawie roli politycznej Korjatowiczów na Wołyniu i Podolu (Über die politische Rolle der Korjatoviči in Wolhynien und Podolien). Ateneum Wileńskie 13 (1938).

[22]) Chodynicki, K., Kościół prawosławny a rzeczpospolita polska (Die orthodoxe Kirche und die Republik Polen). Warschau 1934.

tärisch organisiert war, eine führende Rolle neben der Dynastie. Die wirtschaftlich-sozialen Wandlungen innerhalb der Bojarenklasse waren also ausschlaggebend für das Zustandekommen des Vertrages von Krewo[23]. Einen interessanten Beitrag zur Erforschung dieses Vertrages gab auch Prof. W. Semkowicz in seiner Abhandlung über Hanul, einen aus Riga gebürtigen deutschen Bürger Wilnas, welcher in den inneren Konflikten nach dem Tode Olgierds eine Rolle gespielt und dann beim Anknüpfen der Verbindungen mit Polen mitgewirkt hat[24]. Die Gesamtheit dagegen der polnisch-litauischen Beziehungen vor dem Vertrage von Krewo hat Prof. Halecki im ersten Bande seiner „Geschichte der Jagiellonischen Union" zusammenfassend dargestellt[25].

Es bleiben noch solche Arbeiten zu nennen, welche spezielle Probleme innerhalb eines längeren Zeitabschnittes behandeln und aus diesem Grunde in das oben zusammengestellte Verzeichnis nicht aufgenommen werden konnten. Hier sind in erster Reihe die Beiträge von L. Kolankowski und H. Paszkiewicz zu erwähnen, welche das Problem der Stellung Litauens gegenüber der deutschen Expansion in Ostpreußen und die Beziehungen zwischen den Litauern und Altpreußen im 13. Jh. behandeln, dann die Aufsätze W. Kamienieckis über die Einflüsse des Deutschen Ordens auf die inneren Einrichtungen Litauens und S. Zajączkowskis über das staatsrechtliche Verhältnis Samaitens zum litauischen Staate seit den ältesten Zeiten bis auf Jagiełło und Witold[26].

Die innere Geschichte Litauens war Gegenstand vieler Abhandlungen und Aufsätze, die größtenteils schon oben aufgezählt worden sind (Łowmiański, Zajączkowski, Kamieniecki). Außerdem ist hier eine Studie von Łowmiański über die ältesten Dorfformen in Litauen zu nennen[27]. Die allgemeine Verfas-

---

[23] Uwagi w sprawie podłoża społecznego i gospodarczego unji jagiellońskiej (Bemerkungen über die soziale und wirtschaftliche Grundlage der Jagiellonischen Union). Księga pamiątkowa ku uczczeniu czterechsetletniej rocznicy wydania Pierwszego Statutu Litewskiego. Wilna 1935.

[24] Hanul, namiestnik wileński (1382—1387) i jego ród (Hanul, Statthalter von Wilna (1382—1387) und seine Sippe). Ateneum Wileńskie 7 (1930).

[25] Dzieje Unji Jagiellońskiej. Krakau 1919.

[26] Kolankowski, L., Litwini a Prusacy (Die Litauer und die Altpreußen). Pamiętnik V powsz. zjazdu historyków polskich, Bd. 2 (1931); Paszkiewicz, H., Prusacy a Litwini w XIII wieku (Die Altpreußen und die Litauer im 13. Jh.). Pamiętnik V powsz. zjazdu historyków polskich, Bd. 2 (1931); Kamieniecki, W., Wpływy zakonne na ustrój litewski (Die Einflüsse des Deutschen Ordens auf die Verfassung Litauens). Przegląd Historyczny 25 (1925); Zajączkowski, S., Żmudź w początkach unji polsko-litewskiej (Samaiten in den Anfängen der polnisch-litauischen Union). Pamiętnik V powsz. zjazdu historyków polskich, Bd. 1 (1930).

[27] Przyczynki do kwestji najstarszych kształtów wsi litewskiej (Beiträge zur Frage der ältesten litauischen Dorfformen). Ateneum Wileńskie 6 (1929).

sungsgeschichte Litauens in der heidnischen Periode bildet einen 1921 geschriebenen Teil der „Verfassungsgeschichte Polens" von S. Kutrzeba[28]), ist aber sehr dürftig und jetzt schon veraltet.

Auf dem Gebiete der historischen Hilfswissenschaften seien hier die wenigen in dem besprochenen Zeitraume publizierten Abhandlungen und Beiträge, welche größtenteils in die Periode nach 1386 gehören, genannt. Die diplomatischen Forschungen sind durch drei Beiträge vertreten, und zwar durch die zwei oben genannten Aufsätze Maleczyńskis über die Urkunden Mindowes, dann durch einen Beitrag von S. Sochaniewicz über die ältesten Urkunden Witolds[29]). Auf dem Gebiete der Siegelkunde sind die Abhandlungen und Beiträge von W. Semkowicz und M. Gumowski zu nennen[30]). Die Vorgeschichte Litauens, welche jetzt in der litauischen Republik rasch aufzublühen beginnt, war nach dem Weltkriege von den Polen vernachlässigt; nur L. Krzywicki gab eine Zusammenstellung der Ergebnisse seiner früheren Forschungen über die Burgberge Litauens und Samaitens heraus[31]). Dagegen haben wir drei kleine Arbeiten von K. Chodynicki auf dem Gebiete der Quellenkritik, worin der Verfasser eine peinliche Analyse der Legenden von den in Wilna im 14. Jh. ermordeten Franziskanern und drei russischen Märtyrern, sowie eine Abhandlung über die sog. Raudaner Handschrift gab[32]).

Aus der obigen Zusammenstellung ergibt sich, daß die Forschungen der polnischen Historiker auf dem Gebiete der älteren Geschichte Litauens bis 1386 in den zwei letzten Dezennien intensiv waren, und daß dabei manche wichtige Ergebnisse erzielt worden sind. Zwar muß betont werden, daß nicht alle Probleme gleichmäßig behandelt worden sind. Die Anfänge des litauischen Staates, Litauens Ostpolitik, die Anfänge der Gediminendynastie, die polnisch-litauischen Verhältnisse vor 1386 — das sind die Probleme, welche die polnischen Forscher am meisten interessiert haben. An-

---

[28]) Historja ustroju Polski, Bd. 2. Lemberg-Warschau 1921.

[29]) Najdawniejsze dyplomy Witołda W. Ks. Litewskiego (Die ältesten Urkunden Witolds, Großfürsten von Litauen). Ateneum Wileńskie 3 (1925/26).

[30]) Semkowicz, W., Materjały do sfragistyki litewskiej (Materialien zur litauischen Sphragistik). Wiadomości numizmatyczno-archeologiczne, Jg. 1925; ders., Sfragistyka Witolda (Witolds Sphragistik). Wiadomości numizmatyczno-archeologiczne, Jg. 1930; Gumowski, M., Pieczęcie Książąt Litewskich (Die Siegel der litauischen Fürsten). Ateneum Wileńskie 7 (1930).

[31]) Pilkalnie na Litwie (Die Burgberge in Litauen). Studja staropolskie, księga ku czci Aleksandra Brücknera. Krakau 1928.

[32]) Legenda o męczeństwie czternastu Franciszkanów w Wilnie (Die Legende von dem Märtyrertum der vierzehn Franziskanerbrüder in Wilna). Ateneum Wileńskie 4 (1927); Geneza i rozwój legendy o trzech męczennikach wileńskich (Die Entstehung und Entwicklung der Legende von den drei Wilnaer Märtyrern). Ateneum Wileńskie 4 (1927); Ze studjów nad dziejopisarstwem Rusko-Litewskiem (T. zw. Rękopis Raudański). (Studien über die russisch-litauische Geschichtsschreibung. Die sog. Raudaner Handschrift). Ateneum Wileńskie 3 (1925/26).

dere aber, wie z. B. das bisher noch nicht gründlich bearbeitete Problem der Beziehungen Litauens zum Deutschen Orden, wurden von ihnen außer acht gelassen. Auch fehlt es in der polnischen wissenschaftlichen Literatur an einer zusammenfassenden Darstellung der Geschichte Litauens in der heidnischen Periode. Die zu diesem Thema publizierten Büchlein von J. Jakubowski und S. Zajączkowski[33] kommen wegen ihrer populären Haltung nicht in Betracht. In seiner Geschichte des Großfürstentums Litauen zur Zeit der Jagiellonen hat jedoch L. Kolankowski[34] einen Überblick über die ältere litauische Geschichte gegeben, welcher zwar neue Gesichtspunkte enthält, aber zu dürftig und ungleichmäßig bearbeitet ist. Die Gesamtgeschichte Litauens ist noch bis zu einem gewissen Grade in Paszkiewiczs Arbeit über die Jagiellonen und Moskau behandelt, aber nur bis auf Gedimins Regierungszeit; sonst lag das nicht in den Absichten des Verfassers. Somit ist es als eine der wichtigsten Aufgaben der modernen polnischen Historiographie anzusehen, die Gesamtgeschichte Litauens bis 1386, auf Grund der bisher erzielten Ergebnisse der polnischen, litauischen und deutschen Wissenschaft, streng objektiv und wahrheitsgetreu zu bearbeiten.

---

[33] Jakubowski, J., Dzieje Litwy w zarysie (Grundriß der Geschichte Litauens). Warschau 1921; Zajączkowski, S., Dzieje Litwy pogańskiej do 1386 r. (Die Geschichte des heidnischen Litauens). Lemberg 1930.

[34] Dzieje Wielkiego Księstwa Litewskiego za Jagiellonów, Bd. 1: 1377—1499. Warschau 1930.

BÜCHERBESPRECHUNGEN

Paul Herre: Die kleinen Staaten Europas und die Entstehung des Weltkriegs. München 1937. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. XI+517 S.

Dieses Buch, das eine Ausgestaltung und Weiterführung einer bereits in den Berliner Monatsheften 1932—1934 veröffentlichten Aufsatzreihe darstellt, konnte nur von einem Manne geschrieben werden wie P. H., dessen Lebenswerk ein wahrhaft universelles genannt werden muß. P. H. hat in hervorragender wissenschaftlicher und künstlerischer Durchdringung Weltgeschichte in zusammenfassender Behandlung, die Geschichte des Deutschen Reiches und der Mittelmeerländer in Mittelalter und Neuzeit und im besonderen die Vorgeschichte des Weltkrieges mit großem Weitblick in der Erfassung der politischen, völker- und staatsrechtlichen und kulturellen Entwicklung bearbeitet. Diese universelle Beherrschung des Gegenstandes tritt uns auch bei der Behandlung der Rolle entgegen, welche die kleinen Staaten Europas in der Vorgeschichte des Weltkrieges gespielt haben, sei es, daß sie unmittelbar an der Herbeiführung des Konfliktes beteiligt waren wie Serbien, oder nach und nach als kriegführende Mächte in den Krieg eintraten wie Belgien, Montenegro, Bulgarien, Rumänien, Griechenland und Portugal, oder ihre Neutralität bewahren konnten wie die skandinavischen Staaten, die Schweiz und Spanien. Mit sicherer Hand wird die Entwicklung der internationalen Stellung aller dieser Staaten bis zur Entscheidung über die endgültige Stellungnahme im großen Ringen dargestellt. Die großen weltpolitischen Entscheidungen, die dem Weltbrand vorangingen, die englisch-französische Entente, die Marokkokrise, die Entscheidungen am Balkan und viele andere erfahren von diesem Gesichtspunkt gesehen eine neue Beleuchtung. Mit der Darstellung des Ringens der kriegführenden Mächte um die Neutralen wird auch die diplomatische Geschichte des Weltkriegs bereichert. Eine kurze Übersicht über die Stellung der kleinen Staaten nach der großen Enttäuschung von Versailles führt uns bis zur Gegenwart.

Wien. Ludwig Bittner.

Korrespondenzen österreichischer Herrscher. Die Korrespondenz Ferdinand I. Bd. II, 1. Hälfte: Familienkorrespondenz 1527 und 1528. Bearb. von Wilhelm Bauer und Robert Lacroix. (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 30.) Wien 1937. A. Holzhausens Nfg. 361 S.

Als vor mehr denn vier Jahrzehnten die Kommission für Neuere Geschichte Österreichs gegründet wurde, machte sie die Herausgabe von Korrespondenzen österreichischer Herrscher und Staatsmänner seit 1526 zum ersten Programmpunkt ihrer Tätigkeit. Die um die Jahrhundertwende begonnenen Untersuchungen der Bestände ergaben eine solche Stoffülle, daß sich fürs erste eine engere Umgrenzung notwendig erwies. So wurde zunächst die Familienkorrespondenz Ferdinands I. von Wilhelm Bauer bearbeitet, deren erster Band. bis 1526 reichend, 1912 in Wien

erschien. Das damals allerorts sehr beifällig aufgenommene Werk sollte in rascher Folge fortgesetzt werden. Der Ausbruch des Weltkriegs und die Nachkriegsverhältnisse verhinderten aber die Fortsetzung, obwohl das Material schon ziemlich weit vorbereitet war. Erst 1935 konnten die Arbeiten, jetzt hauptsächlich von Robert v. Lacroix durchgeführt, wieder aufgenommen werden, und 1937 erschien der erste hier vorliegende Halbband des 2. Buches der Familienkorrespondenz Ferdinands I., der die Jahre 1527 und 1528 umfaßt. Schon ein Jahr darauf ist ihm der zweite Halbband, bis 1530 reichend, gefolgt, womit ein gewisser Abschnitt erreicht ist. Es bleibt nun nur zu wünschen, daß die so überaus verdienstvolle Arbeit, die jedem Historiker dieser Zeit unentbehrlich ist, fortgesetzt wird.

Der vorliegende Band beruht hauptsächlich auf den Beständen des Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien, von denen ein kleinerer Teil schon vorher gedruckt war. Er umfaßt vor allem die sehr umfangreiche Korrespondenz Ferdinands mit seiner Schwester Maria, der Königinwitwe von Ungarn. Geringer ist die Zahl der gewechselten Briefe und gegebenen Instruktionen zwischen Ferdinand und seinem Bruder Karl V., während jene mit der Tante Margarethe zurücktreten. Die Editionsgrundsätze sind im wesentlichen die gleichen wie im ersten Band, doch die Weglassung der regelmäßigen formelhaften Bestandteile zeigt den Weg an, der in der Folge noch nachdrücklicher beschritten werden kann. Textkritische und erläuternde Anmerkungen sind mit vollem Recht auf das Notwendige beschränkt. Das Register und eine chronologische Aufstellung der Briefe am Ende des zweiten Teiles dieses Bandes erleichtern die Benützung.

Gleich die ersten im Jahre 1527 zwischen Ferdinand und Maria, der Statthalterin, gewechselten Briefe geben Einblick in die ungarischen Verhältnisse, die in der Folgezeit den Hauptteil der Erörterungen der Geschwister bilden. Die Auseinandersetzung mit Zápolya, dem Woiwoden von Siebenbürgen, steht im ganzen Jahr 1527 im Vordergrund. Insbesondere geht das Ringen um den Teil des ungarischen Adels, der zwischen beiden Fronten steht und nur durch Geldleistungen gewonnen werden kann, eine Quelle steter Verlegenheiten für den immer mit Geldsorgen kämpfenden Ferdinand. Zwar bemüht sich Sigismund, der König von Polen, um einen Friedensschluß, aber die Verhandlungen mit dem polnischen Gesandten Christoph Szydłowiecki in Olmütz werden von Ferdinand wenig optimistisch beurteilt (Nr. 37). Tatsächlich war ein geschlossener Waffenstillstand nur von kurzer Dauer.

Obwohl Karl dringlich und immer wieder seinem Bruder rät, sich in keine gefahrvollen Abenteuer in Ungarn einzulassen und lieber Frieden zu schließen (23, 48, 82), hält doch Ferdinand an seinem Entschluß fest, nach dem Erwerb der Krone Böhmens sich mit Gewalt oder friedlich in den Besitz Ungarns zu setzen (64). Im raschen Spätsommerfeldzug gegen Zápolya erringt er große Erfolge, aber auch jetzt noch rät Karl zu einem friedlichen Abkommen mit dem Widersacher, denn er selbst wünscht des Bruders Hilfe in Italien (104, 130). Ferdinand aber kann sie nicht gewähren, denn neue Schwierigkeiten bereiten sich in Ungarn, wo ihn das Volk nicht liebt, vor. Von der Erneuerung der Freundschaft mit dem König von Polen erwarten die Brüder und insbesondere Karl, der auch das Heiratsprojekt gutheißt, Vorteile in den ungarischen und böhmischen Angelegenheiten (82), wenngleich bald darauf Ferdinand die Unterstützung Zápolyas durch 2000 Polen feststellen muß (131). So ist denn auch die Bereitwilligkeit, mit Rußland in ein Vertragsverhältnis einzutreten, ziemlich geschwunden, als Karl in Valladolid von Graf Noguerols Tätigkeit in Moskau hört und die russischen Gesandten empfängt (91).

Das Jahr 1528 steht schon im Schatten der drohenden Türkengefahr. In vielen Briefen Ferdinands und Marias finden sich Nachrichten von den gewaltigen türkischen Rüstungen, während die Habsburger Geld-

nöte hemmen. Wir lernen nun die finanzielle Lage des Herrschers kennen, hören von der Geldbeschaffung bei den Welsern und Fuggern (190) und den Versuchen, sich anderwärts Mittel zu verschaffen. Ferdinand, der selbst auf die Kleinodien und das Silberzeug des Königs Ludwig verfällt und auch den Dreißigst von Preßburg verpfänden will, kommt in manche vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit seiner Schwester. Er erwartet Türkenhilfe vom Reich (181), aber wendet sich auch an die spanischen Cortes (253); die böhmischen und mährischen Stände bewilligen ebenfalls. Die nahe türkische Gefahr läßt ihn auch nicht gegen Frankreich zugunsten Karls handeln (189). Bitter klagt er über den Eigennutz der Ungarn, die zudem wenig Steuern zahlen, während anderseits von der Regentschaft Klagen laut werden, daß der König, anstatt ganz Ungarn zu erobern, weitere Teile an die Türkei verliert und die beschworenen Vorrechte des Landes nicht beachtet (216).

Noch einmal ist in einem Briefe Karls an Ferdinand aus Toledo vom 14. 12. 1528 von dem Bündnisangebot des Großfürsten Vasilij von Rußland die Rede (251). Karls Vorschlag der Antwort darauf beinhaltet die Entsendung eines gemeinsamen Gesandten zur Verhandlung. Auch hier hat er Ferdinand, der, wie H. Uebersberger (Österreich und Rußland seit dem Ende des 15. Jh., Bd. 1, S. 225 f., dazu S. 237 f.) feststellte, die Ostpolitik des Hauses leitete, die letzte Entscheidung gelassen. Mit der Darstellung seiner bedrängten Lage und einem Hilferuf an Karl schließen die Briefe Ferdinands knapp vor dem großen Türkeneinbruch des Jahres 1529, der erst vor den Mauern Wiens zerschellen sollte.

Wien. Walter Lott.

A. S. Orlov: Drevnjaja russkaja literatura XI.—XVI. vekov (Die altrussische Literatur vom 11. bis 16. Jh.). Moskau-Leningrad 1937. Akademija nauk SSSR. 379 S.

Aleksandr Sergeevič Orlov, gegenwärtig der beste Kenner und erfahrenste Forscher auf dem Gebiet der altrussischen Literatur (Vorsitzender der Abteilung für altrussische Literatur im literaturgeschichtlichen Institut der Akademie der Wissenschaften), gehört nicht zu den Gelehrten, die gleich im Anfang ihrer Wirksamkeit mit großen Werken hervortreten. Vielmehr ist er jenen Forschern zuzurechnen, die mit peinlicher Sorgfalt jedem kleinen Stück aus ihrem Arbeitsgebiet sich widmen, ehe sie aus den feinsten Teilchen ein kunstvolles Mosaik zu schaffen wagen. Zwanzig Jahre emsigen Wirkens lagen bereits hinter ihm, als er 1912 zum ersten Male eine große Vorlesung über die großrussische historische Literatur des 16. Jh.s (Velikorusskaja istoričeskaja literatura XVI. věka) hielt, die nach russischem akademischen Brauch zugleich in hektographierten Abzügen verbreitet wurde. In allgemeiner Form hat Orlov 1916 seine Vorlesung „Literatura moskovskago gosudarstva v XVI. věkě“ (Die Literatur des Moskauer Staates im 16. Jh.) in dem großen Sammelwerk „Istorija russkoj literatury do XIX. věka“ (Russische Literaturgeschichte bis zum 19. Jh.) erscheinen lassen. In demselben Jahre las er auf den Frauenkursen in Moskau über altrussische Literaturgeschichte (Lekcii po istorii drevnerusskoj literatury), die auch nur handschriftlich verbreitet wurde.

Erst nach weiteren zwanzig Jahren hat sich der unaufhörlich weiter arbeitende Forscher dazu entschlossen, seine Vorlesungen, in denen die Ergebnisse eines ganzen Forscherlebens zusammengetragen sind, in Buchform herauszugeben. Zusammenfassungen liegen Orlov offenbar nicht; seine Sache ist vielmehr die Einzeluntersuchung, die er mit aller Eindringlichkeit durchführen kann. Wie so viele seiner Vorgänger auf dem Gebiet der russischen Literaturgeschichte hat auch er die äußere Gestalt der Vorlesungen nicht geändert, die er zuletzt 1934/35 im Institut für Geschichte, Philosophie und Linguistik in Leningrad und im Institut

der Roten Professur in Moskau gehalten hat. Der Verfasser ist bescheiden genug, gleich eingangs zu erklären, daß er für seinen Stoff kein neues Schema zu bieten habe, mit dem er sich von älteren Werken unterschiede. Vielmehr sucht er die guten Traditionen, die er vor allem von Buslaev überkommen hat, fortzusetzen. Seinen Lesern will er lediglich die Tatsachen vorlegen und diese für sich selbst sprechen lassen.

In den Rahmen seiner Darstellung, die aus 44 Vorlesungen besteht, bezieht Orlov die gesamte russische Literatur des 11.—16. Jh.s ein. Nur die ukrainischen und weißrussischen Schriftdenkmäler werden von ihm beiseite gelassen. Legt auch der Vf. auf die Kunstformen in der Literatur großes Gewicht, so ist sein Werk für den Historiker insofern wertvoll, als seine Methode „sobirat' po kroškam" (Krümchen sammeln) ihn viele wesentliche Äußerungen aus weit entlegenen Schriftstücken heranholen ließ. In geschichtlicher Abfolge werden Übersetzungsliteratur, Hagiographie, erzählende und geistliche Schriften behandelt. Dabei beschäftigt sich der Vf. in der Hauptsache mit der Analyse der wichtigsten Werke aller Literaturgattungen, der Chronistik und Biographik ebenso wie der Homiletik. Im einzelnen stellt Orlov die Abhängigkeit der nordöstlichen von der Kiever Literatur fest und bestimmt vielfach nach der Stilart die Entstehungszeit. Überall kann man die Vertrautheit des Vf.s mit seinem Gegenstand merken; ob er über die russischen Chroniken oder über epische Darstellungen, wie die Zadonščina, handelt, immer weiß er auf literarische Vorbilder und Einflüsse hinzuweisen und das betreffende Werk ins rechte Licht zu setzen. In den folgenden Jahrhunderten geht er auf das Schrifttum der Teilfürstentümer und ihre Beeinflussung durch orientalische und neuere griechische Motive ein.

Ausführlich beschreibt der Vf. die Epoche, die nach seiner Meinung der westlichen Renaissance in Rußland entspricht. Hier schildert er die geistigen und sozialen Bewegungen des 15. Jh.s und die im Zusammenhang mit ihnen aufkommende Literatur. Orlov beschränkt sich dabei nicht auf einfache Aufzählung, sondern gibt ein Bild der kulturellen Lage. Seine Darstellung der Sekten der Strigol'niki und Židovstvujuščie in Novgorod sei besonders hervorgehoben. (Auf S. 280 ist der Text durch Druckerversehen oder durch die Zensur zerstört!). Ebenso die glänzende Charakteristik, die er von Maksim Grek und seiner Zeit zu geben weiß (S. 292—318). In den letzten Abschnitten wird eine ausgezeichnete Darstellung geboten von der im 16. Jh. neu auflebenden Chronistenarbeit, von Makarijs Sammeltätigkeit und den hervorragenden Vertretern der Publizistik, Ivan IV., Peresvetov und Kurbskij.

Orlovs Literaturgeschichte stellt ein Werk der gründlichen russischen Forschung alter Schule dar. Nur in einzelnen Wendungen trägt der Vf. seiner Umwelt Rechnung. Nach Orlov wird sicher lange Zeit niemand in der Lage sein, ein entsprechendes Werk zu schaffen. Deshalb begrüßen wir es, daß der bekannte Gelehrte seine Arbeit uns zugänglich gemacht hat.

Berlin. Robert Stupperich.

A. I. Nekrasov: Očerki po istorii drevnerusskogo zodčestva XI—XVII veka (Umrisse einer Geschichte der altrussischen Baukunst des 11. bis 17. Jh.s). Moskau 1936. Izd. Vsesojuznoj Akademii Architektury. 400 S.+276 Abb.+1 farbige Tafel.

Grundsätzlich habe ich mich zu diesem Buche schon im „Kyrios" geäußert[1]. An dieser Stelle sei als Forderung an die russische bauforscherische Arbeit hervorgehoben, daß sie eine nähere Beziehung zu der Kunde vom frühgeschichtlichen und volkstümlichen Bauwesen gewinnen

[1] Kyrios III (1938), S. 342 ff.

als ihr bisher beschieden war. Bei Nekrasov finden sich hierfür zahlreiche Ansätze: S. 17, 20 f., 76, 203, 301 f., 338, 373, nicht ohne Vorbehalt kann man die Stellen S. 244 und 294 hinnehmen, S. 357 sind in der Erörterung der Wechselbeziehung zwischen Stein- und Holzbau in der Ukraine die zweifellos echten Holzbauten der Lemker und Bojker nicht berücksichtigt. Im ganzen fehlt eine systematische Verarbeitung und Auswertung des Stoffes, der in seinem vollen Umfang auch mit den erwähnten Ansätzen nicht erschöpft ist. Den Vf. beschäftigt mehr als diese Aufgabe die Raummathematik in der russischen Baukunst. Es fällt hierbei auf, daß bewußte stereometrische Proportionalität gerade in Werken auftritt, die russischen Meistern auch von N. nicht zugeschrieben werden können, und daß sie mehr und mehr von einer uneuklidischen Primitivität abgelöst wird, je stärker die Entwicklung zu Formen hin einsetzt, die unzweideutig als russisch angesprochen werden müssen. Da der Vf. die Baukunst der nichtrussischen Völker seines Vaterlandes außer acht läßt, also sichtlich eine Geschichte der Baukunst des russischen Volkes schreiben will, erweist sich die Behandlung der Raummathematik in dem von ihm geübten Umfange als überflüssig. Auch in anderer Hinsicht läßt der Vf. das eigentliche Thema seiner Arbeit außer acht. Anstatt sich um ein ästhetisches Gefüge zu bemühen, das dem Wesen der russischen Baukunst entspricht, schließt er sich ganz an den Begriffs- und Systemvorrat der abendländischen Ästhetik an. Damit verliert seine im einzelnen recht interessante Darstellung den pragmatischen Sinn und die notwendige Klarheit und Übersicht. Er verfällt, wie ich schon im „Kyrios" hervorgehoben habe, auf Titelüberschriften, die in keiner Weise die unterscheidenden Merkmale der im einzelnen behandelten Epochen bezeichnen, ordnet Erscheinungen, die weder chronologisch noch m. E. auch sachlich und entwicklungsmäßig zusammengehören, unter das gleiche Kapitel und reißt an anderer Stelle wieder auseinander. Diese Mißstände erschweren die Benutzung sehr, zumal auch ein Register fehlt. In kunstgeschichtlicher Hinsicht ergeben sich Abschnitte und Umbrüche nicht da, wo sie waren, sondern da, wo das Verfahren sie fordert, besonders unbegründet z. B. auf S. 46, wo behauptet wird, daß in der zweiten Hälfte des 11. Jh.s ein neuer Stil aufkomme, der bis ins 16. Jh. wirksam sei. Die ältere Einteilung nach Schulen erweist sich immer noch als die nützlichste, gerade weil sich jeder über die notwendigen Vorbehalte dabei im klaren ist.

Ein weiterer erheblicher Mangel der Schrift ist die bolschewistische Befangenheit des Vf.s. Seine neuerdings sehr verengerte weltanschauliche Einstellung hindert ihn, die Rolle der Kirche in der russischen Baugeschichte richtig zu sehen. Schließlich versteigt er sich sogar zu der stupiden Tonart der Weltanschauungsjournaille (S. 352). Für seine Betrachtung sind allein sozialgeschichtliche Gesichtspunkte maßgeblich. So wertvoll ihre Verarbeitung sein könnte, erweist sich das Verfahren in der hier vorliegenden einseitigen und fast ausschließlichen Anwendung als unfruchtbar und schädlich. Zu krassen Ungerechtigkeiten, ästhetischen Fehlurteilen und Verzerrungen des Bildes vom geschichtlichen Ablauf führt es z. B. bei der Behandlung der Malkirchenfrage (S. 248 ff., 340, 357). Offenbar hat bolschewistischer Gehorsam den Vf. auch veranlaßt, von Bauwerken zu schweigen, die architektonisch bedeutsam sind, von denen es jedoch unerwünscht ist, daß ihre Zerstörung mittelbar durch ihre Erwähnung in Erinnerung gebracht wird. Anders ist es wenigstens nicht zu erklären, daß entwicklungsgeschichtlich so wichtige und für den Charakter der russischen Baukunst so kennzeichnende Bauwerke übergangen worden sind wie das Tichvinskijkloster in der weiteren Umgebung von Novgorod, die Kirchen in Alekseevskoe, Murom und Markovo bei Moskau, zur Auferstehung „in Kadaži" in Moskau selbst und dort sogar Spas na boru nicht erwähnt ist. Man muß wohl befürchten, daß die Kirchen, von denen der Vf. nicht eigene Aufnahmen, sondern Galvanos nach Grabar' bringt, nicht mehr bestehen.

Außer diesen Mängeln, die hervorzuheben schon die Ehrfurcht vor der Baukunst des russischen Volkes gebietet, hat das Werk, wie es ja bei der Persönlichkeit des bedeutenden Gelehrten nicht anders zu erwarten ist, auch ausgezeichnete Vorzüge. Es bringt neue Mitteilungen zu einzelnen Bauwerken in großer Menge, dazu auch einige überzeugende Neudatierungen, von denen die der heute leider völlig verfallenen D'jakovo-Kirche bei Moskau als ein Meisterstück wissenschaftlicher Kleinarbeit hervorgehoben sei. Bemerkenswert sind N.s Ausführungen über die Baukunst von Halitsch, vor allem wegen der Beziehungslinien zu Deutschland, die er dabei mitunter aufweist. Hier sind aber im Anschluß an Pelenškyj[2]), den N. ebensowenig wie irgend eine andere Quelle zur Halitscher Baugeschichte zitiert, einige Irrtümer zu berichtigen: der Grundriß der Kirche von Vščižskoe Gorodišče entspricht nicht dem der Marienkirche in Halitsch, sondern dem der Heilandskirche, was auch zeitlich besser stimmt; die S. 135 gemeinte Halitscher Kirche heißt richtiger St. Panteleimon, St. Stanislaus erst seit dem umfassenden Neubau. Im übrigen wird man die Ergebnisse der Pasternakschen Forschungen abzuwarten haben, die u. a. hier veröffentlicht wurden[3]). Halitsch ist nicht der einzige Ort, an dem der Vf. seine ausgebreitete Kenntnis über abendländisch-östliche Zusammenhänge in der Baukultur beweisen kann. Sein Buch bietet auch sonst reichen Stoff für die Untersuchung der deutschen Einwirkungen auf die Baukunst Osteuropas. Dankenswerter Weise widmet er seine Aufmerksamkeit dabei auch der Rolle der ukrainischen Armenier.

Berlin. Hermann Weidhaas.

D. Strémooukhoff: Vladimir Soloviev et son œuvre messianique. (Publications de la Faculté des Lettres de l'Université de Straßbourg. Fascicule 69). Paris 1935. Les belles Lettres. 351 S.

„Vladimir Solov'ev (1853—1900) ist vielleicht der einzige Metaphysiker der zweiten Hälfte des 19. Jh.s, der kirchliches Dogma, Wissenschaft und Philosophie in eine Synthese zu bringen suchte, um eine christliche Philosophie aufzubauen" (S. 7). Seinem Werk ist die vorliegende ausführliche, mit großer Sachkenntnis und seltener Unvoreingenommenheit gearbeitete Studie gewidmet. Nach des Vf.s Meinung entsteht das gesamte System Solov'evs aus einer einzigen mystischen Idee, aus der Intuition der *Σοφία τοῦ Θεοῦ*, und dieses System will er vor den Augen des Lesers sein eigenes inneres Leben leben lassen („en le laissant vivre de sa propre vie intérieure"). Ob die konsequente Durchführung dieses Grundgedankens dem Vf. gelungen ist, mag dahingestellt bleiben. Daß aber seine durchweg sachliche, auf gründlichem Studium der Schriften des Philosophen beruhende, lediglich auf die Tatsachen der Entwicklung seiner Gedankenwelt gerichtete Betrachtungsweise, die von jeder Bewertung und Kritik dieser Gedanken selbst grundsätzlich absieht, an sich eine bedeutende Leistung ist, kann nicht bezweifelt werden. Die philosophische und religiöse Entwicklung Solov'evs wird vom Vf. in drei Zeitabschnitte, je nach dem Vorherrschen bestimmter Tendenzen, eingeteilt. Denn „während sich das Wesen seiner philosophischen Lehre verhältnismäßig wenig ändert, sind die Wege, auf denen der Philosoph die Verwirklichung seiner messianischen Gedanken erstrebt, sehr verschieden" (S. 8). Im Begriff des Messianismus unterscheidet der Vf. zweierlei: 1. die durch Synthese von Religion und Philosophie eine Umwandlung

---

[2]) J. Peleński, Halicz w dziejach sztuki średniowiecznej (H. in der mittelalterlichen Kunst). Krakau 1914.

[3]) Vgl. diese Zeitschrift 3 (1938), S. 395—407.

der Menschheit postulierende weltanschauliche Tendenz und 2. den Glauben, daß ein bestimmtes Volk eine vorherrschende Rolle in der Verwirklichung dieser Umwandlung spielen wird (S. 115, Anm.). Der Messianismus Solov'evs umfaßt beides. Selbst in der letzten Periode, nach vielen Enttäuschungen, bleibt bei ihm dieser Gedanke an sein Volk, wenn auch in anderen Umrissen, bestehen.

Die erste Periode (1853—1881), diejenige der Philosophie, umfaßt die Jugendjahre (Kindheit, religiöse Krisis, religiöse Wandlung nach einem mystischen Erlebnis während einer Reise, die ersten Einflüsse Schellings und der Slawophilen und die ersten Werke), die Reise ins Ausland (London, Ägypten) und die weitere mystische Erfahrung, die Herausbildung seiner Theosophie unter dem Einfluß von Schelling, Boehme, Dostoevskij, die Logik und Metaphysik Solov'evs; dann folgt eine ausführliche Analyse des Hauptwerkes dieser Periode, der „Kritik der abstrakten Prinzipien". — Die zweite Periode (1881—1890), die der Vf. mit dem Wort „Theokratie" bezeichnet, ist die Zeit des Kampfes für die Wiedervereinigung der Ostkirche mit dem Katholizismus. Die reine Theorie befriedigt den Philosophen nicht mehr. Der Widerhall, den der Zarenmord von 1881 und die Hinrichtung der Mörder in seinem Leben und in seinen Gedanken gefunden haben, der Einfluß N. F. Fedorovs, des Philosophen „der gemeinsamen Tat", der von dem antiken Gedanken, wir wüßten nur das, was wir auch nur tun können, ausgegangen ist, lassen S. zur Überzeugung kommen, daß Ideen allein nicht genügen, um die Welt umzuwandeln. Sein intellektualistischer Optimismus schwindet, und er zieht den Schluß, daß wirksamere Mittel erforderlich seien. Was S. vorschwebt, ist aber nicht eine „mechanische" Vereinigung der Kirchen, sondern eine „chemische", bei der ein neuer Körper entsteht. Die klare und anschauliche Schilderung des Werdegangs des Philosophen in diesem Lebensabschnitt ist u. E. dem Vf. besonders gelungen. — Während die beiden ersten Perioden durch das Vorherrschen theosophischer, bzw. theokratischer Ideen scharf charakterisiert sind, ist die dritte und letzte Periode (1890—1900) weniger einheitlich. Sie ist komplizierter, „gequälter", sie schwebt zwischen wachsender Enttäuschung und neuen Aufbauversuchen, um schließlich in eine apokalyptische und pessimistische Eschatologie zu münden. Die Hauptwerke dieser Periode sind „Die Rechtfertigung des Guten" (Solov'evs Moralphilosophie) und die „Drei Gespräche". Mit Recht wird die Eigenart der Ethik Solov'evs hervorgehoben, die darin besteht, daß er das Schamgefühl (nicht etwa das Mitleid, wie Schopenhauer) als das ethische Grundprinzip betrachtet, ein Gedanke, den der Vf. vor Solov'ev nur bei Augustin dunkel angedeutet findet, obwohl die Quelle für Solov'ev, nach des Vf.s Meinung, nicht bei diesem Kirchenvater, sondern in Ägypten zu suchen ist.

In den letzten Kapiteln gibt der Vf. eine auf Grund einzelner Artikel des Philosophen versuchte Rekonstruktion der Gedanken, auf denen die beabsichtigten, jedoch nicht zustande gekommenen Werke über theoretische Philosophie und Ästhetik Solov'evs aufgebaut sein sollten, und eine ausführliche Analyse der Apokalyptik in den „Drei Gesprächen". Zum Schluß sei noch erwähnt, daß auch die heiß umstrittene Frage, ob Solov'ev persönlich zum römischen Katholizismus übergetreten ist, vom Vf. durchaus unparteiisch behandelt wird. Im Anhang gibt der Vf. eine Reihe von Briefen Solov'evs, an Solov'ev und über ihn, die z. T. unveröffentlicht, z. T. in schwer zugänglichen Zeitschriften zerstreut, so gut wie unbekannt waren.

Das Buch D. Stremouchovs kann jedem wärmstens empfohlen werden, der sich für die Weltanschauung Solov'evs interessiert, auch demjenigen, der ihr wahrheitsgetreues Bild haben möchte, ohne sich durch eigenes Studium seiner Werke in diese Welt vertiefen zu wollen.

Berlin. Igor Smolitsch.

V. A. Maklakov: Vlast' i obščestvennost' na zakatě Staroj Rossii (Vospominanija sovremennika) (Regierung und Gesellschaft beim Niedergang des alten Rußlands. Erinnerungen eines Zeitgenossen). Bd. I—III. o. O. 1938. Izd. žurnala „Illjustrovannaja Rossija". 617 S.

Über die völlige Unfruchtbarkeit der russischen Liberalen, die zu eifrig am Umsturz des russischen Selbstherrschertums mitgearbeitet haben, besteht unter denen, die außerhalb des engen Parteizaunes stehen, heute längst kein Zweifel mehr. Mag der Zarismus der Jahrhundertwende auch noch soviele Mängel gehabt haben, und mag der letzte Kronenträger auch nicht der Mann gewesen sein, der in Tagen der Schicksalswende, trotz allen guten Willens, das Steuerruder des Schiffes in fester Hand zu halten vermochte — das eine steht doch fest, daß die politischen „Köpfe" im liberalen Lager keine „Köpfe" waren, sondern engherzige und weltfremde Leute, die aus blindem Haß gegen den Zarismus der Losung folgten: „Doloj Samoderžavie!" (Nieder mit der Selbstherrschaft!) und sich lieber mit der staatszerstörenden Sozialdemokratie verbündeten, als an dem Aufbau des zarischen Staates mitarbeiteten. Ihre blinde Abneigung gegen das herrschende System, dessen bedeutende Verdienste auf dem Gebiet der Wirtschaft auch sie nicht leugnen konnten, diktierte ihnen den Grundsatz, daß auch die besten Reformen keinen Wert hätten, wenn sie nicht aus den Händen der Vertreter des „Volkes" kämen, die sie zu sein sich einbildeten, obwohl das Volk tatsächlich von dieser hauchdünnen Oberschicht nichts wissen wollte.

Aber von dieser sachlichen Einsicht in das Wesen des russischen Liberalismus in all seinen Schattierungen, soweit diese außerhalb des liberalen Lagers auch längst besteht, zur Einsicht im eigenen liberalen Lager von dem völligen Versagen dieser Partei ist noch ein großer Schritt. Es ist daher besonders bedeutsam, wenn nun im eigenen liberalen Lager sich Stimmen melden, die ohne Scheu das Urteil über ihre eigenen Parteigenossen fällen: „Gewogen und zu leicht befunden!" Ein solcher Kronzeuge gegen den russischen Liberalismus ist der früher im Lager der linksradikalen Kadettenpartei stehende Abgeordnete V. A. Maklakov, dessen Erinnerungen soeben in drei Teilen erschienen sind und eine Fundgrube von Material zur Beurteilung der politischen Strömungen des Rußlands der beiden ersten Jahrzehnte des 20. Jh.s bieten. Wie Maklakov zum liberalen Politiker geworden ist, hat er in den einleitenden Abschnitten, die seine Jugend, seine Studentenjahre und seine ersten politisierenden Advokatenjahre umfassen, anschaulich und in leiser Ironie geschildert. Daß er solange dann im Bann der unfruchtbaren Gedanken des Liberalismus hat stehen können, an dessen Gehaltlosigkeit er, wie aus seinen Darlegungen unschwer zu erkennen ist, schon damals kaum einen Zweifel haben konnte, ist schwer zu erklären. Vielleicht haben erst der lange Abstand von den Geschehnissen und die bitteren Erfahrungen ihm ganz die Augen geöffnet. Wie dem auch sei, halten wir uns an die Tatsache, daß er erkannt hat, daß der Weg, den auch er lange gegangen ist, ein Irrweg gewesen ist.

Es kann natürlich hier nicht ein Bild dieser für Rußland so verhängnisvollen Irrwege gezeichnet werden. Feststellen wollen wir, daß Maklakov die geschichtliche Bedeutung und Tradition des russischen Zarentums, die auch er lange angezweifelt hat, nach dem Zusammenbruch 1917 offen anerkannt hat. Nichts ist bezeichnender für diese Wandlung als ein Gespräch, das Maklakov im Jahre 1917 in Petersburg während der Kerenskij-Regierung mit dem General Alekšeev gehabt hat. Dieser, Generaladjutant des Zaren und dessen Stabschef in Mogilev, hatte seine ganze Vergangenheit verleugnet und tätigen Anteil an der Abdankung des Zaren genommen. Noch war er durch das sich anbahnende Chaos von dem falschen Wege nicht abgebracht worden und betonte Maklakov gegenüber die Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers. „Merkwürdig",

sagte ihm darauf Maklakov, „ich habe bisher immer gegen die Selbstherrschaft gekämpft und Sie haben sie verteidigt. Jetzt haben wir unsere Rollen getauscht. Sie verleugnen das Zarentum, und ich bin von seiner Notwendigkeit völlig überzeugt."

Der Mann, der so sprechen konnte, ja mußte, war aufgewacht. Und je mehr er im Exil dann durchdacht hat, wie alles sich damals in Rußland entwickelt hat, desto gewisser ist er dessen geworden, was der Liberalismus an Rußland gesündigt hat. Erfährt man doch aus seinen Memoiren die ungeheuerliche Tatsache, daß sich bald nach dem Japankriege russische Liberale, unter ihnen auch Maklakov, nach Paris begeben haben, um die große Anleihe, die Witte damals in Frankreich aufnehmen sollte, bei Clemenceau zu hintertreiben, damit Rußland nicht die Mittel zum Wiederaufbau erhalte. Besser der weitere Zusammenbruch, als daß ein zarisches Rußland sich erholen könne! Wie Clemenceau den russischen „Patrioten" heimgeleuchtet und ihnen ein lehrreiches Kolleg über politischen Verstand gelesen hat, verdient im einzelnen nachgelesen zu werden. Und diese törichte Einstellung der Liberalen, die nichts zu lernen vermochten, zieht sich durch all die Jahre in der Bauernfrage und der Arbeiterfrage, in der Universitäts- und Schulfrage. „Alles oder nichts!" lautet die Losung. Ein typischer liberaler Politiker von Dogmas Gnaden war der Geschichtsprofessor Miljukov, der mit seinem verbohrten „Nein" jeden Versuch des zarischen Regimes, zu einer annehmbaren Verstandigung zu kommen, sei nun, daß Svjatopolk-Mirskij oder Witte ihn unternahmen, im Keime erstickte und Witte gegenüber nichts Besseres zu raten wußte, als irgend eine der westeuropäischen Musterverfassungen, wie etwa die belgische oder griechische (!), einfach auf Rußland zu übertragen! Aber selbst das war schon zuviel an Zugeständnissen. Denn nach liberaler Auffassung dürfte ein aufrechter Liberaler dem Zaren gar nicht das Zugeständnis machen, daß er dem Lande eine Verfassung „oktroyierte", sondern das mußte Sache der Reichsduma sein, die, auf Grund des vierschwänzigen Wahlrechts gewählt, den Zaren zur Kapitulation zwingen und von Volkes Gnaden Rußland mit der Verfassung beglücken sollte.

Liegt so das Verdienst Maklakovs darin, daß er als Liberaler, der die Dinge besser kannte als viele Außenstehende, uns ein unverhülltes Bild dieser „Köpfe", die keine „Köpfe" waren, gezeichnet hat, so ist ein weiteres Verdienst, daß er es versteht, auch solche Personen, die bisher meist im Zerrspiegel fanatischer Gegner uns entgegengetreten sind, sachlich und gerecht zu beurteilen. Wir verdanken ihm z. B. eine feine Charakteristik des 1904 ermordeten Innenministers Plehwe, den seine Gegner als Finsterling und Gendarmen darzustellen beliebt haben. Ein besonderes Interesse zeigt Maklakov für Witte, den er den „Ideologen der liberalen Selbstherrschaft" nennt und dessen politische Wege er, wenn auch nicht immer überzeugend, zu erklären und zu rechtfertigen versucht, ohne freilich selbst das Gesicht dieses rätselhaften Mannes ganz enträtseln zu können. Aber ein jeder, der sich mit Witte auseinandersetzen will, wird an den Ausführungen Maklakovs, die sich durch den 2. und 3. Band der Erinnerungen ziehen, nicht vorbeigehen können.

Ein Lobredner temporis präteriti ist Maklakov nicht geworden. Indem er gewissermaßen selbst ein Vertreter des „liberalen Selbstherrschertums" wird, verurteilt er doch gerade von diesem Standpunkt aus das Festhalten des Zaren am Prinzip der unbegrenzten Selbstherrschaft. Er macht ihm den Vorwurf, daß er nicht früher und nicht weitgehender die gemäßigten Altliberalen um Šipov und zuerst auch noch Gučkov zu gewinnen gesucht habe. Ob dieser Standpunkt sich aufrechterhalten läßt, sei dahingestellt — man wird manches dagegen einwenden können, manches, was man aus Maklakovs Darlegungen selbst entnehmen könnte. Über den Zaren spricht er mit großer Zurückhaltung, aber respektvoll. Er verkennt seinen Mangel an festem Willen und an zielbewußter Politik nicht, ohne ihm aber allein die Schuld beizumessen.

Die bisher erschienenen drei Bände führen durch die Kämpfe zwischen Regierung und „Gesellschaft" um die „Verfassung" — die übrigens keine war und nach dem Willen des Zaren keine sein sollte, bis zum Erlaß des Oktobermanifestes. Man wird hoffen dürfen, daß auch die folgenden Bände in Bälde erscheinen werden. Diese werden uns in die parlamentarischen Kämpfe führen, in denen Maklakov als Abgeordneter der Kadetten-Partei, mit deren Begründung der dritte Band schließt, eine Rolle gespielt hat.

Königsberg (Pr.). Ernst Seraphim.

G. M. Trevelyan: Sir Edward Grey. Sein Leben und Werk. — Eine Grundlegung englischer Politik. (Deutsche Übertragung von G. Schilde.) Essen 1938. Essener Verlagsanstalt. 503 S.

Vgl. „Die englische Außenpolitik unter Sir Edward Grey in englischer Beleuchtung (1905—1916)" von Michael Freiherr von Taube, in diesem Heft, S. 1—12.

Jiři Pokorný: S druhého břehu (Vom andern Ufer). Knihovna Svazu náradního osvobození (N. 139). O. O. 1938. 115 S.

Das Büchlein befaßt sich im Unterhaltungstone mit der deutschen und österreichisch-ungarischen Propaganda im Weltkriege an der russischen Front (1916 und 1917), und zwar in ziemlich ruhiger Weise. Der Vf. war selbst in diesem Aufgabenkreis tätig und erzählt von den Zeitungen in russischer Sprache, durch die die Russen zur Einstellung des Kampfes und auch zur Verbrüderung mit den Truppen der Mittelmächte veranlaßt werden sollten, von den verschiedenen Arten des Vorgehens, je nach der politischen und militärischen Lage, und schließlich von den Erfolgen, die dieser Propaganda-Tätigkeit vergönnt gewesen sind. Die Russen waren durch die Schwierigkeiten im eigenen Lande zu sehr in Anspruch genommen und ihre Gegenarbeit deshalb verhältnismäßig schwach. Durch das Buch erfährt der Leser von einer Kampfart, die in ihren Auswirkungen von der größten Wichtigkeit sein kann, und die zu verfolgen einen besonderen Reiz hat.

Göttingen. Bertold Spuler.

A. Partizian: Hay yekelecwo tagnapę (Die Krise der Armenischen Kirche). Boston 1937. Hayrenik. 440 S.

Etschmiadsin, das Zentrum der Armenischen Kirche in Sowjetarmenien, mit ihm auch die ganze Kirche in den Grenzen der Sowjetunion, erlebt seit der Sowjetisierung Armeniens (1921) eine bedenkliche Krise, die in den letzten Jahren sich geradezu katastrophal auswirkt. Der oberste Patriarch ist von den Tschekisten erwürgt worden. Ein ähnliches Schicksal hat auch die meisten anderen Vertreter der Kirche getroffen. Die Kirchengebäude sind zum größten Teil geschlossen oder aber in Klubs verwandelt, die Geistlichkeit ist dezimiert worden. Wer noch am Leben ist, fristet nur ein elendes Dasein. Nicht einmal in den finstersten Tagen ihrer 1600 Jahre alten Geschichte hat die Armenische Kirche etwas Derartiges erlebt.

Die Moskauer Gewaltherrscher und ihre Strohmänner in Eriwan begnügen sich aber damit nicht. Indem sie nun einerseits die Armenische Kirche in ihrem eigenen Bereich grausamst verfolgen, versuchen sie andererseits, dieselbe für ihre politischen Zwecke unter den armenischen Kolonien des Auslandes (im ganzen leben etwa 700 000 Armenier im Aus-

lande) auszunützen. Zu diesem Zweck zwingen sie unter Drohung die Kirchenbehörden in Sowjetarmenien, soweit diese dort noch existieren, sich auch in das innere Leben der armenischen Kolonien des Auslandes einzumischen, sich in den Dienst der Moskauer Ziele zu stellen und gegen die nationalgesinnten, antibolschewistischen Kreise zu handeln. Dies hat nun vielerorts im Ausland, namentlich aber in Amerika, zu den erbittertsten Kämpfen und tiefsten Spaltungen innerhalb der armenischen Kolonien geführt.

Der Vf. des vorliegenden Buches, A. Partizian, behandelt den ganzen Fragenkomplex eingehend. Auf Grund zahlreicher Quellenwerke und Beweisführungen aus der Sowjetliteratur und Sowjetpresse selbst, aber auch an Hand reichhaltigen Materials anderer Art stellt er einwandfrei fest, daß die eigentliche Verantwortung für die heutige Krise der Armenischen Kirche Moskau trägt. Die gleiche Schuld trifft auch alle Werkzeuge Moskaus aus dem Lager der Kommunistischen Partei Armeniens und diejenigen armenischen Geistlichen im Auslande, die sich blindlings ebenfalls zu Werkzeugen Moskaus gemacht haben. Der gegenwärtigen Krise der Armenischen Kirche lägen demnach rein politische Ursachen zugrunde.

Berlin. Artasches Abeghian.

Josef Kudela: Československe a polske vojsko v Rusku (Das tschechoslowakische und das polnische Heer in Rußland). Brünn 1938. Moravský Legionář v Brne. 40 S.

Diese Broschüre ist ein Versuch, auf das Buch des Polen Tomasz Janowicz „Czesi“ (Die Tschechen) eine Antwort zu bringen und sich mit ihm und anderen polnischen Autoren auseinanderzusetzen. Das obenerwähnte Buch wurde noch im Jahre 1936 geschrieben und erschien als eine leidenschaftliche und scharfe Anklage der tschechischen verräterischen Handlungen auch gegen die Polen in Sibirien. Es würde zu weit führen, wenn ich mich eingehend über das Buch von Tomasz Janowicz auslassen würde. Im allgemeinen behandelt es den polnisch-tschechischen Streit, und die sibirische Tragödie erscheint dabei eigentlich als nebensächlicher Umstand, um die Tschechen schärfer anklagen zu können.,

Die Broschüre von Josef Kudela ist nichts anderes, als die Fortsetzung des ewigen Streites „zweier slawischer Brüder“. Man könnte sie überhaupt außer acht lassen, da sie ohne jegliche Bedeutung ist. Nur einem Forscher dieses slawischen Streites kann sie dienen, weil er in ihr sehr viel Interessantes und Nützliches finden wird, um das wahre Gesicht des Panslawismus deutlicher zu erkennen, desselben Panslawismus, welcher im Jahre 1914 durch die Schüsse in Sarajevo den Weltkrieg entflammte und dann in den Jahren 1917—1920 in enger Zusammenarbeit mit dem jüdischen Marxismus das russische Reich zerstörte. Der Panslawismus war es, der das russische Volk auf diesen schrecklichen Schicksalsweg stieß. Recht haben die russischen Forscher dieser Epoche, wenn sie den Bolschewismus mit dem Panslawismus in Zusammenhang bringen.

Berlin. Konstantin W. Sakharow.

Stefan Witold Wojstomski: Sprzymierzeńcy Czesi na Syberii 1918—1920 (Die tschechischen Bundesgenossen in Sibirien 1918/20). Warschau 1938. Instytut Wydawniczy „Biblioteka Polska“. 243 S.

Am 24. April 1937 erschien im Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ ein Artikel von demselben Verfasser Stefan Wojstomski unter dem Titel „Wir und die Tschechen in Sibirien — die Antwort eines polnischen Soldaten auf die Verleumdung eines tschechischen Diploma-

ten, des Gesandten in Bukarest, Scheba". In diesem Artikel operierte der Vf. mit denselben geschichtlichen Tatsachen, die in meinem Buche „Die tschechischen Legionen in Sibirien" dokumentarisch begründet dargelegt sind. Er schrieb über die tschechische Demoralisierung, über den tschechischen Raub riesiger russischer Reichtümer, über die Verhaftung des wehrlosen Admirals Kolčak durch die tschechischen Legionäre und seine Auslieferung an die Bolschewisten und endlich darüber, daß die 5. polnische Division, die damals auch in Sibirien stand, diesem schamlosen Weg der tschechischen Legionen nicht folgen wollte; deshalb wurden auch die Polen von den Tschechen verraten.

Das vorliegende Buch ist nichts anderes als eine ausführlichere Darstellung derselben Ereignisse. Der Vf. hat sich hier die Aufgabe gestellt, allen tschechischen Autoren auf ihre Schriften und Pamphlete über die polnischen Truppen in Sibirien zu antworten. Diese Aufgabe war aber sicherlich etwas zu schwer für ihn und konnte deshalb nicht vollkommen gelöst werden. Im Gegenteil, der polnische Vf. hat durch seine Beleuchtung der Handlungsweise der polnischen Truppenabteilungen in Sibirien den tschechischen diesbezüglichen Standpunkt sogar teilweise bestätigt. Das kommt vielleicht hauptsächlich daher, daß Stefan Wojstomski fast drei Viertel seines Buches mit Zitaten aus dem Buch eines Privatdozenten namens Gins ausfüllt, der als ehemaliger Sekretär des Ministerrates der weißen Regierung in Sibirien noch im Jahre 1921 ein Buch unter dem Titel „Sibirien, Allierte und Koltschak" herausgab. Gins gehört zur typisch russischen „Intelligenz", welche immer zwischen Marxisten und Liberal-Demokraten pendelte; dabei gehörte Gins zum linken Flügel dieser „progressiven" russischen Intelligenz, die stets im Dienste der Juden stand; nach zu mir gelangten Angaben ist Gins selbst nicht rein arischer Abstammung. In seinen beiden Bänden verherrlicht Gins nur sich selbst, seine demokratischen und liberalen Kollegen, ja sogar einen Teil der Marxisten. Dagegen will er die Weiße Armee, ihre Führung und sogar den Admiral Kolčak selbst herabsetzen. Er bringt sehr oft Verleumdungen gegen die Weiße Armee und Kolčak vor wegen ihrer angeblichen „Reaktion", was in Wirklichkeit niemals vorgeworfen werden konnte. Dagegen ist Gins, der mit den Tschechen ziemlich stark verbunden war, bestrebt, in seinem Buche das Benehmen und die Handlungsweise der tschechischen Legionäre in Sibirien zu rechtfertigen. Die Bücher von Gins dürfen unter keinen Umständen als Quellenwerke verwandt werden, sein 2-bändiges Buch ist nicht nur nicht objektiv, sondern einfach irreführend.

Es ist sehr bedauerlich, daß auch der polnische Vf. durch diese überaus reichliche Ausnützung des Buches des Demokraten Gins unwillkürlich (oder vielleicht bewußt) dieselben Fehler bringt und sie sogar manchmal von sich aus unterstreicht, indem er den von den Bolschewisten erschossenen Admiral Kolčak und sein Armee, das sibirische Volk, sogar die russische Geschichte und Religion herabsetzt, in einem gänzlich falschen Licht erscheinen läßt und sich all dem gegenüber feindselig zeigt.

Berlin. Konstantin W. Sakharow.

Maximilian Landau: Beiträge zum Chazarenproblem. (Schriften der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums, Nr. 43.) Breslau 1938. Stefan Münz. 46 S.

Die Frage der Echtheit des Briefes des jüdischen Gelehrten Hasdai ben Šaprut[1] an den Chasarenherrscher (Ḫāqān) Josef, der der

[1] Bei der Schreibung der jüdischen Namen ist der Einfachheit halber die von Landau verwandte volkstümliche Wiedergabe des hebräischen Schriftbildes beibehalten worden. — Die Schreibung der arabischen und armenischen Namen läßt einige Wünsche offen.

mosaischen Religion angehörte (10. Jh.), hat schon oft den Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gebildet[2]. Der Vf. der vorliegenden Schrift setzt sich zum Ziel, die Einwände, die vor allem Simon Dubnow und I. Berlin erhoben haben, zu widerlegen (S. 7). Landau zeigt zu diesem Behufe einmal, daß die messianischen Gedanken, die sich in dem Schriftstücke geltend machen, tatsächlich der Denkweise des damaligen jüdischen Volkes entsprachen (S. 8—19). Dabei zieht er jüdisch-theologische Literatur heran, über die dem Vf. dieser Anzeige kein eigenes Urteil zusteht, die aber die von Landau behauptete Tatsache offensichtlich unterstützt. Den weiteren Einwand gegen die Sprache des Briefes widerlegt der Vf. durch den Nachweis, daß Menahem ben Saruk, der Schreiber des genannten Hasdai, die hier gebrauchten Ausdrücke in seinen sonstigen Schriften tatsächlich verwendet (S. 19—29). — Daran schließt sich die Behandlung eines 1911 in Cambridge entdeckten Geniza-Bruchstücks (S. 30—46), in dem ebenfalls auf die damaligen Schicksale des Chasaren-Reiches Bezug genommen wird. P. K. Kokovcov hat dieses Fragment als eine Stilübung aus dem 12. oder 13. Jh. erklärt (S. 30). Landau versucht den Nachweis, daß das Sefer Josippon, von dem das Bruchstück sprachlich abhängig ist, vor 955 mindestens schon als Quelle verwertet werden konnte, und daß einige weitere Ungereimtheiten sich ausgleichen lassen. Bei der Besprechung der damit zusammenhängenden Fragen ergeben sich auch interessante Vermutungen zur russischen und byzantinischen Geschichte der Mitte des 10. Jh.s. Hier steht der Vf. m. E. nicht auf so sicherem Boden, wie im ersten Teile seiner Arbeit. Vor allem ist die Unzuverlässigkeit der russischen Jahrbücher in chronologischer Hinsicht wohl nicht so groß, wie Landau (S. 32, Anm. 95) wahrhaben möchte, und auch seine Gleichsetzung des im Bruchstücke genannten Helgo nicht mit Oleg (Helgi), sondern mit Igor' erweckt einigen Zweifel. So wird bei der Auswertung dieser Quelle für die zeitgenössische Geschichte immer noch eine gewisse Zurückhaltung am Platze sein. Trotzdem hat sich Landau um die Aufhellung der genannten Fragestellungen ein wesentliches Verdienst erworben.

Göttingen. Bertold Spuler.

Polski Słownik Biograficzny (Polnisches Biographisches Wörterbuch). Hg. von der Polnischen Akademie der Wissenschaften unter Redaktion Władysław Konopczyńskis. Band IV (Chwalczewski-Dąbrowski). Krakau 1938. Nakładem Polskiej Akademii Nauk. Gebethner i Wolff. XV+480 S.

Der neueste Band des vortrefflichen Nachschlagewerkes bewegt sich durchaus in den gleichen Bahnen, die schon die früheren Teile einschlugen. Bei dem weitgehend gleichbleibenden Mitarbeiterstabe ist das auch nicht anders zu erwarten. — Die Wünsche nach der Angabe genauer Todesdaten auch bei jüngst Verstorbenen und nach einer schlagwortartigen Berufsbezeichnung hinter dem Namen im Titel sind nunmehr so gut wie restlos erfüllt[1].

Der Kreis der behandelten Personen ist derselbe geblieben. Neben zahlreichen Freiheitskämpfern und Aufständischen (besonders des Jahres 1863) stehen auch Auslandspolen, deren repräsentativste wohl Marie Curie, geb. Skłodowska (S. 111—114; von Tadeusz Estreicher) ist.

[2] Zuletzt von P. K. Kokovcov herausgegeben (wie S. 7, Anm. 13). — Zur ganzen Frage ist jetzt auch die Ausgabe des vollständigen Ibn Fadlān-Textes heranzuziehen, von dem Ahmet Zeki Validi Togan mir Korrekturabzüge zur Durchsicht gab (dort S. 93—100).

[1] Vgl. in dieser Zeitschrift, Jg. 2 (1937), S. 483—486 und Jg. 3 (1938), S. 104—106.

Mit Bogdan, Graf von Hutten-Czapski („Czapski-Hutten") (S. 178—180; von Włodzimierz Dworzaczek) eng zusammen gehören vor allem die ehemaligen österreichischen Reichsrats- sowie die preußischen, galizischen und (österreichisch-)schlesisch-mährischen Landtagsabgeordneten polnischen Volkstums, z. B. August Cieszkowski (S. 62—65; von Adam Żółtowski).

Daneben erscheinen die unvermeidlichen „polnischen" Oberschlesier, unter denen der Kaplan Josef Cytrynowicz (S. 134; von Emil Szramek) und der Volksdichter Heinrich Ciemięga (S. 48; von demselben) hervorgehoben seien. Damit begnügt das Wörterbuch sich aber nicht. Man findet hier auch den mittelalterlichen Breslauer Bischof Cyprian (S. 126; von Zofia Kozłowska-Budkowa), obwohl dieser, wie die Verfasserin hervorhebt, vermutlich Romane war! Weiter auch den Breslauer Dominikaner-Prior „Czesław" (S. 357; von Mieczysław Niwiński), den ermländischen Bischof Johann Dantyszek (von Höfen) (S. 424—430; von Władysław Pociecha), den oberschlesischen Kaplan und Schriftsteller Konstantin Damrot (S. 399 f.; von Emil Szramek) und schließlich auch den Danziger Goldschmied Benedikt Clausen (S. 90 f.; von Tadeusz Kruszyński), dessen einzige Verbindung mit Polen in einer in der damals rein deutschen Stadt Thorn befindlichen Arbeit von ihm besteht, sowie den schlesischen Dichter Lorenz Corvinus (S. 96—98; von Henryk Barycz) aus Neumarkt in Mittelschlesien[2]), der nur ganz kurz in Krakau war, bei dem aber — im Gegensatz zu Clausen — sein Deutschtum (Rabe) wenigstens hervorgehoben wird.

Daß es sich hierbei nicht nur um ein kulturelles Interesse an diesen Persönlichkeiten handelt, daß vielmehr sogar Leute wie Clausen (!) implicite als Polen beansprucht werden — weil Danzig damals innerhalb der polnischen Staatsgrenzen lag! — wird besonders deutlich durch den Umstand, daß auch der bekannte deutsche Chronist Reinhold Heidenstein aus Königsberg in Ostpreußen ausdrücklich (S. 372, linke Spalte, unten) den „polnisch-lateinischen" Schriftstellern zugerechnet wird[3])!

Neben diesen ganz bewußten, schon früher gekennzeichneten Ausgriffen ins deutsche Gebiet kann man bei Leuten wie dem Posener Zensor P(aul?) Czwalina (S. 374 f.; von Andrzej Wojtkowski), der lange Jahrzehnte in preußischen Diensten sein Amt führte, und bei den Brüdern Nikolaus und Samuel Chwalkowski de Chwalkowo, des Wappens Odrowąż („Chwałkowski"), beide aus Fraustadt in Schlesien, hinsichtlich ihrer Volkszugehörigkeit immerhin im Zweifel sein. Nikolaus (S. 8 f.; von Kazimierz Piwarski) stand zeitlebens in kurländischen Diensten und war als Gesandter des dortigen Herzogs in Warschau; Samuel (S. 9 f.; von demselben) war Minister König Friedrichs I. in Preußen.

Auch im Norden und Osten holt das Werk weit aus. Bischof Kaspar Felizian Cyrtowt von Schamaiten (S. 130 f.; von Czesław Falkowski) kann doch eigentlich nur als Litauer angesprochen werden; Alexander Dąbrowski (Dambrauskas) (S. 471 f.; von Władysław Tołoczko), aus dem Kreise Wilkomir gebürtig und Geistlicher in Kauen (Kaunas), wird, da er teilweise polnisch schrieb und sich für einen Ausgleich der beiden Völker einsetzte, immerhin als beiden Nationen gleich nahe stehend betrachtet werden müssen.

Von Weißrussen treffen wir z. B. auf den russischen General Eufemius Czaplic (S. 168—170; von Henryk Mościcki). Besonders zahlreich sind die Ukrainer, auch jetzt wieder meist von ihren Landsleuten

---

[2]) Hier merkwürdigerweise „Nowy Targ", nicht, wie sonst, „Środa" genannt.

[3]) Vgl. Kurt Forstreuter: Preußen und Rußland im Mittelalter, Königsberg und Berlin 1938, S. 255 f. (Osteuropäische Forschungen, N.F. 25).

geschildert. Aufgenommen sind der Saporoger Ataman Jakov Čałyj („Czałyj“) (S. 162 f.; von Mikołaj Andrusiak), der Haidamake Sava Čałyj (S. 163 f.; von Miron Korduba) und zahlreiche griechisch-rechtgläubige (also nicht unierte!) Geistliche, wie Gregor Gideon Czetwertyński-Światopełk, Metropolit von Kiev (S. 361 f.; von Korduba), dessen Verwandter Stefan Silvester Czetwertyński-Światopełk (S. 365 f.; von demselben), Bischof in Weiß-Rußland, und Bischof Daniel von Włodzimierz und Brest (S. 404 f.; von Wacław Zaïkyn). Der Begriff „Pole“ wird hier immerhin ganz umfassend verstanden!

Juden sind nach wie vor selbst dann erwähnt, wenn ihre Verbindungen zum Polentum recht locker waren. Das gilt etwa von den Rabinern Isaak Cylkow (S. 122 f.; von Majer Bałaban) und Dawid ben Samuel Ha-Lewi in Lemberg (S. 461; von demselben) sowie dem Syndikus der Warschauer Juden um 1775, Philipp Dawid (S. 458 f.; von demselben).

Unter den Ausländern, die sich „Verdienste um Polen erwarben“, stehen neben vielen Italienern und einigen Franzosen[4]) sowie Holländern auch Deutsche, allerdings verhältnismäßig wenige. Daran ist wesentlich der äußerliche Umstand schuld, daß die Anfangsbuchstaben „Cz“, die einen großen Teil des 4. Bandes ausfüllen (S. 136—384), bei deutschen Namen nur selten begegnen. Unter den „Deutschen“ rangiert auch der jüdische Literaturgeschichtsforscher Wilhelm Creizenach aus Frankfurt am Main (S. 99—101; von Adam Kleczkowski). Die jüdische Abstammung dieses langjährigen Krakauer Professors wird wenigstens angegeben.

Den bekannten polnischen Sozialistenführer Ignacy Daszyński behandelt Józef Feldman (S. 448—454), wobei er ihm keineswegs jegliche Verdienste abspricht, was der Ausrichtung des Werkes wegen immerhin hervorgehoben sei. Seine Auseinandersetzungen mit Josef Piłsudski werden naturgemäß in dessen Sinne gewertet. Beachtet zu werden verdient auch die große Anzahl der Mitglieder der „Familie“ Czartoryski (S. 240—304)[5]).

Göttingen. Bertold Spuler.

Felix Pohorecki: Catalogus diplomatum bibliothecae instituti Ossoliniani necnon bibliothecae Pawlikowianae inde ab anno 1227 usque ad annum 1506. Lemberg 1937. Soc. Amicorum Inst. Ossoliniani. VI+151 S.+3 Facsimilia.

Das vorliegende Verzeichnis beschreibt in Regestform 288 zum größten Teil im Besitz des Ossolineums (264) und zum geringeren Teil in der Pawlikowski-Bibliothek in Lemberg befindliche mittelalterliche Pergamenturkunden. Auf S. 1—100 des vorliegenden Bandes werden in chronologischer Reihenfolge die Dokumente abgehandelt. Die genannten Urkunden sind von verschiedener Herkunft: teils stammen sie aus dem Archiv des Fürsten Lubomirski, teils sind sie im Laufe der letzten Jahrzehnte aus Privatbesitz erworben. Jede Urkunde ist in knapper Weise beschrieben und ihr Inhalt ganz kurz angegeben.

---

[4]) Darunter vor allem Beamte der napoleonischen Zeit im Großherzogtum Warschau und Offiziere der polnischen Legionen, so Ludwig Christof von Colomb (S. 93; von Juliusz Willaume) und Karl Daret (S. 434; von Bronisław Pawłowski).

[5]) Der Druckfehler „Austerstädt“ statt „Auerstädt“ S. 260 hätte wohl vermieden werden können. — Ebenso spielt in Schillers „Jungfrau von Orleans“ Karl VII., nicht Karl V. von Frankreich (S. 465) eine Rolle.

Die im Katalog aufgezählten Urkunden sind zumeist rechts- und kirchengeschichtlichen Inhalts. Nur wenige liefern darüber hinaus Material zur Geschichte sozialer und kultureller Bewegungen. Außer einigen Papst- und Königsurkunden sind es vorzüglich Dokumente aus bischöflichen, herzöglichen und anderen amtlichen Kanzleien. Vornehmlich enthalten sie Feststellungen über Besitzverhältnisse (Schenkungen, Grenzregulierungen, Privilegien usw.). Sehr viele der beschriebenen Urkunden sind bereits seit langem bekannt und sind in den großen Quellenwerken enthalten: Cod. dipl. Pol., Akta grodzkie i ziemskie, Matricularum regni Poloniae summaria, Archiwum ks. Sanguszków. Aber ebenso viele sind bisher noch nicht veröffentlicht. Die Originale sind meist in lateinischer, sonst in russischer, deutscher und tschechischer Sprache abgefaßt. Dem Verzeichnis ist ein ausführliches Personen-, Orts- und Sachregister (S. 101—151) beigefügt, das die Benutzung wesentlich erleichtert. Über den Wert des Katalogs braucht kein Wort verloren zu werden. Zu fragen ist nur, ob er für den Benutzer nicht noch gesteigert werden könnte, wenn die unveröffentlichten Urkunden ausführlicher in ihrer Inhaltsangabe gehalten worden wären.

Berlin. R. Stupperich.

Bronisław Włodarski: Rola Konrada Mazowieckiego w stosunkach polsko-ruskich (Die Rolle Konrads von Masowien in den polnisch russischen Beziehungen). Archiwum Tow. Naukowego we Lwowie. Dział II. Tom. XIX. Zesz. 2. Lemberg 1936. 58 S.

Die Beziehungen des Piastenreiches zu den Fürstentümern Galizien und Wolhynien gehörten von Anbeginn an nicht zu den lebenswichtigen Problemen Polens. Besonders im 13. Jh. bietet das Verhältnis der Piasten zu den Rjurikoviči ein ödes Einerlei dauernder Einfälle und Raubzüge in die Grenzgebiete und fortgesetzter Teilnahme an den inneren Kämpfen der Nachbarfürsten. Galizien und Wolhynien wurden nach dem Tode Romans (1205), der beide Länder in seiner Hand vereinigt hatte, geradezu zum Tummelplatz auswärtiger Heere und Herrscher (der Arpaden, Piasten und einiger Rjurikoviči aus Südrußland); erst der Sieg Daniils, eines Sohnes Romans, über Rostislav Michajlovič und dessen polnische und ungarische Hilfstruppen bei Jaroslau im Jahre 1245 setzte diesen Kämpfen ein Ziel. Wie die anderen Mächte wurde jetzt auch Polen von der Einflußnahme auf Galizien und Wolhynien ausgeschaltet. Dagegen blieb die mit dem Tode Leszeks des Weißen (1227) einsetzende Teilnahme der galizisch-wolhynischen Fürsten an den inneren Auseinandersetzungen der Piasten das ganze Jahrhundert hindurch in Übung. Im ganzen gesehen entbehren aber die polnisch-russischen Beziehungen des 13. Jh.s eines großen Zuges und bieten daher dem Forscher nur geringen Reiz. Es ist somit nicht verwunderlich, daß wir auf diesem Gebiet kaum Einzelabhandlungen besitzen. Sie erscheinen aber um so notwendiger, als viele Einzelheiten, vor allem die Chronologie der Ereignisse, noch nicht zuverlässig geklärt sind.

In letzter Zeit hat sich nun Włodarski der Bearbeitung dieser Verhältnisse gewidmet. Außer der oben angezeigten Schrift gehören hierher seine Abhandlungen über die russische Politik Leszeks des Weißen (Polityka ruska Leszka Białego [Archiwum Tow. Naukowego we Lwowie. Dział II., Tom III., Zesz. 3]) und über das russisch-masowische Bündnis aus der zweiten Hälfte des 13. Jh.s (Alians rusko-mazowiecki z drugiej połowy XIII wieku [In: Studia historyczne ku czci St. Kutrzeby, Bd. II, S. 611/29, Krakau 1938]). Die zur Besprechung vorliegende Arbeit umfaßt in eingehender Betrachtung die Zeit vom Tode Leszeks des Weißen (1227) bis zum Ende Konrads von Masowien (1247); der Vf. stellt für diese bei-

den Jahrzehnte auf Grund exakter Quellenkritik die Wechselbeziehungen zwischen Piasten und Rjurikoviči in ihren Einzelheiten zuverlässig dar. Um dem Leser die Orientierung in den raschen, verwirrenden Herrschaftswechseln in Halicz zu ermöglichen, hat der Vf. ein besonderes Kapitel über den Kampf Daniils mit den Ungarn um Halicz in den Jahren 1230/35 hinzugefügt. — Aus der Betrachtung der Beziehungen Konrads zu den Rjurikoviči fällt ein nicht unbedeutender Beitrag zur Beurteilung der inneren polnischen Verhältnisse im 13. Jh. ab. Das Verhalten des masowischen Fürsten zeigt immer wieder, wie sehr das Streben nach der Herrschaft in Krakau im Mittelpunkt seines Handelns stand; die ehemalige Hauptstadt des Piastenreiches behauptete auch in der Zeit der Teilfürstentümer eine einzigartige Stellung unter allen polnischen Städten. Die Ostpolitik Konrads bestätigt also die vor allem von Balzer verfochtene These, daß der Gedanke eines alle Teilfürstentümer umfassenden Polens im 13. Jh. nicht erloschen war.

Berlin. Horst Jablonowski.

Adam Wolff: Mazowieckie Zapiski Herbowe z XV i XVI Wieku (Masowische heraldische Verlautbarungen aus dem 15. und 16. Jh.). Krakau 1937. Nakładem Polskiej Akademii Umiejętności. XX+382 S.

„Am Rande anderer Arbeiten“ (S. VII), die eine systematische Durchforschung, vielfach sogar zunächst einmal die mühselige chronologische Ordnung der mittelalterlichen Gerichtsbücher Masowiens erforderlich machten, ist dieses stattliche Buch entstanden. Auf 258 Seiten werden insgesamt 1084 Quellenauszüge geboten. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Zitate aus den durchweg in lateinischer Sprache gehaltenen und nur verhältnismäßig wenige, meist formelhafte polnische Einsprengsel aufweisenden Eintragungen der erstaunlich reichhaltigen masowischen Gerichtsbücher; neben gerichtlichen Entscheidungen und Schiedssprüchen begegnen eidliche Bekundungen und Zeugenreihen, Privilegien und Rechtsberufungen, Herkunftszeugnisse und Adelsnachweise sowie anderweitige Verlautbarungen und Aufzeichnungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Zwei mit größter Sorgfalt und Übersichtlichkeit gestaltete Verzeichnisse — ein Orts- und Personenregister und ein Index der Wappen und Stammgeschlechter von zusammen 122 Seiten! — erschließen das wertvolle Quellenwerk zur Siedlungsgeschichte, Wappenkunde und Genealogie der Szlachta Masowiens.

Auf Einzelheiten einzugehen und die Sonde der Kritik anzulegen, verbieten Charakter und Umfang des in achtjähriger Arbeit zustandegekommenen Buches. Hin und wieder wünschte man wohl eine weniger rigoros gekürzte Wiedergabe des nun zugänglich gewordenen umfänglichen, aber trotz der instruktiven Ausführungen und Hinweise des Vorworts noch seiner eigentlichen genealogischen, kultur- und bevölkerungsgeschichtlichen und allgemein historischen Auswertung harrenden Quellenmaterials. Soweit angesichts des Fehlens einer Vergleichsmöglichkeit mit den benutzten Originalen ein Urteil erlaubt ist, scheint die diplomatische Bearbeitung der Sammlung, die von der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Krakau mit den Mitteln der Stiftung des durch eigene Forschungen und Veröffentlichungen zur Geschichte der Szlachta bekanntgewordenen Appellationsrichters Joseph Krzepela († 1935) herausgebracht worden ist, allen wissenschaftlichen Anforderungen vollauf zu genügen.

Danzig. Ulrich Wendland.

Eugeniusz Zawaliński: Polska w kronikach tureckich XV i XVI w. (Polen in türkischen Chroniken des 15. und 16. Jh.s). (Collectanea Orientalia 14.) Stryj 1938. Nakładem zakładu nauk orientalistycznych uniwersytetu Jana Kazimierza we Lwowie. 58 S. (Diss. Lemberg 1935.)

Jeder wird mit den Worten Olgierd Górkas übereinstimmen, der erklärt[1], die vorliegende Arbeit sei ein höchst begrüßenswertes Zeichen innerhalb der polnischen Wissenschaft. Ist doch die geschichtliche Entwicklung des Südostens des alten polnischen Staates, d. h. sein Verhältnis zu den Tataren aller dortigen Chanate und zur Türkei, bisher immer ein Stiefkind der sonst so trefflichen polnischen Geschichtswissenschaft gewesen. Gewiß, im letzten Jahrzehnt sind ausgezeichnete Arbeiten zu diesem Thema erschienen, wie diejenigen von Ludwik Kolankowski, Fryderyk Papée, Władysław Konopczyński, Bolesław Stachoń, Feliks Koneczny und Stefan Marja Kuczyński. Alle diese Darstellungen weisen jedoch die Besonderheit auf, daß sie ohne unmittelbare Benützung der morgenländischen Quellen, vor allem der türkischen, geschrieben sind.

Hier eine neue Richtung eingeschlagen zu haben, ist das Verdienst der Arbeit Zawalińskis. Er ist nach dem 1824/25 erschienenen Werke Jan J. S. Sękowskis (Osip Ivanovič Senkovskij): Collectanea z dziejopisów tureckich . . . (zwei Bände) der erste gewesen, der systematisch Auszüge aus den türkischen Quellen zur polnischen Geschichte gemacht hat. Das mag unwahrscheinlich erscheinen; wenn es trotzdem Tatsache ist, so wird ohne weiteres klar, was die Geschichtsforschung hier noch aufzuholen hat. Zawalińskis Dissertation zeigt als Hauptergebnis allerdings, daß für die behandelte Zeit (bis 1498) den türkischen Schriftstellern nur eine sehr beschränkte Anzahl von Nachrichten zu entnehmen ist. Freilich hat der Vf. nur gedruckte Ausgaben (und in Polen zugängliche Handschriften) benutzt (S. 11—16), ein Verfahren, das ihm kein Kenner der Schwierigkeiten bei der Beschaffung ausländischer Abschriften beliebiger Literaturwerke zum Vorwurf machen wird. Aber auch die genannte Feststellung der Begrenztheit der Nachrichten ist wertvoll; ihre Zusammenstellung bei Zawaliński enthebt die Forschung weiterer Untersuchungen zu diesem Thema. Ergiebiger sind schon die Nachrichten über die Walachei, die Moldau[2] und Serbien. Auch die Angaben darüber hat der Vf. weitgehend zusammengestellt, so daß die Geschichte des Balkans durch seine Arbeit ebenfalls bereichert wird.

Im einzelnen ergibt sich, daß die Teilnahme polnischer Truppen an den Schlachten von Nikopolis 1396 und von Golubac 1437 von den Türken übersehen (bzw. ihnen unbekannt geblieben) ist (S. 22 f., 28 f.). Immerhin erfolgt die erste Erwähnung der Polen schon anläßlich der Schlacht auf dem Amselfelde 1389 (S. 20 f.); dann führt erst die Beschreibung der Schlacht von Warna 1444, d. h. der erste unmittelbare Zusammenstoß der türkischen und polnischen Heere, zu Nachrichten über den Staat im Nordwesten (S. 33 f.). Von nun an reißen die Erwähnungen nicht ab (S. 35—48); einen neuen Höhepunkt bilden die Kämpfe

---

[1] Vgl. Olgierd Górka: Nieznany żywot Bajezida II źródłem dla wyprawy czarnomorskiej i najazdów Turków za Jana Olbrachta (Eine unbekannte Lebensbeschreibung Bājezīds II. als Quelle für den Feldzug zum Schwarzen Meere und die Angriffe der Türken unter Johann Albrecht), in: Kwartalnik Historyczny 52 (1938), S. 375—427, besonders auf den ersten Seiten.

[2] Die Ausführungen des Vf.s über die Unterscheidung der Bezeichnungen „Moldau" und „Walachei" (S. 26), besonders in der polnischen Forschung, werden hoffentlich in Zukunft berücksichtigt!

um Kilia und Aq Kermān (Cetatea albă; Białogród) 1484 (S. 49—56). Hiermit schließt die Erörterung im wesentlichen ab[3].

Die polnische Forschung wird sich nun vor zwei Aufgaben gestellt sehen: Einmal wird es unbedingt notwendig sein, auch die türkischen Darstellungen (und, wenn irgend möglich, auch Urkunden) der nun folgenden Jahrhunderte in dieser Weise durchzuarbeiten. Hier wird die Ausbeute ungleich reichhaltiger sein als für die Anfangszeit der osmanischen Geschichtsschreibung, die vielfach noch verhältnismäßig dürftig ist und für die andere Gebiete im Brennpunkte des Interesses lagen. Die zweite Pflicht der polnischen gelehrten Welt wird es sein, unter gleichzeitiger Ausbeutung der nur ihr zugänglichen Urkunden in Krakau, Lemberg und anderswo[4] die Nachrichten der Türken und der andern morgenländischen Quellen zu einer neuen Gesamtdarstellung der polnischen Geschichte im Südosten zu verarbeiten. Auf eine solche Arbeit wartet die Geschichtswissenschaft mit Recht schon sehr dringend; Polen wird sich dieser Aufgabe nicht länger entziehen können. Am besten wird es sein, wenn beide Aufgaben gleichzeitig von einem Forscher in Angriff genommen werden; denn nur die unmittelbare Verwertung der türkischen Werke, die eine Kenntnis der hierbei notwendigen Methoden der Quellenkritik voraussetzt, wird diese Aufgabe so gründlich lösen können, wie man das von der polnischen Wissenschaft erwarten darf.

Göttingen. Bertold Spuler.

Stanisław Kutrzeba: Polskie ustawy i artykuły wojskowe od XV do XVII wieku (Polnische Militärgesetze und -artikel vom 15. bis zum 17. Jh.). Archiwum Komisji Historii Wojskowej Nr. 3. Krakau 1937 Polska Akademia Umiejętności. XLII+371 S.

Die polnische Republik hat eine an kriegerischen Verwicklungen reiche Vergangenheit und daher auch eine mannigfaltige Entwicklung des Militärwesens aufzuweisen. Jedoch gerade im 19. Jh., als in anderen europäischen Ländern die Geschichte des Militärwesens zu einem selbständigen Zweig der Geschichtswissenschaft wurde, war Polen, da es seinen eigenen Staat und damit auch seine Armee verloren hatte, nicht mehr in der Lage, Forschungen über die Geschichte seiner Kriege und seines Militärwesens anzustellen. Es waren weder aktuelle Anlässe noch konkrete Bedürfnisse hierzu gegeben; überdies fehlte es an theoretisch geschulten Forschern. Die einzelnen Kriege wurden nur vom politischen Gesichtspunkt ihrem äußeren Verlauf nach dargestellt, ohne daß eine tiefere militärfachmännische Analyse gegeben wurde. Als rühmliche Ausnahmen müssen hier jedoch der Oberst Konstantin Górski aus der russischen, Kudelka aus der österreichischen Armee und Prof. Korzon[1], der freilich als Militärwissenschaftler ein Autodidakt war, genannt werden. Erst die Wiedergeburt des militärischen Interesses in der polnischen Gesellschaft knapp vor Ausbruch des Weltkriegs hat auch junge Historiker zu militärischen Fachstudien veranlaßt, deren Ergebnisse dann

---

[3] Der Anm. 1 genannte Aufsatz Górkas bildet dabei eine Ergänzung zu den Ausführungen Zawalińskis.

[4] Auch eine Herausgabe dieser Urkunden, die in dem Codex diplomaticus Regni Poloniae et M. Ducatus Lithuaniae Matthias Dogiels unterblieb und die nun schon seit 1764 (!) fällig ist, sollte endlich in Angriff genommen werden! (Der Band befindet sich nach „Polski Słownik Biograficzny", V, 282, abschriftlich in der Warschauer Nationalbibliothek.)

[1] Kukiel, Dzieje wojskowe 1886—1936 (Die Militärgeschichte 1886/1936). Kwart. Hist. 1937, S. 362—376.

die Grundlagen für die Organisierung der militärhistorischen Forschungen im neuerstandenen polnischen Staate bildeten.

Von bahnbrechender Bedeutung war namentlich das Wirken des kürzlich verstorbenen Krakauer und später Warschauer Universitätsprofessors Wacław Tokarz, der eine zeitlang im Rang eines Obersten der wissenschaftlichen Verlagsanstalt der polnischen Armee vorstand. Außer ihm ist Askenazys Schüler Marian Kukiel zu nennen, ein hervorragender Historiker, Verfasser eines Handbuchs der Geschichte des polnischen Militärwesens, dessen 4. Auflage sich eben in Druck befindet, und einer kürzlich erschienenen großen zweibändigen Monographie über das Jahr 1812. Kukiel war Chef des militärhistorischen Büros der polnischen Armee und verließ später den Militärdienst, um sich ausschließlich der Wissenschaft zu widmen. Nach seinem Abgang wurde das militärhistorische Büro von General Julian Stachiewicz, einem nahen Mitarbeiter des Marschalls Piłsudski, reorganisiert, unter dessen Leitung die Arbeiten dieses Instituts hauptsächlich den neuesten Zeiten, insbesondere dem letzten polnisch-russischen Krieg in den Jahren 1918—1920, gewidmet waren. Ein besonderes Referat über die Geschichte der früheren Kriege führt Major Otto Laskowski, zugleich Redakteur des Przegląd Historyczno-Wojskowy (Militärhistorische Revue), von der bisher 10 Bände erschienen sind.

Die Entwicklung der militärhistorischen Disziplin fand ihren Widerhall auf den Tagungen der polnischen Historiker in den Jahren 1925, 1930 und 1935 und stieß auch auf reges Interesse der höchsten wissenschaftlichen Anstalten Polens. So hat die polnische Akademie der Wissenschaften eine Kommission für Kriegsgeschichte ins Leben gerufen, die speziellen Forschungen auf diesem Gebiete gewidmet ist. Der 3. Band des Archivs dieser Kommission enthält eine von dem damaligen Generalsekretär der Akademie, Prof. Stanisław Kutrzeba, bearbeitete Sammlung von militärischen Artikeln und Gesetzen. Diesem Werke möchten wir hier einige erläuternde Zeilen widmen, da diese hervorragende Publikation eine bedeutsame Erscheinung auf dem Gebiet der polnischen Kriegsgeschichte vorstellt.

Die Sammlung enthält drei Arten von Rechtsquellen. Die aus dem Mittelalter stammenden königlichen Edikte, die den Charakter dauernder Normen tragen, bilden die erste Gruppe; hieran reihen sich die aus der ersten Hälfte des 16. Jh.s stammenden Landtagsbeschlüsse, die Militärpflicht betreffend, die jeweils für die Dauer eines Feldzuges gefaßt wurden; schließlich tauchen seit dem 16. Jh. parallel mit den Landtagsbeschlüssen militärische Artikel und Kriegs-Reglements auf, die sich auf die innere Organisation und Disziplin der Truppen beziehen. Der Anhang enthält eine Reihe von einschlägigen Instruktionen und Projekten. Im ganzen umfaßt die Publikation 49 Nummern, von denen bisher nur ein Teil bekannt war. Eine Reihe davon, 20 an der Zahl, wurden hier zum erstenmal vollständig veröffentlicht, darunter einige von besonderer Bedeutung, auf die sich die durch lange Zeit im Königreiche Polen selbst und in Litauen allgemein geltenden Artikel von Jan Tarnowski (1557) und Jan Zamojski (1593) stützen. Diese beiden für die spätere Entwicklung ausschlaggebenden Artikel waren bisher unbekannt. Sowohl der Wortlaut als auch die Chronologie der einzelnen Akten wurde durchgehends festgestellt.

Das Erscheinen dieses Buches kann also mit vollem Recht als ein Markstein in den Studien über die Geschichte des polnischen Kriegsrechtes betrachtet werden, da die bisherigen Arbeiten von Podbiera und Kamiński sich auf ein zu dürftiges Quellenmaterial stützten. Soweit es sich um wissenschaftliche Feststellungen handelt, ist der vom Herausgeber erbrachte Nachweis wichtig, daß die Kriegsartikel sich grundsätzlich auf die zwei oben erwähnten Prototypen zurückführen lassen, von welchen die Artikel Tarnowskis sich an italienische, die von Zamojski hingegen vielleicht an schweizerische Vorbilder anlehnen. Die letztere Be-

hauptung würde allerdings noch weitere vergleichende Sudien erfordern.

Eine besondere Entwicklung weisen die Kriegsartikel Litauens auf, da in diesem Lande die vom Landtage im Jahre 1609 beschlossenen Artikel (Zamojskis) keine Gesetzeskraft hatten.

Die Truppen von sogenanntem „ausländischen Autorament" (cudzoziemskiego autoramentu), das heißt, die aus Ausländern in der Mitte des 17. Jh.s gebildeten Söldnerheere, hatten ein besonderes Reglement, welches, wie Dozent Koranyi nachgewiesen hat, nur eine Kopie der Kriegsartikel Gustav Adolfs[2] vorstellt. Alle anderen, dem nationalen Ehrgeiz schmeichelhafteren Kombinationen sind gänzlich unbegründet.

Der Herausgeber schließt seine Arbeit chronologisch mit der Konföderation von Bar (1769). Daher wurden die Artikel aus der Regierungszeit des letzten polnischen Königs, die fremden Mustern streng nachgebildet sind, nicht mehr aufgenommen. Man hätte freilich die Publikation noch um den einen oder anderen Akt über die privaten Truppen (z. B. die von Radziwiłł) erweitern können; ferner vermißt man sowohl die Kriegsartikel der Lisowczycy, das heißt der speziellen Freischärlerabteilungen aus der Zeit des 30-jährigen Krieges, als auch die Reglements der Kosakentruppen.

Nichtsdestoweniger bedeutet die vorliegende Sammlung einen wichtigen Fortschritt und wird gewiß den Ausgangspunkt für weitere Forschungen bilden, für die Wissenschaft anderer Völker aber ein überaus reiches und mannigfaltiges Vergleichsmaterial darbieten.

Lemberg. Kazimierz Tyszkowski.

Stanisław Nowogrodzki: Rządy Zygmunta Jagiellończyka na Śląsku i w Łużycach. 1499—1506. (Die Regierung Siegmund Jagiellonczyks in Schlesien und den Lausitzen.) Krakau 1937. Polska Akademja Umiejętności. 176 S.

Umfassende archivalische Forschungen in Wien, Prag, Troppau u. a. boten dem Vf. die Möglichkeit, seine Darstellung der Herrschaft des späteren Polenkönigs Siegmund Jagiellończyk in Schlesien und den Lausitzen (1499—1506) über das bisherige Schrifttum von deutscher und polnischer Seite hinaus zu entwickeln. Vf. zeichnet die kurze Spanne der Wirksamkeit dieses Jagiellonen, der durch seinen Bruder Ladislaus am 27. November 1499 das Herzogtum Glogau, am 8. Dezember 1501 das Herzogtum Troppau als ungarische Lehen, am 17. Mai 1504 die Nieder-, im Dezember die Oberlausitz und noch im gleichen Jahre die Oberlandeshauptmannschaft von Schlesien erhielt, aber schon im Jahre 1506 bei seiner Thronbesteigung seine sämtlichen schlesischen Ämter aufgab, als eine für Schlesien höchst segensreiche Epoche (Durchführung einer Münzverbesserung [S. 109 f.], Ausrottung der Wegelagerei [S. 122 f.]) und steht hiermit auf gleicher Linie mit der deutschen Forschung, die Siegmund niemals ihr Lob für sein erfolgreiches Wirken versagt hat (vgl. Geschichte Schlesiens, 1938, Bd. I, S. 234). Sein fast vollständiges, aus seiner humanistischen Geisteshaltung erwachsendes Verzichtleisten auf die Verfolgung nationalpolnischer Ziele findet allerdings durch den Vf. schärfste Verurteilung. Eine solche Handlungsweise Siegmunds erscheint dem Vf. von seinem heutigen nationalpolnischen Blickpunkt aus betrachtet, dem das Schlesien um 1500 noch ein gänzlich polnischer integrierender Bestandteil des Jagiellonenreiches ist, als Verrat an der polnischen Sache; durch seinen freiwilligen Verzicht auf die schlesischen

[2]) Koranyi, K., Z Badań nad polskimi i szweckimi artykułami wojskowymi XVII stulecia (Aus Forschungen zu polnischen und schwedischen Militärartikeln des 17. Jh.s). Krakau 1938. (Studia historyczne ku czci Stanisława Kutrzeby, t. I.)

Ämter habe Siegmund die letzte Möglichkeit zur „Revindikation“ Schlesiens verpaßt; nicht das geringste Verständnis für die von alters her Schlesien mit Polen verknüpfenden Bande und für die starke Bedeutung Schlesiens bezüglich der völkisch-polnischen Belange sei bei ihm zu verspüren. Vf. sieht die politische Aufgabe, die Siegmund in Schlesien zu erfüllen hatte, zu einseitig; er überhäuft ihn mit Tadel, weil ihm Wohl und Wehe seiner schlesischen Wahluntertanen mehr am Herzen lagen als nationalpolnische Belange, und weil die machtpolitischen Wunschträume einer späteren polnischen Generation nicht durch ihn ihre Verwirklichung fanden. Indes ist es nur zu bedauern, daß die im übrigen wissenschaftlich wertvolle und durchaus sachliche Abhandlung durch die einseitig tendenziöse Beurteilung der politischen Zielsetzung Siegmund Jagiellończyks in ihrem Wert herabgemindert wird.

Berlin. Gerhard Zimmermann.

Kazimierz Piwarski: Pomysły odzyskania Śląska za Jana III Sobieskiego (Pläne zur Wiedergewinnung Schlesiens zur Zeit der Regierung Johanns III. Sobieski). Polski Śląsk, Heft 37. Kattowitz 1938. Instytut Śląski. 30 S.

In wenigen, durch kurze Überschriften straff und übersichtlich gegliederten Abschnitten bietet Vf., der sich durch seine Veröffentlichungen aus den Jahren 1929, 1932, 1933, 1934 und zuletzt 1937 als Forscher zur politischen Geschichte des polnischen Königs Johann III. Sobieski in der wissenschaftlichen Welt bereits einen Namen gemacht hat, einen weiteren Beitrag zu seinem Spezialgebiet. In Fortsetzung der Forschungen, wie sie für die Zeit der Wasas von 1645—1666 bereits in einer Abhandlung von Wł. Dzięgiel, Utrata księstw Opolskiego i Raciborskiego przez Ludwikę Marię w. r. 1666 (Der Verlust der Herzogtümer Oppeln und Ratibor durch Ludwig Maria), Krakau 1936[1], veröffentlicht sind, untersucht Vf. die Frage, inwieweit der Gedanke einer Rückgewinnung Schlesiens unter der Regierung Sobieskis eine Rolle gespielt hat. Einleitend wird von vornherein festgestellt, daß Annektionsabsichten Polens auf Schlesien zur Zeit Sobieskis nicht aus nationalpolitischen, sondern einzig aus rein dynastischen Erwägungen erwachsen sind, daß die schlesische Frage darum nur geringen Einfluß in der gesamten Politik Johann Sobieskis gehabt hat, weil diese nicht der Ausdruck einer „opinia szlachecka“ (S. 7) gewesen ist, sondern einzig durch dynastische Erwägungen des Hauses Sobieski bestimmt wurde. Nur unter diesen Gesichtspunkten könnten die polnische Politik bezüglich Schlesiens und die hin und wieder auftauchenden Pläne einer „Revindikation“ recht verstanden werden. Die Rolle Schlesiens im Rahmen der polnisch-französischen und habsburgischen Politik, die gescheiterten Bemühungen Frankreichs, Polen 1674 zur Entlastung vom habsburgischen Druck am Rhein in eine kriegerische Aktion in Schlesien zu verwickeln (S. 10), die Ansprüche Sobieskis auf die nach dem Aussterben der schlesischen Piasten i. J. 1675 vakanten schlesischen Herzogtümer werden zunächst kurz dargelegt. Daß den Ereignissen des Jahres 1683 ein besonderer Abschnitt gewidmet wird, ist bei der Einstellung des Vf.s nicht anders zu erwarten, ebenso, daß er dem Durchzug Johann III. Sobieski durch Schlesien zum Entsatze Wiens die gleiche Bedeutung beimißt, wie in seiner letzten Abhandlung: Piwarski, Jan III. Sobieski na Śląsku w roku 1683 (Johann III. Sobieski in Schlesien im Jahr 1683), Kattowitz 1937. „Den unauslöschbaren Eindruck, den das polnische Entsatzheer bei seinem Durchzug durch Schlesien machte“ (S. 18 und 21), stellt nun der Vf. bewußt in Gegensatz zu den Faktoren, durch die die „Germanisation damals sickerte“ (sączyła . . .

[1] Vgl. diese Zeitschrift 2 (1937), S. 694.

germanizacja) (S. 18): dem das Deutschtum unentwegt fördernden Einfluß der Jesuiten (S. 16), der Aufrichtung des neuen Wallfahrtsortes zu Piekar bei Beuthen trotz stärkster Widerstände des Krakauer Diözesanbischofs gleichsam als Kampfmittel gegenüber Tschenstochau und seinen Polonisierungsbestrebungen (S. 17). Ob allerdings die Begeisterung des oberschlesischen Volkes als Ausdruck wiedererwachter freundschaftlicher Gefühle, die nunmehr „für lange Jahre die polnische Bevölkerung Schlesiens mit dem Nachbarland verbunden" hätten (S. 18), und darum als ein so schwerwiegendes Gegengewicht gegenüber den deutschtumfördernden Faktoren zu werten ist, ist zumindestens stark zu bezweifeln, weil die zeitgenössischen Quellen ebenso den Schluß zulassen, die Freudenkundgebungen hätten insbesondere dem willkommenen Bundesgenossen im Türkenkriege gegolten. Später auftauchende Gedanken, Schlesien durch diplomatische Verhandlungen wiederzugewinnen, zerschlagen sich infolge der Schwenkung der Politik Sobieskis in den Jahren 1689/90 (S. 23). Die Neuburger Heiratspläne führen schließlich zu der in ihren politischen Wirkungen belanglosen Verpfändung des Herzogtums Ohlau als Heiratsgut an den polnischen Kronprinzen Jakob Sobieski (1691—1737), die schließlich der einzige, wenn auch sehr bescheidene „realny efekt" der vielfältigen, vom Vf. übersichtlich und klar dargelegten „Revindikations"-Pläne zur Zeit Sobieskis gewesen ist. — Ausführliche Anmerkungen und Literaturzitate ergänzen die Darstellungen (S. 28).

Berlin. Gerhard Zimmermann.

T. Nowak: Oblężenie Torunia w roku 1658 (Die Belagerung Thorns im Jahre 1658). Roczniki towarzystwa naukowego w Toruniu 43. Thorn 1936. Nakł. Tow. Nauk. w Toruniu. 258 S.+10 Abb. u. Karten. (Mit dt. Zsfg.)

Die Belagerung Thorns im Jahre 1658 ist nur eine Episode in dem weltgeschichtlichen Ringen zwischen Polen und Schweden in den Jahren 1655—60 und keineswegs eine entscheidende Waffentat. Die Literatur über diesen Krieg ist schon sehr umfangreich, von polnischer, schwedischer und nicht zuletzt deutscher Seite. Der Vf. stützt sich nur auf deutsche und polnische Quellen und Darstellungen, und auch in dem stattlichen Verzeichnis der benutzten Archive fehlt Stockholm. Das Material, das er ausbreitet, ist jedoch zum großen Teile neu und gestattet es, jetzt viele Einzelheiten deutlicher zu sehen als bisher. Im ganzen freilich hätte man die Darstellung gerne etwas konzentrierter und knapper gesehen. Seit Ende 1655 befand Thorn sich in schwedischer Hand und konnte in den an Wechselfällen so reichen Jahren 1656 und 1657 gehalten werden. Die Versuche der Polen, Thorn wiederzugewinnen, werden einleitend geschildert. Aber erst im Sommer 1658, als Polen nach dem Frieden zwischen Schweden und Dänemark neue Überraschungen von schwedischer Seite fürchten mußte, ging man ernstlich daran, den schwedischen Vorposten in Thorn zu liquidieren. Polnische und österreichische Truppen in Stärke von 20 000 Mann schlossen eine schwedische Garnison von 2500 Mann in Thorn ein und zwangen sie nach einem halben Jahr, im Dezember 1658, zu einer ehrenvollen Übergabe. Nur 300 Schweden kamen mit dem Leben davon — der Ruhm dieser Belagerung gehört den Unterlegenen. Unter den Belagerern herrschte allerdings, wie der Vf. ausführt, nicht das beste Einvernehmen, was den Erfolg ohne Zweifel verzögert hat. Für die Geschichte der Belagerungstechnik bietet die Darstellung manches Interessante. Bilder und Karten veranschaulichen sie, und eine ausführliche deutsche Inhaltsangabe macht sie auch für die nicht des Polnischen kundigen Leser benutzbar.

Königsberg (Pr.) Kurt Forstreuter.

Władysław Konopczyński: Diarjusze sejmów z lat 1750, 1752, 1754 i 1758 (Sejmtagebücher aus den Jahren 1750, 1752, 1754 u. 1758). Diarjusze sejmowe z wieku XVIII, Bd. 3. Warschau 1937. Towarzystwo naukowe warszawskie. XII+306 S.

Die vorliegende, sehr sorgfältige Ausgabe der Sejmtagebücher ist, wie die Vorrede ausführt, erheblichsten Schwierigkeiten begegnet, die eine ungemeine Verzögerung beim Erscheinen des Werkes zur Folge hatten. Bereits 1914 war dieser Band im Manuskript druckfertig; die nun einsetzenden Kriegsereignisse und die sich daran anschließenden, für die Herausgabe solcher Werke wenig günstigen allgemeinen finanziellen Verhältnisse zögerten die Publikation des Bandes bis jetzt heraus.

Der Editionsplan der Warschauer Gesellschaft der Wissenschaften war i. J. 1910 festgelegt worden. Der I. Band erschien 1928, herausgegeben von Ryszard Mienicki im Auftrag der Gesellschaft der Freunde der Wissenschaft zu Wilna. Der vorliegende Band führt uns in die Zeiten des Wettiners August III. (1735—63), der sich mehr durch seinen Charakter als durch seine Herrscherpersönlichkeit vor seinem Vater August d. St. auszeichnete. Es ist eine Zeit weiteren Niederganges für Polen. Hatte der gewalttätige Vater die Königsmacht in Polen nicht zu stärken vermocht, so erst recht nicht der Sohn. Eine Unterstützung in diesen Bemühungen durch eine engere Verbindung mit Sachsen zu gewinnen, war durch Friedrichs d. Gr. Eroberung Schlesiens unmöglich gemacht; neben den aus dem absolutistisch-merkantalistischen Zeitalter sich ergebenden Gründen mag auch diese Erwägung den großen Preußenkönig zur Besitznahme Schlesiens veranlaßt haben. So wurde der alte Gegensatz der Machtinteressen der Hohenzollern und Wettiner endgültig zu Ungunsten der letzteren beendet. August III. hat daher auch für Polen ein immer geringer werdendes Interesse gezeigt. Wie seinem Vater, so versagten sich auch ihm überdies die Sejms, so daß die lebenswichtigen Fragen Polens weiterhin ungelöst blieben; die Rivalität der großen Adelsfamilien bestimmte die Geschicke des Landes.

Auch die in der vorliegenden Publikation behandelten Sejms aus dem etwa letzten Jahrzehnt der Regierung Augusts III. brachten keine Reformen, wie sie der niedergehende Staat so dringend erfordert hätte. Der Warschauer Sejm v. J. 1750 sollte beraten „de correctione justitiae". Dieser Sejm endete in der nun schon üblichen Weise (vgl. S. 40 f. „Manifest Antoniego Wydżgi o zerwaniu sejmu"; dieser Wydżga war „dapifer grabovecensis ex palatinatu belzensi"; vgl. das weitere abschließende Manifest S. 41 ff.).

Über den Verlauf des in Grodno zusammengetretenen Sejms v. J. 1752 berichtet der S. 44 ff. abgedruckte „Diarjusz sejmu walnego grodzieńskiego" (Tagebuch des allgemeinen Sejms zu Grodno), wo Wirtschaftsfragen des Staates im Vordergrunde standen, auch mit Bezug auf die Landesverteidigung (vgl. u. a. z. B. S. 77 f.). Die Berichte der 21 Sitzungen des Sejms geben ein getreues Bild der vielfach starken Erregung und heftigen Diskussionen. Die nun eben nicht neue Feststellung, daß „plus valet oppositio unius quam assensio omnium" (S. 108), fiel bei den Verhandlungen schwer ins Gewicht und führte zu der eindringlichen Bitte an den Opponierenden, „aby idem sentiat cum pluribus". Die „desideria restituendae activitatis izbie poselskiej", die der König hegte, konnten gewöhnlich nur durch realere Hinweise als „amor patriae et religionis" erfüllt werden. S. 130 ff. folgen die Listen der beteiligten Senatoren, an deren Spitze natürlich der Primas und die Bischöfe stehen, dann die Sendboten, nach Wojewodschaften geordnet. Das Manifest, welches gegen die Beschlußfassung „pure amore ojczyzny ductus" Einspruch einlegt, und das Gegenmanifest gegen diese Zerreißung beschließen den Bericht dieses Sejms.

Am 30. September 1754 begann der Sejm in Warschau, über den S. 141 ff. berichtet wird. In sehr eindringlichen Worten mahnt diesmal in

der mit dem üblichen Festgottesdienst verbundenen Predigt der Krakauer Archidiakon Łubiński die Deputierten zur Einigkeit, zur Rettung des Vaterlandes und zum Wohle der Nation, ein Appell, der ebenso wenig fruchtete, wie die früheren: es war vergeblich, auch dieser Sejm verlief ergebnislos. Viele der hier gehaltenen Reden enthalten sehr interessante Ausführungen (z. B. S. 211 ff.). Man wird auch an den mahnenden Worten, mit denen die 27., die Schlußsitzung, ausklingt (S. 235 f.), nicht achtlos vorübergehen.

Der letzte Bericht dieses Bandes enthält dann den Verlauf des gleichfalls in Warschau abgehaltenen Sejms v. J. 1758, am 2. Oktober eröffnet. Er brachte es auf nur neun Sitzungen, dann verfiel auch er, gleich den anderen, der Auflösung.

Wenn wir in diesen Berichten eigentlich nur letztlich Negatives, nirgends ein auch nur irgendwie wesentliches Ergebnis finden, so liegt gerade in dieser Feststellung das Typische für diese Zeit polnischer Geschichte. Darum ist die Herausgabe dieser Tagesaufzeichnungen zu begrüßen. Die Ausgabe erweckt den Eindruck strengster Akribie. Anmerkungen, Register und die über die Textfragen genauere Auskunft gebende Einleitung sind wertvolle Ergänzungen und gewähren rasche Orientierung. Der Herausgeber hat in orthographischer Hinsicht die heutige Norm durchgeführt.

Breslau. Erdmann Hanisch.

T. Lutman: Studia nad dziejami handlu Brodów w latach 1773—1880 (Studien über die Geschichte des Handels von Brody in den Jahren 1773—1880). Badania z dziejów społecznych i gospodarczych Nr. 26. Lemberg 1937. Kasa im. Mianowskiego. 363 S.

Die Veröffentlichung, die als 26. Band der Reihe „Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte" erschienen ist, behandelt zwar räumlich wie zeitlich nur ein kleines Teilgebiet der polnischen Wirtschaftsgeschichte, nämlich die Handelsstellung der großen galizischen Stadt Brody im Laufe eines Jahrhunderts; sie verdient gleichwohl eine eingehendere Würdigung, und zwar einmal wegen der Sauberkeit und Akribie der wissenschaftlichen Forschung und Darstellung, durch die sich die genannte Reihe im allgemeinen überhaupt auszeichnet, wie vor allem auch deshalb, weil in der Handelsgeschichte Brodys ein interessanter Einzelfall in der Handelsstellung des Judentums im osteuropäischen Raum gegeben ist. Es ist kennzeichnend für die „wertungsfreie" Darstellung eines polnischen Wissenschaftlers, daß diese Seite der Brodyer Handelsgeschichte nur ganz am Rande gestreift wird und der Verfasser es sich entgehen läßt, an Hand der Geschichte Brodys die Geschichte eines jüdischen Handelsemporiums in Osteuropa zu schildern. Der Vf. gibt die Arbeit in zwei Teilen. Der erste hat handelspolitischen Charakter und schildert die Handelspolitik Österreichs in Galizien und die Entwicklung des sogenannten Freihandelsprivilegs der Stadt Brody. Als nämlich Galizien 1773 mit dem Habsburgerreich vereinigt wurde, ergab sich für die an der Nordostgrenze gelegene Grenzstadt Brody die Schwierigkeit der Erhaltung des bis dahin außerordentlich regen Zwischenhandelsverkehrs zwischen Galizien und dem russischen Reich sowie der Moldau. Als Knotenpunkt des Handels in vorwiegend ostwestlicher Richtung hatte Brody bis dahin schon eine relativ sehr große Bedeutung gehabt. Die Einbeziehung der Stadt in das österreichische Wirtschaftsgebiet hätte eine Umstellung des Handels im Sinne eines Verlustes der bisherigen Transit- und Mittlerstellung bedeutet. Der österreichischen Regierung war an einer Erhaltung eines handelsmäßigen Einfallstores nach Osten aber gelegen, und sie entschloß sich aus diesem Grunde, die Stadt Brody und 17 umliegende Landgemeinden (die Grenzen sind später

wiederholt verändert worden) wirtschaftlich aus dem Bestand der Monarchie auszuschließen und zur freien Handelsstadt und zum Zollausschlußgebiet zu erklären. Brody wurde dadurch durch eine Binnenzollgrenze vom übrigen Galizien abgeschlossen, nahm aber ähnlich wie der freie Staat Krakau bis zu seiner Beseitigung eine wirtschaftliche Sonderstellung im Rahmen der Monarchie ein. Diejenigen, denen an einer solchen Regelung am meisten gelegen sein mußte, waren aber die Handeltreibenden Brodys selbst, und zwar vor allem die Großkaufleute, die Exporteure und Importeure, die Handelsvermittler, während die Detaillisten sowie die Landbezirke, die zum Brodyer Freihandelsgebiet geschlagen wurden, unter dieser Regelung litten. Diese Handeltreibenden waren, und das wird von Lutman, wie schon hervorgehoben, eigentlich nur ganz am Rande und in Fußnoten angedeutet, aber nahezu ausschließlich die Juden. Nach Angaben Lutmans auf S. 125—137 seines Buches ergibt sich ein Judenanteil an der Gesamtbevölkerung Brodys von 81% im Jahre 1778, 82% 1783, 86% 1799, 88% 1820, 87% 1840, 80% 1859 und 76% 1880. Schon aus diesen Anteilziffern ergibt sich die völlig dominierende Stellung der Juden in der Stadt Brody, die man mit Recht als reine Judenstadt bezeichnen kann. Es sei nur bemerkt, daß auch heute noch Brody einen Judenanteil von etwa 65% der Gesamtbevölkerung besitzt. Nicht weniger kennzeichnend und für die wirtschaftliche Beteiligung der Handeltreibenden Brodys wichtig ist eine aus dem Jahre 1840 vorliegende Angabe, wonach in Brody 564 jüdische und 9 nichtjüdische Kaufleute (abgesehen von den Detaillisten) gezählt wurden. Zwar sind die wenigen christlichen Firmen größere gewesen, so daß der Kapitalzusammensetzung nach der jüdische Anteil nicht gleich hoch ist wie der Zahl der Firmen nach. Immerhin ist mehr als zwei Drittel des Umlaufkapitals der Großhandelsfirmen Brodys in der gleichen Zeit jüdisch gewesen.

Diese wenigen Angaben zeigen, daß die Handelsgeschichte Brodys eine Geschichte des jüdischen Handels ist. Die Entwicklung dieses Handels ist nun mit einer Erhaltung des freien Handelsprivilegs und der Zollausschließung aus der österreichischen Monarchie innig verbunden. Ebenso wie Krakau wurde Brody dabei eine Schmuggelzentrale, da neben dem legalen sich ein blühender illegaler Handel entwickelte. L. gibt selbst zu, daß eine Bedarfsversorgung nicht nur weiter Teile Galiziens erfolgte, sondern auch in andere Teile der Monarchie unverzollte Waren geschmuggelt wurden, wenn man auch den Umfang nicht statistisch erfassen kann. Der außerordentlich lebhafte Pferdeschmuggel war noch dadurch erleichtert, daß für die Zutreibung von Pferden nach Brody die Binnenzollgrenze gegenüber Galizien nicht in Geltung stand. Es ist bezeichnend, daß das kleine Gebiet von Brody immer dann einen besonders handelsmäßigen Aufschwung nahm, wenn durch äußere, insbesondere durch kriegerische Auseinandersetzungen ein plötzlich ansteigender Bedarf nach Waren, sei es in Österreich, Rußland oder Kronpolen eintrat. Die erste Blüte erlebte der Brodyer Handel in der Zeit der napoleonischen Kontinentalsperre zwischen 1807 und 1812, da die russischen Häfen sich bekanntermaßen der Einfuhr englischer Waren nicht verschlossen und über den Umweg des Brodyer Freihandelsgebietes der Import der verbotenen Waren nach der österreichischen Monarchie aber auch darüber hinaus bis nach Deutschland hinein möglich wurde. Eine zweite Belebung fand der Brodyer Handel nach 1818, als der russische Zolltarif in einem liberalen Sinne umgestaltet wurde. Noch mehr belebte sich der Handelsverkehr zur Zeit der italienischen Wirren 1820. Einen erneuten Anstoß für das Wachsen des Brodyer Handels bedeutete der russisch-türkische Krieg 1829, als im Zusammenhang mit den kriegerischen Handlungen der Schwarzmeer-Handel lahmgelegt wurde. 1854/55 erreichte der Brodyer Handel während des Krimkrieges eine ungeahnte Höhe mit dem Unterschied nur, daß sich der Handelsverkehr nicht in ostwestlicher Richtung, sondern in westöstlicher, über das Zollausschlußgebiet von Brody vollzog. Nach 1856 tritt im Zusammenhang mit den österreichisch-italienischen

Auseinandersetzungen und der Blockierung der österreichischen Häfen bei gleichzeitiger Vermehrung der Warennachfrage eine neue Belebung des Handelsverkehrs ein. Man kann also feststellen, daß die eigenartige wirtschaftliche Ausnahmestellung Brodys immer dann den Brodyer Kaufleuten, praktisch also ganz überwiegend den Brodyer Juden, namhaften Gewinn abwarf, wenn eine starke Bedarfnachfrage durch äußere kriegerische Verwicklungen in Erscheinung trat.

Im zweiten Teil seiner Arbeit versucht Lutman eine Übersicht über die Art, Zusammensetzung und Größe des Brodyer Handels zu geben. Nach den Angaben des Verfassers bewegt sich der Handelsverkehr in den einzelnen Jahren zwischen 9—17 Mill. Gulden. Zu Ende der Untersuchungszeit 1873 wird er sogar mit 22 Mill. Gulden angegeben. In der Einfuhr sind es vor allem russische Rohstoffe und Nahrungsmittel, ferner Rohstoffe der Textilindustrie wie Schafwolle und Flachs, die die Haupthandelsartikel darstellen. Daneben sind noch Wachs, Felle, Leder, Tabak, Kolonialwaren und Tiere zu nennen. In der Ausfuhr, die für den Brodyer Handel eine noch viel größere Bedeutung hat, stehen Textilfertigwaren, Kurz- und Galanteriewaren und Kleineisenwaren an erster Stelle. Eine größere Anzahl weiterer Erzeugnisse der Papier-, Holz- und keramischen Industrie, der Feinmechanik und verschiedene Luxuserzeugnisse kommen hinzu.

In einem eingehenden statistischen Anhangsteil gibt der Verfasser eine Übersicht über die Entwicklung des Warenverkehrs zwischen Brody und der österreich-ungarischen Monarchie einerseits und mit Rußland auf der anderen Seite.

Insgesamt genommen kann die Arbeit Lutmans als außerordenlich interessanter Beitrag der Handelsgeschichte Galiziens im 19. Jh. gewertet werden. Darüber hinaus beansprucht sie das Interesse vor allem deshalb, weil sie ein überaus interessantes Beispiel für die Entwicklung eines osteuropäischen jüdischen Handelszentrums ist.

Königsberg/Pr. P. H. Seraphim.

Alfred Kuhn: Polnische Kunst von 1800 bis zur Gegenwart. 2. veränderte Aufl. Berlin 1937. Klinkhardt u. Biermann. 211 S.

Das Buch Alfred Kuhns, übrigens die einzige größere Arbeit, die bisher in Deutschland der Kunst unseres östlichen Nachbarvolkes gewidmet wurde, behandelt die nationalste Epoche in der Kunstgeschichte Polens. Das Buch erhält einen besonderen Wert nicht nur durch das reiche und gut wiedergegebene Abbildungsmaterial, sondern auch durch die Einleitung, die eine gedrängte Übersicht über die Entwicklung der Kunst in Polen bis zur Schwelle des 19. Jh.s enthält, ferner durch die am Schluß gegebene Zusammenstellung von Schrifttum zur polnischen Kunstgeschichte.

Berlin. Ewald Behrens.

Edmund Oppman: Warszawskie „Towarzystwo Patryotyczne" 1830—1831 (Die Warschauer „Patriotische Gesellschaft" 1830—1831). Biblioteka Historyczna im. T. Korzona, Bd. XXV. Warschau 1937. Tow. Miłośników Historii. 184 S.

Das Verdienst dieser in anschaulicher Weise geschriebenen Arbeit scheint mir darin zu liegen, daß sie als Grundlage der „Patriotischen Gesellschaft" das soziale Problem in den Mittelpunkt rückt. Der liberaldemokratische Gedanke des 19. Jh.s konnte sich in Polen in besonderem Maße entwickeln, da das Moment der äußeren Unfreiheit die revolutionäre Bewegung verstärkte. Das Programm der „Patriotischen Gesell-

schaft“ brachte diese Verschmelzung innen- und außenpolitischer Ziele zum Ausdruck, in der Praxis besaß sie jedoch trotz einer straff angelegten Organisation, trotz einer von den zündendsten Geistern der Nation getragenen Pressepropaganda nicht genügend Stärke und Popularität, um die von der konservativen Aristokratie und der Rada Administracyjna (Verwaltungsrat gegenüber Rußland und dem Zarentum vertretene Verständigungspolitik völlig zu überwinden. Die Untersuchung Oppmans gibt ein interessantes Bild dieser geistigen Auseinandersetzung zwischen dem konservativen und revolutionären Gedanken für eine Zeit, in der es weder auf der einen noch auf der anderen Seite ein wirklich ausgereiftes politisches Programm gab, sondern noch die Kaffeehausdiskussion der Intellektuellen eine wirklich einheitliche Linie auch innerhalb derselben politischen Gruppe nicht aufkommen ließ. Die Zeichnung des Warschauer Lebens und der führenden Persönlichkeiten ist dem Vf. sehr gut gelungen. Nützlich ist ferner die in der Einleitung gegebene Bibliographie. Die Arbeit ließe sich an vielen Punkten, besonders was das Geheimbundwesen anbetrifft, vertiefen; sie wirkt jedoch gerade durch ihre knappe Form anregend.

Berlin. Ellinor von Puttkamer.

Adam Lewak: Dzieje emigracji polskiej w Turcji (1831—1878) (Geschichte der polnischen Emigration in der Türkei 1831—1878). Warschau 1935. Nakładem Instytutu Wschodniego w Warszawie. 280 S.

Wenn der Vf. in der Einleitung sagt (S. 3), der Titel seines Buches sei zu eng gewählt, da es sich mit den Beziehungen Polens zur Türkei überhaupt befasse, so ist das durchaus berechtigt. Von diesen ist mindestens ebenso viel die Rede wie von dem eigentlichen Gegenstande des Werkes; die Behandlung dieser Fragen ist aber auch unerläßlich für eine wirkliche Durchleuchtung der ganzen Problemstellung. Darüber hinaus wird deutlich, daß die Beziehungen des polnischen Volkes mit der Türkei in der genannten Zeit, (auf die der Vf. sich streng beschränkt), natürlich nicht gesondert dastehen, daß sie vielmehr einen nicht auszusondernden Bestandteil der allgemeinen europäisch-nahöstlichen politischen Entwicklung darstellen.

An dem Verhältnisse Rußlands zum Osmanischen Reiche läßt sich die polnische Haltung gewissermaßen negativ ablesen. Noch während der polnischen Erhebung von 1830/31 hatten sich dort Erinnerungen an die alte Verbundenheit der beiden Staaten und ihren gemeinsamen Gegensatz zum Zaren geregt (S. 13 ff.). Sobald aber die Türkei infolge der Angriffe des ägyptischen Statthalters Muḥammad ʿAlī und dessen Unterstützung durch Frankreich genötigt war (S. 28), sich nach einem Helfer umzusehen, und diesen im Zaren fand (Vertrag von Hunkjār Iskelesi 1833), mußte ihr Interesse an Polen erkalten, um erst mit der wachsenden Spannung zwischen Rußland und der Hohen Pforte nach der Erledigung der ägyptischen Frage wieder zuzunehmen (S. 41 ff.). Die Ereignisse der Jahre 1848/49, die Rußland und Österreich Seite an Seite gegen die Polen und — vor allem — die Ungarn fanden (S. 55 ff.), gaben dem Sultan die Möglichkeit, seine Gefühle für diese beiden Völker durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu beweisen. Freilich schob die Pforte diese wieder ab, als politische Verwicklungen drohten (S. 71 ff.), und behielt nur Militärs und solche, ihr nützlich erscheinenden Persönlichkeiten, von deren Aufenthalt im Lande (auch wenn sie nicht Muslime wurden) sie sich V o r t e i l e versprechen konnte (S. 79 ff.). Gerade diese Triebfeder der türkischen Haltung hat Lewak sehr deutlich hervorgehoben (S. 65).

Tatsächlich gab es auch während des Krimkrieges 1854/55 polnische Freiwilligen-Abteilungen und türkische Heerführer polnischer Volkszuge-

hörigkeit (S. 92—140). Das Jahr 1863 bot dem Herrscher der Osmanen erneut Gelegenheit, polnische Flüchtlinge in seinem Staate aufzunehmen; natürlich waren seine eigenen Belange wieder maßgebend für seine Haltung (S. 174 ff.). Gleichzeitig zeigte sich aber nun der Gegensatz der Polen zu den übrigen Slawen: Zu den religiösen Unterschieden kam die Tatsache, daß die Balkan-Slawen gegen die Pforte standen, während die Polen mindestens teilweise ihre Hoffnung auf diese setzten (S. 151, 214 ff., 235 ff.). So konnten gewisse Unzuträglichkeiten nicht ausbleiben, die letztlich auch der polnischen Sache schädlich waren. Trotzdem gingen die Erwartungen dieses Volkes (S. 188 ff.) eigentlich erst 1878 (S. 226 ff.) ganz zu Ende, als der Untergang des Osmanischen Reiches bevorzustehen schien und mit dem Abschluße der Verträge von San Stefano und dann Berlin ein weiteres Vertrauen auf die Unterstützung des Sultans völlig zwecklos erschien. Seither bestanden bis zum Weltkriege kaum noch nennenswerte Beziehungen zwischen den beiden Völkern (S. 264).

Diesen Verlauf der Ereignisse hat der Vf. klar herausgearbeitet, wobei ihm die Verwertung ungedruckten Materials zustatten kommt, das auf diese Weise der Forschung zugänglich wird. Daneben hätte das Schrifttum vielleicht etwas umfänglicher herangezogen werden können, unter dem man z. B. englische und italienische Werke, soweit ich sehe, ganz vermißt. Ebenso schmerzlich bleibt selbstverständlich die Vernachlässigung der türkischen Geschichtsschreibung, die zur Erkenntnis der zwischenstaatlichen und der inneren Lage des Osmanischen Reiches nicht übersehen werden darf. Der Einseitigkeit, wie sie sich bei verschiedenen jüngeren Werken über das polnisch-türkische Verhältnis, so auch bei Konopczyńskis Buche[1]), bemerkbar macht, ist auch Lewak nicht entgangen. Die Hinzuziehung schließlich von speziell seinem Thema gewidmeten Schriften, wie Aḥmed Refīqs: Türkijede mülteğiler mes'elesi (Die Emigrantenfrage in der Türkei), Konstantinopel 1926 (Türk ta'rīḫ enğümeni küllijāti), wäre auch Lewaks Darstellung sicherlich nur von Vorteil gewesen. Dies soll weniger eine Kritik an dem sehr sorgfältigen Werke als vielmehr der Ausdruck eines Wunsches sein, der darauf hinausläuft, daß die gleichmäßige Bearbeitung besonders der diesbezüglichen handschriftlichen Schätze und der zugehörigen türkischen Literatur recht bald in Angriff genommen werden möge! Bei der Wichtigkeit der polnischen Südost-Politik gerade in der älteren Zeit wird die einheimische Geschichtsschreibung diesem Erfordernis nicht länger aus dem Wege gehen dürfen.

Göttingen. Bertold Spuler.

Marceli Handelsman: Ukraińska polityka ks. Adama Czartoryskiego przed wojną krymską (Die ukrainische Politik des Fürsten Adam Czartoryski vor dem Krimkrieg). Praci Ukraïnśkoho Naukovoho Instytutu, t. XXXV. Warschau 1937. 174 S.

Die Arbeit des bekannten Historikers stellt eine sorgfältige und gut fundierte Untersuchung dar, sie ist auf Grund sehr weitgehender Kenntnisse der Literatur und insbesondere der ukrainischen Literatur geschrieben und mit bedeutenden Ergänzungen aus den polnischen Archiven versehen. Der Vf. bemüht sich um eine ernsthafte Klarlegung des ukrainischen Problems und unterscheidet sich darin von vielen anderen polnischen Gelehrten, die eine solche Stellungnahme weder für nötig noch würdig halten. Die von ihm gefundenen und im Anhang (S. 131—164) veröffentlichten Materialien bringen tatsächlich Wertvolles für einige Epi-

[1]) Vgl. die diesbezüglichen Bemerkungen in dieser Zeitschrift, Jg. 3 (1938), S. 284 f. — Ebenso wie hier ist auch bei Lewak der Schreibung der türkischen Namen usw. eine zu geringe Aufmerksamkeit gewidmet!

soden der Verhaftung der Mitglieder der Kyrill-Methodius-Gesellschaft, zur Ideologie Duchińskis auf Grund seiner Korrespondenz v. J. 1850 und zur Tätigkeit des sogenannten ruthenischen Volksrates v. J. 1848.

Und doch muß die Arbeit als vom spezifisch-polnischen Standpunkt geschrieben bezeichnet werden. Der Vf. betont zu sehr den polnischen Einfluß auf die Entwicklung der ukrainischen nationalen Ideologie im 19. Jh. Gewissermaßen leugnet er die Kraft und das Gewicht der eigenen ukrainischen historischen Tradition, indem er die ukrainische nationale Entwicklung in der Vergangenheit als der wahren Eigenstaatlichkeit bar, sich mit „Surrogaten" (etwa dem Glauben an die Führer, Hetmane, in erster Linie Bohdan Chmelnyćkyj) begnügend, darum unklar und der strengen nationalvölkischen Scheidung unfähig bezeichnet (S. 2 f.). Darum gewinnen in seiner Arbeit die fremden Einflüsse auf die Gestaltung der ukrainisch-nationalen Ideologie um so mehr Bedeutung. Für ihn beginnt das echte nationale Erwachen des Ukrainertums eigentlich seit dem polnischen Aufstand v. 1831, in erster Linie in Verbindung mit der überragenden Einwirkung von Mickiewicz (S. 5). Natürlich muß man mit dem Vf. den großen Einfluß der „Księgi narodu polskiego" (Bücher des polnischen Volkes) von Mickiewicz auf das „Buch des Seins des ukrainischen Volkes" (Knyhy butja) — eines Hauptwerkes der Kyrill-Methodianer, das ihre Ideologie in wesentlichen Zügen wiedergibt — annehmen (S. 21). Er geht aber zu weit, wenn er die Genesis der slawisch-föderativen Gedanken der Mitglieder der Gesellschaft etwa mit den slawischen Plänen des Fürsten Adam Czartoryski von 1804—6 in engere Verbindung setzt (S. 25). Der organische Prozeß der ukrainischen nationalen Wiedergeburt kommt auf diese Weise nicht zur Geltung: in dem Bemühen um die Klarstellung des polnischen Einflusses läßt der Vf. nicht nur die staatlichen und kulturellen Traditionen der ukrainischen Vergangenheit unbeachtet, sondern mißt auch der Gesellschaft der Vereinigten Slawen und der Dekabristenbewegung als unmittelbaren Vorläufern der Kyrill-Methodianer wenig oder gar keine Bedeutung zu. Überhaupt dehnt er den ideologischen Einfluß des polnischen Messianismus über ganz Osteuropa aus. Samarin und Chomjakov, die bezeichnendsten Vertreter der russischen Slawophilie, erscheinen bei ihm als in erster Linie vom Messianismus der polnischen Emigration (wiederum Mickiewicz im Vordergrund) beeinflußt (S. 52 f.). Auch in Ostgalizien bringt er das Wiedererwachen der ukrainischen nationalen Idee in engste Verbindung mit den Ideen, die die damalige polnische Gesellschaft beherrschten (S. 60 f.). Übrigens versucht Handelsman, in allen diesen Fragen auch die Stimme des Fürsten A. Czartoryski zur Geltung zu bringen.

Die eigentlichen ukrainischen Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Politik Czartoryskis behandelt der Vf. erst auf den letzten dreißig Seiten seiner Darstellung (S. 98—128). Aus seiner Beweisführung geht hervor, daß die Ukraine in den Plänen des Fürsten von 1804—6 überhaupt keinen Platz hatte. Czartoryskis Idee der slawischen Föderation umfaßte damals nur die Staatsvölker, wobei die Ukraine ihm als ein Körper ohne ausgesprochen historisch-politische Formen erschien (S. 98). Erst in den 40-ger Jahren des 19. Jh.s zieht der Fürst auch die Ukraine näher in Betracht. Zur Unterstützung seiner auch die Ukraine betreffenden politischen Aktion finden sich zwei Helfer, Czajkowski und Duchiński: der erste, bekannt als Anhänger aktiven Vorgehens gegen Moskau im Bündnis mit der Ukraine, der Türkei, dem Kaukasus und Don zusammen mit den Nachkommen der emigrierten Don- und Zaporogerkosaken (beide auf türkischem Gebiet); der zweite, mehr Ideologe als Politiker, ganz eingenommen von dem Gedanken der Konzentrierung aller polnischen Kräfte auf das ukrainische Problem und auf lange Sicht arbeitend. A. Czartoryski steht gewissermaßen zwischen den beiden Auffassungen, aber zur Zeit der ungarischen Revolution von 1848—9 entschließt er sich zu einer aktiven Politik, deren Grundlage die Auffassung bildet: der

Kampf gegen Rußland soll mit Hilfe Kurlands und Finnlands im Norden, der Türkei, der Ukraine, des Kaukasus, des Don, der Kosaken u. a. m. im Süden eröffnet werden (S. 105 f., 111 f., 122 f.). Erst im Jahre 1852, nachdem alle seine Hoffnungen zunichte wurden, verliert für ihn auch die Ukraine völlig an Bedeutung (S. 127—128).

Im ganzen ist der zweite Teil der Arbeit als ein sehr wertvoller Beitrug zur Geschichte des polnischen politischen Gedankens zu betrachten. Bemerkenswert sind glänzende Charakteristiken Czajkowskis (104 f.) und Duchińskis (109 f.), dieser hervorragendsten Vertreter der polnischen Ukrainophilie. Eine Schlußfolgerung, die der Verfasser nicht macht, muß jedoch hinzugefügt werden. Die ukrainische Frage war für Czartoryski nur ein Mittel zu spezifisch polnischen Zwecken: Nicht eine Föderation oder ein Bund eines freien Volkes mit einem anderen freien Volke schwebte ihm vor, sondern nur die Benutzung der ukrainischen Kräfte zur Wiedererstehung des alten Polens als Großstaat. Dafür war gerade die Taktik des Fürsten in ostgalizischen Angelegenheiten um die Mitte des 19. Jh.s charakteristisch, als die ostgalizischen Ukrainer eine völlig selbständige, vom Polentum getrennte und nur von den ukrainischen nationalen Idealen eingegebene Richtung einschlugen. An der von der ukrainischen Seite aufgeworfenen Frage der Teilung Galiziens in zwei unabhängige Gebiete, das überwiegend ukrainische ostgalizische und das polnische westgalizische, ließ sich klar erkennen, daß A. Czartoryski unter diesen Umständen jede weitere Entwicklung des ostgalizischen Ukrainertums als für die polnischen Interessen schädlich ansah (S. 126). Noch eins ist von Wichtigkeit: der Vf. beschäftigt sich nur mit den Plänen und Aktionen des polnischen Kontrahenten: die andere Seite, wie die Ukraine, Don, Kaukasus usw. (vielleicht mit Ausnahme der Türkei), tritt eigentlich gar nicht auf. Gerade die Beschäftigung mit diesem zweiten Kontrahenten hätte gezeigt, inwiefern die Pläne Czartoryskis auf realer Grundlage aufgebaut waren. Aber man kann die nicht unberechtigte Vermutung aussprechen, daß gerade hier die schwächste Seite der Konzeptionen Czartoryskis und seiner Helfer zu suchen ist: sie wurden meistens ohne Kontakt mit den Kräften, auf die gerechnet wurde, gefaßt.

Berlin. Borys Krupnyćkyj.

Henryk Jabłoński: Aleksander Waszkowski. Ostatni naczelnik miasta Warszawy w powstaniu 1863/64 (Aleksander Waszkowski, der letzte Bürgermeister der Stadt Warschau im Aufstand 1863/64). Biblioteka Historyczna im. Tadeusza Korzona, Bd. 26. Warschau 1937. Tow. Miłośników Historii. 140 S.

Die Biographie vermittelt uns ein Bild der politischen Parteiungen und Kämpfe in den Reihen der Aufständischen. Auf der einen Seite steht die Versöhnungs- und Verhandlungspolitik Wielopolskis, auf der anderen das Nationale Zentralkomitee, das nur durch eine allgemeine europäische Revolution die Unfreiheit abwerfen zu können glaubt. Der „geborene Verschwörer" Waszkowski findet in keiner dieser Hauptrichtungen Beruhigung. Als Sohn eines armen Beamten hat er früh die Schwere auch der sozialen Bedrückung erfahren. Seine politische Laufbahn beginnt daher im Lager der Radikalen. Aber unter diesen hat nur er den Mut, wirklich revolutionäre Kampfmittel anzuwenden. So bringt er durch einen Gewaltstreich die Staatskasse in die Hände der Aufständischen. Eine seiner Befähigung entsprechende Tätigkeit erhält Waszkowski aber erst, als ihm unter der Diktatur Traugutts — im Alter von nur 22 Jahren — das Amt des Bürgermeisters übertragen wird. Seine aufs Praktische gerichtete Begabung bewährt sich in der Neuorganisation der Stadtverwaltung, als deren Hauptaufgabe er eine

solide Finanzpolitik betrachtet. Auch nach dem Sturz Traugutts gelingt es Waszkowski, seinen Posten zu halten. Seine Haupttätigkeit liegt jetzt auf propagandistischem Gebiet. Noch als der Aufstand schon als gescheitert angesehen werden muß, versucht er immer wieder durch geheime Flugschriften und ermutigende Aufrufe das polnische Volk zur Fortsetzung des Kampfes zu treiben; seine in Brüssel erscheinende Zeitung „Wytrwałość" (Ausdauer) wendet sich an die Völker Europas. Erst im Gefängnis, in Erwartung des Todesurteils, erkennt Waszkowski die Aussichtslosigkeit seiner Politik, die die Kräfte der Nation bis zum letzten erschöpfen mußte. Wie Traugutt findet er seinen tragischen Tod als Hochverräter am Galgen.

Die Arbeit ist eine fleißige, aber anspruchslose Darstellung, welche auf jede Behandlung größerer Zusammenhänge verzichtet. Da diese hinreichend bekannt sind, kann sie jedoch gerade wegen ihrer Beschränkung als nützliche Ergänzung betrachtet werden. Hinzuweisen ist noch auf eine ausführliche Bibliographie des Januaraufstandes.

Berlin. Ellinor von Puttkamer.

Stefan Kawyn: Ideologia stronnictw politycznych w Polsce wobec Mickiewicza 1890—1898 (Die Ideologie der politischen Parteien in Polen in Bezug auf Mickiewicz 1890—1898). Badania literackie, Bd. X. Lemberg 1937. Nakł. „Filomaty". 244 S.

In den einleitenden Worten weist der Vf. auf den neuen nationalen Impuls hin, den die Überführung der sterblichen Überreste des großen Mickiewicz nach dem Wawel i. J. 1890 im polnischen Volke hervorrief. In 26 Kapiteln, über deren äußerst eingehende Gliederung die Inhaltsübersicht (S. 235 ff.) genaueste Auskunft gibt, wird das Thema erschöpfend behandelt. Die Darstellung beginnt mit der Schilderung des durch den verunglückten Aufstand des J. 1863 geschaffenen völligen Wandels der politischen Denkweise des polnischen Volkes, seiner Abkehr vom Romantischen, der Wendung zum Positiven, Realen. Kaum in kühnsten Träumen wagte sich die Phantasie an die Vorstellung der Verwirklichung einer polnischen Autonomie heran. Gegenüber den das Wirtschaftliche opportunistisch in den Vordergrund stellenden und die politische Freiheit in ihrem Programm zurückstellenden „Minimalisten" war die Zahl der das völlig freie Eigenleben der Nation erstrebenden „Maximalisten" nur gering. War der älteren Generation Mickiewicz der große Dichter, so war er für die heranwachsende akademische Jugend der Romantiker polnischen Freiheitssehnens. Die akademische Jugend im Auslande war vom gleichen nationalen Geiste erfüllt und wendete sich ausdrücklich gegen die Absicht, die Überführungsfeierlichkeiten mit politischen Loyalitätserklärungen zu verbinden, wie sie auch die Stańczyken ablehnte.

Die „Rückkehr" des Dichters in die polnische Heimaterde war daher ein von dem polnischen Nationalgefühl tief symbolisch empfundenes Ereignis. Die Überführung von Montmorency nach Krakau ermangelte also nicht einer politischen Bedeutung, deren Tragweite die österreichische Regierung beim Eintreffen des Sarges in Wien nicht verkannte: sie verhinderte die geplanten Demonstrationen (vgl. S. 33 ff.). Die Feierlichkeiten und Reden in Krakau gingen auch unter dem Zwiespalt des die politische Lage abwägenden Alters und der von patriotischer Extase fortgerissenen Jugend vor sich. Hoch und niedrig aus allen Teilgebieten Polens nahm an den Krakauer Feiern lebendigsten Anteil: besonders interessant wird man dabei die Schilderung der Beteiligung Kongreßpolens und des preußischen Anteils sowie die für die Presse sich ergebende Zensurschwierigkeit oder gewisse, aus der politischen Lage sich ergebende Hemmungen (vgl. zur Illumination in Lemberg, S. 58 f.) finden.

Des Dichters Stellung zur gemeinslawischen Frage, wie er sie in Paris ausgesprochen hat, verlieh ihm eine über die polnische Heimat hinausgehende Bedeutung für das gesamte Slawentum. Dieses konnte daher an der Krakauer Feier wie weiterhin am Säkularjahre der Geburt des Dichters, dem Jahrè 1898, nicht ohne Stellungnahme vorübergehen (vgl. Kap. IX, S. 71 ff.). So war jetzt Mickiewicz im Bewußtsein der Slawenwelt, insbesondere natürlich seines Volkes als Dichter und Politiker zu stärkster Auswirkung lebendig geworden, einer Auswirkung auf alle Schichten der Gesellschaft, aber auch des politischen Parteilebens, wie uns die folgenden Kapitel zeigen (Kap. XI ff.). Damit sind wir zum Hauptteil des Buches gelangt.

Die Dichtungen, der revolutionierende und patriotische Geist des großen Romantikers waren auch den breiten Massen des polnischen Volkes vertraut. So nahm das Volk auch Anteil an der Errichtung des Mickiewicz-Denkmals, welches im Jahre 1898 zur Erinnerung des Jahrhunderttages der Geburt des Dichters in Warschau errichtet wurde. Die Einstellung Dmowskis, der N.D., der P.P.S., der intransigente Standpunkt, den der Warschauer „Robotnik" unter Józef Piłsudski vertrat, der Kampf der Parteien um die Errichtung des Denkmals findet eine eingehende, sehr lebendige Schilderung. Der politische Optimismus eines Piltz hatte vielfach scharfen Widerstand gefunden. So wurde das Mickiewicz-Denkmal Anlaß neuen Streites. Die Grundsteinlegung durfte nach alledem auf Verfügung der Behörde nur in aller Stille, ohne die in Aussicht genommenen Feierlichkeiten, vor sich gehen. Das Vorgehen der Russen gegen die Feierlichkeiten nannte aber in grimmer Erbitterung der Volkswitz „wojna Moskali z Mickiewiczem" (Der Kampf der Russen mit Mickiewicz) (vgl. S. 124). Die Feierlichkeiten und ihren Nachklang erzählen die Kap. XV und XVI. Wir verstehen aber auch die Haltung der Behörden aus den Streitigkeiten um die polnische Loyalitätspolitik.

Die P.P.S. faßte Mickiewicz völlig von ihrem sozialkämpferischen, aber doch nationalen Gesichtspunkt auf, ihr war der Dichter der stürmende Revolutionär, der Volksfreund, der Carenfeind, aber auch der Prophet der Völkerverständigung. Die Sozialisten liebten die Werke Mickiewiczs, so auch Piłsudski (vgl. S. 158, bes. Anm. 14). Das Jubiläumsjahr regte naturgemäß das Interesse an dem Dichter und seinen Werken an. Seiner Beliebtheit entsprach trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten gerade im russischen Anteil eine auch bei einfachsten Leuten frappierende Kenntnis seiner Dichtungen: einem schlichten Knecht auf dem Lande wurde nachgerühmt, daß er fast den ganzen „Pan Tadeusz" auswendig gelernt habe (S. 154). Die günstigeren Verhältnisse in Galizien ließen hier einen weiteren Spielraum für die Ehrungen des Dichters und seinen Kult, in seinem Gedenken wurden zahlreiche Volksbildungsstätten errichtet, ihm zu Ehren Straßen und Plätze benannt. Das Kap. XX (S. 169 ff.) geht in ausführlichster Weise auf die diesbezügliche Haltung der Krakauer ein und ihre durch die dreifache Loyalität bedingte Einstellung. Die Hemmungen der Intelligenz und ihrer Politiker kannte das schlichte Volk, namentlich auch die Bauern nicht, die in Mickiewicz den nationalen Heros, den Seher und Propheten erblickten und seine politischen und völkischen Gedankengänge verfochten, jetzt noch mehr angeregt durch die Krakauer Feierlichkeiten. Ihre politischen Organisationen — und der Bauer neigte zum politischen Radikalismus — gaben dieser Auffassung Ausdruck. Für die Arbeiter und ihre politischen Vertretungen war Mickiewicz ein Dichter der Freiheit und Gleichheit, der, Revolutionär und Sozialist, auch übernationale Ideen verkündete. Die Kap. XXI und XXII zeigen dies und ähnliches in einer reichen Ausführlichkeit. Die Jugend Galiziens, namentlich die akademische von Krakau und Lemberg, war in viel höherem Maße als die Warschaus treibende Kraft der Mickiewiczfeiern von 1890 und 1898. Sie wahrte nicht allein die Filomaten- und Filareten-Tradition, sondern fühlte sich vor allem auch eng verbunden mit dem polnischen Volke, wie der Dich-

ter selbst, dessen Dichtungen reich sind an Motiven aus dem Leben und Glauben, den Sitten und Bräuchen des Volkes (Kap. XXIII).

Das Gedenken des Dichters hatte im Warschauer Anteil eine für das Volkstum kampffreudige, ja durch den Einfluß der P.P.S. eine radikale Stimmung ausgelöst, im österreichischen Anteil den Gedanken an die politische Freiheit des polnischen Volkes entfacht. Im nationalen Sinne wirkten auch im preußischen Anteil die während des Jubiläumsjahres 1898 gegründeten Gesellschaften und Vereinigungen, die den Namen des Dichters als des Hortes polnischen Geistes tragen (Kap. XXIV).

Die Feiern außerhalb der drei Teilgebiete, der Emigranten im Auslande, nahmen frei von den Fesseln und Rücksichten, die für Galizien, Warschau und Posen nun doch eben bestanden, einen ungehemmt stürmisch nationalen Verlauf. In Paris war das Leben der Emigration besonders rege, hier hatte zu des Dichters und Czatoryskis Zeiten, wie weiterhin nach den Aufständen das Polentum seine Zuflucht gefunden, hier lebte alte Tradition fort und trat in heißem Verlangen nach nationaler Unabhängigkeit bei der Säkularfeier in Anknüpfung an Worte und Werke des Dichters hervor (S. 220 ff.). Auch sonst in der Welt verliefen die Gedenkfeiern in ähnlicher Weise, stets mit der Würdigung des Dichters als des nationalen Heros, des völkischen Freiheitskünders und politischen Kämpfers, so in Chikago (S. 225).

Das Schlußkapitel, das XXVI., gibt die Zusammenfassung der „Bedeutung des Mickiewiczkultes in Polen in den Jahren 1890—1898", gesehen von der Warte des nun zur Selbständigkeit, zu nationalem Eigenleben gelangten Volkes, welches aus des Dichters Werken Glauben, Hoffnung und Vertrauen in den Jahren seiner Unfreiheit für seine Zukunft und jetzige Gegenwart geschöpft hat.

Auf die vielen Einzelheiten und hineinspielenden Persönlichkeiten konnte hier naturgemäß bei der reichen Fülle des dargebotenen Stoffes nicht eingegangen werden. Aber der reiche Inhalt wird, wie anfangs gesagt, nicht nur durch die eingehende Inhaltsübersicht, sondern auch durch einen Index einer schnelleren Orientierungsmöglichkeit erschlossen. Es sei noch bemerkt, daß auch Druck und überhaupt die Ausstattung des empfehlenswerten Buches gut und würdig sind.

Breslau. Erdmann H a n i s c h.

Franciszek S z y m i c z e k : Walka o Śląsk Cieszyński w latach 1914—1920 (Der Kampf um das Teschener Schlesien in den Jahren 1914—1920). Pamiętnik Instytutu Śląskiego IX. Kattowitz 1938. Skład główny: Nasza Księgarnia, Warschau. 212 S.

Weitaus den größten Teil des Buches füllt die Beschreibung der polnisch-tschechischen Auseinandersetzungen der Jahre 1918—1920, deren Wiederholung schon aus dem Grunde unnötig erscheint, weil die englische Zusammenfassung (S. 199—212) durchaus das Wesentliche der polnischen Schilderung enthält. Es ist heute kaum noch nötig, darauf hinzuweisen, daß die Tschechen a l l e n Völkern ihres ehemaligen Staates gegenüber eine Politik verfolgten, die den Widerstand der davon Betroffenen gegen die tschechische Herrschaft nur verstärken konnte und schließlich zu der Lösung führen mußte, die diese Frage durch den F ü h r e r im März 1939 gefunden hat. Auch im Teschener Schlesien griff die von Thomas Garrigue M a s a r y k und Eduard B e n e š geführte „Tschecho-Slowakische Republik" weit über das ihr zustehende völkische Gebiet hinaus und schuf damit eine unhaltbare Lage, die im Oktober 1938 geändert wurde, indem Polen etwa die Grenze erhielt, die es schon 1919 gefordert hatte.

Nicht ohne Widerspruch darf aber der kurze Abriß bleiben, den der Vf. den nationalen Auseinandersetzungen im 19. und zu Anfang des 20.

Jh.s unter österreichischer Herrschaft gewidmet hat. Es ist keineswegs richtig, daß die Deutschen in diesen Gebieten das Polentum gewaltsam unterdrückt hätten (S. 11 f., 18 ff.). Die Polen besaßen weitgehende Freiheiten und eine völlige Kulturautonomie, die ihnen die Herausgabe von Zeitungen, die Gründung von Schulen usw. durchaus ermöglichte. Wenn trotzdem verschiedene, von Polen abstammende Personen sich dem Deutschtum anschlossen, so war das nicht die Folge einer Zwangspolitik, sondern die Anziehungskraft der überlegenen deutschen Kultur. Sie bewirkte, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der dortigen Bevölkerung, der im täglichen Verkehr verschiedentlich polnische Mundarten gebrauchte, sich kulturell als deutsch betrachtete und sich als „Schlonsaken" unter Josef Koždoń zusammenschloß (S. 21—24). Auch noch 1918/19 hielten die Schlonsaken an dieser Einstellung fest (S. 42 f., 57—59, 115—117, 142).

Wenn Szymiczek zu einer völlig negativen Wertung dieser Haltung kommt, so kann man dies nur einem mangelnden Verständnis für die Anziehungskraft des Deutschtums zuschreiben, wie sie überall an der Ostgrenze des Reiches zutage tritt, und wie sie dem Vf. des Buches nicht unbekannt sein dürfte. Gemeinsam mit dem gleichzeitig erschienenen Buche Witold Sworakowskis[1] ist Szymiczek die Außerachtlassung aller berechtigten Wünsche des deutschen Volksteils in diesen Gebieten.

Göttingen. Bertold Spuler.

Witold Sworakowski: Polacy na Śląsku za Olzą (Die Polen in Schlesien jenseits der Olsa). [Reihe „Polacy za granicą" (Die Auslandspolen), Bd. I]. Warschau 1937. Instytut badań spraw narodowościowych. 292 S.

Sworakowskis Buch ist das ausführlichste Werk, das von polnischer Seite den bisher in der ehem. Tschecho-Slowakei lebenden Polen gewidmet worden ist. Es befaßt sich mit der Volkszugehörigkeit und der völkischen Haltung der dortigen Bewohner, nicht etwa mit Volkskunde und dgl. mehr. Die zahlenmäßigen Angaben der Arbeit in dieser Hinsicht werden sich, soweit sie auf offiziellen Unterlagen beruhen, kaum noch verbessern lassen. Die Darstellung wird durch sehr viele Statistiken, Tabellen und Übersichten erläutert; alles für die Forschung auf diesen Gebieten notwendige ist hier zusammengetragen.

Nach einem geschichtlichen Abriß (S. 19—82), der vor allem den Verhältnissen zwischen 1918 und 1920 ausführlichere Betrachtungen widmet, folgt eine eingehende Darstellung der Bevölkerungsbewegung (S. 93—186), der Minderheitenabkommen zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei (S. 87—206) und der kulturellen Einrichtungen der Polen, der Schulen (S. 207—232), der übrigen Verbände aller Art (S. 233—262) und schließlich des Pressewesens (S. 263—268).

Über das rein Sachliche hinausgehend haben Sworakowskis Ausführungen deshalb ein besonderes Interesse, weil aus ihnen hervorgeht, mit welchen Mitteln die Tschechen an der „Ausbreitung" ihres Volkstums arbeiteten. Der Vf. hat den Verbesserungen, die man bei einer Verwertung der tschecho-slowakischen Volkszählung machen muß, eine eigene Betrachtung gewidmet (S. 172—174). Gerade der Umstand, daß die Schilderung von nichtdeutscher Seite vorgenommen und übertriebener Deutschfreundlichkeit keineswegs verdächtig ist, verleiht ihr ein besonderes Gewicht, indem sie zeigt, daß von wirklicher Freiheit einer volklichen Entwicklung der zwangsweise der Tschecho-Slowakei angehörigen Volksteile großer Nationen innerhalb dieses Staates nicht die Rede sein konnte.

---

[1] Vgl. die folgende Besprechung.

Allerdings berücksichtigt der Verfasser die besonderen Verhältnisse, die für die Beziehungen des Polen- und Tschechentums gelten, wohl etwas zu wenig. Man wird im polnisch-tschechischen Übergangsgebiete nicht mit derart festen Grenzen rechnen dürfen, wie der Verfasser das tut. Es kann also nicht ohne weiteres als „Tschechisierung" bezeichnet werden, wenn ein schlonsakisches oder morawzisches Dorf sich für das Tschechische als Hoch- und Schriftsprache entschloß. An den meisten innerslawischen Sprachgrenzen wird die Entscheidung für die eine oder andere Volkszugehörigkeit meist mehr oder weniger von geschichtlichen Zufällen abhängig sein. Mancherorts hat das verschiedene religiöse Bekenntnis diese Klärung schon herbeigeführt; andernorts, so auch im Teschener Schlesien, ist sie heute noch in der Schwebe.

Als deutscher Leser wird man es unangenehm empfinden, daß zwar immer wieder von der Entscheidung über die Zugehörigkeit zu Polen oder der Tschecho-Slowakei die Rede ist, daß aber von einer gerechten Erfüllung der Wünsche der doch recht zahlreichen deutschen und deutsch-fühlenden Bevölkerung in diesem Landstriche nicht gesprochen wird.

Göttingen. Bertold Spuler.

Tadeusz Kutrzeba: Wyprawa Kijowska 1920 roku (Der Kiewer Feldzug vom Jahre 1920). Warschau 1937. Gebethner u. Wolff. 359 S. +9 Kartenskizzen.

Bis zum Erscheinen dieses tiefgründigen Werkes des Generals Tadeusz Kutrzeba, des derzeitigen langjährigen Kommandeurs der Höheren Kriegsschule in Warschau, gab es in der polnischen Kriegsliteratur außer der Schrift Piłsudskis „Rok 1920" (Das Jahr 1920) keine zusammenfassende Darstellung des Krieges zwischen Polen und der Sowjetunion in den Jahren 1919—1920 im allgemeinen und des Feldzuges in der Ukraine im besonderen ganz im Gegensatz zur russischen Seite, auf der eine ganze Reihe von Veröffentlichungen vorliegen. Den Grund für diese immerhin eigenartige Erscheinung finden wir im Vorwort des Generals Kutrzeba (S. 8), wo er sagt, daß es der Wunsch des Marschalls Piłsudski gewesen sei, daß 10—15 Jahre über diesen Feldzug Schweigen gewahrt würde. Was den Marschall zu diesem Wunsche bewogen hat, der natürlich von den beteiligten leitenden Persönlichkeiten als Befehl aufgefaßt wurde, läßt sich nur erraten. Vielleicht hat er selbst die Absicht gehabt, seiner Arbeit „Rok 1920" eine eingehende Darstellung über die inner- und außenpolitischen Beweggründe für den Entschluß zu diesem kriegerischen Unternehmen folgen zu lassen, durch das der junge polnische Staat an den Rand einer Katastrophe gebracht wurde. Vielleicht wollte er selbst den operativen Verlauf der Kampfhandlungen schildern, der sein ureigenstes Werk war, zu dem er sich allein entschlossen hatte, wie er überhaupt ausschließlich allein entschied, ohne jemanden von seinen Mitarbeitern zu Rate zu ziehen. Der Kiewer Feldzug war, nach General Kutrzeba, „das Geschöpf seiner strategischen Konzeption in Verbindung mit der politischen. . . ." (S. 225). Der Tod hat dem Marschall zu früh die Feder aus der Hand genommen. „Leider haben wir die persönliche Bearbeitung der Aktionen in der Ukraine durch den Marschall Piłsudski nicht mehr erlebt. Wir würden dann erfahren haben, weshalb diese Operationen unternommen wurden, welches die leitenden Gedanken politischer Natur waren, in welchem Zusammenhang die Operationen mit den politischen Absichten des Marschalls und hauptsächlich mit der Ablehnung der Friedensvorschläge der Sowjets gestanden haben."

General Kutrzeba unterzieht sich also in seinem Buche der außerordentlich schwierigen Aufgabe der Rekonstruktion der Absichten des Marschalls Piłsudski. Trotzdem erwecken seine Ausführungen im all-

gemeinen keine ernsten Bedenken, da er als Chef des Stabes des General Śmigły-Rydz, des Befehlshabers der 3. Armee, der Hauptträgerin des Angriffs auf Kiew, die Operationen an entscheidender Stelle mit beeinflußt hat und außerdem ein reichhaltiges Quellenmaterial benutzt.

General Kutrzeba bemerkt in der Einleitung, daß der Titel seines Buchs „Der Kiewer Feldzug vom Jahre 1920" eine geschichtliche und operative Ungenauigkeit enthalte. Jener Feldzug sei die Operation mit dem strategischen Ziele der Besiegung der XII. Sowjetarmee und dann der Reiterarmee Budennyjs und nicht die „Kiewer", sondern die „Ukrainische" Operation, da sie sich zwischen Bug und Dnjepr und nicht nur bei Kiew abgespielt habe. Er habe aber diese Ungenauigkeiten in Kauf genommen, um einen Titel wählen zu können, der sich in Polen bereits Heimatrecht erworben und um sich herum eine spezifische militärische und politische Atmosphäre geschaffen habe, die im Namen der geschichtlichen Wahrheit volle Klärung fordere.

Der Vf. gibt am Anfang seiner Arbeit eine kurze Darstellung des Verlaufs der Ereignisse in der Ukraine von der russischen Revolution des Jahres 1917 bis zum Jahre 1919. Hinsichtlich des Zusammengehens Polens mit der „Ukraina Ludowa" (Volksukraine) das Atamans S. Petljura ist er der Ansicht, daß sich das wiedererstandene Polen auf staatliche Organismen hätte stützen müssen, die ebenso wie Polen durch den russischen Imperialismus bedroht gewesen wären und ihre nationale Existenz ohne die ungebetene Hilfe Rußlands hätten einrichten wollen. Ein derartiges Staatswesen hätte die Ukraine sein können, die seit dem Jahre 1917 heldenmütige Anstrengungen in Richtung der Erlangung der staatlichen Selbständigkeit gemacht habe. „Das Ziel des Krieges mit Rußland nach der Auffassung Piłsudskis war — wie mir scheint — die Erlangung der uns zukommenden Ostgrenzen und das Beitragen zur Entstehung einer von Rußland unabhängigen Ukrainischen Republik an unserer Ostgrenze sowie die Sicherung der völligen Selbständigkeit bei der innerpolitischen Einrichtung für Polen" (S. 39). „Zur Erlangung des militärischen Sieges im Jahre 1920 trug das polnisch-ukrainische militärische Zusammenwirken bei, und der Befestigung des Friedens war die politische Verständigung Polens mit der souveränen Ukrainischen Volks-Republik förderlich. Aus dem Kriege des Jahres 1920 sollte ein wirklich unabhängiges Polen und eine wirklich unabhängige Ukraine hervorgehen. Dagegen würde Rußland hinsichtlich seines Gebietes und der Zahl seiner Bevölkerung geschwächt aus dem Kriege hervorgegangen sein, da es an seiner Südwestgrenze zwei neue staatliche Organismen gehabt hätte, die sich dem russischen Imperialismus entgegengestellt hätten: Polen und die „Ukraina Ludowa" (S. 247).

Es war klar, daß sich Rußland hiermit freiwillig niemals abfinden würde, daß also eine neue territoriale Einteilung Osteuropas nur mit Waffengewalt erzwungen werden konnte. Das staatliche Interesse Polens in militärischer und politischer Hinsicht berührte nach General Kutrzeba demnach in keiner Weise die Interessen der Ukraine, sondern es bestand im Gegenteil ein gemeinsames Interesse Polens und der Ukraine, das von den beiden Volksführern Piłsudski und Petljura richtig erkannt wurde. Dem Vorwurf, der besonders auch von gewissen polnischen und ukrainisch Kreisen erhoben wird, daß die polnischen Truppen die Ukraine für immer hätten besetzen sollen, weist General Kutrzeba als gegenstandslos zurück und pariert ihn mit der Zitierung des Befehls des Oberkommandos der polnischen Armee vom 8. Mai 1920, in dem es heißt: „Im polnischen Interesse liegt die möglichst schnelle Zurückziehung der eigenen Truppen aus den besetzten Gebieten und die Herstellung guter nachbarlicher Beziehungen mit dem neu erstandenen urkrainischen Staate, um auf diese Weise einen beträchtlichen Teil unserer Ostgrenze gegen die unmittelbare Gefahr von seiten der bolschewistischen Truppen zu sichern" (S. 57).

Dieser Befehl beweist nach Ansicht des Autors ganz klar, daß nicht die politische Absicht bestanden habe, unbeschränkt in der Ukraine zu bleiben. Es ist heute, nach dem Mißlingen des polnischen Planes, schwer zu sagen, was geworden wäre, wenn die polnischen Operationen zum Siege geführt hätten. Es wäre im Interesse der geschichtlichen Wahrheit zu wünschen, daß die Arbeit des Generals Kutrzeba gerade von der gegnerischen ukrainischen Seite nach dieser Richtung hin eine Kritik bzw. Ergänzung erführe.

Indem General Kutrzeba nun zur Darstellung der eigentlichen militärischen Operationen übergeht, schildert er zunächst in außerordentlich fesselnder Weise die kriegerischen Ereignisse südlich von Polesien vom Zusammenbruch der Zentralmächte im November 1918 bis zum Übergang Petljuras auf die polnische Seite am 5. Dezember 1919. Es folgt ein Abriß des polnisch-ukrainischen Krieges vom November 1918 bis September 1919, sodann ein kurzer Bericht über den polnisch-bolschewistischen Krieg im Jahre 1919, ferner die militärische Aktion in der Ukraine im Jahre 1919 mit außerordentlich interessanten Bemerkungen über die Armee des Generals Denikin, über ihre Absichten und ihre Orientierung, über ihre Offensive gegen Moskau, über die Armee Denikins im Kampfe mit den Ukrainern, über die Gegenoffensive der Sowjets gegen Denikin und schließlich über die Lage in der Ukraine im Frühjahr 1920.

Der Vf. geht anschließend zum Hauptthema des Buches über, beginnend mit dem polnischen Kriegsplane gegen Rußland im Jahre 1920. Er beschäftigt sich mit den militärischen und politischen Vorbereitungen zur Offensive in der Ukraine und mit dem Verlauf der kriegerischen Ereignisse. Im Kapitel VII untersucht General Kutrzeba kritisch die Entscheidung Piłsudskis über die Offensive in der Ukraine im Jahre 1920 und geht im Kapitel VIII den Ursachen der polnischen militärischen Mißerfolge nach, die seiner Ansicht nach in der verspäteten Besetzung Kiews zu suchen sind, in der Verzögerung der Formierung der ukrainischen Armee, in der Niederlage der I. polnischen Armee im Mai 1920, in dem nicht versuchten entscheidenden Schlage gegen die Armee Budennyjs, in der nicht richtigen Erkenntnis der Bedeutung Kiews und schließlich in den Schwierigkeiten bei der Führung infolge personeller Mängel.

Im Kapitel IX faßt General Kutrzeba die Ansicht über die ukrainische Frage noch einmal zusammen und legt die Gründe dar, weshalb Polen trotz seines Sieges über die Bolschewisten letzten Endes bei den Friedensverhandlungen in Riga auf die Schaffung der „Ukraina Ludowa" verzichtet und die Sowjetukraine anerkannt hat. Das sei absolut kein Verrat an der Sache der Volksukraine bzw. Petljura gewesen, der sich Schulter an Schulter mit der polnischen Armee tapfer auf ukrainischem und auch auf polnischem Boden geschlagen habe. Nach Ansicht Kutrzebas ist es völlig klar, daß die polnische Armee so lange für die Freiheit Polens und der Ukraine gekämpft habe, als die Aussicht auf Erfolg, also auf die Verwirklichung der Absicht der Schaffung der „Ukraina Ludowa" bestanden habe. Als aber die Lage Polens infolge des Verlaufs der Ereignisse, die unzertrennlich mit dem Kriege in Verbindung standen, im Oktober 1920 eine andere geworden sei als im April desselben Jahres, als Polen nicht alle seine politischen Absichten habe verwirklichen können, da habe man sich Beschränkungen auferlegen müssen. Das Kriegsglück, das die polnische Armee infolge eigener Fehler im Sommer 1920 für 8 Wochen verlassen habe, habe Polen im Herbst desselben Jahres trotz der Siege an der Weichsel, an der Memel und in Wolhynien nicht dazu verhelfen können, die kühnen Absichten zu verwirklichen, mit denen Piłsudski im April 1920 zum Feldzuge gegen Kiew aufgebrochen sei (S. 307). Es erübrigt sich zu sagen, daß General Kutrzeba unter der Ukraine lediglich die sogenannte Dnjepr-Ukraine versteht, daß er nicht im geringsten an eine Vereinigung des ukrainischen Gebiets im östlichen Kleinpolen und Wolhynien mit der Dnjepr-Ukraine

zu einem organischen Ganzen denkt, da er das Polen nach der Niederwerfung des ukrainischen Aufstandes durch den Obersten Rat in Paris zugesprochene Land für urpolnischen Besitz hält, auf den Polen auf keinen Fall verzichten könne (S. 15 ff.).

Das X. Kapitel behandelt in ausführlicher Weise die öffentliche Meinung des In- und Auslandes über den Kiewer Feldzug. Scharf getadelt wird die Einstellung Englands unter dem Premierminister Lloyd George, der Polen auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten besonders hinsichtlich seiner Ostgrenze bereitet, für die er die bekannte Curzon-Linie ansehen möchte, da er immer die Wiederkehr des ehemaligen Großrußland im Auge hat, mit dem England die alten Handelsbeziehungen wieder aufnehmen könnte. Von Frankreich, das mit Rat und Tat hilft, nimmt General Kutrzeba an, daß es den Kiewer Feldzug vom militärischen Gesichtspunkte aus unterstützt, vom politischen aber bekämpft habe. Deutschland und Rumänien seien neutral geblieben. Eingehend behandelt wird die Einstellung der Tschecho-Slowakei, welche die kriegerischen Verwicklungen Polens an seiner Ostgrenze bekanntlich benutzte, um das Teschener Schlesien an sich zu bringen, wodurch für die Folgezeit der Keim der Zwietracht zwischen die beiden slawischen Nachbarvölker gelegt wurde. Die Einstellung der Tschecho-Slowakei zum Kiewer Feldzuge ist nach Ansicht Kutrzebas dank ihres sich anbahnenden freundschaftlichen Verhältnisses zur Sowjetunion im großen und ganzen ablehnend gewesen.

Sehr interessante Einzelheiten und bisher wenig bekannte Tatsachen finden wir auf Seite 323 über die Armee des Generals Wrangel, des Nachfolgers des Generals Denikin im Kampfe gegen die Bolschewisten. Wrangel habe kurze Zeit vor dem Beginn der Offensive gegen die Ukraine, als er eben erst den Oberbefehl über die Denikin-Armee übernommen hatte, nicht gewußt, in welcher Weise Polen mit Petljura zusammenarbeitete, er habe aber gehört, daß Odessa angeblich durch die Petljura-Anhänger besetzt werden sollte. Wrangel habe mit Polen in militärischen Fragen die Verbindung aufnehmen wollen, da er die Möglichkeit des operativen Zusammenwirkens gesehen und die Vereinigung aller gegen die Bolschewisten kämpfenden Armeen unter einem gemeinsamen Oberbefehl für notwendig gehalten habe. Er habe die Ansicht vertreten, daß den einzelnen, auf dem Boden des früheren Rußlands entstehenden Staaten das Recht auf eine weitgehende Autonomie zustehe. Das künftige Rußland habe er sich als eine Föderation dieser Staaten mit dem eigentlichen Rußland vorgestellt. Es sei aber vor dem Beginn der polnischen Offensive zu keiner Verständigung zwischen ihm und Polen gekommen, weil seine Regierung Schwierigkeiten gemacht habe, indem sie vor der Anknüpfung von Beziehungen die Gründe habe untersuchen wollen, weshalb ein Zusammengehen mit General Denikin nicht stattgefunden habe. General Denikin, der als Emigrant in Paris lebt, hat daselbst im Zusammenhang mit der Darstellung des Generals Kutrzeba im Jahre 1937 eine in polnischer Sprache verfaßte Broschüre unter dem Titel „Sprostowanie historii — odpowiedź Polakom" (Korrektur der Geschichte — eine Antwort an die Polen) erscheinen lassen, in der er sowohl die polnischen Historiker des Jahres 1920, in erster Linie die Generäle Kutrzeba und Stanisław Haller angreift, als auch den Marschall Pilsudski als den eigentlichen Verantwortlichen für den Feldzug, und zwar diesen wegen seiner Aktionen und Entscheidungen überhaupt, die Historiker-Generäle dagegen wegen der angeblich irrtümlichen und falschen Darstellung dieser Aktionen. General Denikin bezeichnet die damaligen Schritte der polnischen Politik als unmoralisch. Am meisten ist er entrüstet über den Plan der Schwächung Rußlands durch die Schaffung einer unabhängigen Ukraine, die nach Polen tendieren und Rußland gegenüber feindlich eingestellt sein sollte. Die Ausführungen des Generals Denikin haben von polnischer Seite besonders durch General Kutrzeba selbst zum Teil sehr ruhige und sachliche Entgegnungen er-

fahren („Polska Zbrojna" vom 23. 10. 1937 und vom 6. 12. 1937, „Czas" vom 24. 11. 1937), in denen der polnische Standpunkt noch einmal klargelegt wird.

Interessant zu lesen ist der weitere Abschnitt „Die Eindrücke in Polen". Das Unternehmen gegen Rußland findet zunächst durchweg eine beinahe einmütige Ablehnung, ja Verurteilung als Hazardspiel. Die Volksstimmung schlägt aber nach der Einnahme Kiews direkt ins Gegenteil um. Piłsudski wird bei seiner Rückkehr von der Front in Warschau begeistert empfangen.

Das Buch endet mit dem 16. Juni 1920, d. h. mit dem Moment, wo die polnischen Truppen nach einem gewaltigen Rückzuge wieder in der Ausgangsstellung vom 25. April 1920 angelangt waren. Es enthält also nicht die folgenden Kämpfe, die bis vor die Tore Warschaus führten und im „Wunder an der Weichsel" mit dem Rückzuge der Sowjetarmee ihre Krönung fanden.

Im Schlußkapitel faßt General Kutrzeba seine Ausführungen noch einmal kurz zusammen. Er spricht über die strategischen Ziele des Kiewer Feldzuges, wobei er zu dem Schluß kommt, daß derselbe in dem Moment eingesetzt habe, wo die allgemeine europäische Lage der polnischen Armee ihre Aktion nicht erschwert habe, während die militärische Situation Rußlands ihr die Möglichkeit gegeben habe, erfolgreich zu kämpfen, da der Gegner nicht in der Lage gewesen sei, sein zahlenmäßiges Übergewicht auszunutzen. Hinsichtlich der operativen Ziele des Kiewer Feldzuges und seines Einflusses auf die weiteren militärischen Operationen des Jahres 1920 sagt General Kutrzeba: „Der Kiewer Feldzug wurde operativ insofern verspielt, als wir den von uns besetzten Teil der Ukraine nicht verteidigten und infolgedessen die Streitkräfte der Ukraine nicht in Bewegung brachten. In Anbetracht dessen und dank dem Umstande, daß wir die Reiterarmee Budennyjs nicht rechtzeitig zu schlagen vermochten, konnten wir die polnischen Hauptkräfte nicht in der beabsichtigten Zeit zur Generalabrechnung mit den Hauptstreitkräften Rußlands konzentrieren. Daß diese Generalabrechnung an der Weichsel und nicht früher, z. B. am Bug erfolgte, ist nicht die Folge des Kiewer Feldzuges, sondern der Operationen, die nördlich von Polesien stattfanden und die zum vorzeitigen und unerwarteten Falle von Brest am Bug führten. Die Schlacht an der Weichsel wurde durch den Kiewer Feldzug negativ beeinflußt, aber lediglich für die Sowjetseite" (S. 343).

Hinsichtlich des politischen Sinnes des Kiewer Feldzuges gibt General Kutrzeba, wenn auch mit geringen, nicht gerade überzeugend klingenden Einschränkungen unumwunden das Verspielen zu. Polen habe die Schaffung der „Ukraina Ludowa" im Auge gehabt, dies Ziel sei nicht erreicht worden. Bei den Friedensverhandlungen sei Polen rechtlich vom Festhalten an dieser politischen Absicht zurückgetreten.

General Kutrzeba ist, wie bereits bemerkt, seit einer Reihe von Jahren Kommandeur der Höheren Kriegsschule in Warschau, die unserer Kriegsakademie entspricht. Damit liegt ihm die Ausbildung der Elite des polnischen Offizierkorps, der Generalstabsoffiziere der polnischen Armee, ob. Durch sein Buch hat er für die Schüler dieser Anstalt ein hervorragendes kriegsgeschichtliches Lehr- und Lernmittel geschaffen, das ein außerordentlich reichhaltiges strategisches, taktisches und politisches Material enthält. Aber damit nicht genug. Der Vf. hat auch der Geschichtswissenschaft, und zwar nicht nur der polnischen, einen unschätzbaren Dienst erwiesen, indem er ihr ein Werk geschenkt hat, das zum ersten Male eine der Hauptphasen aus den wechselvollen Kämpfen des polnisch-bolschewistischen Krieges dem geschichtlichen Dunkel entreißt und in einer ausgezeichneten und sprachgewandten Darstellung der Nachwelt überliefert. Kein Historiker, der sich mit der Geschichte dieses Krieges im besondern und mit der Geschichte des wiedererstandenen Polens im allgemeinen beschäftigen will, kann an dieser Quelle vorübergehen.

Berlin. Anton Loessner.

Władysław Semkowicz [Red.]: Słowacja i Słowacy (Die Slowakei und die Slowaken). Biblioteka słowacka, Nr. 1, 2. Bd. I, II. Krakau 1937; 1938. 268 S.; 405 S.

Einige polnische Kenner der Slowakei haben sich hier zusammengetan, um Land und Leute der Slowakei in Vergangenheit und Gegenwart dem polnischen Volke näherzubringen und den Vorwurf zu entkräften, daß die benachbarte Slowakei für die Polen terra incognita (Bd. 1, S. 11) sei. Zwei polnische Vereinigungen bemühen sich besonders, die geistigen Bindungen zwischen den Polen und den Slowaken zu stärken; es ist dies vor allem die Slawische Gesellschaft (Towarzystwo Słowiańskie), welche mit ihrer slowakischen Abteilung den Aufbau und die Durchgliederung der polnisch-slowakischen Beziehungen in die Hände nahm und förderte. Es ist zum zweiten auch die im Jahre 1936 in Warschau gegründete L. Štúr-Gesellschaft der Freunde der Slowakei (Towarzystwo Przyjaciół Słowaków im. L'. Štúra) mit Zweigstellen in Krakau, Posen, Tschenstochau, Kattowitz und Teschen. Sie setzte sich zur Aufgabe „die Erhaltung und Förderung der polnisch-slowakischen Freundschaft auf kulturellem, wissenschaftlichem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet wie auch die Vertiefung der Kenntnisse über die Slowakei in der polnischen Öffentlichkeit". Die letztgenannte Gesellschaft unterhält die lebhaftesten Verbindungen mit der polnischen Presse und hielt und hält sie über das politische, kulturelle und wirtschaftliche Geschehen in der Slowakei auf dem laufenden. Die erstere sieht ihre Hauptaufgabe darin, die polnische Öffentlichkeit durch Veröffentlichungen in Buchform über die Slowakei zu unterrichten; sie wollte dies vor allem durch die Einrichtung der Slowakischen Bibliothek (Biblioteka Słowacka) erzielen, deren erster und zweiter Band die vorliegende Veröffentlichung umfaßt, deren dritter Band die Übersetzung des geschichtlichen Romans Fráter Johannes (1929) von Josef Branecký in der Übersetzung von J. Magiera, Krakau 1936, enthält. Die weiteren Bände sollen eine Auswahl aus der slowakischen Novellendichtung, weiter Proben aus der slowakischen lyrischen Dichtung alter und neuer Zeit bringen. Auch an die Herausgabe eines slowakisch-polnischen Wörterbuches wird gedacht (II, 248—249). Als Gegengabe wird von slowakischer Seite die Herausgabe ähnlicher Schriften erwogen, welche umgekehrt den slowakischen Leser mit dem polnischen kulturellen Leben bekannt machen sollen (Fr. Hrušovský in seiner Besprechung des 1. Bandes von Słowacja i Słowacy in Slov. Pohl'ady 54, S. 181).

Der umfangreiche Stoff, den der Herausgeber und Hauptbeiträger des Gesamtwerkes, Wład. Semkowicz, in den beiden Bänden zu bieten sich vornahm, wurde mit Ausnahme der Arbeit von Fr. Hrušovský über die Geschichte der Slowaken nur von Polen bearbeitet und so geordnet: der 1. Band: Land und Leute (Kraj i lud) bringt erstlich eine Studie „Die Slowakei im polnischen Schrifttum" (Słowacja w piśmiennictwie polskim) von Wacław Olszewicz mit schönen Ergebnissen, welche jedoch z. T. schon seit E. Kolodziejczyks „Bibliografja słowianoznawstwa polskiego" (Bibliographie der polnischen Slawenkunde), Krakau 1911, bekannt sind. Marian Gotkiewicz begeistert sich in seiner lebhaften Schilderung des Landes „Von der Donau bis zur Tatra" (Od Dunaju po Tatry) an den landschaftlichen Schönheiten der Slowakei, Władysław Bobek, der Lektor für Polnisch an der Preßburger Universität und neben Wł. Semkowicz der beste polnische Kenner der slowakischen Verhältnisse, bietet einen sehr willkommenen Überblick über die außerordentlich reichhaltige slowakische Volkskunde.

Der zweite Band ist der geschichtlichen Vergangenheit und dem literarischen Schaffen der Slowaken gewidmet. Der „Abriß der slowakischen Geschichte bis zum Jahre 1918" (Zarys dziejów słowackich do r. 1918) von dem Gymnasial-Direktor Fr. Hrušovský bringt außer einigen deutschfeindlichen Ausfällen (S. 11, 20: Niemcy, odwieczni wrogowie Słowian

[Die Deutschen, die ewigen Feinde der Slawen]) zur Darstellung der slowakischen geschichtlichen Entwicklung nichts Neues bei. Es ist vielleicht kein Zufall, daß gerade Fr. Hrušovský seine Ausbildung an der Universität in Krakau erhalten hat (II, 245). Weitaus größere Beachtung beansprucht die bedeutsame und lehrreiche Studie von Henryk Batowski: „Abriß der slowakischen Geschichte in den letzten 20 Jahren 1918—1937 (Zarys dziejów słowackich w ostatnim dwudziestoleciu 1918—1937), bedeutsam und lehrreich deswegen, weil sie den Kampf der Slowaken um ihre geistige und politische Befreiung, der unbeirrt von allem staatlich geförderten „Tschechoslowakentum" sich durchrang, deutlich herausarbeitet.

Der Berichterstatter über die polnisch-slowakischen Beziehungen im Ablaufe der Geschichte (Polacy i Słowacy w dziejowym stosunku) und gleichzeitig Herausgeber des Gesamtwerkes, Wł. Semkowicz, legt sich am Eingange zu seinem Beitrag die Frage vor, ob sich die polnisch-slowakischen Beziehungen überhaupt wissenschaftlich abhandeln lassen, da doch die Slowaken über 900 Jahre kein eigenes staatliches Leben lebten, sondern staatlich an die Stefanskrone gebunden waren. Natürlich kann man dabei nicht von Beziehungen von Staat zu Staat, sondern nur von Beziehungen von Volk zu Volk sprechen, und nach dieser Richtung sind selbstverständlich mannigfache Beziehungen freundlicher wie feindlicher Art festzustellen. Polnische Herren beherrschten zeitweilig die nördliche und westliche Slowakei und ihre raubenden und plündernden Soldaten hinterließen gar manchmal ihre blutigen Spuren im slowakischen Lande (II, 218. 223). Die tiefgehende Verwandtschaft zwischen hervorragenden Bauwerken in Kleinpolen einerseits und in der Zips anderseits läßt sich einzig aus der deutschen Verwurzelung dieser Bauwerke erklären. Überhaupt liegt der rege Austausch von Gütern in der Wirtschaft sowohl wie in der Kunst zumeist in den Händen der Deutschen (II, 208). Vom 16.—18. Jh. stirbt dieser wirtschaftliche und künstlerische Austauschverkehr ab, und erst die von Herder und der deutschen Romantik geförderte Erweckung der slawischen Volkstümer brachte den geistigen Tauschverkehr wieder einigermaßen in Gang, und damit im Zusammenhang tauchten auch 1845 die politischen Pläne des Fürsten Adam Czartoryski und seiner slawischen Politik empor, die sich nicht mehr und nicht weniger zum Ziele setzten als die „Angliederung der Slowaken an Polen" (II, 229). Diese politischen Träume wurden drei Jahre später durch die harte Wirklichkeit zunichte gemacht, als die Polen an die Seite der aufständischen Madjaren traten. Erst nach dem Weltkrieg setzte wiederum das Liebeswerben der Polen um die Gunst der Slowaken ein; es wurde durch die Ereignisse des Monats März 1939 endgültig zunichte gemacht.

Der Aufriß der slowakischen Schrifttumsgeschichte (Dzieje literatury słowackiej w zarysie) von Wł. Bobek, dem zweiten Hauptbeiträger der vorliegenden Sammelschrift neben Wł. Semkowicz, ist die Arbeit eines im slowakischen geistigen Geschehen sehr bewanderten Mannes.

Die jedem Abschnitt beigegebene Übersicht über das wichtigste Schrifttum zum Gegenstande macht die vorliegende Sammelschrift zu einem wichtigen Hilfsmittel beim Studium der Slowakei, ihrer Vergangenheit und Gegenwart.

Der Herausgeber Wł. Semkowicz ist sich jedoch darüber selbst völlig im klaren, daß die Sammelschrift noch mancher Ergänzung bedarf, daß die bildende und darstellende Kunst, das Musikschaffen der Slowaken und „daß auch die übrigen Zweige des kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens" (I, 7) zu erfassen und dem polnischen Volke nahezubringen wären.

Einzelne Irrtümer sind richtigzustellen: der slowakische Dichter Nižňanský heißt in Wirklichkeit Nižnánsky (II, 226), der Sammler und Dichter geistlicher Lieder, der mit dem Ehrennamen eines „slowakischen Luther" ausgezeichnet wird, schrieb sich Tranoscius nicht Tranovscius

(II, 276), die slowakische Dichterin der Nachkriegszeit heißt nicht Hal'mová (II, 386), sondern Hal'amová.

Von dem Vorwurf, den die polnischen Gelehrten gegen die Tschechen erheben, welche in ihren Schriften über die Slowakei mit der slowakischen Rechtschreibung auf beständigem Kriegsfuß waren (II, 192, Anm. 5), sind also, wie gezeigt, auch die polnischen Gelehrten nicht ganz freizusprechen.

Prag. Konrad Bittner.

Ivan Dérer: Češi a Slováci ve střední Evropě. — O tak zvanej Pittsburgskej dohode. — Dvě přednášky (Die Tschechen und Slowaken in Mitteleuropa. — Der sogenannte Pittsburger Vertrag. — Zwei Vorträge). Knihovna Československého sdružení pro společnost národů, Bd. II. Red. Vladimír Procházka. Prag 1938. Nákladem Československého sdružení pro společnost národů. 90 S.

Die beiden, im August 1937 in Tatra-Lomnitz gehaltenen Vorträge des mehrfachen tschecho-slowakischen Ministers slowakischer Abstammung Ivan Dérer atmen durchaus den Geist des vergangenen politischen Systems in der Tschecho-Slowakei, das man sich mit dem Namen des ehemaligen Staatspräsidenten Eduard Beneš zu kennzeichnen gewöhnt hat. Es handelt sich also um Gedankengänge, die nicht nur geschichtlich unrichtig sind, die vielmehr auch durch die jüngste Entwicklung als überhaupt unhaltbar erwiesen wurden.

Der erste der beiden Vorträge (S. 5—49; in tschechischer Sprache) behandelt die Stellung der Tschechen und Slowaken im mitteleuropäischen Raume und läßt deren gemeinsames Schicksal im großmährischen Reiche beginnen (S. 7)[1]. Als die Aufgabe dieser beiden Völker sieht Dérer, durchaus gemäß der nunmehr hoffentlich endgültig begrabenen Idee, die „Zurückdämmung des deutschen Dranges nach dem Osten" an (S. 8, 48). Sogar den Slowaken wird in erster Linie dieses Bestreben unterschoben (S. 31 f.), erst in zweiter Reihe steht bei ihnen der Kampf wider die Madjarisierung (S. 32). Der Vf. verfolgt durch die Geschichte, in welcher Weise Tschechen und Slowaken dieser „ihrer Bestimmung gerecht geworden" sind, und teilt die Entwicklung der Vergangenheit zu diesem Zwecke in verschiedene „Konzeptionen" ein. Für das Mittelalter, wo vielfach Erbverträge die einzigen wirklich sichtbaren Träger der Zusammenfassung von Staaten gewesen sind, denen gegenüber politische Planungen stark zurücktraten, haftet einer solchen Auffassung natürlich ein gewisser Mangel an. Die politischen Ziele einzelner bedeutender Persönlichkeiten seit 1526 bzw. 1620 lassen sich schon eher in dieses Schema einordnen[2]. Daß der Vortrag in einer Lobrede auf die „seit 1918 kaum verschlechterte Lage der Deutschen" ausklingt (S. 48) und dementsprechend der frühere Vielvölkerstaat, der sich „Tschechoslowakei" nannte, als „keineswegs künstlich" angesehen wird, erregt nach dem bisher Gesagten keinerlei Erstaunen. Haben doch die Tschechen „niemals" die Ausbreitung ihres Volkstums auf Kosten anderer Stämme erstrebt (S. 47)!

Der zweite Vortrag (S. 53—90; slowakisch) versucht zu erweisen, daß dem „sogenannten Pittsburger Vertrag", dessen Text S. 61 f. gebracht wird, keinerlei Rechtsgültigkeit innewohne (bzw. innegewohnt habe). Einmal komme in diesem „politischen Programme" (S. 58) nirgends das

---

[1] Zum großmährischen Reiche vgl. auch die Ausführungen Alexander Brückners in dieser Zeitschrift 2 (1937), S. 302—304.

[2] Dazu vgl. zuletzt Eugen Lemberg in dieser Zeitschrift 3 (1938), S. 357—394.

Wort „Vertrag“ (dohoda) vor (S. 62), dann seien die Unterzeichner zur Zeit der Übereinkunft keineswegs berechtigte Vertreter eines bestehenden Staates gewesen (obwohl Thomas Garrigue Masaryk unter ihnen war!) (S. 56 f.), und schließlich habe das Schicksal der Slowaken nicht in der Hand der amerikanischen Auswanderer, sondern in der Hand der Bevölkerung in der Heimat gelegen (S. 58). Es habe überdies auch andere Abmachungen gegeben, denen mindestens dieselbe rechtliche Wirksamkeit eigne (S. 59 f.)! Dérer vergißt dabei ganz, daß eben dieser Pittsburger Vertrag eine wesentliche Grundlage für den Anschluß der Slowakei an den sich im November und Dezember 1918 neu bildenden Staat war, und daß Masaryk seine Unterschrift durchaus als künftiges Oberhaupt der ins Auge gefaßten Republik leistete.

Nun soll nicht behauptet werden, daß sich in der Folgezeit alle Slowaken für das Programm der Slowakischen Volkspartei Pater Andreas Hlinkas einsetzten (S. 55), und daß anfänglich für die Einwanderung tschechischer Beamter usw. angesichts des verschiedenen Kulturstandes der beiden Bestandteile des neuen Staates nicht eine gewisse Berechtigung vorlag. Auch mochte das Vorhandensein gewisser Elemente, die wie der jüngst (6. Januar 1939) in Wien verstorbene Franz Jehlicska eine nationale Selbstaufgabe zugunsten Ungarns vertraten, eine Propagierung der neuen Staatsidee durch die Tschechen notwendig machen.

Trotzdem schritt die Entwicklung weiter. Das ist auch Dérer nicht entgangen. Und so bemüht er sich, obwohl er die Verbindlichkeit des Pittsburger Vertrages grundsätzlich bestreitet, nun doch zu zeigen, daß im Schulwesen (S. 72—77), in der Rechtsprechung (S. 77—81) und in der Landesverwaltung (S. 81—87) das slowakische Element und die slowakische Sprache zu ihrem Rechte gekommen seien, wie es in Amerika abgemacht worden war. Um die „Unsinnigkeit“ der autonomistischen Forderung klarzulegen, kommt er dabei zu den merkwürdigsten Schlüssen, wie etwa dem folgenden: Da gemäß der Verfassung vom 29. 2. 1920 die „tschechoslowakische Sprache“ die Staatssprache der Republik sei (S. 66), die eben aus den beiden Zweigen „tschechisch“ und „slowakisch“ bestehe, sei das Slowakische auch in Böhmen, Mähren und Schlesien Staatssprache (!), und wenn die slowakischen Autonomisten die Festlegung des Slowakischen als Staatssprache der Slowakei verlangten, so träten sie damit implicite für dessen Ausschaltung in den genannten Landesteilen und damit für eine Einschränkung seiner Geltung ein (S. 68)!

Der Hauptfehler der Tschechen in der Slowakei war eben überhaupt der, auf dem Standpunkte von 1918 zu beharren und nicht, entsprechend der sich in der Slowakei vollziehenden Entwicklung, den Slowaken in ihrer Heimat allmählich das Feld zu räumen. Waren doch die Slowaken, wie sich im Oktober 1938 und im März 1939 gezeigt hat, wie die Tschechen aber schon vorher hätten wissen müssen, keineswegs mehr gewillt, ihre Staatlichkeit zu opfern und sich wieder ungarischer Oberhoheit zu unterstellen. Ihnen ging es vielmehr um die wirkliche Erfüllung des von Dérer in seiner Gültigkeit bestrittenen Pittsburger Vertrags. Nachdem sich auch nach dem Oktober 1938 gezeigt hat, daß die Tschechen nicht gewillt waren, diese Grundlage anzuerkennen, war die staatliche Verselbständigung der Slowakei im März 1939 nicht mehr hintanzuhalten.

Wenn Dérer und seine Gesinnungsgenossen die Fortschritte der Slowakei seit 1918 unter dem bisherigen Regime noch so sehr betonten, so hat die geschichtliche Entwicklung gezeigt, daß eben doch der Pittsburger Vertrag die „Magna Charta“ für die Slowakei war, wie Pater Andreas Hlinka sagte (S. 67).

Göttingen. Bertold Spuler.

Jozef Špirko: Husiti, jiskrovci a bratříci v dejinách Spiša [1431—1462] (Die Hussiten, Jiskra-Söldner und Brüder-Trupps in der Geschichte der Zips [1431—1462]). Zipser Kapitel 1937. Selbstverlag. 146+XI S.

Wie sehr sich auch Vf. um die Zipser Heimatkunde verdient gemacht haben mag, nicht minder groß ist sein Verdienst um die politische Geschichte des ganzen ungarisch-polnisch-böhmischen Länderkomplexes. Er hat die reichlich verwickelten religiösen und völkischen Probleme des 15. Jh.s mit Mut und Sachlichkeit angepackt und Ergebnisse erzielt, welche den Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben dürfen. Daß er in einigen Punkten von der Forschung überholt worden ist, tut dem Gesamteindruck keinen Eintrag. Der Vf. rechnet noch mit Žižkas Zug nach der Slowakei und ist sich über Jiskras Konfession nicht ganz im klaren. Indes ist ermittelt worden, daß Žižka slowakischen Boden nie betrat, und daß Jiskra Katholik war. Vf. hat das vornehmlich madjarische, slowakische und tschechische Schrifttum kritisch studiert, dieses sowie die einschlägigen erzählenden Quellen an vielen Stellen berichtigt und seine Erkenntnisse in reichem Maße aus archivalischen Schätzen gewonnen. Hierbei erwies sich vor allem das Bartfelder Stadtarchiv als schier unerschöpflicher Born. Wiederum ein Beweis mehr dafür, daß wir eigentlich erst am Anfang der Erforschung der so überaus interessanten und in überwiegendem Maße deutschen Vergangenheit der Slowakei stehen. Möge dieses Werk eines slowakischen katholischen Theologen Ansporn für viele deutsche Historiker sein.

Das Buch gliedert sich in vier Teile. Die ersten drei schildern in dankenswert breiter Weise die Einfälle der Hussiten in die Zips, die rechtliche Stellung sowie die Wirksamkeit des tschechischen Söldnerführers Johann Jiskra von Brandeis in habsburgischen Diensten und schließlich das rauhe Treiben der „Brüderchen", einer Mehrzahl von raublüsternen, schwer zu bezwingenden Trupps erwerbsloser Söldner. Der vierte Teil bemüht sich in bezug auf die Zips um die klare Beantwortung der Fragen, wieweit die Hussiten für ihren Glauben wirkten, wie sehr das Tschechische in völkischer sowie sprachlicher Hinsicht Fuß faßte und wie stark sich die Verwüstungen und Kriegsläufte auswirkten. Die Beantwortung steht zu den erzählenden Quellen, zu Palacký und neueren tschechischen Forschern im Gegensatz, ist jedoch unbedingt richtig, da sie nicht nur den urkundlichen Quellen Rechnung trägt, sondern auch Kultur und Kunst berücksichtigt — und Erkenntnissen entspricht, die in jüngster Zeit auch für Schlesien erarbeitet worden sind. In der Zips fand das Hussitentum keinen günstigen Boden vor und bemühte sich bei seinen Raubzügen in den dreißiger Jahren auch gar nicht um eine Einflußnahme. Ebensowenig traten Jiskra und sein Kriegsvolk religiös aggressiv auf. Von einer Einbürgerung des Hussitentums zur Zeit der Brüder-Trupps kann erst recht keine Rede sein. Hierbei ist wesentlich, daß die deutschen Städte der Zips alles aus Böhmen Kommende haßten. Vom Hussitentum Beziehungen bis zur Reformation hin zu konstruieren, entbehrt demnach jeglicher geschichtlichen Grundlage. Auf sprachlichem Gebiet gilt das gleiche; die Tschechen propagierten nicht gewaltsam das Tschechische, und die Slowaken, bei welchen der völkische Gedanke noch sehr unentwickelt war, waren eher zu einer Verdeutschung bereit, um der Freiheiten der deutschen Bürger teilhaftig zu werden. Die Verwüstungen der Raubzüge waren lange nicht so verheerend, wie man später wahrhaben wollte, unter Jiskras Regiment erlebte die Zips sogar eine Zeit des Wohlstandes, und die Schäden des an sich kurzen Abschnittes der „Brüderchen" konnten bald wettgemacht werden.

Breslau. Emil Schieche.

Branislav Varsik: Národnostný problém trnavskej univerzity (Das Nationalitätenproblem an der Tyrnauer Universität). Práce Učené Společnosti Šafaříkovy v Bratislavě, Bd. 27. Preßburg 1938. 259 S.+VIII Tafeln. (Franz. Zsfg. S. 233—242.)

Nach einem einleitenden Kapitel über die ungarischen Universitäten und das Universitätsstudium der Slowaken vor der Gründung der Tyrnauer Universität behandelt der Vf. die Frage, wie es zur Gründung dieser Hochschule durch den Erzbischof von Gran und Primas von Ungarn, Peter Pázmány, kam. Die Aufgabe der 1635 errichteten Universität war die verstärkte Durchführung der Gegenreformation in Ungarn. Sie war deshalb für alle Katholiken Ungarns bestimmt, so daß in ihren Matrikeln neben Slowaken (Slavi oder Pannones) und Madjaren auch die übrigen Nationalitäten Ungarns vertreten sind.

Gegenüber dem von dem Rektor der Budapester Universität, J. Kornis, am 17. 11. 1935 im Pester Lloyd vertretenen Standpunkt, daß die Tyrnauer Universität eine madjarische gewesen sei, versucht der Vf. durch den Abdruck der Matrikeln und des Professorenverzeichnisses zahlenmäßig den Nachweis zu führen, daß der größere Teil der Studenten und Lehrer dieser Hochschule nichtmadjarischer Herkunft gewesen sei. Im Schuljahr 1635—36 sind z. B. von 551 Schülern 246 Slowaken und 240 Madjaren, in den Jahren 1647—52 von 38 promovierten Magistern 10 Slowaken, 7 Kroaten und 6 Madjaren. Auch das Professorenkollegium ist zum Großteil slowakisch (75 nachweisbar, 29 wahrscheinlich und 8 Tschechen). Bis zur Übertragung der Tyrnauer Universität nach Budapest im Jahre 1777 hat sich nach den Zusammenstellungen des Verf.s der nichtmadjarische Charakter der Hochschule gehalten. Ja, die Matrikeln zeigen noch die sonderbare Tatsache, daß sich viele Mitglieder der vor den Türken in die slowakischen Berge geflohenen madjarischen Adelsfamilien slowakisiert hatten. Nach der Ansicht des Vf.s ist auch die Geschichte der Tyrnauer Universität ein Beweis dafür, daß „sich in diesen Zeiten die nichtmadjarischen Völker Ungarns in viel größerem Maße als die Madjaren selbst am kulturellen Aufbau Ungarns beteiligten" (S. 232).

Ein Namensweiser steigert den Wert dieser fleißigen Arbeit; es ist nur zu bedauern, daß der Vf. nicht das in den Anmerkungen verstreute Schrifttum noch einmal in einer besonderen Aufstellung zusammengetragen hat.

Breslau. Heinz Brauner.

Carl Patsch: Der Kampf um den Donauraum unter Domitian und Trajan (Beiträge zur Völkerkunde von Südosteuropa V/2). (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften in Wien, Phil.-hist. Kl., Bd. 217, Abh. 1) Wien-Leipzig 1937. Hölder-Pichler-Tempsky A.G. 252 S.

In diesem Fortsetzungsband der „Beiträge" beschäftigt sich der vielverdiente Altertumsforscher mit dem ereignisreichsten und bewegtesten Kapitel des römischen Machtvorstoßes an der unteren Donau. Auf Grund hervorragender Quellenkenntnisse wird diesmal der große Pazifikationsprozeß geschildert, der zur Sicherung des seit den Zeiten des Dakerkönigs Burebista (1. Jh. v. Chr.) immerfort gefährdeten und von norddanubianischen Völkerscharen häufig durchbrochenen unteren Donaulimes führen sollte. Nach einer Schilderung der pannonischen und dakischen Kriege Domitians, die zu einer anhaltenden Festigung der pannonischen Nordgrenze beigetragen haben, werden die trajanischen Dakerkriege in den Vordergrund gerückt und auf breiter historischer, archäologischer und münzkundlicher Grundlage dargestellt. Dabei wird die bisherige Forschung, besonders die Kriegsgeschichte und Topographie, im einzelnen um manches weitergebracht. Inwiefern die vielfach neu anmutenden Er-

klärungen der auf der Trajanssäule dargestellten Szenen, die vor allem von denen Cichorius' abweichen, weiteren Anklang finden werden, läßt sich nicht voraussehen. Die Spezialforschung wird auf diesem Gebiet sowohl im allgemeinen wie auch im einzelnen einer endgültigen Lösung noch näherkommen müssen. (Vgl. z. B. die Bemerkungen von A. Alföldi in: Bibliographia Pannonica 1938, S. 13—14.)

Die Verhältnisse der dem römischen Weltreich neuangegliederten Brückenkopfprovinz Dacia treten uns in der Charakterisierung von Patsch des öfteren als etwas optimistisch geschildert entgegen. So fordert uns z. B. die Behauptung zum Widerspruch heraus, daß eigentlich nur der freie dakische Staat zertrümmert wurde, dabei aber „ein in den Grundzügen wenig verändertes Altdazien weiterbestand" (S. 183). Der Bericht des Eutropius (und des Julianus Apostata) über die Aufreibung der dakischen Volkskräfte sei übertrieben, daher mit Vorsicht aufzunehmen, derselbe Eutropius aber soll wahrscheinlich machen, daß römische Bauern nicht nur das dakische Kernland, sondern auch die „gesegneten Fluren" der Walachei besiedelt haben dürften (S. 184). Auch auf diesem Gebiet sei es im allgemeinen bei den vorrömischen ethnischen Verhältnissen geblieben. Die auf das Fortdauern des dakischen Volkes bezügliche Stellungnahme von Patsch widerspricht u. a. m. selbst den Ansichten eines Pârvan (vgl. V. Pârvan, Dacia. An outline of early civilisations of the Carpatho-Danubian countries, S. 189—90), von den einschlägigen Äußerungen Alföldis ganz abgesehen (eine Berücksichtigung hätten folgende Arbeiten des ungarischen Gelehrten finden sollen: A gót mozgalom és Dácia feladása (Die gotische Bewegung und die Räumung Dakiens) in der Zeitschrift Egyetemes Philologiai Közlöny 1929—30; erscheint demnächst in erweiterter deutscher Bearbeitung; Pannónia rómaiságának kialakulása és történeti kerete (Entwicklung und geschichtlicher Rahmen des pannonischen Römertums), in der Zeitschrift Századok 1936, und das Kapitel Getae and Dacians im XI. Bande der Cambridge Ancient History). Überhaupt neigt Patsch auf dem Gebiete der Völkerbewegungen zu einer statisch-konservativen Haltung, was gerade im Falle eines Völkertummelplatzes und eines Einfallstores der Völkerwanderungszeit, wie es Dakien war und es auch lange Zeit nach seiner Räumung geblieben ist, einigermaßen befremdend wirkt. Die für die dakisch-römische Kontinuität angeführten wenigen Namenbelege (S. 179) reichen nicht aus, überhaupt wird die Beweiskraft des Namenmaterials erst nach der statistisch-etymologischen Bearbeitung der uns überlieferten Personennamen der Dacia Traiana richtig eingeschätzt werden können. Im Einklang mit Obigem steht auch die Vermutung von Patsch, daß in Trajans Provinz das Dakische die größte Verbreitung gehabt und besonders in den Bergen die römische Zeit sicherlich überdauert habe (S. 181). Wenn man bedenkt, daß er auch das ganz unbedeutende Vorhandensein von Italikern in Dazien betont, so drängt sich einem unwillkürlich die Frage auf, wie sich dazu die Verteidiger der „rumänischen Kontinuität" im ehemaligen Dazien verhalten werden (mit dieser sog. „rumänischen Frage" beschäftigen wir uns eingehend in unserem Buche: Romains, Romans et Roumains dans l'histoire de la Dacie Trajane. Ostmitteleuropäische Bibliothek Nr. 1, Budapest 1936). Wenn auch das Vorherrschen des Dakischen uns nicht einleuchtet, pflichten wir nichtsdestoweniger der Ansicht bei, daß die von Traian eroberte Provinz ein vielsprachiges Gebiet war, in der die sprachliche und z. T. auch die kulturelle Sonderstellung der ex toto orbe Romano zugewanderten Kolonisten durch Zuzug aus der Heimat, landsmannschaftliche Vereinigungen, nationale Handelsgesellschaften sowie durch die ungestörte Pflege nationaler Kulte gesichert wurde. Es braucht nicht erst betont zu werden, wie schwer diese Erkenntnis bei der Beurteilung des in Dakien vor sich gegangenen Romanisierungsprozesses in die Waagschale fällt, zumal die moderne rumänische Geschichtsschreibung (von einigen Ausnahmen wie Al. Philippide abgesehen) und die rumänische Archäologie gerne an eine

radikale Latinisierung der Bevölkerung glauben möchten. Es mag in diesem Zusammenhang noch kurz darauf hingewiesen werden, daß sich Traians Andenken gerade bei den Rumänen nicht erhalten hat. Das Wort troian ‚Hügel' stammt aus dem Südslawischen (vgl. dazu die Ausführungen von Bogrea in: Dacoromania 3 (1924), S. 420 ff.), während der Personenname Traian ein von der Siebenbürger latinisierenden Schule eingeführter onomastischer Neologismus ist. I. Jordan bemerkt in seiner Rumänischen Toponomastik (Bonn-Leipzig 1924, S. 112) ebenfalls, daß die Erdwälle in Brăila, Covurluiu, Tulcea, die Valul lui Traian heißen, ihren Namen keiner volkstümlichen Namengebung verdanken.

Budapest. Ludwig Tamás.

József Doberdói Bánlaky: A magyar nemzet hadtörténelme (Kriegsgeschichte der ungarischen Nation). Bd. 9: 1382—1437. Budapest 1935. Grill. 227 S.+2 Kartenbeilagen.

Der neunte Teil der großangelegten, auf neunzehn Teile veranschlagten ungarischen Kriegsgeschichte des Feldmarschalleutnants a. D. Josef Bánlaky von Doberdó umfaßt die Zeit der Regierung der Königin Maria (Tochter Ludwigs des Großen), Karls II. und Sigismunds von Luxemburg. Bei der Darstellung dieser bewegten Periode der ungarischen Vergangenheit tritt besonders deutlich zu Tage, daß das Werk viel mehr eine systematisierende Kriegschronik, als eine wirkliche Kriegsgeschichte im heutigen Sinne ist.

Es muß besonders in unseren Tagen betont werden, daß das Kriegswesen als geschichtliche Erscheinung nur durch Berücksichtigung der jeweiligen sozialen, wirtschaftlichen und verfassungsrechtlichen Struktur wie auch der innen- und außenpolitischen Lage zu verstehen und wissenschaftlich darzustellen ist. Die „klassische" Kriegsgeschichtsschreibung, die sich bloß auf Analyse taktischer und strategischer Probleme beschränkt, gehört trotz aller ihrer Verdienste schon der Vergangenheit an. Die neue Richtung — z. B. in Deutschland die Werke von P. Schmitthenner — betrachtet das Kriegswesen nicht mehr als eine isolierte Erscheinung, sondern eingebettet in die geschichtliche Totalität. Es ist gar nicht fraglich, daß die Kriegsgeschichte durch diese neue Auffassungsweise nicht nur an innerer Lebens- und Wirklichkeitsnähe, sondern auch an Bedeutung für die übrigen historischen Teilgebiete viel gewonnen hat.

Der Verwirklichung dieser Forderungen steht das vorliegende Werk vollkommen fern. Die trockene chronologische Aufzählung der Kriegsereignisse wird am Ende jedes Kapitels durch „Bemerkungen und Betrachtungen" unterbrochen, welche der Darstellung durch ihren moralisierenden Ton einen dilettantenhaften Zug verleihen. Das Werk entbehrt nicht einer quellenmäßigen Grundlage: es wird mit großem Fleiß ein stattliches Material vor allem aus erzählenden Quellen zusammengebracht — ohne jedoch neue Feststellungen aus diesen herausarbeiten zu können. So ist es nicht zu verwundern, wenn die ganze Darstellung als Excerpt aus verschiedenen zusammenfassenden Werken wirkt und einen unleugbaren kompilatorischen Charakter an sich zu tragen scheint. Diese Eigenschaften treten bei der Auswahl der Literatur klar zu Tage. Es wird viel, sogar zu viel herangezogen, nur fehlen eben die wichtigsten Werke. Auf den ersten Blick muß es z. B. auffallen, daß Werke wie Jirečeks Geschichte der Serben der Aufmerksamkeit des Vf.s entgangen sind. Von bekannten und unentbehrlichen Quellensammlungen fehlt Thallóczy und Áldásy, Magyarország és Szerbia közötti összeköttetések oklevéltára (Urkundensammlung über die Beziehungen zwischen Ungarn und Serbien). (Mon. Hung. Hist. I. oszt. XXXIII.) Die Literatur, die der Vf. zur Geschichte des Kreuzzuges von Nicopolis (1396) her-

anzieht, ist vollkommen veraltet. Für die Frage der außenpolitischen Voraussetzungen fehlt die grundlegende Arbeit Max Silberschmidts, für die Schlacht selbst die Dissertation von Klinger und die Darstellungen von Delbrück und Šišić. Die seltsame Auswahl der Literatur gipfelt in der Vernachlässigung des ungarischen Schrifttums. Die zusammenfassende ungarische Geschichte von Hóman und Szekfü wird nicht einmal erwähnt, ein Mangel, dessen Folgen in der lückenhaften Darstellung der — auch kriegsgeschichtlich wichtigen — Parteiverhältnisse hervortritt.

Szeged. J. Deér.

Zdenko Vinski: Die südslavische Großfamilie in ihrer Beziehung zum asiatischen Großraum. Ein ethnologischer Beitrag zur Untersuchung des vaterrechtlich-großfamilialen Kulturkreises. Agram 1938. Selbstverlag. 100 S. (Diss. Wien.)

Die bisherige Forschung hat sich mit dem Wesen und der Entstehungsgeschichte der südslawischen Großfamilie (Zadruga, Hauskommunion) vor allem vom rechts-, sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Gesichtspunkt aus befaßt. Darüber liegt bereits ein sehr umfangreiches Schrifttum vor. Die vorliegende Schrift, eine Wiener Dissertation aus der ethnologischen Schule von W. Koppers, tritt zum ersten Male mit der Betrachtungsweise der vergleichenden Ethnologie an diese Frage heran. Die Einleitung erläutert die notwendige, aber vielfach vernachlässigte Unterscheidung zwischen Sippe und Großfamilie: die Großfamilie wohnt an einem Orte zusammen und bildet eine Herdgemeinschaft, die Sippe kann dagegen über mehrere Wohnplätze verteilt leben. Es folgt dann eine Aufführung des bisherigen Schrifttums, die Erläuterung der bei Kroaten, Serben und Bulgaren geläufigen Bezeichnungen für die Großfamilie, die Darstellung der Wohnverhältnisse in der Großfamilie, des Wesens der Großfamilie (Wohn-, Wirtschafts-, Rechts- und Kulturgemeinschaft), der Rangordnung und Arbeitsteilung (Hausvorstand, Hausmutter, Mitglieder der Großfamilie), der Stellung der Frau, der Vermögensverhältnisse, der Teilung der Großfamilie und der Ursachen ihres Verfalls. Den tiefsten Grund für den Verfall der südslawischen Großfamilie während der letzten Jahrzehnte sieht der Vf. darin, daß die Zadruga mit ihrer starren Struktur, Organisation und Tradition sich der gewaltigen Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht anzugleichen vermochte[1]).

Diesem ersten Hauptabschnitt, der eine eingehende Beschreibung der südslawischen Großfamilie gibt, folgt als zweiter Hauptabschnitt eine Untersuchung über das Vorkommen der Großfamilie außerhalb des slawischen Balkans: bei den Slawen, bei den Indogermanen überhaupt, bei den Iraniern und arischen Indern, bei den Turkomongolen, Tungusen und Ugrofinnen. Auf Grund dieser Untersuchung, die die patriarchale Großfamilie als ursprüngliche Familienform für die Indogermanen sowie für die türkischen, tungusischen und ugrofinnischen Nomadenvölker zu erweisen sucht, kommt der Verfasser zu folgenden Ergebnissen: 1. die südslawische Großfamilie ist indogermanischen Ursprungs. 2. die Groß-

[1]) Die Zadruga zieht dem Gewinnstreben des einzelnen Schranken, weil sie ihm kein oder nur ein eingeschränktes Betätigungsfeld auf eigenen Nutzen eröffnet. Dafür aber tritt sie in der Zeit der Not für ihn ein, indem alle an der Not des einzelnen mittragen. So kam es, daß gerade während der Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit die Zadruga sich besonders widerstandsfähig erwies. Die Gemeinwirtschaft der Großfamilie überstand die Krise leichter als die Privatwirtschaft der Einzelfamilie. Infolgedessen ist es damals mancherorts sogar zu einer inneren Stärkung der Zadruga gekommen.

familie ist mehr oder weniger deutlich bei allen maßgebenden turkomongolischen und ugrofinnischen Stämmen nachzuweisen. 3. Die Großfamilie der Turkomongolen und der Ugrofinnen hängt mit der der Indogermanen, also auch der Südslawen zusammen. 4. Die aus Innerasien stammende Großfamilie ist als die den uralo-altaischen viehzüchtenden Hirtenstämmen eigene Familienform anzusehen. Also mit anderen Worten: Die patriarchale Großfamilie habe sich im asiatischen Steppenraum als Lebensform der dort wohnenden Turkomongolen, Ugrofinnen und Indogermanen herausgebildet[2]. Durch die einwandernden Slawen sei die Großfamilie dann nach dem Balkan übertragen worden (S. 95).

Freilich stellt der Vf. schon wenigstens andeutungsweise eine Frage, die sich jeder tieferen Betrachtung aufdrängt: Wie hat sich die Großfamilie der südslawischen Einwanderer zu den Familienformen der ansässigen romanisierten und gräzisierten balkanischen Bevölkerung verhalten? (S. 95.) „Wie mögen die einstigen Familienformen der Illyrer und Thraker ausgesehen haben? Auch wären die Großfamilien der Albaner, Aromunen . . . heranzuziehen" (S. 96). Damit wird das Kernproblem berührt: ist die Zadruga in ihrer balkanischen Sonderprägung nicht vorslawischen Ursprunges? Über die Familienform der Thraker und Illyrer haben wir leider nur verstreute Nachrichten. Und diese haben noch nicht die erforderliche sozialgeschichtliche Interpretation gefunden.

Daß die patriarchale Großfamilie in ihrer allgemeinsten Form in die Zeit der indogermanischen Gemeinsamkeit hinaufreicht, scheint m. E. sicher. Damit ist aber die Frage nach der Entstehung der balkanischen Zadruga in ihrer Sonderausprägung überhaupt nicht beantwortet. Man muß mit Nachdruck darauf hinweisen, daß die Großfamilie auf balkanischem Boden nicht nur bei den Slawen, sondern auch bei allen anderen balkanischen Völkern vorkommt: am ausgeprägtesten und heute noch am besten erhalten bei den Albanern, ziemlich deutlich nachweisbar bei den Neugriechen (Chimara, Maina, Kreta) und Rumänen[3]. Die Großfamilie ist also zunächst einmal als gesamtbalkanisches Sozialgebilde nach ihrer rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Seite zu erforschen. Gerade die Rechtsgeschichte wird viel zur Erforschung dieses Problems beizutragen haben. Die balkanische Zadruga ist nur verständlich im Rahmen einer Betrachtung des gesamtbalkanischen Gewohnheitsrechtes. Dabei werden auch die Beziehungen zwischen Großfamilie und Stamm klarer werden. Die Tatsache einer gesamtbalkanischen Großfamilie und eines gesamtbalkanischen Gewohnheitsrechtes lassen den Versuch, die südslawische Großfamilie auf die einwandernden Slawen zurückzuführen, jedenfalls als sehr unwahrscheinlich erscheinen. Das Gesamtergebnis der vorliegenden Arbeit ist daher in keiner Weise befriedigend.

Im einzelnen finden sich neben nicht wenigen Druckfehlern und gelegentlicher ungelenker Ausdrucksweise zahlreiche Unrichtigkeiten und Schiefheiten. Man sollte nicht das moderne wissenschaftliche

---

[2] Daraus versucht der Vf. nebenbei auch einen neuen Beweis für die von seinem Lehrer Koppers vertretene Theorie von der Ostheimat der Indogermanen zu entnehmen. Dieser Beweisversuch ist völlig hinfällig. Ebenso — und ebenso unberechtigt — könnte man aus dem gemeinsamen Vorkommen der patriarchalen Großfamilie den umgekehrten Schluß ableiten; daß nämlich die Turkomongolen und Ugrofinnen ihre Heimat im Westen hätten.

[3] Einige Hinweise auf die ehemalige Großfamilienverfassung der Rumänen stehen bei: Karel Kadlec, Valaši a valasské právo v zemích slovanských a uherských (Die Walachen und das walachische Recht in den slawischen und ungarischen Ländern). Prag 1916.

Schrifttum als „Quellen“ bezeichnen (S. 11). — S. 17 oben lies „abgeteilt“ statt „ungeteilt“. — Die der Großfamilie und der Einzelfamilie gemeinsame Tendenz, den Familienbesitz ungeschmälert zu erhalten, erlaubt es noch nicht, jeden Unterschied zwischen beiden Familienformen zu bestreiten (S. 17). — Offensichtlich mißverstanden ist eine angeführte Prokop-Stelle (S. 47). — Die Kroaten haben sich nicht im 5. und 6. Jh. in Pannonien und Dalmatien niedergelassen (S. 49), sondern frühestens zu Ende des 6. Jh.s., Die Darstellung der slawischen Landnahme (S. 49 f.) fußt überhaupt auf einem veralteten Stande der Forschung. Die slawische Landnahme (dieser Ausdruck wird bezeichnenderweise gar nicht gebraucht) erscheint als Anhängsel der germanischen Völkerwanderung. Die altslawischen Verhältnisse werden ausschließlich im kritiklosen Anschluß an Niederle geschildert. Die neueren Arbeiten über die awarisch-slawische Symbiose (z. B. Alföldi, Skok) sind dem Verfasser offensichtlich unbekannt geblieben. — Man wird bezweifeln, ob sich in der altrussischen Großfamilie wirklich Einflußspuren des „byzantinischen Asketismus“ (S. 56) vorfinden. — Der Theorie L. Hauptmanns von der iranischen Abstammung der Kroaten und Serben mißt der Vf. zuviel Gewicht bei (S. 95). Wenn sie richtig ist, so besagt dies nur, daß eine dünne Oberschicht der slawischen Bevölkerung des Nordwestbalkans in der Zeit **vor** der slawischen Landnahme iranischer Abstammung war. Eine Übertragung der iranischen Großfamilienverfassung durch diese dünne — schon früh slawisierte — Oberschicht ist allzu unwahrscheinlich. Für die Zadruga-Frage ist diese Theorie geradezu belanglos. — Von der volkskundlichen Stoffsammlung von T. Djordjević (Naš narodni život [Unser Volksleben]) sind bereits zahlreiche weitere Bände erschienen (S. 99). — Die Umschrift der Namen ist manchmal nicht folgerichtig, die Zitierweise ist mitunter unvollständig und mangelhaft.

Leipzig. Georg Stadtmüller.

Hermann Groß: Südosteuropa. Bau und Entwicklung der Wirtschaft. (Beihefte zur „Leipziger Vierteljahrsschrift für Südosteuropa“, Heft 1.) Leipzig 1937. Universitätsverlag von Robert Noske. VIII+231 S.+1 Karte.

Der Vf., der sich bereits durch zahlreiche Einzelstudien über die wirtschaftlichen Verhältnisse der südosteuropäischen Länder einen Namen gemacht hat, legt in dem vorliegenden Werk eine systematische Zusammenfassung seiner bisherigen Studien vor. Dieses Werk muß auch an diesem Orte besprochen werden, da die geschichtliche Entwicklung als Hintergrund der heutigen Wirtschaftsverhältnisse jeweils ausführlich geschildert wird. Die Stärke des Vf.s liegt gerade darin, daß er sich von einer allzu engen Beschränkung auf das nur Wirtschaftliche freihält, daß er die landschaftlichen und geschichtlichen Voraussetzungen ebenso klar sieht und anschaulich zu schildern weiß wie die unlösbar enge Verflechtung von Wirtschaft und Politik in dem Südosteuropa der Nachkriegszeit. Man spürt es auch auf jeder Seite des tiefgründigen Werkes: es ist nicht das Ergebnis von ad hoc betriebenen Studien, sondern die langsam herangereifte Frucht einer vieljährigen Beschäftigung theoretischer und praktischer (Studienreisen) Art. Über die überragende wirtschaftswissenschaftliche Bedeutung des Werkes hat die berufene Kritik bereits ihr anerkennendes Urteil gesprochen. Der Geschichtsforscher muß anerkennen, daß darin eigentlich zugleich — wenigstens in den Grundzügen — eine Wirtschaftsgeschichte Südosteuropas während des letzten Jahrhunderts „versteckt“ ist, d. h. man muß sich den geschichtlichen Stoff, der auf die einzelnen (nach der wirtschaftswissenschaftlichen Systematik angeordneten) Kapitel verteilt ist, zusammensuchen. Bedauern muß man es, daß der Vf. dieses wertvolle

Material nicht zu einer, wenn auch kurzen Darstellung verarbeitet hat. Daß dabei im einzelnen bibliographische und sonstige Nachträge möglich sind (z. B. zu S. 132, Anm. 3), ist bei der Schwierigkeit des Stoffes nicht verwunderlich und tut der Bedeutung des Werkes keinen Abtrag. Auch die sozial- und wirtschafts geschichtliche Erforschung Südosteuropas wird in Zukunft von diesem Buch als einer unentbehrlichen Grundlage auszugehen haben.

Leipzig. Georg Stadtmüller.

Krunoslav Draganović: Pregledna karta katoličke crkve u Bosni i Hercegovini nekad i danas sa kompletnim historijskim i statističkim materijalom (Übersichskarte der katholischen Kirche in Bosnien und Hercegovina einst und heute, mit vollständigem historischem und statistischem Material). Izrađena u Statističkom odsjeku Hrvatskog Kulturnoy Društva „Napredak" i „Napretkove Zadruge". Izdanje Vrhbosanske Nadbiskupije. Maßstab 1:250 000. Sarajewo 1935. Akademija Regina Apostolorum.

Diese in gutem Farbendruck veröffentlichte Karte (1:250 000) der ehemaligen und jetzigen kirchlichen Geographie Bosniens und der Hercegovina stellt ein brauchbares und bei dem Mangel solcher Karten sehr willkommenes Hilfsmittel zur balkanischen Kirchengeschichte dar. Durch Flächenfärbung sind die heutigen Bistumssprengel unterschieden: das Erzbistum Sarajevo (Vrhbosanska Nadbiskupija) und die Bistümer Mostar-Duvanje, Trebinje, Banjaluka. In roter Farbe ist der heutige Bestand an kirchlichen Einrichtungen u. ä. dargestellt: Grenzen der Archidiakonate, Dekanate und Pfarreien, Pfarr- und Filialkirchen, Bischofsitze, Kapitel, Seminare, Männerklöster (Franziskaner, Jesuiten, Trappisten) und Frauenklöster, Wallfahrtsorte und größere Kirchengüter. Auch die spärlichen griechisch-katholischen (d. h. unierten) Pfarreien sind angegeben. Mit blauer Farbe sind die entsprechenden Angaben für die Zeit vor 1500 eingetragen: die Grenzen der Bistümer Krbava, Knin, Agram, Split, Duvanje, Makar, Trebinje, Ston, ferner die Kapitel, Bischofssitze, Pfarreien, Klöster (Benediktiner, Basilianer, Templer, Johanniter, Franziskaner, Dominikaner, Klarissen, Pauliner, Augustiner). Beigesetzte Zahlen geben jeweils die Zeit der Gründung, die Zeit der ersten Erwähnung und die Dauer des Bestehens an. Bei der Dürftigkeit unserer Quellen zur Kirchengeschichte des mittelalterlichen Bosnien ist es nicht verwunderlich, daß die kartographische Darstellung der mittelalterlichen Kirchenverhältnisse verhältnismäßig wenig Eintragungen und über ganze Landschaften fast gar keine Eintragungen enthält. Die auf das Mittelalter bezüglichen Eintragungen umfassen vor allem die Randlandschaften: im Süden das Gebiet in der unmittelbaren Nachbarschaft des mittleren und südlichen Dalmatien, im Norden das Tal der Save. Von diesen beiden Seiten griff im Spätmittelalter der Katholizismus tief hinein in das innere Bergland. Schwach war der kirchliche Einfluß, der von Süden her das Tal der Narenta aufwärts vordrang. Das eigentliche Eindringen der katholischen Kirche erfolgte vom Norden her, aus dem katholischen Kroatien und Slavonien, vor allem im Tale der Bosna, wo sich ein engmaschiges Netz kirchlicher Organisationen entwickelte, ferner in den Talern des Vrbas und der Sana. Diese Tatsache ist leicht verständlich. Das Vordringen der katholischen Kirche im spätmittelalterlichen Bosnien vollzog sich von Norden her im Bunde mit der ungarischen Staatsgewalt. Die katholische Hierarchie des spätmittelalterlichen Bosnien gehörte daher auch zu der ungarischen Kirchenprovinz des Erzbischofs von Kalocsa. Die kartographische Darstellung läßt diesen Vorgang trotz ihrer in der Spärlichkeit unserer Quellen begründeten Lückenhaftigkeit immerhin klar erkennen. Um so unklarer bleiben die kirch-

lichen und religiösen Verhältnisse außerhalb der Flußtalgebiete. Die weiten Gebiete des östlichen und westlichen Bosnien zeigen auf der vorliegenden Karte fast gar keine Eintragungen. Hier wird im Spätmittelalter wohl der Bogomilismus vorgeherrscht haben, da die hauptsächliche Ausbreitung der Orthodoxie dort erst in der Türkenzeit (im Zusammenhang mit den damaligen Siedlungsbewegungen) erfolgt ist. Dieser Versuch einer kartographischen Darstellung wirft also mehr Fragen auf, als er löst. Und darin liegt wohl im Hinblick auf den weiteren Fortschritt der Forschung sein besonderer Wert. Bosnien ist neben dem Gebiet der heutigen Moldau und Walachei für die balkanische Religions- und Kirchengeschichte bis in das 14. Jh. die dunkelste terra incognita. Die neue Karte trägt dazu bei, die großen Fragen, die auf diesem Felde der Bearbeitung harren, deutlicher sichtbar zu machen.

Leipzig. Georg Stadtmüller.

Petr Christophorov: Ivan Vazov. La formation d'un écrivain bulgare (1850—1921). (Travaux publ. par l'Institut d'études slaves, XVII.) Paris 1938. Librairie Droz. 245 S.

Ein Buch von 245 Seiten, mit reichen Anmerkungen, über einen bulgarischen Schriftsteller, geschrieben in einer Weltsprache, also mit dem Anspruch, auch außerhalb Bulgariens und der Slawistik gelesen zu werden, — das ist immerhin nichts Alltägliches. Einer Rechtfertigung bedarf es jedoch nicht, denn noch immer fesselt Vazovs Werk den Blick durch seinen Umfang, durch den zeitlichen Umfang, der ein halbes Jahrhundert umspannt, durch Vielfältigkeit der Formen und Dauer der Wirkung. Und sicherlich war Raum für eine Zusammenfassung wissenschaftlicher Art, denn auch die Festbände, die Vazov gegen Ende seines Lebens gewidmet wurden, gaben stets nur einzelnes: der wertvollste (Ivan Vazov, život i tvorčestvo (I. V., Leben und Schaffen), pod red. na St. Romanski, Sofia 1920) enthält Beiträge von unterschiedlichem Umfang und Wert, die sich zu keiner Einheit zusammenschließen und auch mit der biographischen Skizze Trifonovs (S. 1—28) noch kein Ganzes bilden; Kiril Christovs Skizze (in dem mir nicht zugänglichen Cankovschen Sammelband 1920) umfaßt offenbar nur wenige Seiten. Der starke Band endlich, den Šišmanov vorbereitete und den nach dessen Tode Arnaudov herausgab (Š., Ivan Vazov, . . ., S. 1930, Ausgabe der Bulg. Akad. d. Wiss.), ist ein einzigartiges Zeugnis der Pietät und Freundschaft, aber er bereitet nur kostbaren Stoff, von dem auch der Verfasser des vorliegenden Werkes immerfort Gebrauch macht.

Das Werk Christoforovs ist in Paris geschrieben; daß es aus der Schule Arnaudovs und vor allem A. Mazons stammt, läßt von vornherein Gutes für die Methode erwarten. Das Buch erfüllt in der Tat die meisten berechtigten Wünsche, ohne dadurch schwerfällig oder unwegsam zu werden. Es ist reich mit Anmerkungen ausgestattet, aber es geht nicht in ihnen unter; auch längere Anmerkungen (wie z. B. auf S. 83 die über den Zustand des halbbefreiten Ostrumelien) sind inhaltlich so durchdacht, daß sie den Leser nicht aufhalten, sondern sachkundig unterstützen.

Die grundlegende Anordnung des Buches ergab sich wohl aus einer sehr einfachen Erwägung: das Schaffen Vazovs ist mit seinem Leben so eng verbunden gewesen, daß die Biographie immer das allein zureichende oder doch das nächstliegende Mittel der Erklärung darstellt. So ordnet sich alles zwanglos ein in die zeitliche Folge des Vazovschen Lebens. Vazov selbst ist sich ja nie ganz uninteressant, er ist auch in Mitteilungen über sich selbst nicht sparsamer als nötig gewesen. Der Biograph fand also einen hinreichend starken und sicheren Leitfaden schon in dem vor, was Šišmanov dem alternden Dichter abgefragt hatte und

was wir auf S. 3—92 seiner von Arnaudov betreuten Aufzeichnungen finden. Diese Erinnerungen sind natürlich ungleich, aber doch in der Hauptsache nur so, wie es die Erinnerungen der meisten Menschen zu sein pflegen: sie verweilen liebevoll bei der ersten Heimat und bei der Kindheit, sie sprechen noch mit einem gewissen Anteil von Abenteuern und Schicksalen der Jugend, und sie werden lässig und in gewissem Sinne uninteressiert, wo das eigene Mannesalter und endlich das Greisenalter zu beschreiben wäre. Das ist so selbstverständlich, daß es keiner Erklärung bedarf, es wird bei Vazov noch verständlicher durch die Zeitläufte, in die er hineingestellt wurde. Das Kind und der Jüngling Vazov erlebt die letzten Zeiten der türkischen Herrschaft, die er in seinem ruhigen südbalkanischen Seldwyla zunächst noch ziemlich gut übersteht, er wechselt mehrfach die Schulorte; in Rumänien, wo er, nach dem Willen des Vaters, kaufmännischen Schliff erwerben soll, ist er schon mitten unter den bulgarischen Revolutionären, auch die Heimat findet er 1874, bei seiner zweiten Rückkehr, aufgerüttelt, er macht die Ängste und Hoffnungen der folgenden Jahre durch, muß fliehen; erst der russische Einmarsch gestattet ihm, den bulgarischen Boden wieder zu betreten. Er nimmt teil an dem überschnellen, in mancher Hinsicht kuriosen Aufbau des Landes und des jungen Staates, versucht Richter zu spielen, aber bald läßt er sich nach Philippopel ziehen; sein längst mit der Feder erlangter Ruhm macht ihn zum Journalisten und natürlich auch zum Politiker, so wenig ihm das im Grunde liegt, er erlebt die Angliederung Ostrumeliens an Bulgarien, besingt die Siege über Serbien; aber sehr bald wendet sich die politische Erregung nach innen, auch Vazov muß abermals fliehen, diesmal vor den eigenen Volksgenossen, die andrer Meinung sind. So lernt er das längst im Stillen ersehnte Rußland kennen. Das Exil dauert ein paar Jahre, es verliert natürlich seinen Reiz, es findet sein Ende durch die Klugheit der Mutter und durch ein merkwürdiges unheroisches Gespräch zwischen Vazov und dem allmächtigen Gegner Stambolov, der wohl finden mochte, daß Vazov unter den Feinden einer der harmlosesten sei. Damit wird Vazov in Sofia ansässig, und eine Zeit äußerer Ruhe bricht an. Etwas zu frühe Ruhe für den Vierzigjährigen, der auch der Ehe nach einem kurzen schlecht gelungenen Versuch entsagt. Man hat den Eindruck, daß die eigenen Erinnerungen ihn nur etwa bis zu diesem Punkte wirklich gefesselt haben; selbst über sein anderthalbjähriges Wirken als Minister der Volksaufklärung hat er später nicht viel gesagt. So wird auch der Bericht des Biographen für diese letzten dreißig Jahre kürzer und trockner; manches aus dem äußern Leben und dem Schaffen Vazovs, namentlich aus den Kriegs- und Nachkriegsjahren, hat ja Šišmanovs besondere Pietät festgehalten; Quellen, die tiefer führen, gibt es vielleicht, aber sie können noch nicht ausgewertet werden, fast ganz unergiebig scheint Vazovs Nachlaß zu sein.

So ergibt sich von selbst, daß auch der Biograph den Kinder-, Jünglings- und ersten Mannesjahren mehr Licht und Wärme zukommen läßt als der zweiten Lebenshälfte. Quellen von gleichem Rang neben den eignen Erinnerungen Vazovs gibt es dafür kaum. Was an andern Stellen über die Aufzeichnungen Šišmanovs hinausgeht, mag aus Erinnerungen stammen, die Vazov andern gegenüber und bei andrer Gelegenheit zum besten gab, die Aufzeichnungen der Mutter, die, von Vazov selbst wenig beachtet, 1920 zum Druck gelangten, sind interessanter für die Lokalgeschichte (besonders für das Jahr 1876) als für die Familiengeschichte. Die „Autobiographie Ivan Vazovs", die (laut Bibliographie S. 236) 1931 in der Zeitschrift „Niva" erschien (mir unzugänglich), wird kaum je zitiert und scheint also nichts Wesentliches zu enthalten. Christoforov hat immerhin das von Vazov selbst stammende Bild, namentlich das Bild der Jugend, aus andern Quellen zu runden und auf einen größeren Hintergrund zu stellen gewußt. Manche Gestalt, die dem greisen Plauderer nicht mehr wichtig, vielleicht inzwischen auch ent-

fallen war, konnte aus dem literarischen Bilde eingefügt werden, zumal aus dem großen Roman „Unter dem Joch“. Vazovs Wirklichkeitstreue (bei mäßig entwickelter Phantasie) gab dem Biographen das Recht, so zu verfahren. Daneben konnten manche Einzelheiten und konnte vor allem das Bild der Zeit, in der sich der junge Vazov bewegte und gestaltete, durch Christoforovs hingebenden Spürsinn vervollständigt werden: aus Erinnerungen aller Art und vor allem aus den vergilbten Bänden früher Zeitungen und Zeitschriften.

In Vazovs literarischem Schaffen werden Erlebnisse und Eindrücke so unmittelbar, auf so einfache Weise und meist auch so rasch verbraucht und verzehrt, daß es ohne weiteres gegeben war, seine Dichtung und Prosa in den Zusammenhang seines Lebens einzuordnen. So verfährt denn Christoforov, und jeder Abschnitt der Biographie gibt in zwangloser und geschickter Weise auch Rechenschaft von der literarischen Ernte. Vazov selbst hat ja nicht nur dem Biographen, sondern auch dem Literarhistoriker die wertvollsten Hilfen gewährt: er war sich als Greis selbst historisch genug und auch ehrlich und mitteilsam genug (was bekanntlich nicht von allen Schaffenden gilt), um im Gespräch selbst den Kommentar zu seinem Schaffen zu geben, auch die vielfältigen Anregungen sind nicht verschwiegen oder gar (was in der Literaturgeschichte auch vorkommt) abgeleugnet. Nicht viele Dichter und Erzähler werden sich zu einer solchen ausführlichen und authentischen Erklärung herbeilassen, wie Šišmanov sie aus Vazovs Munde aufzeichnen und Arnaudov sie herausgeben konnte (Šišmanov, Ivan Vazov, S. 187 ff.). Christoforov bleibt natürlich bei diesen Andeutungen nicht stehen; vor allem die Anregungen, die Vazov den Franzosen und in zweiter Linie den Russen zu verdanken glaubt, werden im einzelnen aufgezeigt und sehr einsichtig nach ihrem Grade bestimmt. Das Kapitel über Kindheit und Jugend sucht darüber hinaus (und über die unmittelbaren Erinnerungen hinaus) zu ermitteln, welche Art von Lektüre den jungen Vazov gebildet haben könnte. Als Ergebnis ist jedenfalls das hervorzuheben (was man freilich in der Hauptsache wußte), daß diesem ersten und fruchtbarsten Vertreter des bulgarischen Gedankens in Europa die französische und die russische Literatur unmittelbar zugänglich und in gewissem Grade auch bekannt war, daß dagegen die deutsche Literatur bei der Formung seiner geistigen Art zunächst ohne großen Einfluß geblieben sein muß. Vazov hat (wenn überhaupt) jedenfalls erst spät und unvollkommen deutsch gelernt (von seinen wenig gelungenen Versuchen, es in Pernik 1873/1874 zu lernen, sprach er selbst mit gutem Humor), und die Musterung dessen, was aus der deutschen Literatur vor 1870 etwa ins Bulgarische übersetzt war (vorgenommen an der Hand von Pogorělovs Verzeichnis des älteren bulgarischen Bücherdrucks), enthüllt die heitersten Tatsachen: der bulgarische Bücherdruck, der von Lessings und Schillers Existenz erst in den siebziger Jahren des 19. Jh.s, kurz vor der Befreiung, Notiz zu nehmen begann, hat in den Jahrzehnten vorher aus der deutschen Literatur (abgesehen etwa von einem Genovevadrama) anscheinend nur zwei Namen ausgewählt, den bekannten und in gewisser Weise unvermeidlichen Jugendschriftsteller Christoph Schmidt und den selbst den Germanisten heute fast völlig unbekannten Dramatiker von Trautzschen aus dem 18. Jh. Dessen „Belisar“ wurde nicht weniger als dreimal übersetzt oder bearbeitet, und zwar zunächst — aus dem Neugriechischen (Leipzig 1844, Konstantinopel 1844, ebenda 1873). Vielleicht übersetzte man ihn, weil die Griechen ihn übersetzt hatten, oder (wie Penevs Literaturgeschichte andeutet) aus Freude an der Sentimentalität oder auch darum, weil das Drama schließlich z. T. bei den alten Bulgaren spielte, und weil die Wissenschaft der Zeit gestattete, Justinian und Belisar als Slawen zu betrachten. Wer will das genau wissen? In jedem Falle ist klar, daß der junge Vazov von der deutschen Literatur keinen hohen Begriff, ja überhaupt keinen Begriff bekommen konnte. Das erste deutsche Werk von Rang, das ihm nahe trat, waren Schillers „Räuber“

— in französischer Übersetzung; später hat Vazov sich in der Weltliteratur umgesehen und ein paar große Deutsche russisch gelesen.

Was Christoforov zum fünfzigjährigen Schaffen Vazovs im einzelnen bemerkt, zeugt von Sorgfalt, Umsicht und Methode, es wird den naheliegenden literarhistorischen Fragestellungen wohl meist gerecht. Auch Vazovs — wenig deutliche und wenig belangreiche — Stellung in der politischen Geschichte seiner Zeit wird geklärt, soweit es möglich und erforderlich ist. Es ist aber gerade die Darstellung des Schaffens mit einem gewissen „Nahblick" geschrieben, der es dem Leser schwer macht, die Gestalt Vazovs in der Geschichte des geistigen Lebens seiner Zeit zu sehen. Von den älteren Schriftstellern und Dichtern, von Drumev also, von Rakovski, von Ljuben Karavelov, von Petko Slavejkov, von Botev hört man in den ersten Kapiteln öfters. Es wird ermittelt, wen der junge Vazov persönlich kannte, was er las oder gelesen haben könnte, welche Anregungen er den älteren Volksgenossen verdankte, auch was ihn etwa in der Beurteilung der Ereignisse stimmungsmäßig von Chr. Botev unterschied. Aber es wird kaum bestimmt (und auch die an sich sehr lesenswerten Kapitel 10/11 füllen diese Lücke nicht), welchen Gewinn an Ausdrucksmöglichkeiten der junge Vazov, verglichen mit seinen Vorgängern, der bulgarischen Dichtung und Prosa zubrachte. Dann folgt, wie es Christoforov richtig kennzeichnet, ein Zeitraum von fast 20 Jahren, in dem Vazov als Literat keinen ernstlichen Nebenbuhler und auch keinen ernst zu nehmenden Tadler findet. Erst in den neunziger Jahren wird der Welterfolg von „Unter dem Joch" — post festum — Anlaß zu Bemängelungen, und in der Person des Philosophen Krŭstev und seiner dichtenden Freunde, besonders Penčo Slavejkovs, erhält der Widerstand gegen Vazov Gestalt. Von dieser doch grundsätzlich höchst wichtigen Wendung im bulgarischen Geistesleben gewinnt der Leser Christoforovs nun auch kein rechtes Bild; daß es sich hier durchaus nicht nur um persönliche Reibungen gehandelt haben kann, wird auf S. 156 sehr richtig gesagt, aber die ausführliche Darstellung auf S. 153 ff. haftet doch zu sehr am Dokumentierbaren, also an der äußeren Geschichte des „Falles Vazov-Krŭstev", und der Versuch des letzten Kapitels, den eigentlichen Inhalt der Dinge auszudrücken, wird mit vier Zeilen auf S. 210 keinen Leser zufriedenstellen. Hier täte der so erfolgreiche Literarhistoriker wohl daran, vorübergehend eine andere Blickweite gegenüber seinem Gegenstande zu wählen.

Christoforov hat es freilich nicht bei den literarhistorischen, metrischen und ästhetischen Wertungen bewenden lassen, die er jedem Werke Vazovs zukommen läßt. Das Ende des Buches faßt in zwei Kapiteln zusammen: Les idées (10), L'écrivain (11), und ein zwölftes zieht das Gesamtergebnis. Auch diese Kapitel 10 und 11 sind im ganzen auf die eine Persönlichkeit eingegrenzt, in diesem Rahmen befolgen sie wieder eine durchdachte und erfreulich sichere Methode. Der Leser der Vazovschen Gedichte versteht nun auch genauer, was ihn die unmittelbare Empfindung schon lehrte: warum nicht wenige unter diesen Gedichten so reizlos erscheinen. Im ganzen sieht Christoforov den auszeichnenden Wert mancher Gedichte mehr in der Wahl der rhythmischen Ausdrucksformen und dem richtigen Einsatz der sprachlichen Werte. Das sind nun Vorzüge, über die nur dem Bulgaren ein Urteil zusteht, und die, wie Christoforov selbst sagt, eine sehr viel eingehendere Behandlung erheischten. Auch das „Melodische" der Vazovschen Verse bedürfte noch der Bestimmung: zunächst liegt hier ja nicht viel mehr vor als ein abgegriffenes Bild — und freilich auch eine sehr interessante, gar nicht unwahrscheinliche Selbstbeobachtung des Dichters.

Das Buch will, wie man sieht, keine Enzyklopädie über Vazov sein, sondern es setzt der Fragestellung bestimmte Grenzen, die man manchmal etwas anders wünschen möchte; insofern versteht sich, daß in der Kritik schon allerlei Ergänzungen gefordert wurden, z. B. ein Abschnitt über die Wirkung Vazovs ins Ausland, die mit „Unter dem Joch" im

allgemeinen beginnt, aber nicht endet. Noch wichtiger erscheint mir aber ein anderer Wunsch, der sich nicht, oder doch nicht notwendig, an den Verfasser dieses Buches wendet: wer Vazovs Werk kennen lernen will und nicht gerade den Vorzug hat, in Sofia oder Philippopel zu wohnen, ist im wesentlichen auf die Gesamtausgabe oder die Gesamtausgaben angewiesen, die Vazov gegen Ende seines Lebens (von 1911 ab) erscheinen ließ. Die in Christoforovs Bibliographie genannte Sedezausgabe (von Fakel, 1926 ff.) scheint davon auch nur ein Neudruck zu sein. Die genaue Rechenschaft, die Christoforov in seinem Buche und besonders in der Bibliographie (s. 212 ff.) über die Folge der Vazovschen Veröffentlichungen gibt, läßt nun jedenfalls das eine erkennen, daß Vazovs Andacht gegenüber dem eigenen Werk ihre engen Grenzen hatte, d. h. er hat namentlich von seinen Erstlingen manches aus der Gesamtausgabe ausgeschlossen. Er (oder der Verleger) wird seine Gründe gehabt haben, und jedenfalls hatte er ein unbestreitbares Recht, so zu handeln. Doch wäre nun wohl die Zeit gekommen, ich will nicht sagen für einen „vollständigen und kritischen Vazov“ (das wäre vielleicht zu viel verlangt), aber für eine Vazov-Ergänzung, d. h. für einige Bände, die den politischen Schriftsteller Vazov zu enthalten hätten und vor allem die literarischen Werke, die der Dichter zu einem vielleicht unverdienten Schlummer in uralten Zeitschriftenbänden oder doch im Staube der großen Bibliotheken verdammte. Christoforovs Werk hat auch einer solchen Ergänzung sehr glücklich vorgearbeitet.

Breslau. Paul **Diels**.

Al. Jordan: Les relations culturelles entre les roumains et les slaves du sud. Traces des voévodes roumains dans le folklore balkanique. Bukarest o. J. [wohl 1938]. Imprimeria Naţională. 108 S.

Der Vf. versucht, in der balkanslawischen Volksdichtung den Widerhall von Ereignissen und Persönlichkeiten der rumänischen Geschichte aufzuspüren, und gelangt dabei zu ähnlichen Schlußfolgerungen wie M. Braun in seinem Buch über die Kosovo-Schlacht in der Volksdichtung (vgl. diese Zeitschrift 3, 1938, S. 677). Die geschichtliche Einleitung gibt einen Überblick der engen Beziehungen zwischen Rumänen und Balkanslawen. Erinnerungen an diese Beziehungen haben sich in der Volksdichtung ziemlich getreulich erhalten, denn auch die epischen Lieder versuchen ja wahrheitsgetreu — im Sinne des epischen Begriffes von „Wahrheit“ — zu sein. Die Durchmusterung der balkanischen Volksdichtung nach Erinnerungen an Beziehungen zu Rumänien ergibt das folgende Bild: in der bulgarischen Volksdichtung wird zwar das rumänische Land, aber nicht das rumänische Volk erwähnt (Walachei= vlaškata zema; Moldau=bogdanskata zema). Die bulgarischen Lieder singen von Haiduken, die vor den Türken in das rumänische Land hinüberfliehen, und von Mönchen, die ebenfalls jenseits der Donau eine neue Heimat finden und dort Kirchen und Klöster gründen. Auch die „schöne Rumänin“ taucht häufig auf in den bulgarischen Volksliedern, die von Liebesgeschichten zwischen Angehörigen beider Völker handeln. Sehr zähe hat sich in der balkanslawischen Volksdichtung die Erinnerung gehalten an die rumänischen Fürsten Vladislav (1364—ca. 1380), Radu I. (ca. 1380), Dan I (1386), Mircea den Alten (1386—1418) und Michael den Tapferen (1593—1601). Vor allem ist Dan bekannt. Er wird in zahlreichen bulgarischen Weihnachtsliedern erwähnt. Er gilt als Liebhaber der Jagd und des Fischfanges. Die geschichtliche Wirklichkeit erscheint in der Volksdichtung ziemlich ungeprägt (Vertauschung der Rollen u. a.). Eine nicht so bedeutende Stelle wie Dan nimmt Mircea in der bulgarischen Volksdichtung ein. Dagegen ist die Gestalt Michaels des Tapferen bei den Bulgaren und Serben sehr volkstümlich geworden,

ja auch in griechischen und ungarischen Volksliedern wird er erwähnt. Bei der Gegenüberstellung der geschichtlichen Wirklichkeit und des epischen Berichtes zeigt sich an Einzelbeispielen, daß die epische Volksdichtung unzweifelhaft einen geschichtlichen Kern besitzt. Die Erkenntnis von M. Braun, daß das Heldenlied in gewissem Sinne als vorwissenschaftliche Geschichtsüberlieferung zu gelten hat, erfährt dadurch ihre Bestätigung. Leider ist der Vf. auf die so wichtige grundsätzliche Seite dieser Frage nicht eingegangen. Das Werk von M. Braun ist ihm offensichtlich unbekannt geblieben, ebenso wie die Untersuchungen von H. Grégoire über die Beziehungen zwischen der byzantinischen Epik und der byzantinischen Geschichtschreibung. Leider ist die sorgfältige und gediegene Arbeit an einigen Stellen auch durch sinnstörende Druckfehler entstellt. Statt Četinge (S. 9) lies Cetinje. — Statt Dan II. lies Dan I. (S. 27). — Bulg. „Folklor ot Elensko" bedeutet nicht „Le folklore depuis Elensko" (S. 28), sondern „Le f. de El." — Statt Karactič lies Karadjić (S. 38). — Statt Leonicos Chalcondylas (S. 55) soll man die richtige Namensform Laonikos Chalkokandyles gebrauchen. — Statt faies lies joies. Der Untersuchung folgt im Anhang eine Ausgabe slawischer epischer Lieder (mit französischer Übersetzung).

Leipzig. Georg Stadtmüller.

Al. Jordan: Contribuţiuni linguistice la Bibliografia Veche Românească (Sprachwissenschaftliche Beiträge zur altrumänischen Bibliographie). Bukarest 1938. Cartea Românească. 16 S.

Der Vf. gibt einzelne kritische Bemerkungen und Nachträge zu der großen Bibliographie der altrumänischen Literatur von Bianu und Hodoş (Ion Bianu şi Nerva Hodoş, Bibliografia veche românească 1500—1830. Bukarest 1899). Die Einleitung betont die Bedeutung der sorgfältigen Erforschung der rumänischen Frühdrucke für die Geschichte der rumänisch-slawischen Kulturbeziehungen. Im Anschluß daran werden die wichtigsten graphischen und grammatischen Besonderheiten der kirchenslawischen, mittelbulgarischen und serbischen Drucke (mit Verzeichnis des einschlägigen Schrifttums) aufgeführt. Die kritischen Bemerkungen und Ergänzungen zu der Bibliographie von Bianu und Hodoş beschränken sich auf die graphische, lexikale und grammatische Charakteristik einzelner schon bei Bianu und Hodoş aufgeführter Drucke. Neue, bisher unbekannte altrumänische Drucke konnte der Vf. nicht nachweisen.

Leipzig. Georg Stadtmüller.

Jeremia Č'elebi Kömürčian: Stambola Patmuthiun (Geschichte Stambuls). Hg. Vahram Thorgomian. Bd. III. (Azgayin Matenadaran, Bd. 143). Wien 1938. Druck und Verlag der Mechitharisten. XXVIII + 294 S.

Jeremia Č'elebi Kömürčian gehörte zu den bekanntesten Persönlichkeiten der Konstantinopler Armenier des 17. Jh.s († 1707). Der verdienstvolle Herausgeber seiner „Geschichte Konstantinopels", V. Thorgomian, hat den I. Band (XXIV + 412 S.) dieser Veröffentlichung bereits 1913, den II. Band (XVIII + 450 S.) 1932 herausgebracht. Ihnen folgt jetzt der dritte und letzte Band. Band I enthält den Text des Geschichtswerkes von Kömürčian (in armenischer Sprache), ferner seine Biographie und zahlreiche Anmerkungen zu den Kapiteln I bis III der „Geschichte Stambuls". Band II enthält ähnliche Erläuterungen zu den Kapiteln IV bis VI, die sich ebenfalls, wie die Kapitel I bis III, auf

die Konstantinopler Stadtteile am europäischen Ufer des Bosporus beziehen. Die im Band III enthaltenen Erläuterungen zu den Kapiteln VII bis VIII des Werkes von Kömürčian behandeln das asiatische Ufer der Stadt Konstantinopel. Dem III. Band sind ferner einige Ergänzungen, Nachträge und ein Namensregister beigefügt worden.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß der Herausgeber sich weitgehende Aufgaben gesetzt hat. Die von ihm sorgfältigst fertiggestellten zahlreichen Anmerkungen und Erläuterungen, desgleichen die Biographie Kömürčians, die ebenfalls vom Herausgeber selbst verfaßt ist, stellen einen allseitigen Kommentar und eine höchst wertvolle Ergänzung zum Geschichtswerk Kömürčians dar. Die ganze Arbeit hat zwar die Topographie, die Vergangenheit und die Zeitgeschichte der Hauptstadt der Sultane am Bosporus im allgemeinen zum Gegenstand. Sie behandelt aber in erster Linie und vorwiegend solche Fragen, die insbesondere das armenische Leben und die armenischen Stadtteile an den beiden Ufern des Bosporus angehen. Dabei hat der Herausgeber, selbst ein bekannter Konstantinopler Armenier, sich jahrzehntelang mit den in dieser Publikation behandelten Fragen an Ort und Stelle beschäftigt und alle Quellen mit großem Eifer sorgfältigst untersucht, die hier überhaupt in Frage kommen und irgendwie die Stadt Konstantinopel im allgemeinen und ihre armenische Bevölkerungsgruppe im besonderen betreffen: Grabdenkmäler, allerlei Inschriften, Archive, handschriftliches Material, alte Druckwerke und dergleichen mehr. Durch diese umfassenden Kenntnisse des Herausgebers, die in seinen Erläuterungen zu Kömürčian zur Geltung kommen, wird der historische und kritische Wert der vorliegenden Publikationen noch gesteigert.

In diesem Zusammenhang sei noch hinzugefügt, daß bereits eine spezielle und vollständige Biographie aus der Feder des gelehrten Wiener Mechitharisten P. Nerses Akinian erschienen ist (Wien 1933, Druck und Verlag der Mechitharisten), die den Lebenslauf und die Tätigkeit Jeremia Kömürčians erschöpfend behandelt.

Berlin. Artasches Abeghian.

Heinz Löwe: Die karolingische Reichsgründung und der Südosten. Studien zum Werden des Deutschtums und seiner Auseinandersetzung mit Rom. (Forschungen zur Kirchen- und Geistesgeschichte, Bd. 13.) Stuttgart 1937. Kohlhammer. XII+181 S.

Vgl. „Die Anfänge der abendländischen Kulturbewegung in Osteuropa und ihre Träger“ von Albert Brackmann, in dieser Zeitschrift 3 (1938), S. 185—215.

Kleo Pleyer: Die Kräfte des Grenzkampfes in Ostmitteleuropa. (Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands.) Hamburg 1937. Hanseatische Verlagsanstalt. 42 S.

Wer den Vortrag Pleyers auf dem Erfurter Historikertag gehört hat, geht mit einer gewissen Zurückhaltung an die im Druck vorliegende Veröffentlichung der Rede heran — wie oft hat das gedruckte Wort den starken Eindruck des gesprochenen verwischt! Diesmal kommt es jedoch nicht zu einer Enttäuschung. Der starke Eindruck des Vortrags blieb auch im Druck erhalten, wenn auch die größere Muße, das Bild, das vor uns entrollt wird, zu betrachten, kritischen Einwänden Raum gibt. Pleyer zeigt, daß die Kräfte des Grenzkampfes in Ostmitteleuropa oft deutschen Ursprungs waren: vielfach handelt es sich um eine Selbstauseinandersetzung deutscher Blut- und Gestaltungskraft (S. 15). Das Gesamtbild, das er entwirft, ist aus der Wirklichkeit gewonnen: geistig-

politische Formungskräfte, bevölkerungspolitische Druckverhältnisse, kulturelle und rassische Kräfte werden ebenso berücksichtigt wie die wirtschaftlichen Faktoren, sei es die der ostdeutschen Industrien oder die der Landwirtschaft. Am Beispiel der Tschechen und Polen wird gerade die Bedeutung der Wirtschaft im Volkstumskampf deutlich gemacht. Gegenüber der überzeugenden Geschlossenheit des Bildes drängt sich nur eine Frage auf: wären in diesem Rahmen nicht auch einige Worte über die „Neutralisierung" des Stadtdeutschtums notwendig gewesen, das sich in Warschau, Lodz, Prag, Brünn, Budapest und Temeschburg den völkischen Verpflichtungen entzog und — zunächst unter jüdischem Einfluß — fremde Gesinnung annahm oder im Biedermeier verkümmerte? Gerade die Sonderentwicklung von Stadt und Land hat u. E. für den Grenzkampf in Ostmitteleuropa eine verhängnisvolle Bedeutung gehabt. Vgl. jetzt meinen Aufsatz „Die Rolle der Deutschen bei den ostmitteleuropäischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts" (Volksforschung III, S. 7 ff.).

Stuttgart. Hans Beyer.

Hans Mortensen, Gertrud Mortensen: Die Besiedlung des nordöstlichen Ostpreußens bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts. Teil I: Die preußisch-deutsche Siedlung am Westrand der großen Wildnis um 1400. Teil II: Die Wildnis im östlichen Preußen, ihr Zustand um 1400 und ihre frühere Besiedlung. (Deutschland und der Osten, Bd. 7, 8.) Leipzig 1937, 1938. S. Hirzel. XII+212 S.; VIII+254 S.

Kaum eine Frage aus der Geschichte der deutschen Volksgrenzen hat im Laufe der letzten 25 Jahre ein so völlig neues Gesicht angenommen wie die Frage der Grenzen zwischen dem deutschen und dem litauischen Volkstum im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Es ist falsch, wie es von litauischer Seite behauptet worden ist, das neue Bild von der deutsch-litauischen Volksgrenze, wie es von der Wissenschaft geschaffen worden ist, als ein politisches Wunschbild hinzustellen, weil seit der Gründung eines litauischen Staates auch die Frage der früheren Volksgrenzen politische Bedeutung erhalten habe. Richtig ist es jedoch, daß seit der Wiedergeburt des litauischen Staates auch das geschichtliche Interesse an dem Litauertum zugenommen hat, und zwar auf deutscher wie auf litauischer und polnischer Seite, und daß erst jetzt die Wissenschaft es unternommen hat, einen beklagenswerten Rückstand aufzuholen. Was die Entstehung der deutsch-litauischen Volksgrenze betrifft, so ist allerdings nunmehr ganze Arbeit gemacht worden. Das vorliegende Werk dürfte für alle Zeiten den Grundstein bilden, auf dem die weitere Forschung aufbauen muß. Es geht in die Tiefe, durch Verarbeitung aller geschichtlichen Quellen und durch Zuhilfenahme geographischer Methoden, und es schafft sich Raum durch kritische Auseinandersetzung mit der ganzen einschlägigen Literatur in deutscher, litauischer, polnischer und russischer Sprache. Lange Kapitel sind überwiegend polemischer Art. Ein kurzer Blick auf den bisherigen Stand der Forschung und ihre Entwicklung seit 1914 läßt am besten den Fortschritt ermessen.

Im Jahre 1914 galt in der Öffentlickkeit die Theorie Adalbert Bezzenbergers, wonach die Deime und Alle die ursprüngliche Westgrenze des litauischen Volksstammes seit dem Beginn der geschichtlichen Zeit gewesen sein sollen. Bezzenberger war Sprachforscher, hatte allein die Ortsnamen untersucht, ohne sich um ihr Alter zu kümmern. Andere Ansichten waren wohl hervorgetreten, aber gegenüber der Autorität Bezzenbergers nicht durchgedrungen. Da kam im Jahre 1921 (gedruckt erst 1927) eine Königsberger Dissertation heraus, betitelt: Beiträge zu den Nationalitätenverhältnissen von Pr. Litauen, von Gertrud Mortensen (Heinrich), worin die These Bezzenbergers gründlich widerlegt wurde.

Bisher waren nämlich die ungedruckten Quellen fast gar nicht, die gedruckten nur ungenügend herangezogen worden: eine schwere Unterlassungssünde in einer so bedeutenden wissenschaftlichen Frage. Aus der Theorie Bezzerbergers mußte sich ergeben, daß die Stämme der Nadrauer, Sudauer und Schalauer, die östlich von der Deime bis zur mittleren und unteren Memel und darüber hinaus siedelten, den Litauern zuzurechnen seien. Gertrud Mortensen wies dagegen nach, daß alle drei Stämme zu den Preußen gehörten. Zwischen der früheren altpreußischen Besiedlung der drei Landschaften und der späteren litauischen Einwanderung aber lag ein tiefer Einschnitt durch die Bildung der Wildnis, deren Grenzen nach Osten genau umrissen wurden. Nun hätte man noch, nach dem negativen Beweis, gerne den positiven gewünscht: nämlich die Darstellung der späteren litauischen Einwanderung in die Wildnis. Dieses unterblieb, und bald darauf hat Paul Karge in seinem Buche „Die Litauerfrage in geschichtlicher Beleuchtung" (Königsberg 1925) eine kritische Auseinandersetzung mit der gesamten bisherigen Forschung und einen Abriß der litauischen Einwanderung nach Ostpreußen gebracht. Was die Ergebnisse von Gertrud Mortensen betrifft, so haben die Grundtatsachen fast allgemein Anerkennung gefunden. Es sei nur erinnert an den Litauer Salys, an die Polen Zajączkowski und Łowmiański. Einzelheiten fanden Widerspruch, und es entstand eine erhebliche Literatur, die eine Neubearbeitung des Gegenstandes wünschenswert erscheinen ließ.

In dem vorliegenden Werke hat sich die Historikerin Gertrud Mortensen mit ihrem Gatten, dem Geographen Hans Mortensen, zusammengefunden. Schon in dieser Zusammenarbeit zweier Wisenschaften liegt eine größere Sicherheit der Beweisführung. Der erste Band behandelt die Siedlungsverhältnisse am Westrande der großen Wildnis. Diese Frage war in der ersten Arbeit von Gertrud Mortensen nur gestreift worden, und auch sonst wußte man Genaues darüber nicht. Die Vf. weisen zunächst auf die Lückenlosigkeit und Reichhaltigkeit des Quellenmaterials hin, in dem eine Quelle die andere kontrolliert, und schildern dann ausführlich die altpreußische Siedlung am Rande der Wildnis. Wichtig ist dabei besonders die Herausarbeitung der (inselartigen) Siedlungseinheiten, von denen der Begriff des „Moter" nahezu unbekannt war. Das Kernstück der Arbeit ist die Darstellung der deutschen Siedlung am Wildnisrande. Wichtig ist besonders das Ergebnis, daß deutschrechtlich in der Regel gleich deutsch zu setzen sei, wodurch ein Kriterium zur Unterscheidung der Nationalitäten in diesem Gebiete gegeben ist. Sehr aufschlußreich auch für die politische Geschichte ist der Abschnitt über den Rhythmus der Siedlung, worin die Einwirkung politischer und finanzpolitischer Umstände auf die Entwicklung der Siedlung nachgewiesen wird. Es folgt dann eine ausführliche Geschichte der einzelnen Siedlungen. Eine Karte veranschaulicht den Siedlungszustand um 1400. Schon hieraus ergibt sich einerseits, daß die Preußen keineswegs, wie die ältere Forschung annahm, ausgerottet worden sind, anderseits, daß auch die deutsche Siedlung, selbst an diesen vorgeschobenen Posten, stärker war, als man bisher annahm. Auf die Möglichkeiten einer Statistik der Nationalitäten gehen die Vf. (S. 128 ff.) ausführlich ein. Die weitere Entwicklung der Siedlung und ihres Verfalls bis zum Jahre 1475 wird gestreift. Im ganzen stellt dieser Band nicht allein eine ungeheure Bereicherung unserer Kenntnisse in vielen Einzelheiten dar, auf die hier nicht hingewiesen werden kann, sondern er ist besonders lehrreich durch die Vielseitigkeit und Gründlichkeit seiner Forschungsmethoden.

Während der erste Band wesentlich Neuland bedeutet, erörtert der zweite Band nochmals die Fragen, die von Gertrud Mortensen vor 17 Jahren bereits der Lösung zugeführt worden waren. Dieser Band ist also zum großen Teile polemischer Art. Er setzt die Debatte fort, klärt und schließt ab. Aber auch in ihm gibt es völlig neue Betrachtungsweisen und Erkenntnisse. So der erste Abschnitt über die Wildnis, eine terra

incognita, von deren Existenz man wußte, deren Aussehen man aber nicht kannte. Da kommt nun der Geograph zu seinem Recht, der Beispiele aus Amerika vergleichsweise heranzieht, aber wesentlich doch historisch arbeitet und auf Grund der nicht wenigen Quellen ein Bild von der Landschaftsform und dem Leben in der Wildnis entwirft. Die Wildnis war unbesiedelt, aber nicht völlig unbewohnt und nicht ungenutzt. Die Feststellung trägt wesentlich zur Klärung der bisherigen Streitfragen bei, die sich darum drehten, daß man einzelne Leute in der Wildnis feststellte und dann die Tatsache der Wildnis selbst in Zweifel zog. Dann kommen die Vf. zu den früheren Völkern in der Wildnis, zunächst den preußischen Nadrauern, den Sudauern und den Schalauern. Alle drei von diesen Stämmen bewohnten Landschaften waren schon vor Ankunft des Deutschen Ordens nur schwach besiedelt. Völlig ausgerottet wurde keiner der drei Stämme, auch die Nadrauer nicht, von denen man es früher annahm. Die Schalauer sind durch die vorgeschichtlichen Forschungen von Engel in den Kreis der kurischen Memellandkultur gerückt worden. Waren sie noch Preußen oder standen sie den Kuren näher? Das sind neue Fragen, die sich ergeben haben. Aber die schwierigste Frage ist die der Kuren selbst. Ihnen ist der Hauptabschnitt gewidmet, in dem die Polemik den stärksten Raum einnimmt. Galt es doch, sich mit den Auffassungen von Salys, Łowmiański, Zajączkowski u. a. über die Grenze zwischen Kuren und Samaiten auseinanderzusetzen. Neu ist die Erklärung für die Entvölkerung der südkurländischen Landschaften durch eine Klimaverschlechterung, die eine Wanderung der Kuren nach Norden veranlaßte. Das ist ein geographischer Gesichtspunkt, der Anerkennung finden dürfte. Neu ist die klare Abgrenzung der bisher fast unbekannten Landschaft Lamotina. Was vorher über die Wildnis im allgemeinen gesagt wurde, das gilt besonders auch für Südkurland (d. h. das heutige Memelland mit den östlich sich anschließenden Gebieten bis zur Windau), daß nämlich Wildnis nicht völlige Menschenleere bedeutet, wobei über die Zahl und Lebensweise der Bewohner wohl verschiedene Ansichten bestehen können, die bisherigen Widersprüche aber als geklärt gelten dürfen. Auch was den kurischen Charakter von Ceclis betrifft, dürften jetzt wohl kaum noch irgendwelche Zweifel bestehen bleiben. Ein dunkles Kapitel bleibt nach wie vor die Landschaft Karschauen. War sie ein besonderes Stammesgebiet? Gehörte sie zu Samaiten? Man wird die Frage nach wie vor als nicht völlig geklärt ansehen müssen, auch wenn über die Ausdehnung Karschauens nun etwas mehr Klarheit geschaffen worden ist, ebenso wie über die einzelnen litauischen Burgen, die teils als Wachstumsspitzen teils als Rückzugslinien in das Wildnisgebiet hineingreifen. Über viele in den beiden ersten Bänden behandelte Fragen wird völlige Klarheit erst gebracht werden können, wenn der dritte Band, der die Wiederbesiedlung der Wildnis darstellen soll, erschienen ist.

Königsberg (Pr.). Kurt Forstreuter.

Kazimierz Piwarski: Dzieje polityczne Prus Wschodnich (1621—1772). (Politische Geschichte Ostpreußens 1621—1772). (Wydawnictwa Instytutu Bałt. Dzieje Prus Wschodnich, Bd. II, Heft 2. Gdingen 1938. Nakładem Institytutu Bałtyckiego w Gdyni. 151 S.

Eine Geschichte Ostpreußens zu der Zeit der brandenburgischen Kurfürsten ist schon lange ein Bedürfnis. Was es an Darstellungen gibt, das sind Abrisse (Krollmann, Schumacher). Sachlich ist es also zu begrüßen, daß auch die polnische Wissenschaft sich um diesen vernachlässigten Zeitraum bemüht. Aber der Wissenschaft wäre mehr gedient, wenn dabei mehr als ein Abriß herausgekommen wäre. Zudem sieht der Vf. die Entwicklung der ostpreußischen Geschichte unter einem ganz

bestimmten Gesichtswinkel. Gewiß, es ging allein um eine politische Geschichte. Die innere Entwicklung Ostpreußens, als eines deutschen und evangelischen Herzogtums, also eines von dem Polen der Gegenreformation völlig verschiedenen Gebildes, blieb fort: sehr zum Schaden auch für die Beurteilung der politischen Entwicklung. Was der Vf. bietet, ist nicht eine politische Geschichte in ihrer Gesamtheit, sondern eine Geschichte der Beziehungen Preußens zu Polen, oder, noch deutlicher, eine Geschichte des polnischen Einflusses auf Preußen. Daher sind die einzelnen Teile der Arbeit auch ganz verschieden lang. Der Vf. beginnt nicht mit 1603, dem Beginn der vormundschaftlichen Regierung Brandenburgs in Preußen, an sich dem besten Einschnitt, auch nicht mit 1618, dem Tode Albrecht Friedrichs und dem Anfall Preußens an Brandenburg, sondern mit 1621, dem Jahre, in dem der erste brandenburgische Kurfürst als Herzog mit Preußen belehnt wurde. Daß die Brandenburger seit 1603 tatsächlich auf Grund ihres Erbrechtes, trotz aller polnischen Gegenminen, trotz ständischen Widerspruchs und gerade auch wieder mit Zustimmung der übergroßen Mehrheit der Stände und des ganzen Landes, in Preußen regierten, daß die polnische Belehnung immer wieder erteilt wurde, erteilt werden mußte, das läßt den Einschnitt von 1621 doch als ziemlich belanglos erscheinen. Mit dem zweiten Jahre der Regierung Wilhelms setzt der Verfasser also ein. Georg Wilhelm wird wegen seines Verhaltens im polnisch-schwedischen Kriege, als Polen ihn nicht gegen die eindringenden Schweden schützen konnte, der Felonie beschuldigt. Auch sonst kargt der Vf. nicht mit scharfen moralischen Urteilen über die Kurfürsten, die seiner Ansicht nach ihre Lehnspflicht verletzten. Zugegeben sei, daß er auch die polnische Politik mehrfach scharf verurteilt, aber immer nur dann, wenn sie aus den inneren Streitigkeiten Preußens nicht genug Vorteile herausholte, sei es auch unter Bruch feierlich eingegangener Verpflichtungen. So hätte Polen anläßlich der Belehnung von 1640 neue Zugeständnisse erpressen sollen. Der Kampf des Großen Kurfürsten gegen die Stände, der Polen nach 1657 gar nichts angehen durfte, wird immer nur unter dem Gesichtspunkt der polnischen Einmischung betrachtet. Nicht Königsberg, sondern Warschau erscheint als Mittelpunkt der preußischen Politik. Die Zeit des Großen Kurfürsten nimmt fast die Hälfte der Darstellung ein (S. 25—95). Der Stoff ist also sehr ungleich verteilt. Mit dem sinkenden Einfluß Polens wird die Darstellung immer dürrer. Friedrich I. (III). kommt auch schlecht weg. (Daß der Vf. unter zahlreichen anderen polenfeindlichen Handlungen ihm auch die Schuld an der zweiten Heirat der Prinzessin Luise Radziwill zuschiebt, ist falsch: diese Heirat verstieß gegen das Interesse des Kurfürsten und wurde von ihm scharf mißbilligt.) Gegen die preußische Königswürde hätte Polen Front machen müssen. Friedrich Wilhelm I. erscheint als der König-Feldwebel und böse Nachbar Polens. Unter Friedrich II. wird verhältnismäßig ausführlich die Zeit der russischen Invasion behandelt, die Polen noch einmal Aussicht auf den Erwerb Ostpreußens, im Austausch gegen Kurland, eröffnete. Den Russen läßt der Vf. übrigens Gerechtigkeit widerfahren, indem er ihre, doch nur in kleinen Einzelheiten bemerkbare Aufbauarbeit hervorhebt. So kann man die Darstellung im ganzen nur als eine sehr einseitige Arbeit betrachten.

Königsberg (Pr.) Kurt Forstreuter.

Jeremi Wasiutyński: Kopernik twórca nowego nieba (Coppernicus, der Schöpfer des neuen Himmels). Warschau 1938. Verlag J. Krzeworski. 666 S.+125 Abb.+1 Karte.

Es wäre mit falschem Maß gemessen, wenn man das Werk vom rein wissenschaftlichen Standpunkt beurteilen wollte. Der Schwerpunkt liegt auf literarischem und stilistischem Gebiet, in der künstlerischen For-

mung des Stoffes. Wenn der Vf. dabei dennoch den historischen Tatsachen fast sklavisch folgen konnte, so verrät das seine besondere Begabung, aus dem knappen Tatsachenmaterial die literarischen Effekte herauszuholen, die wie ein buntes Feuerwerk vor unseren Augen abbrennen, ohne trotz der fast 700 Seiten allzusehr zu ermüden.

Mit diesem vornehmlich schöngeistigen Charakter des Werkes hängt es zusammen, daß es den Preis der „Wiadomści Literackie" (Literarische Nachrichten), einer führenden freigeistigen literarischen Zeitschrift, erhalten hat als „das hervorragendste Buch des Jahres 1937, als erste wissenschaftliche Monographie des Coppernicus, die dieser großen Gestalt würdig ist, eine Monographie, die ein ausgezeichnetes Bild des Verfassers des Werkes „De revolutionibus" bringt, die mit ausgezeichneter Kenntnis jene Epoche zeichnet und durch ihre literarischen Vorzüge den Wert der ehrlichen, allseitigen und neuen Bearbeitung des Stoffes steigert". Unter dem Preiskollegium befand sich u. a. Prof. Aleksander Brückner, der nun auch in der Zeitschrift für Slavische Philologie, XV, S. 169 ff., für das Buch eintritt und eine deutsche Übersetzung empfiehlt.

Daneben hat das Werk jedoch auch seine wissenschaftliche Bedeutung. Jeder Kenner der reichen Coppernicus-Literatur wird sofort bemerken, daß W. dieses Schrifttum ausgezeichnet kennt, daß selbst kleinste stilistische Pinselstriche des Verfassers ihre wissenschaftliche Fundierung in diesem Schrifttum besitzen. In dieser Hinsicht bildet das neue Werk eine notwendig gewordene Zusammenfassung und Neuschilderung der Forschungsergebnisse. Bei dieser Zusammentragung des weit zerstreuten Materials hat W. jedoch hier und da auch eigene Forschungen durchgeführt.

Hierher gehört die eingehende Beweisführung des Verfassers, daß Coppernicus in Krakau Astronomie studiert, doch noch nicht selbst geschaffen haben kann — ähnlich der Auffassung von Brachvogel (N. Coppernicus und Aristarch von Samos, S. 715), wenn auch nicht so scharf, und entgegen der These von Birkenmajer, der die Ursprünge des coppernicanischen Weltsystems in die Krakauer Studienzeit verlegen wollte.

Wenn schon Birkenmajer angedeutet hatte (Stromata, S. 237), daß die Gestalt des Morosophus, des tragikomischen Helden einer zeitgenössischen Spottdichtung, eine Parodie auch auf Coppernicus sein könnte, so glaubt W. diese Vermutung durch eingehendere Untersuchungen erhärtet zu haben. Er hat damit für seine Darstellung einen Stoff gerettet, der literarisch besonders gut auswertbar war.

Neu ist die Behauptung von der großen Bedeutung der Zahl 6 im coppernicanischen Schaffen: Rheticus zählt in seiner Narratio prima sechs Argumente für die neue Theorie auf, das ursprünglich siebenteilige Hauptwerk des Coppernicus wurde auf sechs Teile umgearbeitet, die Lehre des Coppernicus arbeitet mit sechs Planeten.

Neu erscheinen auch die betonten, aber keineswegs überzeugenden Hinweise auf die geistigen Verbindungen des großen Astronomen zu den damaligen Bauhütten. Wie schon aus diesen wenigen Angaben über die eigenen Forschungsergebnisse des Verfassers erkennbar wird, sucht dieser die Enträtselung der Persönlichkeit und der Leistung des Coppernicus sehr stark im Mystischen, Unterbewußten und Okkulten. Coppernicus erscheint als eifriger Pythagoräer, in seinem Siegel erblickt W. eine Darstellung des Sonnengottes Apollo, als Ausdruck eines mysteriösen Sonnenglaubens des Astronomen. Betonte Hinweise auf die Vorliebe des Coppernicus für die euklidische Geometrie, für die Perspektive, Lektüre pythagoräischer Schriften gehören hierher. Um zu einem tieferen Verständnis der Persönlichkeit vorzustoßen, hat W. einen Warschauer Hellseher zu Rate gezogen; die Sitzungsprotokolle werden in großer Ausführlichkeit gebracht!

Schon in einem der ersten Abschnitte „Der Himmel" lernen wir die psychologischen Grundlagen kennen, in denen W. das Geheimnis des großen Werkes des Meisters sucht: Coppernicus ist für ihn ein Musterbeispiel der Kretschmerschen Konstitutionslehre und der Psychoanalyse von Freud. Neben all dem Lichten und Hellen, das die Arbeit bringt, erhält das Ganze damit einen nebelhaften Hintergrund und macht dadurch letzten Endes einen zwiespältigen Eindruck.

Hierher gehört auch die Stellungnahme des Verfassers zur Frage der Volkszugehörigkeit des Coppernicus: „die sogenannte Frage nach der Volkszugehörigkeit des Coppernicus rührt zum Teil von einer irreführenden Übertragung heutiger Leidenschaften in die Vergangenheit her, und deshalb habe ich mich in diesem Buche mit ihr überhaupt nicht befaßt." A. Brückner meint in der bereits erwähnten Coppernicus-Nr. der „Wiadomości Literackie" (Nr. 11 vom 13. 3. 1938), mit den angeführten Worten habe W. „diesen heute gefährlichen Umstand" vermieden. Demgegenüber spricht Iwaszkiewicz, Mitglied des Preiskollegiums, geradezu von einer „mutigen" Behandlung der Frage der Volkszugehörigkeit des Coppernicus durch W.

Tatsächlich liegen die Dinge so, daß W. sich über die Volkszugehörigkeit des Astronomen als solche jeglicher Äußerung enthält, jedoch alle die Tatsachen aus der Herkunft und dem Leben des Astronomen schildert, die deutlich auf sein Deutschtum hinweisen. Er hat auf den ersten 10 Seiten in geradezu meisterhaftem Aufbau die Vorfahren des Coppernicus geschildert, er hat den Namen des Geschlechtes gedeutet, in Anlehnung an Knötel als polnisch-deutsches Mischwort: Kupfer-nik (Kupfergräber). Ich glaube nicht, daß W. sich hierbei von rein wissenschaftlichen Erwägungen leiten ließ. Vielmehr scheint ihm diese Mischform am besten zu seiner Gesamtauffassung des Astronomen gepaßt zu haben. Er zeigt auch, wie aus der Art, in der Coppernicus selbst seinen Namen betonte, schrieb und nicht deklinierte, hervorgeht, daß Coppernicus ein deutsches Sprachempfinden besaß. Er weist das Deutsche als Alltagssprache des Astronomen nach, führt die Notiz „Bok pomagaj" (Gott helfe), die von Łoś 1923 als entscheidender Beweis für das Polentum des Coppernicus betrachtet wurde, auf Grund eigener Untersuchungen auf einen Bekannten des Astronomen zurück usw.

Trotzdem waren diese mit aller Vorsicht und gänzlich ohne Akzente eingestreuten Bemerkungen der Anlaß zu scharfen Angriffen hauptsächlich seitens der polnischen Presse. Da umgekehrt die deutsche Presse den Standpunkt des W. hervorhob, gelangte das Werk gerade durch diesen Umstand, mit dem sich der Verfasser nicht einmal befaßt haben will, zu seiner Berühmtheit.

Auf den S. 517 ff. zerfetzt W. den coppernicanischen Mythos seiner Landsleute, dem er nun seinen modernen Mythos vom neurotischen, paranoiden und vielleicht gar freimaurerischen (?) Coppernicus gegenüberstellt. Sein Coppernicus ist jedoch so sehr ein Spiegel des europäischen Zeitgeistes, daß wir in dieser Beziehung an die Übereinstimmung mit der geschichtlichen Persönlichkeit des genialen Coppernicus nicht glauben können.

Berlin. Eugen Oskar Koßmann.

Łukasz Kurdybacha: Stosunki kulturalne polsko-gdańskie w XVIII wieku (Die kulturellen Beziehungen zwischen Danzig und Polen im 18. Jahrhundert) Studia Gdańskie I. Danzig 1937. Towarzystwo Przyjaciół Nauki i Sztuki w Gdańsku. 108 S.

Wäre diese Arbeit der mitteleuropäischen Wissenschaft sprachlich etwas allgemeiner zugänglich, so würde ihr Hauptverdienst, das im Zusammentragen von Material zur Geistesgeschichte des Ostens besteht,

wirksamere Folgen zeitigen können. K. hat nach Grabowskis „Literatura gdańska i o Gdańsku" (Die Literatur Danzigs und über Danzig, in der Sammelarbeit „Gdańsk", Hg. Kutrzeba, 1928) und Mocarskis „Kultura umysłowa na Pomorzu" (Die Geisteskultur in Pommerellen, 1931), eine wesentlich tiefer schürfende Besprechung vorgelegt, die sich auf Quellen der Danziger Stadtbibliothek und des Danziger Staatsarchivs stützt. Unbekannt, oder doch unbearbeitet waren bisher die von K. herangezogenen handschriftlichen Protokolle der „Naturforschenden Gesellschaft" (Depositum der Bibliothek der Technischen Hochschule Danzig). Vor allem aber stützt er sich auch auf urkundliches Material polnischer Bibliotheken, das m. E. der deutschen Forschung nicht mit jener Ausschließlichkeit zur Verfügung steht, wie der polnischen Forschung das deutsche. Es ist dies einmal die bisher nicht verwandte Korrespondenz von Andreas und Joseph Załuski (deren Herausgabe Lempicki und Kurdybacha in Regesten vorbereiten) der Piłsudski-Bibliothek in Warschau und zweitens die „riesige" Korrespondenz des Fürsten Joseph Alexander Jabłonowski, die im Sapieha-Archiv der Ossoliński-Bibliothek in Lemberg liegt. Außerdem hat K. Handschriften aus der Jagiellonischen-, Czartoryskischen- und Krasińskischen Bibliothek verwendet.

Die „Danziger Studien" der (polnischen) „Gesellschaft der Freunde von Wissenschaft und Kunst in Danzig" wollen „Monografien zur Geschichte Danzigs und den Beziehungen zwischen Danzig und Polen" sein. Dabei liegt der Ton, das zeigt die erste dieser Studien, Kurdybachas Arbeit, auf „polnisch".

Vieles, was K. bringt, das sei vorausgeschickt, kannten wir noch nicht. Namentlich wäre die Geschichte naturwissenschaftlicher Forschung in Danzig einer deutschen Darstellung wert. Noch wichtiger fast wäre eine umfangreiche Charakterisierung jenes wohl noch nicht wissenschaftlich wirklich gewürdigten Einflusses, den das Danziger Geistesleben und seine Träger auf die Anfänge neuzeitlicher wissenschaftlicher Gestaltungsversuche in Polen ausübten. Denn es lohnt wirklich an Hand des reichen, von K. beigesteuerten Quellenmaterials, eine Fülle von Deutungen, die bei ihm aus erfindlichen Gründen nicht immer ganz ausreichend sind, in ein verständnisvolleres, vor allem dem deutschen Wirken gerechter werdendes Licht zu rücken. Denn was etwa ein Lengnich leistete, war doch keine polnisch denkende, Danziger Geschichtsschreibung, sondern deutsche Leistung an polnischer Staatslehre und Geschichtswissenschaft[1].

Wenn Kurdybacha nicht nur aus der engen Sicht gearbeitet hätte, die ihm letztlich die politische Absicht der „Danziger Studien" vorschreibt, wären manche Epochen des Danziger Geisteslebens nicht so verkannt worden, wie etwa die Danziger Barockdichtung, und nicht so falsch gedeutet worden, wie der scheinbar so plötzlich erfolgende Zustrom deutscher Aufklärungsliteratur um 1700, und nicht so politisch gewertet worden, wie das Emporwachsen des Deutschtumsbewußtseins gegen die Latinität der vorausgegangenen Generationen (um 1750).

K. untersucht hier mit dem Skalpell einen kleinen aber vielgestaltigen Zweig eines großen Organismus der gesamtdeutschen Geisteskultur. Er richtet seine Lupe auf die Beziehungen zwischen Danzig und Polen und erlebt in der Begrenzung seines Gesichtsfeldes mitunter Überraschungen, die keine sind und sich nach einer kurzen Unterrichtung als gesamtdeutsche Erscheinung erklären, wie die scheinbar so plötzliche Hinwendung des Danziger Geisteslebens zum Deutschtum (S. 91 ff.). Ganz ähnlich steht es auch mit der Anteilnahme Jabłonowskis an dem Ergehen der „Naturforschenden Gesellschaft"; auch hier handelt es sich nicht um eine lediglich Danzig und Polen betreffende Angelegenheit, sondern um einen Teilausschnitt aus den sich über viele Staaten erstreckenden ge-

---

[1]) Über Lengnichs Behandlung durch Kurdybacha vgl. die Besprechung Schieders in „Altpreußische Forschungen", 1938, Heft 1, S. 132.

lehrten Beziehungen des Fürsten. Endlich gehören die Beziehungen Mitzlers von Kolof und anderer zu Danzig nicht in das Verhältnis Polens zu Danzig, sondern stellen eine Zusammenarbeit zwischen Deutschen in ihrem Gestaltungsanteil am Bau der polnischen Geisteswissenschaft des 18. Jh.s dar.

Danzig. Detlef Krannhals.

Kurt Plachte: Herrnhut und der Osten. Ein Glaubenszeugnis der Brüdergemeine im Rußland des achtzehnten Jahrhunderts. („Das Evangelium unter den Völkern des Ostens". Heft 7.) Wernigerode am Harz 1938. „Licht im Osten". 76 S.

Wenn man dieses Büchlein liest, wird einem wieder einmal besonders klar und deutlich, daß man das Charakteristische einer Zeit, einer Bewegung oder dergl. vielfach schärfer und besser in einem beispielhaften, kleinen, scheinbar nebensächlichen Zug erfaßt als oft in dickleibigen Büchern. Es ist dasselbe, wie uns oft ein Mensch, eine Situation durch eine Anekdote im Wesen deutlich vor Augen steht. Solch „anekdotenhaften" Charakter möchte ich diesem Buch zuschreiben, das uns dadurch mehr gibt, als man nach seinem äußeren Umfang vermutet. Es gibt uns einmal einen Einblick in die weiten russischen Verhältnisse des 18. Jh.s, die sich hier sehr zum Nachteil der handelnden Personen auswirken, wie auch ein klares Bild von dem Wesen der Brüdergemeine und dem theologischen Hintergrund bei ihrem Stifter, dem Grafen Zinzendorf. Ich wüßte zur Zeit kein anderes Buch, das uns in so ansprechender Art und Weise, die jedem ohne Voraussetzungen verständlich ist, einen Blick tun läßt in das eigenartige Leben der Brüdergemeine und die in ihr wirksamen innersten Kräfte, auf Grund deren allein die weitreichende Wirkung und Tätigkeit dieser zahlenmäßig so kleinen Gemeinschaft zu verstehen ist.

Wichtiger ist für uns, daß nach den heftigen Streitschriften des vergangenen Jahrhunderts Plachte auf ganz knappem Raum Licht und Schatten gerecht über die Arbeit der Brüder in den baltischen Provinzen verteilt, die für das Erwachen des Volkstumsbewußtseins unter den Letten und Esten von entscheidender, wenn auch unbeabsichtigter Wirkung wurde. Das persönliche Schicksal Dr. Krügelsteins, der Hauptperson dieser Darstellung, der eine lange Zeit maßgebend in der Arbeit der Brüder in Livland tätig war, führt uns dann nach Petersburg in seine Gefangenschaft und die seiner 3 Leidensgefährten. In Rußland hatte man Zeit, viel Zeit, und selbst in Petersburg konnte das Wort gelten: „Der Himmel ist hoch, und der Car ist weit!" Die 16 Jahre währende Gefangenschaft, die nach unseren rechtlichen Begriffen eigentlich eine Untersuchungshaft sein sollte, endete schließlich mit der Verbannung nach Kasan, wo die überlebenden Brüder in fast völliger Freiheit leben und tätig sein konnten. Kennzeichnend für die russischen Verhältnisse ist es, daß die Gefangenschaft in Petersburg zwischen strengster Einzelhaft in menschenunwürdigen Verliesen und größter persönlicher Freiheit, in der Krügelstein sogar weitgehend praktizieren konnte, schwankte, je nach der Einstellung des gerade zuständigen Beamten.

Der Stoff liegt scheinbar abseits des großen geschichtlichen Geschehens, ist aber doch ein Mosaiksteinchen in dem gewaltigen und für uns Westeuropäer so fremdartigen Bilde Rußlands, das über die Maßen aufschlußreich ist. Dieses Steinchen so geschliffen zu haben, daß es transparent alle wirkenden Hintergründe, das religiöse Wesen der werdenden Brüdergemeine, die persönliche Haltung des Christen jener Tage, das soziale und politische Leben und die Verhältnisse in Rußland jener Zeit durchscheinen läßt, danken wir Plachte.

Niesky (Oberlausitz). Herwig Hafa.

Kurt Lück: Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur. Forschungen zur deutsch-polnischen Nachbarschaft im ostmitteleuropäischen Raum. (Ostdeutsche Forschungen, Bd. 7). Leipzig 1938. S. Hirzel. X+518 S.

Nach Max Schelers „Ursachen des Deutschenhasses“ (1917) und E. Stranskys „Der Deutschenhaß“ (Wien 1919) haben die letzten Jahre wieder die Vorstellungen stärker beachtet, die sich die Völker voneinander machen und die vielfach als Ursachen politischen Verhaltens nicht zu unterschätzen sind. Breiteren Kreisen bekannt ist davon das Buch von Otto Engelmayer, Die Deutschlandideologie der Franzosen (Berlin 1936), das insbesondere die verhängnisvolle Wirkung der deutschen Selbstkritik auf das Deutschlandbild der westlichen Nachbarn zeigt. In dieser und in anderen ähnlichen Arbeiten offenbart sich eine gewisse Gesetzmäßigkeit in der gegenseitigen Beurteilung der Völker. Einmal formulierte Urteile, mögen sie auf noch so einseitigen Eindrücken beruhen, pflanzen sich durch Jahrhunderte fort und bestimmen das Bild eines Volkes bei seinen Nachbarn. So hat sich die Vorstellung der Römer von den germanischen Barbaren im Humanismus erneuert, bei den romanischen Völkern in einzelnen Zügen bis heute erhalten. Ein Wandel des politischen Verhaltens, der Machtstellung und des Selbstbewußtseins eines Volkes fügt dem Bild, das sich die Nachbarn von ihm machen, nur einen Zug hinzu, ohne als Wandel bemerkt und verstanden zu werden. So ist neben den deutschen Träumer und Dichter nach 1870 der brutale Tatmensch getreten, woraus dann jene Doppelgesichtigkeit des Deutschen entsteht, die das heutige Deutschenbild des Franzosen beherrscht. Auch der Engländer zerfällt so in der französischen Vorstellungswelt in ein Nebeneinander unvereinbarer psychologischer Typen (vgl. Hilde Jäckel, Der Engländer in der französischen Literatur von der Romantik bis zum Weltkriege, Breslau 1932). Schon aus diesen Beobachtungen ergibt sich, daß solche Urteile mehr den Urteilenden oder das Verhältnis der beiden Völker als das beurteilte Volk selbst charakterisieren.

Vor allen bisherigen Arbeiten dieser Art zeichnet sich das Buch von Kurt Lück durch die Fülle des gesammelten Stoffes aus. Man könnte es ein Handbuch der polnischen Anschauungen vom deutschen Volk und Volkscharakter und von den deutsch-polnischen Beziehungen nennen. Zugleich durchdringt es das Beobachtete, prüft es an der Wirklichkeit und schält damit auch die volkserzieherisch wichtigen Seiten des ganzen Fragenkreises heraus.

Ein erster Teil zeigt den deutsch-polnischen Wesensgegensatz im Spiegel der polnischen Volksüberlieferung. Darin liegt an sich schon eine volkskundliche Arbeit von unglaublicher Stoffülle und hohem Wert. Der polnische Volksmund kommt in Sagen, Schwänken und Liedern, vor allem aber in Sprichwörtern zu Wort. Da herrscht der Glaube an die Unüberbrückbarkeit des deutsch-polnischen Gegensatzes, der sich — wie Lück an Parallelen von anderen Völkergrenzen zeigt — auch sonst zwischen benachbarten Völkern äußert. Der Teufel erscheint in der Volksdichtung, aber auch im höheren Schrifttum als Deutscher und wird in der typisch deutschen kurzen Tracht, im Gegensatz gegen die langgekleideten Polen, dargestellt. Eine wesentliche Verstärkung des Gegensatzes liegt im Unterschied der Konfession. Der Katholizismus erscheint dem Polen wie dem Deutschen als der polnische, das Luthertum als der deutsche Glaube. Noch aus der Reformationszeit sind da Glaubensüberlieferungen lebendig, nach denen der lutherische Pastor in Verbindung mit dem Teufel stehe und mit der sog. „schwarzen Messe“ die Macht habe, Böses zu stiften. Martin Luther selbst ist eine der häufigsten Figuren des polnischen Schwankes, sein Name ein Schimpfwort, mit dem man die Deutschen überhaupt belegt.

Alles, was dem einen Volke am andern als fremdartig auffällt, wird zum Gegenstand des Spottes gemacht und dient zur Typisierung. So ist der kurzgekleidete Deutsche, so sind bestimmte Erzeugnisse der deutschen Küche (Wurst, Speck, Kartoffeln) im Spotte des polnischen Volkes geläufig, selbst dann noch, als die ursprünglich als fremd empfundenen Eigenarten in Polen heimisch geworden sind und gar keinen Unterschied mehr andeuten. Die wirtschaftliche Rolle des Deutschen in Polen, zunächst als bäuerlicher Siedler mit landfremden Methoden, als Kaufmann und schließlich als Industriepionier im 19. Jh. (Lodzer Mensch), gibt ihm eine Überlegenheit, die mit Haß beantwortet wird und sich in der Vorstellung vom händlerischen Typ, vom Ausbeuter und Übervorteiler des eingesessenen Volkes niederschlägt. Die wirkliche Leistung an der Wirtschaft und Kultur des Landes wird vergessen. Es bleiben, stärker hervorgekehrt, die Züge, die an das Bild erinnern, das die Deutschen und übrigens alle anderen Völker vom Juden haben. Daneben offenbart sich aber auch die Verschiedenheit des Urteils: das polnische Sprichwort bezeichnet den Deutschen bald als gerissen, bald aber als dumm. Es ist auch hier ähnlich, wie mit den vielen Schwänken und Sprichwörtern aller Völker, die bald vom gerissenen, bald aber auch vom übertölpelten Teufel zu erzählen wissen.

Der Deutsche bleibt dem Polen seinen Spott nicht schuldig. Tritt er auf der bäuerlichen Ebene, wie das schon W. Kuhn in dem Buch „Die jungen deutschen Sprachinseln in Ostgalizien" (Münster i. W. 1930) zeigt, dem benachbarten Slawen mit ausgesprochenem Herrenbewußtsein gegenüber, so ist er in seiner Volksüberlieferung vom Polen dementsprechend schlagfertig, aber gutmütiger. An Derbheit lassen beide Völker nichts zu wünschen übrig.

Aufschlußreich ist das Kapitel über die Nachbarschaft der Volkssprachen, darin der Abschnitt über die sprachlichen Entlehnungen und ihren psychologischen Hintergrund, S. 110 ff. Da zeigt sich die abwertende Bedeutung, die das Lehnwort gegenüber dem eigensprachlichen Ausdruck oft annimmt. Damit hängt zusammen, daß ein Volk Schimpfwörter und Flüche mit Vorliebe der Sprache des anderen entlehnt.

Zum zweiten Teil des Buches führt das 11. Kapitel hinüber, das die Nachwirkung bedeutender Erscheinungen der deutsch-polnischen geschichtlichen Beziehungen im polnischen Volksdenken behandelt. Hier vergleicht Lück das deutsche und das polnische Soldatenlied. Den im polnischen häufigen Wendungen über einen Krieg mit den Deutschen stehen im deutschen Soldatenlied nur friedliche Liebesliedmotive wie das vom Polenstädtchen gegenüber. Die Kreuzritter, Friedrich der Große und Bismarck spielen in der polnischen Volksüberlieferung naturgemäß eine große Rolle. Doch ist in all den Kreuzrittersagen des Volkes nicht im entferntesten die Verzerrung wirksam, die die Geschichslegende der höheren polnischen Literatur kennzeichnet. Auch der Alte Fritz kommt in den bäuerlichen Schwänken nicht ganz schlecht weg. Erst die politische Ideologie des 19. Jh.s hat Schrifttum und Kunst der Polen mit einer wenn auch vom besseren Teil der polnischen Wissenschaft mehrfach widerlegten Geschichtslegende von der polenfeindlichen und polenschädlichen, dazu menschlich abstoßenden Art der deutschen Gestalten und Erscheinungen erfüllt.

Dieser literarischen Überlieferung vom deutschen Volk ist der zweite Teil des Buches gewidmet. Hier stellt Lück die Geschichtslegende und die von der polnischen Wissenschaft selbst bezeugte Wirklichkeit an mehreren Stellen gegenüber. Auf dieser Ebene wirkt wohl der im breiteren Volk wenig vorhandene nationalpolitische Ehrgeiz mit, der das eigene Volk berühmt und bedeutend, das fremde aber minderwertig und unterlegen sehen will, um bestimmte Vorstellungen vom Nachbarvolk zu erzeugen, die in anderen Nachbarverhältnissen und an anderen Völkergrenzen immer wiederkehren. Kein deutsches Blutopfer für Polen kann dieses Urteil beeinflussen. „Man selbst ist tapfer, der Gegner ist feige",

der Pole ist edel, der Deutsche, wenn auch äußerlich überlegen, doch irgendwie verächtlich, dieser Glaube wird in hundert Geschichtserzählungen, Romanen, Dichtungen selbst der bedeutendsten polnischen Dichter abgewandelt. Einflüsse der westeuropäischen Deutschenauffassung sind auf Schritt und Tritt bemerkbar. Ein Musterbeispiel ist Sienkiewicz' bekannter Roman „Krzyżacy" (Die Kreuzritter). Deutsche Verteidiger der polnischen Sprache, wie J. S. Kaulfuß in Posen, S. G. Linde u. a. deutsche Verleger und Übersetzer, die polnischen Werken zur Weltgeltung verholfen haben, hindern viele polnische Verfasser ersten Ranges nicht an einer hemmungslosen Greuelpropaganda in Wort und Bild. Dadurch, daß in deutschen Übersetzungen deutschfeindliche Stellen unterdrückt werden, was Lück mit Recht rügt, wird nur ein falsches Bild von der polnischen Deutschendarstellung entworfen.

Lücks Buch ist außerordentlich ruhig und sachlich geschrieben. Aus jeder Zeile spricht der Wunsch, zur Wegräumung der schwierigsten Hindernisse einer wirklichen deutsch-polnischen Verständigung beizutragen. Daher die vielen und wertvollen Zeugnisse eines achtunggebietenden und steigenden Verständnisses der polnischen Wissenschaft für deutsche Erscheinungen in der polnischen Geschichte und Kultur (Lück hat sie übrigens in einem ebenso verdienstvollen Buche „Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens" [Plauen 1934] geschildert). Den Urteilen eines Teiles der polnischen Wissenschaft steht freilich die Darstellungsweise der Dichter und Künstler gegenüber, die auf viel breitere Kreise wirken und darum von weitaus größerem Einfluß auf den Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksmeinung sind.

Methodisch ist Lücks Buch außerordentlich anregend, wie denn überhaupt von der deutsch-polnischen Volksgrenze in den letzten Jahren wertvolle Anregungen gesellschafts- und volkswissenschaftlicher Art ausgegangen sind (vgl. die Arbeiten von Walter Kuhn zur deutschen Sprachinselforschung). Es wäre schade, wenn es allein bliebe, und wenn nicht eine Reihe von ähnlichen und ähnlich gründlichen Untersuchungen der Deutschenvorstellung anderer Völker folgten. Sie könnten wertvolle Grundlagen für eine auf weite Sicht betriebene Aufklärungsarbeit — Völkerverständigung im besten Sinne — bedeuten.

Reichenberg (Sudetengau). Eugen Lemberg.

Geschichte Schlesiens. Hg. Historische Kommission für Schlesien unter Leitung von Hermann Aubin, Bd. I. Breslau 1938. Priebatsch. XVI+495 S.+31 Abb.

Als ich in der Besprechung des ersten Teiles der Historja Śląska (Deutsche Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung III, S. 2) 1933 die Hoffnung aussprach, daß das Erscheinen dieses unter die Patronanz der Krakauer Akademie der Wissenschaft gestellten Werkes „den letzten Anstoß zur umfassenden Neubearbeitung der gesamtschlesischen Geschichte von deutscher Seite geben" möge, hätte ich nicht geglaubt, daß schon Jahrs darauf die Historische Kommission für Schlesien einen dahingehenden Beschluß fassen und damit zur Füllung einer lange schmerzlich empfundenen Lücke ausholen würde. Dieser Entschluß eröffnete der Forschung die Aussicht, daß ihr in Kürze zwei Darstellungen zumindest der älteren schlesischen Geschichte vorliegen würden, die sich für die Durchführung eines eingehenden Vergleichs deutscher und polnischer Arbeitsweise aufs beste eignen müßten. Dieser Augenblick nähert sich zusehends, da bereits zwei umfängliche Bände der polnischen Darstellung vorliegen und der erste Band des deutschen Werkes erschienen ist. Wohl wird es erst möglich sein, auf dessen Inhalt nach der Veröffentlichung des der Neuzeit gewidmeten zweiten Bandes und des den gesamten

Forschungsapparat umfassenden dritten ausführlich einzugehen. Dennoch erhellt die grundlegende Bedeutung des Werkes bereits aus dem ersten Bande, sodaß dieser allgemeine Hinweis — mehr kann es im Augenblicke nicht sein — vollauf gerechtfertigt erscheint. Da überdies der erste Band schon hinreichende Einblicke in die Grundgedanken und die Art der Anlage und Durchführung gestattet, wird wenigstens ein erster Vergleich mit dem polnischen Werke schon jetzt möglich.

Äußerlich sind beide Darstellungen Sammelwerke. Es bleibt indessen bereits ein Vorzug des deutschen Werkes, daß es mit einer wesentlich geringeren Zahl von Mitarbeitern das Auslangen fand als das polnische Seitenstück, ohne daß damit gesagt sein soll, eine weitere Beschränkung der Mitarbeiterzahl wäre nicht möglich gewesen. Entscheidender ist, daß das deutsche Buch die Leistung einer geschlossenen, eng verbundenen Forschungsgemeinschaft Breslaus verkörpert, während zum polnischen Werke eine Reihe polnischer Historiker, die an den verschiedensten Orten wirken, Einzelmonographien über die Hauptseiten und eine nicht unbeträchtliche Zahl von Nebenseiten der älteren schlesischen Geschichte als in sich geschlossene Ganze beigesteuert haben. Während dort überall ein regelnder Wille spürbar ist und die einzelnen Beiträge aufeinander abgestimmt sind, flattern hier die einzelnen Stücke stark auseinander und führen jedes für sich ein Eigenleben. Beherrschung des Stoffes, Bändigung der vordrängenden Einzelheiten und Sonderbeispiele zugunsten allgemeinerer Erkenntnisse, Sinn für Form und Gestalt eines wissenschaftlichen Werkes bleiben Vorzüge der deutschen Leistung. Daher darf hier wirklich von einer in sich festgefügten Darstellung der schlesischen Geschichte gesprochen werden, während auf polnischer Seite durchaus die Untersuchung, das Ausbreiten des Stoffes und das Verweilen bei oft nebensächlichen Einzelfragen vorherrscht. Daher dort als Ergebnis ein handliches Buch, hier umfängliche Bände. Hinzu kommt, daß die deutschen Forscher die Arbeitsweisen der Kulturlandschafts- und Siedlungsforschung mühelos beherrschen und gerade deswegen ihrer Darstellung neue Erkenntnisse einzuverleiben vermögen, während die polnischen Forscher von alldem nur wenig berührt sind.

Damit sind die allgemeinen Unterschiede der beiden Werke noch lange nicht erschöpft. Es erheischte eine Sonderstudie, wollte man all die Auswirkungen der Tatsache aufzeigen, daß diese Darstellungen nicht dem gleichen volklichen Urgrunde entstammen. Daß die polnischen Forscher überhaupt auf einer so breiten Grundlage Fragen der schlesischen Geschichte aufgriffen und ihre Behandlung überdies mit dem Jahre 1400 begrenzten, findet seine Erklärung in der das polnische Werk durchwirkenden Grundauffassung, daß Schlesiens Geschichte bis zum Ende des 14. Jh.s noch sehr stark polnisch bestimmt gewesen sei. Schon dadurch deutet sich eine Minderbewertung der ostdeutschen Kolonisation an, die mit der Wirklichkeit nicht im Einklange steht. Mußten so Hauptseiten der schlesischen Geschichte vernachlässigt bleiben, so betrachteten es die deutschen Historiker als Abtragung einer Ehrenschuld an jene tapferen und arbeitswilligen Siedlergeschlechter des Mittelalters, wenn sie den deutschen Leistungsanteil an der Formung der schlesischen Kulturlandschaft und ihres geschichtlichen Schicksals eindeutig feststellten und gegen alle Verkleinerungsversuche nachdrücklich sicherten. Daher wurde in den Abschnitten Verfassung und Wirtschaft mit Recht der slawischen Zeit die deutsche gegenübergestellt, was sich bei den übrigen Kapiteln ebenso hätte rechtfertigen lassen. Denn mit dem Beginn des 13. Jh.s setzt in allen Bereichen geschichtlich bedeutsamen Lebens in Schlesien wie in anderen deutschen Ostlandschaften ein grundlegender Wandel ein, der sich durch nichts hinweginterpretieren läßt. Dabei sind die deutschen Forscher nicht in den gegenteiligen Fehler verfallen, daß sie die slawische Zeit nicht genügend berücksichtigt hätten, für ihre Nachwir-

kungen blind gewesen und an den polnischen Forschungsergebnissen achtlos vorübergegangen wären. Vielmehr ist diese deutsche Darstellung schon deswegen ein wesentliches Stück über die ältere, verdienstliche Leistung Grünhagens hinausgedrungen, weil sie von der polnischen Forscherarbeit gebührend Kenntnis nahm und damit auch zu ihrem Teil dafür Zeugnis ablegt, daß die ältere Einstellung der deutschen Wissenschaft zum Osten endgültig überwunden ist. Es war angesichts dieser Lage unvermeidlich, daß die deutschen Forscher vielfach eine abwehrende Haltung gegen tief eingewurzelte polnische Thesen einnehmen mußten. Spielt sich doch hier vor unseren Augen das geistige Ringen zweier Völker um eine einhellige Auffassung und Beurteilung bestimmter geschichtlicher Zustände und Vorgänge ab, für das es nur wenige Seitenstücke gibt.

An der Einteilung, welche die polnischen Historiker ihrem Unternehmen zugrunde gelegt hatten, ließe sich Wesentliches aussetzen. Die Deutschen sind auch diesen Schwierigkeiten in der Hauptsache dadurch aus dem Wege gegangen, daß sie sich an die Gliederung Grünhagens hielten, mögen auch dabei Bedenken gegen die eine oder andere Auffassung nicht ganz ausgeschlossen sein. So darf daran gezweifelt werden, daß mit dem Jahre 1526 die schlesische Neuzeit beginnt. Unverkennbar kündigen sich schon Ende des 15. Jh.s eine Fülle von Erscheinungen auf den allerverschiedensten Lebensgebieten an, die einen anderen zeitlichen Ansatz nicht ganz unmöglich erscheinen ließen. Der Zeitabschnitt von 1327—1526 wird m. E. zu sehr unter dem Gesichtswinkel „Verhältnis zu Böhmen" gesehen und zu ausschließlich darnach gegliedert.

Die Beiträge der deutschen Darstellung zeichnen sich durch weitgehende Verarbeitung des aufgelaufenen Forschungsstandes, nicht wenige durch eine Fülle eigener Forschungsergebnisse der Verfasser aus. Daher darf dieses Werk den Anspruch erheben, weiteren Forschungen als verläßliche Ausgangsgrundlage zu dienen. Daß diese das Bild bereichern und stellenweise zurechtrücken werden, vermag schon der gleichzeitig erschienene Forschungsband Schillings „Ursprung und Frühzeit des Deutschtums in Schlesien" zu lehren. Bei dieser Gelegenheit darf gewiß der Hinweis angebracht werden, daß es wohl keine deutsche Ostlandschaft gibt, die in so kurzer Zeit von den verschiedensten Seiten so eingehende und ertragreiche Beiträge über seine ältere Geschichte erhalten hätte wie Schlesien. Damit kommt eine Fülle von Fragen in Fluß, die seit langem als abgeschlossen oder unlösbar erschienen.

Die reichhaltige Ausstattung mit Karten erhöht den Wert des Werkes erheblich und läßt den Fortschritt gegenüber der polnischen Veröffentlichung doppelt klar erkennen. Unter gewissen Gesichtspunkten möchten wir diese Karten geradezu zum Wertvollsten des ganzen Buches rechnen, da sie im kleinen einen geschichtlichen Atlas der schlesischen Geschichte bilden und in ihrer Ausführung mustergültig sind.

Wenn auch ein endgültiges Urteil über das Werk erst nach seinem Abschluß möglich sein wird, glauben wir doch schon auf Grund des Studiums des ersten Bandes zu der Meinung berechtigt zu sein, daß diese Landschaftsgeschichte nicht nur anderen d e u t s c h e n Landschaften als Vorbild dienen kann, sondern daß sie namentlich auch dem europäischen Osten gegenüber Zeugnis davon ablegt, daß volksverbundene Wissenschaft nicht Rückschritt bedeutet, sondern Erkenntnisbereiche zu erschließen vermag, an denen die bisherige Geschichtsbetrachtung fast achtlos vorüberging.

Prag. Josef P f i t z n e r.

Franz Helle: Breslau und Schlesien in den deutsch-ungarischen Kulturbeziehungen. Budapest 1937. Selbstverlag. 24 S.

Der Vf. (Lehrer an der reichsdeutschen Schule zu Budapest) gibt auf Grund des vorliegenden Schrifttums einen Überblick über die engen Kulturbeziehungen, die Schlesien und Ungarn seit der deutschen Ostkolonisation des Hochmittelalters verknüpfen. Die Handelsbeziehungen und die dynastischen Verbindungen werden ausführlich dargestellt (besonders die Zeit des Matthias Corvinus). In der Vor- und Nachreformationszeit bestanden enge Beziehungen zwischen den schlesischen Schulen und den deutschen Schulen in Oberungarn und Siebenbürgen (u. a. Martin Opitz an der siebenbürgischen Hochschule in Karlsburg). Durch die Angliederung Schlesiens an Preußen werden diese alten Beziehungen immer seltener. Einen Höhepunkt der schlesisch-ungarischen Beziehungen bildet noch einmal die Gestalt des Aurel Feßler († 1839), eines Deutschen aus Ungarn, der wegen eines gegen Joseph II. gerichteten Dramas hatte fliehen müssen und lange Zeit in Schlesien lebte. Danach brechen diese Beziehungen zwischen Schlesien und Ungarn ab.

Es handelt sich bei dem vorliegenden Schriftchen um eine fleißige und brauchbare Stoffsammlung, die sich freilich fast nur auf die ältere Literatur stützt. Von neueren Arbeiten sind dem Vf. offensichtlich unbekannt geblieben: Ludwig Petry, Das Zipser Deutschtum in seinen kulturellen Beziehungen zu Schlesien vom 16. bis 18. Jahrhundert. In: Schlesisches Jahrbuch 8 (1936), S. 57—74. — Heinrich Wendt, Schlesien und der Orient. Breslau 1916. — Béla von Pukanszky, Geschichte des deutschen Schrifttums in Ungarn. I. Münster 1931. — Hans Heckel, Geschichte der schlesischen Literatur. Breslau 1929 u. a. m. Eine Erwähnung hätte auch der „Ungarische Simplizissimus" verdient. Dieser Roman ist eine wertvolle kulturgeschichtliche Quelle zu den schlesisch-ungarischen Beziehungen des 17. Jh.s (Neuausgabe von R. Urbanek, Breslau 1906). — Im einzelnen lassen sich auch manche Unrichtigkeiten oder Schiefheiten feststellen: Der deutsche Ritterorden hatte in Siebenbürgen nicht nur „Verwaltungsrecht" (S. 4) — Statt „Floren(um)" lies „Floren(us)"! S. 7). — Die Erzbischofswürde von Gran ist nicht das höchste staatliche Amt Ungarns (S. 9), der höchste staatliche Würdenträger ist vielmehr der Palatin. — Die Familie Thurzó (S. 14) ist deutscher Abstammung, vgl. dazu Petry, a.a.O., S. 63, Anm. 9. — Sultan Suleiman ist vor Sziget nicht „vor Wut plötzlich" (S. 17), sondern infolge Dysenterie langsam gestorben. — Statt „Dudith" (S. 18) lies „Dudich"! —

Leipzig. Georg Stadtmüller.

Gerhard Zimmermann: Das Breslauer Domkapitel der Reformation und Gegenreformation (1500—1600). Verfassungsgeschichtliche Entwicklung und persönliche Zusammensetzung. (Histor.-diplomatische Forschungen, Bd. 2.) Weimar 1938. Herm. Böhlaus Nachf. XVI+626 S.

Z. hat sein Werk — es handelt sich um seine Dissertation bei L. Santifaller, die nur die Vorzüge einer Erstlingsarbeit: mutiges Anpacken selbst der größten Schwierigkeiten und gewissenhafte Beobachtung einer strengen methodischen Linie, aufzuweisen hat — auf eine breite Quellen- und Schrifttumsgrundlage gestellt. Zur ersteren gehören meist unveröffentlichte Statuten, Kapitelprotokolle, Pfründenverzeichnisse, Register verschiedensten Inhaltes, Urkunden u. ä. m. Die Anordnung ihrer Aufzählung (S. XIV—XVI) nach der Archiv- bzw. Bibliotheksheimat gestattet neben dem raschen Überblick über den verwendeten Quellenstoff auch noch die Verwendung dieser Liste als Ergänzung der bisher zur Verfügung stehenden archivkundlichen Behelfe. Es ist aber bedauerlich, daß in der Reihe der Archive die der Kirche Polens (Krakau, Posen,

Gnesen) fehlen, obgleich diese gewiß auch einen zwar nicht übermäßigen, doch immerhin für den letzten Vollkommenheitsgrad der Quellenheranziehung unerläßlichen Beitrag zu liefern gehabt hätten. Das verarbeitete Schrifttum — nach dem Eindruck der vorgenommenen Stichproben wurde es in einem weitestmöglichen Umfange herangezogen — ist leider nur in einem Weiser der Verfassernamen erschlossen; es braucht hier nicht näher begründet zu werden, daß bei Werken größeren Umfanges noch mehr als sonst ein vollständiges Bücherverzeichnis aus mehrfachen Rücksichten, namentlich im Sinne einer Vereinfachung wissenschaftlicher Vorbereitungsarbeiten, gewünscht werden muß.

Für die Ausrichtung, Methode und Anlage des Werkes waren — abgesehen von einzelnen durch die besondere Art der östlichen Verhältnisse bedingten Abweichungen — die Arbeiten Alois Schultes und seiner Schule, im besonderen jedoch die methodisch vollendetste Leistung auf diesem Forschungsgebiete, nämlich Leo Santifallers „Das Brixener Domkapitel in seiner persönlichen Zusammensetzung" (1924) zum entscheidenden Einfluß gekommen. Demnach werden in einem kürzeren verfassungsgeschichtlichen Teil (S. 3—170) die allgemeinen Rechts- und Personenverhältnisse innerhalb des Breslauer Domkapitels des 16. Jh.s, die in den 1468 niedergelegten und seither im Sinne der Zeiterfordernisse weitergebildeten Kapitelstatuten ihren schriftlichen Ausdruck finden, dargelegt. Die Stellung des Domkapitels zur weltlichen und geistlichen Obergewalt, deren Einflußmöglichkeiten auf die Stellenbesetzung werden hier ebenso eingehend behandelt wie die innerhalb der Kapitelgemeinschaft maßgebenden Fragen ihrer Zusammensetzung und Erneuerung: so z. B. die Aufnahmebedingungen, bei denen vor allem das Alter, die eheliche Geburt, die wissenschaftliche Ausbildung, die priesterliche Eignung, gewisse ständische, ja auch völkische und stammliche Voraussetzungen maßgebend waren. Den mehrstufigen Aufnahmeförmlichkeiten, den Fällen der Pfründenhäufung, der Residenzpflicht und schließlich den Ämtern des Domkapitels, die dessen Anteil an der Diözesanverwaltung sichern, sind weitere quellenmäßig gut belegte Ausführungen gewidmet. Eine Erörterung der vielgestaltigen Möglichkeiten des Ausscheidens aus dem Kapitel, des Pfründentausches beschließt diesen allgemeinen Teil.

Den weitaus größten Umfang (S. 173—587) beansprucht der zweite Teil, in dem die Lebensbilder von 281 Breslauer Domherren des 16. Jh.s in der Reihung der Buchstabenfolge ihrer Namen geboten werden; eine vorangehende Tafel unterrichtet über die Zusammensetzung des Kapitels in der Ordnung des Zeitablaufes. Geburt und Herkunft sowohl dem sozialen Stande als der Volkszugehörigkeit nach, Bildungsgang und Gestaltung des weiteren geistlichen Werdeganges — für manche Persönlichkeiten tritt dabei die „Pfründenjagd" als entscheidendes Kennzeichen hervor — bilden die hauptsächlichen Gesichtspunkte der zusammengetragenen Lebensdaten. Gut ausgewählte und übersichtliche Tafeln lassen die wichtigsten Ergebnisse klar ersehen. So zeigt z. B. eine Aufstellung (S. 135 ff.) die Beziehungen der Breslauer Domherren zu den Kapiteln der engeren und weiteren Umgebung, wie sie in der oft mehrfachen Mitgliedschaft einzelner Kapitularen in anderen Kapiteln offenbar werden; so waren im 16. Jh. 268 Breslauer Domherren noch Mitglieder anderer schlesischer Kapitel, 60 außerdem noch im böhmischen und 35 endlich im polnischen Landesbereich. Unser besonderes Interesse wecken auch die Ergebnisse hinsichtlich der ständischen und der völkischen Zusammensetzung. Im ersteren Belange lehrt eine kurze Zusammenstellung (S. 84), daß bei nur 9,8 v. H. unbestimmbaren Fällen 62,4 v. H. der Domherren Breslaus aus dem Bürgertum und nur 27,8 v. H. aus dem Adel hervorgegangen sind. Die Übersicht der völkischen Zusammensetzung aber zeigt uns (S. 97 f.), daß in diesem 16. Jh. neben 155 Schlesiern, 44 weitere Deutsche aus dem damaligen Gesamtreich, 8 aus

Polen, 3 aus der Zips und Siebenbürgen und 1 aus dem Herzogtum Preußen (zus. 211 Deutsche) dem Kapitel von Breslau angehört haben, denen sich nur 20 Polen, 1 Tscheche und 10 Angehörige sonstiger Völker gegenüberstellen lassen, während schließlich bei 38 keine nähere Bestimmung der Volkszugehörigkeit durchgeführt werden konnte. So bringt der zweite Teil dieses Buches durch die tief schöpfende Art der Behandlung des Stoffes für zahlreiche Fragen aus dem Bereich der schlesischen und im Zusammenhang damit auch gelegentlich der westslawischen Kirchengeschichte manche neue und befriedigende Antworten und wird so zum gesicherten Ausgangspunkt weiterer Forschung. Über das enger begrenzte Gebiet der Kirchengeschichte und ihrer Zweige hinaus werden Z.s Ergebnisse aber auch — soweit ausreichende Angaben über die Abstammung gegeben werden konnten — für die schlesische Familienkunde ein besonders schätzbarer Behelf sein. Ein Orts- und Personenweiser, der zwar nicht allen Proben restlos gewachsen zu sein scheint — der S. 561 angeführte Johannes Schilling (Posen) ist z. B. unter dieser Seite im Namenweiser nicht aufzufinden — und vorteilhaft durch einen vernünftig ausgewählten Sachweiser hätte ergänzt werden können, bildet neben einigen urkundlichen Beilagen (z. B. Breslauer Kapitel-Statuten a. d. J. 1722 u. a. m.) den Schluß dieses umfangreichen und gehaltvollen Buches.

Im zusammenfassenden Urteil muß daher Z.s Arbeit als eine höchst erfreuliche, in Hinkunft unentbehrliche Materialsammlung zur schlesischen Kirchengeschichte des 16. Jh.s angesprochen werden, die vor allem der kirchlichen Personengeschichte, aber auch für andere w. o. bereits aufgezeigte Gebiete des geschichtlichen Lebens auf diesem Ostboden zur reichlich fließenden Quelle neuer Erkenntnisse werden kann. Mit dieser Herausstellung des biographischen Teiles soll jedoch keineswegs der wissenschaftliche Wert des einleitenden theoretischen Teiles herabgemindert werden, der seinerseits durch die Unmittelbarkeit der Quellenschöpfung besonders gewinnt. Daß wir allerdings bei den Lebensbildern der Domherren im Hinblick auf die an geistigen Strömungen, religiösen Gedanken und sozialen Strömungen so überreiche Zeit des 16. Jh.s das Eingehen auf nähere Einzelheiten ihrer geistigen Beziehungen und Neigungen, auf ihre persönliche Einstellung zu den schwerwiegenden Fragen der Zeit u. ä. m. vermissen, kann der unbestreitbaren Güte von Z.s Gesamtleistung keinen Abbruch tun. Denn er hat schließlich für die Erforschung eines der wichtigsten katholischen Faktoren des schlesischen kirchlichen Lebens, des Breslauer Domkapitels, mit seiner Arbeit die wissenschaftlich einwandfreie Grundlage geschaffen, der noch mancher andere Baustein nach seinem Beispiel wird hinzugefügt werden müssen, ehe eine wirklich allen Ansprüchen genügende, bis in die letzten Wurzeln vordringende deutsche Geschichte der Reformation und Gegenreformation in Schlesien wird in Angriff genommen werden können. Z. hat sich seiner Aufgabe mit einer hervorhebenswerten Treue zur Quelle entledigt, die nirgends durch eine bekenntnismäßig bedingte Betrachtungsweise getrübt wird. Das muß noch gegenüber einer Besprechung seiner Arbeit im „Archiv für schlesische Kirchengeschichte" Band 3 (1938), S. 334 f. betont werden, aus deren allgemeinen Werturteilen das Gegenteil gelesen werden könnte, wenn dort in einer auf den engeren Leserkreis der Zeitschrift abgestimmten, gegenreformatorisch verhärteten Gefühlshaltung just die Kampfstellung des zu jener Zeit romtreuen Domkapitels gegenüber dem vordringenden Luthertum geradezu als Quintessenz von Z.s Forschungsergebnissen hervorgehoben wird. Ganz im Gegensatz zu dieser in keiner Weise begründeten Anpreisung besteht Z.s Verdienst eben in der streng wissenschaftlichen, vorurteilsfreien Aufbereitung des Quellenstoffes für das kirchliche Teilgebiet eines spannungsreichen und bedeutsamen Abschnittes der deutschen Volksgeschichte. Nur mit dieser Arbeitsgesinnung konnte, wie es hier der Fall ist, eine einwandfreie und tragfähige Grundfläche für die Weiterarbeit

aller derer geschaffen werden, denen die gesamtdeutsche Schau und Wertung des Reformationszeitalters eine Angelegenheit wissenschaftlicher Verpflichtung ist.

Breslau. Hanns Krupicka.

Ernst Königer: Kunst in Oberschlesien. Breslau 1938. Verlag Priebatschs Buchhandlung. 96 S.

Das Buch Königers versucht in geschickter Weise, die Kunst in Oberschlesien (dessen Sonderstellung innerhalb des gesamten Schlesiens Dagobert Frey in seinem Vorwort umreißt) aus den geographischen Gegebenheiten, den historischen Schicksalen und dem künstlerischen Eigencharakter des Landes heraus zu erklären. Es darf daher als Beitrag zu einer gerade heute so erstrebenswerten geographisch-historischen Kunstforschung begrüßt werden. Vom Mittelalter über die Renaissance bis zum Barock (auf der Darstellung der letzteren Epoche liegt bei Königer das Hauptgewicht) erscheint Oberschlesien in den gesamtschlesischen Raum und darüber hinaus in den südostmitteleuropäischen Kunstkreis, der neben Schlesien Böhmen, Mähren, Österreich, Oberungarn und Kleinpolen umfaßt, einbezogen. Nur einmal wird ein westliches Element entscheidend: in der Bautätigkeit des Zisterzienserordens. In der Barockzeit werden die Beziehungen zum Südosten durch die politische Zugehörigkeit zum Hause Habsburg und die religiöse zum Katholizismus noch verstärkt. Damals erfolgen die barocken Umgestaltungen und reichen Ausstattungen der Zisterzienserkirchen Himmelwitz und Rauden. Namentlich bei der prunkhaften und künstlerisch hochstehenden Barockisierung der spätgotischen Kirche in Oberglogau erweist sich das Barock als Steigerung und Krönung der wesensverwandten Spätgotik. Am Ende der Epoche ersteht in der radialen Anlage der Residenz Carlsruhe mit dem Schloß als Zentrum eine bedeutsame barocke Stadtschöpfung. Bodenständig oberschlesische Züge erblickt der Vf. einmal in einer konservativen Beharrlichkeit, die noch am Ende des 16. Jh.s gotische, noch zu Beginn des 19. Jh.s barocke Bauten erstehen läßt und in der Plastik des Barock eine starke Nachgotik zeitigt, zum andern in einer Neigung zur Schlichtheit und zur Volkskunst (spätmittelalterliche Holzkirchen mit volkskunsthaften Deckenmalereien, kubisch geschlossene Bauformen des barocken Herrenhauses bei engem Bezug auf die Wirtschaftsgebäude).

Die Angliederung Oberschlesiens an Preußen verändert die künstliche Kultur des Landes sehr wesentlich. Berlin wird das maßgebende Zentrum, der Staat an Stelle von Kirche und Adel der entscheidende Auftraggeber. Straffer preußischer Klassizismus beherrscht die neuen Verwaltungs- und Wehrbauten. Siedlungen entstehen nach einheitlicher Planung. Ein zweiter wichtiger Faktor ist der gewaltige Aufschwung der Eisenindustrie. Manche Industriebauten, vor allem W. Degners Entwürfe, sind bedeutende Versuche reiner Zweckarchitektur. Mit der Kunst des Eisengusses erlangt schließlich Oberschlesien in den ersten Jahrzehnten des 19. Jh.s europäischen Ruf.

Berlin. Ewald Behrens.

Bogusława Kowalczykówna: Odrodzenie narodowe Górnego Śląska od r. 1821 do r. 1903 (Die nationale Wiedergeburt Oberschlesiens vom Jahre 1821 bis zum Jahre 1903). Kattowitz 1937. K. Miarka, Nikolai. 96 S.

Die polnische „nationale Wiedergeburt“ in Schlesien erfährt durch die Vf. eine zusammenfassende Darstellung. Eine kurze historische Übersicht über die Methoden der „Germanisierung“ seit der endgültigen Be-

sitznahme durch die Preußen im Jahre 1763 und eine düstere Schilderung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jh.s bilden einen geeigneten Hintergrund, von dem sich die verschiedenen Entwicklungsstadien des polnischen „nationalen Wiedererstehens" in Schlesien: die Zeiten des Anfangs, des Kulturkampfes, des „Durchbruchs", schließlich der „politischen Wiedergeburt" nur zu günstig abheben. Das Einsetzen der Abhandlung mit dem Jahre 1821 erfährt keine nähere Begründung, wahrscheinlich aber wurde das erste bewußte Eintreten des „Patriarchen der nationalen Wiedergeburt in Schlesien" (S. 10), Josef Lompa, für sein Lebensziel zum Ausgangspunkt genommen. Das Jahr 1903 bedeutet die Loslösung vom Zentrum und das Einschlagen eines nunmehr rein polnisch-politischen Weges durch die radikale Napieralskische Richtung (S. 90). Obwohl die Arbeit nur bereits Bekanntes bietet, so sei doch besonders hingewiesen auf die aufschlußreichen Abschnitte: Das Jahr 1848 in Oberschlesien (S. 13 f.), der Einfluß des Kulturkampfes auf die Wiedererweckung des polnischen Volkes (S. 24 f.), die polnische Presse in Schlesien (S. 65 f.). Von Interesse ist es, daß Mieczysław Tobiasz in einer Broschüre: Pionierzy odrodzenia narodowego na Śląsku 1763—1890 (Pioniere der nationalen Wiedergeburt Schlesiens), Kattowitz 1937[1], gleichzeitig etwa dasselbe Thema gestaltete. Während aber diese durchwegs tendenziöse, volkstümlich geschriebene und reich bebilderte Darstellung vor allem für die Schuljugend geschrieben ist und im wesentlichen auf einer Reihe polnischer und deutscher Veröffentlichungen fußt, hat die vorliegende Arbeit stärkere Bedeutung und wissenschaftlichen Charakter, da es der Vf. gelungen ist, durch Benutzung bisher unbekannter polnischer Vereinsakten und privater Handschriften (S. 96) mancherlei Episoden des politischen Kampfes der polnischen Volksgruppe deutlicher als bisher zu zeichnen.

Berlin. Gerhard Zimmermann.

Das Sudetendeutschtum. Sein Wesen und Werden im Wandel der Jahrhunderte. Festschrift zur Fünfundsiebzigjahrfeier des Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen. Hg. Gustav Pirchan, Wilhelm Weizsäcker und Heinz Zatschek. Bd. 1: Mittelalter; Bd. 2: Neuzeit. Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1937. R. M. Rohrer. 594 S.

Die Festschrift zur Fünfundsiebzigjahrfeier des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen bietet in zwei ansehnlichen Bänden eine Überschau über das geschichtliche Werden und die Leistungen des Sudetendeutschtums von den Anfängen bis zum Jubelfest des Geschichtsvereines im Herbst 1937. Die beiden Bände geben Rückschau und Rechnung über das sudetendeutsche Leben und Schaffen im Ablaufe der Jahrhunderte und sind ungewollt Ausweis geworden zum Abschluß der geschichtlichen Entwicklung des Sudetendeutschtums in den September- und Oktobertagen des Jahres 1938, zur Heimkehr ins Reich.

Im Zusammenwirken der verschiedenen Wissenszweige, die einander Erkenntnisse vermittelten und Anregungen boten, entstand ein Werk von bedeutsamen Massen. Das Jahr 1526, die Eingliederung der Sudetenländer in das Reich der Habsburger, bildet die Grenzscheide zwischen der mittleren und der neuen Zeit und damit auch die stoffliche Abgrenzung der beiden Bände. Besonders im 1. Bande hat das „einträchtige Zusammenwirken aller Fachzweige", der Vor- und Frühgeschichte, der Geschichte, der Sprach- und Rechtsgeschichte zur Aufhellung all der zahlreichen die Frühzeit des Sudetendeutschtums betreffenden Fragen wie

---

[1] Vgl. diese Zeitschrift 3 (1938), S. 664.

Sudetengermanen — Sudetendeutsche, Siedlungswesen, volkliche Entwicklung usw. bedeutsam beigetragen. L. Franz greift in seiner weitgespannten Studie „Kelten und Germanen in Böhmen" zutiefst in die Fragenmassen hinein und tritt aus den Ergebnissen seiner Wissenschaft heraus für die „viel stärkere Fortdauer des germanischen Elementes" im Osten, für germanische Siedlung neben der slawischen im Sudetenraum ein. Aus dem Zusammenwirken der Vorgeschichts-, Geschichts- und Sprachforschung verspricht sich Franz die Lösung dieser Fragen: „Dann wird sich wohl zeigen, daß die Slawen nicht in menschenleere Gebiete eingerückt sind, sondern noch beträchtliche germanische Besiedlung vorgefunden haben und daß diese Germanen und die Slawen das Land nun gemeinsam bewohnt haben" (S. 28). Hier liegt das Kernstück der Erforschung der Frühzeit des Sudetenraumes. Das müßige Gerede um Bretholzens Theorie hat diese Kernfrage leider beiseite geschoben und verdunkelt.

Die geschichtlichen Schicksale der Sudetenländer durch ein und einhalbes Jahrtausend von den Anfängen unserer Zeitrechnung bis zur Mohácser Schlacht umreißt H. Zatschek und weiß die außerordentliche Bedeutung deutlich zu machen, die sowohl Böhmen für das deutsche Volk und Reich wie auch umgekehrt die Deutschen für die böhmischen Länder gehabt haben. Diesen Abschnitt setzt im 2. Bde. A. Ernstberger in einer außerordentlich lebhaften und füllig gedrängten Studie fort und drängt die außenpolitischen Beziehungen und Planungen, in welche die Sudetenländer im Zeitraum von 1526—1918 einbezogen wurden, in eine knappe Überschau zusammen. E. Schwarz zeigt die in jahrelanger Arbeit vertieften Zielsetzungen sprachwissenschaftlicher Volksforschung auf und weiß aus der flächenhaften Betrachtung der sudetendeutschen Sprachlandschaften bedeutsame Ergebnisse herauszuholen. Von größter Bedeutung wird W. Weizsäckers Arbeit über die Einflußnahme des deutschen Rechtes auf die tschechische rechtliche und damit auch politische und soziale Entwicklung; auf einer Übersichtskarte wird der Wirkungsbereich des sächsischen (Magdeburger) Rechtes gegen den des süddeutschen Rechtes im böhmischen Raum abgegrenzt. Die Wirtschaftsgeschichte der älteren Zeit, das Hinübergreifen von Handel und Gewerbe in die Bewegung der beiden den Sudetenraum bewohnenden Volkstümer umgreift O. Peterka, die neuere Zeit A. Spitaler. Die Rolle des mhd. Schrifttums im böhmischen Raum zeichnet E. Gierach; er hat die hohe literarische Kultur der Sudetendeutschen im 13. Jh. schon in einer Reihe von Studien behandelt (Geschichte des Deutschtums in den Sudetenländern, enthalten in: Wir Schlesier, 1932; Altdeutsche Dichtung in Böhmen und die Anfänge deutschen Schrifttums im Osten, enthalten in: Zeitschrift für deutsche Bildung 1934, wiederabgedruckt in: Sudetendeutsches Volk und Land, Heft 12, Reichenberg 1935). „Die großen Themen der sudetendeutschen Schrifttumsgeschichte", besonders der neueren Zeit behandelt in gewohnt glänzender und geistvoller Art H. Cysarz; er ordnet das sudetendeutsche literarische Geschehen in das große gemeindeutsche Geschehen ein, denn „durch ein Jahrtausend haben die Sudetendeutschen dem Deutschen Reich, weitere sechs Jahrzehnte von 1806—66 dem Deutschen Bund angehört. Vier Jahrhunderte lang, von 1526—1918, helfen sie österreichische Geschichte machen. Und seit dem Jahre 1918, das sie dem neuen Staatswesen einverleibt hat, sind sie wieder zu Trägern auch übergreifender Aufgaben, vielleicht zu Kronzeugen der Volks- und Völkerordnung von morgen geworden" (S. 531). K. M. Swobodas Studie über die Kunst der Sudetenländer bewegt sich mit Vorliebe in der älteren Zeit, weilt mit besonderer Liebe am Hof Karls IV. und beansprucht wegen der grundsätzlichen Betrachtungen über die Zusammenhänge zwischen Kunst und politischer Entwicklung sowie wegen der versuchten Abgrenzung des innersten Wesens des deutschen wie des tschechischen Kunstschaffens erhöhte Aufmerksamkeit.

W. Wostry nimmt in seiner Arbeit „Das Deutschtum Böhmens zwischen Hussitenzeit und Dreißigjährigem Krieg" Gedankengänge wieder auf, welche J. Klik in seiner bereits ein und einhalb Jahrzehnte zurückliegenden Studie: Národnostní poměry v Čechách od válek husitských do bitvy bělohorské (Nationale Verhältnisse in Böhmen von den Hussitenkriegen bis zur Schlacht am Weißen Berge) ČČH., 27 (1921), 8, 289, 28 (1922), 31 und Sonderdruck niedergelegt hat. Neuland bricht E. Winter in seinem Beitrag „Deutsches Geistesleben in Barock und Aufklärung" auf. Denn auch die Durchforschung des deutschen wie des tschechischen künstlerischen und literarischen Schaffens in der Barockzeit lag bis vor kurzem noch sehr im argen. Mit seinen Betrachtungen über das „Nationale Erwachen und Reifen der Sudetendeutschen" setzt J. Pfitzner seinen bedeutsamen Erstlingswurf über das „Erwachen der Sudetendeutschen im Spiegel ihres Schrifttum" fort und führt die politische Entwicklung der Sudetendeutschen bis in die bewegten Tage des Gestern und Heute fort. Grundsätzliche Betrachtungen zur sudetendeutschen Volkskunde sowie einen geschichtlichen Aufriß der Entwicklung der sudeten- und karpatendeutschen Volkskunde steuert G. Jungbauer zur Abrundung des Gesamtwerkes bei. Eine knappe Zusammenfassung und Überschau der gesamtsudetendeutschen Entwicklung bietet G. Pirchan.

Im Zusammenwirken der verschiedenen Fachgebiete liegt die Stärke dieser fruchtbaren, weil von verschiedenen Seiten einem Mittelpunkt zustrebenden „Besinnung" auf die Vergangenheit der Sudetendeutschen; denn der Einzelmensch wie das Volk muß sich seiner Herkunft bewußt werden, wenn es die Gegenwart meistern und die Zukunft gewinnen will. Wirken in der Gegenwart und Planen für die Zukunft ist angewandte Geschichte. Und da ergibt sich die Frage: sind alle Kreise sudetendeutschen Wirkens in der Vergangenheit, alle wichtigen Auswirkungen sudetendeutschen Lebens und Schaffens ausgedeutet worden? Zatschek und Ernstberger ziehen die Deutschen wie die Tschechen im Sudetenraum in den Kreis ihrer Betrachtungen, W. Weizsäcker stellt das Hinübergreifen des deutschen Rechtes zu den Tschechen in den Mittelpunkt seiner Arbeit, K. M. Swoboda deutet das Hinüberwirken des deutschen Kunstschaffens zu den Tschechen an. Dabei blieben aber doch noch weite Gebiete des Hinüberwirkens des Sudetendeutschtums auf das tschechische Volkstum offen: wie hängt das tschechische religiöse Werden mit dem sudetendeutschen und dem gemeindeutschen zusammen? E. Winter hat auf diese Fragen in seinem Buch „Tausend Jahre Geisteskampf im Sudetenraum", Otto Müller, Salzburg-Leipzig 1938, geantwortet. Des weiteren: inwiefern wurde das Sudetendeutschtum, das sich immer nur als ein Teil des Gesamtdeutschtums wußte, im gesamten geistigen Leben der Tschechen wirksam und inwieweit im tschechischen Kunstschaffen im breitesten Verstande des Wortes? Was hat die deutsche Dichtkunst, darstellende und bildende Kunst, Musik dem tschechischen Kunstschaffen gegeben?

Zweifellos gehören diese Fragen und deren Beantwortung in eine breit angelegte Betrachtung der geschichtlichen Entwicklung und der geschichtlichen Leistungen des Sudetendeutschtums. Denn nicht nur als Träger, sondern auch als Vermittler deutschen Gedankengutes gewinnt das Sudetendeutschtum erst seine ihm voll und ganz gebührende Stellung im Sudetenraum. Aber gerade für die Durchforschung dieses Fortwirkens des deutschen Geistes nach dem Osten hin im allgemeinen und zu den Tschechen im besonderen ist noch vieles zu tun übrig.

Prag. Konrad Bittner.

Eduard Winter: Tausend Jahre Geisteskampf im Sudetenraum. Das religiöse Ringen zweier Völker. Salzburg-Leipzig 1938. Verlag Otto Müller. 442 S.

Es ist eine schwierige Aufgabe, die geistige Geschichte eines Raumes, den zwei Völker in ständig wechselndem Spannungsverhältnis miteinander bewohnen, zu zeichnen. Winter hat sie gemeistert, indem er ein Bild von unerhörter Plastik und Lebendigkeit entwarf. Das Buch liest sich wie ein Roman, zumal bei der Fülle von Gestalten die große Linie nicht verlorengeht.

Es ist vor allem die religiöse Geschichte des Sudetenraumes, um die es Winter zu tun ist. Religiöse Geistesgeschichte, nicht Kirchengeschichte, ist sein Thema. Zunächst steht Böhmen zwischen der Ost- und der Westkirche. Die eigenartige Welt der Ostkirche in allen Spuren, die sie in Böhmen hinterlassen hat, wird mit viel Einfühlung geschildert. Man kann es hier mit Händen greifen, wie der Verfall einer Sache seine Gründe auch in der sittlichen Haltung und Zucht ihrer Vertreter hat. Nach dem Zusammenbruch dieser Ostkirchenreste steigt schon die Erneuerungsbewegung der Cluniacenser auf. Es sind im wesentlichen Deutsche, die das geistige und kirchliche Leben in Böhmen aufbauen. Doch sind auch bedeutende Tschechen darunter, die aus vollster Überzeugung an dem Werke mitarbeiten. Die Abneigung des Kanonikus Cosmas gegen die Deutschen hindert ihn nicht, gerade das Werk Deutscher zu bewundern.

Der völkische Kampf dringt erst im Frühhumanismus stärker in das kirchliche Leben ein. Hier sind schon Klostergründungen mit bewußt völkischer Absicht und nationalen Auslesebestimmungen zu verzeichnen. Karl IV. vermag noch einmal den drohenden Kampf für Jahrzehnte aufzuhalten, bevor er im Hussitentum ausbricht und die beiden Völker nicht nur kirchlich, sondern auch völkisch und sozial auf Jahrhunderte trennt. Überraschend ist in Winters Darstellungen vor allem das Licht, das auf die Bedeutung des Prager Frühhumanismus für die geistige Entwicklung ganz Europas fällt. Von der Prager Universität laufen, vor allem durch deutsche Professoren vertreten, die Fäden einer religiösen Erneuerung bis zur niederländischen Via moderna der Brüder vom gemeinsamen Leben. Die bisher sogenannte vorhussitische Erneuerung ist nach Winters Ergebnis keine bloße Vorstufe für die hussitische Reformation, wie das bisher durch das einseitige Interesse der tschechischen Geschichtsforschung zu sein schien. Dieser sogenannte Vorhussitismus, in dem Deutsche die bestimmende Rolle spielten, ist im Gegenteil für die religiöse und geistige Entwicklung Europas fruchtbarer geworden als der bis in die letzten Folgerungen zur Trennung von der Kirche und zur nationalen Revolution vorwärtsdrängende Kreis um Johannes Hus, bei dem freilich auch deutsche Meister (Matthias von Dresden) als treibende Kräfte mitwirkten.

Ähnlich sieht Winter die Dinge zur Zeit des 30jährigen Krieges. Auch hier steht die utraquistische, völlig in den Bann des Luthertums geratene Bewegung der aufsteigenden katholischen Gegenreformation gegenüber, während in der Mitte sich einzelne Gruppen auf deutscher und tschechischer Seite bemühen, die Eigenart von Land und Volk mit den Ergebnissen der religiösen Reformation zu vereinen. Diesen Gruppen gehört offenbar Winters Sympathie, der wir ja ihre dramatische und plastische Herausstellung zu verdanken haben. Das hindert Winter nicht, zugleich die gesetzmäßige Tragik zu erkennen, die solche Gruppen notwendig zum raschen Untergang führt.

Selbst in der katholischen Gegenreformation kann Winter zwei Richtungen gegenüberstellen. Die eine ist geistig tiefer und fruchtbrarer. Sie hätte das deutsche wie das tschechische Volk, wenn auch nur langsam, wirklich erfaßt. Ihr gegenüber setzte sich die radikalere und rücksichtslosere Methode der Dragonaden durch, die sich schließlich nicht im In-

teresse des religiösen Lebens, sondern im Interesse eines heraufsteigenden Staatskirchentums auswirkte. Die Völker Böhmens wurden äußerlich rasch rekatholisiert, aber sie blieben innerlich, religiös unbefriedigt. Dieses Staatskirchentum feierte schließlich in der Aufklärung Josefs II. seine Triumphe. Von da ab bleibt es — durch den Fehlschlag der sogenannten katholischen Restauration im 19. Jh. — die bestimmende Kraft des Geisteslebens im Sudetenraum, der Tod jedes wirklichen religiösen Lebens seiner Völker.

Hier ist der 2. Höhepunkt von Winters Darstellung: denn nach seinem bahnbrechenden Ergebnis zur Geschichte des Frühhumanismus folgt hier die Schilderung des Kreises um Bernhard Bolzano, in der Winter wie kein zweiter aus dem Vollen schöpfen kann, da er sich als Bolzanoforscher einen Namen gemacht hat (vgl. Bernhard Bolzano und sein Kreis, Leipzig 1933). Auch das ist wieder einer jener Kreise, wie sie Winter liebt und wie sie wirklich eine der wesentlichen Formen geistigen Wirkens darstellen. In der Schilderung seiner Größe, seiner weitverzweigten Wirkung, seiner Tragik und seines notwendigen Unterganges ist, bei mancher sprachlichen Unausgeglichenheit im einzelnen, eine hohe künstlerische Gestaltungskraft am Werke.

Winter hat Mut genug, sein Buch bis in die Gegenwart heraufzuführen. Da steht die religiöse Tragik des tschechischen Volkes einer durchaus ähnlichen Lage bei den Deutschen gegenüber. Die Tschechen mußten, bei ihrer völkischen Wiedergeburt immer wieder durch das Staatskirchentum der alten Monarchie gehindert, in all dem, was ihnen von kirchlicher Seite gegenübertrat, eine feindliche Macht erblicken, während die Deutschen, auch ihrerseits im alten Österreich-Ungarn völkisch unbefriedigt, in der Kirche die Verbündete der Habsburger und die Feindin ihres völkischen Selbsterhaltungskampfes sahen (Los von Rom-Bewegung). So hat es gerade die katholische Kirche bei ihrer auf den Staat und nicht auf das Volk gestützten Politik nicht verstanden, das Vertrauen der Völker Mitteleuropas zu erhalten. Deutsche und Tschechen wandten sich, beide aus völkischen Gründen, von ihr ab. Den Deutschen galt sie als Verbündete der Tschechen — und eine große Zahl volksbewußter tschechischer Priester, vor allem der niederen Geistlichkeit, verstärkte diesen Eindruck — den Tschechen dagegen galt sie als Verbündete des Habsburgerstaates und der Deutschen. So stieg bei den Tschechen das Hussitentum als die eigentliche nationale Heldenzeit zu immer größerem Glanz empor, während die Deutschen im Luthertum des wilhelminischen Reiches den besseren Schutz ihrer völkischen Belange erblickten. Beide Völker handelten nicht aus religiösen, sondern nur aus völkisch-politischen Gründen. Das wirkliche religiöse Leben hat dadurch wie in keinem anderen Raume des deutschen Volkes schwer gelitten. Nirgends ist die religöse Auslaugung, daher auch die Rationalisierung und Widerstandslosigkeit gegen Materialismus und Marxismus so weit fortgeschritten wie bei Deutschen und Tschechen im Böhmen der Vor- und Nachkriegszeit.

Mit einer für einen katholischen Priester unerhörten Offenheit und Rücksichtslosigkeit legt Winter dieses Versagen der Kirche und seine letzten Ursachen bloß. Das Schlußwort offenbart ihn als einen tiefen Kenner des Schicksals und der Gesetzlichkeit der Völkergrenzen. Nach einer tausendjährigen Entwicklung, sagt Winter, stünden wir wieder am Anfang. Wirkliches religiöses Leben müßte vom Grund auf und unter ganz anderer Beachtung der völkischen Lebensgesetze sich entfalten, als es in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten praktisch durch die Kirche geschehen ist.

In der Angabe von Quellen und Schrifttum beschränkt sich der Verf. auf das Allernötigste. Man merkt diesen Angaben aber auch an, welches umfassende und gründliche Studium dahintersteht. Für einzelne Zeitabschnitte ist Winter geradezu der schlechthin maßgebende Erforscher ihrer inneren Zusammenhänge. Man kann eine saubere Ablösung der

beiden Völker voneinander, eine Schilderung einmal der sudetendeutschen und dann der tschechischen Geistesgeschichte im Sudetenraum vermissen. Allein die religiösen Zusammenhänge, die Winter behandelt, lassen sich, zumindest bis 1848, kaum in 2 verschiedene volkliche Linien spalten. Wie anderswo bestand auch im Sudetenraum die deutsche Leistung in einer unlöslichen Durchdringung und Verwurzelung im Boden der grenzdeutschen Heimat. Gerade auf dieser breiten Grundlage der geistigen Raumgeschichte tritt die deutsche Leistung für den, der tiefer schaut, umso eindringlicher hervor.

Reichenberg (Sudetengau). Eugen Lemberg.

Gray C. Boyce und W. H. Dawson: The University of Prague. London 1937. Robert Hale and Company. IX+117 S.

In die Auseinandersetzungen um das Recht der ältesten deutschen Universität auf ihr karolinisches Erbe kam als wertvolle Schützenhilfe das Buch der beiden englischen Autoren. Gegen manche englische Stimme von heute sticht es als ein Zeugnis echter alter englischer Ritterlichkeit wohltuend ab. Mit guter Kenntnis des fremdsprachigen, des deutschen, aber auch des von tschechischer Seite zur Prager Universitätsfrage veröffentlichten Schrifttums gibt es einen kurzen Abriß der Universitätsgeschichte. Die breite Grundlage der Universitätsgründung von 1348 widerlegt von selbst die tschechischen Behauptungen von der rein landesherrlichen Bedeutung dieser Gründung. Die Trennung in die deutsche und die tschechische Universität im Jahre 1882 wird besprochen. Gegen das Universitätsgesetz von 1920 können die Verfasser auch vernünftige tschechische Stimmen selbst anführen. Die gegenseitige Fremdheit der beiden Universitäten wird mit Recht als unvernünftig und unhaltbar empfunden. Die neue Grundlage, die durch die Eingliederung Böhmens und Mährens in das Großdeutsche Reich gegeben ist, mag auch hierin Wandel schaffen. Für eine Lösung dieser Frage kann das ruhige und sachliche Urteil der Engländer einen guten Ausgangspunkt bilden.

Reichenberg (Sudetengau). Eugen Lemberg.

Josef Pfitzner: Sudetendeutsche Einheitsbewegung. Verlag Karl H. Frank. Karlsbad-Leipzig 1937. 105 S.

Der Verfasser gibt eine gedrängte Übersicht über die Bildung eines sudetendeutschen Einheitsbewußtseins seit dessen ersten Regungen um das Jahr 1848 bis zur jüngsten Gegenwart. Er hat selbst im Vorwort die Gründe angeführt, die eine rein wissenschaftliche Kritik an dieser den Bedürfnissen des praktischen Kampfes dienenden Broschüre ausschließen. Aus solchen Gründen wohl fällt auch die Schilderung der Zeit bis 1918 reichlich knapp aus. Damit tritt naturgemäß die Linie der politischen Veruneinigung des Sudetendeutschtums, die ja das Bild bis dahin entscheidend bestimmt, stark in den Hintergrund. Für die Zeit nach dem Zusammenbruch gibt Pfitzner eine Reihe von Gesichtspunkten, Wertungen und Zusammenfassungen, wie sie bisher nicht versucht worden sind. Es wird deutlich, in welch starkem Maße die Einheit des Sudetendeutschtums auf einem völkischen Erneuerungswillen beruht, dessen Wurzeln in die Vorkriegszeit reichen, der aber erst durch die Erlebnisse im tschechischen Staate freigelegt worden ist. Freilich hat der Vf., offenbar aus Zensurgründen, es vermieden, die motorische Kraft zum Anschluß, die nationalsozialistische Bewegung ihrer tatsächlichen Bedeutung entsprechend, in den Vordergrund zu stellen.

Halle a. S. Hans Raupach.

O. Schürer und E. Wiese: Deutsche Kunst in der Zips. Brünn, Wien und Leipzig 1938. Rohrer. 271 S.+60 Abbildungen im Text +480 Abbildungen auf Tafeln+1 Karte.

Der Deutsche Verein für Kunstwissenschaft hatte es sich unter W. Pinders und K. Kötschaus Leitung u. a. zur Aufgabe gesetzt, das Studium der „Grenzlande deutscher Kunst" zu fördern. Dieses Anliegen, das auch weiter verfolgt wird, ist in besonders gediegener und überaus erfolgreicher Weise durch das Buch von Schürer und Wiese über die deutsche Kunst in der Zips erfüllt worden[1]. Für den Deutschen, der sich mit osteuropäischer Geschichte beschäftigt, ist es Überraschung und Genugtuung zugleich, aus diesem Werke zu erfahren, daß das deutsche Element im osteuropäischen Raum nicht nur als eine mit dem slawischen und anderen Elementen innig verflochtene Aufbaukraft gewirkt hat, sondern dort, wo ihm eine geschlossene volkstumsmäßige Grundlage erhalten blieb, auch bodenständig werden und sich zu einer Höhe der kulturellen Leistung erheben konnte, die mit der des Reiches wetteiferte. Die besondere Lage zuerst grenzländischen und danach insularen Daseins hat das Schaffen der Zips geprägt, sodaß sich ihr Schicksal in einzigartiger Weise aus ihrer künstlerischen Entwicklung ablesen läßt.

Als die Deutschen dort im Ausgang des 12. und im 13. Jh. zu siedeln begannen, war es ein Neuanfang. Von den bastarnischen und quadischen Vorbewohnern war nichts Lebendiges mehr übrig geblieben. Zunächst vollzog sich die Besetzung wie in den anderen ostdeutschen Neugründungen, nur drängten die engen Täler und die örtlichen Verkehrsverhältnisse die Orte zu weiten Streckungen zusammen. Das war die erste Eigenwilligkeit der Zips. Elemente aus Bamberg, Naumburg und Hirsau schmelzen, der gleichzeitigen oberungarischen Kathedralengruppe vergleichbar, auf Zipser Boden zu neuer Einheit zusammen. Der Tatarensturm aber macht dieser ersten Entwicklung ein jähes Ende. Die folgende Zeit unter den Arpaden und Anjous ist glücklich. Das Dorf schafft sich in einem langgedehnten Rechteckkörper eine eigene Form der Kirche, die ihre Lebenskraft auch in der Spätgotik noch nicht verbraucht hat. Eher, als man es bisher erwarten konnte, hat Sch. den Einfluß einer hessisch-westfälischen Hütte nachweisen können. Er wächst zu mächtiger Entfaltung an in den Zipser Hallenkirchen des 13. und 14. Jh.s. Doch schon meldet sich auch die Einwirkung der Wiener Stephansbauhütte zu Worte. Damit hebt die allmähliche und schließlich endgültige Wendung zur österreichisch-böhmischen Richtung an. Nur Episoden aber bleiben — trotz der dauernden politischen Zugehörigkeit — die Einströmungen aus Ungarn und Polen. Die nähere Verflechtung mit Polen und dann noch der Hussitensturm zerreißen aber die bislang un-

---

[1] Die Schrift von J. Špirko, Umelecko historické pamiatky na Spiši (Kunstgeschichtliche Denkmäler der Zips). 1. Teil Architektura (Baukunst). — Zipser Kapitel 1936. V+199 S. —, als ein zunächst chronologisch, dann topographisch geordnetes Inventar mit Schürers Abhandlung vergleichbar, ist in diese schon mit hineingearbeitet. Sie ist auf die Bedürfnisse des Heimatfreundes zugeschnitten, baut aber auf gediegenen und zum Teil sichtlich selbständigen Studien auf. In der Darbietung rein kunstgeschichtlichen Stoffes bleibt sie hinter Sch. zurück, kargt sehr mit Grundrissen und Ansichten, ist aber ziemlich reichhaltig in Angaben über Bauherren und Ortsgeschichte und über nicht mehr vorhandene Bauten. Entgegen dem Titel wird auch viel Plastik und Wandmalerei behandelt. Ein Versuch, deutsche Kunst für slowakisch auszugeben, wie man ihn nach anderweitigen Erfahrungen befürchten mußte, wird nicht gemacht, wenn auch der Vf. es offensichtlich nicht als seine Aufgabe betrachtet hat, die deutschen Aufbaukräfte in der Baugeschichte der Zips darzustellen.

unterbrochene Verbindung mit dem deutschen Volksboden in Mähren und der Slowakei, fördern das slawische Element und drängen die Deutschen in den Städten zusammen. Soeben noch hatten sie, z. T. noch eher als die Prager Parler, ihre künstlerische Lebendigkeit in einem überraschend frühen Durchbruch zur Spätgotik bewiesen, nun aber übernimmt ihre Rolle der polnische und vor allem der madjarische Magnat. Allerdings kann auch er sich nur in der Sprache deutscher Kunst repräsentieren: etwa die Kapelle der Zapolya in Donnersmarck, Hauptwerk dieser Zeit, hält alte ostmärkische Überlieferung. Das neugeschaffene soziale Gefüge wendet sich am Ende des 15. Jh.s einem näheren Mittelpunkt zu: Kaschau. Dorthin hat sich spätparlerische Tradition vererbt. Die Türkengefahr hat trotz aller Schrecken das eine Gute, daß sie die Habsburger zwingt, die Reformation in der Zips vorerst zu dulden. Mit der neuen Geistesbewegung, der sich die Zipser Deutschen mit Begeisterung zuwenden, und mit der Verriegelung des Weges nach Italien durch die Türken entsteht eine nunmehr profane Kunstpflege, die unter den Bedingungen des 16. Jh.s auf ausschließlich deutscher, vor allem ostbayrischer und südböhmischer Grundlage aufbauen muß. Neue verheißungsvolle Keime brechen hervor, aber die Gegenreformation erstickt alle Hoffnungen. Römisch, madjarisch, slowakisch sind die Kräfte, die das Antlitz der Zeit bestimmen, ohne es mit sicherer Prägung gestalten zu können. Die Zips hört auf, Mittelpunkt zu sein, sie entschwindet dem deutschen Gesichtskreis. Das katholische Barock bleibt den der Reformation verschworenen Zipsern fremd. Volkstümlich und Zeugen echter Monumentalität werden erst wieder die mächtigen Holzkirchen, die Habsburg dem Rest der evangelischen Deutschen schließlich zugestehen muß.

Berlin. Hermann Weidhaas.

Das oben gezeichnete Gesamtbild gilt gleicherweise für die bildende Kunst der Zips, die von Erich Wiese bearbeitet worden ist, der durch seine schlesischen Forschungen bestens bekannt ist. Bedeutsame Ansätze der Zipser Plastik sind uns in den Neudorfer Aposteln überliefert, die der Vf. zu Recht mit Straßburg in Verbindung bringt, und in den Madonnen von Nehre und Salzbrunn, sämtliche aus der Zeit um 1350. Auch bei den beiden letzten Figuren werden wesentlich südwestdeutsche Anregungen entscheidend gewesen sein, und die vorhandenen Ähnlichkeiten mit dem sich frühestens damals gerade konsolidierenden schlesischen Löwenmadonnenkreis noch aus gemeinsamen Grundlagen beider zu erklären sein. Aus der zweiten Hälfte des gleichen Jahrhunderts gibt es eine Reihe von Kruzifix- und Madonnendarstellungen. Vesperbilder fehlen fast ganz, vornehmlich wohl infolge schlechter Erhaltung. Wie die allgemeine Entwicklung wird auch die Zips im beginnenden 15. Jh. einen künstlerischen Höhepunkt erreicht haben, auf den bis 1450 ein Abflauen folgte. In der Plastik setzt anschließend ,anfangs unter dem Einfluß von Jacob Kaschauer, dann auf Grund schwäbischer und schlesischer Vorbilder, eine schnelle Entwicklung der spätgotischen Formenwelt ein. Aus dieser Zeit nach der Mitte des 15. Jh.s sind uns auch erstmalig Malereien in größerer Zahl überliefert. Bei ihnen lösen Nürnberg, die Donauschule und der Pacherkreis zusammen wieder mit schlesischen und hier sogar schlesisch-polnischen Elementen die früheren Einflüsse aus Österreich-Böhmen und teils auch aus Italien ab. Meister sind faßbar, vor allem in der Plastik. Mit der Reihe Corvinus-, Peter-Paul-Altar-Meister und endlich Meister Paul gibt Wiese eine überzeugende Hauptordnung, der genau zu folgen allerdings nicht immer ganz leicht ist, da die Fotos im Format oft nicht genügen. Meister Paul selbst widmet der Verf. besondere Beachtung (Zusammenstellung seiner Werke unter Nr. 261). Vermutlich aus der heimischen Tradition erwachsen, führt Meister Paul, nach der etwas trockenen, schwäbisch

beeinflußten und von Dürer- bzw. von Schongauer-Vorlagen durchsetzten Plastik der Zeit bis 1490 die dynamischen Formen des Veit Stoß (Krakauer Altar) in die Zips ein. Der Höhepunkt dieses bedeutsamsten Meisters der Zipser Plastik liegt vor 1520, bald danach findet sein Schaffen sein Ende. Eine Gleichsetzung mit dem Danziger Meister gleichen Namens macht Wiese unwahrscheinlich. Obwohl Meister Paul vornehmlich Holzbildhauer war, hat der Vf. ihm völlig überzeugend auch den Entwurf der Neusohler Konsolenplastik zugeschrieben. Deren Qualität und die Tatsache, daß M. P. vor 1500 erst im Kommen war, sprechen allerdings, entgegen der Annahme von W., für eine Datierung dieser Konsolen bereits in die Zeit nach 1500.

Die Renaissance dringt relativ früh und schnell in die Zipser bildende Kunst ein. Augsburg, das auch niederländische und italienische Vorbilder vermittelt, gibt die Hauptanregungen. Im weiteren 16. Jh. lähmen Unruhen die künstlerische Entwicklung entscheidend, die erst nach 1600 im Zusammenhang mit der Gegenreformation erneut auflebt und auch später noch einige neue Impulse bekommt, ohne daß eine dieser Phasen die für die bildende Kunst des kleinen deutschen Karpatenlandes entscheidende vom ausgehenden Mittelalter auch nur entfernt erreicht hätte.

Überraschend ist die Menge des in der Zips erhaltenen guten Metallgeräts. Die dortigen Erzvorkommen haben schon früh die Entstehung eines eigenen Edelschmiedehandwerks begünstigt und ebenso die der Gießerei. Letztere hat uns mit den eine sehr eigenartige Abwandlung des Pokaltypus darstellenden Bronzefünten etwas ausgesprochen Zipsisches überliefert.

All das ist von Wiese in souveräner Art dargelegt und wird in seiner Form, abgesehen von geringen Verschiebungen, lange gültig bleiben.

Königsberg (Pr.). Gerhard Strauß.

Stanislava Jonášová-Hájková: Bibliografie české historie za léta 1933—1934 (Bibliographie zur tschechischen Geschichte für die Jahre 1933 und 1934). Český Časopis Historický XLII. Historický Klub. Prag 1936. 343 S.

Das ausführliche Verzeichnis der auf die Geschichte der ehem. Tschecho-Slowakei, und nicht nur Böhmens oder des Tschechentums, bezüglichen Arbeiten ist in der sachlichen Gliederung nach dem Muster von Dahlmann-Waitz angelegt, der für ähnliche tschechische Arbeiten auch sonst vorbildlich ist. Man findet also alle Gebiete der Kultur und des öffentlichen Lebens in systematischer Ordnung behandelt, ebenso die Literatur und jetzt auch die Körpererziehung. Alle Aufsätze der einschlägigen Zeitschriften sind verarbeitet, so daß das Werk, das übrigens jetzt jährlich und schneller nach dem Ablaufe des Jahres, für das es berechnet ist, erscheinen soll, alles hierher gehörige Schrifttum vollständig verarbeitet. Auf diese Weise ist ein unentbehrliches Hilfsmittel entstanden, wie es eben Bibliographien dieses Umfanges immer sind. Aufgenommen ist auch die Lausitz und Schlesien. Dieses ist nach seiner staatlichen Zugehörigkeit (bis 1938 bzw. 1939) in ein tschecho-slowakisches und ein „ausländisches" Gebiet aufgeteilt. Für die „Außenländer" ist innerhalb des Schrifttums allerdings eine gewisse Auswahl getroffen worden.

Druck und Ausstattung des vom Geschichtsverein (Historický Klub) in Zusammenarbeit mit dem böhmischen Landesarchiv und dessen Leiter B. Jenšovský herausgegebenen Werkes sind vortrefflich.

Göttingen. Bertold Spuler.

Československá vlastivěda. Díl IV. Dějiny (Tschecho-slowakische Heimatkunde, Teil IV. Geschichte). Hauptschriftleiter: Václav Novotný. Prag 1932. „Sfinx." 903 S.

Die an Gesamtdarstellungen der böhmischen Geschichte oder an Ansätzen zu solchen keineswegs arme tschechische Historiographie hat im Rahmen der groß angelegten „Vlastivěda" eine neue Zusammenfassung der Geschichte der böhmischen und ehemals oberungarischen Länder geliefert. Da die Darstellung im einzelnen auf gesicherten Ergebnissen beruht, so ist es angebracht, eine kritische Betrachtung nur der allgemeinen Grundlegung derselben zu widmen. Deutlicher, als dies im Erscheinungsjahr möglich gewesen wäre, wird man heute erkennen, daß die Autoren weit davon entfernt waren, die in unserer Gegenwart gebieterisch auftretende Forderung nach einer im Volksgedanken wurzelnden Geschichtsschreibung zu erfüllen. In der sprachlich gegebenen Gleichsetzung der Begriffe „Čechy" für das ganze Land und für eines der Völker in Böhmen befangen, räumen die Vf. dem großen volksgeschichtlichen Geschehen, das durch tausend Jahre hindurch das doppelte Gesicht des Landes geformt hatte, nur geringen Raum ein. Die tiefste Wurzel der tragischen Geschichte Böhmens bleibt somit unerschlossen. Der Mangel einer volksgeschichtlichen Betrachtung muß sich auch bei der Behandlung des Slowakentums nachteilig auswirken, da angesichts der tausendjährigen Verbundenheit mit dem ungarischen Königreich vom Staatspolitischen weitgehend abgesehen werden mußte. So erscheint die slowakische Geschichte in fast allen Teilen als Anhang, ohne organische Verbindung mit dem tschechischen Volksgeschehen.

Die Vorgeschichte und Frühgeschichte findet in den einleitenden Teilen eine geringere Berücksichtigung, als es dem hohen Stand dieser Wissenschaft in den Sudetenländern entsprochen hätte. So vermißt man insbesondere auch die für ein Verständnis böhmischer Gesamtgeschichte überaus bedeutsame Wiederherstellung und kartenmäßige Wiedergabe der Urlandschaft. Hierbei mag aber auf die übrigen Teile der Vlastivěda (vor allem auf die Bände über die Landesgeographie und die Anthropologie) Bedacht genommen worden sein. Die Darstellung der Geschichte des Königreiches bis zum Ausgang des Mittelalters bringt eine Fülle sachlicher Daten, es fehlt ihr aber in dem Bemühen, die historische Individualität Böhmens als gleichrangig neben dem Reich und dem Westen hinzustellen, die rechte Bewertung der näheren, d. h. der deutschen Einflüsse und somit die plastische Anschaulichkeit inmitten des sonstigen europäischen Geschehens. In solchem Bemühen erscheinen die deutschen Kolonisatoren als „Fremde", die Verbindungen zum kulturellen Leben des Reiches als Beziehungen zu dem fortgeschritteneren „Westen"; der Meister von Arras ist „Franzose", Peter Parler aber nur ein „Schwabe". Die dauernde Auseinandersetzung mit der deutschen Nachbarschaft, die bei Palacký und bei Pekař den großen Zug des Schicksalhaften an sich trägt, wird hier so zur völligen Farblosigkeit neutralisiert.

Der Abschnitt über die hussitische Zeit zeichnet sich durch große Genauigkeit und durch entsprechende Berücksichtigung der gesellschaftlichen Kräfte aus. Auch hier werden Werturteile zu Gunsten einer größtmöglichen „Objektivität" vermieden, die Frage nach der Sinngebung dieser Epoche, die in den letzten Jahrzehnten die tschechische Geisteswelt mächtig aufgerührt hat, wird nicht aufgeworfen.

Ebenso zuverlässig im Sachlichen ist Odložiliks Beitrag über das Ringen der reformatorischen und gegenreformatorischen Kräfte in der Zeit bis zum Dreißigjährigen Kriege. Als gründlicher Kenner auch des auswärtigen Archivmaterials vermag der Vf. die schwierige Verflechtung der geistigen Strömungen, die auch durch Wanderungsbewegungen Einzelner und von Gruppen weitergetragen werden, sinnvoll zu ordnen. Auf dieser volksgeschichtlichen Grundlage gewinnt auch das Geschehen bei Tsche-

chen und Slowaken in der Reformationszeit einen breiteren, überzeugenden Zusammenhang.

Der Vf. der Kapitel über die Zeit nach dem Dreißigjährigen Kriege bis zur Gegenwart (Prokeš) steht in Ansehung der absolutistischen Periode auf dem entschiedenen Standpunkt, daß diese eine Zeit der „Finsternis" für das tschechische Volk gewesen sei. Er folgt damit Denis und der liberalen Schule in der tschechischen Geschichtsschreibung. Er war noch nicht berührt und auch wohl noch nicht zu einer Auseinandersetzung gezwungen mit der Welle der Neubewertung dieses Zeitalters, wie sie sich in dem Werke Pekařs und seines Schülerkreises (ich nenne Zd. Kalista) anbahnt. So schmerzlich die Erinnerung an die Zeit nach der Schlacht am Weißen Berge für das tschechische Geschichtsbewußtsein auch sein mag — ihre völlige Ablehnung bedeutet ein radikales Verlassen der durch die großartige Entfaltung des barocken Stiles bereicherten Überlieferung, die aus dem geschichtlichen und gegenwärtigen Erscheinungsbild Böhmens nicht ehrfurchtslos hinweggedacht werden kann. In den Spuren der liberalen Geschichtsschreibung bewegt sich auch Prokeš' Darstellung der neuesten Zeit bis 1918. Die antideutsche Festlegung ist so eindeutig, daß man sich schwer vorstellen kann, wie ein solches Geschichtsbild auch für nichttschechische, deutsche Staatsbürger erträglich gemacht werden sollte. Deutschböhmen, das ein Drittel der Landesbewohner und einen weit größeren Anteil des industriellen Aufschwunges trug, lebt in dieser Darstellung allenfalls als lästiger politischer Gegenspieler. Sie ist auch ein Beweis dafür, wie wenig die als offiziell anzusehende Geschichtsauffassung der Tschechen dazu imstande war, den böhmischen Dualismus großzügig als lebendige Einheit aufzufassen.

Halle. Hans Raupach.

Erwin Winkler: Die Tschecho-Slowakei im Spiegel der Statistik. Karlsbad-Leipzig 1937. Karl H. Frank. 89 S.

Dieses mit zahlreichen graphischen Abbildungen und einem umfänglichen Tabellenanhang versehene Werk ist ein deutsches Seitenstück zum tschechischen „Atlas der tschecho-slowakischen Republik". Es werden eine Reihe von Problemen aufgezeigt, die in diesem offiziellen Kartenwerk eine Darstellung nicht gefunden haben, deren Kenntnis aber zum Verständnis der politischen Vergangenheit des Staates unerläßlich ist; so insbesondere die unterschiedliche Einwirkung der Krise und der Veränderungen in der Sozialstruktur auf die verschiedenen Volksgruppen. In einigen Beziehungen werden neue Methoden der statistischen Darstellungen gesucht, die geeignet sind, die ungleiche Verteilung wichtiger Lebensgüter auf die Volksgruppen deutlicher hervortreten zu lassen, als dies in den bisherigen Darstellungen der Fall war. Wie überhaupt die Methode der zeichnerischen Darstellung und der Systematik — insbesondere in den Bevölkerungsfragen — auf der Höhe der modernen deutschen statistischen Wissenschaften steht. Es kann hier, angesichts des niedrigen Anschaffungspreises, davon abgesehen werden, Ergebnisse im einzelnen mitzuteilen. Für jeden, der sich mit der böhmischen und der tschecho-slowakischen Frage beschäftigt, ist dieser Atlas ein unentbehrliches Rüstzeug. Das gilt, trotz der vorwiegend politischen Aktualität der Problemstellung, auch für volksgeschichtliche Fragen weiter zurückliegender Jahrzehnte. Das Werk ist in seiner Bildhaftigkeit geradezu geeignet, manches Problem der deutsch-tschechischen Nachbarschaft in einem ganz neuen Licht erscheinen zu lassen.

Halle a. S. Hans Raupach.

Kamil Krofta: Žižka a husitská revoluce (Žižka und die hussitische Revolution). Laichterův výbor nejlepších spisů poučných, Bd. LIX. Prag 1936. Jan Laichter. 186 S.

Kamil Krofta: Čechy v době husitské (Böhmen in der Hussitenzeit) (1419—1526). Prag 1938. Vesmír. 164 S.

Beiden Arbeiten des ehemaligen Außenministers der Tschecho-Slowakei ist die gleiche Tendenz eigen: Auseinandersetzung mit Josef Pekař, der die Hussitenzeit in seinem Werke „Žižka a jeho doba (Žižka und seine Zeit)" behandelt hatte, und Darlegung der positiven Seiten der hussitischen Revolution und des Hussitenstaates. Das Werk „Žižka a husitská revoluce" zerfällt in zwei Hauptteile, deren erster die Person des hussitischen Heerführers behandelt (S. 11—67), während der zweite der hussitischen Revolution und ihren Folgen für die Geschichte des tschechischen Volkes gewidmet ist (S. 71—184). Schon in der Einleitung betont Krofta, daß er anderer Ansicht als Pekař sei und mit diesem weder in der Bewertung und Beurteilung der Person des hussitischen Heerführers noch in der Bewertung des Hussitentums übereinstimmen könne.

Der zweite Teil zerfällt in drei Kapitel (Entstehung und Wesen des Taboritentums S. 75—102, Die Möglichkeit eines Friedens im Jahre 1420 S. 103—126, Das Hussitentum in der böhmischen Geschichte S. 127—184), wobei zuerst die Frage angeschnitten wird, welches die Quellen der radikalen Lehren sind und auf welchen Wegen diese in das Hussitentum eindringen. Besonders deutlich wird im zweiten und dritten Kapitel die der Ansicht Pekařs vollkommen entgegengesetzte Tendenz Kroftas. Er hält den 1420 möglichen Friedensschluß nur für eine Etappe auf dem Wege zur Erdrosselung des Hussitentums und sieht auf völkischem Gebiet (Tschechisierung), im tschechischen staatlichen Leben und in der großen Linie, die von Hus bis Comenius führe, die positiven Seiten der hussitischen Revolution. „Daß wir der Menschheit einen Hus, einen Chelčický, einen Comenius gaben, ist unser größter Stolz. . . Deshalb war das Opfer, das wir der Menschheit brachten, auch für uns nicht umsonst. . . . Und gerade unsere hussitische Vergangenheit, die unser Selbstbewußtsein hebt, gab und gibt uns Kraft zu neuen und neuen Kräften" (S. 183). Diese Worte des Vf. sind nicht ohne tiefere Bedeutung. Sie bedeuten an dieser Stelle nicht nur die Meinung des Historikers Krofta, sondern sie sind darüber hinaus eine offiziöse Äußerung eines Regierungsmitgliedes der untergegangenen tschecho-slowakischen Republik, deren Staats- und Geschichtsphilosophie eine wissenschaftliche Unterbauung ihrer humanitären Linie brauchte.

Wissenschaftlich und propagandistisch waren Ziel und Tendenz der Kroftaschen Schrift „Čechy v době husitské (1419—1526)" die gleichen, wie sie eben angedeutet wurden. Der Vf. erweitert den Begriff der Hussitenzeit, indem er das Aussterben der Jagiellonen als Grenze derselben ansetzt, und er bemüht sich, auch hier die positiven Seiten des Hussitenstaates aufzuzeigen, um somit mittelbar an Pekařs Ansichten Kritik zu üben. Nach seiner Ansicht gab die Hussitenzeit trotz ihrer schrecklichen „erhabene Größe und hinreißende Kraft", und sie wurde somit „die Höhe-
Erschütterungen und Leiden der Geschichte des tschechischen Volkes
zeit" der tschechischen Volksgeschichte (S. 160).

Der Historiker wird beide Schriften Kroftas benützen müssen, wenn er einen Einblick in die amtliche Geschichtsphilosophie der ehemaligen tschecho-slowakischen Republik bekommen will.

Breslau. Heinz Brauner.

Victor L. Tapié: Bílá Hora a francouská politika (Der Weiße Berg und die französische Politik). Aus dem Französischen übersetzt von Zd. Kalista, eingeleitet von J. Šusta. Prag 1937. Melantrich. 499 S.

Tapié, dessen Werk im französischen Original den Titel „La politique étrangère de la France et le début de la guerre de Trente ans [1616—1621]" trägt, behandelt jene Epoche der französischen Politik, in die auch das Problem der böhmischen Ständerebellion von 1618 fällt. Das Thema selbst ist von tschechischer und französischer Seite (Gindely, Tuskány, G. Hanotaux) bereits wiederholt abgehandelt worden. Tapié versucht nun, unter Beibringung neuen Archivmaterials die französische Politik von dem Vorwurf zu entlasten, daß sie, kurzsichtig in der Verweigerung aktiver Unterstützung, ja durch Mithilfe bei der Bekämpfung des Aufstandes einen wesentlichen Ansatzpunkt in der antihabsburgischen Front verpaßt habe. Neben den Gründen der damaligen allgemeinen französischen Europapolitik — Friede um jeden Preis — stellt Tapié vor allem und, wie mir scheint, mit Recht, die französische Innenpolitik als Hemmung eines proböhmischen Eingreifens heraus. Galt es doch gleichzeitig den hugenottischen Aufstand in Südfrankreich zu bekämpfen, einen Aufstand, der als Adelsfronde dem böhmischen in seinen machtpolitischen Zielen und in der weltanschaulichen Begründung bis zum äußersten ähnlich ist. T. erinnert auch, wie ablehnend die französische Krone der böhmischen Kandidatur Friedrichs von der Pfalz gegenüberstand. Der Hauptwert des Werkes scheint mir überhaupt in der Durchführung des Vergleiches innerfranzösischer und innerösterreichischer Bewegungen zu liegen. Es erinnert daran, wie wenig man den böhmischen Aufstand als ein für sich dastehendes Ereignis betrachten darf.

Halle a. S. Hans Raupach.

Kamil Krofta: O Balbínovi dějepisci (Über Balbín als Geschichtschreiber). Prag 1938. Melantrich. 64 S.

Die vorliegende Studie des ehemaligen tschecho-slowakischen Außenministers Kamil Krofta über den tschechischen Barock-Geschichtschreiber Bohuslav Balbín (1621—1688) ist den Universitäts-Vorlesungen des Vf.s im Winter-Halbjahr 1917/18 über die böhmische Geschichtschreibung nach der Schlacht am Weißen Berge entnommen. Sie gründet sich teils auf das eigene „unmittelbare, wenn auch oberflächliche Studium der geschichtlichen Hauptwerke Balbíns" (S. 5), teils auf das bis zu diesem Zeitpunkt erschienene wissenschaftliche Schrifttum. Die seither erschienenen Schriften über Balbín sind zusammengestellt und in den ursprünglichen Text hineingearbeitet. Krofta gedenkt mit seiner Gelegenheitsschrift des 250. Todestages des gelehrten Jesuiten Balbín und sichtet dessen Leben und Werk vom Blickpunkt des modernen Geschichtsforschers aus: Fr. Maschkes Feststellung, daß bei den Westslawen besonders die niedere Geistlichkeit die Trägerin des nationalen Gedankens wurde, gilt ganz besonders für die tschechische Geistlichkeit im allgemeinen und für Balbín im besonderen: „Balbín leitet die nationale Erweckung ein — natürlich nur auf wissenschaftlichem Gebiet — und bereitet den Boden für die literarische Erweckung. Besonders durch Balbíns und Pešinas Verdienste wurde die tschechische Hierarchie und noch mehr die niedere Geistlichkeit in der Zeit nach der Schlacht am Weißen Berge rasch dem tschechischen Volkstum gewonnen (se počešťuje) und wurde fast die einzige Trägerin der volklichen Überlieferung bis zur Aufklärungszeit"[1]. Wohl scheint Balbíns Entfernung vom Lehramt 1661

[1] Em. Kubíček S. J.: Národní vědomí českých jesuitů až po dobu Balbínovu (Das völkische Bewußtsein der tschechischen Jesuiten bis zur

ihren Grund eher in irgendwelchen sittlichen Verfehlungen (Krofta, S. 8)[2]) als in seiner volkstreuen Gesinnung gehabt zu haben, in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit hatte er wegen seiner tschechisch-nationalen Gesinnung (nimio gentis suae studio, S. 22, nimio gentis suae amore, S. 37) mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden.

Außerordentlicher Fleiß im Sammeln und Sichten und im eifrigen Studium der überkommenen Urkunden, Chroniken und Geschichtswerke, Finderglück im Aufspüren neuer Quellen und im Aufdecken neuer Zusammenhänge, betont katholische Einstellung, die jedoch den Ketzern gegenüber nicht völlig blind urteilt, der Wille zur kritischen Geschichtsbetrachtung, der an der Wirklichkeit jedoch allzu oft scheitert (S. 36), weitgehende Abhängigkeit von Hájek und Veleslavín (S. 53), betont national-tschechische Gesinnung, das sind nach Krofta die bestimmenden Eigenschaften des Geschichtschreibers Balbín.

Unrichtig ist der Satz Kroftas: „Es gehört sicher viel Mut dazu, daß Balbín nicht zögerte, auch einige ketzerische Schriften zu loben, die durch den Schlüssel des Koniáš (d. i. Clavis haeresim claudens et aperiens, Klíč kacířské bludy k rozeznání otvírající . .) verurteilt worden waren (S. 53). Balbín starb 1688, Koniáš' Schlüssel erschien erstmalig 1729[3]).

Es steht zu hoffen, daß die seit langem versprochene Arbeit Pelikáns in Balbíns Leben und Werk tiefer hinabgreifen wird als die kleine Gelegenheitsschrift Kroftas.

Prag. Konrad Bittner.

Hans Raupach: Bismarck und die Tschechen im Jahre 1866. (Mitteleuropäische Schriftenreihe, Bd. 3.) Berlin 1936. Volk und Reich. 36 S.

Dieser kleine Stein, 1936 in das große, immer wieder erneuerte und ergänzte Bismarckbild eingesetzt, hat durch die letzten Ereignisse in Böhmen nur an Interesse gewonnen. Die Wertbeständigkeit des wissenschaftlichen Urteils Raupachs trotz des unmittelbar folgenden Fortschreitens der geschichtlichen Entwicklung rechtfertigt eine so späte Besprechung.

Es ist bekannt, Bismarck führte den Krieg von 1866 mit den Mitteln, die den Sieg verbürgten und mit Absichten, die das Ringen zum Ausgangspunkt einer neuen politischen Ordnung machten. Raupach stimmt seine Betrachtung gleich eingangs auf diesen Zweiklang. „Das politische Genie Bismarcks aber sah in Mitteleuropa nicht nur die Kräfte der Auflösung, sondern auch das Problem einer besseren Ordnung. . . ." (S. 5).

Ausgangspunkt der Darstellung ist ein Aufruf, den das Preußische Oberkommando unmittelbar nach Königgrätz an die Einwohner Böhmens „ohne Unterschied des Standes, der Confession und Nationalität" richtete; neben Warnungen vor Widerstand oder Verrat und Zusicherungen völliger Unverletzlichkeit — die Aufforderung, ruhig in den Wohnungen zu bleiben, tritt als einzige im Druckbild hervor — klingt zum Schluß die

---

Zeit Balbíns). Jahresbericht des Erzbischöflichen Gymnasiums in Prag XIX (1929/30), S. 4.

[2]) Dazu Ant. Rejzek S. J.: Bohuslav Balbín T. J. Prag 1908, S. 159, 161. O. Květoňová-Klímová: Styky Bohuslava Balbína s českou šlechtou pobělohorskou (Die Beziehungen Boh. Balbíns zum böhm. Adel nach der Schlacht am Weißen Berge). ČČH. 1926, S. 503. Wł. Bobek: Balbín. Sborník fil. fak. IX, 1932, Preßburg, S. 72.

[3]) J. Jakubec: Dějiny české literatury (Geschichte der tschechischen Literatur), I, 922.

Möglichkeit an, daß auch die „Böhmen und Mährer“ ihre nationalen Wünsche „gleich den Ungarn“ verwirklichen könnten. Junge phantasievolle tschechische Politiker wie Frič und der Fürst Thurn und Taxis griffen die Verbindung mit Berlin auf; Frič schrieb eine Broschüre, die dann allerdings erst nach dem Nikolsburger Frieden erschien, Thurn und Taxis war nach der Mitteilung seines Neffen Ende August dreimal bei Bismarck, um ihn zu bewegen, Böhmen und Mähren „als freies Reichsland zum Deutschen Bunde zu annektieren“ (S. 21). Für Bismark nun waren die Widerstände der Völker Österreichs gegen die Habsburger zunächst Kriegsmittel zur pflichtgemäßen Sicherung des Sieges. Der Schlußpassus der Proklamation „hatte zunächst nur eine vorübergehende militärische Bedeutung, um die Bevölkerung, welche die Ortschaften verließ und dadurch die Verpflegung erschwerte, freundlicher zu stimmen“, wie der Kanzler selbst am 16. Juli 1866 an den Fürsten Eulenburg schrieb. Und noch in den „Gedanken und Erinnerungen“ erklärt Bismarck: bei einem französischen Eingreifen und weiteren Fortschritten der Cholera unter den preußischen Truppen „konnte unsere Lage eine so schwierige werden, daß wir zu jeder Waffe, die uns die entfesselte nationale Bewegung nicht nur in Deutschland, sondern auch in Ungarn und Böhmen, darbieten konnte, greifen mußten, um nicht zu unterliegen“ (S. 34). Jedoch auch über den Augenblickseinsatz hinaus erwägt Bismarck, daß „allerdings auch für die Zukunft Österreich gegenüber Garantien darin liegen (würden), wenn wir durch den Frieden sowohl Ungarn wie Böhmen eine unabhängige Verfassung verschaffen könnten; doch würde dieser Weg erst dann inzident sein, wenn man uns jetzt einen billigen Frieden versagt“ (S. 11). Der deutsche Friede kam und sicherte die mitteleuropäische Ordnung für ein halbes Jahrhundert. Damit war auch Bismarcks (quellenmäßig allerdings noch nicht völlig sichergestellter) Eventualplan — der Beitritt Böhmens unter einem unabhängigen Herrscher zum neu zu bildenden Deutschen Bund — gegenstandslos geworden. Das „Gefühl einer höheren Verantwortung und ein ‚horror vacui‘, eine Abneigung gegen die Ungewißheit im Donauraum, ...setzte Bismarcks Verwendung der nationalen Bewegungen eine Grenze“. Seine Politik wollte „nicht über die Volksindividualitäten hinwegschreiten, aber auch nicht um eines naheliegenden Erfolges willen ein Reich zerstören . . . ohne zu wissen, was an seine Stelle gesetzt werden könnte“ (S. 5).

Bismarcks ritterliches Verhalten gegen österreichische Untertanen, die sich im Kriege bloßgestellt haben, findet in dem Artikel 10 des Friedensvertrages seinen Niederschlag. Er sieht vor, „daß kein Unterthan wegen seines politischen Verhaltens während der letzten Ereignisse und des Krieges verfolgt, beunruhigt oder in seiner Person oder seinem Eigentum beanstandet wird“. In einzelnen Fällen kämpft Bismarck bis zum äußersten für die Gefährdeten.

Berlin. Hedwig Fleischhacker.

Zdeněk Nejedlý: T. G. Masaryk. Teil IV. Melantrich. Prag 1937. 363 S.

Es entspricht der Weltanschauung Nejedlýs, daß er in seinen Biographien die Umwelt nicht nur als geschichtlichen Hintergrund der handelnden Persönlichkeit erscheinen läßt, sondern daß die Umwelt, die Mit- und die Gegenspieler in einer breiten, realistischen Darstellung als bestimmende Mächte den Haupthelden umgeben. Ist so seine Smetana-Biographie zu einer Geistes- und Gesellschaftsgeschichte der nationalen Wiedergeburtszeit der vierziger Jahre geworden, so ist die Masaryk-Biographie eine Kulturgeschichte des heranreifenden tschechischen Bürgertums. Der vorliegende Teil behandelt die Zeit von Masaryks Erscheinen

an der soeben gegründeten tschechischen Universität in Prag. Nejedlý benutzt das Thema, um eine ausführliche Darstellung der gesamten damaligen tschechischen Gelehrtenwelt, ihrer Persönlichkeiten, ihrer Ideen zu geben. Die revolutionierende Wirkung von Masaryks Auftreten findet ihren literarischen Niederschlag in der von ihm geleiteten Zeitschrift „Athenaeum". Man gewinnt schon hier den bestimmten Eindruck, daß in Masaryk der politische Mensch über den Forscher die Oberhand behält. In allen geistigen Fragen, die das tschechische Leben bewegen, wirkt er anregend, auflockernd, zum Widerspruch reizend, zuweilen den Rand intellektueller Auflösung streifend. Seine bewußt politische, weltweite Geisteshaltung will nichts weniger als die enge Verflochtenheit der älteren und der sich entwickelnden tschechischen Gelehrtenwelt mit dem deutschen Geistesleben sprengen. Das Geistesbündnis mit der liberalen Welt des Westens, das Jahrzehnte später in politische Wirklichkeit umschlagen sollte, wird hier zielbewußt vorbereitet. Von den persönlichen Lebensumständen Masaryks aus jener Zeit dürfte die Tatsache, daß er um das Jahr 1884 62 000 Gulden von einem durch Selbstmord geendeten jüdischen Studenten vermacht erhielt, noch recht unbekannt sein. Auch ohne Überschätzung des Milieus wird man ermessen können, welches Maß von persönlicher, materieller Unabhängigkeit, wieviel Möglichkeit zu einer großzügigeren Lebensführung bei aller persönlichen Anspruchslosigkeit Masaryks inmitten des sonst noch recht beschränkten Lebenszuschnittes diese Zuwendung bedeutete.

Mag auch die Breite der Darstellung dem deutschen Geschmack wenig entsprechen, auch für die deutsche Forschung wird Nejedlýs Werk als objektive Sammlung und Darstellung sonst unzugänglichen Materials für die Kenntnis der tschechischen Entwicklung im 19. Jh. wichtig sein. Die beigegebenen Porträts der damaligen tschechischen Universitätslehrerschaft vermitteln einen lebendigen Eindruck dieser ersten, breiteren akademischen Führerschicht, die durch Familiennamen und Haltung noch überwiegend deutsche Herkunft erkennen läßt.

Halle a. S. Hans Raupach.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Abkürzungen der Besprechernamen.

A. Abeghian, Berlin	A. Ab.	L. Petry, Breslau	L. Petr.
R. Bleichsteiner, Wien	R. Bl.	W. Philipp, Berlin	W. Ph.
E. P. Böhme, Berlin	E. P. B.	E. v. Puttkamer, Berlin	E. v. P.
G. Diassamidse, Berlin	G. Dss.	H. Raupach, Halle	H. Rp.
V. Falkenhahn, Königsberg	V. Fkh.	P. Renvall, Helsinki	P. Rll.
H. Fleischhacker, Berlin	H. Fl.	G. Sappok, Berlin	G. Sa.
K. Forstreuter, Königsberg	K. Fst.	E. Schieche, Breslau	E. Sch.
G. Gündisch, Hermannstadt	G. Gü.	H. Th. Schmidt, Breslau	H. Th. Schm.
W. Haag, Berlin	W. Hg.	R. Seeberg-Elverfeldt, Stettin	R. S.-E.
A. Hajek, Wien	A. Hj.	B. Spuler, Göttingen	B. Sp.
H. Jablonowski, Berlin	H. Ja.	G. Stadtmüller, Leipzig	G. St.
R. Jagoditsch, Wien	R. Jgd.	B. Stasiewski, Berlin	B. Sts.
H. Kalek, Berlin	H. Kk.	R. Stupperich, Berlin	R. Stp.
R. Knopfmacher, Berlin	R. Kn.	H. Swientek, Breslau	H. Sw.
H. Krupicka, Breslau	H. Kr.	O. Treitinger, München	O. Tr.
B. Krupnyćkyj, Berlin	B. Kr.	E. Wolfgramm, Prag	E. Wfg.
G. Liersch, Belgrad	G. Li.	M. Woltner, Berlin	M. Wo.
A. Loessner, Berlin	A. Ls.		
F. Morré, Stettin	F. Mo.		

I. Allgemeines.

Volks- und Sprachenkarten Mitteleuropas. — F. A. Doubek, H.Hassinger, A. O. Isbert, M. Klante, H. Ulbricht und H. P. Kosack. — Dt. Arch. Ld.-Vk.fsch. 2 (1938), S. 963—1011. — Fortsetzung der im gleichen Band S. 240 ff. begonnenen kritischen Bibliographie, nun für die Sudeten- und Karpatenländer, für Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Makedonien — im ersten Falle auch Karten von deutscher Seite verzeichnend, sonst auf Karten nichtdeutscher Herkunft beschränkt. L. Ptr.

Zagadnienie osadnictwa słowiańskiego w świetle toponomastyki (Le problème de la colonisation slave mise en lumière par la toponymic). — Stanisław Rospond. — Kwart. Hist., 52 (1938), S. 353—374. — Untersuchung über den Wert der Ortsnamenforschung als historische und ethnologisch-soziologische Hilfswissenschaft. Anwendung auf das urslawische Siedlungsgebiet. E. v. P.

In chestia Brodnicilor (Zur Frage der Brodniks). — A. Sacerdoţeanu. — Rev. ist. 24 (1938), S. 196—203. — Vf. nimmt eine Veröffentlichung von Popa-Lisseanu zum Anlaß, um darzutun, daß die u. a. in griechischen, russischen und ungarisch-siebenbürgischen Quellen erwähnten „Brodnici“ nicht als eine ethnisch und räumlich bestimmbare Völkerschaft aufzufassen sind; es sind die Furtleute, die Anwohner der Furten. Eine Auffassung die übrigens nicht neu ist. G. Gü.

Greeks and Northmen. — R. M. Dawkins. — Custom is King. Essays presented to R. M. Marett on his seventieth birthday June 13, 1936. London. Hutchinson's Scient. and Techn. Publications 1936, S. 35—47. — Eine gute auf Grund der Sagaberichte wie der byzantinischen Quellen geführte Gegenüberstellung der „Warangen" mit den Byzantinern. O. Tr.

Die Kaiserurkunde der Byzantiner als Ausdruck ihrer politischen Anschauungen. — Franz Dölger. — Historische Zeitschrift 159 (1938), S. 229—250. — Die Ausführungen, die auf dem 8. internationalen Kongreß für Geschichtswissenschaft in Zürich (Sept. 1938) vorgetragen wurden, vermitteln ein anschauliches Bild der gesamten politischen Gedankenwelt der Byzantiner, und zwar auf Grund der äußeren wie inneren Merkmale der Urkunde. Denn auch die Urkunde war als Symbolträger — das Wort im weitesten Sinne gefaßt, wie Bild, Münze, Siegel — Mittel der kaiserlichen Propaganda und kündete dem In- und Auslande das „politische Dogma" dieses einen Reiches, das seiner Idee nach die Spitze aller Staaten und „Reiche" bildete. O. Tr.

Die Konzilsarbeit in Ferrara. II. Die Sitzungen nach Ankunft der Griechen. 9. März 1438—10. Jan. 1439. — G. Hofmann. — Or. Chr. Per. 3 (1937), S. 403—455. — Vgl. diese Zeitschrift 2 (1937), S. 698. O. Tr.

II. Vorgeschichte.

Goten und Anten in Südrußland. — G. Vernadsky. — Südostd. Forsch. 3 (1938), S. 265—279. — Über die politischen und kulturellen Beziehungen von Goten und Ostslawen. G. Gü.

The Spali of Jordanis and the Spori of Procopius. — G. Vernadskij. — Byz. 13 (1938), S. 263—266. — Die zwischen Don und Dněpr wohnenden Spalaei des Plinius sind die Spali, Spoli des Jordanis und die Spori des Prokop (durch Wechsel von p mit k vielleicht noch der Flußname Oskol, an dem die Spoli saßen). Es erscheint möglich, daß in früher Zeit die Anten irgendwie mit den Spoli verbunden waren oder von ihnen beherrscht wurden. O. Tr.

Der Firtoscher Fund byzantinischer Goldmünzen. — A. Ferenczi. — Sieb. Vjschr. 62 (1939), S. 59—78. — Vf. rekonstruiert den 1831 im Szeklerstuhl Oderhellen gemachten Fund, von dem der größere Teil zerstreut wurde und der „Wissenschaft verloren ging", beschreibt ihn und bestimmt seine Vergrabungszeit um 630 n. Chr. Indem er diesen Fund in Beziehung setzt zu dem gepidischen Gräberfeld von Bandul-de-Câmpie (Mezöbánd) kommt er zu aufschlußreichen Feststellungen über das gepidisch-awarische Zusammenleben in Siebenbürgen. G. Gü.

III. Nordosten.

Die Verwaltungsgebiete Ostpommerns zur herzoglichen Zeit (bis 1309). — Ernst Bahr. — Altpr. Forsch. 15 (1938), S. 171—237. — Vf. untersucht die Entstehung des ostpommerschen Herrschaftsgebietes, seine Grenzen und seine innere landschaftliche Gliederung bis zum Übergang des Herzogtums Pommerellen an den Deutschen Orden. Er stellt zur Entwicklung der pommerellisch-polnischen Grenze fest, daß erst unter Boleslaus III. Schiefmund (1107—38) ein Vorstoß Polens über die Netze einen vorübergehenden Erfolg gehabt hat. Daraus aber erklärt sich die im Jahre 1123 vorgenommene Neueinteilung der Kirchengrenzen und die Zuweisung Ostpommerns zu den Diözesen Kujawien und Gnesen. Ausführlich wird dann die Geschichte der pommerellischen Teilfürstentümer dargestellt. K. Fst.

a) Finnland.

b) Estland.

Erik Plovpenning, St. Wenzel und das Nonnenkloster zu Reval. — Toni Schmid. — Beitr. Kd. Estl. 21 (1938), S. 123—146. — Untersucht die Frage des Gründers des Revaler Zisterzienserinnenklosters und die näheren Umstände dieser Gründung; als Gründer kommen die dänischen Könige Erik, Christopher I. u. Abel in Frage. R. S.-E.

c) Lettland.

d) Litauen.

Zapiska Czackiego o osadach skandynawskich na Litwie w w. XII. (Eine Notiz des Grafen Czacki über die skandinavischen Siedlungen in Litauen im 12. Jh.) — K. Wachowski. — Przeg. Hist. 34 (1937), S. 5—9. — Am Anfang des vorigen Jahrhunderts machte Graf Tadeusz Czacki in seinem Werk über „Das litauische und polnische Recht" auf skandinavische Siedlungen in der Nähe von Wilna und Troki aufmerksam, die längere Zeit hindurch bestanden haben sollen. Wachowski verfolgt den Einfluß dieser Notiz in der einschlägigen Literatur bis zur Gegenwart. Dann forscht er nach der Grundlage jener These. Czacki beruft sich auf das Zeugnis des Snorro Sturleson. Wachowski stellt fest, daß weder Snorri Sturluson noch verschiedene Träger des Namens Snorrason als Zeugen in Betracht kommen. Er faßt sein negatives Ergebnis mit den Worten zusammen „Auf Grund der Notiz Czackis kann man unmöglich behaupten, daß die skandinavischen Siedlungen — weder gotische noch normannische — bis nach Troki und Wilna gereicht haben". Auf die normannischen Spuren, die in Ausgrabungen entdeckt sind, geht Wachowski nicht ein. B. Sts.

IV. Rußland.

Paysages et peuples d'Europe orientale. — Roger Dion. — Revue d'histoire de la philosophie et d'histoire générale de la civilisation 5 (1937), S. 214—241. — Ein Überblick über die russische Geschichte, der auf einer Schilderung der geographischen Gegebenheiten aufgebaut ist. O. Tr.

Tendances de l'esprit russe. — Raoul Labry. — Revue d'histoire de la philosophie et d'histoire générale de la civilisation 5 (1937), S. 242—260. — Diese Ausführungen über russische Geistigkeit beruhen weithin auf geschichtlichen Betrachtungen. O. Tr.

De Pierre le Grand à Lénine. — Pierre Pascal. — Revue d'histoire de la philosophie et d'histoire générale de la civilisation 5 (1937), S. 294—308.

a) Von den Anfängen bis 1801.

Byzance et la Russie. — André Mazon. — Revue d'histoire de la philosophie et d'histoire générale de la civilisation 5 (1937), S. 261—277. — Der byzantinische Einfluß im Bulgarien Simeons und in Rußland (vornehmlich Kirche, Geistiges und Literarisches, politische Ideen und Herrschaftsauffassung). O. Tr.

Ἡ ἔξω Ῥωσία. — Aleksandre Soloviev. — Byz. 13 (1938), S. 227—232. — Die Versuche, diese Gegend, die bei Konstantin Porph., de adm. imp. IX p. 74, 17 ff. (Bonn.) als Ausgangspunkt des Angriffes Igor's auf Konstantinopel genannt wird, zu bestimmen, sind zahlreich. Solov'ev hält die erwähnte Gegend nun für die russische Kolonie Tamatarcha am Schwarzen Meer. O. Tr.

Saint Théodore le Stratélate et les Russes d'Igor. — H. Grégoire. — Byz. 12 (1937), S. 291—300. — Grégoire, der den Bericht in der Vita S. Basilii jun. ed. Veselovskij 65 ff. bes. 67 über ein angebliches wunderbares Erscheinen des hl. Theodoros Stratelates von 971 auf 941 verlegt hatte, wendet sich hier gegen die von F. Dölger gemachten Einwände (vgl. diese Zeitschrift 3 (1938), S. 320); doch vgl. dazu wieder F. Dölger, Byz. Zt. 38 (1938), S. 519—520. O. Tr.

Polovcy. III. Predely „polja Poloveckago" (Die Polovcer. III. Die Grenzen des „Polovcer Feldes"). — D. A. Rasovskij. — Sem. Kond. 9 (1937), S. 71—85; 10 (1938), S. 155—178 (mit franz. Zsfg.). — Der Vf. führt in diesen Aufsätzen seine in dieser Zeitschrift 2 (1937), S. 519 notierten Forschungen fort und sucht hier vor allem die schwierige Frage der Ausdehnung der Herrschaft im 11.—13. Jh. zu lösen. O. Tr.

Från Azov till Narva (Von Azov bis Narwa). — H. Almquist. — Karolinska Förbundets Årsbok 1938, S. 173—237. — Einige dokumentarische Hinterlassenschaften des Artillerieobersten Casimir von Krage aus der Siegesbeute von Narwa im Stockholmer Reichsarchiv geben A. Anlaß, den Schicksalen der Peter von Kaiser Leopold zur Belagerung Azovs 1696 zur Verfügung gestellten technischen Hilfskräfte nachzugehen, die nachher zu Befestigungs- und Hafenbauarbeiten für den künftigen russischen Schwarzmeer-Hafen am Azovschen Meer bestimmt wurden. U. a.: Krage selbst wurde, obwohl er in Ungnade gefallen war, und seinen Abschiedsgesuchen zuwider noch zu dem Unternehmen gegen Narwa gepreßt. Dem (General-)Ingenieur Laval wurde aus seinem Versagen infolge ganz unzulänglicher Arbeitsbedingungen von seinen (ausländischen!) Mitarbeitern eine Anklage auf Sabotage zurechtgedreht, so daß er schließlich nach Sibirien deportiert wurde. Der Oberingenieur Freiherr von Burgsdorff konnte sich als einziger durchsetzen und erhielt auch auf Wunsch seinen Abschied — wie A. vermutet, wohl nur, damit er auf der Rückreise 1699 den Verteidigungszustand Rigas in Augenschein nehmen sollte! Daß die Dienstverhältnisse in Moskau, auch wenn die Anstellungskapitulationen gehalten wurden, unter der Last der nicht vorauszusehenden Anforderungen so drückend waren, bringt A. in Zusammenhang mit dem Versagen der Ausländer bei Narwa.

H. Doerries-Berlin.

Scener från Ryssland år 1699 (Szenen aus Rußland 1699). — H. Almquist. — Karolinska Förbundets Årsbok 1937, S. 7—49. — Die Schlußrelation der Gesandtschaft, die nach dem Regierungsantritt Karls XII. von Peter die neuerliche Bestätigung des Friedens von Kardis einholen sollte, ist reich an reizvollen kulturhistorischen Einzelzügen, die um so mehr durch ihren Kontrast zu dem Wetterleuchten des nur wenige Monate später losbrechenden Großen Nordischen Krieges wirken. Die kleinen zeremoniellen Triumphe der Schweden wurden vollends verdunkelt durch den üblen Zwischenfall, der dem brandenburgischen Residenten, Ciesielski, das Leben kostete und seinen Angreifer, den Marschall der schwedischen Gesandtschaft, Ranck, als Folge der erlittenen grausamen Haft gleichfalls unter die Erde brachte, unmittelbar bevor Peter den Krieg erklärte. Patkul hatte, um die Schweden über sein politisches Intrigenspiel hinwegzutäuschen, die Komödie einer sächsischen Intervention für den Eingekerkerten inszeniert.

H. Doerries-Berlin.

Patkul och Neugebauer — Rysk värvning och rysfientlig agitation i Europa 1702—1705 (P. und N. Russische Werbung und russenfeindliche Agitation in Europa 1702—1705). — H. Almquist. — Karolinska Förbundets Årsbok 1938, S. 7—83. — Vgl. des Ref. Aufsatz im selben Heft. H. Doerries-Berlin.

Ivan Petrovitj Izmajlov, rysk diplomat i Preußen och krigsfånge i Sverige (1706—1710) (I. P. Izmajlov als russischer Diplomat in Preußen und Kriegsgefangener in Schweden). — H. Almquist. — Karolinska Förbundets Årsbok 1937, S. 98—130. — Vgl. des Ref. Aufsatz im selben Heft für S. 98/111. Im weiteren wird ausgeführt, wie Izmajlov als Auswechslungsobjekt für den bei Poltava gefangenen schwedischen Expeditionssekretär Josias Cederhielm in Reserve behalten wurde, wie dann aber der Kapitän des Leibregiments Michael Törnflycht als Schwager des Staatsrats Piper dank seiner Familienverbindungen Cederhielm bei dieser Austauschaktion verdrängen konnte, obwohl Karl XII. dessen Befreiung gewünschte hatte. Die — voneinander abweichenden — Kompensationsmaßstäbe für die Bewertung der einzelnen Gefangenen nach der Rangtabelle sind aufschlußreich für die gegenseitige Einschätzung von Schweden und Russen.

H. Doerries-Berlin.

Proekt XVIII v. o soedinenii Moskvy-reki s Volgoj (Ein Projekt des 18. Jh.s über die Verbindung der Moskva und der Volga). — W. de Hennin. — Kr. Arch. 85 (1937), S. 138—147. — In einem kurzen Überblick wird einleitend die Geschichte dieses von Peter d. Gr. großzügig angefaßten Planes bis zu seiner Annullierung im Jahre 1860 durchgeführt. Vor dem persischen Feldzug 1722 erteilt der Zar dem Ingenieur Willem Henning (de Hennin) den Auftrag, ein Projekt über die Verbindung der Moskva mit der Volga auszuarbeiten. Zur Ausführung kommt es nicht. Erst 1746 erinnert sich Elizaveta Petrovna an diesen Plan und verlangt von dem Gen.-Lt. Henning Auskunft. Die Korrespondenz darüber und Hennings Denkschrift aus dem Jahre 1723 werden im Wortlaut wiedergegeben. R. Stp.

Russian embassies to Peking during the eighteenth century. — J. W. Stanton. — University of Michigan. Publications. History and science. Bd. XI, 1937.

Rostoptchine, Chancelier du Tsar Paul Ier. — Maurice de la Fuye. — Revue d'histoire diplomatique 50 (1936), S. 1—26.

b) Von 1801—1917.

Moskva v 1812 godu. Iz zapisok Adama Gluškovskogo (Moskau im Jahre 1812. Aus den Aufzeichnungen Adam Gluškovskijs). — Kr. Arch. 83 (1937), S. 121—159. — Der zu seiner Zeit berühmte Balettmeister A. Gluškovskij hat drei Hefte „Erinnerungen" hinterlassen, aus denen erstmalig der vorliegende Abschnitt veröffentlicht wird. Ohne im Vergleich zu anderen Memoiristen besonders originell zu sein, sind seine Aufzeichnungen doch von geschichtlichem Interesse. Als guter Beobachter hat Gl. die kulturellen Verhältnisse in der Zeit Alexanders I. deutlich zu zeichnen gewußt und seine Umwelt treffend zu charakterisieren verstanden. Er beschreibt das Leben in der alten Bělokamennaja mit ihren eigentümlichen Vergnügungen und Gestalten, Bräuchen und Festen. Weiter berichtet er über den Einzug der Franzosen und das Leben in der Residenz während der Besatzungszeit. Obwohl Gl. selbst die Stadt verlassen hatte und bis 1816 in Kostroma lebte, hat er später bei den Zurückgebliebenen doch soweit Erkundigungen eingezogen, daß seine Berichte glaubwürdig erscheinen. R. Stp.

Une ambassade Persane à Saint-Petersbourg en 1829. — Jean Savant. — Revue d'histoire diplomatique 52 (1938), S. 179—201.

A. S. Chomjakow und das Halb-Jahrtausend-Jubiläum des Einigungskonzils von Florenz. — B. Schultze. — Or. Chr. Per. 4 (1938), S. 473—496. — Das Jubiläum von Florenz ist nur

äußerer Anlaß für diese Ausführungen, es macht nur den Gegensatz zwischen dem Christentum des Ostens und dem Christentum des Westens um so deutlicher, einen Gegensatz, den seit dem letzten Jahrhundert vor allem die Lehre Chomjakovs, dieses Laientheologen und „Slawophilen" (1804—1860), mitbestimmt. Diese Lehre — vor allem die Sobornost'-Lehre und ihr Verhältnis zu dem Inhalt des Sendschreibens der Patriarchen und Bischöfe des Ostens vom Jahre 1848. — wird dann ausführlich behandelt. Zum Abschluß geht der Vf. auch noch auf die Wirkung und Bedeutung Chomjakovs näher ein. O. Tr.

Položenie rabočich na postrojke Peterburgo-Moskovskoj železnoj dorogi (1843—1851 gg.) (Die Lage der Arbeiter beim Bau der Petersburg-Moskauer Eisenbahn). — Kr. Arch. 83 (1937), S. 45—106. — Beim Bau der ersten russischen Eisenbahn erwiesen sich die leibeigenen Bauern als billigste Arbeitskräfte. Sie kosteten weniger als die zu ähnlichen Arbeiten oft herangezogenen Soldaten und leisteten mehr als teuere amerikanische Excavatoren. Gebaut wurde gleichzeitig von beiden Enden aus. Die meisten Bauarbeiter stammten aus den westlichen Gouvernements oder aus dem Wolgagebiet. Zeitweilig waren ihrer bis zu 50 Tausend. Den Gewinn hatten die Unternehmer. Da die Gutsherren Vorschüsse für ihre Bauern erhielten, blieb diesen selbst nur ein geringer Verdienst. M. Krutikov veröffentlicht die Verträge von 1842 ff. und Berichte über die materielle Lage der Arbeiter (Krankheit, schlechte Ernährung, ungesunde Wohnverhältnisse, Trunksucht, Flucht und Sterblichkeit). R. Stp.

M. E. Saltykov-Ščedrin — revizor (M. E. Saltykov-Ščedrin als Revisor). — N. Žuravlev. — Kr. Arch. 83 (1937), S. 160—183. — N. Žuravlev veröffentlicht aus dem Archiv des Gouverneurs von Tver' Aktenmaterial, das auf die Revision Bezug nimmt, die der bekannte Schriftsteller und Satiriker Saltykov-Ščedrin während seiner Amtstätigkeit als Vize-Gouverneur dieser Provinz in den Jahren 1860/61 durchführte. Der Beamte wagte es, die in der Zivilverwaltung und im Gerichtswesen der Vorreformzeit herrschenden Zustände der schärfsten Kritik zu unterziehen. Sein Bericht spricht von himmelschreienden Verhältnissen in den von ihm kontrollierten Verwaltungen der kleinen Provinzstädte Kaljazin, Kašin und Korčeva. R. Stp.

Zachvat Germaniej Kiao-Čao v 1897 g. (Die Erwerbung Kiautschous durch Deutschland im Jahre 1897). — Kr. Arch. 87 (1938), S. 19—63. — Als Ergänzung zu den in „Die große Politik", Bd. 9, Kp. 67 und Bd. 14, Kp. 90, veröffentlichten Dokumenten werden hier einige Urkunden aus dem Archiv des russischen Außenministeriums bekannt gegeben, die sowohl die deutschen Pläne und Verhandlungen über Gewinnung eines Stützpunktes in Ostasien als auch die russische Stellungnahme dazu beleuchten. Es handelt sich bei ihnen um russische Gesandtschaftsberichte aus Berlin und Peking, Meldungen der Militärattachés und Rapports des Außenministers Graf Murav'ev an den Zaren. Fremdsprachiges wird in russischer Übersetzung gebracht, Abweichungen vom Wortlaut in der deutschen Publikation werden notiert. R. Stp.

„Kommunističeskij manifest" i carskaja cenzura (Das „Kommunistische Manifest" und die zaristische Zensur). — E. Černjavskij. — Kr. Arch. 86 (1938), S. 184—192. — Ohne auf die ersten russischen Übersetzungen dieser Schrift einzugehen, die bekanntlich von Bakunin und Plechanov stammten, legt E. Černjavskij Dokumente aus der russischen Zensurverwaltung vor, die sich sowohl auf die deutschen Drucke wie auf die nach 1905 in verschiedenen Städten Rußlands hergestellten russischen Ausgaben beziehen. Aus Tarnungsgründen wechselten die Überschriften: „Über den Kommunismus", „Klassenkampf der Gegenwart" oder „Kapitalismus und Kommunismus". Die veröffentlich-

ten Materialien enthalten Begründungen der Zensurkommissionen über Beschlagnahme und Vernichtung der Schrift. Das vorgelegte Material ist lückenhaft. Über die Veröffentlichungen der Übersetzung Plechanovs von 1905 liegt nichts vor. R. Stp.

„Zvezda" i „Pravda" i carskaja Censura („Zvezda", „Pravda" und die zaristische Zensur). — Kr. Arch. 81 (1937), S. 34—104. — M. Lur'e und L. Poljanskaja veröffentlichen urkundliche Angaben über die bolschewistische Pressearbeit in den Jahren 1910—1914. Insbesondere sollen die Unterdrückungsmaßnahmen der zaristischen Polizei betont werden. Obwohl die polizeiliche Genehmigung zum Erscheinen dieser Zeitungen gegeben wurde, ist doch mehr als die Hälfte aller erschienenen Blätter beschlagnahmt worden. Der Presseausschuß der Polizeiverwaltung sah sich immer wieder zum Eingreifen gezwungen. Da die „Pravda" auf die Arbeiterbewegung und die Streikorganisation den größten Einfluß ausübte, mußte des öfteren gerichtlich gegen sie vorgegangen werden, bis sie endlich am 9. Juli 1914 verboten wurde und für die Dauer des Krieges ihr Erscheinen einstellen mußte. R. Stp.

Iz dorevoljucionnogo prošlogo Moskvy (Aus der vorrevolutionären Vergangenheit Moskaus). — Evg. Černjavskij. — Kr. Arch. 84 (1937), S. 199—260. — E. Černjavskij veröffentlicht Quellenstücke zur Geschichte der städtischen Verwaltung in den Jahren vor dem Weltkrieg. Insbesondere wird mit Bedacht der soziale Gegensatz zwischen der in der Stadtverwaltung tonangebenden reichen Kaufmannschaft (Gučkov, Aleksěev, Bachrušin, Najdenov, Rjabušinskij, Tretjakov u. a.) und der im Elend lebenden, auf Selbstschutz angewiesenen Arbeiterschaft herausgearbeitet. Als Belege werden herausgegriffen und im Wortlaut mitgeteilt Protokolle von Wahlreden, Berichte über städtische Wohlfahrtspflege, Bauwesen, Finanzlage, Arbeiterbewegung. R. Stp.

V carskoj armii nakanune fevral'skoj buržuazno-demokratičeskoj revoljucii (In der Zarenarmee am Vorabend der bürgerlich-demokratischen Februar-Revolution). — P. Bilyk. — Kr. Arch. 81 (1937), S. 105—120.

c) Seit 1917.

Le problème de la nation et de l'État en U.R.S.S. — Maxime Slavinski. — La Revue de Prométhée 1 (1938), S. 170—178; 2 (1939), S. 35—45.

La révolution russe de mars 1917. — L. H. Grondijs. — Rev. hist. Sud-Est Eur. 15 (1938), S. 338—387. — Die russische Märzrevolution ist nur das Thema des ersten Kapitels. Dann behandelt Vf. die Kämpfe „zwischen Weiß und Rot", die er in den Armeen des Generals Kornilov am Don und Kolčaks in Sibirien mitgemacht hat. In einem dritten Abschnitt „La Russie sovietique" zeichnet Gr. die innerpolitische Entwicklung, wobei auf die führenden Männer: Lenin, Trockij, Stalin u. a. aufschlußreiche Streiflichter fallen. G. Gü.

Delegaty Petrogradskogo garnizona na fronte (Abgeordnete der Petersburger Garnison an der Front). — O. Čaadaeva. — Kr. Arch. 85 (1937), S. 29—58.

Trebovanie naroda o zaključenii Nikolaja Romanova v krepost' (Die Forderung des Volkes nach Festungshaft für Nikolaj Romanov). — G. K. — Kr. Arch. 81 (1937), S. 121—127.

K 20-letiju III. vserossijskogo s-ezda sovetov (Zur 20-Jahrfeier des 3. Allrussischen Sovetkongresses). — G. Kostomarov. — Kr. Arch. 85 (1937), S. 7—28.

K XX godovščine raboče-krest'janskoj krasnoj armii (Zum 20-jährigen Bestehen der Roten Arbeiter- und Bauernarmee). — Kostomarov. — Kr. Arch. 86 (1938), S. 29—55. — Unter Mitarbeit einiger Beamter des Zentralarchivs der Oktoberrevolution (CAOR) hat Kostomarov Aktenstücke über die Anfänge und die Ergänzung der Roten Armee zusammengestellt. Bestand das Heer anfangs aus einer geworbenen Masse von Freiwilligen, so wurden seit April 1918 wieder Wehrpflichtige eingezogen. Trockijs Tätigkeit wird dabei in einem der heutigen Haltung der Sovetregierung entsprechenden Sinn dargestellt. Die Auswahl der publizierten Dokumente trägt dieser Tatsache Rechnung. Es handelt sich um Aufrufe an die Bevölkerung, Parteibeschlüsse und Berichte der Wehrbezirkskommissare vom Januar bis November 1918. R. Stp.

Rabočij klass i profsojuzy v sozdanii Krasnoj armii (Arbeiterschaft und Gewerkschaften bei der Aufstellung der Roten Armee). — K. Gulevič u. E. Michajlova. — Kr. Arch. 86 (1938), S. 56—92. — Als der Bürgerkrieg sich immer länger hinzog (Kämpfe mit den Entente-Truppen und Judenič), sorgten außer der Sovetregierung auch die Gewerkschaften für Ergänzung der roten Einheiten. Die darauf bezüglichen Aktenstücke, Beschlüsse der Fabrikarbeiterschaften, Sitzungsprotokolle der Gewerkschaften, ihre Aufrufe an die Arbeiterschaft u. a., wurden von K. Gulevič und E. Michajlova veröffentlicht. R. Stp.

Pervye šagi stroitel'stva sovetskoj vlasti v derevne (Die ersten Schritte zum Aufbau der Sovetmacht auf dem Dorfe). — G. Kostomarov. — Kr. Arch. 85 (1937), S. 93—101. — Nachdem der II. Sovetkongreß sich für Sozialisierung des Landbesitzes ausgesprochen hatte und den gesamten Besitz aus privater Hand der Bauernschaft zu übergeben in Aussicht stellte, erlag die ländliche Bevölkerung diesen Versprechungen. G. Kostomarov veröffentlicht Versammlungsbeschlüsse der Bauern aus verschiedenen Gouvernements und informatorische Berichte des landwirtschaftlichen Kommissariats vom Dezember 1917 bis Februar 1918. Anhand dieser Dokumente wird der Kampf um die Macht auf dem flachen Lande um diese Zeit deutlich. Die Bauern wenden sich im Januar sowohl gegen die Verfassunggebende Versammlung als auch gegen alle bürgerlichen Parteien. R. Stp.

Agitpoezdki M. N. Kalinina v gody graždanskoj vojny (M. I. Kalinins Agitationsreisen in den Jahren des Bürgerkrieges). — B. Sergeev. — Kr. Arch. 86 (1938), S. 93—163. — Nach Stenogrammen werden die damals von Kalinin gehaltenen Reden auszugsweise wiedergegeben. R. Stp.

d) Ukraine und Weißrußland.

Nachklänge der Florentiner Union in der polemischen Literatur zur Zeit der Wiedervereinigung der Ruthenen im 16. und am Anfang des 17. Jahrhunderts. — B. Waczyński. — Or. Chr. Per. 4 (1938), S. 441—472. — Als in der zweiten Hälfte des 16. Jh.s die Katholiken und später auch einige ruthenische Hierarchen in Polen und Litauen an der Wiedervereinigung der Ruthenen mit der Katholischen Kirche zu arbeiten anfingen, da knüpften sie an die 150 Jahre vorher in Florenz geschlossene Union an. Dies spiegelt sich auch deutlich in der polemischen Literatur wieder, welche im Zusammenhang mit der Brester Union der Ruthenen (1596) entstand. In ihr unterscheidet der Vf. 3 Strömungen: 1. Auf römisch-kath. Seite wird die Wiedervereinigung von Anfang an als Fortsetzung der Union von Florenz verteidigt; 2. die Unionsgegner antworten darauf mit Angriffen gegen die Union von Florenz; 3. die Katholiken verteidigen Florenz mit neuen Schriften. — Die Union der Ruthenen ist also eine späte „Frucht des Florentiner Konzils“. O. Tr.

Sur la terre des hetmans. L'insurrection du Val-Froid (1919—1922). — Rostislav Choulguine (Šul'gin). — La Revue de Prométhée 2 (1939), S. 14—23.

L'Ukraine sous les soviets. Les péripéties de la lutte nationale en Ukraine de 1921—1938. — Hl. Lazarevski. — La Revue de Prométhée 1 (1938), S. 218—229. — Behandelt vor allem die Jahre seit 1932.
B. Sp.

e) Russisch-Asien*).

The Khazars and the Turks in the Ākām al-Marjān. — V. Minorsky. — Bulletin of the School of Oriental Studies (University of London) 9 (1937), S. 141—150. — M. erläutert die beiden letzten Abschnitte dieses wohl in das 11. Jh. zu setzenden geographischen Kompendiums — (Ausgabe 1929 von Prof. Angela Codazzi) — mit Nachrichten über die Chasaren und Türken. O. Tr.

Kekaumenos et la guerre petchénègue. — Paul Orgels. — Byz. 13 (1938), S. 402—408. — Zum Krieg von 1049/50. O. Tr.

An Echo in the Norse Sagas of the Patzinak War of John II. Komninos. — R. M. Dawkins. — Annuaire de l'Institut de philologie et d'histoire orientales et slaves 5 (1937) (Mélanges Émile Boisacq), S. 243—249. — Die endgültige Niederwerfung der Petschenegen durch Kaiser Johannes II., Komnenos (1121/22) hat neben den Schilderungen bei Kinnamos und Niketas Choniates auch in den nordischen Sagas — die Waräger waren ja an der Schlacht beteiligt — Niederschlag gefunden. Der Vf. verfolgt die Versionen, die die Schlacht zeitlich zurückverlegen. O. Tr.

Volnenija čuvavšskogo krest'janstva v 1842 g. (Unruhen der tschuwaschischen Bauernschaft im Jahre 1842). — Kr. Arch. 87 (1938), S. 89—128. — Im Zusammenhang mit den Reformen, die Graf Kiselev an den rechtlichen Verhältnissen der Staatsbauern durchführte, kam es bei den Bauern nichtrussischer Abstammung zu Unruhen und Aufruhr. Die Bauern wehrten sich gegen die Einführung neuer Verwaltungsorgane, die zu Lasten der Gemeinden gingen, gegen die Erhöhung der Abgaben, gegen vermehrte Kornlieferungen an die Kornmagazine ebenso wie gegen den geforderten Anbau der Kartoffeln. Die mitgeteilten Urkunden legen Ursache, Fortgang und Beilegung des Aufruhrs klar. Im Wesentlichen handelt es sich bei ihnen um Polizeiberichte an den Gouverneur Šipov in Kazan' und weitere Berichte des Gouverneurs an den Zaren und den Innenminister Graf Perovskij.
R. Stp.

Iz istorii Kazachstana XVIII v. (Aus der Geschichte Kazachstans im 18. Jh.). — Kr. Arch. 87 (1938), S. 129—173. — Abgesehen von einer kurzen Berührung im Jahre 1594, die anscheinend nur flüchtiger Art war, beginnen die „Kirgiz-kajzakischen Angelegenheiten" im Jahre 1736. Nach häufigen, nicht unerheblichen Zusammenstößen mit den Russen entschlossen sich die Kirgisen, sich in die Untertanschaft des weißen Zaren zu begeben. Dieser Entschluß war durch ihre politische Situation bedingt. Über die Fortführung der Verhandlungen in den Jahren 1730—1756 unterrichtet ein hier abgedruckter zusammenfassender Auszug (Kniga aziatskago departamenta Nr. 21), der auch über das kirgisische Gemeinwesen Aufschluß gibt. R. Stp.

Taseevskij partizanskij rajon v 1919 godu (Das Patrisanen-Gebiet von Taseevskoe im Jahre 1919). — M. Bondarenko. — Kr. Arch. 85 (1937), S. 102—137. — M. Bondarenko legt Urkunden vor, die

*) Der Übersicht halber sind die auf Armenien und Georgien bezüglichen Aufsätze am Schlusse des Abschnitts zusammengestellt.

über eine der Bauernerhebungen gegen Admiral Kolčak in Sibirien Aufschluß geben. Gemeint ist der Aufstand, der im Dezember 1918 vom Dorfe Taseevskoe (Kr. Kansk) in der Nähe von Krasnojarsk ausging.

R. Stp.

K istorii graždanskoj vojny v Jakutii v 1922 godu (Zur Geschichte des Bürgerkrieges in Jakutien im Jahre 1922). — I. Martynov. — Kr. Arch. 82 (1937), S. 119—135. — Als der Bürgerkrieg an anderen Fronten schon längst beendet war, hielten die Kämpfe im Fernen Osten noch immer an. Mit Hilfe Japans setzten weiße Freiwilligenabteilungen auf Kamčatka, Sachalin und in Jakutien immer wieder zu neuen Angriffen an. I. Martynov beschäftigt sich mit den Unternehmungen des General Pepeljaev gegen Jakutien, der durch Kaufleute dieses Gebietes finanziert wurde. Nachstehend werden Protokolle von gemeinsamen Sitzungen weißer Zivilbehörden und Militärvertreter veröffentlicht, die über die Aufstellung von weißen Stoßtrupps und die Vorbereitung antisowjetischer Aktionen Kenntnis geben; schließlich wird ein Abschnitt aus der Anklageschrift der Roten gegen Pepeljaev abgedruckt. R.Stp.

Despre ţările lucuite de Armeni (Die Wohnsitze der Armenier). — N. Jorga. — Ani (Revista de cultura armeana) 1 (1936), S. 1—8.

Hethum Patmitsch (Der Geschichtsschreiber Hethum). — Frédéric Feydit. — Anahit 4—5 (1938), S. 75—94. — Wiedergabe eines Vortrages, den der junge französische Armenist Feydit im März 1938 in Paris in armenischer Sprache gehalten hat. Er hat das 1307 in französischer Sprache verfaßte Geschichtsbuch des Armeniers Hethum (Hayton): „Histoire d'Orient“ (Flos Historiarum Orientis) zum Gegenstand. Hethum, ein kilikisch-armenischer Prinz, bekleidete zuerst das Amt eines Feldherrn. Später wurde er Mönch. Bald darauf unternahm er eine Reise nach Rom und Avignon, stellte sich dem Papst Klemens V. vor und auf dessen Anregung hin wurde das erwähnte Buch verfaßt. A. Ab.

Nor Keank'i aršaluysin (Die Morgenröte des neuen Lebens). — A. Gülkhandanian. — Hair. 193 (Nov. 1938), S. 86—93; 194 (Dez. 1938), S. 72—77. — In diesem Artikel behandelt der Vf., selbst einer der Vorkämpfer der nationalfreiheitlichen Bewegung unter den Armeniern, die „idealistischen und revolutionären Bewegungen in den 80er Jahren des vorigen Jh.s.“. A. Ab.

Hayoc' harc'ę innsunakan t'wakannerun (Die Armenische Frage in den 90er Jahren [des 19. Jh.s]). — Aršak Sarkissian. — Vem 23 (1938), S. 73—83. — Der Vf., ein junger Armenier und Dozent an der Universität Urbana (Illinois in den Vereinigten Staaten), der 1938 ein wertvolles Werk über die Geschichte der Armenischen Frage veröffentlicht hat („History of the Armenian Question to 1885 — University of Illinois Bulletin“, Vol. XXXV), behandelt in diesem Artikel das gleiche Problem während der 90er Jahre des vorigen Jh.s. Dabei nimmt er das Geschichtswerk des amerikanischen Historikers William Langer: „The Diplomaty of Imperialism“ und die in ihm enthaltenen Abschnitte über die armenische Frage (Bd. I, Kap. 5, 7, 10) zum Anlaß seiner kritischen und zugleich auch ergänzenden wertvollen Ausführungen. A. Ab.

Hownan Dawthian. — Howsep' Arghuthian. — Vem 23 (1938), S. 87—92. — Würdigung des bekannten verstorbenen armenischen Revolutionärs H. Dawthian aus der Feder eines seiner Kampfgenossen. A. Ab.

Hay H[ełapoḩakan] D[ašnaktzutean] yerkrord ęndhanur žołowę (Der zweite Parteitag der A[rmenischen] R[evolutionären Partei] D[aschaktzuthiun]). — S. Vratzian. — Hair. 192 (Okt. 1938), S. 69—79; 193 (Nov. 1938), S. 113—134; 194 (Dez. 1938), S. 91—102. — In diesem Aufsatz, der im Untertitel „Materialien zur [armenischen] Ge-

schichte" genannt wird, veröffentlicht der Herausgeber zum ersten Male verschiedene Dokumente, Briefe, Parteibeschlüsse, Protokolle und dergleichen mehr, die den zweiten Parteitag (April 1898, Tiflis) der führenden nationalfreiheitlichen armenischen Bewegung betreffen. Der Herausgeber hat das gesamte Material aus dem Zentralarchiv der Partei selbst geschöpft. A. Ab.

Hetahuyzimę houšerę (Erinnerungen eines Nachrichtenoffiziers). — T. Dewoyan. — Vem 22 (1938), S. 48—54; 23 (1938), S. 58—72. — Im Weltkriege. A. Ab.

Prometeizm ve Lehistan (Der „Prometheus"-Gedanke und Polen). — V. Bonçkovski. — Kurt. 5 (1938), IX/X, S. 30—34. — Behandelt den gemeinsamen Gegensatz des Kaukasus und Polens zu Rußland seit dem ausgehenden Mittelalter. B. Sp.

Musulmans et Chrétiens au Caucase. — Barasbi Baytougan. — La Revue de Prométhée 2 (1939), S. 60—64. — Behandelt u. a. den georgischen Einfluß in Persien zur Zeit der Zugehörigkeit Georgiens zu diesem Staate vom 16.—18. Jh. B. Sp.

Popytki osvoenija prirodnych bogatstv Osetii v 18. stoletii ([Russische] Versuche zur Ausbeutung der Naturreichtümer Ossetiens im 18. Jh.). — A. M. Birze. — Kr. Arch. 83 (1937), S. 184—218; 85 (1937), S. 148—167. — A. M. Birze veröffentlicht Materialien aus den „Ossetischen Angelegenheiten" des Hauptarchivfonds. In den 60er Jahren des 18. Jh.s beginnt Rußland im nördlichen Kaukasus Fuß zu fassen. Nach dem Friedensschluß von Küčük-Kainardži gewinnt Rußland neue Stützpunkte und baut Festungen. Als griechisch-orthodoxe Missionare die Kunde von Silberminen und anderen Bodenschätzen brachten, sollte durch ihre Vermittlung die Verbindung mit den Ältesten Ossetiens angeknüpft werden. In Petersburg wurden Vorkehrungen für die Ausbeutung bereits getroffen und Hüttenfachleute ins Gebirge geschickt. Doch die Bergvölker verwehrten den Russen den Zugang, und die Erkundungen mußten eingestellt werden, um erst 1841 wieder aufgenommen zu werden. Die veröffentlichten Dokumente stellen Meldungen der Grenzkommandeure und des Gouverneurs von Astrachań, Befehle des Senats und Berichte der Bergwerkssachverständigen dar (1766 ff.). R. Stp.

V 1919 godu (Im Jahre 1919). — Zurab Avališvili. — Kavk. 1939, 1, S. 14—19. — Behandelt die Verhandlungen der Vertreter der kaukasischen Staaten mit den Abgesandten der Entente auf den Prinzeninseln 1919. B. Sp.

Inč'pēs horherdaynac'an Aserbejann ou Vrastane? (Wie wurden Aserbeidschan und Georgien sowjetisiert?). — S. Vratzian. — Vem 23 (1938), S. 93—100. — Der Vf. nimmt den in der Pariser russischen Zeitschrift „Kavkazs" (Sept. 1937) veröffentlichten Brief des früheren stellvertretenden Vorsitzenden des aserbeidschanischen Parlaments Agaev an Enwer Paša einerseits und das von den ehemaligen Regierungsmitgliedern Georgiens am 27. März 1921 aus Konstantinopel „an alle sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen" gerichtete Schreiben andererseits, das ebenfalls in derselben Zeitschrift (Jan. 1938) veröffentlicht worden ist, zum Anlaß und erörtert die Frage der Sowjetisierung Aserbeidschans (April 1920) und Georgiens (Febr. 1921) eingehend, und zwar im Zusammenhang mit den zeitgeschichtlichen Parallelerscheinungen in Armenien. A. Ab.

La Géorgie sous les soviets. Lutte du peuple géorgien pour son indépendance. — Joseph Sakalaia. — La Revue de Prométhée 2 (1939), S. 103—112.

V. Polen.

Kościół w Niepołomicach (Mit franz. Zsfg.: L'église de Niepołomice). — Krystyna Sinko-Popielowa. — Rocz. Krak. 30 (1938), S. 51—111.

Dzieje Kościoła św. Mikołaja na Wesołej (Die Geschichte der St. Nikolauskirche in Wesoła). — S. Juwenalia Dzikowska. — Rocz. Krak. 30 (1938), S. 135—72. — Die Geschichte dieser Kirche verdient allgemeineres Interessse, da sie seit der Mitte des 15. Jh.s in engster Verbindung zur Universität in Krakau stand. H. Ja.

a) Polen—Litauen bis 1795.

O źródłach staronordyjskich (Über altnordische Quellen). — St. Sawicki. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 205—214. — Leon Koczy hat in mehreren Arbeiten die polnisch-skandinavischen Beziehungen zur Zeit der ersten Piasten behandelt. Er ist zu einer Reihe von neuen, äußerst interessanten Ergebnissen gekommen. St. Sawicki untersucht vom philologischen Standpunkt die Arbeit „Polska i Skandynavja za pierwszych Piastów" (Polen und Skandinavien unter den ersten Piasten), die Koczy im Jahre 1934 veröffentlicht hat. Dabei macht er auf einige methodische Unzulänglichkeiten und verfehlte Kombinationen, auf die Überschätzung der Runensteine und auf übersehene Beiträge von Spezialisten aufmerksam. B. Sts.

Kilka uwag o obronie autentyczności dokumentu w Polsce średniowiecznej (Einige Bemerkungen zur Verteidigung der Echtheit von Urkunden im polnischen Mittelalter). — S. Mikucki. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 296—300.

Z nowszych badań nad osadnictwem ziem polskich w średniowieczu (Neue Forschungen zur Besiedelung polnischer Länder im Mittelalter). — K. Buczek. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 274—95. — Der Vf. geht von der Arbeit Paradowkis „Osadnictwo w ziemi chełmińskiej w wiekach średnich (Die Besiedlung des Kulmerlandes im Mittelalter) aus und behandelt einige grundsätzliche Fragen der Siedlungsgeschichte. B. Sts.

Poselstwo Władysława Hermana do Francji (Die Gesandtschaft Władysław Hermans nach Frankreich im Jahre 1085). — J. Frankenstein. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 27—30.

Początki notariatu publicznego w Polsce (Die Anfänge des öffentlichen Notariats in Polen). — S. Mikucki. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 10—26. — In seiner Antrittsvorlesung behandelt der Vf. das öffentliche Notariat und das Notariatsinstrument in Polen bis zum Ende des 14. Jh.s. Schon St. Kętrzyński ist in seinem „Abriß der polnischen Urkundenlehre des Mittelalters" (Zarys nauki o dokumencie polskim wieków średnich) auf die Reception des Notariats und auf den Rechtscharakter des Notariatsdokumentes in Polen eingegangen. Mikucki klärt nun auf Grund einer sorgfältigen Analyse des Quellenmaterials verschiedene offene Fragen. Das älteste polnische Notariatsdokument stammt aus dem Jahre 1287. Durch die Kirche kam das öffentliche Notariat aus Italien nach Polen. Die Summa artis notariae des Rolandino Passagerio, die im Jahre 1256 entstanden ist, diente als Handbuch für die Notare. Als Schreibmaterial wurde ausschließlich Pergament in der Form der carta transversa benutzt. Die Ähnlichkeit der Ausfertigung mit dem Aufbau der nordfranzösischen und deutschen Notariatsakte wird aus der Lage des 14. Jh.s verständlich. Zu dieser Zeit diente das polnische Notariatsdokument ausschließlich kirchlichen Zwecken. B. Sts.

Nieznany żywot Bajezida II, źródłem dla wyprawy czarnomorskiej i najazdów Turków za Jana Olbrachta (Eine unbekannte Vita Bäjezids II., eine Quelle für die Züge zum Schwarzen Meer und die Einfälle der Türken unter Johann Albrecht). — Olgierd Górka. — Kwart. Hist. 52 (1938), S. 375—425. — Inhaltsangabe einer bisher unbekannten Handschrift des 18. Jh.s aus der Pariser Nationalbibliothek. Vf. gibt ferner einen interessanten Bericht über den Stand der orientalistisch-historischen Forschung, besonders der Arbeiten über die polnisch-türkischen und polnisch-rumänischen Beziehungen. E. v. P.

Króla Stefana polityka sejmowa (Die Sejmpolitik des König Stephan Bathory). — J. Siemieński. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 31—53. — Der Aufsatz enthält den polnischen Text des Beitrages „La politique parlamentaire en Pologne du roi Étienne Batory" in dem Sammelband „Étienne Batory, roi de Pologne, prince de Transylvanie", Krakau 1935, S. 264—91. B. Sts.

Czasy Zygmunta III. (Die Zeit Siegmunds III.). — St. Herbst. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 215—23.

Czasy Władysława IV. i Jana Kazimierza w historiografii ostatnich lat dwudziestu (Die Zeit Władysławs IV. und Jan Kazimierz in der Geschichtsschreibung der letzten zwölf Jahre). — W. Tomkiewicz. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 224—39.

Czasy Sobieskiego 1674—1696 w historiografii ostatniego czterolecia 1932—1936 (Die Zeit des Königs Sobieski in der Geschichtsschreibung der letzten vier Jahre). — J. Woliński. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 240—44.

Pięć listów Kościuszki (Fünf Briefe Kościuszkos). — Adam Bochnak. — Rocz. Krak. 30 (1938), S. 115—23. — Diese fünf Briefe sind bisher noch nicht im Druck erschienen. Drei von ihnen stammen aus dem März und April des Jahres 1794, gleich nach der Erhebung Kościuszkos in Krakau; in ihnen gibt er einem seiner Offiziere den Auftrag, die Absichten der preußischen Truppen auszukundschaften. Der vierte Brief, vom 21. Sept. 1794, also etwa drei Wochen vor Maciejowice, zeigt die bereits wenig zuversichtliche Stimmung der aufständischen Truppen. Der letzte Brief gehört dem Jahre 1801 an. H. Ja.

b) Von 1795—1916.

Przyczynek do dziejów włościaństwa polskiego w XIX wieku (Ein Beitrag zur Geschichte der polnischen Bauern im 19. Jh.). — St. T. Wrona. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 198—204. — Schon im Jahre 1861 griff eine Welle der Aufstandsbewegung auch auf die bäuerliche Bevölkerung über. Auf Grund des vorhandenen Archivmaterials wird ein erster Überblick über die Zentren der Aufstände im Kongreßpolen und über die russischen Gegenmaßnahmen geboten.
B. Sts.

Dwór Drezdeński wobec kampanii 1809 roku (Der Dresdener Hof und der Feldzug des Jahres 1809). — J. Willaume. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 54—72. — Eingangs wird das Verhältnis des Königs Friedrich Wilhelm August zu den Großmächten während der Kriegsvorbereitungen im Frühling 1809 geschildert. Am 16. April verließ er Dresden und begab sich nach Leipzig. Er erließ je einen Aufruf an seine polnischen und sächsischen Untertanen, in denen er seine Treue zu Napoleon beteuerte und versicherte, daß er an den Sieg des Korsen glaube. Die geringe Zahl der Truppen, die ihm zur Verfügung stand, machte ihn nervös, zumal es auch um ihre Führung schlecht bestellt war. B. Sts.

Niedoszły medal projektu Michała Stachowicza (Eine nicht geprägte Medaille nach einem Entwurf M. Stachowiczs). — Adam Bochnak. — Rocz. Krak. 30 (1938), S. 127—31. — Entwurf einer Medaille anläßlich der Anerkennung Krakaus als freier Handelsstadt nach der Vereinigung mit dem Großherzogtum Warschau (1809). H. Ja.

Pologne et Lithuanie en 1812. Le conflit des ambassades françaises de l'Abbé de Pradt et du Baron Bignon. — Edouard Krakowski. — Revue d'histoire diplomatique 51 (1937), S. 467—498.

Joachim Lelewel. — M. Handelsman. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 332—37.

Joachim Lelewel na emigracji (J. L. in der Emigration). — H. Więckowska. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 322—31.

Z dziejów krakowskich konspiracji (Aus der Geschichte einer Verschwörung in Krakau). — Maria Estreicherówna. — Rocz. Krak. 30 (1938), S. 175—201. — Behandelt die revolutionären Vereinigungen in Krakau während der 30er und 40er Jahre des 19. Jh.s, mit besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit Lesław Łukasiewiczs. H. Ja.

Wojna persko-afgańska 1837—8 r. a sprawa polska (Der persisch-afghanische Krieg im Jahre 1837—38 und die polnische Frage). — J. Dutkiewicz. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 73—133. — Nach der Besprechung der Spezialliteratur werden die verschiedenen Handschriften aufgezählt, in denen wichtige Nachrichten für die Behandlung des Themas überliefert sind. Der Vf. beginnt mit einer Übersicht über die Polen und das Orientproblem in den Jahren 1836—37. Die vorhandenen Spannungen drängten scheinbar zu einem russisch-englischen Konflikt hin. Fürst Adam Czartoryski schlug der englischen Regierung vor, die persische Armee zu reoganisieren und den Kontakt mit den kaukasischen Volksstämmen aufrecht zu erhalten. Polnische Deserteure aus dem russischen Heer und Polen in persischen Diensten würden dabei nach seiner Meinung gute Dienste leisten können. Czartoryski bemühte sich auch durch einige Vertraute, die er nach Konstantinopel sandte, die antirussische Stimmung in der Türkei zu stärken. Einen seiner Agenten schickte er nach Persien. Er erhoffte von der Unterstützung Englands eine günstige Einwirkung auf die Belebung der polnischen Frage. In einem zweiten Kapitel (S. 86—102) wird die Lage in Persien und Afghanistan vom Ende des Jahres 1837 bis zum Mai 1838 beschrieben. Rußland verständigte sich mit Persien. England lag aber viel daran, den russischen Einfluß vor Indien abzuriegeln. Als die Perser Herat belagerten, verlangte England energisch die Aufhebung der Belagerung. In einem Krieg zwischen Afghanistan und England sollte Persien neutral bleiben. Der englisch-russische Konflikt in Asien nahm immer größere Ausmaße an. Es kam zu einem ersten Krieg um Afghanistan. Die polnische Diplomatie wollte durch ihre Tätigkeit den Ausbruch eines Krieges zwischen Rußland und der Türkei oder zwischen Rußland und England beschleunigen. Czartoryski trat für eine türkisch-persisch-polnische Verständigung ein. Alle klug gesponnenen Fäden zerrissen aber, als durch eine Aussprache die Gegensätze zwischen England und Rußland im fernen Osten beseitigt wurden. B. Sts.

Początek rządów Ks. Ludwika Łętowskiego w diecezji krakowskiej (Der Anfang der Regierung des L. Łętowski in der Diözese Krakau). — M. Żywczyński. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 134—144. — Nach dem Tode des Bischofs Zglenicki (1841) sollte Łętowski Suffraganbischof von Krakau werden. Er konnte aber sein Amt erst nach langen Verhandlungen mit Rom, dem Nuntius, dem Bischof von Krakau, dem Domkapitel von Krakau, der russischen und der österreichischen Regierung antreten (1845). B. Sts.

Udział Polaków w powstaniu w Palatynacie nadreńskim i w Badenii w r. 1849 („Wiosna ludów") (Der Anteil der Polen bei dem Aufstand in der Rheinpfalz und in Baden im Jahre 1849. Völkerfrühling). — W. Bogatyński. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 310—15.

Działalność dyplomatyczna ks. Adama Czartoryskiego w czasie kongresu paryskiego (Die diplomatische Tätigkeit des Fürsten Adam Czartoryski zur Zeit des Pariser Kongresses [1856]). — M. Pawlicowa. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 145—155. — Während des Krimkrieges entfaltete Adam Czartoryski eine fieberhafte diplomatische Tätigkeit. Er wollte vor allem Napoleon III. zu einer Aktion für Polen veranlassen. Der Kaiser war zunächst außerordentlich freundlich und entgegenkommend, nach Rücksprache mit dem englischen und russischen Gesandten gab er aber alle Bemühungen auf, die polnische Frage auf dem Pariser Kongresse aufzurollen. Auch in England setzte sich niemand für Polen ein. Am 16. Januar 1857 erklärte Napoleon III. dem Fürsten Czartoryski, daß er in der gewünschten Angelegenheit nichts unternehmen könne. Adam Czartoryski ließ sich auch dadurch nicht in seinem Glauben an den Kaiser beirren. B. Sts.

Komitet urządzający i jego ludzie (Das Verfassungskomitee und seine Männer). — J. K. Targowski. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 156—197. — Nach dem Aufstand des Jahres 1863 lastete auf Polen der Druck der russischen Gewaltherrschaft stärker denn je. Man wollte die Macht des russischen Staates in der Gesetzgebung, in der Verwaltung, im Schulwesen, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft durchsetzen. Die Verhandlungen über die geplanten Veränderungen begannen im Sommer des Jahres 1863 in Petersburg. Miljutin, Samarin und Čerkasskij wurden nach Kongreßpolen geschickt. Neben anderen Institutionen entstand auch ein Verfassungskomitee (2. 3. 1864). Die Mitglieder sollten die Bauernreform durchführen und alle damit zusammenhängenden Fragen regeln. Die Protokolle zeigen, daß das Komitee 379 Sitzungen in der Zeit vom 26. 3. 1864 bis zum 31. 3. 1871 abgehalten hat. Der Vf. entwirft ein deutliches Bild von den maßgebenden Persönlichkeiten des Komitees: N. Miljutin, Fürst V. Čerkasskij, J. T. Samarin, J. A. Solov'ev und Graf Berg. B. Sts.

Listy Mazziniego do Adama Sapiehy 1864—1865 (Briefe Mazzinis an Adam Sapieha 1864—1865). — St. Kieniewicz. — Przeg. hist. 34 (1937), S. 301—309.

Stanowisko rządu węgierskiego wobec kwestii polskiej w pierwszych latach wojny światowej (Die Stellungnahme der ungarischen Regierung zur polnischen Frage während der ersten Jahre des Weltkrieges). — Emeryk Lukinich. — Kwart. hist. 52 (1938), S. 609—644. — Die einer Wiederaufrichtung Polens sehr wohlwollend gegenüberstehende ungarische Öffentlichkeit spaltet sich in zwei Lager, der von Graf Julius Andrássy vertretenen Richtung des austropolnischen Trialismus, die aus dem bisherigen russischen und österreichischen Teilgebiet einen mit der Doppelmonarchie durch Personalunion verbundenen unabhängigen Staat schaffen wollte und der zunächst führenden Richtung des Ministerpräsidenten Stephan Tisza und des späteren Außenministers Burian, die die Aufrechterhaltung des Dualismus als Grundbedingung der ungarischen Politik ansah. Die Schöpfung vom 5. 11. 1916 entsprach nicht den ungarischen Zielen, sondern ist auf das aus der politischen und militärischen Lage zu erklärende Übergewicht der deutschen Politik zurückzuführen. — Anregende Zusammenstellung bereits bekannter Gesichtspunkte. E. v. P.

A lengyel kérdés és a magyar kormány, 1914—1917 (Die polnische Frage und die ungarische Regierung). — I. Lukinich. — Bud. Szem. 734 (1939), S. 1—19; 735 (1939), S. 160—185.

Die Bedeutung der letzten tschechischen Gemeindewahlen im Teschener Schlesien. — R. Sobotik. — Schles. Jb. 11 (1939), S. 125—35. Mit 1 Karte und 2 Tabellen. — Rückblick auf die zahlenmäßige Entwicklung der Volksgruppen seit 1880. L. Ptr.

Pol'sko-ukrainskie otnošenija (Die polnisch-ukrainischen Beziehungen). — Tambij Elekchoti. — Kavk. 1939, 2, S. 7—12. — Behandelt vor allem die Zeit zwischen 1917 und 1920. B. Sp.

Sprawozdanie z działalności towarzystwa miłośników historii w okresie 1. IV. 1936—31. III. 1937 r. (Tätigkeitsbericht der Gesellschaft der Freunde der Geschichte vom 1. 4. 1936 bis 31. 3. 1937). — A. Bachulski und St. Kętrzynski. — Przeg. hist. 34 (1937), S. I—XI.

VI. Slowakei.

Preßburg im Mittelalter. Vergessene Künstler, verlorene Denkmäler. — E. Hoffmann. — Südostd. Forsch. 3 (1938), S. 280—334. — Ausführliches Verzeichnis der in Preßburg zwischen 1377 bis 1600 wirkenden Künstler und Kunsthandwerker. Die einleitenden Ausführungen sind fehl am Platz und müssen abgelehnt werden. Vf.in sucht die mittelalterliche Kunst Ungarns als das Ergebnis völkischer Mischung und als Ausdruck einer spezifisch „ungarischen" Geisteshaltung zu begreifen! G. Gü.

Die Preßburger Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften (1761—1762). — F. Valjavec. — Ung. Jb. Bd. 16 (1937), S. 264—267. — Vf. umreißt kurz die Bedeutung der Gesellschaft, der ersten Gesellschaft mit kulturellen Zielsetzungen im Karpatenbecken, und teilt ihre Satzungen mit. H. Kk.

VII. Ungarn.

Die Anfänge der Monumenta Germaniae Historica und die ungarische Geschichtsforschung. — F. Valjavec. — Ung. Jb. Bd. 17 (1937), S. 129—138. — Vf. behandelt die Bemühungen vor allem Georg v. Gaáls und Georg Heinrich Pertz' um eine Mitarbeit an den Mon. Germ. Hist. H. Kk.

Zur Entwicklungsgeschichte der Volkskunde in Ungarn. — K. Marót. — Ung. Jb. Bd. 18 (1938), S. 123—152.

Hongrie et Chrétienté. — M. Pernot. — Nouv. Rev. Hong., Bd. 59 (1938), S. 99—106.

A magyar huszárság eredete (Der Ursprung der ungarischen Husaren). — Darkó Jenö. — Hadtörténelmi Közlemények 38 (1937), S. 148—183. — Der Vf. behandelt in dieser eingehenden Studie die Entwicklung von der Landnahmezeit bis ins 18. Jh. O. Tr.

Aux confins militaires de l'orient byzantin. I. Husar < χωσάριος. — Henri Grégoire. — Byz. 13 (1938), S. 279—280. — Grégoire vertritt hier wie schon in Annuaire de l'institut de philologie et d'histoire orientales et slaves (Mélanges Boisacq) 5 (1937), S. 443—451: „Qu'est ce qu'un „hussard" ou de l'utilité du grec moderne", im Gegensatz zu E. Darkó (Der Ursprung des ungarischen Husarentums, 1937), die Ableitung von χωσάριος, χωσιάριος, χωνσιάριος. O. Tr.

Das Ende der heidnischen Kultur in Ungarn. — M. v. Ferdinándy. — Ung. Jb. Bd. 16 (1936), S. 65—76.

La conversion du peuple hongrois et les bénédictins. — V. Hóman. — Nouv. Rev. Hong. Bd. 59 (1938), S. 139—145.

La France et la conversion des Hongrois. — F. Galla. — Nouv. Rev. Hong. Bd. 59 (1938), S. 146—154.

Stephan der Heilige, der erste König und Erzieher der ungarischen Nation. — J. Kornis. — Ung. Jb. Bd. 18 (1938), S. 1—10.

Szent István társadalomerkölcsi és társadalompolitikai jelentőségéről (Über die gesellschaftsethische und gesellschaftspolitische Bedeutsamkeit Stephans des Heiligen). — B. Földes. — Bud. Szem. 729 (1938), S. 129—135. — Die Annahme des Christentums in Ungarn bedeutet nicht nur eine religiöse, politische und sittliche, sondern auch eine gesellschaftliche Revolution. Vf. behandelt den Wandel von der einfachen nomadischen Stammesorganisation zur vielgliedrigen christlichen Gesellschaft. H. Kk.

La royauté chrétienne de saint Etienne. — J. Deér. — Nouv. Rev. Hong. Bd. 59 (1938), S. 107—118. — Die Staatsschöpfung Stephans des Hl. ist nicht eine einfache Übernahme westlicher Formen. Vf. weist auf den im Westen unbekannten starken Zentralismus hin, ebenso auf die Stellung des comes, der als Beamter nur Ausführender des Willens des Herrschers ist, dessen Würde nicht erblich ist und der infolgedessen nicht wie der fränkische und deutsche comes mit dem Gebiet, das er zu verwalten hat, verwachsen kann, schließlich auf das Fehlen des für Westeuropa charakteristischen Feudalismus. H. Kk.

Les Exhortations de saint Etienne. — E. Jordan. — Nouv. Rev. Hong. Bd. 59 (1938), S. 130—138. — Übersetzung der Institutio Morum. H. Kk.

Les trésors d'art de saint Etienne. — D. Dercsényi. — Nouv. Rev. Hong. Bd. 59 (1938), S. 155—163.

Saint Etienne à la lumière de la science hongroise. — M. Ferdinandy. — Nouv. Rev. Hong. Bd. 59 (1938), S. 119—129. — Reiche Literaturangaben. H. Kk.

The Holy Crown of Hungary. — Julius (Gyula) Moravcsik. — The Hungarian Quarterly 4 (1938), S. 656—667 (1 Taf.). — Moravcsik, der die Heilige Krone nunmehr (vgl. diese Zeitschrift 2 (1937), S. 521 f.) persönlich untersuchen konnte, gibt hier eine ausführliche Beschreibung sowohl des unteren Teiles, der „corona Graeca", die der oströmische Kaiser Michael VIII. dem ungarischen König Geisa I. (1074—1077) überreichte, wie des oberen Teiles, der „corona Latina", die später — wohl unter Béla III. (1172—1194) — mit der „corona Graeca" vereinigt wurde. Die Überreichung der „corona Graeca" wie ihre Verbindung mit der „corona Latina" wird in die Zeitverhältnisse eingeordnet und in ihrer politischen Bedeutung gewürdigt. O. Tr.

Die Anfänge der höfischen Kultur in Ungarn. — E. Moór. — Ung. Jb. Bd. 17 (1937), S. 57—86.

Die ungarische Königin Agnes und die Beurteilung der Zeitideen in Schillers „Wilhelm Tell". — R. Huss. — Ung. Jb. Bd. 17 (1937), S. 87—119.

Die Personalunion des Deutschen Reiches mit Ungarn in den Jahren 1410 bis 1439. — L. v. Szilágyi. — Ung. Jb. Bd. 16 (1937), S. 145—189. — Vf. behandelt die sich aus der Personalunion ergebenden staatsrechtlichen Beziehungen, d. h. die Kompetenzen der Reichskanzlei und der ungarischen Kanzlei und die Tätigkeit der Vikare. H. Kk.

Europäische und ungarische Renaissance. — St. Csabai. — Ung. Jb. Bd. 16 (1937), S. 268—274.

Die kommandierenden Generale in Siebenbürgen 1551—1918. — G. Kövess v. Kövesshaza. — Sieb. Vjschr. 61 (1938), S. 239—246. — Vervollständigt die bisher vorhandenen Listen der kommandierenden Generale. G. Gü.

Zur Zweihundertundfünfzig-Jahrfeier Budas. Der Anteil der Ungarn. Berichtigungen zur Geschichte der Erstürmung. — S. Frh. v. Bischoffshausen. — Ung. Jb. Bd. 16 (1937), S. 244—256. — Die Annahme, daß schwedische Hilfstruppen an der Wiedereroberung Ofens mitgewirkt hätten, beruht nach Vf. auf einem Irrtum. H. Kk.

Der Pietismus in Ungarn. — B. v. Szent-Iványi. — Ung. Jb. Bd. 17 (1937), S. 252—267.

Napoléon et la Hongrie. — A. D. Tolédano. — Nouv. Rev. Hong. Bd. 59 (1938), S. 38—42. — Wenn auch die von Bonaparte propagierten revolutionären Ideen nicht ohne Einfluß auf Ungarn blieben, so konnten sie die Treue Ungarns gegenüber Habsburg nicht erschüttern. Die Proklamation Napoleons an die Ungarn blieb ohne Wirkung. H. Kk.

Gróf Keglevich Jánosné Zichy Adél grófné naplói a reformkorszakból, 1822—1836 (Tagebücher der Gräfin A. Zichy, Frau des Grafen J. Keglevich, aus dem Reformzeitalter). — J. Östör. — Bud. Szem. 729 (1938), S. 138—159; 730 (1938), S. 273—294; 731 (1938), S. 81—103. — Vf. teilt referierend das Tagebuch der Tochter des Staats- und Konferenzministers Grafen K. Zichy, des Mitarbeiters Metternichs, mit, das interessante Angaben über das politische und gesellschaftliche Leben der Zeit (St. Széchenyi!) enthält. H. Kk.

Kossuth az amerikai pártpolitika útvesztőjében (K. im Labyrinth der amerikanischen Parteienpolitik). — D. Jánossy. — Bud. Szem. 728 (1938), S. 59—70.

A Nemzeti Színház a magyar törvényhozásban (Das Nationaltheater in der ungarischen Gesetzgebung). — J. Pukánszkyné Kádár. — Bud. Szem. 733 (1938), S. 320—343.

I. Ferenc József kormányzása a szabadságharc éveiben (Die Regierung Franz Josephs I. in den Jahren des Freiheitskampfes). — D. Angyal. — Bud. Szem. 732 (1938), S. 129—156; 733 (1938), S. 270—305.

Die Nationalitätenfrage im Ungarn der Vorkriegszeit. Eine geschichtliche und volkspsychologische Untersuchung. — E. Neugeboren. — Ung. Jb. Bd. 18 (1938), S. 11—27.

VIII. Südosten.

Un passage obscur des „Miracula" de S. Démétrius de Thessalonique. — Iv. Dujčev. — Byz. 13 (1938), S. 207—215. — D. erläutert — vor allem durch Worterklärung — den Abschnitt über die Versuche der Protobulgaren und Slawen, unter der Führung Kubers Thessalonike zu erobern. O. Tr.

Imperium und Kalifat. — Hans Heinrich Schaeder. — Corona 7 (1937), S. 540—563. — Feinsinnige Bemerkungen zur Geschichte des oströmischen Reiches, des abendländischen Kaisertums und der islamischen Welt. Von den Voraussetzungen des für alle drei Machtgruppen bedeutsamen Jahres 754 aus wird die kulturelle Entwicklung bis zum 13. Jh. dargelegt. Hier sei besonders auf die Bemerkungen über das oströmische

Reich verwiesen — vom Bilderstreit und der folgenden Abwendung des Papstes bis zu den Kreuzzügen und der Einnahme von Konstantinopel durch die Lateiner. Mit dieser Einnahme legt das Abendland 1204 „das einzige haltbare Bollwerk nieder, das der von Anatolien her drohenden osmanischen Invasion erfolgreich Widerstand leisten konnte". Die Bemerkungen zum oströmischen Staatsgedanken, der nie „einen Zustand der Staatsfremdheit" wie der Islam aufkommen ließ und alle, auch jeden Fremden — auch die einzelnen Versuche, den Machttitel Ostroms zu erringen, könnte man als Beispiel anführen — in sich „hineinzog", seien eigens unterstrichen. O. Tr.

Toponymical and historical miscellanies on medieval Dobrudja, Bessarabia and Moldo-Wallachia. — J. Bromberg. — Byz. 13 (1938), S. 9—71. — Der Vf. schließt mit diesen Ausführungen den in dieser Zeitschrift 3 (1938), S. 335 schon angezeigten Artikel ab. — Die gesamten Ausführungen zeigen offen die Tendenz, die Ansprüche der Rumänen auf die genannten Gebiete an der unteren Donau — besonders aber auf Bessarabien — durch den historischen Nachweis zu erledigen, daß es sich hier um alte russische Gebiete handle. Die Fülle von neuen Identifizierungen, die Bromberg — seinem Ziel zugeordnet — im Verlauf der Untersuchung für diese Gebiete bringt, kommen fast einer neuen historischen Topographie dieser Länder gleich. Freilich werden die Identifizierungen im einzelnen stets auf ihre Richtigkeit hin geprüft werden müssen, denn der Vf. vermeidet gerade bei Anwendung sprach- und lautgeschichtlicher Gesetze Fehler und Gewaltsamkeiten nicht immer. Hier setzt denn auch vornehmlich die Erwiderung ein: schon Henri Grégoire in der angefügten „Note de la Direction" (S. 72) und dann vor allem die Front der rumänischen Gelehrten, die N. Banescu (vgl. die folgende Notiz) vertritt. O. Tr.

Fantaisies et réalités historiques (Réponse aux „Toponymical and historical miscellanies" de M. Bromberg). — N. Banescu. — Byz. 13 (1938), S. 73—90. — Vgl. die vorausgehende Notiz; auf Einzelheiten sei hier nicht eingegangen. O. Tr.

Les Βραχέα Χρονικά comme source historique. — Peter Charanis. — Byz. 13 (1938), S. 335—362. — Ch. untersucht die chronologischen Angaben dieser im cod. Marc. 408 erhaltenen Chronik, welche die Zeit von 1204—1391 umfaßt (ed. Sp. Lampros) und erweist ihre Zuverlässigkeit. O. Tr.

Tornik le moine. — N. Adontz. — Byz. 13 (1938), S. 143—164. — Untersucht die byzantinischen und armenischen Nachrichten über Tornik, den Erbauer des Athosklosters Iberon und General Basileios' II. Seine Familie war armenischer Herkunft, hatte sich aber der georgischen Kirche angeschlossen. O. Tr.

Papst Pius II. und der Kreuzzug gegen die Türken. — R. Eysser. — Mélanges d'hist. gén. 2 (1938), S. 1—133.

Mittel- und Westeuropa und die Balkanjahresmärkte zur Türkenzeit. — A. Mehlan. — Südostd. Forsch. 3 (1938), S. 69—120. — Eine anregende wirtschaftsgeschichtliche Studie, deren Ergebnisse im einzelnen allerdings noch der Bestätigung bedürfen. Das Auftreten der Osmanen hatte zunächst einen Verfall des Levantehandels zur Folge. Neugeknüpft wurden die Beziehungen von Ragusa und von Polen und Siebenbürgen, wobei den rumänischen Fürstentümern im Transitverkehr eine wichtige Rolle zufiel. Im 18. Jh. erschlossen Engländer und Franzosen den Südweg über Saloniki. Gegen Ende der Türkenzeit hatten sich die Engländer zum Beherrscher des Balkanhandels aufgeschwungen, doch mußten sie diese Vormachtstellung im 20. Jh. an das deutsche Reich abtreten. G. Gü.

Crisa orientală din 1783 și politica Franciei (Die orientalische Krise 1783 und die Politik Frankreichs). — Al. Grigorovici. — Rev. ist. 24 (1938), S. 293—321.

Insemnătatea istorică a căderei Plevnei (Die geschichtliche Bedeutung des Falles von Plevna). — R. Rosetti. — Mem. secț. ist. ser. 3, tom. 19, mem. 23, 1937.

La question des frontières grecques. — Francis Waddington. — Revue d'histoire diplomatique 50 (1936), S. 54—71; 296—321; 453—480. — Die eingehenden Ausführungen betreffen die Grenzberichtigung, die Griechenland auf dem Berliner Kongreß 1878 zugestanden wurde, die aber erst zwei Jahre später nach neuen Besprechungen in Berlin zur Durchführung kam. O. Tr.

Znamenie vremen (Ein Zeichen der Zeit). — Aliskant. — Kavk. 1939, 2, S. 15—18. — Behandelt den Bevölkerungsaustausch der jüngsten Zeiten zwischen den Balkanländern und der Türkei. B. Sp.

a) Südslawien.

Über die Gründe der Massenübertritte von Katholiken zur „Orthodoxie“ im kroatischen Sprachgebiet. — K. S. Draganović. — Or. Chr. Per. 3 (1937), S. 550—599. — Vgl. den in dieser Zeitschrift, Jg. 2 (1937), S. 713 f. notierten Aufsatz des Verfassers. O. Tr.

Die Anfänge der Reformation auf dem Gebiete des heutigen Jugoslavien. — Walter Hočevar. — Zeitschrift für Kirchengeschichte 55 (1936), S. 115—133.

Le traité secret austro-serbe du 28 juin 1881 et du 9 février 1889. — Grégoire Yakchitch. — Revue d'histoire diplomatique 51 (1937), S. 429—466 und 52 (1938), S. 65—105.

b) Bulgarien.

A 6th century German Settlement of foederati. Golemanovo Kale, near Sadowetz, Bulgaria. — G. Bersce. — Antiquity 12 (1938), S. 31—43. — Ein byz. „Sperrfort“, 25 km südwestlich von Plevna. O. Tr.

Θεοφύλακτος ὁ Βουλγαρίας καὶ ἡ δρᾶσις αὐτοῦ ἐν Ἀχρίδι (Theophylakos von Bulgarien und sein Wirken in Ochrid). — Diogenes Xanalatos. — Theologia (Athen) 16 (1938), S. 1—15. — Der Vf., dessen Dissertation „Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Makedoniens im Mittelalter, hauptsächlich auf Grund der Briefe des Erzbischofs Theophylaktos von Achrida“ in dieser Zeitschrift 3 (1938), S. 290 besprochen wurde, behandelt hier vornehmlich die Stellung des Theophylaktos zu den Bulgaren und kommt dabei zu einem wesentlich besseren Urteil als Zlatarski. — Es darf hier noch ein Hinweis auf einen anderen Artikel angefügt werden, der sich freilich mehr von der textkritischen Seite her mit den Briefen des Theophylaktos beschäftigt und zeigt, wie verbesserungsbedürftig der bei Migne abgedruckte Text ist: Prolégomènes à une édition critique des „lettres“ de Theophylacte de Bulgare ou de l'autorité de la „Patrologie Grecque“ du Migne. — Alice Leroy-Molinghen. — Byz. 13 (1938), S. 253—262. O. Tr.

c) Rumänien.

Cetăți antice în județul Ciuc (Antike Burgen in der Gespannschaft Csík). — A. Ferenczi. — An. com. mon. ist., secț. Ard. 6 (1932—1938), S. 235—352.

Roumanie. — N. Banescu. — Byz. 13 (1938), S. 311—320. — Kurze Berichte über neue Veröffentlichungen zur Geschichte, Literatur, Kunst, Münz- und Siegelkunde, Rechtswissenschaft und Diplomatik. O. Tr.

Bibliographie de la Transylvanie roumaine 1916—1936. — J. Crăciun. — Rev. Trans. 3, (1937), Heft 4, S. 1—366.

L'imperatif danubien. — N. Constantinescu. — Rev. hist. Sud-Est-Eur. 15 (1938), S. 269—283. — Glossen über die Rolle der Donau in der rumänischen Geschichte. „Ainsi l'histoire prouve que le Danube . . . a appelé souvent le plus fort de ses voisins à prendre possession des ses deux rives an l'obligeant à réaliser . . . l'unité politique des pays de son bassin". G. Gü.

De ce au fost Tara Românească si Moldova țări separate (Warum waren Walachei und Moldau getrennte Staaten)? — P. P. Panaitescu. — Revista Fundațiilor Regale 1938, Juniheft (S.-A. 20 S.). — Sucht den „politischen Dualismus der Rumänen" aus wirtschaftlichen Momenten zu begreifen. Die beiden Länder hatten wirtschaftlich wenig Beziehungen zu einander, handelspolitisch war die Moldau auf Polen, die Walachei auf Ungarn-Siebenbürgen ausgerichtet, Hand in Hand damit ging die politische Abhängigkeit. Es bedurfte des wirtschaftlichen Aufschwunges des letzten Jahrhunderts mit der Einbeziehung Rumäniens in den Welthandel, daß im Verein mit dem Aufkommen der völkischen Idee auch bei den Rumänen der Gedanke der Vereinigung Platz greifen konnte. G. Gü.

Biserici de lemn din Ardeal (Holzkirchen in Siebenbürgen). — A. Popa. — An. com. mon ist., secț. Ard. 6 (1932—1938), S. 55—154.

Minele de aramă ale lui Mircea cel Bătrân (Die Kupfergruben Mirceas des Alten). — P. P. Panaitescu. — Rev. ist rom. 7 (1938), S. 258—267. — Aus Urkunden Mirceas für das Kloster Tismana erhellt, daß dieser Woiwode bei Bratilov in der Nähe von Baia-de-aramă Kupfererzgruben unterhalten hat, deren Ausbeutungsbeginn etwa in das Jahr 1392 anzusetzen ist. Kennzeichnend, daß unter Mircea auch die erste Kupfermünzprägung beginnt. Der Fürst betrieb den Abbau nicht auf eigene Rechnung, sondern verpachtete das Bergwerk und erhielt dafür den zehnten Teil des gewonnenen Kupfers. Der Pächter hieß Čop Hanuș. P. vermutet dem Namen nach in diesem Manne einen Ungarn, „den Mircea sich wohl aus Siebenbürgen verschrieben habe". Wir glauben es wahrscheinlicher machen zu können, daß dieser Bergwerksunternehmer ein Deutscher, ein Siebenbürger Sachse, gewesen ist. Eine Familie Czop, Csop erscheint fast zu gleicher Zeit auch in Hermannstadt und hat um 1445 einen angesehenen Ratsherren gestellt. Überhaupt ist der Name in Hermannstadt durch das ganze 15. und 16. Jh. mehrfach belegbar, um 1500 auch ein Czopp Hanus. Es ist also auch dieses ein Beispiel mehr, wie im Mittelalter das Bergwerkswesen in Ost- und Südosteuropa in deutschen Händen gewesen ist. G. Gü.

A participat Mircea cel Bătrân la lupta dela Ankara (Hat Mircea der Alte an der Schlacht bei Ankara teilgenommen)? — A. Decei. — Rev. ist. rom. 7 (1938), S. 339—357. — Auf Grund von Fr. Gieses Ausgabe der „altosmanischen anonymen Chroniken" hat Jorga in einer vor die Rumänische Akademie gebrachten Mitteilung die Teilnahme des muntenischen Fürsten Mircea an der Schlacht von Ankara (1402) an der Seite des Sultans Bājezīd feststellen wollen. D. weist nach, daß die meisten Varianten der in Frage stehenden Chronik eine abweichende Lesart haben. Daraus und aus einigen anderen vom Vf. beigebrachten Quellenstellen geht hervor, daß nicht Mircea sondern die serbischen Despoten Stephan und Vuk Lazarević den Osmanen bei Ankara beigestanden haben. G. Gü.

Despre iliş (Über den „Ilisch"). — C. C. Giurescu. — Rev. ist. rom. 7 (1938), S. 253—257. — Vf. kennzeichnet die Art dieser in Moldauer Urkunden des 15. bis 18. Jh.s sehr häufig erwähnten Abgabe als Getreidesteuer. Die Bezeichnung selbst ist tatarischen Ursprunges und beleuchtet die Beziehungen, die vor der moldauischen Staatsgründung zu der tatarischen Herrenschicht bestanden. G. Gü.

Boeri moldoveni din veacul al XV-lea: Stanciu pârcălab de Hotin şi Stanciu Marele (Moldauer Bojaren des 15. Jh.s: Stanciu, Burggraf von Hotin und Stanciu, der Große). — I. C. Miclescu-Prăjescu. — Rev. ist. rom. 7 (1938), S. 358—372.

Intinderea spre răsări a Moldovei lui Stefan-cel-Mare. (Die Expansion Stephans des Großen nach der Ostmoldau). — N. Jorga. — Mem. secţ. ist. ser. 3, tom. 20, mem. 15 (1938), S. 315—319.

Jacques Basilicos, „Le Despote", prince de Moldavie (1561—1563), écrivain militaire. — C. Marinescu. — Mélanges d'histoire générale 2 (1938), S. 319—380.

Aron Vodă, Răzvan Vodă şi Eremia Vodă (Die Woiwoden Aron, Răzvan und Jeremias). — H. Dj. Siruni. — Mem. secţ. ist., ser. 3, tom. 20, mem. 14 (1938).

Mărturii armeneşti despre români. Aron Vodă, Răzvan Vodă şi Eremia Vodă intr'un poem al unui cronicar armenean (Armenische Zeugnisse über die Rumänen. Die Fürsten Aron, Răzvan und Jeremias in einem Gedicht eines armenischen Chronisten). — H. Dj. Siruni. — Mem. secţ. ist., ser. 3, tom. 20, mem. 14 (1938), S. 297—313.

Consideraţii critice asupra originii lui Mihai Viteazul (Kritische Bemerkungen über die Herkunft Michaels des Tapferen). — Insemnări Ieşene 3 (1938), Heft 10 (S.-A. 18 S.) — Wendet sich mit neuen Argumenten gegen die so heftig angefeindete bekannte Auffassung Panaitescus über die nicht fürstliche Herkunft des großen rumänischen Woiwoden. G. Gü.

Zece inscripţii de mormânt ale Mavrocordaţilor (Zehn Grabinschriften der Familie Mavrocordat). — N. Jorga. — Mem. sect. ist., ser. 3, tom. 20, mem. 1 (1938), S. 1—9.

A doua diplomă Leopoldină (Das zweite Leopoldinische Diplom). — K. Wessely. — Mem. secţ. ist., ser. 3, tom. 20, mem. 12 (1938), S. 271—288. — Über die kaiserliche Urkunde vom 19. März 1701, welche die Rechtsbeziehungen der Unierten ordnete. G. Gü.

La Roumanie et la Triple Alliance (1883—1913). — Assen Smedovski. — Revue d'histoire diplomatique 51 (1937), S. 39—56.

Une page d'histoire roumaine: La Roumanie dans la Grande Guerre. — S. Rosental. — Revue d'histoire diplomatique 50 (1936), S. 415—452.

Le problème des populations de la Roumanie vu à la lumière des récherches sur les races d'après le sang. — G. Popovici. — Rev. Trans. 4 (1938), S. 14—27.

Cadrilaterul 1913—1938 (Der Quadrilater 1913—1938). — Analele Dobrogei 19 (1938), S. 1—262 und 1—239. — Monographische Behandlung des südlichsten Teils der Dobrudscha unter Berücksichtigung aller Wissenszweige. G. Gü.

La frontière éthnique roumaino-hongroise. — St. Manciulă. — Rev. Trans. 4 (1938), S. 28—39.

Opinions anglaises sur le problème de la Transylvanie. — S. Dragomir. — Rev. Trans. 4 (1938), S. 90—108. — Polemisiert mit englischen Autoren über die tatsächliche Bevölkerungslage in Siebenbürgen. G. Gü.

d) Albanien.

IX. Der deutsche Osten*).

Heinrich der Löwe und die ostdeutsche Kolonisation. — K. Jordan. — Dt. Arch. Ld.-Vk.fsch. 2 (1938), S. 784—99. — Berichtet über die Ergebnisse seiner Forschungen zur Echtheitsfrage der herzoglichen Privilegien für die neuen Bistümer Oldenburg-Lübeck, Ratzeburg und Schwerin und arbeitet die verschiedenen Stufen von Heinrichs Kolonisationsarbeit heraus, die auf kolonialem Neuland in der Zusammenfassung der weltlichen und geistlichen Kräfte ein politisches und wirtschaftliches Machtgebilde zur Überwindung der Zersplitterung im altsächsischen Herzogsgebiet zu schaffen suchte. L. Ptr.

Die Gestaltung des Ostseeraumes durch das deutsche Bürgertum. — F. Rörig. — Dt. Arch. Ld.-Vk.fsch. 2 (1938), S. 765—83. — Kennzeichnet die wirtschaftliche, kolonisatorische und politische Leistung der Hansestädte, deren Erfolg in der Verbindung von Verantwortlichkeit für das Ganze mit privatwirtschaftlicher Tätigkeit und Initiative begründet ist. Ein Nachtwort widerlegt die neue lettische These, Riga sei schon Jahrhunderte vor der Gründung von 1201 eine Stadt von großer wirtschaftlicher Bedeutung gewesen. L. Ptr.

Die Familie Lahmann, ein altpreußisches Bernsteindrehergeschlecht. — Roland Seeberg-Elverfeldt. — Altpreuß. Geschlechterkunde 12 (1938), S. 80—83. — Ein Beispiel für die Westostbewegung in der deutschen Geschichte; das aus Stolp stammende Geschlecht wandert im 17. Jh. über Danzig nach Königsberg und von da nach Libau aus; hier geht es im Literatentum auf. R. S.-E.

Eduard von Gebhardts Briefe an die Familie von Pezold. — R. Graubner. Beitr. Kd. Estl. 21 (1938), S. 84—122. — Veröffentlichung von 44 bisher unbekannten Briefen des wohl größten baltendeutschen Malers aus den Jahren 1859 bis 1918 (E. v. Gebhardt starb 1925 in Düsseldorf). R. S.-E.

Das estländische Deutschtum in der Politik des Winters 1917/18. — Axel de Vries. — Balt. Mon. (1938), S. 599—609. — Schildert die Lage der Estlanddeutschen beim Zusammenbruch des russischen Reiches und Deutschlands, die deutsche Okkupation und die Ereignisse bis zur Begründung des freiwilligen Baltenregiments (Herbst 1918). R. S.-E.

Von den Anfängen der Baltischen Landeswehr. — Roland Mettig. — Balt. Mon. (1938), S. 609—612. — Darstellung der Entstehung, Zusammensetzung, des äußeren Bildes, des körperlichen Zustandes und der ersten Ausbildung der im November 1918 begründeten Baltischen Landeswehr. R. S.-E.

Die österreichische Auswanderung nach Rußland im XVIII. Jh. — C. Göllner. — Mélanges d'histoire générale 2 (1938), S. 477—520.

---

*) Die Anordnung dieser Rubrik erfolgt nach geographischen Gesichtspunkten (von Norden nach Süden).

Bibliographie der Geschichte von Ost- und Westpreußen für das Jahr 1937 nebst Nachträgen zu den früheren Jahren. — Ernst Wermke. — Altpr. Forsch. 15 (1938), S. 277—338.

Die kirchenrechtliche Stellung der Diözese Ermland. — Hans Schmauch. — Altpr. Forsch. 15 (1938), S. 241—68. — Vf. weist nach, daß nicht nur bis 1466, sondern bis zum Ende des Erzbistums Riga im Jahre 1566 das Bistum Ermland rechtlich zur Rigaer Kirchenprovinz gehörte und hierauf tatsächlich exemt wurde, während eine rechtliche Fixierung dieses Zustandes nicht eintrat, was von polnischer Seite das Bestreben auslöste, das Ermland der Kirche Gnesen zu unterstellen. Diese Versuche sind jedoch gescheitert. K. Fst.

Das Fraustädter Ländchen im Mittelalter. — F. Pfützenreiter. — Schles. Jb. 11 (1939), S. 95—106. Mit 2 Karten. — Stellt nach einem kurzen Überblick über die wechselnde politische Zugehörigkeit in Ergänzung der Arbeiten von Barten und Schleinitz den Siedlungsvorgang dar, der um die Mitte des 14. Jh.s. mit der Schaffung eines im Lande fest wurzelnden Deutschtums abgeschlossen wurde. L. Ptr.

Schlesien und Böhmen-Mähren im Laufe der Geschichte. — H. Aubin. — Schles. Jb. 11 (1939), S. 20—34. — Verfolgt nach einem Rückblick auf die Überwindung der Gebirgsgrenze schon in vorgeschichtlicher Zeit, Werden und Erscheinungsformen der auf der mittelalterlichen Siedlung beruhenden volksmäßigen Einheit des Sudetenraumes, die durch die spätere konfessionelle, dann staatliche Entwicklung gefährdet wurde, aber heute sich wieder siegreich durchgesetzt hat. L. Ptr.

Der Grafenkrieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Grenzziehung im Riesengebirge. — H. Rohkam. — Schles. Jb. 11 (1939), S. 35—58. Mit 2 Karten. — Schildert den Kampf der schlesischen Herrschaft Schaffgotsch mit den böhmischen Herrschaften Hohenelbe, Branna und Starkenbach um die Gründe der Iser, der Mummel, der Elbe und des Weißwassers, der sich von 1537 bis 1710 hinzog. L. Ptr.

Mittelalterliches Deutschtum in Oberschlesien. — W. Krause. — Schles. Jb. 11 (1939), S. 112—24. — Gibt aus Vorstudien zu einer größeren Arbeit eine Würdigung der tragenden Kräfte des Deutschtums im mittelalterlichen Oberschlesien (Fürsten, Adel, Geistlichkeit, Kaufleute, Vogt- und Schulzengeschlechter, Bauern, Dorfhandwerker, Bergleute). L. Ptr.

Volkstumsarbeit des Bundes der Deutschen in Südschlesien. — O. Wenzelides. — Schles. Jb. 11 (1939), S. 136—39. — Auch seines Vorläufers, des Schutzvereins „Nordmark“ (1894—1920). L. Ptr.

Karten-Hilfsmittel für volkswissenschaftliche Arbeiten im Sudetenraum. — H. Schlenger. — Schles. Jb. 11 (1939), S. 189—99. — Mit einem Rückblick auf die Entwicklung der österreichischen staatlichen Landesaufnahmen im Sudetenland seit dem 18. Jh. L. Ptr.

Geschichte der untergegangenen schlesisch-glätzischen Volksinsel bei Pardubitz in Ostböhmen. — F. J. Beranek. — Schles. Jb. 11 (1939), S. 153—67. Mit 1 Karte. — Behandelt die Ansiedlung von etwa 160 deutschen Familien aus 80 Dörfern der Grafschaft Glatz in den Jahren 1780—90 im Zuge der Josefinischen Agrarreform. L. Ptr.

Z dziejów rodziny Cypserów (Aus der Geschichte der Familie Cypser). — Mieczysław Niwiński. — Rocz. Krak. 30 (1938), S. 227—33. — Hauptsächlich über den sich als Deutschen fühlenden Stanislaus Cypser († 1540), der im Krakauer Handel eine bedeutende Stellung einnahm. H. Ja.

Die untergegangene Deutschtumsgruppe der Liptau. — H. Weinelt. — Südostd. Forsch. 3 (1938), S. 335—351. — Handelt über das untergegangene Deutschtum in den heute slowakischen Orten Rosenberg, Deutsch-Lipsch, Botza und Geib, wo sich die Umvolkung im 17. Jh. vollzogen hat. Es werden spätmittelalterliche deutsche Aufzeichnungen eines Deutsch-Lipscher Stadtbuchs herangezogen. G. Gü.

Entdeutschter schlesischer Siedlungsboden in der Slowakei. — H. Weinelt. — Schles. Jb. 11 (1939), S. 168—75. Mit 1 Karte. — Geht neben den niederungarischen Bergstädten und Sillein vor allem auf die Nordostslowakei mit dem Mittelpunkt Bartfeld ein. L. Ptr.

Die Bedeutung der Universität Graz für die kulturelle Entwicklung des europäischen Südostens. — Josef Matl. — Festgabe anläßlich der 350-Jahrfeier der Grazer Universität 1586—1936. Graz 1936, S. 187—226. — Über den Einfluß der Universität Graz auf die geistige Entwicklung der Slowenen und Kroaten. G. Li.

Das gesellschaftliche Gefüge des Landvolks im deutsch-madjarischen Grenzraum östlich des Neusiedler Sees. — H. Lendl. — Dt. Arch. Ld.-Vk.fsch. 2 (1938), S. 800—35 Mit 1 mehrfarbigen Karte, 10 Textkarten, 2 Diagrammen und 15 Tabellen. — Schildert die Verwischung der ursprünglich klaren deutsch-madjarischen Grenzlinie zu einer völkisch gemischten Grenzzone seit Ausgang des 16. Jh.s bis in die Nachkriegszeit infolge der Ansiedlung von Kroaten, der Entstehung moderner landwirtschaftlicher Gutsbetriebe mit Ansetzung zugezogener Landarbeiter in eigenen Kolonien und infolge der Aushöhlung des deutschen Bürgertums durch Bildung der sog. Mittelschicht, die den kleinstädtischen Bürger, den aufstrebenden Studierenden und den handeltreibenden Juden an sich zog und dem Staatsvolk assimilierte. L. Ptr.

Die ehemaligen „Sachsenorte" an der oberen Theiß. — E. Moór. — Südostd. Forsch. 3 (1938), S. 395—399. — Neben den 1216 bezeugten „Flandrenses" von Batár sind oberdeutsche Ansiedler in Nagyszöllös, Királyháza und Szászfalu für das 13. und 14. Jh. bezeugt. Die im 16. Jh. wahrscheinlich bereits vollzogene Umvolkung kann nicht verfolgt werden. G. Gü.

Namensverzeichnis der Ofener Bürgerfamilien, 1686—1789. — Br. Völlick. — Südostd. Forsch. 3 (1938), S. 241—253. — Eine Zusammenstellung auf Grund der „Matricula civium Budensium 1686—1789" für Zwecke der Sippenforschung. Es sind nur die Familiennamen in alphabetischer Reihung mitgeteilt. Innerhalb dieser Reihe sind sie zeitlich geordnet. G. Gü.

Das deutsche Bürgertum und die Anfänge der deutschen Bewegung in Ungarn. — Fr. Valjavec. — Südostd. Forsch. 3 (1938), S. 376—394. — Geht den Zusammenhängen nach, „die zwischen den Ansätzen zu einer völkischen Willensbildung beim deutschen Bürgertum und der eigentlichen deutschen Bewegung" bestehen. Beide laufen in der Person Edmund Steinackers zusammen. G. Gü.

Unser Archivwesen. — G. Gündisch. — Klingsor 15 (1938), S. 306—314. — Behandelt Fragen der Ausgestaltung des siebenbürgisch-sächsischen Archivwesens im Zusammenhang mit der endgültigen Sicherung des Sächsischen Nationalarchivs in Hermannstadt. G. Gü.

Die geschichtlichen Rechtsgrundlagen der „Sächsischen Nationsuniversität in Siebenbürgen und ihres Vermögens. Ein Beispiel volksrechtlicher Entfaltung mit Geschichtsmächtigkeit. — Fr. Müller-Langenthal. — Südostd. Forsch. 3 (1938), S. 44—68. — Die Nationsuniversität wird als ein personaler Rechtsverband auf volksrechtlicher Grundlage gekennzeichnet. „Das Eigentumsrecht an dem . . . verbliebenen Vermögen steht nach der rechtsgeschichtlichen Lage zweifellos ausschließlich dem personalen Verband der deutschen Siedler bzw. ihren Nachkommen zu"! G. Gü.

Eindrücke vom Tode Stephan Ludwig Roth's. — A. Fabritius u. Fr. Waß. — Sieb. Vjschr. 61 (1938), S. 163—175.

X. Protektorat Böhmen und Mähren. (Tschechen.)

I. Allgemeines.

Fricke, G. Bismarcks Ostpolitik von der Reichsgründung bis zum Abschluß der Bulgarischen Krise (1871—1888) im Lichte der französischen Akten. Jena 1938. Druck Vopelius. 105 S. (Diss. Heidelberg.)

Majkowski, A. Historia Kaszubów. (Die Geschichte der Kaschuben.) Gdingen 1938. Skł. „Stanica". 276 S.

Tongas, G. L'ambassadeur Louis Deshayes de Cormenin (1600—1632). Les relations de la France avec l'Empire Ottoman, le Danemark, la Suède, la Perse et la Russie. Paris 1937. Geuthner. 186 S.

II. Vorgeschichte.

Belov, G. D. Otčet o raskopkach v Chersonese za 1935—1936. (Bericht über die Ausgrabungen auf der Chersones in den Jahren 1935—1936.) o. O. 1938. Gosizdat Krym. ASSR. 351 S.

Lambrino, M. F. Les vases archaïques d'Histria. Bukarest 1938. Fundaţia Regel Carol I. 375 S.

Melikset-Bekov, L. M. Megalitičeskaja kul'tura v Gruzii. Materialy dlja ist. archaič. monumental'nogo iskusstva. (Die Megalithkultur in Georgien. Material zur Geschichte der archaischen Monumentalkunst.) Tiflis 1938. Federacija. 144 S.

Roth, F. Geschichtsplan. Die germanische Frühzeit Rumäniens. Das Jahrtausend der Völkerwanderung in zeiträumlicher Darstellung. — Auslieferung durch H. Meschendörfer, Kronstadt-Braşov, Michael Weißgasse. 4 Bl.

III. Nordosten.

Gloger, K. Baltikum. Berlin 1938. Edwin Runge Verlag. 160 S.

a) Finnland.

Halter, H. Finnlands Jugend bricht Rußlands Ketten. Die Geschichte des Preußischen Jäger-Bataillons 27. Ein Tatsachenbericht aus dem Weltkrieg. Leipzig 1938. Schwarzhäupter-Verlag. 230 S.

b) Estland.

Liiv, O. Suur näljaaeg Eestis 1695—1697. Lisa: Valimik dokumente suurest näljaajast. (Die große Hungerszeit in Estland 1695—1697. Beilage: Ausgewählte Dokumente aus der großen Hungerszeit.) Dorpat 1938. 416 S.

IV. Rußland.

Bol'šaja sovetskaja ėnciklopedija. (Die große Sowjetenzyklopädie.) Hg. O. Ju. Šmidt. Bd. 39: Meravi-Momoty. 760 Sp. Bd. 40: Monada-Naga. 784 Sp. Moskau 1938. Sov. ėnciklopedija.

Mastera krepostnoj Rossii. (Meister aus dem Rußland der Leibeigenschaft.) Moskau 1938. Mol. gvardija. 199 S.

a) Von den Anfängen bis 1801.

Alekseev, V. N. Emel'jan Pugačev v Nižnem Povolž'e. Dokumenty. (Emel'jan Pugačev im unteren Wolgagebiet. Urkunden.) Stalingrad 1938. Obl. Knigoizdat. 134 S.

Byliny stariny. (Heldenlieder.) Hg. S. K. Šambinago. Moskau 1938. Goslitizdat. X+118 S.

Lebedev, G. Russkaja živopis' pervoj poloviny XVIII veka. (Die russische Malerei in der ersten Hälfte des 18. Jh.s.) Moskau 1938. Iskusstvo. 132 S.

Novgorodskie zapisnye kabal'nye knigi 100—104 i 111 godov. (Novgoroder Schuldverschreibungsbücher aus den Jahren 1591—1596 und 1602—1603.) Hg. A. I. Jakovlev. Moskau 1938. Izd. Akad. nauk. XVIII+476 Sp.+446 S.

Orlov, A. S. Slovo o polku Igoreve. (Die Mär von Igors Heerfahrt.) Moskau 1938. Izd. Akad. nauk. 176 S.

Pascal, P. Avvakum et les débuts du raskol: la crise religieuse au XVIIe siècle en Russie. (Publications de l'Institut Français de Léningrad, Bd. XVIII.) Paris 1938. XXV+618 S.

Radiščev, A. N. Polnoe sobranie sočinenij. (Sämtliche Werke.) Hg. G. A. Gukovskij u. V. A. Desnickij. Bd. 1. Moskau 1938. Izd. Akad. nauk. XX+506 S.

Ruś svjatogo Vladimira. Jubilejnyj sbornik ko dnju 950-letija kreščenija Rusi. (Das Rußland des hl. Vladimir. Festschrift zur 950-Jahr-Feier der Bekehrung Rußlands.) Schanghai 1938. 190 S.

Zyzykin, M. V. Patriarch Nikon. Ego gosudarstvennyja i kanoničeskija idei. (Patriarch Nikon. Seine Staats- und kanonische Idee.) Bd. (1, 2) 3. Warschau (1921, 1934) 1938. (328, 380) 368 S.

b) Von 1801—1917.

Dekabristy. (Die Dekabristen. [Briefe und Archivmaterial.]) Hg. N. P. Čulkov. Moskau 1938. Gos. lit. muzej. 570 S.

Dokumenty Velikoj proletarskoj revoljucii. (Dokumente der großen proletarischen Revolution.) Hg. I. I. Minc. Bd. 1: Aus den Protokollen und dem Briefwechsel des kriegsrevolutionären Komitees des Petrograder Sowjets im Jahre 1917. Hg. E. N. Gorodeckij u. I. M. Razgon. Moskau 1938. Izd. Istorija graždd. vojny. 376 S.

Fenin, A. I. Vospominanija inženera. K istorii obščestvennago i chozjastvennago razvitija Rossii. 1883—1906. (Erinnerungen eines Ingenieurs. Zur Geschichte der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands. 1883—1906.) Prag 1938. 177+XX S.

Lur'e, M. Petrogradskaja Krasnaja gvardija. (Die Petersburger Rote Garde. [Febr. 1917—Febr. 1918.]) Leningrad 1938. Lenizdat. 224 S.

Maklakov, V. A. Vlast' i obščestvennost' na zakate staroj Rossii. Vospominanija sovremennika. (Regierung und Gesellschaft vor dem Zusammenbruch des alten Rußlands.) Bd. I—III. Paris 1938. Illjustrirovannaja Rossija. 617 S.

Meždunarodnija otnošenija v ėpochu imperializma. Dokumenty iz archivov carskogo i vremennogo pravitel'stv. 1878—1917. (Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Dokumente aus den Archiven der zaristischen und Provisorischen Regierung.) Serie II: 1900—1913, Bd. XVIII, Teil 1: 14. 5. 1911—13. 9. 1911, XVII+

470 S.; Teil 2: 14. 9. 1911—13. 11. 1911, XVII+382 S.; Bd. XIX, Teil 1: 14. 11. 1911—13. 1. 1912, XIV+332 S., Teil 2: 14. 1. 1912—13. 5. 1912, XVIII+551 S. Moskau 1938. Socėkgiz.

Mitel'man, M. Oktjabr'skoe vooružennoe vosstanie v Petrograde v 1917 g. (Der bewaffnete Oktoberaufstand in Petersburg 1917.) Moskau 1938. Gos. izd. polit. lit. 48 S.

Podorožnyj, N. E. Naročskaja operacija v marte 1916 na russkom fronte mirovoj vojny. (Die militärische Operation bei Narocz an der russischen Front während des Weltkrieges im März 1916.) Moskau 1938. Voenizdat. 180 S.

Varšavsko-Ivangorodskaja operacija. Sbornik dokumentov mirovoj imperial. vojny na rus. fronte. (Die militärische Operation von Warschau-Ivangorod. Ges. Quellen zum imperialistischen Weltkrieg an der russischen Front.) Hg. Generalstab der RKKA. Moskau 1938. Voenizdat. 512 S.

c) Seit 1917.

Koničev, K. Boevye dni. Očerki graždanskoj vojny na Severe. (Kampftage. Skizzen aus der Geschichte des Bürgerkrieges im Norden.) Archangelsk 1938. Archgiz. 96 S.

Kurdjumov, M. Rim i Pravoslavnaja Cerkov'. (Rom und die Orthodoxe Kirche [betr. Russische Kirche nach 1917.]) Paris 1939. 83 S.

Pervaja Sovetskaja Konstitucija. Konstitucija RSFSR. 1918 g. (Die erste Räteverfassung. Die Verfassung der RSFSR. aus dem Jahr 1918.) Hg. A. Ja. Vyšinskij. Moskau 1938. Ak. nauk. SSSR. XXIV +464 S.

Urmanov, Ch. Otrjad Petra Suchova. (Die Abteilung des Petér Suchov [im sibir. Bürgerkrieg].) 1938. Novosibgiz. 100 S.

Wheeler-Bennett, J. Brest-Litovsk, March 1918. The forgotten Peace. London 1938. Macmillan.

Wieliczko-Wielicki, M. Wojna domowa w Rosji, 1917—1921. (Der Bürgerkrieg in Rußland, 1917/21.) Thorn 1938. Zakl. Graficz. J. Karolczak. 138 S.

d) Ukraine und Weißrußland.

Czernecki, J. Mały król na Rusi i jego stolica Krystynopol. (Der kleine König in der Ruś und seine Hauptstadt Krystynopol.) Krakau 1939. Księg. J. Czernecki. 501 S.

Halich, W. Ukrainians in the United States. Chikago 1937. Chikago Press. XIII+174 S.

Hruševśkyj, M. Ukraïnśka šljachta v Halyčyni na perelomi XVI i XVII v. (Der ukrainische Adel in Galizien um die Wende des 16. und 17. Jh.s.) Biblioteka „Dzvoniv", č. 28. Lemberg 1938. 15 S.

Karoveć, M. Velyka reforma Čyna sv. Vasylija V. 1882 r. Č. IV. (Die große Reform des Ordens des heil. Basilius d. G. 1882. Teil IV.) Żółkiew 1938. Nakł. Čyna sv. Vasilija V. 450 S.

Kostruba, T. Narysy z cerkovnoï istorï Ukraïny X—XIII st. (Skizzen aus der Kirchengeschichte der Ukraine des X.—XIII. Jh.s.) Lemberg 1939. Dobra knyžka. 70 S.

Lotoćkyj, O. V Carhorodi. (In Konstantinopel.) Praci Ukraïnśkoho Naukovoho Instytutu, B. 40. Warschau 1939. 175 S.

Lotyćkyj, O. Sprava pravyl'nosty anatemuvannja het'mana Ivana Mazepy. (Über die Rechtmäßigkeit der Verdammung des Hetmans Ivan Mazepa.) Warschau 1938. 14 S.

Pamjati vožda U. H. A. (Ukraïnśkoï Halyćkoï Armiï) gen. Myrona Tarnavśkoho. (Dem Gedächtnis des Führer der ukranischen galizischen Armee, General Myron Tarnavśkyj.) Lemberg 1939. Vyd. Kooperatyva „Červona Kalyna". 70 S.

Pricak, O. Rid Skoropadśkych. Istoryčna geneal'ogična studija. (Das Geschlecht der Skoropadśky. Historisch-genealogische Studie.) Lemberg 1938. 21 S.

Sičynśkyj, V. Čužynci pro Ukraïnu. Vybir z opysiv podorožej po Ukraïni ta inšych pysań čužynciv pro Ukraïnu za desjat' stolit'. (Fremde über die Ukraine. Auswahl aus Reisebeschreibungen der Ukraine und anderer Schriften von Fremden über die Ukraine in 10 Jahrhunderten.) Lemberg 1938. Vyd. Koop. „Červona Kalyna". 208 S.

Stebun, I. I. I. P. Kotljarevskij. Kiev 1938. Deržlitvidav. 114 S.

Za Deržavnist'. Materijaly do istoriï vijśka ukraïnśkoho. (Für die Staatlichkeit. Materialien zur Geschichte des ukrainischen Heeres.) B. VIII. Warschau 1938. Verlag d. ukr. milit.-hist. Gesellschaft. 248 S.

Za velyč Naciï. U dvadcjati rokovyny vidnovlennja ukraïnśkoï het'manśkoï deržavy. (Um die Größe der Nation. Zwanzig Jahre der Erneuerung des ukrainischen Hetmanstaates.) Lemberg 1938. „Viktorija". 156 S.

e) Russisch-Asien*).

Abraham Jerewanči. Patmout'iun pateratmac'n. (Geschichte der Kriege.) Erivań 1938. Arm. fil. Ak. nauk. SSSR.

Akinian, N. Matenagrakar hetarotuthiunner. (Literarische [und historische] Untersuchungen.) Bd. IV. (Azgayin Matenadaran, Bd. 145). Wien 1938. Druck und Verlag der Mechitharisten. 10+406 S.

Azatian, Th. Hay tohmanunner. (Armenische Stammesnamen.) Konstantinopel 1937. Verlag der Buchhandlung Mšakuyth.

Čchetija, Š. K istorii Tbilisi. (Zur Geschichte von Tiflis.) Tiflis 1938. Gruzin. filial Ak. nauk SSSR. 222 S.

Erevanci, A. Istorija vojn 1721—1736. (Geschichte der Kriege von 1721—1736.) Erivan' 1938. Izd. Armfina. 108 S.

Gugušvili, P. Ubijstvo Il'ji Čavčavadze. Sledstvennye materialy. (Die Ermordung I. Čavčavadzes [1907]. Untersuchungsmaterial.) Tiflis 1938. Gosizdat Gruzii SSR. 113 S.

Hannekum, W. Persien im Spiel der Mächte 1900—1907. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Weltkrieges. (Hist. Studien, H. 331.) Berlin 1938. Ebering. 203 S.

Howsep'ian, G. Hawuc' Thari Amenap'rkič'ę jew nuynanun hušardzanner hay arwesti mēj. (Die Erlöserkirche von Hawuc' Thar und entsprechende Denkmäler in der armenischen Kunst.) Hist.-archäolog. Untersuchung. Jerusalem 1937. Verlag d. arm. Patriarchats. 110 S.

---

*) Einschließlich der Werke über die türkischen und finnischen Völkerschaften des europäischen Rußlands.

Kömürčian, J. Č. Oragrout'iun. (Tagebücher.) Hg. M. Nšanian. Jerusalem 1939. Verlag d. armen. Patriarchats. 144+670 S.

Makalatija, S. Meschet-Džavacheti. Tiflis 1938. Federacija. 160 S. (georg.)

Materialy po istorii Gruzii i Kavkaza. (Quellen zur Geschichte Georgiens und des Kaukasus.) Teil 2: Armazni. Tiflis 1938. Gruz. filial Ak. nauk. SSSR. 120 S.

Niuther hin Hayastani patmouthean. (Materialien zur Geschichte Alt-Armeniens.) Bd. I. Veröffentl. des Institutes für die Kulturgeschichte Sowjetarmeniens. Erivan' 1936. Staatsverlag. 219 S.

Vosstanie 1916 v Turkmenii. Dokumenty i materialy. (Der Aufstand in Turkmenien 1916. Dokumente und Material.) Aščhabad 1938. Turkmen. gos. izd. 319 S.

Zak'aria Agoule'i. Aragrout'iun. (Tagebücher.) Erivan' 1938. Arm. filial Akad. nauk SSSR. 198 S.

V. Polen.

Brückner, A. Encyplopedja staropolska. (Altpolnische Enzyklopädie.) Bd. I (Heft 1—8): A—M. Warschau 1937/39 Trzaska, Evert i Michalski. 956 Sp.

Charewiczowa, Ł. Historiografia i miłośnictwo Lwowa. (Lemberg in Geschichtsschreibung und Liebhaberbeschäftigung.) Biblioteka Lwowska, t. 37. Tow. Miłośników Przeszłości Lwowa. 291 S.

Demkowicz-Dobrzański, B. Szlachta zagrodowa Ziemi Czerwieńskiej, jej pochodzenie i przeszłość. (Der Bauernadel Rotrußlands, seiner Herkunft und Vergangenheit.) Stanislau 1938. K. Rożniatowski. 40 S.

Dutkiewicz, W. Zwierzyniec pod Krakowem i jego zabytki historyczne. (Zwierzyniec bei Krakau und seine geschichtlichen Denkmäler.) Krakau 1938. Nakł. Konwent. o. P. P. Norbertanek. 45 S.

Falkowski, J. Etnografia górali środkowych i wschodnich Karpat Polskich. (Die Ethnographie der Bergbewohner der mittleren und östlichen polnischen Karpaten.) Warschau 1938. Komisja Naukowych Badań Ziem Wschodnich. 13 S.

Iłłakowiczówna, K. Ścieżka obok drogi. Der Pfad neben der Straße. [Erinnerungen an Piłsudski.]) Warschau 1939. Rój. 335 S.

Kaden-Bandrowski, J. Wspomnienia i nadzieje. (Erinnerungen und Hoffnungen.) Biblioteczka Uniwersytetów Ludowych, 265. Warschau 1938. Gebethner und Wolff. 142 S.

Koneczny, F. Święci w dziejach narodu polskiego. (Die Heiligen in der Geschichte des polnischen Volkes.) Bd. II/III. Miejsce Piastowe 1938. Nakł. Tow. św. Michała Archanioła. S. 85—272.

Korwin, L. [Piotrowski, L.] Szlachta mojżeszowa. (Der mosaische Adel.) Bd. I. Krakau 1938. Selbstverlag. 178+XII S.

Kotowski, J. Kościół i parafia św. Marcina w Poznaniu. (Die Kirche und Pfarre St. Martin in Posen.) Posen 1938. Druk. Św. Łazarska. 114 S.

Kryczyński, St. Tartarzy Litewscy. Próba monografii historyczno-etnograficznej. (Les Tatares Lithuaniens. Esquisse d'une monographie historique et ethnographique.) (Rocznik Tatarski 3.) Warschau 1938. XVI+318 S.

Księga jazdy polskiej. (Das Buch der polnischen Kavallerie.) Red. B. Wieniawa-Długoszowski u. a. Warschau 1938. 429 S.

Kwiatkowski, Wł. Łowicz prymasowski w świetle źródeł archiwalnych. (Łowicz, [Residenz] des Primas im Lichte archivalischer Quellen.) Warschau 1939. Nakł. Kapituła Łowicka. 122 S.

Majkowski, H. Grodzisk Wielkopolski. (Grätz in Großpolen.) Posen 1938. Wyd. S. Dippla. 208 S.

Niesiołowski, K. Szkice i sylwetki z przeszłości Pleszewa. (Skizzen und Umrisse aus der Vergangenheit Pleschens.) Pleschen 1938. Selbstverlag. 119 S.

Pamiętniki emigrantów. Francja. Nr 1—37. (Erinnerungen von Emigranten. Frankreich.) Warschau 1939. Instytut Gospodarstwa Społecznego. XXIX+702 S.

Pologne-Suisse. Recueil d'études historiques. Warschau 1938. Pol. Tow. Historyczne. IX+170 S.

Polskie Osadnictwo historyczne, szlachta zagrodowa na wschodzie Polskie. (Die historische polnische Kolonisierung, der Bauernadel im Osten Polens.) Cz. II, z. 1. Hg. T. Cieślak. Warschau 1938. Tow. Rozwoju Ziem Wschodnich. 129 S.

Polski Słownik Biograficzny. (Polnisches biographisches Wörterbuch.) Bd. IV. Chwalczewski, Jerzy—Dąbrowski, Ignacy. Krakau 1938. Polska Akademia Umiejętności. 480 S.

Popiołek, F. [Hg.] Wędrynia, jedna ze wsi beskidzkich w pow. cieszyńskim, jej dzieje i źródła historyczne. (Wendrin, eins von den Dörfern der Beskiden im Kreise Teschen, seine Geschichte und seine geschichtlichen Quellen.) Fontes, V. Kattowitz 1938. Tow. Przyjaciół Nauk na Śląsku. 85 S.

Puzynianka, I. Życie i praca. (Leben und Arbeit [einer Führerin poln. Frauenverbände.]) Posen 1938. Ostoja. 195 S.

Rosenberg. A. Zbiory rękopiśmienne Miejskiego Muzeum Historii i Sztuki im. J. K. Bartoszewiczów w Łodzi. (Die Handschriftensammlungen des Bartoszewicz-Stadtmuseums für Geschichte und Kunst in Lodz.) Lodz 1938. Nakł. Zarząd Miejski. 25 S.

Sobkowski, L., Krotoski, L. Stary Gostyń. (Alt Gostyn.) Prace Tow. Miłośników Historii w Poznaniu, Nr. 2. Posen 1938. 160 S.

Wielopolska, M. Pliszka w jaskini lwa. Rozważania nad książką panny Iłłakowiczówny „Ścieżka obok drogi". (Die Bachstelze in der Löwenhöhle. Erwägungen zum Buch Frl. Iłłakowiczównas „Der Pfad neben der Straße".) Warschau 1939. 46 S.

Wilk, K., Wilczyński, C. Gwiazdy katolickiej Polski. (Die Sterne des katholischen Polens. [Biographien führender poln. Katholiken.]) Bd. I/II. Nikolai O/S. 1938. K. Miarka. VIII+576 S.; VIII+572 S.

Witos, W. Wybór pism i mów. (Auswahl der Schriften und Reden.) Biblioteka Dziejów i Kultury Wsi, t. 7. Lemberg 1939. Spółdzielnia Wydawnicza „Wieś". VII+324 S.

Załuska, J. Roman Dmowski, 1864/1939. Warschau 1939. Nakł. Zorzy. 64 S.

a) Polen—Litauen bis 1795.

Barycz, H. Lata szkolne Marka i Jana Sobieskich w Krakowie. (Die Schuljahre Marek und Jan Sobieskis in Krakau.) Biblioteka Krakowska, Nr. 98. Krakau 1939. Tow. Miłośników Historii i Zabytków Krakowa. 90 S.

Długosz, T. [Hg.] Relacje arcybiskupów lwowskich, 1595/1794. (Die Berichte der Lemberger Erzbischöfe, 1595/1794.) Lemberg 1937. Nakł. Kurii Metropolit. o łaciń. we Lwowie. 208 S.

Gottfried, K. Jarosław w XVIII w. (Jaroslau im 18. Jh.) Biblioteka Jarosławska, t. 7. Jaroslau 1937. Muzeum Miejskie. 184 S.

Groch, B. Ks. Bronisław Markiewicz. Jego dzieło oraz przepowiednie o przyszłości Polski. (Pfarrer B. M. Sein Werk und seine Prophezeiungen über die Zukunft Polens.) Miejsce Piastwowe 1937. Selbstverlag. 142 S.

Hartleb, K. Ostatni Jagiellonowie. (Die letzten Jagellonen.) Wielka Biblioteka Historyczna. Lemberg 1938. Pań. Wydaw. Książek Szkolnych. 92 S.

Lubecki, K. Ks. Maciej Kazimierz Sarbiewski i papiestwo Urbana VIII. (Pfarrer M. K. Sabiewski und das Papsttum Urbans VIII.) o. O. 1938. 16 S.

Mikalauskas, A. Das Strafrecht der drei litauischen Statute von 1529, 1566 und 1588. Kaunas 1938. I. Karvelis. 200 S.

Łukan, R. Autor dziejopisu monasteru krystynopolskiego. O. Korneliusz Sroczyński. 1731/90. (Der Verfasser der Geschichte des Klosters Krystynopol. O.K.S.) Krakau 1939. Księg. J. Czerneckiego. 15 S.

Krzywicki, L. Przyczynki do wyświetlenia stosunków ludnościowich w Polsce za pierwszych Piastów. I. (Beitrage zur Aufhellung der Bevölkerungsverhältnisse in Polen zur Zeit der ersten Piasten.) Warschau 1938. Druk. Gospodarcza. 21 S.

Kutrzeba, St., Mańkowski, A. Polskie ustawy wiejskie XV—XVIII w. (Die polnischen Gesetze für das Dorf im 15./18. Jh.) Krakau 1938. Akademia Umiejętności. XV+512 S.

Lepszy, K. Rzeczpospolita Polska w dobie Sejmu Inkwizycyjnego, 1589/92. (Die Republik Polen in der Zeit des Untersuchungsreichstages 1589/92.) Krakau 1939. Polska Akad. Umiej. X+428 S.

Niesiołowski, A. Paweł Włodkowic na tle dyskusji politycznych XV w. (P. W. auf dem Hintergrund der politischen Diskussionen des 15. Jh.s.). Warschau 1938. Arch. Inst. Akcji Kat. 31 S.

Nycz, M. Geneza reform skarbowych Sejmu Niemego. Studium z dziejów skarbowo-wojskowych lat 1697—1717. (Die Entstehung der Finanzreformen des Stummen Reichstages. Studie zur Finanz- und Militärgeschichte der Jahre 1697—1717.) Pozn. Tow. Przyjaciół Nauk. Prace Komisji Historycznej, t. XII, z. 1. Posen 1938. 309 S.

Popiołek, K. Następstwa testamentu Bolesława Krzywoustego dla Śląska. (Die Folgen des Testaments Bolesław Schiefmunds für Schlesien.) Instytut Śląski. Komunikat, Ser. III, Nr. 33. Kattowitz 1938. 6 S.

Statuty synodalne Henryka Kietlicza. (Die Synodalstatuten Henryk Kietliczs.) Bearb. A. Vetulani und Z. Kozłowska-Budkowa. [Studia i Materiały dla Historii Ustawodawstwa Synodalnego w Polsce, Nr. 7.] Krakau 1938. Pol. Akad. Umiej. 48 S.

Szumska, U. Anglia a Polska w epoce humanizmu i reformacji (England und Polen in dem Zeitalter des Humanismus und der Reformation.) Prace Historyczno-Kulturalne, t. 5. Lemberg 1938. III+200 S. (Lemberger Diss.)

Tomkiewicz, Wł. Jerzy Ossoliński. (Wielka Biblioteka Historyczna.) Lemberg 1939. Pań. Wydaw. Książek Szkolnych. 80 S.

Umiński, J. Polityczna rola Stanisława Hozjusza. (Die politische Rolle Stanislaus Hosius'.) Biblioteka Akcji Katol. Nr. 10. Warschau 1938. Nakł. Archid. Inst. Akcji Katol. 29 S.

Zawadzki, A. Polska przedrozbiorowa a Żydzi. (Das Polen vor den Teilungen und die Juden.) Warschau 1939. Księg. A. Prabucki. 159 S.

Żytkowicz, L. Rządy Repnina na Litwie w latach 1794/97. (Die Regierung Repnins in Litauen in den Jahren 1794/97.) Rozprawy Wydz. 3. Towarzystwa Przyjaciół Nauk w Wilnie, t. 10. Wilna 1938.

b) Polen von 1795—1916.

Czerikower, E., Menes, A., Kurski, F.; Rozin, A. [Hg.] Di jidisze socjalistisze Bewegung biz der grindung fun „Bund". (Die jüdische sozialistische Bewungen bis zur Gründung des „Bund".) Szriftn fun jidiszn wisnszaftlechn institut, II band. Historisze szriftn (fun Jiwo), 3. Wilna-Paris 1939. XII+835 S.

Czerniewski, L. Powstanie styczniowe w pamiętnikach i wspomnieniach. (Der Januaraufstand in Denkwürdigkeiten und Erinnerungen.) Biblioteka Dobrych Książek. Serie 2, Bd. V. Łomża 1938. 216 S.

Hulewicz, J. Sprawa wyższego wykształcenia kobiet w Polsce w wieku XIX. (Die Frage der höheren Frauenbildung in Polen im 19. Jh.) Archiwum Komisji do Dziejów Oświaty i Szkolnictwa w Polsce, Nr. 5. Krakau 1939. Polska Akad. Umiejętności. VII+274 S.

Kandziora, K. Działalność P. O. W. w Poznaniu. (Die Tätigkeit der Polnischen Geheimen Militärorganisation in Posen.) Warschau 1939. Instytut J. Piłsudskiego poświęcony Badaniu Najnowszej Historii Polski. 238 S.

Kieniewicz, St. Adam Sapieha [1828—1903]. Lemberg 1939. Wyd. Zakł. Narodowy im. Ossolińskich. X+474 S.

Konarzewski, Z. Z przeszłości „Czasu". (Aus der Vergangenheit des „Czas".) Biblioteczka „Czasu", Nr. 15. Warschau 1939. 39 S.

Kubicki, P. Bojownicy kapłani za prawę Kościoła i Ojczyzny w latach 1861/1915. Materiały z urzędowych świadectw władz rosyjskich... Cz. 3. uzupełniająca pierwsza dwie. T. I. (Priester als Kämpfer für die Sache der Kirche und des Vaterlandes in den Jahren 1861/1915. Materialien aus den amtlichen Zeugnissen der russischen Behörden . . . Teil 3. Ergänzungen zu den ersten beiden. Bd. I.) Sandomir 1939. Selbstverlag. XXXIX+511 S.

Lissowski, Cz. Powstanie styczniowe w Ziemi Dobrzyńskiej. (Der Januaraufstand im Dobriner Land.) Płock 1938. Selbstverlag und Rada Pow. w Rypinie. 226 S.

Mełoch, M. Sprawa włościańska w powstaniu listopadowym. (Die Bauernfrage im Novemberaufstand.) Warschau 1939. G. W. 176 S.

Mężyński, K. Rosja w wykładach paryskich Mickiewicza. (Rußland in den Pariser Vorlesungen Mickiewiczs.) Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk. Prace Komisji Filologicznej, t. 10. Posen 1938. 376 S.

Prauziński, L., Ulrich, A. W marszu i w bitwie. Szlakiem powstańców wielkopolskich 1914/20. (Auf dem Marsch und in der Schlacht. Auf dem Wege der großpolnischen Aufständischen 1914/20.) Posen 1939. Księgarnia św. Wojciecha. 231 S.

Skałkowski, A. Współpracownik Marcinkowskiego. (Ein Mitarbeiter Marcinkowskis.) Życiorysy zasłużonych Polaków XVIII i XIX wieku. Posen 1938. Wyd. Zarząd Miejski w Poznaniu. 39 S.

Windakiewicz, St. Romantyzm w Polsce. (Die Romantik in Polen.) Krakau 1937. Gebethner u. Wolf. VI+322 S.

Życioris powstańca z 1863 r. [Borzobohaty.] (Lebensbeschreibung eines Aufständischen des Jahres 1863.) Wilna 1938. 15 S.

c) Polen seit 1916.

Album pamiątkowy powstańców i niepodległościowców Ziem Zachodnich R. P. 1918/21. (Gedenkbuch der Aufständischen und der Freiheitskämpfer der Westgebiete der Republik Polen 1918/21.) Nr. 4. Posen 1938. Nakł. Wydawn. Albumu Pamiątkowego Powst. Ziem Zach. VIII+31 S.

Burski, A. Marszałek Eduard Śmigły-Ryds. Warschau 1939. Selbstverlag. 48 S.

Kalendarz Niepodległości. (Kalender der Unabhängigkeit.) [1914—1939.] Warschau 1939. M. Arct. 366 S.

(Krzywicki.) Ludwik Krzywicki. Praca zbiorowa poświęcona jego życiu i twórczości. (L. K. Sammelschrift über sein Leben und Schaffen.) Warschau 1938. CXXXVI+349 S.

Łakomy, L. Czasopismo „Powstaniec“ w latach 1919/21. (Die Zeitschrift „Powstaniec“ [Der Aufständische] in den Jahren 1919/21.) Instytut Śląski. Komunikat, Ser. III, Nr. 36. Kattowitz 1938. 6 S.

Materiały do historii powstania wielkopolskiego 1918/19. (Materialien zur Geschichte des großpolnischen Aufstandes 1918/19.) Red. T. Jabłoński. Posen 1938. Dowództwo Okręgu Nr. 7. 193 S.

Papée, St. Dwadzieścia lat Rzeczypospolitej Polskiej, 1918/38. (Zwanzig Jahre Republik Polen.) Lemberg 1938. Pań. Wydaw. Książ. Szkol. 238 S.

Składkowski-Sławoj, F. Z walk Pierwszej Brygady. (Von den Kämpfen der I. Brigade.) Biblioteczka Uniw. Ludowych, Nr. 267. Warschau 1939. G. W. 225 S.

Sobociński, L. Zbrojne walki Pomorza w latach 1918—1920. (Die Kämpfe Pommerellens in den Jahren 1918/20.) Thorn 1938. 76 S.

Waligóra, B. Walka o Wilno. Okupacja Litwy i Białorusi w 1918/19 r. przez Rosję Sowiecką. (Der Kampf um Wilna. Die Besetzung Litauens und Weißrußlands in den Jahren 1918/19 durch Sowjetrußland.) Biblioteczka Wileńska, Nr. 9. Wilna 1938. Zarząd Miejskie w Wilnie. 476 S.

Waśkow-Wyszomirski Wł. Na zakrętach historii. Rzecz o 3 Korpusie Wojsk Polskich na Wschodzie. (An der Wende der Geschichte. Über das 3. Korps der polnischen Truppen im Osten.) Kattowitz 1938. Selbstverlag. 42 S.

Wojciechowski, St. Moje wspomnienia. (Erinnerungen.) T. I. Lemberg 1938. Książnica Atlas. 367 S.

Wróblewski, Cz. Moja praca w Sejmie. (Meine Arbeit im Sejm.) Sączkowo 1938. Selbstverlag. 19 S.

Zbiór traktatów Rzeczypospolitej Polskiej. (Sammlung der Verträge der Republik Polen.) 1938, 1. Warschau 1938. 68 S.

VI. Slowakei.

Rapant, D. Slovenské povstanie roku 1848/9. (Der Slowakenaufstand 1848/9.) Bd. I. Der slowakische Frühling 1848. Teil 1. Geschichte. Teil 2. Dokumente. Turz St. Martin 1937. Matica slovenská XIX+404, 487 S.

VII. Ungarn.

Ákosfalvi Szilágyi, L. A székely nemesi rendi társadalom. (Der Szekler Adel.) Budapest 1937. 88 S.

Domanovszky, G. v. Steppenvölker und Germanen. Officina Hungarica 3. Budapest 1938. Officina. 27+32 S.

Elekes, D. Budapest szerepe Magyarország szellemi életében. (Budapests Rolle im geistigen Leben Ungarns.) Budapest 1938. Bp. Székesfőváros Statisztikai Hivatala. 241 S.

Endes, M. Csik-, Gyergyó-, Kászon- székek (Czik-megye) földjének és népének története 1918-ig. (Geschichte von Land und Bevölkerung in den Kreisen Csik, Gyergyó, Kászon [Komitat Csik, Siebenbürgen] bis 1918). Budapest 1937. Selbstverlag. 633 S.

Farkas, Gy. Az asszimiláció kora a magyar irodalomban. (Das Zeitalter der Assimilation in der ungarischen Literatur.) Budapest 1938. A Magyar Történelmi Társulat Kiadása (Franklin). 303 S.

Gyóni, M. Magyarország és a Magyarság a bizánci források tükrében. (Ungarn und das Ungartum im Spiegel der byzantinischen Quellen. [M. dtsch. Zusfassg.]). Budapest 1938. 120 S.

Hóman, B. Gli Angiovini di Napoli in Ungheria. 1290—1403. Rom 1938. 580 S.

Hóman, B. Művelődéspolitika. (Kulturpolitik.) Budapest 1938. Magyar Történelmi Társulat. 677 S.

Hóman, B. Történetírás és forráskritika. (Geschichtsschreibung und Quellenkritik.) Budapest 1938. Magyar Történelmi Társulat. 791 S.

Horváth, J. A milleniumtól Trianonig. 25 év Magyarország történetéből. 1896—1920. (Von der Jahrtausendfeier bis nach Trianon. 25 Jahre ungarische Geschichte.) Budapest [1938]. Szent István Társ. 295 S.

Huss, R. Die Erstürmung der Burg Ofen und die Befreiung Ungarns von der Türkenherrschaft. (Volksbücherei der Neuen Heimatblätter, 1.) Budapest 1936. Kultura. 125 S.

Kardos, T. Kálti Márk képes krónikája. (K. M.s illustrierte Chronik.) Budapest 1938. Officina. 78 S.

Kornis, J. Le cardinal Pazmany (1570—1637). Paris 1937. Assoc. G. Budé. 76 S.

Miskolczy, Gy. A kamarilla a reformkorszakban. (Die Kamarilla im Reformzeitalter.) Budapest 1938. Franklin. 228 S.

[Szentpétery, I.] Emlékkönyv Sz. I. születése hatvanadik évfordulójának ünnepére. (Gedenkbuch zur Feier des 60. Geburtstages I. Sz.s.) Budapest 1938. 581 S.

Thirring, G. Magyarország népessége II. József korában. (Die Bevölkerung Ungarns zur Zeit Josefs II.) Budapest 1939. A Magyar Tudományos Akadémia Kiadása. 192 S.

VIII. Südosten.

Bošković, R. J. Dnevnik sa puta iz Carigrada u Pol'sku. (Giornale di un viagio da Costatinopoli in Polonia. Sub.) (1762 godine.) Hg. D. Nedel'ković. Belgrad 1937. Druck Rajković. 144 S.

Bratianu, G. I. Études Byzantines d'histoire économique et sociale. Universitatea Mihaileana din Jaşi, Studii de istorie generala publ. sub ingrijirea d-lui G. I. Bratianu, 4. Paris 1938. P. Geuthner. 294 S.

Busch-Zantner, R. Agrarverfassung, Gesellschaft und Siedlung in Südosteuropa. Unter besonderer Berücksichtigung der Türkenzeit. (Leipziger Vierteljahresschrift f. Südosteuropa, Beih. 3.) Leipzig 1938. Harrassowitz. VIII+158 S.

Emmanuel, I. S. Histoire des Israélites de Salonique. T. 1; Supplement: Histoire de l'Industrie des Tissus des Israelites de Salonique. Paris 1937. Lipschutz. 320+68 S.

Kalomenopoulos, N. Ἡ διπλωματία τῆς Ἑλληνικῆς Αὐτοκρατορίας το Βυζαντίου (Die Diplomatie des oströmischen (byzantinischen) Kaiserreiches.) Athen, Blaston 1938. 128 S.

Stojanović, M. D. The great powers and the Balkans. 1875—1878. London 1939. 308 S.

Wittek, P. The Rise of the Ottoman Empire. (Royal As. Soc. Monographs XXII.) London 1938. Royal Asiat. Soc. VII+54 S.

a) Südslawien.

Braković, J. Porijeklo i kratak pregled vladavine dinastije Obrenovića. (Abstammung und kurze Übersicht über die Regierung der Dynastie der Obrenovići.) Prijepolje 1938. Selbstverlag. 100 S.

Braković, J. Porijeklo i vladavina dinastije Karađorđevića. (Abstammung und Regierung der Dynastie der Karageorgiević.) Prijepolje 1938. Selbstverlag. 420 S.

Čubrilović, V., Ćorović, V. Srbija od 1858 do 1903 godine. (Serbien von 1858 bis 1903.) Srpski narod u XIX veku, Bd. 3. Belgrad 1938. 196 S.

Grebenac, S. Kroz istoriju Srba. Kralj Milan i njegovo doba. (Durch die Geschichte Serbiens. König Milan und seine Zeit.) Belgrad 1938. Cvijanović. 158 S.

Gunjača, Stjepan. Topografska pitanja na teritoriju stare Cetinske Županije s ekskursima o ubikaciji Setovije i Tiluriuma. (Topographische Fragen im Gebiete der alten Cetiner Pfarrei mit Exkursen über die Lage von Setovija und Tilurium.) Split 1937. Izdanje „Bihaća". 46 S. (Diss. Zagreb.)

Ivšić, M. Razvitak hrvatskog društva u drugoj polovici 19. stoljeća. (Entwicklung der kroatischen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jh.s.) Zagreb 1936. 42 S.

Jovanović, J. M. Borba za narodno ujedinjenje od 1903 do 1908. (Der Kampf um die völkische Einheit 1903—1908.) Srpski narod u XIX veku, 10. Belgrad 1937. 160 S.

Kovijanić, R. Juhoslovanska jednota. (Jugoslawische Einheit.) Publikácie Rol'nikej osvety v Bratislave. Ročnik 1936, svázok 2. Preßburg 1936. 184 S.

Naselja i porijelkoo stanovništna. Colonisations et origines des habitants. Hg. I. Franić. Belgrad 1937.

Skarić, V., Nuri-Hadžić, O., Stojanović, U. Bosna i Hercegovina pod austro-ugarskom upravom. (Bosnien und Hercegovina unter österreich-ungarischer Herrschaft.) Belgrad 1938. Kon. 166 S.

Solovjev, A. Paštrovske isprave XVI—XVIII veka. (Die Urkunden von Paštrović aus dem 16.—18. Jh.). Srpska Kraljevska Akademija, Spomenik 84 (Drugi rasred 66). Belgrad 1936. 45 S.

Spomenica dvadesetpetogodišnjice oslobođenja Južne Srbije 1912—1937. (Gedenkbuch anläßlich des 25. Jahrestages der Befreiung Südserbiens.) Skoplje 1937. Rom. proslave osl. Južne Srbije. XIV+106 S.

Srkulj, St. Hrvatska Povijest u Devetnaest karata. (Historischer Atlas zur kroatischen Geschichte.) Zagreb 1937. Tipografija. 86 S.

Stare srpske biografije XV i XVII veka: Džamblak, Konstantin, Pajsije. (Die alten serbischen Biographien des 14. und 17. Jahrhunderts: Camblak, Konstantin, Pajsije.) Hg. L. Mirković. Srpska Književna Zadruga. Kolo XXXIX, knjiga 265. Belgrad 1936 XX+164 S.

Stranjaković, D. Srbija od 1834 do 1858 godine. (Serbien von 1834 bis 1858.) Srpski narod u XIX veku, Bd. 2. Belgrad 1937. 135+3 S.

Tomašić, D. Politički razvitak Hrvata. (Die politische Entwicklung der Kroaten.) Zagreb 1938. Hrvatska knjiž. nakl. neovisnih književnika, K. Grasz. 224 S.

Turković, M. Die Domäne Kutjevo von 1232 bis zur Jetztzeit. Sušak 1937. 7 S.

Turković, M. Die ehemalige kroatisch-slavonische Militärgrenze. 2. Aufl. Sušak 1937. Selbstverlag. 227 S.

v. Vietinghoff-Scheel, O.-H. Die politisch entscheidenden Verträge des Königreichs Jugoslawien nach dem Weltkriege. Berlin 1938. Brandenburgische Buchdruckerei u. Verlagsanstalt. 112 S.

Vinski, Z. Die südslavische Großfamilie in ihrer Beziehung zum asiatischen Großraum. Ein ethnologischer Beitrag zur Untersuchung des vaterrechtlich-großfamilialen Kulturkreises. Zagreb 1938. Kugli. 100 S.

Yougoslavie: Chronologie des événements politiques et économiques 1918—1936. Hg. A. Yovanovitch. Paris 1938. Inst. Intern. de Coopération Intellectuelle. 54 S.

b. Bulgarien.

Bulgaria: Chronology of political and economic events 1918—1936. Hg. D. Mischaykoff. Paris 1938. Inst. Intern. de Coopération Intellectuelle. 120 S.

Deliradev, P. Rodopiti kato selistna oblast i planinska sistema. Istorisko geografski očerk. (Die Rhodopen als Siedlungsgebiet und Gebirgssystem. Historisch-geographische Skizze.) Sofia 1937. 127 S.

Doncev, N. L'Italia e le sue influenze nella letteratura Bulgara. Rom 1938. Istituto per l'Europe orientale. 50 S.

Dujčev, I. Il cattolicesimo in Bulgaria nel sec. XVII secondo i processi informativi sulla nomina dei vescovi cattolici. Appendice Ciro Giannelli: Petar Zlojutrić primo vescovo dei Bulgari cattolici (1601—1623) in una supplica inedita dei suoi fedeli. (Orientalia Christiana Analecta, 111.) Rom 1937. Pont. inst. orient. stud. 204 S.

Galabov, G. D. Osmano-turski izvori za bŭlgarskata istorija, svezka 1. (Sources osmano-turques pour l'histoire bulgare. Bd. I: Quelques anciens documents officiels turcs concernant les Voinigans.) Sofia 1938. 69 S.

Kepov, I. Bălgarskata obštestvenost prez X vek. (Die bulgarische Gesellschaft im 10. Jh.) Sofia 1938. Danov. 86 S.

Kostoff, B. La Bulgarie et le pacte balkanique. Plewna 1938. Selbstverlag. 137 S.

Mincev, D. N. Bulgarii din Besarabia de sud. (Bulgaren aus Südbessarabien.) Konstanza 1938. „Grafica Moderna". 18 S.

Stanev, N. Histoire chronologique de la Bulgarie. Sofia 1938. Société slave en Bulgarie. 118 S.

c) Rumänien.

Andreescu, C. J. u. Stoide, C. A. Stefăniță Lupu, domn al Moldovei (1659—1661). (Stefăniță Lupu, Fürst der Moldau 1659—1661.) Bukarest 1938. Fundația Regele Carol I. 198 S.

Arion, D. C. Cnejii (chinejii) români. Contributiuni la studiul lor. (Die Knesen. Beiträge zu ihrem Studium.) Bukarest 1938. Revista geniului. 239 S.

Balan, T. Documente bucovinene. (Buchenländer Urkunden.) Bd. 4, 1720—1745. Tschernowitz 1938. Tip. Mitropolitul Silvestru. 299 S.

Balan, T. Rolul lui Vasile Bodnarescu în preajma Unirii. (Die Rolle des V. B. am Vorabend der Einigung.) Tschernowitz 1938. Tip. Mitropolitul Silvestru. 44 S.

Bănescu, N. Bizanțul și romantitatea dela Dunărea-de-jos. (Byzanz und die Romanität an der unteren Donau.) Bukarest 1938. Monitorul Oficial. 40 S.

Bogdan, D. P. Diplomatica slavo-română din sec. XIV și XV. (Die slawisch-rumänische Diplomatik im 15. und 16. Jh.) Bukarest 1938. Monitorul Oficial. 184 S.

Diaconescu, E. Românii și marile puteri după congresul dela Berlin până la 1914. (Die Rumänen und die Großmächte vom Berliner Kongreß bis 1914.) Jași 1937. Presa bună. 88 S.

Diamandi-Aminceanul, V. Românii din penisula balcanică. (Die Rumänen der Balkanhalbinsel.) Bukarest 1938. Tiparul Universitar. 262 S.

Jorga, N. Istoria Românilor. Vol. 9. Unificatorii. (Geschichte der Rumänen. Bd. 9: Die Vereiniger.) Văleni-de-Munte 1938. Datina Românească. 402 S.

Jorga, N. L'origine et la patrie première des Roumains. Văleni-de-Munte 1938. Datina Românească. 40 S.

Jorga, N. Românismul în trecutul Bucovinei. (Der rumänische Gedanke in der Vergangenheit des Buchenlandes.) Văleni-de-Munte 1938. Datina Românească. 426 S.

Lupaş, J. Istoria Românilor. (Geschichte der Rumänen.) Bukarest 1938. Fundaţia „Principele Carol". 408 S.

Metamorphosis Transsilvaniae, 1918—1936. Klausenburg 1937. Új Transsilvania. 203 S.

Meteş, E. La vie menée par les Roumains en Transylvanie du XVI-e au XVIII-e siècle. Bukarest 1938. Monitorul Oficial. 78 S.

Mihu, J. Spicuiri din gândurile mele. (Ährenlese aus meinen Gedanken.) Hg. S. Dragomir. Bukarest 1938.

Nano, F. C. Condica tratatelor şi a altor legăminte ale României 1354—1937. (Sammelbuch der Verträge und der andern Abschlüsse 1354—1937.) Bukarest 1938. Monitorul Oficial. 354 S.

Nistor, J. Amintiri răsleţe din timpul unirii. (Verstreute Erinnerungen aus der Zeit der Vereinigung.) Tschernowitz 1938. Glasul Bucovinei. 512 S.

Nistor, J. J. Bucovina sub dominaţiunea românească. La 20 de ani dela Unire. (Das Buchenland unter rumänischer Herrschaft. Zur Zwanzigjahrfeier der Vereinigung.) Tschernowitz 1938. Glasul Bucovinei. 64 S.

Panaitescu, P. P. Cum au ajuns Bucureşti Capitala Ţării? (Wie wurde Bukarest Landeshauptstadt?) Bukarest 1938. Monitoriul Oficial. 16 S.

Panaitescu, P. P. Documente slavo-române în Sibiu. 1470—1653. (Slawisch-rumänische Urkunden in Hermannstadt. 1470—1653.) Acad. Rom. Studii şi cercetări. Bukarest 1938. Monitorul Oficial. 44 S.

Petranu, C. L'art roumain de Transylvanie. Vol. I: Texte. Extrait de „La Transylvanie". Bukarest 1938. 96 S.

Popa-Lisseanu. Brodnicii. Text, traducere şi comentarii. (Die Brodniks. Texte, Übersetzungen und Kommentare.) Quellen zur rumänischen Geschichte, Bd. 12. Bukarest 1938. VII+87 S.

Popescu-Spineni, M. România în istoria cartografiei până la 1600. (Rumänien in der Geschichte der Kartographie bis zum Jahre 1600.) Bd. 1 u. 2. Bukarest 1938. Monitorul Oficial.

Tsioran, G. Σχέσεις τῶν ῥουμανικῶν χωρῶν μετὰ τοῦ Ἄθω καὶ δὴ τῶν μονῶν Κουτλουμουσίου, Λαύρας, Δοχειαρίου καὶ Ἁγίου Παντελεήμονος ἢ τῶν Ῥώσων. (Beziehungen der rumänischen Länder zum Athos und besonders zu den Klöstern: Kutlumusion, Laura, Docheiarion und zum hl. Panteleimon oder Russenkloster.) Texte und Forschungen zur byz.-neugr. Philologie (25). Athen 1938. 303 S.

Turtureanu, C. In vâltoarea războiului (1914—1919). Amintiri. (Im Strudel des Weltkrieges 1914—1919. Erinnerungen.) Tschernowitz 1938. Litera Românească. 171 S.

Veress, A. Documente privitoare la istoria Ardealului, Moldovei şi Ţării Româneşti. Vol. X. Acte şi scrisori (1637—1660). (Akten zur Geschichte Siebenbürgens, der Moldau und der Walachei. Bd. 10. Akten und Briefe 1637—1660.) Bukarest 1938. Fundaţia Regele Carol I. XVI+386 S.

Vulpe, R. Dobrogea meridională în antichitate. (Die Süddobrudscha in der Antike.) Tschernowitz 1938. Glasul Bucovinei. 52 S.

d) Albanien.

Redlich, M. D. A. Albania yesterday and today. Worcester, Mass. 1936. The Albanian Messenger. XVI+269 S.

Strachey-Barnes, J. Half a life left. [Albanien seit 1912.] London 1938. Eyre-Spottiswoode. 329 S.

IX. Der deutsche Osten.

Aubin, F. Zur Erforschung der deutschen Ostbewegung. (Deutsche Schriften z. Landes- u. Volksforsch., Bd. 2.) Breslau 1939. VI+98 S.

Beer, H. Aus Alt-Kronstadt. Kultur und sonstige Kuriosa, Rechtspflege, ein Mosaik von Sitten und Gebräuchen und besonderen Begebenheiten. Kronstadt 1938. Markusdruckerei. 129 S.

Behrens, E. Deutsche Familiennamen in polnischen und russischen Adelsverzeichnissen des 18. u. 19. Jahrhunderts. (Schriftenreihe Deutsche Sippenforschung in Polen. N.F., H. 4.) Posen 1938. Historische Gesellschaft für Posen. 52 S.

Bizan, S. Powiat i miasto Brodnica w walkach o niepodległość 1914—1920 rok. (Kreis und Stadt Straßburg in den Kämpfen um die Unabhängigkeit 1914/20.) Bd. I. o. O. 1938. 200 S.

Bretholz, B. Brünn: Geschichte und Kultur. Brünn 1938. Rohrer. 326 S.

Depner, M. Das Fürstentum Siebenbürgen im Kampf gegen Habsburg. Stuttgart 1939. XV+331 S.

Gyalókay, J. Az erdélyi hadjárat 1894 nyarán. (Der Siebenbürger Feldzug im Sommer 1849.) Budapest 1938. Franklin. 167 S.

Kętrzyński, W. Aus dem Liederbuch eines Germanisierten 1854/62. Lemberg 1938. Zakład Narod. im. Ossolińskich. 134 S.

Lutz, A. Die ersten deutschen Siedler in Ungarn nach der Türkenherrschaft. Eine Darstellung nach Quellen. Graz 1938. Selbstverlag. 23 S.

Lux, G. Nyelvi adatok a délszepesi és dobsinai német nép településtörténetéhez. (M. dtsch. Zusfassg.: Sprachliche Beiträge zur Siedlungsgeschichte der Deutschen in der Südzips und in der Dobschau.) Felvidéki tudományos Társaság Kiadványai 1, 5. Fünfkirchen 1938. Dunántúl. 110 S.

Mikó, J. Az erdélyi kérdés európai közvelemény előtt. Chestiunea Transilvaniei înaintă opiniei publice europene. La question de Transylvanie devant l'opinion européenne. Die siebenbürgische Frage vor der öffentlichen Meinungen Europas. 1865—1920. Lugosch (Lugoj) 1936. Husveth & Hoffer. 47 S.

Milleker, F. Geschichte des Schulwesens im Banat vor 1716. Banater Bücherei, Nr. 60. Werschetz 1937. Kirchner. 15 S.

Milleker, F. Versuch einer Ansiedlung von Spaniern im Banat. (Banater Bücherei, Nr. 59.) Werschetz 1937. Kirchner. 12 S.

Podea, J. Monografia județului Brașov. (Monographie des Komitates Kronstadt.) Bd. 1. Kronstadt 1938. Astra. 304 S.

Schmidt, G. Das Eindringen der hochdeutschen Schriftsprache in der Rigaschen Ratskanzlei. Riga 1938. Gesellschaft f. Geschichte und Altertumskunde zu Riga. VIII+88+3 S.

Thimme, H. Kirche und nationale Frage in Livland während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Königsberg 1938. Ost-Europa-Verlag. 143 S.

Türcke, K. E. Frhr. v. Das Schulrecht der deutschen Volksgruppen in Ost- und Südosteuropa. (Beiträge zum ausländ. öffentl. Recht und Völkerrecht, 25.) Berlin 1938. Carl Heymann. XII+710 S.

Richter, F. Preußische Wirtschaftspolitik in den Ostprovinzen. Der Industrialisierungsversuch des Oberpräsidenten von Goßler in Danzig. Königsberg (Pr.) 1938. Ost-Europa-Verlag. VIII+180 S.

Rudert, E. A. Deutsch-russische Volkstumsbewegung vor Peter dem Großen. Versuch einer volkstheoretischen Deutung. o. O. 1938. 62 S. (Diss. Jena.)

Schilling, F. Ursprung und Frühzeit des Deutschtums in Schlesien und im Land Lebus. Forschungen zu den Urkunden der Landnahmezeit. Textteil. Leipzig 1938. Hirzel.

Szameitat, K. Die inneren Verhältnisse Österreich-Ungarns während des Jahres 1897 im Spiegel der reichsdeutschen offentlichen Meinung. Würzburg-Aumühle 1938. Triltsch.

Weisenfeld, E. Die Geschichte der politischen Publizistik bei den Siebenbürger Sachsen. Limburg 1938. Limburger Vereinsdruckerei. 143 S. (Diss. Berlin.)

X. Protektorat Böhmen und Mähren. (Tschechen.)

Krofta, K. O Balbínovi dějepisci. (Über die Geschichtsschreibung [Bohuslav] Balbins.) Prag 1938. Melantrich. 63 S.

Lades, H. Die Tschechen und die deutsche Frage. (Erlanger Abhandlg. z. mittl. u. neueren Gesch. N.F., Bd. 1.) Erlangen 1938. XI+324 S.

Raupach, H. Der tschechische Frühnationalismus. Ein Beitrag zur Gesellschafts- und Ideengeschichte des Vormärz in Böhmen. Essen 1939. 155 S.

Verzeichnis der besprochenen Zeitschriften.

Aikakauskirja, Historiallinen	(Hist. Aik.)
Ajakiri, Ajalooline	(Ajal. Ajak.)
Albania, L'	(Alb.)
Analecta Ordinis s. Basilii Magni (Zapysky Čyna sv. Vasylija)	(An. Ord. Bas.)
Analele Dobrogei	(An. Dobr.)
Anuarul Institutului de Istorie Națională	(An. Inst. Ist.)
Archeion, czasopismo naukowe poświęcone sprawom archiwalnym	(Arch.)
Archiv, Körös Csoma	(Kör. Cs. Arch.)
Archiv, Krasnyj	(Kr. Arch.)
Archiv für Landes- und Volksforschung, Deutsches	(Dt. Arch. Ld.-Vk.fsch.)
Archiv Orientální	(Arch. Or.)
Archiv des Vereins für siebenbürgische Landeskunde	(Arch. Ver. sieb. Lkde.)
Archivum Europae centro-orientalis	(Arch. Eur. cent. or.)
Arhivele Basarabiei	(Arh. Bas.)
Arhivele Olteniei	(Arh. Olt.)
Arkisto, Historiallinen	(Hist. Ark.)
Ateneum Wileńskie	(Aten. Wil.)
Balkans, Les	(Balk.)
Baltic and Scandinavian Countries	(Balt. Scand. Coun.)
Balticoslavica	(Balticosl.)
Beiträge zur Kunde Estlands	(Beitr. Kd. Estl.)
Biblioteka, Bŭlgarska Istoričeska	(Bŭlg. Ist. Bibl.)
Biserica ortodoxa romană	(Bis. ort. rom.)
Biuletyn Towarzystwa Przyjaciół Historii Warszawy	(Biul. Tow. Prz. Hist. War.)
Bogoslovlje. Organ pravoslavnog bogoslovskog fakulteta u Beogradu	(Bogosl.)
Bor'ba klassov	(Bor'ba kl.)
Bratislava	(Brat.)
Buletinul comisiunii monumentelor istorice	(Bul. com. mon. ist.)
Bulletin d'Information des sciences historiques en Europe orientale	(Bull. Inf. Eur. Or.)
Bulletin du Musée de Géorgie	(Bull. Mus. Géorg.)
Bulletin de la section historique (Académie roumaine)	(Bull. sect. hist.)
Byzantinoslavica	(Byz. sl.)
Byzantion	(Byz.)
Carpatica	(Carp.)
Časopis, Český, Historický	(Čes. čas. hist.)
Časopis, Jugoslovenski istoriski	(Jug. ist. čas.)
Časopis matice moravské	(Čas. mat. mor.)
Časopis narodního Musea	(Čas. nar. mus.)
Časopis za zgodovino i narodopisje	(Čas. zgod. nar.)
Caucase, Le	(Cauc.)
Cercetări istorice	(Cerc. ist.)
Codrul cosminului	(Codr. cosm.)
Croatia sacra	(Cro. sacra.)
Dacia istorică	(Dacia ist.)
Diturija	(Dit.)

Échos d'Orient	(Échos d'Or.)
Erdély Muzeum	(Erd. Muz.)
Etnolog. Zbornik za istoriju Južne Srbije	(Etnolog)
Eurasia Septentrionalis	(Eur. Sept.)
Europa, L', Orientale	(Eur. Or.)
Forschungen, Altpreußische	(Altpr. Forsch.)
Forschungen, Südostdeutsche	(Südostd. Forsch.)
Georgica	(Georg.)
Germanoslavica	(Germ. slav.)
Geschichtsblätter, Hansische	(Hans. Gbl.)
Glasnik etnografskog muzeja u Beogradu	(Gl. etn. muz. Beog.)
Glasnik istoriskog društva u Novom Sadu	(Gl. ist. dr. Nov. Sa.)
Glasnik jugoslovenskog profesorskog društva	(Gl. jug. prof. dr.)
Glasnik muzejskega društva za Slovenijo	(Gl. muz. dr. Slov.)
Glasnik skopskog naučnog društva	(Gl. sk. nauk. dru.)
Glasnik srpske pravoslavne patriaršije	(Gl. srp. prav. patr.)
Glasnik zemaljskog muzeja za Bosnu i Hercegovinu	(Gl. zem. muz. Bos. Herc.)
Godišnjica Nikole Čupića	(God. Nik. Čup.)
Hairenik	(Hair.)
Heimatblätter, Neue	(Neue Heimatbl.)
Hitel	(Hitel)
Illyria	(Ill.)
International Affairs	(Int. Af.)
Islam, Der	(Islam)
Istorik Marksist	(Ist. Mark.)
Izglītības Ministrijas Menešraksts	(Izgl. Min. Men.)
Izvestija Akademii Nauk SSSR.	(Izv. Ak. Nauk)
Izvestija na archeologičeski institut	(Iz. arch. inst.)
Izvestija na etnografski muzej	(Izv. etn. muz.)
Izvestija na istoričesko družestvo	(Izv. ist. dr.)
Jahrbuch, Elbinger	(Elb. Jb.)
Jahrbuch, Schlesisches	(Schles. Jb.)
Jahrbücher, Byzantinisch-neugriechische	(Byz.-neugr. Jb.)
Jahrbücher, Ungarische	(Ung. Jb.)
Jaña Millī Jul	(Jaña Millī Jul)
Jaš Turkestān	(Jaš Turk.)
Journal Asiatique	(Journ. As.)
Journal of the Royal Asiatic Society	(Journ. R. As. Soc.)
Kaukasus	(Kauk.)
Kavkaz	(Kavk.)
Közlemények, Levéltári	(Lev. közl.)
Közlemények, Nyelvtudományi	(Nyelvt. közl.)
Kronika Miasta Poznania	(Kron. Poz.)
Kronika Ruchu Revolucyjnego w Polsce	(Kron. Ruch. Rew.)
Kultúra	(Kult.)
Kurtuluş	(Kurt.)
Kwartalnik Historyczny	(Kwart. Hist.)
Kyrios	(Kyr.)

Latvijas vēstures institūta žurnāls	(Latv. věst. inst. žurn.)
Leka	(Leka)
Letopis matice srpske	(Let. mat. srp.)
Memorille secţiunii istorice (Academia Română)	(Mem. secţ. ist.)
Misŭl, Bŭlgarska	(Bŭlg. Mis.)
Mitteilungen aus der baltischen Geschichte	(Mitl. balt. Gesch.)
Mitteilungen aus dem Baron Brukentalischen Museum	(Mitl. Bruk. Mus.)
Mitteilungen des Burzenländer Sächsischen Museums	(Mitl. Burz. Mus.)
Mitteilungen des Coppernikusvereins in Thorn	(Mitl. Copp. Ver.)
Mitteilungen der Deutschen Akademie	(Mitl. Dt. Ak.)
Mitteilungen des Österreichischen Instituts für Geschichtsforschung	(Mitl. Öst. Inst. Gesch.)
Mitteilungen des Vereins für die Geschichte von Ost- und Westpreußen	(Mitl. Ver. Gesch. Ost-Westpr.)
Monatshefte, Baltische	(Balt. Mon.)
Monatshefte, Berliner (Kriegsschuldfrage)	(Berl. Mon.)
Monatshefte, Deutsche, in Polen	(Dt. Mon. Pol.)
Monde, Le, Slave	(Monde Sl.)
Mūsų Senovė	(Mūs. Sen.)
Niepodległość	(Niepodległość)
Orientalia Christiana Periodica	(Or. Chr. Per.)
Oriente moderno	(Or. mod.)
Osteuropa	(Osteur.)
Perpjekja i shqyptare	(Perpj. shq.)
Pregled, Filosofski	(Fil. pregl.)
Pregled Makedonski	(Mak. Pregl.)
Pregled, Učilisten	(Uč. pregl.)
Přehled, Slovanský	(Slov. přehl.)
Prilozi za književnost, jezik, istoriju i folklor	(Pril. knjiž., jez., ist.)
Problemy istorii dokapitalističeskich obščestv	(Prob. ist. dok. obšč.)
Przegląd Archeologiczny	(Przeg. Arch.)
Przegląd Historyczny	(Przeg. Hist.)
Przegląd Historyczno-Wojskowy	(Przeg. Hist. Wojsk.)
Przewodnik Historyczno-Prawny	(Przew. Hist. Praw.)
Rad jugoslavenske akademije znanosti i umjetnosti	(Rad. jugosl. ak.)
Reformacja w Polsce	(Ref. Pol.)
Review, American Historical	(Am. Hist. Rev.)
Review, English Historical	(Engl. Hist. Rev.)
Review, Slavonic	(Slav. Rev.)
Revija, Hrvatska	(Hrv. rev.)
Revista institului social Banat-Crişana	(Rev. inst. soc. Banat-Crişana.)
Revista istorică	(Rev. ist.)

Revista istorică română	(Rev. ist. rom.)
Revue des études hongroises	(Rev. ét. hongr.)
Revue des études slaves	(Rev. ét. sl.)
Revue d'histoire de la guerre mondiale	(Rev. guer. mond.)
Revue d'histoire de la philosophie et d'histoire générale de la civilisation	(Rev. hist. phil. hist. gén. civ.)
Revue historique	(Rev. hist.)
Revue historique du Sud-Est Européen	(Rev. hist. Sud-Est Eur.)
Revue internationale des études balkaniques	(Rev. ét. balk.)
Revue, Nouvelle, de l'Hongrie	(Nouv. Rev. Hongr.)
Revue de l'orient chrétien	(Rev. or. chr.)
La Revue de Prométhée	(Rev. Prom.)
Revue de Transylvanie	(Rev. Trans.)
Rivista Storica	(Riv. Stor.)
Rocznik Gdański	(Rocz. Gd.)
Rocznik Krakowski	(Rocz. Krak.)
Rocznik Tatarski	(Rocz. Tat.)
Rocznik Wołyński	(Rocz. Woł.)
Roczniki dziejów społecznych i gospodarczych	(Rocz. dz. społ. gosp.)
Roczniki Historyczne	(Rocz. Hist.)
Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu	(Rocz. Tow. Nauk Tor.)
Roczniki Towarzystwa Przyjaciół Nauk na Śląsku	(Rocz. Tow. Prz. Nauk Śl.)
Rundschau, Slavische	(Slav. Rdsch.)
Sbornik matice slovenskej	(Sb. mat. slov.)
Seminarium Kondakovianum	(Sem. Kond.)
Senatne un māksla	(Sen. māk.)
Senovė	(Sen.)
Silesian Affairs	(Sil. Af.)
Şimalî Kafkasya (Severnyj Kavkaz)	(Şim. Kafk.)
Sitzungsberichte der Altertumsforschenden Gesellschaft, Pernau	(Sitz.-Ber. Alt. Ges. Pernau)
Sitzungsberichte der Gelehrten Estnischen Gesellschaft	(Sitz.-Ber. Gel. Est. Ges.)
Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde Rigas	(Sitz.-Ber. Ges. Gesch. Altk. Riga)
Slavia	(Slav.)
Slavia Occidentalis	(Slav. Occ.)
Sociologie românească	(Sociol. rom.)
Starina, narodna	(Nar. star.)
Starinar. Organ srpskog arheološkog društva	(Starinar)
Starine jugoslavenske akademije znanosti i umjetnosti	(Starine jugosl. ak.)
Studia Serdicensia	(Stud. Serd.)
Studi albanesi	(Studi alb.)
Studii şi cercetări	(Studii şi cerc.)
Századok	(Száz.)
Szemle, Budapesti	(Bud. szem.)
Szemle, Keleti	(Kel. szem.)
Szemle, Magyar	(Magy. szem.)
Tallinn, Vana	(Vana Tall.)
Ţara Bârsii	(Ţara Bârsii)

Tidskrift för Finland, Historisk	(Hist. Tid. Fin.)
Tidskrift, Svensk Historisk	(Sv. Hist. Tid.)
Trudy po drevnerusskoj literatury	(Trudy drev. russ. lit.)
Tp'ilisi Sak'art'velos Universitetis šromebi	(Tp'il. Sak'. Un. šrom.)
Ukraïns'ka Knyha	(Uk. Kn.)
Vem	(Vem)
Verhandlungen der Gelehrten Estnischen Gesellschaft	(Verh. Gel. Estn. Ges.)
Vierteljahrsschrift, Leipziger, für Südosteuropa	(Leipz. Vjschr. SOE.)
Vierteljahrsschrift, Siebenbürgische	(Sieb. Vjschr.)
Vjesnik etnografskog muzeja u Zagrebu	(Vjesn. etn. muz. Zagr.)
Vjesnik hrvatsko slavonsko-dalmatinskoga zemaljskog arkiva	(Vjesn. zem. ark.)
Volksforschung, Auslandsdeutsche	(Auslandsd. Volksf.)
Vrela i prinosi	(Vrela i prin.)
Welt, Die, des Islams	(Welt Isl.)
Wiadomości Numizmatyczno-Archeologiczne	(Wiad. Num. Arch.)
Zapisi (Cetinje)	(Zap.)
Zapiski, Sovremennyja	(Sov. Zap.)
Zapiski Towarzystwa Naukowego w Toruniu	(Zap. Tow. Nauk. Tor.)
Zapysky Naukovoho Tovarystva im. T. Ševčenka	(Zap. Nauk. Tov. Šev.)
Zbornik za istoriju Južne Srbije i susednih oblasti	(Zbor. ist. Južn. Srb.)
Zeitschrift, Byzantinische	(Byz. Zt.)
Zeitschrift der deutschen Morgenländischen Gesellschaft	(Zt. dt. Morg. Ges.)
Zeitschrift, Deutsche Wissenschaftliche, für Polen	(Dt. Wiss. Zt. Pol.)
Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands	(Zt. Gesch. Altk. Erml.)
Zeitschrift für Kirchengeschichte	(Zt. Kirch. Gesch.)
Zeitschrift für sudetendeutsche Geschichte	(Zt. sud. Gesch.)
Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens	(Zt. Ver. Gesch. Schl.)
Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins	(Zt. Westpr. Gesch.ver.)

5*

Jahrbücher
für
Geschichte Osteuropas

Herausgeber

HANS UEBERSBERGER BERLIN

Jahrgang 4 Heft 3/4 1939

Verlag Priebatschs Buchhandlung Breslau

Inhaber Erich Thiel und Karl-Hans Hintermeier

Redaktionelle Leitung.

Gesamtreferat:

H. Fleischhacker (Berlin), H. Jablonowski (z. Zt. im Felde), i. V. H. Mattiesen.

Fachreferate:

R. Seeberg-Elverfeldt (Lublin): Baltikum.
H. Fleischhacker (Berlin): Rußland.
H. Jablonowski (z. Zt. im Felde): Polen.
G. Stadtmüller (Leipzig): Slowakei, Ungarn, Balkan, Byzanz.
B. Spuler (Göttingen): Orient, Deutscher Osten, übriges Europa.
W. Philipp (Berlin): Bibliographie.

Anschriften des Gesamtreferates und der Berliner Fachreferenten: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 6 (Seminar für osteuropäische Geschichte).
Anschrift des Leipziger Fachreferenten: Leipzig C 1, Universitätsstraße 13 (Südosteuropa-Institut).
Anschrift des Göttinger Fachreferenten: Göttingen, Herzberger Landstr. 42.
Anschrift des Lubliner Fachreferenten: Lublin (Gen.-Gouvernement), Chef des Distrikts, Archivamt.

Alle Anfragen, Aufsätze und Buchbesprechungen sind an den Herausgeber oder das Gesamtreferat zu richten, Korrekturen nach jeweiliger Angabe an die Fachreferenten.

HANS UEBERSBERGER

DAS DEUTSCHE WEISSBUCH ÜBER POLEN

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.
Auswärtiges Amt 1939 Nr. 2. Berlin 1939.

Der Versailler Vertrag hat durch seine Grenzziehung im deutschen Osten die deutsch-polnischen Beziehungen unerträglich belastet. Es war ein Verhängnis für die Polen, daß ihre maßlosen, völlig ungerechtfertigten territorialen Forderungen auf Kosten des Deutschen Reiches durch die Unterstützung der unseligen Friedensmacher, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und auch Englands, ihre Erfüllung fanden, weil vor allem Frankreich sie, die sich als die tausendjährigen Erbfeinde der Deutschen erklärt hatten, als Ersatz für den russischen Bundesgenossen im Osten zur dauernden Niederhaltung Deutschlands zu verwenden gedachte. Die Notwendigkeit der Wiederaufrichtung Polens begründeten also die Polen mit der Erbfeindschaft gegen die Deutschen und mit der Funktion dieses Polens als Mithelfer im Osten an der Niederhaltung Deutschlands. Dafür erhielten sie deutsches Reichsgebiet in einem Umfange abgetreten, wie es völkisch und historisch eine schreiende Ungerechtigkeit darstellte. Die dort wohnenden und die Mehrheit bildenden Deutschen aber wurden sofort mit den brutalsten Mitteln von der Scholle vertrieben oder dem schärfsten Polonisierungszwang unterworfen. Daß hier der nächste Krieg entbrennen müsse, wenn nicht Abhilfe geschaffen würde, war selbst Staatsmännern und der öffentlichen Meinung der Siegermächte schon vom Tage des Friedensschlusses an vollkommen klar.

Das deutsche Weißbuch stellt an die Spitze der Akten einen Auszug aus dem Memorandum des Britischen Premierministers Lloyd George vom 25. März 1919 (Nr. 1), in dem es heißt: „. . . Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2 100 000 Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen . . .".

Selbst der Vorsitzende des Obersten Rates, Clemenceau, mit dem Präsidenten Wilson der eifrigste Förderer der maßlosen polnischen Wünsche, für den es nach seinem eigenen Ausspruche

zwanzig Millionen Deutsche auf der Welt zu viel gab, machte den polnischen Ministerpräsidenten Paderewski darauf aufmerksam, daß die Einverleibung von so vielen Angehörigen anderer Nationalitäten in den polnischen Staat als Gegenleistung die Übernahme bestimmter feierlicher und dauerhafter Verpflichtungen erfordere, die ihnen gewisse wesentliche Rechte der gleichen Behandlung mit den polnischen Staatsbürgern garantieren (Nr 3). Der Abschluß des Minderheitenschutzvertrages zwischen Polen und den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten vom 28. Juni 1919 (Nr. 4) war also die Voraussetzung für die Auslieferung der deutschen Gebiete an Polen. Obwohl die Bestimmungen dieses Vertrages unter die Garantie des Völkerbundes gestellt wurden, hat die Polnische Regierung vom ersten Augenblick an die Bestimmungen dieses Vertrages zum Schaden der deutschen Bevölkerung verletzt. Der Völkerbund und die Garantiemächte aber haben dazu geschwiegen und sich damit der Mittäterschaft an der ständigen Verletzung dieses Vertrages schuldig gemacht. Schon am 20. November 1920 hat die deutsche Regierung eine umfangreiche Liste der deutschen Beschwerden durch den deutschen Gesandten in Warschau überreichen lassen, in der es unter anderem heißt: „Die vorstehende Zusammenstellung erbringt den drückenden Beweis, daß der Deutsche in Polen zur Zeit keineswegs die feierlich zugesagte Gleichberechtigung genießt, daß er vielmehr fast überall geradezu als vogelfrei gilt..." (Nr. 5). Für den polnischen Ministerpräsidenten Sikorski existierte der Minderheitenschutzvertrag überhaupt nicht, für ihn war Polen trotz der 40% nichtpolnischer Bevölkerung ein Nationalstaat und er verkündete am 10. April 1923 im Posener Rathaus, die Regierung werde die Liquidation deutscher Güter und die Entdeutschung der westlichen Wojewodschaften, also Westpreußens, Posens und Oberschlesiens, spätestens binnen eines Jahres rücksichtslos durchführen. Ebenso scharf äußerte er sich gegen Danzig (Nr. 6, 7). Auch der polnische Staatspräsident Wojciechowski richtete einige Monate später in Kattowitz beleidigende Angriffe gegen die deutsche Kultur und Deutschland als Staat. Weit über eine halbe Million Deutscher waren zu diesem Zeitpunkt schon aus den früheren preußischen Provinzen vertrieben worden (Nr. 8). Die polnischen Maßnahmen gegen den deutschen Grundbesitz hatte der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag am 10. September 1923 als „nicht im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der polnischen Regierung stehend" bezeichnet (Nr. 9). Die polnische Regierung wußte aber genau, daß der Völkerbund als Machtinstrument Englands und Frankreichs ihr nicht in den Arm fallen werde, und kümmerte sich um ihre internationalen Verpflichtungen nicht. Die Entdeutschungsmaßnahmen hatten nach eigenen Angaben der Polen bis 1931 schon eine Million Deutscher zur Abwanderung genötigt (Nr. 10). Eine Debatte im britischen Oberhaus vom 15. Juni 1932 zeigte, daß man die Gefahr für den Frie-

den, die aus dieser Mißachtung des Minderheitenvertrages durch die polnische Regierung entsprang, richtig einschätzte, aber die englische Regierung tat nichts, um diese Gefahr durch einen Druck auf die polnische Regierung, sei es durch oder ohne Genf, zu bannen (Nr. 11). Bis zum März 1933 war unter dem Vorwand der Agrarreform der deutsche Grundbesitz im Ausmaße von weit über eine halbe Million Hektar enteignet worden, dazu kam noch staatlicher Besitz und Forstbesitz im Umfang von gleichfalls einer halben Million Hektar. Da 70 bis 80% der deutschen Bevölkerung direkt oder indirekt von der deutschen Landwirtschaft lebten oder als deutsche Angestellte auf Staatsländereien oder Forsten ihr Brot verdienten, bedeutet dies zugleich die Vernichtung einer ganzen Reihe von Einzelexistenzen. Von mehreren tausend deutschen Schulen in Posen und Pommerellen waren bis zu diesem Zeitpunkt nur mehr 222 Schulbetriebe geblieben, davon waren aber auch nur in einem Drittel deutsche Lehrer, in den anderen waren die Lehrer nicht ausreichend der deutschen Sprache mächtig. Durch Untergrabung der wirtschaftlichen Existenzbasis und Vernichtung des kulturellen Besitzstandes sollte die deutsche Minderheit seelisch zermürbt und ihr Widerstand gebrochen werden (Nr. 12).

Wie Polen gegen die deutsche Bevölkerung der abgetrennten Gebiete ohne Rücksicht auf die in Versailles übernommenen Verpflichtungen einen Vernichtungskrieg führte, so geschah dasselbe gegen die Freie Stadt Danzig. Obwohl diese Stadt immer eine rein deutsche war, wurde sie durch den Friedensvertrag nicht nur vom Reiche abgetrennt, sondern durch Auslieferung ihres Verkehrswesens und ihrer Vertretung nach außen an Polen in eine Abhängigkeit von diesem gebracht, die Polen vom ersten Augenblicke an zur Polonisierung und Einverleibung Danzigs auszunützen entschlossen war. Eine Unzahl von polnischen Behörden nahm in Danzig ihren Sitz und ihre Häuser wurden zu wichtigen militärischen Stützpunkten ausgebaut. Die Polen zugestandenen Privilegien im Post- und Eisenbahnwesen wurden skrupellos mißbraucht, so daß Danzig unablässig den Völkerbundskommissar für Danzig und auch den Völkerbundsrat zum Schutz seiner verletzten Rechte anrufen mußte. Polen suchte aber auch durch schärfsten wirtschaftlichen Druck, Unterbindung der Zufuhr von Lebensmitteln aus Polen nach Danzig oder der Danziger Ausfuhr nach Polen, die Freie Stadt zur vollständigen Unterwerfung unter seine Interessen zu zwingen. Dazu kam die einseitige Begünstigung des ad hoc neu eingerichteten Hafens von Gdingen als Konkurrenz gegen den Danziger Hafen, obwohl von polnischer Seite in Versailles die Angliederung Danzigs gerade vom Standpunkt der Notwendigkeit des wirtschaftlichen Ausganges zum Meer verlangt worden war. Von 1926 bis 1932 war der Umschlag des Hafens von Gdingen von 414 005 auf 5 194 287 Tonnen gestiegen, dagegen hatte sich der Danziger Umsatz von 8 559 650 im Jahre 1929 auf

5 476 052 Tonnen im Jahre 1932 vermindert, wobei noch in Rechnung zu ziehen ist, daß es sich in Danzig um geringwertige Massengüter, insbesondere der Kohlenausfuhr, handelt, so daß wertmäßig der Gesamtumsatz sich in Danzig um viel mehr verringert hatte. Der Danziger Hafen war vom Handelshafen zum Speditionshafen herabgesunken (Nr. 25). Dazu kamen noch die militärischen Anlagen auf der Westerplatte, die Polen als militärischen Angriffspunkt auf Danzig unrechtmäßig auszubauen sich bemühte (Nr. 22).

Trotzdem entschloß sich der Führer bald nach der Machtergreifung im Interesse des Friedens Polen die Hand zum Ausgleich zu bieten. Er hat aber dabei vom ersten Augenblicke an keinen Zweifel gelassen, daß er kein besonderes Recht Polens auf Danzig anerkennen könne, wie auch, daß man polnischerseits der Errichtung eines Korridors niemals hätte zustimmen dürfen, denn daraus mußte eine dauernde Spannung zwischen Deutschland und Polen entstehen. Polen hätte den Zugang zum Meer auf der anderen Seite von Ostpreußen suchen müssen. Er hat dies in aller Offenheit dem polnischen Gesandten bei der Aussprache am 2. Mai 1933 gesagt, dabei aber betont, daß er eine leidenschaftslose Prüfung der Deutschland und Polen betreffenden Fragen durch die beiderseitigen Staatsmänner wünsche und überzeugt sei, daß sich dann ein Ausweg aus der unhaltbaren Lage ergeben könnte. Er beabsichtige keine gewaltsame Enteignung polnischen Gebietes, behalte sich aber vor, diejenigen Rechte, die ihm vertragsmäßig zustünden, jederzeit und nach Gutdünken in Anspruch zu nehmen (Nr. 26). Auch als der Marschall Pilsudski seinerseits dem Wunsche Ausdruck verlieh, mit Deutschland freundliche Beziehungen zu pflegen und dies durch unmittelbare Aussprache zu ermöglichen, ließ der Führer darüber keinen Zweifel, daß der Friedensvertrag von Versailles für Deutschland unerträglich sei. Er sei aber im Sinne der Anregung Pilsudskis zu einer Erklärung bereit, daß die deutsche Regierung die Absicht habe, auf eine gewaltsame Lösung der zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen zu verzichten (Nr. 32). Eine beiderseits abgegebene bindende Erklärung sollte an Stelle der sonst üblichen Paktform den politischen Entschluß beider Regierungen nach einem freundschaftlichen Einvernehmen nach außen zum Ausdruck bringen. Dabei wurde deutscherseits klipp und klar erklärt, daß diese Erklärung in keiner Weise die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen in sich schließe (Nr. 33). Man war auch auf deutscher Seite bei der Formulierung darauf bedacht, die Frage der Behandlung der deutschen Minderheit in Polen von einer direkten Aussprache zwischen der deutschen und der polnischen Regierung durch die polnische Flucht hinter die Staatssouveränität nicht ausschließen zu lassen, wie dies durch die polnische Formulierung, „daß unter die Erklärung nicht solche Fragen fallen sollen, welche nach internationalem Recht zur ausschließlichen

Zuständigkeit der Staaten gehören", beabsichtigt war (Nr. 35). Der Ministerialdirektor Dr. Gaus des Auswärtigen Amtes erreichte nun in Verhandlungen mit dem polnischen Gesandten Lipski am 20. Januar 1934 die folgende Fassung: „Die beiden Regierungen stellen fest, daß diese Erklärung sich nicht auf solche Fragen erstreckt, die nach internationalem Recht ausschließlich als innere Angelegenheiten eines der beiden Staaten anzusehen sind." Minderheitenfragen seien zweiffelos keine Fragen, die nach internationalem Recht ausschließlich als innere Angelegenheiten eines Landes angesehen werden können, war die Auffassung des weit über die Grenzen des Reiches hierzu als Autorität bekannten Direktors der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes (Nr. 36). So kam es zum Abschluß der einem Nichtangriffspakt gleichkommenden Erklärung der beiden Regierungen vom 26. Januar 1934. Beide Regierungen kamen dabei überein, unter keinen Umständen zum Zwecke der Austragung von Streitigkeiten zur Anwendung von Gewalt zu schreiten (Nr. 37). Diese Erklärung wurde ratifiziert, die Ratifikationsurkunden wurden in Warschau ausgetauscht. Die Erklärung selbst sollte vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an gerechnet für zehn Jahre gelten.

Nur der Führer besaß die Autorität im deutschen Volke, um es zu einer positiven Einstellung gegenüber Polen zu bringen. Er konnte daher auch erwarten, daß nun auch die Lage der deutschen Volksgruppe in Polen eine gründliche Besserung erfahren werde. Die Feststellung von der tausend Jahre alten Deutschfeindlichkeit des polnischen Volkes, die bei der Durchführung einer deutschfreundlichen Politik in Polen große Schwierigkeiten machen werde, wie Pilsudski noch am 28. November 1933 dem Gesandten von Moltke gegenüber in seltener Aufrichtigkeit geäußert hatte (Nr. 34), sollte aber den Wert der Abmachungen vom Januar 1934 vom ersten Augenblick an beeinträchtigen.

Der Präsident der gemischten Kommission in Kattowitz, Calonder, hatte noch unmittelbar vor dem Abschluß des Januarvertrages den Eindruck, daß die polnischen Provinzialbehörden sich gegen den Verständigungsgedanken innerlich auflehnten und ihn durch ein scharfes Vorgehen gegen die deutsche Minderheit zu sabotieren suchten (Nr. 41). Als Ende März 1934 die Namenliste der im Zuge der Agrarreform zu enteignenden Güter veröffentlicht wurde, waren darunter wieder unter 11 Gütern 10 deutsche (Nr. 42). Es hatte sich also trotz des Verständigungsabkommens nicht das Geringste geändert. Auch sonst zeigten Vorfälle in Pommerellen und Ostoberschlesien, bei denen wieder Deutsche die Leidtragenden waren, daß die Verfolgungen der deutschen Minderheit nicht aufgehört hatten und keinerlei Besserung ihrer Lage eingetreten war. Es wurde von polnischer Seite ganz offen ausgesprochen, man müsse die Zeit der Geltung des deutsch-polnischen Paktes, also die zehn Jahre, dazu benützen,

um die deutsche Minderheit vollständig zu erledigen (Nr. 54), und, wie es gleich nach der Einverleibung des Olsagebietes im Februar 1939 von seiten des Direktors des Westverbandes gesagt wurde, das Terrain für einen künftigen Zusammenstoß vorzubereiten (Nr. 145).

Die polnische Regierung nahm dazu nach Abschluß des Januarabkommens sofort die Gelegenheit wahr, sich der lästigen Fesseln der Polen in Versailles auferlegten Minderheitenschutzbestimmungen, die doch die Voraussetzung der Zuteilung großer Ländergebiete, wie Westpreußens, Posens, Ostoberschlesiens und Ostgaliziens gewesen war, zu entledigen. Auf der Tagung des Völkerbundes in Genf teilte der polnische Außenminister Beck am 13. September 1934 mit, daß Polen in Zukunft jede Zusammenarbeit mit den internationalen Organen bei der Kontrolle der Durchführung des Minderheitenschutzsystems verweigern würde (Nr. 49). Am selben Tage erschien der polnische Gesandte beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, um im Namen des polnischen Außenministers zu erklären, daß die Aufkündigung des Minderheitenvertrages die Beziehungen der polnischen Regierung zu den deutschen Minderheiten in keiner Weise ändere, und daß die polnischen Gesetze in bezug auf die Minderheiten und deren Gleichberechtigung im polnischen Staate aufrecht erhalten blieben. Herr von Bülow machte den Gesandten allerdings gleich aufmerksam, daß die Beschwerden der deutschen Minderheiten in Polen und die endlose Reihe von Prozessen bewiesen hätten, daß die polnischen Gesetze in bezug auf die Minderheiten praktisch nicht ausreichen (Nr. 50). Wenn man auch in Berlin die Garantie des Völkerbundes in dieser Frage praktisch schon längst als wertlos erkannt und auf die Ausnutzung dieser Garantie durch den Austritt aus dem Völkerbund verzichtet hatte, so übersah man doch nicht die prinzipielle Bedeutung des polnischen Schrittes und den Zusammenhang des Minderheitenschutzvertrages mit den territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages (Nr. 51). Der Reichsminister Freiherr von Neurath beauftragte daher auch Herrn v. Moltke, den deutschen Botschafter in Warschau, den polnischen Außenminister daran zu erinnern, „daß in den vom Reich an Polen abgetretenen Gebieten eine große Zahl von Menschen deutschen Stammes lebe, und daß die diesen Menschen zugesicherten Minderheitsrechte ein integrierender Bestandteil der Gesamtregelung von 1919 seien. An dem Schicksal dieser Bevölkerungsteile könne sich Deutschland unmöglich desinteressieren. Ein solches Desinteressement würde im deutschen Volke keinerlei Verständnis finden. Die deutsche Presse habe zwar auf Wunsch der Reichsregierung im Interesse der deutsch-polnischen Beziehungen in der letzten Zeit die Lage der deutschen Minderheit in Polen nur wenig erörtert; das dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß uns das Schicksal der deutschen Volksgenossen und ihre Behandlung durch Staat und Volk in Polen nicht gleich-

gültig sein könne" (Nr. 52). Diese Erklärung der deutschen Reichsregierung, noch nicht zehn Monate nach Abschluß des Verständigungspaktes, hat der polnischen Regierung den Ernst der Lage, der sich aus der Verfolgung der deutschen Minderheit in Polen ergeben könnte, klar und deutlich gemacht. Der deutsche Botschafter hat im Auftrag des Reichsministers ausdrücklich erklärt, daß die deutsche Regierung nicht daran denke, ihr Eintreten für die deutsche Minderheit in Polen in der einen oder anderen Weise zum Hebel für eine Aufrollung von Grenzfragen zu machen. Loyaler konnte man deutscherseits nicht vorgehen. Man ließ aber dabei deutlich erkennen, daß erstens die vielen Beschwerden der deutschen Minderheit doch beweisen, daß die polnischen Gesetze nicht ausreichen und die Praxis der polnischen Behörden den von der polnischen der deutschen Regierung mitgeteilten Absichten nicht entspreche, zweitens daß es der deutschen Regierung nicht darauf ankomme, ob die Minderheit auf Grund internationaler Bestimmungen oder auf Grund autonomer polnischer Gesetzesvorschriften gut behandelt würde, sondern eben daß sie gut behandelt würde (Nr. 52).

Die Zusagen des polnischen Außenministers auf die Vorstellungen des deutschen Botschafters am 19. November 1934 über den Schutz der deutschen Minderheitenrechte erwiesen sich in der Praxis als absolut wertlos. Der Wojewode Grażynski in Ostoberschlesien setzte seine Vertreibung der deutschen Arbeiter aus den Industriebetrieben unbehindert weiter fort, die Beschwerde Freiherrn von Neuraths gegenüber dem polnischen Botschafter und die darauf erfolgte Intervention des polnischen Außenministers bei den innerpolnischen Behörden blieb vollständig ergebnislos (Nr. 56, 57, 61, 63). Ebenso ging die Hetze gegen die Deutschen im Pommerellen und Posen, die Enteignung deutschen Grundbesitzes unbehindert weiter. Der deutsche Botschafter in Warschau wies daher schon im Oktober 1935 darauf hin, daß die Zurückhaltung der deutschen Presse bei der deutschen Minderheit das Gefühl, vom Deutschen Reiche im Stiche gelassen zu werden, bei den Polen aber mangels jeglicher Reaktion in der deutschen Presse den Glauben aufkommen lasse, daß sie sich in ihrem Vorgehen gegen die deutsche Minderheit kaum noch Beschränkungen aufzuerlegen brauchen (Nr. 62).

Die Verfolgungen steigerten sich noch. Im November 1936 mußte Freiherr von Neurath den polnischen Botschafter Lipski darauf aufmerksam machen, daß bei einer Versammlung in Gdingen, an der auch Beamte und sogar Offiziere in Uniform beteiligt waren, abgesehen von Angriffen gegen Deutschland und Danzig auch die Person des Führers in der unerhörtesten Weise beschimpft worden sei (Nr. 67). Die Unterredung des deutschen Botschafters mit Beck und ein Empfang bei dem Marschall Rydz-Smigly (Nr. 68/69), der wohl die berechtigte Verstimmung in Berlin

mildern sollte, förderten aber außer schönen Worten keine Resultate zu Tage. Der polnische Kampf gegen die deutsche Minderheit von der Ostsee bis nach Ostoberschlesien wurde immer schärfer, die Not der Deutschen in Polen immer größer. 1937 betrug der Anteil des deutschen Großgrundbesitzes an der Enteignung im Zuge der Agrarreform ¾ der Gesamtfläche, obwohl der deutsche Grundbesitz höchstens noch 30% des zu enteignenden Großgrundbesitzes betrug (Nr. 74). Der polnische Westverband, die Seele der Deutschenhetze, erhob im April 1937 schon Anspruch auf deutsches Land jenseits der Grenzen (Nr. 76). Der deutsche Generalkonsul in Thorn mußte im Oktober 1937 abschließend bemerken, daß alles in allem das gegenseitige Verhältnis der Deutschen zu den Polen jetzt fast schlimmer sei, als es vor dem Abschluß des Verständigungsabkommens zwischen Deutschland und Polen im Januar 1934 gewesen war (Nr. 80).

Am 15. Juli 1937 lief das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 ab, das Deutschland und Polen durch die Entscheidung der Botschafterkonferenz auferlegt worden war, um die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens in beiden Oberschlesien sowie den Schutz der Minderheiten sicherzustellen. Deutschland suchte im Interesse der Grenzbevölkerung mit Polen zu einer den berechtigten Interessen der beiderseitigen Wirtschaft Rechnung tragenden Verständigung zu kommen. Die polnische Regierung verhielt sich aber unter dem Druck des Wojewoden von Oberschlesien, Grażynski, und der „polnischen Aufständischen" ablehnend. Sie suchte die von ihr als lästig empfundenen Bindungen — ein beträchtlicher Teil des Genfer Abkommens waren ja Minderheitenschutzbestimmungen — loszuwerden. So wurde die Grenze, die während der 15jährigen Übergangszeit durch das System besonderer Verkehrskarten offen war, fast ganz geschlossen, Tausende deutscher Optanten durch Aufhebung des Wohnrechtes des Landes verwiesen und endlich auch hier die Enteignung des deutschen Grundbesitzes auf dem Wege der Agrarreform in die Wege geleitet. Als der Schutz der deutschen Minderheit in Oberschlesien durch eine deutsch-polnische Vereinbarung über die gegenseitigen Minderheiten in Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien von der polnischen Regierung abgelehnt wurde, weil angeblich die polnische Minderheit in Deutsch-Oberschlesien viel zu schlecht organisiert sei, um aus einem zweiseitigen Minderheitenvertrag Nutzen ziehen zu können, wurde von deutscher Seite ein allgemeiner Minderheitenvertrag angeboten. Das polnische Kabinett stellte sich aber auf den Standpunkt, daß eine Bindung internationalen Charakters in Minderheitenfragen eine Beeinträchtigung der Souveränität sei. Es war dies nichts als ein Vorwand, — man ließ diese Ausrede auch von deutscher Seite nicht gelten — um eben ungestört das Deutschtum in den ehemals zu Deutschland gehörigen polnischen Wojewodschaften systematisch auszurotten (Nr. 84).

Es mußte schon energisch in Warschau darauf hingewiesen werden, daß Polen auch nach Ablauf des Genfer Abkommens aus dem Versailler Vertrag nach deutscher Auffassung internationale Verpflichtungen habe, und daß man nur hoffen könne, daß das Schicksal der deutschen Minderheit in Polen künftig sich so gestalte, daß sich aus dieser grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit keine Beeinträchtigung der deutsch-polnischen Beziehungen ergebe. Diese vom Führer und Reichskanzler angeordnete Demarche des deutschen Botschafters bei Beck am 1. Juni zeigte der polnischen Regierung, daß es kein Ausweichen mehr gebe. In ihr kam es noch einmal deutlich zum Ausdruck, daß die Haltung Deutschlands im Herst 1934 davon diktiert war, daß sich die polnische Aktion lediglich gegen die Kontrolltätigkeit des Völkerbundes richten, dagegen die materiellen Verpflichtungen Polens unberührt lassen sollte. Auch der bevorstehende Ablauf der Genfer Konvention ändere nichts daran, daß die allgemeinen Minderheitenverpflichtungen Polens in Kraft blieben, und zwar sowohl in Ostoberschlesien als auch in den übrigen Teilen Polens. Mit Rücksicht auf den Fortfall der speziellen Schutzbestimmungen für Ostoberschlesien durch den Ablauf des Genfer Abkommens ergebe sich von neuem ein dringender Anlaß zur Erörterung der Frage, ob es nicht im beiderseitigen Interesse geboten wäre, über die künftige Handhabung jener allgemeinen Schutzbestimmungen zu einer Verständigung zu gelangen, und zwar wiederum nicht nur für Ostoberschlesien, sondern für ganz Polen. Neuerdings wurde es bei dieser Gelegenheit Polen gesagt, daß die deutsche Regierung sich an dem Schicksal der auf polnischem Gebiet lebenden Menschen deutschen Stammes unmöglich desinteressieren könne. Um einer Mißdeutung deutscher politischer Absichten vorzubeugen, wolle die deutsche Regierung sich nicht letzten Endes auf die Tatsache stützen, daß Polen als integrierenden Bestandteil der Gesamtregelung von 1919 einseitige Minderheitenverpflichtungen übernommen habe, sondern habe zweiseitige Verpflichtungen vorgeschlagen, die Deutschland in gleicher Weise wie Polen verpflichten. Wenn die polnische Regierung diesen Vorschlag trotz des darin liegenden deutschen Entgegenkommens endgültig ablehnen sollte, dann gebe es nur einen Weg zu einer grundsätzlichen Verständigung über das Minderheitenproblem: jede Regierung solle für sich, aber gleichzeitig und sachlich übereinstimmend, eine öffentliche Erklärung über den Schutz der auf ihrem Gebiete lebenden deutschen bzw. polnischen Minderheit abgeben. Obwohl dieser Weg gegenüber vertraglichen Vereinbarungen manchen Nachteil habe, erklärt die deutsche Regierung, sich damit schließlich abzufinden. Abgesehen von den prinzipiellen Gesichtspunkten und noch stärker als diese dränge die Entwicklung der tatsächlichen Lage der deutschen Minderheit in Polen daraufhin, daß es zwischen beiden Regierungen über das ganze Minderheitenproblem zu einer Verständigung komme. Deutscherseits wurde

bei dieser Gelegenheit offen ausgesprochen, daß die tatsächliche Lage der deutschen Minderheit in Polen die polnische These widerlege, daß die Minderheiten durch die polnische Verfassung geschützt seien, denn die Beobachtungen ließen keinen Zweifel darüber, daß mit Unterstützung amtlicher polnischer Stellen und behördlich geförderter amtlicher Organisationen planmäßig daran gearbeitet werde, das wirtschaftliche Fundament der deutschen Minderheit in Polen zu erschüttern und sie zur Aufgabe ihres Bekenntnisses zum Deutschtum zu bewegen. Das geschehe unter anderem durch die übermäßige Heranziehung des deutschen Grundbesitzes zur Bodenabgabe auf Grund der Agrarreform, die fortschreitende Polonisierung dieses seit Generationen in deutscher Hand befindlichen Grundbesitzes, durch Ausübung des Wiederkaufs- und Vorkaufsrechts, weiters durch das gegen das Deutschtum gerichtete, seit 1936 verschärfte Grenzzonengesetz, durch die Behinderung der deutschen Minderheiten bei Eröffnung von Geschäften und Ausübung freier Berufe, durch Entlassung deutscher Arbeiter und Angestellter, die noch deutschen Vereinigungen angehören und ihre Kinder in deutsche Schulen schicken, durch die fast vollständige Ausschließung der Absolventen deutscher Schulen vom Berufsleben, endlich durch den sogar öffentlich verkündeten Boykott aller deutschen Geschäfte. Diese Tatsachen seien in Deutschland bekannt, und es werde daher mit wachsender Erregung an die Reichsregierung die Forderung gestellt, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und den Angehörigen der polnischen Minderheit in Deutschland, die bisher völlig unbehindert ihren Beruf ausüben, den Lebensraum einzuengen. Die Reichsregierung habe selbstverständlich den Wunsch, gegenüber Polen nicht den Weg der Repressalien beschreiten zu müssen, kann aber nicht die Augen verschließen, daß die Volkstümlichkeit einer großzügigen Verständigungspolitik mit Polen durch den ständig zunehmenden Druck auf das Deutschtum in Polen im Reiche schweren Schaden erleide. Die polnische Regierung möge also die Minderheitenfrage unter Berücksichtigung der dargelegten Gesichtspunkte nochmals prüfen. Die Reichsregierung hoffe, daß sie außerdem möglichst bald Maßnahmen ergreifen werde, um den in den polnischen Westprovinzen vorhandenen Chauvinismus zu zügeln, der die ernste Gefahr in sich schließe, die so glücklich eingeleitete Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der polnischen Regierung an einer fruchtbaren Weiterentwicklung zu hindern (Nr. 88).

Unter dem Drucke dieser vom Führer persönlich angeordneten Demarche erklärte sich die polnische Regierung zu einer beiderseitigen Erklärung bereit. Das war am 5. Juni 1937. Die deutsche Reichsregierung sandte daraufhin mit Luftkurier einen deutschen Vorschlag einer solchen Erklärung mit der Bemerkung, daß künftighin die Anwendung des Agrarreformgesetzes und des Grenzzonengesetzes mit seinen Ausführungsverordnungen zu Ent-

deutschungszwecken nach ihrer Ansicht mit dieser Erklärung nicht vereinbar sei (Nr. 89/90). Die Eile, mit der der oberschlesische Wojewode Grażynski auf dem Wege des Parlaments gleich mit dem Ablauf des Genfer Abkommens die Ausdehnung der bisher in Oberschlesien nicht geltenden, gegen das Deutschtum gerichteten Gesetze wie z. B. des Agrarreformgesetzes betrieb und das Nachgeben der Warschauer Regierung gegenüber diesem Treiben, drohte das Zustandekommen der Minderheitenerklärung zu behindern (Nr. 92—94). Dazu kam, daß am Tage vor der geplanten Verlautbarung das Schulgesetz, das der oberschlesische Sejm beschlossen hatte und das in vollem Gegensatz zu der vereinbarten Minderheitenerklärung stand und ein offenkundiger Sabotageversuch des Wojewoden Grażynski war, veröffentlicht wurde (Nr. 96—99). So wurde die Veröffentlichung der Minderheitenerklärung, die Anfang September hätte erfolgen sollen, erst am 5. November 1937 in Berlin und Warschau vorgenommen (Nr. 101). Der Reichsminister hatte am selben Tage dem polnischen Botschafter ein Aide-Memoire übergeben, in dem ausgesprochen wurde, was die deutsche Regierung sich von diesem Austausch gegenseitiger Erklärungen für die deutsche Minderheit in Polen erwarte: gleiche Behandlung wie das Staatsvolk bei Anwendung des Agrarreformgesetzes und der Grenzzonenverordnung sowie auf wirtschaftlichem und beruflichem Gebiete, vor allem bei Einstellung und Entlassung deutschstämmiger Arbeiter, in der Wojewodschaft Schlesien aber keine Verschlechterung der Lage der deutschen Minderheit auf dem Gebiete des Schul- und Kirchenwesens gegenüber der Zeit der Geltung der Genfer Konvention (Nr. 104).

Wenn der Außenminister Beck noch im Oktober 1937 erneut den ernsthaften Willen der polnischen Regierung betonte, „die Minderheitenerklärung zum Ausgangspunkt einer Aktion zu machen, die nicht nur atmosphärisch, sondern auch sachlich eine Besserung der Lage herbeiführt", so blieb dies eine leere Versprechung. Es war schon ein schlechtes Vorzeichen, daß sich der vereinbarte Empfang der deutschen Volksgruppenvertreter durch den polnischen Staatspräsidenten durch seine kühle Art sehr wesentlich unterschied von der inneren Wärme, mit der der Führer und Reichskanzler die polnischen Volksgruppenvertreter empfing (Nr. 102/103). Weder der Wojewode Grażynski in Ostoberschlesien ließ sich durch die Minderheitenerklärung in der weiteren Austreibung der Deutschen von ihren Arbeitsplätzen und der Aussperrung der deutschen Jugend von jeder Möglichkeit einer Arbeitsschulung behindern, — ebenso wurden die deutsch-evangelischen Pfarrer weiterhin von ihm abgesetzt und ausgewiesen —, noch kümmerte sich der Westmarkenverein um die Politik der Regierung oder besser gesagt, noch wagte es die polnische Regierung, den Westmarkenverein in seine Schranken zu weisen. Kam es noch im November 1937 zu Demonstrationen vor dem

deutschen Konsulat in Krakau, so wurden bei Demonstrationen, die vom Westmarkenverein geleitet waren, im Konsulatsgebäude in Thorn sogar Fensterscheiben eingeschlagen. Daneben lief der wirtschaftliche Boykott gegen das Deutschtum, hinter dem auch der Westmarkenverband bei stillschweigender Duldung der Regierung stand. Die polnische Regierung verhielt sich all diesen, mit der Minderheitenerklärung in krassem Widerspruch stehenden Vorfällen gegenüber vollständig passiv, ja sie wagte es nicht einmal, die Bedingungen eines Gentlemen Agreement zwischen Beck und dem deutschen Botschafter bezüglich Öffnung gesperrter deutscher Schulen zu erfüllen. Der Botschafter v. Moltke meldete daher im September 1938, daß die Politik Becks auch von der polnischen Regierung nicht mehr mit Überzeugung mitgemacht werde, namentlich nicht vom Kriegsminister und dem Marschall Rydz-Smigly (Nr. 117).

Hatte die polnische Presse während der deutsch-tschechischen Krise im Sommer 1938 sich fast durchwegs sehr deutschfeindlich verhalten, so legten die Polen bei Besetzung des Olsagebietes im Herbst 1938 eine Feindseligkeit gegen die dortige deutsche Minderheit an den Tag, die weder der Minderheitenerklärung noch der Tatsache entsprach, daß Polen das Olsagebiet ohne Schwertstreich nur besetzen konnte, weil der Führer durch Niederringung des tschechisch-französisch-englischen Widerstandes dafür die Voraussetzungen geschaffen hatte. Im Olsagebiet wiederholte sich für die deutsche Bevölkerung dieselbe Verdrängung vom Arbeitsplatz wie in Oberschlesien; Unterstützungen und Pensionen, die der tschechische Staat, Gemeinden, Verbände oder Arbeitgeber an Deutsche bezahlt hatten, wurden eingestellt und zahlreiche deutsche Familien bitterer Not ausgesetzt. Deutsche Betriebe erhielten polnische Zwangsverwalter, wobei die Führung ihrer Arbeit erschwert oder die Betriebe überhaupt ruiniert wurden. Der schwersten Schädigung war das deutsche Schulwesen im Olsagebiet ausgesetzt, Eltern, die ihre Kinder in der deutschen Schule in Teschen anmeldeten, wurden von polnischen Polizeibeamten mit Gummiknüppeln geschlagen; ein katastrophaler Rückgang des deutschen Schulwesens war die Folge dieser brutalen Gewaltpolitik (Nr. 121). Trotz der Versicherung des polnischen Außenministeriums, daß die deutsch-polnische Minderheitenerklärung auch im Olsagebiet anzuwenden sei und trotz der Versprechungen einer Abstellung der deutschen Klagen (Nr. 123), setzte der oberschlesische Wojewode Grażynski auch im Olsagebiet seine auf die Vernichtung deutschen Volkstums gerichtete Politik fort (Nr. 124). Am 1. Februar 1939 mußte das Auswärtige Amt durch den deutschen Botschafter seine Beschwerden vom 26. November im vollen Umfange wiederholen; dazu kamen noch die Ausweisungen aus der Grenzzone (Nr. 120).

Die neuen Verfolgungen der deutschen Minderheit beschränkten sich aber nicht nur auf das Olsagebiet, wo nach der Ausrede

des polnischen Außenamtes „in der ersten Zeit nach der Machtübernahme durch die Polen Maßnahmen getroffen worden seien, wie sie bei einem normalen Funktionieren des Verwaltungsapparates nicht vorgekommen wären" (Nr. 123). In Pommerellen, Posen und Ostoberschlesien wurde die Hetze gegen die deutsche Minderheit so unerträglich, daß diese als Ausweg nur mehr die Abwanderung ins Reich sah. Der deutsche Generalkonsul in Posen vertrat schon im Oktober 1938 die Überzeugung, daß die Eingliederung des Olsagebietes zu polnischer Überheblichkeit geführt habe. Man fühle sich als Sieger in einer großen Entscheidungsschlacht, die man ganz allein mit eigenen Kräften und durch eigene tatkräftige Haltung ohne geringste fremde Hilfe gewonnen habe. Daß nur die energische Politik des Führers in der sudetendeutschen Frage allein das Vorgehen Polens ermöglicht hatte, wurde in Polen nicht im geringsten anerkannt. Die scharfe Hetze wurde besonders von der Presse und dem Westmarkenverein weiterbetrieben. Auch die polnischen Regierungsbehörden kannten keine Einschränkung oder Milderung der Entdeutschungsmaßnahmen, ihre Tendenz war es, die geschaffene Entspannung mit Deutschland zu einer möglichst umfangreichen Polonisierung der Westgebiete auszunutzen. Der polnische Ministerpräsident hält „angesichts der im Lande herrschenden antideutschen Strömung die Eintragung von Deutschen in die Wahlvorschlagslisten für die bevorstehenden Sejmwahlen nicht für möglich und für die Regierung auch nicht tragbar" (Nr. 128). Bei der Hauptversammlung des Aufständischenverbandes in Kattowitz am 16. Oktober 1938 stellte sein Ehrenvorsitzender, der Wojewode Grażynski, in brutaler Offenheit fest, daß das Deutschtum in Ostoberschlesien in Verwirklichung der Ziele des Aufständischenverbandes auf allen Gebieten zurückgedrängt sei. In einer Entschließung wurde „den Brüdern im Oppelner Schlesien" versichert, daß man sie nicht vergessen habe und hinter ihnen die nationale Kraft Polens stehe. Der deutsche Botschafter in Warschau wurde beauftragt, gegen die deutschfeindlichen Äußerungen Grażynskis sowie gegen die von ihm gebilligte Einmischung des Aufständischenverbandes in innerdeutsche Angelegenheiten schärfsten Protest zu erheben (Nr. 130). In Ostoberschlesien gingen die Entlassungen der deutschen Arbeiter, auch wenn diese 20 und mehr Jahre auf den Gruben und Hütten beschäftigt waren, wie wenn es keine Minderheitenerklärung gebe, weiter; an Stelle der Entlassenen wurden polnische Arbeiter eingestellt (Nr. 131). Wie Senator Wiesner im polnischen Senat ausführte, war die Arbeitslosenziffer bei der 12 000 Mitglieder zählenden Gewerkschaft deutscher Arbeiter 62%, bei anderen deutschen Organisationen bis 80%, während sonst die Arbeitslosigkeit in Ostoberschlesien nur etwa 16% betrug (Nr. 134). Es ist daher begreiflich, wenn das Auswärtige Amt Anfang Dezember 1938 an die Aufzeichnung erinnerte, die der Reichsaußenminister am 5. Novem-

ber 1937 anläßlich der Veröffentlichung der Minderheitenerklärung dem polnischen Botschafter übergeben hatte, in der, wie wir oben gesehen, auch die Erwartung der gleichen Behandlung bei Einstellung und Entlassung deutschstämmiger Arbeiter wie der Polen ausgesprochen wurde. Nachdem nunmehr ein volles Jahr verflossen sei, ohne daß eine Besserung eingetreten wäre, sollte der deutsche Geschäftsträger wegen dieser mit der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung in schärfstem Widerspruch stehenden Maßnahmen nachdrückliche Vorstellungen erheben (Nr. 136). Aber alle diese Vorstellungen waren ergebnislos. Die polnische Regierung und nicht nur der Außenminister waren nicht imstande, ihre Verpflichtungen gegenüber Deutschland ihren eigenen Organen gegenüber durchzusetzen.

Seit Herbst 1938 wurde die Stimmung im Lande immer deutschfeindlicher. Der Anschluß Österreichs und die Lösung der sudetendeutschen Frage haben zu dieser Steigerung wesentlich beigetragen. Der Größenwahn des polnischen Volkes ertrug diesen Machtzuwachs des Reiches nicht, da ihm der eigene Gewinn — Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Litauen durch das polnische Ultimatum vom 17. März 1938 und die Angliederung des Olsagebietes — begreiflicherweise doch viel zu gering dünkte. Dazu kam noch, daß die Stellung der Regierung und der Regierungspartei durch die immer größere Entfernung vom Tode Piłsudskis der Opposition gegenüber immer schwächer wurde. Diese Opposition, deren mächtigster und unter den Intellektuellen herrschender Flügel die Anhänger Roman Dmowskis waren, war ein erbitterter Gegner des Deutschtums und besaß in dem Westmarkenverein und den Aufständischenverbänden Machtmittel, gegen die die Regierung fast vollständig machtlos war. Ausschlaggebend war aber die Haltung der Militärkreise. Der Testamentsvollstrecker Piłsudskis, Marschall Rydz-Smigły, war, was Piłsudski vielleicht übersehen hat, deutschfeindlicher als es der Pole für gewöhnlich ist. Er konnte daher nur ein lauer Verteidiger des deutsch-polnischen Abkommens vom Januar 1934 sein und auch dieses um so weniger, als in der polnischen Armee augenscheinlich immer mehr die Geringschätzung des deutschen Heeres und die tolle Überzeugung von der militärischen Überlegenheit über diesen Gegner um sich griff.

Dieses äußerte sich in der seit 1938 immer mehr anschwellenden Verhaftungswelle Volksdeutscher wegen angeblicher Spionage. Jede Familie, die irgendwie noch Beziehungen mit Deutschland oder deutschen Kreisen unterhielt, lief Gefahr, in irgend eine Sache verwickelt zu werden. Als es aus Anlaß eines deutsch-polnischen Studentenkonfliktes in Danzig Ende Februar 1939 zu einer Kundgebung der Akademischen Legion in der Warschauer Universität kam, wurde erstens diese Versammlung auf militärische Intervention vom Ministerpräsidenten genehmigt, zweitens nahm daran demonstrativ der Vizekriegsminister, General Gluchowski,

teil und der vom Kriegsminister zum Leiter der akademischen Legion ernannte Oberst Tomaszewski hielt eine leidenschaftliche Ansprache an die Studenten mit Ausfällen gegen Deutschland. „Polen", so erklärte er, „habe keinerlei Territorien zurückzugeben, dagegen mehr als eines zurückzufordern". „Das polnische Danzig!", „Das polnische Ostpreußen!" ertönte es in Zwischenrufen. Danzig, sagte Tomaszewski, sei eine Eiterbeule am polnischen Leibe, die man aufschneiden müsse (Nr. 151). Damit stellten sich die höchsten militärischen Stellen an die Spitze der Deutschenhetze in Polen, obwohl einige Tage vorher aus demselben Anlaß heftige deutschfeindliche Studentenkundgebungen vor der Deutschen Botschaft in Warschau stattgefunden hatten, bei der die polnische Polizei zweimal versagte, das Studentenheim der deutschen Hochschüler in Krakau durch das Eindringen polnischer Studenten der Schauplatz wüstester Szenen war, wobei die Inneneinrichtung vollständig zerstört und deutsche Hochschüler und Hochschülerinnen blutig geschlagen wurden und in Posen deutsche Gebäude und deutsche Passanten das Objekt studentischer Ausschreitungen bildeten (Nr. 146, 148, 149, 153).

Daß die polnische Regierung sich selbst nicht mehr an das Minderheitenabkommen hielt, zeigt die fortgesetzte Enteignung deutschen Bodens. War schon 1938 in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen fast doppelt soviel an deutschem Grundbesitz als polnischem enteignet worden, während von dem der Agrarreform unterliegenden Gesamtareal weniger als ein Drittel in deutschen Händen war, so waren die Verhältniszahlen der Zwangsregulierung in den beiden Wojewodschaften Posen und Pommerellen für den deutschen Grundbesitz 1939 noch ungünstiger, in der Wojewodschaft Oberschlesien entfielen auf ihn sogar 98,7%. Der deutsche Generalkonsul in Thorn hatte daher Recht, wenn er am 21. Februar 1939 der Meinung Ausdruck gab, es scheine den polnischen Behörden auf eine schnelle und völlige Vernichtung des Deutschtums anzukommen, denn die bei ihnen in der letzten Zeit allgemein zu beobachtende Einstellung dem Deutschtum gegenüber sei feindlicher als je (Nr. 168). Das also war die Wirkung der Vorstellungen des Auswärtigen Amtes im Februar 1938 mit dem schon so oft wiederholten Hinweis, daß die künftige Anwendung der Agrarreform zu Entdeutschungszwecken mit der Minderheitenerklärung nicht vereinbar sei (Nr. 158). Durch die Anwendung des Grenzzonengesetzes kam noch hinzu, daß in ganz Polnisch-Oberschlesien, im größten Teile Pommerellens und einem erheblichen Teil der Provinz Posen jeder Erwerb von Grundbesitz, auch im Erbgang, unmöglich war. Das bedeutete, daß der noch in deutscher Hand befindliche Grundbesitz, soweit er nicht schon von der Agrarreform erfaßt wurde, spätestens beim Tode des augenblicklichen Eigentümers den Deutschen verloren gehen mußte. Die deutschen Kaufleute aber und Unternehmer wurden durch wirtschaftlichen Boykott brotlos gemacht, den der

„Verband junger Polen" durch Posten vor den deutschen Geschäften, die die Käufer von ihrem Betreten zurückhielten, systematisch betrieb, was die Behörden ruhig geschehen ließen (Nr. 140). Die deutsch-polnische Minderheitenkommission, die nach wiederholtem Aufschub von polnischer Seite zwischen dem 24. Februar und 3. März in Berlin endlich zusammentrat, nachdem der Außenminister von Ribbentrop während seines Warschauer Besuches im Januar 1939 eine solche durchgesetzt hatte, war in ihren Beratungen (Grenzzonen- und Agrarreformfragen) vollständig ergebnislos. Der die Verhandlungen leitende Ministerialdirektor des Reichsinnenministeriums, Dr. Vollert, mußte zusammenfassend das Urteil fällen: „Die Polen denken nicht daran, ihre Politik gegenüber der deutschen Volksgruppe irgendwie zu ändern. Sie mögen auf weniger wichtigen Gebieten zu kleinen Zugeständnissen bereit sein, in den das Leben der deutschen Volksgruppe berührenden Fragen sind sie jedoch bestrebt, ihre bisherige Entdeutschungspolitik mit allem Nachdruck fortzusetzen" (Nr. 178).

Auch das Verhältnis Danzig—Polen wurde immer unleidlicher. Das Übereinkommen zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig und der polnischen Regierung vom 5. August 1933, in dem die letztere sich verpflichtete, Maßnahmen zu ergreifen, um den Rückgang des seewärtigen Verkehrs im Hafen von Danzig zu verhindern und ihm eine gleiche Beteiligung an diesem Verkehr in Bezug auf Qualität wie Quantität der Waren zu sichern, sowie das am 6. August 1934 abgeschlossene Abkommen in Wirtschaftsfragen, in dem Polen auf seinen Plan, den ganzen Zolldienst und namentlich die Danziger Zollbeamten in seine Gewalt zu bekommen, verzichten mußte, war nichts anderes als eine Atempause in dem polnischen Bestreben, Danzig sich einzuverleiben (Nr. 179, 181). Die polnischen Organisationen auf Danziger Boden verfolgten dieses Ziel ruhig weiter (Nr. 180); unter dem Deckmantel von militärischen und Sportvereinen, an deren Spitze ein sogenannter Sportausschuß als Tarnung für den Schützenverband (strzelcy) stand, wurde die Möglichkeit der militärischen Ausbildung der polnischen Jugend und die Erhaltung der Wehrtüchtigkeit entlassener gedienter polnischer Soldaten unter der Leitung aktiver Offiziere auf Danziger Boden geschaffen (Nr. 182).

Trotz des Entgegenkommens der Freien Stadt Danzig in wirtschaftlichen Fragen und des deutsch-polnischen Paktes vom Januar 1934 verfolgte also Polen seine Pläne weiter. Bei der laut dem Friedensvertrag unter polnischer Verwaltung stehenden Eisenbahn wurden die deutschstämmigen Eisenbahner, auch wenn sie lange, jahrzehntelang im Dienst standen, systematisch entfernt, ohne Rücksicht auf völkerrechtliche Bindungen und Verpflichtungen (Nr. 183/4, 186). Auch das Wirtschaftsabkommen vom 6. August 1934 war noch kein Jahr in Geltung, als die polnische Regierung durch eine Verordnung vom 18. Juli 1935 entgegen den Vereinbarungen den Einfuhrhandel über Danzig nach Polen praktisch

auszuschalten suchte. Die Danziger Wirtschaft wäre damit einschließlich des Hafens vollkommen zur Verödung verurteilt gewesen, wenn nicht auf den energischen Protest des Präsidenten des Danziger Senats, Greiser, Polen den Rückzug angetreten hätte (Nr. 185). Aber immer wieder versuchte Polen durch Einfuhrerschwerungen die Errichtung einer unzulässigen Wirtschaftsmauer zwischen Danzig und Polen (Nr. 191).

Daneben aber gingen öffentliche Kundgebungen wie z. B. unter Führung der polnischen See- und Kolonialliga im Juli 1936 auf dem Warschauer Marktplatze, an der an 10 000 Personen verschiedener Verbände und Organisationen, selbst die sozialistischen Gewerkschaften, teilnahmen, und eine Revision des Danziger Statuts und einen weitgehenden Ausbau der polnischen Rechte in Danzig verlangten. Die Aufschriften, die mitgeführt wurden, waren neben den deutschfeindlichen Reden der Sozialisten deutlich genug, wie z. B. „Danzig war polnisch, und wird polnisch sein", „Danzig verdankt Polen seinen Wohlstand", „Die Weichselmündung gehört Polen" oder „Deutschland, Hände weg von Danzig" (Nr. 187). Anläßlich der Feier des Jahrestages der polnischen Unabhängigkeitserklärung am 11. November 1937 erlaubte sich der diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig, Minister Chodacki, in seiner Rede in Danzig die Bemerkung: „Ich kann mich noch genau an die Zeit erinnern, wie ich in den Krieg zog mit der Hoffnung auf das Auferstehen Polens. Ebenso sollen die Polen hier in Danzig in der Hoffnung sein und warten, daß sie in kürzester Zeit auf polnischem Boden leben werden." Ein Jahr darauf, am 11. November 1938 anläßlich des 20. Jahrestages, erklärte der Festredner, ein polnischer Sejmabgeordneter aus Warschau, bei der polnischen Feier in Danzig unter Hinweis auf die befreiten polnischen Brüder im Olsagebiet, daß auch die Polen in Danzig hier dasselbe erleben würden und daß Polen seine Grenzen so erweitern wolle, wie sie dereinst zu Zeiten des Königs Boleslaus des Tapferen reichten. Schon einige Monate vorher gingen übrigens Hetzversammlungen gegen Danzig in Pommerellen vor sich, die so unerhörte Ausfälle und Beleidigungen gegen Danzig enthielten, daß der Präsident des Senats, Greiser, bei dem diplomatischen Vertreter Polens in Danzig dagegen Vorstellungen erheben und Abhilfe gegen das Treiben des Westmarkenvereins verlangen mußte (Nr. 193). Der Konflikt zwischen deutschen und polnischen Studenten in einem Danziger Café Ende Januar 1939, von dessen Auswirkungen wir schon bei den Demonstrationen vor der Deutschen Botschaft in Warschau gehört haben, hätte nach der Mitteilung zweier polnischer Diplomaten fast zu einer militärischen Aktion gegen Danzig und damit zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen geführt (Nr. 196).

Nach der Heimkehr der Ostmark und der Sudetendeutschen wollte der Führer die immer unleidlicher werdenden Beziehungen

zu Polen durch eine Generalbereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten auf eine gesunde Basis stellen, um das von ihm und Piłsudski eingeleitete Werk zu krönen. Am 24. Oktober 1938 hat der Reichsaußenminister von Ribbentrop vertraulich dem polnischen Botschafter Lipski in Berchtesgaden zum ersten Male den Befriedungsvorschlag des Führers unterbreitet:

1) Der Freistaat Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück.

2) Durch den Korridor würde eine exteritoriale, Deutschland gehörige Reichsautobahn und eine ebenso exteritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt.

3) Polen erhält im Danziger Gebiet ebenfalls eine exterritoriale Straße oder Autobahn und Eisenbahn und einen Freihafen.

4) Polen erhält eine Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet.

5) Die beiden Nationen anerkennen ihre gemeinsamen Grenzen (Garantie) oder die beiderseitigen Territorien.

6) Der deutsch-polnische Vertrag wird um 10 bis 25 Jahre verlängert.

7) Die beiden Länder fügen ihrem Vertrag eine Konsultationsklausel bei (Nr. 197).

Erst in einer Unterredung am 19. November in Berlin überbrachte Lipski dem Reichsaußenminister die Antwort des polnischen Außenministers. In Bezug auf die Eingliederung Danzigs brachte er keine klare Antwort, wobei die innerpolitischen Gründe wohl die Hauptrolle spielten (Nr. 198). Die Männer, denen der Marschall Piłsudski bei seinem Tode die Gewalt im Staate gelassen hatte, hatten seine Erbschaft schlecht verwaltet. Es war eine mehr oder minder kleine Clique, die sich, je länger um so schwerer an der Macht behauptete. Die Opposition, an deren Spitze die Anhänger Dmowskis standen, deren Chauvinismus kein Maß kannte, wurde immer stärker und verstand es, namentlich in ihrer deutschfeindlichen Agitation die Regierung immer mehr ins Schlepptau zu nehmen. Aber es lag wohl daran, daß, wie der amerikanische Publizist Field vor kurzem feststellte, „diese polnische Regierung eine der dekadentesten und reaktionärsten Klassenminderheiten war, die es überhaupt in Europa gibt. Diese reaktionäre Clique war nicht gesonnen, auch nur einen einzigen Quadratmeter ihres riesigen und schlechtverwalteten Besitzes abzugeben."

Der Vorschlag, den Lipski von Beck brachte, das Danziger Völkerbundsstatut durch einen deutsch-polnischen Vertrag zu ersetzen, der Polen noch größere Rechte in Danzig eingeräumt hätte, war für Deutschland untragbar (Nr. 198). Die Erfahrungen mit der Vertragstreue der Polen in Fragen des Schutzes der deutschen Minderheit waren nicht ermutigend, die Anerkennung Danzigs als deutsche Stadt mit Rechten, die „hieraus resultierten", wären auf dem Papier geblieben und die Danziger Bevölkerung wäre sofort derselben Gewaltpolitik ausgesetzt gewesen wie die deutsche

Minderheit in Polen. Einen Vorgeschmack hatte ja Danzig seit 1920 in genügendem Maße davon.

Am 5. Januar 1939 wurde Beck in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen, des deutschen Botschafters in Warschau und des polnischen Botschafters in Berlin vom Führer empfangen. Der Führer betonte, daß sich an der deutschen Einstellung seit 1934 nichts geändert habe, es müsse aber die mehr negative Abmachung von 1934 durch die endgültige vertragliche Regelung der einzelnen Probleme zu einer endgültigen Bereinigung der zwischen Deutschland und Polen noch schwebenden Fragen zu führen gesucht werden. Im direkten deutsch-polnischen Verhältnis sei das für Deutschland gefühlsmäßig sehr schwierige Problem des Korridors und Danzigs zu lösen. Man müsse seiner Ansicht nach, von alten Schablonen abweichend, hier Lösungen auf ganz neuen Wegen suchen: Für Danzig also, dem Wollen seiner Bevölkerung entsprechend, Rückkehr in die deutsche Gemeinschaft unter voller Wahrung der polnischen Interessen, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet. Bezüglich des Korridors, der für Deutschland ein schweres psychologisches Problem darstelle, betonte der Führer, daß für das Reich die Verbindung mit Ostpreußen ebenso lebenswichtig sei wie für Polen die Verbindung mit dem Meere. Auch hier könne man vielleicht beiden Interessen durch Verwendung völlig neuer Lösungsmethoden gerecht werden. Wenn auf dieser vernünftigen Grundlage eine endgültige Bereinigung zustande käme, sei der Führer bereit, Polen, ähnlich den Abmachungen mit Frankreich, eine klare, festgelegte Grenzgarantie einschließlich des Korridors zu geben, wobei er noch einmal die psychologische Schwierigkeit dieses Problems und die Tatsache, daß er allein dies tun könne, unterstrich. Der polnische Außenminister hatte aber nicht den Mut, in die so großzügig gereichte Hand des Führers einzuschlagen, er antwortete ausweichend, er wolle das Problem Danzig gern einmal in Ruhe überlegen. Auf die übrigen vom Führer aufgeworfenen deutsch-polnischen Fragen ging Beck gar nicht ein (Nr. 200).

Am darauffolgenden Tage hatte Ribbentrop in München noch eine Unterredung mit Beck über dasselbe Thema mit dem gleichen Erfolg (Nr. 201). Auch beim Warschauer Gegenbesuche Ribbentrops, bei dem dieser dem polnischen Außenminister neuerdings den Vorschlag der Rückgliederung Danzigs und einer exterritorialen Auto- und Eisenbahnverbindung durch den Korridor machte, berief sich Beck wiederum auf politische Widerstände und wiederholte sein Versprechen, sich die deutsche Anregung zu überlegen (Nr. 202). Es erfolgte aber keine Antwort von polnischer Seite. Da bat der Reichsaußenminister am 21. März den polnischen Botschafter zu sich, um ihm Mitteilungen über die Entwicklung der tschecho-slowakischen Frage bzw. die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren zu geben. Lipski äußerte sich sehr besorgt wegen der Übernahme des Schutzes der Slowa-

kei durch Deutschland; dies habe in Polen eine starke Bewegung hervorgerufen, weil der Mann auf der Straße einen solchen Schritt nur als in erster Linie gegen Polen gerichtet betrachten könne. Der Reichsaußenminister erwiderte darauf, daß die unabhängige Slowakische Regierung Deutschland um seinen Schutz angerufen habe und die Erklärung dieses Schutzverhältnisses nicht gegen Polen gerichtet sei. Wenn das deutsch-polnische Verhältnis eine befriedigende Entwicklung nehme, könne man auch an eine Teilnahme Polens an der Garantierung des slowakischen Staates denken. Leider habe sich aber in den letzten Monaten eine Verschlechterung des deutsch-polnischen Verhältnisses ergeben. Der Reichsaußenminister erwähnte dabei die schon oben behandelten Ereignisse, die merkwürdige Haltung Polens in der Minderheitenkommission, die durch polnische Studenten hervorgerufenen Danziger Zwischenfälle, die deutschfeindlichen Demonstrationen vor der Deutschen Botschaft in Warschau und endlich die feindselige Haltung der polnischen Presse, die vollständig unberechtigt sei. Der Führer habe immer auf einen Ausgleich und eine Befriedung mit Polen hingearbeitet und verfolge auch jetzt noch dieses Ziel. Er, der Reichsaußenminister, habe bis jetzt immer die deutsche Presse zurückgehalten, auf die Dauer werde es aber nicht möglich sein, die Presseangriffe unbeantwortet zu lassen. Aus einer derartigen beiderseitigen Pressefehde könnte dann aber bald ein Zustand entstehen, bei dem die deutsch-polnischen Beziehungen auf dem Nullpunkt ankämen. Er sehe die Notwendigkeit, durch eine persönliche Aussprache zwischen deutschen und polnischen Staatsmännern einen Versuch zu unternehmen, die deutsch-polnische Politik in das richtige Geleise zu bringen. Daher würde es ihn freuen, wenn der Außenminister Beck demnächst einen Besuch in Berlin abstattete, auch der Führer habe ihm gesagt, daß er eine solche Aussprache begrüßen würde. Der Reichsaußenminister verwies neuerdings auf die zwei dringendsten Probleme des deutsch-polnischen Verhältnisses, die Rückkehr Danzigs zum Reich und die exterritoriale Bahn- und Autoverbindung zwischen dem Reich und Ostpreußen, die den Stachel des Korridors beseitigen würde. Der Führer sei der einzige deutsche Staatsmann, der einen endgültigen Verzicht auf den Korridor aussprechen könne. Man solle beim Führer, der über die Haltung Polens in einer Reihe von Fragen nur verwundert sei, nicht den Eindruck erwecken, daß Polen einfach nicht wolle (Nr. 203).

Die Antwort auf diese freundlichen Worte des Reichsaußenministers zum polnischen Botschafter war die Einziehung von drei Reservistenjahrgängen in die polnische Armee und die Zusammenziehung von 40 000 Mann polnischer Truppen bei Gdingen (Nr. 204—207). Am 26. März überbrachte der polnische Botschafter dem Reichsaußenminister die Antwort auf die deutschen Vorschläge, die einer vollständigen Ablehnung der deutschen Vorschläge gleichkam. Der polnische Botschafter erklärte dabei noch,

daß jegliche weitere Verfolgung der deutschen Pläne, insbesondere soweit sie eine Rückkehr Danzigs zum Reich betreffen, den Krieg mit Polen bedeute. Der Reichsaußenminister verwies den Botschafter auf die polnischen Truppenzusammenziehungen und warnte ihn vor möglichen Konsequenzen; es sei dies eine merkwürdige Antwort auf sein kürzliches Angebot einer endgültigen Befriedung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Er machte ihn auch darauf aufmerksam, daß eine Verletzung des Danziger Hoheitsgebietes durch polnische Truppen von Deutschland wie eine Verletzung der Reichsgrenzen betrachtet werden würde. Der Botschafter bestritt energisch jede militärische Absicht Polens in Bezug auf Danzig. Die von Polen vorgenommenen Dislokationen von Truppenverbänden stellten lediglich Vorsichtsmaßnahmen dar. Der Reichsminister machte noch einen Versuch, auf der Basis der deutschen Vorschläge bezüglich Danzigs und der exterritorialen Auto- und Eisenbahnverbindung durch den Korridor mit 25-jährigem Nichtangriffsvertrag mit Grenzgarantien und einer Zusammenarbeit in der slowakischen Frage in Form eines von den Anrainern zu übernehmenden gemeinsamen Schutzes des slowakischen Staatsgebietes, die nach deutscher Auffassung allein zu einer endgültigen Bereinigung führen könnten, die Lösung zu finden (Nr. 208).

Die deutsche Reichsregierung legte also eine außerordentliche Geduld an den Tag. Aber am selben Tage, da diese Unterredung Ribbentrops mit Lipski stattfand, erfolgten wüste deutschfeindliche Kundgebungen in Bromberg, von dem berüchtigten polnischen Westverband veranstaltet. Zehntausend Personen ungefähr nahmen an dieser Kundgebung gegen das Deutsche Reich und das Deutschtum in Polen teil, bei der außer zwei Hetzreden Rufe wie „Weg mit Hitler", „Wir wollen Danzig", „Wir wollen Königsberg" ertönten. Der vom polnischen Westverband und anderen polnischen Organisationen systematisch vorbereitete Boykott nahm seit den letzten Tagen ein bisher nicht gekanntes Ausmaß an. Die polnischen Behörden aber duldeten offenkundig die Boykottaktion. Am Abend zuvor war im Hause eines Reichsdeutschen in Liniewo ein Kameradschaftsabend von polnischen Einwohnern des Dorfes gesprengt und das Versammlungslokal zerstört worden, wobei Führerbild, Reichsflagge und Hoheitszeichen vernichtet wurden (Nr. 349/50).

Die Vorfälle in Bromberg gaben dem Reichsaußenminister den Anlaß, den polnischen Botschafter am 27. März zur Rede zu stellen und ihm zu sagen, daß die deutsche Regierung die polnische Regierung für solche Vorkommnisse für voll verantwortlich halten müsse. Abschließend bemerkte der Reichsaußenminister noch einmal, er könne die polnische Regierung nicht mehr verstehen. Auf den großzügigen Vorschlag, den Deutschland Polen gemacht habe, sei eine ablehnende Antwort erfolgt. Die Beziehun-

gen beider Länder entwickelten sich daher stark abschüssig (Nr. 209).

In Polen war inzwischen eine ausgesprochene Kriegsstimmung mit den wildesten Gerüchten entstanden. Die Presse, antideutsche öffentliche Kundgebungen und Kriegspropaganda von militärischer Seite trugen das ihrige zu ihrer Anfachung bei. Schon am 28. März meldete der Botschafter aus Warschau: „In weiten Kreisen glaubt man heute, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei und unmittelbar bevorstehe". Das Militärblatt „Polska Zbrojna" brachte nach dem Vorbilde des russischen Kriegsministers Suchomlinov und des von ihm inspirierten Artikels in der Petersburger „Börsenzeitung" vom 12. März 1914 einen Artikel unter dem Titel „Wir sind bereit". Zum Unterschied von den Tschechen, heißt es dort, hätten die Polen kein Gefühl der Unterlegenheit. Die Zahl der fremden Divisionen schrecke die Polen nicht, denn seine eigene Armee, deren Ausrüstung und der kriegerische Geist des polnischen Volkes reichten dazu aus, um den Polen den Sieg zu sichern. Ja der Vizekriegsminister General Gluchowski hatte den verbürgten Ausspruch getan, die deutsche Wehrmacht sei ein großer Bluff, denn Deutschland fehlten die ausgebildeten Reserven, um seine Einheiten aufzufüllen. Auf die Frage, ob er glaube, daß Polen im Ernst Deutschland militärisch überlegen sei, antwortete Gluchowski: „Aber selbstverständlich". Mit Recht stellte Botschafter von Moltke fest, daß in dieser Selbstsicherheit und Überschätzung der eigenen militärischen Stärke, wie sie in der Presse zum Ausdruck komme, im Hinblick auf den polnischen Nationalcharakter eine Gefahr liege (Nr. 210). Die wachsende Kriegsbegeisterung in Polen äußerte sich auch in der Haltung des Außenministers Beck. Indem er am 29. März auf die Erklärung des Reichsaußenministers dem polnischen Botschafter gegenüber vom 26. März Bezug nahm, in der jener erklärt hatte, daß ein polnischer Gewaltakt gegen Danzig den casus belli bedeuten würde, erklärte Beck seinerseits Herrn von Moltke, daß Polen, falls deutscherseits ein Versuch unternommen werden sollte, das Statut der Freien Stadt Danzig einseitig abzuändern, hierin den casus belli sehen würde. Das Gleiche gelte auch, wenn etwa der Danziger Senat einen solchen Versuch unternähme (Nr. 211).

Wir kennen heute aus dem polnischen „Weißbuch" die Weisung Becks an den polnischen Botschafter in London vom 23. März, von der wir noch unten sprechen werden. Wir wissen weiter aus dem Bericht des polnischen Botschafters Lukasiewicz vom 29. März 1939, daß ihm der amerikanische Botschafter Bullitt durch seinen Kollegen Kennedy in London am 26. März das Bündnisangebot Chamberlains erwirkt hätte, worüber Lukasiewicz noch am selben Tage Beck telegraphisch Bericht erstattet hatte. (Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges 1. F. S. 29). Das war wohl auch der Hintergrund für die obige Erklärung Becks an Moltke vom 29. März. Die englische Kriegspolitik gegen

Deutschland, die trotz des Münchener Abkommens vom 30. September 1938 zwischen dem Führer und Chamberlain nicht einen Augenblick innegehalten hatte, weil eben für England dieses Abkommen nur eine Atempause zur Vollendung seiner Rüstungen und nicht mehr darstellte, legte sich nach der Rückgliederung Böhmens und Mährens ins Reich (15. März 1939) keinen Zwang mehr auf. Immer wieder hatte der Führer England vor der Hetze kriegslüsterner englischer Politiker, ehemaliger und zukünftiger Minister gewarnt. Es war alles vergebens. Nunmehr ging auch Chamberlain mit fliegenden Fahnen in dieses Lager über, dem der Staatssekretär des Äußeren Lord Halifax schon längst innerlich zugehörte. Am 31. März gab Chamberlain im Unterhaus die vorläufige Erklärung ab, daß die englische Regierung noch vor dem Abschlusse der Verhandlungen mit Polen sich verpflichtet fühle, Polen alle in ihrer Macht stehende Hilfe zu gewähren, wenn irgend eine Aktion die polnische Unabhängigkeit bedrohe und die polnische Regierung diese für so lebenswichtig ansehe, daß sie ihr mit ihren nationalen Streitkräften Widerstand leiste (Nr. 279, 283). Diese Garantieerklärung, an der, wie schon erwähnt, auch die amerikanischen Botschafter in Paris und London ihren Anteil hatten, konnte ihre berauschende Wirkung auf die nach einem kriegerischen Abenteuer lüsternen leitenden polnischen Militärs mit Rydz-Smigły an der Spitze nicht verfehlen. Das anläßlich des Londoner Besuchs des Außenministers Beck zustande gekommene englisch-polnische Abkommen gegenseitiger Unterstützung im Kriegsfalle, wobei Polen selbst zu entscheiden hatte, ob es sich bedroht fühle, und seine Verkündigung im Ober- und Unterhause durch Chamberlain und Halifax (Nr. 286) waren ein Freibrief für die polnischen Machthaber zu ihrer Kriegspolitik gegen das Deutschtum in- und außerhalb der polnischen Grenzen. Staatssekretär von Weizsäcker, der am 6. April den polnischen Botschafter Lipski zu sich gebeten hatte, machte ihn darauf aufmerksam, daß nach den Londoner Abmachungen die polnische Politik mit dem Sinn des Abkommens von 1934 kaum mehr vereinigt werden könne (Nr. 212). Das Entscheidende an diesen Abmachungen aber war, wie auch die Oberhausdebatte am 6. April ergab, daß die Entscheidung darüber, ob die Unabhängigkeit Polens bedroht sei, bei Polen und nicht bei der britischen Regierung lag (Nr. 286).

Damit hatte England der polnischen Regierung einen Blankoscheck gegeben und ist in erster Linie für die grausame polnische Hetzjagd auf Deutsche, die Ermordung von weit mehr als einem halben Hunderttausend von ihnen und für die Vernichtung deutschen Eigentums in ungeheurem Ausmaße von April bis September 1939 verantwortlich. Staatssekretär von Weizsäcker hat dem englischen Botschafter gegenüber schon am 26. April in aller Klarheit ausgesprochen: „Die britische Garantie an Polen sei gewiß das geeignetste Mittel, um die polnischen untergeordneten

Instanzen in ihrer Bedrückung der dortigen Deutschen zu ermutigen. Sie beuge also nicht vor, sondern provoziere geradezu Zwischenfälle in diesem Gebiet" (Nr. 293).

Der Führer hat nun aus dieser Sachlage die Konsequenzen gezogen. Er ließ am 28. April 1939 durch den deutschen Geschäftsträger im polnischen Außenministerium ein Memorandum überreichen, in dem festgestellt wurde: „1. Die polnische Regierung hat die ihr von der deutschen Regierung gebotene Gelegenheit zu einer gerechten Regelung der Danziger Frage, zu einer endgültigen Sicherung ihrer Grenze gegenüber dem Deutschen Reich und damit zu einer dauernden Festigung eines freundnachbarlichen Verhältnisses beider Länder nicht ergriffen. Sie hat vielmehr die dahinzielenden deutschen Vorschläge verworfen. 2. Gleichzeitig hat sich die polnische Regierung gegenüber einem anderen Staate auf politische Verpflichtungen eingelassen, die sowohl mit dem Sinn als auch dem Wortlaut der deutsch-polnischen Erklärung vom 26. Januar 1934 unvereinbar sind. Die polnische Regierung hat damit diese Erklärung willkürlich und einseitig außer Kraft gesetzt."

Am 26. Januar 1939 sei noch von polnischer Seite dem übereinstimmenden Willen Ausdruck gegeben worden, den im Jahre 1934 festgesetzten Grundsätzen auch in Zukunft treu zu bleiben. Mit dieser damals abgegebenen feierlichen Erklärung stehe aber die mit der britischen Regierung abgeschlossene Vereinbarung in einem so offenbaren Widerspruch, daß die deutsche Regierung von einer so plötzlichen und radikalen Schwenkung der polnischen Politik nur mit Erstaunen und Befremden Kenntnis nehmen könne. Die neue polnisch-britische Vereinbarung sei von beiden Parteien als regelrechter Bündnispakt gedacht, der sich nach seiner Vorgeschichte und der politischen Lage aussschließlich gegen Deutschland richte. Die polnische Regierung habe die Verpflichtung übernommen, in einem etwaigen deutsch-englischen Konflikt durch einen gegen Deutschland gerichteten Angriff gegebenenfalls auch dann einzugreifen, wenn dieser Konflikt Polen und seine Interessen überhaupt nicht berühre. Das sei ein direkter und flagranter Verstoß gegen den in der Erklärung von 1934 vereinbarten Verzicht auf jede Anwendung von Gewalt.

Dabei erklärte die deutsche Regierung immer noch ihre Bereitwilligkeit zu einer neuen vertraglichen Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen, wenn die polnische Regierung Wert darauf lege, allerdings unter einer Voraussetzung, daß eine derartige Regelung auf einer klaren, beide Teile bindenden Verpflichtung beruhen müßte (Nr. 213).

In seiner Rede am gleichen Tage hat der Führer seine Bemühungen und sein Entgegenkommen in der Frage eines deutsch-polnischen Übereinkommens über Danzig und den Korridor dem deutschen Reichtage ausführlich dargelegt und mitgeteilt, er sehe das von ihm und dem Marschall Piłsudski seinerzeit geschlossene

Abkommen als durch Polen einseitig verletzt und damit als nicht mehr bestehend an (Nr. 214).

Gleichzeitig mit diesen Schritten gegenüber Polen erfolgte die Kündigung des deutsch-englischen Flottenabkommens vom 18. Juni 1935. Die deutsche Regierung habe seinerzeit das Angebot, durch einen Vertrag die Stärke der deutschen Flotte in ein bestimmtes Verhältnis zu der Stärke der Seestreitkräfte des Britischen Reiches zu bringen, auf Grund der festen Überzeugung gemacht, daß für alle Zeiten die Wiederkehr eines kriegerischen Konfliktes zwischen Deutschland und Großbritannien ausgeschlossen sei. Durch das Angebot des Verhältnisses 35 : 100 habe sie freiwillig den Vorrang der britischen Seeinteressen anerkannt und glaubte mit diesem, in der Geschichte der Großmächte wohl einzig dastehenden Entschlusse einen Schritt zu tun, der dazu führen würde, für alle Zukunft ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Nationen zu begründen. Allerdings setzte dieser Schritt der deutschen Regierung voraus, daß die britische Regierung auch ihrerseits zu einer politischen Haltung entschlossen war, die eine freundschaftliche Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen sicherstellte. Daß auf dieser Grundlage und unter diesen Voraussetzungen das deutsch-englische Flottenabkommen zustande gekommen sei, sei von beiden Seiten beim Abschluß desselben übereinstimmend zum Ausdruck gebracht worden. Ebenso haben am 30. September 1938 nach der Konferenz von München der deutsche Reichskanzler und der britische Ministerpräsident in der von ihnen unterzeichneten Erklärung feierlich bestätigt, daß sie das Abkommen als symbolisch für den Wunsch beider Völker ansähen, niemals wieder Krieg gegeneinander zu führen. Nach den von der britischen Regierung in den letzen Wochen bekannt gegebenen politischen Entschließungen und der von ihr veranlaßten deutschfeindlichen Haltung der englischen Presse sei es aber klar, daß sie einen Krieg gegen Deutschland nicht mehr als Unmöglichkeit, sondern im Gegenteil als ein Hauptproblem der englischen Außenpolitik ansehe. Mit dieser Einkreisungspolitik habe die britische Regierung einseitig dem Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 die Grundlage entzogen und diese sowie die zu seiner Ergänzung vereinbarte „Erklärung" vom 17. Juli 1937 außer Kraft gesetzt (Nr. 294).

Der Führer schilderte in seiner Reichstagsrede am 28. April seine Bemühungen, die während seiner ganzen politischen Tätigkeit auf die Herstellung einer engen deutsch-englischen Freundschaft und Zusammenarbeit gerichtet waren, auf englischer Seite aber schließlich dazu geführt hätten, daß man dort den Krieg gegen Deutschland als etwas Selbstverständliches ansehe. Er betonte dabei noch immer seine Bereitwilligkeit mit England über einen Flottenvertrag noch einmal in Verhandlungen zu treten, und daß sich darüber niemand glücklicher schätzen würde als er, um vielleicht doch noch zu einer klaren und eindeutigen Verständi-

gung kommen zu können. Er schloß dabei mit den denkwürdigen Worten: „Im übrigen kenne ich mein Volk — und ich baue darauf. Wir wollen nichts, was uns nicht einst gehört hat, kein Staat wird von uns in seinem Eigentum jemals beraubt werden, allein jeder, der Deutschland glaubt angreifen zu können, wird eine Macht und einen Widerstand vorfinden, gegenüber denen die des Jahres 1914 unbedeutend waren ..." (Nr. 295).

Übrigens war der englische Ministerpräsident bald auch ein Opfer seines Paktes mit Polen. Unter polnischem Druck und dessen französischer Unterstützung mußte er am 11. Mai bei seiner außenpolitischen Rede vor den konservativen Frauen auch die Danziger Frage in das polnische Garantieversprechen einbeziehen, obwohl er ursprünglich über die polnische Frage, besonders über die Einbeziehung oder Nichteinbeziehung Danzigs in das britische Garantieversprechen nichts sagen wollte (Nr. 299/300). Die Sorge, daß Polen sich Deutschland nähern und damit ein wesentlicher Teil der Einkreisungsfront im Osten zusammenbrechen würde, beherrschte übigens auch die britische Regierung. So meldete der deutsche Botschafter am 15. Juli aus London, daß die Besorgnis vor dem Zustandekommen eines deutsch-russischen Ausgleichs sich in letzter Zeit erheblich gesteigert habe. Man befürchtete vor allem, daß die Polen als logische Folge eines solchen Ausgleichs ihrerseits nunmehr Deutschland zu nähern sich bestreben würden, nachdem die russische Rückendeckung weggefallen sei. Innerpolitisch habe man vor einer solchen Wendung die Sorge, daß die Wahlparole der Regierung wesentlich beeinträchtigt würde. Die Wählerschaft würde die Frage stellen, warum die Regierung so viele Monate Kriegsstimmung entfacht und eine politische Front gegen Deutschland zu bilden versucht habe, trotzdem die innere Begründung für ein solches Vorgehen durch das Eintreten einer ruhigen Atmosphäre in den Beziehungen Deutschlands zu Rußland und Polen fehle (Nr. 319). Es ist daher begreiflich, daß nach dem Abschluß des Nichtangriffsvertrages zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken am 23. August die britische Regierung nicht den Finger rührte, um die Annahme des Angebotes des Führers in Polen zu empfehlen, ja, daß sie eher darauf bedacht war, diese Annahme zu verhindern, um Polen in der Einkreisungsfront zu halten und natürlich auch um den längst geplanten Vernichtungskrieg gegen die stärkste Macht des Kontinents zu entfesseln. Das 4. Kapitel des Deutschen Weißbuches Nr. 2 trägt daher zutreffend den Titel „Polen als Werkzeug des englischen Kriegswillens."

Die deutsche Volksgruppe in Polen war, seitdem England der polnischen Regierung seinen unbedingten und an keinerlei einschränkende Bedingungen gebundenen Schutz zugesichert hatte, völlig vogelfrei der brutalsten Unterdrückung ausgeliefert, weder Besitz noch Leben war ihr mehr gesichert, sie stand außerhalb von Recht und Gesetz. Die Befehle zu Verfolgungen gingen nicht

nur vom Westmarkenverein und der Aufständischen-Vereinigung sondern von den Behörden, einschließlich der höchsten Regierungsstellen, aus. Aus Pommerellen, Posen, Oberschlesien und Łodz berichteten fortdauernd die deutschen Konsuln über Gewalttaten gegen Volksdeutsche und ihr Eigentum. Wie eine Lawine wuchs ihre Zahl seit Ende März 1939 an. Dabei waren seit Anfang Mai in mehreren Schaufenstern der verkehrsreichsten Straßen Warschaus Landkarten ausgestellt, auf denen ganz Ostpreußen sowie die Städte Beuthen, Oppeln, Gleiwitz, Breslau, Stettin und Kolberg mit Fähnchen markiert waren. Ein daneben angebrachtes Plakat in polnischer Sprache besagte: „Den Krieg suchen wir nicht! Sollte uns jedoch der Krieg aufgezwungen werden, werden wir die uralten polnischen Gebiete, die von Polen bewohnt werden, zurückholen!". So stark war der polnische Größenwahn jetzt durch England aufgepeitscht, daß Polen nach weiteren deutschen Gebieten die Hand ausstreckte, um dort dann die deutsche Bevölkerung ebenso systematisch auszurotten, wie dies in den im Versailler Frieden zu Polen gekommenen Gebieten geschehen war (Nr. 367). Die Vertreter der deutschen Volksgruppe, Senator Hasbach und Ingenieur Wiesner, wandten sich an den polnischen Staatspräsidenten, faßten kurz die Klagen zusammen und erinnerten an die der Regierung seit Jahr und Tag überreichten, eingehend begründeten Denkschriften und Anträge. Sie verlangten nichts anderes als die Sicherung der durch die Verfassung verbürgten Rechte der deutschen Volksgruppe und die Sicherung der unterschiedslosen, lediglich durch das Recht bestimmten Anwendung der Gesetze (Nr. 369).

Diese Eingabe trug das Datum 12. Mai. Am nächsten und nächstfolgenden Tag kam es zu einem förmlichen Deutschenpogrom in der Stadt Tomaschow-Mazowiecki, die unter zweiundvierzig Tausend Einwohnern etwa drei Tausend Deutsche zählte, bei denen zahlreiche deutsche Existenzen vollständig vernichtet wurden, es aber auch Tote und Schwerverwundete gab (Nr. 370/71). Selbst die Wolhyniendeutschen litten unter der neuen Verfolgungswelle, dort war es nicht die Bevölkerung, die ja zu den selbst aufs schärfste verfolgten Ukrainern gehörte, sondern die Regierungsbehörden, die ihnen feindlich gegenübertraten (Nr. 374). Auch polnische Minister, darunter der Vizepremier Kwiatkowski, beteiligten sich an der Kriegshetze gegen Deutschland. Das wirkte sich alles wieder gegen das Deutschtum in Polen aus, dessen verzweifelte Lage immer neue Ströme legaler und noch mehr illegaler Abwanderung aus Polen in die alte Heimat trieb. Vielfach konnten sie ja die Nächte gar nicht mehr in ihrem Hause verbringen, mußten sich in Wäldern und Feldern verstecken. Es ist begreiflich, daß sie nur den einen Wunsch hatten: „Aus dieser Hölle zurück ins Reich" (Nr. 378, 380/1). Die Lage der deutschen Volksgruppe verschlechterte sich von Woche zu Woche. Täglich fast trafen neue Meldungen über polnische Gewalttaten, privaten und

amtlichen Diebstahls deutschen Eigentums, seiner Vernichtung oder Zerstörung, über Massenentlassungen deutscher Arbeiter, Schließung deutscher Schulen, deutscher Genossenschaften usw. ein, mit einem Worte der gegen die deutsche Volksgruppe geführte Vernichtungskampf richtete sich gegen die wirtschaftliche Existenz einzelner sowohl wie gegen das Bestehen der Volkstumsorganisationen und erreichte ein bisher nicht gekanntes Ausmaß. Der Generalkonsul in Posen meldete in seinem Bericht die Schließung von 13 deutschen Schulen mit 741 Schülern, nachdem seit 1924 von 557 Schulen schon 425 Schulen geschlossen worden waren (Nr. 398). Der oberschlesische Wojewode Grażynski hatte dem deutschen Theaterverein in Teschen jede weitere Tätigkeit verboten, d. h. die Hand auf das etwa 500 000 Zloty ausmachende Vereinsvermögen, darunter das letzte in ganz Polen noch in deutschem Besitz befindliche Theatergebäude gelegt (Nr. 399). Der deutsche Generalkonsul in Thorn meldete am 25. Juli an das Auswärtige Amt, daß sich an den Ausschreitungen gegen die Volksdeutschen insbesondere das Militär beteilige. Deutsche wurden von polnischen Soldaten auf Aufforderung ihrer Offiziere grundlos derartig mißhandelt, daß ihnen das Blut aus Nase, Mund und Ohren lief (Nr. 403). Besonders charakteristisch ist ein Rundschreiben des Oberfinanzamts Graudenz an die ihm unterstellten Finanzbehörden, indem es einleitend heißt: „Wegen der ständigen Verschlechterung der Beziehungen der deutschen Minderheiten zum polnischen Staat ist es notwendig geworden, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln das Besitztum der deutschen Minderheit in Polen zu reduzieren" (Nr. 408). Am 21. August waren schon etwa siebzigtausend volksdeutsche Flüchtlinge aus Polen in den Flüchtlingsdurchgangslagern auf deutschem Boden untergebracht (Nr. 416). Der deutsche Botschafter, der ständig gegen die Verfolgung des Deutschtums zu protestieren hatte, hatte schon in seinem Bericht vom 19. Juni festgestellt, daß die Verhetzung Ausmaße angenommen habe, wie er sie während seiner langjährigen Tätigkeit in Warschau noch nicht habe beobachten können. Einige Wochen später mußte er resigniert bekennen, daß seine Vorstellungen zwecklos seien: „Wie die täglich zunehmende Zahl der Gewaltakte gegen die Volksdeutschen zeigt, fühlt sich aber offensichtlich die polnische Regierung jetzt durch die englische Blankovollmacht so stark, daß sie es nicht mehr für nötig hält, bei der Behandlung der Minderheit irgendeine Rücksicht auf die deutschen Interessen zu nehmen, obwohl sie sich doch wohl darüber klar sein muß, daß die deutsch-polnischen Beziehungen hierdurch nachgerade in fast unerträglicher Weise belastet werden" (Nr. 397).

Ebenso unerträglich war das Vorgehen Polens gegen Danzig geworden. Entgegen dem Beschluß des Völkerbundsrates vom 9. Dezember 1925, der Polen nur eine militärische Wachabteilung von zwei Offizieren, zwanzig Unteroffizieren und sechsundsechzig

Mann auf der Westerplatte zugestanden hatte, betrug die Besatzung dort zweihundertvierzig Mann und waren dort fünf Maschinengewehrbunker und zur Verteidigung eingerichtete Kasernen errichtet worden; auch die polnischen Amtsgebäude in Danzig selbst waren als militärische Stützpunkte mit Waffen und Munition versehen. Wir wissen dies aus der nach Abschluß der militärischen Operationen vom Oberkommando der Wehrmacht eingeleiteten Untersuchung vom 3. November 1939 (S. 287 Anhang). Verletzungen des Danziger Hoheitsgebietes durch polnische Zivil- und Militärflugzeuge (Nr. 418), Erschießung eines Danziger Staatsangehörigen auf Danziger Boden aus einem Kraftwagen der polnischen Diplomatischen Vertretung in Danzig (Nr. 420/1), Überschreitung ihrer Amtsbefugnis durch die ständig wachsende Zahl polnischer Zollbeamter (weit über 100), deren Amtshandlung nach der Forderung des Danziger Senats auf das Dienstgebäude beschränkt werden sollte (Nr. 423), die offene Spionagetätigkeit (Nr. 424) zeigten die Verschärfung der Lage auch auf Danziger Boden. Daneben ging Hand in Hand das Bestreben der polnischen Regierung, Danzig wirtschaftlich zu erdrosseln (Nr. 431). — Auf ein völlig unkontrolliertes Gerücht über die Ausschaltung der polnischen Zollinspektoren an der Grenze zwischen der Freien Stadt Danzig und Ostpreußen erfolgte am 4. August 1939 ein bis 5. August, 18 Uhr, befristetes Ultimatum des diplomatischen Vertreters der Republik Polen an den Präsidenten des Senats mit der Drohung unverzüglicher Vergeltung (Nr. 432—434). Am 9. August hat die Reichsregierung auf dieses Ultimatum hin die polnische Regierung verständigt, „daß eine Wiederholung solcher ultimativer Forderungen an die Freie Stadt Danzig und die Androhung von Vergeltungsmaßnahmen eine Verschärfung in den deutsch-polnischen Beziehungen herbeiführen würde, für deren Folgen die Verantwortung ausschließlich auf die polnische Regierung fallen würde und für die die Reichsregierung schon jetzt jede Verantwortung ablehnen muß." Zugleich lenkte die Reichsregierung die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die Ausfuhrsperre gewisser Waren aus Danzig nach Polen, die geeignet sei, für die Bevölkerung Danzigs schwere wirtschaftliche Schädigungen hervorzurufen (Nr. 445). Die polnische Regierung hat diese Erklärung als Einmischung Deutschlands ohne jede juristische Grundlage bezeichnet und in schroffster Weise betont, daß sie eventuelle Einmischungen der Reichsregierung zum Schaden ihrer Rechte und Interessen (in Danzig) „als Angriffshandlung ansehen wird" (Nr. 446). Der englischen Garantie auch für Danzig sicher, glaubte sich die polnische Regierung dem Reiche gegenüber auch den schroffsten Ton erlauben zu dürfen.

Chamberlain hatte am 10. Juli im Unterhaus behauptet, Polen hätte das Angebot der deutschen Regierung bezüglich Danzigs (zuletzt in der Unterredung des Reichsaußenministers mit dem polnischen Botschafter am 21. März 1939, Nr. 203) am 23. März

mit Defensivmaßnahmen (Reservisteneinberufung, Nr. 204) und ablehnender Antwort (neuerliche Unterredung zwischen dem Reichsaußenminister mit dem polnischen Botschafter, Nr. 208) am 26. März beantwortet. Er bitte das Haus, sich diese Daten sorgfältig zu merken. „Es ist in Deutschland offen erklärt worden, daß es die britische Garantie gewesen sei, die die polnische Regierung dazu ermuntert habe, die vorstehend bezeichnete Aktion zu unternehmen. Es muß jedoch festgestellt werden, daß unsere Garantie erst am 31. März gegeben wurde; am 26. März war darüber der polnischen Regierung gegenüber noch nicht einmal Erwähnung getan worden" (Nr. 438).

Diese Darstellung ist unrichtig. Das polnische „Weißbuch" straft Chamberlain Lügen. Am 21. März überreichte der britische Botschafter in Warschau ein Memorandum seiner Regierung. In dieser Note erklärte die Londoner Regierung, daß es ihr wünschenswert erscheine, „unverzüglich eine Organisation gegenseitiger Hilfeleistung in die Wege zu leiten". Sie machte den Vorschlag einer formellen, von den Regierungen Englands, Frankreichs, Rußlands und Polens unterzeichneten und veröffentlichten Erklärung, durch die der Beginn sofortiger Besprechungen über Maßnahmen gemeinsamen Widerstandes gegen irgendwelche Bedrohung der Unabhängigkeit irgendeines europäischen Staates angekündigt werden sollte. Anstatt sich mit dem deutschen Angebot zu beschäftigen, das der Botschaftsrat Prinz Lubomirski nach der Unterredung Ribbentrops mit Lipski nach Warschau gebracht hatte, und in Verleugnung seiner eigenen Grundsätze der polnischen Außenpolitik, richtete Beck am 23. März eine Weisung an den polnischen Botschafter in London als Antwort auf die englischen Vorschläge vom 21. März, worin er Lord Halifax fragen läßt, „ob die britische Regierung nicht die Möglichkeit erwägen könnte, mit uns (Polen) ohne Verzug ein zweiseitiges Abkommen entsprechend dem Sinn der vorgeschlagenen Erklärung abzuschließen". Wenn auch das polnische Weißbuch den Bericht des Londoner Botschafters über seine Unterredung mit Lord Halifax am 24. verschweigt, so ist doch wahrscheinlich, daß Beck damals schon ein Unterstützungsversprechen erhielt. (August Bach, Das polnische „Weißbuch", Berliner Monatshefte Mai 1940, S. 278 ff.). Die Intervention der amerikanischen Botschafter Bullitt und Kennedy am 24. und 25. März zugunsten eines Bündnisses stieß also schon auf offene Türen (Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, 1. Folge, Nr. 11, S. 29). Daher auch die ablehnende Antwort Becks, die Lipski dem Reichsaußenminister am Sonntag, den 26. März, überbrachte (Nr. 208).

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat diese Rede Chamberlains vom 10. Juli dem französischen Botschafter Coulondre einige Tage später dahin charakterisiert, daß Chamberlain die Polen zur Hartnäckigkeit und Gereiztheit ermutige, die deutsche Politik aber einzuschüchtern versuche, was bei den Deut-

schen aber bekanntlich den umgekehrten Erfolg habe (Nr. 439). Der englische Botschafter versuchte Herrn von Weizsäcker diese Rede Chamberlains damit zu entschuldigen, 1914 hätte Grey nach einer weitverbreiteten Auffassung sich und die britische Regierung in eine Nebelwolke gehüllt, diesen Vorwurf wolle sich die jetzige englische Regierung ersparen (Nr. 440).

Daß Polen in der Danziger Frage zu keinerlei Konzessionen bereit sei, glaubte der Marschall Rydz-Smigly durch sein Interview mit einer amerikanischen Journalistin, das am 19. Juli im „News Chronicle" veröffentlicht wurde, England noch einmal recht deutlich in Erinnerung bringen zu müssen. Polen werde Danzigs wegen den Kampf aufnehmen, „sogar wenn es allein und ohne Bundesgenossen sich schlagen sollte" (Nr. 441/2). Augenscheinlich gab das polnische Militär in der Person des Obersten Heerführers damit sein Veto gegen alle eventuellen Verhandlungen kund, ein weiteres Zeichen dafür, daß die Außenpolitik, wie wir ja schon oft feststellen konnten, vom Militär und nicht mehr von Beck gemacht wurde.

Noch am 15. August warnte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt auftragsgemäß den französischen und den englischen Botschafter. Polen müsse den berechtigten Ansprüchen Deutschlands nachkommen und sein gesamtes Verhalten gegenüber Deutschland total umstellen (Nr. 449). Er könne keine anderen Ratschläge geben, als daß Polen in dem akuten Problem Danzig und in seinem gesamten Verhalten zu Deutschland Vernunft annehme (Nr. 450). Auch der bevorstehende Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages, der in London und Paris wie ein Alarmschuß einschlug, brachte die englische und polnische Regierung nicht zur Vernunft. Das englische Kabinett hielt es für notwendig, jetzt erneut zu betonen, daß dieses Ereignis seine Verpflichtungen gegenüber Polen in keiner Weise berühre (Nr. 453). Auch in seinem Schreiben an den Führer, das vom selben Tage, an dem die englische Kabinettssitzung stattfand, also vom 22. August datiert ist, wies Chamberlain erneut auf die Einhaltung seiner Verpflichtungen gegen Polen trotz deutsch-sowjetischen Abkommens hin (Nr. 454). Dem englischen Botschafter, der ihm diesen Brief am 23. August nach Berchtesgaden überbrachte, erteilte der Führer eine ernste Antwort. Deutschland trage nicht die Verantwortung für die von England gegebenen Garantien, wohl aber England für die aus diesen Verpflichtungen entstehenden Folgen. Es sei Englands Sache, sich darüber klar zu werden. Er habe der polnischen Regierung mitgeteilt, daß jede weitere Verfolgung der Deutschen in Polen sofort ein Handeln der Reichsregierung nach sich ziehen werde. Wie er andererseits erfahren habe, hätte Chamberlain verstärkte militärische Vorbereitungen in England vorgesehen. Deutsche Vorbereitungen seien auf reine Defensivmaßnahmen beschränkt. „Sollte ich", so sagte der Führer, „von weiteren Maßnahmen dieser Art hören, die englischerseits heute

oder morgen durchgeführt werden, so werde ich die sofortige Generalmobilmachung in Deutschland anordnen." Der Führer hielt in scharfen Worten der englischen Regierung ihr Sündenregister vor, ihre Verantwortung für die Zuspitzung der Danziger Frage, sowie dafür, daß Hunderttausende von Volksdeutschen heute in Polen mißhandelt, in Konzentrationslager verschleppt und vertrieben würden. Für all dies habe England einen Blankoscheck gegeben, den es jetzt bezahlen müsse. Seitdem England die Garantie erklärt habe, habe er, der Führer, einen festen Standpunkt in dieser Frage einnehmen können. Er könne es nicht zulassen, daß wegen einer Laune Englands Zehntausende deutscher Volksgenossen hingeschlachtet würden. England habe sich den Mann, der sein größter Freund werden wollte, zum Feinde gemacht. Jetzt werde man in England ein anderes Deutschland kennenlernen, als man es sich so viele Jahre vorgestellt habe. Der Führer stellte fest, daß er Polen ein großzügiges Angebot gemacht habe, doch habe sich England eingemischt. Im März hätte sich Polen sicherlich für die Annahme dieses Angebotes bereit erklärt, wenn nicht England sich dazwischen gestellt hätte. Der Führer erklärte auch dem britischen Botschafter, daß er bei dem geringsten polnischen Versuch, noch weiterhin gegen Deutsche oder gegen Danzig vorzugehen, sofort eingreifen würde. Falls es zum Kriege komme, würde es ein Krieg auf Leben und Tod sein, ausgehend von englischen Absichten in dieser Richtung. England habe aber dabei mehr zu verlieren (Nr. 455).

Noch am gleichen Tage erhielt der Botschafter die schriftliche Antwort des Führers an Chamberlain. In 8 Punkten war alles zusammengefaßt, was der Führer zum Schreiben Chamberlains zu sagen wünschte: Das Suchen nach der englischen Freundschaft und die Interessen des Reiches, zu denen auch die Stadt Danzig und das damit in Zusammenhang stehende Problem des Korridors gehören. Deutschland war bereit, diese zwei Fragen durch einen wahrhaft einmalig großzügigen Vorschlag auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen. England hat durch Ausstreuungen falscher Gerüchte und die später abgegebene sogenannte Garantieerklärung die Geneigtheit der Polen zu Verhandlungen auf einer auch für Deutschland tragbaren Basis verhindert. „Die von England Polen gegebene Generalzusicherung, ihm unter allen Umständen beizustehen, ganz gleich aus welchen Ursachen ein Konflikt entstehen könnte, konnte in diesem Lande nur als eine Ermunterung aufgefaßt werden, nunmehr — gedeckt durch einen solchen Freibrief — eine Welle furchtbaren Terrors gegen die eineinhalb Millionen zählende deutsche Bevölkerung, die in Polen lebt, anlaufen zu lassen." Die deutsche Reichsregierung hat der polnischen Regierung vor kurzem mitteilen lassen, daß sie nicht gewillt ist, diese Entwicklung stillschweigend entgegenzunehmen. Wenn Chamberlain im Namen der britischen Regierung mitteile, daß sie im Falle des Einschreitens Deutschlands gezwungen sein

werde, Polen Beistand zu leisten, nehme er diese Erklärung zur Kenntnis und versichere Chamberlain, daß sie keine Änderung in die Entschlossenheit der Reichsregierung bringen kann, die Interessen des Reiches wahrzunehmen. Die deutsche Reichsregierung habe Kenntnis erhalten, daß die britische Regierung Mobilmachungsmaßnahmen durchzuführen beabsichtige, deren eindeutiger Charakter als nur gegen Deutschland gerichtet aus seinem eigenen Schreiben hervorgehe. Der Führer teilt Chamberlain daher mit, daß er im Falle des Eintreffens dieser militärischen Ankündigungen die sofortige Mobilmachung der deutschen Wehrmacht anordnen werde (Nr. 456).

Am 25. August um 13.30 Uhr empfing der Führer wieder den englischen Botschafter in der Reichskanzlei. Er wolle heute England gegenüber einen Schritt unternehmen, der genau so entscheidend sei wie der Schritt Rußland gegenüber, der zu der kürzlichen Vereinbarung geführt habe. Die Reden Chamberlains und Lord Halifax' in der Unterhaussitzung am 24. August hätten ihn, den Führer, veranlaßt, noch einmal mit dem britischen Botschafter zu sprechen. Die Behauptung, daß Deutschland die Welt erobern wolle, sei lächerlich. Das Britische Imperium umfasse 40 Millionen qkm, Rußland 19 Mill. qkm., Amerika 9½ Mill. qkm, während Deutschland noch nicht 600 000 qkm umfasse. Wer also die Welt erobern wolle, sei klar. Der Führer machte aber den britischen Botschafter darauf aufmerksam, daß die polnischen Akte der Provokation unerträglich geworden seien, gleichviel wer dafür die Verantwortung trage. Wenn die polnische Regierung die Verantwortung bestreite, sei dies nur ein Beweis, daß sie selbst auf ihre militärischen Unterorgane keinen Einfluß mehr besitze und daß es ihr nicht mehr möglich sei, die eigenen Leute im Zaume zu halten. Deutschland sei unter allen Umständen entschlossen, diese mazedonischen Zustände an seiner Ostgrenze zu beseitigen, auch im Interesse des europäischen Friedens. Das Problem Danzig und Korridor müsse gelöst werden.

Der Führer machte den Botschafter darauf aufmerksam, daß aus der Rede Chamberlains nur ein höchst blutiger und unübersehbarer Krieg zwischen Deutschland und England entstehen könne. Dieser Krieg würde blutiger sein als der von 1914—1918, Deutschland aber würde keinen Zweifrontenkrieg mehr zu führen haben, das Abkommen mit Rußland sei bedingungslos, Deutschland und Rußland würden unter keinen Umständen mehr die Waffen gegeneinander ergreifen. Ihm, dem Führer, habe immer an einer deutsch-englischen Verständigung gelegen, ein Krieg zwischen England und Deutschland könne im günstigsten Falle Deutschland einen Gewinn bringen, England aber überhaupt nicht.

Das deutsch-polnische Problem müsse gelöst werden. Er, der Führer, sei aber bereit und entschlossen, nach der Lösung dieses Problems noch einmal an England mit einem großen, umfassenden Angebot heranzutreten, denn er sei ein Mann großer Entschlüsse.

Er bejahe das britische Imperium und sei bereit, sich für dessen Bestand persönlich zu verpflichten und die Kraft des Deutschen Reiches dafür einzusetzen, wenn seine kolonialen Forderungen, die begrenzt seien und auf friedlichem Wege ausgehandelt werden können, Erfüllung, auch in weitester Terminbestimmung finden, seine Verpflichtung gegenüber Italien nicht tangiert werde, wie er die Verpflichtungen Englands gegen Frankreich respektiere. Ebenso sei es der unverrückbare Entschluß Deutschlands, nie mehr mit Rußland in einen Konflikt zu treten.

Während der Führer so bereit war, die Existenz des britischen Weltreiches auch deutscherseits zu garantieren, eine vernünftige Begrenzung der Rüstungen zu akzeptieren, versicherte er erneut, daß er an westlichen Problemen nicht interessiert sei und daß eine Grenzkorrektur im Westen außerhalb jeder Erwägung stehe. Er werde sofort nach Lösung der deutsch-polnischen Frage mit einem Angebot an die britische Regierung herantreten (Nr. 457).

Am selben Tage aber wurde in London ein britisch-polnischer Vertrag über gegenseitigen Beistand unterzeichnet, dessen Beistandsverpflichtung nach einer Erklärung des britischen Unterstaatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten am 19. Oktober 1939 im Unterhause ausschließlich für den Fall eines Angriffs durch Deutschland galt, also z. B. einen Angriff Rußlands auf Polen nicht deckte (Nr. 459).

In seinem Antwortschreiben an den französischen Ministerpräsidenten Daladier hat der Führer am 27. August wieder ganz eindeutig die Schuld Englands, daß Polen sein Angebot zurückgewiesen habe, über das das deutsche Volk erschrocken sei und mit dem kein anderer als er es wagen konnte, vor die Öffentlichkeit zu treten, dargelegt. Ohne die englische Hetze würde Europa auf 25 Jahre den Zustand tiefsten Friedens genießen können. Die polnische öffentliche Meinung begann in der sicheren Überzeugung, daß ja nun England und Frankreich für Polen kämpfen würden, Forderungen zu erheben, die man vielleicht als lächerliche Verrücktheit bezeichnen könnte, wenn sie nicht so unendlich gefährlich wären (Nr. 461).

Am 28. August um 22.30 Uhr übergab der britische Botschafter als Antwort auf des Führers Botschaft vom 26. ein Memorandum der britischen Regierung. Nach ihrer Ansicht sollten direkte Verhandlungen zwischen der deutschen und polnischen Regierung eingeleitet werden und ein Abkommen von anderen Mächten garantiert werden. Die britische Regierung habe bereits von der polnischen Regierung eine definitive Zusicherung erhalten, daß diese bereit sei, auf dieser Grundlage in Besprechungen einzutreten und sie hofft, daß die deutsche Regierung ihrerseits ebenfalls einem solchen Verfahren zustimme. Wenn, wie die britische Regierung hofft, solche Besprechungen zu einer Vereinbarung führten, wäre der Weg offen für Besprechungen über jene breitere

und umfassendere Verständigung zwischen Großbritannien und Deutschland, die beide Nationen erstrebten (Nr. 463).

Am 29. August 18.45 Uhr wurde dem britischen Botschafter die Antwort des Führers an die britische Regierung übergeben, die äußerst entgegenkommend war, wenn der Führer auch keinen Zweifel darüber ließ, daß die Forderungen der deutschen Reichsregierung an Polen, der von Anfang an als notwendig erkannten Revision des Versailler Vertrages entsprechend, Rückkehr von Danzig und dem Korridor an Deutschland, endlich Sicherung des Lebens der deutschen Volksgruppe in den restlich Polen verbleibenden Gebieten seien. Trotz ihrer skeptischen Beurteilung der Aussichten von direkten Besprechungen mit Polen nach den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit will die deutsche Reichsregierung doch den englischen Vorschlag akzeptieren und in diese eintreten. Sie will dadurch der britischen Regierung und dem englischen Volk einen Beweis für die Aufrichtigkeit der deutschen Absicht, zu einer dauernden Freundschaft mit Großbritannien zu kommen, geben. Sie muß aber die britische Regierung pflichtgemäß darauf hinweisen, daß sie im Falle einer Neugestaltung der territorialen Verhältnisse in Polen nicht mehr in der Lage wäre, ohne Hinzuziehung der Sowjetunion sich zu Garantien zu verpflichten oder an Garantien teilzunehmen. Sie hat bei ihren Vorschlägen nie die Absicht gehabt, lebenswichtige Interessen Polens anzugreifen oder die Existenz eines unabhängigen polnischen Staates in Frage zu stellen. Die deutsche Reichsregierung gab endlich ihr Einverständnis, die vorgeschlagene Vermittlung der britischen Regierung zur Entsendung einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit nach Berlin anzunehmen, mit deren Eintreffen sie für Mittwoch, den 30. August rechne. Sie versprach Vorschläge einer für sie akzeptablen Lösung sofort auszuarbeiten und diese, wenn möglich, bis zur Ankunft des polnischen Unterhändlers auch der britischen Regierung zur Verfügung zu stellen (Nr. 464).

Am selben Tage aber, nur um zweidreiviertel Stunden früher, empfing der Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium, Graf Szembeck, die Botschafter Englands und Frankreichs und gab ihnen im Auftrage Becks die Mitteilung ab, daß der Präsident der Republik auf Vorschlag der Regierung die allgemeine Mobilmachung angeordnet habe. Er begründete dies mit der Zusammenziehung deutscher Truppen an der polnischen Grenze, den fortgesetzten (notabene von polnischer Seite hervorgerufenen) Grenzzwischenfällen, den klaren Bedrohungen in Danzig (die ebenso nur von polnischer Seite ausgingen), die keinen Zweifel hinsichlich der aggressiven Absichten des Dritten Reiches gegenüber Polen bestehen lassen. Diese Umstände und Warnungen aus autorisierter Quelle, unter anderem des großbritannischen Botschafters, daß Deutschland sich anschicke, Polen überraschend anzugreifen, hätten zur polnischen Mobilmachung geführt (August

Bach, Das polnische Weißbuch, a. a. O., S. 284). Dasselbe England, das immer von friedlicher Lösung der deutsch-polnischen Spannung in Berlin sprach, gab also durch falsche Nachrichten über einen geplanten deutschen Überfall in Warschau den Anlaß zur allgemeinen Mobilmachung und verhinderte damit jede friedliche Lösung. Jetzt freilich bemerkte der englische Botschafter auf die Mitteilung des Grafen Szembeck, daß das Wort Mobilmachung geeignet sei, in der ganzen Welt den Eindruck hervorzurufen, daß Polen in den Krieg eintreten würde. Im Augenblicke dauerten die deutsch-britischen Verhandlungen noch an. London erwarte die Antwort Berlins. Es wäre außerordentlich wünschenswert, wenn Polen diese Antwort abwartete, bevor es die Mobilmachung bekanntgäbe. Der französische Botschafter stimmte seinem britischen Kollegen bei, fügte aber ausdrücklich hinzu, daß er gegen die Tatsache der Mobilmachung selbst keinerlei Einwendungen zu machen habe. Wie das polnische Weißbuch in einer Anmerkung hinzufügt, habe die polnische Regierung auf diese Bemerkung der Botschafter Frankreichs und Englands beschlossen, „die öffentliche Bekanntgebung der Mobilmachung um einige Stunden zu verschieben." Tatsächlich erfolgte diese Bekanntmachung am 30. August um 16.30 Uhr, also genau um 24 Stunden nach der Unterredung des Grafen Szembeck mit den Botschaftern Englands und Frankreichs. Während also die Berliner Regierung auf das Eintreffen eines polnischen Bevollmächtigten zu den direkten deutsch-polnischen Verhandlungen wartete, hatte Polen mit Zustimmung Englands und Frankreichs seine allgemeine Mobilmachung durchgeführt. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß das englische Blaubuch und das französische Gelbbuch die Berichte ihrer Botschafter über ihre Unterredung mit dem Grafen Szembeck am Nachmittag des 29. August verschweigen (August Bach, a. a. O., S. 285 f.).

Tatsächlich hat der deutsche Geschäftsträger erst am 30. August 17.30 Uhr durch Fernsprecher melden können, daß seit einer Stunde in Polen durch Anschlag die allgemeine Mobilmachung befohlen worden sei (Nr. 465). Am selben Tage um 24 Uhr überreichte der britische Botschafter dem Reichsaußenminister ein Memorandum der britischen Regierung und fügte hinzu, daß er den Auftrag habe, zwei weitere Punkte mündlich zur Sprache zu bringen. Die britische Regierung hatte die Stirn, angesichts der ihr bekannten allgemeinen Mobilmachung in Polen zu sagen, man könne von der polnischen Regierung nur dann vollständige Zurückhaltung erwarten, wenn die deutsche Regierung auf ihrer Seite der Grenze die gleiche Haltung einnehme und wenn keine Provokationen der deutschen Minderheit in Polen erfolgten. Es seien Berichte im Umlauf, nach denen die Deutschen in Polen Sabotageakte verübten, die die schärfsten Gegenmaßnahmen seitens der polnischen Regierung rechtfertigen würden. Der Reichsaußenminister wies diese Bemerkung auf das nachdrücklichste zurück. Es

war ein unerhörter Hohn, das Golgatha der Deutschen in Polen, das doch schon in der ganzen Welt bekannt zu werden begann, in solcher Weise umzulügen, wie die britische Regierung es hier versucht hat. Weiter teilte der britische Botschafter mit, daß die britische Regierung nicht in der Lage sei, der polnischen Regierung zu empfehlen, sofort einen bevollmächtigten Vertreter zu Verhandlungen nach Berlin zu entsenden. Sie schlage der deutschen Regierung vor, auf normalem diplomatischen Wege durch Überreichung ihrer Vorschläge an den polnischen Botschafter die Dinge ins Rollen zu bringen. Der Reichsaußenminister antwortete, daß die britische Vermittlung nur ein klares Ergebnis gezeitigt hätte, nämlich die polnische Generalmobilmachung. Deutscherseits habe man mit dem Erscheinen eines polnischen Vertreters am 30. August gerechnet. Bis Mitternacht habe man aber nichts von den Polen gehört. Die Frage eines eventuellen deutschen Vorschlages, nach dem der britische Botschafter gefragt hatte, sei daher nicht länger aktuell. Um aber zu zeigen, was Deutschland vorzuschlagen beabsichtigte, wenn der polnische Vertreter gekommen wäre, verlas der Reichsaußenminister die deutschen Vorschläge und erläuterte sie. Die unmögliche Grenzziehung in Versailles und die unmögliche Behandlung der Minderheiten in den abgetrennten Gebieten als Ursache der gefährlichen deutsch-polnischen Spannung will die deutsche Reichsregierung durch ihre Vorschläge endgültig beseitigen, deshalb macht sie folgende Vorschläge: Rückkehr Danzigs ins Reich, das Gebiet im sog. Korridor im Ausmaße von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder—Graudenz—Kulm—Bromberg (diese Städte eingeschlossen) und dann etwa westlich nach Schönlanke, wird durch eine Abstimmung über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden. Abstimmungsberechtigt sind alle dort am 1. Januar 1918 wohnhaft gewesenen oder dort geborenen Deutschen, Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück. Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung wird dieses Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer von Italien, Sowjet-Rußland, Frankreich und England sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet ausübt. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Fällt das Abstimmungsgebiet zu Polen, erhält Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone etwa in der Richtung Bütow—Danzig bzw. Dirschau zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Bahnstrecke. Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bezw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würde. Die Beschwerden gegen die Minderheitenbehandlung in Polen und Deutschland werden einer internationalen zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet wer-

den. Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorgekommenen wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wiedergutzumachen. Deutschland und Polen kommen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassende und bindende Vereinbarungen zu sichern. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen. Im Falle einer Vereinbarung auf Grund dieser Vorschläge ordnen Deutschland und Polen die sofortige Demobilmachung ihrer Streitkräfte an (Nr. 466 und Anlage II).

Diese Vorschläge waren trotz allem, was der Führer von polnischer Seite forderte, so großzügig und annehmbar, daß für eine kluge Staatsführung die Wahl zwischen Krieg und Frieden nicht schwer gewesen wäre, namentlich wenn sie sich erinnerte, daß sie die strittigen Gebiete nicht aus eigener Kraft, sondern lediglich durch die Gunst der politischen Lage und gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Versailles erhalten hatte. Diesen Vorschlag zur Regelung des Danzig-Korridor-Problems, sowie der deutsch-polnischen Minderheitenfrage verlas der Reichsaußenminister dem britischen Botschafter. Wenn die britische Regierung, weil angeblich der britische Botschafter der Vorlesung nicht folgen konnte, ihrerseits keinen Schritt unternahm, um die polnische Regierung aufzufordern, endlich einen Unterhändler nach Berlin zu schicken, ist dies nun heute, nach der nunmehr durch das polnische Weißbuch festgestellten Haltung zur polnischen allgemeinen Mobilmachung bzw. ihrem Anteil an derselben vollkommen klar. England verhandelte nur, um den Schein zu wahren, das beweist auch das am 30. August 24 Uhr vom britischen Botschafter übergebene vollständig wertlose Memorandum der britischen Regierung (Nr. 466 Anlage I). Die deutsche Regierung war daher am 31. August 21 Uhr genötigt zu erklären, daß sie ihre Vorschläge, da der Führer und die Reichsregierung nun zwei Tage vergeblich auf das Eintreffen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet haben, auch diesmal praktisch als abgelehnt ansehe (Nr. 468).

Damit waren die Würfel gefallen und der Führer hat in seiner Rede vor dem deutschen Reichstag am 1. September mitgeteilt, daß nach polnischen militärischen Angriffen auf deutsches Territorium seit 5 Uhr 45 zurückgeschossen würde (Nr. 471), d. h. der Krieg begonnen habe. Die Vermittlungsaktion Mussolinis, die auch von Frankreich unterstützt wurde, wurde von England torpediert (Nr. 474, 475, 476). Die britische Regierung stellte dann noch Deutschland am 3. September 1939 9 Uhr ein unverschämtes Ultimatum, in dem sie verlangte, daß die deutsche Regierung jegliche Angriffshandlungen gegen Polen einstelle und ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückziehe (Nr. 477). Die Reichsregierung antwortete darauf in einem Memorandum, das dem britischen Botschafter am 3. September um 11.30 Uhr ausge-

händigt wurde, daß die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk es ablehnen, von der britischen Regierung ultimative Forderungen entgegenzunehmen, anzunehmen oder gar zu erfüllen. In aller Schärfe wurde der britischen Regierung über ihr Verhalten in dem deutsch-polnischen Streite seit Versailles und namentlich in den letzten Monaten, nachdem sie — ein einmaliger Vorgang in der Geschichte — dem polnischen Staate eine Generalvollmacht für alle Handlungen gegen Deutschland, die dieser Staat etwa vorzunehmen beabsichtigen würde, erteilt hatte, Vorhaltungen gemacht. Die britische Regierung habe der polnischen Regierung unter allen Umständen für den Fall, daß sich Deutschland gegen irgendeine Provokation oder einen Angriff zur Wehr setzen würde, ihre militärische Unterstützung zugesichert. Alle Verstöße gegen das Gesetz des Danziger Statuts, die Danzig erst wirtschaftlich und zollpolitisch mit der Vernichtung bedrohten und endlich militärisch zernierten und verkehrstechnisch abdrosselten, wurden von der britischen Regierung gebilligt und durch die ausgestellte Blankovollmacht an Polen gedeckt. Die britische Regierung sei schuld an dem Leid der von den Polen gequälten und unmenschlich mißhandelten deutschen Bevölkerung, dem die deutsche Regierung dennoch fünf Monate lang geduldig zugesehen habe, ohne auch nur einmal gegen Polen eine ähnlich aggressive Haltung zu betätigen. Die britische Regierung hätte in Warschau leicht einwirken können, um die dortigen Machthaber zu ermahnen, Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen. Sie hat dies nicht nur nicht getan, sondern im Gegenteil die polnische Regierung geradezu ermuntert, in ihrem verbrecherischen, den Frieden Europas gefährdenden Verhalten fortzufahren. Nachdem alle Versuche einer friedlichen Lösung durch die Intransigenz der von England gedeckten polnischen Regierung unmöglich gemacht worden waren, hat sich die deutsche Reichsregierung erst zum Handeln entschlossen. Sie hat auf die letzten, das Reichsgebiet bedrohenden Angriffe der Polen mit gleichen Maßnahmen geantwortet. Sie lehnt daher die Versuche, durch eine ultimative Forderung Deutschland zu zwingen, seine zum Schutze des Reiches angetretene Wehrmacht wieder zurückzurufen, ab (Nr. 479).

Am selben Tage um 12.20 Uhr übermittelte der französische Botschafter eine Note ähnlichen, wenn auch höflicheren Charakters, daß die französische Regierung sich verpflichtet sehe, von 17 Uhr ab die vertraglichen Bindungen, die Frankreich gegen Polen eingegangen war, zu erfüllen (Nr. 480, 481). Damit hatten auch die Westmächte Deutschland den Krieg erklärt.

JOHANN LUPAŞ*)

LEOPOLD VON RANKE UND MIHAIL KOGĂLNICEANU.

Für die deutsch-rumänischen Beziehungen wird es nicht ohne Bedeutung sein, des Begründers der modernen rumänischen Geschichtsschreibung, Mihail Kogălniceanu (1817—1892), zu gedenken und seines großen Lehrers, Leopold von Ranke. Nicht nur die deutsche Geschichtswissenschaft, sondern die Geschichtswissenschaft der ganzen Welt sieht in Leopold von Ranke einen der großen Wegbereiter der modernen europäischen Geschichtsschreibung. Wie hoch der wissenschaftliche Wert und die historische Methode Rankes in der öffentlichen Meinung Rumäniens geschätzt waren, kann auch ein in der Bukarester Tageszeitung „Românul" vom 1. Juli 1886 veröffentlichter Nekrolog beweisen, in dem es heißt: Die europäische Geschichtswissenschaft habe am 23. Mai 1886 durch den Tod Leopold von Rankes einen ihrer größten Vertreter verloren ... Der einzige Weg — erklärt der Verfasser dieses Nachrufs[1] — der heute dazu bestimmt sei, den Historiker zur genauen Kenntnis der Wahrheit zu führen, zur Entfaltung aller Ursachen und Wirkungen, welche die geschichtlichen Ereignisse beseelen, dieser Weg sei von dem unsterblichen deutschen Geschichtsforscher vom Jahre 1822 bis 1886, also in einem 64jährigen Zeitlaufe — grande mortalis aevi spatium — immer mit einer Sicherheit, mit einer Tatkraft, mit einem Unterscheidungsvermögen und mit einer Kunst begangen worden, von der uns nicht viele Historiker aller Länder und Zeiten zahlreiche Beispiele geben könnten. Ein einziger Glaube war es, der Ranke zur Schaffung seiner historischen Werke führte. Er glaubte, daß die Geschichtsschreibung „zugleich Kunst und Wissenschaft" sei. Daher jene bewundernswerte Erfahrung

*) Herr Dr. Johann Lupaş, Professor an der Universitat Cluj-Klausenburg, hat uns freundlicherweise diesen Beitrag zu den rumanisch-deutschen Kulturbeziehungen zur Verfugung gestellt.

[1] Der Geschichtsprofessor Ionescu-Gion aus Bukarest, der die bekannten Monographien uber „Ludwig XIV si Constantin Brancoveanul I" (Bukarest 1884), „Bucureştii în timpul revoluţiunii franceze" (Bukarest zur Zeit der franzosischen Revolution) (Bukarest 1891) und „Din Istoria Bucureştilor" (Aus der Geschichte Bukarests) (Ibidem 1897) geschrieben hat.

oder, wenn Sie wollen, die Begabung, alle Zeugnisse und Untersuchungen, auch die beim ersten Anblick fremdartigsten, zu einem harmonischen Ganzen zusammenzufügen, dem Leser die historischen Tatsachen in schönster Form zuzuführen, in der dennoch die wissenschaftliche Strenge niemals fehlen darf, denn sie allein ist berufen, den Behauptungen des Denkers unantastbare Autorität und höchsten Wert zu verleihen.

Durch die Forderung unbedingter Objektivität — „sich selbst auslöschen" — und durch die Beschränkung der Aufgabe des Geschichtsschreibers auf die Erzählung des Geschichtsablaufes, „wie es eigentlich gewesen ist", leitet Ranke ein neues Zeitalter der Geschichtsschreibung ein. Auch für die junge rumänische Geschichtswissenschaft ist er bedeutsam geworden. Einer der bedeutendsten Historiker Rumäniens im 19. Jh., Mihail Kogălniceanu, der Begründer der modernen rumänischen Geschichtsschreibung, ist, wie er selbst bekennt, aus Rankes Schule hervorgegangen.

Als Ranke seine Antrittsvorlesung über die Verwandtschaft und Unterschiede von Geschichte und Politik hielt, war unter den Hörern auch der junge Mihail Kogălniceanu, der tief erfaßt wurde von dem Wissen seines großen Lehrers. Später (1891) hatte Kogălniceanu das Glück, seiner Dankbarkeit gegenüber der Universität Berlin und ihren berühmten Professoren in einer denkwürdigen Akademierede Ausdruck zu verleihen. Die Worte, in denen Kogălniceanu sich seiner Jugendjahre, seiner Professoren und ihres Anteils am Erfolge seiner literarhistorischen und sozialpolitischen Arbeit erinnerte, seien hier angeführt.

„Das damalige Berlin", sagte Kogălniceanu in der Festsitzung der Rumänischen Akademie unter dem Vorsitz König Carols I., „hat sich den Namen ‚Deutschlands Athen' erworben und durch die Vaterlandsliebe, durch die Klugheit und die große völkische Bewegung, die in allen Gesellschaftsschichten, Adel wie Bürgertum, daheim war, kündigte sich die große Bedeutung an, die 35 Jahre später Preußen in der Geschichte zufallen sollte, als es die Führung Deutschlands übernahm und das Reich Friedrich Barbarossas neu erstehen ließ. Das Bürgertum stellte sich nämlich an die Spitze des Kampfes für die nationale Idee und die sozialen Reformen, die sich über ganz Deutschland ausbreiteten. Ihr Ziel war vor allem die Einigung des deutschen Vaterlandes. Dieser Gesellschaft verdanke ich meine geistige Entwicklung und die Liebe für all das Schöne und Große im menschlichen Leben.

Als ich damals als Student nach Berlin kam, lehrte dort Gans als Professor der Rechte, der über eine so große Beredsamkeit verfügte und so freie Ideen verkündete, daß aus allen Teilen Deutschlands und selbst aus anderen Ländern die Hörer zu Tausenden herbeiströmten, um seinen Vortrag zu hören und seine Beredsamkeit auf sich wirken zu lassen. Diese war süß wie eine Melodie, so daß man sich entschloß, durch Abreißen einer Wand

zwei Hörsäle zu einem größeren zu vereinigen, in dem Gans der jungen deutschen Generation die Wissenschaft predigte. Ich hatte als Lehrer Leopold von Ranke (1795—1886), den großen Historiker, zu dessen 60jährigem Professorenjubiläum — am 20. Februar 1877 — auch ich die Ehre hatte, ihm meine Glückwünsche als Glückwünsche des ersten seiner rumänischen Studenten in Berlin zu übermitteln.

Ich hatte ferner das Glück, den großen Savigny, den berühmten Lehrer des Römischen Rechts und einen der bedeutendsten Söhne der französischen Kolonie in Berlin, meinen Lehrer nennen zu können.

Im Salon Savignys wurde ich auch Alexander von Humboldt (1769—1859) vorgestellt, der ein besonderes Interesse für die rumänischen Länder hatte, die damals noch so unbekannt waren, daß man nicht einmal den Namen „Rumänien" kannte. Darüber brauchen wir uns wahrhaftig nicht zu wundern, wenn selbst in der Moldau und in der Walachei der Name „Rumänien" nicht gebraucht und durch die Bezeichnung Moldauer und Muntenier ersetzt wurde. Alexander von Humboldt bewies mir ein besonderes Interesse, unsere Literatur kennenzulernen. Um seinen Wunsch zu erfüllen, schrieb ich in deutscher Sprache eine kurze Betrachtung über unsere damalige Literatur, die ich in „Lehmanns Magazin für die Literatur des Auslandes"[2] veröffentlichte.

Die Ferien verbrachte ich regelmäßig in Swinemünde, einem damals noch kleinen Städtchen an der Meeresküste oder in Heringsdorf, das — damals ein kleines Dorf — mir von Willibald Alexis (1789—1871), dem berühmten Dichter und Schriftsteller, empfohlen wurde. Willibald Alexis machte mich, obwohl ich erst 20 Jahre zählte, zu seinem engsten Freunde. ... Willibald Alexis lenkte meine Aufmerksamkeit bei unseren gemeinsamen Spaziergängen auf die Tätigkeit Deutschlands, vor allem auf die politischen Einheitsbestrebungen und die Bemühungen des Bürgertums, in die Politik einzudringen, die damals fast ausnahmslos nur vom Adel beherrscht wurde. Alexis machte mich als erster auf die großen preußischen Reformen aufmerksam, nämlich die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Erteilung von Besitz an die preußischen Bauern.

In den Sommerferien genoß ich einmal die Gastfreundschaft des Grafen von Schwerin in Schwerinsburg, dem alten Schloß seines Vorfahren, des Feldmarschalls Friedrichs des Großen. Dort sah ich mit eigenen Augen die Anwendung des Gesetzes der

[2]) Diese Zeitschrift begann 1832 (dreimal wöchentlich) zu erscheinen, die Studie Kogălniceanus wurde im Januar 1837 unter dem Titel „Rumanische oder wallachische Sprache und Literatur" veröffentlicht

Bauernbefreiung, das vor 25 Jahren geschaffen worden war. Ich sah die befreiten Güter, einige im Besitz der alten Herren verblieben, andere in den Besitz ehemaliger Leibeigener übergegangen. Ich sah das Dorf der ehemaligen Fronbauern, Alt-Schwerin und das neue, nach der Befreiung erbaute Dorf, „Neu-Schwerin". Sonderbar: Das preußische Gesetz hatte eine große Ähnlichkeit mit den Bedingungen des Bodenbesitzes in den rumänischen Ländern. Das Prinzip unserer alten Gesetzgebung, dem Bauern zur Bebauung ⅔ des Bodens zu überlassen und ⅓ für den Herrn zurückzustellen, existierte auch in Preußen!

Ebenfalls während meines Berliner Aufenthaltes wurde ich durch meinen Studienfreund, den Sohn des berühmten Historikers Kohlrausch, der Herzogin von Cumberland, der Schwester und Beraterin Friedrich Wilhelm IV. vorgestellt und kam bald in ein Freundschaftsverhältnis zu Georg, dem Sohn des Herzogs von Cumberland, der nach der Thronbesteigung des alten Herzogs Thronfolger, später König von Hannover und schließlich durch seinen Schwager Wilhelm I. (1866) entthront wurde.

Dank meiner Bekanntschaft mit so vielen bedeutenden deutschen Männern und meines Verkehrs in den politischen Kreisen Berlins hatte ich die glückliche Gelegenheit, mich mit den reformatorischen Ideen zu bereichern, die damals die Intelligenz Deutschlands beschäftigten. Ja, *meiner zweiten Mutter, der Universitas Fridericia Wilhelma*, dem Beispiel der Vaterlandsliebe, die ich in allen adligen wie bürgerlichen Kreisen fand, *verdanke ich meine Liebe zu meinem rumänischen Vaterlande sowie den freien Geist, der mich bei allen Taten meines Lebens beseelt hat.*

Meine wohlwollenden Zuhörer mögen nicht denken, diese Worte seien die Verbeugungen des Höflings vor einem Hohenzollern, der heute König in Rumänien ist. Mein ganzes Leben lang, in der Jugend und im reifen Mannesalter, habe ich behauptet, daß ich der deutschen Kultur, der Berliner Universität, der deutschen Gesellschaft und den großen Männern und Patrioten zum größten Teil das verdanke, was ich in meiner Heimat geworden bin, und daß sich am Feuer der deutschen Vaterlandsliebe die Fackel meines rumänischen Patriotismus entzündet hat"[3].

In solchen Worten drückte Mihail Kogălniceanu im Jahre 1891 seine Anerkennung für alle bedeutenden Anregungen aus, die er

---

[3]) Vgl. Analele Academiei Române. Partea Administrativă-Desbaterile 1889—1890. seria II. t. 12. Bukarest 1890, S. 257—264. Ferner N. *Cartojan*, M. Kogălniceanu. In der Sammlung: „Clasicii români comentati", hg. vom „Scrisul Românesc". Craiova, S. 108—117. S. auch S. *Puşcariu*, Deutsche Kultureinflusse auf das rumanische Volk. Jena u. Leipzig 1933. S. 18 f. — D. C. *Amzar*, Kogălniceanu und die deutsche Kultur. Aus den Berliner Erinnerungen eines rumanischen Staatsmannes. In: *Geist der Zeit* 1939, S. 283—287.

in den Vorlesungen seiner berühmten Professoren an der Universität Berlin erhalten hatte. In steigendem Maße beeinflußte die Auffassung und Methode der Rankeschen Schule seine wissenschaftliche Laufbahn in den nächsten Jahrzehnten.

Der junge Kogălniceanu hat gerade unter dem Eindruck der Vorlesungen Rankes den Plan gefaßt, in Berlin ein Werk in französischer Sprache zu veröffentlichen, das einen Überblick über die rumänische Geschichte geben sollte.

Bereits zwei Jahre vorher hatte in Bukarest der erste Versuch einer Synthese der Geschichte der Rumänen begonnen. Es war dies das Unternehmen von Aaron Florian, Professor am Sava-Kollegium, der die Vergangenheit Rumäniens in 8 Bänden darzustellen beabsichtigte. Es erschienen aber in den Jahren 1835 bis 1838 nur drei Bände. Der erste behandelt die Geschichte Rumäniens bis zum Anfang des 16. Jh.s, der zweite die Zeit bis zur Ermordung Mihai Viteazuls (1601), der dritte die Herrschaft Radu Şerbans (1602—1611) und Radu Mihneas (1611—1623). Es war ein verfrühter Versuch, dessen Schwierigkeiten nicht überwunden werden konnten. Der allzu kühne Plan gelangte nicht zur Durchführung, weil die für eine historische Synthese unerläßlichen Vorarbeiten beinahe gänzlich fehlten.

Zur selben Zeit, als Professor Florian sich um den Druck seines Geschichtswerkes bemühte, das ein Werkzeug der moralischen und vaterländischen Erziehung werden sollte, fühlte sich auch der junge moldauische Student Mihail Kogălniceanu ermutigt, in französischer Sprache den ersten Band seines Geschichtswerkes zu veröffentlichen. Er widmete ihn sogar „Seiner Durchlauchtigsten Hoheit Mihail Sturdza, dem Herrscher und Fürsten der Moldau" als „Bezeugung seiner Ergebenheit und untertänigsten Verehrung". Angeregt zu der Veröffentlichung dieses Buches wurde Kogălniceanu vor allem durch die traurigen Erfahrungen, die er auf seinen Studienreisen in Deutschland und in Frankreich machen mußte. Er traf hier auf eine völlige Unkenntnis und Interesselosigkeit hinsichtlich der rumänischen Länder und mußte sehen, daß selbst entfernte Teile Afrikas und Amerikas bekannter waren als die Donaufürstentümer.

Der junge Kogălniceanu fühlte die Notwendigkeit, wie er selbst bekennt, den kultivierten Völkern zu beweisen, daß die Rumänen mit Vorzügen begabt seien, die sich schwerlich bei anderen Völkern finden ließen, und daß ihre Erniedrigung nur als traurige Folge schlechter Regierungen aufzufassen sei. Als Anfang dieser Aufklärungsarbeit, schien es ihm am besten, mit der völkischen Geschichte zu beginnen und diese aus der engen Betrachtungsweise der Herrscherbiographien herauszuheben. Er plante, die Einrichtungen, die Verwaltung, Literatur und Kultur, mit einem Wort das ganze Leben der Vergangenheit darzustellen.

Nach seiner Heimkehr hat er keine weiteren Bände dieses Werkes mehr veröffentlicht. Da er sich darüber klar war, daß

eine solche Arbeit auf einem vertieften und systematischen Studium der Geschichtsquellen beruhen müsse, wandte er seine Aufmerksamkeit der Veröffentlichung von Urkunden in der Zeitschrift „Arhiva Românească" zu und gab selbst eine sorgfältige Sammlung alter moldauischer Chroniken unter dem Titel „Letopisețele Țării Moldovii" („Annalen des moldauischen Landes") heraus. Die zweite vervollständigte Ausgabe wurde später unter dem Titel „Cronicele Românіei sau Letopisețele Moldaviei si Valahiei" („Rumänische Chroniken oder Annalen der Moldau und der Walachei") (Bukarest 1872) veröffentlicht.

Die wesentlichen Ideen, auf denen Kogălniceanus historische Betrachtungsweise beruht, haben zwei Quellen: die ruhmreiche Überlieferung der moldauischen Geschichtsschreibung auf der einen, der Einfluß der deutschen Schule auf der anderen Seite. Die rumänische Geschichtsschreibung des 17. Jh.s hatte das Glück, von diesem Sohn der Moldau fortgesetzt zu werden, der in hohem Maße Überlieferung und fortschrittliches Bestreben in sich vereinigte, und dem es auf diese Weise gelang, sie zum hohen Stand der Wissenschaftlichkeit des 19. Jh.s zu erheben. Seine sich in dieser Richtung erstreckende Tätigkeit hat ihren entsprechenden Ausdruck in der „Einleitung zu Vorlesungen über völkische Geschichte" gefunden, die er am 24. November 1843 in der „Academia Mihaileana" in Jassy vortrug. Seinen Hörern erklärte er damals, daß er nicht im Sinne habe, sie mit chronologischen Einzelheiten und Daten zu ermüden, sondern daß er sich vielmehr bemühen wolle, ihnen ein Gesamtbild zu geben. Eine Methode also, die wir heute genetisch nennen, beschäftigte schon damals den jungen Kogălniceanu beim Beginn seiner Geschichtsvorlesungen. Doch war ihm nicht die Möglichkeit gegeben, diese Vorlesungen, wie er es wünschte, mit wissenschaftlicher Freiheit zu entfalten.

Die Einleitung wurde berühmt, gleich der Einleitung des Schweizer Historikers Johannes Müller, der der Geschichte die Definition gab, sie sei „der Baum der Erkenntnis des Guten und Bösen". Diesen Geschichtsforscher kannte auch Kogălniceanu, denn er zitiert von ihm das Wort: „Wenn der Geist sich zu der Würde der Geschichtschreibung erhebt, müssen augenblickliche oder persönliche Beziehungen vor ihm verschwinden[4]. Auch Kogălniceanu strebte nach möglichster Objektivität, enthielt sich freilich nicht der Bitte an seine Hörer, ihm eine kleine Abweichung zugunsten seines Volkes nicht zu verübeln; sie werde ihn nicht zur Außerachtlassung der Tatsachen führen, und er werde es verstehen, sich vor den Übertreibungen der „Romanomanie" eines Petru Maior zu hüten, vor Übertreibungen, durch

---

[4] Joh. Müllers Vorrede zum V. Teil der schweizerischen Geschichte, S. IV.

die eine besonders in Siebenbürgen und in einigen Teilen Munteniens verbreitete Leidenschaft hervorgerufen sei.

Von Ranke, der seine Vorlesungen mit der denkwürdigen Antrittsrede über die Verwandtschaft und Verschiedenheit von Geschichte und Politik eröffnete (836)[5], hat Kogălniceanu die enge Verbundenheit der Geschichtswissenschaft mit den politischen Geschehnissen seiner Zeit sehen und schätzen gelernt. Es war also natürlich, daß die Verbindung der Erscheinungen der Vergangenheit mit den aufregenden Ereignissen der Gegenwart, d. h. der Zeit Kogălniceanus, in seiner Einleitung vom Jahre 1843 einen Ausdruck fand. Da die grundlegende Auffassung seiner ganzen Tätigkeit der Gedanke der nationalen Einheit der Rumänen war, erklärte er seinen Hörern deutlich: „Wenn die Griechen unter die Herrschaft Philipps und später unter das Joch der Römer kamen, so geschah es, weil sie Thebaner, Athener, Spartaner und nicht Hellenen sein wollten. Genau so wie unsere Vorfahren Siebenbürger, Muntenier, Banater, Moldauer und nicht Rumänen zu sein strebten. Selten haben sie den Willen gezeigt, sich als ein Volk zu fühlen. In ihrer Spaltung müssen wir also die Quelle allen vergangenen Unglücks sehen, dessen Spuren noch heute auf unserem Boden lebendig sind. Weit davon entfernt, von Haß gegen andere Teile meines Volkes erfüllt zu sein, sehe ich als mein Vaterland allen Boden an, auf dem rumänisch gesprochen wird, und als völkische Geschichte die Geschichte der gesamten Moldau vor ihrer Zerreißung, die der Walachei und der Brüder in Siebenbürgen"[6]. Kogălniceanu hatte also eine weite Schau, die gleichermaßen die Vergangenheit der Rumänen aus allen Provinzen umfaßte.

Neben dem Gedanken der nationalen Einheit beschäftigte ihn vor allem die Idee der geschichtlichen Kontinuität, die ihn zu betonen veranlaßte, daß die Geschichte uns mit der Ewigkeit verbindet, indem sie uns mit den vergangenen wie mit den kommenden Geschlechtern in Berührung bringt, denen es die Taten unserer Tage zu übermitteln gilt. An der Universität Berlin war damals der Einfluß der geschichtsphilosophischen Ideen Hegels groß. Im Sinne dieser Hegelschen Philosophie ist die Geschichte nichts anderes als die fortschreitende Verwirklichung der göttlichen Vernunft im Menschen und, durch seine Vermittlung, in der Welt. Denselben Gedanken brachte ein anderer genialer Moldauer, der Dichter Mihail Eminescu, in folgender Definition lapidar zum Ausdruck: „Die Weltgeschichte denkt langsam, aber

---

[5] Vgl. besonders L. Ranke, Sämtliche Werke. XXIII (Leipzig 1876), S. 276: „Rerum gestarum scientia imperfecta est sine praesentium notitia; praesentium intelligentia nulla est sine prioris aevi cognitione. Altera alteri manus porrigit: altera esse sine altera aut certe absoluta esse nequit."

[6] In der Einleitung zu M. Kogălniceanus Sammelwerk Letopisețele Țării Moldovii. Jassy 1852.

mit Sicherheit. Die Menschheitsgeschichte ist die Entfaltung des göttlichen Denkens"[7].

Auch in der Schrift Kogălniceanus ist der Einfluß dieser religiös-philosophischen Ideen fühlbar. Den Beweis gibt uns gerade seine Einleitung, die über die Wahrheit sagt: „Nach der Bibel müsse die Geschichte sein, was sie immer war: Das Buch der Völker". Also nicht durch theoretische Definitionen, sondern praktisch wußte Kogălniceanu den erzieherischen Wert der völkischen Geschichte zu schätzen, als fast gleichwertig dem Buch der Bücher, der Heiligen Schrift, die den kultivierten Völkern immer ein Führer in ihrem Streben zum Fortschritt war.

Die Bedeutung der Bibel im Volksleben betont auch Johannes Müller in seiner oben erwähnten Vorrede: „Ich will hier nicht erweisen, was besser sich fühlen läßt: Aber merkwürdig ist, wie die Bibel fast auf kein Volk eigentümlicher als für uns paßt ... So weiß ich auch nicht, ob ein Glaube uns besser geziemt als der des Neuen Testaments, welcher (gleich so wie unsere ewigen Bünde) jedem die hergebrachten und natürlichen Rechte bestätigt ...[8].

Wie sehr Kogălniceanu auch von der Leidenschaft für die Geschichtsforschung beherrscht war, der er die schönsten Jahre seiner Tätigkeit widmete, so haben doch die Verhältnisse des rumänischen Lebens in der zweiten Hälfte des 19. Jh.s ihn daran gehindert, sich restlos diesen Studien zu widmen, indem sie ihm auf dem Gebiet des politischen Aufbaus die Rolle eines der tätigsten und gedankenvollsten Begründer des modernen Rumänien vorbehielten. Seine historisch-wissenschaftliche Tätigkeit erscheint wie eine Vorbereitung, wie ein Vorwort zu seiner politischen Tätigkeit, ohne daß er jemals während seiner gesegneten staatsmännischen Tätigkeit die Ideen des Vorworts und die Lehren, die er aus dem Studium der Vergangenheit zog, vergessen hätte. Deshalb können wir die Behauptung wagen, daß seine politische Tätigkeit nichts weiter war als eine unmittelbare Fortsetzung und Krönung seiner geschichtswissenschaftlichen Arbeit. Kogălniceanu hat sich als fähig erwiesen, in größerem Maße als irgendein anderer unter seinen Zeitgenossen aus der Moldau, der Walachei oder aus Siebenbürgen Geschichte zu schreiben und zu gestalten. Er hat auf diese Weise einen rumänischen Beitrag zur Bekräftigung der Tatsache gegeben, daß Geschichte nichts anderes ist als Politik der Vergangenheit, während die Politik als Geschichte der Gegenwart erscheint. Gestützt

---

[7] Vgl. I. Lupaş, Hegel si influenţa lui in scrisul lui Bălcescu si Mihail Eminescu (Hegel und sein Einfluß auf Bălcescu und Mihail Eminescu). In: Paralelism Istoric. Bukarest 1937, S. 206.

[8] Vgl. J. M. Der Geschichten schweizerischer Eidgenossenschaft Erstes Buch. Von dem Ausbau des Landes. Winterthur 1786. S. XXVII.

auf die Lehren der Vergangenheit ist es Kogălniceanu gelungen, die Probleme der Gegenwart klar zu sehen und geschickt an ihrer Lösung mitzuhelfen. Im wehmütigen Dämmerlicht seiner über vier Jahrzehnte dauernden politischen Laufbahn konnte er mit tiefer seelischer Zufriedenheit das Geständnis aussprechen, das an die Worte aus dem Gebet des greisen Symeon erinnert: „Herr, nun lasse deinen Knecht in Frieden ziehen." 1883 sagte er, rückblickend auf seine Laufbahn, still stehend beim politischen Programm von 1848, von ihm ausgearbeitet und veröffentlicht unter dem Titel „Wünsche"[9]:

„Ich hatte das Glück zu erleben, daß ich von den 35 Punkten 31 verwirklicht gesehen habe, an deren Durchführung auch ich Anteil gehabt habe." Er hätte mit vollem Recht noch die Worte des frommen Aeneas hinzufügen können: „Et quorum pars magna fui."

Als Motto des 1837 in Berlin gedruckten Buches setzte Kogălniceanu die Worte Sallusts: „et qui fecere et qui facta aliorum scripsere multi laudantur". So verdient auch Kogălniceanu Lob sowohl als Schreiber wie als Gestalter der rumänischen Geschichte.

---

[9] Monitorul Oficial vom 12. Febr. 1883.

GEORG SACKE

M. M. SPERANSKIJ POLITISCHE IDEOLOGIE UND REFORMATORISCHE TÄTIGKEIT

(Zu seinem 100. Todestag am 23. 2. 1939).

I.

Der Staatsstreich vom 28. Juni (alten Stils) 1762, durch den Katharina II. auf den russischen Thron gelangte, unterscheidet sich wesentlich von anderen Palastrevolutionen des 18. Jh.s. Es handelt sich hier nicht um einen bedeutungslosen Personenwechsel. Mit dem Regierungsantritt Katharinas beginnt vielmehr eine neue historische Epoche, deren Bedeutung für die neuere Geschichte Rußlands nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Katharina II. setzte sich zum Ziele, Rußland zu einem mächtigen, streng zentralisierten, bürokratischen Staat zu machen. Voraussetzung für die Verwirklichung dieses ihres Programms erschien ihr, wie den meisten Vertretern des Absolutismus, ein wirtschaftlich kräftiges, aufblühendes Bürgertum. Vom Wert eines gesunden Bürgertums waren auch die einflußreichen Vertreter der großgrundbesitzenden Aristokratie überzeugt, die an der Entwicklung der Industrie und des Handels interessiert waren. Sie traten dementsprechend für die Förderung der bürgerlichen Gewerbe und für die Aufhebung bzw. Einschränkung der Reste des Feudalismus ein. Als ein gefährlicher Widersacher aber trat der Kaiserin die breite Masse des kleinen und mittleren Adels entgegen, deren Vertreter sich für die Aufrechterhaltung der überlieferten Privilegien einsetzten.

Es ist vor allen Dingen auf diese Haltung des russischen Adels zurückzuführen, daß Katharina es nicht vermocht hat, ihr politisches Programm vollständig durchzuführen. Sie hat es z. B. nicht gewagt, die wichtigsten Privilegien des Adels, das Grundbesitzmonopol und das ausschließliche Recht auf den Leibeigenenbesitz, anzutasten. Katharina hat sich sogar gezwungen gesehen, die Rechte der Gutsbesitzer über ihre Leibeigenen in einem nie dagewesenen Maße auszudehnen und die Millionenmasse der Bauern der Willkürherrschaft des Adels auszuliefern. Die zentralistischen und bürokratischen

Bestrebungen Katharinas machten immer Halt vor der Grenze eines Gutes, in dem ein Edelmann residierte und fast unbeschränkter Herr über seine Untertanen war.

Alle diese Zugeständnisse, die Katharina dem Adel gegenüber gemacht hat, sind jedoch nicht entscheidend für den Charakter ihrer Politik. Im Rahmen der überlieferten Leibeigenenwirtschaft schlug sie gleich nach ihrer Thronbesteigung einen politischen Kurs ein, der einem völligen Bruch mit der Politik ihrer Vorgänger gleichkommt. Sie war von Anfang an systematisch bemüht, die Entwicklung des Handels und der Industrie zu fördern und die Rechte des Bürgertums auszudehnen. Durch eine Reihe von Maßnahmen setzte sie gleichzeitig durch, daß der politische Einfluß und die Rechte des Adels wesentlich eingeschränkt wurden. Als Ergebnis der zielbewußten Politik Katharinas ist infolgedessen Zunahme des bürgerlichen Wohlstandes und Ansehens einerseits, politischer und wirtschaftlicher Niedergang des Adels andererseits festzustellen. „Der große Teil unserer Kirchdörfer und Güter", hebt z. B. der bekannte Memoirenschreiber A. T. Bolotov (1796) angesichts der fortschreitenden Verarmung des Adels hervor, „wird in den Besitz von Fabrikanten, Kaufleuten, Beamten, Sekretären, Ärzten und Arztgehilfen gelangen, und nicht wir, sondern sie werden als Herren und Besitzer auftreten"[1].

Kaiser Paul I. hat zwar die Politik seiner Mutter im ganzen abgelehnt. Jene von ihr eingehaltene politische Linie jedoch, die auf Förderung des Bürgertums und Einschränkung der Rechte des Adels hinauslief, setzte er mit bemerkenswerter Energie fort. Er ist bekanntlich einer Palastrevolution zum Opfer gefallen, die von Vertretern des Adels ausgeführt und von dem gesamten privilegierten Stand aufs lebhafteste begrüßt wurde.

Der Nachfolger Pauls, Alexander I., griff ganz bewußt auf die politischen Grundsätze seiner Großmutter Katharina zurück. Seiner Abneigung gegen den Adel gab er schon in den ersten Jahren seiner Regierung ganz unverhohlen Ausdruck. Als er den von Kaiser Paul aufgehobenen Gnadenbrief für den Adel bestätigte, äußerte er z. B., daß er dies gegen seinen Willen getan habe, da der Gnadenbrief Privilegien enthalte, die er dem Adel nicht hätte zugestehen wollen[2]. Den vom Grafen A. Voroncov ausgearbeiteten Entwurf des

---

[1] Zapiski A. T. Bolotova (Aufzeichnungen A. T. Bolotovs). Petersburg 1871—73, Bd. IV, S. 967. Zur Charakteristik der Politik Katharinas vgl. auch folgende Arbeiten von mir: Graf A. Voroncov, A. N. Radiščev und der „Gnadenbrief für das russische Volk". Emsdetten 1937. Adel und Bürgertum in der Gesetzgebenden Kommission Katharinas II. von Rußland. Vgl. diese Zeitschrift 3 (1938), S. 408—417. Die sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Orientpolitik Katharinas II., Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Jg. 1939, S. 26—36. Adel und Bürgertum in der Regierungszeit Katharinas II. von Rußland. Revue belge de philologie et d'histoire, Jg. 1938, Bd. XVII, S. 815—52.

[2] Nikolaj Michajlovič, Graf Pavel Aleksandrovič Stroganov. (1774—1817.) Petersburg 1903, Bd. II, S. 73.

„Gnadenbriefes für das russische Volk" lehnte Alexander ab. Er hat erkannt, daß dies nicht ein Gnadenbrief für das Volk, sondern ein neuer Gnadenbrief für den russischen Adel war[3]. Die adelsfeindliche Einstellung Alexanders fand sehr bald in einer Reihe von Maßnahmen ihren Ausdruck, die er auf Anregung einiger ihm nahe stehender Vertreter der Aristokratie traf. Schon am 12. Dezember 1801 wurde den freien Bauern und Kaufleuten das Recht auf Grundbesitz zugestanden[4]. Damit verlor der Adel das ausschließliche Recht auf Grundbesitz. Alexander lehnte ferner nachdrücklich die Forderung des Adels nach Erweiterung der Rechte des Senates ab, der von jeher eine Art politische Vertretung des privilegierten Standes war. Schließlich verlor der Adel auch seine Vorzugsstellung im Staatsdienst. Am 26. Januar 1803 wurde bekannt gegeben, daß in 5 Jahren niemand ohne die notwendige Vorbildung in den Staatsdienst aufgenommen würde[5]. Nicht die Abstammung, sondern die Bildung sollte von nun an bei der Zulassung zum Staatsdienst die entscheidende Rolle spielen.

Eine solche systematische Benachteiligung mußte der Adel um so schmerzlicher empfinden, als die Regierung um dieselbe Zeit Maßnahmen traf, durch die das Bürgertum in jeder Hinsicht gefördert wurde. Seine materiellen Interessen wurden durch eine protektionistische Zollpolitik berücksichtigt, die von den Vertretern des Adels stets abgelehnt worden war[6]. Besondere Erwähnung verdient ferner das Manifest vom 1. Januar 1807[7]. Dies Manifest enthielt neue Bestimmungen über den Handel der Ausländer in Rußland, Bestimmungen, die die russischen Kaufleute von der lästigen Konkurrenz der Fremden befreiten. Die handeltreibenden Edelleute wurden in bezug auf sachliche und persönliche Lasten den bürgerlichen Kaufleuten gleichgestellt und verloren insofern die Sonderstellung, die sie noch unter Katharina eingenommen hatten. Den bürgerlichen Kaufleuten wurden schließlich persönliche Rechte zugestanden, um die ihre Vertreter noch in der Kommission vom Jahre 1767 vergeblich nachgesucht hatten. Die Angehörigen der ersten Gilde durften z. B. in einer Kutsche mit 4 Pferden fahren, einen Säbel tragen und selbst bei Hofe erscheinen. Dies war jedoch noch lange nicht alles, was das Bürgertum in den ersten Jahren der Regierung Alexanders I. erreichte. Der Höhepunkt der hier skizzierten Entwicklung fällt in die Jahre 1808—12, als die Rechte des Adels noch weiter eingeschränkt, diejenigen der Oberschicht des

[3] Ausführlich gehe ich darauf in meiner Arbeit ein: Graf A. Voroncov, A. N. Radiščev und der „Gnadenbrief für das russische Volk".

[4] Polnoe Sobranie Zakonov Rossijskoj Imperii. Petersburg 1830, Bd. XXVI, Nr. 20 075. Im folgenden PSZ zitiert.

[5] PSZ, Bd. XXVII, Nr. 20 597, § 24.

[6] Lodyženskij, Istorija russkago tamožennago tarifa (Geschichte des russischen Zolltarifs). Petersburg 1886. Vgl. auch meinen Artikel: L. H. v. Jakob und die russische Finanzkrise am Anfang des 19. Jahrhunderts. Vgl. diese Zeitschrift 3 (1938), S. 601—619.

[7] PSZ, Bd. XXIX, Nr. 22 418.

Bürgertums dagegen in ungewöhnlichem Maße ausgedehnt wurden. Selbst ein Mann wie N. Turgenev warf in dieser Zeit der Regierung vor, daß sie bei allen ihren Maßnahmen nicht die Interessen der adeligen Grundbesitzer, sondern vor allen Dingen die Interessen der Kaufleute im Auge hätte[8]. Der anonyme Verfasser der „Patriotischen Betrachtung eines Moskauer Kaufmanns über den russischen Außenhandel" (1822) hebt dagegen die wohltätigen Maßnahmen hervor, die in den ersten 10 Jahren der Regierung Alexanders getroffen wurden. Sie hätten eine beispiellose Prosperität zur Folge gehabt. Nur dank diesen Maßnahmen sei es möglich gewesen, daß Moskau nach dem Brande in kurzer Zeit wie ein Phönix auferstanden sei[9].

Fragen wir uns nun, ob der geschilderte Zug der russischen Politik unter anderem auch auf die aktive Teilnahme von Männern aus den niederen Ständen, vor allen Dingen aus dem Bürgertum, an den Regierungsgeschäften zurückzuführen ist, so können wir das für die Regierungszeit Peters I. bejahen. Damals hat eine größere Zahl von Männern, die dem Adel nicht angehörten, bedeutenden Einfluß auf die Politik der Regierung ausgeübt. Unter den nächsten Nachfolgern des großen Reformators, zu einer Zeit, als der Adel wieder das Heft in der Hand hatte, kam es zwar vor, daß Angehörige der ukrainischen bzw. der lettischen Bauernschaft eine bedeutende Rolle am russischen Hof spielten (die Skavronskijs, die Hendrikovs, die Razumovskijs usw.). Dies verdankten sie jedoch ihren persönlichen Beziehungen zu der Kaiserin. Politische Bedeutung hat das Hervortreten dieser Leute nicht gehabt.

Unter Katharina II. wurde zwar ein neuer adelsfeindlicher Kurs eingeschlagen, seine bedeutenden Vertreter waren jedoch vor allen Dingen Angehörige der weitgehend verbürgerlichten Aristokratie. Mit der Zeit trat auch eine größere Zahl von bürgerlichen bzw. verbürgerlichten Beamten und Schriftstellern auf, die in Wort und Schrift die Politik Katharinas lebhaft begrüßten und unterstützten. In der Regel handelte es sich jedoch um mittlere Beamte, die ein entscheidendes Wort bei der Gestaltung der Politik Katharinas nicht mitreden durften. Dann und wann wurden allerdings Vertreter der Kaufmannschaft als Sachverständige zur Mitarbeit in der Kommerzkommission herangezogen, wobei ihren Anregungen weitgehend Rechnung getragen wurde[10]. G. Teplov ist vielleicht der einzige Bürgerliche, der Katharina dauernd nahe gestanden und einen bedeutenden Einfluß auf ihre Handelspolitik ausgeübt hat.

Eine engere und ständige Zusammenarbeit zwischen Regierung und Bürgertum bahnte sich in der Regierungszeit Pauls I. an. Die Großkaufleute erhielten den Rang von Kommerzräten. Dem Präsi-

---

[8]) Turgenev, N., Opyt teorii nalogov (Versuch einer Steuertheorie), Petersburg 1818, S. 266 f.

[9]) Russkij Archiv, Jg. 1907, Heft 8, S. 529 f. Vgl. auch die Aufzeichnungen des Kaufmanns M. Marakuev. Russkij Archiv, 1907, S. 110.

[10]) Sbornik russkago istoričeskago obščestva, Bd. CXLI, S. 22.

denten des Kommerzkollegiums wurde dabei zur Pflicht gemacht, bei Ausarbeitung von Maßnahmen zur Förderung des russischen Handels diese Kommerzräte als Sachverständige zu Rate zu ziehen[11]. Etwas später wurde dem Kommerzkollegium eine ständige beratende Körperschaft von 13 Personen beigeordnet, deren Mitglieder von Kaufleuten und Industriellen gewählt werden sollten[12]. Nach dem Tode Pauls wurde jedoch diese Vertretung des russischen Bürgertums aufgelöst, ohne daß sie die Politik der russischen Regierung hatte beeinflussen können. Umso tiefere Spuren hat dafür die Tätigkeit eines Mannes hinterlassen, der, dem geistlichen Stand entsprossen, gerade um diese Zeit begann, eine bedeutende Rolle in russischen Regierungskreisen zu spielen — Michael Speranskij.

II.

Speranskij wurde im Jahre 1772 als Sohn eines Dorfgeistlichen geboren. Die ersten zwei Jahrzehnte seines Lebens verliefen in der für einen Popensohn üblichen Bahn. Er besuchte zunächst das Priesterseminar in Vladimir. Als einer der besten Schüler wurde er dann in das Hauptseminar nach Petersburg geschickt und schloß dort im Jahre 1791 seine Ausbildung ab. In demselben Seminar war er daraufhin mehrere Jahre hindurch als Lehrer tätig. Sehr bald kam er jedoch als Sekretär in das Haus des Fürsten A. B. Kurakin, was ihm den Weg für seine rasche Beamtenlaufbahn ebnete. Schon nach wenigen Jahren ist er Staatssekretär, Leiter der Gesetzgebenden Kommission und schließlich nächster Mitarbeiter Alexanders I. In den Jahren 1808 bis 1812 ist Speranskij der einflußreichste Mann in Rußland, durch dessen Hände alle wichtigen Staatsgeschäfte und Reformprojekte gehen und der die bedeutsamsten Reformen anregt und durchführt. Zum ersten Mal seit der Epoche der petrinischen Reformen wurde ein Popensohn, ein „Raznočinec" (Nichtadeliger), mit der Leitung des russischen Staates betraut.

Die ungewöhnliche Laufbahn Speranskijs ist einmal auf die glückliche Verkettung verschiedener Umstände zurückzuführen, die ihn mit einflußreichen Persönlichkeiten seiner Zeit in Berührung brachte. Von entscheidender Bedeutung waren außerdem seine persönlichen Eigenschaften. Schon als Schüler und Lehrer des Petersburger Priesterseminars zeichnete er sich durch seine hervorragenden Fähigkeiten aus. Durch eifriges Selbststudium erwarb er außerdem nicht nur Kenntnisse in den neueren Sprachen, sondern machte sich auch mit der neueren Philosophie und politischen Literatur vertraut. Er besaß einen sicheren Blick für das Wesentliche und die Gabe, seine Gedanken in prägnanter Form zum Ausdruck zu

---

11) PSZ, XXVI, Nr. 19 347. Vgl. dazu Kločkov, Očerki pravitel'stvennoj dějatel'nosti vremeni Pavla I. (Skizzen zur Geschichte der Regierungstatigkeit in der Zeit Pauls I.). Petersburg 1916, S. 346.

12) Kločkov, S. 346 ff.

bringen[13]. Ausschlaggebend war schließlich die von Speranskij vertretene politische Ideologie, die mit der Ideologie des Kaisers und seiner nächsten Mitarbeiter weitgehend übereinstimmte und ihn als wertvollen Mitarbeiter bei der Vorbereitung und Durchführung der geplanten Reformen erscheinen ließ.

Wie bereits hervorgehoben, hat Alexander I., von den Vertretern der großgrundbesitzenden Aristokratie unterstützt (die Mitglieder des Intimen Komitees, S. Rumjancev, N. Mordvinov u. a.), den von Katharina eingeleiteten politischen Kurs insofern fortgesetzt, als er gleich nach der Thronbesteigung eine Reihe von Gesetzen herausbrachte, die das Bürgertum fördern und die Rechte des Adels einschränken sollten. Dieselbe politische Tendenz kann man nun auch in den Schriften, Reformprojekten und Reformen Speranskijs feststellen. Schon in den letzten Jahren des 18., vor allen Dingen aber in den ersten Jahren des 19. Jh.s erweist er sich als Vertreter einer ausgesprochen bürgerlichen Ideologie. Es ist für Speranskij bezeichnend, daß er, Sohn eines Geistlichen, sich vor allen Dingen für das Bürgertum und die bürgerlichen Gewerbe interessiert. Die beiden Grundbegriffe der jungen bürgerlichen Gesellschaft — Privateigentum und persönliche Freiheit — spielen die entscheidende Rolle in seiner politischen Ideologie. Die Sicherung des Eigentums und der persönlichen Freiheit bezeichnet er als die dringlichste Aufgabe der Regierung[14]. „Es widerspricht der menschlichen Natur anzunehmen", behauptet er, „daß jemand einverstanden wäre, in einer Gesellschaft zu leben, in der das Leben und das Eigentum durch gar nichts gesichert sind"[15]. Es erscheint ihm widersinnig, daß man die Entwicklung der Wissenschaften, des Handels und der Industrie erstrebt und die natürlichen Folgen einer solchen Entwicklung ablehnt, daß man wünscht, daß das Volk reich werde, und es dann nicht in den Genuß der wertvollsten Frucht seines Wohlstandes — der Freiheit — gelangen läßt[16].

Die Erwerbung von Eigentum setzt nach Speranskij Vernunft und Arbeitsfreude voraus. Der Eigentümer, meint er, sei mehr an der Güte des Gesetzes interessiert als ein Habenichts. Nur Eigentümer müsse man deshalb zu gesetzgeberischer Arbeit heranziehen, nur ihnen politische Rechte einräumen. Selbst Angehörige des privilegierten Standes sollen nach Speranskij nur dann in den Besitz von politischen Rechten gelangen, wenn sie Eigentümer sind[17]. Man erinnere sich in diesem Zusammenhang an Männer wie den Fürsten

---

[13]) Für einen Forscher, der sich mit den Aktenstücken des 18. Jh.s beschäftigen muß, ist es direkt ein Genuß, die Schriftstücke Speranskijs zu lesen. Wenn Karamzin zu den Begründern der modernen russischen Literatursprache gerechnet wird, so muß Speranskij als Schöpfer der russischen Amtssprache betrachtet werden.

[14]) Plan gosudarstvennago preobrazovanija grafa M. M. Speranskago. (Speranskijs Plan der Staatsreform.) Moskau 1905, S. 2.

[15]) Ebenda, S. 53.

[16]) Ebenda, S. 19.

[17]) Ebenda, S. 60, 61, 64.

Ščerbatov, an den Grafen S. Voroncov, Karamzin und andere, die sich für die Erweiterung der Rechte des Adels einsetzten und nur die Vertreter des Adels für befähigt hielten, bei der Gesetzgebung und Verwaltung mitzuwirken[18].

Der durchaus bürgerlich denkende Speranskij tritt nun konsequenterweise als Gegner des Adels auf. Man ist berechtigt anzunehmen, daß ihm die Aufhebung des Erbadels vorgeschwebt hat. Seiner Ansicht nach mußte diese Institution insofern reformiert werden, als der Erbadel nicht mechanisch von Vater auf Sohn übertragen, sondern von jedem Nachkommen neu erworben werden sollte, und zwar durch einen 10 Jahre andauernden Staatsdienst. Der Sohn eines Erbadeligen soll nach Speranskij so lange im Besitz nur des persönlichen Adels bleiben, bis er sich im Staatsdienst ausgezeichnet hat. Dann erst soll er auf Grund seiner Verdienste vom Kaiser den Erbadel erhalten. Der Sohn eines persönlichen Adeligen soll dagegen als Angehöriger des Bürgertums gelten[19]. Den alten Streit zwischen der Abstammung (poroda) einerseits, Besitz und Verdienst andererseits hat also Speranskij eindeutig zugunsten der letzteren entschieden.

Speranskij wollte dem Adel nur ein einziges Privileg zuerkennen — das Recht auf Leibeigenenbesitz. Er sah allerdings eine wesentliche Einschränkung der Rechte der Gutsbesitzer über ihre Leibeigenen vor. Ihrer Willkürherrschaft sollte ein Ende gemacht werden. Ihre Güter sollten sie nach bestimmten Gesetzen verwalten[20]. Die Bauern sollten der Jurisdiktion der Gutsbesitzer entzogen, ihre Abgaben gesetzlich fixiert werden[21]. Er forderte schließlich, daß den Bauern Eigentumsrechte zugestanden würden, und zwar sowohl auf bewegliche als auch auf unbewegliche Güter[22]. Speranskij hatte durchaus klar erkannt, daß die Leibeigenschaft das wichtigste Hindernis für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Rußlands war[23]. Er wies deshalb schon am Anfang seiner politischen Wirksamkeit darauf hin, daß auch dieses letzte Privileg des Adels früher oder später aufgehoben werden müßte[24]. Von ihm ist eine umfangreiche Denkschrift überliefert, in der er sich für eine allmähliche Befreiung der Bauern einsetzt[25].

---

18) Über Ščerbatov und Voroncov vgl. meine Untersuchung: Graf A. Voroncov, A. N. Radiščev und der „Gnadenbrief für das russische Volk", S. 15 ff. Auf Ščerbatov gehe ich außerdem in dem Artikel — Fürst M. Ščerbatov und seine Schriften — ein. Zeitschrift für slavische Philologie Bd. XVI, S. 353 f. Über Karamzin vgl. unten S. 345 f.

19) Plan, a.a.O., S. 64—65.

20) Ebenda, S. 64.

21) Ebenda, S. 54 f. Vgl. auch Semevskij, Pervyj političeskij traktat Speranskago (Der erste politische Traktat Speranskijs). Russkoe bogatstvo, Jg. 1907, Bd. I, S. 80.

22) Plan, a.a.O., S. 56.

23) Semevskij, a.a.O., S. 70 f.

24) Ebenda, 80 f. Plan, a.a.O., S. 54.

25) Plan, S. 285—325.

Die ausgesprochen bürgerliche Tendenz ist nun bei Speranskij nicht allein dann festzustellen, wenn er sich mit den Problemen der Gegenwart beschäftigt. In stärkerem Grade noch tritt sie bei der Behandlung von historischen Problemen hervor. Insofern ist Speranskij der Schöpfer des ersten bürgerlichen Schemas der russischen Geschichte, das in seiner Prägnanz einzig dasteht. Nach diesem Schema hat der Adel ausgespielt und muß nunmehr seinen Platz den Vertretern des Bürgertums räumen.

Der Ursprung der Staatsverfassung seiner Zeit liegt nach Speranskij im Feudalsystem[26]. Im Mittelalter kämpft die oberste Gewalt mit dem feudalen Adel, wobei Reichtum (an unbeweglichen Gütern) und Militärmacht die wichtigsten Kampfmittel sind. Der Reichtum des Adels vermindert sich infolge von Aufteilung und Verschwendung. Er geht auch deshalb zurück, weil der Besitz an beweglichen Gütern von ausschlaggebender Bedeutung wird. Durch das neugeschaffene stehende Heer wird auch die militärische Macht des Adels gebrochen. Der feudale Adel wird zunächst zum Hofadel und geht dann ein. Damit endet der erste Kampf. Daraufhin bricht ein neuer Kampf aus. Der Staat braucht für Heer, Polizei, Gericht usw. große Einnahmen. Diese Einnahmen sind nur zu erzielen bei entwickelter Industrie, ausgebreiteter Wissenschaft und Bildung. Auf denselben Platz, auf dem zuvor der Adel gestanden hat, tritt eine neue Aristokratie, die Aristokratie des Geistes, der Bildung, der Industrie und des Reichtums an beweglichen Gütern. Die oberste Gewalt selbst zieht diese Aristokratie heran, da sie bei ihr zwei wesentliche Vorteile findet: den Widerstand gegen den Adel und größere Einnahmen. Die neue Aristokratie beginnt einen neuen Kampf, den Kampf um die Freiheit[27]. Die Regierung muß nun, so betont Speranskij an anderer Stelle, dieser geistigen Haltung des Volkes angepaßt werden. Es gibt in der Geschichte kein Beispiel dafür, daß ein aufgeklärtes, handeltreibendes Volk längere Zeit im Zustand der politischen Sklaverei geblieben wäre[28].

Dieses abstrakte Schema der historischen Entwicklung wendet Speranskij auf die russische Geschichte an. Er geht hier der Entwicklung des Freiheitsbewußtseins nach und weist dabei auf den Zusammenhang des Freiheitsstrebens mit der Entwicklung von Industrie und Handel hin. Besonderes Interesse zeigt er für diejenigen Maßnahmen der russischen Herrscher, die auf Einschränkung der Rechte des Adels und auf Förderung der individuellen Freiheit hinauslaufen.

---

[26] Zu den folgenden Ausfuhrungen vgl. V pamjat' grafa M. M. Speranskago (Dem Andenken des Grafen M. M. Speranskij). Petersburg 1872, S. 822 f.

[27] Ähnliche Ansichten entwickelt Speranskij auch in einem anderen seiner Werke. Vgl. Plan, a.a.O., S. 17 ff.

[28] Ebenda, S. 19.

Die Zeit der Teilfürstentümer faßt Speranskij als erste Periode des Feudalsystems auf[29]. Der Zar Ivan der Schreckliche habe es vernichtet. Im Kampfe gegen dieses Feudalsystem hätten die Kriege mit den Tataren eine bedeutende Rolle gespielt. Ebenso wie die Kreuzzüge im Westen hätten sie zur Schwächung des Adels und zur Ausbildung des stehenden Heeres beigetragen. Seit dieser Zeit werde in Rußland auch das Streben nach Freiheit immer stärker fühlbar. Den Wunsch nach Einschränkung der Selbstherrschaft glaubt Speranskij schon unter Aleksěj Michajlovič feststellen zu können. Bei allen wichtigen Maßnahmen hätte man damals für notwendig erachtet, Vertreter der Bevölkerung zu Rate zu ziehen.

Peter der Große habe zwar für die Sicherung der persönlichen Freiheit nichts getan, ihr aber insofern den Weg bereitet, als er die Wissenschaften und den Handel förderte. Instinktiv habe er alles getan, um seinem Staat politische Freiheit (politisches Sein) zu bringen. Die Keime, die unter Peter gelegt wurden, hätten sich bald so entwickelt, daß bei der Thronbesteigung Anna Ivanovnas der durchaus verfrühte Versuch unternommen worden sei, eine politische Körperschaft zwischen Volk und Thron einzuschalten. Die Regierungszeit Elisabeths verlief nach Speranskij, ohne daß etwas zum Ruhme des Staates und zur Förderung der politischen Freiheit beigetragen worden sei. Die Keime der Freiheit, die in der Industrie und im Handel verborgen waren, hätten sich jedoch ungehindert weiter entwickelt.

Bei der Behandlung der Regierungszeit Katharinas II. weist Speranskij auf die Berufung der gesetzgebenden Kommission besonders hin. Dieses Unternehmen hält er jedoch für verfrüht und darum für schädlich. Die Kaiserin sei über den Mißerfolg der Kommission enttäuscht gewesen und habe sich in der Folgezeit darauf beschränkt, die innere Verwaltung zu reformieren und die Gnadenbriefe für den Adel und die Städter herauszugeben.

Von den Maßnahmen in der Regierungszeit Pauls begrüßt Speranskij vor allen Dingen das Gesetz über die Einschränkung der Fronarbeit auf 3 Tage in der Woche. Wesentlich für eine Entwicklung in seinem Sinne nennt Speranskij schließlich folgende Maßnahmen aus der Regierungszeit Alexanders: Ausdehnung des Rechtes auf Grundbesitz auf Angehörige aller Stände, Schaffung des Standes der freien Ackerbauern, Bildung des verantwortlichen Ministeriums und Einschränkung der Bauernlasten in Livland.

Am Schluß seiner historischen Betrachtung kommt Speranskij zum Ergebnis, daß das Rußland seiner Zeit sich in der zweiten Periode des Feudalismus, in der Epoche des Absolutismus befinde und „zweifellos" in gerader Richtung auf die politische Freiheit lossteuere. Die in Rußland herrschende Unzufriedenheit und politische Gärung deutet Speranskij in diesem Zusammenhang dahin,

---

[29]) Ebenda, S. 20 ff.

daß von der Regierung eine tiefgreifende Verfassungsreform erwartet werde[30]. Diesen Gedanken hat Speranskij wiederholt Alexander gegenüber ausgesprochen, womit er allerdings vor allem einen Druck auf den schwankenden Kaiser ausüben und ihn zu grundlegenden Reformen bewegen wollte. Aus dem Brief, den Speranskij nach seinem Sturz an den Kaiser gerichtet hat, geht jedenfalls eindeutig hervor, daß er über den Charakter dieser Gärung sehr gut orientiert war[31]. Es handelte sich nicht um das Verlangen nach Reformen, sondern um den Widerstand gegen alle mit Speranskijs Namen verbundenen Maßnahmen der Regierung, um einen Widerstand, der vor allen Dingen vom Adel ausging.

In der Zeit von 1808 bis 1812, als Speranskij der einflußreichste Mann der russischen Regierung war, hat der Adel in der Tat Grund genug gehabt, seine Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen. Immer wieder mußte er neue Gesetze und Verordnungen hinnehmen, die auf Einschränkung seiner Rechte hinausliefen und als Werk des verhaßten Popensohnes deutlich zu erkennen waren. Schon am 3. April 1809 kam eine Verordnung heraus, durch die der Brauch beseitigt wurde, daß einzelne Hofchargen die Einordnung in höhere Stufen der Petrinischen Rangtabelle mit sich brachten. Die Träger dieser oft mühelos erworbenen Chargen sollten nunmehr bei der Beförderung zu höheren Stufen im Zivildienst genau so wie alle anderen Beamten behandelt werden[32]. Am 6. August desselben Jahres wurde die russische Beamtenschaft durch eine neue Verordnung überrascht, nach der nur diejenigen Beamten den Rang eines Kollegienassessors erhielten, die das Zeugnis einer der russischen Universitäten vorlegen konnten[33]. Das Minimum von Kenntnissen, das die angehenden Kollegienassessoren nachweisen mußten, war zwar laut dem beigefügten Programm sehr bescheiden. In den Kreisen des Adels erkannte man jedoch, daß es nunmehr im Staatsdienst nicht mehr auf die vornehme Abstammung, sondern auf Leistung ankommen würde. Der Jammer des Adels war groß. „Wie sollte es den unbemittelten Adeligen möglich sein, . . . Sprachen, römisches Recht, Philosophie, Physik usw. zu lernen", klagt eine Zeitgenossin. „Bei solchen Prüfungen müssen alle Stellen mit Popensöhnen wie Speranskij besetzt werden. Die Verordnung, nach der eine Hofcharge keinen Rang mehr mit sich bringt, hat dem Adel die schmeichelhafte Laufbahn versperrt, hat das Recht aufgehoben, die Kinder für den Dienst ihrer Väter zu belohnen . . . Die Hofuniform ist zu einem

[30] Plan, a.a.O., S. 30.
[31] Ebenda, S. 331 ff.
[32] PSZ, Bd. XXX, Nr. 23 559. Vgl. auch Nr. 23 781.
[33] Ebenda, Nr. 23 771. Vgl. dazu die Denkschrift Speranskijs bei S. Roždestvenskij, Materialy dlja istorii učebnych reform v Rossii v XVIII—XIX věkach (Materialien zur Geschichte der Bildungsreformen in Rußland im 18. und 19. Jh.). Zapiski istoriko-filologičeskago fakul'teta Peterburgskago universiteta, Bd. XCVI. Petersburg 1910, S. 377.

Theaterkostüm geworden, das keinen Wert außerhalb des Hofes hat"[34])

Während nun Speranskij mit diesen beiden Verordnungen einen Sturm der Entrüstung in den Kreisen des Adels hervorrief, hat er sich systematisch bemüht, die Interessen des russischen Bürgertums wahrzunehmen. Insbesondere gilt dies in bezug auf seine Finanzreformen. Alle Maßnahmen zur Sanierung der russischen Finanzen hat er entgegen den Vorschlägen der Vertreter des Adels im Sinne des Bürgertums durchgeführt[35]). Das gesamte Papiergeld, das in den voraufgehenden Jahrzehnten in Umlauf gesetzt war, wurde zur Staatsschuld erklärt, die im Laufe der Zeit beglichen werden sollte. Die durch die Inflation geschädigten Kapitalisten sollten auf diese Weise entschädigt werden. Zur Tilgung der Staatsschuld war Speranskij zunächst bestrebt, den Staatshaushalt auszugleichen, die Emission von neuem Papiergeld einzustellen und einen Fonds zu schaffen, der zur Einziehung des Papiergeldes verwendet werden sollte. Im Manifest vom 2. Februar 1810[36]), in dem die Regierung die von Speranskij angeregten Maßnahmen zur Sanierung der russischen Finanzen ankündigte, wurde zunächst auf die Notwendigkeit rigoroser Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen hingewiesen. Charakteristisch ist es dabei, daß nunmehr auch der Adel zu Steuerleistungen herangezogen werden sollte. Alle Gutsbesitzer, auch die Mitglieder des kaiserlichen Hauses, sollten dem Staate mit „einem mäßigen Teil des reinen Einkommens" helfen. Der Berechnung des Einkommens wurde die Zahl von Bauernseelen zugrunde gelegt, die dem jeweiligen Gutsbesitzer gehörte. Für jede „Seele" sollte der Betrag von 50 Kopeken entrichtet werden. Ausdrücklich wurde allerdings darauf hingewiesen, daß es sich hier um eine e i n m a l i g e Steuer handle. Im selben Manifest gab man ferner bekannt, daß Staatsdomänen verkauft würden. Um die Zahl der in Frage kommenden Käufer zu vergrößern, räumte man auch der Oberschicht der russischen Kaufmannschaft das Recht ein, diese Domänen zu kaufen. Den Käufern wurden dabei die Rechte der Gutsbesitzer zuerkannt, damit auch das wichtigste Privileg des Adels — das Recht auf Leibeigenenbesitz. Schließlich wurde eine Kommission zur Tilgung der Staatsschulden geschaffen (komissija pogašenija dolgov), die aus Vertretern des Staates und gewählten Vertretern der Kaufmannschaft bestehen sollte. Die Oberschicht der Kaufmannschaft wurde auf diese Weise dem Adel fast völlig gleichgestellt. Die Mitwirkung ihrer gewählten Vertreter bei der Lösung von wichtigen finanzpolitischen Aufgaben sicherte außerdem der Kaufmannschaft bedeutenden Einfluß auf die Finanzpolitik der Regierung.

---

[34]) Russkaja starina, Jg. 1885, S. 394.

[35]) Ausführlicher gehe ich darauf in meinem Aufsatz ein: L. H. v. Jakob und die russische Finanzkrise am Anfang des 19. Jh.s, Jg. 3, Heft 4 dieser Zeitschrift.

[36]) PSZ, Bd. XXX, Nr. 24 116.

Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang der im Zuge der Finanzreformen Speranskijs eingeführte Zolltarif vom Jahre 1810. Als wichtigster Konsument von Erzeugnissen des Auslandes war der Adel immer für eine liberale Zollpolitik bzw. für den Freihandel eingetreten. Der Zolltarif vom Jahre 1810 bedeutet nun die schärfste Absage an die im Kreise des Adels herrschenden freihändlerischen Ansichten. Durch diesen scharf protektionistischen Zolltarif[37] wurde die Einfuhr von Luxusartikeln verboten, die Einfuhr von Industrieerzeugnissen mit hohen Zöllen belegt. Demgegenüber wurde die Einfuhr von ausländischen Rohstoffen und die Ausfuhr von russischen Industrieerzeugnissen und Rohstoffen durch Herabsetzung der bislang geltenden Zölle wesentlich erleichtert. Wie neuerdings festgestellt worden ist (Predtečenskij), hat dieser Zolltarif die russische Industrie in viel stärkerem Maße gefördert als die Kontinentalsperre. Durch diesen Zolltarif wurde gleichzeitig der Bruch mit Napoleon vorbereitet, da die Einfuhrsperre von Luxuswaren in erster Linie die französische Exportindustrie traf.

Im Jahre 1811 beseitigte man zwar zur Beruhigung der aufgeregten Gemüter die 50-Kopekensteuer[38], führte jedoch ein Jahr darauf eine neue Steuer ein, durch die der Adel in viel stärkerem Maße betroffen wurde als zuvor. Am 11. Februar 1812 wurden nämlich die Gutsbesitzer mit einer progressiven Einkommensteuer belegt. Diese Steuer stieg von 1% beim Einkommen von über 500 Rubel jährlich bis auf 10% beim Einkommen von über 18001 Rubel[39]. Es handelt sich hier um eine so ausgesprochen adelsfeindliche Maßnahme, daß ein Forscher den Versuch gemacht hat nachzuweisen, daß der bald darauf erfolgte Sturz Speranskijs einzig und allein auf die Einführung dieser Einkommensteuer zurückzuführen sei[40].

Dieselbe bürgerliche, adelsfeindliche Tendenz Speranskijs läßt sich schließlich auch in seinen Projekten zur Verfassungsreform feststellen[41]. Speranskij wollte Rußland eine Verfassung geben, die

---

[37] Über diesen Tarif vgl. das bereits zitierte Werk von Lodyženskij und vor allem die Arbeit von Predtečenskij, K voprosu o vlijanii kontinental'noj blokady na sostojanie torgovli i promyšlennosti v Rossii (Zur Frage des Einflusses der Kontinentalsperre auf die Lage des Handels und der Industrie in Rußland). Bulletin de l'académie des sciences de l'union des républiques socialistes. VII série. Classe des sciences sociales Jg. 1931, Nr. 8.

[38] PSZ, Bd. XXXI, Nr. 24 494.

[39] PSZ, Bd. XXXII, Nr. 24 992, § 25.

[40] Vasil'ev, Progressivnyj podochodnyj nalog i padenie Speranskago (Die progressive Einkommensteuer und der Sturz Speranskijs). Golos minuvšego, Jg. 1916, Nr. 7—8.

[41] Eingehende, vorwiegend formaljuristische Charakteristik der Verfassungsprojekte Speranskijs bei Ščeglov, Gosudarstvennyj sovět v Rossii v osobennosti v carstvovanie Aleksandra I-go. (Der Staatsrat in Rußland vornehmlich in der Regierungszeit Alexanders I.). Jaroslavl' 1892, Bd. I—II. Vgl. auch den Artikel Speranskij im Russkij biografičeskij slovar'.

unbedingten Schutz von Person und Eigentum der Staatsbürger und weitgehende Teilnahme der Vertreter der Bevölkerung an den Staatsgeschäften gewährleistete. Für den bürgerlichen Staatsmann Speranskij ist es dabei charakteristisch, daß er das aktive und passive Wahrecht nicht nur etwa den Vertretern des Adels einräumen will. Getreu seinem Grundsatz, daß nur Eigentümer an der Vervollkommnung der Gesetze interessiert sind, sah er vielmehr die Beteiligung von Angehörigen aller jener Stände an den Staatsgeschäften vor, die über ein bestimmtes Einkommen verfügten[42]. In den ersten Jahren des 19. Jh.s ist Speranskij zwar für eine aristokratische Verfassung eingetreten. Dies ging so weit, daß er sich für die Einführung des Majorats aussprach. In den Kreis der von ihm damals geplanten regierenden Aristokratie sollte man allerdings auch wohlhabende Vertreter des Bürgertums aufnehmen. „In einem großen Staat", schrieb er etwa 1803, „sind nicht nur Leute wie Julius Caesar, sondern auch solche wie Crassus notwendig. Solange die letzteren leben, solange wagen die ersteren nicht, die oberste Gewalt an sich zu reißen"[43]. Auch die Aristokratie sollte somit nach Speranskij nicht einen Stand, sondern den Besitz repräsentieren.

Es würde zu weit führen, wenn wir uns der Frage zuwenden wollten, welche politischen Schriftsteller Westeuropas Speranskij beeinflußt haben. Für unsere Fragestellung ist auch eine solche Untersuchung von geringer Bedeutung. Speranskij hat zweifellos eine Reihe von Formulierungen und theoretischen Konstruktionen einfach übernommen. Die Grundgedanken seiner Ideologie wird man aber niemals auf Werke westeuropäischer politischer Schriftsteller zurückführen können. Ungeachtet ihres oft fremdartigen Gewandes ist die Ideologie Speranskijs auf russischem Boden entstanden. Es handelt sich hier um eine Ideologie, deren Ansätze bzw. Varianten wir bei den verbürgerlichten Vertretern der großgrundbesitzenden Aristokratie, vor allen Dingen aber bei den bürgerlichen Abgeordneten der Gesetzgebenden Kommission Katharinas, bei dem Moskauer Professor S. Desnickij[44], Pnin und den späteren Dekabristen finden.

Sehr interessant, wenn auch nicht restlos aufgeklärt, sind die Beziehungen Speranskijs zu Radiščev, der zu den radikalsten Gegnern des Adels und zu den bedeutendsten Vertretern der revolutionären Ideologie im ausgehenden 18. Jh. gehört[45]. Die „Reise von

---

[42] Plan, a.a.O., S. 61, 64.

[43] Semevskij, a.a.O., S. 77—78.

[44] Über Desnickij vgl. meinen Aufsatz: Die Moskauer Nachschrift der Vorlesungen von Adam Smith. Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. IX, Heft 3, 1938.

[45] Über Radiščev vgl. meine Untersuchung: Graf A. Voroncov, A. N. Radiščev und der „Gnadenbrief für das russische Volk". Eine deutsche Übersetzung der „Reise" Radiščevs ist als Bd. 4 der von K. Stählin herausgegebenen Quellen und Aufsätze zur russischen Geschichte erschienen.

Petersburg nach Moskau" scheint Speranskij schon im Jahre 1891 gekannt zu haben. Eine seiner Predigten, die er als Lehrer im Hauptseminar in Petersburg hielt, weist jedenfalls auffallende Übereinstimmung mit dem bekannten „Traum" Radiščevs auf[46]. Als er im Jahre 1801 darauf hinwies, daß eine Geschichte der russischen Gesetzgebung verfaßt werden müsse, nannte er A. Radiščev als den Mann, der dank seiner Begabung und seinen Kenntnissen imstande sein würde, dieses Werk zu schreiben. Seiner Ansicht nach müßte Radiščev dabei insbesondere auf die Geschichte der russischen Bauernschaft und auf die Entstehung der Leibeigenschaft eingehen. Wiederum ein Anzeichen, daß Speranskij Radiščev sehr hoch eingeschätzt und seine „Reise" gut gekannt hat. Einzelne von Speranskij angeregte Maßnahmen, wie z. B. der Erlaß über die Hofchargen, erinnern ebenfalls an die Forderungen, die Radiščev in seinem berühmten Werk gestellt hat.

Trotz der angeführten Berührungspunkte zwischen Speranskij und Radiščev darf natürlich nicht geschlossen werden, daß es sich hier um zwei wesensverwandte Persönlichkeiten handelt. Speranskij teilte zwar die adelsfeindliche Tendenz Radiščevs und setzte sich auch für die Aufhebung der Leibeigenschaft ein. Die revolutionäre Ader des Verfassers der „Reise" fehlt ihm jedoch ganz und gar. In seinen Ausführungen über die Bauernfrage vermißt man ferner das für Radiščev charakteristische Mitgefühl für die Leiden der Leibeigenen und den heiligen Zorn über deren Unterdrücker. Speranskij war ein kühler Geschäftsmann, der sich zu unüberlegten, gefühlsbetonten Äußerungen nie hinreißen ließ. „Speranskij hat keine Seele gehabt", schreibt einmal sein ehemaliger Mitarbeiter N. Turgenev[47].

Als kühlen Geschäftsmann und als einen ausgesprochenen Vertreter des Bürgertums lernt man schließlich Speranskij auch dann kennen, wenn man sich den Kreis von Menschen näher ansieht, in dem er verkehrte und in dem er sich offenbar am wohlsten fühlte. Hier ist der Armenier Lazarev zu nennen, der zu den wohlhabendsten und erfolgreichsten Geschäftsleuten seiner Zeit gehörte[48]. Sehr eng waren die Beziehungen Speranskijs zu den angesehenen Petersburger Kaufleuten Kremer und Amburger[49]. Nähere Beziehungen hat Speranskij auch mit dem steinreichen Branntweinpächter Zlobin angeknüpft. Der Sohn Zlobins war mit der Schwester der frühverstorbenen Frau Speranskijs verheiratet. Speranskij war schließlich mit dem jüdischen Branntweinpächter Perec befreundet, wohnte in dessen Hause und war nach dem Urteil sei-

---

[46] Semevskij, a.a.O., S. 47. Die Predigt ist in Russkaja Starina, Jg. 1902, Bd. I, S. 284—91, veröffentlicht.

[47] Tourgeneff, N., La Russie et les Russes. Brüssel 1847, Bd. I, 574—76.

[48] Korf, M., Žizn' grafa Speranskago (Das Leben des Grafen Speranskij). Petersburg 1861, Bd. I, S. 79.

[49] Ebenda, S. 80, 83.

nes Gegners G. R. Deržavin „den Juden ganz ergeben"[50]. „La société qu'il s'était formé et la protection ouverte qu'il accordait aux personnes de sa classe, lui valût la haine de la noblesse", berichtet Rastopčin über Speranskij[51]. Im Hause Speranskijs, so hebt der bekannte Memoirenschreiber Wigel hervor, „versammelten sich Geschäftsleute, Obersekretäre, Senatssekretäre, Branntweinpächter, die sich lediglich über Profit unterhielten"[52]. Der Freundeskreis Speranskijs entsprach somit durchaus den Grundsätzen, die er in seinen theoretischen Ausführungen vertreten und die er als Staatsmann zu verwirklichen versucht hat.

III.

Die Unzufriedenheit, von der nicht nur Speranskij, sondern auch andere Zeitgenossen sprechen, herrschte in den Jahren 1808—12 vor allen Dingen in den Kreisen des Adels. Die Vertreter des privilegierten Standes stellten immer wieder fest, daß ihnen nach und nach wertvolle Privilegien genommen waren. In dem Popensohn Speranskij, dem bestgehaßten Mann jener Zeit, erblickten sie den Urheber dieser adelsfeindlichen Politik.

Den Standpunkt des Adels hat mit größter Konsequenz der Historiker N. Karamzin in seiner bekannten Denkschrift über das alte und neue Rußland zum Ausdruck gebracht, die im Jahre 1810 dem Kaiser Alexander vorgelegt wurde[53]. Nach Karamzin sollte alles so bleiben, wie es unter Katharina II. war. Er lehnt alle Maßnahmen der Regierung Alexanders I. ab, die zur Einschränkung der Rechte des Adels geführt haben. Er spottet über den Erlaß über die Hofchargen und das Gesetz, das für höhere Beamten eine im Grunde sehr bescheidene Vorbildung verlangt. Das Defizit im Staatshaushalt ist seiner Ansicht nach nicht durch Einführung von neuen Steuern bzw. durch Steuererhöhungen zu beseitigen, sondern vor allen Dingen durch Sparsamkeit. Als konsequenter Vertreter der Interessen des Adels ist Karamzin grundsätzlicher Gegner der Aufhebung der Leibeigenschaft. Er lehnt sogar das Verbot ab, die Leibeigenen einzeln, wie ein Stück Vieh, als Rekruten zu verkaufen. „Die unbemittelten Gutsbesitzer haben dadurch die Möglichkeit verloren, schlechte Bauern und Hofgesinde mit Nutzen für sich und die Gesellschaft los zu werden" ... „Auf welche Weise wird sich jetzt ein kleiner Gutsbesitzer ... Respekt bei den liederlichen Bauern

---

50) Deržavin, Zapiski (Aufzeichnungen). In: Sočinenija. Petersburg 1871, Bd. VI, S. 801.

51) Russkaja starina, Jg. 1902, Bd. I, S. 479.

52) Vigel', Zapiski (Aufzeichnungen). Moskau 1891—92. Bd. II, S. 23.

53) Das Original der Denkschrift hat man immer noch nicht gefunden. Die beste Ausgabe (nach einer Abschrift) ist die von A. Pypin, Obščestvennoe dviženie v Rossii pri Aleksandrě I. (Die soziale Bewegung in Rußland unter Alexander I.). Petersburg 1900, S. 479—534. Zu der neuen Ausgabe von Sipovskij (Petersburg 1914) vgl. die Besprechung in Golos minuvšego, Jg. 1915, S. 306—10, Oktober.

und dem Hofgesinde verschaffen?" so fragt Karamzin in diesem Zusammenhang. „Mit einem Stock? Durch zermürbende Arbeit? Ist es nicht zweckmäßiger, daß sie sich vor dem Stock in der Kompanie fürchten?"

Speranskij persönlich lehnt Karamzin ab, weil dieser als Angehöriger des niederen Standes den Adel nicht liebt und seine Herkunft durch hochmütiges Verhalten vergessen machen möchte. Er wirft ihm ferner Neuerungssucht, Oberflächlichkeit, mangelhafte Kenntnis Rußlands, ja ungenügende Kenntnis der russischen Grammatik vor. Insbesondere wendet er sich gegen die Einschränkung der Selbstherrschaft, die Speranskij ins Auge gefaßt haben soll. Rußland ist nach Karamzin nur durch die Selbstherrschaft groß und mächtig geworden. Sie muß deshalb auch in Zukunft unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Die nächste Aufgabe der russischen Regierung ist nach Karamzin nicht Verwirklichung der Freiheit, wie Speranskij beabsichtigte, sondern Aufrichtung einer Art Terrorherrschaft. Unter Berufung auf Machiavelli weist Karamzin darauf hin, daß die Furcht der wirksamste aller menschlicher Antriebe sei. Durch dieses Terrorregiment sollten zunächst alle Mißbräuche beseitigt werden. Außerdem sollte es letzten Endes die Vormachtstellung des Adels sichern.

Der Adel ist nach Karamzin das notwendige Werkzeug, das den Staatsmechanismus bewegt. „Das Volk arbeitet, die Kaufleute handeln, die Edelleute dienen und werden durch Auszeichnungen und Vorteile belohnt". Die Rangtabelle Peters des Großen, die die Nobilitierung von Bürgerlichen ermöglicht, ist nach Karamzin zu reformieren. Man verletzt den Adel, wenn Angehörige niederer Stände mit hohen Ämtern bekleidet werden. Ihnen fehlt in der Regel die edle Gesinnung des Adels. Auch in hohen Stellungen fürchten sie, daß sie verachtet werden. Die Vertreter des Adels sind es, denen diese Stellungen vorbehalten bleiben müssen. Auch sonst muß das Ansehen des Adels erhöht werden. Als anerkanntes Haupt des Adels sollte der Kaiser in Adelsversammlungen in Adelsuniform erscheinen. In den Militärdienst müssen die Adeligen als Offiziere aufgenommen werden. Man soll von ihnen nur die Kenntnis der Grundlagen der Mathematik und den richtigen Gebrauch der russischen Sprache verlangen. Alles andere kann der Adelige im Range eines Offiziers lernen. „Das Lernen ist aber für den Adeligen viel angenehmer im Range eines Offiziers als in dem des Unteroffiziers"[54].

---

[54]) Pypin, a.a.O., S. 533. Es sei übrigens darauf hingewiesen, daß die Denkschrift Karamzins die politischen Forderungen des gemäßigten Flügels des russischen Adels zum Ausdruck bringt. In den Augen einzelner Vertreter des Adels war auch Karamzin ein Jakobiner. (Vgl. Vasil'čikov, Semejstvo Razumovskich. Petersburg 1880, Bd. II, S. 336 f., 369). Nach der Ansicht Šiškovs hätte die Geschichte Rußlands von Karamzin verboten werden müssen, da sie Keime des Liberalismus enthalte. (P. Dolgorukov, Peterburgskie očerki, Moskau 1934, S. 252—53).

Karamzin wollte mit seiner Denkschrift, die ihrem Inhalt und ihrer Form nach zu den bedeutendsten Erzeugnissen der russischen politischen Literatur in der ersten Hälfte des 19. Jh.s gehört, den Sturz des verhaßten Emporkömmlings herbeiführen. Zunächst vermochte er jedoch nicht, das Vertrauen zu erschüttern, das Alexander in Speranskij setzte. Der Adel ruhte aber nicht, bis er sein Ziel erreicht hatte. Systematisch wurden die unwahrscheinlichsten Gerüchte über die angeblichen Verfehlungen und bösen Absichten Speranskijs verbreitet. Man warf ihm Bestechlichkeit und sogar Hochverrat vor. Immer wieder wurde außerdem auf seine feindliche Einstellung dem Adel gegenüber hingewiesen. „Man behauptet", schreibt z. B. V. Bakunina, „daß er einen allgemeinen Aufstand in allen Gegenden Rußlands entfachen wollte. Er beabsichtigt, den Bauern Freiheit zu geben und sie zum Zweck der Vernichtung des Adels zu bewaffnen"[55]. Es sei in diesem Zusammenhang auch auf eine Denkschrift hingewiesen, die F. Rastopčin zugeschrieben wird. Alle Regierungsmaßnahmen werden hier auf das angebliche Bestreben Speranskij zurückgeführt, den Staat zu zerrütten und das Volk gegen den Kaiser aufzuhetzen. Speranskij sei selbstverständlich ein Hochverräter. Er habe veranlaßt, daß das Heer aus Finnland und Petersburg zurückgezogen und die Hauptstadt wehrlos gemacht wurde. Speranskij sei schließlich auch daran schuld, daß der Tilsiter Frieden abgeschlossen wurde, der die russischen Finanzen zugrunde gerichtet habe. Seine Denkschrift, die in Moskau und Petersburg in Tausenden von Exemplaren verbreitet wurde, schließt Rastopčin mit einer unverhüllten Drohung. „Dies ist der letzte Brief", schreibt er, wobei er sich als Vertreter des Moskauer Adels ausgibt. „Und wenn er erfolglos bleibt, dann werden die Söhne des Vaterlandes sich gezwungen sehen, sich in die Hauptstadt zu begeben und nachdrücklich zu verlangen, daß man diese Frevel enthüllt und eine neue Regierung eingesetzt wird"[56].

Auch Rastopčin hat nun aber den Sturz Speranskijs nicht herbeiführen können. Erst die Denunziationen von Armfeld und Rosenkampf haben Alexander bewogen nachzugeben[57]. Am

---

[55]) Russkaja starina, Jg. 1885, Bd. III, S. 393. Vgl. auch die Depesche von Lauriston vom 1. 4. 1812. Nicolas Mikhailowitch, Les relations diplomatiques de la Russie et de la France d'après les rapports des ambassadeurs d'Alexandre et de Napoleon 1808—1812. Petersburg 1908, Bd. VI, S. 253.

[56]) Russkaja starina, Jg. 1905, Mai, S. 413 ff.

[57]) Über Armfeld, vgl. die Arbeit von Tegner, Gustaf Moritz Armfeld, Stockholm 1884. Über Rosenkampf: Makarov, Entwurf der Verfassungsgesetze des russischen Reiches von 1804, Jahrbücher für Kultur und Geschichte der Slaven, N.F., Bd. II, Heft 2. Neuerdings wurden folgende Berichte über den Sturz Speranskijs veröffentlicht: Klostermann, Speranskijs Sturz in L. H. Jakobs „Denkwürdigkeiten", Archiv für Kulturgeschichte, Bd. XXIII (1932), S. 217—33; ferner die Aufzeichnungen des Freiherrn vom Stein. Vgl. Freiherr vom Stein, Briefwechsel, Denkschriften und Aufzeichnungen. Bearbeitet von Botzenhart. Berlin (1933), Bd. IV, S. 109 f., 112 f., 115 f.

17. März 1812 wurde Speranskij verhaftet und nach Nižnij Novgorod, bald darauf nach Perm' verbannt. Der Adel, der seinen ständischen Egoismus unter patriotischen Phrasen zu verbergen wußte, war voller Freuden über den Erfolg und forderte Rache. „Es muß eine exemplarische Strafe verhängt und Speranskij gehängt werden", schreibt z. B. A. Bulgakov in seinen Aufzeichnungen. „Der Unmensch, das Ungeheuer! Undankbare, niedrige Kreatur! Du warst dessen nicht würdig, ein russischer Edelmann zu sein"[58]. Der bereits genannte Rastopčin hat sogar durchzusetzen versucht, daß der gestürzte Speranskij zu ihm nach Moskau gebracht wurde, wo er, wie es scheint, gelyncht werden sollte[59].

Nach Speranskijs Sturz wurde sehr bald Arakčeev der nächste Mitarbeiter des Kaisers. Arakčeev, „der wahrhaft russische, ungebildete Novgoroder Edelmann", wie er sich selbst nannte[60], war es, der das Terrorregiment einleitete, nach dem Karamzin verlangt hatte[61]. Auch Rastopčin hat nach dem Sturz Speranskijs ein bedeutsames Amt erhalten. Er wurde bekanntlich zum Moskauer Generalgouverneur ernannt. Es war eine Ernennung, die der russische Adel mit großer Befriedigung zur Kenntnis nahm, die Vertreter der unteren Stände dagegen mit größter Besorgnis um die Zukunft erfüllte[62]. Es war schließlich ein Zeichen der Zeit, daß Šiškov, ein Gegner aller Reformen und leidenschaftlicher Verteidiger der Leibeigenschaft, zum Staatssekretär ernannt und damit Speranskijs Nachfolger wurde.

Von einer weiteren Einschränkung der Rechte des Adels ist von nun an keine Rede mehr. Einzelne Maßnahmen Speranskijs, die Interessen des Adels verletzten, wurden im Gegenteil rückgängig gemacht. Im Jahre 1819 wurde z. B. der Adel von der Einkommensteuer befreit[63]. Mit Rücksicht auf seine Forderungen wurden ferner Zölle herabgesetzt. Dies hat natürlich berechtigten Unwillen in den Kreisen des Bürgertums zur Folge gehabt. In der bereits zitierten „patriotischen Betrachtung eines Moskauer Kaufmanns" wird in diesem Zusammenhang bitter über den Verfall des russischen Handels und der russischen Industrie geklagt. Mit dem Zolltarif vom Jahre 1819 habe man einen Schaden angerichtet, den man auch in 10 Jahren weiser Regierung nicht wieder gut machen könne[64]. Die russische Kaufmannschaft habe mit Schmerz erfahren, daß in London große Feierlichkeiten anläßlich der Einführung dieses Zolltarifs

---

[58] Russkij archiv, Jg. 1867, S. 1367—68. Vgl. auch die Aufzeichnungen der V. Bakunina, Russkaja starina, Jg. 1885, S. 393.

[59] Russkaja starina, Jg. 1902, Bd. II, S. 233—34.

[60] V pamjat' grafa Speranskago, a.a.O., S. 110. Brief Arakčeevs an Speranskij.

[61] Karamzin hat übrigens Arakčeev auf dessen Gute Grusino besucht und erklärt, daß ihm dessen Grundsätze vernünftig erschienen.

[62] Russkij archiv, Jg. 1875, S. 274.

[63] PSZ, Bd. XXXVI, Nr. 28 028.

[64] Russkij archiv, Jg. 1907, S. 538.

veranstaltet worden seien[65]. Wenn der Adel von der Einkommensteuer befreit werde, so müßte man auch die viel zu hohen Steuern herabsetzen, die von der Kaufmannschaft erhoben würden[66].

Bei solchem politischen Kurs konnten natürlich die verhängnisvollsten Folgen nicht ausbleiben. Das nach dem Sturz Speranskijs eingeleitete Regime endete bekanntlich mit der katastrophalen Niederlage Rußlands im Krimkrieg, die eine neue Welle einschneidender Reformen auslöste.

Was nun das persönliche Schicksal Speranskijs anbetrifft, dauerte seine Verbannung trotz der Rachegelüste des Adels verhältnismäßig kurze Zeit. Schon im August 1814 durfte er sich in seinem Gute Velikopol'e im Gouvernement Novgorod, d. h. in der nächsten Nähe von Petersburg, niederlassen. Zwei Jahre darauf kam dann ein Manifest heraus, in dem der Kaiser die völlige Schuldlosigkeit seines ehemaligen Staatssekretärs öffentlich bestätigte[67]. Speranskij wurde anschließend zum Gouverneur des Gouvernements Penza, später zum Generalgouverneur von Sibirien ernannt. Im Jahre 1821 kam er nach Petersburg, wo man ihn zum Mitglied des Staatsrates ernannte.

Auch in der neuen Epoche seiner staatsmännischen Wirksamkeit hat Speranskij bleibende Spuren seines Geistes und seiner Tatkraft hinterlassen. In der Regierungszeit Nikolaus I. wurde er zum Chef der II. Abteilung der kaiserlichen Kanzlei ernannt, die mit der Ausarbeitung des neuen russischen Gesetzbuches betraut war. Als erstes Ergebnis seiner Tätigkeit in dieser Kanzlei veröffentlichte Speranskij im Jahre 1830 45 starke Bände der „Vollständigen Sammlung der Gesetze des Russischen Reiches". Diese Sammlung ist zwar bei weitem nicht „vollständig". Sie gehört trotzdem zu den unentbehrlichen Hilfsmitteln jedes Historikers, der sich mit der neueren Geschichte Rußlands befaßt. Ein Werk Speranskijs ist auch die Fertigstellung des russischen bis zur Revolution geltenden Gesetzbuches (Svod zakonov), um dessen Ausarbeitung die zahlreichen gesetzgebenden Kommissionen des 18. und 19. Jh.s sich vergeblich bemüht haben.

So wichtig und bedeutsam diese Werke Speranskijs auch sind, bieten sie für unsere Fragestellung doch sehr wenig. Aus seiner Verbannung ist Speranskij zwar mit ungebrochener Arbeitskraft zurückgekehrt. Nach den bösen Erfahrungen des Jahres 1812 hat er aber auf die Rolle eines Reformators vollständig verzichtet. Er paßt sich nunmehr den jeweils vorherrschenden Strömungen weitgehend an. In seinem Gesetzbuch sucht man vergeblich nach einem leitenden Gedanken, der dem ganzen Werk eine persönliche Note verleihen würde. Speranskij war gewiß ein hochbegabter Vertreter der Bürokratie, der dank seiner Abstammung, seiner Bildung und

---

65) Ebenda, S. 531.
66) Ebenda, S. 544.
67) Korf, a.a.O., Bd. I, S. 119.

seinem persönlichen Verkehr den Verfall der alten feudalen Gesellschaftsordnung und das Aufkommen eines neuen kapitalistischen Zeitalters deutlich spürte. Es fehlte ihm aber der Mut und die Opferbereitschaft eines Bekenners. Er, der bürgerlich-liberale Reformator der Jahre 1808—12, bringt es fertig, in den Jahren seiner Verbannung engere Beziehungen zu Arakčeev anzuknüpfen, dessen Fürsprache er übrigens die Rückkehr in den Staatsdienst verdankte. Seine Unterwürfigkeit dem allmächtigen Günstling Alexanders gegenüber geht so weit, daß er in einer besonderen Schrift den Versuch macht, die Schaffung der sogenannten Militärsiedlungen zu rechtfertigen, die selbst in den Kreisen des Adels fast durchweg abgelehnt wurden. „Speranskij", schreibt L. I. Goleniščev-Kutuzov im Jahre 1821 in seinem Tagebuch, „est devenu courtisan, jusqu'à rechercher les bonnes grâces des personnes qui ne peuvent lui être d'aucune utilité et qui s'en étonnent elles mêmes"[68]. Nach Alexanders Tode war er Mitglied des Gerichts, das die Dekabristen zum Tode durch den Strang bzw. zur Verbannung nach Sibirien verurteilt hat. In den Grafenstand erhoben, starb er am 23. Februar 1839. Bis zu seinem Tode war er nächster Mitarbeiter des Kaisers Nikolaus I., dessen politische Grundsätze jenen entgegengesetzt waren, für die sich Speranskij unter Alexander I. eingesetzt hatte.

---

[68] Russkaja starina, Jg. 1903, Bd. IV, S. 55.

PETER SCHEIBERT

DIE ANFÄNGE DER FINNISCHEN STAATSWERDUNG UNTER ALEXANDER I.

I.

Der Anjalabund und seine Bedeutung
für den finnländischen Staatsgedanken.

Die ersten Dokumente des nationalen Erwachens eines Volkes mögen den Zeitgenossen angesichts größerer Ereignisse wohl kaum zum Bewußtsein gekommen sein; ihre Anspruchslosigkeit, ja sogar Dürftigkeit, soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß aus diesen bescheidenen Quellen über oft lange Zeitläufte hinweg sich ein politisches Phänomen erster Ordnung kristallisierte. Andererseits verzeichnet sich leicht das Bild, wenn solche Momente nicht im größeren Zusammenhang der allgemeinen Blickrichtung der Zeit gegenübergestellt werden; sonst werden Teilerscheinungen verabsolutiert, und die schließliche Konstellation einseitig als die Leistung der nationalen Führer definiert, ohne die von außen wirkenden Kräfte mitzuberücksichtigen. Bei Betrachtung der verschiedenen leicht in Parallele zu stellenden nationalen Bewegungen Osteuropas fällt unter vielem anderen ins Auge, daß recht bald versucht wird, den noch schüchtern keimenden jungen Bestrebungen Vorbilder in einer möglichst weit zurückgehenden Ahnenreihe nationaler Führer zu verschaffen. Nicht nur nach außen mag das einem politischen Ziel eine besondere Legitimität geben, sondern besonders nach innen wird es denen, die sich dafür einsetzen, ein notwendiges Selbstbewußtsein schaffen. So auch in Finnland[1].

---

[1] Als Finnen werden nur die Finnischsprachigen und die national finnisch Orientierten bezeichnet. Wo dieses Moment ausfällt, also besonders bei den Schwedischsprachigen, wird von Finnländern (Finnlandschweden) geredet werden. Bei den Städten und Landschaften wird der Name zuerst in der Sprache der Mehrheit, d. h. meist auf finnisch genannt, die schwedische Bezeichnung beim erstenmal in Klammern dahintergesetzt, z. B. Oulu (Uleåborg). In Zitaten wird die ursprüngliche Bezeichnung beibehalten. Der alte deutsche Name wird bei Wiburg (Viipuri/Viborg) gesetzt, da dieser der ursprüngliche ist. Åland wird als völlig schwedischsprachige Landschaft nur so bezeichnet (finn. Ahvenamaa).

Schon früh tauchte hier die Frage auf, inwieweit der Anjalabund von 1788 als ein Zeichen eines eigenen, spezifisch finnischen politischen Willens zu gelten habe. Der junge Adelige K. M. Creutz schrieb schon 1848 unter einem finnischen Pseudonym über diesen Gegenstand, er bezeugte dem Anjalabund im Sinne einer freiheitlich-romantischen Auffassung seine Sympathien[2]. In bewußt politischer Absicht feierte dann der spätere Führer der Fennomanen Yrjö Koskinen (G. Forsman) 1870 in einem Vortrag über „Sprengtporten und die finnische Selbständigkeit"[3] diesen als einen Vorkämpfer des finnischen Nationalwillens. Seine Auffassung rief heftigen Widerspruch hervor, K. K. Tigerstedt antwortete ihm neben anderen vom Standpunkt der Finnlandschweden[4]. Die Frage nach der nationalen Bedeutung des Anjalabundes ist bis heute in der Diskussion als eine grundsätzliche Frage aktuell geblieben, an der Zähigkeit, mit der die Parteien ihre Formulierungen festhalten, läßt sich der politische Kern dieser Fragestellung erkennen.

Es soll im folgenden nicht versucht werden, ein umgreifendes Bild dieser in den Einzelheiten noch nicht ganz geklärten Episode zu geben[5], sondern nur kurz die Frage beleuchtet werden: hat sich 1788 in Finnland eine einheitliche Bewegung bemerkbar gemacht, die auf eine Staatswerdung des Landes hinzielte?

Gegen Ende der sogenannten Freiheitszeit hatte sich das Verhältnis zwischen dem Adel und den drei anderen Ständen sehr verschärft, jener konnte trotz seiner privilegierten Stellung den Vormarsch der unteren Stände nicht aufhalten. Soweit in Finnland die Allgemeinheit am politischen Leben teilnahm, war sie besonders demokratisch orientiert; der Bürgermeister A. Kepplerus aus Loviisa (Lovisa) legte auf dem Reichstag 1769 ein Reformprogramm vor, wo er vor allen Dingen die Aufhebung des Privilegs forderte, das allein dem Adel Grundbesitz zugestand[6]. Deshalb war 1772 der Adel daran interessiert, die Macht des Königtums zu erweitern. Zwei Finnländer, die Brüder Sprengtporten[7], waren bei dem Staatsstreich besonders tätig; vor ihren

---

[2] Maunu Malmanen (K. M. Creutz): Anjala-Forbundet (Der Anjalabund). Stockholm 1848.

[3] Y. Koskinen (F. Z. Forsman): Yrjo Maunu Sprengtportenista ja Suomen itsenaisyydesta (Über Goran Magnus Sprengtporten und die Selbstandigkeit). Helsinki 1870.

[4] K. K. Tigerstedt: Goran Magnus Sprengtporten. Finsk Tidskrift III ff. (1877 ff.).

[5] A. R. Cederberg: Anjalan liiton historialliset lahteet. (Die historischen Quellen des Anjalabundes.) Historiallisia Tutkimuksia XIII. Helsinki 1931.

[6] G. Nikander: Politiska opinioner i Gustav III: s Finnland (Politische Meinungen in Finnland unter Gustav III.). Skrifter utgivna af Svensk Litteratursallskapet i Finland (zit.: Skr.) 142. Forhandlingar och uppsatser (zit.: Forh. och upps.) XXXII. Helsingsfors 1919. S. 194 ff.

[7] Jakob Magnus Sprengtporten (1727—1786) und Goran Magnus Sprengtporten (1740—1819).

Augen stand ein gewisses aristokratisches Freiheitsideal mit glänzenden Vorstellungen vom alten Svea rike. Göran Magnus Sprengtporten glaubte, daß Gustav III. nach der Zeit der Überfremdung die schwedische Einheit wieder herstellen würde. Sein finnländisches Heimatgefühl zeigte sich darin, daß er äußerte, die Erhebung für König und Vaterland sei aus den finnischen Wäldern hervorgegangen[8].

Bald aber distanzierte sich der Adel vom König, der versucht hatte, diesen u. a. durch Nobilitierungen aufzulockern, doch konnte der Adel jetzt nicht mehr wie früher in den Gang der Gesetze eingreifen. Mittels der geheimen Ausschüsse konnte die ganze Tätigkeit des Reichstags lahmgelegt werden[9]. Unter den Unzufriedenen finden wir auch G. M. Sprengtporten, der sich als Chef der Savobrigade aktiv für die militärische Stärkung Finnlands einsetzte. Nach seiner Verabschiedung aus dem Heere wegen persönlicher Gegensätze mit dem König benutzte er jede Gelegenheit, um diesem zu schaden.

Nach dem Treffen Gustavs III. und Katharinas im Sommer 1783 liefen Gerüchte um, daß Finnland im Austausch gegen Norwegen an Rußland kommen sollte, Gerüchte, welche jeder Begründung entbehrten[10], auf die sich aber Sprengtporten in einem Brief der gleichen Zeit bezog; er fügt hinzu, daß Finnland, auch abgesehen von der derzeitigen Schwäche des schwedischen Reiches, Rußland früher oder später zur Sicherung seiner Ostseestellung zufallen müßte[11]. Von hier aus war es nur noch ein kleiner Schritt, um nun zu versuchen, diese zwangsläufige Ent-

---

[8]) G. M. Sprengtporten: En finsk Officerares bref till sin vän i Stockholm ... (Ein Brief eines finnlandischen Offiziers an seinen Freund in Stockholm ...) Ed.: Historiallinen Arkisto XVII (1904) S. 236; Ur J. M. Sprengtportens papper (Aus J. M. Sprengtportens Papieren). Utg. af H. Schück. Svenska memoarer och bref VII. Sthlm. 1903; C. G. Malmström: Sveriges politiska historia fran Karl XII:s död till statsvälfningen 1772 (Schwedens politische Geschichte vom Tode Karls XII. bis zum Staatsstreich 1772). 2. A. VI Sthlm. 1896. S. 400 ff.; C. T. Odhner: Sveriges politiska historia under Konung Gustav III:s regering (Schwedens politische Geschichte unter der Regierung König Gustavs III.). I. Sthlm. 1885. S. 88 ff.; G. Landberg: Riksdagen under den Gustavianska tiden. Sveriges Riksdag, Historisk och statsvetenskaplig framställung. I, 7. (Der Reichstag in der gustavianischen Zeit. Schwedens Reichstag. Historische und staatswissenschaftliche Darstellung. I, 7.). Sthlm. 1932. S. 16 ff.; J. R. Danielson-Kalmari: Suomen valtio- ja yhteiskuntaelämää 18: nella ja 19: nellä vuosisadalla. Kustavilainen aika. (Aus Finnlands Staats- und Gesellschaftsleben im 18. und 19. Jh. (2. Serie): Die gustavianische Zeit) I. Porvoo 1921. S. 44 ff.

[9]) F. Lagerroth: Konung och adel. Ett bidrag till Sveriges författningshistoria under Gustav III (König und Adel. Ein Beitrag zu Schwedens Verfassungsgeschichte unter Gustav III.). Sthlm. 1917. S. 10 ff.

[10]) Danielson-Kalmari a.a.O. I. S. 364 ff.; Odhner a.a.O. II. S. 317.

[11]) An seinen Bruder J. M. Sprengtporten 28. 8. 1783. Ed.: Cederberg a.a.O. S. 253 ff.

wicklung möglichst günstig zu gestalten. Es kam nun Sprengtporten darauf an, Gleichgesinnte um sich zu sammeln, doch scheinen seine damals gerade aufkeimenden Gedanken eines möglichen selbständigen Finnland nur von einem Verwandten, dem Major I. A. Jägerhorn, geteilt worden zu sein. Dieser hatte schon vorher eine geheime Gesellschaft unter finnländischen Offizieren (Valhalla) gegründet. Nach den späteren Aufzeichnungen eines Mitglieds hätten in diesen Kreisen nahezu republikanische Ideen geherrscht, und demgemäß habe die Haltung eines großen Teils des finnländischen Offizierkorps auf weitgehende Einschränkung der königlichen Macht hingezielt[12]. Später hat sich aber ergeben, daß die Loge durchaus königstreu, patriotisch im Sinne der ersten gustavianischen Zeit orientiert war[13]. Jägerhorn selbst ist der Typ des adeligen Frondeurs, er wollte Geistlichkeit und Bauern aus dem politischen Leben ausschalten[14]. Jedoch wird man keine eigentlich separatistischen Interessen innerhalb dieses Kreises finden, einzig Sprengtporten und vielleicht Jägerhorn scheinen mit dem Gedanken der Abtrennung Finnlands von Schweden vertraut gewesen zu sein[15]. Sprengtporten nahm indessen schon die verschiedenen Fäden zur Durchführung seines Planes auf, im April 1784 bot er dem Herzog Karl von Södermanland die Krone Finnlands an[16]. Bei einem Aufenthalt in Holland nahm er Beziehungen mit dem russischen Gesandten im Haag auf, nach seiner Rückkehr nach Schweden setzte er sich mit dem dortigen russischen Gesandten A. Markov in Verbindung[17]. Er bezeichnete

---

[12] Statsrådet J. A. Ehrenströms efterlämnade historiska anteckningar och papper (Staatsrat J. A. Ehrenströms nachgelassene historische Aufzeichnungen und Papiere). Utg. af S. J. Boethius. I. Sthlm. 1880. S. 52 ff.

[13] B. Lesch: Sjelfständighetsmännen och den nationella romantiken på Gustav III:s tid (Die Selbständigkeitsmänner und die nationale Romantik zur Zeit Gustavs III.). Historiska och litteraturhistoriska Studier (zit.: Hist. Stud.) IX. (Skr. 236) H:fors 1933; A. Blanck: Den nordiska renässancen in sjuttonhundratalets litteratur (Die nordische Renaissance in der Literatur des 18. Jahrhunderts). Diss. Uppsala. 1911. S. 309 ff.

[14] Malmanen a.a.O. S. 47 ff.

[15] K. G. Leinberg: Ordenssällskapet Walhall (Die Ordensgesellschaft Walhalla). Forh. och upps. XX. (Skr. 78) H:fors 1907. S. 339 ff.; B. Lesch: Finsk romantik kring sjelfständighetsmännen (Finnische Romantik um die Selbständigkeitsmänner). Historisk Tidskrift för Finland (zit.: Hist. Tidskr.) XIX (1934). S. 151 ff.; P. O. v. Törne: Sällskapet Walhall och sjelfständighetsidén i Finland (Die Gesellschaft Walhall und die Selbstandigkeitsidee in Finnland). Hist. Tidskr. XX (1935). S. 107 ff.; A. R. Cederberg in Historiallinen Aikakauskirja. 1933—1937.

[16] De la Gardieska Archivet eller handligar ur Grefl. de la Gardieska Bibliothek på Löberöd (De la Gardiesches Archiv oder Urkunden aus der Grafl. de la Gardieschen Bibliothek). Utg. af. P. Wieselgren. XX. Lund 1844. S. 182; G. Iverus: Hertig Karl af Södermanland. I. Till ryska kriget (Herzog Karl von Södermanland. I. Bis zum russischen Krieg). Diss. Uppsala 1925. S. 197.

[17] Markov an Ostermann 22. 5./2. 6. 1786. In finn. Übers. bei Danielson-Kalmari a.a.O. I. S. 382 ff.

die Unzufriedenheit in Finnland als so groß, daß er selbst seine Landsleute zu einem Aufstand führen könne; der Versuch könne nicht mißglücken, wenn Rußland ihn decken würde. In einem „Précis" schlug er die Selbständigkeit Finnlands als das beste Mittel vor, um bessere Beziehungen zwischen Schweden und Rußland herzustellen. Außerdem sei diese Lösung auch für Finnland vorteilhaft, dessen augenblickliche Not eben von den gespannten Beziehungen der beiden großen Staaten herzuleiten sei. Doch hielt er die Durchführung dieses Planes für völlig von Rußland abhängig, sowie von der eigenen Energie des finnländischen Volkes, das „nichts mehr ersehne, als die Fesseln zu zerreißen". Es würde leicht sein, dann auf einem schwedischen Reichstage die Forderungen des Volkes durchzusetzen: der größte Teil des Adels und des Bürgerstandes sowie „auch einige hervorragende Vertreter der Geistlichkeit" ständen auf dem gleichen Standpunkt. Russisches Militär solle erst im Notfalle hinzugezogen werden, man sei jedoch von vornherein auf russische Geldhilfe angewiesen[18].

Markov bemerkte sogleich, daß die Frage nach der Verwirklichung des Planes doch durchaus ungeklärt sei; Sprengtporten gab zu, er habe zwar noch keinem Landsmann davon erzählt, doch rechne er auf die allgemeine Unzufriedenheit und besonders auf seine eigene Schöpfung, die Savobrigade. Seinem Kanzler Bezborodko gegenüber meinte Markov, daß der Plan auch im Falle des Mißglückens doch den Finnländern einen Gedanken einflöße, den man im geeigneten Moment benutzen könnte[19].

Katharina bemerkte zu Sprengtportens „Précis": „Wenn es sich um Finnlands Selbständigkeit handelt, so ist es nicht schwer zuzugeben, daß dieser Vorschlag zu Rußlands Zielen paßt. Wenn Finnland eine selbständige Stellung erlangen kann und dafür um russische Unterstützung bittet, so kann man das ihm nicht verweigern ... Wenn die Stützung gegeben ist, ergibt sich daraus der Schutz"[20].

Sprengtporten hatte jedoch schon weiter vorgesorgt, er legte gleich den Verfassungsentwurf für den zukünftigen Staat vor[21]. Finnland sollte hiernach als eine „Vereinigung aller Landschaften zu einem gemeinsamen freien Staat" erstehen, wobei die Souveränität beim Reichstag liegen sollte. Als Exekutive sollte aus den Ständen ein „Kongreß" gebildet werden, jedoch ohne die Bauern.

---

18) Ed.: K. K. Tigerstedt: Åbo Lycei Program (1881—1882). Åbo 1882.

19) Markov an Ostermann 31. 5./11. 6. 1786, an Bezborodko gl. Dat. Tigerstedt a.a.O. S. 8 ff.; Danielson-Kalmari a.a.O. I. S. 398 ff.

20) Tigerstedt a.a.O.; Danielson-Kalmari a.a.O. I. S. 402.

21) Ed. (Finn. Übers. des russ. Originals): K. W. Rauhala: Yrjo Maunu Sprengtportenin perustuslakiehdotus vuodelta 1786 (G. M. Sprengtportens Verfassungsentwurf vom Jahre 1786). Hist. Arkisto XXI (1906); kurzere frz. Zusammenfassung ed.: Tigerstedt: Åbo Lycei Program (1880—1881). Åbo 1881.

„Obwohl sie zweifelsohne aus ganzem Herzen dem Vaterland ergeben sind, fehlen ihnen doch die Kenntnisse und Erfahrungen, die zur Führung der wichtigen Staatsgeschäfte nötig sind."

Noch wollte Sprengtporten nicht alle Verbindungen nach Schweden abbrechen, im Herbst 1786 versuchte er Oberkommandierender in Finnland zu werden[22]. Da dieser Plan mißglückte, folgte er Katharinas wiederholter Aufforderung und trat in russische Dienste. Er wurde von I. A. Ehrenström begleitet, der sich allerdings sehr bald von ihm absetzte und nach seiner Rückkehr nach Stockholm dem König berichtete[23]. Daß der König schon vor Ehrenströms Bericht über Umtriebe in Finnland unterrichtet war, geht aus seinem Brief an den General H. G. Armfelt vom Dezember hervor, worin er diesem befiehlt, besonders auf der Hut zu sein[24].

Allerdings hatte Gustav auch allen Grund, seine Aufmerksamkeit auf oppositionelle Strömungen zu richten; der Reichstag von 1786 hatte ihm die ganze Stärke der herrschenden allgemeinen Unzufriedenheit gezeigt[25]. Abgesehen davon, daß die königlichen „Propositionen" fast vollständig abgelehnt wurden, gingen die Stände ihrerseits in ihren „Beschwerden" zum Angriff gegen das Regierungssystem vor, besonders im Adel kam der frondierende Geist der Freiheitszeit wieder zum Vorschein. Markovs Nachfolger auf dem russischen Gesandtenposten in Stockholm, Fürst A. K. Razumovskij, entfaltete eine ausgedehnte Tätigkeit. 1787 glaubte er versichern zu können, daß der größte Teil der Opposition sich gegebenenfalls an Rußland wenden würde, um die Regierungsformen zu ändern[26]. Der russische Reichsrat instruierte Razumovskij dahin, daß er die Opposition in Schweden zwar stützen, gleichzeitig aber die Verwirklichung ihrer Ziele „auf einen für uns passenderen Zeitpunkt hinausschieben" solle[27]. Neben anderem bat Jägerhorn Razumovskij um russische Hilfe für den baldmöglichst zu unternehmenden Aufstand in Finnland. Vorläufig glaube der König noch nicht an die Gefährlichkeit des finnländischen Separatismus, andererseits aber könne er auf dem nächsten Reichstag den Klagen der Finnländer stattgeben und damit diese gleich auf seine Seite herüberziehen[28]. Razumovskij

---

22) Ehrenström a.a.O. I. S. 52 ff.

23) K. K. Tigerstedt: Finsk Tidskrift V (1878) S. 185 ff.

24) De la Gardieska Archivet a.a.O. XVIII (1842) S. 27.

25) Odhner a.a.O. II. S. 428 ff.; L. Stavenow: Den gustavianska tiden. (Sveriges historia till våra dagar. (Die gustavianische Zeit. [Schwedens Geschichte bis auf unsere Tage]), utg. auf. E. Hildebrand och L. Stavenow. D. X.) Sthlm. 1925. S. 137 ff.

26) A. A. Vasil'čikov: Semejstvo Razumovskich (Die Familie Razumovskij) III,1. St. Petersburg 1882. S. 94.

27) Archiv gosudarstvennago sověta (Archiv des Reichsrats) I. St. Petersburg 1869. Sp. 488.

28) Razumovskijs Depesche 24. 3./4. 4. 1787. Odhner a.a.O. II. S. 534. Danielson-Kalmari a.a.O. II. S. 124 ff.

scheint sich, seinen Instruktionen entsprechend, auf keine bindenden Erklärungen eingelassen zu haben; auch Jägerhorn vertraute nicht recht in die Ehrlichkeit der russischen Absichten. Im April 1788 schrieb er an Sprengtporten, er solle sich nicht allzu sehr auf Rußland verlassen und besonders gewisse Garantien verlangen; auf der Seite der finnischen Patrioten ständen ja auch England, Preußen und Dänemark[29]. Diese Äußerung zeigt recht klar das politische Dilettantentum der frondierenden Offiziere.

Inwieweit überhaupt der Gedanke einer Abtrennung oder Autonomie Finnlands verbreitet war, bleibt recht unklar; es besteht kein Grund, hierin Sprengtportens ad hoc geschriebenen Memorialen (s. u.) allzu viel Glauben zu schenken. Ihm folgte ein kleiner Kreis getreuer Schüler, aber Jägerhorn war wohl der einzige, der von der ganzen Ausdehnung der Projekte eine Vorstellung hatte; durch die Übersiedlung nach Rußland hat sich Sprengtporten gewiß einen Teil der Achtung bewahrt, die er sicherlich bei Weiterführung seiner Umtriebe in Finnland verloren hätte.

Sprengtporten benutzte indessen alle Gelegenheiten am russischen Hofe, um seine Projekte weiterzutreiben. In einer Note vom März 1787 schlug er vor, unter russischem Schutz eine Konföderation zu bilden, die zunächst nur die Beschwerden der „propriétaires opprimés"[30] befriedigen solle. „Das große Ziel der Unabhängigkeit soll erst in dem Augenblick hervortreten, in dem dieser Gedanke sich den Geistern als letzte Möglichkeit selbst ergibt." Rußland sollte nur bei einem Widerstand schwedischerseits aus seiner Reserve heraustreten[31]. Unter Spekulation auf die wirtschaftlichen Ansprüche eines Standes sollte versucht werden, auf eine Unabhängigkeit hinzudrängen; die anderen Stände sollten mit Versprechungen und Geld abgespeist werden.

Für Sprengtporten war ein gewisser russischer Druck als Stützung der Savobrigade erwünscht. Diese hatte zwar indessen Sprengtporten wieder ihrer Ergebenheit versichert und möglicherweise ihn zugleich gewarnt, sich allzusehr festzulegen; das nächste Aktionsprogramm Sprengtportens war weit weniger umfassend geplant[32]. Es sollten nämlich nur die dem finnländischen Adel zugefügten Ungerechtigkeiten wieder gutgemacht werden, besonders auch alle Ämter mit Einheimischen besetzt werden;

---

[29]) Jagerhorn an Sprengtporten 20. 5. 1788. Ed.: Tigerstedt: Finsk Tidskrift V. S. 200 ff.; J. Grot: Sprengtporten Žurnal Ministerstva narodnago prosvěščenija (zit.: ŽMNP) 237 (1885) S. 31.

[30]) Bezieht sich auf die große Separation (Storskifte); die Interessen des Adels waren dadurch geschadigt, daß das nach der Zusammenlegung verbliebene Land der Krone zugeschlagen wurde. Vgl. Y. v. Schrowe: Die finnische Gemeinheitsteilung im 18. Jh. (Sozialwissenschaftliche Forschungen II.) Berlin 1928. pass.

[31]) Mémoire an Bezborodko 12. 3. 1787. Ed.: Cederberg a.a.O. S. 244 ff.

[32]) Memorial 8. 9. 1787. Danielson-Kalmari a.a.O. II. S. 128 ff.

finnländische Angelegenheiten sollten von einem eigenen Landtag behandelt werden. Von einer Trennung von Schweden war hier also keine Rede mehr.

Als sich Anfang 1788 die Gerüchte von einem bevorstehenden schwedisch-russischen Kriege verdichteten, legte Sprengtporten diesmal der Kaiserin selbst dar, daß die Finnländer durch die unvorsichtige Politik ihres Königs in eine so schwierige Lage gebracht seien, daß sie jetzt selbst alle Kräfte zu ihrer Befreiung einsetzen würden; dabei wies er auf die zahlreichen Vorteile einer solchen Entwicklung für Rußland hin[33]. Er schlug wenig später vor, entsprechende Manifeste, jedoch möglichst vorsichtig, abzufassen; diese sollten die anfangs voraussichtlich etwas bestürzte Bevölkerung beruhigen und zugleich begeistern[34]. Er schien selbst seinen Rückhalt innerhalb Finnlands nicht allzu hoch einzuschätzen, wenigstens ließ er sich auf eine nähere Bestimmung seiner Absichten nicht ein.

Inzwischen hatten sich die Gegensätze zwischen Schweden und Rußland zugespitzt, durch die Note Ostermanns (18. 6. 1788) wurden die Spannungen ausgelöst[35]. Katharina wandte sich darin „an denjenigen Teil des schwedischen Volkes, der Anteil an der Regierung hatte", um diesen von ihren friedlichen Absichten zu unterrichten. Gustav III. wurde hierdurch von außen auf die Grenzen seiner Königsmacht aufmerksam gemacht; um dagegen auftrumpfen zu können, mußte er verfassungsmäßige Bindungen zersprengen, indem er einen Angriffskrieg begann[36]. Russischerseits wollte man ernsthafte Feindseligkeiten möglichst weit hinausschieben, Gustav III. mußte jedoch durch rasche Handlungen versuchen, seine inneren Schwierigkeiten durch Entscheidungen nach außen zu überbrücken. Außerdem täuschte er sich über die Stimmung in Rußland, indem er auf eine dort herrschende Unzufriedenheit vertraute[37]. Der Schwung, mit dem Gustav zuerst ans Werk gegangen war, verebbte bald, durch die Seeschlacht von Hogland (Suursaari) wurde seine Flotte lahmgelegt.

In diesem kritischen Augenblick fanden sich nun die zerstreuten Fraktionen unzufriedener Offiziere zusammen. Von Anfang an war durchaus keine Kriegsbegeisterung zu bemerken gewesen; innerhalb des Offizierkorps fanden sich die „Patrioten" zusammen, die Abschiedsgesuche häuften sich, die Truppe war

---

33) Memorial o. D. Danielson-Kalmari a.a.O. II. S. 137 ff.

34) Danielson-Kalmari a.a.O. II. S. 149 ff.

35) Odhner a.a.O. III. S. 64 ff.

36) Vgl. § 45 der Regierungsform. E. Hildebrand: Svenska statsforfattningens historiska utveckling (Die historische Entwicklung der schwedischen Staatsverfassung). Sthlm. 1896. S. 510 ff.

37) Överste Mikael Anckarsvards minnen från krigen 1788—1790 (Oberst M. Anckarsvards Erinnerungen aus dem Kriege 1788—1790). Skrifter utgivna auf Svensk Historisk Foreningen. I. Sthlm. 1892. S. 12.

infolge mangelhafter Ausrüstung unzufrieden[38]. Auf den König schien das alles nicht ohne Wirkung geblieben zu sein, er streckte Friedensfühler aus[39], und hegte zur gleichen Zeit die Absicht, auf den Thron zu verzichten[40]. Hierzu mögen wohl die Nachrichten von der wachsenden Opposition der Offiziere, besonders der finnländischen, beigetragen haben.

Schon im Juni waren unter der Mitwirkung von Jägerhorn geheime Beratungen abgehalten worden; hiervon war immerhin soviel nach außen gedrungen, daß der König gefangengenommen und Finnland mit auswärtiger Hilfe selbständig gemacht werden sollte. Doch schien es durchaus an der nötigen Einmütigkeit unter den „Rettern der Freiheit" zu fehlen, schon sah man die anarchischen Folgen einer so offenbaren Insubordination voraus[41]. Unter dem 30. Juli notierte der Auditör Ekman über die Stimmung in der Armee: „Das Vorgehen des Königs wird allgemein als gesetzwidrig angesehen, seine Günstlinge seien Hochverräter ... Man sollte von den Russen Hilfe erbitten, um den König zu stürzen; außerdem soll Finnland ein eigener Staat werden"[42]. Wirklich schritten auch bald die Oppositionellen zur Tat, im Lager in Liikala wurde eine Note an die Kaiserin verfaßt (8. 8. 1788), mit der sich Jägerhorn nach Petersburg begab. Die Note war außer vom Kommandeur der finnländischen Truppen Armfelt noch von sechs Offizieren unterzeichnet. Es wurde hier zuerst klargestellt, daß der Chef der finnländischen Regimenter die Grenze ohne Kenntnis dessen, was wirklich beabsichtigt war, überschritten habe, erst später sei ihm klar geworden, daß ein solches Vorgehen den Rechten der Nation widerspreche. Diese aber müsse er als Staatsbürger ebenso schützen, wie er andererseits seine militärischen Pflichten zu erfüllen habe. An die Kaiserin wandten die Verschwörer sich, „um den gemeinsamen Wunsch der ganzen Nation und besonders des finnländischen (Teils) auszudrücken, zwischen den beiden Reichen einen ewigen Frieden beizubehalten, welcher nur zeitweise durch die Machenschaften einiger unruhiger Geister im Staate gestört worden sei". Daneben sollten die 1721 und 1743 verlorenen Gebietsteile wieder an Finnland zurückgegeben wer-

---

38) Odhner a.a.O. III. S. 51 f., 59 ff., 113 ff.; Stavenow a.a.O. S. 160 ff.

39) C. v. Bonsdorff: Gustav Mauritz Armfelt I. (Skr. 212) 1930. S. 99.

40) Graf J. G. Oxenstjerna an Herzog Karl von Södermanland 20. 8. 1788. Ed.: B. v. Schinkel o. C. v. Bergman: Minnen ur Sveriges nyare historia till och med 1828 (Denkwürdigkeiten aus Schwedens neuerer Geschichte bis einschließlich 1828). Bihang utg. af S. J. Boethius. I. Uppsala 1880. S. 41.

41) Dagbok, förd under kriget i Finland 1788—1790 af Auditoren C. C. Ekman (Tagebuch, vom Auditör C. C. Ekman während des Krieges in Finnland 1788—1790 geführt). Utg. af R. Hausen. (Skr. 44) H:fors 1900. S. 4 ff. Vgl.: Cederberg a.a.O. S. 92 ff.

42) Ekman a.a.O. S. 29 f.

den, damit kein Grund mehr bestehe, den Frieden zu stören[43]. Es wurde also hier der Versuch gemacht, zuerst nach außen einen modus vivendi zu finden, um dann im Inneren die „Rechte der Nation" gegenüber den „wenigen unruhigen Geistern" wiederherzustellen. Die Finnländer waren natürlich besonders an einem Frieden interessiert, um ihre Besitzungen zu schützen. Durch die Rückgabe der verlorenen Gebietsteile wollte man die Grenzfestungen erhalten, die eine ständige Bedrohung des offen daliegenden schwedischen Finnlands darstellten. Die Motive der einzelnen Offiziere bei diesem Schritt werden höchst verschiedener Art gewesen sein, wahrscheinlich sind sie sich nicht alle der Tragweite ihres Schritts bewußt gewesen. Der alte Armfelt war überzeugt, im Sinne des Königs zu handeln[44]. Jägerhorn war in seinen eigentlichen Absichten noch undurchsichtiger als zuvor (s. u.), ein anderer, C. H. Klick, leugnete später, daß in Liikala eine Abtrennung Finnlands beabsichtigt worden sei[45].

Ein Augenzeuge bei der Abfassung der Note meinte, wenn man die Lage der Dinge nicht kenne, so könne das ganz wohl als Verrat erscheinen, doch beim Lesen des Memorials bemerke man die gute Absicht, dem Vaterland zu helfen[46]. Ein anderer Zeitgenosse erkannte ebenfalls die Ehrlichkeit des Vorhabens an: „Verräter waren sie nicht, sondern ihre Absichten waren einfältig"[47]. Man kann aber andererseits auch postulieren, daß die Liikalanote aus finnländisch-separatistischen Gedankengängen heraus zustande gekommen sei, und dementsprechend die Wendung nach Rußland als ein Verzicht auf die eigene Initiative bei der Neuordnung Schwedens[48] ansehen. Doch kann man den Protokollen des Kriegsgerichts und den wenigen sonstigen Äußerungen Authentisches über die wirklichen Absichten der adeligen Unzufriedenen nicht entnehmen. Armfelt selbst wenigstens wandte sich dagegen, daß die Note auch nur das geringste mit finnischen Selbständigkeitswünschen zu tun gehabt habe; auch im Falle eines unglücklichen Krieges würde man in Finnland lieber als

---

43) Cederberg a.a.O. S. 14 ff., 247 ff.; Schlözers Staatsanzeigen XII (1789) S. 408 ff.

44) General Armfelts berättelse om ordsakerne till en del af Arméens tagne steg (General Armfelts Bericht über den von einem Teil der Armee unternommenen Schritt). Ed.: Cederberg a.a.O. S. 282 ff.; Ehrenström a.a.O. I. S. 159; Öfverste R. Montgomerys berättelse om tilldragelser under 1788 års krig (Oberst R. Montgomerys Berichte über die Vorkommnisse während des Krieges 1788). Historiska Handlingar ... af Samfundet för utgifvande af Handskrifter rörande Skandinaviens historia. I. Sthlm. 1861. S. 359.

45) Malmanen a.a.O. S. 115.

46) Montgomery a.a.O. S. 358.

47) Geheimerådet C. E. Mannerheims egenhändiga anteckningar (Eigenhändige Aufzeichnungen des Geheimrats C. E. Mannerheim). Utg. af B. Lesch. Förh. och upps. XXXV (Skr. 163) H:fors 1922 S. 30.

48) Wie Odhner a.a.O. III. S. 142.

autonomer Teil bei Schweden bleiben, als unter russische Herrschaft kommen[49].

Deshalb kann auch nicht endgültig geklärt werden, inwieweit Jägerhorns Auftreten in Petersburg im Sinne seiner Auftraggeber gelegen hatte. Gleich nach seiner Ankunft wandte Jägerhorn sich an A. M. Mamonov (30. 7/11. 8. 1788), um ihm seine Vorschläge zu übermitteln. Diese lauteten auf Wiederherstellung des Friedens, Rückführung der schwedischen Verfassung auf den Stand von vor 1772, Trennung Finnlands von Schweden und Rückgabe der alten finnländischen Gebiete[50]. Gleich darauf stellte Jägerhorn der Kaiserin die Vorteile dar, die ein unabhängiges Finnland für Rußland haben würde, ein solches würde gerade an einem starken Rußland interessiert sein; Rußland könne auf diese Weise den Frieden im Norden garantieren. Die verlorenen Gebiete seien schon in Elisabeths Manifest (1742) als finnländische bezeichnet worden, Katharina sollte sie daher zurückgeben; es wäre das Beste, wenn die Stände Finnlands selbst ihre Freiheit beschlössen[51]. Der russische Reichsrat nahm von diesen Vorschlägen bald darauf Kenntnis, er empfahl den Finnländern, das schwedische Heer zu entfernen und dann selbst ihre zukünftige Staatsform festzulegen; dann würde die Kaiserin sie auch mit ihrer Armee stützen. Die Eroberungen Peters des Großen sollten ihnen aber nicht zurückgegeben werden, da dann die finnischen Grenzen zu nahe an die russische Hauptstadt gerückt würden[52]. Katharina ließ sich auf keine bindenden Erklärungen ein, ehe sie Sprengtporten gehört hatte[53].

Dieser war nämlich Anfang Juli nach Karelien gegangen und hatte vorgeschlagen, von Norden aus die schwedische Front aufzurollen; er empfahl den Versuch, die Einwohner durch Geld zu gewinnen[54] (eine Äußerung, die Sprengtportens Einschätzung des finnischen Nationalcharakters deutlich macht.) In seinen Instruktionen für Jägerhorn drängte Sprengtporten darauf, das Volk gegen den König zu mobilisieren; falls man die schwedischen Offiziere nicht gewinnen könne, müßten die schwedischen Truppen entfernt werden; auf keinen Fall dürfe die Einberufung

---

[49] Protocoller ... rörande det brottsliga förhållande som förekommit emot åtskilliga Chefs wid Finska Arméens under 1788 års campagne (Protokolle über das verbrecherische Verhalten einiger Chefs der finnländischen Armee während des Feldzuges des Jahres 1788). Sthlm. 1789 ff. S. 380 ff.

[50] Zapiska Michajla Garnovskago. (Aufzeichnungen Michael Garnovskijs.) Russkaja Starina. XVI (1876) S. 208 f.

[51] Tigerstedt: Finsk Tidskrift VI (1879) S. 374 ff.; Danielson-Kalmari a.a.O. II. S. 291 ff.

[52] Archiv gosudarstvennago sověta a.a.O. I. Sp. 590 f., 595.

[53] Dnevnik A. V. Chrapovickago (Tagebuch A. V. Chrapovickijs). Izd. pod red. M. Barsukova. St. Pbg. 1874. S. 125 f.

[54] K. F. Ordin: Pokorenie Finljandii (Finnlands Eroberung). I. (Sobranie sočinenii po finljandskomu voprosu II) St. Pbg. 1909. S. 123.

des finnischen Reichstages in Frage gestellt werden[55]. Die Kaiserin selbst war zwar überzeugt, daß das ganze finnische Volk bereit sei, sich von Schweden zu lösen, wollte sich aber nicht binden, ehe man mit Bevollmächtigten des ganzen Volkes verhandelt habe[56]. Jägerhorn selbst wird mit den Ergebnissen seiner Bemühungen nicht recht zufrieden gewesen sein, da er längst nicht so weit kam, wie er gehofft hatte.

Katharina aber versicherte der finnländischen Nation in einem Manifest, daß sie ihr bestimmt helfen würde, eine politische Existenz aufzubauen, nur müßten sich der Bewegung noch mehr Staatsbürger anschließen, damit diese durch eine Repräsentation des Volkes gesetzlich sanktioniert werden könne[57]. Diese Aufforderung der Kaiserin entsprach also keineswegs den Absichten der Liikalaleute, stellte für sie vielmehr in den kommenden Auseinandersetzungen eine schwere Belastung dar; denn die Ereignisse hatten sich inzwischen nicht in der von ihnen erhofften Weise entwickelt.

Gustav war nämlich durchaus nicht mehr gewillt, den gegen ihn gerichteten Strömungen nachzugeben[58]. Als er von dem hochverräterischen Beginnen seiner Truppen hörte, befahl er dem General Armfelt, von allen Offizieren Loyalitätserklärungen einzufordern. Diese waren jetzt gezwungen, zu ihrem Werk zu stehen, obwohl sie schon vorher die Absicht hatten, ihr Vorgehen zu begründen[59]. So kam in Anjala die „Bundesakte" zustande. Die Unterzeichneten erklärten, sie hätten sich überzeugt, daß die Offensive nicht von der russischen Seite ausginge; von einer weiteren Führung des Kampfes hätte das Reich, das kurz vor dem Untergang stehe, keinen Nutzen; angesichts der Gefahr für das Vaterland hätten sie sich an die Kaiserin gewandt; jeder ehrliche Schwede habe das Recht, bei der Ratlosigkeit des Königs zwischen beiden Regierungen zu vermitteln[60].

Von Finnlands Selbständigkeit oder auch nur Autonomie war keine Rede mehr, die entsprechenden Kombinationen hatten sich verflüchtigt. Von Anfang an hatte über die Form, in der Finnland im Rahmen des schwedischen Reiches eine Sonderstellung

---

[55] Danielson-Kalmari a.a.O. II. S. 301.

[56] Katharina an Graf Mussin-Puškin 9./20. 8. 1788. Russkaja Starina 54 (1887) S. 49 f.

[57] Protocoller ... a.a.O. S. 75 ff.; (J. E. v. Schartau:) Hemliga Handlingar hörande till Sveriges Historia efter Konung Gustaf III:s Anträde till Regeringen (Geheime Akten zu Schwedens Geschichte nach dem Regierungsantritt Gustavs III.). (I.) Sthlm. 1821. S. 135 ff.; Schlözers Statsanzeigen XII. S. 411 f.

[58] Anckarsvärd a.a.O. S. 30; Ekmann a.a.O. S. 38 f.

[59] Gustav III. an K. G. Armfelt 11. 8. 1788. De la Gardieska Archivet a.a.O. XVIII. S. 29; Protocoller ... a.a.O. S. 42 f. u. ö.

[60] Cederberg aa.O. S. 21 ff.; Protocoller a.a.O. S. 49 ff. Hemiliga Handlingar a.a.O. S. 123 ff.

einnehmen könne, keine Einigkeit bestanden[61]. Dagegen drehte sich die Anjalanote mehr um die Frage, wie militärische und staatsbürgerliche Pflichten zu vereinigen seien. Damit hat dieses Dokument auch im Ausland zum damaligen Zeitpunkt einen Widerhall gefunden, der über dessen tatsächliche Wirkung nach innen weit hinausgeht. Eine deutsche Flugschrift sah in der Anjalabundesakte einen gefährlichen Präzedenzfall: die Überordnung der Pflichten gegenüber dem Wohl des Staates über die Soldatentreue habe eine Zerstörung der äußeren Ordnung zur Folge[62].

Als Jägerhorn aus Petersburg zurückkam, machte Armfelt davon dem König Mitteilung; er setzte hinzu: jetzt sei Hilfe nötig und man solle deshalb gleich die Stände zusammenrufen. Jägerhorn behauptete aber, daß von der Selbständigkeit Finnlands in Petersburg keine Rede gewesen sei, auch die Kaiserin habe das nicht gefordert[63].

In einem „Avertissement" gaben die finnländischen Offiziere an, daß sie dem König unangenehme Schritte erspart hätten; die Ergebnisse ihrer Bemühungen sollten jetzt auf einem Reichstag beraten werden[64]. Andererseits zogen sie schon im voraus ihre Konsequenzen, sie wandten sich wiederum an die russische Regierung, diesmal mit einem Verfassungsentwurf (o. D.), in dem man im großen ganzen wieder auf den Stand von 1720 zurückkommen wollte[65]. Einige besonders Radikale wollten die finnländische Armee nach Stockholm überführen, um dort die Friedensverhandlungen beim Reichstag durchzusetzen[66]. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß das, was von diesen Plänen an die Öffentlichkeit drang, den ruhiger Denkenden als zu scharf erschien, deshalb wandten sich die schwedischen Offiziere an den König, um nicht mit jenen Elementen zusammengeworfen zu werden. Zwar sollte Frieden geschlossen und der Reichstag einberufen werden, doch wollten sie sich weder in Regierungsdinge einmischen, noch Revolution machen[67]. Ähnliche Erklärungen verfaßten verschie-

---

[61] Ekman a.a.O. S. 45 ff.

[62] Über Schweden und Rußland in staats- und völkerrechtlichen Verhältnissen. O. O. 1789. S. 7 ff.; Schlözers Statsanzeigen XIII (1789) S. 306 ff.

[63] Armfelt an Gustav III. 21. 8., 25. 8. 1788. Ed.: Cederberg a.a.O. S. 255 f., 257 f.; General Graf Meijerfelt an Gustav III. 25. 8. 1788. Ed.: Tigerstedt: Finsk Tidskrift VII (1879) S. 372.

[64] Avertissement 25. 8. 1788. Photokopie bei Cederberg a.a.O.; Tigerstedt: Finsk Tidskrift IX (1880) S. 175.

[65] Hemliga Handlingar a.a.O. S. 121 ff. (mit falschem Datum); Cederberg a.a.O. S. 34 ff., 266 ff.

[66] Konföderationsplan (Ende August 1788). Ed.: Cederberg a.a.O. S. 268.

[67] Note der schwedischen Offiziere 27. 8. 1788. Hemliga Handlingar a.a.O. S. 126 ff., De la Gardieska Archivet a.a.O. XVIII. S. 48 f.; Ekman a.a.O. S. 76 f.; vgl. Cederberg a.a.O. S. 40 ff.

dene Abteilungen im Heer und in der Flotte, allgemein wurde die Einberufung des Reichstages gefordert[68].

Für den König war die Lage Mitte August insofern kritisch, als sich auch in anderen Teilen der Armee konspirative Umtriebe bemerkbar machten, so berichtete General-Adjudant K. B. v. Stedingk, ein Vertrauter des Königs, aus Savonlinna (Nyslott, russ. Nejšlot) von separatistischen Gedankengängen an der Nordfront: diese ganzen Dinge würden schließlich von Rußland entschieden werden, wenn es erst seine Kräfte gesammelt hätte[69]. Zwar mahnte Stedingk zur Vorsicht, doch legte er dem König nahe, sich selbst an die Spitze der Finnländer zu stellen; diese haßten im Grunde die Russen, doch seien sie durch das neue Kataster (Storskifte) gegen die Regierung voreingenommen[70]. Der König verlor aber nicht die Nerven, er rechnete vielmehr darauf, daß die Wirkung des Verrates für ihn in Schweden eine günstige sei; der Gedanke der Abtrennung Finnlands habe die Gemüter in Schweden beunruhigt, „unsere Feinde selbst werden dem Teil der Nation die Augen öffnen, der nun verführt ist"[71].

Darüber hinaus wandte er sich mit einer (vordatierten) Deklaration an die europäische Öffentlichkeit, worin er die Kaiserin beschuldigt, sie habe sich bemüht, in Schweden und Finnland Uneinigkeit und Unzufriedenheit zu erwecken[72]. Die Antwort Katharinas ließ nicht lange auf sich warten: Finnland müsse notgedrungen von einem der beiden Länder abhängig sein. „Freilich ist es kein Wunder, falls unter den gegenwärtigen Umständen die Finnländer Lust hätten, unabhängig zu werden. Die Finnländer selbst müssen entscheiden, was ihnen am zuträglichsten ist, Rußland hat von Finnland nichts zu erhoffen und zu fordern

---

68) Vgl. z. B. Anckarsvärd a.a.O. S. 43 f.

69) Mémoires posthumes du feld-maréchal Comte de Stedingk. I. Paris 1844. S. 119; vgl. S. Clason: Gustav IV Adolf och den europäiska krisen (Gustav IV. Adolf und die europäische Krise). Sthlm. 1913. S. 52 ff.

70) Stedingk an Gustav III. 19. 8. 1788. Stedingk a.a.O. I. S. 124.

71) Odhner a.a.O. III. S. 152; Stedingk a.a.O. S. 125.

72) R. G. Modée: Utdrag utur alla ... utkomne Publique Handlingar, Placater, Förordningar ... (Auszug aus allen ... erschienenen öffentlichen Akten, Plakaten, Verordnungen ...). XIV. Sthlm. 1789. S. 290 ff.; Öfversättning af Maj:ts Konungen af Swerige meddelte Upplysning angående Kriget emot Ryssland (Übersetzung der von S. M. dem König von Schweden mitgeteilten Erklärung über den Krieg mit Rußland). Nyköping. 1788.

73) Anmerkungen und historische Erläuterungen über die Königl. Schwed. Erklärung d. d. Helsingsfors den 21. Juli 1788. Nebst Beylagen. O. O. u. J. (St. Petersburg 1788) bes. S. 25 ff. (Bei der dän. Ausgabe „Anmaerkningar og historiska Oplysninger etc." Kopenhagen 1789 ist ein Verfasser W. G. Abrahamsson fingiert.) Vgl. A. Brückner: Schweden und Finnland 1788. Historische Zeitschrift XXII (1868) S. 373 f.

74) Chrapovickij a.a.O. S. 133.

als Ruhe und gute Nachbarschaft, sie mögen schwedische Untertanen oder unabhängige Leute sein"[73].

Man kann diese Beurteilung des Anjalabundes nur als recht abgekühlt bezeichnen, doch stimmt sie sehr wohl mit dem allgemeinen Meinungsumschwung in Petersburg in der zweiten Augusthälfte überein. Chrapovickijs lapidare Notiz vom 19. August: „Die Finnländer schwanken, sie wissen nicht, wozu sie sich entschließen sollen"[74], kennzeichnet sehr gut die Situation; es ging nicht recht vorwärts, das Vertrauen auf die Kräfte der Anjalamänner schwand mehr und mehr. Katharina konzentrierte ihr Interesse mehr auf den schwedischen Reichstag und dessen Folgen für die zukünftige Entwicklung des Landes[75].

Sprengtportens Haltung während dieser ganzen Zeit war besonders zweideutig; in einem Schreiben an Armfelt wies er energisch die Gerüchte zurück, daß Rußland jemals habe Finnland von Schweden trennen wollen. Nur deshalb habe die Kaiserin sich an die Finnländer gewandt, weil von ihnen das Friedensangebot ausgegangen sei, doch sei ihre Antwort ebenso an die Schweden gerichtet gewesen[76]. Gleichzeitig versicherte er ihm die Genugtuung Katharinas über die Absichten der Truppe, den Reichstag zu erzwingen[77], und bot dann auch Armfelt an, die finnländischen mit den russischen Truppen zu vereinigen[78]. Später im Herbst, als schon alles in Trümmer ging, versuchte er wieder auf den alten General dahin einzuwirken, daß unbedingt die Stände Finnlands gesondert einberufen werden müßten, bei einem weiteren Verbleiben bei Schweden würden die Verschworenen ihre Dienstgüter (boställen) verlieren. Man brauche nicht sofort die Unabhängigkeit zu proklamieren, da die Nation ihre wahren Interessen noch nicht kenne; deshalb solle die Anlehnung an Rußland als Zwischenlösung gesucht werden[79].

Ein drohender Einfall seitens der Dänen hatte indessen Gustav die erwünschte Gelegenheit gegeben, nach Schweden zurückzukehren. Zurück blieb Herzog Karl, der jedoch durchaus nicht auf der Seite des Königs stand; er hatte vor, es nicht zuzulassen, daß die königliche Macht in „Despotie" ausarte[80].

---

[75] Katharina an Sprengtporten 26. 8./6. 9. 1788. Ed.: C. T. Odhner: (Svensk) Historisk Tidskrift II (1882) S. 70 ff.; vgl. Katharina an Potemkin 29. 8. (a. St.) 1788. Russkaja Starina XVI (1876) S. 582.

[76] Sprengtporten an Armfelt 26. 8. 1788. Hemliga Handlingar a.a.O. S. 139 f.

[77] Sprengtporten an Armfelt 22. 8./2. 9. 1788. Ed.: A. Brückner: Konferederacija v Anjalě (Die Konföderation von Anjala). ŽMNP. 137 (1868) S. 732.

[78] Protocoller a.a.O. S. 330; Odhner a.a.O. III. S. 159.

[79] Sprengtporten an Armfelt 3. (4.?) 10. 1788. Tigerstedt: Finsk Tidskrift IX (1880) S. 433.

[80] Herzog Karl an Frhr. K. A. Reuterholm. 27. 9. 1788. Schinkel a.a.O. II. S. 257 f.; vgl. I. G. Oxenstjerna an Herzog Karl 10. 10. 1788. Schinkel a.a.O. Bihang I. S. 47 f.

Anfang September versuchte Karl, mit dem Carevič Paul in Kontakt zu kommen, doch stieß er auf russischer Seite auf völlige Ablehnung[81]. Die Oppositionellen hofften wohl auf den Herzog als auf den einzigen, der die Stände zusammenrufen könnte. Andererseits aber fühlte man, daß die eigene Initiative schon erlahmt sei: es sei ziemlich unmöglich, daß ein Reichstag von den Verschworenen ohne Mithilfe der Geistlichkeit einberufen werden könnte[82].

Schließlich ging dann gerade von Herzog Karl die Sprengung des Bundes aus; Anfang Oktober verteilte er die bei Anjala konzentrierten Truppen in das Innere und legte so alle Aktionen lahm. Selbst die Savobrigade versicherte jetzt dem König ihre Treue, obwohl ihr Chef Hastfehr vorher auf Sprengtportens Seite übergegangen war; er überzeugte sich bald, daß alles von der Kaiserin abhänge, denn auch die schwedische Opposition sei jetzt gegen die Finnländer eingenommen[83]. Ihn hatte wohl Stedingk im Auge, als er Anfang Oktober von den Agenten des Feindes sprach, die im Lande umherzögen, um durch Zeichen der russischen Macht das Volk zu erschrecken, doch würden sie nur als Feiglinge und Verräter angesehen[84].

Ungeachtet aller Rückschläge setzte allein Jägerhorn seine Versuche fort, noch Mitte Oktober hoffte er den Obersten M. Anckarsvärd als Kommandeur der Küstenflotte zum Aufstand bewegen zu können[85]. Gleich danach bemühte sich Jägerhorn, unter dem Adel von Savo eine Konföderation zu bilden; er versuchte Katharina zu bestimmen, der vernachlässigten finnländischen Nation bei ihrer Staatswerdung behilflich zu sein. Doch war der günstige Zeitpunkt für solche Versuche schon vorbei[86]. Die Ordre vom 29. Oktober über die Gefangennahme der führenden Anjalaleute setzte dann den Schlußstrich unter diese Entwicklung, das weitere Schicksal gestaltete sich für die Hochverräter wider Erwarten günstig; hingerichtet wurde nur der Oberst Hästeskö, der gar nicht zu Sprengtportens Parteigängern gehört hatte[87].

Die Bewegung des Adels, die so zu Ende ging, war von Grund auf reaktionär und staatsfeindlich: in einem Moment der äußeren Schwäche sollte das Königstum gezwungen werden, nachzugeben. Es war für Gustav ein leichtes, diesen Bestrebungen zuvorzukommen, indem er selbst die Stände einberief, was er dann auch tat, als er sich der Ergebenheit der unteren Schichten bei der Ab-

[81] Montgomery a.a.O. S. 251 ff.
[82] Brief eines Unbekannten. Danielson-Kalmari a.a.O. II. S. 480.
[83] Tigerstedt: Finsk Tidskrift IX S. 172 ff.; XI (1881) S. 257 ff.
[84] Stedingk an Gustav III. 4. 10. 1788. Stedingk a.a.O. I. S. 132.
[85] Anckarsvärd a.a.O. S. 55 f.
[86] Tigerstedt: Finsk Tidskrift XIII (1882) S. 171 ff.
[87] Protocoller ... a.a.O. pass.; Odhner a.a.O. III. S. 259 ff.; Danielson-Kalmari a.a.O. II. S. 368 ff.; P. Nordman: Johan Henrik Hästeskö. Förh. och upps. V (Skr. 18) H:fors 1890. S. 15.

wehr des dänischen Angriffs versichert sah. Prinzipiell bestand zwischen der Haltung des finnländischen und des schwedischen Adels kein Unterschied, nur daß jener noch stärker am Frieden interessiert war; denn er wäre von den drohenden Verheerungen des Krieges weit mehr betroffen worden als die Standesgenossen von der anderen Seite des Bottnischen Meerbusens[88]. Nur bei Sprengtporten und Jägerhorn scheinen die Gedanken einer Selbständigkeit Finnlands eine ausschlaggebende Rolle gespielt zu haben; die Gesamtheit der Dokumente bezeugt dagegen die ausschließlich innenpolitischen Ziele der Anjalafreunde. Von keiner Seite findet man einen ernsthaften Einsatz für ein selbständiges Finnland, welcher etwa dazu berechtigen würde, in diesem Kreise finnländisch-patriotische Motive bzw. Voraussetzungen des heutigen finnischen Staates zu suchen.

Die gesamte Opposition gegen den König hatte schon kurz nach Kriegsausbruch begonnen, mit Flugschriften ihre Stellung zu stärken: der schwedische Angriff auf Rußland sei völlig unbegründet gewesen, an der Spitze stehe ein König ohne Kriegserfahrung, der Einflüsterungen von Phantasten ausgesetzt sei[89]. Andererseits wurde der König freigesprochen und den Beamten alle Schuld zugeschoben[90]. Auch in den Äußerungen Unzufriedener wurden alle Behauptungen über finnländische Selbständigkeitspläne zurückgewiesen: solange die Finnländer mehr Rechte als ihre russischen Nachbarn besäßen, würden sie sich niemals abtrennen[91]; der König habe durch den Krieg den Freiheitsdrang ersticken wollen, Finnländer und Schweden seien aber durch den gemeinsamen Haß gegen jeden Despotismus (auch den russischen) verbunden[92]. Für die Reinheit der Absichten der Verschworenen sei bezeichnend gewesen, daß finnländische und schwedische Offiziere sich gemeinsam an die Kaiserin gewandt hätten; wegen der häufigen Mißernten sei ein selbständiges Finnland ganz unmöglich[93]. Im November erschien, vom König in-

[88]) Justus Dolor eller Rättmätig klagan vid Svea Rikets belägenhet år 1788 (Justus Dolor oder Berechtigte Klage über die Lage des schwedischen Reiches im Jahre 1788) (Flugschrift). Hemliga Handlingar a.a.O. S. 154 ff.; F. Rühs: Finnland und seine Bewohner. Leipzig 1809. S. 239.

[89]) Afskrift af en bref från Finland, daterad i slutet af Juli ... (Abschrift eines Briefes aus Finnland vom Ende Juli ...). Hemliga Handlingar a.a.O. S. 95 ff.

[90]) Brefvexling under kriget emellan en Officerare ... och hans vän (Briefwechsel eines Offiziers mit seinem Freund während des Krieges ...). Hemliga Handlingar a.a.O. S. 10 ff.

[91]) Betraktelser vid Kgl. Svenska Deklarationen ... (Betrachtungen über die königl. schwedische Deklaration ...). Hemliga Handlingar a.a.O. S. 223 ff.

[92]) Ett Landtmans Tankar ... i anledning af den Svenska Ministern Deklaration (Gedanken eines Landmannes ... anläßlich der Deklaration des schwedischen Ministers). Hemliga Handlingar a.a.O. S. 234 ff.

[93]) Brefvexling ... a.a.O.; 1788 års campagne ... upptecknade ... till en vän i Stockholm (Der Feldzug des Jahres 1788 ... für einen Freund in Stockholm aufgezeichnet). Hemliga Handlingar a.a.O. S. 72 ff.

spiriert[94], eine äußerst scharfe Flugschrift gegen den Anjalabund, worin dieser als ein Produkt der Umtriebe Sprengtportens bezeichnet wurde; unter allen Korps, unter den „verschworenen Aufrührern", seien nur die „redlichen Västerbottner" (also Schweden) zuverlässig geblieben[95]. Da diese Flugschrift somit die Finnländer insgesamt angriff, mußten natürlich „Widerlegungen" verbreitet werden: die Sprengtporten untergeschobenen Pläne seien eine Lüge, die finnländische Nation habe noch kürzlich ihre Loyalität und Bereitwilligkeit gezeigt; in dem jetzigen Kriege würde Finnland ohnedies von Schweden getrennt werden, die geschmähten Männer hätten dagegen versucht, dieses Land dem König zu erhalten[96].

Von Sprengtporten selbst war eine anonyme Erwiderung verfaßt, in der das finnländisch-schwedische Verhältnis als ein von jeher unnatürliches bezeichnet wurde. Zwar bestünde jetzt noch beim Volke Finnlands ein Mißtrauen gegen die Russen, doch brauche dieses nicht anzudauern; der Bund habe noch nicht die Selbständigkeit bezweckt, obwohl sich verständige Männer darum bemüht hätten[97]. Mit seinem Aufruf „An das Vaterland", den Sprengtporten zeichnete, hatte er wenig Glück, da die geschmuggelten Exemplare aufgefangen und verbrannt wurden; die Aufforderung, sich der russischen Hilfe zu einem sicheren und freien Leben fern von dem „eidbrüchigen Despoten" zu bedienen, war aber jetzt nicht mehr am Platze[98]. In demselben Sinn beklagte ein anderer den Mangel an Unternehmungsgeist, der verhindert habe, das alte Übereinkommen, wodurch die königliche Gewalt vom Volk zur Verteidigung des Vaterlandes jeweils eingesetzt würde, wiederherzustellen[99]. Das Problem des Verhältnisses von staatsbürgerlichen und militärischen Pflichten lag in der Luft, die Opposition versuchte hier noch in ihrem Sinne dem

---

[94] Odhner a.a.O. III. S. 234 f.; vgl. C. G. Nordin: Dagboksanteckningar för åren 1786—1792 (Tagebuchaufzeichnungen ...) Historiska Handlingar a.a.O. VI Sthlm. 1868. S. 19.

[95] Aftryck af et från Finnland ankommit bref af d. 14:e September 1788 angående åtskilliga stämplingar ... (Abdruck eines aus Finnland angekommenen Briefes vom 14. September über verschiedene Umtriebe ...). O. O. u. J. (Stockholm 1788) 8 S.

[96] Vederläggningar af „Aftryck ..." (Widerlegungen des „Abdrucks ..."). Hemliga Handlingar a.a.O. S. 244 ff.

[97] Antwort eines finnischen Mitbürgers auf einen in den Hamburgischen Zeitungen eingerückten ... Brief vom 14. September 1788. (angebl.) Gothenburg 1788. Ed.: Cederberg a.a.O. S. 315 ff.; Schlözers Statsanzeigen XIII (1789) S. 25 ff.

[98] (Sprengtporten:) „Till Fäderneslandet" (An das Vaterland). Ed.: Tigerstedt: Finsk Tidskrift XIII S. 163 ff.

[99] Reflexioner i anledning af arméens förhållande år 1788 (Betrachtungen über das Verhalten der Armee ...). A. Fryxell: Bidrag till Sveriges historia efter 1772 (Beiträge zu Schwedens Geschichte nach 1772). Sthlm. 1882. S. 164 ff.

König einen Verfassungsbruch zuzuschieben, der sie dann von ihrem Soldateneid entbunden habe[100].

Zu solchen Überlegungen war es allerdings nun zu spät, es war dem König gelungen, die Masse des Volkes auf seine Seite zu bringen, deshalb konnte er daran gehen, die Stände einzuberufen (8. 12. 1788). In der Wahlpropaganda konnte gleich die Möglichkeit einer Erweiterung der Privilegien der nichtadeligen Stände sowie einer möglichen Ausweitung der königlichen Macht angedeutet werden. Der Adel habe auf Grund der Taten seiner Vorväter sich das Land und die Rechte angeeignet[101], und die Verfassungsgrundlagen hätten nur den Erfolg, daß sich ausländische Mächte einmischten, daher sei nur der Adel an ihnen interessiert[102]. Auf dem Reichstag von 1789 waren die Rollen gegenüber 1772 völlig vertauscht; hatte damals der Adel dem König zu einer stabilen Ausgangsposition verholfen, so stützte sich der König jetzt auf die unteren Stände, die Bauern bekamen die Erlaubnis, gewisse Arten von Land zu besitzen[103]. Der letzte Versuch des Adels, noch einmal im Stile alter Standesideale von sich aus Schwedens Geschichte zu beeinflussen, war somit gescheitert und hat in bezug auf Finnland bewirkt, daß der dortige Adel als politische Führungsschicht weitgehend ausfiel. Da er aus neuen Verhältnissen unter Umständen nur zu gewinnen hatte, stellte sich der Adel dann auch 1809 leichter als die übrigen Schichten auf die veränderten Verhältnisse ein.

Von einem Einsatz des Volkes in Finnland für die Sache der Anjalamänner hören wir nichts, geschweige denn von einem Widerhall von Sprengtportens Ideen. Adel und Volk hatten sich allerdings auch weit auseinander gelebt. Die schwedisch sprechende Oberschicht hatte ihre Sprache immer ausschließlicher im ganzen Lande als Sprache der Gebildeten und aller, die gebildet sein wollten, durchgesetzt, wie denn auch Finnlands Gebietsverluste im 18. Jahrhundert das Land mehr dem schwedischen Zentrum genähert hat. Die Finnländer waren allgemein gegenüber den Schweden benachteiligt; die vielen aus Schweden stammenden Beamten waren wenig imstande, dem Volke Ver-

---

[100] Rättmätigt försvar af Arméens tagne steg ... (Rechtmäßige Verteidigung des von der Armee unternommenen Schrittes ...). Hemliga Handlingar a.a.O. S. 178 ff.; Anmärkningar om nuvarande Krigs utbrott... (Anmerkungen über den Ausbruch des jetzigen Krieges ...). Hemliga Handlingar a.a.O. II. (1822) S. 112 ff.; Auszug eines Schreibens aus Finnland, enthaltend eine billige Vertheidigung ... Historisch-politisches Magazin I. Hamburg 1789. S. 521 ff.; C. Mandefelt: Tidens falska politik ... (Die falsche Politik der Zeit). (Aus dem Dän.) Sthlm. 1789.

[101] (Bischof) J. A. Lindblom: Erindringar till de missnöjde i Landet (Mahnung an die Mißvergnügten im Lande ...). Sthlm. 1789.

[102] Företal till 1789 års Riksdag (Vorrede zum Reichstag von 1789). Hemliga Handlingar a.a.O. II. S. 55 ff.

[103] Landberg a.a.O. S. 90 ff.; Lagerroth a.a.O. S. 69 ff.; Stavenov a.a.O. S. 172 ff.; Hildebrand a.a.O. S. 514 ff.

trauen einzuflößen. Trotz mannigfacher Beschwerden auf den Reichstagen 1739 bis 1755 konnte nicht durchgesetzt werden, daß die Beamten die Volkssprache beherrschten[104]. Auch die vielen, von den Standespersonen bevorzugten, aus Schweden stammenden Pfarrer wurden als volksfremd empfunden, in ihren Familien vererbten sich häufig die großen Pfarrstellen, während die Einheimischen mehr die dem bäuerlichen Lebenskreis angehörenden Hilfspastoren stellten[105]. Während des 18. Jahrhunderts kamen mehrmals Befürchtungen auf, daß die schwedischen Behörden die Bauern besonders im Norden zu Schweden machen wollten[106], was allerdings größtenteils unbegründet war. Der Bestand der genuin schwedischen Landbevölkerung in Nyland und Österbotten veränderte sich vielmehr in Jahrhunderten kaum, das Verhältnis der beiden Völker war von jeher reserviert, es fanden kaum Mischehen statt.

Das Landvolk insgesamt war mißtrauisch gegen den Adel; besonders seit den vielen Mißhelligkeiten der Bodenreform (storskifte). Aus dem Valhallabund waren Gerüchte gesickert, daß der Adel die Einführung der Leibeigenschaft vorhabe[107], dementsprechend war man allen adeligen Bestrebungen gegenüber zurückhaltend. Durch russische Hausierer war schon lange im Volk eine ständige Nervosität in bezug auf russische Angriffe verbreitet worden, der Krieg fand daher eine allgemeine Bereitschaft, sich für den König einzusetzen. Bei Bekanntwerden der Ziele der Anjalamänner gaben die Bauern auf den Kirchspielversammlungen allgemein ihre Ablehnung der „Machenschaften einiger Betrüger" Ausdruck. Die Loyalität der Geistlichkeit sicherte auf dem flachen Lande voll und ganz die Positionen des Königs[108].

---

[104] E. G. Palmén: Anteckningar ur inrikes rådsprotokollen om finska tjänstemäns tillsättande på 1740 talet (Aufzeichnungen aus den Protokollen des Rates für die inneren Angelegenheiten über die Einsetzung finnländischer Beamter im Jahrzehnt von 1740). Hist. Arkisto VI (1878) S. 185 ff.; A. Mickwitz: Språkfrågan i Finska deputationen vid riksdagen 1746—1747 (Die Sprachfrage in der finnländischen Deputation auf dem Reichstag von 1746—1747). Historiska Studier tilleg. M. G. Schybergson. (Skr. 100) H:fors 1911. S. 127 ff.

[105] G. Suolahti: Suomen papisto 1600— ja 1700 luvuilla (Finnlands Geistlichkeit im 17. und 18. Jahrhundert). Porvoo 1919. S. 107 ff., 175 ff., 289 ff.; G. Suolahti: Elämää Suomessa 1700—luvulla (Aus dem Leben in Finnland im 18. Jahrhundert). 2. A. Porvoo 1925. S. 481 ff.

[106] H. Wallén: De språkliga minoriteternas ställning i Finland i världsligt afseende ... (Die Stellung der sprachlichen Minderheiten in Finnland in weltlicher Hinsicht ...). Hist. Tidskr. XIX (1934) S. 21 f. H. Wallén: Språkgränsen och minoriteterna i Finlands svenskbygder omkring 1600—1865 (Sprachgrenze und Minderheiten in Finnlands schwedischen Dörfern ungefähr von 1600 bis 1865). Diss. Åbo 1932. bes. S. 270 ff.

[107] Nikander a.a.O. S. 207 f., vgl. S. 196 ff.

[108] Suolahti: Elämää a.a.O. S. 95 ff., 530 ff.; Danielson-Kalmari a.a.O. II. S. 502 ff. u. ö.; vgl. Mannerheim a.a.O. S. 34 ff.

Gerade in dem gefährdeten Karelien organisierten die Bauern von sich aus einen Schutz, obwohl sie im Süden durch die unsichere Savobrigade nicht gedeckt waren[109]. Ganz im Norden wurde, wie schon häufiger, zwischen Russen und Finnländern vereinbart, es zu keinen kriegerischen Auseinandersetzungen kommen zu lassen. Dennoch griffen die Russen an, worauf der Länshauptmann von Oulu (Uleåborg) zum Gouverneur von Petrozavodsk (Petroskoj) schickte, um die Sache aufzuklären. An Stelle des Gouverneurs antwortete ein Hofrat von Tiesenhausen und schlug dem Länshauptmann vor, sich unter russischen Schutz zu stellen. Tiesenhausen wandte sich auch fast gleichzeitig an den Pfarrer von Kuusamo mit dem bemerkenswerten Vorschlag, er solle mit seiner Gemeinde zum Schutz von Leben und Eigentum in das russische Karelien übersiedeln, was beides abgelehnt wurde[110].

So konnte Herzog Karl bei seiner Abfahrt aus Finnland der Treue der Einwohner versichert sein, doch wandte er sich an die Länshauptleute in Turku (Åbo) und Pori (Björneborg), sie sollten auf die Geistlichkeit wirken, damit diese das Volk im königstreuen Sinne erhalte, denn es sei leicht, ein unaufgeklärtes Volk irrezuleiten[111]. In seinem Manifest an die Bewohner Finnlands mahnte Gustav schließlich die Finnländer noch einmal zur Einigkeit: um die offenbaren Vorteile der Vereinigung mit Schweden einzusehen, sollten sie sich nur ihrer unglücklichen Brüder unter russischer Herrschaft erinnern[112].

Das Volk in Finnland hatte also die ganze Zeit treu zum König und zu Schweden gestanden. Und das, obwohl, wie ein späterer Betrachter sagt, die Schweden durch Hervorhebung ihres Reichtums und ihrer Überlegenheit ständig den finnischen „Nationalinstinkt"' verletzt hätten und so von sich aus die finnische Nation von Schweden entfernten[113].

II.

Die Rolle der Intelligenz während der schwedischen Zeit.

In politischer Hinsicht bedeutungslos und inaktiv war in diesem wirrenreichen Jahr die Akademie von Turku, die im Schatten der alten schwedischen Universitäten ein bescheidenes Dasein führte; dennoch war sie seit ihrer Gründung 1640 als geistiges Zentrum des Landes für Finnland von überragender

---

[109] K. E. Lindén: Anteckningar om frikårerna i 1788—1790 års krig (Aufzeichnungen über Freikorps im Kriege 1788—1790). Förh. och upps. XXXII (Skr. 142) H:fors 1919. S. 157 ff.

[110] Danielson-Kalmari a.a.O. II. S. 539 ff.

[111] Brief Herzog Karls (27. 10. 1788) und Zirkular (31. 10. 1788). Modée a.a.O. XIV. S. 245 ff.

[112] Manifest Gustavs III. (6. 12. 1788). Modée a.a.O. XIV. S. 255 ff.

[113] Baron R. H. Rehbinder: Souvenirs de ma vie (um 1827). Manuskript in: Suomen Valtionarkisto (Finnlands Staatsarchiv) Helsinki. (Zit.: F. St. A.) Rehbinder-Sammlung. II.

Bedeutung. Durch sie erhielten die Gebildeten in diesem entlegenen Winkel Kenntnis, wenn auch oft verflacht und getrübt, von dem, was draußen geschah. So sind schließlich auch jene gemeineuropäischen Strömungen, die zur Erweckung eines nationalen Bewußtseins führten, größtenteils über die Akademie dem Land vermittelt worden. Schon früh zeigte sich hier das Interesse für die Erforschung der einheimischen Sprache und Geschichte: H. Florius gab 1702 finnische Sprichwörter heraus „zur Ehre Gottes und zur Zierde Finnlands, wie auch denen zu eigen, die diese Sprache lernen wollen." Der Herausgeber des ersten finnischen Almanachs von 1705 hob hervor, daß die finnische Sprache ebenso entwickelt und wortreich wie die anderen sei, so daß man „jegliche Sache darin ausdrücken könne"[114]. Der Hervorragendste dieser „Fennophilen" war D. Juslenius, der in seiner Dissertation von 1700 „Aboa vetus et nova" das finnische Volk von den Hebräern herstammen ließ und ihm eine ausschlaggebende Rolle in der Geschichte zuschrieb, auch die alten Römer hätten von ihm ihre Kultur empfangen[115]. Sein Vorbild war der Schwede Olf Rudbeck, ein barocker Polyhistor, dessen patriotisches Selbstgefühl einen bildungsmäßigen Ausdruck suchte[116]. Die These von der hebräischen oder auch griechischen Abkunft der Finnen hielt sich lange; erst eine neue, kritische und nüchterne Betrachtung der schwedischen Vorzeit durch S. Lagerbring (Svea Rikes Historia seit 1769) brach mit dieser Überlieferung[117]. In diesem Sinne arbeitete auch der vielseitige A. L. v. Schlözer, der die finnischen Stämme in seine Geschichtsbetrachtung aufnahm: sie gehören, in Anbetracht ihres Alters wie auch der Größe der von ihnen bewohnten Länder, unter die Hauptvölker der Welt. „Doch haben sie auf dem Schauplatz der Völker nie eine Rolle gespielt, sie gehörten nicht zu den populis imperiosis ... Ihre ganze Geschichte steht in den Jahrbüchern ihrer Eroberer"[118]. Von Schlözer erhielt H. G. Porthan (1739—1804)

---

[114]) A. R. Cederberg: Varhais-kansallisen herätyksen enteet 1600 ja 1700 luvun taitteessa (Vorzeichen des älteren nationalen Erwachens um die Wende des 17. und 18. Jahrhunderts). Hist. Arkisto 43 (1935) S. 8 ff.; J. Krohn: Suomalaisen kirjallisuuden vaiheet (Die Schicksale der finnischen Literatur). H:ki. 1897. S. 98 ff.

[115]) D. Juslenius: Åbo nu och förr (Åbo einst und jetzt). Suomi (I.) 1841. H. 2—3; S. Kuusi: Art. Juslenius. Kansallinen Elämäkerrasto (Nationale Biographie). III (1930) S. 41 ff.; M. G. Schybergson: Åbo universitets lärdomshistoria. 3. Historien (Geschichte der Gelehrten der Universität Åbo. 3. Geschichte). (Skr. 19) 1891. S. 27 f.

[116]) O. Rudbeck: Atland eller Mannheim. deda Japhetz afkomna ... (Atland oder Mannheim, woher Japhet stammt ...) Uppsala (1679).

[117]) L. Stavenow: Den moderna vetenskapens genombrott i svensk historieskrifningen (Der Durchbruch der modernen Wissenschaft in der schwedischen Geschichtsschreibung). Göteborgs högskolans årsskrift. 1913. S. 8 f.

[118]) A. L. Schlözer: Allgemeine Nordische Geschichte. Halle 1771. S. 241 ff.

dann 1779 bei einem Aufenthalt in Göttingen die Anregung, sich mit Finnlands Geschichte eingehender zu befassen[119]. Porthan war der erste, der systematisch die Voraussetzung zu einer kritischen Betrachtung der finnischen Volksdichtung, Mythologie und Geschichte schuf. Auf diese Weise begründete er jene Entwicklung, die in Finnland mehr denn sonstwo ein nationales Selbstbewußtsein von literarischen Grundlagen her ausgehen ließ. In seiner Disputationsserie „De poesi fennica" untersuchte er die finnische Volksdichtung, auf deren eigenständigen Wert er eindringlich hinwies[120]. In Göttingen war er auch darauf gekommen, ungarisch zu lernen, um die Verwandtschaft der großen Völkerfamilie aufzudecken, ebenso interessierte ihn die estnische Sprache. Nur sein Abscheu vor dem russischen Despotismus hielt ihn zurück, von Katharina Reiseunterstützung zu erbitten, um die finnischen Völker in Rußland zu erforschen[121]. In sehr fortschrittlicher Weise schloß Porthan methodisch von den Kulturwörtern der Völker auf die historische Entwicklung[122], auf diesem Grunde baute er auch seine Anschauung vom Verhältnis der Schweden und Finnen: Das finnische Volk habe zu der Zeit, als es zuerst unter die Herrschaft der Schweden kam, auf gleicher Stufe wie seine Stammverwandten in Livland und Estland gestanden. Diese seien die Beute der persönlichen Raubgier einiger deutscher Abenteurer geworden, für die Finnen aber sei der Verlust ihrer Unabhängigkeit durch alle Vorteile einer besseren Gesellschaftsordnung wieder wettgemacht. Die Unterlegenheit des finnischen Volkes sei nicht in dessen Minderwertigkeit begründet gewesen, sondern darin, daß es weit von der antiken Kultur und dem Ausbreitungsgebiet des Christentums gelegen habe; die Finnen seien aber nie als Sklaven, sondern immer als Staatsbürger eingeschätzt worden. Trotz ihrer verschiedenen Sprache hätten sie allzeit ihre Ergebenheit gegen König und Vaterland bewiesen[123].

---

[119] M. G. Schybergson: Henrik Gabriel Porthan. II (Skr. 98) 1911. S. 11 f.; vgl. G. Suolahti: Art. Porthan. Kansallinen Elämäkerrasto IV (1932) S. 388 ff. Porthan lieferte auch für Schlözer Material für dessen Aufsatz „Neueste Nachrichten aus Finnland, dem europäischen Kanada". Schlözers Briefwechsel meist historischen und politischen Inhalts. V (1780) S. 228 ff.

[120] Dissertatio de poesi fennica (1766—78). H. G. Porthan: Opera selecta. III. H:fors 1867. S. 303 ff.

[121] Schybergson a.a.O. II. S. 15 ff., 30 ff.; E. N. Setälä: Lisiä Suomalais-ugrilaisen kielentutkimuksen historiaan (Zusätze zur Geschichte der finnisch-ugrischen Sprachforschung). Suomi. 3. jakso. V. S. 286 ff.; H. G. Porthans Bref till M. Calonius (Porthans Briefe an Calonius). Utg. af W. Lagus. I. (Skr. 1) 1886. S. 175 u. ö.; Bref från H. G. Porthan till samtida (Porthans Briefe an Zeitgenossen). Utg. af E. Lagus. (Skr. 38) 1898. S. 54.

[122] H. G. Porthan: De linguarum usu historico. Aboae 1795.

[123] Kgl. Vitterhetens, Historie och Antiqv. Academiens Handlingar IV. Sthlm. 1795. S. 1 ff.; Porthan: Opera a.a.O. V (1873) S. 1 ff.; vgl. F. M. Franzén: Minnesanteckningar (Erinnerungen). III. Sthlm. 1860. S. 414 f.

Diese Äußerung Porthans aus der Rede anläßlich seiner Aufnahme in die schwedische Literaturakademie (1788) war als Abgrenzung seitens der finnischen Intelligenz gegen die Ideen Sprengtportens gedacht und wurden als solche auch verstanden. Porthan war von Sprengtporten selbst über dessen Pläne unterrichtet worden, doch hatte er sich ablehnend verhalten[124]. Trotz seiner Loyalität aber verteidigte Porthan die bürgerlichen Freiheiten, er opponierte besonders gegen die Einschränkungen, die die Zensur den geistigen Erzeugnissen auferlegte, obwohl die Druckfreiheit prinzipiell zugesichert war[125]. Dementsprechend stand er auch Rußland mit starker Antipathie gegenüber, seine nationalökonomischen Studien hatten ihn zum Vergleich der Zustände im russischen (alten) und im eigentlichen Finnland geleitet. Zu seiner Zeit litt außerdem die Akademie von Turku sehr unter dem Ausfall von Studenten aus dem Wiburger Gouvernement, da unter Paul das Studium im Ausland den größten Schwierigkeiten begegnete[126].

Die politischen Anschauungen an der Akademie hielten sich auch sonst im Rahmen eines aufgeklärten Patriotismus, wobei die Gedanken der Zeit allerdings nur unscharf herauskamen[127]. Porthan strebte zu einer allgemeinen Aufklärung der höheren Kreise in Finnland, unter seiner maßgebenden Leitung wurde eine Gesellschaft gegründet, die sich u. a. auch der Volksaufklärung annehmen wollte[128]. Von ihr wurde in schwedischer Sprache die erste Zeitung in Finnland ab 1771 herausgegeben, unter Porthans Mitwirkung[129]. Nach diesem Vorbild bemühte sich der Pastor A. Lizelius mit der ersten Zeitung in finnischer Sprache um die Bildungsarbeit in weiten Kreisen, ohne jedoch Widerhall zu finden[130].

---

124) H. G. Porthan: Strödda data och reflexioner (Verstreute Daten und Betrachtungen). Ed.: K. Grotenfelt. Hist. Arkisto XXII, 1. (1911).

125) Bref till Calonius a.a.O. I. S. 15, 243 f.; II. S. 477, 527. Bref till samtida a.a.O. S. 280. Vgl. H. L. Rydin: Om Yttrandefrihet och tryckfrihet (Über Meinungsfreiheit und Druckfreiheit). Uppsala 1859. S. 124 ff.

126) Bref till samtida a.a.O. S. 276 f.; Bref till Calonius a.a.O. I. S. 85. Vgl. Polnoe sobranie zakonov Rossijskoj imperii (Vollständige Sammlung der Gesetze des russischen Reiches). (Zit.: P. S. Z.) XXV. 18 474.

127) P. A. Gadd u. J. Kreander: Strödda tankar om kärleken till Fäderneslandet och dess utöfvning (Zerstreute Gedanken über die Vaterlandsliebe und deren Bewährung). Åbo 1775; P. A. Gadd u. C. A. Armfeld: Avhandling om medel af förhamna borgerliga sedernas allmänna fördärf (Abhandlung über die Mittel, um den allgemeinen Verfall der bürgerlichen Sitten zu verhindern). Åbo 1765.

128) J. Bilmark u. K. Ekman: Dissertatio academica de secretis societatibus litterariis. Aboae 1772. S. 17 f.; G. Castrén: Sällskapet Aurora (Die Aurora-Gesellschaft). Förh. och upps. XIV (Skr. 47) 1901. S. 130 ff.

129) „Tidningar utgifna af et Sällskap i Åbo"; A. Hultin: Åbo Tidningar under Porthan-Franzénska tiden (Åboer Zeitungen zur Zeit von Porthan und Franzén). Förh. och upps. XXX (Skr. 134) 1917. S. 101 ff.

130) „Suomenkieliset Tietosanomat" (Nachrichten in finnischer Sprache); A. Silander: Art. Lizelius. Kans. Elämäkerrasto III. S. 476 f.

Zunächst hatten die schöngeistigen Anregungen Porthans den meisten Nachhall, der Dichter J. H. Kellgren promovierte mit einer Übersicht über die Volksdichtung aller Länder[131]; ein anderer Schüler, der spätere Bischof J. Tengström (1755—1832) beantwortete 1780 die Preisfrage der Akademie, ob eine Nation in den Wissenschaften Fortschritte machen könne, ohne die Originale der Griechen und Römer zu kennen, wobei er auf die Eigenwerte der orientalischen und nordischen Dichtung hinwies[132]. So blieb also das Vorbild des Lehrers nicht ganz ohne Nachfolge, Tengström folgte ihm auch sonst in seinen historischen Arbeiten[133]. Ebenso rühmt C. Ganander in seiner finnischen Mythologie Porthan als Lehrer, „den ersten, der der finnischen Sprache wieder Achtung verschafft habe"[134]. Tengströms Versuch, das geistige Leben mit einer „Allmän Litteraturtidning" anzuregen, scheiterte an der Zensur, die unter Gustav IV. Adolf das geistige Leben nicht weniger als in Rußland knebelte. Die politischen Anschauungen waren vom Quietismus eines unbedingten Untertanengehorsams bestimmt: Tengström sah 1789 die beste Regierungsform da, wo die Bürger in Ruhe und Frieden leben könnten; wenn sie mit Billigkeit behandelt würden, wäre ein Wechsel der Obrigkeit leicht zu ertragen. Auch Porthan fühlte sich dem Staat nur soweit verpflichtet, als er seine Bürger schütze[135].

III.

Russische Eroberung und Befriedung 1808—1809.

Nach dem Frieden von Värälä, der die Territorien unverändert ließ, blieb der ständige Druck von Osten auf dem Lande lasten, Porthan, einer der Weitestblickenden seiner Zeit, meinte, „daß Petersburg Finnland nach sich zöge"[136]. Ein gleichzeitiger Reisender vermerkte die Verbitterung und Angst vor einem Angriff im ganzen Lande[137]. Schwedischerseits geschah wenig, um die Einwohner zu beruhigen, obwohl z. B. der Generalmajor G. H. Jägerhorn 1803 in einem Memorial auf die gefährliche Lage Finnlands hingewiesen hatte, ohne Schutz sei es demselben

---

131) J. H. Kellgren: De poesia philosophiae ubivis gentium praeviae. Aboae 1774.

132) Kgl. Vitterhetens Academiens Handlingar a.a.O. IV. (1788) S. 1 ff.; J. Tengströms vittra skrifter med en lefnadsteckning av M. G. Schybergson (Tengströms literarische Schriften mit einem Lebensbild ...). (Skr. 41) 1899. S. LXVIII.

133) J. Tengström: Diss. academica vitam et merita M. Isaaci B. Rothovii ... expositura. Aboae 1796—1813. u. a.

134) C. Ganander: Mythologia fennica ... Åbo 1789. S. I.

135) G. Nikander: Andliga strömningar i Åbo under den gustavianska tiden ... (Geistige Strömungen in Åbo in der gustavianischen Zeit ...). Finsk Tidskrift 75 (1913) S. 313 ff.

136) M. G. Schybergson: Porthan a.a.O. II. S. 459.

137) E. D. Clarke: Travels in various countries of Europe, Asia and Africa. III, 2. London 1823. S. 412, 457 f.

Schicksal wie der bereits russische Teil ausgeliefert[138]. Der gewandte Stedingk übersah von seinem Gesandtenposten in Petersburg die Lage: man müsse die Finnländer davon überzeugen, das man ihr Bestes wolle, es könne dann dort eine Miliz geschaffen werden, die Schwedens Grenzmauer gut schützen würde[139]. 1800 erhielt er von Kaiser Paul, der von Insurrektionen in Finnland gehört hatte, das Angebot, russische Truppen dorthin marschieren zu lassen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten; der Kaiser hielt nach den Erfahrungen des letzten Krieges die schwedischen Truppen für unzuverlässig. Es kostete Mühe, ihn von diesem Gedanken abzubringen[140].

Stedingk gelang es dann aber nicht mehr, den Einfall von 1808 aufzuhalten, wenn dieser auch mehr auf das andauernde Drängen Caulaincourts als auf den eigenen Entschluß des Kaisers hin erfolgte[141]. Nachträglich begründete Graf Šuvalov diese Maßnahme gegenüber Napoleon: „La Finlande était nécessaire à la Russie. C'était le projet de Pierre I, qui sans cela n'aurait pas placé la capitale là, où elle est"[142].

Die erste Proklamation an die Einwohner Finnlands beim Einmarsch der russischen Truppen war von deren Chef General Buxhoevden unterzeichnet. Er beklagte, daß der schwedische König nichts dazu beitrage, um den Frieden in Europa wiederherzustellen, dadurch sei der Kaiser genötigt, „euer Land unter seinem Schutz in Besitz zu nehmen". Weiterhin betonte er: „Wir kommen nicht als Feinde, sondern als Freunde und Schutzherren, um euern Zustand glücklicher zu machen", alles möge seinen gewohnten Gang, nach „euern Gesetzen und Bräuchen", gehen. Da gewisse Dinge besondere Beratungen erforderten, so sollten sich aus allen Teilen des Landes so rasch wie möglich Deputierte in der gewöhnlichen schwedischen Reichstagsordnung nach Åbo (Turku) begeben; im übrigen werde das Großfürstentum Finnland hinfort die gleiche Stellung wie die übrigen er-

---

[138]) G. H. Jägerhorn: Lefvernes Beskrifning ... Af mig sjelf författad (Lebensbeschreibung ... von mir selbst verfaßt). Hist. Arkisto VIII (1884) S. 171 ff.

[139]) Stedingks Rapport 13. 6. 1794. B. Lesch: Stedingk och Sprengtportenianerna (Stedingk und die Sprengtportenanhänger). Hist. Tidskr. XIV (1929) S. 114.

[140]) Stedingk: Mémoires a.a.O. II. S. 8 ff.; Lesch: Stedingk a.a.O. S. 125 f.; vgl. Schinkel a.a.O. Bihang II. S. 5 ff.; H. Lundh: Gustav IV Adolf och Sveriges utrikespolitik 1801—1804 (Gustav IV. Adolf und Schwedens Außenpolitik 1801—1804). Diss. Uppsala 1926. S. 137 ff.

[141]) C. M. Schybergson: Från Tilsit till Sveaborgs kapitulation (Von Tilsit bis zur Kapitulation von Sveaborg). Acta Academiae Aboensis. Humaniora. VI. 3. Åbo 1929 pass.; Stedingks Rapporte: Schinkel a.a.O. Bihang II. S. 38 ff., Stedingk a.a.O. II. bes. S. 433 ff.

[142]) Sbornik Russkago Istoričeskago Obščestva (Sammelwerk der russischen historischen Gesellschaft) XXI (1877) S. 414.

oberten Provinzen einnehmen, unter Beibehaltung aller alten Privilegien, Rechte und Freiheiten[143].

Diese Proklamation war im wesentlichen Sprengtportens Werk, der in Petersburg als offizieller Berater für finnländische Angelegenheiten wirkte. Er war indessen mit wechselndem Erfolg in russischen Diensten tätig gewesen, hatte jedoch seinen Lieblingsgedanken, an der Spitze eines selbständigen Finnland zu stehen, immer wieder verfochten. 1805 hatte er von neuem die Schaffung eines solchen Staates unter russischem Schutz als einer „nordischen Schweiz" vorgeschlagen[144]. Bei der Ausarbeitung des Kriegsplans für den jetzt durchzuführenden Feldzug hatte er sein politisches Programm mit vorgelegt: „Wir müssen das schwedische Finnland in Besitz nehmen und es mit dem unseren zu einer Barrière vereinigen, die uns den Krieg von den Grenzen fernhält ... Wenn Finnland erst einmal in unserer Gewalt ist, so erfordert es der Vorteil Rußlands, daraus einen eigenen Staat unter einem Mitglied des russischen Kaiserhauses zu machen", durch einen Reichstag könne man sich dann über die Wünsche des Volkes unterrichten[145].

Anfänglich gelang es ihm auch, seine Grundgedanken in abgeschwächter Form durch diese programmatische Proklamation durchzusetzen; diese aber begegnete russischerseits gleich heftiger Kritik: es sei ein Widerspruch, einerseits die Besetzung Finnlands nur als Druckmittel gegen Schweden auszugeben, andererseits aber die Einwohner als Untertanen zu behandeln, die Folgen würden sich zeigen, wenn der schwedische König einlenken würde[146]. Wie schon früher hatte Sprengtporten die moralischen Kräfte des finnischen Volkes unterschätzt, zu dem russischen Kanzler Rumjancev äußerte er, ein Regiment Kosaken und Proklamationen genügten zur Eroberung Finnlands. Mit Recht wurde kritisiert, daß es unklug sei, ein Volk zum Verrat zu überreden, wenn man das Land nachher dauernd in Besitz nehmen wolle[147].

Sprengtporten war dem in Finnland einrückenden General Buxhoevden für die zivile Verwaltung attachiert worden, doch ergaben sich bald so starke Meinungsverschiedenheiten, daß

---

[143] Proklamation 6./18. 2. 1808. Samling af Deklarationer, Proklamationer ... som under sist öfverstandet Krig utkommit i Finland (Sammlung von Deklarationen, Proklamationen, die während des jüngst überstandenen Krieges in Finnland erschienen sind). Sthlm. 1809. S. 7 f.

[144] Tigerstedt: Finsk Tidskrift XX (1886) S. 92 f.

[145] J. R. Danielson: Finska kriget och Finlands krigare 1808—1809 (Finnlands Krieg und Krieger 1808—1809). H:fors 1897. S. 13 ff.

[146] Auszüge aus dem Tagebuch des Generalmajors Goleniščev-Kutuzov. Ed. in finn. Übersetzung Y. Koskinen. Hist. Arkisto III (1871) S. 80.

[147] Rehbinder: Souvenirs a.a.O.

jener wieder nach Petersburg zurückkehrte[148]. Buxhoevden berichtete, Sprengtportens Erscheinen habe einen schlechten Eindruck gemacht, außerdem sei er über Finnland nur in sehr begrenztem Maße orientiert[149]; trotz seines Stabes an Mitarbeitern kam Sprengtporten nicht dazu, wie vorgesehen, im russischen Sinne auf die Bevölkerung zu wirken. Buxhoevden indessen versuchte, mit den beiden entscheidenden Faktoren des Landes, dem Adel und besonders der Geistlichkeit, sich ins Einvernehmen zu setzen: er verlangte sogleich, daß die Pastoren die Proklamation von den Kanzeln verlesen sollten. Diejenigen, die einen Aufschub beantragten, stellte er vor die Entscheidung, ob sie sich fügen oder als Gefangene ins Innere Rußlands gehen wollten[150]. Andererseits wandte sich der Bischof von Turku, J. Tengström, gleich nach Bekanntwerden der Proklamation an den Bischof von Porvoo (Borgå), Z. Cygnaeus, um diesen zu bestimmen, alle Verbindungen mit Schweden abzubrechen und den russischen Oberbefehlshaber in die kirchlichen Rechte des schwedischen Königs einzusetzen[151]. Zu gleicher Zeit ermahnte er in Zirkularen die Geistlichkeit des Landes zur stillen Unterwerfung unter die neue Obrigkeit[152]. Tengström gehörte zu den ersten, die versuchten, sich den neuen Verhältnissen anzupassen; die russischen Behörden kamen ihm auch gleich besonders entgegen, da sowohl Buxhoevden wie auch der Kaiser selbst die Bedeutung der Pastorenschaft für die Gewinnnung des Volkes hoch einschätzten[153].

Da Sprengtporten den Generalgouverneursposten, unter Buxhoevdens Oberaufsicht, wegen der besonderen Umstände abgelehnt hatte, ging die zivile Verwaltung zuerst auf den Gouverneur von Wiburg, N. v. Emine, über, der dann als eine Art fliegender Kommissar die Übernahme der schwedischen Verwaltung durchführte. Bald jedoch erhielt auch Buxhoevden eine Zivil-

---

148) Ordin a.a.O. II. S. 13 ff., 23 ff., 37 ff., 57 ff.; vgl. J. R. Danielson: Finnlands Vereinigung mit dem russischen Reiche. Anläßlich der Arbeit von K. Ordin ... Aus dem Schwedischen. H:fors. 1891. S. 51 ff.; L. G. v. Bonsdorff: Den ryska pacificeringen i Finland 1808—1809 (Die russische Befriedungsaktion in Finnland 1808—1809). Diss. H:fors 1929 S. 65 ff.

149) Ordin a.a.O. II. S. 65 ff.

150) Handlingar rörande förvaltningen i Finland 1808—1809 (Akten über Finnlands Verwaltung 1808—1809). Utg. af. Finlands Historiska Samfundet. (Auch mit finn. Titel) I. H:fors 1893. S. 243 ff.; 532 ff.; C. v. Bonsdorff: Opinioner och stämningar i Finland 1808—1814 (Meinungen und Stimmungen in Finnland 1808—1814). (Skr. 141) H:fors 1918. S. 37.

151) Handlingar rör. förv. a.a.O. I. S. 24.

152) Zirkulare vom 26. 3., 1. 6. 08 u. ö. Handlingar rör. förv. a.a.O. I. S. 137 f., 187.

153) E. Anthoni: Jacob Tengström och stiftsstyrelsen i Åbo stift 1808—1832 (Jacob Tengström und die Leitung des Stiftes Åbo 1808—1832). Finska Kyrkohistoriska Samfundets Handlingar XVIII. I. H:fors 1923. S. 10 ff.; Rehbinder a.a.O.

kanzlei unter G. W. Ladau, einem Anjalamanne. Daneben gab es eine Art Untersuchungsausschuß für militärische Angelegenheiten neben den gewöhnlichen Gerichten[154].

Der Gedanke, dem eben eroberten Volke den Treueid auf den Kaiser abzunehmen, ging gleichzeitig von Buxhoevden und Sprengtporten aus, besonders letzterem mußte natürlich daran liegen, Volk und Kaiser so rasch wie möglich aufeinander festzulegen; er konnte auch gleich mit drei prominenten Adeligen aufwarten, die von sich aus dem Kaiser den Eid leisten wollten. Kaiser Alexander ging darauf ein, aber die drei Opportunisten zögerten nun: zuerst sollten die Bauern schwören, erst dann sie selbst, damit ihre Eidesleistung bei der schwedisch gesinnten Bevölkerung keinen Anstoß errege[155]. Der Gedanke wurde aber weiter in Petersburg verfolgt, besonders setzte sich Rumjancev dafür ein. Ihm waren kurz vorher Memoriale des Majors Klick vorgelegt worden, worin dieser die Verhältnisse in Finnland wesentlich anders als Sprengtporten schilderte und besonders gegen eine Autonomie gleich welcher Art Stellung nahm. Klick, mit allen Vorurteilen des alten Frondeurs, riet, sich an den Adel zu halten: dieser werde sich bei Erhaltung seiner Privilegien bald auf die russische Seite stellen. Die Geistlichkeit dagegen dürfe ihre Stellung keinesfalls behalten, man müsse aber vorerst versuchen, sie trotz ihrer schwedischen Gesinnnung wegen ihres Einflusses auf die Bauern zu gewinnen (Hinweis auf Tengström). Die Bauern seien vom schwedischen König ständig gegen Rußland aufgehetzt worden; wenn man ihre Steuern senken und ihre Rechtsstellung sichern würde, so würde man in ihnen stets die treuesten Untertanen haben. Vor allem aber solle man sich auf keinen Fall in Verhandlungen mit den Finnländern einlassen, da man sich dadurch mit ihnen auf die gleiche Stufe stellen würde[156]. Klick kam augenscheinlich den Absichten Rumjancevs sehr entgegen, sowohl in der Frage des Landtages, wie auch in der des Treueids, indem er vorschlug, diesen als einfache Neuvereidigung wie bei jedem Herrscherwechsel durchzuführen, nicht als eine politische Demonstration, die vielleicht Verbindlichkeiten russischerseits mit sich brächte. Klicks Vorschlag wurde angenommen, doch ging die Abnahme des Eides infolge militärischer Rückschläge erst im Juni und Juli vor sich[157].

[154] J. R. Danielson: Einleitung zu: Handlingar rör. förv. a.a.O.; K. W. Rauhala: Suomen keskushallinon järjestämisestä vuosina 1808—1817 (Über die Organisation der Zentralgewalt in Finnland in den Jahren 1808—1817). I. Diss. H:ki. 1910. S. 102 ff.

[155] Ordin a.a.O. II. S. 55 ff., Beilage Nr. 47.

[156] R. H. Klick (1753—1808) hatte in Anjala eine undurchsichtige Rolle gespielt und war dann nach Rußland gegangen. R. H. Klicks politische Schriften aus dem Jahre 1808. Ed. J. R. Danielson. Hist. Arkisto X (1889) S. 266 ff.

[157] Kundmachung des Länshauptmanns von Turku-Pori K. v. Troil 11. 5. 08. Samling af Deklarationer a.a.O. S. 35 ff.; L. G. v. Bonsdorff a.a.O. S. 315 ff.; Ordin a.a.O. II. S. 98 ff.

Bei der Abnahme des Eides zeigten sich deutlich die eigentümlichen Verhältnisse im Lande: Die Eidesleistung ging beim Adel und der Bürokratie ohne Schwierigkeiten vor sich, ein Adeliger kam sogar heimlich aus Schweden herüber, um nicht seiner Güter verlustig zu gehen. Dagegen hegte z. B. der spätere Bischof von Porvoo, N. J. Alopaeus, Bedenken: solange das ganze Land nicht besetzt sei, sei er von seinem Untertaneneid noch nicht entbunden[158]. Der große Jurist M. Calonius, nach Porthans Tode der führende Geist der Akademie, leistete zwar den Eid, protestierte aber grundsätzlich: dem Kaiser könne nicht mit Untertanen gedient sein, welche sofort neue Eide schwören, sobald eine Provinz vom Feinde besetzt sei; der einzelne sei nicht von seiner Untertanenpflicht frei, solange der Ausgang des Geschehens noch ungewiß sei[159].

Viel mehr Schwierigkeiten machte aber die breite Masse der Bevölkerung, eine Anzahl Pfarrer mußte erst dazu gezwungen werden, die Eidesleistung mit ihrer Gemeinde abzulegen, sie versuchten nämlich, diese solange als möglich hinauszuschieben. Die Bauern versuchten allenthalben, erst nach Friedensschluß den Treueid zu schwören: die Treue gegen die frühere Obrigkeit müsse dem Kaiser als die beste Garantie dafür erscheinen, daß sie auch ihm dann ferner ihre Untertanentreue halten würden[160]. Über die Notwendigkeit, den Eid noch während des Ganges der Ereignisse abzuverlangen, war man schon damals geteilter Meinung: der spätere Staatssekretär für finnische Angelegenheiten in Petersburg Rehbinder urteilte, die Maßnahme sei ebenso überhastet wie auch unklug und unnötig gewesen, alle Dispositionen stammten von Herrn Ladau, der niemals einen vernünftigen Gedanken gehabt habe. Eigentlich habe man von finnländischer Seite protestieren wollen, doch habe man eine Revolte des Volkes befürchtet[161].

Diese prinzipielle Auseinandersetzung zeigt sehr deutlich, daß sich die Anschauungen der Oberschicht und der breiten Masse nicht im geringsten deckten. Der Adel und die Intelligenz gingen ohne große Schwierigkeiten in das andere Lager über; entsprechend der ganzen Entwicklung der späteren gustavianischen Zeit hatte der Adel einen Teil seiner früheren Bedeutung eingebüßt. Gerade den finnländischen Adel, der ja vom Zentrum recht weit entfernt war, hielten keine besonderen politischen Ideale mehr bei Schweden fest, allerdings mit Ausnahme derjenigen, die zum engeren Kreis der „Gustavianer" gehörten und

---

[158] A. Neovius: Ur Finlands Historia. Publikationer ur de Alopaeiska Pappren (Aus Finnlands Geschichte. Publikationen aus den Alopaeus-Papieren). H:fors 1890 ff. S. 49.

[159] M. Calonius: Opera omnia. Supplement: Svenska arbeten. Utg. af T. Sederholm. H:fors 1870. S. 420 ff.

[160] L. G. v. Bonsdorff a.a.O. S. 351.

[161] Rehbinder: Souvenirs a.a.O.

die erst später aus Schweden zurückkamen[162]. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der aktivere Teil des Adels in der schwedischen Armee stand, die sich ja inzwischen nach Schweden zurückgezogen hatte. Die dünne Intelligenzschicht war ohne besondere politische Bedeutung und Ausrichtung; ihre besten Repräsentanten, Tengström und Calonius vor anderen, wurden bald zu Stützen der russischen Regierung. Zu ihnen hielt sich ein Teil der höheren Geistlichkeit, während die Landpastoren zum größten Teil mit den Bauern gemeinsame Sache machten. Diejenigen Geistlichen oder Beamten, welche sich auch weiterhin weigerten, den Eid abzulegen, sollten als schwedische Untertanen nach Stockholm ausgewiesen werden[163]. Die Bauernschaft hingegen hatte das größte Interesse daran, bei Schweden zu bleiben. Sie hatte die gedrückte Lage der Bauern im russischen Finnland vor Augen; konservativ und energisch auf einem einmal gefaßten Entschlusse verharrend, wie es im finnischen Volkscharakter liegt, versuchten sie einer Bindung an die Feinde solange wie möglich aus dem Wege zu gehen. Um dem Widerstand der Bauern entgegenzutreten, mußte Buxhoevden zu dem bedenklichen Mittel greifen, die Bauern aufzufordern, diejenigen, die nicht den Eid leisten wollten, anzuzeigen, um dann die Höfe dieser Renitenten selber zu erhalten[164]. Das schwedische Heer hatte also in der Bauernschaft eine große Reservekraft, um auch durch einen Kleinkrieg einem überlegenen Feinde die größten Schwierigkeiten zu machen. So hatten sich im nördlichen Karelien Freischaren unter der Führung des Bauern Olli Tiainen gebildet, die die Russen so aufhielten, daß sie nicht, wie geplant, von Osten her die schwedischen Truppen umfassen konnten[165]. In Häme (Tavastland) sammelten sich Bauernhaufen, um schwedischen Entsatztruppen bei ihrer Landung an der Küste zu Hilfe zu kommen[166]; in der gleichen Landschaft brachten die Bauern durch Überfälle auf Truppentransporte den Länshauptmann von Vaasa (Wasa) in eine „unangenehme Lage"; er riet den Russen, die Transporte noch stärker zu bewaffnen[167]. Auf Åland mußte die russische Besatzung sich im Mai 1808 den aufständischen Einwohnern ergeben, mit schwedischer Unterstützung konnten

[162] Vor allem G. M. Armfelt (1757—1814), J. F. Aminoff (1756—1842) und J. A. Ehrenström (1762—1847), die „drei Gustavianer".

[163] Ytterligare Samling af Deklarationer ... som under sist öfwerständet Krig utkommit i Finland (Weitere Sammlung von Deklarationen ..., die im jüngst überstandenen Krieg in Finnland erschienen sind). Sthlm. 1810. S. 11 f.

[164] Ytterligare Samling a.a.O. S. 13.

[165] G. Rein: Tietoja Olli Tiaisesta sekä Karjalan taisteluista syksyllä 1808 (Nachrichten von Olli Tiainen und von den Kämpfen in Karelien im Herbst 1808). Hist. Arkisto XXXI. (1924).

[166] G. A. Montgomery: Historie öfver Kriget emellan Sverige och Ryssland 1808 och 1809 (Geschichte des Krieges zwischen Schweden und Rußland 1808 und 1809). I. Sthlm. 1842. S. 234 ff.

[167] Handlingar rör. förv. a.a.O. II, 1. (1895) S. 225 ff.

sich diese bis zum Anfang des nächsten Jahres freihalten; deshalb saß auch im schwedischen Reichstag 1809 noch ein Vertreter von Åland, dieser war allerdings nicht gewählt, sondern hatte von sich aus um die Teilnahme am Reichstag gebeten[168].

Vor allem aber waren die Widerstandskräfte im Norden lebendig, im Rückzugsgebiet der schwedischen Armee. Deren Kommandeur Graf Klingspor wandte sich zwar an die Bevölkerung um Hilfe, doch verstand er es nicht, die zum Widerstand durchaus bereiten Bauern richtig einzusetzen; „was hätte Finnland und Schweden ausrichten können, wenn sie einen König und einen Feldherrn gehabt hätten, die verstanden hätten, die patriotischen Gefühle der Untertanen auszunutzen"[169]. Junge Bauern setzten über den Bottnischen Meerbusen nach Schweden über, um dort in die Armee einzutreten, einzelne Kosaken wurden überfallen, Buxhoevden war genötigt, die Geistlichkeit zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu mobilisieren, indem er zugleich die einzelnen Pastoren für die Loyalität ihrer Gemeinden verantwortlich machte[170]. Im Jahre 1809 flammte der Kleinkrieg wieder auf, es machte der russischen Heeresleitung erhebliche Mühe, die zähen Gegenspieler zu unterdrücken[171]. Auch als das schwedische Heer nach Schweden übertrat und in Västerbotten ins Quartier ging, sind die Truppenteile aus Finnland weiter bei der Armee geblieben, obwohl sie als letzte entlassen wurden[172]. Noch 1812, als der schwedische Kronprinz zu einem Treffen mit Kaiser Alexander nach Turku kam, brachte jenem das zusammengeströmte Landvolk stürmische Huldigungen dar[173].

Die Bauernschaft war also durchaus nicht vom Adel geführt, sondern hatte versucht, wie schon früher des öfteren, von sich aus zu handeln. Es ist möglich, daß die Ereignisse dieser Zeit dazu beitrugen, um jenes Mißtrauen zwischen den Bauern und den „Herren" zu schaffen, das dann allmählich in die Forderung nach Anerkennnung der Eigenrechte der unteren Schichten, d. h.

---

[169] M. G. Schybergson: Ålands ställning i historisk tid (Ålands Stellung in historischer Zeit). Finsk Tidskrift 86 (1919) S. 39 ff., 201.; M. G. Schybergson: Åländska förhallanden 1808—1809 (Åländische Verhältnisse 1808—1809). Hist. Tidskr. IV (1919) S. 65 ff.; Ordin a.a.O. II. S. 339 f.; vgl. Ytterligare Samling a.a.O. S. 4 f.

[169] C. J. Holm: Anteckningar öfver fälttågen emot Ryssland åren 1808 och 1809 (Aufzeichnungen über den Feldzug gegen Rußland 1808 und 1809). Sthlm. 1836. S. 30 ff.

[170] Ytterligare Samling a.a.O. S. 13 ff.; 19 f.; 23 ff. Hanlingar rör. förv. a.a.O. I. S. 242 ff. u. ö.

[171] Handlingar rör. förv. a.a.O. II, 1. S. 225 ff.; 296 ff. u. ö.; Ytterligare Samling a.a.O. S. 30 ff. L. G. v. Bonsdorff a.a.O. S. 409 ff.

[172] G. A. Aminoff: Relation om f. d. Savolaxbrigadens ... deltagande ... (Bericht über die Teilnahme ... der ehem. Savolaxbrigade ...). Göteborg 1839. S. 103 f.; Holm a.a.O. S. 101 f.

[173] H. G. Trolle-Wachtmeister: Anteckningar och minnen (Aufzeichnungen und Erinnerungen). I urval utg. af E. Tegnér. I. Sthlm. 1889. S. 308.

vor allem nach der Gleichberechtigung der Sprache, einmündete. Vorläufig lebten Adel und Bauerntum noch nebeneinander her, die Abgeschlossenheit des Lebensraumes verhinderte, daß sich, etwa durch Ausbreitung der Volksbildung, die sozialen Spannungen zuspitzten[174].

Demgegenüber war die Haltung des Bürgertums während des Krieges weit weniger einheitlich. Zwar hatte im Februar die Bürgerschaft von Tampere (Tammerfors) beschlossen, sich selbst mit Hilfe militärischer Übungen soweit instand zu setzen, daß sie auch einem überlegenen Gegner Widerstand leisten könne, doch beeilte sie sich nach der Besetzung der Stadt durch die russischen Truppen, diesen ihre Ergebenheit zu bezeugen[175]. Die Stadt Vaasa hingegen wurde fünf Tage lang geplündert, da angeblich die Einwohner den Schweden bei einem Landungsversuch zu Hilfe gekommen seien[176]. Die Haltung der Hauptstadt Turku war im wesentlichen von der des Bischofs und der Akademie bestimmt. Der Länshauptmann K. v. Troil war auf Befehl des Grafen Klingspor auf seinem Posten geblieben, um die Bevölkerung zu schützen. Er war dann sogleich den Russen sehr entgegengekommen und späterhin einer ihrer zuverlässigsten Mitarbeiter. Das akademische Konsistorium hatte zuerst vor, die Akademie wie zur Zeit des zweiten nordischen Krieges nach Schweden übersiedeln zu lassen, doch beschloß man dann zu bleiben, in der Hoffnung, daß die durch die allgemeine Aufklärung bewirkte Milderung der Kriegsführung auch auf die Russen gewirkt haben möge[177]. Diesen Entschluß hatte die Akademie in der Folge nicht zu bereuen, da der Kaiser sich gleich an Tengström wandte und ihn um Vorschläge über die Erweiterung dieser Anstalt bat. Hingegen nahm auch in Turku die untere Schicht der Bevölkerung offensichtlich für Schweden Partei und gegen die „Herren", die den Russen angeblich geholfen hätten[178].

Rehbinder verurteilte später scharf das „naive Vertrauen in Ruhe und Frieden" und das allgemeine Vorherrschen materieller Interessen, das 1808 die Finnländer beherrschte. Nichts sei für die Landesverteidigung vorbereitet gewesen, man habe von der

---

[174] Eine Geschichte des Bauerntums in Finnland fehlt. R. Sylvanto: Suomen talonpojan historia (Geschichte des Bauern in Finnland). H:ki 1933 ist eine unzulängliche Kompilation.

[175] V. Voionmaa: Tampereen kaupungin historia (Geschichte der Stadt Tampere). 2. A. I. Tampere 1929. S. 360 ff.

[176] E. Aspelin: Wasa stads historia (Geschichte der Stadt Wasa). Wasa 1812. S. 650 ff.

[177] C. v. Bonsdorff: Åbo akademi och dess män 1808—1828 (Die Akademie von Åbo und deren Männer 1808—1828). I. Bidrag till kännedom af Finlands natur och folk 69. H:fors 1912. S. 19 ff.; Ordin a.a.O. II. S. 123 f.

[178] Samling af Deklarationer a.a.O. S. 59 ff.; 65 ff., 68. Montgomery a.a.O. S. 207 f.

russischen Macht übertriebene Vorstellungen gehabt. Auch bei den höchsten Beamten habe die Kraft des Willens gefehlt, um die öffentliche Meinung zu lenken und die verschiedenen Bevölkerungsteile zusammenzubringen. Gleich im Anfang habe sich der Mangel an höherer politischer Bildung und Erfahrung bei der finnländischen Intelligenz bemerkbar gemacht, indem man lediglich versucht habe, die Gemüter zu beruhigen. Von denjenigen, die sich gegen die russische Herrschaft erhoben, hätten die meisten aus reiner Vaterlandsliebe gehandelt, durch unzeitige Maßnahmen seien sie noch mehr gegen Rußland eingenommen worden; nur im südlichen Finnland sei es den Gutsbesitzern gelungen, den „mechanisations suédoises" erfolgreich entgegenzutreten[179].

Wesentlicher als die Aufgabe der Befriedung des Landes war aber von vornherein für die russische Regierung die Frage nach einer ständischen Vertretung. Zweifelsohne war es Sprengtportens Verdienst, beim Kaiser immer wieder den Gedanken aufgefrischt zu haben, daß Finnland nach seiner Vereinigung mit Rußland in der einen oder anderen Weise die konstitutionelle Staatsform Schwedens beibehalten müsse. In seinem ersten Memorial hatte er diesen Gedanken vertreten, nach seiner Abreise nach Finnland machten sich aber in Petersburg andere Strömungen (Klick) geltend, welche so rasch als möglich auf eine feste Bindung Finnlands drängten, deshalb wurde auch der Vorschlag der Eidesleistung so rasch vorgetrieben. Der Umschwung der Stimmung auch beim Kaiser zeigte sich in der Proklamation vom 16. März, in der die Vereinigung des bislang schwedischen Teils mit Rußland „auf ewig" erklärt wurde, als einer mit Waffengewalt eroberten Provinz; von einer Aufrechterhaltung der Privilegien, geschweige denn einer Einberufung der Stände, war nicht mehr die Rede[180]. Diese Wendung wurde in einer weiteren Erklärung dahin kommentiert, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine Versammlung der Stände inopportun sei, da die neuen Verhältnisse eine Menge Kleinarbeit erforderten, die nicht sogleich zu bewältigen sei. Zugleich wurde energisch den Gerüchten entgegengetreten, daß die Bauern Leibeigene werden sollten, ihre Stellung wie die aller anderen Untertanen sollte in jedem Fall verbessert werden[181].

Rumjancev war der Meinung, daß die Vertreter der Stände mit ihren verschiedenen Petitionen die Verwaltungsarbeit nur stören würden[182]. Ebenso stand er auf dem Standpunkt, daß ein

---

179) Rehbinder: Souvenirs a.a.O.

180) Deklaration 16. 3. (a. St.) 08. Samling af Deklarationer a.a.O. S. 13 ff.; P. S. Z. XXX. 22 911.

181) Deklaration (unterzeichnet von Rumjancev) 8. 4. (a. St.) 08. Samling af Deklarationer a.a.O. S. 20 ff.

182) Ordin a.a.O. II. S. 134; M. M. Borodkin: Istorija Finljandii. Vremja Aleksandra I. (Geschichte Finnlands zur Zeit Alexanders I.). St. Petersburg 1909. S. 169, 611 f.

Landtag, wenn überhaupt, dann nur zur Abnahme des Treueides einberufen werden sollte. Klick fügte hinzu, daß doch der Landtag unmöglich nach der Verfassung von 1720 einberufen werden könne, andererseits sei die Verfassung von 1772 ja nicht von Rußland garantiert worden[183].

Alexander hatte Sprengtporten gegenüber Zweifel geäußert, ob es überhaupt notwendig sei, Deputierte aus Finnland in Åbo (Turku) zu versammeln. Sprengtporten antwortete: Dieses sei doch aber als die Schlußmaßnahme zur Festigung der Union mit Rußland angekündigt worden, eine solche feierliche Huldigung würde die Einwohner wesentlich beruhigen. Abgesehen davon, daß man auf dem Landtag an Hand der Petitionen die finanziellen Lasten am besten verteilen könne, könne auch dabei die Zivilverwaltung endgültig geregelt werden. Debatten seitens der Deputierten seien nicht zu befürchten, da das Volk nur den Wunsch habe, mit Rußland vereinigt zu werden, man brauche also den gewählten Deputierten nicht zu mißtrauen[184]. Gleich darauf unterbreitete Sprengtporten eine Liste der „auf der Versammlung der Stände in Åbo zu regelnden Angelegenheiten", und zwar solle alles nach den Grundgesetzen geregelt werden, die „nach der Absicht Seiner Majestät voll und ganz bewahrt werden sollen, soweit sie nicht denen des Kaiserreiches widersprechen"[185]. Wenig später nahm er sogar seine früheren Behauptungen über die schwedische Despotie zurück[186]; ein an Freiheit gewöhntes Volk brauche Maßnahmen, die seinen Vorurteilen schmeichelten und die Furcht vor einer neuen Herrschaft zerstreuten[187]. Vorläufig wurde aber in dieser Richtung nichts unternommen, dagegen wurde die Vereinigung Finnlands mit dem russischen Reiche nochmals feierlich bestätigt, aber der Kaiser versicherte: „die alten Verfassungen und Privilegien (in der russischen Fassung „ustanovlenie") eures Landes sollen heilig bewahrt werden"[188].

Ende Mai unternahm Sprengtporten einen neuen Vorstoß: die schlechte Stimmung in Finnland (wegen des Eides) erfordere die Aufmerksamkeit des Kaisers, es sei gefährlich, bei einem Volke

---

[183]) Mémoire 8.4.08. Klick a.a.O. Hist. Arkisto X. S. 284 ff.

[184]) Sprengtporten an Rumjancev 17.3.08. Ed. R. Castrén: Skildringar ur Finlands nyare historia (Schilderungen aus Finnlands neuerer Geschichte). H:fors 1882. S. 103 ff.; Ordin a.a.O. II. No. 52.

[185]) Ed. R. Castrén a.a.O. S. 104 f.; Ordin a.a.O. II. No. 55.

[186]) Vgl. oben.

[187]) Mémoire 30. 3. (a. St.) 08. Ed. Castrén a.a.O. S. 105 ff.; Ordin a.a.O. II. No. 53.

[188]) Samling af Deklarationer a.a.O. S. 55 ff.; Samling af Placater, Förordningar, Manifester och Påbud ... hwilka i Storfurstendömet Finland sedan 1808 ars början ... utkommit (Sammlung von Plakaten, Verordnungen, Manifesten und Geboten, ... welche im Großfurstentum Finnland seit dem Beginn des Jahres 1808 ... herausgekommen sind). I. Åbo 1821. S. 99 ff.; Ordin a.a.O. II. S. 121 f. (Der russische Text etwas abweichend).

Unzufriedenheit aufkommen zu lassen, das als das eigensinnigste in Europa bekannt sei. Deshalb solle man vorläufig die Steuereintreibung und Rekrutierung einstellen; nur die Berufung einer aus den vier Ständen gewählten Deputation nach Petersburg könne wieder das Vertrauen herstellen; man müsse auf jeden Fall versuchen, die Vorurteile des niederen Volkes zu zerstören. Außerdem sei ein Komitee für finnländische Dinge von Nutzen, damit man nicht auf unzuverlässige Informationen angewiesen sei[189].

Der Vorschlag fiel auf fruchtbaren Boden, Rumjancev wandte sich gleich darauf an Buxhoevden: es seien Deputierte zu wählen, da der Kaiser sich über die Nöte der Finnländer und besonders über die Mittel zur Erleichterung ihres schweren Loses unterrichten möchte. Die Deputierten sollten in der hergebrachten Weise wie zum Reichstage gewählt werden[190]. Die Aufgabe der Deputation war also von Anfang an eine rein informatorische; der skeptische Rehbinder urteilte, es sei seit Peter Brauch, daß alle neuen Völker oder Stämme, die mit der großen russischen Familie vereinigt werden sollten, durch eine Abordnung ihre Huldigung darbringen, so sei eben jetzt Finnland an der Reihe[191]. Die Wahl der Deputierten ging recht uneinheitlich vor sich, vielfach wurden sie einfach ernannt. Die adeligen Wahlmänner des Åbo-Läns weigerten sich zuerst, zur Wahl zu schreiten: man glaubte, die Deputation solle mit einem Schein von Gesetzmäßigkeit die Handlungen der russischen Regierung im voraus legalisieren, ohne daß es dann zu einer ordentlichen Einberufung der Stände käme. Buxhoevden antwortete auf des Länshauptmanns von Turku, Troil, entsprechende Anfrage, daß es sich nicht um einen Reichstag handele; die Deputation solle nur dem Kaiser vorlegen, was für das Land in seiner gegenwärtigen Stellung Nützliches unternommen werden könne. In den Instruktionen für die Deputierten wurde allgemein betont, daß diese nicht als gesetzlich gewählte Vertreter des Landes zu gelten hätten, im übrigen bat man allgemein um die Beibehaltung der Verfassung[192].

Die Deputation, als deren Sprecher Freiherr Carl Erik Mannerheim fungierte, traf im Oktober 1808 in Petersburg ein, sie hatte außer mit Sprengtporten besonders mit Graf Soltykov, dem Vertreter des Außenministers Rumjancev, zu tun, sie wurde also als Abordnung eines fremden Landes betrachtet. Für Sprengtporten kam sie insofern ungelegen, als er gerade zum Generalgouverneur ernannt werden sollte; Buxhoevden war in Ungnade

---

189) Sprengtportens Note 31. 5. (a. St.) 08. Ed. Castrén a.a.O. S. 108 ff.; Ordin a.a.O. II. No. 49.

190) Ordin a.a.O. II. S. 147 f.; Borodkin a.a.O. S. 172 f.

191) Rehbinder: Souvenirs a.a.O.

192) R. Castrén: Finska deputationen 1808—09 (Finnlands Deputation 1808—1809). H:fors 1879. Beilagen. Castrén a.a.O. S. 27 ff.; Rehbinder: Souvenirs a.a.O.

gefallen, Arakčeev und Sprengtporten hatten schon vorher eifrig gegen ihn intrigiert. So verfaßte Sprengtporten einen Plan zu einer vorläufigen Neuordnung der Verwaltung in Finnland. Hierin wurde die Einberufung einer gesetzmäßigen Versammlung der Stände gefordert, die Verfassung sollte vorläufig nicht geändert werden; ferner sollte eine provisorische Regierung eingerichtet werden[193].

Die Deputation stellte sich strikt auf den Standpunkt, sie könne sich, da sie keine verfassungsmäßige Repräsentation des ganzen Landes darstelle, zu keiner Sache definitiv äußern, umso weniger, als ja der Kaiser die Absicht habe, die alten Rechte des Landes beizubehalten[194]. In einem zweiten Memorial schlug die Deputation neben wirtschaftlichen Maßnahmen Schutz des Eigentums und Schaffung einer obersten Gerichtsinstanz vor[195]. Dieser Antrag wurde ebenfalls von Sprengtporten, Arakčeev und Soltykov begutachtet, letzterer antwortete daraufhin im Namen des Kaisers im wesentlichen zustimmend, wobei er schon auf die Einberufung der Stände hinwies[196]. Mannerheim hatte mit Soltykov des öfteren konferiert, in einer Note hatte er vor einer übereilten Neuordnung gewarnt, man solle dazu erst den Friedensschluß abwarten; bis dahin bewahre das Volk seine Anhänglichkeit an die alte Regierung. Ein Landtag sei das einzige Mittel, um die Gemüter zu beruhigen und das Volk zusammenzufassen. Wenn auch keine endgültigen Regelungen geschehen würden, so müßten doch die brennenden Steuerfragen u. a. erledigt werden, doch solle man sich vor allen Experimenten hüten[197]. Von Soltykov hörte Mannerheim auch, daß Sprengtporten versucht habe, Finnland vollständig in seine Hand zu bekommen, seine treibende Kraft sei der Haß gegen Schweden, daher sei der Krieg zum Teil sein Werk gewesen[198].

Sprengtporten sowohl wie auch Mannerheim hatten in Anbetracht der verwickelten Lage durchaus davon abgeraten, Finnland eine neue Verfassung zu geben. Im Gegensatz dazu stand der Vorschlag des Anjalamannes J. A. Jägerhorn, der nach mancherlei Abenteuern nach Petersburg gekommen war. Jägerhorn

---

[193] Mémoire o. D. Ordin a.a.O. II. No. 56, 56a, Endgültige Fassung der Instruktion ed. Tigerstedt: Åbo Lycei Programm 1880—1881.

[194] Mémoire der Deputation 19. 11. (a. St.) 08. Ordin a.a.O. II. No. 132, Castrén: Deputationen a.a.O. Beilagen. S. 68 f.; Mannerheim a.a.O. S. 70 ff.; B. Lesch: Carl Erik Mannerheim. I. Intill 1816. Diss. H:fors 1924. S. 177 ff.

[195] Mémoire der Deputation o. D. ed. Ordin a.a.O. II. No. 133, Castrén: Deputationen a.a.O. Beilagen. S. 70 ff.

[196] Antwort Soltykovs. 4. 1. (a. St.) 09. Ed. Ordin a.a.O. II. No. 135, Castrén: Deputationen a.a.O. Beilagen. S. 75 ff.

[197] Mannerheims Note für Soltykov. Ed. Hist. Arkisto IX (1886) S. 314 ff.; vgl. Rehbinders Mémoire o. D. Rehbinders Smmlg. F. St. A.

[198] Mannerheim: Anteckningar a.a.O. S. 88 f.

warnte davor, die russischen Gesetze auf Finnland anzuwenden, da sie den dortigen Nationalgeist zerstören würden; andererseits müsse man die Bindungen zu Schweden lösen, und zwar am besten dadurch, daß man auf die liberale und von Rußland garantierte Verfassung von 1721 zurückgriffe. Dementsprechend sollte der Adel einen größeren Einfluß gewinnen und auch die Geistlichkeit zum Teil in ihn aufgenommen werden[199]. Auf des berühmten Speranskij Rat wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Jägerhorn verfolgte dieselbe Tendenz wie Sprengtporten und Mannerheim, nämlich die Befugnisse der einheimischen Regierungsorgane auszudehnen; die Befürchtung lag ja nahe, daß schließlich doch eine russische Aufsichtsbehörde bei der Verwaltung Finnlands den Ausschlag geben würde. Ein anonymes Memorial aus derselben Zeit schlug deshalb vor, dem Generalgouverneur wenigstens ein Gremium zuzuordnen, da ein Einzelner an der Spitze von den Finnländern immer als Despot betrachtet würde[200].

IV.

Die Schaffung des finnlandischen Staates.

Die Frage, wer an dem Beschluß Alexanders, den finnländischen Landtag einzuberufen, den entscheidenden Anteil habe, ist kaum endgültig zu klären. Abwechselnd werden Sprengtporten oder Mannerheim, bezw. die Deputation herausgestellt, jedoch muß die Schaffung einer finnländischen Staatlichkeit im Zusammenhang mit dem ganzen Problemkreis, dem erwogenen völligen Umbau des russischen Staates, als ein Teilexperiment, als eine Probe für das Ganze angesehen werden. Speranskij war vom Kaiser nach dessen Rückkehr aus Erfurt Ende Dezember mit den Finnland betreffenden Fragen vertraut gemacht worden, er sollte sich darüber mit den betreffenden Ministern in Verbindung setzen[201]. Außerdem erhielt Speranskij einen Gehilfen für diese Fragen, R. H. Rehbinder, der ihn besonders über die staatsrechtlichen Fragen informierte. Auch weiterhin setzte sich Alexander ausschließlich mit Speranskij über finnländische Angelegenheiten auseinander. Arakčeev wurde nur noch zu eigentlichen militärischen Aufgaben in Finnland eingesetzt; vorher hatte er noch bei der Ausarbeitung des Projekts für eine vorläufige Regierung mit-

---

199) Jagerhorns Memorial 26. 2. 09. Ed. E. G. Palmén. Hist. Arkisto VIII (1884) S. 208 ff.; vgl. J. R. Danielson-Kalmari: Porvoon valtiopaivain valmisteluajoilta (Aus der Vorbereitungszeit fur den Porvooer Landtag). Hist. Arkisto XXVI (1916).

200) Anonymes Memorial o. D. ed. H. L. Lehtonen. Hist. Arkisto XXV (1915).

201) S. Seredonin: Art. Speranskij. Russkij biografičeskij slovar' (Russisches biographisches Lexikon). Band Smelovskij-Suvorina. St. Petersburg 1909. S. 194; Ordin a.a.O. II. No. 85.

gewirkt und sich nachdrücklich für die Erhaltung der finnländischen Gesetze ausgesprochen[202].

Die Stände wurden nun zusammengerufen, „um dem Kaiser bei seiner Sorge um das Wohlergehen seiner Untertanen zur Seite zu stehen", wie es im Einladungsbrief zum Landtag in Porvoo (Borgå) hieß[203]. Durch die bekannte feierliche Versicherung des Kaisers vor der Eröffnung des Landtages wurde die staatsrechtliche Stellung Finnlands umrissen: er bestätigte nämlich „die Religion und die Grundgesetze des Landes, sowie die Rechte und Privilegien, die jeder Stand des Fürstentums besonders und die Untertanen im allgemeinen von den Höheren bis zu den Niederen bislang genossen haben"[204]. Bei der Rede zur Eröffnung des Landtages am 15./27. März 1809 äußerte Alexander: „Ich habe versprochen, Eure Konstitution und Eure Fundamentalgesetze aufrecht zu erhalten; Eure Zusammenkunft hier garantiert Euch mein Versprechen ... Diese Versammlung wird in Eurer politischen Existenz Epoche machen"[205]. Alexander hatte also von sich aus einer von ihm schon vorher bedingungslos in Besitz genommenen Provinz eine für ihn wenigstens bindende Versicherung gegeben, daß er deren besonderen Charakter aufrecht erhalten bezw. ihr eine eigene Staatlichkeit schaffen wolle. Für Alexanders Stellungnahme sei seine spätere Äußerung zu Rehbinder angeführt: „Ich habe gelobt, Eure Gesetze, Privilegien und Konstitutionen zu halten, ich werde zu meinem Worte stehen, doch müssen Sie auch das Ihre halten. Nur durch aufrichtige Treue ohne Hintergedanken können Ihre Landsleute ihre gesetzliche Stellung glücklich für sich selbst und nützlich für das ganze Reich gestalten"[206].

Zwar wurde schon zu schwedischer Zeit Finnland als ein Besonderes betrachtet, die schwedischen Könige hatten zeitweilig den finnischen Großfürstentitel geführt, doch war es keineswegs autonom, sondern bildete einen integrierenden Teil des schwedi-

---

[202]) O r d i n a.a.O. II. S. 241 f.; Briefe Alexanders an Arakčeev: N. K. Š i l'd e r : Imperator Aleksandr pervyj. II. St. Pbg. 1897. S. 238; G r o ß f ü r s t N i k o l a j M i c h a j l o v i č : Imperator Aleksandr I. II. St. Pbg. 1912. S. 562 f.

[203]) Einladungsbrief 20. 1. (a. St.) 09. Ed. Prasteståndets Protokoll vid Borgå Landtdag jamte Handlingar rorande landtdagen (Protokolle des geistlichen Standes beim Landtag von Borgå nebst Akten, die den Landtag betreffen). Utg. af E. L a g e r b l a d. (Skr. 40) H:fors 1899. S. 423.

[204]) Feierliche Versicherung 15./27. 3. 09. Russ. Original: Prastest. Protokoll a.a.O. S. 455; Offizielle schwed. Übersetzung: Borgareståndets Protokoll vid Borgå Landtdag (Protokolle des Burgerstandes beim Landtag von Borgå). Utg. af E. L a g e r b l a d. (Skr. 4) H:fors 1887. S. 22. Vgl. O r d i n a.a.O. II. S. 301 ff., dazu D a n i e l s o n : Finnlands Vereinigung a.a.O. S. 129 ff.; Entsprechend das Manifest 23. 3./4. 4. 09. Prastest. Protokoll a.a.O. S. 460; D a n i e l s o n a.a.O. S. 114 f.

[205]) Prastest. Protokoll a.a.O. S. 456; O r d i n a.a.O II. S. 309.

[206]) R e h b i n d e r : Souvenirs a.a.O.

schen Staates[207]. Durch die Beibehaltung der schwedischen Verfassung und die Schaffung einer selbständigen Zentralgewalt (s. u.) wurde dieser Teil des russischen Reiches nach einer kurzen Zeit der Eingliederung durchaus aus dem Gesamtgefüge ausgesondert, und zwar hat die Bemerkung des Kaisers, daß die Finnland betreffenden Fragen vom Generalgouverneur ihm direkt vorgetragen werden sollten, wodurch eine Einmischung der Minister des Reiches ausgeschaltet wurde[208], in praxi wirksamer noch als die obengenannten Versicherungen dem Lande die Sonderstellung bewahrt. Daningestellt muß bleiben, ob nicht die Stellung Finnlands sich etwas verändert haben würde, wenn die 1809 gerade geplanten Veränderungen des inneren Aufbaues des russischen Reiches verwirklicht worden wären. In der Versicherung des Kaisers über die Aufrechterhaltung der Grundgesetze (korennye zakony) blieb die Frage nach dem tatsächlichen Inhalt der Konstitution durchaus offen, es war an sich in der damaligen Situation klar, daß als Grundgesetze die Verfassung von 1772 und die „Vereinigungs- und Sicherheitsakte" von 1789 zu gelten hatten; so wurde es auch von den Vertretern der Stände verstanden. Diese Dokumente wurden u. a. zu Anfang der Beratungen des Bauernstandes verlesen, als „Richtschnur für die Beschlüsse"[209]. Obwohl Speranskij durch Memoires sowohl von Rehbinder wie auch von Mannerheim und Buck, einem Beamten des Außenministeriums, über die schwedische Verfassung unterrichtet worden war[210], scheint ihm jedenfalls noch einiges unklar geblieben zu sein: wegen der Bindung Finnlands an Rußland entfielen ja einige Artikel der schwedischen Verfassung, die sich auf die Person des Regenten bezogen, von selbst. Wenigstens wurde Mannerheim am Vorabend der Eröffnung des Landtages durch den Kaiser von Speranskij noch nach dem Inhalt der Konstitution gefragt, worauf er die Akte von 1772 und 1789 als eigentliche Verfassung herausstellte[211].

So war der Rahmen der zukünftigen staatsrechtlichen Ordnung des finnländischen Staatswesens einigermaßen geklärt, am bren-

---

[207] C. v. Bonsdorff: Finlands förra ställning inom det svenska våldet (Finnlands frühere Stellung unter schwedischer Herrschaft). Hist. Tidskr. IV (1919) S. 173 ff.

[208] Sprengtportens Plan für eine provisorische Regierung wurde dahingehend modifiziert, daß ein „Comité de Régence" gebildet werden sollte, der Generalgouverneur hatte für „bon ordre et justice" zu sorgen. Ursprünglich sollten die für den Kaiser bestimmten Angelegenheiten von den Ressortministern vorgetragen werden; der Kaiser änderte das dahingehend ab, daß die Finnland betreffenden Dinge an ihn direkt gehen sollten. Ordin a.a.O. II. S. 216 ff.; Endgültige Fassung: Prästest. Protokoll a.a.O. S. 497 ff.

[209] Bondeståndets Protokoll vid Borgå Landtdag (Protokolle des Bauernstandes beim Landtag von Borgå). Utg. af E. Lagerblad. (Skr. 25) H:fors 1894. S. 9.

[210] Danielson a.a.O. S. 116.

[211] Mannerheim a.a.O. S. 95 ff.

nendsten blieb nun aber die Frage nach der Mitwirkung der Stände bei der Gesetzgebung[212]. Bekanntlich hatte Speranskij jede Änderung am Inhalt der Verfassungsakte abgelehnt; es ist nicht auszumachen, inwieweit das Vorbild der schwedischen Verfassung bei seinem „Plan der Organisation des Reiches" von 1809 hineingespielt hat[213].

Die vier Propositionen, die der Kaiser dem Landtag vorlegte, verlangten nicht eine Zustimmung zu einer geplanten Maßnahme (wie diejenigen der schwedischen Reichstage), sondern erforderten Vorschläge der Stände von sich aus. Diese konnten also selbst die vier Fragenkomplexe (Reorganisation der Aushebung, Steuerverteilung, Münzsystem, Regierungsconseil) vorbehaltlich der Zustimmung des Kaisers entscheiden, nur für den letzten Punkt war hinzugefügt, daß schon ein allgemeiner Plan für die Organisation des Conseils bestehe[214]. Während der Landtagsverhandlungen tauchte die Frage auf, ob möglicherweise die Stände selber noch mit Propositionen einkommen könnten, aber Speranskij verwies

---

212) Vgl. § 40 der Regierungsform von 1772: Der König soll ohne Zustimmung der Stände weder neue Gesetze erlassen, noch alte abschaffen.

213) Seredonin a.a.O. S. 222 setzt die finnländische Repräsentation in Parallele mit dem oblastnyj sovět (Bezirksversammlung) des Plans von 1809. Dieses ist wohl richtig für die Anschauungen Speranskijs von 1811—1812, es bleibt fraglich, ob seine späteren „föderativen" Gedankengänge (s. u.) nicht erst vom Beispiel Finnlands mitangeregt wurden. Nichts darüber bei Baron M. Korff: Žizn' grafa Speranskago (Das Leben des Grafen Speranskij). I. St. Pbg. 1861, sowie A. N. Pypin: Obščestvennoe dviženie pri Aleksandrě I. (Die gesellschaftliche Bewegung unter Alexander I.). Issledovnija i stat'i po epochu Aleksandra I. III. Petrograd 1918. S. 146 ff. — Die Literatur über die staatsrechtliche Bedeutung der die Autonomie Finnlands begründenden Dokumente ist unübersehbar. Die finnländische Auffassung (Die kaiserliche Versicherung und nachfolgende Huldigung war eine Vertragshandlung zweier gleich berechtigter Partner, Finnland ist dementsprechend ein eigener Staat in einem bestimmten Unionsverhältnis zu Rußland) wurde zuerst von L. Mechelin: Précis du droit public du Grand-Duché de Finlande. H:fors 1886 pass. vertreten. Auf prinzipiell demselben Standpunkt, wenn auch in etwas modifizierter Form R. F. Hermanson: Finlands statsrättliga ställning (Finnlands staatsrechtliche Stellung). H:fors 1892 bes. S. 39 f. Wir stehen prinzipiell auf dem Standpunkt der russischen Partei (Der Verleihung der Rechte ging die Inkorporation voraus, der Kaiser hatte dann gleichsam von sich aus bestimmte Teile aus dem engeren Reichsverband entlassen), wenn wir auch die Folgerungen der russischen Juristen nicht annehmen können. Vgl. als zusammenfassende russische sachliche Darstellung Baron B. E. Nol'de: Očerki russkago gosudarstvennago prava (Grundzüge des russischen Staatsrechts) St. Pbg. 1911. S. 468 ff., worin die Auffassungen der Tagancev, Sergěevskij, Berendts u. a. zitiert sind. Es versteht sich von selbst, daß jeder Car mit der Unterschrift unter Alexanders Versicherung sich in bezug auf Finnland in die Stellung eines konstitutionellen Monarchen begab. Im übrigen kommt es für unsere Aufgabenstellung mehr auf die Auffassung der betreffenden Dokumente bei den Zeitgenossen als auf ihre spätere prinzipielle Bedeutung an.

214) Propositionen ed. Ordin a.a.O. II. No. 72; andere Fassung: Prästest. Protokoll a.a.O. S. 456 ff..

sie auf das vom Kaiser aufgestellte Programm. Die Initiative in der Gesetzgebung verblieb der Regierung; für Speranskij hätten sich zwar noch einige interessante Fragen besonders in bezug auf die „solidité" der Verfassung ergeben, doch meinte er, diese Dinge müßten erst gründlich durchdacht werden, bevor man sie den Ständen zur Diskussion übergeben könne[215]. Allem Anschein nach ist also die ganze Lösung der Verfassungsfrage von Speranskij lediglich als eine vorläufige betrachtet worden, besonders mußte notwendigerweise die Frage offenbleiben, ob der Kaiser von sich aus neue Gesetze erlassen könne.

Als Grundlage für die Bildung einer Zentralgewalt wurde von Speranskij im wesentlichen der Vorschlag Sprengtportens vom November[216] angenommen, Sprengtporten selbst stand jedoch bei der Ausarbeitung völlig beiseite. Als er sich über die nachteilige „Änderung der Prinzipien" beklagte, bedeutete Speranskij ihm, daß es opportun sei, den Ständen in diesem Stadium der Konsolidierung alle Freiheiten zu lassen, daher solle Sprengtporten ihnen nur dann behilflich sein, wenn sie ihn selbst darum angingen. Dieses lag natürlich keineswegs in Sprengtportens Absicht; bevor er von seinem Posten abging, versuchte er darauf hinzuwirken, daß die Regierung Finnlands nach Petersburg verlegt werde; er versuchte jetzt zuletzt, den russischen Einfluß noch zu stärken[217]. Damit war die wechselvolle Laufbahn dieses schillernden Mannes zu Ende. Aus Gründen persönlicher Natur war er in russische Dienste übergetreten; um Gustav III. zu schädigen, tat er 1788 sein Möglichstes, um Schweden durch die Loßreißung Finnlands zu schwächen. Daß es ihm weniger um die Sache Finnlands selbst ging, ergibt sich aus seiner niedrigen Einschätzung des finnischen Volkes; seine Rolle 1808 und 1809 ist ziemlich undurchsichtig. Sicher hat er aber nicht ausschlaggebend auf den Entschluß des Kaisers gewirkt, in Finnland ein Muster seines zukünftigen konstitutionellen Reiches zu bauen. Er war aber seinerzeit der einzige am Petersburger Hofe, der sich einiger Sachkenntnis in bezug auf Finnland rühmen konnte; deshalb wurden ihm diese Dinge anfangs in die Hand gegeben. Schon Buxhoevdens ablehnende Haltung mag darauf hingewirkt haben, daß neben ihm noch andere (Mannerheim, Rehbinder) als Ratgeber hinzugezogen wurden. Der Kaiser wollte seine Geneigtheit gegenüber den Finnländern durch die Ernennung eines einheimischen Generalgouverneurs erweisen, doch hatte er die Wahl Sprengtportens, den er nun doch ernannte, bald zu bereuen; er äußerte: eine Streitigkeit mit einem seiner Minister habe ihm Sprengtportens

---

[215] Speranskij an den Landtagsmarschall R. W. de Geer 21. 5. 09, 6. 6. 09. Prastest. Protokoll a.a.O. S. 482 ff., O r d i n a.a.O. II. No. 94, 95.

[216] Vgl. oben S. 387.

[217] Sprengtportens Briefwechsel: Prastest. Protokoll a.a.O. S. 494 ff., 498 ff., 508, Ordin a.a.O. II. No. 107, 88. Vgl. M. G. S c h y b e r g s o n: Sprengtporten och Speranskij. Finsk Tidskrift XXVI (1889) S. 177 ff.

wahren Charakter gezeigt[218]. Bemerkenswert ist aber die leidenschaftliche Energie, mit der Sprengtporten einen einmal gefaßten Gedanken auch unter widrigen Umständen verfocht, auch wenn er damit, wie 1788, seine Heimat aufs schwerste gefährdete[219].

Das Komitee zur Ausarbeitung der Satzung für die Zentralgewalt wurde nicht von den Ständen gewählt, sondern vom Kaiser ernannt[220]. Dieser Handlungsweise scheint seinerzeit keine prinzipielle Bedeutung zugemessen worden zu sein, doch beginnt mit ihr schon die spätere Praxis, entgegen dem Gedanken der schwedischen Verfassung den ständischen Repräsentationsorganen nur eine beratende Stellung zuzuerkennen; im gegebenen Falle wurde es als praktisch erkannt, fähige Sachkenner mit der Ausarbeitung eines im wesentlichen schon fertigen Planes zu betrauen. Allerdings wurde dem Komitee die Abgrenzung der Kompetenzen des Conseils anheim gegeben, vorgeschrieben war aber, daß der Generalgouverneur zugleich Präsident der Regierung sein sollte. Über die Vollmachten des Generalgouverneurs war aber den Ständen nichts proponiert worden[221].

Das hervorragendste Mitglied dieses Komitees war Bischof Tengström, der schon vorher seine Gedanken über die Landtagsfrage geäußert hatte. Er hatte im Frühjahr 1808 die Aufschiebung eines Landtages bis zu einem gegebeneren Zeitpunkt befürwortet; er hatte gefragt, inwieweit eine solche Versammlung mit der unumschränkten Regierungsgewalt in Rußland vereinbar sei, doch könne schließlich das Rechte in allen Regierungsweisen verwirklicht werden. Im finnischen Volke sei eine so starke Liebe für König und Verfassung, daß es unmöglich sei, diese innerhalb kurzer Zeit durch den Sieger auszurotten. Daher sei es jetzt noch nicht möglich, die alten Bande abzuwerfen, um über Mittel zu beraten, wie man mit dem durch Jahrhunderte gehaßten Nachbarvolke in freundschaftliche Beziehungen treten könne. Der Landtag sei erst einzuberufen, wenn nach Friedensschluß alle Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung mit dem Mutterlande geschwunden seien. Alle brennenden Fragen könnten vom Generalgouverneur erledigt werden, dagegen sollten die grundsätzlichen Dinge nicht allzu früh und überhastet festgelegt werden[222].

---

218) Rehbinder: Souvenirs a.a.O.

219) Vgl. im Gegensatz hierzu die günstigeren Urteile der finnischen Historiker, von Y. Koskinen a.a.O. und J. R. Danielson-Kalmari, zuletzt im Art. Sprengtporten. Kans. Elämäkerrasto V (1934) S. 194 ff., bes. S. 208.

220) Prästest. Protokoll a.a.O. S. 494 ff.; Rauhala a.a.O. S. 141 ff.; Speranskij an Tengström Ende März 1809 ed. M. G. Schybergson. Förh. och upps. V (Skr. 18) 1891 S. 178 ff.

221) Bei Vorlage des Entwurfs war noch Sprengtporten Generalgouverneur, sein Nachfolger Barclay de Tolly war aber kein Finnländer mehr.

222) Tengströms „Reflexioner" ed. A. R. Cederberg. Hist. Arkisto XXIV, 2. (1914.)

Aus diesen Äußerungen des führenden Geistes des Komitees läßt sich entnehmen, daß es nicht gerade mit übergroßer Energie auf eine möglichst feste Basis für die Selbstverwaltung Finnlands hinarbeitete. Schließlich wurde dem neu zu schaffenden Regierungsconseil unter Aufsicht und Vorsitz des Generalgouverneurs die „allgemeine Administration" zugewiesen; das Recht der Gesetzgebung hatten ausschließlich der Kaiser und die Stände. Von sich aus konnte das Conseil nur „Erläuterungen" der geltenden Gesetze beim Kaiser vorschlagen; nach und nach wurde er aber selbständiger, da ein großer Teil der laufenden Dinge gar nicht erst über Petersburg gehen konnte[223].

Die Stände selbst nahmen an der Organisation der Zentralgewalt keinen weiteren Anteil, der Landtag beschränkte sich auf die nicht weniger wesentlichen Fragen der Verteilung der Lasten, die er dann auch sachlich und zur Zufriedenheit des Kaisers durchführte. In den Beziehungen der einzelnen Stände untereinander hatten sich die alten Parteistellungen von 1789 einigermaßen erhalten, im Adel machten sich Tendenzen bemerkbar, die Geistlichkeit als Stand völlig auszuschließen, besonders die Brüder Stjernvall wirkten in dieser Richtung[224]. Durch den Ausschluß der Geistlichkeit hätte der Adel die politische Führung ausschließlich in seiner Hand vereinigt, da der Bauernstand in seinen Entschlüssen weitgehend von den Pastoren bestimmt wurde. Seit dem Rückschlag von 1788—89 hatte aber der Adel, wie gesagt, seine Bedeutung für die politische Führung der breiten Massen zum Teil eingebüßt. Im übrigen war seine Haltung auf dem Landtage weitgehend von Mannerheim bestimmt; dieser hielt strikt an seinem konservativen Standpunkt fest; daher hatte Mannerheim auch wohl die Erhaltung der Grundlagen von 1772 und 1789 erstrebt, obgleich diese keineswegs adelsfreundlich waren. Er setzte sich für den status quo ein, Gesetze und ehrlich erworbene Privilegien sollten erhalten bleiben[225]. Doch empfand Mannerheim selbst das Resultat des Landtags als durchaus unbefriedigend, da ja der Kaiser auf die Propositionen der Stände nicht geantwortet hatte; Regierung und Stände hatten sich nicht eigentlich auseinandergesetzt, es war nach wie vor unklar, ob die Landtage zu einer aktiveren Mitwirkung bei der Gesetzgebung mitherangezogen werden sollten. Tengström hatte als Sprecher des geistlichen Standes diesen im konservativen Sinne geführt; Aufrechterhaltung von „Ordnung, Gesetz und Recht" seien seine

---

[223] Statut des Conseils 6./18. 8. 09. Samling af Placater a.a.O. I. S. 23 ff.; vgl. Rauhala a.a.O. I. S. 161 ff.

[224] Carl Johan Stjernvall (1764—1815) und Gustav Fredrik Stjernvall (1767—1815). Mannerheim a.a.O. S. 100. Vgl. H. Hirn: Gustav Fredrik Stjernvall (Skr. 222) H:fors 1931. S. 198.

[225] Ridderkapets och Adelns Protokoller vid Borgå Landtdag (Protokolle der Ritterschaft und des Adels beim Landtag in Borgå). Utg. af. E. Lagerblad. (Skr. 67) H:fors 1905. S. 53, 59 f., 110.

Ziele gewesen, äußerte er später; für die zukünftigen Landtage wollte er die Zahl der geistlichen Vertreter wenigstens verdoppelt wissen[226]. Der Bürgerstand wie auch die Bauern waren wesentlich an den wirtschaftlichen Fragen interessiert, für letztere stand besonders die Lebensmittelversorgung des Nordens im Vordergrund, die mageren Vorräte waren den Beanspruchungen durch die Heere in keiner Weise gewachsen gewesen[227].

Die Stellung der Stände auf dem Landtag war also recht passiv gewesen, der Kaiser hatte von sich aus Versicherungen gegeben und Propositionen gestellt, die Organisation der Exekutive war von einem kleinen Kreis, der vom Kaiser ausgewählt war, bearbeitet worden, allerdings wurde die Besetzung des Conseils den Ständen überlassen.

Während der ganzen Zeit der Vereinigung mit Schweden waren die staatsmännischen Begabungen unter den Finnländern für die Zwecke des Gesamtreiches eingesetzt worden, im Lande war nur geblieben, wer in der lokalen Beamtenschaft Verwendung gefunden hatte. Was sich an Gebildeten in Finnland fand, war daher den Aufgaben, die sich ergaben, nicht gewachsen; die Einsichtigsten bemühten sich, das Nächstliegende zu tun, nämlich das Überkommene zu sichern. Fraglich mußte es bleiben, ob sich aus der lokalen Bürokratie fähige Kräfte entwickeln würden, um den Ausbau des neugeschaffenen Staatstorsos durchzusetzen. Ein Feld, um Erfahrungen politischer Art zu sammeln, war aber hier, abseits der großen Politik, einzig die Landtagsarbeit; so hing die ganze Entwicklung davon ab, wie weit der Kaiser bereit sein würde, mit seinen Ständen zusammen zu arbeiten. Die politische Entwicklung Finnlands beruhte so, da ja niemand eine Periodizität der Landtage vorgeschlagen hatte, voll und ganz auf der Einsicht und dem Wohlwollen des Herrschers.

Es ist darüber gestritten worden, ob zur Zeit des Landtages die Finnländer schon von ihrem Treueid gegen die schwedische Obrigkeit entbunden waren, da ja der Friede noch nicht geschlossen war. Das Schicksal Finnlands war aber schon lange vorher entschieden, nichtsdestoweniger liefen noch Gerüchte um, daß Finnland möglicherweise Schweden noch zurückerstattet werden würde. Infolgedessen wandte sich der ruhmlose Kommandant von Sveaborg, K. O. Cronstedt, an den Kaiser um ein Asyl, falls das Land an Schweden zurückgegeben werden solle. Der Kaiser antwortete, es bestünden keinerlei Absichten dieser Art[228]. In

---

[226] Tengström an Hambraeus Okt. 1809. Hist. Arkisto XVI, 2 (1900) S. 117 ff.; J. Tengström: Berättelse om Landdagen i Borgo (Bericht über den Landtag in Borgå). Sthlm. 1810. S. 50.

[227] Beschwerden des Bauernstandes: Bondest. Protokoll a.a.O. S. 195 ff.

[228] Sbornik istoričeskich materialov izvlečennych iz archiva sobstvennago Ego Imp. Veličestva kanceljarii (Sammlung historischer Materialien aus dem Archiv von S. Kais. Majestät höchsteigener Kanzlei). Izd. pod red. N. Dubrovina. III. St. Pbg. 1890. S. 249 ff.

Schweden war die Regierung indessen kriegsmüde geworden, man hatte sich mit dem Verlust Finnlands abgefunden und wünschte einen raschen Frieden. Stände und Staatsrat drangen auf Friedensschluß, einige glaubten, man könne Finnland mit Frankreichs Hilfe wiedererlangen, die meisten hielten es endgültig für verloren und wollten lediglich Åland erhalten wissen[229].

Um Åland und um die Nordgrenze drehten sich dann die Friedensverhandlungen in Hamina (Fredrikshamn), wobei die schwedischen Bevollmächtigten kurz vor Schluß der Verhandlungen noch einen Vorstoß zugunsten Finnlands machten. Es sollten nämlich die Rechte der Finnländer auch im Friedensvertrag noch ausdrücklich garantiert werden, aber Rumjancev bestand darauf, daß der Kaiser ja schon vorher von den Finnländern als ihr ordentlicher Souverän anerkannt worden sei[230]. Schließlich erklärte dann im Friedensvertrag der schwedische König, daß er auf Grund der edlen Handlungen des Kaisers keine Vorbehalte mehr zugunsten seiner früheren Untertanen zu machen brauche[231]. Bei Abschluß des Friedens dankten die schwedischen Stände dem König in der Hoffnung, daß hinfort die Selbständigkeit des Vaterlandes sichergestellt sei; die verlorenen Teile wurden gar nicht erwähnt[232]. Der große Landverlust und die ständige Bedrohung von Osten wurden von Außenstehenden als wesentliche Beschränkung der schwedischen Unabhängigkeit wohl bemerkt[233], von Dänemark aus versuchte man mit diesem Argument die Schweden zu einem skandinavischen Block zu bewegen.

Im schwedischen Volke lebte späterhin der Gedanke an Finnlands Wiedergewinnung wieder auf, im Zusammenhang damit stand die Kombination, den Prinzen Georg von Oldenburg als einen Verwandten des Kaisers zum schwedischen Kronprinzen zu wählen, in der Hoffnung, dafür Finnland zurückzubekommen; eine Lösung, die am russischen Hofe anscheinend nicht sofort verworfen wurde[234]. Bernadotte glaubte, daß man ihn nur zum Kronprinzen gewählt habe, um an Frankreich eine Stütze für Finnlands

---

229) Gutachten des Geheimausschusses 28. 8. 09 und Protokoll des Staatsrates 30. 8. 09. Als Beilagen bei O. Alin: Carl Johan och Sveriges yttre politik 1810—1815 (Carl Johan und Schwedens Außenpolitik 1810 bis 1815). I. Sthlm. 1899.

230) A. F. Skjöldebrand: Memoarer. Utg. af H. Schück. III. Sthlm. 1904. S. 317 f.; Ordin a.a.O. II. S. 428 ff.

231) § 6 des Friedensvertrages von Fredrikshamn. P. S. Z. XXX. 23 883.

232) Riksdags-Tidningar år 1809. No. 93. S. 376.

233) Anonymes Memorial im franz. Außenministerium. Ed. Scaevola (i. e. K. Strömbäck): Utländska diplomaternas minnen från svenska hofvet (Erinnerungen ausländischer Diplomaten vom schwedischen Hof). Sthlm. 1885. S. 467 ff.; (N. S. F.) Grundtvig: Er Nordens Forening ønskelig? (Ist die Vereinigung des Nordens wünschenswert?). København 1810. S. 8.

234) B. Lesch: Stedingk och Finland efter skillsmässan (Stedingk und Finnland nach der Trennung). Hist. Tidskr. XV (1930) S. 66 f.; S. Clason: Gustav IV Adolf a.a.O. S. 178.

Rückeroberung zu haben, eine Annahme, die der Wahrheit entsprach[235]. Doch ging von ihm eine Wendung der schwedischen Außenpolitik aus, die mit dem Verzicht auf Finnland eingeleitet wurde[236]. Auch 1812 wurden nun keine Anstalten mehr unternommen, um gegen Rußland einen Krieg zu beginnen, der schwedische Außenminister erklärte vielmehr, daß ein wiedergewonnenes Finnland eine dauernde Belastung des Reiches darstellen würde[237]. Ebenso hielt man im Staatsrat eine offensive Politik gegen Rußland für unmöglich, vielleicht könne man dagegen nach der Eroberung Norwegens an die Rückgewinnung Finnlands denken[238]. Anfang April 1812 garantierten dann Schweden und Rußland einander gegenseitig durch Geheimvertrag ihre Besitzungen[239]. Hiervon sickerte auch einiges nach Finnland durch, selbst die zähesten Anhänger der schwedischen Sache mußten sich nun auf die neuen Verhältnisse als auf endgültige umstellen[240]. Alexanders Einstellung Schweden gegenüber blieb genau so wenig aggressiv wie zuvor; als er Schweden zum Erwerb von Norwegen mitverholfen hatte, äußerte er: „Jetzt kann ich den Schweden ins Gesicht sehen; wir müssen die unglücklichen Jahre von 1808 und 1809 aus unserem Gedächtnis streichen"[241].

V.

Innere Organisationspläne.
Das Wiburger Län.

Auf dem Landtage war schon die Frage wach geworden, wer die finnländischen Dinge weiterhin in Petersburg vertreten solle. Bisher hatte Speranskij zusammen mit Rehbinder diese Angelegenheiten verwaltet, doch war der erstere mit anderen Dingen belastet, von ihm ging dann auch der Gedanke aus, ein Komitee für finnländische Angelegenheiten in Petersburg zu schaffen. Er ließ durch Rehbinder bei dem Komitee für das Regierungsconseil anregen, von dort aus zu dieser Frage Vorschläge zu machen. Die Mitglieder aber bemerkten, sie hätten vom Kaiser keinen besonderen Auftrag erhalten. doch wurde im Komitee auch über diese Frage beraten. Mannerheim erwies sich nicht eben als besonders weitschauender Politiker, als er ein solches Komitee überhaupt für überflüssig erklärte, da ja Speranskij für die Angelegenheiten Finnlands der

235) Schinkel a.a.O. VI S. 107; Scaevola a.a.O. S. 540.
236) Vgl. z. B. S. Clason: Karl XIII och Karl XIV Johan. Sveriges historia till våra dagar (Karl XIII. und Karl XIV. Johann. Geschichte Schwedens bis zu unseren Tagen). XI. Sthlm. 1923. S. 195 ff.
237) Schinkel a.a.O. VI. S. 147 ff.
238) O. Alin: Svenska statsrådets protokoll i frågan om förbundet med Ryssland 1812 (Protokolle des schwedischen Staatsrates in der Frage des Bündnisses mit Rußland). Uppsala universitets årskrift 1900. pass.
239) Clason a.aO. S. 206.
240) C. J. Walleen an Tengström 10. 6. 12. Tengströms Sammlung. Universitätsbibliothek Helsinki. (U. B.)
241) Trolle-Wachtmeister a.a.O. II. S. 20.

denkbar beste Anwalt sei; Tengström meinte, der Kaiser könne ja von sich aus einige hervorragende Finnländer nach Petersburg berufen, um sich von ihnen über das Land unterrichten zu lassen[242]. Hier wie auch sonst wurden die Möglichkeiten, das Schicksal des Landes durch einen energischen Einsatz auf eine sichere Grundlage zu stellen, von den Vertretern Finnlands außer acht gelassen; Beamte, keine Politiker, hatten die Führung in der Hand.

Dennoch wurde eine „Kommission für finnländische Angelegenheiten" in Petersburg geschaffen, allerdings waren unter den sechs Mitgliedern nur zwei Finnländer, Jägerhorn und Rehbinder. Der Kaiser wünschte, daß für Finnland beschlossene Maßnahmen mit den von ihm bekräftigten (udostověrennye) Grundsätzen und Gesetzen übereinstimmten, die Kommission sollte alle Befehle daraufhin prüfen. Außerdem sollte durch sie das finnländische Gouvernement („Altes Finnland") auf einen besseren Stand gebracht werden; zwischen der Kommission und dem Kaiser sollte Speranskij stehen[243]. Die beiden Teile Finnlands erhielten hier zum erstenmal eine gemeinsame Regierungsinstanz, dadurch kam aber wiederum das „Neue Finnland" unter die Kontrolle von Ausländern; möglich, daß damals mit der Vereinigung beider Teile ein engerer Anschluß an das Gesamtreich beabsichtigt war. Sicher aber überschaute Speranskij den Mangel an geeigneten finnländischen Persönlichkeiten und griff deshalb auf Russen (d. h. Deutsche) zurück. Die Kommission stand außerhalb des eigentlichen russischen Staatsapparates, der entsprechende Ukaz wurde auch seinerzeit nicht veröffentlicht.

In Finnland war das Entgegenkommen gegenüber der russischen Regierung nicht mehr so allgemein, wie es während des Landtags und der damit verbundenen Bestätigung der Privilegien gewesen war, letztere war ja für die meisten als eine unerwartete angenehme Überraschung gekommen. Allmählich änderte sich die Stimmung. „Was für eine Sicherheit bietet eine Verfassung, die auf das Wohlwollen eines despotischen Staates begründet ist", schrieb ein Kammerrat; er bemerkte allgemein den Wunsch, unter schwedische Herrschaft zurückzukehren; erst in der nächsten Generation werde das Band zwischen Finnland und Schweden gelockert werden[244]. Die Wahl Bernadottes hatte in Finnland teilweise ähnliche Spekulationen wie in Schweden erzeugt, was

---

242) Tengström an Speranskij 12./24. 4. 09. Mannerheim an dens. 25. 4. 09. Prästest. Protokoll a.a.O. S. 500 ff.

243) Ukaz kommissii Finljandskich děl. 18. 10. 09. Sbornik (Dubrovin) a.a.O. III. S. 267 ff.; vgl. Rauhala a.a.O. I. S. 438 ff.; J. R. Danielson-Kalmari: Viipurin läänin palauttaminen muun Suomen yhteyteen (Die Wiedervereinigung des Wiburger Läns mit dem übrigen Finnland). 2. A. H:ki 1911. S. 66 ff.

244) Nyberg an Länshauptmann O. Wibelius 30. 9. 09. ed.: Bref och anteckningar från kriget i Finland 1808—1809 (Briefe und Aufzeichnungen aus dem Krieg in Finnland 1808—1809). Utg. R. Hausen. (Skr. 130) H:fors 1916. S. 165 ff.

den neuen Generalgouverneur Steinheil[245]) veranlaßte, dem Kriegsminister Barclay de Tolly darüber zu berichten. Er schrieb vom Eindruck der schwedischen Wahl in Finnland, betonte aber, daß die Finnländer mehr aus Gewohnheit der schwedischen Regierung noch verbunden seien, Vorteile hätten sie von drüben nie gehabt. Zur Beruhigung der Bevölkerung empfahl er Dezentralisation des Militärs und Beaufsichtigung der aus Schweden kommenden Reisenden[246]). Als Antwort gab Alexander dem Generalgouverneur geheime Weisungen: „Obwohl die augenblickliche Lage in Schweden keine besonderen Vorsichtsmaßregeln erfordert, so müssen doch wegen der örtlichen Verhältnisse in Finnland, der noch nicht eingespielten Verwaltung und der zahlreichen Beziehungen zu Schweden Maßnahmen getroffen werden, damit die neue Ordnung in jenem Staate auf Finnland keine schädlichen Einflüsse hat ... Für das Volk muß sich die jetzige Lage der Dinge vorteilhafter anlassen, als eine Vereinigung mit Schweden ... Durch die Wahl des Kronprinzen wurden die Kräfte Schwedens nicht so gestärkt, daß es dem natürlichen Wunsch einer Rückgewinnung Finnlands stattgeben könnte, doch muß Rußland bereit sein, bei jedem neuen Krieg Finnland mit zu verteidigen. Meine Absicht bei der Organisation Finnlands war die, dem Volke eine politische Existenz zu geben, es soll sich nicht von Rußland unterjocht, sondern sich durch einen offenbaren Nutzen mit ihm verbunden fühlen; aus diesem Grunde hat es nicht nur seine bürgerlichen, sondern auch seine politischen Gesetze (zakony) behalten und die Verwaltung ist dem Conseil übergeben worden. Daher ist die Mehrzahl der Steuern abgeschafft, das Landheer entlassen und dem Adel sowie den Beamten sind solche materiellen Vorteile geschaffen worden, wie sie ihnen in Schweden niemals zuerkannt werden können." Es müsse versucht werden, üblen Gerüchten entgegenzutreten und diejenigen Personen zu gewinnen, die auf die öffentliche Meinung Einfluß haben, besonders solle der Geistlichkeit mit ihrem großen Einfluß auf das Volk Entgegenkommen gezeigt werden. Daneben müsse man der Bauernschaft zeigen, daß man auch für sie Sorge trage. Ferner befahl der Kaiser, den Verkehr mit Schweden einzuschränken[247]).

Nach wie vor war also Alexander daran interessiert, den konstitutionellen Status in Finnland zu erhalten. Der Gedanke, die mit Rußland neu vereinigten Länder damit zu gewinnen, daß man auf ihren eigenen Vorteil hinweist, kehrt etwa in gleichzeitigen Gesprächen mit dem polnischen Adligen Ogiński wieder; zwischen der Autonomie Finnlands und der geplanten Litauens bestanden

---

[245]) Fabian Steinheil (1762—1831), ein Balte aus Hapsal, 1812 finnländischer Graf, 1819 General. Finnlands Generalgouverneur 3. 3. 10 bis 30. 8. 24.

[246]) Sbornik (Dubrovin) a.a.O. III. S. 292 ff.

[247]) Sbornik (Dubrovin) a.a.O. III. S. 298 ff.

weitgehende Parallelen, wenn auch diese in engerem Rahmen gedacht waren. Doch sollten dort die Bauern dieselben Rechte wie die finnländischen Bauern erhalten[248]).

Im Zusammenhang damit stand die Haltung des Kaisers gegenüber den finnländischen Offizieren. Deren ferneres Schicksal war insofern ungeklärt, als sie auf ihre Dienstgüter (boställen) angewiesen waren. Während ein Vorschlag von Barclay de Tolly dahinging, ein neues Militär aufzustellen, hatte Speranskij es für wenig passend gehalten, in dem eben erst eroberten Lande eigenes Militär zu halten. Eine Deputation finnländischer Offiziere unter der Führung des Generalmajors J. F. Aminoff schlug dem Kaiser vor, die russischen Truppen allmählich durch eine einheimische Miliz zu ersetzen, ein Vorschlag, der dann auch angenommen wurde[249]). In der Einleitung des entsprechenden Manifestes wies Alexander nochmals auf seinen Vorsatz hin, „das Land als freie Nation mit den Rechten, die die Verfassung ihnen gibt, zu regieren", entsprechend solle auch das Militärwesen auf dem früheren Stand erhalten bleiben[250]).

Speranskijs Programm erstreckte sich aber noch weiter, wie aus seinem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1810 hervorgeht. Unter den wichtigsten Dingen, die in Finnland gleich im Anfang zu tun waren, zählte er den Landtag (sejm) als eine „feste Grundlage für den ganzen zukünftigen Aufbau des Staates" auf, ferner die Schaffung eines Rates (senat), die Miliz, Budgetdinge und Instruktionen für den Generalgouverneur und den Prokurator. Außerdem seien noch viele Dinge gemäß der Verfassung des Landes zu erledigen: „Die Regierungsgewalt muß versuchen, sich durch die Details der Verwaltung zu stärken." Deshalb müßten folgende Angelegenheiten in die Hand genommen werden: Ernennung aller Beamten und der Pastoren für die Kronspastorate, sowie die Pensionen; das Ehe- und Kriminalrecht. „Finnland ist ein Staat, kein Gouvernement. Man soll es daher nicht nebenbei und zusammen mit den anderen vorliegenden Angelegenheiten verwalten. Trotzdem wurde seine (Finnlands) Regierung bis jetzt mit den anderen laufenden Geschäften zusammen in einer Kanzlei (nämlich Speranskijs) besorgt, welche aus drei Beamten besteht und die nicht den zehnten Teil der Arbeiten erledigen konnte." Die finnländische Kommission könne sich kaum um die Kriminalsachen und um die Angelegenheiten des alten Finnlands kümmern.

---

[248]) M. Ogińskis Denkwurdigkeiten uber Polen. III. Berlin 1845. S. 95. Vgl. Ogińskis Projekt fur ein litauisches Komité: Sbornik (Dubrovin) a.a.O. III. S. 312 f., Ogiński a.a.O. III. S. 40 ff.

[249]) J. R. Danielson-Kalmari: Suomen valtio- ja yhteiskuntaelamaa a.a.O. Aleksanteri I:n aika (Finnlands Staats- und Gesellschaftsleben a.a.O. (3. Serie:) Die Zeit Alexanders I.). I. Porvoo 1920. S. 106 ff.; Danielson: Finska kriget a.a.O. S. 749 ff.; Hirn a.a.O. S. 200 ff.

[250]) Manifest 15./27. 3. 10. Samling af Placater a.a.O. I. S. 63 ff.

Daher sollte ein befähigter Beamter unter dem Namen „Staatssekretär" oder „Justizkanzler" mit diesen Dingen betraut werden, um ein festes Fundament zu schaffen. Seine Aufgabe sollte sein, den Lauf der Angelegenheiten zu verfolgen, sie dem Kaiser vorzutragen, und vor allem mit persönlichen Beziehungen einen Kontakt zwischen der Regierung und dem Lande zu schaffen[251].

Zur Durchführung dieses Vorschlags fand Speranskij den geeigneten Mann in G. M. Armfelt[252], der im Frühjahr 1811 aus Stockholm nach Finnland übergesiedelt war. Armfelt war von jeher dem schwedischen Königshause gegenüber loyal gewesen, 1788 stand er auf seiten des Königs, 1796 nahm er als Verbannter in Rußland eine ablehnende Haltung gegenüber Sprengtportens Plänen ein[253]. Noch im Anfang des Jahres 1810 überdachte er die Möglichkeiten, Finnland von Rußland zu trennen, um daraus einen eigenen Staat unter Frankreichs oder auch Englands Schutz zu bilden[254]. Schon bei seinem ersten Aufenthalt in Petersburg 1810 hatte er sich für Finnland eingesetzt: er betonte die Bildungsfähigkeit des Volkes und empfahl den Ausbau der Akademie. Für Finnland sei der Wechsel der politischen Existenz ein Vorteil gewesen, doch sei das Land durch die ständigen Truppenverschiebungen belastet, das Volk sei jedoch von der Haltung der Schweden abgestoßen und würde daher keinen Aufstand unternehmen. Es sei ein besonderes Glück, daß die Absichten des Kaisers einen so tauglichen Vollstrecker wie Speranskij besäßen, doch sei er jetzt überlastet, man solle ihm daher ein besonderes Büro für finnländische Angelegenheiten schaffen, das zugleich die jungen Beamten Finnlands mit den Verhältnissen des ganzen Reiches bekanntmachen würde[255].

Armfelts Anregung war möglicherweise von Speranskij wieder aufgenommen worden, nachdem sich die finnische Kommission als ganz unzureichend gezeigt hatte[256]. Jägerhorn hatte vorgeschlagen, das Amt des Generalgouverneurs abzuschaffen und Finnland völlig auf eigene Füße zu stellen, was natürlich nicht angenommen wurde[257]. In dem von Armfelt und C. J. Walleen gemeinsam ausgearbeiteten Entwurf für ein neues Zentralorgan neben dem Gouverneur wurde die monarchische Gesinnung des finnischen Volkes

---

[251] Otčet za 1810-j god (Rechenschaftsbericht für 1810). Sbornik russk. Ist. obšč. XXI (1877) S. 456 ff., bes. S. 476 ff., Korff a.a.O. I. S. 264 ff.

[252] Gustav Mauritz Armfelt (1757—1814) Günstling Gustavs III., 1794 bis 1799 in der Verbannung, 1805—1807 im Kriege gegen Napoleon, April 1811 in Finnland, November 1811 Präses des finnländischen Komitees (s. u.).

[253] C. v. Bonsdorff: Gustav Mauritz Armfelt. I. (Skr. 212) H:fors 1930. S. 99 f., 461 f.

[254] Bonsdorff: Armfelt, a.a.O. II (Sk. 223) (1931) S. 614 f.

[255] Très-humble apperçu sur la Finlande. Sbornik (Dubrovin) a.a.O. II. S. 273 ff.

[256] Rauhala a.a.O. I. S. 444 ff.

[257] Jägerhorns Memorial 12. 5. (a. St.) 11 in finnischer Übersetzung bei Danielson-Kalmari a.a.O. II, 1. S. 66 ff.

betont, doch könne nicht ein einzelner (wie der Generalgouverneur) die komplizierten Gesetze übersehen und die sprachlichen Schwierigkeiten allein überwinden[258]; dieser Vorschlag wurde von Alexander im wesentlichen angenommen und mit der Gründung des Komitees für die finnländischen Angelegenheiten, das in Petersburg seinen Sitz hatte, verwirklicht. Das finnländische Komitee, dem Armfelt als Präsesvorstand und Rehbinder als Staatssekretär zugeteilt war, wachte über die Gesetzmäßigkeit der dem Kaiser vorgelegten Vorschläge, die dem Kaiser vom Staatssekretär vorgetragen wurden. Obwohl als Verhandlungssprache schwedisch bis auf weiteres zugelassen war, sollten die Protokolle ins Russische übersetzt werden[259]. Armfelt hatte schon vorher die Regierungsorgane in Finnland des eingehenden kritisiert: die Verwirklichung der wohlwollenden Pläne des Kaisers ließe manches zu wünschen übrig; es müßte ja der russischen Regierung zum eigenen Vorteil viel an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes liegen. Er schlug vor, die Länshauptleute ständig inspizieren zu lassen und genaue Instruktionen für den Prokurator zu schaffen.[260].

Zum erstenmale war die Initiative wieder von finnländischer Seite ausgegangen, allerdings von einem Außenseiter, welcher nicht aus der finnländischen Bürokratie hervorgegangen war. Armfelt hatte sein ganzes Leben am schwedischen Hofe bzw. in Europa zugebracht, neben seinem eigentlichen Aufgabengebiet als Präses des finnländischen Komitees spielte er als Mitarbeiter des Kaisers während des Krieges von 1812 auch eine europäische Rolle. Da er auf diese Weise mit den russischen Staatsmännern auf gleicher Stufe stand, gelang es ihm, die finnländischen Dinge ganz in seine Hand zu bekommen: „Speranskij spricht niemals mit dem Kaiser über finnländische Dinge, ohne mich anzuhören"[261], schrieb er 1811.

Obgleich die Regierungsorgane Finnlands von sich aus selbständig nichts unternahmen, versuchten sie doch mit allen Mitteln das einmal Gewonnene zu halten, den Ausbau späteren Zeiten überlassend. Die Frage nach den Instruktionen für den Generalgouverneur war noch unentschieden, die geheime Instruktion hatte zwar das Programm umrissen, doch waren die Kompetenzen noch ungeklärt. Schon Barclay de Tolly hatte sich darum bemüht und

---

[258]) Armfelts Vorschlag. Åminnearchiv I F. St. A.

[259]) Instruktion des Komitees 25.10./6.11.11. Samling af Placater a.a.O. I. S. 159 ff.; vgl. Bonsdorff: Armfelt a.a.O. III (1932) S. 101 ff.; Danielson-Kalmari a.a.O. II, 1. S. 78 ff.

[260]) Aperçu sur la situation actuelle de la Finlande. Åminnearchiv I F. St. A. Ed. Danielson-Kalmari. Hist. Arkisto XXIII, 2. (1913); vgl. Armfelt an G. Sandels. Ed. G. Schauman. Forh. och upps. XV (Skr. 51) 1902. S. 205 ff.

[261]) Vgl. Alexanders Ukaz an den Senat 12. 2. (a. St.) 12. P. S. Z. XXXI. 24 994. Alle Finnland betreffenden Angelegenheiten müssen dem Prasidenten des Komitees vorgelegt werden.

bezeichnenderweise den finnländischen Juristen Calonius mit der Ausarbeitung beauftragt. Calonius hatte auch eine Instruktion für den Prokurator (s. u.) verfaßt[262]. Beide Instruktionen wurden in Petersburg (wahrscheinlich von Emine) bearbeitet und dann dem Conseil vorgelegt[263]. Dieser protestierte: seine Befugnisse seien hierdurch eingeschränkt worden und die Landesgesetze in einigen Punkten verletzt; Steinheil fühlte sich als Soldat diesen juristischen Dingen nicht gewachsen; da Calonius krank war, wandte er sich an Speranskij[264]. In seiner Antwort betonte Speranskij, daß die erste Redaktion von Calonius herstamme, und daß er selber „weder der erste noch der letzte Redakteur" sei. Er wünsche genau so wie der Conseil die Gesetze zu bewahren, doch sei dieser nicht auf Grund der Verfassung, sondern einzig nach dem Ermessen der Regierung eingerichtet worden. Da Finnland nie einen Conseil besessen habe, sei dieser auch kein Bestandteil der Verfassung, daher gehöre sein Reglement auch nicht zur Konstitution. Dieses könne daher ergänzt und abgeändert werden; die in Frage stehenden Instruktionen seien aber gerade eine solche Ergänzung; ob die Regierung die „avis" des Conseils beachte, stehe in ihrem Ermessen. Im übrigen sei der Kaiser bereit, die Instruktionen bis zur endgültigen Klärung der Sachlage zu suspendieren, doch solle die ganze Frage nicht als politisches Problem, sondern als juristische Streitfrage behandelt werden[265]. Speranskijs Einlenken am Schluß wie auch die spätere Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung machen augenscheinlich, daß es ihm mehr um das Prinzip als um die praktischen Folgen zu tun war. Doch hatte er mit dieser Argumentation die finnländische Selbstverwaltung in ihrem augenblicklichen Bestand überhaupt in Frage gestellt; denn wenn der Landtag nicht tagte, stellte eben der Conseil das einzige Organ der Staatlichkeit dar. Es war in der Folge ein Glück, daß diese unfreundliche Interpretation sobald nicht wieder angewandt wurde.

Die von Calonius, Rehbinder und anderen gemachten Anmerkungen zur Instruktion definierten deren Zweck dahin, daß „diese aus dem Amt des Generalgouverneurs ein höheres Verwaltungsorgan als den Conseil schaffen wollte; diesen Einwänden entsprechend traten die Instruktionen abgeändert in Kraft[266]. Nun sollte der Generalgouverneur der Vorsitzende des Conseils und der Chef der zivilen Executive sein; im Conseil besaß er nicht das Vetorecht, bei Meinungsverschiedenheiten konnte er sich

---

262) M. Calonius a.a.O. S. 61 ff.

263) Rauhala a.a.O. I. S. 384 ff.

264) Steinheil an Speranskij 20. 4. 11. Sbornik (Dubrovin) a.a.O. III. S. 305 f.

265) Speranskij an Steinheil 12. 5. 11. Sbornik (Dubrovin) a.a.O. III. S. 306 ff.

266) Instruktionen für den Generalgouverneur und den Prokurator 31. 1./12. 2. 12. Samling af Placater a.a.O. I. S. 216 ff., 229 ff.

lediglich an den Kaiser wenden (entgegen der früheren Fassung). Er konnte Beamte suspendieren, auch durften sich diese nicht unter Umgehung des Generalgouverneurs an den Kaiser wenden; wiederum durfte der Generalgouverneur sich mit den unteren Beamten nicht in Verbindung setzen, ohne deren Vorgesetzte hinzuzuziehen. Der Prokurator assistierte dem Generalgouverneur und wachte über die Einhaltung der Gesetze und Grundlagen sowie über die Amtsführung der Beamten.

Im Frieden von Nystadt (Uusikaupunki) waren die Privilegien der abgetretenen Gebiete nicht bestätigt worden, doch hatten die schwedischen Gesetze in Analogie zu den baltischen Provinzen weitergegolten, wie auch die Privilegien von Wiburg, als einer deutschen Stadt, bestätigt worden waren[267]. Den 1743 erworbenen Gebieten dagegen waren die „Rechte und Freiheiten" garantiert worden[268]. Wegen des Mangels einer bodenständigen Beamtenschicht ging die Verwaltung bald ganz in baltendeutsche Hände über; so war in den höheren Gerichten die Verwaltungssprache deutsch, während in der Gouvernementskanzlei wiederum nur russische Bittschriften entgegengenommen wurden[269]. Entsprechend hatten auch die Elementarschulen Deutsch als Unterrichtssprache, sie unterstanden seit 1803 der Universität Dorpat[270]. Die gebildete Schicht im „Alten Finnland" verstand zum Teil kaum schwedisch, die Vielzahl der Sprachen brachte erhebliche Schwierigkeiten mit sich, da ja die Gesetze (Sveriges Rikes Lag 1734) in Schwedisch vorlagen, der Schriftwechsel auf Deutsch und Russisch, und Verhöre usw. auf Finnisch erledigt werden mußten[271]. Das zentrale Problem des Alten Finnland waren aber die ländlichen Verhältnisse: die ursprünglich freien Bauern auf Kronland waren durch die Donationen der Zaren allmählich auf den Stand der russischen Leibeigenen herabgedrückt worden. Zwar sollten die Abgaben der Bauern durch Revisionen bestimmt werden, doch strebten die (russischen oder deutschen) Inhaber der Donationen darauf hin, das ihnen zum Nießbrauch überlassene Land in Allodialbesitz umzuwandeln[272]. Zwar ver-

---

[267] Nol'de a.a.O. S. 411 ff.; P. S. Z. XI. 8652; vgl. J. W. Ruuth: Wiborgs stads historia (Geschichte der Stadt Wiburg). II. Wiborg 1906. S. 583.

[268] § 6 des Friedens von Åbo. P. S. Z. XI. 8766.

[269] O. Hannikainen: Vanhan Suomen eli Viipurin laanin oloista 18:lla vuosisadalla (Über die Zustande im Alten Finnland oder Wiburger Lan im 18. Jahrhundert). Diss. H:ki. 1888. S. 20 f., 121 f.

[270] M. Akiander: Skolverket inom fordna Viborgs och nuvarande Borgå stift (Das Schulwesen im fruheren Wiburg,- jetzigem Borgåstift). Bidrag till kannedom af Finlands natur och folk IX. H:fors 1869. S. 87 ff. u. o.; J. Parssinen: Die Einwirkung der deutschen Padagogik auf die Begrundung der deutschen Schulen im „Alten Finnland". Padagogische Studien II. Weimar 1927. S. 1 ff.

[271] Porthan: Bref till samtida a.a.O. S. 276.

[272] M. Akiander: Om donationerna i Viborgs lan (Über Donationen im Wiburger Lan). H:fors 1864. pass.; A. Komonen: Ita-Suomen

suchte der Senat dieses zu verhindern, da dadurch die Rechte der Bauern gekränkt würden[273], doch mußte 1802 eine besondere Kommission zur Klärung dieser Dinge eingesetzt werden, die ausdrücklich ermahnt wurde, die Dinge nicht nach russischen Verhältnissen zu beurteilen[274]. Das Mißtrauen gegen Rußland, das 1808 die Haltung der breiten Massen bestimmte, rührte nicht zuletzt aus der Befürchtung her, daß sich die Lage des finnischen Bauerntums bei einer Eroberung der des übrigen Reiches angleichen würde. Auch Gustav III. hatte das Volk auf das Schicksal seiner Stammesgenossen im russischen Finnland, im Wiburger Gouvernement hingewiesen, als er Ende 1788 sich wiederum endgültig der Treue des Volkes versichern wollte. Russischerseits war man bemüht, diese Befürchtungen zu zerstreuen, indem man die bäuerlichen Angelegenheiten aus der inaktiv gebliebenen Kommission von 1802 in die „Kommission für finnländische Angelegenheiten" übertrug, die ja zugleich die das Alte und Neue Finnland betreffenden Dinge umfassen sollte. Schon 1810 hatte Armfelt eine Vereinigung der beiden Teile Finnlands als wünschenswert und vorteilhaft bezeichnet[275].

Ende 1811 nahm Armfelt diese Sache energisch in die Hand. Er schrieb: „Mein Vorschlag wird trotz aller Schwierigkeiten durch ein Machtwort entschieden, die Ausfüllung der Lücken wird der Zukunft überlassen"[276]. Schon vorher war den Einwohnern des „finnländischen Gouvernements" gestattet worden, in Turku (Åbo) zu studieren, da Finnland in bezug auf Sprache, Einwohner usw. ein Ganzes bilde, außerdem sei in Åbo auch für russischen Unterricht gesorgt[277]. Der Boden war also schon vorbereitet, als Armfelt mit zwei Memorialen über diese Frage einkam. Er wies darauf hin, daß die Vorteile der Verfassung auch im Alten Finnland den Wunsch nach einer Wiedervereinigung erweckt hätte, wobei er Teile des alten Gouvernement Kexholm (Käkisalmi) wegen der dortigen anderen Verhältnisse ausnehmen wollte. Weiter empfahl er, in einer feierlichen Versicherung den Einwohnern des Alten Finnland die gleichen Rechte wie den übrigen Finnländern zu geben[278]. In einem zweiten Memorial wies er darauf hin, daß die Rechtsverhältnisse der Bauern sobald

---

lahjoitusmaiden historiaa (Über die Geschichte der Donationsländereien in Ostfinnland). Karjalan Kirja (Karelien-Buch). Toim. I. Härkönen. 2. A. Porvoo 1932. S. 979 ff.; Danielson-Kalmari: Viipurin lääni a.a.O. S. 16 ff.

[273] P. S. Z. XXV. 18 607. (30. 7. 1798.)

[274] P. S. Z. XXVII. 20 274. (19. 5. 1802.)

[275] Très-humble apperçu a.a.O.

[276] Armfelt an G. Fr. Stjernvall 22. 10. 11. Åminnearchiv I.

[277] P. S. Z. XXXI. 24 521. (11. 2. 11.)

[278] Armfelts „Réflexions sur la réunion de l'ancienne et de la nouvelle Finlande". Åminnearchiv I. ed. J. R. Danielson: Viborg läns återförening med det övriga Finland (Die Wiedervereinigung des Wiburger Län mit dem übrigen Finnland). H:fors 1894. S. 90 ff.

als möglich geregelt werden sollten, da die Donationen zwar die Bauern ausgenutzt, aber die Wirtschaft nicht gehoben hätten[279]. Speranskij bemerkte dazu, daß die russische Regierung schon lange ihre Aufmerksamkeit dem Zustand im finnländischen Gouvernement geschenkt habe; bislang habe man aber wegen der besonderen Verhältnisse dort weder die schwedische noch die russische Gesetzgebung anwenden können. Dagegen würden die Grundsätze des Neuen Finnland auch hierhin passen, einer Vereinigung stehe umso weniger etwas im Wege, als beide Teile im Kaiserreich unter einer gemeinsamen oberen Gewalt stünden; deshalb sei kein Grund vorhanden, sie noch weiter getrennt zu lassen[280].

Im Manifest über die Vereinigung des finnländischen Gouvernements mit dem Großfürstentum vom 11./23. 12. 1811 wurde die Maßnahme an sich nicht weiter motiviert[281]. Die ländlichen Verhältnisse wurden in diesem Manifest nicht erwähnt, Speranskij scheint an Maßnahmen in dieser Hinsicht noch nicht gedacht zu haben. Deswegen schlug Armfelt eine Festsetzung der Rechte der verschiedenen Stände vor, um ein festes Fundament zu schaffen. Unter Speranskijs Bemerkungen zu Armfelts Entwurf für ein neues Manifest charakterisiert die eine seine Haltung: „Das Wort ‚unserem Reiche einverleibt' ist zu stark. Es kann zu verschiedenen Deutungen Anlaß geben; obwohl es der Lage der Dinge entspricht, soll man es nicht unnütz anwenden" — der Kaiser strich diesen Ausdruck. Im übrigen wurde der Entwurf Amfelts unverändert veröffentlicht. Das Verhältnis von Bauern und adligen Gutsbesitzern sollte nach denselben Prinzipien wie im übrigen Finnland geregelt werden, daneben gab der Kaiser auch den nach Finnland versetzten Bauern russischer Herkunft die gleichen Rechte wie den Finnen[282]. Mit der Rückgliederung des „Viborger Läns" an Finnland ergaben sich eine Menge von Fragestellungen verwaltungstechnischer Art: die Kirchen und Schulen wurden dem Bischof von Porvoo, Alopaeus, unterstellt, der sich sogleich von dem Geist der Pfarrerschaft im Alten Finnland überzeugen sollte[283]. Für die deutschen Schulen bestand die Gefahr, daß sie in schwedische umgewandelt würden[284]. Stein-

---

279) In finnischer Übersetzung bei Danielson-Kalmari: Viipurin laani a.a.O. S. 108 ff.

280) Borodkin a.a.O. S. 362 ff.; Danielson-Kalmari: Viipurin laani a.a.O. S. 117 ff.

281) P. S. Z. XXXI. 24 907; Samling af Placater a.a.O. I. S. 181 f. 11./23. 12. 11).

282) Armfelts Vorschlag mit Abanderungen des Kaisers und Speranskijs. Aminnearchiv. I.; P. S. Z. XXXI. 24 934; Samling af Placater a.a.O. I. S. 182 f. (31. 12. 11/12. 1. 12).

283) Armfelt an Alopaeus 26. 10. 11. Sbornik (Dubrovin) a.a.O. III. S. 313.

284) Vgl. A. Takolander: Erik Gabriel Melartin I. Finska Kyrkohistoriska samfundets handlingar XXI. Ekenas 1926. S. 43 ff.; L. Pur-

heil trat für die Weitererhaltung der deutschen Sprache wenigstens am Wiburger Gymnasium ein: „Da diese Sprache unter den gebildeten Ständen in Altfinnland allgemein gebräuchlich ist, kann sie füglich als die dortige Landessprache bezeichnet werden"[285]. Ein russischer Beamter meinte, daß die deutsche Sprache das beste Mittel sei, um das Russische allgemeiner zu machen, da Deutschland ja nähere Beziehungen zu Rußland habe als Schweden[286].

Eine besondere Frage stellte die Vereinigung der Adelskörperschaften der beiden Teile Finnlands dar. Der Wiburger russische Adel konnte nicht ohne weiteres geschlossen in das finnländische Ritterhaus introduziert werden. Das Komitee konnte nicht alle Adeligen als solche anerkennen, da der zahlreiche russische Adel dann die Majorität im Adelsstande gehabt hätte, Steinheil dagegen machte geltend, daß dadurch das Recht des Kaisers, den Adel zu verleihen, beschränkt werde; der Kaiser entschied auch in diesem Falle (12/30. 7. 1816) zugunsten der finnischen Verfassung; deshalb wurden nur bestimmte Geschlechter introduziert[287].

Soweit man russischerseits angesichts der größeren Ereignisse sich um die Schmälerung des russischen Kerngebiets im Norden kümmerte, zeigte sich eine starke Opposition. Der Admiral P. V. Čičagov, ein neu ernanntes Mitglied des Reichsrats, opponierte dort gegen die Ausgliederung des Wiburger Läns, wie er in einem Brief an S. Voroncov berichtet. Der Kaiser selbst antwortete ihm und legte dar, daß die Vereinigung nur noch formaler Natur sei, da die beiden Teile schon vorher nach denselben Prinzipien regiert worden seien. Čičagov fügte in seinem Brief hinzu, daß es zwecklos gewesen sei, weiter zu widersprechen, es werde ja doch alles gemacht, wie Speranskij es wünsche, er habe beschlossen, sich von nun ab nicht mehr um den Reichsrat zu kümmern[288]. Ein anderer Zeitgenosse äußerte: Die Grenze eines unabhängigen Staates, von „Armfelts Herzogtum", sei wieder näher an die Hauptstadt herangerückt; gerade Armfelts Einfluß wurde als schädlich angesehen[289]. Andere machten wieder Speranskij den

---

gold: Über die Wichtigkeit der deutschen Sprache für gründliche Bildung, insbesondere in Finnland. St. Pbg. 1813. pass.; O. A. Kallio: Viipurin läänin järjestämisestä muun Suomen yhteyteen (Über die Einordnung des Wiburger Läns in das übrige Finnland). Diss. H:ki 1901. S. 134 ff.

285) Steinheil an Alopaeus 30. 3. 12 ed. Neovius a.a.O. S. 207.

286) Ruuth a.a.O. II. S. 584.

287) J. Ahrenberg: Den viborgska adeln, dess institution, dess riddarhus och dess upplösning (Der Wiburger Adel, seine Institution, sein Ritterhaus und dessen Auflösung). Förh. och upps. XV (Skr. 51) 1902. S. 116 ff.; Kallio a.a.O. S. 97 ff.; P. O. v. Törne: Finlands Riddarhus 1818—1918 (Finnlands Ritterhaus 1818—1918). I. H:fors 1926. S. 96 f.

288) P. V. Čičagov an Graf S. Voroncov. 12. 9. (a. St.) 12. Archiv knjazja Voroncova XIX (1881) S. 174 ff.

289) Goleniščev-Kutuzov a.a.O. S. 93.

Vorwurf, daß er das russische Reich durch diese Abtretungen schwäche: mit welchem Recht habe denn Finnland jemals zu Schweden gehört, da ja alle anderen finnischen Völker unter russischer Herrschaft ständen[290]. N. Turgenev bemerkt: die Finnen in Altfinnland, die schon ganz die russische Sprache angenommen hätten, müßten zur schwedischen Sprache zurückkehren. Falls in Rußland jemals Reformen zum allgemeinen Wohl durchgeführt werden sollten, könnte Finnland ohne Bedauern seine Bande zum Reich verengern, im allgemeinen Wohlergehen sei der Verlust der gegenwärtigen Rechte wieder gut gemacht; jetzt aber hielten diese sie außerhalb des russischen Chaos[291]. Zweifelsohne hatte auch Rumjancev damals zur Widerstandspartei gehört, wie er überhaupt den Finnländern empfahl, auf ihre „sogenannten konstitutionellen Rechte" zu verzichten[292]. Bei Rumjancev traf übrigens Rehbinder im Jahre 1812 auch den Freiherrn vom Stein; dieser war sehr erstaunt, daß Finnland noch eine Konstitution hatte. Dann aber versuchte er Rehbinder zu überzeugen, daß dieses vom Kaiser ein Unrecht sei, und daß die Finnländer alle ihre alten Papiere zerreißen und in das Verhältnis einer russischen Provinz übergehen sollten[293].

Speranskijs Maßnahmen in Finnland hatten wohl erheblich dazu beigetragen, seine Stellung zu untergraben. Zur Verteidigung entwarf er daher um die Wende von 1811/1812 „Observations", in denen am Beispiel Finnlands die Richtigkeit der Reformpläne und -maßnahmen im Gesamtreich erhärtet werden sollten[294]. Obwohl er sich nicht von Theoretikern (Bacon, Rousseau, Siéyès) leiten lasse, lägen doch aller Regierung und Rechtspflege unveränderliche Grundsätze zugrunde. Finnland sei seinerzeit mehr durch Gesetze und Einrichtungen als durch geographische und nationale Bedingungen mit Schweden verbunden gewesen. Durch die Bewahrung der alten Rechte sei das Großfürstentum nun ein Beispiel dafür, daß eine freie Provinz, deren Rechte gewahrt seien, alle anderen in der genauen Anwendung der Gesetze, der weisen Regierungsführung und der Bewahrung der reinen und frommen Sitten übertreffe; ebenso erfülle sie auch am besten die Bedürfnisse des Reiches. Eine Verfassung sei ein Ergebnis der den Ländern gemäßen Gesetze und Einrichtungen sowie ein Ausdruck des dort herrschenden Geistes; Verfassungen, die den tatsächlichen Gegebenheiten nicht entsprächen, zerstörten dagegen die allgemeine Ordnung und wahre

---

[290] F. F. Vigel': Zapiski (Aufzeichnungen). III. Moskau 1892. S. 184 f.
[291] N. Tourgeneff: La Russie et les Russes. III. Paris 1847. S. 123 f.
[292] Rehbinder: Souvenirs a.a.O.
[293] Rehbinder: Souvenirs a.a.O.
[294] Speranskijs „Observations sur la Finlande avec quelques parallèles sur les principes de l'administration intérieure" (ohne Datum und Unterschrift). Äminnearchiv I. Vgl. Danielson-Kalmari: Aleksanterin aika a.aO. I. S. 509 ff.

Freiheit und könnten sich auch niemals lange erhalten. Finnland sei eins der ältesten Beispiele des feudalen und korporativen Gedankens: der Adel sei völlig den monarchischen Bedürfnissen angepaßt gewesen, die Landeigentümer, zugleich die Oberhäupter der Familien, hätten gemeinsam ihre Angelegenheiten beraten, dies sei der erste Anfang einer Repräsentation. Eine solche sei das sicherste Mittel, um einen verantwortungsvollen Monarchen über die Verhältnisse des Landes zu unterrichten. Die finnländische Repräsentation sei besonders einfach im Aufbau, daher erhalte von dort der Kaiser besonders genaue Nachrichten. Rußland solle entsprechend aufgebaut und repräsentiert werden. Dazu müßten die Gebiete gleichartigen Charakters zu Regierungseinheiten zusammengeordnet werden, um sie nach einheitlichen Grundsätzen verwalten zu können. Diese Einheit und Gleichartigkeit stelle die Einheit des monarchischen Gedankens dar, der konstitutionellen Grundsätze und Regierungsprinzipien; eine Verletzung der Sitten und Gewohnheiten zerstöre jedoch die wahre geistige Einheit: „kann man Sprache, Sitte, Gedankengänge, Grenzen, Klima und Produkte denn vereinheitlichen? Und wenn man es vermöchte, was hätte man daraus für einen Nutzen?" Vorbildlich seien auch die Beamten in Finnland, da sie nur von ihren Gehältern lebten, deshalb sei dort das öffentliche Leben auf Achtung und Vertrauen aufgebaut. Die Verfechter der Leibeigenschaft behaupteten, freie Bauern würden nur die fruchtbarsten Gebiete anbauen, das übrige aber brach lassen, in Nordfinnland finde man das Gegenbeispiel. Man müsse die Bauern in Rußland durch Pachtverträge für gewisse Zeit an die Scholle binden, so würden sie wenigstens in ein Rechtsverhältnis gebracht.

Offensichtlich hatte Speranskij in diesem Reformentwurfe, vielleicht seinem letzten, Finnlands augenblickliche Stellung nur als Vorbild zu einer späteren Umorganisation ganz Rußlands im Auge, es sollte also auf die Dauer keine Ausnahmestellung innerhalb des Reiches einnehmen. Noch eindringlicher als in seinem Entwurf zu einer russischen Verfassung von 1809 betonte er hier die Bedeutung organisch zusammengefügter Teilgebiete für eine haltbare Organisation der Gesamtregierung[295]. Entsprechend seinen früheren Ausführungen räumte er den Repräsentationen, also auch dem finnländischen Landtag, lediglich beratende Funktionen ein. Vielleicht hatte seine Beschäftigung mit den sozialen Verhältnissen in Finnland, hatten seine Eindrücke vom dortigen Bauerntum als Stand auf dem Landtage soziale Interessen bei ihm erst wach gerufen; durch dieses Beispiel kam er auf die Möglichkeit, das Leibeigenschaftsverhältnis umzuwandeln. Hieraus kann man auf die Probleme schließen, die Speranskij zur Zeit seines

---

[295]) Plan vseobščago gosudarstvennago obrazovanija. ed. V. I. Semevskij. Istoričeskoe Obrozenie X (1899) S. 1 ff.

Falles bewegten. Es läßt sich wohl annehmen, daß Alexanders Verhältnis zur finnländischen Verfassung nicht völlig mit dem Speranskijs übereinstimmte. Denn für diesen war die finnländische Konstitution eine Vorstudie zu einer möglichen Reform des Gesamtreiches, deshalb interessierten ihn die finnländischen Dinge auch mehr indirekt; Armfelt äußerte über ihn, allerdings nicht ganz objektiv: „er hatte die Dinge Finnlands so schlecht geführt, daß der Kaiser, als er sie ihm abnahm, nichts weiter getan hat, als die Plackereien nicht zu autorisieren"[296]. Auch andere beklagten sich schon früher über Speranskijs Nachlässigkeit: alle finnländischen Angelegenheiten blieben liegen[297]. Aminoff war dagegen auch nach seinem Sturz noch von ihm sehr eingenommen[298], ebenso glaubte Rehbinder, daß der „vielleicht größte Mann im gegenwärtigen Rußland" nur das Opfer feiger Intrigen geworden sei[299].

Armfelts Anteil an Speranskijs Fall ist nicht völlig zu klären. Armfelt selbst schrieb: „die Affäre hätte sehr düster werden können, wenn man die Fäden alle verfolgt hätte, doch wurden die Befehle des Kaisers nicht befolgt, so ist man ohne Beweise über die ganze Ausdehnung des Plans geblieben"[300]. „Ich sehe keine eigentliche Verräterei oder Revolutionspläne, wie andere sehen wollen, aber es liegt ein unmäßiger Ehrgeiz, eine Lust zu verändern und zu zerstören bei ihm vor"[301]. Sicher hat bei Armfelt das Motiv mitgesprochen, daß er durch Speranskij auf weite Sicht hin die staatliche und nationale Eigenständigkeit Finnlands gefährdet sah. Dadurch, daß die einzige Persönlichkeit, welche Rußland vielleicht in einen konstitutionellen Staat hätte verwandeln können, von der Bildfläche verschwand, blieb die Sonderstellung Finnlands umso sicherer bewahrt. Auch die schweren Jahre von 1899 bis 1905 haben den Bestand Finnlands im Kern nicht so gefährden können, da sie auf administrative Maßnahmen beschränkt waren, wie die Jahre von 1906 bis 1917; damals steuerte die Entwicklung darauf hin, Finnland in den Rahmen einer konstitutionellen Monarchie einzufügen. Nur der Umstand, daß 1914 der Krieg ausbrach, verhinderte, daß die finnländische (Provinzial-, nach Speranskijs Vorstellung) Repräsentation in der Duma aufging.

Bestürzung und Unsicherheit waren die Empfindungen der Zeitgenossen in Finnland bei Speranskijs Fall; man fürchtete Rückwirkungen auf Alexander. „Da die Absichten des Kaisers von niemand unterstützt werden, nimmt sein Selbstvertrauen und die Festigkeit des Willens ab ... Die Folgen davon haben sich

---

296) Bonsdorff: Armfelt a.a.O. III. (Skr. 234) S. 129 f.
297) Walleen an Tengström 19. 6. 10. Tengstr. Slg. U. B.
298) Aminoff an Tengström Nov. 11., 24. 4. 12. Tengstr. Slg.
299) Rehbinder: Souvenirs a.a.O.
300) Bonsdorff: Armfelt a.a.O. III. S. 131 ff.
301) Armfelt an Tengström 14. 5. 12. Tengstr. Slg. U. B.

auch schon bei uns gezeigt, die wir durch ein unglückliches Schicksal an ein Land gefesselt sind, wo mehr als woanders private Interessen regieren, gegen diese vermag der gute Wille des Einzelnen nichts. Unsere Stellung ist wirklich beklagenswert und kann in Zukunft niemals glücklich werden, umso mehr, als bei uns niemand mit dem Ernst daran arbeitet, und weil man hier (in Petersburg) in uns nur Feinde sieht, die man eines Tages zerschmettern müßte"[302]. Ein grelles Schlaglicht auf die Situation wirft der Ausspruch des Kaisers zu Armfelt: „Ich bin für das Unglück geboren, wenn ich glaubte, das Beste zu tun, habe ich nichts wie Dummheiten gemacht"[303].

Alles, was in Petersburg über Finnland beschlossen wurde, ging von nun an durch Armfelts Hände, im finnländischen Conseil fand er wenig Rückhalt[304]. Die vielen Aufgaben, die sich mit der durchaus selbständigen Regierung des Landes ergaben, überstiegen bei weitem die Kräfte der Mitglieder, die nun nur noch versuchten, alles Neue fernzuhalten. „Alles war neu, alles mußte von Grund auf in veränderter Form organisiert werden, und dieses Chaos sollte von unerfahrenen Beamten und von zum größten Teil unkundigem Personal geordnet werden"[305]. Armfelt bemerkte schon in seinem „Aperçu" 1811 die Unzulänglichkeit des Conseils; er versuchte nicht nur durch einen Mitgliederschub das Instrument geschmeidiger zu machen, sondern wollte darüber hinaus auch das Organ an sich umfassen: auf dem Landtage sei alles den damaligen Verhältnissen nach eingerichtet worden, jetzt aber müsse sich das Fundament bilden, worauf sich dann die ganze Zukunft aufbaue[306]. Armfelt äußerte sich skeptisch über die Möglichkeiten einer Neuformung der lokalen Regierung, doch wollte er den Einfluß des Conseils gegenüber dem Generalgouverneur noch gestärkt wissen[307]. Anfang 1812 arbeitete Ehrenström ein „Bedenken" aus, dem zufolge die Arbeit des Conseils auf Kollegien verteilt werden sollte, über diesen sollte ein Staatsrat mit dem Generalgouverneur als ausschlaggebender Persönlichkeit stehen[308]. Daß dem Generalgouverneur das Entscheidungsrecht gegeben wurde, obwohl Ehrenström in demselben Atemzuge bedauerte, daß dieser aus Unkenntnis der Sprache und Gesetze bislang hätte immer beiseite stehen müssen, zeigt sehr deutlich, daß man in maßgebenden Kreisen sich nicht einer Ausdehnung des russischen Einflusses auf dem Gebiet der Verwaltung

---

[302-303] Walleen an Tengström 2. 4. 12, 10. 6. 12. Tengstr. Slg.

[304] C. v. Bonsdorff: Statsmän och dignitärer (Staatsmänner und Würdenträger). (Skr. 159) H:fors 1921. S. 1 ff.; K. W. Rauhala: Suomen senaatti (Finnlands Senat) I. H:ki 1915. S. 50 ff.

[305] Mannerheim a.a.O. S. 104 f.

[306] Armfelt an G. F. Stjernvall 27. 10. 13. Åminnearchiv I a.

[307] Lesch: Mannerheim a.a.O. S. 327 f.

[308] T. Hartman: De tre Gustavianerna (Die drei Gustavianer). H:fors 1899. S. 278 ff.; J. R. Danielson-Kalmari a.a.O. II, 1. S. 433 ff.; Rauhala: Keskushallinto a.a.O. II. S. 2 ff.

entgegen stellte. Man kann sich fragen, inwieweit für die Mehrheit des finnländischen Adels der Einsatz für die Verfassung mit einem Einsatz für die eigenen Privilegien identisch gewesen sei, auch Ehrenström betonte, daß er in seinem Entwurf immer darauf gedrungen habe, daß alle Mitglieder des Staatsrates Adelige seien sollten (wie in Schweden)[309].

Tengström, als eine der maßgebenden Persönlichkeiten, nahm in einem weitläufigen Gutachten zu Ehrenströms Verbesserungsvorschlägen Stellung. Abgesehen von seiner im Prinzip konservativen Haltung wandte er sich gegen jede Vergrößerung des Regierungsapparates, da der Mangel an tauglichen Beamten sich schon unter den gegenwärtigen Umständen äußerst nachteilig fühlbar mache. Auch bemerkte er, ebenso wie Mannerheim[310], die Schwierigkeiten, die sich aus einer Machterweiterung des Generalgouverneurs ergeben könnten, wenn dieser „außerhalb Finnlands geboren und erzogen, unsere Gesetze und Regierungsweise nicht kennt und sich womöglich um diese auch nicht kümmert." In bezug auf eine Beibehaltung der dem Adel vorbehaltenen Plätze solle man von dem schwedischen Vorbild ruhig abgehen und vielmehr nur auf Ehrlichkeit und Eignung sehen. Im übrigen sollte das in Porvoo Erarbeitete als Grundlage bestehen bleiben[311]. Ehrenström selbst ging auf den Tengströmischen Vorschlag ein, indem er dann den Beschluß des Generalgouverneurs der Mehrheit unterordnete[312]. Obwohl Armfelt den Gedanken einer Neuschaffung der Regierung noch bis zu seinem Tode im Auge behielt, als sein „politisches Testament", wurde doch schließlich zu seinen Lebzeiten nichts mehr aus dem Plan[313]; Alexander, auf den es entscheidend ankam, war durch die Dinge in Europa in Anspruch genommen.

Auch nach Speranskijs Abgang verblieb also die Initiative, die eigentliche Führung des Landes, in Petersburg. Armfelt, mit dem Kaiser in aufrichtiger Ergebenheit durch gemeinsame politische Anschauung verbunden, wirkte auf dem Feld der großen Politik; bei der endgültigen Wendung des Kaisers gegen Napoleon war er einer der einflußreichsten Ratgeber, da er konsequent auf dem einmal eingenommenen Standpunkt beharrte[314]. Dadurch schuf

---

309) Ehrenstrom an Aminoff 8.4.12; Danielson-Kalmari a.a.O. II, 1. S. 449.

310) Lesch a.a.O. I. S. 328 ff.

311) Tengstroms „Något om forbattring eller forandring i Finlands styrelseratt" (Einiges uber Verbesserungen oder Veranderungen in Finnlands Regierungsweise) (18.1.13). Ed. A. Hjelt: Hist. Arkisto XIII (1893) S. 124 ff.

312) Ehrenstroms Entwurf. Stjernvall-Walleensche Sammlung. F. St. A.

313) Armfelt an G. F. Stjernvall 18.5.14; Bonsdorff: Statsman a.a.O. S. 30 ff.; Hartmann a.a.O. S. 282 ff.; Bonsdorff: Armfelt a.a.O. III. S. 216

314) Vgl. das Urteil von A. Vandal: Napoleon et Alexandre I. III Paris 1896. S. 376.

er sich eine Stellung, die dann auch auf Finnland zurückwirkte. Armfelt ist so nur bedingt dem Kreise der finnländischen Beamtenschaft zuzurechnen, im wesentlichen beschränkten sich seine Beziehungen auf die beiden anderen der „drei Gustavianer", J. F. Aminoff und A. H. Ehrenström. Mit den übrigen Beamten verbanden ihn nur noch lose Beziehungen; die beiden Brüder Stjernvall, die „Reichsprojektmacher", gehörten zu den wenigen, von denen er etwas hielt. Beide versuchten, die Entwicklung in Finnland weiterzutreiben, jeweils von ihrem Posten als Länshauptleute aus; Carl Johan setzte sich als Länshauptmann in Wiburg bzw. als Präses des Organisationskomitees für Altfinnland nach Möglichkeit für die Verbesserung der Lage der Donationsbauern ein, Gustav Fredrik erwies in seinem Wirkungskreis in Uusimaa (Nyland) seinen Weitblick und sein soziales Interesse in der Armenfürsorge[315]. Im übrigen aber hegte Armfelt gegen die führenden Kreise eine starke Antipathie, zahlreich sind seine Aussagen über die Unfähigkeit, Langsamkeit und Begehrlichkeit der Beamten, über mangelndes Verständnis für die neue Lage und mangelnde Loyalität. Besonders die Atmosphäre von Turku (Åbo), nach Schweden hin gelegen und daher noch allzu eng mit dem einstigen Mutterlande verbunden, schien separatistischen Strömungen günstig zu sein, auch Aminoff beklagte sich darüber, daß in Åbo auch unter der höheren Beamtenschaft sich noch schwedische Sympathien bewahrt hätten[316]. Deshalb nahm Armfelt den Plan G. F. Stjernvalls von 1810, den Conseil nach Helsinki zu verlegen, wieder auf[317].

Trotz Steinheils ablehnender Haltung und selbstverständlich des Protestes der Betroffenen drückte er diese Maßnahme beim Kaiser durch; sie wurde damit begründet, daß durch die Vereinigung von Regierung und Akademie in einer Stadt dort das Leben für die Studenten zu teuer sei, für Helsingfors spräche dagegen „die größere Nähe zu Petersburg und die staatsbürgerliche Denkweise seiner Einwohner"[318].

Die Vorschläge aus Petersburg wurden in Finnland meistens abgelehnt, man konnte sich in die neue Lage noch nicht hineinfinden und opponierte deshalb. Für die Schicht der Gebildeten hatten sich aus den neuen Verhältnissen eine Reihe von materiellen Vorteilen ergeben, es standen ihnen ganz neue Möglichkeiten des Aufstiegs offen, ohne schwedische Konkurrenz. Doch „wählten einige Rußland, andere Finnland, die meisten hoffen noch auf Schweden"[319]. „Viele glauben, sie könnten noch Schweden sein

---

[315]) H. Hirn: Gustav Fredrik Stjernvall a.a.O. pass.

[316]) Aminoff an Tengstrom 8. 5. 12. Tengstr. Slg. U. B.; Bonsdorff: Opinioner a.a.O. S. 48 ff.

[317]) Hirn a.a.O. S. 444 ff.

[318]) Samling af Placater a.a.O. II. S. 109; Bonsdorff: Armfelt a.a.O. III. S. 218 ff.

[319]) C. J. Stjernvall an G. F. Stjernvall 20. 11. 11. Stjernvallsche Sammlung. F. St. A.

und nicht Finnen, diese verwechselt man mit den Russen, welchen wir aber auch Glück und Fortschritt wünschen müßten, da wir mit ihnen ja so eng verbunden sind"[320]. Trotz allem war, wenigstens bis 1812, der Gedanke an eine Rückgewinnung Finnlands durch Schweden für viele noch nicht aus dem Bereich der Möglichkeit gerückt, diese sich daher nicht allzu sehr an die neuen Umstände binden wollen, um nachher nicht Repressalien ausgesetzt zu sein: „Diese sehen nicht, daß Schweden ihnen dann gerade dankbar sein würde, wenn sie inzwischen etwas Nützliches für das Land geleistet hätten"[321]. Gerüchte von der Abkühlung des französisch-russischen Verhältnisses gaben solchen Kombinationen neue Nahrung; Ehrenström riet zu einer gewissen Vorsicht, man solle zwar die Pflichten gegen die neue Obrigkeit nicht vernachlässigen, immerhin könnten aber im Falle eines französischen Sieges die Ostseeprovinzen und Finnland wieder an Schweden zurückfallen[322]. Im Gegensatz zur einmütigen loyalen Stimmung des „Haufens" — wir nannten schon das Zeugnis des Kammerrates, der sein Mißtrauen gegen die russische Despotie zum Ausdruck brachte[323] — waren die Reservationen des Adels im wesentlichen auf den Ton gestimmt, sich möglichst alle Türen offenzuhalten.

Zu denjenigen, welche gleich auf eine dauernde russische Herrschaft rechneten, gehörte Tengström; er sah in einer Wiedervereinigung mit Schweden keinen Nutzen: „Schweden brauchen wir nicht sehr, nur das Eisenerz"[324]. Während des Krieges hatte er wegen seiner allzu versöhnlichen Haltung vor den Drohungen seiner Gemeindeglieder fliehen müssen, in der Folge hatte er sich dann aktiv für eine schnellere Befriedung des Landes eingesetzt[325]. In der Folge brachte er dann dem russischen Reich den gleichen Untertanenpatriotismus entgegen, wie seinerzeit Schweden, nach der Schlacht von Leipzig verglich er Alexander mit Gustav Adolf[326]. Er war sich aber völlig über die zweideutige Stellung Finnlands im Rahmen des russischen Reiches klar und war der Meinung, daß diese Frage von den sachkundigsten Zeitgenossen untersucht werden müsse[327]. Nichtsdestoweniger stellte er sich in der Frage der Reform des Conseils auf einen konservativen Standpunkt und wollte alles auf später aufgeschoben

---

[320] A. F. Palmfelt an G. C. Palmfelt 28. 7. 11. Åminnearchiv (Palmfelts Slg.). F. St. A.; vgl. Bonsdorff: Opinioner a.a.O. S. 45 ff. auch für das Folgende.

[321] C. J. Stjernvall an G. F. Stjernvall 1. 10. 11. Stjernvallsche Sammlung. F. St. A.

[322] Ehrenström an Walleen 30. 10. 11. Stjernvall-Walleensche Slg. F. St. A.

[323] Vgl. oben S. 328.

[324] Schybergson: Tengströms vittra skrifter a.a.O. S. CXXIII.

[325] Rehbinder: Souvenirs a.a.O.; Anthoni a.a.O. I. S. 10 ff. Vgl. auch Hist. Arkisto XVI, 2. S. 117 ff.

[326] Anthoni a.a.O. I. S. 111 ff., 123.

[327] Tengström an Walleen 27. 2. 12. Stjernvall-Walleensche Slg.

wissen. Zu den verschiedenen Gerüchten über schwedische Angriffsabsichten bemerkte er, daß die junge Generation schon selbst die Vorteile der Vereinigung mit Rußland schätzen lernen werde[328].

Tengström dürfte wohl nicht ganz als repräsentativ für die Anschauungen der Geistlichkeit gelten, viele Pastoren hatten sich seinerzeit mutig gegen die Ableistung des Eides gesträubt, doch sicherte die Überlegenheit und Autorität des Bischofs auch weiterhin der russischen Regierung die Mithilfe der Pastorenschaft und damit die Ergebenheit des Landvolkes. Die Oberschicht war aber zum Teil selbst interessiert an den neuen Verhältnissen, deshalb brauchten die Regierenden nicht wie 1788 auf die Masse des Volkes zurückgreifen, bis in die 50er Jahre kommt das Landvolk überhaupt nicht in den politischen Kombinationen zur Beachtung. Nichtsdestoweniger hat man sich um die Bedürfnisse der niederen Schichten gekümmert, Steinheil versuchte z. B. mit ungewöhnlicher Energie, der Hungersnot im Norden zu steuern, wenn er auch durch den unfähigen Länshauptmann, E. K. Ehrenstolpe in Oulu, behindert wurde[329] [330].

Was in den oben angeführten Äußerungen schon angedeutet wurde, war die Frage nach einem eigenen Nationalbewußtsein, nach den Fundamenten, auf die sich ein Einsatz für den Staat gründen mußte. Die Bewahrung der Verfassungsrechte reichte schließlich nicht aus für ein Staatsethos, das den Einzelnen für die Allgemeinheit anspannte; das wesentliche Element, das für den Einzelnen den Staat und die Verpflichtung dazu verkörperte, die dynastische Tradition, fehlte vorläufig.

C. J. Walleen, weitblickend und skeptisch, fragte, ob die Ruhe im Lande eine Folge der Indolenz sei, deren man die Nation allgemein beschuldige, des Mangels an Energie und Nationalstolz, der eine erschlaffte Generation kennzeichne. Es komme darauf an, was man unter finnischer Nation verstehe; wenn man damit die Masse des Volkes, dessen Charakter noch nicht durch Bildung umgeformt sei, verstehe, so denke dieses sehr konservativ. Sie entscheide langsam, hänge an den alten Gewohnheiten und sei leicht zu regieren, wenn man sie in dieser Hinsicht nicht störe. Einmal angegriffen, opfere sie jedoch alles für ihre Rechte. Bei diesem Teil des Volkes, der Jahrhunderte hindurch mit religiöser Ergebenheit am schwedischen Namen und seinem König gehangen habe, seien diese Erinnerungen nicht sobald durch Drohungen oder Wohltaten auszutreiben. Dennoch haben sie sich still verhalten, teils weil die politischen Veränderungen nicht in ihren un-

---

[328] Tengström an Walleen 1. 3. 13. Stjernvall-Walleensche Slg.

[329] O. I. Lehtonen: Kuvauksia Oulun läänin oloista Aleksanteri I:n aikana (Bilder aus der Oulu-Län zur Zeit Alexanders I.). I. Historiallisia Tutkimuksia VIII, 1. H:ki 1925. S. 168 ff., 264 ff.

[330] Steinheils Rapport 19. 8. 11. Sbornik (Dubrovin) a.a.O. III. S. 313 f.

mittelbaren Lebensbereich eingriffen, teils weil es zur Natur dieses Volkes gehöre, nichts von sich aus zu unternehmen; glücklicherweise finde sich niemand, um diese schwerfällige Masse in Bewegung zu setzen. Versteht man dagegen unter Nation den weniger zahlreichen gebildeten Teil des Volkes, so rühre dessen Gleichgültigkeit von unrühmlichen Motiven her. Diesen könne man kaum Nation nennen, denn er habe nichts Eigenes, was ihn von anderen Völkern unterscheide; hier seien allgemein so wenig wirkliche Bindungen an das Vaterland, seine Sprache (!) und Regierung, daß er binnen ganz kurzer Zeit mit den Eroberern zusammenschmelzen werde. Der Egoismus lenke in Finnland jeden Einzelnen von den allgemeinen Interessen weg, dadurch sei die Nation gleichgültig gegen eine Veränderung geworden, die bei wirklichen Nationen als das größte Unglück bezeichnet werden würde. Man würde sich auch ruhig den Tataren unterwerfen, wenn man nur in Ruhe seinen Geschäften nachgehen könnte[331].

In diesen Gedankengängen wird nicht ohne Überheblichkeit die Situation in Finnland so kritisiert, wie sie sich auch noch aus Äußerungen späterer Jahrzehnte entnehmen läßt; die Charakteristik der unteren Stände, des gemeinen finnischen Volkes, mag gleich im voraus einiges aus der späteren Entwicklung verdeutlichen. Abgesehen vom Volk, das zwar im Rahmen des Kirchspiels sich zusammenfand, im größeren gesehen aber ohne Gemeinschaft nebeneinanderher lebte, wurde auch die Oberschicht für unfähig erklärt, die Gesetzgebung des Landes als Nation in einer bestimmten Staatsgesinnung selbst in die Hand zu nehmen.

Walleen war sich über die neuen Perspektiven durchaus klar: „Die Behandlung, die wir von Rußland erfahren haben, ist ohne Beispiel in der Weltgeschichte ... Der große Vorteil gegen früher ist, daß wir unsere Angelegenheiten direkt vor dem Thron vortragen können, ohne Zwischeninstanz (den Generalgouverneur kann man nicht als solche bezeichnen), ein Vorteil, wodurch wir, betrachtet als eigenes Volk, mehr Freiheit und Selbständigkeit als vorher genießen"[332]. Andere waren ebenfalls überzeugt, daß der neugeschaffene Rahmen mit den vorhandenen Kräften nicht ausgefüllt werden könne, die Finnländer könnten nicht nach den liberalen Grundsätzen geleitet werden, wie es die Absicht des Kaisers sei. Hier könne nur eine energische Autorität jeweils von sich aus das Nützliche befehlen, sonst würde nur unendlicher Zank entstehen, der die Entwicklung des Ganzen zum Stillstand brächte[333]. Alle Beamten hätten einen beschränkten Kollegiengeist, in der Regierung müßten Staatsmänner wirken, keine bloßen Funktionäre, die in Details stecken bleiben[334].

---

[331]) Walleen an Aminoff. 4. 12. 13. Rilax Slg. F. St. A.; B o n s d o r f f: Opinioner a.a.O. S. 98 ff.

[332]) Walleen an Tengstrom. 21. 1. 14. Tengstr. Slg.

[333]) G. F. Stjernvall an C. J. Stjernvall 17. 12. 13. Stjernv. Slg.

[334]) Walleen an Tengstrom. 25. 6. 16. Tengstr. Slg.

Für die Zeitgenossen beruhte die ganze Sicherheit in der Person des Kaisers: „Seine Regierung möge so lang und glücklich sein, daß Finnland sich in Ruhe konsolidieren kann, um eine sichere Zukunft sich aufbauen zu können"[335]. Auf der gleichen Linie liegt Armfelts Ausspruch, der von oben her die Lage der Dinge beurteilen konnte: „Alles das, was er für Finnland getan hat, ist nicht zu glauben, und ich zittere, daß das Glück nicht zu groß sei, um andauern zu können; ein Menschenleben macht unsere ganze Sicherheit aus"[336]. Armfelt hatte sich nämlich bald von der durchaus unfreundlichen Gesinnung des Großfürsten Konstantin Pavlovič überzeugen können: „er haßt uns und kann uns durch gewisse Umstände eines Tages einen üblen Streich spielen"[337]. Der Krieg gegen Napoleon machte auf einmal den Finnländern klar, wie sehr sie mit Rußland verbunden und auf dieses angewiesen waren; nur bei den Konservativen erwachten wieder die Bindungen an Schweden. Auf schwedischer Seite hatte man sich ja schon in der Hoffnung gewiegt, mit Bernadottes Hilfe Finnland wieder zurückzugewinnen; allgemein glaubte man, daß die Finnländer sich beim ersten Anlaß gegen die russische Herrschaft erheben würden[338]. Doch entzog die plötzliche Wendung der schwedischen Politik diesen Erwägungen schlagartig den Boden, der endgültige Verzicht auf Finnland war eine „Lehre für alle die, welche im Trüben fischten"[339]. Rehbinders Äußerung, daß in der jetzigen Zeit, wo Rußland und Schweden Opfer brächten, nur Finnland beiseite stehe, und daß das wohl für dieses schlechte Folgen haben würde[340], führt auf die Frage, inwieweit Finnland selbst nun bereit war, durch einen aktiven Einsatz seine Verbindung mit Rußland durch die Tat zu bekräftigen.

1810 war vom Kaiser nur vorläufig über das weitere Schicksal des finnischen Militärs entschieden worden; daher versuchte G. F. Stjernvall in einem „Projekt für ein im Großfürstentum Finnland einzurichtendes Nationalmilitär" dieses Problem zu klären[341]. Ein nationales Heer sollte als Bürge einer kontinuierlichen Entwicklung des Landes aufgestellt werden. Finnländer sollten nicht in die russische Armee übernommen werden, da das nur nachteilige Folgen, Desertion und Ungehorsam, nach sich ziehen würde. Jeder Statsbürger werde vom Staat geschützt und habe deshalb auch die Pflicht, zu dessen Verteidigung beizutragen; hier-

---

[335] Walleen an Tengström. 7. 4. 12. Tengstr. Slg.
[336] Bonsdorff: Armfelt a.a.O. III. S. 123, 117.
[337] Armfelt an C. J. Stjernvall. 6. 10. 12. Stjernv. Slg.
[338] A. J. Skjöldebrand a.a.O. V. S. 5.
[339] Bonsdorff: Opinioner a.a.O. S. 153 f.
[340] Rehbinder an Mannerheim 24. 5. 12. Mannerheims Sammlung. F. St. A.
[341] Åminnearchiv I; Hirn a.a.O. S. 350 ff.; C. v. Bonsdorff: Finländska militarfrågor vid ryska tidens början (Finnländische Militarfragen zu Beginn der russichen Zeit). Förh. och upps XXXII (Skr. 142) 1919. S. 7 ff.; Danielson-Kalmari a.a.O. II, 1. S. 148 ff.

von nahm Stjernvall allerdings die Städte aus, da sie sicher Widerstand leisten würden, und die Handwerker durch ihre längere Ausbildungszeit am Dienst verhindert seien. Stjernvall lehnte energisch die Werbung von Soldaten ab, da solche keine „Nationalität" besäßen. Rußland habe selbst ein Interesse daran, durch Aufrechterhaltung der Konstitution sich eine feste Grenzmauer gegen Schweden zu schaffen. Dieser weitschauende Versuch einer Konzentration der Kräfte weckte natürlich mancherlei Opposition, Aminoff wandte sich gegen das Projekt, und schrieb an Speranskij, es sei besser, russische Truppen ins Land zu ziehen, finnländische Truppen würden möglicherweise bei einem schwedischen Angriff unzuverlässig sein[342]. Stjernvall verteidigte sich, er betonte, daß die Anwesenheit russischen Militärs in Finnland bezeuge, daß man dieses Land lediglich als eine eroberte Provinz betrachte[343]. Armfelt versuchte, Stjernvalls Projekt zu stützen, er befürchtete, man würde nach Alexanders Tode den auftauchenden Schwierigkeiten „ohne Nationalgeist, ohne nationale Truppen, ohne Mittel, Gewalt und Eifersucht zurückzuhalten", gegenüber stehen[344]. Doch war die Haltung des Kaisers abweisend: er wolle nicht Mißvergnügen unter einem Volke erregen, daß sich erst nach dem Kriege erholen solle, außerdem könne er sich nicht der Gefahr aussetzen, daß sein Vorschlag dann von den Ständen zurückgewiesen würde[345]. So verlief der Plan fürs erste im Sande. Einige Weitblickende übersahen also die Gefahren, welche ein Verharren in der gegenwärtigen Passivität mit sich bringen würde, besonders gab sich Armfelt in bezug auf die Ziellosigkeit der Bürokratie keinen Illusionen hin.

Die Haltung Alexanders änderte sich bald, überhaupt ist um die Wende von 1811 und 1812, im Zusammenhang mit Speranskijs Abgang, eine Schwenkung auf eine neue konservativere Ausrichtung des Kaisers festzustellen[346]. Entsprechend wurde auch seine Haltung gegenüber Finnland härter, er wünschte im Juli 1812 die Bildung eines finnländischen Jägerregiments, weniger wegen seines militärischen Wertes, als um zu zeigen, daß Finnland bereit sei, Opfer zu bringen[347]. Nach erheblichem Hin und Her wurden schließlich Freiwillige in eine Miliz von drei Regimentern zusammengefaßt und durch eine Subskription ausgerüstet[348]. Das Resul-

---

342) Bonsdorff: Militarfrågor a.a.O. S. 35 ff.; Hartmann a.a.O. S. 266 f.; Danielson-Kalmari a.a.O. II, 1. S. 165 ff.

343) Bonsdorff: Militarfrågor a.a.O. S. 42 ff.; Hirn a.a.O. S. 371 ff.; Danielson-Kalmari a.a.O. II, 1. S. 165 ff.

344) Armfelt an Tengstrom 16./28. 1. 12. Tengstr. Slg.

345) Armfelt an G. F. Stjernvall 5. 11. 11. Stjernv. Slg. Vgl. Bonsdorff: Militarfrågor a.a.O. S. 30 ff.

346) Großfurst Nikolaj Michajlovič a.a.O. I. S. 105 f.; Th. Schiemann: Geschichte Rußlands unter Kaiser Nikolaus I. I. Berlin 1904. S. 81.

347) Armfelt an Rehbinder 3. 7. 12. Rehbinders Slg. I. F. St. A.

348) Bonsdorff: Militarfrågor a.a.O. S. 66 ff.; Danielson-Kalmari a.a.O. III. S. 444 ff.; Hirn a.a.O. S. 378 ff.

tat blieb hinter den Erwartungen zurück, es war „lächerlich und beschämend für das ganze Land". Allerdings hätte eine solche Frage definitiv nur mit Hilfe der Stände gelöst werden können, Rehbinder machte entsprechende Vorstöße beim Kaiser, und zwar während dessen Aufenthaltes in Turku im August des Jahres, als Alexander mit dem schwedischen Kronprinzen zusammentraf. Der Kaiser soll dem Vorschlag zugestimmt haben, doch wurde die Sache durch gegen Armfelt gerichtete Intrigen dann doch zu Fall gebracht[349]. Bei der Zusammenkunft in Turku wurde von schwedischer Seite als Versuchsballon der Vorschlag gemacht, als Gegenleistung gegen schwedische Hilfe während des Krieges Finnland zurückzuerhalten oder wenigstens als Garantie für eine russische Mitwirkung bei der Erwerbung Norwegens zeitweise in Besitz zu nehmen. Nach einigem Schwanken lehnte Alexander diesen Vorschlag ab, jedenfalls hatte Armfelt nicht, wie sogleich behauptet wurde, den schwedischen Kronprinzen zu diesem Vorgehen angeregt[350]. Während dieser Zeit wurde auch das erstemal die Presse des Landes zur Stimmungsmache eingesetzt, Ehrenström rückte in die einzige offizielle Zeitung einen allerhöchst genehmigten Artikel ein, worin er die Notwendigkeit für Finnland herausstellte, jetzt an Rußlands Seite zu stehen; ein französischer Vasall in Finnland würde das Land in kurzer Zeit ruinieren, Rußland und Schweden seien die einzigen Staaten, die noch nicht Frankreich untergeordnet seien usw.[351].

Wie in politischer Beziehung war auch in kultureller Hinsicht das Verhältnis zum neuen Mutterland noch ungeklärt; man schwankte zwischen möglichst weitgehendem Anschluß und vorsichtiger Reserve. Der Vorschlag des russischen Gesandten in Stockholm, Suchtelen, die russische Sprache in Finnland voll und ganz durchzusetzen, um dadurch Finnland dem Reich völlig einzuverleiben, fand zwar keinen Widerhall, doch setzte sich Alexander energisch für die Verbreitung des Russischen ein. Armfelt und Rehbinder unterstützten ihn in dieser Auffassung, letzterer erklärte, daß es für den Kaiser notwendig sei, die verschiedenen Teile des Staates mittels der Sprache zu einem Volke zusammenzufassen[352]. Armfelt meinte, die Jugend müsse unbedingt die russische Sprache lernen, um Finnlands Wohl und die „moralische

---

[349]) Mannerheim a.a.O. S. 114 f.

[350]) P. O. v. Törne: Frågan om mötet i Åbo (Die Frage des Treffens in Åbo). Hist. Tidskr. X (1925). S. 182 ff.; C. v. Bonsdorff: Mötet i Åbo 1812 (Das Treffen in Abo 1812). Hist. Tidskr. XI (1926). S. 111 ff.; Bonsdorff: Armfelt a.a.O. III. S. 467 ff.; Schinkel a.a.O. VI. S. 253 ff; Danielson-Kalmari a.a.O. III. S. 469 ff.; Trolle-Wachtmeister a.a.O. I. S. 301 ff.; S Clason: Karl XIII. a.a.O. S. 223 ff.

[351]) Åbo Allmänna Tidning. Beilagen zu 27. 8. 12, 10. 9. 12. Vgl. Bonsdorff: Opinioner S. 231 ff.; s. a. Samling af Placater a.a.O. I. S. 54.

[352]) Borodkin a.a.O. S. 586 f.; S. Clason: Gustav IV Adolf a.a.O. S. 150.

Vereinigung mit dem Mutterland" zu unterstützen[353]. Das Conseil wollte dagegen eine allgemeine Einführung der russischen Sprache als Unterrichtsgegenstand nach Möglichkeit noch hinauszögern[354]. Nichtsdestoweniger wurde die Anstellung russischer Sprachlehrer an den höheren Schulen des Landes verfügt und bestimmt, daß nach fünf Jahren niemand ohne ein Examen der russischen Sprache an der Universität zugelassen werden dürfe[355]. Vorläufig ging die Sache aus Mangel an tauglichen Kräften kaum vorwärts[356], „der Unterricht sank zu einer bloßen Formalität herab"[357]. Immerhin legte das Domkapitel in Turku seinen Pastoren nahe, sich auch in den Volksschulen für die „vaterländische Geschichte" einzusetzen[358]. Tengströms guten Absichten stellten sich auch an der Universität die verschiedensten Hindernisse entgegen, nicht zuletzt der Mangel an entsprechenden Kräften. Speranskij, der bis zu seinem Sturz Kanzler der Universität war, hatte besonders auf die Ausbreitung der russischen Kenntnisse gedrängt, er wollte vor allem die Studenten aus dem Alten Finnland als Vermittler eingesetzt wissen[359]. Aber noch 1817 wurden an die künftigen Beamten des Senats wie das Conseil seit 1816 genannt wurde, keine Anforderungen in bezug auf russische Kenntnisse gestellt. Auch die künftigen Lehrer sowie die Theologen brauchten keine russischen Examina abzulegen. Die Kommission, die die neuen Statuten für die Universität ausarbeitete, hielt es dann aber für notwendig, daß alle diejenigen, welche in den Justiz- und höheren Verwaltungsdienst übergehen wollten, im Russischen examiniert werden müßten[360]. Die Einführung der russischen Sprache als Unterrichtsgegenstand wurde vorläufig noch nicht als nationales Problem angesehen, auch von Petersburg

---

353) Neovius a.a.O. S. 195 f.; vgl. Bonsdorff: Armfelt a.a.O. III. S. 244 ff.

354) C. v. Bonsdorff: Åbo akademi a.a.O. I. S. 396 f.; Danielson-Kalmari a.a.O. II, 1. S. 506 ff.

355) Verordnung 10. 4. 13. Samling af Placater a.a.O. II. (2. A. 1831) S. 6 ff.

356) Vgl. Anthoni a.a.A. I. S. 135 ff.

357) E. G. Ehrström: Öfversigt af ryska språkens studium i Finland (Übersicht über das Studium der russischen Sprache in Finnland). Mnemosyne (Åbo) 1822, März. Vgl. J. Pärssinen: Kasvatusopilliset virtaukset ja koululaitoksen kehitys Suomessa vuosina 1801—1843 (Die pädagogischen Strömungen und die Entwicklung des Schulwesens in Finnland in den Jahren 1801—1843). Diss. H:ki. 1911. S. 161 ff.

358) Zirkular 28. 4. 13. Anthoni a.a.O. S. 132.

359) Bonsdorff: Åbo akademi a.a.O. I. S. 117, 135, 384 ff.; K. Jäntere: Kysymys venäjän kielen asemasta vv. 1808—1828 (Die Frage der Stellung der russischen Sprache in den Jahren 1808—1828). Helsingin yliopiston alkuajoilta (Aus der Anfangszeit der Universität Helsinki) (Sammelwerk). Porvoo 1928. S. 54 ff.

360) Samling a Placater a.a.O. III. S. 116 f. (3. 11. 17); Postanovlenie o ispytanijach dlja posvjaščajuščich sebja graždanskoj službě v Finljandii (Anordnungen über die Examina der Anwärter für den Zivildienst in Finnland). St. Pbg. 1829. S. 4.

aus hielten sich die Forderungen im wesentlichen innerhalb des Rahmens des für die Verwaltung Notwendigen. Dementsprechend war die Haltung auf finnländischer Seite nachgiebig, aber konservativ, es geschah nicht, wie Armfelt seinerzeit gehofft hatte, daß die finnländische Beamtenschaft durch eine sprachliche Anpassung der russischen Bürokratie voraus sein würde, um ihre Stellung in kritischen Augenblicken dann umso besser verteidigen zu können[361].

Durch die Angliederung des Alten Finnland waren die Behörden vor die Aufgabe gestellt worden, sich in einem zwar stammverwandten, aber doch wesentlich anders organisierten Landesteil durchzusetzen. In Finnland herrschte auch über diese Erwerbung wenig Freude, da man erwartete, daß die unumgängliche Opposition in Petersburg dort eine starke Strömung gegen Finnland hervorrufen würde. Bezeichnenderweise soll Rehbinder gesagt haben: „Der Viborger Län ist die Klippe, an der Finnlands Selbständigkeit stranden wird"[632]. „Durch die Vereinigung mit dem Alten Finnland haben wir eine mächtige Partei gegen uns ... Ich fürchte, daß dies für Finnlands zukünftige politische Existenz nachteilige Folgen haben wird"[363]. Ebenso befürchtete Ladau, daß durch die Regelung der Frage der Donationen die russische Bürokratie gegen Finnland aufgebracht werden würde, ein Teil des russischen Adels habe seine gesetzlich überkommenen Rechte verloren[364]. Mannerheim hegte die gleichen Befürchtungen, außerdem sah er in der näheren Berührung mit dem russischen Adel eine Gefahr, das Neue Finnland allein hätte sich besser isoliert halten können[835]. Das Gerücht, daß einer der unbeliebtesten Donatiare, A. P. Kopev, wegen seines Widerstandes gegen die Union aus Petersburg verbannt worden sei, weckte bei Aminoff weitgehende Befürchtungen, „dadurch ist der Weg zum Despotismus geebnet, den man noch einmal gegen uns Finnländer anwenden wird"[366]. Das Verhältnis der maßgebenden Kreise zu dem neu erworbenen Landesteile war allerdings kühl, die geistigen Beziehungen waren durch die Orientierung der Wiburger Oberschicht nach Deutschland und Petersburg ziemlich abgerissen; infolge des russischen Einflusses auf die unteren Schichten wurden diese nicht mehr als echte Finnländer angesehen: In Altfinnland sei alles verändert, die Sprache sei ein Rotwelsch, das man kaum mehr verstehe. Vom finnischen Volkscharakter sei kaum eine Spur mehr geblieben, die dortigen Einwohner ermangelten aller Teilnahme an den Geschicken des übrigen Landes[367].

---

[361] Vgl. Danielson-Kalmari a.a.O. II, 1. S. 511 f.
[362] Castrén a.a.O. S. 315.
[363] Bonsdorff: Statsman a.a.O. S. 59.
[364] Bonsdorff: Statsman a.a.O. S. 49.
[365] Mannerheim a.a.O. S. 110 f.
[366] Bonsdorff: Armfelt a.a.O. III. S. 145 f.; Danielson-Kalmari: Viipurin laani a.a.O. S. 148 ff.
[367] Rehbinder: Souvenirs a.a.O.

Außer Armfelt setzte sich deshalb auch kaum jemand dafür ein, die Verhältnisse auf den Donationsgütern zu klären. Nachdem den Bauern zuerst dieselben Rechte wie denen des übrigen Finnland zugestanden wurden, mußte noch die Frage entschieden werden, ob die Donationsbauern Kronsbauern oder aber Adelsbauern (frälsebönder) seien. Rehbinder meinte, die Bauern würden auch nicht glücklicher sein, wenn die Donatiare nicht die Rechte des Adelsbesitzes erhielten, denn Finnland habe in Rußland nur noch einen Beschützer, den Kaiser, und der sei nicht unsterblich; deshalb müsse man vorsichtig sein[368]. Mannerheim meinte im Senat, die Verhältnisse auf den Donationen könnten durch private Kontrakte geregelt werden, er leugnete, daß durch die Verleihung der Donationen nach „Seelen" die Leibeigenschaft eingeführt werden würde[369]. Schließlich hatte der Adel ja kein Interesse, Präzedenzfälle zu schaffen, die etwa seine eigene Stellung bedrohen könnten. Der großzügige Vorschlag von C. Stjernvall, alle Donationsgüter von Staats wegen aufzukaufen, konnte aus Mangel an Mitteln und Interesse nicht durchgeführt werden[370]. Schließlich wurde erreicht, daß die früheren Verhältnisse der betreffenden Bauern, ob Krons- oder Adelsbauern, nachgeprüft werden sollten; fast alle wurden der ersteren Gruppe zugezählt[371]. Damit wurde natürlich den Wünschen der Donatiare noch nicht Rechnung getragen; Rehbinder, der eigentliche Sachwalter Finnlands in Petersburg nach Armfelts Tode, hatte ständig mit den dortigen Interessentengruppen zu kämpfen: nach seiner Meinung machten sich die ungünstigen Folgen der Vereinigung des Wiburger Läns mehr und mehr bemerkbar, alle Leute von Einfluß arbeiteten dagegen, von beiden Seiten sei der Kaiser mit Klagen überhäuft, früher oder später müsse die Donationensache doch wieder aufgenommen werden, das beste Mittel, um Finnland zu retten, sei die Abtretung desjenigen Teils, in dem die meisten Donationen lägen[372]. Als er diese Frage Alexander vortrug, waren „die Gründe, die der Kaiser für die Ablehnung des Vorschlags angab, ein völliger Triumph für Finnland"[373].

---

[368] Rehbinder an Stichaeus. Bonsdorff: Armfelt a.a.O. III. S. 343.

[369] Pleniprotokoll des Regierungskonseils 16. 8. 13.

[370] Armfelt an C. J. Stjernvall 14. 4. 12. Stjernvalls Slg.

[371] Samling af Placater a.a.O. III. S. 1 ff. (10./22. 1. 17); vgl. Danielson-Kalmari: Viipurin laani a.a O. S. 154 f.

[372] Rehbinder an Walleen 18. 11. 22., 18. 1. 24. Stjernvall-Walleen Slg.

[373] Das weitere Schicksal des Wiburger Lans ist bezeichnend fur die verschiedenen Tendenzen, welche in der folgenden Zeit die russische Haltung gegenuber Finnland bestimmten. Kaiser Nikolaus war schon als Großfurst an diesen Dingen interessiert gewesen; nach seiner und Konstantins Meinung habe die Abtretung des Wiburger Lans den Polen den Anreiz gegeben, die Vereinigung ihrer alten Gebiete (vor 1772) zu fordern. (N. K. Šil'der: Imperator Nikolaj I. i Pol'ša. Russkaja Starina 101 (1900) S. 289 f., vgl. S. 535.) Bald nach seinem Regierungsantritt holte er Rehbinders Ansicht uber dieses Problem ein. Nach dessen Darstellung sei es zwar vorauszusehen gewesen, daß die Eingliederung des Wiburger

VI.

Landtagspläne.

Die Ereignisse hatten gezeigt, daß mit den vorhandenen unzureichenden Kräften der Aufbau des neuen Staatswesens nicht lediglich auf administrativem Wege vonstatten gehen konnte, wir erinnern uns, daß die Ergebnisse von 1809 auch von den Zeitgenossen als unzureichend empfunden wurden. Armfelt, der einen Teil seiner Arbeitskraft in den unfruchtbaren Reibereien mit der Bürokratie verschwenden mußte, sprach sich schon ziemlich

---

Läns nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gehen würde, doch herrschten noch immer starke Unstimmigkeiten sowohl unter den Gutsbesitzern wie auch unter den Bauern. Diese Reibungen rührten weniger aus persönlichen Verhältnissen als aus der eigentümlichen Bevölkerungsmischung her; die Deutschen seien gegen die schwedische Regierungsweise voreingenommen, außerdem lebten dort noch neben den Finnen die Karelier, die mehr den Russen als den Finnen zuzuzählen seien. (Heutzutage werden die Karelier in der finnischen Literatur als ein besonderer Stamm (heimo) innerhalb des finnischen Volkes bezeichnet; ob man sie als besonderes Volk ansehen will, hängt vom Standpunkt des Betrachters ab, in Sovet-Karelien formt man gerade die karelische Schriftsprache.) Der starke russische Landbesitz spreche ebenfalls dafür, daß die von den Kareliern bewohnten Gegenden wieder zu Rußland geschlagen werden sollten. Für Finnland entstehe aus diesen Gebieten kein Gewinn, nur Schwierigkeiten, man wünsche dort in Ruhe zu leben und keine fremden Bestandteile bei sich zu haben. (Rehbinders Memorial ed. R. Lagus: Juridiskt album II, 1. H:fors 1862. S. 147 ff.) Dieser Vorschlag stieß auf Widerstand im Senat: durch eine Abtretung würden die Rechte Finnlands verletzt, daher könne eine solche Maßnahme nur im Einverständnis mit den Ständen durchgeführt werden. (Protokoll des Senatsplenums 31. 3. 27. F. St. A.) Nikolaus ließ daraufhin diesen Lieblingsgedanken fallen, ihm widerstrebte es, die von ihm unterzeichnete Versicherung beiseite zu schieben. Die Lage der Bauern wandte sich jedoch zum Schlechteren, da sie im gleichen Jahre (1826) durch eine Kommission als Adelsbauern, ohne Rechte auf ihre Scholle, erklärt wurden; bei dieser Entscheidung wurde der Senat übergangen. (Samling af Placater a.a.O. V (1831) S. 163 f. (25. 11. 26); vgl. E. G. Palmén: Lisiä lahjoitusmaankysymyksen historiaan (Zusätze zur Geschichte der Donationenfrage). Hist. Arkisto XIV (1896) S. 1 ff.; für die spätere Entwicklung: F. P. v. Knorring: Gamla Finland eller det fordna Wiborgska Gouvernementet (Das alte Finnland oder das frühere Wiburger Gouvernement). I. Åbo 1833. bes. S. 36 ff.; M. M. Borodkin: Istorija Finljandii. Vremja Imperatora Nikolaja I. (Geschichte Finnlands zur Zeit Kaiser Nikolaus I.). Petrograd 1915. S. 285 ff.) Erst auf dem Landtag von 1867 wurde die Donationsfrage in einer kaiserlichen Proposition erneut zur Debatte gestellt, die Donationsgüter sollten nacheinander vom Staat angekauft werden. In dem entsprechenden Ausschuß wurde der Vorschlag angenommen, um das Alte Finnland endlich „sozial mit dem übrigen Teil zu vereinigen", obwohl die Maßnahmen von 1826 verfassungswidrig gewesen seien. (E. Bergh: Vår styreles och våra landtdagar (Unsere Regierung und unsere Landtage). I. H:fors 1883. S. 652 ff.) Rehbinders Vorschlag der Abtretung gewisser Teile des Wiburger Läns tauchte schließlich 1911 wieder auf, als Nikolaus II. einen Vorschlag des russischen Ministerrats, zwei Kirchspiele von Finnland abzutrennen, guthieß; Krieg und Revolution verhinderten die Durchführung des Projekts. (M. G. Schybergson: Finlands politiska historia 1809—1918 (Finnlands politische Geschichte 1809—1918). H:fors 1923. S. 340.)

früh im Zusammenhang mit einer Reform der Verfassung für eine Einberufung der Stände aus: an der eigentlichen Konstitution solle nicht gerüttelt werden, doch solle das geändert werden, was nicht mehr im Staatsinteresse liege. In Borgå habe alles den damaligen Zeitverhältnissen entsprechend geordnet werden müssen, jetzt müsse man aus dem Besten ein Fundament schaffen und durch die Stände etwa sanktionieren lassen, worauf man aufbauen könne[374]. Schon in Stjernvalls Promemorien über die Aufstellung eines einheimischen Militärs war ein neuer Landtag als notwendig bezeichnet worden, um für den Plan die „konstitutionelle Zustimmung der ganzen Nation und damit die sichere Gewähr der Durchführung" zu erhalten[375]. Armfelt hoffte: „Sicher wird es im September 1812 auch außer der Wehrfrage noch andere Gründe für die Einberufung der Stände geben. Unsere Verfassung, die niemals ohne Zustimmung der Stände abgeändert werden kann, ist zum großen Teil so wenig liberal, daß man sie durch eine andere ersetzen müßte"[376]. Wie schon angedeutet, versuchte Rehbinder den Kaiser in Turku zu einer Einberufung der Stände zu bestimmen, doch vergebens. Nach Mannerheims Meinung hätte ein Landtag manchen Nutzen mit sich gebracht, mit einigen Opfern hätte man seine Konstitution sichern und seine Ergebenheit gegen den Kaiser bezeigen können[377]. Armfelt bedauerte, daß auf diese Weise die Gelegenheit, dem Kaiser eine bessere Meinung über die Finnländer beizubringen, verpaßt sei[378]. Nur durch einen Landtag könnten die Versäumnisse und Böswilligkeiten abgestellt werden, durch welche die lokale Regierung ständig dem Lande Schaden zufüge, der Kaiser müsse nur gründlich über den wahren Sachverhalt unterrichtet werden[379]. Nach Armfelts Tod bekamen die beharrenden Kräfte, die sich jeder weitergehenden Reform widersetzten, die Oberhand. So sprach sich Aminoff gegen eine Einberufung der Stände aus; diese brauchten nur bei einer neuen Gesetzgebung und bei der Neuausschreibung der Steuern mitzuwirken, beides sei im Augenblick ausgeschlossen, zu der ersten Maßnahme seien die Stände auch gar nicht fähig. Eine Neuorganisation der Regierung hänge aber einzig und allein vom Regenten ab[380]. Späterhin, nach einer längeren Diskussion mit Rehbinder,

---

[374] Armfelt an Tengström 30. 11. 11, 10. 7. 12. Tengstr. Slg. U. B.

[375] Vgl. oben S. 417 f.

[376] Armfelt an G. F. Stjernvall 26. 11. 11. Åminnearchiv I. Vgl. Castrén a.a.O. S. 359; G. Frosterus: En vändpunkt uti Alexander I:s regering (Ein Wendepunkt in der Regierung Alexander I.). Förh. och upps. XI (Skr. 36) 1898. S. 84; J. Ahrenberg: Landtdagsplaner under Alexander I:s regering (Landtagspläne unter der Regierung Alexanders I.). Hist. Studier IV (Skr. 200) H:fors 1928. S. 157, 164.

[377] Mannerheim a.a.O. S. 115.

[378] Armfelt an Ehrenström 25. 9. 12. Bonsdorff: Armfelt a.a.O. III. S. 497.

[379] Armfelt an G. F. Stjernvall 18. 5. 14. Åminnearchiv I.

[380] Konzept 1817. Hartman a.a.O. S. 348 f.; Bonsdorff: Statsmän a.a.O. S. 389 f.

stellte sich Aminoff zu dem Gedanken eines Landtags durchaus positiv; man könne sogar versuchen, die Verfassung zu verbessern, wenn man nur die Grundlage von 1772 und 1789 beibehalten würde. Der Sinn einer wahren Freiheit des Volkes sei, die Sicherheit des Einzelnen zu bewahren, im übrigen möge der Monarch regieren[381]. Diese Auffassung ist dem früher beschriebenen Staatsbürgerpatriotismus von Tengström ähnlich, von diesem aus konnte aber schwerlich der Weg zu einem tatkräftigen Einsatz der Repräsentanten des Volkes gefunden werden.

In der Rede bei der Eröffnung des polnischen Reichstages 1818 tat Alexander seine Absicht kund, „die Prinzipien der in diesem Lande schon bestehenden liberalen Institutionen durchzuführen"[382]. Dieses erregte in Finnland entsprechendes Aufsehen: „Die Rede, die der Kaiser bei Eröffnung des Reichstages in Warschau gehalten hat, ist die bedeutsamste seit langer Zeit. Sie wird von einem Ende der Welt zum anderen und bis in die fernste Zukunft nachhallen"[383]. Es ging das Gerücht, Alexander beabsichtige, den Ostseeprovinzen eine repräsentative Verfassung zu geben; warum könnte das nicht auch für Finnland in Frage kommen, es besitze zwar eigene Gesetze und eine provisorische Regierung, aber keine Sicherheit für die Zukunft[384]. Von Anfang an war geplant, dem Landtag vor allem Vorschläge zu einer Reform der Exekutive in der einen oder anderen Weise vorzutragen, Armfelt hatte dem Kaiser oft genug über diese Frage berichtet, Ehrenströms dunkel gefärbte Berichte über die Zustände des Landes 1812[385] mögen dazu beigetragen haben, den Monarchen von der Mangelhaftigkeit der derzeitigen finnländischen Regierungsorgane zu überzeugen. Die unerwartete Wiederaufnahme dieses Fragenkreises war offenbar eine Nachwirkung der Einflüsse Armfelts, sie stand im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der „Charte" durch Novosil'cev[386]. Zwar war unter den „Statthalterschaften" dieses Entwurfs Finnland nicht besonders aufgeführt, doch soll Alexander in seinen letzten Iahren geplant haben, die Autonomie der Randgebiete zu erweitern, um den Kern des Reiches vor allem mittels der Militärkolonien fester zusammenzufassen[387].

---

381) Aminoff an Rehbinder 11. 12. 18. Vgl. Frosterus a.a.O. S. 92 f.

382) Thronrede 15./27. 3. 18 bei Šil'der a.a.O. IV. S. 86 ff.

383) Ehrenström an Rehbinder 16. 4. 18. Rehbinders Slg. I. F. St. A.

384) Mannerheim an Ehrenström 9. 1. 19. Bonsdorff a.a.O. S. 392.

385) Ehrenström: Anteckningar a.a.O. II. S. 568.

386) Projekt von Novosil'cev. Šil'der a.a.O. IV. S. 510 ff. Vgl. G. V. Vernadskij: Gosudarstvennaja ustavnaja gramota Rossijskoj imperii 1820). Prag 1925 (hektogr.).

387) Aufzeichnung des Generals Schöler. Schiemann a.a.O. I. S. 495 f.

Anfang 1819 wurde der junge Sekretär L. G. v. Haartman[388]) nach Finnland geschickt, um die Meinungsäußerungen der maßgebenden Persönlichkeiten einzuholen. Aminoff wollte die Verfassung von 1772 in der Weise erweitert sehen, daß die leitenden Männer der Regierung verantwortlich gemacht würden, da „wir nicht immer einen Rehbinder oder ein so gut zusammengesetztes Komitee an der Spitze haben"; ferner solle der Landtag periodisch zusammengerufen werden, wobei den Ständen jeweils Rechenschaft über die Regierungsführung abgelegt werden solle[389]). Ehrenström empfahl, die Reform der Konstitution nicht zu übertreiben, doch müsse die Exekutive von allen engeren Vorschriften befreit werden, die polnische Verfassung sei in dieser Hinsicht im Vorteil[390]). Mannerheim hielt zwar nichts von solchen „Zusammenkünften", glaubte vielmehr, daß seine Landsleute zu solchen Beratungen nicht fähig seien, doch müsse die Konstitution und Regierung auf jeden Fall reformiert werden[391]). Tengström wollte in einem „untertänigsten Promemoria" die Befugnisse der Stände uneingeschränkt erhalten wissen. Bei jeder neuen Thronbesteigung solle so wie in Borgå der neue Regent vor der Huldigung die Verfassung bestätigen. Vom Kaiser erlassene Gesetze sollten in Zweifelsfällen vorher noch von den Ständen bestätigt werden, damit sie rechtskräftig würden; die Rechte der Stände dürften nur von ihnen selbst zusammen mit dem Kaiser abgeändert werden. Der Senat sollte lediglich die Exekutive übernehmen und im Auftrag des Kaisers vom Generalgouverneur beaufsichtigt werden — daneben aber sollte der Generalgouverneur keine Befugnisse erhalten. Andererseits betonte er das Interesse des Gesamtreichs, wenn er den Vertreter Finnlands in Petersburg von der Verantwortlichkeit gegenüber den Ständen frei machen wollte: denn seine Maßnahmen beruhten auf Entscheidungen des Kaisers, d. h. auf Umständen, die sich der Einsicht der Stände entzögen[392]). Walleen war der einzige, dessen Entwurf auch dem Kaiser vorgelegt wurde; er habe ihn behalten, um ihn genau zu lesen, schrieb Rehbinder[393]). Bei seinem Aufenthalt in Wiburg, wo Walleen nach C. J. Stjernvalls Tode als Länshauptmnn wirkte, äußerte der Kaiser, er sei „mit ihm ganz einer Meinung", Walleen solle in dem sogleich einzurichtenden vorbereitenden Komitee mitwirken; dann würden „les sages du pays" in 12 bis 18 Monaten einberufen

---

388) Lars Gabriel von Haartman (1789—1859). 1808—1812 im Außenministerium, 1825—1830 Gehilfe des Staatssekretärs, 1831—1840 Länshauptmann in Turku, 1841—1858 Vizepräses des Ökonomiedepartements.

389) Aminoff an Rehbinder 6. 3. 19. Rehbinders Slg. Vgl. Frosterus a.a.O. S. 94 ff. auch für das Folgende.

390) Ehrenström an Rehbinder 13./25. 2. 19. Rehbinder Slg. I.

391) Mannerheim an Ehrenström 14. 3. 18, 24. 1. 19.

392) Konzept in Tengströms Slg. U. B. Ed. A. R. Cederberg: Hist. Arkisto XXIV (1914) II, 3.

393) Rehbinder an Walleen 2. 6. 19. Stjernvall-Walleens Slg.

werden können[394]. Daraufhin war Rehbinder voller Optimismus: „jetzt kommen wir zu dieser so ersehnten und für unsere Zukunft so wichtigen Gelegenheit"[395]. Doch sollte er sich getäuscht haben.

Walleen legte dar, daß trotz des günstigen Zustands noch eine feste Regelung in bezug auf die inneren Dinge wie auf die Beziehungen mit Rußland fehle. In einem notwendigen Neubau der Verfassung müßten besonders die Beziehungen zum Reich genau bestimmt werden, in diesen wie auch in anderen wichtigen Punkten müsse man jede Unsicherheit vermeiden und die künftige Gestaltung der Dinge nicht von den entsprechenden Erläuterungen abhängig machen. 1809 sei es darauf angekommen, das Schicksal des Volkes so rasch wie möglich sicherzustellen, die Nation wußte noch nicht, was noch fehle, man vertraute, daß der Kaiser die Lücken ergänzen würde. Jetzt seien die Bande zu Rußland befestigt, daher wäre es Zeit, die Freiheiten des Volkes durch einen feierlichen Akt zu bekräftigen und die Rechte von Kaiser und Ständen in ihrer endgültigen Form festzulegen. Es müsse vermieden werden, durch längeres Zögern die Fehler des jetzigen Zustandes zu sanktionieren. Die Formen von 1772 und 1789 müßten aber beibehalten werden, sie gäben dem Volke den nötigen und nützlichen Grad von Freiheit. Dem Senat, der jetzt alle möglichen Kompetenzen in sich vereinige, solle lediglich eine beratende Stellung zugewiesen werden, die eigentliche Verwaltung solle beim Kaiser bzw. den Kollegien liegen. Die Beamten, die in Finnland regierten, seien keine glücklichen Vertreter des Kaisers, umso weniger, als die Finnländer die kleinen Souveräne haßten. Der Senat habe alles in seiner Hand, ohne daß eine Aufsichtsinstanz bestände; es sei besser, aus ihm ein Kontrollorgan über die verschiedenen Ressorts zu machen, die die eigentliche Verwaltungsarbeit übernehmen. Deren Verbindung zum Kaiser solle durch ein Kollegium beim Generalgouverneur hergestellt werden, dann sei auch das Petersburger Komitee überflüssig. Eine Periodizität des Landtags sei entschieden vorteilhaft, obwohl dieser nicht von übermäßiger Bedeutung sei, da die Masse über öffentliche Angelegenheiten wenig unterrichtet sei; doch rege diese Vertretung das Interesse an den allgemeinen Dingen im Volke an[396]. Sichtlich war man sich allgemein nicht klar, wie man die Bedeutung des Generalgouverneurpostens einschätzen solle; mit dem alten Steinheil, der nichts von sich aus unternahm, hatte man noch keine Erfahrungen darüber sammeln können, wie ein Generalgouverneur mit der moralischen Stützung des kaiserlichen Willens über seine jeweiligen Befugnisse hinaus sich gegenüber der herrschenden dynastischen Loyalität durchsetzen könnte.

---

[394] Walleen an Rehbinder 18. 9. 19. Rehbinders Slg. I.
[395] Rehbinder an Walleen 20. 9. 19. Stjernvall-Walleens Slg.
[396] Walleens Konzept ed. J. R. Danielson-Kalmari: Hist. Arkisto XXIV, I. s

Vom Jahre 1819 datierte dann aber auch jene Wendung in den politischen Anschauungen des Kaisers, die mit der Enttäuschung seiner polnischen Hoffnungen, dem Mißtrauen gegen die aus Europa gemeldeten Umtriebe sowie den ersten Berichten über die wachsende Opposition in Rußland im Zusammenhang stand[397]. Zur gleichen Zeit hatte auch Alexander den schwedischen König, Karl XIV. Johan, gewarnt, in seinem Reich nur ja keine Unruhestifter aufkommen zu lassen[398]. Auch aus Finnland trafen ungünstige Nachrichten über die dortige Stimmung ein, welche wohl von Ladau und dem Militärgouverneur Heyden vermittelt wurden; deshalb befürwortete Rehbinder die geplante Reise des Kaisers nach Finnland sowie die Einberufung der Stände, so könnten auch jene Kreise beruhigt werden, die für die zukünftige Entwicklung des Landes nach dem Tode des Kaisers fürchteten. Viele im Lande möchten den gleichen Vorteil wie die Ostseeprovinzen erhalten, nämlich nicht zum Heeresdienst herangezogen zu werden, doch bestünde im Lande keine schwedische Partei, denn jeder stünde sich jetzt besser als jemals zuvor[399]. Zwar hatte Alexander Rehbinder mitgeteilt, daß er die Stände so rasch wie möglich einberufen wolle, doch waren dessen vorbereitende Maßnahmen nun durch Gegenströmungen kompliziert worden, als er im Juni 1819 das Memorial des Komitees zu dieser Frage einlieferte: Finnland sei bei seiner Vereinigung mit Rußland seiner Rechte, als eines nach innen unabhängigen, wenn auch Rußland untergeordneten Staates mit eigener Verfassung versichert worden. Daher müßten die Grundprinzipien der alten Verfassung mit den Rechten des Volkes und den Bindungen des Monarchen unverändert bewahrt bleiben. Das Memorial stützte sich im wesentlichen auf Walleens Vorschläge der periodischen Einberufung des Landtages und einer Kontrolle über die Regierungsorgane. Deshalb sei eine Umorganisation des überlasteten Senats wohl notwendig, doch solle das im einzelnen der Einsicht der Stände überlassen bleiben. Diesen sollte auch die Aufstellung einer Nationalarmee proponiert werden, da hierdurch das Bewußtsein der inneren Selbständigkeit und des nationalen Gefühls gestärkt würde. Auf keinen Fall sollten Einkünfte aus Finnland für die Zwecke des Gesamtreiches benutzt werden, da dadurch das Land ruiniert und die lokale Verwaltung mit der des ganzen Reiches verschmolzen werden

---

[397] Großfürst Nikolaj Michajlovič a.a.O. I. S. 228 f.

[398] Schinkel a.a.O. X. (1861) S. 70. Vgl. die Berichte des Postdirektors Ladau, der schwedische König wolle sein Heer vergrößern und damit nach Finnland übersetzen, um einen Aufstand zu entfesseln. J. R. Danielson-Kalmari: Tien varrelta kansalliseen ja valtiolliseen itsenäisyyteen (Auf dem Wege zur völkischen und staatlichen Selbständigkeit) III. Porvoo 1929. S. 147 ff.

[399] Ehrenström an Rehbinder 13./25. 3. 19, 4./16. 5. 19. Rehbinders Slg.; Frosterus a.a.O. S. 105 ff.; E. Nervander: Kejsar Alexander I:s resor i Finland (Die Reisen Kaiser Alexander I. in Finnland). H:fors 1906. S. 141 f.

würde. Das Beispiel des Wiburger Läns habe die nachteiligen Folgen einer solchen Behandlung aufgezeigt; wenn Finnland nur von russischen Rücksichten her geleitet werden würde, würde es jedem feindlichen Angriff leicht zum Opfer fallen. Die Propositionen müßten vorher von einem besonderen Komitee ausgearbeitet werden[400].

Während seines Aufenthaltes in Helsinki äußerte sich Alexander zu Aminoff dahin, er habe die Einrichtung eines vorbereitenden Komitees beschlossen[401]. Rehbinder schrieb, er habe dem Kaiser das Memorial und die Instruktion für das Komitee vorgetragen, der Kaiser habe schon die Feder in der Hand gehabt, um diese zu unterzeichnen, dann hätte er über einen Punkt sich noch nähere Erläuterungen ausgebeten und habe die Unterzeichnung noch verschoben[402]. Noch bei seiner Rückfahrt stellte Alexander im Gespräch mit Walleen diesem den möglichst baldigen Beginn der Vorbereitungsarbeiten in Aussicht[403].

Es sei wünschenswert, schrieb Mannerheim, daß Finnlands gegenwärtiges und zukünftiges Geschick einmal überprüft und dann auf einen sicheren Grund gestellt werden könnte. „Unser Bau steht jetzt noch auf Sand und kann durch das nächste Unwetter umgeblasen werden. Wird nicht die gegenwärtige vorteilhafte Einstellung beim Monarchen und beim Volk benutzt, so geht uns eine nie wiederkehrende Gelegenheit verloren"[404]. Nach Alexanders Rückkehr aus Finnland verlautete aber nichts mehr über einen Landtag, nichtsdestoweniger versuchte man bei jeder möglichen Gelegenheit, diesen Plan an allerhöchster Stelle vorzulegen. Aminoff und Rehbinder redigierten gemeinsam ein Exposé, worin es dem Kaiser voll und ganz überlassen wurde, die alten Grundgesetze in einen Verfassungsakt zusammenzufassen; falls noch einige Verbesserungen gemacht werden sollten, würden diesen dann die Stände bestimmt zustimmen[405]. Alle weit ausgreifenden Pläne sind also fallengelassen worden, es mußte nun noch mit den letzten Mitteln versucht werden, irgendwie noch einmal einen Landtag zustande zu bringen. Denn man konnte im Innern die Stagnation nicht endlos weitergehen, bezw. in den Augen des Volkes und besonders des Kaisers die verfassungsmäßigen Rechte nicht ganz untergehen lassen. Besonders Rehbinder war sich der Gefährdung durch eine weitere Verzögerung durchaus bewußt: je länger man die Einberufung eines Landtages hinausschiebe, desto schwieriger würde es sein, die vom Kaiser

---

400) Protokoll des Staatssekretariats 21. 6. 19 und Mémoire. Ed. J. R. Danielson-Kalmari: Hist. Arkisto XXVII (1918) I.

401) Hartmann a.a.O. S. 356 f.

402) Rehbinder: Souvenirs a.a.O.; Hist. Arkisto XXVII, I. S. 32.

403) S. o. S. 426 f.

404) Mannerheim an Ehrenstrom 27. 11. 19. Bonsdorff: Statsman a.a.O. S. 499.

405) Exposé 17. 9. 21. Frosterus a.a.O. S. 125 f.

festgesetzten Bedingungen im Auge zu behalten. Dann fuhr er mit der interessanten Wendung fort: „Liberale Ideen kommen im Galopp auf uns zu, was man im vorigen Jahre noch tun konnte, wird in zwei oder drei Jahren nicht mehr möglich sein"[406], was sich auf das Eindringen freiheitlicher Strömungen von Schweden her, wie sie damals die junge Generation an der Akademie teilweise bestimmten, bezog[407].

Alexander hat augenscheinlich seine ehrliche Absicht einer Zusammenarbeit mit Finnlands Ständen bis zuletzt nicht ganz aufgegeben; in einer Aufzeichnung des Sekretärs F. C. Stichaeus über „diejenigen Angelegenheiten, die S. M. der Kaiser in Gnaden zur Behandlung auf einem Landtag bestimmt hat", sind noch für die Jahre 1820 und 1823 entsprechende Eintragungen gemacht[408]. Andererseits legte Alexander noch kurz vor seinem Tode durch die Ernennung des neuen Generalgouverneurs Zakrevskij (1823) den Grund zu einem bürokratischen und zentralistischen Verwaltungssystem, das dann unter Nikolaus das Gesicht Finnlands bestimmen und alle Gedanken einer Repräsentation zum Erliegen bringen sollte.

---

[406] Rehbinder an Walleen 25. 1. 21. Stjernvall-Walleens Slg.

[407] Ehrenström an Rehbinder 5./19. 4. 19. Rehbinders Slg. I.

[408] Castrén a.a.O. S. 365 f. Bei der ersten handelte es sich um die Deportation von Verbrechern nach Sibirien, die von Calonius noch 1814 für eine bloße Polizeimaßnahme angesehen wurde. (Calonius a.a.O. S. 352 ff.; R. Lagus a.a.O. IV (1862) S. 1 ff. 1826 wurde die Deportation eingeführt mit dem Bemerken, „daß die endgültige Entscheidung noch auf der Anhörung der Stände beruht". Verordnung 21. 4. 26.)

PETER KARSTEDT

DIE URSCHRIFT DER LIVLÄNDISCHEN HISTORIEN DES JOHANNES RENNER

Im Jahre 1872 erschien im Literarischen Zentralblatt auf Sp. 122 ein „Anfrage und Bitte" überschriebener Aufruf, in welchem der Bremer Stadtbibliothekar J. G. Kohl die deutschen Bibliotheks- und Archivleiter ersuchte, ihm oder der Gesellschaft für Altertumskunde und Geschichte Livlands in Riga eine Benachrichtigung zukommen zu lassen, falls ihnen irgendeine Handschrift der Livländischen Chronik des Johann Renner bekannt sei. Es war hinzugefügt, daß man von einem zuverlässigen Autor des 18. Jahrhunderts die sichere Kunde habe, daß außer der in Bremen befindlichen und von Renner selbst angefertigten Kopie seines Werkes noch eine andere Handschrift desselben vorhanden gewesen sei, in welcher der Verfasser sich „Johannes Cursor Terelianus" unterschrieben habe.

Dieses Aufgebot, welches ohne positiven Erfolg blieb, hatte bereits eine längere Vorgeschichte.

Nachdem die Livländische Chronik des Johannes Renner, deren Existenz durch verschiedene Schriftsteller des 18. Jahrhunderts genügend bezeugt war[1], seit langem als verschollen gegolten hatte, führte ein glücklicher Zufall den Bremer Stadtbibliothekar Kohl zu ihrer Auffindung in der Bibliothek der Museumsgesellschaft zu Bremen. In der Weserzeitung vom 13. März 1870 gab dieser einen ersten Bericht über seinen Fund. Kohl verdanken wir auch die gründlichsten Nachrichten über die äußeren Lebensumstände des Johannes Renner. Er hat sie unter Benutzung der auf der Bremer Stadtbibliothek befindlichen und von Renner selber pflichtgemäß angefertigten Kopien aller seiner Protokolle zusammengestellt und in den Mitteilungen aus dem Gebiete der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands veröffentlicht[2]. Indessen hatte auch schon die baltische Geschichtsforschung Gelegenheit gefunden, die neu entdeckte Bremer Handschrift

[1] Eine Zusammenstellung dieser Quellen gibt Pabst, Die Anfänge der deutschen Herrschaft in Livland, in: Archiv für die Geschichte Liv-, Esth- und Curlands, hg. v. F. G. v. Bunge, 5 (1847), S. 49.
[2] 12, 1872, H. 1; auch als Sonderdruck Riga 1872 ersch.

(Cod. B.) bei ihren Arbeiten heranzuziehen. Konstantin Höhlbaum, beschäftigt mit Untersuchungen über den Estenaufstand des Jahres 1343, benutzte bei seiner Arbeit die Handschrift und stellte fest, daß in ihr eine bis dahin unbekannte Livländische Reimchronik des 14. Jahrhunderts verarbeitet sei. Der Herausschälung und Verwertung dieser Reimchronik aus den Historien Renners dienten seine Arbeiten „Joh. Renners livländische Historien und die jüngere livländische Reimchronik"[3] und „Die jüngere livländische Reimchronik des Bartholomäus Hoeneke 1315—1348"[4]. Bereits in der erstgenannten Arbeit kam Höhlbaum zu der Erkenntnis[5], daß der Codex B nicht die ursprüngliche Fassung des Rennerschen Werkes darstellen könne, daß man es in ihm vielmehr mit einer späteren Überarbeitung zu tun habe, bei welcher die im Jahre 1578 erschienene Livländische Chronik des Revaler Predigers Balthasar Russow in großem Umfang ausgewertet und übernommen wurde. Renner selber beschrieb ja nur die Zeit von 1556—1561, während welcher er sich als Glücksritter — „umme versoekens willen" — in Livland aufhielt, sozusagen als Augenzeuge. Für die übrige Zeit war er auf fremde Berichte angewiesen. Die Jahre 1556—1561 aber verbrachte er in unmittelbarer Nähe der Ereignisse, welche er beschrieb, an einigen von ihnen selber beteiligt. Sowohl als Sekretär von Persönlichkeiten, die selber im politischen Leben standen, wie auch in seiner Eigenschaft als Notar, in welcher er häufig zur Beurkundung wichtiger Verhandlungen herangezogen wurde, hatte er Gelegenheit genug, die politisch so hoch erregte Zeit aus unmittelbarer Nähe zu beobachten. Deshalb ist es naturgemäß dieser Teil des Rennerschen Werkes, der seinen eigentlichen Wert ausmacht, und man wird annehmen dürfen, daß er, da Renner ihn kaum lediglich in seinem Gedächtnis bewahrt nach Deutschland gebracht haben wird, bei seiner Rückkehr im Jahre 1561 mindestens im Konzept abgeschlossen vorlag. Höhlbaum freilich kommt in seiner Arbeit über den ersten Teil der Historien Johann Renners[6] zu dem Ergebnis, daß damals, bei Renners Rückkehr, nicht lange vor dem Juni 1561, wenigstens zwei Bücher der Historien — gemeint sind doch wohl die beiden ersten? — fertig geschrieben gewesen seien. Ich werde später noch hierauf zurückkommen und zeigen, daß Höhlbaums Ansicht unzutreffend ist. Nun aber umfaßt der Codex B den Zeitraum von den frühesten Perioden livländischer Geschichte bis zu einem Jahr vor des Verfassers Tod, nämlich bis 1582, und zwar ohne einen Wechsel in der Schrift oder ein sonstiges sichtbares Zeichen dafür, daß die Niederschrift zu verschiedenen Zeiten vorgenommen sei. Man

[3] Gottingen 1872.
[4] Leipzig 1872.
[5] S. 70.
[6] In: Verhandlungen der gelehrten estn. Gesellschaft, Bd. VIII, H. 3; hier zitiert nach dem Sonderdruck Dorpat 1874.

war also zu der Annahme gezwungen, daß der Codex B eine Niederschrift letzter Hand sei, welche der Verfasser frühestens nach dem Erscheinen der Russowschen Chronik im Jahre 1578 begann und zugleich mit einer Umarbeitung einer früheren Fassung seines Werkes verband, indem er die neu erschienene Chronik ausschrieb. Damit aber erhob sich zugleich die Frage nach Inhalt und Gestalt jener früheren Fassung, wie sie vor dem Erscheinen des Russowschen Werkes bestanden haben mußte, und das umso mehr, als man erkannte, daß die Einwirkung der Chronik Russows auf das Werk Renners diesem durchaus nicht nur zum Vorteil, sondern in mancher Hinsicht gar zum Nachteil gereicht hatte. Das Bedürfnis, diese Urschrift selber in die Hand zu bekommen, war also auch sachlich berechtigt.

Die Gewißheit, daß noch eine andere Fassung des Rennerschen Geschichtswerkes vorgelegen haben müsse, ergab sich ferner aus zwei aus dem 18. Jahrhundert überlieferten Nachrichten. Es fanden sich nämlich unter der oben erwähnten Literatur, aus der man stets auf die Existenz einer Livländischen Chronik Renners geschlossen hatte, zwei Bemerkungen, die auf die endlich aufgefundene Handschrift B nicht paßten. Erstens hatte Post in seinen Quellen der bremischen Geschichte[7] geschrieben: Daß er (Renner) Notarius gewesen, sagt seine Livl. Chronik p. 151. Diese Angabe trifft auf den Cod. B, der nur eine ursprüngliche Blattzählung hat, niemals zu, wie immer man sie auszulegen versucht; denn die beiden einzigen Stellen, an denen Renner sich selber in seinem Werk als Notar bezeichnet[8], stehen in B auf Bl. 210v und 211r. Auf Bl. 151 findet sich lediglich der Bericht über das Zusammentreffen Renners mit dem Bischof Friedrich Amten von Reval in Weißenstein, wobei er seiner Eigenschaft als Notar aber nicht gedenkt. Zweitens hatte Samuel Christian Lappenberg in seinem Grundriß zu einer Geschichte des Herzogtums Bremen geschrieben[9]: Er (Renner) hat auch eine livländische Chronik geschrieben, darin unterschreibet er sich Johannes Cursor Terelianus[10]. In dem Codex B aber nennt sich Renner nur Johannes Renner Bremensis. Aus diesen Umständen durfte man mit einiger Gewißheit schließen, daß noch ein anderer Codex der Livländischen Historien Renners irgendwo einmal vorhanden gewesen sei. Und da es natürlich durchaus im Bereiche der Möglichkeit lag, ja, eigentlich sogar wahrscheinlich war, daß dieser jene frühere, ursprüngliche Fassung enthalte, von welcher,

---

[7] Handschriftlich auf der Bremer Stadtbibliothek; zitiert nach Pabst a.a.O.

[8] Vgl. Renners Livlandische Historien, hg. von Hausmann u. Hohlbaum, Gottingen 1876, S. 242 u. 243 und das Register.

[9] Abgedr. in Pratjes vermischten historischen Sammlungen I, 1842; die angefuhrte Stelle daselbst S. 112, Anm. 38.

[10] Dieselbe Nachricht auch bei Miesegaes, Chronik der freyen Hansestadt Bremen, 1828, S. 10—11.

wie man jetzt wußte, der Codex B nur eine Umarbeitung und heute entbehrliche, ja störende Erweiterung durch Ausschreibung der Russowschen Chronik war, so entschloß man sich, ehe man an die mühevolle Arbeit der Reinigung des Textes B von allem fremden Gute ging, jene „Anfrage und Bitte" in die wissenschaftliche Welt hinausgehen zu lassen, deren Inhalt ich zu Anfang in Kürze wiedergegeben habe. Sie blieb ohne Erfolg; es wurden keine Handschriften der Livländischen Chronik Renners angemeldet. So mußte man sich, bevor man an die Herausgabe des Bremer Textes ging, denn doch der Mühe unterziehen, durch eine philologische Untersuchung des Textes die fremden Zutaten aus der eigenen Darstellung Renners zu entfernen. Auch diese Arbeit ist von Höhlbaum durchgeführt worden.

Bereits in seiner schon genannten Arbeit „J. Renners livländische Historien und die jüngere livländische Reimchronik" hatte Höhlbaum nachweisen können, daß, abgesehen von der in Vergessenheit geratenen und nur durch Renners Werk erhaltenen Reimchronik des Bartholomäus Hoeneke, der ganze erste Teil der Chronik bis in das 14. Jahrhundert hinein auf bekannten Quellen beruhte. In seiner späteren Abhandlung „Der erste Teil der Historien Johann Renners" führte nun Höhlbaum diese Untersuchungen bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts fort, also bis zu dem Zeitpunkt, in welchem Renner mit seinem eigenen Bericht beginnt. Das Ergebnis war auch hier, daß, außer einigen wenigen unerheblichen Originalnachrichten, die Höhlbaum als Anhang zu seiner Abhandlung abdrucken ließ, und die im wesentlichen nur die Vorrede und die Beschreibung der Schauplätze enthalten, auch dieser Teil der Rennerschen Historien sich als eine ganz unselbständige Kompilation aus bekannten Schriftstellern erwies, die eine Edition nicht verdiente. Gleichwohl hielt aber Höhlbaum doch an seiner Ansicht fest, daß Renner bei seiner Rückkehr aus Livland im Juni des Jahres 1561 „wenigstens zwei Bücher fertig geschrieben hatte, die gleich dem dritten später nach Erscheinen der Russowschen Chronik überarbeitet wurden"[11]. Höhlbaum ist offenbar der Ansicht gewesen, daß die spätere Überarbeitung im wesentlichen nur noch Zusätze aus der Russowschen Chronik hinzugebracht und auch keinen anderen Zweck gehabt habe, als diese inzwischen erschienene Arbeit in das im übrigen abgeschlossene Werk Renners einzuarbeiten. Daß auch das fremde Gut der ersten Bücher erst später hinzugekommen sein, die Urschrift also zunächst nichts als den Augenzeugenbericht der Jahre 1556—1561 enthalten haben könnte, daran hat er, wie naheliegend es ist, anscheinend nicht gedacht.

Aber wenn auch dem ersten und letzten Teil des Rennerschen Werkes jegliche Originalität mangelte, so konnte das doch nicht den Wert seiner eigenen Darstellung der Ereignisse der

[11] S. 3 a.a.O.

Jahre 1556—1561 herabsetzen. Diese mußte für die livländische Geschichtsforschung von hervorragendem Werte sein, und darum mußte man, da man die Urschrift nicht kannte, sie auf Grund des Cod. B bekannt machen. Indessen ging es doch nicht an, die Originalnachrichten Renners allein für sich abzudrucken, wenn man nicht das ganze Werk in Fetzen reißen wollte. Darum befolgte die von Hausmann und Höhlbaum besorgte Ausgabe des Cod. B[12] den Grundsatz, Eigenes und Fremdes in den Historien durch den Druck zu unterscheiden. Alles, was nach der Meinung der Herausgeber Renner aus Russow oder anderen bekannten Quellen schöpfte, wurde in Petitdruck wiedergegeben; falls es jedenfalls im Wortlaut Selbständigkeit bewahrte, kursiv. Dagegen erschienen die von den Herausgebern Renner zugeschriebenen Originalnachrichten im Normaldruck. Dabei wurde es nun ganz augenscheinlich, daß als Renners eigenes Werk im großen und ganzen von den neun Büchern der Historien nur die Bücher 4—8 und der Anfang des neunten anzusehen sind. Sie aber enthalten die Berichte über die von Renner selber in Livland miterlebte Zeit der Jahre 1556—1561. Gleichwohl kam man auch jetzt noch nicht auf den Gedanken, daß dieser Teil der Darstellung mit dem Inhalt der vergeblich gesuchten älteren Fassung der Historien identisch sein könne, vielmehr hielt man auch weiter an der von Höhlbaum schon früher aufgestellten These fest, daß der ganze ältere Teil der Historien bei der späteren Überarbeitung seine zweite Bearbeitung erfahren habe und mindestens zwei Bücher desselben bereits in Livland von Renner fertig geschrieben worden seien. Man stellte das so dar[13], als habe der Verfasser inmitten der turbulenten Ereignisse, welche er beschrieb, die Zeit gefunden, „die beiden Reimchroniken, Horners Katalog, die Schriften der Hamburger Domherren, des polnischen Matthias und des dänischen Saxo, die Urkunden, seine Wahrnehmungen im Ordensschloß zu Wenden und die mündlichen Erzählungen, die er erhielt, vielleicht auch das weitverbreitete Buch Sleidans dort zu einem genauen Bericht über den älteren Zustand Livlands zu verschmelzen" usw.

Tatsächlich hat Renner, wie ich heute nachweisen kann, in Livland nichts als skizzenhafte Aufzeichnungen über die Zeitereignisse gemacht, die er, nach Deutschland zurückgekehrt, sogleich, und ohne auf die frühere Geschichte Livlands einzugehen, zu einem einheitlichen Bericht ausgearbeitet hat. Hierzu bin ich in der Lage infolge eines glücklichen Fundes, der mir unter den Beständen der historischen Handschriften der Lübecker Stadtbibliothek einen Codex in die Hände fallen ließ, der sich mir bereits bei der ersten genaueren Untersuchung als die solange vergeblich gesuchte Urschrift der Livländischen Historien des Johannes Renner herausstellte. Damals freilich, als Kohl

[12] Ersch. Gottingen 1876.
[13] a.a.O., S. XIV f.

seinen Aufruf im Literarischen Zentralblatt erließ, war diese Handschrift noch nicht im Besitze der Stadtbibliothek. Sie kam erst im Jahre 1894 als 1187. Zugang und zwar aus dem Nachlaß des bekannten Diplomaten der Bismarckzeit Kurd von Schlözer in die Lübecker Bibliothek. Woher dieser sie bekommen hatte, ist mir unbekannt. Der Gedanke liegt nahe, daß sie sich bereits seit seinem Großvater August Ludwig, dem in der Geschichte des Ostens hervorragenden Gelehrten, in der Familie fortvererbt habe. Ich glaube das aber nicht. Denn es hat den Anschein, als habe August Ludwig, als er seine „Geschichte von Littauen, Kurland und Livland" schrieb[14], das Werk Renners nicht zur Verfügung gestanden. Außerdem hat aber auch Kurd von Schlözer selber im Jahre 1850 ein Buch erscheinen lassen über Livland und die Anfänge deutschen Lebens im baltischen Norden, und obwohl nun diese Arbeit nicht über den Anfang des 13. Jahrhunderts hinausgeht und sich deshalb aus ihr nicht unmittelbar entnehmen läßt, ob der Verfasser die Historien Renners, die für diese Zeit selber nur aus fremden Quellen schöpfen, benutzt hat, so scheint mir doch aus ihr hervorzugehen, daß Schlözer zur Zeit der Abfassung dieser Arbeit noch nicht im Besitze der Handschrift war. In seinen zahlreichen Quellenangaben wird nämlich die Handschrift niemals erwähnt, obschon hierzu wohl mehr als einmal Gelegenheit gewesen wäre; so z. B. in der 49. Anmerkung, wo die Quellen über die Entdeckung Livlands durch Bremer Kaufleute zusammengestellt sind, oder in der 202. Anmerkung, wo der Verfasser die Nachrichten über die Gründung des Deutschen Ordens und seine Berufung nach Preußen lediglich auf Voigts Geschichte des Deutschen Ordens stützt, obwohl die Handschrift der Historien über beides ausführlich berichtet. Man muß sich hierbei gegenwärtig halten, daß damals, als Schlözer seine Arbeit über Livland schrieb, die Bremer Handschrift noch nicht aufgefunden war, wohl aber vor wenigen Jahren Pabst alle Quellenangaben zusammengestellt hatte, aus denen man wußte, daß Renner eine Livländische Chronik geschrieben hatte, deren Handschrift unauffindbar war. Man wird annehmen müssen, daß diese Umstände Schlözer bekannt waren. Kann man es dann noch für möglich halten, daß er den Besitz dieser Handschrift, von der er wußte, daß die livländische Geschichtswissenschaft an ihr ein Interesse habe, verschwiegen hätte, und zwar in einer Arbeit über livländische Geschichte? Man muß demnach annehmen, daß die Handschrift erst nach dem Erscheinen seines Buches über Livland in seinen Besitz kam, obgleich es auch dann noch verwunderlich bleibt, daß er, der sich über ihre Bedeutung eigentlich doch wohl im klaren sein mußte, es nicht für nötig hielt, sie der livländischen Geschichtsforschung zugänglich zu machen. Immerhin läßt dieses sich aus Schlözers Unlust zur eigentlichen Wissenschaft erklären,

[14] Halle 1785.

die er ja nur seinem Vater zuliebe gepflegt und nach dessen Tod im Jahre 1859 ganz aufgegeben hatte[15].

Die Handschrift, welche heute die Signatur Ms. hist. 4° 41 führt, befindet sich in gut erhaltenem Zustand. Die stellenweise vom Rande her eingedrungene Feuchtigkeit hat dem Texte nicht geschadet. Sie enthält nach einer um die Jahrhundertwende von bibliothekarischer Hand vorgenommenen Zählung 216 Bll. Papier, wobei die leeren Vorsatzblätter und ein lose einliegendes 215. Bl. mitgezählt wurden. Auf Bl. 1ʳ befindet sich ein Eintrag von einer Hand des 18. Jahrhunderts, den ich nur deuten, nicht lesen kann, als: 57 gr. Auct./17. 7 i Apr. Die dritte Ziffer der Jahreszahl ist durch nachträgliche Änderungen unleserlich geworden; anscheinend ist es eine mit einer 4 überschriebene 2. Da der Buchrand ohne Schnitt ist, schwanken die Größenmaße der Blätter um einiges. Durchschnittlich beträgt die Höhe eines Blattes 21 cm, die Breite 15,2 cm; die Höhe des beschriebenen Raumes ca. 17 cm, die Breite ca. 12 cm. Die Anzahl der Zeilen schwankt von 18—22 für die Seite. Die Schrift ist die klare, gleichmäßige Kurrentschrift des Notars Renner selber. Ich habe sie mit der des Cod. B verglichen, der, wie Kohl auf Grund der Rennerschen Protokolle sicher bezeugt, von des Verfassers eigener Hand geschrieben wurde, und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß, wenn auch im Charakter des Gesamtschriftbildes einige Verschiedenheiten vorliegen, auf welche ich später noch zurückkommen werde, dennoch die schreibende Hand in beiden Codices dieselbe gewesen sein muß. Im Gegensatz zum Cod. B enthält die Lübecker Handschrift (Cod. L) zwei sich inhaltlich gleichende Vorreden, in denen Renner das Werk seiner Historien „Den Edlen vnd Wolgebornen hern, hern Edzarde, Christophoro vnd Johan, Gebrudern, Grafen vnd hern tho Ostfriesslant, minen gnedigenn hernn", widmet. Vor jeder der beiden Vorreden befindet sich ein voller Titel, aber während der erste den Verfasser nicht nennt und dieser sich am Ende der Vorrede „Johannes Renner" unterschreibt, heißt es am Schlusse des zweiten Titels „beschrieben durch Joannem Cursorem Tecelianum" und dem entsprechend unterschreibt dann auch der Verfasser seine Vorrede hier mit „Joannes Cursor Tecelianus". Beide Vorreden sind datiert. Die Datierung der ersten Vorrede läßt leider für Tag und Monat eine Lücke offen und gibt mit ihrem „Anno dni etc. 61" lediglich die Jahreszahl. Die zweite Vorrede dagegen schließt mit einer vollen Datierung: „Dat. den 20 Julij Anno etc. 62". Ich möchte nun glauben, daß Renner die erste Vorrede schrieb, als er sich zuerst daranmachte, sein Werk niederzuschreiben, weswegen er Tag und Monat in der Datierung seiner Zueignung einstweilen fortließ, um sie nach Beendigung des Ganzen einzusetzen. Dann aber, als er das Werk zu Ende gebracht hatte, schrieb er

---

[15] A. d. B. LIV, S. 47.

auch den Titel und die Zueignung neu, wobei er jetzt keinen Grund mehr hatte, Tag und Monat in seiner Datierung zu unterdrücken. Nach den Berechnungen Höhlbaums[16] muß Renner „nicht lange vor dem Juni 1561" aus Livland nach Deutschland zurückgekehrt sein. Es ist also ganz verständlich, wenn er der Meinung war, seine Arbeit noch in dem laufenden Jahr zum Abschluß bringen zu können und deshalb die Jahreszahl 1561 gleich einsetzte. Dieses gelang ihm aber nicht, und wenn die hier aufgestellte Hypothese richtig ist, so fällt die Abfassung und Niederschrift der Historien in ihrer ersten Fassung in die Zeit von etwa Juni 1561 bis zum Juli 1562.

Der Einband der Handschrift ist ein roter Pappband mit Pergamentrücken. Seine aus handschriftlicher Makulatur zusammengepreßten Deckel hatten wohl das Interesse von Forschern erregt, so daß er im Laufe der Zeit arg mitgenommen wurde; doch sind die gröbsten Schäden jetzt beseitigt. Der Rückentitel ist fast ganz verblaßt. Die Sprache der Historien ist das Mittelniederdeutsche mit einer landschaftlichen Färbung, die durch die Nähe Hollands bewirkt ist.

Den Inhalt der Handschrift bildet außer den beiden genannten Vorreden im großen und ganzen gesprochen alles das, was in der Druckausgabe der Bremer Handschrift Hausmanns und Höhlbaums im Normaldruck erscheint, mit anderen Worten also alles dasjenige, was die Herausgeber als auf Renner selber zurückgehende Originalnachrichten erkannt und bezeichnet haben. Aber auch nur dieses. Insbesondere so gut wie nichts aus der Zeit vor 1556. Das ergibt sich bereits aus den beiden Titelblättern, von denen das erste lautet: Warhaftiger vnd Gruntlicher / Bericht, der Krigs vnd anderer Handlung / so vam Jare vnsers Hern vnd / seligmakers Jhesu Chri 1 5.5.6. / beth thom Itzige 61 Jahre der / minder Tall In Liflande / mit dem Moscowiter, ock / andern Hern, Potentaten vnd / Stenden sich togedragen vnd / begeuen, ... / erschrecklich to lesende. Das zweite Titelblatt besagt mit mehr Worten dasselbe, gibt aber als Berichtszeit an „... vom Jare der Gepurt vnsers Heilands / vnd Seligmachers Jhesu Christi der / weiniger Zall 56. biß zum zwei vnd / Sechtzigsten ..." Tatsächlich enthält auch die Handschrift nichts Nennenswertes aus der Zeit vor 1556. Daraus ergibt sich aber, daß, entgegen der These Höhlbaums, die Entlehnungen aus anderen Autoren nicht nur für die Zeit nach 1561, sondern auch für die Zeit vor 1556 erst nachträglich in die Historien hineingearbeitet sind, daß Renner also zunächst nichts weiteres beabsichtigte, als die Zeit seines eigenen livländischen Aufenthaltes zu schildern. Mit anderen Worten: dieser Codex L ist nicht nur jene frühere Fassung der Historien, welche durch Kohls Aufruf im Zentralblatt herbeigeschafft werden sollte, sondern er enthält zugleich auch

---

[16] Der erste Teil der Historien ..., S. 3.

nur denjenigen Teil des Werkes, der, weil er auf den Originalnachrichten Renners beruht, allein noch von historischem Wert ist. Hätten die Herausgeber des Cod. B den Cod. L gekannt, so wäre ihnen die Mühe erspart geblieben, aus jenem die Originalnachrichten durch mühsame Textuntersuchungen herauszuarbeiten. Man wird also mit Recht den Cod. L als die Urschrift des Werkes bezeichnen können.

Allerdings ist dieser sauber und sicher geschriebene Text, der ursprünglich so gut wie ohne alle Korrekturen verläuft, ganz gewiß nicht die erste Niederschrift. Dafür gibt es in der Handschrift verschiedene Anzeichen, von denen ich eines, eine Stelle auf Bl. 163^{v}, anführen will. Dort bringt der Chronist drei Zeilen von einer Nachricht, welche er bereits auf Bl. 163^{r} in ganz demselben Wortlaut gegeben hatte. Nachdem er dann seinen Irrtum bemerkte, hat er die Eintragung auf Bl. 163^{v} wieder gestrichen. Ich meine, daraus muß man entnehmen, daß der Verfasser nach einer Vorlage arbeitete, wahrscheinlich nach den Notizen und Aufzeichnungen, die er sich während seines Aufenthaltes in Livland gemacht hatte. An der Bezeichnung der Handschrift als Urschrift wird dadurch natürlich nichts geändert; sie enthält die fertige Gestalt, welche der Verfasser seinem Werk zuerst gab. Wie wir uns jene ersten Aufzeichnungen Renners, die ihm dabei als Grundlage dienten, zu denken haben, davon geben uns die Bll. 208—212 ein anschauliches Bild.

Es beginnt nämlich auf Bl. 203^{r} unter der Überschrift „Tom fruntlichem Leser" ein Nachwort, in welchem Renner zunächst aus eigenem Wissen erzählt, was er am Anfang des Cod. B[17] über die Entdeckung Livlands durch Bremer Kaufleute aus anderen Quellen berichtet, um alsdann zu der geographischen Beschreibung der Schauplätze überzugehen, die im Cod. B in der Vorrede an den Leser steht[18]. Der Schluß dieses Nachwortes, der anscheinend ursprünglich auf dem später herausgeschnittenen Bl. 213^{r} stand, findet sich jetzt auf Bl. 214^{r} oben. Der übrige Teil dieses Blattes ist ebenfalls abgeschnitten. Dieser Schluß auf Bl. 214^{r} schließt unmittelbar an Bl. 207^{v} an. Auf den dazwischenliegenden Blättern 208^{r}—212^{v} finden sich, ebenfalls von der Hand Renners, jedoch in einer sehr viel flüchtigeren Kursivschrift mit zahlreichen Korrekturen, Abkürzungen, Streichungen und Umstellungen die Nachrichten über die Ereignisse des Jahres 1561, welche man in der Ausgabe des Cod. B über die Seiten 342—349 verstreut findet. Diese Nachrichten hat Renner in die erste Fassung seines Werkes, dessen Schlußschrift sich auf Bl. 198^{v} unserer Handschrift befindet, nicht aufgenommen, wahrscheinlich, weil sie ihm zu lückenhaft waren, und nicht an den Schluß seines Werkes anschlossen. Später, als er dann nach dem Erscheinen der

---

[17] S. 16 des Druckes, auch S. 31.
[18] S. 6—9 des Druckes.

Chronik Russows in der Lage war, diesen Anschluß herzustellen und die Lücken zu ergänzen, hat er sie in die Fassung des Cod. B mit hineingearbeitet. Auf diesen Blättern haben wir also ein Beispiel jenes unverarbeiteten Materials vor uns, aus welchem die erste Gestalt der Historien hervorging. Diese endeten ursprünglich auf Bl. 198^v mit einer Schlußschrift, welche Renner durchstrich, als er auf die folgenden, bis dahin leeren Bll. 199^r—202^r jene Nachträge schrieb, welche die Verbindung herstellen zwischen dem ursprünglichen Schluß seines Werkes und den oben erwähnten, nicht in dieses eingegangenen Nachrichten über das Jahr 1561. Diese Nachträge sind auffällig sowohl durch die Schrift, in welcher sie geschrieben sind, als auch durch ihren Inhalt. Das Gesamtbild der Schrift weicht von dem der übrigen Handschrift schon insofern ab, als die Schrift hier kleiner ist, ohne deshalb viel mehr kursiv zu sein. Dann aber hat sich auch die Richtung der Schrift geändert: während Renner sonst, sowohl in der Reinschrift wie auch im Konzept, in den Buchstaben mit Ober- und Unterlängen sowohl wie bei den kleinen Buchstaben, eine nach rechts oben schräge ausgerichtete Hand schrieb, haben wir hier ein Schriftbild, bei welchem die Abstriche der kleinen Buchstaben von links oben nach rechts unten verlaufen. Hierdurch wird das Gesamtbild der Schrift derart verändert, daß ein lettischer Gelehrter, der die Handschrift im Frühjahr 1938 sah, nicht glauben wollte, daß auch diese Stellen von Renners Hand geschrieben seien. Ich hielt schon damals daran fest, daß kein anderer als Renner als Schreiber dieser Blätter in Frage kommen könne, wobei mich sowohl die einzelnen charakteristischen Buchstabenformen in meiner Überzeugung bestärkten als auch die Erfahrung, die mir an vielen Beispielen gezeigt hat, wie wandlungsfähig die Handschrift gerade der Berufsschreiber ist. Völlig überzeugt, Renners Hand auch auf diesen Blättern vor mir zu sehen, bin aber auch ich erst, seitdem ich den Cod. B noch einmal zum Vergleich herangezogen habe. Auch in ihm beherrscht die Linksrechtsrichtung der Abstriche in den kleinen Buchstaben durchaus das Schriftbild. Demnach hat Renner in späterer Zeit seine Handschrift geändert. Daß die Nachträge auf den Bll. 199^r—202^r zeitlich dem Cod. B näherstehen als der Urschrift vom Jahre 1562, ergibt sich schon daraus, daß sie inhaltlich zum guten Teil auf der 1578 erschienenen Chronik Russow's beruhen. Aber eben doch nur zum Teil, und das ist das Auffällige dabei. Es handelt sich hier um denjenigen Teil des Textes, der in der Druckausgabe des Cod. B auf den Seiten 338—342 erscheint. Dieser Abschnitt, der abwechselnd bald im Normaldruck, bald in Petitdruck vorliegt, besteht also nach den Herausgebern aus einem Gemisch von Originalnachrichten Renners und Entlehnungen vorwiegend aus Russow. Hier, im Cod. L, erscheinen diese Nachrichten in einem ganz einheitlichen, ungestört fortlaufenden Text, dem in nichts anzumerken ist, daß er aus verschiedenen Elementen zusammen-

geschmolzen ist. Ganz dasselbe Bild gewährt ein zwischen den Bll. 210 und 211 eingefügter Zettel. Man muß also annehmen, daß Renner seine Entlehnungen aus Russow, ehe er sie niederschrieb, mit anderen Nachrichten, die er erst nach dem Abschluß seines Werkes im Jahre 1562 erhielt, zu einem Ganzen verschmolz. Daß Renner auch, als er die erste Fassung seiner Historien bereits fertiggestellt hatte, noch mit Nachrichten aus Livland versehen wurde, zeigen die verschiedenen nachträglichen Zusätze zu der Urschrift, die in der Druckausgabe des Cod. B von den Herausgebern als Originalnachrichten des Renner gekennzeichnet sind. Diese Nachrichten, die nicht aus anderen Autoren übernommen sind, aber auch offenbar nicht von Renner selber aus Livland mitgebracht wurden, kann er also wohl nur mündlich vernommen haben von solchen, die nach ihm aus Livland zurückgekommen sind. Als ein Beispiel nenne ich die Nachricht von den fünf unheimlichen Vögeln, die 14 Tage auf den Gräbern erschlagener Livländer in Moskau gesessen haben sollen. Sie wird von den Herausgebern des Cod. B als für Renners zeitgemäßen Aberglauben bezeichnend hingestellt[19], im Abdruck des Textes selbst als Originalnachricht gekennzeichnet[20], steht aber auf Bl. 196^{r} der Urschrift als nachträglicher Zusatz am Rande. Aus solchen erst später aus Livland erhaltenen Nachrichten und Entlehnungen aus Russow's Chronik werden also die Berichte auf den Bll. 199^{r}—202^{r} zusammengesetzt sein. Daß sie den Zweck haben, die zwischen dem abgeschlossenen Werk und den noch nicht verarbeiteten Notizen auf Bl. 208^{r} ff. klaffende Lücke zu schließen, geht unzweifelhaft daraus hervor, daß Renner auf Bl. 202^{r} seine Nachträge schließt mit dem Vermerk: „Sequitur hirna 8 Dage vor pīgst. etc.", womit er den unmittelbaren Anschluß an eine Stelle auf Bl. 208^{r} herstellt[21].

Betrachten wir nunmehr den Text der Urschrift selber, so weicht er schon äußerlich von dem Cod. B insofern ab, als hier die Einteilung in Kapitel und Bücher fehlt. Lediglich durch gelegentliche Überschriften in Fraktur, wie z. B. „Anno dni 1551, Leisse verlorn, Nieschlott verlorn", wird eine Einteilung des Stoffes sichtbar. Die erste, auf die spätere Einteilung in Bücher hinweisende Eintragung findet sich auf Bl. 134^{r}: „Finis libri 6. Sequitur liber 7." Sie ist aber nachträglich und mit einer Schrift hinzugefügt, der man es anmerkt, daß die einstige Reinschrift für den Verfasser inzwischen wieder zum Entwurf herabgesunken war. Ebenso sind meistens erst nachträglich die gelegentlichen Streichungen, Zusätze und Korrekturen vorgenommen worden, denen man begegnet. Diese Wahrnehmungen sind aber unwichtig neben der Frage, inwieweit der Inhalt des Textes mit dem übereinstimmt, was man

---

19) Vorw. S. XXI.
20) S. 335.
21) Vgl. S. 342 der Druckausgabe.

aus dem Cod. B als vermutliche Urfassung des Werkes herausgearbeitet hatte. Von der Beantwortung dieser Frage hängt es ab, ob man sich entschließt, die vorliegende Urschrift abermals einer gründlichen Untersuchung, wohl gar einer vollständigen Herausgabe zu würdigen, oder ob man, wenn sie gegenüber jenem nichts neues bringt, sich mit dem Abdruck des Cod. B auch in Zukunft zufriedengeben will. Ich habe bereits gesagt, daß die Urschrift des Cod. L nur im großen und ganzen etwa dem entspricht, wie Hausmann und Höhlbaum sie sich vorgestellt hatten. Im folgenden will ich nun die Ergebnisse einiger Untersuchungen mitteilen, die ich in dieser Hinsicht angestellt habe, um denjenigen, die es angeht, ein möglichst klares Bild zu geben von den Abweichungen, die zwischen der wahren Urschrift im Cod. L und der rekonstruierten Urschrift in der Druckausgabe des Cod. B (BD) bestehen.

Zuvor noch ein Wort über die beiden Zueignungsschriften am Anfang von L, die in B fehlen. Sie stimmen inhaltlich überein. Soweit sie historische Nachrichten enthalten, sind sie in die „Vorrede an den Leser" in B eingegangen[22]. Im übrigen enthalten sie eine für Renners Geschichtsauffassung bezeichnende Stelle. Ihm sind die schrecklichen Zeiten, die damals über Livland hereinbrachen, die Mittel, deren Gott sich bedient, um das in Sünde geratene Land zu züchtigen und entweder auf den Weg eines gottgefälligen Lebenswandels zurückzuführen oder es zu vernichten. Beachtenswert ist auch, daß Renner hier nicht, wie in seiner Vorrede an den Leser in B, das Buch des Thomas Horner als seine Quelle nennt, obschon er es gekannt haben wird; ein neuer Beweis dafür, daß Renner erst bei der zweiten Bearbeitung seines Werkes zur Auswertung anderer Autoren überging und bei der ersten lediglich die Absicht hatte, eigene Erlebnisse zu schildern.

Was nun endlich den Urtext der Geschichtserzählung selber angeht, so beginnt er Bl. 10ʳ mit dem Bericht von der Erscheinung des Kometen im Winter des Jahres 1556, wie er sich auf S. 144 BD findet, und schließt Bl. 198ʳ mit der Gesandtschaft des N. Buncke nach Moskau, von der BD auf S. 338 berichtet. Innerhalb dieses Rahmens machen sich allerlei Verschiedenheiten zwischen den beiden Fassungen bemerkbar.

I. Selbst dort, wo beide Texte sich dem Inhalte nach decken, weichen sie oft von einander sowohl im Wortlaut als auch in der Darstellung ab. Als Beispiel sei die Stelle von dem livländischen Propheten Jorgen hergesetzt, welche der Erzählung von dem Kometen unmittelbar folgt. Sie lautet:

nach L Bl. 10ʳ:	nach BD S. 144 f.:
Nu was disser tidt to Riga ein Minsche / mit namen Jorgen, ein	Nu was disser tidt to Rige mit namen Jorgen ein Misner, de sulve

[22]) S. 4—6 des Druckes.

Misner, desulue / ging bloth vnd barfueth, vnd arbeidede In / der Stadt,

wolde ock nicht eten edder drincken, / hie hedde Idt den erst mit arbeidende vordie-net, vormanede dat folck thor bote,

Schriede / menychmal O we o we auer Liflandt / bekeret Juw, bekeret Juw, vnd der geliken / ropent vnd vormanent drief hie vele. / [10v:] Hie schliep vp der erden altit, ging flitigen / In die kercken thor predige, vnd wowol / ehn die predicanten etliche mahl vor sich ne- / men tho vnderwisende, vnd van solchem / sinem voernemende aftoleidende, konde / hie doch der maten vth hilliger geschrift / andtworten, dat sye ehn / [fünf getilgte Worte] bliuen leten.

Van Riga / toch hie na der Parnouw, vnd vordthan na / Reuel, Vormanede allenthaluen dat folck / thor bote, toch wider In Alentacken an der / Russischen grentze, wart aldar van denn / buren vp einem felsen erschlagen.

gink bloth und barvoth und arbeidede in der stadt mit holt to houwende und anderer huslichen arbeide,

wolde ock nicht eten edder drinken, he hedde idt dan mit arbeidende vordenet. De sulvige vormanede de borgers dachlick thor bote. He was vor 9 jaren hir ock to Rige gewesen und dat folck tor bote vormanet edder Got wurde se mit fuire plagen; als averst sin vormanent nicht helpen wolde, toch he wech. Also geschach idt [folgt eine Entlehnung aus Russow] Als he nu disser tidt, wo baven gemelt, wedder to Rige quam und wedderumb dat folck thor bote vormanede, schriede he vaken up den gassen: O we, o we aver Liflandt, bekeret juw, bekeret juw! und dergeliken ropent und vormanent dref he vele; he slep up der erden, gink flitigen in de predige und wowol en de predicanten etliche mal vor nemen tho underwisende und van sinem vornemen af to leidende, so halp idt doch nicht, derhalven leten se en bliven.

Van Rige toch he na der Parnouw und vordan na Revel, vormanede allenthalven dat folck tho der bote, toch wider in Alentacken na der Narve an de Russischen grentze, dar wort he van den buren up einem felsen dot geslagen.

Wenn nun bei dieser Gegenüberstellung der Cod. B auch als der reichhaltigere aus dem Vergleich hervorgeht, so darf daraus nicht geschlossen werden, daß das immer so sei. Oft ist die Urschrift der späteren Bearbeitung in der Fülle der Rede überlegen. Als Beispiel diene folgende Stelle:

Cod. L Bll. 106v/107r:

an / dissem geschrig was so vele, wen dye toch / na Russlandt einen vortganck gewunne, / die Wikesche adel vpgeschreuen, vn auerst / [Bl. 107r:] nicht vorth wolde, alsdan scholden sye midler / tidt erst auertagen werden, darmit keine / to huss bleuen dye In afwesende der andern, / frembde hern Int landt fuerden vnd Niering / anfingen.

BD S. 245:

An dissem geschrig was so vele, wen de toch na Ruslandt einen fortgank gewunne, de Wikische adel up geschreven wurde, averst nicht forth wolde, dat alszdan de Wike erst scholde slicht gemaket werden.

II. Wir kommen zu den inhaltlichen Verschiedenheiten der beiden Fassungen. Am wenigsten Gewicht wird man hier den Umstellungen beilegen, welche der Text an einigen Stellen bei der späteren Bearbeitung erfahren hat. So z. B. werden die Tagungen zu Wittenstein und Wolmar, über welche in BD auf S. 175 f. berichtet wird, in L auf Bll. 37[r] und 37[v]—38[r] an einer Stelle behandelt, die sie in BD auf S. 174 erscheinen lassen müßte. Man könnte diese Umstellungen stillschweigend hinnehmen, wären sie nicht der Grund, daß manche Nachricht der Urschrift der späteren Bearbeitung verloren gegangen ist. So finde ich die Nachricht aus L Bl. 129[v], daß die Engländer den Russen, weil sie „Reuel nicht vorby dorftenn", um Norwegen herum Kriegsmaterial zugeführt hätten, in BD weder auf S. 267, wo sie im Anschluß an den Bericht von der Wegnahme lübischer Schiffe stehen könnte, noch auf S. 272 vor der Nachricht von den Ereignissen des 8. November. Diese in der Urschrift im Zusammenhang dargestellten Ereignisse sind hier durch die Umstellung und Einschiebung zweier Briefe auseinandergerissen, wobei ein Teil des urschriftlichen Textes der späteren Fassung verlorenging. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei dem Bericht von der vergeblichen Gesandtschaft des Jeremias Hofmann an den Großfürsten nach Moskau. Die Nachricht von seiner erfolglosen Rückkehr auf S. 302 in BD ist in L um weniges verschoben. Gleichwohl ist alles dasjenige, was Renner in L über die Kriegsnachrichten sagt, die Hofmann aus Moskau mitbrachte, der späteren Fassung B unbekannt, und die Herausgeber sind bemüht, diesen offenbar von ihnen empfundenen Mangel durch eine Anmerkung zu beheben.

III. Damit stehen wir bereits bei denjenigen Verschiedenheiten der beiden Fassungen, die darauf beruhen, daß Nachrichten der Urschrift bei der späteren Bearbeitung unterdrückt wurden. Es bedarf keiner weiteren Erklärung für die Behauptung, daß diese unterdrückten Stellen der Urschrift ihren besonderen Wert gegenüber der späteren Bearbeitung verleihen. Darum verdienen sie unsere besondere Aufmerksamkeit. Solche Nachrichten, die in den Cod. B nicht eingegangen sind, sind nun im Cod. L allerdings in nicht unerheblicher Anzahl vorhanden, so daß es nicht möglich ist, sie im Rahmen dieser Arbeit vollständig aufzuführen. Ich darf mich darum auch hier mit einigen Beispielen begnügen, um alsdann noch auf zwei in diesen Zusammenhang gehörige Umstände aufmerksam zu machen, die erhöhte Beachtung verdienen. Als Beispiel eines inhaltlichen Mehr der Urschrift gegenüber ihrer späteren Bearbeitung möge zuerst eine Stelle auf Bl. 211[v] des Cod. L dienen, welche der S. 347 in BD entspricht. Während es in BD lediglich heißt: „Do worden de gemeinen ordens hern belenet mit hoeven und gesinden", finden wir am angeführten Ort der Urschrift genaue Angaben darüber, welche Ländereien an welche Ordensritter gegeben wurden, sowie auch den Zusatz, daß denen, die kein Lehn erhielten, „vortrostinge wegen des Konings" zuge-

sagt wurde. — Reichlicher als der Cod. B ist der Cod. L besonders auch mit Namensnennungen versehen. So erfahren wir Bl. 121ᵛ des Cod. L, daß die Konstellation, als Fürstenberg sein Koadjutoramt antrat, „der werdiger vnd hochgelerter Richardus vam Wolde, domher to Hapsel ... angemerkt" habe. Dieser Name fehlt, wie mancher andere an seiner Stelle, in BD S. 260. In der Urschrift ist diese Stelle unterstrichen, was bei Renner zuweilen als Zeichen der Tilgung gilt. — Es sei mir erlaubt, noch zwei Stellen der Urschrift, welche der Unterdrückung verfielen, im Wortlaut wiederzugeben. Die erste entnehme ich den Bll. 86ʳ—87ᵛ des Cod. L; in BD wäre ihr Platz auf S. 227 am Ende des 4. Buches. Sie lautet:

> Der Hertoch van Finlandt, koning Gustaphi / Son, Hertoch Hans, erboth sych dem Orden to / hulpe to komende, hadde synen Schriuer Hin- / ricum Strübbick bim Hermeister, wolde / Liflandt gerne entsetten, wen hie mit fugen / solches konde to wege bringen, wente hie was / In der vordracht, Jungst twischen dem ko- / [Bl. 87ʳ:] ninge synem Heruader, vnd dem Grothfors- / ten vpgericht, mit vthgedrucket, Der Hermeis- / ter auerst vorhapede, die Denische botschop wor- / de einen freden maken, so were dysse entset- / tinge vnnodich, derhaluen toch gemelter Hinri- / cus wedderumb In Finlandt.

Eine andere im Cod. B nicht mehr vorhandene Stelle findet sich auf Bl. 93 des Cod. L:

> Der Grothforste schickede ock thom Hermeister / breue, so hie frede hebben wolde, scholde hie / tho ehm komen, vnd einen vothfall dohn, / wolde hie auerst nicht suluest komen, so / scholde hie eine botschop senden beth tor Plescow / an synen Stadtholder, wes men sych aldar / vordragen konde, darby scholde dye frede ge- / maket, vnd faste geholden werden, Jodoch / dat men midler tidt, syn landt, dat hie ge- / wonnen, vnbekriget lete, auerst der Hermes- / ter wolde sych disser gestalt mit dem fiende / nicht vordragen, dat hie dem fiende scholde / Alentacken vnd Wirlandt, sampt andern / mehr oerden laten.

Von ganz besonderer Bedeutung scheint mir aber die Urschrift für die Chronologie der Historien zu sein. Die Herausgeber der Bremer Handschrift haben gezeigt[23]), daß der Einfluß der Russow'schen Chronik auf Renners Werk in dieser Hinsicht ein sehr bedauerlicher ist. Danach hat Renner „nicht nur die verwirrte Russow'sche Chronologie angenommen, sondern sie durch eigene Kombinationen noch mehr verdunkelt". Wenn dieser Umstand den Wert des Cod. B natürlich herabsetzen mußte, so setzt uns die neuaufgefundene Urschrift nunmehr in die Lage, diesem Mangel abzuhelfen, indem wir Renners ursprüngliche, von Russow noch nicht beeinflußte Zeitangaben einsetzen können. Darüber hinaus dürfte aber noch manche neue Zeitangabe gewonnen werden, denn Renner hat, anscheinend um sich nicht in Widersprüche bei seinen Datierungen zu verwickeln, unter dem Einfluß Russows auch manche eigene Zeitangabe unterdrückt. So finde ich zum Beispiel auf Bl. 39ʳ L als Tag der Ankunft der zur Hilfe geschickten 200 Landsknechte den 1. Mai angeführt. Diese Nachricht steht

[23]) S. XVI.

in BD S. 175 ohne Zeitangabe, und die Herausgeber sind bemüht, diesem Mangel in einer Anmerkung abzuhelfen. Diesem Falle ließen sich weitere hinzufügen.

Einer besonderen Erwähnung bedarf noch ein Umstand, der von Bedeutung ist für die Rennerschen Historien in ihrer Eigenschaft als Sammelbecken urkundlicher Quellen. Als solches ist ja das Werk Renners besonders geschätzt. Die Herausgeber der Bremer Handschrift geben in ihrem Vorwort[24] ein ausführliches Verzeichnis derjenigen Urkunden, die uns durch Renner erhalten sind. Der geschulte Jurist und Notar Renner besaß ein natürliches Geschick in der Bewertung und Verwertung von Urkunden. Umso erstaunlicher ist es, daß ich als Beispiel einer Unterdrückung auch eine Urkunde nennen muß, nämlich einen Brief des Bischofs Hermann von Dorpat an den Bischof Mauritius Wrangel von Reval, „Datum Eilends Muscouw den 15 Junij anno etc. 59". In diesem Brief[25], der, wenn ich recht sehe, in der zweiten Bearbeitung der Historien nicht wieder verwertet worden ist, versucht der Bischof Hermann sich von dem Vorwurf des Verrates, den man ihm gemacht hatte, zu reinigen.

Damit dürfte der Nachweis erbracht sein, daß die Urschrift der Historien, der Cod. L, inhaltlich von der späteren Bearbeitung des Cod. B nicht unbeträchtlich abweicht, so daß eine gründliche Untersuchung der Handschrift von seiten der baltischen Geschichtsforschung geboten erscheint.

IV. Noch bleibt uns übrig, einen kurzen Blick auf die von den Herausgebern des Cod. B rekonstruierte Urschrift[26] zu werfen, und einen Vergleich mit der jetzt vorliegenden anzustellen. Dabei sei zuerst die volle Anerkennung ausgesprochen für Scharfsinn, Fleiß und Mühe, womit die Bearbeiter des Cod. B innerhalb des Rennerschen Werkes fremdes Gut vom eigenen Gut geschieden haben, um auf diese Weise das ihnen fehlende Werk der Urschrift erstehen zu lassen. Manche scharfsinnig aufgestellte Vermutung findet hier ihre schöne Bestätigung. So hatte z. B. Höhlbaum bereits in seiner Arbeit über Joh. Renners Livländische Historien und die jüngere Livländische Reimchronik[27] sich dahin ausgesprochen, daß in der früheren Fassung der Historien für den Tod des Meisters Otto statt der Jahreszahl 1274, wie sie der Cod. B hat, 1268 oder 1269 gestanden haben müsse. Tatsächlich findet sich auf Bl. 7ᵛ des Cod. L die Jahreszahl 1269. Für den Tod des Meisters Ernst gibt die Urschrift allerdings überhaupt keine Jahreszahl an, sodaß Höhlbaums Vermutungen hier fehlgehen.

---

24) S. XXIV ff.

25) Bll. 102ᵛ—106ʳ.

26) Es sei mir erlaubt, diese Bezeichnung für denjenigen Teil des Textes von BD zu gebrauchen, der von den Herausgebern als Originalwerk Renners gekennzeichnet wurde, obwohl jene des Glaubens waren, die frühere Fassung habe auch die Geschichte Livlands vor 1556 enthalten.

27) S. 32.

Gleichwohl wird es niemanden verwundern, daß die Urschrift selber in sehr vielen Dingen doch ein ganz anderes Bild gewährt als ihre künstliche Rekonstruktion in BD. Ich habe gefunden, daß sowohl Nachrichten, welche die Herausgeber in BD anderen Autoren, insbesondere Russow zuschrieben, bereits in der Urschrift von 1561/2 im laufenden Text erscheinen, als auch, daß umgekehrt Nachrichten, welche jene als Originalnachrichten Renners ansahen, in der Urschrift fehlen, also nur später aus anderen, vielleicht mündlichen Quellen in den Text des Cod. B hineingeflossen sein können.

Diese Abweichungen sind so zahlreich, daß es ganz unmöglich ist, hier ein vollständiges Bild von ihnen zu entwerfen. Es mögen denn auch an dieser Stelle nur einige Beispiele stehen. So finden wir die Nachricht von des Herzogs Magnus Selbsttäuschung über sein vermeintlich gutes Verhältnis zu den Russen, welche die Herausgeber auf S. 331 BD als Entlehnung aus Russow kennzeichnen, auf Bl. 192r des Cod. L im laufenden Text. Andererseits wieder sind die Nachrichten über den 19. November 1558 auf S. 273 BD, welche die Herausgeber ganz dem Renner zuschreiben, in seiner Urschrift noch nicht so enthalten. Dort, auf Bl. 130v, hieß es ursprünglich nur: „Den 19 Nouemb. toegen dye Dutschen vor / Dorpte". Später hinzugesetzt sind die Worte: „vp den auent, doch schoth de Russe nichts vth der Stadt". Die in BD noch folgenden ausführlichen Nachrichten über die Bewaffnung des Lagers hat die Urschrift überhaupt nicht. Die Herausgeber von BD freilich wollen sie, da sie keine andere Quellenangabe machen können, auf Renner selber zurückführen. Diese Fälle sind sehr zahlreich. So zum Beispiel fehlt auch auf Bl. 20r des Cod. L die Nachricht von der Plünderung der Bibliothek des Erzbischofes von Riga in seinem Schlosse Kokenhusen und von dem „groth herlich geschreven latinisch arstedie bock" auf S. 156 BD, die nach den Herausgebern ebenfalls auf Renner zurückgehen soll. Ferner fehlt der Urschrift die Vorgeschichte des Streites zwischen Bernt von Schmarden und Gotthard Kettler, wie sie auf S. 150 BD berichtet wird, sowie die Aufzählung der Gründe, aus denen der Großfürst zum Kriege drängt, nach S. 142/3 BD, und manches andere.

In diesem Zusammenhang ist auch der Zusätze zu gedenken, die Renner später am Rande seiner Urschrift vornahm. In BD sind sie von den Herausgebern meistens zugleich als Entlehnungen aus Russow sowie als Originalnachrichten Renners gekennzeichnet, und doch treten sie in der Urschrift bereits völlig verschmolzen auf. Die Verhältnisse sind hier die gleichen wie bei den oben besprochenen Nachträgen der Bll. 199r—202r. Aber nicht nur zur Korrektur der rekonstruierten Urschrift in BD kann jetzt der Cod. L herangezogen werden, sondern vor allem zur Ergänzung und Aufhellung derjenigen Stellen, die dort dunkel blieben. So läßt sich z. B. die Lücke auf S. 305 BD, welche die Herausgeber nicht schließen konnten, nach der Urschrift schließen. Der dort

fehlende Vorname Hermelings scheint mir nach einer allerdings nicht ganz leicht lesbaren Stelle auf Bl. 166r des Cod. L „Claus" zu sein. Die von den Herausgebern ebenda als unkontrollierbar bezeichneten Stellen erweisen sich nach der Urschrift als nachträgliche Zusätze. Die auffallende Namensverwechslung auf S. 339 BD, wo Johan für Jürgen Honejäger steht, stellt sich als ein Versehen Renners heraus, da die Urschrift Bl. 199v richtig „Jorgen" hat.

Interessant war mir auch eine Stelle auf Bl. 193v der Urschrift, wo Renner erzählt, daß am 11. September 1560 vor Reval 600 Russen erschlagen seien. In BD, auf S. 332, haben die Herausgeber diese Nachricht als Entlehnung aus Russow gekennzeichnet bis auf die Zahlenangabe, für welche Russow nur unbestimmt „gantz vele" hat. Die genaue Zahlenangabe Renners soll ihrem Vorworte[28] nach auf Willkür Renners, nicht auf besserer Kenntnis beruhen. Nun ist diese Nachricht aber überhaupt keine Entlehnung aus Russow. Sie liegt bereits in der Urschrift von 1561/2, wenn auch in etwas anderer Form vor. Ursprünglich stand auch hier, ebenso wie bei Russow, nur „erschloegen vele Russen". Dann hat Renner „vele" gestrichen, und, wie es scheint, zunächst 800 darübergesetzt, um später wiederum die 8 in eine 6 zu verwandeln. Sollte das wirklich, wie die Herausgeber in BD meinen, nur auf Willkür Renners beruhen? Ich möchte an dieser Stelle ein Beispiel für seine Gewissenhaftigkeit geben. Auf S. 334 BD heißt es: „Disser tidt was groth hunger umb Tricaten also ock, dat ein buhr sin eigen kindt att". In der Urschrift L lautete die entsprechende Stelle auf Bl. 195v ursprünglich: „. . . vmb Tricaten, dan die buren eten ore eigene kinder". Erst später wurde dieser Nachsatz gestrichen und überschrieben: „also ock dat ein bur sy eg kit att". Da die Nachricht in BD von den Herausgebern dem Renner als Originalnachricht zugeschrieben wird, ist nicht anzunehmen, daß er sie unter fremdem Einfluß, sondern lediglich auf Antrieb seines eigenen Gewissens geändert hat.

Ich denke, diese Ausführungen haben genügend gezeigt, daß zwischen der bisher allein bekannten Bremer Handschrift der Livländischen Historien Renners und der Lübecker Urschrift Abweichungen bestehen, die schwerwiegend genug sind, um eine Neubearbeitung des Rennerschen Werkes zu rechtfertigen, ja, zu fordern. Die Ausgabe der Bremer Handschrift, durch welche schon das letzte Wort in dieser Sache gesprochen zu sein schien, muß mit der neugefundenen Urschrift in Einklang gebracht werden. In welcher Form das zu geschehen hat, wird eine philologisch-historische Untersuchung ergeben müssen. Vielleicht genügt es ja, die Abweichungen von der Bremer Handschrift genau zu verzeichnen. Allerdings lehrt ja gerade die Geschichte der wissenschaftlichen Bearbeitung der Bremer Handschrift durch

[28] S. XXXII.

Höhlbaum, daß letzten Endes doch nur eine vollständige Textausgabe allen Ansprüchen genügen kann. Außer allem Zweifel dürfte es jedenfalls sein, daß die Herausgeber der Bremer Handschrift, wenn ihr Aufruf im Literarischen Zentralblatt im Jahre 1872 Erfolg gehabt hätte und die vorliegende Handschrift ihnen gemeldet worden wäre, diese zum Gegenstande ihrer Publikation gemacht haben würden. Sie ist der eigentliche unverfälschte unbeeinflußte Erlebnisbericht des selber in den Ereignissen darinstehenden Chronisten. Sie ist es, die jenen Männern vorschwebte, die den Aufruf vom Jahre 1872 erließen. Wie gesagt, hatte man sich dabei von Berichten leiten lassen, welche Schriftsteller des 18. Jahrhunderts über eine Handschrift der Livländischen Historien Renners gegeben hatten, und die auf die Bremer Handschrift nicht paßten. Durch diesen Umstand war man in der Überzeugung bestärkt worden, daß noch eine andere Handschrift der Historien vorhanden sein müsse. Ob nun die Lübecker Handschrift es ist, welche jene Autoren des 18. Jahrhunderts gekannt haben, das vermag ich mit Sicherheit nicht zu entscheiden.

Es handelt sich um je eine Bemerkung Posts und Samuel Christian Lappenbergs. Post hatte geschrieben: „Daß Renner Notarius gewesen, sagt seine liefländische Chronik p. 151." Hierzu sei zunächst bemerkt, daß die Blattzählung unserer Handschrift erst um die Jahrhundertwende in der Lübecker Stadtbibliothek vorgenommen wurde und daß von einer älteren Zählung keine Spuren vorliegen. Soweit ich sehe, spricht Renner an zwei Stellen seines Werkes von sich als Notar: auf den Seiten 242 und 243 von BD. Die erste Stelle steht in der Urschrift auf Bl. 100^r, die zweite auf Bl. 101^v. Wie immer man die Anmerkung Posts auszulegen versucht, so paßt sie doch niemals auf diesen Sachverhalt. Man müßte also noch mit einer dritten Handschrift der Historien rechnen, wenn man nicht einen Irrtum Posts annehmen will. Gerade einen solchen halte ich aber nicht für ausgeschlossen. In der Bremer Handschrift spricht auf Bl. 151^r Renner zwar nicht von sich als Notar, wohl aber spricht er, wie ich oben berichtet habe, dort von sich selbst, und dieses könnte möglicherweise der Grund zu einem Irrtum geworden sein. Indessen läßt der Aufruf im Literarischen Zentralblatt diese Angabe von Post ganz unerwähnt und beruft sich ausschließlich auf die Notiz Lappenbergs, daß Renner sich in seiner Liefländischen Chronik Johannes Cursor Terelianus unterschrieben habe. Nun unterschreibt sich aber Renner in unserer Handschrift sowohl auf dem zweiten Titelblatt als auch am Ende der zweiten Vorrede Joannes Cursor Tecelianus. Kohl, in seinem Aufsatz über Renners äußere Lebensumstände, hat entschieden erklärt, daß Renner sich stets und immer Tecelianus, niemals aber Terelianus unterschrieben habe. Er ist damit jenen vielen Versuchen entgegengetreten, die, gestützt auf die allein dastehende Lappenbergsche Lesart Terelianus, den Geburtsort Renners bestimmen wollten und dabei sogar darauf ver-

fallen sind, Texelianus zu lesen, um jenen dann auf die Holländische Insel Texel zu verlegen. Kohl schreibt[29], daß jene Handschrift, in welcher Renner sich Terelianus unterschrieben haben soll, trotz eifrigen Bemühens nicht zu finden gewesen sei. Nun, ich meine, sie wird auch nicht gefunden werden, denn ich habe für meine Person die Überzeugung gewonnen, daß die Handschrift, welche Lappenberg einst gesehen hat, eben diese unsere Lübecker Urschrift ist, und daß er, als er Terelianus zu lesen glaubte, sich einfach verlesen hat. Die Möglichkeit eines solchen Irrtums wird jeder mir zugestehen, der das Schriftbild der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts kennt und weiß, eine wie große Ähnlichkeit das kurrente c jener Zeit mit dem späteren kursiven r hat. Für ein paläographisch nicht geschultes Auge kann auf den ersten Blick durchaus der Eindruck eines r entstehen, der, wenn es zu einer eindringlicheren Beschäftigung mit der Handschrift nicht kommt, unberichtigt bleibt. Lappenberg war von Hause aus Pfarrer; bei aller Anerkennung, die er für seine Verdienste um die bremische Lokalgeschichte beanspruchen kann, wird man Kenntnisse in der damals noch jungen Wissenschaft der Paläographie bei ihm wohl nicht voraussetzen dürfen. Ich habe den Versuch gemacht und mehreren unbefangenen Personen, unter denen sich auch ein Pastor befand, die Stellen mit Renners Unterschrift vorgelegt. Sie haben alle Terelianus gelesen. Derselben Täuschung wird auch Lappenberg verfallen sein, und so wäre denn seine Lesart, die soviel Irrtum gesät hat, jetzt endlich selber als ein Irrtum erkannt[30].

[29] a.a.O., S. 5.

[30] Diese Arbeit war im Dezember des Jahres 1938 im Manuskript abgeschlossen. Unter dem Datum des 14. 4. 1939 erhielt ich von Herrn R. Malvess, Archivar des lettischen Geschichtsinstitutes in Riga, die Zusendung seiner in lettischer Sprache geschriebenen Arbeit „Rennera Livonijas vēstures pirmraksts“ (Die Urschrift der Rennerschen Livländischen Geschichte), Latvijas vēstures institūta žurnals 3 (1939), S. 91—94. Herr Malvess ist der oben auf S. 440 von mir erwähnte lettische Gelehrte, dem ich im Frühjahr 1938 die Handschrift vorlegte. Die Angaben Malvess beruhen ganz auf den Angaben des von mir schon in den Jahren 1935/36 angefertigten Verzeichnisses unserer Historischen Handschriften, welches ihm vorgelegen hat. Soweit er darüber hinaus Kombinationen anstellt, vermag ich ihm nicht immer zu folgen, insbesondere hält er im Gegensatz zu mir noch immer daran fest, daß die Bll. 199^r—202^r nicht von der Hand Renners geschrieben seien. Die 2. Anmerkung auf S. 92, in welcher ich meinen Namen finde, soll wahrscheinlich dieses Abhängigkeitsverhältnis zum Ausdruck bringen. Die Herren Eduard von Schröders-Greifswald und Dr. Heinz Mattiesen, denen ich an dieser Stelle für die Übersetzung des Malvess'schen Sonderdrucks meinen besten Dank ausspreche, waren allerdings nicht in der Lage, dem lettischen Text in dieser Hinsicht ein unzweideutiges Bekenntnis zu entnehmen. Dieses könnte mich vielleicht noch nicht veranlassen, das wahre Abhängigkeitsverhältnis hier festzustellen, wäre die Anmerkung des Herrn Malvess darüber hinaus nicht so unklar geraten, daß man aus ihr auf ein geradezu umgekehrtes Abhängigkeitsverhältnis schließen könnte. Unbenommen bleibt es natürlich Herrn Malvess, als erster meine Entdeckung durch den Druck bekanntgemacht zu haben. Daß er dieses in der lettischen Sprache tat, der ich nicht mächtig bin, verpflichtet mich ihm zu Dank.

Eduard Beninger: Die germanischen Bodenfunde in der Slowakei. (Anstalt für sudetendeutsche Heimatforschung. Vorgeschichtliche Abt. Heft 8). Reichenberg — Leipzig 1937. Franz Kraus. 172 S. 30 Taf.

Die vorliegende Arbeit stellt, nach der Absicht des Verfassers, eine „Landesaufnahme" der germanischen Bodenfunde in der Slowakei dar, begleitet von einer zeitlichen, kulturellen und stammeskundlichen Einordnung des Fundstoffes. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf dem ersten Teil, auf den Untersuchungen der vom Verfasser erschlossenen sogenannten Puchov-Kultur. Diese im Norden der Slowakei sehr gut faßbare, z. T. in befestigten Siedlungen auftretende Gruppe hebt sich deutlich von den quadischen Hinterlassenschaften ab. Sie ist aus westgermanischer Wurzel erwachsen und gehört etwa in die beiden ersten Jahrhunderte nach Beginn unserer Zeitrechnung. Beninger nimmt die von Ptolemäus II, 11 erwähnten Sidonen als die Träger der Puchov-Kultur an. In einem weiteren Abschnitt wird die quadische Kultur in der Landschaft zwischen Donau, March und Eipel zur älteren und jüngeren römischen Kaiserzeit besprochen und der Einflußbereich der Römer abgegrenzt. Auch hier erfährt wie bei der anschließend behandelten wandalischen Gruppe der Spätkaiserzeit unsere Kenntnis des Fundstoffs manche Bereicherung und Ergänzung. Schließlich ist es von Bedeutung, daß Verfasser germanische Funde über die Völkerwanderungszeit hinaus bis in das 7. Jahrhundert hinein namhaft machen kann.

Leider ist die Arbeit im Aufbau und in der gesamten Materialvorlage derart unübersichtlich gestaltet, daß man es bedauert, so schöne und wichtige Ergebnisse zu einem so ungegliederten Bau zusammengefügt zu sehen. Indessen wird die wissenschaftliche Leistung Beningers von diesem Vorwurf nicht berührt. Sein Werk wird als erste Zusammenfassung der Bodenfunde in der Slowakei immer wieder herangezogen werden müssen, auch dann, wenn die Forschung einmal zu Ergebnissen in den Fragen der Zeitbestimmung usw. gelangen sollte, die von den Ansichten des Verfassers abweichen.

Breslau. Karl Hucke.

Ilse Schwidetzky: Rassenkunde der Altslawen. (Beiheft zu Bd. VII der Zt. f. Rassenkunde und die gesamte Forschung am Menschen.) Stuttgart 1938. F. Enke. 69 S.

Die Verfasserin, aus der Schule von Professor v. Eickstedt (Breslau) hervorgegangen, bietet in dieser Abhandlung eine Gesamtdarstellung aller die rassische Struktur der Altslawen betreffenden Fragen. Auf Grund eigener Untersuchungen und unter Heranziehung des in der Literatur bearbeiteten Schädelmateriales von Altslawen des 11. und 12. Jahrhunderts n. d. Zw. aus fast dem gesamten Wohngebiet der damaligen Zeit gelingt es ihr festzustellen, daß sich vorzüglich zwei

Rassentypen von einander sondern: der „nordische", der seit Niederle, Virchow, Toldt u. a. als Träger des Alt- und Urslawentums angesehen wird, und der „osteuropide", der, im Gegensatz zu dem im Bau langschädeligen, kräftig profilierten schmal- und konvexnasigen nordischen sich durch weichere Form, niedriges Gesicht, breit seitlich vorgeschobene Jochbogen und Konkavnase auszeichnet. An Hand vorzüglicher Schädelaufnahmen, von Verbreitungskarten und Tabellen vermag nun der Leser zu verfolgen, wie diese, von der Verfasserin in ihrem Ausgangsmaterial, den schlesischen Altslawen, metrisch und morphologisch gut unterbauten Gruppen, als altslawische völkische Einheit aufgefaßt, je nachdem, ob es sich um Ost- oder Südslawen handelt, einen Zuwachs an fremden Rassenbestandteilen erhalten, der sich einesteils im Auftauchen niedriggesichtiger Kurzschädel, andernteils in dinarischen Hochschädeln und kleinräumigen Balkanlangschädeln äußert. In einem Streifen zwischen Saale und Dnjepr überwiegt unter den Funden der nordische Bestandteil weit über den osteuropiden, wodurch dieses Gebiet als Altslawenheimat nahegerückt ist. Im Hinblick auf das finnische Rassenproblem, das zweifellos hereinspielt, unterzieht Schwidetzky nun noch die Osteuropiden einer vergleichenden Untersuchung, wobei sie zu dem Schluß kommt, daß diese als wesentliche Rassengrundlage des finnisch-ugrischen Volkstums von der Frühzeit seines Bestehens an betrachtet werden müssen, wie dies ja schon seit langem von der Sprachwissenschaft angenommen wird. Wichtig ist ferner der Nachweis der Gleichartigkeit dieses Typus mit einem Teil der jungsteinzeitlichen Bandkeramiker in Böhmen und Schlesien, was bisher als ein Beweis mehr für seine Bodenständigkeit und Abneigung gegen Wanderungen großen Stils angesehen wurde, Schwidetzky allerdings als Zeichen des Einströmens osteuropider Kammkeramiker in das erwähnte Gebiet deuten möchte. — Erscheint nun im wesentlichen als Träger des Altslawentums eine Grundschicht nordrassischer Menschen, die Osteuropide des finnisch-ugrischen Kulturkreises an sich gezogen hatten, so hat im Laufe der Geschichte die nordische Gruppe durch die Aufnahme germanischer Bestandteile eine heute nicht mehr nachweisbare Blutauffrischung erfahren. In dem zeitlich jüngeren slawischen Fundmaterial tritt das Nordische gegenüber dem Osteuropiden bzw. Dinarischen zurück — mit der Erwägung der möglichen Ursachen dieses „Entnordungsvorganges" schließt die sehr anregende Schrift.

Wenn in dem vorliegenden Rahmen Kritik geübt werden soll, so sei sie aus der Kenntnis der sehr komplizierten rassischen Verhältnisse der jetzt lebenden Slawen geäußert. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn Schwidetzky innerhalb der beiden angeführten Gruppen zu einer verfeinerten Rassengliederung vorgedrungen wäre. So geht die Beziehung zu den rundstirnigen, sehr schmalgesichtigen Langschädeln „keltischer" Herkunft verloren, die noch heute das Rassenbild der Tschechen und Kroaten beeinflussen (erbfeste Bindung von Blauauge und Schwarzhaar beim Lebenden). Ebenso müßte sich der sehr charakteristische Langschädel der subnordischen Rasse abheben. Bei den „Osteuropiden" sind die Schädel vom Typus I von Reche doch wesentlich verschieden von solchen wie Polstrau Nr. 77 b und Wolosowo, von Langenlois (Niederdonau) ganz zu schweigen, welcher Fund wohl paläomongoliden Formen, etwa in Birma, am nächsten kommt. Mag es sich bei den obengenannten osteuropäischen Schädeln auch um Vertreter einer in Rassen aufgespaltenen alten Stammrasse handeln, so würde ein Eingehen auf das Wohngebiet der ersteren in früherer Zeit vielleicht eine Erklärung dafür geliefert haben, warum die hellostische, die sudetische und die ostbaltische Rasse heute eine so eigenartige Verbreitung haben. Es ist ja auch bemerkenswert, daß Hildéns Finnen mit keiner dieser Rassen in Verbindung stehen.

Berlin. Hella Pöch.

Otto Scheel: Die Wikinger — Aufbruch des Nordens. Stuttgart 1938. Hohenstaufen Verlag. 360 S. **Karl Theodor Strasser: Wikinger und Normannen.** Hamburg o. J. 2. Aufl. Hanseatische Verlagsanstalt. 220 S.

Otto Scheels neue Gesamtdarstellung der Wikingergeschichte schildert auch den Anteil der Wikinger an der europäischen Ostgeschichte des Mittelalters. Den Weg bereiteten Strassers leidenschaftliche Beseelung gewissenhaft erarbeiteten Materials und Kendricks[1] nüchtern übersichtliches Handbuch. Hauptverdienst Scheels ist die vertiefte Herausarbeitung geschichtskarger Strecken, der frühe Einsatz des Buchs mit den germanischen Wikingkriegen gegen Rom (S. 23 ff., S. 32 ff.), der archäologisch gesicherte Auftakt der Warägerleistung im Osten mit den frühwikingischen Vorstößen nach Samland, Kurland und ins (damals) südfinnische Seengebiet des Ladoga-, Weißen- und Peipussees (S. 194 ff.). Zwischen Völkerwanderung und Rjurikzeit verbürgen hreidgotische „Restgermanen" des Ermanarichreichs die Fortdauer germanischen Bluts im Bereich der slawischen „Unterwanderer" des ehemals germanischen Herrschaftskreises um die Ostsee (S. 195 ff.). Bei Verzicht auf die abschätzige Wertung „Kiews" hätte der Verfasser die Restgermanen des Ermanarichreichs zweifellos als gesamtrussisches Problem gesehen. Schon im 7. Jh. fassen wieder gotländische und schwedische Wikinger auf dem Festland Fuß. Truso, Grobin, Apuolé, Wiskiauten sind die Zeugen (auf Karte S. 213 nachzutragen). Zukunftsreicher waren die Gründungen des 9. Jh.s am Ladogasee (Aldeigjuborg), Beloosero und Ilmensee (Holmgard-Nowgorod). Hier wurzelt die „Burgenmacht" von Gardariki. „Nestors" Rjurik wird brüsk ins Reich der Sage verwiesen. Aber die Ortsnamenforschung vertieft das Zeugnis der historisch oder archäologisch gesicherten „Burgen", stellt die These von den Anfängen einer Landnahme der Wäringer. Hier wird Scheel, wenn auch maßvoller als in seinem Berliner Vortrag vom 20. VI. 1939, zum nachträglichen Richter. Er sieht ein nordrussisches Schwedenreich um Nowgorod als die Aufgabe an, die in der glücklichen Besitznahme der Burgen steckte (S. 220 ff). War Nordrußland wirklich der gegebene Raum, das tragische Verpuffen der nordischen Volkskraft zu verhindern? Die kurze Raumanalyse Strassers scheint hier doch fruchtbarer. Mit Übertreibung: „Inselkleine Staaten mit engen Grenzpfählen und igelhaft nach jeder Seite bespeert sind hier undenkbar", (Str. S. 106). Vor allem schließt der extensive Trieb dieser militärisch-merkantilen Bahnbrecher das bäuerlich-selbstgenügsame Verhältnis zum Boden aus. Sie denken nicht daran, „die Kauffahrt dem Boden unterzuordnen" (S. 220). Scheel betont die Fraglichkeit des Ausreichens der schwedischen Volkskraft, die doch nur einen Bruchteil an Osteuropa abgab (S. 221) und stellt erst recht in der „Flußherrschaft" Olegs am Dnjepr. (S. 224 ff.) den Gegensatz „Norden" und „Süden" heraus, einen allzu europäischen raumfremden Maßstab, der hier niemals Schicksal bedeutete. Mit der schriftlichen Überlieferung verfährt Scheel reichlich hart. Er treibt Stender-Petersens Kritik der Rjurikerzählung „Nestors" auf die Spitze — ein Skeptizismus, der nach vielfältigster Erfahrung der historischen Wissenschaft nicht mehr angebracht ist. An das schwierige Problem der Olegschen Verträge dürfte er sich in diesem Zusammenhang nicht wagen. Hier ist Kendrick besonnener, der die Tatbestände der Quellen vorträgt und das Urteil der Einzelforschung überläßt. Mit inneren Unwahrscheinlichkeiten ist die Überlieferung weder Rjuriks noch Olegs zu erledigen. (Zur historischen Rechtfertigung Rjuriks vgl. N. T. Belaiew, „Rorik of Jutland and Rurik of the russian chronicles". Saga-Book of the Viking Society, vol. X (1929), part. II, mir zurzeit unzugänglich). Auch das Schweigen der griechischen Chroniken wiegt in Anbetracht des Standes der Überlieferung nicht so

[1] T. D. Kendrick, A history of the vikings, London 1930.

schwer, daß „Nestors“ Bericht über den Zug Olegs gegen Konstantinopel deshalb zu verwerfen wäre. Außerdem wäre dann auch der Vertrag von 911 eine Erfindung „Nestors“. Dieser endgültige Vertrag spricht nicht deshalb von vieljähriger Freundschaft, weil 907 nicht gekämpft wurde (S. 227), sondern weil seit 4 Jahren der Präliminarvertrag in Kraft war. Eine solche Frist entspricht durchaus den Gewohnheiten der byzantinischen Diplomatie. Die Gleichung der landfahrenden Schiffe Olegs mit denen Lysanders mag angehen, doch beweist literarische Topik eines Einzelzugs nichts gegen den Tatsachenkomplex 907—911. Der „ewige Friede“ im Vertragstext des Jahres 911 (S. 231) ist, wenn man so will, seit dem Hethiter Šuppiluliuma eine abgenutzte Formel (z. B. Dionys. Hal. VI 95). Ob man im Zusammenhang mit der Anrufung des Perun und Wolos von slawischer Gefahr reden kann, scheint fraglich. Hätte sich die Führerbegabung der Nordischen ohne das Menschenmaterial der Eingeborenen überhaupt entfalten können? Weiterhin ziehen die Bilder der Igor', Svjatoslav, Vladimir vorbei, entfaltet sich das Treiben der Waräger im beherrschten Land. Zu wünschen wäre etwa Berücksichtigung des „gotischen“ Toparchen (ed. Hase CSHB Leo Diakonos 496 bis 505. F. Westberg Zapiski gotsk. top. Viz. Vrem. XV (1908) S. 71—132, 227—286. Zuletzt A. A. Vasiliev, The Goths in the Crimea, Cambridge Massachussets 1936, S. 119 ff.) neben dem vielzitierten Dnjeprexkurs des Kaisers Konstantinos. Immer wieder prallen Vorwürfe gegen das Kiew des „Südens“ (S. 281, 284 f.), aber die Weltsicht, der sie entstammen, enthüllt sich immer klarer. Scheel beklagt, daß die Ausweitung der Macht Vladimirs nach Westen Rußland nicht zum „Abendland“ hingeführt hat. Vladimirs Übertritt zum Christentum und die Erhebung des Slawischen zur Kirchensprache waren nach ihm das Todesurteil über Rußland als nordische Macht. Das ist verfehlt, weil „nordisch“ und abendländisch-westlerisch gleichgesetzt wird. Der Katholizismus der damaligen „abendländischen Christenheit“ gehört als Verkörperung des universalistischen Romgedankens politisch mehr zur Mittelmeerwelt als die östliche Religionsschattierung, deren universalistische Giftzähne von der harten Hand der byzantinischen Kaiser und andersartigem Geschichtsverlauf ausgebrochen wurden. Volkstümer waren in alle Zukunft bei der Ostkirche besser beraten als beim gleichmacherischen Katholizismus. Die Ursache der (weit späteren) byzantinischen und russischen Abtrift ins asiatische Völkerchaos suche man bei Türken, Tartaren und den Neidgefühlen der Romkirche. Von einem „geistigen Vorstoß des Orients“, von einem Austritt Rußlands „aus der Gemeinschaft des Nordens“ kann im Zusammenhang mit der Annahme des Christentums östlicher Prägung nicht die Rede sein. Die Folgen einer Katholisierung Rußlands, auf die Scheels Gedanken hinauslaufen, wären undenkbar. Erst recht hat die Annahme der slawischen Kirchensprache nichts mit Byzanz zu tun. Sie entsprach den demographischen Gegebenheiten und hat somit auch nichts mit Religion zu tun.

Berlin. Berthold Rubin.

André Grabar: L'empereur dans l'art byzantin. (Publications de la faculté des lettres de l'université de Strasbourg fasc. 75.) Paris 1936. Les Belles Lettres. VIII + 239 S.

Das Buch füllt eine Lücke aus, die in den letzten Jahren um so fühlbarer geworden war, als neuerdings Nic. Jorga die Bilder der rumänischen Fürsten (1926) und Fürstinnen (1937) in zwei schönen Bänden vereinigte und S. Radojčić ein gleichfalls sehr gediegenes Werk über die kroatischen und serbischen Fürstenbilder (1934) veröffentlichte. Für das byzantinische Reich, das die Lehrmeisterin der Balkanstaaten war, blieben wir bisher auf eine Bildermappe angewiesen, die dem

Byzantinisten-Kongreß in Athen (1930) als Festgabe vorgelegt wurde: sie war zwar technisch gut betreut worden, brachte aber einfach die Sammlung von Abbildungen zum Abdruck, die sich der verstorbene Sp. P. Lampros für seine Studien angelegt hatte — als Grundlage einer von ihm wiederholt geforderten und durch verschiedene Veröffentlichungen von ihm auch praktisch geförderten Ausgabe aller Denkmäler. Das Athener Werk brachte daher zeitgenössische und spätere, authentische und auf reiner Phantasie beruhende Darstellungen in bunter Reihenfolge durcheinander. Immerhin machte es doch deutlich, wie aufschlußreich einmal eine Bearbeitung unter ikonographischen Gesichtspunkten sein würde. Denn, was sich bei der Sichtung der abendländischen Denkmäler ergab, gilt ja auch ähnlich — wenn auch nicht ganz in demselben Maße — für die byzantinischen: die Wiedergabe der persönlichen Gesichtszüge kommt nur in einzelnen Fällen über eine Schablone heraus; dagegen herrscht in allen Jahrhunderten das Bemühen, angemessene Bildformeln für das Kaisertum zu finden — für seine Stellung zu Gott und den Heiligen, zu den Untertanen und den Unterworfenen. Dies ist nun auch der Gesichtspunkt, der das gelehrte, auf einer umfassenden Kenntnis der Literatur beruhende Werk André Grabars beherrscht.

Der Verfasser, der bereits 1928 ein Buch über die religiöse Malerei Bulgariens veröffentlicht hat, geht so vor, daß er in einem ersten Teil die Grundtypen der Kaiserdarstellung (Bildnis, Triumphbild, der Kaiser und seine Untertanen, der Kaiser und Christus) mit ihren verschiedenen Abarten behandelt, um dann in einem Mittelteil die geschichtliche Entwicklung des Kaiserbildes durch die Epochen der byzantinischen Geschichte zu verfolgen. Ein kürzerer Schlußteil befaßt sich mit den Beziehungen zwischen den Bildthemen der kaiserlichen und der christlichen Kunst. Vierzig Tafeln mit einem oder mehreren Bildern vermitteln für diese Ausführungen die notwendige Anschaulichkeit, bilden aber auch für sich ein Bildercorpus, das man mit Dank aufnimmt, da dies Material bisher noch nie — auch bei Lampros nicht — so bequem vereinigt worden ist. Daß darunter auch die vor einigen Jahren wieder freigelegten Mosaiken aus der Hagia Sophia in guten Abbildungen (T. XVIII und XXI) zu finden sind, wird denen erwünscht sein, denen ihre Veröffentlichung in der Tages- und Spezialliteratur entgangen ist.

Als Haupteindruck des Buches bleibt haften, wie das Byzantinische Reich seine Tradition zu wahren verstanden hat. Es übernahm aus der noch heidnischen Zeit einen reichen Bestand an Bildformeln, um die kaiserliche Majestät zu verherrlichen, und hat ihn — der christlichen Vorstellungswelt angepaßt — in seinen wichtigsten Typen durch alle Jahrhunderte festgehalten. Aber nicht in starrer Weise: das Erbteil der Vorfahren gewinnt in den Händen der Nachfahren immer wieder neues Leben, bis die Kraft des Reiches selbst und daher auch die seiner Kunst müde wird. Daneben kommen aber auch neue Bildthemen auf, die erst die christliche Welt möglich macht; für sie hat es nichts Anstößiges, daß selbst der Kaiser sich in der Proskynese vor Christus niederwirft. Andererseits weiß sich die kirchliche Kunst, wenn es sich darum handelt, die Herrlichkeit Christi und der himmlischen Gestalten sinnfällig zu machen, vielfach nicht besser zu helfen, als indem sie den Bestand der „imagerie impériale“ — uns fehlt ein entsprechend kurzes Wort — übernimmt.

Das Buch bestätigt wieder einmal die inzwischen ja wohl allgemein zur Anerkennung gelangte Auffassung, daß das byzantinische Reich nicht in „Byzantinismus“ erstarrt ist, sondern — im Vollgefühl einer erlauchten Tradition und großer Aufgaben — bis in die Zeit der Salier den Vergleich mit dem abendländischen Imperium nicht zu scheuen brauchte. Insofern führt Grabars Studie weit über die Kunst-

geschichte hinaus. Daß sie auch der Religionsgeschichte manches zu bieten hat, kann hier nur angedeutet werden.

Mannigfaltigen Nutzen konnte der Verfasser aus den Studien A. Alföldis ziehen, unter denen die über das monarchische Zeremoniell und über Insignien und Tracht der römischen Kaiser voranstehen. Inzwischen hat Alföldi in einem Aufsatz mit vielen Tafeln „Tonmodeln und Reliefmedaillons aus den Donauländern" behandelt, die für die Kaiserdarstellung der spätrömischen Zeit reiches Material bieten (Diss. Pannonicae II. Serie Nr. 10, 1938). Von einer anderen Seite aus wird Grabars Buch jetzt ergänzt durch Otto Treitinger, Die oströmische Kaiser- und Reichsidee nach ihrer Gestaltung im höfischen Zeremoniell (Jena 1938), der Grabar bereits verwerten konnte. Daneben ist schließlich noch — um zu zeigen, wie die byzantinische Kaiseridee neuerdings unter verschiedenen Gesichtswinkeln erforscht und dadurch besser verstanden wird — Franz Dölger zu nennen mit einem Aufsatz: Die Kaiserurkunden der Byzantiner als Ausdruck ihrer politischen Anschauung (Hist. Zeitschr. 159, 1939, S. 229—250).

Meine Ausgabe der abendländischen Kaiserbilder hat der Verf. wohl nicht gekannt (auf meinen vorausgehenden Aufsatz über das Herrscherbild im allgemeinen ist er erst während der Drucklegung gestoßen). Sie wäre sonst dienlich gewesen, um einerseits ikonographische Abhängigkeiten, andrerseits Unterschiede in den Grundauffassungen festzustellen.

Göttingen, z. Zt. im Felde. Percy Ernst Schramm.

William Sommer: Geschichte Finnlands. München—Berlin 1938. Rudolf Oldenbourg. 336 S. + 3 Karten.

„Besitzt Finnlands Volk eine Geschichte?" Als in der Zeit des ersten nationalen Erwachens in Finnland der Dichter Z. Topelius 1845 in „Fosterländskt Album" diese Frage stellte, zeigte die lebhafte Resonanz, wie sehr gleich damals ein politisches Selbstbewußtsein durch die Wertung der eigenen Vergangenheit bestimmt war. Topelius behauptete, daß Finnland als handelndes Subjekt seit der Frühzeit erst wieder mit dem Jahre 1809 in die Geschichte eingetreten sei; für ihn konnte sich ein historisches Leben der Nation nur in einer staatlichen Organisationsform verwirklichen. Der Nationsbegriff dieser Generation umfaßte noch die Gesamtheit aller in Finnland Ansässigen und unterschied sie von Rußland und Schweden als etwas Besonderes, „finska nationen", während die jüngeren Fennomanen nur diejenigen als echte Einwohner Finnlands gelten ließen, die sich der einheimischen, der finnischen Sprache bedienten. Als daher Yrjö Koskinen, der Führer der Fennomanen, 1876 die frühere Fragestellung wieder aufnahm (Historiallinen Arkisto V, S. 1 ff.), kam er zu dem Ergebnis, daß Finnland solange eine Geschichte besitze, als Kinder des Landes aktiv in die Geschichte eingriffen, solange der Volksgeist lebendig sei, dessen vornehmste Äußerung die nationale Sprache darstelle. Geschichte als Ausdruck der Entwicklung des nationalen Bewußtseins, das etwa war die These einer bewußt finnischen Geschichtsschreibung. Das Aufsuchen der Zeugnisse völkischen Wollens in der Vergangenheit diente zugleich der Legitimierung des emanzipierten Finnentums der Gegenwart.

Noch heute läßt sich an der Diskussion über Inhalt und Aufgabe der Historiographie Finnlands die Problematik der Stellung der beiden Volksgruppen aufzeigen: Vom Standpunkt des Schwedentums aus bezeugt eine Erfassung der Leistungen der schwedischen Herrschaft und der skandinavischen Kultur für das Land zugleich die Existenzberechtigung der schwedischen Sprache im gegenwärtigen Finnland; die hervorragenden Leistungen schwedischsprachiger Staatsmänner im Kampf um Finnlands Unabhängigkeit (Mechelin), welche den Dienst am gemeinsamen Vater-

land der Auseinandersetzung unter den beiden Volksgruppen vorangestellt haben, werden hervorgehoben. Seitens der Finnen wird die Eigenstellung Finnlands auch in der schwedischen Zeit, die Erhaltung des Nationalcharakters unter den Überlagerungen durch auswärtige Sprach- und Kultureinflüsse verfolgt, dem nationalen Erwachen des Finnentums als der Voraussetzung der Unabhängigkeit des Landes nachgegangen. Zur finnischen Geschichte gehören auch Leistungen der Finnen in anderen Ländern, jüngst wurden die Taten der „Hakapelliten", der finnischen Soldaten in den Heeren Gustav Adolfs, beschrieben, die Bedeutung des Finnentums für die Besiedlung Nordamerikas gewürdigt. Finnische Geschichte beschränkt sich endlich nicht nur auf das Volk innerhalb der gegenwärtigen Grenzen des Landes, sie umfaßt auch den Leidensweg der Karelier und steht über die Gesamtheit der finnisch-ugrischen Völker wiederum im Zusammenhang der Weltgeschichte.

Es wird schwer halten, ein umfassendes Bild von der „Geschichte Finnlands" zu geben, ohne über diese Art der Problemstellung Rechenschaft abzulegen, ohne dem Leser eine Möglichkeit zu geben, dann von sich aus die Fakten in einen Zusammenhang irgendwie einordnen zu können. Mit großer Mühe und Zuverlässigkeit sind in diesem Buch eine Menge Daten zur Geschichte Finnlands zusammengetragen, wir sind dem Verfasser zu Dank verpflichtet, gerade für entlegenere Teile, wie Wirtschafts- und Agrargeschichte ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk erhalten zu haben. Doch runden sich die Einzelheiten nicht zu einem Ganzen, es fehlt die große Linie, man wird Wesentliches nur kurz erzählt finden. Der Verfasser hat die Schwedenzeit besonders eingehend behandelt, während die Zeit nach 1809 auffallend blaß geraten ist. Doch wird es der Sinn einer „Geschichte Finnlands" in deutscher Sprache vor allem sein, die Voraussetzungen der gegenwärtigen Lage des Staates zu zeigen, diese aber wird man vor allem in der neuesten Zeit zu suchen haben. Seit der Gründung des finnländischen Staates durch Kaiser Alexander I. 1809 weitet sich die Geschichte einer schwedischen Provinz zu der Entwicklungsgeschichte eines modernen Nationalstaates aus, eine bewußte Staatsgesinnung bildete sich im dauernden Kampf um die Erhaltung der Sonderstellung des Landes heraus. Aufkommen des finnischen Nationalgefühls und Umwandlung der sozialen Struktur bedingten sich gegenseitig, der Verlauf dieser Entwicklung beteiligte weitere Schichten des Volkes am politischen Leben und legte das nationale, demokratische Fundament des heutigen Finnland. Gerade im letzten Teil macht sich das etwas Kompilatorische des Buches, der Mangel eines einheitlichen Grundgedankens bemerkbar, um so mehr als aus den Angaben über politische und soziale Verhältnisse kein Fazit gezogen und damit die Voraussetzungen der „roten" Zeit von 1917 und der nachfolgenden Entwicklung nicht recht geklärt worden sind. Obwohl das Werk von M. G. Schybergson (Politische Geschichte Finnlands 1809—1919), 1925 in deutscher Übersetzung erschienen, recht trocken und einseitig schwedisch ist, so eignet ihm doch in diesen Dingen mehr Klarheit und Eindringlichkeit. Gerade für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts fehlt es in Finnland noch sehr an genügenden Darstellungen, ohne eine Darstellung der Fennomanie in ihrer ganzen Entwicklung, sowie ohne eine solche der ländlichen Sozialverhältnisse wird sich über diese Zeit nichts Abschließendes aussagen lassen. Daneben aber wird man es bedauern, daß der Verfasser uns völlig darüber im Dunkel läßt, wie nun die mannigfachen Probleme, denen der junge Staat nach der Aufrichtung seiner Unabhängigkeit sich gegenübersah, gelöst worden sind; die Geschichte des Landes bleibt von der Gegenwart völlig isoliert, damit wird zugleich die Wertung der Geschehnisse dem Außenstehenden erschwert.

Der Verfasser des Buches ist ein Deutscher aus Rußland, welcher gegenwärtig in Finnland lebt, den nationalen Parteiungen also objektiv gegenüber steht, während die Werke finnländischer Historiker oft einen

apologetischen oder polemischen Stempel haben, ist er in dieser Beziehung nicht gebunden. Urteile in nationaler Beziehung werden vermieden, diese allzu neutrale Haltung trägt wesentlich zu dem eigentümlich abstrakten Charakter des Buches bei. Doch ist bei den Ortsnamen ganz einseitig nur der finnische Standpunkt berücksichtigt, nicht einmal bei der ersten Nennung ist der schwedische Name beigegeben, was die Orientierung nicht erleichtert. Daß „Haaparanta" die Stadt Haparanda in Schweden bezeichnet, mag man ja noch herausfinden, doch nur wenige Eingeweihte werden wissen, daß „Pähkinäsaari" als Schlüsselburg allgemeiner bekannt ist. Auch Landschaften werden immer nur finnisch bezeichnet, selbst wenn sie nicht in Finnland liegen (Inkeri=Ingermanland), Karelien erscheint nur als „Karjala", der Ladogasee als „Laatokka" usw. Ganz inkorrekt aber ist die Nennung von nicht nachgewiesenen finnischen Namensformen bei historischen Persönlichkeiten, z. B. daß Bischof Magnus Tavast „Maunu" genannt wird.

Den Wert der Bibliographie kann ich in ihrer gegenwärtigen Form schlechterdings nicht einsehen. Ein kritisches Verzeichnis von Büchern zur Geschichte Finnlands zu geben, wäre eine dankbare Aufgabe gewesen, hätte aber eine Menge von Angaben historiographischer Art erfordert und den Rahmen des Buches wohl gesprengt. Die meisten Leser werden weder schwedisch, noch finnisch, noch russisch können; es wäre also darauf angekommen, vor allem die wenigen Bücher über Finnlands Geschichte in westeuropäischen Sprachen zu nennen, so für das 19. Jahrhundert J. H. Wuorinen: Nationalism in Modern Finland, New York 1931, sowie die Dissertation von Frau Dr. Krusius-Ahrenberg über den „Durchbruch des Nationalismus im politischen Leben Finnlands" (Helsinki 1934). Auf der anderen Seite sind von den zusammenfassenden einheimischen Werken populärere (Hornborg, Estlander) und zweitklassige Werke angeführt, während doch ein großer Teil der historischen Erkenntnis Finnlands in den nicht genannten großen Biographien ruht, wie denen von Th. Rein über Snellman, S. Nordenstreng über Mechelin, G. Suolahti über Y. Koskinen, J. Rinne über den hl. Henrik usw. — Von den zitierten Werken sind manche doppelt angeführt (Original und Übersetzung) wie bei Werken von Schybergson, I. R. Danielson-Kalmari und Yrjö Koskinen, ohne daß dies vermerkt wäre; die angeführten Arbeiten von A. Hjelt und S. Nordenstreng sind finnische Übersetzungen der schwedischen Originale. — G. Suolahti war nicht der Verfasser, nur einer der Herausgeber von „Suomen Kulttuurihistoria" (Finnlands Kulturgeschichte). — Der Historiker des finnischen Pietismus heißt Maunu Rosendal (nicht Magnus Rosendahl). — Unter den russischen Büchern sind Werke von Ključevskij, Platonov, Šil'der u. a. aufgeführt, in denen man wenig und nichts Neues über Finnland finden wird, während man die tendenziösen aber materialreichen Bücher von M. M. Borodkin (Istorija Finljandii in sechs Bänden) und Ordin über 1808—1809 vergeblich sucht. — Es ist müßig, Änderungsvorschläge in bezug auf das Bücherverzeichnis zu bringen, dieser Teil ist alles in allem wenig geglückt.

Abschließend ist zu sagen, daß, wie mir scheint, nur der Rohbau einer „Geschichte Finnlands" gegeben ist, ein Rohbau, aus dessen Materialien man aber dankbar in vielerlei Einzelheiten Belehrung schöpfen wird, da eine Menge zerstreuter Angaben sich hier kompiliert finden.

Berlin. Peter Scheibert.

Henry de Chambon: Aspects de la Finlande. Paris 1939. Editions de la Revue Parlementaire. 248 S.

Der Herausgeber der „Revue Parlementaire" schließt seinen Monographien über die baltischen Staaten (vgl. diese Zeitschrift, 3 (1938),

S. 258) einen Überblick über Finnlands Geschichte und Gegenwart an. Seine Bücher dienen offensichtlich und eingestandenermaßen dem Zweck der französischen Kulturpropaganda; diejenigen Abschnitte, in denen ein Programm zum Ausbau des französischen Einflusses in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung entworfen wird, gehören zu den interessanteren des Buches. Ebenso wie in seinen anderen Werken beklagt Chambon das geringe Interesse für Frankreich in den baltischen Staaten, wenn er auch die Beziehungen der betreffenden Länder zu Deutschland verschweigt. Im übrigen scheint das Buch aus einer oberflächlichen Kenntnis des Landes geschrieben, die eigentliche innen- und außenpolitische Problematik wird kaum berührt, das Material ist ausschließlich aus offiziösen Darstellungen kompiliert. Wer sich über die Außenpolitik Finnlands in den letzten Jahren sowie über die Agrarreform unterrichten will, findet hier bei dem Mangel an entsprechender deutscher Literatur einiges Material[1]. Selbstverständlich wird Holstis skandinavische Neutralitätspolitik als die einzig gegebene für Finnland bezeichnet, obwohl deren Gefahrenmomente sich gerade im gegenwärtigen Augenblick deutlich erzeigten.

Berlin. Peter Scheibert.

V. Biļķins und M. Kundziņš: Latviešu Dzimtlaužu Bēgšana uz Rīgu, Bd. I: no 1398. lidz 1708. gadam (Die Flucht der lettischen Bauern nach Riga, Bd. I: von 1398—1708). Rīgas Pilsētas vēsturiska archīva materiāli. Riga 1937. Rīgas pilsētas valdes izdevums. 184 S.

Das Buch ist, wie schon der Titel der Schriftenreihe sagt, nur eine sachliche Urkundensammlung. Es handelt sich um eine Auswahl zu bestimmten Zwecken aus den Beständen des Rigaschen Stadtarchivs. Doch sind nicht einmal die reichen Sammlungen des lettländischen Staatsarchivs in Riga in derselben Richtung erschlossen worden. Dem Büchlein ist auch eine kurze historische Einleitung vorangestellt worden, in der bescheiden zugegeben wird, daß die Sammlung in Eile zusammengestellt und daher unvollständig ist. Der Sachverhalt, den die Urkunden beleuchten und erklären wollen, ist das „Problem" der im 17. Jh. tatsächlich auffallenden Bauernflucht aus dem flachen Lande in die Städte, vor allem nach Riga. Diese Tatsache wäre an sich gar nicht so schwerwiegend und zum Problem geworden, wenn nicht der zu Beginn dieses Jahrhunderts künstlich entfachte Nationalitätenkampf in baltischen Landen diesen Sachverhalt zu einer der „Kampfparolen" gemacht hätte. Davon ist leider auch die kurze Einleitung des Buches nicht frei. Als erfreulich festzustellen ist, daß der Vf. sich der immer noch zu lesenden albernen Greuelmär vom gequälten lettischen Bauern, der in Scharen dem deutschen Tyrannen entfliehen wollte, enthält. Die angeführten Urkunden enthalten tatsächlich keinen Anhaltspunkt darüber. Doch übernimmt und präzisiert der Vf. eine andere einseitige nationalistische These, deren Beweis und Unterbau der eigentliche Zweck der Urkundensammlung sein soll:

Er sagt: Schon am Ende des 14. Jh.s habe sich die Landflucht der mit den neuen Zuständen unzufriedenen und bessere Lebensmöglichkeiten suchenden Bauern gezeigt. Deren meiste seien Letten gewesen, hätten sich auf das Stadtgebiet Rigas geflüchtet, wo sie die persönliche Freiheit gewannen, in Handwerke eintraten, Grund und Häuser erwarben, ihren Kindern Bildung gaben: sie wurden Bürger. Und so hätte

---

[1] Die „Geschichte Finnlands" von W. Sommer, R. Oldenbourg Verlag (München u. Berlin 1938), auf die an dieser Stelle noch näher eingegangen werden soll, schließt mit dem Frühjahr 1918, hat also die letzten Jahrzehnte nicht mehr berücksichtigt.

sich (schon im 15. Jh.!?) in Riga eine wohlhabende lettische Kulturschicht gebildet, die Grundlage der Lettenbewegung des 19. Jh.s und des heutigen lettischen Staates.

Die Wiedergabe der Texte, die dem zum Beweise dienen sollen, ist im großen Ganzen wenig bemängelnswert, sieht man von einigen Lesefehlern und der manchmal sinnentstellenden Modernisierung der Interpunktion ab. Doch liefern diese Urkunden bei genauerem Studium nicht den Beweis, sondern tatsächlich den Gegenbeweis der Behauptung der lettischen Herausgeber.

Es wird in der Einleitung „festgestellt", daß die Bauernflucht schon mit dem 14. Jh. einsetze. Das ganze 14. Jh. aber bestreitet nur der einzige Fall des wegen übergroßer Verschuldung 1398 nach Riga entflohenen Piltenschen Dienstmannen Hermann Tornator (Drechsler), der also weder Lette noch Bauer war. Die nächsten Urkunden stammen erst von 1424, wo der damalige Piltensche Bischof zweimal den Rat von Riga um die Auslieferung zweier übergetretener Schuldner bittet, von Bauern ist überhaupt nicht die Rede. Im selben Jahre tritt noch der Fall des deutschen Dienstmannen („deneres") Hermann Langen hinzu. Dann folgt erst wieder 1489 der Fall des Doblenschen deutschen Lehnsmannes Heinrich aus der Familie Vytinck (Vieting, heute Vietinghoff). Erst 1504 fordert der Kandausche Ordensrichter einige „buren" zurück, es ist nicht zu ersehen ob Deutsche oder Letten. Weitere solche Fälle folgen dann erst 1529, 1558, 1572, also immer nach fast einem Menschenalter. Dabei handelt es sich, falls die Ursache überhaupt genannt wird, fast ausnahmslos um entflohene Verbrecher, Mörder oder Diebe. Erst **nach** dem langsamen Zusammenbruch des Ordensstaates, nach Errichtung der polnischen Herrschaft und des ständischen Herzogtums Kurland und den damit verbundenen Kriegen und Wirren, nach Erlaß des Privilegium Sigismundi Augusti 1561, das dem Adel volle Grundherren- und Patronatsrechte zubilligte und die persönliche Freiheit des bäuerlichen Menschen, weniger rechtlich, als tatsächlich stark beschränkte, erst um 1580 beginnen die Urkunden über Landflucht sich zu mehren.

Und auch bei den an Zahl nicht einmal das Hundert erreichenden Fällen im 17. Jh., in denen die Stadt Riga um Auslieferung von „Läuflingen" ersucht wurde, werden stets die kriminellen Verbrechen oder die Schulden, derentwegen die Flucht geschah, genannt. Und nicht einmal die Hälfte der dabei genannten Namen lassen auf Letten schließen, mag auch das Material unvollständig sein.

Überdeutlich wird damit, daß in den meisten Fällen nicht soziale Zustände, sondern persönliche Entartung der Flüchtlinge Ursache der Flucht sind. Wir brauchen hier nicht mehr des längeren auszuführen, daß die ganz fälschlich „Leibeigenschaft" genannte, zu Beginn des 17. Jh. verschiedenartig herausgebildete und erst spät, uneinheitlich und unklar bestätigte Erbuntertänigkeit der Bauern in den Baltenlanden kein von den „deutschen Tyrannen" ersonnener Gewaltakt, sondern ein allgemeines soziales und wirtschaftliches Entwicklungsstadium des europäischen Völker- und Staatensystems war. Ihre in Livland verhältnismäßig gemilderte und patriarchalische Form, die nie zu ernsten Aufständen führte, ist in den Untersuchungen von Leonid Arbusow, A. von Transehe und H. Bosse oft genug festgestellt worden[1]. Derselbe deutsche Grundherr gab schon zwei Menschenalter vor der russischen Bauernbefreiung seinen Erbuntertänigen die Freiheit wieder.

Es ist erstaunlich, daß der Verfasser die Bildung einer „städtischen lettischen Kulturschicht" aus den eben urkundlich aufgezählten ent-

---

[1] Anstatt einer Aufzählung aller Arbeiten sei verwiesen auf die ganz vorzügliche Bibliographie am Schlusse von Wittrams „Geschichte der baltischen Deutschen", Berlin-Stuttgart 1939, vor allem auf deren Ziffern 14, 15, 16, 30, 31, 50—54.

flohenen Mördern, Dieben und Schuldnern annimmt. Wir haben eine bessere Meinung von der lettischen Kultur und eine bessere Anschauung von ihrer Entwicklung. Es muß ebenfalls auf die Forschungen der genannten baltischen Historiker hingewiesen werden[1]). Sie bestreiten nicht, daß in den besprochenen Jahrhunderten in der deutschen Hansestadt Riga auch eine mehr oder minder große lettische Minderheit bestand. Sie setzte sich aber aus den untersten Schichten einer Stadtbevölkerung zusammen, aus Arbeitern, Bedienten, Knechten, Lastträgern. Vereinzelt gehörten Letten bis ins 15. Jh. auch dem Handwerk und dessen Gilden an. Im 14. Jh. aber verloren sie endgültig den Zutritt in diese Körperschaften, zu den Ämtern, zu Handel und Grundbesitz. Auch Mischehen wurden verboten. „Undeutsche" konnten also nicht mehr Bürger sein oder werden. Zwar wurde diese Schranke hin und wieder durchbrochen, aber nur auf dem Wege, daß es dem Undeutschen sich zum Deutschen zu machen gelang. Dieser Zustand bestand bis zum Ende des 18. Jh.s, und die Bildung einer wohlhabenden lettischen Kulturschicht in den alten deutschen Städten ist ganz undenkbar. Der Lette erhielt sich seinen völkischen Wert mit bewundernswerter Kraft allein im Bauerntum außerhalb der Mauern. Die Einführung russischer Städteordnungen durch Katharina II. begann diesen Zustand zu ändern. Ein starker lettischer Zustrom vom Lande in die unteren städtischen Klassen setzte aber erst im 19. Jh. ein. Aber auch dann bedeutete der Aufstieg in die „oberen Klassen", d. h. die Verbürgerung stets die Aufgabe des Lettentums und die Verdeutschung. Jene zum Teil sich proletarisierende Volksschicht, die zum Zeuger und Träger der revolutionären lettischen Bewegung der Neuzeit wurde, ist ein spätes Erzeugnis des 19. Jh.s.

So wertvoll und fleißig der Beitrag sein mag, den das Büchlein für manche Forschungszweige in der baltischen Geschichte liefert, so wenig erfüllt es die ihm zugedachte Aufgabe. Es beweist das Gegenteil des Beabsichtigten, weil die Zielsetzung nicht von dem in der Geschichtsforschung unbedingt nötigen objektiven Standpunkte aus geschehen war.

Berlin. Heinz Mattiesen.

Jürgen von Hehn: Die lettisch-literärische Gesellschaft und das Lettentum. (Schriften der Albertus-Universität, Geisteswiss. Reihe Bd. 21.) Königsberg-Berlin 1938. Osteuropa-Verlag. VII + 159 S.

An Hand deutschen und lettischen Quellenmaterials, vor allem der Protokolle der lettisch-literärischen Gesellschaft und ihres Organs, des „Magazins", bietet Jürgen von Hehn in seiner Königsberger Dissertation eine Schau über den kulturellen Beitrag, den die baltendeutsche evangelisch-lutherische Geistlichkeit im letzten Jh. dem lettischen Volke geliefert hat. Der Vf. streift die Vorarbeiten vor Gründung der Gesellschaft (1827) nur flüchtig, die Zeit, in der der aus dem Reiche kommende deutsche Prediger zunächst nur mit dem Dolmetscher die Arbeit aufnahm und überraschend schnell die nötigen Sprachkenntnisse erwarb, so daß er den Letten ein „Lette" sein konnte, ihnen schöne geistliche Lieder dichtete, die Bibel nach dem Urtext übersetzte (Ernst Glück, 1681—1689), Grammatik, Lexikon, Schulbücher und weltliche Lieder verfaßte (Stender, Elverfeldt, Hesselberg, Schilling, Panck, G. Grüner). Auf diesen Grundlagen bauten die meisten Mitglieder der lett.-liter. Gesellschaft auf. Von den 8 Präsidenten waren 5 Kurländer, 3 Livländer. Wenn auch von den Livländern, Generalsuperintendent Sonntag, Bischof Ulmann und vielen livländischen Pastoren reiche Anregungen ausgingen, so hat doch den größten Einfluß der Pastor der Doblenschen deutschen Gemeinde, August Bielenstein, gehabt, der am längsten — 31 Jahre — das Präsidium führte. Seine Tätigkeit schildert der Vf. auch am eingehendsten, da ihm gegenüber die anderen Mitglieder fast ganz

in den Hintergrund traten. Allerdings vermißt man eine stärkere Betonung der Bielensteinschen Vermittlerrolle bei der Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Letten. Denn B. war durch Sprachbegabung, durch seine enge dienstliche Verbindung mit den Letten und seine irenische, konziliante Natur als Vermittler gut geeignet. Er war ein deutscher Gelehrter alten Schlages. Er hat in hervorragendem Maße Anteil an der Entdeckung eines schon halb verschütteten Volkstums; die geringen Schwächen seiner Arbeiten, bei denen er vielfach aus zweiter Hand schöpfen mußte, sind bekannt.

Hehns Arbeit bildet einen wichtigen Beitrag zur Frage der deutsch-lettischen Beziehungen im 19. Jh. Sie zeigt uns das Wirken charaktervoller deutscher Männer — zumeist Geistlicher — zum Wohle des lettischen Volkes. Unter ihrer Anleitung haben sich bis zur Gegenwart eine große Anzahl lettischer Forscher und Schriftsteller herangebildet, die befähigt zu sein glaubten, das 1918 der deutschen Hand entwundene Werk wieder aufzunehmen. Um den Aufstieg des lettischen Volkes hat sich die lettisch-literärische Gesellschaft besonders verdient gemacht. Lange Zeit bildete sie den Mittelpunkt aller für das Lettentum geistig regsamen Kräfte. Germanisatorische Ziele gingen den Gliedern der Gesellschaft völlig ab. Hehns Schlußworten wird man voll beipflichten können: „Ohne die stattliche Reihe deutscher Pastoren vom „alten" Stender bis August Bielenstein stände es um die heutige Kulturhöhe der Letten doch sehr viel anders. Evangelische deutsche Pastoren als Träger westeuropäisch-christlicher Kultur sind es gewesen, denen — wenn ihre Arbeit auch von Fehlern und Irrtümern nicht frei gewesen ist — ein wesentliches Verdienst um die Kulturentwicklung der Letten und die europäische Ausrichtung ihrer Kultur zukommt."

Königsberg (Pr.). Hermann Grüner.

S. Juškov: Pravda rus'ka (Das Russische Recht)*). Ukraïns'ka Akademija Nauk, Institut Istoriï Material'noï Kul'turi. Kiew 1935. Vidavnictvo Ukr. Ak. Nauk. XII+XIII+191+4 S.

I. Die Ausgabe der Russkaja Pravda (RP) von Prof. S. Juškov erweist sich als eine rein technische Durchführung der Aufgabe, ohne Verbindung mit irgendwelchen wissenschaftlichen und anderen Theorien. Als objektive Veröffentlichung von Material zur wissenschaftlichen Erforschung der Texte der RP zeigt sich die Ausgabe in vieler Beziehung als ein bedeutender Schritt vorwärts. Die Arbeit ist so umfassend und sorgfältig durchgeführt, daß diese Ausgabe zum Handbuch für einen jeden Historiker des altrussischen Rechtes werden muß.

Die bisher existierenden Ausgaben der RP wurden auf Grund einer vergleichsweise geringen Anzahl von Abschriften durchgeführt. Derartig waren die Arbeiten von Schlözer (1767), Musin-Puškin u. a. (1792), Maksimovič (1803, 1808), Stroev (1820), Evers (1826, 1835), Dubenskij (1843), Tobien (1844—1845), Mroček-Drozdovskij (1885—1886), Sergeevič (1904), Vladimirskij-Budanov (1908), Marks (1910), Goetz (1910—1913), Jakovlev (1914)[1] und Karskij (1930)[2].

---

*) Aus dem Russischen übersetzt von Werner Philipp.

[1]) Eine genauere Aufzählung der Ausgaben der RP siehe in M. Vladimirskij-Budanov, Christomatija po istorii russkago prava (Chrestomathie zur Geschichte des russischen Rechts), 1. Teil, Kiew 1908; N. P. Zagoskin, Nauka istorii russkago prava (Die Wissenschaft von der Geschichte des russischen Rechts), Kazan' 1891, S. 103—107; F. I. Leontovič, Istorija russkago prava (Geschichte des russischen Rechts), 1. Teil, Warschau 1902, S. 257—290; K. L. Goetz, Das russische Recht, Bd. 1—4, Stuttgart 1910 bis

Die größte Anzahl von Varianten, nämlich auf Grund von 50 Abschriften, war bisher in der Ausgabe von N. Kalačov veröffentlicht worden[3]. Die Ausgabe Juškovs hat im Vergleich mit der Kalačovs bedeutende Vorzüge hinsichtlich der M e n g e der RP-Handschriften, nach denen Varianten angeführt werden. Im Verzeichnis der alten Handschriften der RP, auf Grund deren die Ausgabe Juškovs besorgt wurde oder von deren früheren oder jetzigem Vorhandensein er Kenntnis hatte, werden bei ihm 94 Abschriften aufgezählt. Wenn man hiervon 9 Handschriften abzieht, die Juškov nicht einsehen konnte, so benutzte er also 85 Handschriften zur Anbringung der Varianten, d. h. 35 mehr als Kalačov[4].

Auf Grund der offiziellen Zählung, die von den Sovetarchiven und -bibliotheken vorgenommen wurde, sind das s ä m t l i c h e Exemplare der RP, die bis in die Gegenwart hinein erhalten geblieben sind. Die übrigen „sind nicht auf uns gekommen", sie müssen als „für uns endgültig verloren" betrachtet werden[5].

Zweifellos sind das nicht alle Handschriften der RP, die im vorrevolutionären Rußland vorhanden waren. Man muß folgende ernsthafte Gründe berücksichtigen, die dafür sprechen, daß es damals weit mehr Handschriften gab:

1. In den Jahren 1828—1834 sah die von der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften organisierte Archäographische Kommission mit P. M. Stroev an der Spitze eine Menge von Archiven und Bibliotheken in den Klöstern, Gouvernementsverwaltungen und anderen Institutionen Nord- und Mittelrußlands durch. Bisweilen beteiligten sich an den Reisen K. F. Kalajdovič, Ja. I. Berednikov und sogar der Staatskanzler N. P. Rumjancev selbst[6]; zusammenfassend erklärte P. M. Stroev, daß es nach seiner Zählung damals in Rußland ungefähr dreihundert alte Handschriften gäbe, die die RP enthalten; auch die späteren Historiker des russischen Rechts, die sich insbesondere mit den Handschriften der RP beschäftigten, N. Kalačov[7] und V. I. Sergeevič[8], hielten die gleiche Meinung aufrecht.

2. Die überwiegende Mehrheit der alten russischen Handschriften, besonders die die RP enthaltenden Kormčija Knigi und Chroniken, bewahrten die Patriarchats-, Bischofs-, Kloster- und Kirchenanstalten in

---

1913; N. A. Maksimejko, Opyt kritičeskago izslědovanija Russkoj Pravdy (Versuch einer kritischen Erforschung der RP), Char'kov 1914.

[2] E. F. Karskij, Russkaja Pravda po drevnějšemu spisku (Die RP nach der ältesten Handschrift), Leningrad 1930, Akademija nauk; vgl. meine Besprechung dieser Ausgabe in „Slavia", Jg. XI, vyp. 1, S. 184—187, Prag 1932.

[3] N. Kalačov, Predvaritel'nyja juridičeskija svěděnija dlja polnago ob-jasnenija Russkoj Pravdy (Einleitende juristische Mitteilungen zur vollständigen Erhellung der RP), Moskau 1846, 1880.

[4] Vgl. Kalačov, S. 43—72, Juškov, S. IV—VIII.

[5] Juškov, S. I—II.

[6] N. Barsukov, Žizn' i trud P. M. Stroeva (Leben und Werk P. M. Stroevs), Ptbg. 1878; S. F. Platonov, Lekcii po russkoj istorii (Vorlesungen über russische Geschichte), Ptbg. 1909, S. 30—37; N. P. Zagoskin, Istorija prava russkago naroda (Rechtsgeschichte des russischen Volkes), Kazan' 1899, Bd. 1, Einleitung, S. 34—35; P. M. Stroev, Bibliologičeskij Slovar' (Bibliologisches Wörterbuch), Sbornik Akademii nauk, Bd. 29, 1882; ders., Opisanie Volokolamskago i drugich monastyrej (Beschreibung des Klosters von Volokolamsk und anderer Klöster), Ptbg. 1891; ders., Chronologičeskoe ukazanie materialov otečestvennoj istorii (Chronologisches Verzeichnis von Materialien zur vaterländischen Geschichte), Žurnal Ministerstva Narodnago Prosvěščenija (Ž. M. N. Pr.) 1834.

[7] Kalačov, S. 72.

[8] Sergěevič, Lekcii i izslědovanija, Ptbg. 1910, S. 52.

ihren Archiven und Bibliotheken auf. Es ist klar, daß während der bolschewistischen Regierung außer alten historisch unersetzbaren Gebäuden und heiligen Gegenständen auch eine zahllose Menge russischer Schriftdenkmäler der alten Zeit vernichtet wurde[9].

3. Man kann auch einige Handschriften, die offensichtlich verlorengegangen sind, namentlich nennen, z. B.: die 1. Čudov-Handschrift, die in dem durch viele historische und literarische Ereignisse berühmten Čudovkloster in Moskau entstanden ist[10], die Handschrift des Hypatiusklosters in Kostroma, des Familienheiligtums des Hauses Romanov[11], die Handchrift des Klosters an der Sija, in dem sich unter den vielen Handschriften das berühmte „Ikonenvorlagenbuch vom Sijakloster" befunden hat[12], die Handschrift des Iosif-Volokolamskij-Klosters, des großen Bildungszentrums, aus dem die einflußreiche Partei der Iosifljany hervorgegangen ist[13] und die Handschrift der Kirche von Sol'vyčegodsk, die von denselben Stroganovs gegründet ist, die den Ermak Timofeevič zur Unterwerfung Sibiriens aussandten[14].

II. Welche nun der speziell von Kalačov nicht ausgewerteten Handschriften der RP Juškov ausgewertet hat, läßt sich nicht immer genau sagen, da er es selbst nicht angibt und seine Aufzählung der Handschriften allzu kurz ist: oft verwendet er nicht die in der Wissenschaft herkömmliche Bezeichnung der Handschrift, sondern nur eine neue dunkle Nummer eines Bibliothekkataloges. Es ist jedoch klar, daß es Juškov nicht gelang, vollständig neue Redaktionen der RP zu finden. Als Grundlage für seine Anordnung der 85 Handschriften nach Redaktionen, nimmt er die schon früher in der Wissenschaft bekannten Handschriften, die schon einige Male gedruckt sind, und ordnet ihnen die übrigen durch Anführung der Varianten unter. 1. Für die 1. Fassung zieht er die Akademiehandschrift heran (älteste, kurze Redaktion); 2. für die 2. Fassung drei Ausfertigungen (Unterredaktionen): a) die Synodalfassung, 13. Jh., b) die Puškinfassung, 14. Jh., c) die Trojckajafassung, 14. Jh.; 3. für die 3. Fassung die Karamzinhandschrift, 15. Jh.; 4. für die 4. Fassung Handschriften, die mit der Fassung der Avraamkachronik

---

9) Hinweise auf die Zerstörung altrussischer Kunstdenkmäler finden sich in vielen Büchern und Veröffentlichungen, die in der UdSSR. erschienen sind; z. B. A. I. Nekrasov, Očerki po istorii drevne-russkogo zodčestva (Skizzen zur Geschichte der altrussischen Baukunst), Moskau 1936; N. N. Voronin, Očerki po istorii russkogo zodčestva XVI—XVII vv. (Skizzen zur Geschichte der russischen Baukunst des 16.—17. Jh.s), Moskau 1934; N. N. Sobolev, Russkaja narodnaja rez'ba po derevu (Die Schnitzkunst im russischen Volk), 1934; „Izvestija" (z. B. 20. 9. 1936), „Pravda" (z. B. 16. 8. 1936); „Ves' SSSR" (Otd. maršrutov). Man vergleiche diese Bücher mit den früheren Geschichten der altrussischen Architektur und Kunst. Vgl. ferner die Broschüren von P. N. Savickij: Razrušajuščie svoju rodinu (Die Zerstörer der Heimat) und Gibel' i vozsozdanie neocenimych sokrovišč (Verderb und Erneuerung unschätzbarer Kunstschätze). Die Auslegung der Tatsachen in den zuletzt genannten Werken ist jedoch durch ihre eigensinnige, unlogische eurasiatische politische Tendenz stark verderbt.

10) Erwähnt bei Kalačov, S. 60—61, und P. N. Mroček-Drozdovskij, Izslědovanija o Russkoj Pravdě (Forschungen zur RP), Moskau 1886, vyp. 2, S. 66—68, fehlt aber in der Beschreibung Juškovs.

11) Stroev, Bibliologič. Slovar', S. 357—358, Nr. 19; Milovidov, Soderžanie rukopisej Ipat'evskago monastyrja (Der Inhalt der Handschriften des Hypatiusklosters), Kostroma 1888.

12) Stroev, ibid., S. 357, Nr. 1. „Podlinnik" ist eine Sammlung von Vorbildern, nach denen die Ikonenmaler ihre Ikonen anfertigten.

13) Stroev, Opisanie, S. XVI—XVII.

14) Kalačov, S. 3, Anm. 1.

übereinstimmen; 5. für die 5. Fassung die Handschrift des Fürsten Obolenskij, 17. Jh.

Aber die sorgfältige Verknüpfung dieser bereits früher bekannten Redaktionen mit den Varianten von 85 Handschriften der RP gibt der Arbeit Juškovs einen außerordentlichen wissenschaftlichen Wert und macht sie für jede wissenschaftliche Forschung unentbehrlich. Unter den von Kalačov nicht verwerteten Handschriften müssen folgende Handschriften Juškovs erwähnt werden: drei aus dem Kirillo-Beloozerskij-Kloster, 16.—17. Jh., vier aus dem Soloveckij-Kloster, 15.—16. Jh., drei aus der Bibliothek des Rogožer Friedhof, 15.—16. Jh.

Als ein großer Vorzug der Juškovschen Ausgabe vor der Kalačovschen erweist es sich, daß die letztere die Sätze der RP nach einem künstlichen System anordnet, die erste sie aber in ihrer ursprünglichen Anordnung beläßt.

III. Überaus interessant sind einige der wichtigen Ergebnisse, die der neuen Ausgabe Juškovs entspringen. Sie macht das Widerspiel zweier Arten von historischen Fakten besonders offensichtlich und begründet es dokumentarisch.

A. Einerseits ist bekannt, daß sich die RP als allgemeinrussische Rechtssammlung erwiesen hat.

1. In allen von Juškov veröffentlichten 85 Handschriften (13.—18. Jh.) dieses Denkmals des alten Rechtes wird es ausnahmslos „Russisches Recht genannt"; folgende Varianten in der Schreibweise des russischen Nationalnamens finden sich in seiner Überschrift:

a) Правда роусьская, 13. Jh.; роускаѧ, 15. Jh.; роускаа, 15.—17. Jh.; роуская, 15.—17. Jh.
b) Правда роусьскаа, 15.—16. Jh.; роусьская, 15. Jh.; роусскаа, 15.—16. Jh.; роусская, 15.—16. Jh.
c) Правда руськая, 14. Jh.; руская, 14. Jh.; рускаа, 16.—17. Jh.; руская, 15.—17. Jh.
d) Правда русьскаа, 15. Jh.; Русскаа, 16.—17. Jh.; русская, 15.—17. Jh.
e) Правда роськая, 15. Jh.

Die Rechtschreibung ändert sich also nicht nach dem Ort, sondern nur nach dem Zeitpunkt der Anfertigung der Abschrift durch den Schreiber.

2. Es war „das für das russische Land aufgestellte Recht"[15], d. h. also für alle Teile des Gebietes der Rus' und für alle Stämme des russischen Volkes.

Das Gebiet „des ganzen russischen Reiches" bildeten gemäß der Chronik: „das Haličer und Kiewer Land, das Land von Černigov, Novgorod und Rjazan'" und Rostov-Suzdal'[16]. Der Norden und der Süden hatten nach der Auffassung des alten Rußlands die gleiche Ehrengeltung; der Theorie der Chronik „Kiew ist die Mutter der russischen Städte", „die erste Stadt im ganzen russischen Lande" wurde die Theorie entgegengestellt, daß „Groß-Novgorod die Führung der Fürstenschaft auf Grund des Altersvorranges im ganzen russischen Lande hat", „denn zuerst bestand das Novgoroder Gebiet, sodann das Kiewer"[17].

Die oberen Schichten der Bevölkerung, Geistlichkeit, Fürsten und Gefolgsleute, von denen hauptsächlich die Aufzeichnung, Ergänzung und Ausführung der Normen der RP abhingen, waren im ganzen russischen

[15] Juškov, S. 5, Abs. 18; Urkunde des Großfürsten Mstislav, 1130 (Vladimirskij-Budanov, Christomatija, S. 112); ders., Obzor istorii russkago prava (Grundriß der Geschichte des russischen Rechts), Kiew 1915.

[16] Trojckaja-Chronik, 1216; Mroček-Drozdovskij, vyp. 2, Anlage, S. 177, 182.

[17] Laurentiuschronik zu den Jahren 882, 1096, 1206; Einleitung zum Sofijskij Vremennik; Anlage zur 2. Pskover Chronik; Mroček-Drozdovskij, S. 177.

Reich vorhanden und wechselten frei die Residenz und den Dienst von einem Ende des Landes zum anderen, von Novgorod nach Halič, von Suzdal' nach Kiew[18]) usw.

3. Aus den Juškovschen Beschreibungen der Handschriften der RP ist ersichtlich, daß diese in dem ganzen Gebiet des russischen Reiches abgeschrieben und aufbewahrt wurde: von Halicz, Wolhynien und Kiew[19]) bis nach Smolensk[20]) und Tver'[21]), Groß-Novgorod[22]) und Moskau[23]), Rostov, Beloožero und Suzdal', bis nach Vologda, den Besitzungen der Stroganovs, und bis ans Weiße Meer[24]).

4. Gemäß der frühen Vorstellung wurden die ältesten Sätze der RP unter Jaroslav dem Weisen, „dem Alleinherrscher des russischen Landes", aufgezeichnet. Nach den Novgoroder Chroniken wurde die RP für Novgorod zusammengestellt[25]). Nach der „Povest' vremennych let" ergibt sich eher, daß sie in Kiew entstand, als „Jaroslav, die Gesetze liebend, ... sich den Büchern zuwandte ... und viele Schreiber sammelte ... und sie schrieben viele Bücher"[26]).

Der archaische Charakter der Überschriften in den ältesten Handschriften der RP, die bei Juškov angeführt sind und die sie Jaroslav zuschreiben (die Gerichtsordnung Jaroslavs, des Sohnes Vladimirs; Jaroslavs des Fürsten)[27]), bestätigt das Alter und die Richtigkeit der Überlieferung. In den neueren Handschriften schrieb man: „Das Gesetz des Großfürsten Jaroslavs Vladimirovič über das Gericht"[28]).

---

[18]) Mroček-Drozdovskij, S. 177, 182; Vladimirskij-Budanov, Obzor.; M. P. Pogodin, O edinstve zemli russkoj (Über die Einheit des russischen Landes), Moskvitjanin 1850, II; ders., O posadnikach, tysjackich, voevodach i tiunach, s 1054 po 1240 (Über die Statthalter, Wojwoden, Tausendschaftsleute und Beamte vom 1054 bis 1240), Vremennik M. O. Ist. i Dr., 1849, kn. 1; ders., O naslědstvennosti drevnich sanov (Über die Erblichkeit der alten Ränge), Archiv Ist.-Jur. Svěd. 1850, kn. 1.

[19]) Juškov, S. IV—VIII, II. Redaktion, Nr. 51—54, 61—62.

[20]) Die vierte Fassung der Avraamkachronik, die 1498 in Smolensk abgefaßt wurde, PSRL Bd. 16, S. 319—320.

[21]) Die Chronik von Tver' enthält die RP, PSRL Bd. 15.

[22]) Nach Juškov stammt die Mehrheit der Handschriften der 1., 3. und 4. Fassung und ein Teil der 2. Fassung aus Novgorod. Überhaupt spielte Großnovgorod eine besonders große Rolle in der Bewahrung der RP bis in die Gegenwart hinein.

[23]) 2. Fassung, 2. Ausfertigung Nr. 2, 3. Ausfertigung Nr. 26—34, 43, 45, u. a.; 3. Fassung, Nr. 7.

[24]) 1. Fassung, Nr. 4; 2. Fassung, 3. Ausfertigung, Nr. 13—15, 17—20, 55, 56, 59, 60, 63; 4. Fassung, Nr. 4. — Stroev, Bibliolog. Slovar', 357—358; Kalačov, S. 43—72.

[25]) Vgl. die 1. Novgoroder, die 1. Sophien-, die 1. Tver'sche, die 1. Voskresenskaja- und die Nikonchronik für die Jahre 1016—1019.

[26]) Die Theorie A. I. Sobolevskijs, Dvě redakcii Russkoj Pravdy (Zwei Redaktionen der RP), Sbornik statej v čest' gr. P. S. Uvarovoj, Moskau 1916. — Vgl. Laurentiuschronik zum Jahre 1037.

[27]) Juškov, S. 11, 25, 40, 106, 137.

[28]) Als weitere Belege dafür, daß die ältesten Artikel der 1. Fassung der RP zu Zeiten Jaroslavs geschrieben wurden, führe ich folgendes an: a) Die Entsprechung ihrer juristischen Terminologie mit der juristischen Terminologie der Chronikaufzeichnungen aus der Zeit Vladimirs und Jaroslavs (z. B. skot, urok u. a.). b) Nach der Theorie des Akademikers A. A. Šachmatov enthielt die 1. Novgoroder Chronik Überreste von älteren Kiewer und Novgoroder Chroniken, die vor der „Povest' vremennych let" bestanden. Daher bestätigt die Tatsache, daß sich in einigen der Handschriften der 1. Novgoroder Chronik die 1. Fassung der RP befindet, ihr Alter. Wichtig ist auch, daß sie — nach Tatiščev — in Rostov, in der

5. Einige Ergänzungen wurden zur RP auf gemeinrussischen Tagungen fertiggestellt, die die gemeinrussische Gewalt verkörpern, wovon ihr Text in allen Handschriften spricht[29]. Einige Jahre nach Jaroslavs Tode (1054), im Jahre 1072, kamen zu diesem Zweck die Söhne Jaroslavs zusammen, Izjaslav, Svjatoslav und Vsevolod, die damals fast das ganze russische Land beherrschten, und auch ihre Mannen: Kosnjačko, der Kiewer Wojwode[30], Mikula Čudin, der Älteste der Stadtleute von Vyšgorod und frühere Statthalter von Novgorod[31] und andere. Auch Vladimir Monomach berief nach Berestovo eine gemeinrussische Tagung seiner führenden Gefolgsleute ein zur Vervollständigung der RP: den Kiewer Tausendschaftsführer Ratibor, den einige Male in den Chroniken erwähnten Mitarbeiter Vladimir Monomachs[32], den Tausendschaftsführer von Belgorod bei Kiew am Flusse Rupina[33], Prokop, den Tausendschaftsführer von Perejaslavl', Stanislav[34], Miroslav Gurjatinič, den Sohn des Statthalters Gurjata Rogovič, der später, seit 1126, selbst Statthalter von Novgorod war[35], und den Ivan Čudinovič, einen Mann des Fürsten Oleg Svjatoslavič von Černigov[36].

6. Zu dem oben Genannten sind in der RP noch Gerichtsentscheidungen und Festsetzungen hinzugefügt, die in entgegengesetzten Enden Rußlands aufgestellt wurden: ein Rechtsentscheid, in Dorogobuš (am Flusse Goryn' in Wolhynien) gefällt, die Novgoroder Verordnung über die Handelsschuld, die Novgoroder Verordnung „über die Stadtbrücken"[37].

7. Vermittels eines Sachregisters zu allen Redaktionen und Varianten der RP, mit dem die Arbeit Juškovs versehen ist, kann man sich, wenn man es mit den Angaben des Wörterbuchs zur RP von Mroček-Drozdovskij und mit den „Materialien für ein Wörterbuch der altrussischen Sprache" von Sreznevskij vergleicht, gründlicher, als es bisher möglich war, von der gemeinrussischen Art der juristischen Begriffe der RP während der Kiewer Zeit und teilweise auch während des 14. und 15. Jh.s überzeugen. So waren außer den Wörtern, die die gesellschaftlichen Schichten bezeichnen, wie knjaz' (Fürst), bojar, kormilec (Erzieher), grid (niedriger Gefolgsmann), tiun (Beauftragter des Fürsten),

---

ältesten Stadt des Rostov-Suzdaler Landes aufbewahrt wurde (vgl. A. A. Šachmatov, Rozyskanija o drevnějšich russkich lětopisnych svodach (Untersuchungen über die ältesten russischen Chronikkodizes), Lětopis' zanjatij archeografičeskoj komissii, Bd. 20, 1908.

[29] Juškov, Akademiehandschrift, Artikel 18; die Synodal-, Puškin, Trojckaja, Karamzin- und Avraamkahandschrift, Artikel 2.

[30] Mroček-Drozdovskij, vyp. 2, S. 189; Laurentius- und Hypatiuschronik zum Jahr 1067.

[31] Mroček-Drozdovskij, vyp. 2, S. 286—287; D'jakonov, Očerki obščestvennago i gosudarstvennago stroja drevnej Rusi (Skizzen zum gesellschaftlichen und staatlichen Aufbau Altrußlands), S. 42—43.

[32] Laurentius- und Hypatiuschronik für die Zeit zwischen 1095—1100; Mroček-Drozdovskij, vyp. 2, S. 255.

[33] Laurnetiuschronik zum Jahre 991: „Vladimir gründete die Stadt Belgorod und besetzte sie aus anderen Städten und viele Leute führte er dorthin."

[34] Mroček-Drozdovskij, vyp. 2, S. 272; Laurentiuschronik zum Jahre 1136.

[35] Vgl. die Listen der Statthalter in den Novgoroder Chroniken; Laurentiuschronik zum Jahre 1096; die Rechtsurkunde des Novgoroder Fürsten Vsevolod Mstislavič 1135—1136; Vladimirskij-Budanov, Christomatija, I, S. 207, 213—215; Mroček-Drozdovskij, vyp. 2, S. 199.

[36] Juškov, Akademiehandschrift Art. 18; Synodal-, Puškin-, Trojckaja-, Karamzin- und Avraamkahandschrift, Art. 2.

[37] Juškov, Akademiehandschrift, Art. 23; Karamzinhandschrift, Art. 67 (S. 121, Anm. 84); Avraamkahandschrift, Art. 195.

izgoj (der aus seinem Stande Ausgeschlossene), smerd (Bauer), zakup (Mietknecht) und cholop (Knecht), auch andere alte Begriffe gemeinrussisch. Worte, die sich auf das Prozeßwesen beziehen, wie izvod (Beweis), svod (Nachweis durch Schuldübertragung auf einen anderen Menschen [transferre culpam]), sled (Untersuchung durch Verfolgung der Spuren des Verbrechers); auf das Strafrecht, wie vira (Wergeld an den Fürsten), golovščina (Bußgeld an den Geschädigten); auf das bürgerliche Recht, wie rez (Zins), otarica (Vermögen des zakup) u. a.; solche Wörter treffen wir z. B. nicht nur in der RP, sondern auch in anderen juristischen und literarischen Denkmälern Südwest-, Nord- und Nordostrußlands[38].

B. Andrerseits gelangte ein großer Teil von Nachrichten über die RP durch die Vermittlung Nord- und Nordostrußlands, also des Novgoroder-Suzdaler Rußlands, zu uns:

1. So wie vor allem die Sänger des Nordens die Bylinen in ihren Melodien bewahrt haben, so wie die Chroniken der Kiewer Zeit vor allen Dingen in den Klöstern des Novgorod-Suzdal-Moskauer-Rußlands erhalten blieben, so wie der Norden viele Literaturdenkmäler des Kiewer Rußlands für uns aufhob, nämlich den Sbornik Svjatoslavs, die Werke des Metropoliten Ilarion und Kirills von Turov, das Igor'lied u. a., so wurde auch dementsprechend die überwiegende Mehrheit der Handschriften der RP gemäß der Beschreibung Juškovs[39] im Novgorod-Suzdal-Moskauer-Rußland abgeschrieben: von 94 Handschriften 87 (aus dem 13.—18. Jh. entstammend)[40], und nur 7 wurden im Süden abgeschrieben[41], von denen nur eine verhältnismäßig alt ist (dem 15. Jh. entstammend)[42].

2. Aus der Juškovschen Ausgabe der Redaktionen und Varianten der RP ist ganz anschaulich sichtbar, wie die gelehrten Mönche von Nord- und Nordostrußland im 13.—15. Jh. an den juristischen Kommentaren, an der Vervollkommnung und Ergänzung der Artikel der RP zu arbeiten fortfuhren. Wir sehen den Übergang von den weniger vollkommenen Aufzeichnungen der Synodal- und der Puškinhandschrift (13., bzw. 14. Jh.)

---

[38] Diese allgemeinrussische Terminologie der RP lebte (analog der Prikazsprache der Moskauer D'jaken) neben der juristischen Terminologie der Kormčaja kniga und der kirchenslawischen Denkmäler. Vgl. Juškov, Ukazatel', S. 179—191; Mroček-Drozdovskij, vyp. 1—3; ders., Materialy dlja slovarja Russkoj Pravdy (Material für ein Wörterbuch der RP), Čtenija Obšč.. Ist. i Drevn. 1917, kn. 3; die Anmerkungen in Vladimirskij-Budanov, Christomatija. Vgl. auch die allgemeinen Handbücher zur Geschichte des russischen Rechtes und die Studien über die RP von Kalačov, Mroček-Drozdovskij, Goetz, Maksimejko und Karskij.

[39] Juškov, S. IV—VIII.

[40] Alle 12 Handschriften der 1. Fassung; 59 Handschriften der 2. Fassung (in den nordrussischen Klöstern und kirchlichen Anstalten wurden 26, bei nordrussischen Privatsammlern 20 Handschriften aufbewahrt, zu denen sie offensichtlich aus Klöstern und Kirchen oder aus den Archiven einheimischer Fürsten gelangten, in nordrussischen Instituten 13); alle 10 Handschriften der 3. Fassung; 4 Handschriften der 4. Fassung; 2 Handschriften der 5. Fassung. Alle nordrussischen Handschriften zusammen: 87. Auch die von Juškov vergessenen kann man den nördlichen Handschriften zuzählen: je eine Handschrift des Sijaklosters, der 1. Tver'schen Chronik, des Čudovklosters und des Volokolamskijklosters — also insgesamt 91.

[41] Überdies ist die auf einen Vergleich der Varianten gegründete Vermutung sehr wahrscheinlich, daß die südlichen Handschriften von den nördlichen abgeschrieben sind, da sie deren Lücken und Fehler wiederholen.

[42] Die Handschrift der Uspenskij-Stauropegion-Kirche in Lemberg.

zu den vervollkommneten Redaktionen der Trojckaja-, Karamzin- und Avraamkahandschrift[43].

Entsprechend dem konservativen Geist der Zeit, der Achtung gegenüber dem Herkommen, dem Gewohnheitsrecht und der Vergangenheit, bemühten sich diese Abschreiber und Bearbeiter aus dem Norden mit einer Genauigkeit, die der Rechtschaffenheit der altrussischen Chronisten gemäßt ist, den Inhalt, die Sätze und Begriffe der gemeinrussischen Urfassung der RP ihren Zeitgenossen und den nachkommenden Geschlechtern zu übermitteln.

3. Nach dem Schluß, zu dem der letzte Erforscher der RP vor Juškov, E. F. Karskij, gekommen war, ist die älteste Synodalhandschrift der RP aus dem Jahre 1282 zweifellos von einem Eingeborenen des nördlichen, Novgoroder Rußland abgeschrieben worden, da sie in ihrer Sprache deutliche Novgoroder Züge trägt. Auch die anderen ältesten Handschriften der RP enthalten seiner Meinung nach für gewöhnlich Novgoroder Merkmale[44]. Das ist im Zusammenhang mit den obigen Ausführungen auf Grund der Juškovschen Varianten und anderer Angaben am besten damit zu erklären, daß die Sprache der gemeinrussischen Kiewer Urfassung der RP einige gemeinrussische Züge hatte, die an vielen Stellen Rußlands verloren gingen und dann vorwiegend in den Novgoroder Rechtsdenkmälern stehenblieben, die besser als andere die alten Bezeichnungen bewahrten[45].

---

[43] Dementsprechend verlagert sich auch seit dem 14. Jh. das Zentrum für das Schreiben der gemeinrussischen Chroniken nach dem Nordosten Rußlands: vgl. die Tabelle für die Entwicklung der Chroniken im Anhang bei Šachmatov, Rozyskanija.

[44] Karskij, S. 21, 24; Maksimejko, S. 1—38 und Kap. 2. — Vgl. die Theorien: A. I. Sobolevskijs in seinen Werken Očerki iz istorii russkago jazyka (Skizzen aus der Geschichte der russischen Sprache), 1884, Lekcii po istorii russkago jazyka (Vorlesungen über die Geschichte der russischen Sprache), 1888, Jazyk russkoj pravdy (Die Sprache der RP), ŽMNPr 1886, 4, Drevne-Kievskij govor (Die altkiewer Mundart), Izv. otd. russk. jaz. i slov. Imp. Ak. nauk, Bd. X, 1905, und die Theorie A. A. Šachmatovs in Vvedenie v kurs istorii russkago jazyka (Einführung in die Vorlesung über die Geschichte der russischen Sprache) Ptbg. 1916; ferner Pamjati A. A. Šachmatova (Zum Gedächtnis A. A. Šachmatovs), Izv. otd. russk. jaz. i slov. Imp. Ak. nauk, Bd. 25, 1920, und E. F. Šmurlo, Kurs russkoj istorii (Vorlesungen über russische Geschichte) Prag 1931, Teil 1, S. 344—349.

[45] Von den Wörtern, die als älteste gemeinrussisch oder sogar gemeinslawisch waren und die dann in ursprünglicher oder etwas abgewandelter Bedeutung zu besonderen Novgoroder juristischen Begriffen wurden, kann man beispielsweise folgende nennen: a) posadnik und tysjackij; vgl. die ältesten Chroniken und die RP mit den Novgoroder Verträgen und Chroniken des 12.—15. Jh.s; b) ogniščanin, d. h. ein Bojar, ein Mann des Fürsten und Sklavenhalter. Im Vertrag Vladimirs d. Hl. mit den Wolgabulgaren aus dem Jahr 1006 wird von der „ognevščina", d. h. dem Hausgesinde gesprochen. Der Art. 19 der Akademiehandschrift der RP über die Ermordung eines organiščanin ist zweifellos Kiewer Herkunft, aber in der Novgoroder Verordnung über die Brücken wird von den ogniščany gesprochen, als es sie im Süden schon nicht mehr gab. Auch in den Novgoroder Chroniken wird dreimal von den ogniščany gesprochen (1166, 1195, 1234). In einer anderen Bedeutung wird in tschechischen Quellen von den ogniščany gesprochen. Von „ognišča", d. h. von der Feuerstelle und den dazugehörigen Knechten sprechen serbische und bulgarische Quellen — „Prove"; vgl. D'jakonov, S. 75—76; c) „izgoi" (Akademiehandschrift der RP, 1. Art.; die Rechtsurkunde des Fürsten Rostislav Mstislavič von Smolensk, 1150). Aber in Novgorod entwickelte

4. Die Zitate, die in den Wörterbüchern von Mroček-Drozdovskij und Sreznevskij, den besten bisher, aufgenommen waren, zeigen, daß die juristische Terminologie der RP am häufigsten ihre Erklärung aus einer Gegenüberstellung mit den ältesten Rechtsdenkmälern des Novgorod-Suzdal-Moskauer-Rußlands aus dem 14., 15. und Anfang des 16. Jh.s findet[46]. Aus diesen Angaben ist ersichtlich, daß dort nicht nur die Handschriften der RP aufbewahrt wurden, sondern, daß auch die gemeinrussische juristische Sprache der Kiewer Periode in ihrem bedeutendsten Teil noch lange in den staatlichen Einrichtungen Nord- und Nordostrußlands weiterlebte[47]. Der gemeinrussische Charakter dieser im Norden und Nordosten fortbestehenden Terminologie der RP wird noch dadurch bestätigt, daß ein Teil von ihr auch im juristischen Leben der unteren, rein russischen Schichten der Bevölkerung West- und Südwestrußlands des 14., 15. und des Anfangs des 16. Jh.s vorhanden war. Umgekehrt erlosch die juristische Terminologie der RP im juristischen Leben der oberen polonisierten Schichten der Bevölkerung und in den von ihr geschriebenen Gesetzen und Akten bedeutend schneller[48].

---

sich dieser Stand noch weiter (Rechtsordnung des Fürsten Vsevolod Mstislavič, 1125—1136; die Verordnung über die Brücken der RP); d) Das spätnovgorode „Gericht des fürstlichen Beamten auf der Kammer" (sud tiuna na odrynĕ) leitet seinen Terminus aus dem gemeinslawischen Wort „odrina" ab: Laurentiuschronik 946: „odrina"; westrussisch „odryna", 15.—16. Jh., Dokumenty Moskovskago Archiva Ministerstva Justicij (Dokumente des Moskauer Archivs des Justizministeriums), Moskau 1897, Bd. 1; serbisch „odrina", 14. Jh., Pandekty Antiocha Chilandarskago monastyrja, Miklosich, Lexicon; polnisch odryna.

[46]) Beispielsweise aus dem Vergleich mit dem Termini der Schenkungs-, Rechts- und Gerichtsurkunden, der Verträge mit den Deutschen, der fürstlichen, geistlichen und Vertragsurkunden. Durch Zitate aus den nördlichen und nordöstlichen Denkmälern erklärt Mroček-Drozdovskij z. B. folgende Termini der RP: ogniščanin, izgoj, izvod, otarica, vgl. Mroček-Drozdovskij, Izslĕdovanija; ders., Materialy.

[47]) Die Einwirkung des Nordens auf die RP erklärt sich zum großen Teil dadurch, daß sich seit dem Ende des 12. Jh.s das hauptsächliche nationalstaatliche und nationalkulturelle Zentrum Rußlands nach dem Nordosten und Norden verlagert. Seit dem 14. Jh. waren die Fürstentümer des Novgoroder-Suzdaler Rußlands allmählich die einzigen geworden, in denen sich die russische orthodoxe Kirche und die eigentümlichen russischen staatlichen Organe und Institutionen organisch weiterentwickelten. Die Goldene Horde blieb fern und war nicht stark genug, um die russischen Fürsten durch eigene Baskaken zu ersetzen; sie mußten sich mit dem Verkauf von Bestallungsurkunden für das Fürstentum, mit Abgaben und Überfällen begnügen. In kultureller Hinsicht war die Horde so unbedeutend, daß sie keinerlei ernsthaften Einfluß auf die hohe byzantinisch-skandinavisch-slawische Kultur des alten Rußlands aufzeigen konnte.

[48]) Im Süden und Südwesten Rußlands waren die litauische und polnische Macht nah und herrschten unmittelbar; das waren fremde Gewalten, welche, ungeachtet aller Privilegien, allmählich alles Russische aus dem Leben und dem Recht verdrängten und es erniedrigten. Die Rechtsdenkmäler des litauischen Rußlands beeinflußte die RP mehr inhaltlich als terminologisch. In diesen gesetzgeberischen Akten, die unmittelbar von den fremden litauischen und polnischen Gewalten ausgingen, wurden die Überreste der Terminologie der RP allmählich durch lateinische und polnische Wörter, in russischen Buchstaben geschrieben, ersetzt (z. B. das Rechtsbuch Kasimirs von 1468, das litauische Statut von 1529, 1566 und 1588). Vgl. F. I. Leontovič, Russkaja Pravda i litovskij statut (Die RP und das litauische Statut), 1865; ein Literaturverzeichnis

IV. Die beste Fassung. Die Ausgabe Juškovs erlaubt die Entscheidung der Frage, welche Fassung man als grundlegend bei den wissenschaftlichen Forschungen anerkennen muß, auf einen festen Boden zu stellen. Nach der formalen Seite hin ist es zweifellos die Trojckajafassung, bei Juškov die dritte Unterredaktion der zweiten Fassung. Die Gründe hierfür sind folgende: 1. Sie ist die älteste der verhältnismäßig korrekten Fassungen (Hs. Nr. 30, 14. Jh.); 2. sie ist die verbreitetste von allen 63 Handschriften auf einem Raum von Galizien bis zum Weißen Meer, die am meisten gemeinrussische; 3. sie ist die juristischste, denn sie ist fast immer in juristischen Sammelwerken abgeschrieben, in den Nomokanones und den „Regelbüchern" (merila pravednyja); nicht auf das Recht bezügliche Einschübe fehlen bei ihr; 4. die Fehler ihres Abschreibers in jedem Wort kann man auf Grund von fast 63 Varianten verbessern; 5. in vielen Fällen ist die Lesart der Handschriften der Trojckajafassung richtiger als die Lesart der Karamzinschen und anderer Fassungen; z. B.:

1. Trojckajafassung, Abs. 16: „оже не будет лица то тогда дати ем железо из неволи" (so auch in der Synodalhs.). — In der Karamzinfassung steht an Stelle von „лица" „исца".
2. Trojckajafassung, Abs. 51: „Ролейный закуп . . . погубить войский конь" (so in allen Handschriften). — In der Karamzinfassung: „свойскы конь".
3. Trojckajafassung, Abs. 100: „въ дачѣ не холоп" (so in fast allen Varianten). — In der Karamzinfassung: „вдачь не холоп

   Trotzdem gibt es aber Fälle, in denen ein Absatz der Trojckajafassung ungeachtet ihrer Varianten nicht ohne Hilfe der anderen Fassungen gelesen werden kann; z. B.:

4. Trojckajafassung, Abs. 13/15: „паки ли вараг или кто инъ тогда..." (das Ende fehlt in allen Varianten). — Das Ende heißt in der Puškinfassung „то два", nämlich „послуха", Zeugen. (Puškinhs. Abs. 11, Karamzinhs. Abs. 13, Avraamkahs. Abs. 10.)
5. Trojckajafassung, Abs. 108: „... господину же и товаръ" (das Übrige ist in allen Varianten ausgelassen, es ist auch in der Synodalhs. ausgelassen). — In der Puškinfassung, Abs. 105 heißt es: „Аже холоп бѣгаяа будеть добудеть товара, то господину долгъ, господину же и товар" (Karamzinhs., Abs. 126, Avraamkahs., Abs. 105)*).

Es ist daher klar, daß die Synodal-, Puškin-, Karamzin- und Avraamkafassung einst ein richtigeres Original der Urfassung zur Vorlage hatten als die Trojckajafassung. Auch das spricht für das Alter der Avraamka- und Karamzinfassung, daß sich einige Abschriften von ihnen in den Novgoroder- und Sophienchroniken finden.

---

ist in der Arbeit von I. I. Lappo, Zapadnaja Rossija (Westrußland), Prag 1924, vorhanden. Nur im juristischen Leben der rein russischen Landbevölkerung von West- und Südwestrußland haben sich die juristischen Begriffe der RP lange und hartnäckig erhalten. So könnte man beispielsweise eine sehr große Menge von Belegen für eine rückblickende Erklärung der Termini der RP in den Dokumenty Mosk. Arch. Min. Just., Bd. 1, finden, soweit sich die Bedeutung dieser Termini nicht allzu sehr gewandelt hat.

*) Die Übersetzung der russischen Stellen lautet nach Goetz, Bd. 1, folgendermaßen: 1. „... wenn das Klageobjekt nicht vorhanden ist, so gibt man ihm die Eisenprobe auch gegen seinen Willen ..."; istec-Kläger, 2. „... ein gemieteter Ackerknecht verdirbt ein Kriegspferd ..."; svojskij kon' — „sein Pferd". 3. „Aber für geliehenes Geld wird man nicht Sklave." 4. „Ist es dagegen ein Varjager oder ein anderer, alsdann"; to dva — „dann zwei Eideshelfer". 5. „Dem Herrn gehört auch die Ware"; „wenn sich ein entlaufener Sklave Ware verschafft, so gehören dem Herrn der Sklave und die Schulden, dem Herrn gehört auch die Ware".

Auf die Avraamkafassung aus dem Novgorod-Smolensker Gebiet lenkt Juškov mit Recht die Aufmerksamkeit, denn sie trägt viele altertümliche Zeichen. Ob es jedoch notwendig ist, ihr das „Rechtsbuch des Zaren Konstantin" zuzuschreiben, ist eine große Frage; es ist sehr wahrscheinlich, daß in dieser Fassung die RP nicht absichtlich mit dem „Rechtsbuch des Zaren Konstantin" vereinigt worden ist, sondern daß die Überschrift zwischen ihnen zufällig ausgefallen ist. Wenn man beachtet, daß das „Rechtsbuch des Zaren Konstantin" auch in vielen anderen Handschriften[49] der RP angefügt ist, so wäre es richtiger, es auch auf Grund aller Redaktionen und Varianten zu drucken.

V. Hinsichtlich der Frage, ob die RP eine offizielle Festsetzung oder eine Privatsammlung war, kann man auf Grund des Juškovschen Materials in Gegenüberstellung mit früheren Arbeiten zur Geschichte des russischen Rechtes zu folgenden Schlüssen kommen. Man kann diese beiden Gesichtspunkte jetzt nicht mehr scharf gegenüberstellen, sondern es ist besser, die Frage vorsichtiger zu fassen. Auf Grund davon, daß die RP vor allem in den Nomokanonbüchern und in den Regelbüchern und oft auch in den Chroniken, die ja vor allem in Klöstern und Kathedralen aufbewahrt wurden, angetroffen wird, muß man schließen, daß sie vor allem von geistlichen Personen auf offiziellen oder offiziösen Auftrag der Oberhirten und Fürsten hin zusammengestellt und ergänzt wurde, und zwar für die Bedürfnisse des geistlichen und fürstlichen Gerichts, also von den gebildetsten, über Spezialkenntnisse verfügenden Männern der Zeit[50]. Als Material dienten einzelne Aufzeichnungen der fürstlichen Rechtsverordnungen, der Gerichtsentscheide, des Gewohnheitsrechtes usw. Am Ende des Juškovschen Buches[51] sind einige Bruchstücke der RP abgedruckt, welche einst von den altrussischen Schreibern gesondert abgeschrieben wurden. Offenbar ist das ein Teil der Einzelaufzeichnungen, aus denen sich allmählich die RP bildete.

Der Bildungsprozeß der RP muß mit dem der Chroniken übereinstimmen. Dank der Vollständigkeit der Juškovschen Ausgabe zeigt sich die Frage nach der Gleichzeitigkeit der Schichtenbildung in der RP und in den Chroniken noch deutlicher. Die Daten für die Bildung neuer Chronikfassungen, so wie sie im Schema des Akademikers A. A. Šachmatov angesetzt werden[52], entsprechen sehr verlockend den wahrscheinlichen Daten neuer Überarbeitungen der uns bekannten Fassungen und Handschriften der RP[53].

---

[49] Kalačov, S. 67—71, 147—148; z. B. in der Puškin-, in der 4. Trojckaja-, in der Karamzinhandschrift und in allen Handschriften des Sofijskij Vremennik; Stroev, Bibliolog. Slovar', S. 357 ff.; z. B. in der Handschrift des Kostromaer Hypatiusklosters.

[50] Als Beweis dafür, daß viele Akten des bürgerlichen Rechtes, z. B. Kauf- und Besitzurkunden, von Kirchenleuten geschrieben wurden, vgl. Akty juridičeskie und Akty juridičeskago byta. Über die Kirchen, Kathedralen, als Aufbewahrungsort für Staats- und Rechtsakten vgl. z. B. die Gerichtsurkunde von Pskov, Art. 14, 32, 38, 50; die Aufschrift auf der Synodalhandschrift der RP, Kalačov, S. 58.

[51] Juškov, S. 174—176.

[52] Die Regierungszeit Jaroslavs, der Jaroslaviči, Monomachs, die Zeit der Befestigung der Novgoroder Freiheiten im Anfang des 13. Jh.s, die Fertigstellung des gemeinrussischen Chronikkodex am Anfang des 14. Jh.s.

[53] Šachmatov, Rozyskanija; „Pamjati A. A. Šachmatova". Mit der Kritik Istrins und anderer an der Theorie Šachmatovs von der Schichtung in den Chroniken stimme ich in vielem nicht überein, denn die Zeitpunkte für die Zusammenstellung der Chronikkodices, die von Šachmatov aufgestellt sind, fallen im allgemeinen zusammen 1. mit dem

VI. Die Arbeit Juškovs ist sehr eifrig und genau angefertigt worden. Jedoch gibt es auch Fehler. So ist z. B. der wichtigste Absatz der Rostovhandschrift der ersten, ältesten Fassung bisher überall so gedruckt worden: „Оже убиенъ тать, а подымуть ноги во двере, ино убить; оли подымуть ноги за вороты, толи платити въ немъ“[54]). Bei Juškov aber ist gedruckt: „Подымуть ноги во дворе“[55])*). — In der Einleitung, bei der Beschreibung der Handschriften der Karamzinfassung, beschreibt Juškov 10 Handschriften; in den Anmerkungen zum Text der Karamzinfassung bezieht er sich bei der Nennung der Varianten auf 11 Handschriften[56]).

Das Papier des Buches ist schlecht, gelb, es ist wenig sorgfältig gedruckt.

Prag. Mstislav V. Šachmatov.

Vremennik obščestva druzej russkoj knigi (Jahrbuch der Gesellschaft der Freunde des russischen Buches). Bd. IV. Paris 1938. Société des amis du Livre Russe. 293 S.

Das bedauernswerte Schicksal der russischen Emigration hat das Gute, daß nun durch sie oder auf ihre Anregung die westeuropäischen Bibliotheken, Archive und Antiquariate eifriger nach verborgenen Rossica durchstöbert und hierbei manche verschollene Schätze zutage gefördert werden. Auch der vorliegende 4. Band dieses vorwiegend bibliographisch gerichteten Jahrbuches bringt wertvolle Ergebnisse solcher Bemühungen. Seinem mannigfachen Inhalt in knapper Form gerecht zu werden, ist schwer. Es sei nur das Wichtigste hervorgehoben.

Manches Neue erfahren wir über ältere russisch-westeuropäische Kulturbeziehungen. John Barnicot berichtet (S. 61—80) über 19 noch vor der Kirchenreform des Patriarchen Nikon gedruckte Bücher (staropečatnyja knigi), die sich, bisher unbekannt, in Bibliotheken Englands befinden und seinerzeit durch englische Kaufleute und Gesandte aus Moskau mitgebracht wurden. Darunter sind einzig erhaltene Exemplare von altrussischen Schulfibeln, sogenannte „Grammatiken“, Gebetbücher, Horologien etc., meist älteste Kiewer und Wilnaer Drucke, die auch über die ersten Anfänge des russischen Buchdruckes am Ausgang des 16. Jh.s manchen neuen Aufschluß geben. Künstlerisch wertvoll erscheint besonders das einzig in der Bodleian Library, Oxford erhaltene Exemplar eines Kiewer (?) Bilderkalenders von 1628/29, das, wie Barnicot vermutet, Heinrich Wilhelm Ludolf, dem Vf. der ersten Grammatik der russischen Sprache gehört haben soll, jenem deutschen Gelehrten, der sich, wie schon früher der Protopope Avvakum, dafür eingesetzt hatte, die Russen mögen an Stelle des bis dahin in ihrer Literatur allein zulässigen Kirchenslawischen die gesprochene russische Volkssprache auch in der Schrift verwenden; eine Entwicklung, die durch Lomonosovs Doktrin vom „hohen Stil“ noch ein Jahrhundert lang gehemmt (bekanntlich hatte sich sogar auch Leibniz gegen den literarischen Gebrauch des Russischen

---

Wechsel der politischen Tendenzen in der Chronik und 2. mit dem Wechsel der juristischen Terminologie (vgl. die Beweise N. K. Nikol'skijs in „Pamjati A. A. Šachmatova“).

[54]) Vgl. Maksimejko.

[55]) Juškov, S. 8, Art. 37, Anm. 60.

*) Übersetzung: „Wenn ein Dieb erschlagen ist und man hebt seine Füße in der Tür (liegend) auf, so ist er zu Recht erschlagen, hebt man aber seine Füße jenseits des Tores auf, so zahlt man für ihn.“ Bei Juškov aber ist gedruckt: „... Hebt man seine Füße im Hof liegend auf ...“ (vgl. dazu Goetz, Bd. I, S. 16).

[56]) Im Register ist aufgezählt „tat' konečnyj“, II, B 32, 58; es muß noch hinzugefügt werden: III, 33, 113; IV, 29, 142.

ausgesprochen) und erst durch Puškins neue russische Prosa zum Abschluß gebracht wurde. Über Ludolfs im Jahre 1696 in Oxford in lateinischer Sprache erschienene Grammatik stellt N. Kulman (S. 145—156), besonders was den seitherigen Wandel im russischen Wortschatz betrifft, interessante Betrachtungen an. Im Zusammenhang mit den alten russischen Drucken steht P. N. Miljukovs Aufsatz über Ivan Feodorov (S. 31—42), in welchem der Vf. die wenigen über diesen Mann bekannten Fakten mit den zwiespältigen kulturellen Erscheinungen der Übergangszeit Ivan IV. in Beziehung bringt und so ein lebhaftes Bild von den wechselvollen Schicksalen dieses frühen russischen Vorkämpfers für den europäischen Fortschritt gibt. War ja noch 50 Jahre vor ihm der unglückliche Bartholomäus Hotan aus Lübeck von den frommen Moskowitern, die durch dessen „Schwarze Kunst" und der damit verbundenen Verbreitung einer besseren Bildung ihr Seelenheil gefährdet sahen, einfach als Ketzer ertränkt worden.

Eine Reihe von Aufsätzen befassen sich mit der mächtigen Gestalt Peters des Großen, der dann Rußlands Kultur endgültig in neue Bahnen lenkte. Die Spuren, die der Besuch des Zaren in der Pariser Nationalbibliothek im Mai 1717 hinterließ, verfolgt Jean Porcher (S. 43—60). Kuriose Einzelheiten über den Badeaufenthalt des Zaren in Spaa berichtet P. Apostol auf Grund des Materials der Stadtbibliothek dieses Ortes (S. 267—276). B. Unbegaun unterzieht (S. 209—222) die erste in slawischer Sprache verfaßte Darstellung des Lebens Peters des Großen, die der Serbe Zacharije Orfelin 1732 in Venedig drucken ließ, einer eingehenden bibliographischen Untersuchung.

Sehr wertvoll ist auch Arthur Luthers Verzeichnis früher deutscher Übersetzungen aus der russischen Literatur des 18. und beginnenden 19. Jh.s (S. 113—128), eine verbesserte Wiederholung seiner bereits im Philobiblon XV/8, 1933 erschienenen Arbeit. Mit welcher Teilnahme verfolgten damals gerade die Deutschen das seit Peter I. in seiner Bildung aufstrebende Rußland, besonders als Katharina II. selbst für ihr Volk eine rührige Propaganda trieb, um dem Westen zu zeigen, daß nun auch bald Rußland „seinen Platon und geistesstarken Newton hervorbringen werde". Manches Werk der jungen russischen Dichtung konnte damals in deutscher Sprache sogar früher erscheinen, als in der russischen, so Kantemirs sämtliche Satiren, Griboedovs Komödie u. a. Im Jahre 1842 erschien bereits ein deutsches „Archiv für wissenschaftliche Rußlandkunde". Am lebhaftesten aber regte sich deutscher Übersetzerfleiß für die Epoche Puškins, jener schönsten Blüte, die das russische Geistesleben je hervorgebracht hat, jener Zeit, in der das russische Kulturleben noch von einem nach Geist und Rasse überwiegend nordisch bestimmten Adel geführt war und die heute im deutschen Bewußtsein infolge des später überwuchernden, problematischen Interesses für Dostoevskij und Tolstoj leider fast vergessen ist. Unmittelbar in jene glänzende Epoche russischen geistigen Lebens führt uns J. B. Polonskijs Aufsatz „Das Literaturarchiv der Fürstin Zinaida Volkonskaja in Rom" (S. 157—182), in dem er ein reizvolles Lebensbild dieser geistvollen edlen russischen Frau entwirft. Ihre einst reichen literarischen Sammlungen sind heute in alle Winde verstreut, das Palais an der Porta San Giovanni wurde 1921 durch die deutsche Botschaft von den durch die bolschewistische Revolution verarmten Nachkommen der Fürstin angekauft. In die intime Nähe Puškins selbst bringt uns H. Mongaults Bericht über seine Entdeckung des bisher verschollenen Manuskripts zu Puškins „Husaren" in der Stadtbibliothek von Avignon (S. 7—12); dazu auch die sechs Seiten von der Hand des Dichters in photographischer Wiedergabe. Flotte Zeichnungen Benoits umranken diesen Aufsatz.

Dies wäre das Wichtigste. Kleinere kunstgeschichtliche, interessant illustrierte Aufsätze: P. Apostols Bericht über die sich auf Rußland beziehenden Bestände des Kupferstichkabinetts der Pariser National-

bibliothek, Grünbergs Bemerkungen zu der noch wenig erforschten russischen Heraldik, A. Remizovs Betrachtungen über das Zeichentalent der großen russischen Dichter u. a. geben diesem schönen IV. Band der „Jahrbücher der Freunde des russischen Buches" eine anregende Abwechslung.

Wien. Rudolf Jagoditsch.

Miron Korduba: La littérature historique soviétique-ukrainienne. Compte rendu 1917—1931. Warschau 1938. Bulletin d'information des sciences historiques en Europe Orientale. 277 S.

Vorliegende Arbeit von Prof. M. Korduba wird jedem Fachhistoriker imponieren, der die Schwierigkeiten kennt, mit denen das Sammeln des sovetukrainischen historischen Materials verbunden ist. Mit der Herausgabe dieser nach streng wissenschaftlichen Grundsätzen bearbeiteten bibliographischen Übersicht hat der Vf. nicht nur der europäischen historischen Wissenschaft im allgemeinen, sondern auch allen jenen Fachgenossen einen außerordentlich wichtigen Dienst erwiesen, denen die Suche nach den Sovetquellen so erschwert worden ist. Eine ungeheuere Arbeit steckt in den unzähligen bibliographischen Notizen des Buches, das die Herausgebertätigkeit beinahe aller irgendwie hervorgetretenen Orte der Sovetukraine (und nicht nur Kiews, Charkows oder Odessas) berücksichtigt. Meistens gibt Vf. eine kurze Inhaltsangabe der betreffenden Arbeit, nicht selten seine eigenen kritischen Bemerkungen hinzufügend. Sein Werk ist ein unentbehrliches bibliographisches Handbuch, das eine bis jetzt bestehende Lücke vollauf ausfüllt. Schon die Anordnung des Stoffes zeigt deutlich, wie systematisch M. Korduba vorgegangen ist. Zuerst werden die bibliographischen Werke angezeigt, dann kommt die Beschreibung der Institute (in erster Linie der ukrainischen Akademie der Wissenschaften), Gesellschaften, Zeitschriften, Kongresse, worauf die Einteilung des Stoffes nach den Spezialfächern erfolgt: Soziologie, allgemeine Wirtschaftsgeschichte, insbesondere der Ukraine, Archäologie und Anthropologie, Archive und Museen, historische Hilfswissenschaften, Historiographie, Quellen und Materialien, historische Darstellungen, insbesondere der Geschichte der Ukraine (die größte Abteilung), aber auch der slawischen Welt und der allgemeinen Geschichte.

In seiner bibliographischen Übersicht wollte der Vf. eigentlich das ganze geistige Leben der Sovetukraine in der angegebenen Zeit (1917—1931) zur Darstellung bringen. Der Raummangel hat es leider nicht gestattet, so daß nur die Geschichte mit allen ihren Unterabteilungen, und insbesondere die Geschichte der Ukraine, berücksichtigt wurde. Die beabsichtigte Veröffentlichung der Bibliographie der Geschichte der ukrainischen Literatur, der Philosophie, Kunst, Musik, Bildung, des Theaters, der Ethnographie, Ethnologie usw. blieb unausgeführt. Man kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß dies in einem zweiten Band nachgeholt werden möge. Hoffentlich werden dann auch die im vorliegenden Band vielfach bemerkten Druckfehler, die gewiß nicht auf das Schuldkonto des Vf.s zu setzen sind, vermieden.

Berlin. Borys Krupnyćkyj.

Z mynuloho, Zbirnyk. T. 1 (Aus der Vergangenheit. Sammelwerk. Bd. I). Praci Ukraïnśkoho Naukovoho Instytutu, Bd. 48, serija istoryčna 7. Warschau 1938. 157 S.

Der vorliegende erste Band ist schon deswegen bemerkenswert, weil er vieles aus den deutschen Archiven bringt und ein Zeugnis für die gute Informiertheit der deutschen Diplomaten über die ukrainische Be-

wegung im 19. Jh. liefert. Dieser Art sind zwei wertvolle Aufsätze von D. Dorošenko: im ersten („Ein preußischer Diplomat über den ukrainischen Separatismus im Jahre 1861") handelt es sich um die Berichte[1] des zweiten Sekretärs der preußischen Gesandtschaft in Petersburg, Kurd von Schlözer, über die Selbständigkeitsregungen in den ukrainischen Kreisen und ihren Widerhall bei den russischen Revolutionären (1861); im zweiten — „Aus dem Archiv für auswärtige Angelegenheiten in Wien" — wird ein Bericht des österreichischen Konsuls in Kiew Eduard Sedlaczek v. J. 1893 vorgelegt. Aus ihm ergibt sich ein zutreffendes Bild der Lage der ukrainischen Bewegung in den 90er Jahren des 19. Jh.s: nach außen hin ein Stillstand, da jedes öffentliche Auftreten von der russischen Administration verhindert wird; unter der Oberfläche aber eine weitere unaufhaltsame Entwicklung unter der Führung von V. Antonovyč. In dem Aufsatz „Drahomaniv und die Anhänger Drahomanivs im Lichte der österreichischen geheimen Dokumente" benutzt V. Levynśkyj wiederum österreichische Materialien aus dem Archiv des Ministeriums für innere Angelegenheiten, um zu zeigen, welche Unruhe das Erscheinen Drahomanivs in Wien und dann in Genf im Jahre 1876 bei den Behörden Wiens, Lembergs und sogar Berlins ausgelöst hat.

Ebenfalls archivalischer Art (aus dem vom Ukrain. Institut erworbenen Archiv Drahomanivs) ist die Darstellung von O. Lotočkyj „Die Weltanschauung des alten Ukrainophilentums" auf Grund des Briefwechsels zwischen I. Rudčenko-Bilyj und M. Drahomaniv. „Vor dreißig Jahren" ist das Thema eines dritten Aufsatzes von D. Dorošenko, teils auf Erinnerungen, teils auf neugefundenen Materialien begründet, über die Anfänge der politischen Tätigkeit des großen ukrainischen Ideologen V. Lypynśkyj in Kiev (1909).

Alle anderen größeren und kleineren Artikel gehören zur Memoirenliteratur. Von ihnen sind besonders erwähnenswert: V. Leontovyčs „Erinnerungen über meine Begegnungen mit den ukrainischen Persönlichkeiten der älteren Generation" und F. Matuševśkyjs „Aus dem Tagebuch eines ukrainischen Gesandten", das die Tätigkeit Matuševśkyjs als Gesandten der ukrainischen Volksrepublik in Griechenland betrifft.

Berlin. Borys Krupnyćkyj.

O. Lotočkyj: V Carhorodi (In Konstantinopel). Praci Ukraïnśkoho Naukovoho Instytutu, Bd. 40, serija memuariv. Warschau 1939. 175 S.

Die Erinnerungen O. Lotočkyjs aus der Zeit seiner diplomatischen Tätigkeit in Konstantinopel 1919—1920 sind nicht nur für einen ukrainischen Leser von Bedeutung. Als Gesandter der ukrainischen Volksrepublik in der Türkei hatte der Vf. reichlich Gelegenheit, die ganze Atmosphäre des Konstantinopeler politischen Lebens kennenzulernen. Er mußte auf einem außerordentlich glatten Boden arbeiten, unter der ständigen Kontrolle der allmächtigen Ententevertreter, der Franzosen und Engländer, deren Militärabteilungen einen Teil der Türkei, darunter auch Konstantinopel, besetzt hielten. Sehr plastisch treten in seiner Schilderung die zahlreichen, in Konstantinopel anwesenden Vertreter, Anhänger und Agenten Denikins hervor, die in einträchtiger Zusammenarbeit mit den Ententekreisen jede Möglichkeit positiver Arbeit der ukrainischen Gesandtschaft, auch was die unmittelbaren Beziehungen zu der türkischen Regierung anbelangt, zu verhindern suchten, manchmal auf eine mehr als bedenkliche und im diplomatischen Verkehr

[1] Diese Berichte aus dem Preuß. Geh. Staatsarchiv wurden schon in „Preußischen Jahrbüchern" 1930, H. 1, S. 1—27 veröffentlicht.

wenig üblichen Weise. Von großem Interesse sind auch die vom Vf. mitgeteilten näheren Umstände der Besetzung Odessas durch die Bolschewisten und der chaotischen, eigentlich kaum verständlichen Räumung dieser Stadt seitens der Entente und Denikins, wobei auch den in der Umgebung Odessas befindlichen ukrainischen Freiwilligen, die entschlossen waren, gegen den Bolschewismus weiter zu kämpfen, von den Vertretern des letzteren übel mitgespielt wurde. Im ganzen sehr wertvolle Erinnerungen, in denen sich wie in einem Kaleidoskop das Treiben der internationalen Diplomatie und der Russen Denikins widerspiegelt. Im Anhang sind einige diplomatische Noten der ukrainischen Vertretung in Konstantinopel mitgeteilt worden, die dem Erinnerungsband auch dokumentarischen Wert verleihen.

Berlin. Borys Krupnyćkyj.

L'union des églises et les persécutions polonaises en Ukraine. Édité par la fédération des émigrés ukrainiens en Europe. (Brüssel 1939.) Ohne Verlag. 112 S.

In einem längeren Abschnitte gibt A. Dmytrievśkyj eine Überschau über die Geschichte der unierten (griechisch-katholischen) Kirche im früheren Polen. Nach einem Rückblick auf die Anfänge des Christentums bespricht der Vf. ausführlicher die Brester Union von 1596 (S. 16 ff.) und weist auf die wachsenden Widerstände hin, die die Unterwerfung unter die Herrschaft des Papstes infolge der zunehmenden Latinisierungsbestrebungen im 18. Jh. gefunden hat (S. 23 ff.). An einer Latinisierung der Riten lag den Polen viel, da sie glaubten, auf diese Weise das Volkstum der Ukrainer, die der Union anhingen, zugunsten des polnischen verdrängen zu können. Überhaupt spielten politische Beweggründe bei der Förderung der Union in Polen stets eine wesentliche Rolle. So kam es, daß die Russen nach der Teilung Polens (endgültig 1795) im 19. Jh. den Zusammenhang mit Rom in ihrem Teilgebiete in immer stärkerem Maße lösten und schließlich 1875 das bisher unierte Bistum Cholm (poln. Chełm) in ein orthodoxes verwandelten (S. 43). Im österreichischen Galizien blieben die Unierten unbehelligt. Als die neue Republik Polen sich 1920 umfangreiche ukrainische Siedlungsgebiete einverleibte, waren die dort ansässigen Ukrainer in Orthodoxe und Unierte gespalten (nach einer Zählung von etwa 1937 gab es 3 023 800 Orthodoxe und 3 366 200 Unierte). Die Letztgenannten hatten sich inzwischen von allen Latinisierungsversuchen losgelöst und vertraten nun ebenfalls den national-ukrainischen Standpunkt. Während ihnen gegenüber die polnische Regierung sich infolge von Abmachungen mit dem Vatikan eine gewisse Zurückhaltung auferlegte, ging sie gegen die Orthodoxen scharf vor. Besonders im Sommer 1938 kam es in der orthodoxen Diözese Cholm zu den wüstesten Ausschreitungen.

Gegen das Vorgehen der Polen, auch der polnischen Behörden in der genannten Zeit Einspruch zu erheben, ist der eigentliche Zweck des Buches. Es enthält nicht nur Schilderungen der gewaltsamen Methoden bei der Zerstörung von 110 orthodoxen Kirchen in dieser Diözese innerhalb weniger Monate, es belegt seine Behauptungen auch durch Abbildungen der Trummerstätten usw., sowie durch die Veröffentlichung amtlicher Urkunden. Dabei handelt es sich um Reden des Senators Ostap Lućkyj (S. 65—75) und des Abgeordneten Dr. Stepan Baran im Parlament (S. 77—93), die beide uniert sind und deren Ausführungen als solchen von neutraler Seite ein besonderes Gewicht innewohnt. Baran gibt (S. 82—84) eine Aufzählung der ihrer Gotteshäuser beraubten Gemeinden und der mißhandelten und bestraften Priester (S. 90 f.). Den Beschluß bilden Protestkundgebungen des unierten Metropoliten von Lemberg, Grafen Andreas Šeptyćkyj (S. 97—101), des Synods der orthodoxen Kirche in

Polen (S. 103—107) und des Erzbischofs der autokephalen ukrainischen Kirche in Kanada und den Vereinigten Staaten, Joan Teodorovyč (S. 109—111).

Das Buch besitzt über sein eigentliches Ziel hinaus einen ganz besonderen Wert gerade in der Jetztzeit. Nichtdeutsche Bewohner dieses Staates legen der Weltöffentlichkeit dar, wie es in dieser „freiheitlichen Großmacht" wirklich ausgesehen hat. Sie zeigen das Vorgehen der Polen gegen ihre Minderheiten nicht nur auf politischem und wirtschaftlichem, sondern auch auf religiösem Gebiete. Daß das gewaltsame Vorgehen mit verbrieften Rechten der Ukrainer in Widerspruch stand, braucht kaum erwähnt zu werden. So wird auch dieses Werk jedem Unbefangenen beweisen, wie notwendig eine Neuordnung in Osteuropa gewesen ist.

Göttingen. Bertold Spuler.

A. I. Ljaskovskij: Litva i Bělorussija v vosstanii 1863 g. (Litauen und Weißrußland während des Aufstandes 1863). Berlin 1939. Arzamas. 189 S.[1].

Das Buch, das zu Beginn des vorigen Jahres erschien, hat durch die jüngsten Ereignisse eine unerwartete Aktualität bekommen. Der Vf. gibt zuerst ein Gesamtbild des Aufstandes von 1863 und geht dann auf den Anteil des litauischen und weißrussischen Volkes an ihm ein. Der Aufstand kam weiten Kreisen unerwartet, und so blieb er ebenso erfolglos wie die früheren. Die Polen hatten auf die Mitwirkung der Litauer und Weißrussen gehofft. Aber diese Völker nahmen keine einheitliche Haltung ein, die Litauer verfolgten vielfach eigene, von den polnischen verschiedene Ziele. Besondere Schwierigkeiten bildeten auch die Gegensätze zwischen Geistlichkeit und Adel auf der einen und der breiten Masse der Landbevölkerung auf der andern Seite. Während Adel, Geistlichkeit und Intelligenz sich dem Aufstande vielfach anschlossen, hatten die Bauern kein Interesse an dem Kampfe ihrer Herrn gegen den Zarismus. Die Teilnehmer am Aufstande selbst waren in Weiße (Aristokraten) und Rote (Demokraten) geschieden. Das Ziel des Aufstandes war die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772. Litauer und Weißrussen sollten also dem Staate ebenfalls angehören.

Ljaskovskij hebt hervor, daß die Ausbreitung des Aufstandes durch das Eindringen polnischer Elemente in die Stadt- und sogar die Zentralverwaltung erleichtert wurde. So war der russische Widerstand anfänglich nur schwach. Der Vf. verwendet neue Archiv-Materialien; er war bestrebt, einen möglichst sachlichen Standpunkt einzunehmen. Das Buch enthält verschiedene Beilagen, Erinnerungen usw., die sich auf den Gegenstand beziehen.

Berlin. Gregor Diassamidse.

Abdullah Zihni Soysal: Z dziejów Krymu. Polityka — Kultura — Emigracja (Aus der Geschichte der Krim. Politik — Kultur — Emigration). Prace Młodzieży Krymskiej na emigracji Nr. 1. Warschau 1938. Wydawnictwo Kwartalnika „Wschód". 112 S.

Mit dem vorliegenden Bändchen hat der Vf. ein recht brauchbares Nachschlagewerk für die Geschichte seiner Heimat geschaffen, wie er sich das selbst vorgenommen hat. Freilich sind darin nicht alle Zeitspannen der Geschichte der Krim mit gleicher Ausführlichkeit behandelt worden. Das Hauptinteresse Soysals gilt der Zeit der staatlichen Selbständigkeit der Halbinsel unter dem Herrscherhause der Girāi (S. 19

[1] Aus dem Russischen übersetzt von Bertold Spuler.

bis 49), der Kultur der türkischen Zeit (S. 58—75) und der Frage der nach der Türkei ausgewanderten Krimtataren. Diesem Problem hat der Vf. einen eigenen Abschnitt gewidmet (S. 75—107), der später durch eine Monographie über diesen Gegenstand ausgebaut werden soll. Aufmerksamkeit verdient auch die Darstellung der türkisch-islamischen Kultur auf der Krim, besonders die Ausführungen über die (Bau-) Kunst (S. 60 bis 65) und über die Stellung der Frauen (S. 66—70). — Als Quellen hat Soysal verschiedentlich nur handschriftlich vorhandene Werke und daneben das Archiv in Warschau benützt; das gedruckte Schrifttum ist weitgehend, aber nicht vollständig herangezogen. Immerhin bietet das umfängliche Verzeichnis der benützten Bücher (S. 110—112) einen wertvollen Ausgangspunkt für Forschungen auf diesem Gebiete. In der Schreibung der Eigennamen sowie in den Jahresangaben haben sich gelegentlich Versehen eingeschlichen, ohne dem Übersichts-Charakter des Ganzen Abbruch zu tun.

Göttingen. Bertold Spuler.

Abraham Jerewantzi: Patmuthiun Paterasmatzen 1721—1736 (Geschichte der Kriege 1721—1736). Érivań 1938. (Haykakan Filial Gitouthiunneri Akademiayi). 108 S.

Zu den wertvollsten Publikationen der erst seit einigen Jahren bestehenden Armenischen Filiale der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion zu Jerewan (Érivań), an deren Spitze das Petersburger Akademiemitglied J. Orbeli steht, gehört auch das vorliegende zeitgeschichtliche Quellenwerk, das nun zum ersten Male auf Grund der Handschriftensammlungen bearbeitet ist und zur Veröffentlichung gelangt. Der Geschichtsschreiber Abraham von Jerewan schildert, zum Teil als Augenzeuge, in schlichter und sachlicher Form die politischen Ereignisse, die sich 1721 bis 1736 in Armenien und den Nachbarländern abgespielt haben.

Das Werk umfaßt 7 Kapitel. In ihm werden hauptsächlich die kriegerischen Zusammenstöße zwischen den Persern und den Osmanen, den damaligen Rivalen um die Herrschaft in Armenien, Kaukasien und den Nachbarländern, genau dargelegt. Noch ausführlicher sind die Schilderungen des Augenzeugen über die Kämpfe um Jerewan, seine Belagerung und Einnahme durch die Osmanen 1724 und schließlich seine Rückeroberung durch den Perserkönig Nādir Šāh. Abraham Jerewantzi berichtet uns manch Interessantes auch über die inneren Zustände in Armenien und den Nachbargebieten: Georgien, Iran und dem Osmanenreich, ferner über die Beziehungen dieser Länder zu einander und dergl. mehr. Von besonderem Werte sind seine Angaben über die Verhältnisse in Armenien und in Georgien.

Die vorliegende Publikation ist mit einem Namen- und einem Sachregister versehen, die ihre Benützung erleichtert.

Berlin. Artasches Abeghian.

Zak'aria Aguletzi: Oragruthiun (Das Tagebuch des Zak'aria von Agulis). Érivań 1938. Haykakan Filial Gitouthiunneri Akademiayi. 198 S.

Im Spätmittelalter bestanden in einigen europäischen Zentren blühende armenische Handelskolonien, von denen namentlich die von Venedig und Amsterdam nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in kultureller Hinsicht von großer Bedeutung waren. In den dort von Armeniern gegründeten Druckereien sind z. B. die ersten armenischen Druckschriften entstanden und auf dem Handelswege in die Heimat ein-

geführt und dort verbreitet worden. Die armenischen Kaufleute dieser Zeit, die zum größten Teil aus Agulis und Dschugha (Ǧolfā) im Araxestal und später auch aus Neu-Dschugha (Ǧolfā) bei Isfahān stammten, vermittelten den Handel zwischen Asien und Europa meist auf dem Landwege, über Aleppo, Smyrna usw.

Einer dieser armenischen Kaufleute, Zak'aria von Agulis, der selber ein Seidenhändler war und in der zweiten Hälfte des 17. Jh.s lebte, hat glücklicherweise Tagebücher geführt, die nun zum ersten Male zur Veröffentlichung kommen. Er hat neben seinen geschäftlichen Angelegenheiten auch seine Erlebnisse und Eindrücke in verschiedenen Zentren Vorderasiens, Kaukasiens und Europas, ferner die politischen und allgemeinen Zeitgeschehnisse, die er beobachtet hat, zusammenfassend wiedergegeben. Sein Tagebuch besteht aus drei Teilen. Im ersten berichtet er uns über die zwischen den verschiedenen, von ihm besuchten Handelszentren bestehenden Entfernungen. Der zweite Teil ist das eigentliche Tagebuch, wo Zak'aria Aguletzi seine Erlebnisse und Beobachtungen schildert. Der dritte Teil ist eine Art Stammbuch des Verfassers selbst.

Von besonderem Interesse ist der zweite Teil des Tagebuches. In ihm finden wir wertvolle Angaben über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände in Armenien im 17. Jh. und über die innere Lage in Etschmiadsin, dem nationalen und kirchlichen Zentrum des Landes. Ferner finden wir Mitteilungen über die sehr verschiedenartige, schwere Besteuerung des Landes, über die politische und soziale Knechtung des Volkes durch die persischen Sardāre (Statthalter), über das herrschende Bestechungs- und Raubsystem. Desgleichen berichtet Zak'aria uns über Naturereignisse seiner Zeit, über Erdbeben und andere Naturkatastrophen, Epidemien und dergl. mehr. Endlich läßt er auch die Zeitereignisse in Europa nicht ganz außer acht. Er schildert die französisch-spanischen, die französisch-osmanischen und die russisch-persischen Beziehungen in Kürze. Das Tagebuch Zak'aria Aguletzis stellt somit ein neues Quellenwerk für die Geschichte Armeniens und der Nachbarländer dar.

Berlin. Artasches Abeghian.

Mesrop Magistros [Ter-Mowsissian]: Patmakan telekuthiunner Hayastani holeri ofogman massin (Historische Angaben über die [künstliche] Bewässerung der Ländereien Armeniens). Jerusalem 1936. Druck und Verlag des Armenischen Patriarchats. 142 S.

Die vorliegende Arbeit des gelehrten Etschmiadsiner Erzbischofs Mesrop Magistros Ter-Mowsissian behandelt die geschichtliche Seite eines Spezialproblems, welches auch in der Gegenwart in Armenien sehr aktuell ist. Ohne künstliche Bewässerung ist nämlich die gesamte Landwirtschaft auf der Araratebene und in anderen Gebieten des Landes, wo vorzüglich Wein- und Baumwollkultur getrieben wird, geradezu unmöglich. Da ferner große Ländereien mangels Bewässerungsmitteln dort seit Jahrhunderten brach liegen, ist man in den letzten 15 Jahren in Armenien bemüht, Bewässerungskanäle anzulegen und die bereits bestehenden auszubauen. Die zahlreichen Bergflüsse des Landes erleichtern die erstrebte Losung dieses Problems. Das vorliegende Buch stellt sich die Aufgabe, durch eine historische Studie dazu beizutragen.

Es werden hier zuerst eine Reihe von historischen Angaben über die Bewässerungsanlagen in Armenien aus ältester, chaldäischer oder urartäischer Zeit wiedergegeben. Einige von diesen Anlagen sind noch heute im Betrieb, so beispielsweise der sog. Semiramis-Kanal in der Gegend von Wan. Des weiteren werden die wichtigsten Quellenzeugnisse aus der mittelalterlichen Geschichtsschreibung Armeniens erwähnt, die uns — oft ausführlich — über Anlagen und Unternehmen verschiedenster

Bewässerungskanäle berichten. Es ist dabei festzustellen, daß diese Kanäle teilweise den Kirchen und ihren Oberhäuptern ihre Entstehung verdanken. Erwähnenswert sind ferner die unterirdischen Wasserkanäle, die namentlich im Nachbarlande Iran sehr verbreitet sind und dort, sowie in Armenien, den Namen k'a h r i s oder k'a n k'a n tragen. Der Verf. vertritt die Meinung, daß der Ausbau gerade dieser Art von unterirdischen Bewässerungsanlagen und eines Systems von artesischen Brunnen für die armenischen Verhältnisse am zweckdienlichsten wäre. Zum Schlusse werden all die Kanäle aufgezählt, die in den Jahren der Sowjetherrschaft in Armenien angelegt wurden. Dadurch sind neue, fruchtbare Ländereien der Baumwoll- und Weinkultur erschlossen worden.

Berlin. Artasches A b e g h i a n.

Wilhelm H a n n e k u m: Persien im Spiel der Mächte 1900—1907. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Weltkrieges. (Historische Studien, Heft 331.) Berlin 1938. Ebering. 189 S.

Eine interessante Frage, die unzweifelhaft eine Fülle aufschlußreichen Materials für die Vorgeschichte des Weltkriegs liefern müßte, noch dazu, wenn man den Zeitraum, wie der Vf. das im Vorwort verspricht, „vom Blickpunkt Persien aus gesehen" behandeln will. Leider erheben sich schon bei Durchsicht der angegebenen Quellen und der Literatur Zweifel an der Erfüllbarkeit dieser Absicht. Die Lektüre der Arbeit aber ergibt schließlich, daß der Titel ohne jede Berechtigung ist und eine Irreführung des Lesers darstellt.

Die Arbeit ist nichts weiter als eine Darstellung der Politik der Großmächte an Hand der deutschen, englischen und französischen Aktenpublikationen, und zwar nicht etwa nur in Persien, sondern im allgemeinen. Sie bringt daher nichts Neues und das, was gebracht wird, ist zum größten Teil schon recht oft und vor allem auch schon viel besser dargestellt worden, ganz gleich, ob es sich um die Bildung der französisch-englischen Entente 1904, um die Haltung der Großmächte im russisch-japanischen Krieg oder um sonst eine der Episoden in der großen Politik der Weltmächte handelt. Mit dem Thema selbst haben diese Ereignisse aber nur sehr bedingt zu tun. Von den 189 Seiten der Arbeit könnte man die Hälfte streichen, ohne dabei das über Persien Gesagte irgendwie zu verkürzen. In völlig überflüssiger Breite werden die Verhandlungen der Großmächte untereinander, besonders aber die des Deutschen Reiches, dargestellt, wobei der Vf. so weit geht, Randbemerkungen Kaiser Wilhelm II. zu Lageberichten der deutschen Gesandten aus den europäischen Hauptstädten wörtlich zu zitieren. All das hat mit dem bearbeiteten Thema nichts zu tun.

Bei den benützten Quellen ist dies auch weiter nicht verwunderlich. Wenn man eine Frage vom Blickpunkt eines Landes darstellen will, muß man doch vor allem untersuchen, wie dieses Land selbst die Dinge gesehen hat, d. h. der Vf. hätte persische Quellen verwenden müssen. Ohne diese konnte man das Thema nicht vom „persischen Blickpunkt aus gesehen" darstellen. Die Macht, die in Persien neben England am aktivsten in Erscheinung getreten ist, war Rußland. Es ist daher, wenn man schon kein Persisch kann, unumgänglich notwendig, außer englischen Quellen auch russische heranzuziehen. Das ist nicht geschehen. Die wenigen in den Berliner Monatsheften erschienen Übersetzungen aus dem Krasnyj Archiv reichen bei weitem nicht aus und haben den Vf., da sie ja nur Bruchstücke darstellten, ein völlig falsches Bild von den russischen Verhältnissen gewinnen lassen. Aus den deutschen und englischen Akten aber, die H. in überwiegendem Maße verwendet hat, läßt

sich die Frage eben nicht behandeln. Man bekommt dadurch nicht einmal ein einseitiges Bild, sondern ein falsches und völlig verzerrtes.

Schon das Inhaltsverzeichnis läßt dies erkennen. An 1. Stelle wird „Deutschland und die persische Frage" behandelt. Dadurch muß der völlig falsche Eindruck entstehen, das Reich sei im Spiel der Mächte an erster Stelle gestanden, obwohl es nur Handelsinteressen vertreten und sich bewußt aus dem Intrigenspiel in diesem Lande herausgehalten hat. Auch für die dann folgende „Türkische Politik im persischen Golf" wird man dort wohl nicht das Interesse gehabt haben, wie für die englische und russische Politik, die jedoch bei H. erst an dritter Stelle und dann in einem nur 12 Seiten umfassenden Kapitel gemeinsam behandelt werden. Das gleiche Bild zeigt der restliche Teil der Arbeit.

Berlin. Kurt Krupinski.

Klaus Mehnert: The Russians in Hawaii 1804—1819 (Die Russen auf Hawaii 1804—1819). University of Hawaii Occasional Papers, Number 38. Honolulu 1939. 86 S.

Im äußersten Westen der Hawaii-Kette liegt die Lisiansky-Insel, genannt nach ihrem Entdecker, dem russischen Kapitän Lisianskij, dessen Name nicht allein mit der ersten russischen Weltumsegelung (1803 bis 1806), sondern auch mit Unternehmungen verbunden bleibt, die zu Beginn des 19. Jh.s Rußland und die Hawaii-Inseln in nähere Berührung brachten. Es hatte damals den Anschein, als wollte der russische Bär, über Sibirien und Alaska hinwegschreitend, auch auf jener paradiesischen Inselwelt im Stillen Ozean Fuß fassen, und nur die ablehnende, die Grenzen ihrer Macht nüchtern erwägende Regierung in Petersburg schlug aus, was ihr unternehmungslustige russische und baltische Kaufleute und Seefahrer mehrmals anboten. Hawaii sollte Stützpunkt und Versorgungsbasis für den von Alaska nach Ostasien gehenden Pelzhandel werden, ein Gedanke, der erstmalig von Krusenstern gedacht und in zwei Denkschriften an das Marineministerium näher ausgeführt wurde. Von seiner zusammen mit Lisianskij unternommenen berühmten Expedition datieren die ersten Beziehungen Rußlands zu den hawaischen Fürsten Kamehameha und Kaumualii; letzterer unterschrieb im Jahre 1816 einen von dem Arzt Dr. Scheffer aufgesetzten Vertrag, worin er die Oberhoheit des Zaren anerkannte. Dieser Akt bedeutet den Höhepunkt jener kolonialgeschichtlichen Episode, deren Aufhellung die Untersuchung von Mehnert gewidmet ist. Die nicht nur interessante, sondern stellenweise auch amüsante und sehr lebendig geschriebene Arbeit stützt sich im wesentlichen auf Dokumente, die der Historiker S. Okun im „Krasnyj Archiv" (Bd. 78) veröffentlicht hat, sowie auf die Reiseberichte von Expeditionsteilnehmern, unter anderem auch von Adalbert v. Chamisso, der zur Besatzung des „Rjurik" (1815—1818) gehörte und über seine Erlebnisse ausführlich berichtet. Während Okun in diesen Expeditionen und den Bemühungen der „Russisch-amerikanischen Kompanie" raffinierte Manöver des zaristischen Imperialismus erblickt, zeigt M., daß davon keine Rede sein kann, daß die Natur der russisch-hawaischen Beziehungen zwischen 1804 und 1819 harmloserer Art war und daß die Möglichkeit kolonialer Erwerbungen eben nicht verwirklicht wurde.

Berlin. Hans Schumann.

Paweł Skwarczyński: Z badań nad przywilejami ziemskimi Budzińskim i Koszyckim (Untersuchungen über die Landesprivilegien von Buda und Kaschau). Towarzystwo naukowe katolickiego universitetu Lubelskiego Bd. XVII. Lublin 1936. 60 S.

Der Vf., der schon in seinem Referat über die allgemeine Entwicklung der polnischen Privilegien (Przywileje ziemskie w dawnem prawie

polskiem, Sprawozd. tow. nauk. we Lwowie, Bd. XIV, 1934, S. 70 ff.) sich eingehend mit dem Problem der Rezeption fremden Rechts auseinandergesetzt hat, führt in der vorliegenden Arbeit eine spezielle Untersuchung über den Einfluß ungarischer Rechtsnormen auf die beiden dem polnischen Adel von Ludwig von Ungarn erteilten Privilegien von Buda (1355) und Kaschau (1374) durch. Er wendet sich gegen die von Szujski, Dąbrowski und Koranyi aufgestellte These, daß diese Privilegien auf ungarische Vorbilder — insbesondere die Goldene Bulle Andreas II. von 1222 — zurückzuführen seien. Durch eine eingehende Analyse von Inhalt und Form der beiden Privilegien sucht er nachzuweisen, daß sie eine kontinuierliche Weiterentwicklung der früheren polnischen Privilegien darstellen. Die Herabsetzung der Steuern, die Befreiung des Adels von der Unterhaltspflicht für den auf Reisen befindlichen König, die Entschädigung für in Feldzügen gegen äußere Feinde erlittenen Schaden, die Beschränkung der Ämterverleihung auf Eingesessene des Landes sind zwar schon in der Goldenen Bulle Ungarns aufgeführt, sie traten aber auch in Polen schon in den Privilegien Władysławs Ellenlang und Kazimierzs des Großen auf. Andere Rechte, die in der Goldenen Bulle bereits genannt werden, z. B. das Privileg des neminem captivabimus und des ius resistendi sind in Polen einer späteren Entwicklung vorbehalten gewesen; ersteres wurde erst durch die Privilegien des 15. Jh.s, letzteres sogar erst durch die articuli Henriciana von 1573 endgültig festgelegt. Auch die Begriffe der corona und universitas nobilium sind nach dem Vf. schon in polnischen Urkunden aus früherer Zeit nachzuweisen. Der Vf. kommt also zu dem Schluß, daß es sich hier nicht um eine Rezeption, sondern nur um eine Analogie handele.

Diese These, die übrigens auch von O. Balzer und St. Kutrzeba vertreten wird und gerade in bezug auf die ungarisch-polnischen Rechtsbeziehungen von Kutrzeba auf der Krakauer Tagung der polnischen und ungarischen Historiker 1938 ausführlich dargelegt worden ist (vgl. darüber den Bericht von K. Pieradzka, Kwart. hist., 1938, Bd. LII, S. 348), regt zu einer vergleichenden Untersuchung der gesamteuropäischen Rechtsentwicklung. Die Arbeit Skwarczyńskis ist darum auch für den nichtpolnischen Historiker von großem Interesse. In Einzelheiten ist die Untersuchung jedoch nicht immer überzeugend. So ist z. B. die Argumentierung, daß schon zur Zeit Ellenlangs und Kazimierzs Vorgänger der Privilegien Ludwigs zu finden, also diese nicht von den ungarischen Privilegien herzuleiten seien, meiner Ansicht nach nur bedingt anzuerkennen. Schon seit Beginn des 14. Jh.s ist der Einfluß Ungarns in Polen infolge der politischen und dynastischen Konstellation sehr groß und auch auf die Entwicklung der Rechtsverhältnisse hat sich die fortgeschrittenere, westliche Orientierung des Hofes der Anjou ausgewirkt. So können wir einen mittelbaren Einfluß der ungarischen Rechtsnormen auf die polnischen für diese Zeit nicht in Abrede stellen.

Berlin. Ellinor von Puttkamer.

Stefan Paternowski: Finanse Miasta Poznania w Wiekach Średnich (Die Finanzen der Stadt Posen im Mittelalter). Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk. Prace Komisji Historycznej, Bd. 11, Heft 1. Posen 1937. 107 S.

Vor Ausgang des Mittelalters sind Nachrichten über die Posener Finanzverwaltung nur spärlich erhalten. Erst durch ein Güter- und Einnahmeverzeichnis von 1462 und die seit 1493 vorliegenden Stadtrechnungsbücher gewinnen wir ein klareres Bild. Der Vf. stützt sich hauptsächlich weiter auf die von K. Kaczmarczyk herausgegebenen Ratsakten und Warschauers Stadtbuch, dessen Ergebnisse er durch Mitberücksichtigung der Ausgaben ergänzt. Er veranschaulicht seine Forschungen

durch zahlreiche Einzeltabellen über die verschiedenen Posten (aus dem Besitz der Stadt 36% der Einnahmen, aus Gebühren 20,9%, aus Monopolen 6,7%, aus Steuern 24,7%, usw.), deren Resultate am Schluß in zwei Gesamtübersichten zusammengestellt sind. Auf die Frage des Volkstums geht P. nicht ein, doch verraten zahlreiche Lehnworte den deutschen Aufbau der Verwaltung. Durch Vergleich mit den von Kutrzeba untersuchten Finanzen Krakaus zeigt sich, daß die Entwicklung in Posen mit der in Polens größter Stadtgemeinde Schritt gehalten hat. Da die Rechnungsbücher für den Gebrauch der Beamten, nicht als Unterlage für die Kontrolle im heutigen Sinne bestimmt waren — man sicherte sich durch ein dreiköpfiges Kollegium aus je einem Ratsmitglied, einem Schöffen und einem Innungsältesten (S. 99) —, so sind die Eintragungen allerdings nicht immer vollständige und genaue, doch geben sie ein zutreffendes Bild von der Gesamtlage. Die Finanzkraft des Ortes wird durch den Ankauf der Vogtei zwischen 1380 und 1386 und der kgl. Landvogtei 1444 erwiesen (S. 16/7). Trotzdem waren Fehlbeträge üblich und der Rat mußte zu lebenslänglichen (12%) oder ewigen (10%) Renten (Konvertierung 1436 auf 8%) greifen, bis 1499 eine gewaltige Mehreinnahme an Zapfengeld (czopowe) an Stelle des im Lokationsprivileg festgesetzten, aber verfallenen Schoßes den Fehlbetrag von durchschnittlich 583 auf 56 Mark herabdrückte. Die Ursache des Defizits lag großenteils in den sehr beträchtlichen, oft unvorhergesehenen Aufwendungen für Geschenke an den König und seine Ratgeber und für staatliche Zwecke (S. 83: i. J. 1456 Absendung von 60 gut bewaffneten Fußsoldaten gegen den Orden), i. g. 10,1% der Ausgaben. Dann waren die wirtschaftlichen Anlagen der Stadt (Ziegeleien) Zuschußunternehmungen. Auch von sich aus schickte der Rat Gesandtschaften, z. B. noch nach Magdeburg (S. 78). Gering waren die Verwaltungskosten, da nur das Unterpersonal besoldet wurde. Eine knappe französische Inhaltswiedergabe beschließt das fleißige und übersichtliche Buch (S. 105/7).

Berlin. Manfred Laubert.

Polska działalność dyplomatyczna w 1863—1864 r. Zbiór dokumentów (Die poln. diplomat. Tätigkeit i. d. J. 1863—64. Eine Sammlung von Dokumenten). Hg. Adam Lewak. Bd. I. Warschau 1937. Gebethner u. Wolff. LV+487 S.

Es handelt sich hier um eine, vom ehemaligen polnischen Ministerium des Äußeren veranstaltete Ausgabe aller, auf die poln. diplom. Tätigkeit der Jahre 1863/64 bezüglichen Dokumente, deren erster Band hier vorliegt.

Die Einleitung bringt eine Übersicht über die bereits vorhandenen Dokumentensammlungen unter Hervorhebung des von ihren Herausgebern beabsichtigten Zweckes. Die vorliegende Ausgabe beschränkt sich wegen der Fülle des Materials auf die offiziellen Dokumente des Rząd Narodowy und seiner Agenten, wobei auch nur das wirklich Wichtige Aufnahme fand. Der I. Bd. enthält die Traktate, Manifeste und Adressen des Rząd Narodowy, sowie die Korrespondenz seiner Abteilung für Auswärtige Angelegenheiten mit Wład. Czartoryski.

Die Einleitung nimmt auch Stellung zu den bisherigen Dokumentensammlungen und unterrichtet über die Zusammenstellung, und Einrichtung der vorliegenden Ausgabe, sowie ihre Bearbeiter. Eine darauf folgende (französische) Einführung geht von einem kurzen Überblick über die damaligen polnischen Außenbeziehungen aus und unterzieht dann ebenfalls die vorhandenen Dokumentensammlungen einer kritischen Würdigung, macht auf Lücken des Materials aufmerksam und geht dann auf die vorliegende Publikation ein. Im Folgenden (S. XV—XXXVII) erhalten wir eine Darstellung der polnischen auswärtigen Politik in den Jahren 1863/64, wobei der Zweck der Ausführungen nicht eine ein-

gehendere Darlegung der diplomatischen Aktionen, sondern der wesentlichen Richtlinien des diplomatischen Vorgehens sein soll, angefangen mit dem Januarmanifest (v. 22. 1.) des Rząd Narodowy. Die großen Worte dieses gegen den Zarismus an das russische Volk gerichteten Aufrufes stehen freilich, wie bekannt, in völligem Gegensatz zu den dahinter stehenden wirklichen Machtmitteln. Übrigens finden die Ausführungen über das Verhalten der Emigration, namentlich auch des „Hotel Lambert" und seine Politik, wie überhaupt gerade die Pariser Emigration jetzt eine gute sehr eingehende Behandlung in der trefflichen Biographie „Adam Sapieha" v. Stefan Kieniewicz (Lemberg, 1939), wo natürlich, dem Wirkungskreis Sapiehas entsprechend, die Beziehungen Galiziens zum Aufstande behandelt sind. Die Sapiehas, Adam, wie sein Vater Leo, finden auch in diesem geschichtlichen Abriß ihre Würdigung. Ihre Tätigkeit kann ebenso im eigentlichen Hauptteil des vorliegenden Werkes, den Dokumenten, nicht übergangen werden.

Die Dokumente erweisen die weitverzweigte politische Tätigkeit der Nationalregierung, die sich nicht nur auf Frankreich, England, Italien, Schweden, Türkei usw. erstreckte, sondern namentlich auch mit den revolutionären Bewegungen aller Länder rege Beziehungen unterhielt. Aber schließlich versagten Frankreich und England in der polnischen Frage ebenso, wie auch die Revolutionierung der Welt ausblieb, so daß Polen, allen diplomatischen Abmachungen zum Trotz, im wesentlichen sich selbst überlassen blieb und seine allzu große Vertrauensseligkeit auf die Hilfe der Welt, namentlich auf Frankreich und England büßen mußte, ein in der Geschichte Polens nicht einmaliger Vorgang.

Die Anordnung der Dokumente geht nun in dieser Weise vor sich: einleitend wird zunächst das erwähnte Manifest vom 22. 1. 1863 vorangestellt, dann folgt als I. Abteilung die Reihe der Aufrufe, Instruktionen und Traktate der Sektion für Auswärtige Angelegenheiten der Nationalregierung, insgesamt 24 Nummern. Es schließen sich, als II. Abteilung, die 55 Depeschen des Rząd Narodowy an den Fürsten Władysław Czartoryski an. In der III. Abteilung folgen darauf Depeschen des Fürsten an die Nationalregierung, an Zahl 48.

Die Dokumente sind in mustergültiger Form herausgegeben, versehen mit allen notwendigen Herkunftsvermerken und erforderlichen Erläuterungen, die zum Verständnis aller Einzelheiten erforderlich sind. Ein sorgfältiges Personen-, Orts- und Sachregister schließt den ersten Band dieser vortrefflichen Dokumentensammlung ab.

Breslau. Erdmann Hanisch.

J. H. Retinger: Polacy w cywilizacjach świata do końca wieku XIX-go (Polen in den Kulturen der Welt bis zum Ende des 19. Jh.s). Warschau 1937. Światowy związek Polaków z zagranicy. 224 S.

Eine Arbeit über die kulturelle, politische und militärische Wirksamkeit der Polen im Auslande (gelegentlich auch auf das Ausland) während des ganzen Verlaufs der polnischen Geschichte hat es bisher noch nicht gegeben. Die Aufgabe, die der Vf. sich gestellt hat, ist also nicht einfach gewesen. Trotzdem ist es ihm gelungen, einen guten Überblick zu geben. Viel mehr als das ist das Buch freilich nicht geworden: Ausführlichere Angaben findet man nur bei einzelnen Abschnitten, etwa bei der Darstellung der Tätigkeit polnischer Drucker (S. 47—65)[1] und (römisch-katholischer) Missionare im Auslande (S. 115 bis 132) sowie in den Abschnitten „Polnische Soldaten im Dienste Napoleons I." (S. 97—111) oder als „Kämpfer für Freiheit und Demo-

[1] Hier macht der Vf. recht interessante Angaben, die durch gut ausgewählte Abbildungen aus Druckwerken erläutert werden.

kratie" (S. 169—183). Man darf annehmen, daß die Arbeit, die sich durch ihren Index (S. 217—224) als Nachschlagewerk eignet, auch anregend wirkt und die genauere Behandlung einzelner Abschnitte dieses Fragenkreises zur Folge hat. Besonders die Ausführungen über polnische Einflüsse im Osten (vor allem in Rußland; S. 87—93) sind sehr knapp und ziemlich unzureichend ausgefallen. Hier wäre auch über das Verhältnis zu den Ukrainern einiges zu sagen!

Daß bei der Arbeit eines Polen auch die Tendenzen der dortigen Geschichtsschreibung eine Rolle spielen, wird niemanden erstaunen. So erscheint neben einigen weniger bedeutenden Personen deutschen Ursprungs[2] (die teilweise nur in der Provinz Posen geboren waren, wie der General Moritz von Hauke, S. 162) auch Nikolaus Koppernikus (S. 35, 41—43) als Pole, und zwar nach Retingers Worten (S. 42) als „eine natürliche und logische Erscheinung innerhalb seiner (polnischen) Umgebung". Man wird nicht umhin können, dieses Urteil angesichts der vorher (S. 36—41) angeführten polnischen (bzw. angeblich polnischen) Naturforscher verhältnismäßig geringer Bedeutung (dies soll keine Herabsetzung sein!) für reichlich übertrieben zu halten, besonders da der Vf. in der bekannten polnischen Weise den italienischen und französischen (bzw. „westlichen") Einfluß während des Mittelalters für bedeutender schätzt als den deutschen (z. B. S. 20).

Trotz dieser Tendenz und trotz einiger sachlicher Versehen[3], die der Vf. übrigens angesichts der Erstmaligkeit der Themenstellung selbst als möglich hinstellt (S. 7), bietet das Werk eine wertvolle Übersicht. Für uns Deutsche ist es auch deshalb besonders interessant, weil sich daraus ersehen läßt, welche im Ausland wirkenden Nicht-Polen von der polnischen Geschichtsschreibung als polnischer Abstammung betrachtet werden. Insbesondere, solange das „Polski Słownik Biograficzny" noch nicht abgeschlossen ist, wird hierzu Retinger herangezogen werden müssen. Erwähnt sei, daß auch aus Polen stammende Juden (z. B. der Erfinder des „Esperanto", der Warschauer Arzt Lazarus Ludwig Zamenhof, S. 200)[4] aufgenommen sind. Über die Richtigkeit dieser völkischen Zuteilung werden die Polen selbst zu befinden haben.

Göttingen. Bertold Spuler.

Dumitru Crânjală: Rumunské vlivy v Karpatech se zvláštním zřetelem k Moravskému Valašsku. (Rumänische Einflüsse in den Karpaten mit besonderer Berücksichtigung der Mährischen Walachei.) Knihovna sboru pro výzkum Slovenska a Podkarpatské Rusi při Slovanském Ústavu v Praze, Nr. 10. Prag 1938. Orbis. XCVII + 563 S.

Die Arbeit ist die Dissertation eines Rumänen, der als Stipendiat des ehem. Tschecho-Slowakischen Staates im Seminar des Slawisten Weingart in Prag, als Schüler und Assistent von Prof. Barbulescu in Jassy auf der Grundlage von Philologie, Kulturgeschichte und Landeskenntnis die Frage nach der Herkunft der mährischen Walachen zu klären suchte.

---

[2] Auch Fürst Kasimir II. von Pommern-Stettin († 1219) wird S. 25 als „polnischer Fürst" bezeichnet.

[3] Nur eines sei hervorgehoben: Roxolane, die Haupt-Gemahlin Sultans Süleimāns des Prächtigen (1520—1566), wird als Polin (statt Russin) bezeichnet und die Herrschaftszeit ihres Gemahls „Soliman II." (so des öftern bezeichnet wegen eines Prätendenten Süleimān I. 1403 bis 1410) in die Jahre 1641—1691 verlegt, obwohl Süleimān III. (II.) nur 1687—1691 regierte (S. 161)!

[4] Nicht aber der Geschichtsforscher Jakob Caro aus Gnesen, den das „Polski Słownik" aufnimmt (vgl. diese Zeitschrift, Jg. 3 (1938), S. 106).

Er geht im wesentlichen nach der Methode von „Wörter und Sachen“ vor und kommt zu dem Gesamtergebnis, daß es sich hier um „karpatische Hirtenkultur“ handelt, daß von einem unmittelbaren rumänischen Einfluß kaum die Rede sein kann, daß vielmehr ein Teil der Hirtenterminologie bis hierher gewandert ist.

Eine rumänische und eine französische Zusammenfassung von je 40 Seiten machen die Arbeit einem weiteren Leserkreis zugänglich. Personen-, Wort- und Sachregister und die alphabetische Anordnung des großen philologisch-analytischen Teiles erleichtern das Arbeiten und ermöglichen zugleich, es als Nachschlagewerk für bestimmte Einzelfragen zu verwenden. Die Arbeit ist in drei Hauptteile und einen Anhang gegliedert: 1. Entwicklung und heutiger Stand der Forschung über Herkunft und Urheimat der Rumänen, 2. Kritische Analyse der Studien und der Anschauung über die Walachen in Mähren, 3. Wortanalyse, 4. Zusammenfassender Schluß mit Berücksichtigung aller natürlichen, sprachlichen, volklichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Die Gesamteinstellung des Verfassers ist die eines außerordentlich kritischen Wissenschaftlers, der vor allem den Mut hat, die allzu romantischen oder allzu weit reichenden Ansprüche seiner Landsleute abzulehnen oder in die gebührenden Schranken zurückzuweisen. Das gilt sowohl für die Art, wie er die räumliche Ausdehnung beurteilt, als auch für die Art, wie er den Volksbegriff und gesellschaftliche Begriffe einführt und auswertet. Die objektive Wertung und Beachtung der Ergebnisse der ungarischen Wissenschaft (vor allem der jüngeren, so z. B. Kniezsa) ist besonders hervorzuheben. Für ihn ist es klar, daß beim heutigen Stand der wissenschaftlichen Diskussion nicht eindeutig geklärt ist, ob die Rumänen aus den Ureinwohnern Daziens stammen oder ob sie vom Balkan zuwanderten. In bezug auf den Volksbegriff betont er stets wieder, daß von rumänischer Seite nur zu oft vergessen wird, daß die Bezeichnung „Walach“ nicht nur auf nicht-rumänische Hirten, sondern auf Nicht-Rumänen überhaupt angewendet wird. In vielen seiner Auffassungen kann er sich auf Philippide stützen, gegen den er allerdings auch den Einwand erheben muß, daß er die Zeit, in der die Rumänen ihre heutigen Gebiete besiedelten, nicht genügend beachtet.

In bezug auf die Mährische Walachei betont er vor allem den Wert der Arbeiten von Josef Válek (1907 und 1911). Die Brüder Jireček begründeten die Theorie vom rumänischen Ursprung, Miklosich vertrat hypothetisch die Behauptung, daß es von den kleinrussischen bis in die mährischen Gebiete Rumänen gäbe, er hatte jedoch nicht die Möglichkeit philologischer Nachprüfung. Daß der Slowake J. Škultéty die mährischen Walachen im wesentlichen für Slowaken hielt und sowohl in der Geschichte der Kolonisation, wie in der Dialektuntersuchung Mährens von Bartoš in seiner Auffassung gestützt wurde, ist verständlich und bei weitem mehr berechtigt als irgendwelche rumänischen „Ansprüche“. Die These von Válek zielte darauf, daß viele der Kolonisten aus der ungarischen Slowakei kamen, daß sie aber ursprünglich Rumänen gewesen seien, die eine zweifache Slawisierung durchgemacht hätten. Válek untersuchte vor allem auch die Hirtenterminologie, und zwar nach der Meinung des Verfassers vielfach mit richtigem Ergebnis, aber im Endergebnis nimmt er von den 112 Wortbeispielen Váleks nur 21 an. Der Pole Sawicki verließ sich stark auf die Ergebnisse Váleks. Alle rumänischen Beiträge über die Mährische Walachei charakterisiert er als „hart an der Grenze der Journalistik“ stehend. Der Verfasser nimmt es als sicher an, daß die Aufzucht von Großvieh durch die umliegenden Slawen von den Madjaren übernommen wurde, er teilt demnach die Auffassungen Kniezsas.

Die Wortanalyse geht systematisch durch alle Gebiete von Rumänien bis nach Mähren, um die rumänischen Einflüsse in allen zwischen-

liegenden slawischen Sprachen nachzuprüfen. Sie fragt vor allem danach, wo die ursprünglichen Lautgesetze erhalten sind.

Das Endergebnis der Arbeit lautet zusammengefaßt: eine genaue Grenze der Mährischen Walachei zu ziehen, ist schwierig, sowohl Mundarten wie Trachten und Gebräuche erlauben keine eindeutige Abgrenzung. Überdies gibt es eine Mährische Walachei im weiteren Sinne und eine im engeren Sinne, die sich auf die Weidegebiete beschränkt. Die Hauptschicht der Bevölkerung kennzeichnet der Vf. als mährisch-tschechisch, mit einem starken Zustrom aus der Slowakei und aus dem Teschener Gebiet im 16. Jh. Der Name Walach taucht quellenmäßig 1512 zuerst auf, in den nächsten 20 Jahren ist oft von walachischen Ziegen oder Schafen die Rede. Im 16. Jh. werden die Walachen meistens in der slowakischen Sprachform gekennzeichnet. Die Bevölkerung selbst nennt ihr Gebiet „Vałachy", Valašsko ist literarisch, die erste Bezeichnung für das Gebiet, ist überhaupt die deutsche „Mährische Walachei". „Die Bezeichnung Valašsko als Eigenname für ein Gebiet mit reichlich unbestimmten Grenzen entsteht zuerst Ende des 18. und im Laufe des 19. Jh.s, aber bei den tschechischen Verfassern tritt sie zuerst in der 2. Hälfte des vergangenen Jahrhunderts auf." (Seite 455.) Erst Ende des 19. Jh.s entstand die rumänische Ursprungsthese. Der heutige falsche romantische Begriff wurde dann in die Geschichte zurückprojiziert. Die Mundarten in diesem Gebiet sind infolge des Einflusses von Osten in der Tat slowakisch. Aber sprachlich fließt die Grenze mit den Sprachgrenzen aller benachbarten Gebiete zusammen, gerade der lachische Einfluß ist stark.

Berlin. Helmut Klocke.

V. Chaloupecký [Hg.]: **Středověké listy ze Slovenska. Sbírka listů a listin, psaných jazykem národním.** (Mittelalterliche Schriftstücke aus der Slowakei. Sammlung von Briefen und Schriftstücken, die in der Volkssprache abgefaßt . sind.) Slovenský archiv. Sbírka pramenů k dějinám Slovenska. Bd. I.) Preßburg - Prag 1937. Melantrich. XL+267 S. 24 Facsimiles.

Das „Slowakische Archiv" wird gemeinsam von der „Učena Společnost Šafaříková" in Preßburg und vom „Československý státní ústav historický" in Prag herausgegeben. Diesen Band I, die Sammlung mittelalterlicher Briefe und Schriftstücke, besorgte der Preßburger tschechische Historiker Václav Chaloupecký. Sie ist durch die Unterstützung amtlicher Stellen in dieser ausgezeichneten und sorgfältigen Ausstattung ermöglicht worden. Inhaltsverzeichnis: Einleitung Abdruck der Schriftstücke mit Erläuterungen im Kleindruck — Spätere und gefälschte Briefe — Lateinische Regesten — sehr eingehende, gut brauchbare Personen-, Sach- und Archivregister — als Beilage 24 Faksimiledrucke, die aus der Zahl der 217 veröffentlichten Briefe und Urkunden ausgewählt sind.

Das Werk ist unter starker Förderung amtlicher Stellen erschienen. Es dient zunächst der wissenschaftlichen Veröffentlichung dieser Urkunden aus slowakischen Archiven aus den Jahren 1424—1491. Es hat daneben aber die ausgesprochene Absicht die engen Beziehungen zwischen den Ländern der böhmischen Krone und der Slowakei zur Zeit der Hussitenzüge in die Slowakei unter Jan Jiskra zu Brandeis und zur Zeit der Personalunion der Königreiche Böhmen und Ungarn zu erweisen. Daneben soll diese Veröffentlichung der nicht lateinisch oder deutsch wie die meisten mittelalterlichen Schriftstücke dieses Raumes, sondern „in der Volkssprache" verfaßten Briefe auch dem Nachweis dienen, daß es damals in Böhmen, Mähren und der Slowakei eine gemeinsame allen verständliche slawische Schriftsprache gegeben habe. Nicht erst die

„bibličtina“ der Bibelübersetzung und der liturgischen und hymnologischen Schriften des Protestantismus im Reformationsjahrhundert hätte die Gemeinsamkeit der Sprache geschaffen, sie sei schon ein Jahrhundert früher im Verkehr der Adeligen, Städte und Hofkanzleien angewandt worden. Die liturgische Sprache des slowakischen Luthertums ist bis heute das Tschechisch des 16. Jahrhunderts, vor einem Menschenalter wurde noch darin gepredigt. Die Briefsammlung Chaloupeckýs will die tschechische Schriftsprache für ein Jahrhundert früher und auch für den Profanbereich in der Slowakei feststellen. Chaloupecký behauptet, daß diese „tschechoslowakische Volkssprache“ weit bis nach Polen und Ungarn hinein während des 15. Jahrhunderts Verständigungsmittel und Schriftsprache war. In sehr vielen Schriftstücken sind mehr oder weniger starke Beeinflussungen durch slowakische Dialekte, eine Reihe von Briefen nennt Ch. selbst tschechisch-polnisch. Viele der Briefe sind Erstveröffentlichungen, andere erstmalig in diesen Zusammenhang gestellt, während sie vorher nur in schwer zugänglichen Zeitschriftenaufsätzen oder in verschiedenen historischen und sprachwissenschaftlichen Werken verstreut vorhanden waren.

Mit folgendem Urteil bekämpft Ch. die Meinung seiner slowakischen Gegner in der Einleitung: „Denn sie zeigen und beweisen deutlich und überzeugend die Einheit unserer nationalen Schriftsprache schon seit der ersten Hälfte des 15. Jh.s und ihre Gestalt und Anwendung auch für die Slowakei“ (Einleitung S. VII). Demgegenüber behauptet Dr. L'. Novák: „Die alttschechische Sprache war in der Slowakei eine Sprache von ganz anderer Funktion als es die einheimischen Mundarten waren, eine Sprache vielfach derselben Funktion wie teilweise das Deutsche und freilich am längsten das Lateinische und dann auch das Madjarische.“ In eine Rezension des Stadtbuches von Sillein (Knihá Žilinská), das ebenfalls Ch. herausgegeben hat (in: Slovenské Pohl'ady 50 (1934), S. 692, ebenso in: Jazykovedné glosy k československej otázke. Turč. Sv. Martin 1935. S. 219).

Die Durchsicht der veröffentlichten Schriftstücke ergibt das Ergebnis, daß diese Briefe weitgehend nicht geeignet sind, die These Ch.s zu erhärten. Ein beträchtlicher Teil der Briefe stammt von Absendern (Adeligen, Städten) aus Böhmen, Mähren, Polen und ist an Empfänger in der Slowakei gerichtet. Diese Briefschreiber schreiben natürlicherweise in der ihnen geläufigsten tschechischen Sprache und dürfen damit rechnen, daß man ihre Briefe infolge der Sprachverwandtschaft in der Slowakei verstehen wird. Es sind auch Briefe darunter, die aus den böhmischen Ländern an Ritter, Herren und Dienstleute gehen, die offensichtlich aus diesen Gegenden stammen. Ein anderer Teil der Briefe stammt von hussitischen Heerführern in der Slowakei. Sie gebrauchen ihre Sprache. Am meisten scheint für Ch.s These die Tatsache zu sprechen, daß auch die meist deutschen Städte der Slowakei diese Sprache im Verkehr mit Jan Jiskra und seinen Mitkämpfern verwenden. Aber diese Städte waren damals abhängig von den hussitischen Anführern. Es ist nicht verwunderlich, daß sie Schreiber haben, die die Sprache der Herrschenden verstehen.

Die Art der Veröffentlichung verhüllt etwas den sprachlichen Tatbestand. Durchwegs überträgt Ch. die Briefe und Schriftstücke in die moderne tschechische Rechtschreibung. Nach den verkleinerten Faksimiledrucken im Anhang des Werkes ist eine Nachprüfung nicht möglich. Bei stark polnisch gefärbten Briefen aus dem Stadtarchiv von Bartfeld sieht der Vf. auch ein, daß durch die phonetische Transskription ins moderne Tschechisch der polnische Charakter dieser Schriftstücke undeutlich wird und gibt daher im Kleindruck die Briefe auch in der ursprünglichen Fassung. Es würde der Sache nur dienen, wenn auch die „tschechoslowakischen“ Briefe in der Urfassung wiedergegeben würden. Jeder Forscher auf dem Gebiet der Slawistik und der ost-

europäischen Geschichte wird sie auch im altslawischen Gewande lesen können. Und für die Forscher ist doch wohl die Veröffentlichung in erster Linie bestimmt.

Wenn man aber die politische Absicht des Buches beiseite läßt, dann bleibt diese Briefsammlung doch in mehrfacher Hinsicht wertvoll. Sie beruht auf sehr gründlichen Archivstudien.. Die Faksimiles am Ende des Buches geben einen Eindruck von der Schwierigkeit der geleisteten archivarischen Forschungsarbeit. Die Briefe sind mit zahlreichen bis ins Einzelne gehenden Erläuterungen über Personen, Orte und Umstände versehen. Sehr sorgfältig ist in jedem Fall die Zeitangabe untersucht. Am fruchtbarsten erwiesen sich die Archive von Preßburg, Sillein und Bartfeld. Wichtig erscheint die Benützung des Budapester Staatsarchives in diesem Zusammenhang, da man sonst auf die schwerer zugänglichen madjarischen Quellenausgaben angewiesen ist.

Der Zeitraum von etwa 70 Jahren, den die Sammlung umspannt, wird lebendig veranschaulicht durch die Auswahl der Urkunden und Briefe. Es handelt sich um Geleitbriefe, neue Grenzziehungen zwischen zwei Herrschaften, Soldatenanwerbungen, Streitsachen zwischen Adeligen und Städten bis zu kleinen Kauf- und Schuldzetteln. Freilich paßt der reklamehafte Umschlag des Melantrichverlages nicht ganz zu einem wissenschaftlichen Werk. Es ist zuviel gesagt, wenn der Umschlagtitel lautet: „Jiráskovo bratrstvo v dokumentech". Viele Schriftstücke haben mit Jiskras Brüderschaft nichts zu tun. Der Umschlag erinnert weiter die Leser des Romans „Bratrstvo", daß sie hier die Grundlage zu diesem finden: „Die Leser des berühmten Jiskra-Romans ‚Bratrstvo' greifen nach dieser Urkundensammlung mit der Begierde, sich über die geschichtliche Wahrheit in dem lebendig geschriebenen Jiskra-Werk zu unterrichten, das mehr mit dichterischer Intuition als auf Grund des Studiums der Urkunden dargestellt ist." Es erscheint fraglich, ob es glücklich ist mit der wissenschaftlichen Archivarbeit des Historikers politische und, wie man hier sieht, sogar belletristische Nebenabsichten zu verbinden.

Allerlei Einzelheiten, die aus lateinischen und deutschen Quellen bekannt geworden sind, werden deutlicher durch die Ergänzung durch diese tschechischen Quellen. Mitunter sind auch lateinische Urkunden verloren und ein Tatbestand nur durch diese slawischen Schriftstücke richtig zu erhellen. Der Spezialforscher wird manches ihm Beachtliche finden.

Dem Philologen wird wertvolles Material in einer allerdings durch die Transkription weniger brauchbaren Form dargeboten. Die vergleichende slawische Sprachforschung, die slowakische Dialektforschung, die Forschung, die sich mit dem deutschen Einfluß auf die mittelalterliche Gestalt der westslawischen Sprachen beschäftigt, wird diese Arbeit mit Gewinn heranziehen.

Eines aber muß gesagt werden. Eine Verbindung lateinischer und deutscher Urkunden mit diesen slawischen Schriftstücken, zusammen mit einer anschaulichen Einführung in die Zeitepoche würde ein vollständigeres Bild sowohl für den Historiker als auch für den geben, der sich ohne Fachkenntnisse einen Einblick in dieses Jahrhundert verschaffen will.

Die Zeitereignisse haben gegen die These Ch.s vom „tschechoslowakischen Volk" entschieden und die historische Forschung der Universität Preßburg wie des Landes Slowakei zu einer wissenschaftlichen Aufgabe des neuen slowakischen Staates gemacht. Die Forschungsarbeit dürfte wohl in slowakischer Sprache und von einem slowakischen Gesichtspunkt aus fortgesetzt werden.

Znaim. Walther Stökl.

Konštantín Čulen: Slováci v Amerike. Črty z kulturných dejín. (Die Slowaken in Amerika. Skizzen aus der Kulturgeschichte.) Turč. Sv. Martin 1938. Matica Slovenská. 519 S. + 40 Tafeln. (Engl. Zsfg. S. 487—507.)

Fast 100 Jahre dürften seit der zunächst nur sporadisch vorsichgehenden slow. Auswanderung nach Amerika verflossen sein. Aber erst am Ende des vorigen Jh.s wächst sich dieselbe zu einer größeren Bewegung aus, deren Haupttriebkräfte die soziale Notlage der alten Heimat waren. Das erkennt man auch an dem geringen Anteil der Intelligenz (1905 besaßen von 52 000 Auswanderern 19 höhere Schulbildung!), so daß es verständlich wird, mit welchen Schwierigkeiten die kulturelle Arbeit zu rechnen hatte und welches Niveau diese Kultur haben mußte, wenn man bedenkt, daß 1898—1910 24% der einwandernden Slowaken Analphabeten waren. Die führende Rolle in der geistigen und kulturellen Bildung und Entwicklung des Amerikaslowakentums spielte die Geistlichkeit.

Der Vf. befaßt sich in diesem stattlichen Band mit der Entfaltung des slow. Geisteslebens und der slow. Volksbildung. Er gliedert ihn in drei Hauptteile: I. Entwicklung des Zeitungs- und Zeitschriftenwesens seit dem Jahre 1885 (S. 15—152), wobei beide Gruppen dieser Presse, die bewußt slowakische und die im madjarischen Sinne gehaltene, behandelt werden. II. Die slow. Literatur in Amerika (S. 153—383), mit einer Aufzählung aller Erscheinungen, angefangen von der schönen Literatur bis zu Sprachbüchern und Kalendern. III. Das slow. Schul- und Volksbildungswesen und die Kulturarbeit der Matica Slovenská (S. 384—485).

Wer diesen ansehnlichen I. Band in die Hand nimmt — es soll ein II., der über die amerikaslow. Führer informieren will, und ein III., der den nationalen und politischen Kämpfen der Amerikaslow. gewidmet sein soll, folgen — darf sich trotz des Untertitels „Skizzen aus der Kulturgeschichte" nicht über den wenig wissenschaftlichen Charakter hinwegtäuschen lassen. Große Teile des Buches geben nur eine abeceliche oder nach dem Erscheinungsjahr geordnete Aufzählung von Zeitungen, Zeitschriften, Kalendern, populärwissenschaftlicher- und Unterhaltungsliteratur mit ausführlichen Angaben über Verfasser, Erscheinungsjahr und -ort, so daß sie eigentlich mehr eine Bibliographie zur Kulturgeschichte des Slowakentums in Amerika darstellen. Der Vf. gibt zu, daß Lücken in seiner Darstellung vorhanden sein dürften — das ist bei der erstmaligen Behandlung dieses Stoffes und der Schwierigkeit der Materialbeschaffung verständlich.

Für das kleine slow. Volk aber dürfte dieses Werk ein Beweis für seine Lebensfähigkeit sein, für seinen Lebenswillen in den letzten Jahrzehnten des 19. und den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jh.s, zu einer Zeit, als in Ungarn jede kulturelle und politische Betätigung des Slowakentums unmöglich war.

Breslau. Heinz Brauner.

Katharina Stanković: Zwei Welten und eine Wahrheit. Ein Lebensbericht 1892—1937. Hamburg 1939. Broschek & Co. 388 S.

Biographische Mitteilungen aus der Zeit des verfallenden Habsburgerreiches üben an sich einen eigenen Reiz aus. Denn der Untergang eines so alten und großen Reiches in einer Epoche, die uns gleichermaßen nah und fern steht, erscheint zunächst keineswegs als ein in dieser Form unentrinnbares Schicksal, so daß man alle möglichen erreichbaren Zeugnisse heranzuziehen bereit ist, um sich das Phänomen zu erklären, die Motive der handelnden Persönlichkeiten zu erkennen, wie die Momente, die auf sie gewirkt. Greift man in dieser Absicht zu dem Buche von

Katharina Stanković, so wird man es enttäuscht beiseite legen. Die Verfasserin hat den wirklich handelnden Personen nicht nahe genug gestanden, um über jene Epoche Wichtiges berichten zu können, noch war sie geschult genug, um als Beobachterin dieser Zeit Wesentliches beisteuern zu können. Bleibt die mehr fragmentarische Darstellung ihres Lebens. Dies ist an sich interessant genug: als Tochter eines ungarischen Offiziers südslawischer Abkunft teils in slowakischen Garnisonen, teils bei der mütterlichen Verwandtschaft in Österreich aufgewachsen, macht sie zunächst das übliche Leben der Töchter ihrer Kreise durch, um schließlich an Seite ihres Mannes, eines österreichisch-ungarischen hohen Marineoffiziers südslawischer Abstammung die letzten Phasen des Weltkrieges, die Revolution und den Neubau des südslawischen Staates, insbesondere seiner jungen Flotte, zu erleben. Die mannigfachsten, auch französischen und deutschen Blutströme vereinigen sich vor allem in der mütterlichen Linie, einer österreichischen feudalisierten Industriellenfamilie. Aber man kann nicht sagen, daß die Darstellung über das Konventionelle und Landläufige groß hinausgewachsen sei. Eine manchmal — sagen wir — keck saloppe Schreibweise kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die tiefere kritische Einsicht fehlt und die Darstellung an der Oberfläche hängen bleibt.

Faßt man zusammen: eine Plauderei über Zustände im alten Österreich-Ungarn und im neuen Südslawien, wobei an der dem Deutschtum zugewandten und das Judentum ablehnenden Haltung der Verfasserin nicht zu zweifeln ist.

Leipzig. Erich Dittrich.

Helmut Ludwig: Heinrichs von Mügeln Ungarnchronik. Vorarbeiten zu einer kritischen Gesamtausgabe. Berlin 1938. Rudolph Pfau. 134 S.

Diese Studien erscheinen als Vorarbeiten zu einer kritischen Ausgabe der Ungarnchronik Heinrichs von Mügeln, die im Zusammenhang mit der geplanten Gesamtausgabe Heinrichs von L. vorbereitet wird. Bekanntlich ist diese Prosachronik, in der die ungarische Geschichte von der Sintflut bis zum Jahre 1333 dargestellt wird, nur „die deutsche Übersetzung aus einer lateinischen Ungarnchronik". Im ersten Teil seiner Arbeit geht Vf. daher dem Verhältnis von Heinrichs Übersetzung zu den übrigen Ungarnchroniken nach und schneidet damit das für die ungarische Geschichtsforschung so überaus wichtige und vielbehandelte Problem des Verhältnisses der ungarischen Chroniken untereinander an. Zu der bisherigen Forschung über die Einteilung der Ungarnchroniken besonders von Marczali, Domanovszky und Hóman bemerkt er, daß sie keine „einwandfreie Lösung" gefunden haben, weil 1. die Handschriften noch keiner gründlichen philologischen Untersuchung unterzogen wurden, die bisherige Betrachtungsweise sich vielmehr hauptsächlich an die äußeren Merkmale gehalten habe und 2. die ungarischen Forscher die einzelnen Handschriften lieber als selbständige Chroniken werten, denn als Abschriften fast gleichen Textes. Im folgenden unternimmt es der Vf. dann, den Aufbau des Stammbaumes der älteren ungarischen Chroniken seinerseits zu bestimmen und die Stellung der Ungarnchronik Mügelns in diesem System darzutun. Er kommt zu dem Ergebnis: „M (unsere Chronik) ist zwar keine Übersetzung aus Pi (Wiener Bilderchronik), aber von allen ungarischen Chroniken (außer T[hurocz]) mit diesem am engsten verwandt: beide entstammen derselben Vorstufe." (S. 41.)

Gegenüber Domanovszkys sehr negativer Beurteilung von Heinrichs Übersetzung gelangt L. zu einer sehr viel günstigeren Würdigung des Übersetzungswerkes. Er weist nach, daß Mügeln seine Vorlage geistig

verarbeitet hat und zu einer vertiefteren Geschlossenheit und Folgerichtigkeit der Erzählung gelangt ist. Die vielen von Domanovszky gerügten Entstellungen gehen zu Lasten der mangelhaften Textgrundlage, die D. seinen Untersuchungen zugrundegelegt hat und belasten nicht den Übersetzer. Auch der Vorwurf der Tatsachenunkenntnis wird durch den Hinweis auf die bereits in der vorgelegenen lateinischen Fassung enthaltenen sachlichen Irrtümer entkräftet.

Der zweite Teil der Arbeit beschäftigt sich mit der Überlieferung der Chronik, die in 9 Handschriften auf uns gekommen ist. Die Handschriften werden einzeln und sehr eingehend nach ihrer äußeren und inneren Form beschrieben und zuletzt wird auch von dieser Abschriftenüberlieferung ein Stammbaum aufgestellt. Als Endergebnis der eindringlichen Untersuchung steht fest: „Der kritische Text (für die Ausgabe selbst) muß also auf C (Nr. 19. 26. Aug. der Wolffenbütteler Bibliothek) beruhen unter Heranziehung von D (der zweiten Wolffenbütteler Überlieferung) ... und unter Kontrolle durch G (Cpvind 2919 der Wiener Nationalbibliothek) ..."

Die entsagungsvollen quellenkritischen Untersuchungen L.s bilden einen sehr wesentlichen Beitrag zur älteren ungarischen Quellenkunde. Man darf gespannt sein, wie sie von der hierfür in erster Reihe zuständigen ungarischen Forschung aufgenommen und bewertet werden. Für die zu erwartende kritische Ausgabe der Ungarnchronik aber sind damit die Vorarbeiten sozusagen abgeschlossen. Für seine hingebungsvolle Arbeit gebührt dem Vf. alle Anerkennung.

Hermannstadt. Gustav Gündisch.

Bálint Hóman: Munkái (Werke). I—III. Budapest 1938. Magyar Történelmi Társulat.

I. **Magyar középkor** (Ungarisches Mittelalter). (678 S.)
II. **Történetírás és forráskritika** (Geschichtschreibung und Quellenkritik). (791 S.)
III. **Müvelödéspolitika** (Kulturpolitik). (677 S.)

Die Ungarische Historische Gesellschaft hat begonnen, die zahlreichen, an verschiedenen Orten verstreuten Abhandlungen des ungarischen Kultusministers neu herauszugeben. Den Anlaß dazu bot der Umstand, daß seit dem Erscheinen der ersten, aus einer Seminararbeit hervorgegangenen Veröffentlichung des jungen Historikers 30 Jahre vergangen sind. Der erste Band des dreibändigen Sammelwerkes umfaßt größere und kleinere Arbeiten, Vorträge und publizistische Aufsätze über fast alle Zeiträume des Mittelalters und greift hier und da auch in die Neuzeit hinüber. Es ist zwar richtig, daß manche, besonders ältere Abhandlungen dem heutigen Stand der Forschung nicht mehr entsprechen, aber sie sind auf jeden Fall von Bedeutung für die Beurteilung der Entwicklung des Historikers Hóman und darüber hinaus für die allgemeine Entwicklung der ungarischen Historiographie. Sie zeugen von der hohen Wertschätzung der ungarischen traditionellen Geschichtsauffassung, des ungarischen Geschichtsmythos durch den Forscher und Geschichtschreiber Hóman, der in seiner ganzen langjährigen wissenschaftlichen und publizistischen Tätigkeit nach Möglichkeit an dem überlieferten Geschichtsbild festgehalten hat, soweit es sich nur irgendwie mit seinem wissenschaftlichen Gewissen vertrug, und sich immer wieder bemühte, einzelne, von der Kritik bestrittene Züge dieser Überlieferung wissenschaftlich zu rechtfertigen. Es ist bedeutsam für die hierin sich gleichbleibende Haltung Hómans, daß die Grundlinien auch seiner älteren Arbeiten noch in seiner neuesten umfangreichen Gesamtdarstellung der ungarischen Geschichte des Mittelalters ohne große Änderungen wiederkehren. Diese Haltung entspringt letzten Endes dem kulturpolitischen

Verantwortungsgefühl des Historikers, der sich der großen praktischen Bedeutung der ungarischen Geschichtstradition als Rückhalt für die Haltung und das politische Programm des ganzen ungarischen Volkes bewußt ist. Von den Arbeiten, die darüber hinaus auch für die nicht ungarische Wissenschaft von bleibendem Wert sind, sei aus dem ersten Band besonders auf folgende hingewiesen: Die ungarische Münzprägung in der Zeit Stephans des Heiligen (1916) — Die Münzverschlechterung des 11. Jahrhunderts und die Münzprägung der ungarischen Herzöge (1916) — Die Pfennigsteuer König Kolomans (1912) — Ungarns Staatshaushalt in der Zeit Karls I. (1920). — Die Goldkrise des 14. Jh.s (1917).

Im Felde. Konrad Schünemann.

Der zweite Band enthält die Arbeiten über Geschichtschreibung und Quellenkritik. An der Spitze steht die programmatische Abhandlung „Der Weg der Geschichte", mit der der Verfasser 1931 das von ihm herausgegebene Sammelwerk „A magyar történetírás új utjai („Die neuen Wege der ungarischen Geschichtschreibung") einleitete. Es folgt die umfangreiche Schrift „Die ungarische Hunnenüberlieferung und Hunnensage" (1925), die etwa ein Viertel des Bandes ausmacht (S. 45—170). Dann kleinere Abhandlungen: Die orientalischen Quellen unserer Urgeschichte — Der Name des ungarischen Volkes und das Wappen des ungarischen Königs — Die erste Periode der ungarischen Geschichtschreibung — Der Anonymus aus der Zeit Gézas II. — Ungarische geschichtliche Elemente im Nibelungenliede — Gábor Kishevenesi Hevenesi — Die Begründung unserer wissenschaftlichen Geschichtschreibung im 18. Jh. — Die Geschichte der Quellenforschung und Quellenkritik in Ungarn — Geschichtliche Umwertung — Geschichte und Katholizismus — Die Popularisierung der Geschichte — Geschichtswissenschaft und Münzkunde — László Fejérpataky — Gyula Tasnádi Nagy — Über Geschichtschreiber — Die Zeitschrift „Philologiai Közlöny" — Semigotha. — Den Schlußteil bilden zahlreiche Aufsätze zur Quellenkunde: über Urkunden aus der Arpadenzeit (darunter über die bekannte griechische Urkunde des hl. Stephan für das Kloster Veszprémvölgy) — Chronologie — Münzkunde — Bibliographie — Die ungarische Bibliothek des Grafen Sándor Apponyi.

Der dritte Band enthält Aufsätze und Reden Hómans zur Kulturpolitik, die in ihrer Gesamtheit einen umfassenden Überblick, eine große Musterung aller Fragen des kulturellen und geistigen Lebens geben: Unterrichtswesen (Volksschulen, Mittelschulen, Hochschulen) und seine Reform, Theater und Musikleben, Wissenschaft in Lehre und Forschung, Museen und Bibliotheken, Ziele und Aufgaben der auswärtigen Kulturpolitik. Aus dem reichen Inhalt seien im einzelnen hervorgehoben: die Gedenkreden auf den Ministerpräsidenten J. Gömbös und auf den Kultusminister K. Klebelsberg, der in schwerster Zeit entstandene Aufsatz über die „Zukunft des ungarischen Gelehrtentums" (1920), „die Reform des öffentlichen Unterrichtswesens", dann die Darlegungen über die auswärtigen Kulturbeziehungen (zu Italien, Polen, Deutschland, Finnland, Estland). — Am Schluß folgt ein Gesamtverzeichnis aller (nicht nur der kulturpolitischen) Schriften Hómans, die geradezu die Entwicklung und die lebendigen Fragen des ungarischen Geisteslebens seit dem Jahr 1908 widerspiegeln.

Leipzig. Georg Stadtmüller.

Helmut Klocke: Deutsches und madjarisches Dorf in Ungarn. (3. Beiheft zum Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik, Bd. VII.) Leipzig 1937. S. Hirzel. 97 S.

Der aus der Schule Freyers und Ipsens kommende Soziologe H. Klocke hat in diesem Heft vier gesonderte Arbeiten (bis auf die

zweite schon anderwärts erschienen) zusammengestellt, die meist nach einem durchgehenden Schema den gesellschaftlichen Aufbau einer ungarischen Großgemeinde (Verpelét, Kom. Heves), dreier deutscher Kleindörfer (Apar, Hant, Nagyvejke) und einer deutschen Großgemeinde (Tevel) im Komitat Tolna, dazu eines großen deutschen Dorfes im Restkomitat Bács untersuchen. Die Methode ist bei dieser Art Arbeiten diejenige, daß auf Grund eines genauen Studiums am Orte in Form einer Enquête das zugehörige statistische Material herangezogen und dann nach einer ganz bestimmten Anordnung der Besiedelungskategorien das Dorf in der Gegenwart aufgezeigt wird, wobei man fragt, warum das eine oder andere nicht mit einbezogen ist. Denn wenn man so deskriptiv verfährt, ist es wohl am Platze, die Beschreibung voll und ganz durchzuführen. Es scheint überhaupt der Fehler der sogenannten ländlichen Soziologie der zu sein, daß sie bei ihren Dorfuntersuchungen bestimmte Dinge totreitet und an andere Fragen überhaupt nicht herangeht. Es würde dieser Betrachtungsweise gar nichts schaden, wenn sie auch einmal tiefer in die Geschichte der Dörfer hineingehen würde, um die Struktur des Dorfes schärfer erkennen zu lassen, vielleicht würde sich manches, was von Klocke untersucht wird, auch als belanglos erweisen. Es scheint so, als wolle eine neue realsoziologische Betrachtungsweise sich nicht allzuweit scheiden von der Betrachtungsweise der deutschen Kameralistik des 18. Jh.s; selbst der Anspruch, daß die Realsoziologie praktisch-politisch sei, muß in etwas abgemindert werden, weil diese Betrachtungsweise ziemlich eigenwillig ist in dem, was sie angeht und was sie nicht angeht. — Diese Bedenken gegen die Methode sollen aber das Bemühen des Verfassers nicht schmälern, vor allem das Verdienst nicht herabsetzen, daß auf einem nichtdeutschen Raume Fragen der Agrarsoziologie so behandelt wurden, wie sie bei uns schon manches gute Ergebnis gezeitigt haben.

Leipzig. Herbert Schönebaum.

Etienne Németh: Les colonies françaises de Hongrie. (Études françaises publiées par l'Institut de l'Université de Szeged 15). Szeged 1936. 115 S.+1 Karte.

Die Schrift stellt in der Hauptsache eine unselbständige Kompilation aus dem schlechteren Teil der einschlägigen Literatur dar und vergrößert die schon hierdurch unausbleibliche Verwirrung noch durch eine ungewöhnliche Unkenntnis der allgemeinen europäischen Geschichte. So wie der Vf. die Bistümer Verden und Verdun durcheinanderwirft, hat er überhaupt keine Vorstellung darüber, wo im Mittelalter die deutsch-französische Volkstumsgrenze, und schon gar nicht, wo die deutsch-französische Reichsgrenze verlaufen ist. Die elsässischen Gefangenen der ungarischen Beutezüge im 10. Jh. sollen ihren Herren französische Kultur vermittelt haben, und die Einwohner von Lüttich um die Mitte des 11. Jh.s hält er für Untertanen des französischen Königs. Unter seinen Gewährsmännern stehen für das Mittelalter die unkritischen Phantastereien eines Borchgrave und Karácsonyi an erster Stelle. Auch von der neueren Literatur übernimmt er am liebsten das Falsche. Auf der einen Seite geht er, sowohl im Ausmaß wie im viel zu frühen zeitlichen Ansatz für die nord- und ostungarischen Wallonensiedlungen viel zu weit, weil er sich auf die größtenteils unhaltbaren, aus späten und unzuverlässigen Quellen unkritisch erschlossenen „Ergebnisse" Borchgraves und auf die dilettantischen „Namensforschungen" Karácsonyis stützt, nach denen beispielsweise Namen auf -mar, wie Ditmar, Waldemar, Otmar typisch wallonisch sind! Daß — um von anderem abzusehen — die Flandrenses von Batár im Gebiet der oberen Theiß keine Wallonen, sondern Deutsche waren, ergibt sich schon aus dem Flurnamen Zazhegher, der zeigt, daß

die Flamen von den Ungarn als „Sachsen“ bezeichnet worden sind. (Vgl. E. Moór, Die ehemaligen „Sachsenorte“ an der oberen Theiß, Siebenb. Vjschr. 1938, S. 395 ff.). — Auf der anderen Seite verzichtet der Vf. freiwillig auf den wichtigsten und ältesten Teil der französisch-wallonischen Niederlassungen in Transdanubien, weil er die — ernsthaft gar nicht diskutierbare — Theorie von Pleidell für bare Münze nimmt, nach der die transdanubischen „Latini“ die Nachkommen der pannonischen Romanen des Altertums gewesen seien (vgl. hierüber meine Ausführungen über „Vorstufen des deutschen Städtewesens“ auf dem Historikertag in Erfurt, gedruckt in Vergangenheit und Gegenwart 1937, S. 382—403). — Ein wenig besser ist es mit den Ausführungen des Vf.s über die Franzoseneinwanderungen des 18. Jh.s bestellt, wenngleich er auch hier die vorhandene neuere Literatur nur lückenhaft und ziemlich kritiklos heranzieht. Daß es zu einer über das Registrieren von Einzelfällen hinausgehenden Fragestellung nicht reicht, versteht sich beinahe von selbst. Die Schlußbemerkung, die vielleicht einen Ansatz dazu darstellen soll, daß es nämlich im 18. Jh. die Politik des „österreichischen Hofes“ gewesen sei, in Südungarn eine starke deutsche Provinz zu schaffen und deswegen die nichtdeutschen Bestandteile der Bevölkerung, darunter auch die Franzosen, möglichst rasch zu germanisieren, kann einem Kenner der Politik der Wiener Kreise nur ein Lächeln entlocken.

Im Felde. Konrad Schünemann.

Iván Hajnóczy, A Kecskeméti görögség története. — Ἱστορία τοῦ ἑλληνισμοῦ τοῦ Kecskemét. (Geschichte des Griechentums in Kecskemét.) Magyar-görög tanulmányok — Οὑγγροελληνικαὶ μελέται 8 Budapest 1939. K. M. Pázmány Péter Tudományegyetemi Görög Filológiai Intézet. 57 S. + 2 Taf.

Die Unternehmungslust griechischer Kaufleute hat in der Zeit der Türkenherrschaft das ganze osmanische Weltreich erfaßt und noch darüber hinausgegriffen. In dieser Zeit und noch lange danach spielen die griechischen Kaufleute auch in Ungarn eine bedeutsame Rolle. Einen Einzelbeitrag zu diesem Gegenstand liefert die vorliegende Untersuchung über die Geschichte des Griechentums in Kecskemét. Zum ersten Male sind die Griechen, die alle aus der Gegend von Siatista und Kozane zu stammen scheinen, dort um 1690 — also kurz nach dem Ende der Türkenherrschaft — nachweisbar. 1721 wird ihre Rechtsstellung vertraglich geregelt. Bis 1774 blieben sie aber noch osmanische Staatsangehörige, erst danach wurden sie ungarische Staatsangehörige. Aber erst 1828 erlangten sie volle Gleichberechtigung mit den übrigen Staatsbürgern. Kecskemét war der kirchliche Mittelpunkt für das gesamte Griechentum Ostungarns. 1782 erlaubte ihnen Joseph II. einen ansässigen Pfarrer. 1784 wurden dann die Griechen von Kecskemét dem serbischen Bischof von Ofen unterstellt. Nachdem durch den Gesetzartikel 1791/12 den Orthodoxen volle Religionsfreiheit zugesichert worden war, beschlossen die Griechen die Erbauung einer Kirche (eingeweiht 1829) und einer Schule und baten ihren Bischof um einen griechisch sprechenden Popen. 1868 wurde den Griechen (in Kecskemét, Pest und Szentes) eigene Kirchenautonomie — unabhängig von den Serben zugestanden. Dann aber drang doch die slawische Kirchensprache ein. Erst seit 1927 ist die Kirchensprache wieder griechisch.

Eine griechische Schule gab es in Kecskemét seit der Mitte des 18. Jh.s. Die Bibliothek ist seit 1742 nachweisbar. In dem Archiv werden die Gemeindeprotokolle seit 1708 und die Matrikeln seit 1715 aufbewahrt. Außerhalb des Archivs sind griechische, lateinische, ungarische, deutsche und serbische Urkunden zur Geschichte der Gemeinde seit 1691 erhalten.

Man wird annehmen dürfen, daß das Griechentum schon unter os-

manischer Herrschaft in Kecskemét Fuß gefaßt hat, wo es freilich erst kurz nach der Vertreibung der Türken erwähnt wird. Ob es sich bei den „Griechen“ in Kecskemét um volkstumsmäßige Griechen oder aber um gräzisierte Aromunen („Zingaren“) handelt, das bleibt unklar. Bekannt ist, daß aus Sistista und Kozane viele aromunische Familien stammen (vgl. D. J. Popović, O cincarima, Prilozi pitanju postanka našeg gradjanskog društva. 2. izd. Belgrad 1937. Register s. v. Kožane. Satiste). Die angegebenen nichtgriechischen Familiennamen (z. B. Serbitzkes, Karakazanes, Kalaitses, Markovitz, Papp, Tziakobatz) geben hier bereits einen wichtigen Hinweis. Leider hat der Verfasser diese wichtige Frage, die hier vorliegt, offensichtlich gar nicht bemerkt.

Leipzig. Georg Stadtmüller.

Janko Janeff: Südosteuropa und der deutsche Geist. Herrsching—Leipzig—Wien. Deutscher Hort-Verlag. 1938. 82 S.

In dem äußerlich kleinen, inhaltlich aber weitgespannten Büchlein versucht der Verf., dessen Auffassungen bereits durch sein Buch „Der Mythus auf dem Balkan“ hinlänglich bekannt sind, den Einfluß des deutschen Geistes auf die südosteuropäischen Völker und die angeborene innere Verwandtschaft beider Welten zu erweisen. Nur aus dieser inneren Verwandtschaft sei die tiefe Einwirkung des deutschen Geistes auf die Völker Südosteuropas zu verstehen, die in grellem Gegensatz stehe zu der Oberflächlichkeit der missionierenden Zivilisation Frankreichs (S. 12). Was im einzelnen über die geschichtliche Einwirkung des deutschen Geistes auf Südosteuropa gesagt wird, beschränkt sich auf Herder und die Romantik. Die Ausführungen darüber bleiben teils in Allgemeinheiten stecken, teils sind sie auch schief oder unrichtig (z. B. die Wertung Fallmerayers). — Besonders unangenehm wirkt es, daß auch dieser Verf. es für nötig hält, das seit Gibbon übliche Zerrbild des byzantinischen Konstantinopel zu wiederholen: „Nichts verachteten sie (nämlich die Germanen) so sehr wie den byzantinischen Pöbel und seine Hauptstadt, die von Mönchen, Mongolen, Negern und Juden wimmelte“ (S. 40). — Die Quellen sprechen eine andere Sprache. Sie berichten uns, daß Konstantinopel das ganze Frühmittelalter hindurch das sehnsuchtsvoll erstrebte Ziel der Germanen war, daß der Ruhm der unvergleichlichen Kaiserstadt sogar bis hinauf nach dem nordischen Island drang (dort „Miklagard“ genannt).

Leipzig. Georg Stadtmüller.

Balkan i balkanci (Der Balkan und die Balkaner). Belgrad 1937. Balkanski Institut. 158 S.

Diese ohne Verfasserangabe erschienene Veröffentlichung des Balkaninstitutes Belgrad verfolgt das Ziel, in gemeinverständlicher Darstellung „für Schule und Haus“ der öffentlichen Meinung der Balkanvölker das Bewußtsein einzuprägen, daß der Balkan eine eigene, in sich geschlossene und eng zusammengehörige Welt bildet. Damit soll ein gemeinsamer politischer Zukunftswille geweckt werden. Das Vorwort spricht dies offen aus: „Der Gedanke, daß der Balkan trotz aller seiner Verschiedenheiten eine geschichtlich schicksalhafte Einheit ist, und daß seine Völker zu ihrer Selbstbehauptung und zur Erfüllung ihrer Rolle in der Welt heute und für alle Zukunft zusammengehen müssen, dieser Gedanke muß von den balkanischen Völkern gut gekannt und geliebt werden, in erster Linie von den jungen und jüngsten Nachwuchsgenerationen“ (S. 5).

Die Darstellung gliedert sich in zweit Hauptabschnitte: I. „Das balkanische Land und der balkanische Mensch“. II. „Die Entwicklung der

balkanischen Kultur". In diesem zweiten geschichtlichen Hauptabschnitt macht es sich der Verfasser bei der Konstruktion seiner gesamtbalkanischen Geschichtsauffassung etwas einfach, indem er die Vielfältigkeit der geschichtlichen Entwicklung vergröbert und in einprägsame, aber falsche Formeln preßt. Auch eindeutige Unrichtigkeiten finden sich, so wenn behauptet wird, der Gesamtbalkan sei von allem Anfang an der Ostkirche und dem Grundsatz des nationalen Kirchentums gefolgt (S. 110), im Rahmen der Staaten und Völker habe Byzanz selbständige (autokephale) Kirchen geschaffen (S. 111). — In Wirklichkeit war es so, daß sich Byzanz jeweils nur nach starken Kämpfen zu diesem Zugeständnis herbeiließ. — Es überrascht nicht, daß dem „antiken Balkan" auch Hellas zugerechnet wird. So kommt der Verf. auch zu seiner Feststellung: „Jede europäische und Weltkultur ist balkanisch-kleinasiatischen Ursprungs" (S. 132). Dazu wird die Begründung gegeben, die „Altbalkaner" (lies: „Hellenen") hätten die Wissenschaft und Kunst geschaffen; die andere große Grundlage der europäischen und Weltkultur, die Religion (Judentum, Christentum, Islam) sei vor allem von den „Anatoliern" geschaffen worden (S. 132 f.). Da diese antiken „Anatolier" von den heutigen Türken bekanntlich als ihre Ahnen in Anspruch genommen werden, zeigt sich in dieser Anschauung offensichtlich ein Einfluß derzeitiger pseudowissenschaftlicher Theorien zur türkischen Urgeschichte („Sonnentheorie"). — Weiterhin werden die römischen Dichter Quintus Ennius, Horaz und Ovid für das Illyrertum in Anspruch genommen (S. 134 f.). Überdies hätten auch zu dem Aufbau der hellenischen Kultur alle balkanischen Elemente, vor allem die Thraker, ihren Beitrag geleistet (S. 135 f.).

Es wäre überflüssig, diese Anschauungen mit kritischen Bemerkungen zu versehen. Dieses neue „gesamtbalkanische Geschichtsbild" ist in dieser Form wissenschaftlich nicht haltbar. Es bleibt einerseits in starker mythushafter Selbstüberschätzung stecken, andererseits aber sieht es gar nicht die wirklichen Leistungen der balkanischen Völker für die europäische Gemeinsamkeit. Der Wert des vorliegenden Buches liegt also nicht darin, daß es uns irgendeine neue wissenschaftlich haltbare Erkenntnis vermittelt. Aber es ist für die Geschichtsforschung wichtig als Anzeichen dafür, mit welcher elementaren Stärke heute auf dem Balkan das Bewußtsein einer gesamtbalkanischen Schicksalsgemeinschaft aufbricht und sich die öffentliche Meinung erobert. Es ist die Verkündung eines neuen politischen Bewußtseins. Die Geschichtsforschung wird von hier aus — so steht zu hoffen — einen fruchtbaren Anstoß erhalten, ein wirklich wissenschaftliches Bild der gesamtbalkanischen Geschichte zu entwerfen.

Leipzig. Georg Stadtmüller.

Helmut Böttner: England greift nach Südosteuropa. (Wirtschaftlicher Tatbestand und Folgerungen.) Wien-Leipzig 1939. Adolf Luser. 157 S.

Diese im Südosteuropa-Institut Leipzig entstandene wirtschaftswissenschaftliche Dissertation geht auch den Historiker an. Es ist eine Darstellung der englischen Wirtschaftspolitik in der Nachkriegszeit mit vergleichenden Rückblicken in die Vorkriegszeit. Da die englische Politik, in unverändertem Festhalten an ihren alten Methoden, vor allem mit wirtschaftlichen Mitteln (Anleihen, Handelsverträgen usw.) arbeitet, ist diese Darstellung der Wirtschaftspolitik zugleich eine Geschichte der englischen Südosteuropa-Politik überhaupt.

Der Verf. schildert in einer einleitenden geschichtlich-politischen Betrachtung („England löst Frankreich ab") das politische Interesse und die in den letzten Jahren zu beobachtende wirtschaftspolitische Offensive

Englands in Südosteuropa. Der erste Hauptteil behandelt das unter politischen Zielsetzungen in Südosteuropa angelegte Kapital, sowohl die einzelnen großen Anleihen, wie auch die Investierungen in der Wirtschaft. Dabei wird an einzelnen interessanten Beispielen (Trepča Mines Ltd., internationale Holdingsgesellschaft, Industriebank) anschaulich ausgeführt, in welchen rechtlichen Formen und mit welchen Mitteln das englische Kapital arbeitet, vielfach getarnt und für die oberflächliche Betrachtung als englisch nicht erkenntlich. In der Darlegung dieser kapitalpolitischen Technik der englischen Wirtschaftspolitik, die bisher ganz unbekannte Einzelheiten zeigt, liegt ein besonderer Wert der Ausführungen. Der zweite Hauptabschnitt behandelt die Handelspolitik Englands in Südosteuropa. Der dritte Hauptabschnitt („Die Folgerungen") behandelt die Lage, die im Frühjahr 1939 durch die englische Wirtschaftsoffensive geschaffen war: die englische Wirtschaftsoffensive des Jahres 1938, die englischen Vorwürfe gegen die handelspolitischen Methoden Deutschlands, die englischen Vorbereitungen zum „Wirtschaftskrieg", England gegen Deutschland in Südosteuropa. — Der Anhang gibt statistische Übersichten, Anmerkungen und ein Schrifttumsverzeichnis.

Es handelt sich um eine wertvolle Arbeit, aus der auch der Geschichtsforscher, dem es um die tieferen Hintergründe des Geschehens geht, nicht achtlos vorbeigehen kann. Der Verf. vereinigt in glücklicher Weise sorgfältige Sachkenntnis, geschichtlich-politische Auffassungskraft und eine gute Darstellungsgabe. — Der Historiker wird es natürlich bedauern, daß in der Einleitung die traditionelle englische Südosteuropa-Politik in ihrer geschichtlichen Entwicklung nicht etwas ausführlicher gewürdigt wird.

Leipzig. Georg Stadtmüller.

Ruđer Josif Bošković: Dnevnik sa puta iz Carigrada u Poljsku (1762 godine) (Tagebuch einer Reise von Konstantinopel nach Polen im Jahre 1762), aus dem Ital. übers. und eingeleitet von Dušan Nedeljković. Belgrad 1937. Izdanje „Rajković". 144 S.

Die Schilderung, die der ragusanische Jesuit und Mathematiker Roger Josef Boscowich (Boscovich), wie er sich selbst schrieb (1711 bis 1787), über seine 1762 im Gefolge des englischen Gesandten in Konstantinopel (1746—1762) James Porter durchgeführte Reise von Konstantinopel nach Kamenec in Podolien verfaßte, unterscheidet sich äußerlich kaum von den nicht wenigen anderen Schilderungen dieser Art, die wir aus jener Zeit besitzen. Doch hat die Kenntnis seiner serbokroatischen Muttersprache dem Vf. verschiedentlich erlaubt, sich unmittelbar mit den Bulgaren, mit denen er unterwegs zusammentraf, zu verständigen. Dadurch und durch seine scharfe Beobachtungsgabe erhebt sich das Werk aus der Masse der anderen Schilderungen und wird zu einer wichtigen Quelle von kulturgeschichtlichen Tatsachen aller Art. Andere Reisebeschreibungen, von Personen verfaßt, die die Idiome der Balkan-Völker nicht beherrschten, sind oft arm an dergleichen Mitteilungen und beschränken sich mehr auf die Äußerlichkeiten der Reise und die Empfänge durch türkische Beamte usf.

Bei Boscowich nehmen dagegen die Angaben über die religiösen, völkischen[1], politisch-verwaltungsmäßigen, wirtschaftlichen und geographischen Eigenheiten einen besonders breiten Raum ein. Dazu kommt, daß über die östliche Route durch den Balkan (die sich auf der bei-

---

[1] Besonders interessant sind z. B. die Angaben über die griechische Kultur-Hegemonie in Rumänien (S. 123) und über deutsche evangelische Siedler am Dněstr (S. 139 f.).

gegebenen Karte leicht verfolgen läßt) weniger Berichte vorhanden sind, als über die westliche, die nach Bosnien oder Ungarn führte. Es handelt sich bei dieser Ostroute um die Straße, die vor allem von den polnischen (und galizisch-armenischen) Reisenden benützt wurde; auch die preußischen Gesandten befuhren diesen Weg des öftern. Für sie endete die Straße in Breslau. Das hatte seinen Grund in der Tatsache, daß die Verbindungen geschäftlicher und auch familiärer Art von Schlesien nach dem Südosten besonders eng waren. So kam es, daß die ersten Vertreter Preußens bei der Hohen Pforte fast durchgängig Schlesier waren (18. Jh.). Auch Boscowich traf preußische Kuriere auf seiner Reise (S. 88, 98).

Wenn Boscowichs Reisebeschreibung, die zuerst (1772) in französischer Übersetzung und zwölf Jahre später im italienischen Urtexte erschien, (daneben gibt es eine zeitgenössische deutsche und polnische Übersetzung, S. 8), nun auch ins Serbische übertragen worden ist, so ist auch das ein begrüßenswertes Zeichen dafür, daß die balkanische Wissenschaft sich immer mehr der Aufgabe zuwendet, auch die volks- und kulturpolitischen Zustände der Türkenzeit in den Kreis ihrer Untersuchungen einzubeziehen.

Göttingen. Bertold Spuler.

Metod Dolenc: Pravna zgodovina za slovenskego ozemlje (Rechtsgeschichte für das slowenische Gebiet). Laibach 1935. Akademska založba. XVI + 559 S.

Dieser erstmalige Versuch einer ausführlichen Zusammenfassung aller Erfahrungen slowenischer Rechtsgeschichtsforschung entrollt drei lebendige und abgerundete Bilder des in Slowenien gültig gewesenen Rechts: das erste für die Zeit zwischen der slowenischen Landnahme und dem Madjareneinfall, das zweite für die Zeit zwischen diesem und der beginnenden Neuzeit, das letzte für die Zeit zwischen 1500 und der Entstehung Jugoslawiens. An und für sich eine fleißige und scharfsinnige Arbeit, liegt ihr grundlegender Irrtum im Festhalten vieler Fehler und Mängel slowenischer Geschichtsbetrachtung der Vorkriegszeit, die in harter Abwehrstellung nationalen Kampfes gegen alles Deutsche jeden Einfluß unseres Volkes auf die Slowenen abstreiten wollte. Wohl lockerte sich in den letzten Jahrzehnten vielfach die Schärfe dieser Einstellung, und der Vf. erkennt z. B. die Verdrängungen älterer Rechtsformen durch jüngere deutsche im Hochmittelalter an, spricht vom deutschen, oder wie er es fälschlich nennt, vom germanischen Stadtrecht in Slowenien und stellt neben die neuen schriftslowenischen Rechtswörter die tatsächlich bezeugten deutschen der Urkundensprache. Aber von gewissen Befangenheiten kommt er doch nicht los, und sie dürfen nicht unwidersprochen bleiben.

Das erste Bild verfärbt sich gänzlich unter diesem Gesichtswinkel. Karantanien wird ihm vor dem Anschluß an Bayern zu einem freien slowenischen und hoch organisierten Land, dessen letzte Zeugen D. in der Zeremonie der Kärntner Herzogseinführung und in der Einrichtung der sogenannten Kärntner Edlinge erblickt. Die sich ständig mehrenden Bedenken dagegen sind von ihm kaum beachtet. Der Vf. bemüht sich vergeblich, S. 20 die fremde Herkunft so gut wie aller slawischen wie auch slowenischen Rechtswörter (z. B. von vladati ‚herrschen', knez ‚Fürst' usf. aus dem Germanischen, von kralj ‚König', gerhob ‚Vormund', grof ‚Graf', štibra ‚Steuer' usf. aus dem Deutschen, von ban ‚Statthalter', horogva ‚Kriegsfahne' usw. aus dem Turkotartarischen), schwerwiegende Zeugen für das Fehlen eigenständiger politischer Willensbildung und gegen alles mangelhafte Stückwerk, das gerne als Bürge eigenständigen slawisch-slowenischen Rechtslebens vorgeführt wird, durch eine scharfsinnige Auseinandersetzung mit Peisker und ge-

stützt auf Dopschens heute überholte Theorien über die älteste Wirtschaftsverfassung der Alpenslawen zu entkräften. Wieviel Unslawisches in der Ausbildung slawischen Stammesbewußtseins steckt, läßt die Tatsache fremder Abstammung fast aller slawischer Völkernamen ermessen: die Russen, Dudleben und Guduskanen tragen germanische, die Bulgaren einen turkotartarischen, die Serben, Kroaten, Slowenen und andere immerhin mit slawischen Sprachmitteln nicht deutbare Namen! Wollte überhaupt eine slowenische Rechtsgeschichte ernstlich und kritisch das echt slawische Gut erarbeiten, müßte sie alles das vorsichtig ausscheiden, was irgendwie, sei es wegen der Bezeichnungen, sei es wegen seiner Wesensart Seitenstücke im Turkotartarischen, im Germanischen oder im Deutschen aufwiese. Es steht unter dem Verdacht fremder Einsickerung. Ohne Zweifel gehören dazu Herzogseinführung und Edlinge. Quellenmäßig sind sie erst im 13. Jh. bezeugt. Die Auswertung des Chronistenberichtes über die Einsetzung Meinhards von Tirol (S. 89): ‚secundum consuetudinem temporibus observatam' als angeblichen Beweis ununterbrochenen Festhaltens slowenischen Brauchtums bleibt bedeutungslos, wenn man bedenkt, daß sich dieser Satz mindestens ebensogut auf einen altdeutschen, einen bayrischen oder fränkischen, wie auch auf einen awarischen Brauch beziehen kann.

Dazu gesellen sich andere Bedenken. Einiges Kennzeichnende der Herzogseinführung wiederholt sich deutlich in der deutschen Rechtsauffassung, insbesondere im Vorgang der deutschen Kaiserkrönung, aber nichts davon in von Westen her unberührten slawischen Gebräuchen!

Gegen echt slawischen Ursprung der Edlinge spricht die fremde Herkunft seines slowenischen Übersetzungswortes; es ist wahrscheinlich wegen seiner verschiedenen slowenischen Mundartformen koseg, kasak, kazag, wie Lessiak zeigte, in Karantanien selbst entlehnt worden, und zwar aus dem Awarischen. Das deutsche Wort Edling selbst wiederholt sich bei den adalingi = (h)arimanni, das waren anerkanntermaßen ursprünglich langobardische Grenzsoldaten. R. Egger und E. Klebel waren auf dem richtigen Weg, wenn sie im Zusammenhang mit den Langobarden Kärntens die karantanischen Edlinge den langobardischen adalingi-arimanni gleichsetzten. Die ortsnamenkundlich erwiesene, merkwürdige Ausbreitung unserer Edlinge weit nach Norden über die Langobardenfunde hinaus bis in die Obersteiermark, und das Auftreten gerade eines awarischen Lehnwortes dafür im Slowenischen läßt sich am besten in folgender Weise erklären: Der militärische Träger des slawischen Widerstandes gegen die Langobarden war ja awarischer Kriegeradel; denn im 7. Jh. beherrschte ein solcher erwiesenermaßen die Slowenen; noch für die Spätkarolingerzeit konnte die Spatenforschung weit im Norden, bei Aussee, ein awarisches Fürstengrab freilegen. Er formte wahrscheinlich einen schon vorhandenen awarischen Kriegerstand, dessen Angehörige Kasak geheißen haben mögen, zu einer neuen, den adalingi-arimanni gleichwertigen Grenzverteidigungstruppe um. Diese griff slawischerseits vielleicht sehr bald ebensoweit ins Hinterland, wie langobardischerseits nachweisbar ihr Seitenstück. — Ganz unvorstellbar ist es, daß die gleichen Slowenen, welche bis in die Karolingerzeit awarische Fürsten über sich dulden mußten, zugleich in freier Volksversammlung andere slawische Fürsten wählten! Der Beweis aber für eine höhere Organisation durch nachweisbare Sklaven- und Hörigenhaltung bei den Slowenen wird wertlos, wenn man sich das Vorkommen von Sklaven bei kaum vorgeschrittenen wilden Völkern vergegenwärtigt!

In diesem Lichte betrachtet verlieren die von Dolenc vorgebrachten Theorien jeden Rückhalt, und die Herzogseinführung entpuppt sich als wahrscheinlich deutsche, die Edlinge als langobardische und awarische Einrichtung.

Auch sonst spürt man in dem Buch allenthalben Ablehnung gesicherter deutscher Einflüsse auf die Slowenen. Von der gewaltigen deutschen Kulturarbeit in Slowenien ist kaum die Rede. Das bis ins 19. Jh. anhaltende deutsche Bild Sloweniens als Kulturlandschaft, der deutsche Ursprung aller Städte, aller Bistümer, aller Ritterburgen und Klöster, der überragende Anteil gerade deutschen (und keines slowenischen) Schrifttums neben dem Latein bis ins 15. und sein Vorwiegen bis weit ins 19. Jh., und nicht zuletzt die enge Verknüpfung der Entstehung und Entwicklung des Schriftslowenischen mit deutschen Geistesströmungen, mit der Reformation und ihrer Truberbibel, dem ersten schriftslow. Werk überhaupt, mit der Gegenreformation und ihren slowenischen Übersetzern und Wortsammlern, mit der Gedankenwelt Herders und ihren ersten slowenischen Dichtern und grundlegenden slowenischen Grammatikern; — das alles wird übergangen.

Vieles ist unrichtig und geradezu falsch. Verkehrt ist die bei den Slowenen leider weit verbreitete Meinung, die Habsburger hätten im 19. und 20. Jh. eine slawenfeindliche und den Slowenen abholde Politik getrieben. Wer die Zeitbewegungen um die beiden österreichischen Minister Taaffe und Badeni und ihre amtlich geschürte Deutschenfeindlichkeit kennt, ist vom Gegenteil überzeugt: die Habsburgischen Regierungen haben im 19. und 20. Jh., wo sie nur konnten, die Stellung des Deutschtums an der Grenze und im Fremdland zu untergraben getrachtet. Das kann niemand leugnen, wenn auch dieser ganze Spuk uns heute nicht mehr berühren kann. Falsch ist schließlich die S. 502 vorgetragene Behauptung, bis zum Jahre 1860 seien in ganz Kärnten die deutsche und die slowenische Sprache gesprochen worden. Nicht ein einziger Bericht des 19. Jh. kennt im Lavant-, Görtschitz- und Glantal, um Villach und Hermagor und nördlich und westlich einheimische oder in größerer Menge zugewanderte Slowenen; auch nicht die Berichte von Kärntner Slowenen, wie Jarnik und Grafenauer, und nicht der gewiß nicht deutschfreundliche Diözesanschematismus. Es wäre ja auch ein Novum ohnegleichen, wäre in einem gewaltigen Raum von durchschnittlich 40 km Breite und 200 km Länge in dem kurzen Zeitraum von 80 Jahren dieses vermeintliche Slowenentum vollkommen ausgestorben!

Soweit sie in den Rahmen und Sinn seiner Forschung passen, befaßt sich D. gelegentlich mit sprachgeschichtlichen Fragen. Im Vordergrund stehen Ortsnamen. Neben manchem Richtigen, z. B. der Deutung des Namens Gottschee aus slow. Kočevje, ist anderes zweifelhaft. Die Ableitung des urkundlich bezeugten Cirminah von einem eigens hierfür erfundenen altslaw. Čirměna ‚Rotenbach' ist überflüssig, da Cirminah in seiner altslow. Lautung Čirměnjachu ‚bei den Rotleuten' wörtlich seinen deutschen Namensvetter Rottenmann, ahd. Rôtum Mannun d. i. ‚(bei den) Roten Männer(n)' übersetzt. Was den Gebrauch amtlich-slowenischer Ortsnamen betrifft, sei, abgesehen von älteren Erfindungen vom grünen Tisch aus, wie Ljubno und Krnski Grad für Leoben und Karnburg statt windisch-mundartlichem und richtigem Lujben und Karempurg, hingewiesen auf Hostnik für Gösting b. Graz, das ich zum erstenmal lese. Es entbehrt jeden Rückhaltes, da ahd. Gostiniccha ein altslow. Gostĭnića voraussetzt, und dieses hätte, wäre der Name wirklich im Slowenischen lebendig geblieben, unbedingt zu slow. Gostnica führen müssen, aber niemals zu Hostnik. Hostnik seinerseits paßt lautlich mit Gösting überhaupt nicht unter einen Hut! Verfehlt ist schließlich die Ableitung von slow. veča ‚Grundsteuer' von einem slaw. Stamm vet — S. 137. Vielmehr handelt es sich ebenso wie bei seinem Sinnverwandten slow. štibra ‚Steuer', von dem veča wahrscheinlich Geschlecht und Endung übernahm, um ein ahd. Lehnwort, das Lessiak (Mda. von Pernegg) auf ahd. wetti zurückführt und dabei offenbar an eine altslow. Lautung vet'a dachte.

Damit gehört auch **veča** in den Kreis der vielen deutschen Rechtslehnwörter im Slowenischen.

Ein Sachweiser erleichtert die Benützung des Werkes, ein Anhang gibt das reichlich benützte Schrifttum an.

In meinem Besprechungsstück liegt ein unangenehm störender Druckfehler vor: die Seiten 34, 35, 38, 39, 42, 43, 46, 47 fehlen ganz, dafür sind die Seiten 33, 36, 37, 40, 41, 44, 45, 48 zweimal abgedruckt.

München. Eberhard Kranzmayer.

Aleksandar Solovjev: Paštrovske isprave XVI—XVIII veka (Urkunden der Paštrovići aus dem 16.—18. Jh.). Belgrad 1936. Srpska Kraljevska Akademija. Spomenik 84. II. Razred: Filosofsko-filološke, društvene i istoriske nauke 65. 45 S.

Zur serbischen Rechtsgeschichte der türkischen Zeit gibt es bekanntlich sehr wenig Quellen, für Serbien und Bosnien fast überhaupt keine. Die Forschung ist hier ganz angewiesen auf das montenegrinisch-süddalmatinische Material. Besonders wichtig und interessant sind die Rechtsverhältnisse der Paštrovići, eines kleinen orthodoxen Serbenstammes im Hinterland von Cattaro, der unter venezianischer Oberhoheit in völliger Autonomie unter eigenen Knezen, Voivoden und Vlastelinen lebte. Diese Paštrovići sind aus zahlreichen Reise- und Visitationsberichten uns bekannt als ein ebenso tapferes wie turbulentes Element. Von ihren Rechtsverhältnissen in türkischer Zeit wußte man bisher kaum etwas. Erst den Nachforschungen des Vf.s, der durch seine zahlreichen Arbeiten zur balkanslawischen Rechtsgeschichte sich allgemein bekannt gemacht hat, ist es gelungen, 42 Urkunden (aus den Jahren 1523—1776) aufzufinden, die auf das Rechtsleben dieses Stammes helles Licht werfen. Diese Urkunden, die nach Formular und Stilisierung einen konservativ-archaischen Charakter tragen, zeigen typisch slawische Rechtsanschauungen. Erst in späteren Urkunden macht sich der italienisch-venezianische Einfluß stärker bemerkbar. Bei den Urkunden handelt es sich zum größten Teil um Kaufverträge und um Urteilssprüche des Stammesgerichtes der Paštrovići. Diese Stücke (serbisch-kyrillisch) sind sorgfältig veröffentlicht. Im Anhang werden außerdem 11 venezianische Aktenstücke, die sich auf die Paštrovići beziehen, aus den Jahren 1577—1766 veröffentlicht. — Der Inhalt der Veröffentlichung wird erschlossen durch Glossare der serbischen und der italienischen Rechtsausdrücke und durch ein Register der Eigennamen.

Leipzig. Georg Stadtmüller.

P. Bonitius (Ivan) Rupčić: Entstehung der Franziskanerpfarreien in Bosnien und der Herzegowina und ihre Entwicklung bis zum Jahre 1878. (Bresl. Studien z. hist. Theologie N. F. 2) Breslau 1937. Müller u. Seiffert. XI+171 S.

Die Arbeit befaßt sich in der Hauptsache mit kirchengeschichtlichen und kirchenrechtlichen Fragen. Die Analyse der Privilegien, der juristischen Grundlagen der Seelsorgertätigkeit, der Organisationsformen und des Verhältnisses zur Weltgeistlichkeit nehmen den meisten Raum ein. Doch ist das Buch auch vom allgemein geschichtlichen Standpunkt aus von Interesse, vor allem auch durch die Auswertung eines Quellenmaterials, das sonst nicht allzu oft herangezogen wird. Es ergeben sich keine wesentlich neuen Erkenntnisse zur mittelbalkanischen Kulturgeschichte. Man findet jedoch manche wertvolle Bestätigung und Ergänzung der bereits bekannten Darstellungen, sei es auch nur zwischen den Zeilen.

Das Erscheinen der Franziskaner in Bosnien ist bedingt durch die ständigen Mißerfolge der katholischen Kirche im Kampf gegen das unverwüstliche Bogumilentum oder, wie der Vf. es nennt, Patarenertum (Kap. I). Die Datierung ist nicht mit voller Sicherheit möglich. Nach Ansicht des Vf.s ist eine Tätigkeit der Franziskaner in Bosnien, die an sich recht alt sein könnte, seit 1291 mit Sicherheit nachzuweisen: in diesem Jahr erhält der Orden den päpstlichen Auftrag, ständig zwei Brüder als Inquisitoren in Bosnien wirken zu lassen (21). Die Gründung einer bosnischen Vikarie fällt wahrscheinlich in das Jahr 1339/40, als der Ordensgeneral Gerald Odonis in Bosnien weilte und die Franziskanermission energisch und großzügig durchorganisierte (23—25). Von diesem Zeitpunkt an beginnt der systematische Kampf der franziskanischen Missionare gegen das Bogumilentum und die griechische Orthodoxie, der von den Päpsten durch zahlreiche und weitgehende Vollmachten gefördert wurde. Große Erfolge waren dieser Missionstätigkeit anscheinend nicht beschieden. Selbst aus den sehr schonenden Formulierungen des Vf.s läßt sich herauslesen, daß der bosnische Adel (über die nichtadlige Bevölkerung wissen wir so gut wie nichts) unerschütterlich bogumilisch blieb. Die Bekehrungserfolge beschränkten sich vorwiegend auf Geldspenden, Kirchenbauten und ähnliche äußerliche Handlungen, und auch dies fast nur dann, wenn der König sich aus politischen Gründen der Kirche zur Verfügung stellte und gerade über die nötigen Machtmittel verfügte. Sobald der politische Druck nachließ, kam die Häresie wieder ungehindert zum Vorschein: „Daher (d. h. bei der Schwäche der Königsgewalt nach 1391) ist es kein Wunder, daß bei diesen Zuständen der Patarenismus damals wieder sehr erstarkte, dem die mächtigsten bosnischen Magnaten und sogar einige Könige angehörten“ (29). Dem vorletzten bosnischen König Stephan Thomas mußte sogar der Papst ein gewisses formelles Entgegenkommen den Häretikern gegenüber zubilligen, da er „ohne die Gefahr, sein Königreich zu verlieren, die Patarener nicht ausrotten könne“ und „mit ihnen nicht aus böser Absicht, sondern nur aus Not verkehre“ (34). Es wirkt etwas eigenartig, wenn es unmittelbar nach diesen Feststellungen heißt: „Nach der Beseitigung dieses Streites (um das Verhältnis des Königs zu den Patarenern) erstand die katholische Kirche in Bosnien zu neuer Blüte. Franziskaner, König und der bekehrte bosnische Adel konnten nun ruhig an der Ausbreitung und Befestigung des katholischen Glaubens und an der vollständigen Ausrottung der Patarener in Bosnien arbeiten“ (34). Die Verfolgungen der Bogumilen durch Stephan Thomas („um seine Unschuld zu beweisen und Hilfe gegen die Türken vom christlichen Abendland zu erhalten“ (38) endeten damit, „daß damals 2000 Patarener bekehrt wurden und daß 40 000 lieber ihre Heimat verlassen wollten, als ihrem Glauben zu entsagen“ (38). Die Bogumilen haben auch jedenfalls für die türkische Eroberung gearbeitet (38). Für die Zahl der Katholiken gegen Ende der bosnischen Unabhängigkeit fehlen alle Unterlagen (41). Der Vf. glaubt jedoch mit Sicherheit annehmen zu können, „daß sich die Zahl der Katholiken in den letzten Jahren der Unabhängigkeit Bosniens sehr vermehrt hatte“. Ob allerdings seine Feststellung: „die lange Tätigkeit der Söhne des heiligen Franziskus war mit größten Erfolgen gekrönt“ (41) unter diesen Umständen berechtigt ist, bleibe dahingestellt.

Mit der türkischen Eroberung änderte sich die Lage und Aufgabe der Franziskaner von Grund auf. Die Bogumilen traten zum größten Teil dem Islam bei und waren von nun an als Sekte verschwunden. Statt der Bekehrungsmission ergab sich als neue Aufgabe die Erhaltung des bisherigen Standes der katholischen Kirche und Bevölkerung. Diese schwierige Aufgabe hatten die Franziskaner ganz allein zu bewältigen. Die Weltgeistlichen (einschließlich der Bischöfe) waren so gut wie alle vor der türkischen Eroberung geflohen. Ein Versuch, die sogenannten „glagoljaši“ (katholische, in kirchenslawischer Sprache zelebrierende

Priester) heranzuziehen, endete nach vielen Streitigkeiten mit einem Mißerfolg (95—96). Die Schwierigkeiten, mit denen die Franziskaner zu kämpfen hatten, waren außerordentlich. Das Privileg (Ahdname) Mehmeds II. gab allerdings ihrer Tätigkeit eine feste juristische Grundlage, die auch von den Türken stets grundsätzlich geachtet wurde. Doch hatte der Orden schwer unter finanziellen Erpressungen der türkischen Machthaber, unter schwierigen äußeren Arbeits- und Lebensumständen und gelegentlich auch unter dem Fanatismus der moslimischen Bevölkerung zu leiden. Dazu kamen Streitigkeiten innerhalb des Ordens selbst, vor allem Auseinandersetzungen mit den Niederlassungen in den Nachbarländern: mit der 1448 errichteten ungarischen Vikarie und mit den 1447 abgetrennten dalmatinischen Franziskanern. Leider erfahren wir aus der Darstellung nicht viel über die Hintergründe dieser Streitigkeiten. Der Vf. beschränkt sich auf Feststellungen wie: „wegen verschiedener Umstände war aber die Vereinigung zwischen den Dalmatinern und Bosniern auf die Dauer unmöglich" (64) oder: „dadurch (durch die türkischen Kriegszüge) wurde der Verkehr zwischen den Brüdern der bosnischen Vikarie ... und jenen, die unter der ungarisch-kroatischen Herrschaft standen, sehr erschwert. So entstanden neue Streitigkeiten unter den Brüdern" (66). Auch mit den Ortsordinarien gab es oft schweren Streit, wobei gelegentlich sogar die türkischen Behörden als Friedensstifter eingriffen, und zwar meist zugunsten der Franziskaner (130—141; 166). Unter diesen schwierigen Umständen haben die Franziskaner zweifellos sehr viel für den Katholizismus in Bosnien geleistet. Daß sie einen Dauerverlust durch Auswanderung und Übertritt zum Islam oder zur Orthodoxie nicht verhindern konnten, darf ihnen nicht zum Vorwurf gemacht werden. Einen sehr schweren Schlag für den bosnischen Katholizismus brachten die Türkenkriege 1683—1699. Während dieser Kriege wanderten zahllose Katholiken mit den christlichen Heeren aus, und der Katholizismus in Bosnien ist „fast völlig vernichtet worden" (92). Nach 1699 begann ein langsamer, aber andauernder Wiederaufbau. Für die Zeit von 1744 bis 1829 gibt der Vf. eine Steigerung von etwa 40 000 auf über 100 000 Katholiken in Bosnien an (97). Die türkischen Reformen zu Anfang des 19. Jh.s und der Zusammenbruch der bosnischen Opposition (1851) brachten wesentliche Erleichterungen, obwohl die osmanische Regierung ihre guten Absichten nicht voll durchsetzen konnte. Die erste österreichisch-ungarische Statistik (1879) ergab eine Zahl von etwa 210 000 Katholiken bei einer Gesamtbevölkerung von 1 158 440 (102).

Göttingen. Maximilian Braun.

Lubomir Durkowicz-Jakszicz: Petar II Petrović — Njegoš (1813—1851). (Rozprawy historyczne towarzystwa naukowego Warszawskiego. Bd. XXI, Heft 1.) Warschau 1938. XXXII + 242 S., 7 Bildtafeln u. 1 Karte.

Man hat Njegoš's „Bergkranz" mit dem Werke Goethes, Dantes, Miltons verglichen. Nicht zu Unrecht, wenn man davon ausgeht, daß in ihm der Genius eines kleinen Volkes seine letzte Verdichtung erfuhr. In zweierlei Hinsicht war das vielübersetzte Werk von Bedeutung. Einmal breitete es vor einer erstaunten Außenwelt die geheimsten Verästelungen patriarchalisch-stammlichen Lebens aus, wie es sich in einem vom Strome gemeinbalkanischen Geschehens kaum berührten ethnischen Monolithen zu erhalten vermochte. Andererseits brach in ihm zu gleichsam ideologischer Bewußtheit durch, was jene Welt längst mit den Augen der Einfalt geschaut, und gipfelte nicht nur zufällig in ebenderselben Person, die die dreieinhalb Jahrhunderte währende „theokratische" Periode ungebundenen Stammeslebens in die rationalisiertere

Gemeinschaftsform der verweltlichten Moderne hinüberleitete. Denn als die alte Ordnung der Stammesehre zerfließend vor dem Neuen noch ängstlich zu verweilen schien, da war es der „Bergkranz“, der, Gefahren bannend, den Crnogorcen im Geiste seines Bischofs denken und in seiner Sprache sprechen lehrte — eine Erscheinung, die auch heute noch, da die ungewohnte Weite des neuen Vaterlandes dem Crnogorcen die Orientierung oft erschwert, Gültigkeit behalten hat.

In erster Linie interessierte die Person Njegoš's die Literaturwissenschaft, die — im Angesichte einer Welt, in der das Geistige noch nicht den kritisch-brüchigen Abstand zum Leben kennt, wo aber der Traum oft die kärgliche Realität des Alltags höhersublimierte, sich oft selbst zur Triebfeder der Tat machend, — mehr als üblich auch auf das Leben des Dichter-Philosophen eingegangen ist[1]. Eine Würdigung aber, die im Hinblick auf das bedeutungsvolle politische Wirken des letzten regierenden Kirchenfürsten von Cetinje von Seiten der Geschichtswissenschaft her hätte erfolgen sollen, ist weitgehend ausgeblieben; denn die Arbeiten von Medaković und Tomanović[2] sind veraltet und von dem seither in zahlreichen Aufsätzen zutage geförderten Einzelmaterial teilweise überholt. Die hier fühlbare Lücke auszufüllen, gleichzeitig aber die historische Entsprechung für die 1932 von Henryk Batowski bereitete polnische Übersetzung des „Bergkranzes“ zu schaffen, stellt sich vorliegende Monographie zur Aufgabe.

Unter Verzicht auf die schwierige Aufgabe, die Geschehnisse in der Simultaneität ihres eigentlichen Ablaufs darzustellen, hat der Verfasser zugunsten leichter erreichbarer Genauigkeit den Stoff nach Hauptgesichtspunkten aufgesplittert und die Unterteilung auch innerhalb der Kapitel weitgehend fortgeführt. Ein kurzer einleitender Abriß behandelt den Bildungsgang des jungen Njegoš unter dem dichterischen Einfluß Sima Milutinović's, sowie seine Einsetzung zum Bischof von Cetinje. Der nächste Abschnitt befaßt sich mit der langen Reihe der inneren Reformen Njegoš's. Die lose Stammesverfassung macht der administrativen Landeseinteilung in Nahijen Platz, der beibehaltenen „Skupština“ werden Senat und „Nationalgarde“ als oberstes Tribunal und teilweise Exekutive zur Seite gestellt. Der noch unter Vladika Danilo (1717) von Venedig inaugurierte und seither für die Metropoliten von Cetinje einen steten Hemmschuh bildende Gouverneurposten wird aufgehoben, der Gouverneur vertrieben. In der Folge muß sich Njegoš allerdings gegen die von dessen Anhängern erhobenen Beschuldigungen am Petersburger Hofe persönlich verteidigen. — Seine weitere Reformtätigkeit gilt der kulturellen Entwicklung des Landes: die erste Schule wird eröffnet, die erste Druckerei 1834 in Cetinje eingerichtet, der Entwurf eines montenegrinischen Gesetzbuches („Pravo otačanstva“) bleibt allerdings Versuch.

Njegoš's auswärtige Beziehungen sind, soweit sie die Türkei betreffen, eine lange Reihe blutiger Auseinandersetzungen, die in stetem Wechsel von Überfall und Rachefeldzug mit dem mißglückten Einnahmeversuch Podgoricas beginnen und über das Gemetzel von Žabljak, die Wechselfälle von Grahovo, die Kämpfe von Bašina Voda, den Streit um Vranina und Lesendra bis an sein Lebensende fortdauern. Die Beziehungen zu Österreich kennzeichnet der Wunsch der Monarchie nach einem grenzsichernden montenegrinischen Pufferstaat, sowie Njegoš's

---

[1] Vgl. u. a. die Arbeiten von Pavle Popović, sowie P. A. Lavrov: Petar II Petrovič Njegoš, vladyka černogorskij i ego literaturnaja dějatel'nost' (Der montenegrinische Kirchenfürst Petar II. P. Njegoš und sein literarisches Schaffen). Moskau 1887.

[2] V. M. G. Medaković: P. P. Njegoš, poslednij vladajući vladika crnogorski (P. P. Njegoš, der letzte regierende montenegrinische Kirchenfürst). Novi Sad 1882. Laza Tomanović: Petar Drugi Petrović Njegoš kao vladalac (Petar II Petrović Njegoš als Herrscher). Cetinje 1896.

Bemühen, hieraus möglichsten Vorteil für sein Unabhängigkeitsstreben zu schlagen. Ein diesbezüglich während eines Wiener Aufenthaltes (1837) bei Metternich, dem er sogar ein Lobgedicht widmet, persönlich unternommener Schritt bleibt zwar erfolglos, doch schließt die alsbald begonnene Demarkation der österreichisch-montenegrinischen Grenze für das sonst fast allseitig von türkischem Territorium eingeschlossene Montenegro bereits die Anerkennung gewisser Souveränitätsrechte in sich. Unterbricht ein blutiger Zusammenstoß mit montenegrinischen Banden im Gebiete der Paštrovića planina schon die Arbeiten der Grenzziehungskommission zeitweilig, so wird die Grenze auch späterhin durch die ständig hin- und herwechselnde orthodoxe Bevölkerung, sowie infolge der konspirativen Tätigkeit Njegoš's unter den Bocchesen, in steter Unruhe gehalten. Ihren Höhepunkt findet sie mit dem Gefecht bei Cattaro 1848. Die trotzdem weiterhin freundschaftliche Haltung Österreichs bleibt indes, wie auch der Verfasser hervorhebt, von größtem Vorteil für Montenegro, insbesondere wegen seiner Verkehrsrechte in Cattaro, die ihm den Ausgang zum Meere ermöglichen. Die von Njegoš unentwegt angestrebte Verengerung der Beziehungen zu dem vermittelnden und fleißig Subsidien zahlenden Rußland, die auch in zwei Petersburger Reisen des Bischofs zum Ausdruck kommt, gestaltet sich nach des Verfassers Urteil doch nur nach Maßgabe des eigensten russischen Balkaninteresses.

Auf polnisch-montenegrinische Beziehungen eingehend, macht der Verfasser einen etwas aus dem Rahmen fallenden Exkurs auf die sonderbaren Beziehungen des Prinzen Nikola Vasojević zur polnischen Emigration in Paris und dem Fürsten Czartoryski, mit dessen Hilfe jener aus südserbisch-montenegrinischen, hercegovinischen und nordalbanischen Gebietsteilen ein utopisches Staatsgebilde „Holmija" zu errichten hoffte. Die auf Anstiften von Njegoš's Leuten durch Türkenhand erfolgte Ermordung des von den Polen bereits aufgegebenen merkwürdigen Prinzen setzt dieser Art polnisch-montenegrinischer Beziehungen ein Ende. Njegoš's eigentliches Verhältnis zu Polen beschränkt sich auf seinen 1837 auf der Rückreise von Petersburg Warschau abgestatteten Besuch, sowie auf gelegentliche Äußerungen des Bischofs, die in den Rahmen seines gemeinslawischen Interesses fallen.

An der Idee der südslawischen Einigung hat der montenegrinische Kirchenfürst durch Wort und Tat stets regsten Anteil genommen, letzteres durch seine Hilfe für die bosnisch-hercegovinischen Aufständischen von 1832, durch seine Beziehungen zur Balkanpolitik Ilija Garašanins, sowie durch seine Hilfszusage an Jelačić, die dieser allerdings ablehnte. Sein Dichtwerk findet in einem weiteren Abschnitt durch den Verfasser eine summarische Würdigung. Dieser schließt mit der Darstellung der letzten, von den Leiden schleichender Krankheit gezeichneten Tage des allzu früh hinscheidenden montenegrinischen Patrioten, dem das weltliche Glück seines Volkes stets mehr am Herzen lag als die Ziele der Kirche, der zu dienen er durch Schicksalsfügung gezwungen war.

Es ist anzuerkennen, daß der Verfasser ohne überflüssige Weitschweifigkeit das Wesentliche stets aus vorhandenem Material herausgearbeitet und belegt hat. Soweit ersichtlich, ist sämtliches bisher veröffentlichte Material ausgewertet und damit eine abrundende monographische Zusammenfassung eines nach Raum und Zeit bedeutsamen Ausschnitts südslawischer Geschichte gegeben worden. Wesentlich neue Gesichtspunkte weist die Arbeit allerdings nicht auf, da dem Verfasser noch unbekannte Quellen, wie etwa die noch der Erschließung harrenden im bischöflichen und Polizeiarchiv zu Cattaro, nicht zur Verfügung standen. Neu sind allein die Mitteilungen über die Beziehungen der polnischen Emigration zum Prinzen Nikola Vasojević, die sämtlich dem Archiv Czartoryski in Krakau entstammen. Sie haben indes, wie schon

gesagt, keinerlei unmittelbaren Bezug zum Thema. Seit den bekannten Entdeckungen Handelsmans ist es jedoch zur Tradition polnischer Arbeiten aus der neueren südslawischen Geschichte geworden, die Bemühungen des Fürsten Czartoryski um ein südslawisches Risorgimento stets zu Worte kommen zu lassen. — Die Sprache der Arbeit ist schlicht und daher auch dem des Polnischen weniger mächtigen Leser leicht zugänglich. Ein Résumé in französischer Sprache erleichtert dem Ausländer die Benutzung. Reichhaltige Literaturangaben, Originalabbildungen, Karte und Namensregister vervollständigen das Buch.

Sarajevo. Roland Knopfmacher.

Constantin C. Giurescu: Pentru „vechea şcoală" de istorie. Răspuns D-lui N. Jorga. (Für die „alte Geschichtsschule". Antwort an Herrn N. Jorga.) Bukarest 1937. o. V. 70 S.

Seit einer Reihe von Jahren wird die Zunft der rumänischen Geschichtsschreiber durch eine heftige Auseinandersetzung in Atem gehalten. Heute, wo der Höhepunkt dieses Kampfes offenbar überschritten ist, sei es gestattet an Hand der vorliegenden — wenn auch einseitig, so doch sehr erschöpfend unterrichtenden — Schrift kurz darauf zurückzukommen.

Von höherer Warte betrachtet läßt dieser Streit alle Merkmale der Problematik erkennen, die jede Ablösung der Generationen hervorzubringen pflegt. Auf der einen Seite stehen die bekanntesten Vertreter der jüngeren rumänischen Geschichtsforscher, ein C. C. Giurescu, Gh. Brătianu und P. P. Panaitescu, die sich um die Zeitschrift „Revista istorică română" sammeln, in der sie sich ein wissenschaftlich hochwertiges Sprachrohr geschaffen haben. Ihnen gegenüber steht der bekannteste Repräsentant rumänischer Geschichtsschreibung in den Augen der großen Welt: N. Jorga, dessen eigenwillige Persönlichkeit m. E. nicht dazu angetan sein konnte, den notwendigen Ausgleich der Generationen zu fördern. Der unter der Decke schwelende Gegensatz kam offen zu Tage, als Giurescu in den ersten Jahrgängen der neuen Zeitschrift unter dem Titel „Eine neue Synthese unserer Vergangenheit"[1], die eben erschienene (1930) rumänische Übersetzung von Jorgas französisch geschriebenem Werk „Histoire des Roumains et de leur civilisation" (1919) einer von Satz zu Satz fortschreitenden überaus eingehenden und genauen Kritik unterzog. Giurescu konnte Jorga hier „zahlreiche und schwere Entgleisungen und Irrtümer", „beträchtliche Lücken der Information" und eine „äußerst verwundbare" Auslegung geschichtlicher Tatsachen nachweisen. Die Reaktion darauf war heftig und der Gegensatz spitzte sich geradezu zu einem Duell Jorga - Giurescu zu. Worum es eigentlich geht, ist unschwer zu erkennen, da in letzter Zeit beide Gelehrten große Zusammenfassungen der rumänischen Geschichte vorgelegt haben. Es ist vor allem ein Prinzipienstreit. Der „romantische" Geschichtsschreiber Jorga entstammt der Generation, der die Vereinigung aller Rumänen Ziel und Triebfeder allen Handelns war. Ihr unterstellte er auch die Forschung und ist bis heute dieser Auffassung geblieben. So konnte er noch 1927 Gh. Brătianu, der in einem Aufsatz die bulgarische Herrschaft über Akkerman zu Anfang des 14. Jh.s erwiesen hatte, vorwerfen, das sei Wasser auf die Mühle der Bulgaren. Oder er wendet sich in scharfen Ausfällen gegen P. P. Panaitescu, weil dieser in einem aufsehenerregenden Buch die nichtfürstliche Herkunft des nationalen Heros Michael behauptet hatte. (In der Aufregung über diese Einzelfrage scheint es übrigens ganz vergessen worden zu sein, daß Panaitescu in diesem Buch der rumänischen Geschichtsschreibung eine ihrer reifsten

[1] Rev. ist. rom. 1 (1931), S. 337—382. 2 (1932), S. 1—45 u. 164—220.

Leistungen geschenkt hat.) Dem gegenüber bemüht sich „die neue Schule“, wie Jorga sie bezeichnet hat, um eine objektivere Wertung der Vergangenheit. Gewiß, auch sie will erhebend wirken, doch sie stützt sich auf die wirklichen Werte in der Geschichte und lehnt die Illusion ab. „Zwischen Patriotismus und Objektivität besteht kein Gegensatz.“ An Stelle der Schwarzweiß-Malerei soll das farbensatte Bild des wirklichen Lebens treten. Es wäre ungerecht, wollte man verkennen, daß „die neue Schule“ mit tiefem Ernst an die Verwirklichung dieser Aufgabe herangetreten ist und bereits manche Bresche geschlagen hat.

Wer sich näher mit der ganzen Angelegenheit befassen will, findet in der behandelten Schrift die vollständige, bereits ziemlich umfangreiche Literatur angeführt.

Hermannstadt. Gustav Gündisch.

E. Beau de Loménie: Naissance de la nation Roumaine. De Byzance à Étienne-le-Grand. Avec une préface de N. Iorga. Bukarest 1937. Mme Badulescu. 234 S.

Das vorliegende 234 Seiten starke Buch kann und will auch nicht als Ergebnis streng geschichtlicher Forschung angesehen werden. Nach dem Vorwort, das N. Iorga dem Buch vorausschickt, findet „jeder Leser darin das, was seinen Interessenkreisen und seiner Studienrichtung entspricht; er kann in Fragen der nationalen und geschichtlichen Entwicklung diejenige These herauslesen, die ihm am besten zusagt“. Nach dem Verfasser selbst ist das Buch dazu bestimmt, seinen Landsleuten die Bildung der rumänischen Fürstentümer am Ende des Mittelalters verständlich zu machen (S. 11), und da die Darstellung der Erörterung historischer Streitfragen geflissentlich aus dem Wege geht, ist es leicht zu lesen und wird dem Laien gewiß ein interessantes Bild von der Regierungszeit Stephans des Großen (Ștefan cel Mare) 1457—1534 entwerfen.

Aber schon der Titel Naissance de la nation Roumaine bedarf einer Erklärung. Wer eine Darstellung der Ursprungsfrage der Rumänen in dem Buche sucht, wird die erste Enttäuschung erleben. Der Verfasser weist zwar kurz darauf hin, daß die Herkunft der Rumänen auf dem heutigen rumänischen Sprachboden umstritten ist; wenn er aber sagt, die Ungarn behaupteten, daß sie von den heute auf dem Boden Daciens lebenden Völkern die ältesten seien, während die Rumänen sich als die Nachfolger der Römer Trajans ansähen, so ist dieses schwierige politisch-philologisch-historische Problem doch zu einfach dargestellt. Für die ernste rumänische Forschung ist heute nur die Frage umstritten, ob die Urheimat der Rumänen nur südlich der Donau oder zu beiden Seiten der Donau zu suchen ist. Unklar bleibt auch in der einleitenden Vorgeschichte der Zeit Stephans die Darstellung des Anteils der slawischen Volksschichten an der rumänischen Nation. S. 32 erfahren wir, daß 679 die späteren Bulgaren sich von Byzanz unabhängig machten, daß später auch Serben und Kroaten (wie Ungarn) von Byzanz unabhängige Staaten bildeten. Aber für die späteren Dacorumänen und ihr Volkstum sind vor allem jene Slawenstämme maßgebend geworden, die im Gefolge der Avaren im 6. Jh. in Dacien eindrangen und zum Beispiel in Siebenbürgen sich gerade in den fruchtbaren Talniederungen dauernd niederließen. Wenn auch die historischen Quellen über diese slawische Einwanderung kaum etwas Positives berichten, verdient diese doch zumindest eine Erwähnung, wenn von der „naissance“ der rumänischen Nation gesprochen werden soll.

Beau de Loménie verlegt aber, der Theorie folgend, die unter seinen Landsleuten zuletzt von F. Lot vertreten wurde, die Urheimat der Rumänen irgendwohin südlich der Donau. So wird für ihn das byzantinische Reich die alma mater des Rumänentums, und statt nun etwa die

Siedlungsgeschichte und kulturelle Entwicklung in Walachei, Moldau und Siebenbürgen kurz zu schildern, wie dies vom Standpunkt der Archäologie unlängst G. I. Brătianu getan hat (Les origines du peuple roumain: Les données archéologiques) gibt der Verfasser im folgenden einen gedrängten Überblick über den Niedergang des byzantinischen Reiches und begründet dies (z. B. S. 52) damit, daß erst mit dem Untergang Byzanz' die verschiedenen auf dem Boden des oströmischen Reichs lebenden Völker genötigt waren, sich einen eigenen Lebensraum zu schaffen. Höchst bedenklich scheint mir hier die Bemerkung zu sein (S. 36), daß sich im byzantinischen Reich die Gewohnheit ausbreitete, alle Völker auf dem Boden des byzantinischen Reichs als Romani zu bezeichnen. Diese Behauptung soll verständlich machen, wie es kommen konnte, daß die im Süden der Donau angeblich beheimateten Rumänen als Bezeichnung ihres Volkstums das lat. Romanus in ununterbrochener Entwicklung beibehielten. Richtig ist es, daß als Romaioi die Griechen bezeichnet wurden, wenn sie als Untertanen des Römerreiches gekennzeichnet werden sollten; daß ihr Land dann entsprechend als Romanîa benannt wurde. Daß man aber jemals auch Bulgaren und Slawen und die übrigen Völkerschaften orientalischer Herkunft, die sich zwischen 600 und 1000 am Balkan niederließen, mit Romani bezeichnet hätte, müßte doch erst nachgewiesen werden.

Nach dieser Vorgeschichte, die aus dem Bereich der späteren rumänischen Fürstentümer weit hinausführt, wird dann gänzlich unvermittelt S. 53 als Vasall der ungarischen Krone und als erster Vertreter der Familie Bassarab ein rumänischer Woiwode erwähnt, der 1330 in der Walachei ein Fürstentum begründet, das den Grundstein zu dem späteren walachischen Fürstentum gelegt hätte. Die Reihe der walachischen Woiwoden und ihre Geschichte wird aber nicht weiter verfolgt; erst bei der Darstellung der Zeit Stephans des Großen erfahren wir gelegentlich wieder von einzelnen walachischen Woiwoden, die in die Geschicke der Moldau eingreifen.

Alles dies soll aber nur eine Art Vorgeschichte zu den Ereignissen sein, die den Hauptinhalt des Buches ausfüllen, zu der Geschichte Stephans, unter dem im Jahre 1499 das Fürstentum Moldau zum erstenmal eine Art vorübergehende Unabhängigkeit erlangte. Was man von der Frühgeschichte der Moldau weiß, ist S. 69 f. nach Iorga und Giurescu kurz zusammengefaßt, beginnend mit den Zügen der ungarischen Könige, die von Maramuresch aus gegen die Tartaren vorgingen, welche jenseits der Karpaten als privilegierte Oberschicht die Moldau beherrschten. Von der unterworfenen Bevölkerung, ihrer Zusammensetzung aus Kleinrussen und eingewanderten Rumänen, erfahren wir nichts. Ziel dieser Kriegszüge der ungarischen Könige war die Sicherung der Karpatenpässe, denen einzelne kleinere Marken vorgelegt wurden. Die Sprachwissenschaft lehrt, daß bei dieser Grenzmarkengründung Ende des 14. Jh.s zahlreiche Ausdrücke, die in Maramuresch beheimatet sind, in die Bukowina und die westliche Moldau eindrangen, daß es also zu einer nicht unbedeutenden Ansiedlung ursprünglich ungarländischer rumänischer Bevölkerung kam; sie lehrt aber auch, daß hier stellenweise schon eine rumänische Bevölkerung wohnhaft war, die ihrerseits Jahrhunderte vorher von der östlichen Walachei her eingedrungen war und Ableger weit in den Westen vorgeschickt hatte.

Wie schon erwähnt, bildet den Hauptteil des Buches die Darstellung der Zeit Stephans des Großen. In seinem Leben sieht Beau de Loménie ein „altes Heldenepos" (S. 114) und ein solches Heldenepos orientalischer Prägung ist auch sicherlich die Geschichte dieses Herrschers, der noch heute als rumänischer Nationalheld angesehen wird. Ein gewisses diplomatisches und militärisches Geschick kann ihm auch gewiß nicht abgesprochen werden. In den Jahren 1448—1457 vollzog sich auf dem

Boden der Moldau 13mal ein Regierungswechsel. Nach der Legende wurde im Jahr 1457 der Woiwode Peter Aron, der sich mit ungarischer Hilfe zu halten versuchte, von Stephan, dem Sohn eines von Peter Aron ermordeten Vorgängers, vertrieben. Im Gegensatz zu diesem suchte Stephan Unterstützung bei den Polen, denen er auch zugestand, in die Festung Hotin eine eigene Besatzung zu legen. Während die Ungarn mit der Verteidigung Bosniens gegen die Türken beschäftigt waren, gelang es ihm, den für den moldauisch-polnischen Handel wichtigen Donauhafen Chilia den Ungarn abzunehmen. Eine Strafexpedition des Ungarnkönigs Mathias Corvinus im Jahr 1467 ging für diesen unglücklich aus, das Verhältnis Stephans zu den Polen wurde dadurch neuerdings gefestigt. Seine Aufmerksamkeit wandte sich nun den unter türkischer Oberhoheit stehenden walachischen Woiwodschaften zu. Er plünderte 1470 Braila und veranlaßte dadurch einen türkischen Rachezug in die Moldau, bei dem das türkische Heer in einen Hinterhalt geriet und vollständig vernichtet wurde. Im Jahre darauf zogen die Türken ein zweites Mal in die Moldau, vernichteten diesmal die schleunigst zusammengezogenen Hilfstruppen Stephans, mußten aber die Belagerung der Hauptstadt der Moldau, Suceava, wieder aufgeben, als die Ungarn Stephan zu Hilfe eilten. Darauf hatte das Land 7 Jahre Ruhe (1477—84), es begann wirtschaftlich zu erstarken. Die folgenden Jahre zeigen Stephan zunächst im Kampf gegen die Türken, die die Hafenstädte Chilia und Cetatea-Albă kampflos besetzt hatten, und um sich die Hilfe eines mächtigen Nachbarn bei der drohenden Auseinandersetzung mit den Türken zu sichern, leistete er Kasimir von Polen in Colomea seine Huldigung als Vasall, obwohl ihn ähnliche Vasallenverpflichtungen schon den Ungarn gegenüber banden. Diese Anerkennung der polnischen Oberhoheit zog ihm zwar die Feindschaft Ungarns zu, verschaffte ihm aber keinerlei wirkliche Hilfe. Im Gegenteil: Polen fiel selbst in der Moldau ein, und nun verbündete sich Stephan, der frühere Vorkämpfer der Christenheit gegen die Türken, mit diesen, und die Polen wurden ruhmlos aus dem Lande gejagt. Aber auch jetzt konnte sich Stephan zu keiner klaren politischen Linie entschließen. 1499 versöhnte er sich wieder mit Polen und wurde nun bei den Verhandlungen zum erstenmal als gleichberechtigter Partner anerkannt. Als er aber nun im Vertrauen auf das Bündnisverhältnis mit Polen und Ungarn den Türken den zugesicherten Tribut verweigerte und diese mit einem Rachezug drohten, wurde Stephan von seinen Verbündeten im Stich gelassen. Bevor es zum Kampfe kam, starb er 70jährig und hinterließ seinem Sohn und Nachfolger als Vermächtnis den Rat, sich mit den Türken zu verständigen. Der Traum von einer Unabhängigkeit des moldauischen Fürstentums war für Jahrhunderte hinaus wieder begraben. Dies ist der Inhalt dieses orientalischen Heldenepos, dessen historische Hintergründe von rumänischen Forschern (darunter auch Iorga) wiederholt dargestellt worden sind. Wieweit Beau de Loménie auf die Quellen selbst zurückgeht, wird nur der Fachmann beurteilen können. Das Buch hat jedenfalls das Verdienst, diese für die allgemeine Weltgeschichte bemerkenswerten Ereignisse im Osten Europas einem weiteren Leserkreis zugänglich gemacht zu haben.

Berlin. Ernst Gamillscheg.

F. C. Nano: Condica tratatelor şi a altor legăminte ale României 1354—1937. (Register der Verträge und anderer Abschlüsse Rumäniens 1354—1937.) Bukarest 1938, Monitorul Oficial şi Imprimeriile Statului, Imprimeria Naţională. 2 Bde. XIV+687 S. Text, 88 S. Index.

Der Vf. dieser nützlichen Zusammenstellung wollte ein Instrument schaffen zur Beantwortung folgender Fragen: Hat Rumänien auf einem

bestimmten Sachgebiet mit einem bestimmten Land irgendeine Vereinbarung getroffen? Ist diese in Kraft? Wo ist der Wortlaut veröffentlicht? Durch welche Abmachungen ist Rumänien überhaupt auf diesem oder jenem Sachgebiet gebunden? Es handelt sich also hier um ein Verzeichnis der Verträge und Übereinkommen, die von Rumänien mit fremden Staaten abgeschlossen worden sind. Der Vf. gruppiert das umfangreiche Material in vier Teile. Der erste Teil (S. 1—73, Nr. 1—363) bietet in chronologischer Anordnung alle Verträge aus der Zeit vor der Vereinigung der Fürstentümer (1859). Bei jeder Nr. werden (soweit möglich) Ort und Datum des Vertragsschlusses vermerkt, oft noch stichwortartig der Inhalt angedeutet, sofern dieser noch nicht deutlich genug aus der gewählten Überschrift hervorgeht; wir finden ferner sachliche und historische Bemerkungen (z. B. über den Aufbewahrungsort des Originals, über Ratifizierung usw.), und vor allem werden die Werke zitiert, in denen der Text des betreffenden Vertrages veröffentlicht ist. Die seit 1859 abgeschlossenen Verträge sind in drei Gruppen gegliedert. So enthält der zweite Teil (S. 75—354, Nr. 364—1193) die zweiseitigen Verträge, diese aber nach den Vertragspartnern geordnet und erst innerhalb der so entstehenden Länderabteilungen nach der zeitlichen Abfolge. Im übrigen werden die einzelnen Nummern hier wie auch in den folgenden Teilen ebenso dargeboten wie im ersten Teil. Die sachlichen Bemerkungen enthalten hier meist Angaben über Ratifizierung und In- und Außerkraftsetzung. Die mehrseitigen Verträge werden von F. C. Nano in chronologischer Anordnung im dritten Teil (S. 357—660, Nr. 1104—1832) behandelt. Im allgemeinen hat der Vf. nur solche Verträge registriert, bei denen Rumänien vertragschließender Teil war. Darüber hinaus sind aber auch solche aufgenommen worden, die rumänische Interessen eng berühren, ohne daß Rumänien direkt daran beteiligt gewesen wäre (z. B. die Verträge der Türkei vor 1878, der Berliner Frieden usw.). Soweit solche Verträge nach 1859 abgeschlossen wurden, finden sie sich im dritten Teil. In einem besonderen vierten Teil werden schließlich noch die von den Post- und Eisenbahnbehörden direkt getroffenen Vereinbarungen verzeichnet, die sich auf rein technische Fragen von beschränktem Interesse beziehen, wieder erst die zweiseitigen nach Ländern, die mehrseitigen nach der Chronologie geordnet. Im Verein mit dem ausführlichen Index erlaubt diese Anordnung in der Tat eine schnelle Orientierung über die Fragen, von denen der Vf. ausgegangen ist. Jeder, der sich mit rumänischer Geschichte und Politik befaßt, wird ihm für seine Arbeit Dank wissen, um so mehr als er jährliche Supplemente in Aussicht stellt.

Leipzig. Karl Kögler.

P. P. Panaitescu: Documentele Țării Românești. Bd. I. Documente interne (1369—1490) (Die Urkunden der Walachei. Bd. I. Innere Urkunden. 1369—1490). Bukarest 1938. Fundația Regele Carol I. 401 S. + 4 Abbildungen.

Nach eindringlicher Vorbereitungsarbeit legt P. hier den ersten Band des von ihm in Angriff genommenen Corpus der älteren muntenischen Fürsten- und Privaturkunden vor und schließt damit in glücklichster Weise eine seit Jahrzehnten schmerzlich empfundene Lücke in der rumänischen Geschichtsforschung. Vorliegender Band enthält die internen Urkunden, d. h. Schriftstücke der fürstlichen Kanzlei und weniger anderer Aussteller, die an Personen oder Gemeinschaften innerhalb des Fürstentums ausgehen; ein weiterer Band wird die an auswärtige Empfänger gerichteten Urkunden desselben Zeitraumes bringen. Diese für den Benützer nicht unbedingt bequeme Zweiteilung ist in der rumänischen Urkundenwissenschaft schon Tradition und hat sich für den

Herausgeber als überaus praktisch erwiesen. Unter die internen Urkunden hat P. übrigens auch die Schriftstücke einbezogen, die den Fogarascher Distrikt betreffen aus der Zeit, als dieses Gebiet muntenisches Fürstenlehen war, sowie die von ungarischen Königen in ihrer Eigenschaft als Oberlehensherrn über die Walachei ausgestellten Urkunden für inländische Empfänger (etwa die Klosterprivilegien Sigmunds für Vodița und Tismana u. a.).

Die der Ausgabe zugrundegelegten, in der Einleitung näher begründeten Editionsgrundsätze können in ihrer Anpassung an die großen Vorbilder der Urkundenwissenschaft, wobei die Besonderheiten des rumänischen Urkundenwesens durchaus berücksichtigt bleiben, für ähnliche Unternehmungen als musterhaft bezeichnet werden. So ist die Textgestaltung der slawischen Urkunden nach Gesichtspunkten getroffen worden, die auch für die Ausgabe lateinischer Urkunden maßgebend sind. Damit ist die in letzter Zeit wieder vielerörterte leidige Frage, wie slawische Texte bearbeitet werden müssen, m. E. in einwandfreier und zielweisender Art beantwortet worden. Abkürzungen, Ligaturen, Monogramme usw. werden aufgelöst wiedergegeben, offensichtliche Verschreibungen erscheinen im Text gebessert, doch wird in einer Anmerkung darauf verwiesen — eine Fülle sorgfältiger Berücksichtigungen, die eine große Zuverlässigkeit des wiedergegebenen Textes sicherstellen, ohne dem Benützer durch eine allzu bildgetreue Wiedergabe das Lesen zu erschweren. Von jedem Dokument wird die Überlieferung und der heutige Aufenthaltsort des Stückes angegeben, dann werden die früheren Drucke angeführt. Die meisten Urkunden des Bandes sind in mittelbulgarischer Sprache abgefaßt, einige lateinisch. Es werden aber auch die heute nurmehr in späteren Übersetzungen (rumänisch, lateinisch, ungarisch) erhaltenen Schriftstücke mitgeteilt. Allen slawischen Urkunden ist eine vom Vf. sorgfältig gearbeitete rumänische Übersetzung beigegeben. In den Anmerkungen werden schwer übersetzbare Worte erläutert bzw. eine gewählte Übersetzung verteidigt. Ebenso werden hier notwendige Erklärungen über die mit fehlerhaften Datierungselementen versehenen Urkunden und über die zeitliche Einreihung der vielen undatierten Stücke gegeben.

Der Band enthält mit 179 Urkundennummern, darunter mehreren Inedita, das Material für alle sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen (soweit nicht der Außenhandel in Frage kommt), die Äußerungen des Rechts- und Verfassungslebens, und zeigt den Aufbau des kirchlichen und staatlichen Apparates in dem Fürstentum Walachei. Was die Werke von Costăchescu und Bogdan für die infolgedessen nach allen angedeuteten Richtungen besser durchforschte Moldau bedeutet haben, wird dieses ausgezeichnete Werk für die Walachei bieten. Panaitescu hat sich mit dieser kongenialen Leistung einen ebenbürtigen Platz an der Seite des großen rumänischen Slawisten und Urkundenforschers Ion Bogdan gesichert.

Einige Ergänzungen: Zu den Drucknachweisen von Nr. 1 und 3 kommt noch: W. Zimmermann, Urkundenbuch zur Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen 2, Nr. 934 und 987. Bei der Datierung von Nr. 3 kann auch der Monatstag (Juli 15) angegeben werden; das proxime preterito in der Datumszeile weist auf den Unterschied von Handlung und Beurkundung hin, wobei die etwas später ausgestellte Urkunde ersichtlich das Datum der Handlung trägt. Zu Nr. 75, dem Auszug einer mutmaßlichen Urkunde Vlad Draculs für das Kloster Kerz, ist zu vervollständigen, daß die Angabe Eders, der rumänische Woiwode habe für das Kloster eigenmächtig einen Abt bestellt, aus der Resignationsurkunde des Abtes Michael von 1439, Juni 28 (Sächsisches Nationalarchiv, Hermannstadt, U. II, 96) stammt. Wenn daher auf Grund dieser Angabe ein Bestallungsdekret des Woiwoden angenommen wird, so muß es vor den genannten Zeitpunkt datiert werden. I. C. Eders „Analecten" befinden

sich nicht im Brukenthalischen Museum in Hermannstadt, wie S. 201 nach Jorga, Studii şi Documente 3, S. XVII mitgeteilt wird, sondern im ungarischen Nationalmuseum in Budapest, wo der größte Teil von Eders sehr bedeutenden handschriftlichen Sammlungen zur Geschichte Siebenbürgens liegt.

Hermannstadt. Gustav Gündisch.

Eugen Wolbe: Ferdinand I., der Begründer Großrumäniens. Ein Lebensbild. Locarno-Leipzig 1938, Verbano-Verlag. 319 S. + 8 Taf.

Trotz des apologetischen und stellenweise geradezu panegyrischen Charakters dieser Darstellung ist nicht zu leugnen, daß der Verf. sich auch bemüht hat, objektiv Tatsachen und Quellen sprechen zu lassen, was zu vielen Widersprüchen führt. So wird z. B. S. 29 kategorisch festgestellt: „... ihm (Ferdinand) stand zur rechten Zeit der rechte Ausdruck zu Gebote", S. 198 aber wird das Urteil der Königin Marie zitiert, daß Ferdinand nicht vermocht habe, seine Gedanken klar auszudrücken. So stehen oft völlig entgegengesetzte Urteile, manchmal nur durch wenige Seiten getrennt, nebeneinander, ohne daß der Verf. versuchte, diese Widersprüche irgendwie aufzulösen. Ferdinand war gewiß ein sehr edler und ehrenhafter Charakter, feinfühlend und nicht unbegabt, als Monarch von bestem Wollen erfüllt; er war aber auch ein unablässig von Minderwertigkeitskomplexen gequälter, ewig unsicherer und mißtrauischer Mensch. Vor allem war er keine Führernatur, es fehlten ihm kämpferischer Geist und jegliche Initiative. Diesen Gesamteindruck gewinnt man gerade auch aus Wolbes Buch, der uns doch sein „edles, freies Menschentum" (S. 10) und wie er sich vom Träumer zum „Tatmenschen" (S. 23) entwickelte, vor Augen führen wollte.

Wolbe vertritt die Meinung, die Schaffung Großrumäniens als Folge des Kriegseintritts sei Ferdinands „ureigenes Werk" (S. 10). In dem Gewissenskonflikt zwischen der Treue zum eigenen angestammten Volkstum und seiner Pflicht als rumänischer König habe sich Ferdinand nach schweren seelischen Kämpfen für die letztere entschieden. So hat es ja nach dem Eintritt in den Krieg Ferdinand selber dargestellt und vielleicht auch geglaubt. Vorher aber hat er stets versichert, er werde niemals einen Mobilmachungsbeschluß durch seine Unterschrift gutheißen. Erst als die Russen mit dem Einmarsch drohten, änderte er seinen Entschluß. Mit der ihm eigenen Unbekümmertheit um Widersprüche stellt Wolbe S. 125 ganz richtig fest, Ferdinand habe seinem Lande die Greuel eines Krieges ersparen wollen, sich aber nicht die Kraft zugetraut, den Kampf um die Nichtbeteiligung am Kriege erfolgreich durchzuführen. Daß auch dann noch der Entschluß zum Eintritt in den Krieg ihm Seelenkämpfe kostete, soll nicht bestritten werden, aber ausschlaggebend ist, daß dieser Entschluß nicht auf eine freie innere Entscheidung zurückzuführen ist. Dieser Sachverhalt geht klar genug auch aus Wolbes Darstellung hervor, wenn auch gegen seinen Willen. Soll das Verdienst um die Schaffung Großrumäniens — soweit diese durch den Eintritt in den Weltkrieg bedingt war — einzelnen Personen zugesprochen werden, so können dies m. E. nach den Propagandisten des rumänischen Irredentismus wie Goga u. a. nur Königin Marie und Brătianu sein. Während nach Wolbes eigenem Urteil Ferdinand sonst politisch „mehr durch das, was er verhütete, als durch das, was er wirklich schuf", (S. 10) leistete, so könnte man ihm hier ein allerdings rein negatives Verdienst zuerkennen, insofern als er den Kriegseintritt nicht verhinderte. Doch da würde sich dann sofort die Frage erheben, ob er ihn überhaupt hätte verhindern können, wenn er auch gewollt hätte, und diese Frage ist entschieden zu verneinen. Die

tatsächliche Schaffung Großrumäniens schließlich ist einfach das Ergebnis der Pariser Friedenskonferenz.

Als zweites Hauptverdienst stellt Wolbe die Durchführung der Agrarreform heraus. Weit entfernt davon, die aufrichtige Sympathie Ferdinands für die Bauern und sein Eintreten für sie leugnen zu wollen, müssen wir doch feststellen, daß auch in dieser Frage die Initiative nicht von Ferdinand ausging und daß die Agrarreform im ganzen gesehen ein Fehlschlag war, was auch Wolbe zugibt. Mag aber Properzens Wort „In magnis voluisse sat est" überall gelten, so gilt es doch gewiß nicht in der Politik, vor allem nicht für einen Staatschef.

Trotz einer gewissen Voreingenommenheit gibt so Wolbes Buch doch ein ziemlich zutreffendes Bild Ferdinands, nur darf man eben die Urteile des Verf. nicht von vorneherein als bare Münze nehmen, sondern muß sich sein eigenes Urteil aus den Tatsachen selbst bilden, die aber ziemlich vollständig mitgeteilt werden.

Da das Buch einem allgemeinen Leserkreis dienen will, fehlt jeder wissenschaftliche Apparat, doch wird am Schluß ein Verzeichnis der wichtigsten Literatur gegeben, über die hinaus dem Verf. auch noch ungedrucktes Material zur Verfügung stand. — An Druckfehlern, die der Leser nicht selbst korrigieren kann, sind mir nur zwei aufgefallen: S. 53, Z. 12 und S. 57, Z. 3 lies beide Male 1886 statt 1889. S. 169, Z. 15 von unten ist das Wort „nicht" zu streichen.

Leipzig. Karl Kögler.

Ladislaus Gáldi: Les mots d'origine néo-grecque en roumain à l'époque des Phanariotes. (Magyar-görög tanulmányok — Οὑγγροελληνικαὶ μελέται 9). Budapest 1939. Kir. M. Pázmány Péter Tudományegyetemi Görög Filológiai Intézet. 270 S.

Die vorliegende sprachwissenschaftliche Habilitationsschrift eines Privatdozenten der romanischen Philologie an der Universität Budapest liefert auch zur Kulturgeschichte der rumänischen Phanariotenzeit (18. Jh.) einen wichtigen Beitrag. Der erste Hauptteil gibt eine zusammenfassende Erörterung des griechischen Sprachelements im Rumänischen, der zweite Hauptteil enthält ein Lexikon mit genauen Belegen und etymologischen Erklärungen. Aus den kulturgeschichtlichen Erkenntnissen des Verfassers ergibt sich das folgende Bild des griechischen Einflusses auf dem Boden des Rumänentums: Der vorphanariotische Einfluß ist ziemlich gering. Erst die Herrschaft der Phanarioten (1711—1821), deren Bedeutung für die rumänische Geschichte im Urteil der Geschichtschreiber noch immer schwankt, öffnet dem griechischen Einfluß Tür und Tor. Die rumänischen Fürstentümer werden ein Land der Doppelsprachigkeit. In den Kanzleien der Hospodaren schreibt man ein mitunter mit rumänischen Brocken durchsetztes Griechisch, die Bojaren sprechen ein von griechischen Ausdrücken wimmelndes Rumänisch. Es entwickelt sich eine äußerlich glanzvolle zweisprachige Kultur und Gesellschaft. Eine geistige Erneuerung der rumänischen Oberschicht zeigt sich, aber diese geistige Erneuerung der Oberschicht mußte mit der Verelendung des Bauerntums erkauft werden.

Es hat Jahrzehnte gedauert, bis der griechische Einfluß sich ganz festsetzte. Erst nach etwa 1735 blieben die griechischen Wörter in festem Gebrauch. Die Zeit von 1780—1821 ist dann die goldene Zeit des phanariotisch-griechischen Einflusses. Leider ist uns die gesprochene Sprache jener Zeit nur sehr schlecht bekannt. Merkwürdig ist es, daß zugleich mit der griechischen Sprache auch die rumänische sich ausbreitete. Beide drängten das Kirchenslawische zurück. Dann wandte sich das erstarkte Rumänentum gegen den griechischen Einfluß. Nach dem Umschwung von 1821 starb das griechisch-phanariotische Sprachelement sehr schnell

ab. Da es zum größten Teil sich auf die Literatur beschränkte und nur zum kleinsten Teile in die gesprochene Sprache eingedrungen war, ging dieser Absterbevorgang sehr schnell vor sich. Aber bis in die 70er Jahre des 19. Jh.s blieb das phanariotisch-griechische Sprachelement allgemein verständlich. Und noch im heutigen Rumänischen haben sich etwa 150 neugriechische Lehnwörter erhalten, die nicht auf literarische, sondern auf mündliche Überlieferung zurückgehen.

Die Sonderentwicklung der einzelnen Landschaften des rumänischen Volksbodens zeigt sich auch sehr anschaulich in dieser sprachgeschichtlichen Entwicklung. Die Gräzisierung beschränkte sich auf die Moldau und die (Große) Walachei. In Oltenien und Bessarabien äußerte sich der griechische Einfluß nur schwach. In der Walachei war dieser stärker als in der Moldau. Aber in der Moldau hielten sich einige Gräzismen viel länger. In das siebenbürgische Rumänisch sind nur vereinzelte phanariotische Elemente eingedrungen. Dort hat das ungarische Latein denselben Einfluß ausgeübt wie jenseits der Karpaten das Neugriechische. So zeigt die rumänische Sprache und Literatur zu Beginn des 19. Jh.s einen Januskopf: Die westliche Hälfte ist durch die über Ungarn einströmenden abendländischen Einflüsse, die östliche Hälfte durch die phanariotisch-griechischen Einflüsse geformt. — Ob man über die Ergebnisse dieser tüchtigen Arbeit hinaus mit sprachwissenschaftlichen Mitteln noch vordringen kann, ist zweifelhaft. Not tut eine Einzeluntersuchung des sozial-kulturellen und des kirchlichen Gräzisierungsvorganges für die Einzellandschaften, deren Sondercharakter dadurch noch klarer werden wird. — Zu dem hier behandelten Fragenkreis ist jetzt noch eine wichtige neue Arbeit nachzutragen: R. Ortiz, Sull'importanza della dominazione fanariota in Rumania come determinatrice dei contatti linguistici e letterari italo-rumeni attraverso la lingua e la letteratura neo-ellenica. In: Studi bizantini e neoellenici 5 (1939), S. 252—283.

Leipzig. Georg Stadtmüller.

Valeriu Şotropa: Introducere şi bibliografie la istoria dreptului român (Einführung und Bibliographie zur Geschichte des rumänischen Rechts). Klausenburg 1937. Tipografia „Cartea Românească". 232 S.

Das bisherige Schrifttum zur rumänischen Rechtsgeschichte besteht großenteils entweder aus dicken Werken oder aus kleinen monographischen Untersuchungen. Daher besteht ein ausgesprochenes Bedürfnis nach einem solchen zusammenfassenden kurzen Handbuch, wie es das vorliegende Werk ist. Es gliedert sich in zwei etwa gleich umfangreiche Hauptteile: I. „Einführung in die Geschichte des rumänischen Rechtes". II. „Bibliographie". Der Verf. begründet die Notwendigkeit seines Werkes mit der inneren Unzulänglichkeit der bisherigen Darstellungen der rumänischen Rechtsgeschichte. Das vorliegende Werk sei nur eine einführende Studie und eine problemkritische rückschauende Betrachtung, die den Stand der Forschung darlegen soll. Nachdem er dann den Begriff und den Wert der Rechtsgeschichte dargelegt und die Bedeutung einiger Hilfswissenschaften (Epigraphik, Archäologie, Sprachgeschichte) erläutert hat, folgt die ausführliche Darlegung der rumänischen Rechtsquellen. Der Verf. geht dabei reichlich weit zurück — bis in das thrakisch-dakische Altertum, er nennt daher klassische Schriftsteller (Herodot, Strabon, Ptolemaios u. a.) als Quellen der „rumänischen" Rechtsgeschichte, ferner byzantinische Geschichtschreiber (Niketas Choniates — nicht mehr mit dem falschen Beinamen Akominatos zu benennen! — Joannes Kinnamos u. a.). Die wichtigsten rumänischen Rechtsquellen der älteren Zeit sind nicht größere Gesetzestexte, sondern die Urkunden.

Diese Urkunden sind im Mittelalter slawisch, nur in Einzelfällen lateinisch abgefaßt. Erst in der zweiten Hälfte des 16. Jh.s tauchen dann rumänisch geschriebene Urkunden auf, im 17. Jh. herrschen diese sogar vor. Im 18. Jh. gibt es nur slawische und einige griechische Urkunden. Weitere wichtige Rechtsquellen sind Angaben der Chroniken, der geographisch-geschichtlichen Werke (Costin, Cantemir, Del Chiaro, Ingigian u. a.), der Reisebeschreibungen und der volkstümlichen Literatur. Die Gesetzestexte spielen in der älteren Zeit nur eine geringe Rolle. Sie setzen im 15. Jh. mit slawisch-byzantinischen Gesetzen ein, im 18. Jh. und im Anfang des 19. Jh.s haben wir die am byzantinischen Recht orientierten Gesetze der phanariotischen Fürsten, seitdem moderne Gesetze, die sich eng an die westeuropäische, vor allem französische Gesetzgebung anlehnen.

Der Verf. periodisiert die rumänische Rechtsgeschichte in zwei große Zeiträume: I. Bis zur Gründung der beiden Fürstentümer Walachei und Moldau. II. Von der Gründung der Fürstentümer bis heute. Den ersten Zeitraum („Zeit der Bildung des rumänischen Rechts") untergliedert er in drei Abschnitte: 1. die „getisch-dakische Zeit" (bis 106 n. Chr.), 2. die „Zeit der Römerherrschaft" (106 n. Chr.—271 n. Chr.), 3. die „Zeit der Barbareneinfälle" (271—1300/1359).

Noch interessanter als diese kühn hypothetische Periodisierung der dunklen Vor- und Frühgeschichte der „rumänischen" Rechtsentwicklung ist der Versuch, das Rechtsgut des rumänischen Volkes nach seiner Entstehung und Herkunft in verschiedene Schichten zu zergliedern. 1. Institutionen, die von den Völkern übernommen wurden, aus deren Verschmelzung sich — nach Ansicht des Verfassers — das Rumänentum gebildet hat: den Dakern und Römern. 2. Die von den Nachbarvölkern (Slawen, Ungarn usw.) entlehnten Institutionen. 3. Die Institutionen, die von den Rumänen „neu geschaffen" wurden.

Der zweite Hauptabschnitt der rumänischen Rechtsgeschichte — die Zeit von der Gründung der Fürstentümer bis heute — wird in die folgenden Abschnitte gegliedert: 1. 14.—15. Jahrhundert. 2. 16.—17. Jahrhundert. 3. Die Zeit der Phanarioten (1711—1821). 4. 1821—1859. 5. 1858—1936/37. Mit Recht betont der Verf. das Alter des im rumänischen Volke verwurzelten Gewohnheitsrechtes. Durch die rumänische Wanderbewegung hat sich dieses „rumänische Gewohnheitsrecht" über die bisherige Heimat der Rumänen — nach des Verf. Ansicht, der sich die „Kontinuitätsthese" zu eigen macht, ist dies Siebenbürgen, die Moldau und die Walachei — nach Galizien und der Ukraine ausgebreitet. Unbeschränkt konnte sich dieses Recht nur in den beiden Fürstentümern entwickeln. Dort bildete es bis zum Ende des 18. Jh.s die wichtigste und fast die alleinige Rechtsquelle. Seine tatsächliche Bedeutung im Rechtsleben war um vieles größer als die der geschriebenen Gesetze. Seit Anfang des 19. Jh.s wurde das Gewohnheitsrecht dann durch das geschriebene Recht zurückgedrängt. Am längsten behauptete es seinen ehemaligen Geltungsbereich in Bessarabien (bis 1928).

Das slawische Element, das bei der Prägung des rumänischen Volkstums einen entscheidenden Einfluß ausgeübt hat, hat auch die Rechtsentwicklung außerordentlich stark beeinflußt. Dieser slawische Einfluß ist zu Ende des 19. Jh.s und zu Anfang des 20. Jh.s von der sog. „slawischen Schule", deren Hauptvertreter C. G. Dissescu und Paul Negulescu waren, sehr überschätzt wurden. Diese Richtung ging sogar so weit, daß man nicht nur von einem slawischen Einfluß, sondern sogar von einem sog. slawischen Ursprung des rumänischen Rechtes sprach. Die spätere Forschung (vor allem J. Peretz und I. D. Condurachi) hat sich dann gegen diese Anschauung gewandt. Der Verf. selbst vertritt den Standpunkt, der slawische Einfluß im rumänischen Recht sei sehr gering, er präge sich nicht so sehr in den Institutionen,

als vielmehr vor allem in den slawischen Bezeichnungen dieser Institutionen aus (S. 56).

Nächst dem slawischen Einfluß ist der byzantinische wichtig, der entweder direkt von Byzanz ausging oder durch andere benachbarte Völker vermittelt wurde. Er äußert sich besonders auf dem Gebiet des kulturellen und kirchlichen Lebens, in der politischen Organisation und in den geschriebenen Gesetzen. Alle rumänischen Gesetze bis zum Anfang des 19. Jh.s sind größtenteils Übersetzungen und Bearbeitungen des byzantinischen Rechts.

Der ungarische und deutsche Einfluß — beide äußern sich bei den Rumänen gemeinsam und in derselben Richtung — ist nicht bedeutender gewesen als die übrigen Einflüsse. Türkischer Einfluß zeigte sich besonders im 17. und 18. Jh. Auch er hat einige Spuren in der rumänischen Sprache hinterlassen. Das 19. und 20. Jh. haben dann den schon erwähnten starken Einfluß des französischen Rechts gebracht.

Alle diese fremden Einflüsse haben nach der Ansicht des Verf.s den Inhalt des rumänischen Rechts nur in Einzelheiten umgebildet und bereichert, ohne jedoch das eigene Wesen des rumänischen Rechts zu berühren. Ausführlich versucht der Verf. den Nachweis zu erbringen (S. 61—65), daß der Grundstock des rumänischen Rechtes auf die thrakischen Daker zurückgeht. Für ebenso wichtig in der rumänischen Rechtsentwicklung hält er die Rolle des römischen Elements. Der römische Einfluß sei der alleinige hauptsächlichste und bestimmendste in der Geschichte der Ureinwohner der Karpatengebiete. Dieser Einfluß allein sei tief in die Seele der Ureinwohner Dakiens gedrungen (S. 68). Während J. Peretz, der bekannte Erforscher der rumänischen Rechtsgeschichte behauptet, daß nur das „klassische“ römische Recht aus der Zeit vor der Räumung Dakiens durch Kaiser Aurelian (271 n. Chr.) im rumänischen Gewohnheitsrecht weiterlebt, vertritt der Verfasser die Ansicht, daß auch die spätere römische Rechtsentwicklung noch auf die Anfänge des rumänischen Gewohnheitsrechtes eingewirkt hat (S. 75—77). Die „echtrumänischen“ Rechtsinstitutionen teilt der Verf. in zwei Kategorien ein: in die, die von allem Anfang an rumänisch waren, und die, die zwar von Fremden entlehnt worden sind, aber im Laufe der Zeit ganz nach rumänischen Anschauungen umgeprägt und so selbst rumänisch geworden sind (S. 81). Mit Iorga vertritt der Verf. die Ansicht, das öffentliche Recht Siebenbürgens sei von rumänischem Recht stark beeinflußt worden, eine — gelinde ausgedrückt — sehr hypothetische Anschauung.

Die Entstehung des rumänischen Rechtes betrachtet der Verf. als einen „spontanen“ Vorgang. Es habe sich zum größten Teil herausgebildet in der Zeit nach dem Zusammenbruch der römischen Herrschaft und vor der Gründung der beiden rumänischen Fürstentümer (S. 85).

Dem rumänischen Recht glaubt der Verf. eine ausgesprochene Ursprünglichkeit zuschreiben zu können (S. 90). Insbesondere seien die Gesetze aus der Phanariotenzeit Manifeste dieser rumänischen Rechtsursprünglichkeit. Jedes dieser Gesetze aus dem 18. und dem Beginn des 19. Jh.s sei „ursprünglich“ (S. 91). Auch bei der Übernahme westeuropäischer Gesetze im 19. Jh. habe die eifrige Arbeit rumänischer Juristen sich bemüht, das fremde Recht dem rumänischen Volksempfinden anzupassen. Auch da, wo man im rumänischen Recht entliehene Bestandteile findet, könne man noch nicht behaupten, daß sie nicht ursprünglich seien, denn in dem Recht aller Völker finde man gemeinsame und entliehene Bestandteile (S. 95).

Mit apriorischen Erwägungen versucht der Verfasser dann klarzustellen, daß es schon vor der Gründung der Fürstentümer „logischerweise“ ein gemeinsames und einheitliches rumänisches Recht gegeben haben müsse (S. 97). Erst später hätten sich infolge der verschiedenen politischen Schicksale regionale Besonderheiten im rumänischen Rechts-

leben herausgebildet (S. 98). Aber die Rechtsentwicklung in den beiden Fürstentümern verlaufe ununterbrochen parallel.

Diese zusammenfassende kurze Darstellung der rumänischen Rechtsgeschichte, deren hauptsächlicher Gedankengang im vorausgehenden ausführlich wiedergegeben wurde, leidet an einem ganz schweren Mangel: Der Verf. sieht nicht, daß die ganze ältere Geschichte — auch die Rechtsgeschichte — des Rumänentums nur vom Balkan her verständlich ist, daß die rumänische Rechtsgeschichte eben nur ein Kapitel der gesamtbalkanischen Rechtsgeschichte ist. Besonders deutlich zeigt sich dieses Mißverständnis bei der Erörterung des sog. „slawischen Einflusses". In gesamtbalkanischer Betrachtung sieht dieses Problem wesentlich anders aus. Ein großer Teil dieses sog. „slawischen Einflusses" wäre richtiger als „gesamtbalkanische Gemeinsamkeit" zu bezeichnen. Auch eine Anzahl sonstiger Fragen, die hier für die rumänische Rechtsgeschichte gestellt werden, können nur unter vergleichender Heranziehung der gesamtbalkanischen Rechtsentwicklung beantwortet werden (z. B. Fortleben des vorrömisch-altbalkanischen Volksrechtes). Die Behandlung dieser Fragen muß einer anderen Gelegenheit vorbehalten bleiben.

Der zweite Hauptteil des vorliegenden Werkes ist eine sorgfältig gearbeitete Bibliographie des gesamten Schrifttums zur rumänischen Rechtsgeschichte. Der umfangreiche Stoff (1480 Titel — Bücher und Aufsätze) ist nach sachlichen Gesichtspunkten in die folgenden Abschnitte gegliedert: Zusammenfassende Darstellungen der rumänischen Rechtsgeschichte — Periodika — Urkundenausgaben — Ausgaben sonstiger Quellen — Untersuchungen über die vorrömische, römische und nachrömische Zeit (bis zur Gründung der Fürstentümer), über die Organisation der rumänischen Fürstentümer, über die Institutionen des Gewohnheitsrechtes, über die alten Gesetze und Gesetzesausgaben, über die alten Juristen und den juristischen Unterricht, über die rumänische Rechtsgeschichte in moderner Zeit (seit 1821), über die Rechtslage der Fremden und über die internationalen Beziehungen.

In dieser sehr verdienstlichen Bibliographie liegt der Hauptwert des vorliegenden Buches. Die vorangehende — als programmatisch gedachte — Darstellung kann nicht als glücklich gelten. Es liegt dies vor allem daran, daß der ganze Fragenkreis der rumänischen Frühgeschichte im Sinne der dako-rumänischen Kontinuitätsthese falsch gesehen wird.

Leipzig. Georg Stadtmüller.

I. Nistor: La Bessarable et la Bucovine. (Académie Roumaine. Connaissance de la terre et de la pensée roumaines Nr. 3). Bukarest 1937. Imprimeria Naţională. 54 S. + zahlreiche Abbildungen und Karten.

Der Vf. gibt einen kurzen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der beiden rumänischen Provinzen, die nach jahrhundertelanger Zugehörigkeit zu dem Fürstentum Moldau in den letzten 100 bzw. 150 Jahren unter russischer bzw. österreichischer Herrschaft gestanden sind.

Bessarabien, dessen Name auf die einstigen Beziehungen des Landes zu dem Fürstentum der Basaraben (der Walachei) hinweist, kam nach dem Frieden von Bukarest, der den russisch-türkischen Krieg von 1806 bis 1812 beendete, an Rußland. Nach dem Krimkrieg fielen die drei südlichen Distrikte Cahul, Bolgrad und Ismail zwar wieder der Moldau anheim, doch mußte sie der Sieger von Plevna 1878 seinem wenig dankbaren russischen Bundesgenossen zurückgeben. In dieser Zeit begünstigte die gemeinsame Orthodoxie die Russifizierung des Landes, das

erst im Laufe des Weltkrieges wieder rumänisch-nationale Regungen zeigte. Etwas ausführlicher verweilt N. bei der Schilderung der Verhältnisse nach Ausbruch der russischen Revolution 1917. Auch die ukrainische Frage spielte hinein. Um die Jahreswende wurde rumänische Waffenhilfe angesprochen, das Land erklärte sich zunächst unabhängig, um dann am 27. März 1918 den Anschluß an Rumänien zu vollziehen. Als bedeutende Leistungen der rumänischen Verwaltung seither erwähnt N. die Einführung des geheimen Wahlrechts, die Agrarreform, den Kampf gegen das riesenhafte Analphabetentum und die sanitären Maßnahmen.

Ähnlich kurz und schlagwortartig wird das Buchenland behandelt. Einst die Wiege des jungen moldauischen Fürstentums wird das Buchenland nach dem Frieden von Kütschük-Kainardschi 1774 von den Österreichern mit Zustimmung der Russen besetzt und 1775 von der Pforte vertragsmäßig abgetreten. N. weist darauf hin, daß der türkische Vasall Fürst Grigore Ghika gegen diese Abtretung Protest einlegte. Von 1786—1848 war diese Provinz Galizien einverleibt und wurde erst im Revolutionsjahr als autonome Provinz konstituiert. Die österreichische Herrschaft wird sehr allgemein nur als Zeit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entrechtung hingestellt. Hier hätte der deutsche Leser gerne etwas mehr geschichtlichen Gerechtigkeitsinn erwartet. Gerade das angeführte Beispiel Onciuls und schließlich die wissenschaftliche Vergangenheit des Vf.s selber lehren, daß man im Tschernowitz der letzten Vorkriegsjahrzehnte bis zu einem gewissen Grad sehr wohl auch den rumänischen Standpunkt vertreten konnte. Im übrigen hat es in dem Buchenland zu allen Zeiten eine starke rumänisch-nationale Bewegung gegeben. Es ist nur natürlich, daß sich demgegenüber die österreichische Regierung mehr auf den ukrainischen Bevölkerungsteil zu stützen suchte. — Auf Seite 4 zweite Zeile von unten muß es 28. November 1918 statt Oktober lauten.

Die Summe: eine populärwissenschaftliche Darstellung, der manches Wissenswerte zu entnehmen ist, die aber nichts wesentlich Neues bietet.

Hermannstadt. Gustav Gündisch.

Kurt Gloger: Baltikum. [Berlin] 1938. Edwin Runge Verlag. 160 S. + 15 Abb.

Die Zahl der allgemeinverständlich gehaltenen Führer durch die Gesamtgeschichte des baltischen Raumes nimmt allmählich zu, obgleich noch an vielen Stellen grundlegende Einzeluntersuchungen fehlen. Auch die vorliegende Schrift ist als Schulungsschrift gedacht, die der durch viele gediegene Bände seiner Grenzkampfschriften bekannte Verlag herausgab. Den Band „Baltikum" legt man jedoch schon bald mit Enttäuschung und Bedauern aus der Hand. Er enthält so viele Irrtümer, veraltete oder gar falsche Angaben, Mißverständnisse, Druckfehler und Lücken, daß in vielen Fragen ein völlig falsches Bild des geschichtlichen Ablaufs entsteht. Es geht nun einmal nicht, eine vergleichende Sprachentabelle aus dem Jahre 1846 zu bringen, in der die Schreibweise der nichtdeutschen Wörter in keiner Weise der heutigen Rechtschreibung entspricht (S. 22). Völlig willkürlich ist die Schreibung der litauischen Namen. Andere, wie die Namen des Revaler Reformators Lange (S. 52), Knopken (S. 52), des Begründers des Seminars Forselius (S. 65), Biron (S. 62), Patkul und Budberg (S. 68 — hier steht gar Gutberg!!), Hastfer (S. 68), Hurt (S. 80), Lieven (S. 112) sind verdruckt. — Zur kleinen Gilde gehörten im Baltenlande nur die Handwerker (S. 64). Hans Bull war in Dorpat Glied der Großen Gilde. (Vgl. meine Ausführungen Sitz.Ber. d. Gel. Estn. Ges. 1933, Dorpat 1935, S. 132.) Völlig mißverstanden ist die Geschichte der Dorpater Universität (S. 65) und die Entstehung der Ge-

lehrten Estnischen Gesellschaft. Letztere ist von Deutschen zur Erforschung der estnischen Sprache und des estnischen Volkstums 1838 begründet worden (S. 80). So ließen sich noch zahlreiche kleinere oder größere Irrtümer der Schrift nachweisen, die keineswegs von besonderer Sachkenntnis Zeugnis ablegt. (Vgl. für Einzelheiten auch die Besprechung durch J. v. Hehn in Auslandsdeutsche Volksforschung 1938, S. 433.)

Man möchte der Schrift jedenfalls eine grundlegende Überarbeitung wünschen, da sie in der vorliegenden Gestalt allzu unzulänglich und durch die neuesten Ereignisse überholt ist. Zu diesem Zwecke sei dem Bearbeiter auch das Studium der wichtigsten neueren Arbeiten zur Geschichte des Baltenlandes empfohlen, über die die vorliegende Zeitschrift regelmäßig und ausführlich Bericht erstattet.

z. Zt. Lublin. Roland Seeberg-Elverfeldt.

G[ertrud] von Walther-Wittenheim O.S.B.: Die Dominikaner in Livland im Mittelalter. Die Natio Livoniae. (Dissertationes Historicae fasc. IX.) Rom 1938. Institutum historicorum FF. Praedicatorum Romae ad S. Sabinae. XII + 159 S.

Die Geschichte der Franziskaner in Livland hat schon 1912 L. Lemmens O. F. Min. kurz behandelt. Für die Dominikaner füllt die vorliegende, ausführlicher gehaltene fleißige Darstellung die bisherige Lücke in willkommener Weise. Die urkundlichen Quellen und die Literatur sind in großer Vollständigkeit benutzt. Ein wertvoller Anhang bietet, wenn auch nicht ohne gewisse kleine Mängel einer Erstlingsarbeit, eine Reihe Urkunden, darunter etwa 10 bisher ungedruckte, aus der Zeit von 1234—1524, z. T. aus Archivforschungen der Vf.in in Riga, Reval und Rom. Wegen der Spärlichkeit der urkundl. Überlieferung müßten hier die Lübecker Testamentslegate des 13. und 14. Jh.s an die livländischen Klöster nachgetragen werden (vgl. E. G. Krüger, „Die Bevölkerungsverschiebung ... in die Städte des Ostseegebiets bis 1370". Ztschrft. d. Ver. f. Lüb. Gesch. 27, 1, 2, 1933, 1934). —

Während die Franziskaner in Livland bis zum Ende des Mittelalters 11 Konvente gegründet hatten, besaßen die Dominikaner hier nur die 3 Klöster in Riga (seit 1234), Reval (seit 1229 bzw. 1246) und Dorpat (vor 1300), dazu eine Spätgründung von 1520 in Narva. Reval gehörte zunächst zur dänischen Ordensprovinz, Riga (und Dorpat) bis 1303 zur Prov. Teutonia, alsdann zur Saxonia, zu der seit 1399 bis etwa 1423 zeitweilig auch Reval gehört hat. Die Vf.in beschreibt die Geschicke dieser Klöster mit einer Menge neuer Einzelheiten. Im II. Kapitel „Ordensorganisation und Bestand der Konvente" wird u. a. als eine für Livland einzigartige Quelle eine Liste der 1516—1520 in Reval neu aufgenommenen Brüder erstmalig benutzt. Einige Mönche des 15./16. Jh.s hält die Vf.in für Esten. Im III. Kap. „Wissenschaft" wird das Bestehen eines eignen Theologiestudiums in Riga und vermutlich auch in Dorpat nachgewiesen. Zu S. 33 läßt sich jetzt das Verzeichnis ehemaliger Dominikanerbücher aus N. Buschs Studien zur Gesch. der Rigaer Stadtbibliothek und ihrer Bücher (1937) nachtragen. Das IV. Kap. bewertet die „Dominikanische Bautätigkeit", auch an Hand der allgemeinen Ordensbauvorschriften. Das V. Kap. „Wirtschaftliche Grundlagen der Konvente" gewährt ganz neue Einblicke in das Terminierwesen der Revaler Mönche auf Grund erstmalig benutzter Aufzeichnungen der beiden letzten Prioren für 1516 bis 1524. Im VIII. Kap. „Verhältnis zum Deutschen Orden in Livland" will die Vf.in auf S. 92 die katholische Bekenntnistreue des Deutschordens-Meisters Plettenberg gegenüber der Reformation durch dessen tiefes Verwurzeltsein im dominikanischen Geistesleben seiner mönchischen Beichtväter erklären. Aber gehandelt hat der Meister doch als Politiker. Zu S. 87 wäre K. Forstreuters Untersuchung über die offenbar ge-

fälschten Briefe des Litauerkönigs Gedimin von 1323 betr. seiner angeblichen Taufbereitschaft heranzuziehen gewesen. Auf S. 90 heißt es versehentlich, der Deutschordensmeister Monheim habe 1337 „im Archiv der Engelsburg“ (statt im Rigaer Dominikanerkloster) Geld hinterlegt. Im Verzeichnis der Papstbullen, die den Dominikanern die Kreuzzugspredigt zugunsten des Deutschordens in Preußen und Livland auferlegten (S. 150), fehlen fast alle Jahreszahlen. Die mehrfache Transsumierung der dem Deutschen Orden ausgereichten Landschenkungsurkunden König Mindowes durch die Dominikaner ist natürlich nur auftragsweise erfolgt und daher kein Beweis für deren rege bleibendes Interesse an Litauen (S. 91).

Kap. X erhellt, größtenteils nach römischen Archivnachrichten, erstmalig den verwickelten Verlauf der in Holland entsprungenen Klosterreform oder Einführung der Observanz (Erneuerung der alten strengen Armutsregel) in Livland, die 1475/76 in den Klöstern in Reval und Riga durch Albert Petri, 1480 in Dorpat durch Georg Fabri durchgeführt wurde und diese Konvente als „Livländische Nation“ der „Congregatio Hollandiae“ seit 1517 alle drei der Provinz Saxonia angliederte. Zu dem auf S. 115 vermuteten Auftreten des Inquisitors Georg Fabri gegen Nachwirkungen des Irrlehrers Joh. Hilten in Dorpat vgl. nunmehr: P. Johansen, „Joh. von Hilten in Livland, ein franziskanischer Schwarmgeist am Vorabend der Reformation“ (Archiv f. Ref.-gesch. 36, 1/2, 1939, S. 24—50).

Das Schlußkapitel über den Untergang der livländ. Klöster in den Reformationsstürmen 1524/25 bietet u. a. neue Nachrichten über das spätere Auftauchen ehemaliger livländ. Dominikaner in Deutschland (S. 133, vgl. S. 31 f.). Überhaupt bereichert das Buch das personenkundliche Material über die Dominikaner in willkommener Weise. In der Beilage S. 155 wird die (auf S. 20 vermutungsweise bejahte) Frage, ob der berühmte dominikanische Theolog Albert der Große (der in einem seiner Aristoteleskommentare Livland erwähnt) um 1255 persönlich in Livland gewesen sei, mit Recht verneint.

Riga-Posen. Leonid Arbusow.

Juris Vīgrabs: Die Rosensche Deklaration vom Jahre 1739. Ein Beitrag zur Geschichte der Leibeigenschaft in Livland und Estland. Dorpat 1937. Akadeemiline Kooperatiiv. 121 S. Text, 95 S. Beilagen.

Kaum über ein tatsächlich gar nicht so sehr bedeutungsschweres Dokument der baltischen Geschichte in den vergangenen Jahrzehnten hat ein so erstaunlicher Streit getobt, wie über die sog. „Rosensche Deklaration“.

Der Tatbestand ist kurz folgender: Am 6. und 9. Nov. 1739 ließ das Petersburger Kaiserl. Justizkollegium sowohl durch das Rigaer Generalgouvernement als durch das Hofgericht bei der Kanzlei der Livländischen Ritterschaft eine schriftliche „zuverlässige Nachricht“ über den Umfang des Dominiums der Erbherren über ihre Bauern mit „historischen Nachrichten und Urkunden“ einfordern. Die Kanzlei übergab die Schreiben dem Landratskollegium, d. h. dem in dem betreffenden Monat Nov. 1739 in Riga residierenden Landrat Otto Fabian von Rosen. Dieser ließ die Sache bis zum 20. Nov. liegen. Dann bat er seinen Nachfolger, der als letzter Landrat des Jahres 1739 im Dezember in Riga „residieren“ sollte, und andere seiner elf Landratskollegen um Mitarbeit. Weil aber diese aus äußeren Verhinderungsgründen absagten, ließ v. Rosen im letzten Augenblick alleine nach alten Archivurkunden und Rechtswerken am 30. Nov. die so heiß umkämpfte „Rosensche Deklaration“ als Antwort ausfertigen.

Diese ist von Rosen unterschrieben und vom Ritterschaftssekretär gegengezeichnet. Sie trägt den Titel „Unterthänigstes Memorial" und zerfällt in 4 Abschnitte. Deren erster behauptet, daß die Bauern Livlands von der ersten Eroberung des Landes an und danach ununterbrochen weiter unter ihren Erbherren in völliger Leibeigenschaft gelebt hätten, und mit oder ohne die Rittergüter, in denen sie lebten, vererb-, versetz- und verkaufbar gewesen seien. Der zweite stellt weiter fest, daß damit auch das Eigentum der Bauern Eigentum der Erbherrschaft gewesen sei und noch sei. Diese habe aber aus freiem Willen dem Bauern die Pflicht auf gewisse Abgaben und Dienste genau festgesetzt, damit das, was er sich darüber hinaus erwürbe, ihm als bedingtes Eigentum zugute käme. Daraus wird im dritten Punkte gefolgert, daß es allein und voll in des Erbherrn Macht stünde, diese Abgaben festzusetzen und zu verändern. Im letzten Punkt wird festgestellt, daß die Ritterschaft sich freiwillig ihres Rechtes auf die Halsgerichtsbarkeit über die Bauern begeben habe, ihr aber weiter das Recht der kleinen, nichtkriminellen Gerichtsbarkeit und „Hauszucht" zustehe. Zum Schluß wird erklärt, daß die Herrschaft jedoch verpflichtet sei, die Schranken ihrer Willkür nicht zu überschreiten, sondern bedacht sein müsse, den Bauern nicht „unleidlich zu belästigen"; denn sein Wohl sei das der Erbherrn und ihrer Güter, und dieses wieder das der Kaiserlichen Majestät.

Es ist schon alsbald im 19. Jahrhundert von allen einschlägigen Geschichtsforschern und Rechtsgelehrten ausführlichst bewiesen worden und braucht hier nicht mehr dargetan zu werden, daß Rosen sowohl in der juristischen Darstellung, als auch in der quellenmäßigen Begründung des vermeintlichen Adelsrechtes die „unglaublichsten historischen und juristischen Schnitzer" unterlaufen sind. Eine „Leibeigenschaft" im rechtlich festgelegten eigentlichen Sinne des Wortes hat in den Baltenlanden nie bestanden, lediglich die damals allgemein europäische Erscheinung der „Erbuntertänigkeit", d. h. einer nur langsam gesteigerten Gebundenheit an ein bestimmtes Rittergut mit bestimmten Arbeitspflichten. Ebenso bestand dieser Zustand nicht von Beginn „der ersten Eroberung des Landes" her, — war es doch nicht einmal eine „Eroberung" gewesen — sondern bildete sich als Folgeerscheinung einer bestimmten gemeineuropäischen Wirtschaftsentwicklung, nämlich der Herausbildung der Großgutswirtschaft, und des Wachsens der ständischen Isolierung des landbesitzenden Adels stufenweise vom Ende des 16. Jh. an, eigentlich aber erst im 17. Jh. Er wurde auch im Baltenlande weder einheitlich, noch deutlich kodifiziert. Endlich gehen die Ansprüche der Deklaration weit über die nach den dort angeführten Urkunden und Quellen feststehenden tatsächlichen Rechtsnormen hinaus.

Schon in den 70 er Jahren entbrannte nun in der baltischen Geschichtsforschung der Kampf um den Wert und Gehalt dieses Dokumentes. Erstaunlicherweise drehte er sich alsbald weniger um den leicht anfecht- und widerlegbaren Inhalt der Urkunde, sondern vielmehr fast ausschließlich um die formalen Fragen und um ihre äußerliche Entstehung. Die deutschbaltische Geschichtswissenschaft spaltete sich in zwei Parteien. Die konservative Gruppe suchte die Deklaration als belangloses, formell fehlerhaftes, ja ungültiges, ohne Mitwirkung des Landrates entstandenes, von diesem nur „zerstreut" unterschriebenes „Machwerk eines sachunkundigen und unmaßgebenden Kanzlisten" darzustellen. Die liberale Gruppe wollte ihre unbedingte offizielle Wichtigkeit als Dokument adeliger Herrschaftsanmaßung erkannt haben. Kaum einer der damals bedeutenden Historiker, kaum eine Zeitschrift und Zeitung gab es, die sich nicht in leidenschaftlicher Weise an der Wortschlacht beteiligte. Auf beiden Seiten sparte man leider bald nicht mehr mit den schärfsten persönlichen Angriffen und Verbalinjurien. Nach dem Weltkriege verlagerte sich der Kampf auf das nationale Gebiet zwischen Deutschtum und Lettentum. Die letzteren wollten in der Deklaration die

Dokumentierung des „deutschen Tyrannen- und Blutsaugergeistes" sehen. Auf baltendeutscher Seite fanden sich immer noch Verfechter der Theorie der „flüchtigen Kanzleiarbeit für den Augenblicksbedarf". Der Artikelkrieg nahm bald wieder fast groteske Formen an, entfernte sich aber immer mehr vom eigentlichen sachlichen Kampfthema. Er ist auch heute noch nicht abgeschlossen.

Einer der gewandtesten Verfechter der lettischen Theorie ist seit einigen Jahren Georg (Juris) Vigrabs. Er hat sich immerhin das Verdienst erworben, durch glückliche Archivfunde endlich Klärendes zur Vor- und Entstehungsgeschichte der Deklaration beigetragen zu haben, wenngleich seine in mehreren Artikeln und Schriften dargestellte Auffassung immer noch nicht das Ufer der Sachlichkeit erreicht hat. Seine jüngste hier vorliegende Schrift verdankt ihre Entstehung einer Reihe von Forschungen in russischen Archiven.

Dabei ergab sich, daß ein estländischer Rechtsstreit der Ausgangspunkt der ganzen Angelegenheit war. Ein estnisierter Müller deutscher Abstammung namens Jan auf einer Mühle im Bereiche des Gutes Fonal im Kreise Wierland fühlte sich durch den Gutsherrn Leutnant Heinrich von Baer in seinen zum Teil vermeintlichen Sonderrechten geschmälert, wurde „aufsässig" und begann schließlich mit seinem Gutsherrn einen Kampf auf Leben und Tod. Auf beiden Seiten ließ man sich zu unerfreulichen Gewaltakten und Brutalitäten hinreißen. Die Sache beschäftigte das Wierländische Manngericht und das Revaler Oberlandesgericht. Aber der Müller, eine echte Kohlhaasnatur, ging nach Petersburg und dort bis zur Kaiserin Anna. Von dieser erreichte nach vielem Hin und Her die Sache schließlich das Justizkolleg. Am 30. Okt. ließ dieses zur endgültigen Klärung der reichlich verworrenen und mit vielen Gewaltakten belasteten Rechtssache zugleich die beiden Ritterschaften und höchsten Gerichte Estlands und Livlands zu einer Feststellung der Adelsrechte auffordern. Die livländische Antwort war die Rosensche Deklaration, die Estländer machten es sich einfacher und beschränkten sich auf die Zitierung und Erläuterung einiger Absätze des veralteten Ritter- und Landrechtes von Crusius mit weniger schroffem Ergebnis als bei den Livländern.

Schon eine richtige Darlegung der tatsächlich gerechtfertigten Adelsrechte hätte genügt. Der bedauernswerte Müller, der schließlich seine Mitbauern aufgewiegelt hatte, verlor seinen Prozeß, ihn traf ein hartes Los. Seine Ansprüche fanden natürlich damals, in der Zeit der höchsten Macht des Ständeprinzips in ganz Osteuropa nicht das Gehör, das ihm eine folgende Epoche wohl weniger versagt hätte. Seit 1764 (Ascheraden- und Langholmsches Bauernrecht u. v. a.), 1802 („Igga üks-Gesetz"), 1817—1819 führte der baltendeutsche Adel aus eigenem Antriebe, ohne auch nur einen materiellen Vorteil zu haben, die Aufhebung der Erbuntertänigkeit durch.

Neben der Rosenschen Deklaration gibt es noch eine zweite gleichzeitige und für die Auffassung des Adels bedeutsamere Urkunde: der von der Regierung nicht bestätigte Budberg-Schradersche Landrechtsentwurf von 1730—1737, der die Anknüpfung an alte Überlieferungen suchend, den Bauern eigene Habe und eigenes Erbrecht zubilligt. Vigrabs sucht ohne jegliche Berechtigung das geschichtliche Gewicht dieses Denkmals abzuschwächen.

Zu den Dutzenden von Anschauungen um die Bedeutung der Deklaration soll hier nicht eine weitere gefügt werden. Auch Vigrabs tut es tatsächlich nicht. So sehr seine fleißige und geschickt stilisierte Arbeit rein sachlich die äußere Entwicklung, die zum Erlaß der umkämpften Deklaration führte, enthüllt und klärt, so wenig bringt sie innerlich eigentlich „Neues" und wirklich Gewichtiges.

Der an sich traurige Fall des Müllers Jan bleibt ebenso wie die Deklaration selbst einer von Einzelfällen, der sich nicht verallgemeinern

läßt, eben der Übertriebenheiten wegen. Auch die Rosensche Deklaration ist ein Extrem, dessen Geisteshaltung und Gesinnung längst vergessen und verklungen sind. Dutzende von Folgegenerationen von Baltendeutschen im 19. Jh. bewiesen in Worten und Taten eine völlig andere Haltung gegen den lettischen Heimatgenossen, mit dem zusammenzuwohnen das Geschick nun einmal die Baltendeutschen bestimmt hatte. Es ist immer falsch und zwecklos, den politischen Tageskampf, einerlei aus welchen Motiven, im Spiegel vergangener Jahrhunderte sehen zu wollen. Und das 18. Jahrhundert kann ebenso nur aus sich heraus und nicht vom Standpunkte eines völlig anders aufgebauten Zeitdenkens verstanden werden. Die Ganzheiten zu finden, in die die Einzelheiten gehören, das ist wohl der letzte Sinn der Geschichtsforschung. Nicht aber ist es sinnvoll, aus besonders tendierenden und extremen Einzelfällen ohne Beachtung der anderen Tendenzen und Extreme eine Ganzheit konstruieren zu wollen. Behält man das im Auge, spart man viel an Papier und Blei.

Berlin. Heinz Mattiesen.

Otto Heinz Mattiesen: Die Kolonial- und Überseepolitik der kurländischen Herzöge im 17. und 18. Jahrhundert. Schriftenreihe der Stadt der Auslandsdeutschen, hrsg. vom Deutschen Auslandsinstitut in Stuttgart, 6. W. Kohlhammer, 1940; XLIII + 1015 S., [mit 14 Karten und Plänen und einigen Abbildungen].

Nach jahrelangen Vorarbeiten erscheint das Buch in einer Zeit, da ein Ausschnitt aus deutscher Kolonialgeschichte auf besonderes Interesse rechnen darf.

Im Mittelpunkt der Darstellung steht Herzog Jakob (1642—1681) aus dem Hause Kettler, der weitaus bedeutendste kurländische Herzog, Oheim und Schwager des Großen Kurfürsten, seit 1654 Reichsfürst, Gründer (und Verlierer) der kurländischen und zugleich der allerfrühesten deutschen Kolonien überhaupt, Typus eines merkantilistischen Fürsten mit dem Gefühlsleben der frühbarocken Romantik. Der Verf. sieht ihn in den drei Entwicklungsphasen des überlegenen Genies, hemmungslosen Händlers und des spleenigen vergreisten Sonderlings. Als Motive für seine, übrigens von starkem Staats- und Heimatgefühl getragenen Kolonial- und sonstigen Überseeunternehmungen erkennt M., wie vor ihm z. T. bereits W. Eckert („Kurland unter der Herrschaft des Merkantilismus", 1926), Jakobs Streben nach politischer Unabhängigkeit von seinem mächtigen landständischen Adel, nach Souveränität gegenüber dem Könige von Polen, seinem Lehnsherrn, und nach Gleichberechtigung in der internationalen Fürstenwelt Europas. Praktisch (nicht staatsrechtlich) wurden für gewisse Zeiten alle drei Ziele auch erreicht. Wirtschaftlich gesehen, handelte es sich um einen Kampf gegen den monopolistischen holländischen Zwischenhandel, z. B. mit Gewürzen: hierdurch erwuchs ein Zwang zur Erlangung von Kolonien in den tropischen Erzeugungsländern, als reine Ausbeutungsgebiete aufgefaßt, die andererseits die Erzeugnisse von Jakobs Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben aufzunehmen hatten. Das Ganze war beherrscht von den Lehren der merkantilistischen Wirtschaftswissenschaft, die der Herzog in ihrer Heimat, Holland, eingesogen hatte. In klaren Zügen, unter Schilderung der Kolonialtypen („punktuelle" Handelskolonien, „territoriale" Siedlungskolonien) ordnet M. die Unternehmungen des Herzogs in das allgemeine Weltkolonialbild ein. Er erweist auch, daß Jakobs früheste Schritte auf der überseeischen Bahn schon 1640/45, viel früher als bisher bekannt, einsetzten, und erkennt richtig die Fortschrittlichkeit des Kurländers, der als erster Fürst, im Gegensatz zu den damals üblichen Privatkompagnie-Kolonien, den Typus der Kronkolonie schuf, wozu England und Frankreich erst Ende des 17. Jh.s gelangten, und der noch zum

Schluß, 1681, den damals modernsten Typ, die Dominienkolonie mit freiheitlicher Verfassung, Selbstverwaltung und Parlament, auf Tobago zu verwirklichen versuchte; letzteres bereits nach englischem Muster, während Jakob vorher, nach 1670, in der äußeren Art und Form dieser Kolonie den französischen Wirtschaftslehren, bis 1670 aber selbstverständlich den anfangs maßgeblichen Lehren der Holländer gefolgt ist, ohne jedoch sich ihre Praxis der privaten Handelskompagnien anzueignen.

In der nicht restlos zu beantwortenden Frage nach dem direkten Anlaß und Anstoß zu Jakobs Kolonialunternehmungen verweist M., im Gegensatz zu W. Eckert, der den Anstoß von Frankreich ausgehen läßt, freilich unter Vorbehalt, auf das Vorbild der schwedischen, nach holländischem Muster seit 1630 organisierten Überseekolonien. Der in diesem Zusammenhang früher oft angeführte Brandenburger scheidet natürlich aus, da er erst ein Menschenalter später (1681/85) auf dem kolonialen Wege dem Kurländer gefolgt ist, also nicht dessen Vorbild sein konnte.

Bekanntlich lagen Jakobs zwei Kolonien einerseits an der Mündung des Gambia im westafrikanischen Guinea (nämlich Fort St. Andreas, Jillifree und Bajuna, der heutige transatlantische Flughafen Bathurst), andererseits auf Tobago, einer Insel der westindischen Kleinen Antillen. Die erste bestand 1651—1661, die zweite 1654—1658 (Erneuerungsversuch 1681, nachdem Jakob für die Abtretung Gambias sich 1664 Tobago von England hatte zedieren lassen, ohne es aber wirklich zu erhalten). Die Geschichte Gambias und Tobagos ist der neueren baltischen Forschung in allgemeinen Zügen wohl vertraut, aber nicht nur in zahlreichen Einzelheiten noch dunkel, sondern überdies von mancherlei Legenden übersponnen, die ehedem der baltische Patriotismus, neuerdings die nationale Eitelkeit der Letten erzeugte. Alle solche Gebilde zerstört M.s scharfe, meist recht temperamentvolle Kritik: z. B. ist die in lettischen Schriften behauptete Beteiligung von Letten als Kolonisten aus keiner einzigen Quelle zu ersehen und daher abzulehnen; einzig auf der Gambiafahrt der „Pietas" 1653/54 begegnen in der Besatzung, als Jungen: Kaspar de Kuer, Michel de Ciur, Küchenjunge (Kure=Lette), und 1691 wurde unter Herzog Casimir ein [lettischer] „paur" nach Tobago „condemniert", damals aber nur auf dem Papier, da die Insel längst englisch war (S. 251, 476). Ob die Namen eines Konstabels Jan Silck und eines Hinrich Seel, 1654 (S. 250. 253) zwingend lettische sind, müßte ein Linguist entscheiden. — M. schraubt auch die beliebten phantastischen Vorstellungen von blühenden, dicht besiedelten herzoglichen Kolonien mit lebhaftem Handelsverkehr nach und aus Kurland quellenmäßig auf das reale, weitaus bescheidenere Maß zurück, worin ihm in Einzelnem schon W. Eckert vorausgegangen war. Herzog Jakobs Flotte z. B. hat nie mehr als höchstens 10 große und 24 kleine Schiffe gleichzeitig gezählt; im Gambiaverkehr sind von 1651—1661 nur 10 Fahrten mit 14 Schiffen, dokumentarisch belegt, im Verkehr mit Tobago 10 Fahrten mit 8 Schiffen, und die Kurländer haben nur ein kleines Ende dieser Insel mit vielleicht 100 Farmern und nicht vielen (gekauften) Negersklaven für kurze Zeit zu besiedeln vermocht, wobei noch das andere Ufer von den Holländern eingenommen war; einen Tobagohandel aber gab es nicht und konnte es nicht geben.

Die Erkenntnis der grundlegenden allgemeinen Züge in Jakobs Kolonialpolitik verdanken wir erst M-s Darstellung. Erst er fand den Grund zur Wahl gerade von Gambia und Tobago: so wie damals eine seefahrende Nation nach der anderen sich auf das gewinnreichste aller Geschäfte, den Sklavenhandel, stürzte, so erstrebte auch Jakob Anteil an dieser Reichtumsquelle und besetzte die beiden genannten Plätze am Anfang und am Ende des großen Sklaventransportweges als Ausgangspunkt und als Abladehafen für den Handel mit schwarzer

Ware. Die zweckbewußte Verkoppelung Guinea—Westindien ist schon in seinem Portugalvertrage von 1646 erkennbar. Praktisch durchgeführt wurde der kurländische Sklavenhandel freilich nicht, oder nur in ganz geringem Maß. Aber Gambia und Tobago waren von Jakob bloß als Teile, als Vorstufen eines weit universaleren Überseeprojekts gedacht: sie sollten ihm nur die Mittel zur Beteiligung am Ostindienhandel, jener von der ganzen Welt phantastisch überbewerteten Reichtumsquelle, liefern. Schon 1646 zuerst erwähnt, wird dieser grandiose Plan von Jakob nie aufgegeben; er wird auf dem Wege über Rußland, über die Holländisch-Ostindische Kompagnie versucht, ist 1649/50 klar ausgebaut, beherrscht 1652—56 mehrere Projekte des Herzogs, wird 1656 durch eine Fahrt der „Pietas" vergeblich zu realisieren gesucht, usw. (S. 95, 332 ff.).

In diesem großen, neuen Bilde hellt M. nun aber auch noch eine ganze Reihe bisher dunkler Einzelfragen auf, z. B. Jakobs ersten, bisher unbekannten Vorstoß nach Guinea im Herbst 1645 mit der, allerdings von der Holländisch-Westindischen Komp. gekaperten „Fortuna", sodann das Rätsel um die, früher zuweilen als ein Patengeschenk König Jakobs I. von England erklärte Gewinnung Tobagos (geplant 1653, ausgeführt am 20. Mai 1654), worüber leider zwei, 1890 bzw. 1713 noch vorhanden gewesene Hauptquellen verschollen sind. M. erklärt sie (S. 425 ff., 440) als schlichte Annexion, übrigens in buchstäblicher Wettfahrt mit den Holländern. In seiner Beweisführung scheint nur ein unerklärter Punkt zu bleiben: warum nämlich hat der Lehnsbesitzer Tobagos, Graf Warwick († 1658), die Annexion nicht beklagt? — Unerwartete Aufklärung erfährt (S. 902—923) die bisher ganz nebelhafte Tobagofahrt der 2 Schiffe „Herzoginnenwappen" und „Jäger" 1686/87 zum Entsatz der katastrophalen Expedition Kapitän Schmolls: das erste Schiff scheiterte bei den Färöern, das andere fand keine Kurländer mehr auf Tobago vor und kehrte wieder um.

Es ergeben sich in M.s Darstellung natürlich auch wichtige neue wirtschaftsgeschichtliche Erkenntnisse, z. B. der Nachweis von Jakobs grundsätzlicher Verkennung der wahren Eignung Tobagos, das gar nicht, wie Gambia, zum Handelsstützpunkt taugte, sondern nur zu einer Flächen- und Siedlerkolonie gemäß den seit 1670 herrschend gewordenen Koloniallehren des absolutistischen Frankreich. Jakob hat erwähntermaßen zuletzt auch diesen Weg eingeschlagen, bis dahin freilich große Verluste in vergeblichen Handelsversuchen erlitten.

Zahlenmäßige Berechnungen über das materielle Ergebnis von Jakobs Kolonial- und Überseepolitik erweisen sich als unmöglich; M. konnte nur feststellen (S. 382), daß Umfang und Ausdehnung des gesamten kurländischen Seeverkehrs ganz bedeutend größer waren, als W. Eckert, dem das damals noch verschleppte herzogliche Archiv nicht zugänglich war, in seinem vortrefflichen Buch errechnen konnte. In Summa schlossen wegen zahlreicher ungünstiger Umstände (zu hohe Unkosten, allzuweite Entfernung, giftiges Klima, viele Personalschwierigkeiten, politische und Berechnungsfehler Jakobs selbst, usw.) Gambia und Tobago mit großen Fehlbeträgen ab. Immerhin gab es gewisse, von 1650—1660 seitens der konkurrierenden großen Seemächte mit Achtung geduldete Anfangserfolge, besonders in Gambia. Aber jeden endgültigen Erfolg verhinderten der giftige Konkurrenzneid der Niederländer, die Politik Englands, die Gewalttätigkeit Frankreichs nach 1661, u. a. m. In den weltpolitischen Spannungen und Seekämpfen der rivalisierenden großen Seemächte wurden Jakobs Kolonien geraubt (sie blieben schließlich beide in englischer Hand), alle seine überseeischen Handelsunternehmungen zerrieben. Seine schwedische Gefangenschaft (1658/60) erleichterte und beschleunigte die Katastrophe, die bereits durch Jakobs politisches Schwanken zwischen Holland und England, und hier wieder zwischen Königtum, Revolution Cromwells und Restauration, vorbereitet war. Des Herzogs zwanzig letzte Lebensjahre füllten rast-, end- und

ergebnislose diplomatische Verhandlungen und alle möglichen Projekte zur Wiedergewinnung der verlorenen oder Erlangung neuer „Insuln“; über einer ausgesandten Expedition zur Neubesiedelung Tobagos starb er hin. Tiefste Gründe des Mißlingens seiner Kolonialpolitik: die abgeschnürte, allen Willkürakten fremder Seemächte ausgesetzte Lage seines für so große Unternehmungen viel zu schwachen und unentwickelten Landes, und der Mangel an einheimischen Kräften für Schiffskommandos, Gouverneurs-, Faktor- und Agentenposten, wofür meistens Fremde geworben werden mußten. (Das heldenmütige Verhalten des letzten Gambiagouverneurs Otto Stiel aus Goldingen zeigt andererseits, was Landeskinder im Herzogsdienst leisten konnten.)

Die immer schwächlicher werdenden Maßnahmen Friedrich Kasimirs und andrer Nachfolger Jakobs in der Kolonienfrage blieben ebenfalls ergebnislos; das größte dieser späteren Unternehmen, Kapitän Schmolls Tobagofahrt mit der „Fortuna“ 1686/88, endigte schauerlich. Allmählich erfolgte, seit 1699, eine Umstellung von Kurlands Handel nach dem Osten, bis schließlich das eigentlich see- und westwärts ausgerichtete Küstenherzogtum von der riesigen Kontinentalmacht Rußland auch politisch aufgesogen wurde (1795).

Auf die große Fülle von interessanten Einzelheiten des Buches, auch auf Heldentaten oder Versagen verschiedener Kapitäne und Gouverneure, Bewährung oder Schwindeleien von Direktoren, Projektemachern und Agenten, die Diplomatie der herzoglichen Gesandten u. a. m. ist hier nicht einzugehen. Es sei nur erwähnt, daß sich um das Gambia- und Tobagounternehmen noch zahlreiche andere Affären und Projekte rankten, z. B. ein Anschlußversuch an den uralten Seidenweg nach dem Orient quer durch Rußland (1646) nach dem bekannten Vorgang Holstein-Gottorps von 1634/36, zweimalige Berührung der kurländischen Kolonialpläne mit Brandenburg (1651/52 und 1691), Jakobs Südseeprojekt unter erstrebter Beteiligung des Papstes 1652—58 (S. 368 ff), und noch mancherlei anderes.

Alles wird in dem Buch vom Verfasser in anregendster, dazwischen selbst spannender Art, allerdings nicht ohne häufige Wiederholungen, berichtet. Die Sprache ist lebhaft und flüssig. Stoffliche Spannungsmomente ergeben sich z. T. schon aus dem klassischen Schauplatz aller Flibustierromantik, in dessen Zentrum Tobago lag.

Nicht allen, manchmal recht temperamentvoll ausgedrückten Urteilen des Verfassers kann man ungeteilt zustimmen. So braucht z. B., bei der notorisch sehr vielseitigen Beanspruchung der herzoglichen Finanzen doch nicht immer eine persönliche Knauserigkeit Jakobs an mangelhafter Ausrüstung von Expeditionen und zu knapper oder verzögerter Gagierung der Kolonialbeamten schuld zu sein. Man versteht auch nicht, warum der Verf. von allen damaligen Unternehmern allein den Herzog Jakob mit dem Fluch des „Mammonismus“ belegt. Ebenso sieht man nicht ein, warum Jakobs zwanzigjährige hartnäckige, aber ohnmächtige Bemühungen, gegen den bösen Willen Hollands, Englands und Frankreichs nach der Katastrophe von 1658/60 wiederum Kolonien zu erwerben, bloß als „bizarrer Spleen“ eines vergreisten „Sonderlings“ gewertet werden. Beharrlichkeit im Streben nach einem an sich (nach M.s Urteil) berechtigten Ziel könnte doch auch eine andere Würdigung verdienen. Gewisse, vom Verf. sehr stark herausgestellte charakterliche und wirtschaftstheoretische Schwächen und politische Fehler des Herzogs brauchen damit ja nicht geleugnet zu werden. Im übrigen stellt auch M. fest, daß kein anderer außer Jakob es fertig gebracht hätte, aus Kurland eine derartig weitgespannte Kolonial- und Überseepolitik unter den schwierigsten Verhältnissen zu betreiben und dadurch der Kolonialgeschichte eine ruhmvolle deutsche Leistung mehr einzugliedern. —

Die Quellengrundlage des ganzen Buches ist durchgängig die beste. Es sind vor allem die für diesen Gegenstand vom Verf. zum ersten-

mal genutzten Akten und Urkunden des erst 1931 wieder zugänglich gewordnen kurländischen Herzogsarchivs (im Lett. Staatsarchiv in Riga), die aus den (z. T. schon früher bekannten) Beständen des Kurländischen Landesarchivs und aus den von R. Sewigh 1870 in den Archiven Londons und des Haags besorgten Abschriften oder Auszügen (jetzt im Lett. Staatsarchiv in Riga), auch aus den Akten des Preußischen Staatsarchivs in Berlin, auf das mannigfachste ergänzt werden. Die wichtigsten Quellen sind vollständig oder in umfangreichen Auszügen am Schluß der einzelnen Abschnitte des Buches abgedruckt, von S. 549, d. h. vom Jahre 1661 ab aber aus technischen Ursachen im Rahmen des Textes mitgeteilt. Die mehrfach nötige Verdeutlichung des Sinnes mancher Aktenstellen durch Korrektur kleiner sinnstörender Fehler und Regelung der wirren Interpunktion und des Gebrauchs der großen und kleinen Anfangsbuchstaben ist unterblieben; manche Druckfehler sind in den Texten stehen geblieben; an einigen wenigen Stellen scheint ein und der andere Satz nicht ganz zutreffend übersetzt bzw. verstanden zu sein (vgl. z. B. S. 293, 356/357, 424).

Bei den weitverzweigten, nach Schweden, Dänemark, Holland, England, Frankreich, Spanien, Portugal, Venedig und Rom reichenden politischen oder wirtschaftlichen Beziehungen Herzog Jakobs können zukünftige archivalische Nachträge eigentlich nicht ausgeschlossen sein, man hat aber doch durchaus den Eindruck, daß der allergrößte und jedenfalls der allerwichtigste Teil des überhaupt noch vorhandnen Materials dem Verf. vorgelegen hat. Daraus wird in dem Buch vor dem Leser eine überraschende Fülle der kostbarsten, bisher teilweise ganz unbekannten Schätze ausgebreitet. Hier seien nur einige besonders umfangreiche und in mehrfacher Beziehung, auch rein menschlich, besonders erregende und packende Stücke angeführt: Kapitän Pieter Schultes Tagebuch von der frühesten Gambiafahrt (auf dem „Krokodil") 1651/52 (S. 145—170), der neu aufgefundene erschütternde Fahrtbericht der verunglückten Gambiafahrt Du Moulins und Trotta v. Treydens mit der „Patientia" von 1653 (S. 221 bis 234), wodurch H. Diederichs' und W. Eckerts Hypothesen berichtigt werden (die Expedition ist nach schwersten Verlusten in der Nordsee nach Windau zurückgekehrt), des tapferen Gambiagouverneurs Otto Stiel Relationen über den Raub dieser Kolonie durch die Engländer 1661 (S. 535—538; 539—543), endlich Steuermann Jaan Waebes Tagebuch von Kapitän Schmolls erschütternd unheilvoller Tobagofahrt 1686/88 (S. 821—885). Auf die Masse der übrigen, von M. veröffentlichten Quellen kann hier trotz ihrer z. T. hervorragenden historischen Wichtigkeit nicht eingegangen werden. Hierher gehören auch die (weder auf dem Titelblatt noch an andrer Stelle angeführten) Reproduktionen von sämtlichen noch erhaltenen Karten und Plänen der Gambia- und Tobagokolonie. —

Gediegenheit des Inhalts, größter Quellenreichtum, die kritischen Stellungnahmen des Verf. und die Verbesserung zahlreicher alter Irrtümer machen das Ganze zu einem Buch, dessen Benutzung für die baltische Geschichtsforschung ebenso unumgänglich ist, wie für die allgemeine deutsche Kolonialgeschichte, aus der hier ein frühester Ausschnitt seine grundlegende Darstellung erfährt.

Posen. Leonid Arbusow.

Hans Szymanski: Brandenburg-Preußen zur See 1605—1815. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der deutschen Marine. Leipzig 1939. Koehler & Amelang. VIII + 200 S. + 17 Bildtafeln.

Eine fühlbare Lücke nicht nur in der Geschichtsschreibung der deutschen Kriegs- und Seepolitik überhaupt, sondern auch in der Geschichte des deutschen Ostseeraumes schließt Szymanski. Beides, das deutsche Schicksal zur See und im Osten sind Kapitel in der deutschen

Entwicklungsgeschichte, in der sich größter Glanz und höchste Bedeutung und deren Gegenteil jäh abwechseln. Der Deutsche ist als Mensch nordischer Rasse sowohl ein geborener Seefahrer und Welterschließer, wie auch zäher und gründlicher Kolonisator urtümlicher Völker. Sowohl die internationale Seemannssprache ist größtenteils niedersächsischen Ursprungs, wie auch Verfassung, Recht, Baustil, überhaupt das Innenleben der meisten mittelalterlichen östlichen Städte. Die deutsche Hanse war das lebendigste Sinnbild der Verschmelzung jener beiden besten Ausdehnungskräfte des Deutschtums. Ihr Erbe wurde zerrissen. Die große Seeherrschaft übernahmen Fremdmächte und auch die Ostkolonisation fand erst im aufstrebenden Hohenzollernstaat eine Fortsetzung. Wir wußten bisher wohl, daß dieser auch auf See das hansische Erbe zu erneuern suchte, aber dieses Wissen war bruchstückhaft und zerrissen in etliche kleinere Einzelarbeiten. In der bismarkisch-hohenzollerischen Politik des Zweiten Deutschen Reiches erst waren beide Grundkräfte deutscher Geschichte wieder in kraftvoller Entfaltung nebeneinander zu finden, wenn auch neue Notwendigkeiten den alten Bestrebungen neue Richtungen gaben.

Doch wissen wir es, daß im deutschen Ostkolonialgebiet, in Ostpreußen, also bei den Erben jenes anderen Ergebnisses deutschen Vormarsches nach Osten, des Ordensstaates, die Keimzelle der Entwicklung lag, die sowohl zur Erneuerung der deutschen Ostmacht, als auch der deutschen Seemacht führte. Zwar stellte Szymanski sich die Aufgabe, nur letzteres zum ersten Male lückenlos zu schildern, doch läßt sich der geschichtliche Ablauf beider Schicksale schwer trennen und sein Buch gibt uns auch auf dem erstgenannten Gebiete eine Fülle wertvoller neuer Aufschlüsse.

Die Umstände erforderten eine knappste Beschränkung des Stoffes, so daß die Darstellung leider nur bis 1815 und nicht bis zur Reichsgründung geführt werden konnte. Der Verfasser, der sich bereits als Historiker und Fachschriftsteller des Schiffsbaues einen Namen gemacht hat, legt nun das Ergebnis einer erstmaligen umfassenden Durchforschung aller einschlägigen Archive, so vor allem in Königsberg und Stettin neben Berlin und Emden vor. Das preußische Herzogsarchiv offenbarte sozusagen die Geburtsurkunden der hohenzollerischen Seemacht. Der Herzog Albrecht I., der große Vorkämpfer des ostdeutschen Gedankens hatte den Schutz seiner Küsten mit eigenen Kriegsschiffen übernommen. Diese Verpflichtung vererbte sich auf den seit 1605 in Königsberg die Regentschaft führenden Brandenburgischen Kurfürsten, der, allerdings nur widerstrebend, mit vier kleineren dänischen Mietschiffen im selben Jahre in Pillau die erste brandenburgisch-preußische Flotte aufstellte. Doch wurden die Brandenburger damit gegen ihren Willen in den damals vornehmlich zwischen Schweden und Polen geführten Kampf um die Ostseeherrschaft verwickelt. Gustaf Adolf nahm 1626 die kurfürstlichen Schiffe einfach weg, „weil sie ihm in den Augen lagen". Aber erst der Große Kurfürst begann mit einer regelrechten Flottenpolitik, und auch erst nach langem Zögern und vielen Mißerfolgen. Es ist von großer Bedeutung, daß auch Szymanski feststellte, daß Friedrich Wilhelms Vorbild ebenfalls im Osten, in einem deutschen, aus dem Ordenslande hervorgegangenen Kolonialstaate lag: Seit 1640 hatte sich der Onkel und Schwager des Kurfürsten, Herzog Jakob von Kurland, eine beachtenswerte Flotte aus großen Schiffen gebaut und 1650 sich mit diesen in Afrika und Amerika Kolonien erobert (Gambia und Tobago). Der Ostseekrieg 1656—1660 zwang den Brandenburger seine veraltete Mietsflotte durch eine eigene und moderne zu ersetzen. Vergeblich versuchte er eine Erwerbung der Flotte seines vorübergehend in Gefangenschaft geratenen kurländischen Schwagers. Auch der Frieden von Oliva brachte ihm nicht die Erfüllung seiner Ostpläne. Die Bekanntschaft mit dem Holländer Raule lenkte seinen Blick wohl wieder auf

See, aber mehr nach Westen. Immerhin erfuhr die von Raule erbaute junge und starke kurbrandenburgische Flotte 1677/78 im schwedischen Kriege ihre Feuertaufe und blieb ein geachteter Faktor auf der Ostsee, bis des Kurfürsten wieder völlig kontinental eingestellte Nachfolger sie verkommen und verfaulen ließen. Es ist bezeichnend, daß Friedrich der Große, an sich ein erklärter Gegner jeder Seepolitik, in dem Augenblicke, da seine Kriege ihn zu einer Ostpolitik verbunden mit Kolonisierung großen Stiles, zwangen, auch die Flottenüberlieferung erneuerte. Seine Kriegsfahrzeuge errangen im Siebenjährigen Kriege zwar nur wenig Erfolge, blieben aber späterhin ein wichtiger Schutz der neuerworbenen Ostgebiete. Unter seinen Nachfolgern trat die Flotte wieder in eine dienende Stellung zum Landheer, bis nach 1815 der Aufschwung bzw. die Erwerbung der Nordseehäfen, eigentlich aber erst die Machtpolitik Bismarcks sie in eine gewaltige, weltpolitische Entwicklungsbahn führte. Doch die Geschichte, wie auch die Geschichtsforschung unserer Tage offenbarte auch wieder die große Bedeutung des deutschen Ostens für die deutsche Seemacht.

Berlin. Heinz Mattiesen.

Preußisches Urkundenbuch, Bd. 2 (1309—1335), hg. im Auftrage der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung von Max Hein und Erich Maschke. Königsberg 1939. Kommissionsverlag: Gräfe und Unzer. 678 S.

Schon seit zwei Menschenaltern hat die Herausgabe der Urkunden des Deutschen Ordens in Preußen die Landesgeschichtsforschung lebhaft beschäftigt. Der erste Teil des Preußischen Urkundenbuchs erschien bereits 1882. Einen zweiten Teil gab 1909 August Seraphim heraus. Der ganze Band umfaßt nur die Zeit von der Gründung des Ordensstaates bis zur Verlegung des Hochmeistersitzes nach der Marienburg (1309). Für das 14. Jh. war die Forschung immer noch auf den von 1836—1861 erschienenen Codex dipl. Pruss. von Johannes Voigt angewiesen, in dem nur ziemlich willkürlich ausgewählte und editionstechnisch unzulänglich bearbeitete Urkunden (bis 1404) vereinigt sind. Die im Jahre 1923 begründete Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung betrachtete als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben die Fortsetzung des Preußischen Urkundenbuchs. Als Herausgeber wurde Herr Staatsarchivdirektor Dr. Hein gewonnen. Während ihm bei der ersten Lieferung (1932) noch Herr Universitätsprofessor Dr. Maschke als Mitarbeiter zur Seite stand, hat Hein die folgenden drei Lieferungen (1935, 1937, 1939) allein bearbeiten müssen. Der ganze Band umfaßt auf 596 Seiten 883 Urkunden und Regesten, wobei die Gegenurkunden nicht mitgezählt sind, und ein knappgefaßtes Register von 82 Seiten. Zeitlich betrifft die Urkundenfolge die Jahre 1310—1335 (April), die für die Entwicklung des Ordensstaates so bedeutsame Epoche unter den Hochmeistern Karl von Trier, Werner von Orseln und Luder von Braunschweig. (Der Hm. Siegfried von Feuchtwangen kommt merkwürdigerweise in keiner Urkunde mehr vor († 1311)). Von jenen 883 Nummern sind 328 Regesten und Anführungen aus Folgeurkunden, 545 voll ausgedruckte Urkunden. Von den letzteren sind über 200 bereits anderweitig gedruckt, mußten aber teils wegen der mangelhaften Edition (im Cod. dipl. Pruss. oder in dem sog. Pomesanischen U.B. von Cramer), teils wegen der Abgelegenheit der Fundstellen wiederholt werden. Die restlichen 327 Urkunden sind zum erstenmal vollständig veröffentlicht, davon sind 226 nach den archivalischen Quellen gelegentlich schon im geschichtlichen Schrifttum angezogen worden, 111 dagegen scheinen der Forschung bisher völlig entgangen zu sein. Das ist im Vergleich zu anderen modernen Urkundenpublikationen eine verhältnismäßig große

Menge. Wenn die Zahl der neu veröffentlichten rein politischen Urkunden nur gering ist (16 Stück), so beweist das, daß der Stoff schon frühzeitig sehr große Beachtung gefunden hat. Wesentlich ist, daß in dem neuen Bande nicht nur die politischen, sondern auch die Besitzurkunden in möglichster Vollständigkeit zur Verfügung stehen. Da bedeuten die zahlreichen neu und vollständig abgedruckten Urkunden eine wirkliche Bereicherung unserer Kenntnisse selbst über die jüngsten guten Arbeiten zur deutschen Siedlungsgeschichte im Deutschordenslande hinaus. Man bekommt ein umfassendes Bild von der ausgedehnten Siedlungstätigkeit während der Zeit von 1310—1335 in den großen Komtureien Marienburg, wo der Großkomtur maßgebend ist, Christburg und Elbing; weniger treten das Kulmerland, Brandenburg und Balga hervor, da hier die Überlieferung spärlicher ist. Wichtig sind auch die vielen Besitzurkunden für die preußischen Freien in den genannten Komtureien und im Marschallamt (Königsberg), das bisher bei den Urkundenpublikationen sehr vernachlässigt war, namentlich was den Ordensteil des Samlandes angeht. Neben den amtlichen Handfesten für Städte und Dörfer erscheinen auch zahlreiche Besetzungsurkunden über sogenannte Eigendörfer, die ein neues Licht auf die bisher noch nicht genügend gewürdigte private Siedlungstätigkeit werfen. Höchst erwünscht erscheint die Aufnahme nicht archivalisch überlieferter Stücke, wie z. B. die zwar bereits in der Altpreußischen Monatsschrift gedruckte, aber wenig beachtete Korrespondenz des Komturs von Königsberg und seiner Beamten sowie anderer Einzelfunde. — Bei der Bearbeitung der Urkunden weicht Hein in verschiedenen Beziehungen von dem 1. Bande des U. B. ab. So sind die Vorbemerkungen, was sehr praktisch erscheint, nach dem Muster der Diplomataausgaben der Monumenta Germaniae historica durchgehend vor den Text gesetzt. Einen ganz wesentlichen Fortschritt bedeutet es, daß in den Vorbemerkungen durch Diktatvergleichung usw. möglichst auf die Herkunft der einzelnen Urkunden aus den verschiedenen Kanzleien des Hochmeisters, des Großkomturs und der bedeutendsten Komtureien hingewiesen wird. Dadurch ist eine sehr nützliche Grundlage geschaffen für die wissenschaftliche Behandlung des Urkundenwesens des Deutschen Ordens in Preußen, das bisher noch nicht die wünschenswerte Darstellung gefunden hat. — Auch in der Anlage des Registers zeigt sich eine wesentliche Abweichung von dem des 1. Bandes. Es ist durch Vereinigung der Orts- und Personennamen in einem Verzeichnis und durch Verzicht auf ein besonderes Verzeichnis der Personen nach Ständen wesentlich vereinfacht. Dafür sind unter den Ortsnamen alle an einem Orte erscheinenden Personen aufgeführt. So finden sich bei den Sitzen der Komtureien alle zugehörigen Ordensbrüder verzeichnet, so daß eine vollständige Liste der Komture, ihrer Beamten usw. erzielt wird. Hochmeister, Landmeister und Großgebietiger sind mit ihren Stäben besonders eingeordnet. Das Sachregister ist auf das allernotwendigste beschränkt. — Wir dürfen in diesem 2. Band des Preußischen U. B.s eine wesentliche Bereicherung der gedruckten Quellen zur Geschichte des Deutschen Ordens in Preußen sehen. Hoffentlich wird das mühevolle Werk unter der umsichtigen Leitung Heins möglichst bald in einem dritten Bande seine Fortsetzung finden.

Königsberg/Pr. Christian Krollmann.

Hans Gerd von Rundstedt: Die Hanse und der Deutsche Orden bis zur Schlacht von Tannenberg (1410). Weimar 1937. Herm. Böhlaus Nachf. XII + 127 S.

Es ist kaum zu erwarten, daß die Beziehungen der Hanse zum deutschen Ordenslande Preußen bis zu dem verhängnisvollen Umbruche des Jahres 1410 noch durch bisher unbekannte Quellen neu beleuchtet

werden. Daher erscheint es durchaus angebracht, diese Beziehungen einmal sozusagen abschließend in einer zusammenfassenden Darstellung zu schildern. Dieser Aufgabe hat sich Hans Gerd von Rundstedt in der vorliegenden Schrift unterzogen. Da die vorhandenen Quellen wohl ausnahmslos bereits in der geschichtlichen Literatur behandelt worden sind, kam es in der Hauptsache darauf an, sich mit eben diesem nicht unbeträchtlichen Schrifttum kritisch auseinanderzusetzen. Das ist hier mit voller Beherrschung des Stoffes in durchaus wissenschaftlicher Form geschehen. Sorgfältig werden die in den einzelnen über den Gegenstand handelnden Arbeiten hervortretenden Ansichten gegen einander abgewogen und gewertet. Bei der Behandlung des Stoffes folgt Rundstedt der üblichen Einteilung: Hanse und Orden bis zum Stralsunder Frieden 1370, Nordische Politik des Ordens und der Hanse seit dem Stralsunder Frieden, Orden und Hanse in ihren Beziehungen zu Flandern und Holland, Politik des Ordens und der Hansestädte gegenüber den Engländern, Kampf des Ordens und der preußischen Städte um die Gleichberechtigung in Novgorod. Schon durch diese Stoffgliederung verbietet sich eine Gesamtschau. In den einzelnen Kapiteln bleibt es bei der kritischen Würdigung des vorhandenen Schrifttums. Bedeutsame Fortschritte in der historischen Betrachtung wesentlicher und entscheidender Punkte, die nur auf einem Wandel der Anschauungen von Wert und Bedeutung quellenmäßig überlieferter Tatsachen beruhen können, ergeben sich dabei nicht. Der Wert des Buches beruht daher in der Hauptsache auf seiner Eigenschaft als sorgfältige Literaturübersicht.

Königsberg/Pr. Christian Krollmann.

Adam Vetulani: Polskie wpływy polityczne w Prusiech Książęcych (Polnische politische Einflüsse im herzoglichen Preußen). (Dzieje Prus Wschodnich, Bd. 3.) Gotenhafen. Instytut Bałtycki. 1939. VI + 186 S.

Die vom Baltischen Institut geplante, unter ganz bestimmten Gesichtspunkten gewisser polnischer Kreise gesehene Geschichte Ostpreußens liegt noch nicht abgeschlossen vor. Es ist im Augenblick jedoch nicht daran zu denken, daß dieses Werk eine Fortsetzung finden wird. Man wird über dieses vorzeitige Ende auch von wissenschaftlicher Seite kein Bedauern äußern. Die in Einzelheiten, wie bereits in den Besprechungen der früher erschienen Teile hervorgehoben wurde, gewiß rühmenswerte Gelehrsamkeit wurde mißbraucht, um die Beziehungen zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk zu vergiften, indem Ostpreußen, das nie ein Teil der Krone Polen gewesen ist, mit scheinbar geschichtlichem Rechtsanspruch für Polen gefordert wurde.

Die Arbeit von Vetulani schließt sich in ihrer Tendenz den Richtlinien des ganzen Werkes an. Man braucht sich nicht bei den Angriffen auf die Politik der preußischen Herrscher aufzuhalten, es genügt, auf die Kritik des Vf. s an der polnischen Politik hinzuweisen: Polen selbst habe durch die Berufung des Deutschen Ordens eine Bastion des Deutschtums geschaffen, „die unseren Zugang zur Ostsee beengt". Die Erfolge der polnischen Waffen blieben ungenutzt, nach Tannenberg wie nach den späteren Kriegen. Als ob der erste und der zweite Thorner Friede nur aus Großmut, und nicht wegen politischer und militärischer Notwendigkeiten von Polen abgeschlossen worden wären! Sigismund I. wird getadelt, weil er sich dem „rebellischen" Hochmeister gegenüber nicht durchsetzen konnte, und weil er es zuließ, daß Ordenspreußen in ein weltliches Herzogtum umgewandelt wurde. Sigismund August, der wegen seiner Einmischung in die innerpreußischen Parteistreitigkeiten im Jahre 1566 hohes Lob erhält, muß wegen der Belehnung der Brandenburger (1563) sich schwere Vorwürfe gefallen lassen. Auch Stefan Báthory

und ganz besonders Sigismund III. kommen schlecht weg, weil sie die oppositionellen Elemente in Preußen nicht genügend unterstützt haben. Wie konnte es kommen, daß alle Führer Polens Ostpreußen gegenüber versagt haben, die auf anderen Gebieten der Politik so Hervorragendes leisten konnten? Hierauf bleibt der Vf. die Antwort schuldig, weil er die Kräfte, die in Preußen der Vereinigung mit Polen Widerstand leisteten, zu gering einschätzt. — Die Darstellung zerfällt in zwei Teile: einen ersten, historischen, der drei Kapitel (S. 1—134) umfaßt und eine Geschichte des polnischen Einflusses in Ostpreußen bringt, und einen zweiten, systematischen, der die Ergebnisse des ersten Teiles sachlich anordnet, wobei Wiederholungen nicht zu vermeiden waren (S. 135—79). Daran schließt sich eine kurze Zusammenfassung der Grundthesen. Im Mittelalter kann der Vf. nur wenige polnische Einflüsse in Ostpreußen finden. Der Deutsche Ordensstaat war ganz anders aufgebaut als die polnische Adelsrepublik. Zu Unrecht wird die Beschränkung der Unabhängigkeit des Restordensstaates in Ostpreußen durch den Zweiten Thorner Frieden von 1466 als Lehnsabhängigkeit bezeichnet. Weder gebraucht der Vertrag einen Ausdruck für Lehen, noch konnte nach kirchlichem Recht (die Rechte des Papstes im Ordenslande werden ausdrücklich gewahrt) der Ordensstaat ein Lehen werden. Auf die ordensfeindliche ständische Bewegung in Preußen hat das Vorbild Polens kaum eingewirkt, ständische Bewegungen waren damals in Europa allgemein, und der Konflikt führte nur wegen der ganz besonderen Verfassung des Ordensstaates zum Bündnis der preußischen Stände mit Polen. Obgleich der Vf. den Krakauer Frieden von 1525 tadelt und die Annexion Ostpreußens verlangt, stellt er anderseits fest, daß zur Herzogszeit die Abhängigkeit Preußens von Polen viel enger war, als zur Ordenszeit. In der Tat war das Herzogtum Preußen nun ein Lehen Polens, die ganz besondere Verfassung des Ordensstaates war beseitigt worden. Preußen hatte sich der Verfassung nicht Polens, sondern deutscher Landesfürstentümer, wie Pommern, Mecklenburg, Brandenburg, angeglichen, Ländern, die auch ihre ständischen Kämpfe durchmachen mußten, und die Formen des Lehnwesens sind allgemeineuropäisch. Auch das Verhältnis zwischen Polen und Masowien, auf das der Vf. als auf eine Parallele des polnisch-preußischen Lehnsverhältnisses besonders hinweist, unterlag den allgemeinen Gesetzen des Lehnswesens und mag vielleicht nur in kleinen Einzelheiten als Vorbild gedient haben, als man seit 1525 daran ging, die Beziehungen zwischen Polen und Preußen neu zu gestalten. Die Besonderheit in beider Verhältnis liegt jedoch darin, daß der polnische Lehnsherr, mit dem der preußische Lehnsträger durch ein persönliches Treueverhältnis verbunden war, sich aus machtpolitischen Gründen, ohne durch den Lehnsvertrag dazu verpflichtet zu sein, in die Angelegenheiten seines Lehnsträgers einmischte, und die Besonderheit der ständischen Verhältnisse Preußens ist darin zu sehen, daß die ständische Opposition, ob ihre Forderungen berechtigt waren oder nicht, diese Forderungen stets mit der Drohung einer Einmischung Polens unterstreichen konnte. Diese Verbindung von Lehnswesen und Ständewesen wurde von Polen zur inneren Zersetzung Preußens benutzt, das Lehnsverhältnis als Treue von Mann zu Mann wurde in sein Gegenteil verzerrt, das Ständewesen, rein preußische innere Angelegenheit, wurde durch äußere Einflüsse aufgewühlt. Wenn man also polnische Verfassungseinflüsse in Ostpreußen sehen will, dann müßte man sie in erster Linie in dieser völligen Verkehrung der beiden Verfassungselemente, des Lehns und des Ständetums, erblicken. Wenn der Vf. in der Steigerung der Macht des Adels gegenüber den Städten einen Einfluß des polnischen Vorbildes sieht, so ist auch dieses eine destruktive Einwirkung, eine Unterhöhlung des Ständewesens durch die Entrechtung eines wichtigen Standes, des Bürgertums. Von Kleinigkeiten (z. B. Einführung des Gregorianischen Kalenders) abgesehen, kann der Vf. tatsäch-

lich keinen polnischen Rechts- und Verfassungseinfluß anführen, der sich positiv ausgewirkt hätte und für Preußen von Vorteil gewesen wäre. Darin allein aber liegt doch kein polnischer Rechtsanspruch auf Ostpreußen. Statt dessen beklagt der Vf. wehmütig, daß Polen nicht alle Gelegenheiten ausgenutzt habe, um Preußen innerlich zu unterwühlen und dadurch zur Annexion reif zu machen.

Ein Wort nur über die angeblichen Sympathien der ostpreußischen Stände für Polen: der Vf. muß selbst zugeben, daß ein völliger Zusammenschluß mit Polen nicht gewünscht wurde, daß in den Fragen des Indigenats, des Religionsbekenntnisses auch die ständische Opposition sich gegen Polen wandte. Die Zuneigung einzelner ständischer Kreise, die sich besonders im 17. Jh. äußert, entsprang teils der Selbstsucht des Adels, der es mit der Jagd, Fischerei und mit seinen Bauern so treiben wollte, wie in Polen, teils dem Haß gegen den brandenburgischen Landesherrn, also wieder rein negativen Tendenzen. Selbstsucht und Haß wären auf die Dauer kaum tragfähige Grundlagen gewesen für ein Zusammenleben von Ostpreußen und Polen im selben Staate. Die geschichtliche Entwicklung hat unter dem Großen Kurfürsten, mit dem die Darstellung schließt, einen anderen Lauf genommen, und der Versuch, gegen diese Entwicklung nachträglich den Prozeß aufzunehmen, muß als mißglückt bezeichnet werden.

Die deutsche wissenschaftliche Literatur ist vom Vf. ausgiebig herangezogen, aber sehr einseitig verwertet worden. Nicht benutzt wurde die wertvolle Arbeit von Töppen über die preußischen Landtage unter Johann Sigismund (Altpreuß. Monatsschrift, Jg. 33—34). Die Jahre 1609—19 sind daher sehr knapp behandelt worden.

Königsberg (Pr.). Kurt Forstreuter.

Werner Schulz: Die zweite deutsche Ostsiedlung im westlichen Netzegau. — Quellenband zur Geschichte der zweiten deutschen Ostsiedlung im westlichen Netzegau (Deutschland und der Osten, Bd. 9, 10). Leipzig 1938. S. Hirzel. 85 S.; 274 S.

Die Gebiete beiderseits der Netze zwischen Schloppe, Usch, Czarnikau und Filehne umfaßt der Vf. im Rahmen seiner siedlungsgeschichtlichen Untersuchung; aber erst dadurch, daß er auch dem neumärkischen Netzebezirk um Driesen (S. 43—47 in Bd. 1) kurze Erörterungen widmet, erhält die Titelbezeichnung „westlicher Netzegau" ihre volle Berechtigung. — Erst spät wurden die fast völlig siedlungsleeren und geradezu siedlungsfeindlichen Dünengebiete zwischen Netze und Warthe, die Netzeniederungen und angrenzenden Brüche von der Besiedlung erfaßt; die ständigen Grenzkämpfe zwischen Pommern und Polen erstickten stets die Siedlungskeime im Netzeraum. Die Gebiete nördlich der Netze sind fast siedlungsfrei, die südlich gelegenen nur schwach besiedelt, als um die Mitte des 16. Jh.s die zweite deutsche Ostsiedlung im Netzeraum einsetzt. Ein Strom deutscher Kolonisten zieht ins Land und wird von den polnischen Magnaten und Starosten zur Hebung des allgemeinen kulturellen Niveaus angesetzt. Polnische Dörfer werden von deutschen Siedlern besetzt, im Rodungsgebiet neue Siedlungen geschaffen, Eisenhämmer und Vorwerke werden verschiedentlich Vorläufer späterer bäuerlicher Siedlungen. Die Neumark und Ostpommern stellen zumeist die Siedler, die durch die gewaltigen sozialen Umwälzungen im Mutterland zur Auswanderung veranlaßt worden waren, während im Driesener Netzedistrikt m. W. Kolonisten aus Preußen überwiegen (vgl. Pr.Geh.StA Bln. — Dahlem Rep. 21 nr. 42c fasc. 1: 1606, 1621 VI. 16 (Urbno, Amt Marienwerder), 1621 VI. 23 (Preußen), 1621 VII. 9 (Nissefsky bei Thorn)). Das Nebeneinanderbestehen des Schulzen- und des Holländerdorfes wird vom Vf. nach seinen rechtlichen und materiellen Grundlagen untersucht

(Bd. 1, S. 17 ff.), desgl. die Bedeutung des Vorwerks innerhalb des Siedlungsvorgangs (Bd. 1, S. 28 ff.). Das reiche Familiennamenmaterial in den Städten und Dörfern bietet dem Vf. die Grundlage, die Verteilung der Nationalitäten mit größter Wahrscheinlichkeit zu bestimmen. — In 3 Volkstums- und Kulturkarten veranschaulicht der Vf. in Querschnitten für die Jahre 1550, 1650 und 1773 die Entwicklung des Kolonisationsvorganges, der nach der ersten Inangriffnahme 2 Jahrhunderte hindurch bis in die preußische Zeit hinein andauerte und bereits vor der preußischen Besitznahme zur fast restlosen Eindeutschung dieses Gebietes geführt hatte; ein Verzeichnis der Grundherrenschaften des westlichen Netzegaues für die Jahre 1580/1581 und die Stammtafeln der wichtigsten Schulzengeschlechter ergänzen die Ausführungen. — Umfangreiche archivalische Studien in deutschen und polnischen Archiven, deren Niederschlag sich im Quellenband in ergiebigstem Maße findet, bieten dem Vf. die Grundlage zu klarer Erfassung der schwierigen Siedlungsvorgänge im Grenz- und Mischgebiet zweier Völker. Die methodisch neuartige, für siedlungsgeschichtliche Forschung vorbildliche Anlage der Untersuchung ist nicht zuletzt die Ursache, weshalb die Darstellung des Kolonisationsprozesses so lebendig und plastisch geworden ist. Die Entlastung des Darstellungsbandes durch Bildung eines mit ausführlichem Namensregister ausgestatteten Quellenbandes erleichtert die Benutzung des Gesamtwerkes aufs beste. Der Quellenband selbst wird die ihm vom Vf. zugedachte Aufgabe, als „Abriß der Heimatgeschichte einer jeden Stadt und eines jeden Dorfes im Westen des Netzegaues beiderseits der heutigen Grenze zu dienen", bestimmt erfüllen.

Stettin. Gerhard Zimmermann.

Karl Kasiske: Das deutsche Siedelwerk des Mittelalters in Pommerellen. (Einzelschriften der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, 6.) Königsberg (Pr.) 1938. Kommissionsverlag Gräfe und Unzer. 307 S. + 1 Übersichtskarte.

Die Arbeit des Vf.s über „Die Siedlungstätigkeit des Deutschen Ordens im östlichen Preußen bis zum Jahre 1410", die hier kürzlich besprochen worden ist (s. diese Ztschr. II (1937), S. 501), mußte nur als Torso gelten, solange das Ordensgebiet westlich von der Weichsel, das sogenannte Pommerellen, fehlte. Die deutsche Besiedlung in diesem Gebiet ist von der gesamten Siedlungsarbeit des Deutschen Ordens in Preußen nicht zu trennen, weist aber Eigenheiten auf, die ihre Darstellung in einem besonderen Bande als wünschenswert erscheinen ließen. Dieser Aufgabe ist der Vf. jetzt nachgekommen in einer Arbeit, die sehr viel umfänglicher und ausführlicher ist als jene erste. Das Thema ist auch nach der Seite der Landeskultur hin erweitert worden.

Welches sind die wesentlichen Unterschiede zwischen der Besiedlung Pommerellens und der des Landes der alten Preußen? Weite Teile Pommerellens waren bei Beginn der deutschen Einwanderung schon bewohnt und bewirtschaftet, und der deutsche Einstrom hatte schon lange vor Beginn der Ordensherrschaft eingesetzt. Das Land der alten Preußen jedoch wurde vom Orden nach langem Widerstand erobert und unterworfen. Pommerellen wurde wie Pommern, Mecklenburg und Schlesien durch die einheimischen slawischen Fürsten der deutschen Kultur und Besiedlung erschlossen. Die Rechtsstellung der slawischen Bevölkerung in Pommerellen war also anders als die der alten Preußen. Aber nach der deutschen Einwanderung und der Gründung von deutschen Dörfern auf bisherigen Ödländereien machte auch das schon von Slawen besiedelte Gebiet einen Umwandlungsprozeß durch. Nicht allein die deutsche Neusiedlung, sondern auch die rechtliche und wirtschaftliche Neuformung der slawischen Siedlungen ist Gegenstand der Arbeit. Den slawischen Bauern fehlte der

Zusammenschluß in Form einer Gemeinde. Bei der Umwandlung zu deutschem Recht erhielt jede Dorfschaft eine geschlossene Gemarkung. Auch wo das deutsche Recht nicht völlig durchdrang, hat es besitzrechtliche Änderungen hervorgerufen. Ob Neusiedlung oder Umlegung: das ist oft die Frage. Wie die landesherrlichen Gebiete, so wird auch der weltliche und geistliche Eigenbesitz in den Umwandlungsprozeß hineingerissen. Der aus der Vorordenszeit stammende Allodialbesitz widersprach der Rechtsverfassung des Ordensstaates. Er wurde daher in Erbleihbesitz überführt. Im übrigen ging die Entwicklung der weltlichen und geistlichen Eigengüter durch Ansiedlung von Deutschen und die Umwandlung von alten slawischen Dörfern in deutsche mit der Arbeit des Deutschen Ordens konform, und zwar setzte das deutsche Recht sich auf den geistlichen Gütern noch stärker durch, als auf den weltlichen. So entstand eine großangelegte Raumordnung mit schnurgeraden Fluchtlinien, die alten Dorfstellen wurden aufgegeben, neue Anger- und Straßendörfer entstanden, die aber die alten slawischen Namen beibehielten. Es läßt sich nicht sagen, wie viele neue Orte gegründet wurden, denn ein gleich dichtes Netz von Ortschaften überzog das alte und neue Siedlungsland. Dazu kommt die Entwicklung des Städtewesens, das vielfach auch an ältere dörfliche und lischkenartige Siedlungen anknüpft. Aus einem Lande, das ursprünglich unter dem kirchlichen Einfluß Polens gestanden, dann aber schon unter den pommerellischen Fürsten im Kampfe um seine Unabhängigkeit sich nach Westen hin orientiert hatte und von dort Geistliche, Ritter, Bürger und Bauern heranzog, wurde unter der Herrschaft des Deutschen Ordens ein Gebiet, das sich vom übrigen Ordenslande Preußen nur unwesentlich unterschied. Der Orden hatte also die politische Zielsetzung, die Angleichung der ursprünglich grundverschiedenen Gebiete östlich und westlich von der Weichsel herbeizuführen, tatsächlich erreicht, als seit der Revolution des Jahres 1454 für Pommerellen ein neuer Abschnitt seiner Geschichte begann. Wenn der Verfasser auf die Entwicklung Pommerellens zur Vorordenszeit eingeht, so hat er am Schluß auf die Entwicklung der Landeskultur zur Nachordenszeit einen Ausblick eröffnet. Die Hauptsache: die Verteilung von Kultur- und Ödland hat sich seit dem Ausgang der Ordensherrschaft nicht wesentlich verändert. In den drei Jahrhunderten zwischen 1454 und 1772 ist zwar die Landeskultur zum Teil verfallen, aber das Gepräge des Ordenslandes Preußen ist auch in dieser Zeit unverändert geblieben, und erst das 19. Jh. mit seinen wirtschaftlichen Umwälzungen hat diese Züge erheblich verwischt. Die Arbeit ist auf zum größten Teil ungedrucktem Material aufgebaut und hat die einschlägige deutsche und polnische Literatur verwertet. Die deutsche Wissenschaft kann stolz darauf sein, daß sie mit dieser gründlichen Siedlungsgeschichte eines national umstrittenen Grenzgebietes ein Werk vorgelegt hat, dessen Ergebnissen heute besondere Bedeutung zukommt.

Königsberg (Pr.) Kurt Forstreuter.

Janusz Staszewski: Przeszłość wojenna Śląska (Schlesiens Kriegsvergangenheit). Wydawnictwa Instytutu Śląskiego, Seria Polski Śląsk Nr. 35. Kattowitz 1938. 46 S. + 4 Karten.

Wenn die vorliegende Arbeit in ihrem Schlußabschnitt vom Vf. selbst als eine „sehr flüchtige, ungleichmäßige und ungenügende Skizze" bezeichnet wird, so besteht leider kein Anlaß, diesem Urteil zu widersprechen, — auch nicht unter Berücksichtigung des tatsächlich unbefriedigenden Standes an Vorarbeiten zu diesem Thema. Von den offensichtlichen Fehlern und der parteiischen Entstellung geschichtlicher Zusammenhänge habe ich in meiner gleichzeitigen Besprechung in Bd. 73 der Ztschr. d. Ver. f. Gesch. Schlesiens eine Reihe von Proben

gegeben. Wollte man aber selbst einmal von diesem grundsätzlichen Mangel der Schrift absehen, so bleibt auch dann noch der Gesamteindruck unbefriedigend. Auf der gleichen Zahl von Seiten hätte sich über Schlesiens kriegsgeschichtliches Schicksal wesentlich mehr und Gewichtigeres sagen lassen. So sind die Darlegungen viel zu einseitig auf eine „deutsch-polnische Erbfeindschaft" abgestellt; Schlesien als Kriegsschauplatz zwischen Nord und Süd im Rahmen der deutschen Geschichte, seine strategische Schlüsselstellung im 30jahrigen Krieg kommen demgegenüber so gut wie nicht zur Geltung; dem dritten Nachbarn des Landes, Böhmen bzw. dem tschechischen Volke, wird nur die unzutreffende und wenig schmeichelhafte Rolle zugewiesen, jeweils dann seine Hände nach Schlesien ausgestreckt zu haben, wenn Polen anderwärts gebunden und zur Verteidigung dieses Landes nicht fähig war (1038, 1327, 1919). Das Bemühen schließlich, Schlesien als Teilgebiet des polnischen Staates in die Darstellung einzuführen, bedingt einen besonders schwerwiegenden Verzicht: Mit keinem Worte wird der Bedeutung gedacht, die Schlesien schon in den vielen vorslawischen Jahrhunderten als Durchgangsland und Kampfplatz der verschiedensten Völker gewonnen hat. Nach Zielsetzung, Grundhaltung und Gestaltungskraft kann die Bekanntschaft mit St.s Arbeit daher nur den Eindruck allseitiger Enttäuschung hinterlassen.

Breslau. Ludwig Petry.

Karl Hoefer: Oberschlesien in der Aufstandszeit 1918—1921. Erinnerungen und Dokumente. Berlin 1938. E. S. Mittler und Sohn. XII + 376 S. 5 Skizzen im Text.

Der Name General Hoefers, der am 12. Mai 1939 gestorben ist, wird unvergessen bleiben. Der als erster Infanterie-Regimentskommandeur mit dem Pour le mérite ausgezeichnete Frontführer kehrte vielfach bewährt und schwer verwundet aus dem Felde heim, um über ein Jahr lang seine oberschlesische Heimat als Befehlshaber der 117. Inf.-Div. (der späteren Kl. Reichswehrbrigade Nr. 32) im Grenzschutz zu sichern. Mit der interalliierten Besetzung des Landes Ende Januar 1920 endete diese Tätigkeit, im März 1921 beteiligte sich der inzwischen in den Ruhestand getretene General an der oberschlesischen Volksabstimmung, Mitte Mai 1921 wurde er mit dem Oberbefehl des Selbstschutzes Oberschlesien (SSOS) betraut, den er bis zu dessen Auflösung Anfang Juli 1921 innehatte. Mit der schweren und entscheidungsreichen Zeit, die die Jahre 1918—1921 für das östliche Schlesien bedeuten, ist Hoefer also auf das engste verbunden. Seine dabei gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse bilden den Inhalt des 1938 erschienenen Erinnerungsbuches.

Es folgt in seinem Aufbau dem Ablauf der Ereignisse: Vorgeschichte der oberschlesischen Frage; Oberschlesien nach Kriegsende und erster Aufstand 1919 bis Anfang 1920; Oberschlesien unter Fremdherrschaft und der zweite Aufstand 1920; die Abstimmung; der dritte Aufstand in seinen einzelnen Phasen; sein Ende, die Räumung durch die Insurgenten und den Selbstschutz und die Nachklänge 1921/22.

Der Nachdruck der Darstellung liegt auf der Schilderung des dritten „Aufstandes", die mehr als zwei Drittel des Ganzen beansprucht, wobei übrigens das zur Bezeichnung dieser polnischen Gewaltmaßnahmen verwendete Wort auch nach Hoefers Bericht als nicht sehr passend erscheint. Denn die von außen über die gegen Osten offenen schlesischen Grenzen hereingetragene polnische Beteiligung an diesen Putschen war in geistiger, politischer wie menschlicher und materieller Beziehung so entscheidend, daß es ohne sie nicht zu diesen Ausbrüchen gekommen wäre und man der historischen Wahrheit ebenso treu bleiben würde, wenn man sie als „Einfälle" kennzeichnet.

Diesen Tatbestand belegt Hoefer selbst an zahlreichen Stellen seines Buches, vor allem in den Dokumenten, die er vollständig oder auszugsweise am Schluß jedes Abschnittes abdruckt, und die den internationalen Notenwechsel über Oberschlesien, die das Land betreffenden Stellen der internationalen Verträge, den Schriftwechsel mit der I. K., die Aufrufe und Kundgebungen der deutschen Behörden, Korfantys, die deutschen Denkschriften und Proteste, die wichtigsten Befehle und Verordnungen der Selbstschutzführung, Wiedergaben aus deutschen und polnischen Zeitungen usw., in einer sehr wertvollen Zusammenstellung enthalten. Der Mangel einer einwandfreien Gesamtdarstellung jener oberschlesischen Kampfjahre wird dadurch erträglicher. Bisher besaß das deutsche Schrifttum für deren militärische Seite nur die verschiedenen Arbeiten von Hülsens. Hoefer setzt sich mit ihnen, die den anderen Standpunkt des ehemaligen Gruppenführers Süd des Selbstschutzes vornehm und klar zum Ausdruck bringen, in der gleichen würdigen Form auseinander, die — auch in ihrer Weitschweifigkeit — sehr deutlich die mit seiner damaligen Stellung verbundenen Schwierigkeiten aufzeigt. Wegen des Mißtrauens der Reichsregierung gegenüber dem Angriffsgeist von Hülsens und der Freikorpsführer wurde Hoefer an die Spitze des Selbstschutzes gestellt mit der undankbaren Aufgabe, als Prellbock zwischen diesen verschiedenen Kräften und der politischen Leitung zu wirken. Als er an der oberschlesischen Front eintraf, wurden eben die Ausgangsstellungen für den Annabergsturm bezogen, der den in Berlin und Breslau erhaltenen Weisungen deutlich widersprach. Hoefer hat ihn nach anfänglichem Zögern und ersten Zusammenstößen mit den Abschnittsführern genehmigt. Nach dem glücklichen Gelingen mußte er sich dafür mit den übergeordneten politischen Stellen auseinandersetzen, ohne daß sich die Spannungen innerhalb der Selbstschutzführung verminderten. Gegenüber Zumutungen der Interalliierten Kommission, die der polnischen Schreckensherrschaft in dem ihrer Verantwortung anheim gegebenen Lande bisher untätig zugesehen hatte, blieb Hoefer aber jederzeit fest. Ein zweiter schwerer Konflikt ergab sich zwischen den beiden deutschen Generälen, als um die Monatswende der SSOS weit genug gekräftigt erschien, um die polnischen Linien bis zu dem belagerten Industriegebiet zu durchbrechen. Hülsen drängte auf einen solchen Vorstoß, Hoefer gestand nur eine genau umgrenzte Unternehmung zu, die erfolgreich und mit schweren Verlusten des Gegners endete. Da das Ultimatum, mit dem die I. K. diesen Angriff beantwortete, trotz seiner Nichterfüllung keine Folgen nach sich zog, sind die politischen Bedenken, die Hoefer zu seiner, in dem Buch ausführlich begründeten Zurückhaltung veranlaßten, vielleicht übertrieben gewesen. Über die militärischen — bei denen sich die Meinungen Hoefers und Hülsens ebenso gegenüberstehen — dürfte weniger Klarheit zu gewinnen sein wegen der noch immer bestehenden geringen Einsicht in den damaligen Kampfwert der Insurgentenarmee. Jedenfalls tritt das Risiko sehr deutlich hervor, mit dem in dieser auf wenige Tage bemessenen Frist jeder Entschluß für die deutsche Führung verbunden war. Als die interalliierten Truppen sich vollständig zwischen die beiden Fronten geschoben hatten, begann für Hoefer die undankbare Aufgabe langwieriger Räumungsverhandlungen mit der I. K. Deren Darstellung gibt manchen interessanten Aufschluß über das nun wieder in vollem Umfang einsetzende internationale Ringen um die Gestaltung der oberschlesischen Verhältnisse. Informationen, die Hoefer dabei von seinem englischen Verhandlungspartner, Generalmajor Hennecker, zuflossen, ließen ihn nach der Auflösung des Selbstschutzes voll schwerer Sorgen nach Berlin zurückkehren. Aber Reichskanzler Wirth schlug seine wiederholten Warnungen in übergroßem Vertrauen in die Festigkeit der offiziellen englischen Haltung in den Wind — ein Optimismus, der durch den Verlauf der Pariser und Genfer Beratungen und die dort ge-

fällte Entscheidung vom 20. Oktober 1921 verhängnisvoll widerlegt wurde, — und der zugleich einen neuen kleinen Beitrag zu der vielerörterten Frage liefert, ob die deutsche Regierung es bei diesem diplomatischen Kampf habe an der notwendigen Umsicht und Festigkeit fehlen lassen.

Hoefers schlichtes Werk trägt also über die politische und militärische Seite dieses für Oberschlesien so entscheidungsreichen Geschehens eine Fülle wertvollen Materials zusammen. Zugleich offenbart es den edlen und tapferen Charakter eines Mannes, der pflichttreu eine undankbare Aufgabe übernahm, deren Schranken nur von den verwegenen Eigenschaften eines geborenen Revolutionärs zu überwinden gewesen wären.

Breslau. Ernst Birke.

Hans-Jürgen Seraphim: Rodungssiedler. Agrarverfassung und Wirtschaftsentwicklung des deutschen Bauerntums in Wolhynien. (Berichte über Landwirtschaft, N. F. 143. Sonderheft.) Berlin 1938. Paul Parey. 146 S.

Das Deutschtum in Polnisch-Wolhynien, bis 1926 vollkommen unbeachtet, tritt immer mehr in den Gesichtskreis der deutschen Wissenschaft. Den bisherigen, vorwiegend statistischen, volkswissenschaftlichen und volkskundlichen Arbeiten ließ der Vf., Professor der Volkswirtschaftslehre an der Universität Leipzig, nun die erste wissenschaftliche Darstellung der deutschen bäuerlichen Wirtschaft folgen. Er geht aber in seiner Zielsetzung weit über das Maß einer gewöhnlichen landwirtschaftlichen Facharbeit hinaus. Er will an einem europäischen Beispiel deutsche, rein völkische, von keiner staatlichen Macht geförderte Siedlungsleistungen in jüngster Vergangenheit, die noch eine plastische Erfassung möglich machen, studieren, und dazu bietet ihm das erst 80 Jahre alte Deutschtum Wolhyniens die besten Voraussetzungen. Da es noch heute fast rein bäuerlich ist und seine bisherige Entwicklung vorwiegend die wirtschaftliche Verwurzelung im Lande bedeutet, umfaßt das Werk Seraphims einen Großteil des wolhynisch-deutschen Lebens und bildet die bisher ausführlichste und wichtigste Zusammenfassung des Gegenstandes.

Der erste geschichtliche Teil behandelt kurz die geographischen, wirtschaftlichen und völkischen Voraussetzungen der deutschen Kolonisation, die Rodungsleistungen gegenüber dem bisherigen wirtschaftlichen Tiefstande in Wolhynien, die Entwicklung der Siedlungen bis zum Weltkriege, die gewaltsame Aussiedlung der Deutschen durch die Russen 1915 und den Wiederaufbau unter schwersten Verhältnissen nach dem Kriege. Der zweite Teil (Kap. V) schildert dann die wirtschaftliche Struktur bis 1939 ausführlich. Besonders für diesen Abschnitt hat Seraphim neuen Stoff gesammelt durch eine Bereisung des Gebietes und einen ausgedehnten Fragebogen. Der geschichtliche Teil ist vor allem eine gute Zusammenfassung des bisherigen, weit zerstreuten Schrifttums. Von den wichtigeren deutschen Arbeiten ist das meiste berücksichtigt, daneben hat Seraphim erstmals russische Literatur erschlossen. Dagegen ist ihm das wichtige polnische Buch von Z. Cichocka-Petrażycka, Das deutsche Element in Wolhynien, Warschau 1933, das auch wirtschaftlich-statistisch viel geboten hätte, entgangen.

Dem Werk sind 23 ausgezeichnete Abbildungen beigegeben, die das Typische der wolhynischen Landschaft, Bauten und Menschen vorzüglich wiedergeben. Die Karte der deutschen Siedlungen am Schluß des Buches weist leider eine große Zahl von Fehlern auf. Im ganzen ist das schöne Buch sehr gut geeignet, Kunde von dem auslanddeutschen Vorposten zu bringen, der gerade jetzt ins Mutterland heimkehrt.

Breslau. Walter Kuhn.

Ludwig Schneider: Das Kolonisationswerk Josefs II. in Galizien. Darstellung und Namenlisten. Mit 6 Tafeln und einer Karte der deutschen Siedlungen in Galizien. (Ostdeutsche Forschungen Bd. 9.) Leipzig 1939. S. Hirzel. 360 S.

Das Buch ist eine Darstellung und vor allem ein Quellenwerk zur deutschen Ansiedlung in den Jahren 1782—1785 und 1802—1805 in Galizien, einschließlich des Kreises Zamość, aber ohne den Krakauer Verwaltungsbezirk, in dem Umfange also, wie es 1772 im ersten Teilungsvertrag zwischen Rußland, Preußen und Österreich an Österreich gekommen war, auf Grund der Bücher und Akten (Grundbemessungsbücher, Steuerlisten und politischen Akten) des ehemaligen österreichischen Guberniums im (heute nun auch ehemaligen) polnischen Staatsarchiv in Lemberg. Es zerfällt in zwei Teile.

Der erste Teil (S. 1—70) leitet nach einer kurzen Geschichte Galiziens bis 1772 und einer Zusammenstellung der militärischen Zählungen von 1772—1780 über zur Schilderung der deutschen Ansiedlung.

Unter den Eindrücken seiner ersten Reise nach Galizien im Juli 1773 bewog Josef II. seine Mutter, die Kaiserin Maria Theresia, zur Aufnahme der Besiedlung des Landes. Das daraufhin erlassene Ansiedlungspatent vom 1. September 1774 rief zur Werbung von auswärtigen römisch-katholischen und griechisch-unierten Handelsleuten, Künstlern, Fabrikanten, Professionisten und Handwerkern auf. Seit diesem Ansiedlungspatent fließt ein ständiger Strom von deutschen Ansiedlern in den an Österreich gefallenen Teil Polens, seit 1782 verstärkt durch die im Auftrage der Wiener Regierung durchgeführte Werbeaktion der österreichischen Residenten und Gesandten an den westdeutschen Höfen. Der große Ansturm der Ansiedler beginnt 1782 und hält bis zur Einstellung der Werbung für die galizische Ansiedlung, bis 1785, an. Nach Schneider haben die Pfälzer den größten Teil der Auswanderer ausgemacht, ihnen folgen an Zahl die Württemberger und Hessen. Aus Preußen, Böhmen und Mähren kamen Handwerker, Gewerbetreibende und Kaufleute nach Galizien. Auch Polen wurden angesiedelt und sogar mit Juden versuchte Josef II. eine bäuerliche Siedlung, die allerdings mißlang.

1801 veranlaßte die Auswanderung aus der durch die Franzoseneinfälle in Mitleidenschaft gezogenen Pfalz die Wiener Regierung, die Ansiedlung in Galizien wieder aufzunehmen. Auf Grund des Ergebnisses einer Umfrage in den einzelnen Kreisen Galiziens gab die österreichische Regierung am 19. August 1802 Richtlinien zur Durchführung der Kolonisation. Um einen allzu großen Ansturm zu vermeiden, sollte bei den Einwanderern auf Charakter und Vermögen geachtet werden. Trotz der befohlenen Auslese kamen die Ansiedler in solchen Scharen ins Land, daß im August 1803 die Wiener Regierung die Einstellung der Werbung befahl, da man auf die Unterbringung solcher Ansiedlermengen nicht gefaßt war. Die Unterbringung der bereits Angekommenen beschäftigte die Behörden noch bis 1805.

Im Verhältnis zu dieser staatlichen Ansiedlung hielt sich die von den Behörden unterstützte und angeeiferte Privatkolonisation einzelner polnischer Großgrundbesitzer, wie etwa des Grafen Josef von Mier oder des Grafen Zamojski, um die größeren privaten Unternehmungen zu nennen, in sehr kleinem Rahmen und fiel kaum in die Waagschale.

Der Verfasser versucht am Schlusse des ersten Teiles eine Berechnung der Zahl der Eingewanderten nach einer von ihm angelegten Kartei der deutschen Ansiedler, die mit den im Buche wiedergegebenen Verzeichnissen der deutschen Siedler übereinstimmen dürfte. Er zählt 20 500 bäuerliche Kolonisten und 4500 Handwerker, zusammen 25 000. Dem gegenüber errechnete Walter Kuhn in seinem Buche „Die jungen deutschen Sprachinseln in Galizien" die Zahl der deutschen Kolonisten mit 17 250. Andere Autoren, wie Bredetzky und Kaindl, bleiben mit ihren

Schätzungen weit hinter diesen Zahlen zurück. Aber auch die Zahl von 25 000 deutschen Ansiedlern dürfte zu gering sein, wie eine im Entstehen begriffene Kartei der deutschen Auswanderer und Ansiedler in Galizien am Wiener Hofkammerarchiv bereits erkennen läßt, die fast alle von Schneider im 2. Teile genannten deutschen Siedler enthält und darüber hinaus noch ein ziemliches Plus an Namen aufweist.

Im 2. Teile (S. 71—402), dem Hauptteile des Buches, sind die Listen der deutschen Kolonisten aus den oben genannten Quellen, alphabetisch geordnet, nach den Namen der Kolonien zusammengestellt und wiedergegeben, oft nur mit Angabe des Namens des Kolonisten und des ihm zugewiesenen Ausmaßes an Grundstücken. In manchen Fällen ist der Herkunftsort genannt. Den Ansiedlerlisten von Dornfeld, Falkenstein, Kornelowka und Klein-Rauchersdorf hat Schneider die noch erhalten gebliebenen Ansiedlungskontrakte der neu gestifteten Gemeinden angefügt. Die Namenliste von Josefow wird ergänzt durch die kurze Dorfchronik des Pastors Hubel.

Diesen Listen folgen alphabetische Verzeichnisse von Emigranten, die 1783 und 1784 von Frankfurt a. M. nach Galizien gezogen sind und von Professionisten, städtischen Ansiedlern, Kolonisten auf privaten Herrschaften und schließlich die auf Befehl des Superintendenten der galizischen und Bukowinaer evangelischen Diözese Samuel Bredetzky 1812 angelegten und von ihm gesammelten Verzeichnisse der deutschen Kolonisten in den evangelischen Siedlungen, die für verschollen galten, von denen aber 29 Abschriften der damaligen Pfarrer und Lehrer in den einzelnen Pfarrarchiven aufgefunden werden konnten. Sie sind dadurch wertvoll, daß sie die Auswanderungsorte angeben und die zweite Generation der Ansiedler erfassen. Aufgeschlossen wird der zweite Teil durch einen Namensindex, der besonders den auslandsdeutschen Sippenforschern willkommen sein wird, und durch eine Karte der deutschen Siedlungen in Kleinpolen.

Schneiders Veröffentlichung ist vor allem ein Quellenwerk, fußend auf den Quellen des ehemaligen polnischen Staatsarchivs in Lemberg. Der darstellende Teil ist dabei zu kurz und knapp geraten, was in Anbetracht der Fülle des gebotenen Quellenmaterials begreiflich erscheint, denn die Notwendigkeit einer möglichst vollständigen Veröffentlichung dieser wichtigen Ansiedlerlisten steht außer Frage. Eine gesonderte, die Wiedergabe von Quellen ausschaltende, ausgebreitete Darstellung, die das Werk Kaindls ergänzen und erweitern würde, nach dem großen, reichen und noch ungenützten Material, das Schneider zur Verfügung stand und dessen Ausarbeitung ihn als guten Kenner der deutschen Ansiedlung in Galizien geradezu locken müßte, wäre sehr wünschenswert.

Wien. Franz Stanglica.

Andreas Lutz: Die ersten deutschen Siedler in Ungarn nach der Türkenherrschaft. Eine Klarstellung nach Quellen. Graz 1938. Selbstverlag. 24 S.

Dieses kleine Schriftchen wendet sich gegen bestimmte außerdeutsche Kreise, die sich auch heute noch in der Herabsetzung und Verunglimpfung des Donauschwabentums gefallen und dabei namentlich mit der Behauptung arbeiten, daß die ersten deutschen Siedler in Ungarn bettelarme Flüchtlinge aus den von der Furie französischer Raubkriege heimgesuchten westdeutschen Gebieten gewesen sind. Vf. begegnet diesem Vorwurf durch Abdruck mehrerer quellenmäßiger Belege, die das Gegenteil dartun. Die angeführten (namentlich die Lage in Fünfkirchen erhellenden) Quellen erweisen, daß die ersten Siedler auf Grund der

Initiative privater Ansiedlungstätigkeit und mit vorteilhaften Ansiedlungspatenten versehen angesetzt wurden. Die Einwanderer sind zumeist mit ihrem oft nicht unbeträchtlichen Hab und Gut gekommen.

Die Ausführungen sind in stark polemischem Ton gehalten und als dringend notwendig empfundene „Ehrenrettung" der Schwaben mehr apodiktisch hingestellt. Nun befindet sich die Forschung über die Donauschwaben ja seit Jahren in erfreulichem Fluß. Es wird daher gut sein, wenn der Vf. seine weiteren hier angekündigten Arbeiten stärker in den Rahmen der bisherigen Forschung einbaut und in ruhigerer Darstellung die klaren Fakta sprechen läßt. Die bewußte böswillige „andere Seite" wird sich auch durch die vorliegende Schrift kaum von ihrem Vorurteil abbringen lassen und der ernsten Forschung ist auf dem zweiten Weg mehr gedient.

Hermannstadt. Gustav Gündisch.

Obecný rejstřík spisů král. české společnosti nauk 1905—1935 (Operum a regia societate scientiarum bohemica annis 1905—1935 editorum index generalis) Prag 1938. Král. česka společnost nauk. 69 S.

Der deutsche Historiker sei nachdrücklich auf dieses Verzeichnis hingewiesen, das unter den Arbeiten der philosophisch-historischen Klasse der Gesellschaft eine große Reihe von Schriften und Quellenpublikationen der Gesellschaft aufführt, die in der deutschen Forschung bisher nicht genügend herangezogen worden sind. Besonders zahlreich und von allgemeinerer Bedeutung sind die Arbeiten aus dem Gebiete der böhmischen Agrargeschichte und der Geschichte der kirchlichen und religiösen Bewegungen.

Halle. Hans Raupach.

Bedřich Mendl: Tak řečené norimberské právo v Čechách (Das sogenannte Nürnberger Recht in Böhmen). Rozpravy České akademie věd a umění, Třída I, Č. 86. Prag 1938. 139 S.

Der Vf. besagt bereits mit dem Titel, worauf es ihm in seiner Darlegung ankommt. Es geht ihm darum nachzuweisen, daß es falsch ist, von einer Übertragung des Nürnberger Rechtes nach Böhmen zu sprechen — nur für Eger und eine dazugehörige Gruppe von Orten treffe dies zu —, sondern daß man es mit der Ausbreitung und stellenweisen Umformung des Schwabenspiegels zu tun habe.

Der Vf. behandelt im I. Kap. (S. 7—17) die verschiedenen Theorien über die Entstehung der böhmischen Städte, insbesondere Prags und geht im II. Kap. (S. 18—26) zu den „Belegen des ‚Nürnberger' Rechtes in Böhmen" über, um dann im III. Kap. (S. 27—43) durch Vergleich mehrerer tschechischer Übersetzungen mit der Laßbergschen Ausgabe des Schwabenspiegels festzustellen, daß das Nürnberger Recht in Böhmen eigentlich eine Übertragung des Schwabenspiegels ist. Das IV. Kap. (S. 44—64) ist dem Schwabenspiegel und seiner Bedeutung für den Beginn des böhmischen Städtewesens gewidmet. Der Vf. setzt sich dabei mit den verschiedenen Theorien über die Entstehung der Stadt überhaupt und mit den frühesten Nachrichten über den Markt und die Stadt Prag auseinander. Es kommt ihm hierbei auf die Feststellung an, daß Prag nicht erst in den dreißiger Jahren des 13. Jh.s gegründet wurde, sondern Jahrhunderte älter ist, und daß im Falle Prags eine umgekehrte Entwicklung in der Geschichte der Stadt als gewöhnlich zu erkennen ist, eine Ent-

wicklung, die vom Handels- zum Rechts- und Verwaltungsmittelpunkt führte. Das V. Kap. (S. 65—74) analysiert ein Rechtsdenkmal, das in der Klattauer Handschrift als „Nürnberger Recht“ bezeichnet wird und das der Vf. mit kritischen Anmerkungen versehen auf den folgenden Seiten (S. 75—122) abdruckt. Für ihn ist diese „Kurze Rechtsbelehrung“ der Klattauer Handschrift — sie umfaßt 69 in lateinischer Sprache geschriebene Kapitel — ein bemerkenswertes Rechtsdenkmal böhmischen Ursprungs, das sich auch in seiner ethischen Grundhaltung über die früheren Rechtsbelehrungen erhebt, und sie erscheint ihm als „hervorragendes Dokument der tschechischen Bildung um das Jahr 1400“. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis (S. 123—130) und zwei Register der Eigennamen, der Sachbegriffe und Rechtstermini, schließen diese Arbeit ab, die ein wesentlicher Beitrag für die mittelalterliche Geschichte Böhmens ist.

Breslau. Heinz Brauner.

Otakar Frankenberger: Pod orlicí, lvem a kalichem (Unter dem Adler, dem Löwen und dem Kelch. Geschichte des tschecho-slowakischen Kriegswesens und der tschecho-slowakischen Kriege). Prag 1938. Vojenský ústav vědecký. 350 S.

Der vorliegende Band umfaßt die Geschichte der militärischen Unternehmungen, die in und um den böhmischen Raum von dem ersten Auftreten der Slawen bis zum Beginn der Hussitenkriege geführt worden sind. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß bis dahin das deutsche Element in Böhmen an der aktiven Kriegsführung keinen Anteil zu nehmen brauchte, ist es auch gerechtfertigt, diesen Abschnitt der Kriegsgeschichte als Kriegsführung der Tschechen (nicht der „Tschecho-Slowaken“, denn die Slowaken treten auch in dieser Schrift als selbständiges Kriegsvolk nicht in Erscheinung) und der böhmischen Könige zu bezeichnen. Der Vf. verzichtet auf einen wissenschaftlichen Apparat und eigene Forschung, wertet aber die gesamte Literatur sorgfältig auf ihren kriegsgeschichtlichen Inhalt hin aus, nicht ohne selbst zu älteren Darstellungen kritisch Stellung zu nehmen. Diesen gegenüber verfügt er über einen kriegsgeschichtlich geschulten Blick und ist so imstande die älteren Angaben über Kriegsstärken und auch über die strategischen Vorgänge selbst auf einen höheren Grad von Wahrscheinlichkeit zurückzuführen. Ein weiterer Vorzug seiner Darstellung ist die ständige Berücksichtigung der entsprechenden Stufen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Vorbilde Delbrücks. Die Arbeit gliedert sich in die großen Abschnitte „Kriegsmittel“ (worin auch die wehrgeographischen Gegebenheiten Böhmens und Mährens einbegriffen sind), „Kriegszüge“, gruppiert nach dem jeweiligen Gegner, und „Taktik“. Das Bemühen um Objektivität und Vollständigkeit und die Ausstattung mit Registern und Kartenskizzen verleiht der Arbeit ihren Wert als Nachschlagewerk für die Forschung.

Halle. Hans Raupach.

Jaroslav Prokeš: Počátky české společnosti nauk do konce XVIII. Stol. Díl 1. 1774—1789. (Die Anfänge der böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Teil 1.) Prag 1938. Nákl. Jubilejního fondu Král. české spol. nauk. 362 S.

Die Geschichte der böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften betrifft einen Gegenstand, der seinem Wesen nach deutsch ist — jedenfalls

was das erste halbe Jh. seiner Existenz anlangt — und der, die Grenzen eines böhmischen Provinzgeschehens überschreitend, in seiner Bedeutung ein wichtiges Kapitel gesamtdeutscher Geistesgeschichte ist. Die Gesellschaft ist ein Ergebnis des Geistes der Aufklärung, die im böhmischen Milieu eine so vielseitige und auch typische Ausprägung erfahren hat. Der Grund hierfür liegt darin, daß in der Gegenreformation Böhmens national-dualistischer Charakter weitgehend ausgelöscht worden ist und im Aufbau von Gesellschaft und Bildung übernationale Grundsätze verwirklicht wurden. Nahezu frei von bodenständigen Kräften, bauten Adel und Geistlichkeit die Welt der barocken Kultur auf. Ihre Träger waren Menschen aus dem ganzen Bereich der habsburgischen Monarchie, die, durch Verdienst oder Schicksal in den Bereich der böhmischen Adelskultur gerufen, die Bildungsziele ihrer Zeit zu verwirklichen trachten. Mehr und mehr aber traten die Deutschen, allerdings nur zum kleineren Teile sudetischer Herkunft, an die Stelle der Romanen, um schließlich seit Beginn des 18. Jh.s das kulturelle Gesicht Böhmens nahezu allein zu formen. So wurde das Barocke zunehmend eingedeutscht und erst in der romantischen Zeit löst sich der tschechische Literatenkreis von dem deutschen Bildungshintergrund Böhmens und Mährens ab. So ist auch die böhmische Gesellschaft der Wissenschaften in ihren Anfängen noch völlig eine Schöpfung der deutsch bestimmten kulturellen Oberschicht des Landes, im Geiste des Landespatriotismus von einem nationalen Problem in Böhmen noch völlig unberührt.

Prokeš' Schrift hat es sich nicht zur Aufgabe gesetzt, die Geschichte der Gesellschaft als ein Problem der böhmischen Geistesgeschichte zu behandeln, sondern vielmehr durch möglichst vollständige Berücksichtigung der Quellen die noch bestehenden Unklarheiten in der Gründungsgeschichte zu beheben und ein erschöpfendes Bild von den inneren Verhältnissen und den beteiligten Persönlichkeiten zu geben. Mit der methodischen Gewissenhaftigkeit und Genauigkeit, die die Arbeitsweise der führenden tschechischen Historiker immer ausgezeichnet hat, ist Prokeš an die Lösung dieser Aufgabe herangegangen. Es bleibt zu hoffen, daß der angekündigte zweite Band, der die Geschichte der Gesellschaft bis an die Jahrhundertwende heranführen soll, in absehbarer Zeit erscheint. Damit dürfte — zumindest materialmäßig — ein Schlußstein in der Geistesgeschichte der böhmischen Aufklärung gesetzt sein, die bereits durch die Schriften von Hanuš, Lemberg, Winter eine sorgfältige und im Grundsätzlichen wohl erschöpfende Behandlung erfahren hat.

Halle. Hans Raupach.

Jan Hajšman: Jedna kampaň Mafie. Dopisy jihoslovanským listům z posledního roku světové války. (Eine Kampagne der Maffia. Briefe an südslawische Zeitungen aus dem letzten Jahre des Weltkrieges.) Prag 1938. Orbis. 222 S.

Als ein Teil der „Maffia", der tschechischen Verschwörung während des Weltkrieges im Inlande, werden diese Berichte an südslawische Zeitungen betrachtet. In dem Titel selbst ist die Stimmung im tschechischen Lager der letzten Weltkriegsjahre treffend charakterisiert: Sogar die unzensiert erschienenen Berichte eines Journalisten werden von diesem selbst als Teil einer Verschwörung angesehen. Ihre Absicht ist auf Erschütterung des österreichischen Staatsgefüges und Staatsbewußtseins gerichtet. Sie sind nicht eigentlich aggressiv, mehr betrachtend, stark durchsetzt mit geschichtlichen Reminiszenzen, Stim-

mungsberichten, aufgegriffenen Gesprächen — aber aus allen diesen mehr feuilletonistischen Kurzartikeln spricht die Zuversicht auf den kommenden Zerfall der Monarchie. Jedoch in dieser Atmosphäre leben auch unter den Tschechen die alten „Österreicher", Menschen, die das alte Gleis der Geschichte nicht verlassen wollen. — Die Schrift bringt kaum etwas an Tatsächlichem, was in der bisherigen tschechischen Memoirenliteratur über diese Zeit nicht schon enthalten wäre. Sie ist aber als Quelle für das tschechische Verhalten im Kriege, darüber hinaus als Beitrag zur politischen Psyche des Tschechen überhaupt lesenswert.

Halle. Hans Raupach.

BIBLIOGRAPHIE

I. Allgemeines.

Haase, F. Volksglaube und Brauchtum der Ostslaven. (Wort und Brauch, Heft 26.) Breslau 1939. G. Märtin. IX+428 S.

Wienecke, E. Untersuchungen zur Religion der Westslawen. (Forschungen zur Vor- und Frühgeschichte, Heft 1.) Leipzig 1940. Harrassowitz. XXVIII+327 S.

II. Vorgeschichte.

Die vorgeschichtliche Sammlung des Kurzemer (Kurländischen) Provinzialmuseums zu Jelgava (Mitau) 1818—1939. Riga 1939. 23 S.

Gerard, Ch. Les Bulgares de la Volga et les Slaves du Danube. Le problème des races et les barbares. Paris 1939. Maisonneuve. 294 S.

Linevskij, A. M. Petroglify Karelii. (Die Steininschriften von Karelien.) Bd. 1. Petrozavodsk 1939. Kargosizdat. 194 S.

Patay, P. Frühbronzezeitliche Kulturen in Ungarn. Budapest 1938. Institut f. Münzkunde u. Archäologie d. Péter Pázmany-Universität. 118 S.

Petersen, E. Der ostelbische Raum als germanisches Kraftfeld im Lichte der Bodenfunde des 6.—8. Jh.s. Leipzig 1939. Kabitzsch. VIII+291 S.

III. Nordosten.

Nordman, V. A. Albrecht, Herzog von Mecklenburg, König von Schweden. Annales Academiae Scientiarum Fennicae, Bd. XLIV, 1. Helsinki 1938. 344 S.

Sveriges krig 1611—1632. (Schwedens Kriege 1611—1632.) Hg. v. Generalstab. Band V: Från Breitenfeld till Lech. (Von Breitenfeld zum Lech.) 585 S. — Band VI: Från Lech till Lütgen. (Vom Lech nach Lützen.) 549 S. — Ergänzungsbd. II, 543 S. Stockholm. Bd. V u. Ergbd. II 1938, Bd. VI 1939.

Voges, U. Der Kampf um das Dominium Maris Baltici 1629—1645. Schweden und Dänemark vom Frieden zu Lübeck bis zum Frieden von Brömsebro. Zeulenroda 1938. Sporn. 156 S. (Diss.)

a) Finnland.

Björklund, J. Suomen papisto 1800-luvulla erityisesti silmälläpitäen pappistarvetta ja sen tyydyttämistä. (Der Klerus Finnlands im 19. Jh. mit besonderer Berücksichtigung des Bedarfes an Geistlichen und seiner Befriedigung.) Suomen Kirkkohistoriallisen Seuran toimituksia XLII. Helsinki 1939. 218 S. (Diss.)

Ehrensvärd, A. Anteckningar under en resa i Finland år 1747. (Aufzeichnungen während einer Reise in Finnland 1747.) Facsimiledruck.

Piirteitä Suomenlinnan historiaan IV. Helsinki 1938. Samfundet Ehrensvärd Seura. 105 S.

Helsingfors i forna tider I. (Helsinki ehemals.) Årsbok för Föreningen för Helsingfors stadts historia. Helsinki 1938. 128 S.

Jaakkola, J. Suomen varhaiskeskiaika. (Das Frühmittelalter Finnlands.) Suomen historia III. Porvoo 1938. Werner Söderström. 528 S.

Jackson, J. H. Finland. London 1938. Allen and Unwin. 243 S.

Jutikkala, E. — Nurmio, Y. — Osmonsalo, E. K. Suomen postilaitoksen historia 1638—1938 . (Geschichte des Postwesens von Finnland 1638—1938.) Bd. 1—3. Hg. Posti- ja lennätinhallitus. Helsinki 1938. 313+317+396 S.

Ilmonen, S. Delawaren suomalaiset. (Die Delaware-Finnen.) Hämeenlinna 1938. Karisto. 233 S.

Korhonen, A. Hakkapeliittain historia I: 1617—1625. (Geschichte der „Hakkapeliter" [finnischen Reiterei] I: 1617—1625.) (Veröffentlichungen d. kriegshist. Abteilung d. Wehrministeriums, VI.) Porvoo 1939. Werner Söderström. 589 S.

Korhonen, A. Suomen itärajan syntyhistoriaa. (Zur Entstehungsgeschichte der Ostgrenze Finnlands.) Porvoo 1938. Werner Söderström. 283 S.

Kuussaari, E. Heimosodat 1918—1922, I: Taistelu Petsamosta. (Die Kriege der [finnischen] Stämme 1918—1922, I: Der Kampf um Petsamo.) (Veröffentlichungen d. kriegshist. Abteilung d. Wehrministeriums, V.) Helsinki 1939. Suomen heimosoturien Liitto. 372 S.

Lindfors, G. V. Finlaysonin tehtaat Tampereella I: 1820—1907. (Die Finlayson-Werke in Tampere I: 1820—1907.) Helsinki 1938. 426 S.

Mikkola, J. J. Hämärän ja sarastuksen ajoilta. (Aus den Zeiten des Dunkeln und des Morgengrauen [in der finnischen Geschichte].) Porvoo 1939. Werner Söderström. 419 S.

Parmanen, E. I. Taistelujen kirja III: Taistelun ja jännityksen aikaa. Rajuilma yltymässä myrskyksi. (Buch der Kämpfe III: Zeit des Kampfes und der Spannung. Der Sturm bricht los [1903—1905].) Porvoo 1939. Werner Söderström. 798 S.

Salmo, H. Die Waffen der Merowingerzeit in Finnland. Helsinki 1938. 360 S. (Diss.)

Sommer, W. Geschichte Finnlands. München 1938. Oldenbourg. 336 S.

Stenius, M. Zachris Joachim Cleven suhde Suomen kansa- ja oppikoulujen uudistukseen hänen professorikautenaan 1862—1882. (Die Stellung Z. J. Cleves zur Reform der Volks- und höheren Schulen während seiner Tätigkeit als Universitätsprofessor 1862—1882.) Hg. Suomen kasvatusopillinen Yhdistys. Vammala 1938. 242 S.

Suomen jääkärien elämäkerrasto. (Biographisches Lexikon der finnischen Jäger.) Hg. Puolustusministeriön Sotahistoriallinen Toimisto. Porvoo 1938. Werner Söderström. 915 S.

Suomen uskonnollisten liikkeiden historiasta. Asiakirjoja ja tutkimuksia II—III. (Aus der Geschichte der religiösen Bewegungen Finnlands. Akten und Untersuchungen.) Toimituksia XII, 2, 3. Hg. Suomen Kirkkohistoriallinen Seura. Helsinki 1937, 1938. Bd. II 202 S., Bd. III (mit dt. Zsfg.en) 227+137 S.

Tarkiainen, T. Tasavallan presidentin asema Suomen parlamenttaarisessa hallitusjärjestelmässä. (Die Stellung des Präsidenten der Republik im parlamentarischen Regierungssystem Finnlands.) Helsinki. Jyväskylä 1938. K. J. Gummerus. 353 S. (Diss.)

Wilkama, S. Naissivistyksen periaatteiden kehitys Suomessa 1840-1880-luvuilla. Pedagogis-aatehistoriallinen tutkimus. (Die Entwicklung der Frauenbildungsprinzipien in Finnland zwischen den vierziger und achtziger Jahren des 19. Jh.s. Eine pädagogisch-ideenhistorische Untersuchung.) Suomen Historiallinen Seura, Historiallisia tutkimuksia XXIII. Helsinki 1938. 377 S. (Diss.)

Wuorinen, J. H. The Finns on the Delaware 1638—1655. New York 1938. Columbia University Press. 179 S.

Yhteiskunnallisen järjestäytymisen historiaa. (Aus der Geschichte der sozialen Organisation [in Finnland].) Hg. Historian Ystäväin Liitto. Jyväskylä 1939. K. J. Gummerus. 162 S.

b) Estland.

Moora, H., u. a. Muistse Eeesti linnused. 1936—1938 a. uurimiste tulemused. (Die alten Burgen Estlands. Ergebnisse der Forschungen d. J. 1936—1938.) Dorpat 1939. 215 S.

Sarap, C. Vana Narva. (Alt-Narwa.) Hist. Einleitung v. A. Soom. Reval 1939. 92 S.

Sild, O. Eesti kirikulugu vanimast ajast olevikuni. (Kirchengeschichte Estlands von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart.) Dorpat 1938. 284 S.

Sild, O. Kirikuvisitatsioonid eestlaste maal vanemast ajast kuni olevikuni. (Kirchenvisitationen im Lande der Esten von der älteren Zeit bis zur Gegenwart.) Acta et Commentationes Universitatis Tartuensis B. Humaniora XI. Dorpat 1937. 149 S. (M. dt. Zsfg.)

IV. Rußland.

Bol'šaja sovetskaja ėnciklopedija. (Die große Sowjetenzyklopädie.) Hg. O. Ju. Šmidt. Bd. 42: Niderlandy—Oklagoma. 832 Sp. Bd. 44: Paliza—Peremyčka. 832 Sp. Bd. 45: Peremyšl'—Pol. 880 Sp. Moskau 1939, 1940. Sov. ėnciklopedija.

Ėnciklopedičeskij slovar' Russkogo biliograf. instituta Granat. (Enzyklopädie des russischen bibliograph. Instituts Granat.) 7. Ausgabe. Bd. 57: Ėpocha socialističeskoj rekonstrukcii narodnogo chozjajstva SSSR. Moskau 1939. 910 Sp.

Gurevič, L. Istorija russkogo teatral'nogo byta. (Geschichte des russischen Theaterwesens.) Bd. 1. Moskau 1939. Iskusstvo. 304 S.

Hanisch, E. Geschichte Rußlands. Bd. 1: Von den Anfängen bis zum Ausgang des 18. Jh.s. Freiburg i. Breisgau 1940. Herder. VIII+242 S.

Istoričeskij sbornik. (Gesammelte historische Aufsätze [zur Geschichte der UdSSR. u. zur allgemeinen Geschichte].) Hg. N. M. Dobrtvor. Gor'kij 1939. Gor'k. gos. ped. inst. 204 S.

Istorija SSSR. (Die Geschichte der UdSSR.) Hg. V. I. Lebedev, B. D. Grekov, S. V. Bachrušin. Bd. 1: Von den Anfängen bis zum Ende des 18. Jh.s. Bd. 2: Rußland im 19. Jh. Moskau 1939, 1940. Socėkgiz. 792, 764 S.

Istorija SSSR. (Die Geschichte der UdSSR.) Bd. 1: Von den Anfängen bis zur Bildung des altrussischen Staates. Hg. M. I. Arta-

manov. Teil 1 u. 2. 424 S. Teil 3 u. 4. 532 S. Moskau 1939. Izd. Akad. nauk.

Ključevskij, V. Kurs russkoj istorii. (Kursus der russischen Geschichte.) Bd. III. Hg. Ju. V. Got'e. Minsk 1940. Gizbel. 356 S.

Lebedev, V. I. Istorija SSSR do XIX veka. (Geschichte der UdSSR bis zum 19. Jh.) Moskau 1939. Izd. Mosk. gos. un-t. 338 S.

Ljaščenko, P. I. Istorija narodnogo chozjajstva SSSR. (Geschichte der Volkswirtschaft der UdSSR.) Bd. 1. Moskau 1939. Socėkgiz. 676 S.

Lo Gatto, E. Storia della letteratura Russa. (La letteratura moderna, Bd. 6.) Rom 1939. Istituto per l'Europa Orientale. 301 S.

Lopatin, P. Moskva. Očerk iz istorii velikogo goroda. (Moskau. Skizze aus der Geschichte der großen Stadt.) Moskau 1940. Gospolitizdat. 188 S.

Lunin, B. V. Azov, Rostov, Tanganrog. K istorii gorodov Rostovskoj oblasti. (Azov, Rostov, Tanganrog, Zur Geschichte der Städte des Rostover Gebietes.) Rostov 1939. Rostizdat. 80 S.

Lunin, B. V. K istorii donskogo kazačestva. (Zur Geschichte des Donkosakentums.) Rostov 1940. Rostizdat. 240 S.

Lunin, B. V. Staryj gorod. (Die alte Stadt [Čerkassk].) Rostov 1939. Rostizdat. 84 S.

Mavrodin, V. V. Obrazovanie russkogo nacional'nogo gosudarstva. (Die Bildung des russischen Nationalstaates.) Moskau 1939. Socėkgiz. 196 S.

Mitel'man, M., Glebov, B., Ul'janskij, A. Istorija Putilovskogo zavoda. (Die Geschichte des Putilovwerkes [1789—1917].) Moskau 1939. Socėkgiz. 756 S.

Omskie oblastnye archivy. (Die Archive des Gebietes Omsk.) Omsk 1939. Omskoe oblarchuprav. 40 S.

Pervaja vserossijskaja archeologičiskaja konferencija, 10—13 apr. 1939. (Die erste allrussische archäologische Konferenz, 10.—13. April 1939.) Moskau 1939. Nar. kom. pros. RSFSR. 72 S.

Pistolenko, V. Iz prošlogo Orenburgskogo kraja. (Aus der Vergangenheit des Orenburger Landes.) Orenburg 1939. Čkal. obl. izd. 152 S.

Stählin, K. Geschichte Rußlands von den Anfängen bis zur Gegenwart. Bd. IV, Teil 1 u. 2. Königsberg 1939. Ost-Europa-Verlag. XII+VIII+1136 S.

a) Von den Anfängen bis 1801.

Astachova, A. M. Byliny severa. (Die Heldenlieder des Nordens.) Bd. 1: Das Gebiet der Pečora und um Mezen'. Moskau 1938. Izd. Akd. nauk. 656 S.

Baburin, D. Očerki po istorii Manufaktur-Kollegii. (Skizzen zur Geschichte des Manufaktur-Kollegiums.) Trudy Istoriko-archivnogo instituta, Bd. 1. Moskau 1939. 396 S.

Paranov, L. S. Afanasij Nikitin-pervyj russkij putešestvennik v Indiju. (Afanasij Nikitin, der erste russische Reisende nach Indien.) Kalinin 1939. Kalin. obl. izd. 80 S.

Belopol'skij, B., Tajdyško, A. Kreščenie Rusi. (Die Taufe Rußlands.) Leningrad 1939. Lenizdat. 56 S.

Bezbach, S. A. Poltavskoe sraženie. (Die Schlacht von Poltava.) Moskau 1939. Voenizdat. 64 S.

Byliny i istoričeskie pesni iz Južnoj Sibiri. (Byliny und historische Lieder aus Südsibirien.) Hg. M. K. Azadovskij. Novosibirsk 1939. Novosibgiz. 196 S.

Doerries, H. Rußlands Eindringen in Europa in der Epoche Peters des Großen. Studien zur zeitgenössischen Publizistik und Staatenkunde. (Osteuropäische Forschungen, N. F. Bd. 26.) Königsberg u. Berlin 1939. Ost-Europa-Verlag. XVI+188 S.

Ėfron, A. B. Ėtjudy po istorii russkogo juridičeskogo byta. (Studien zur Geschichte der russischen Rechtsverhältnisse.) Bd. I: Die Kiewer Periode. Brüssel 1939. Izdanie Evrazijcev. 191 S.

Fedorov, B. V. Kulikovskaja bitva. (Die Schlacht auf dem Kulikovofelde.) Moskau 1939. Gospolitizdat. 64 S.

Fleischhacker, H. Die staats- und völkerrechtlichen Grundlagen der moskauischen Außenpolitik, 14.—17. Jh. (Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Beiheft 1.) Breslau 1938. Priebatsch. IX+247 S.

Galkin, V. A. Suzdal'skaja Rus'. (Das Suzdaler Rußland.) Gos. izd. Ivan. obl. 1939. 212 S.

Genkin, L. B. Jaroslavskij kraj i razgrom pol'skoj intervencii v Moskovskom gosudarstve v načale XVII veka. (Das Land Jaroslavl' und die Niederwerfung der polnischen Intervention im Moskauer Staat am Anfang des 17. Jh.s.) Jaroslavl' 1939. Jarosl. obl. izd. 176 S.

Grekov, B. D. Kievskaja Rus'. (Das Kiewer Rußland.) 3., erw. Ausgabe. Moskau 1939. Izd. Akad. nauk. 282 S.

[Ibn-Fadlan.] Putešestvie Ibn-Fadlana na Volgu. (Die Reise Ibn-Fadlans auf der Wolga.) Hg. I. Ju. Kračkovskij. Moskau 1939. Izd. Akad. nauk SSSR. 194 S.

Juškov, S. V. Očerki po istorii feodalizma v Kievskoj Rusi. (Skizzen zur Geschichte des Feudalismus im Kiever Rußland.) Moskau 1939. Izd. Akad. nauk SSSR. 256 S.

Juškov, S. V. Očerki po istorii vozniknovenija i načal'nogo razvitija feodalizma v Kievskoj Rusi. (Skizzen zur Geschichte der Entstehung und der frühen Entwicklung des Feudalismus im Kiever Rußland.) Kiew 1939. Izd. Akad. nauk USSR. 210 S. (ukrainisch).

Kapošina, S. I. Problema sostava naselenija drevnej Ol'vii po materialam archaičeskogo nekropolja. (Das Problem des Bevölkerungsstandes der alten Olbia nach den Materialien der archaischen Nekropole.) Leningrad 1937. Sov. Pečatnik. 6 S.

Kapterev, L. M. Nižegorodskoe Povolž'e X—XVI vekov. (Das Nižnyjnovgoroder Wolgagebiet im 10.—16. Jh.) Gor'kij 1939. Gor'k. obl. izd. 184 S.

Kovalenskaja, N. Istorija russkogo iskusstva XVIII veka. (Geschichte der russischen Kunst im 18. Jh.) Moskau 1940. Iskusstvo. 260 S.

Kozačenko, A. I. Razgrom pol'skoj intervencii v načale XVII veka. (Die Vernichtung der polnischen Intervention am Anfang des 17. Jh.s.) Moskau 1939. Gospolitizdat. 176 S.

Kučin, P. Kulikovskaja bitva. (Die Schlacht auf dem Kulikovofelde.) Moskau 1939. Voenizdat. 32 S.

Kudrjavcev, F., Kolodinskij, G. Pervye maevki v Sibiri. 1899—1916. (Die ersten Maifeiern in Sibirien. 1899—1916.) Moskau 1939. Irkut. obl. 76 S.

Lebedev, V. I. Poltavskij boj. (Die Schlacht von Poltava.) Moskau 1939. Mol. gvardija. 48 S.

Linevskij, A., Mašezerskij, V., Pegov, V. Chrestomatija po istorii Karelii s drevnejšich vremen do konca XVII veka. (Chrestomathie der Geschichte Kareliens von den Anfängen bis zum Ende des 17. Jh.s.) Petrozavodsk 1939. Kargosizdat. 236 S.

Ljubomirov, P. G. Očerk istorii Nižegorodskogo opolčenija, 1611—1613 gg. (Abriß der Geschichte des Nižnyjnovgoroder Aufgebots von 1611—1613.) [Neuausgabe.] Moskau 1939. Socėkgiz. 342 S.

Okun', S. B. Rossijsko-amerikanskaja kompanija. (Die Russisch-Amerikanische Handelskompanie.) Moskau 1939. Socėkgiz. 260 S.

Pegov, V. Pol'sko-švedskaja intervencija v Karelii v načale XVII veka. (Die polnisch-schwedische Intervention in Karelien am Anfang des 17. Jh.s.) Petrozavodsk 1939. Kargosizdat. 34 S.

Podorožnyj, N. Minin i Požarskij. (Minin und Požarskij.) Moskau 1939. Voenizdat. 48 S.

Podorožnyj, N. Razgrom pol'skich interventov v Moskovskom gosudarstve v načale XVII veka. (Die Vernichtung der polnischen Interventionstruppen im Moskauer Staat am Anfang des 17. Jh.s.) Kiew 1939. Gospolitizdat. 52 S.

Presnjakov, A. E. Lekcii po russkoj istorii. (Vorlesungen über die russische Geschichte.) Hg. N. Rubinštejn. Bd. 1: Das Kiewer Rußland. VI+279 S. Bd. 2, 1. Teil: Westrußland und der litauisch-russische Staat. 248 S. Moskau 1938, 1939. Socėkgiz.

Priselkov, M. D. Istorija russkogo letopisanija XI—XVvv. (Geschichte der russischen Chronistik des 11.—15. Jh.s.) Leningrad 1940. Leningr. gos. un-t. 188 S.

Savič, A. Bor'ba russkogo naroda s pol'skoj intervenciej v načale XVII veka. (Der Kampf des russischen Volkes mit der polnischen Intervention am Anfang des 17. Jh.s.) Moskau 1939. Socėgiz. 56 S.

Sbornik statej po archeologii SSSR. (Gesammelte Aufsätze zur Archäologie der UdSSR.) Hg. A. Ja. Brjusov. Moskau 1938. Tr. gos. ist. muzej. 192 S.

Seliščev, A. M. Obrazcy drevne-russkogo pis'ma XI—XVII vv. (Abbildungen altrussischer Schrift. 11.—17. Jh.) Moskau 1939. Mosk. gos. un-t. istorii. 24 S.

Setschkareff, W. Schellings Einfluß in der russischen Literatur der zwanziger und dreißiger Jahre des XIX. Jahrhunderts. (Veröffentlichungen des Slavischen Instituts Berlin, Bd. 22.) Leipzig 1939. Harrassowitz. 106 S.

Škvarikov, V. A. Planirovka gorodov v Rossii XVIII i načala XIX veka. (Die Städteplanung in Rußland im 18. und im Anfang des 19. Jh.s.) Moskau 1939. Izd. Vses. Akad. architektury. 256 S.

Slavin, L. M. Ol'vija. (Olbia.) Kiew 1938. Vid. Ak. nauk. 88 S.

Smolenskaja oborona. (Die Verteidigung von Smolensk. [1609—1611.]) Smolensk 1939. Smolgiz. 260 S.

Smolitsch, J. Das altrussische Mönchtum. (11.—16. Jh.) Gestalter und Gestalten. (Das östliche Christentum, Heft 11.) Würzburg 1940. Rita-Verlag. 87 S.

Strokov, A., Boguševič, V. Archeologičeskoe issledovanie Novgoroda. (Die archäologische Erforschung Novgorods.) Novgorod 1939. Akad. nauk SSSR. 32 S.

Sudebniki russkogo gosudarstva. (Die Rechtsbücher des russischen Staates.) Gor'kij 1939. Gor'k. gos. ped. institut. 56 S.

Tarakanova-Belkina, S. A. Bojarskoe i monastyrskoe zemlevladenie v Novgorodskich pjatinach v domoskovskoe vremji. (Der Landbesitz der Bojaren und Klöster in den Novgoroder Gebieten in der vormoskauischen Zeit.) Moskau 1939. Gos. ist. muzej. 120 S.

Tret'jakov, P. N. Drevnejšee prošloe Verchnego Povolž'ja. (Die älteste Vergangenheit des Gebiets der oberen Wolga.) Jaroslav 1939. Jarosl. obl. izd. 72 S.

Verchoven', B. Rossija v carstvovanie Ivana Groznogo. (Rußland unter der Herrschaft Ivans des Grausamen.) Moskau 1939. Gospolitizdat. 56 S.

Ziebell, W. Olbia. Eine griechische Stadt in Südrußland. Reinbeck 1937. Jürgens. 78 S. (Diss.)

b) Von 1801—1917.

Antrick, O. Rasputin und die politischen Hintergründe seiner Ermordung. Braunschweig 1938. Hunold. 184 S. (Diss.)

Bac, I. L. Bol'ševistskaja pečat' v gody imperialističeskoj vojny. (Die bolschewistische Presse in den Jahren des imperialistischen Krieges.) Moskau 1939. Gospolitizdat. 224 S.

Bol'ševiki v gody imperialističeskoj vojny 1914 — fevr. 1917. Sbornik dokumentov mestnych bol'šev. organizacij. (Die Bolschewisten in den Jahren des imperialistischen Krieges, 1914—Februar 1917. Sammlung von Dokumenten der örtlichen bolschewistischen Organisationen.) Hg. A. A. Kobjako u. O. N. Čaadaev. Moskau 1939. Gospolitizd. XVI+230 S.

Borisov, S. Bagration. Kiew 1939. Gospolitizdat USSR. 56 S.

Bušuev, S. K. Krymskaja vojna 1853—1856. (Der Krimkrieg 1853—1856.) Moskau 1940. Izd. Akad. nauk. 160 S.

Buxhoeveden, S. v. Vor dem Sturm. Erinnerungen an das Rußland der Vorkriegsjahre. Berlin 1938. Vorhut-Verlag. 266 S.

Čermenskij, E. D. Buržuazija i carizm v revoljucii 1905—1907. (Bürgertum und Zarismus in der Revolution 1905—1907.) Moskau 1939. Socèkgiz. 376 S.

Černyševskij, N. G. Polnoe sobranie sočinenij. (Gesammelte Werke.) Bd. 1: Tagebücher. Autobiographie. Erinnerungen. Hg. V. Ja. Kirpotin u. a. Moskau 1939. Goslitizdat. 860 S.

[Černyševskij.] Process N. G. Černyševskogo. Archivnye dokumenty. (Der Prozeß N. G. Černyševskijs. Archivmaterial.) Hg. N. A. Alekseev. Saratov 1939. Sarat. obl. izd. XVIII+360 S.

Cvetkov-Prosveščenskij, A. K. Pod-em rabočego dviženija v Rossii. 1912—1914. (Der Aufschwung der Arbeiterbewegung in Rußland. 1912—1914.) Moskau 1939. Gospolitizdat. 112 S.

Dekabristy. (Die Dekabristen. [Unveröffentl. Material.]) Hg. N. L. Meščerjakov. Moskau 1939. Socèkgiz. 80 S.

Die Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Dokumente aus den Archiven der Zarischen und

der Provisorischen Regierung 1878—1917. Hg. O. Hoetzsch. Reihe III: Vom Frühjahr bis zum Ende 1913. 1. Band (1. Halbband) 14. Mai—13. September 1911. Berlin 1939. Steiniger-Verlage. 552 S.

Dokumenty o revoljucionnom vystuplenii Ust'kulomskich krest'jan 1841—1843. (Dokumente über das revolutionäre Auftreten der Bauern von Ust'kulom 1841—1843.) Komigiz. Syktyvkar. 1939. 112 S.

Egor'ev, V. E. Operacii vladivostokskich krejserov v russko-japonskoj vojne 1904—1905 gg. (Die militärischen Operationen der Kreuzer von Vladivostok im russisch-japanischen Krieg 1904—1905.) Moskau 1939. Voenmorizdat. 276 S.

Eremeev, L. Admiral Makarov. Moskau 1939. Voenmorizdat. 56 S.

Fel'dman, K. Bronenosec „Potemkin". (Der Panzerkreuzer „Potemkin". [Erinnerungen eines Teilnehmers.]) Moskau 1938. 110 S.

Frajman, A. Otmena krepostnogo prava v Rossii. (Die Abschaffung der Leibeigenschaft in Rußland.) Leningrad 1939. Lenizdat. 100 S.

Giusti, W. Il pensiero politico russo dal decabrismo alla guerra mondiale. Milano 1939. Istituto per gli Studi di Politica Internazionale. 182 S.

Graham, St. Stalin. An impartial study of the life and work of Joseph Stalin. London 1939. Hutchinson. 159 S.

Gurevič, A. Dekabr'skoe vooružennoe vosstanie 1905 g. (Der bewaffnete Dezemberaufstand von 1905.) Moskau 1939. Mosk. rabočij. 44 S.

Gurko, V. Features and figures in the reign of Nicholas II. (Hoover Library on War, 14.) California 1939. Stanford University Press. 779 S.

Hallmann, E. Um die russische Mobilmachung. Diplomatische Studien zum Ausbruch des Weltkriegs. (Beiträge z. Geschichte d. nachbismarckischen Zeit und des Weltkriegs, H. 43.) Stuttgart 1939. XII+175 S.

Ignat'ev, V. Bor'ba protiv zubatovščiny v Moskve. (Der Kampf gegen die Richtung Zubatov in Moskau.) Moskau 1939. Mosk. rabočij. 56 S.

Kolčigin, B., Razin, E. Oborona Port-Artura v russko-japonskoj vojne 1904—1905. (Die Verteidigung von Port-Arthur im russisch-japanischen Krieg 1904—1905.) Moskau 1939. Voenizdat. 92 S.

Kolenkovskij, A., Belolipeckij, V. Russko-tureckaja vojna 1877—1878. (Der russisch-türkische Krieg 1877—1878.) Moskau 1939. Voenizdat. 48 S.

Krupinski, K. Die russisch-japanischen Beziehungen von ihren Anfängen bis zum Frieden von Portsmouth. (Osteuropäische Forschungen, N. F. Bd. 27.) Königsberg (Pr.) 1939. Ost-Europa-Verlag. VI+127 S. (Diss. Berlin.)

Lagovskij, A. N. Oborona Sevastopolja. (Die Verteidigung von Sevastopol'.) Moskau 1939. Voenizdat. 228 S.

Lauter, E. Metternichs Kampf um die europäische Mitte. Struktur seiner Politik von 1809—1815. Wien 1939. Luser. 221 S. (Diss.)

[Lieven.] Vertrauliche Briefe der Fürstin Lieven. Hg. P. Quennel. Berlin 1939. Steuben-Verlag. 352 S.

Listovki peterburgskich bol'ševikov. 1902—1917. (Die Flugblätter der Petersburger Bolschewisten 1902—1917.) Hg. M. L. Lur'e u. V. A. Bystrjanskij. Bd. 1: 1902—1907. Moskau 1939. Gospolitizdat. 566 S.

Lučinin, V. Russko-japonskaja vojna 1904—1905. (Der russisch-japanische Krieg 1904—1905. [Bibliographie russischer u. nichtrussischer Literatur.]) Moskau 1940. Voenizdat. 144 S.

Lunin, B. V. Donskie kazaki v russko-japonskoj vojne 1904—1905. (Die Donkosaken im russisch-japanischen Krieg 1904—1905.) Rostov 1939. Rostizdat. 112 S.

Lur'e, M. Jul'skie barrikady 1914 goda. (Die Julibarrikaden von 1914.) Leningrad 1939. Lenizdat. 96 S.

Lur'e, M. L., Poljanskaja, L. I. Bol'ševistskaja pečat' v tiskach carskoj cenzury. 1910—1914. (Die bolschewistische Presse unter dem Druck der zaristischen Zensur. 1910—1914.) Leningrad 1939. Leningr. inst. ist. VKP (b). 200 S.

Malkin, M. M. Graždanskaja vojna v SŠA i carskaja Rossija. (Der Bürgerkrieg in USA und das zaristische Rußland.) Moskau 1939. Leningr. gos. un-t. 332 S.

Malmström, S. R. Dagmar, prinsessa av Danmark, kejsarinna av Ryssland. (Dagmar, Prinzessin von Dänemark, Kaiserin von Rußland.) Tammerfors 1938. 298 S.

Maurach, R. Der russische Staatsrat. (Schriften der Akademie für deutsches Recht, Gruppe Verfassungs- u. Verwaltungsrecht, Nr. 2.) Berlin 1939. Junker u. Dünnhaupt. 247 S.

Mehnert, K. The Russians in Hawai 1804—1819. Honolulu 1939. University of Hawai. 86 S.

Meždunarodnye otnošenija v ėpochu imperializma. Dokumenty iz archivov carskogo i Vremennogo pravitel'stv. 1878—1917. (Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Dokumente aus den Archiven der zaristischen und der Provisorischen Regierung. 1878—1917.) Serie II: 1900—1913, Bd. XX, Teil 1: 14. 5. 1912—13. 8. 1912. Hg. L. A. Telešev. Moskau 1939. Gospolitizdat. XVI+482 S.

Moulis, E., Bergonier, C. La guerre entre les Alliés et la Russie. Paris 1938. Pichon. 206 S.

Novič, I. Žizn' Černyševskogo. (Das Leben Černyševskijs.) Moskau 1939. Gospolitizdat. 336 S.

Okun', S. B. Istorija SSSR. Gody 1796—1856. (Geschichte der UdSSR. Die Zeit von 1796—1856.) Bd. 1: 1796—1815. Leningrad 1939. Leningr. gos. un-t. 204 S.

Pares, B. The Fall of the Russian Monarchy. London 1939. Cape.

Pervoe maja v carskoj Rossii. (Der erste Mai im zaristischen Rußland.) Ges. Dokumente. Hg. O. Čaadaeva. Moskau 1939. Gospolitizdat. XVI+336 S.

Pjaskovskij, A. V. Lenskie sobytija 1912 goda. (Die Ereignisse im Lenagebiet 1912.) Moskau 1939. Mosk. rabočij. 80 S.

Savčenko, J. Gosudarynja imperatrica Aleksandra Feodorovna. (Die Kaiserin Alexander Feodorovna.) Belgrad 1939. 105 S.

Sejdametov, D., Šljapnikov, N. Germano-avstrijskaja razvedka v carskoj Rossii. (Die deutsch-österreichische Spionage im zaristischen Rußland.) Moskau 1939. Voenizdat. 72 S.

Sidorov, A. Russko-japonskaja vojna 1904—1905. (Der russisch-japanische Krieg 1904—1905.) Moskau 1939. Mosk. rabočij. 36 S.

Stupperich, B. Die Anfänge der Bauernbefreiung in Rußland. (Neue deutsche Forschungen. Abt. Slawische Philologie und Kulturgeschichte, Bd. 2.) Berlin 1939. Juncker und Dünnhaupt. 214 S.

Surskij, I. K. Otec Ioann Kronštadskij. (Der Vater Johann von Kronstadt.) Bd. 1. Belgrad 1938. 272 S.

[Sverdlov.] Jakob Michajlovič Sverdlov. 1885—1919. Hg. Obkom VKP (b). Orel 1939. Izdat. Obkoma VKP (b). 46 S.

[Turgenev, A.] Pis'ma Aleksandra Turgeneva Bulgakovym. (Briefe Alexander Turgenevs an Bulgakov.) Hg. A. A. Saburov. Moskau 1939. Socėkgiz. 376 S.

Ul'janskij, A. I. Radiščev v Peterburge. (Radiščev in Petersburg. [Gedenkplätze.]) Leningrad 1939. Lenizdat. 64 S.

Vasil'ev, N. Transport Rossii v vojne 1914—1918. (Das Transportwesen Rußlands im Kriege 1914—1918.) Moskau 1939. Voenizdat. 260 S.

Votinov, A. Japonskij špionaž v russko-japonskoju vojnu 1904—1905. (Die japanische Spionage im russisch-japanischen Krieg 1904—1905.) Moskau 1939. Voenizdat. 72 S.

Vostočno-prusskaja operacija. (Die militärische Operation in Ostpreußen. [Ges. Dokumente.]) Hg. Generalstab der RKKA. Moskau 1939. Voenizdat. 612 S.

Wiedemann, M. Herzen und der Kolokol. Berlin 1938. 56 S. (Diss. Berlin.)

Wiegand, K. I. S. Turgenews Einstellung zum Deutschtum. (Veröffentlichungen des Slavischen Instituts in Berlin, Bd. 24.) Leipzig 1939. Harrassowitz. 51 S. (Diss. Berlin.)

c) Seit 1917.

Anan'ev, K. V. Kachovka. [Die Niederwerfung Wrangels 1920.] Moskau 1939. Voenizdat. 64 S.

Barmine, A. Memoirs of a Soviet Diplomat. London 1938. Lovat Dickson. XV+360 S.

de Basily, N. Russia under Soviet Rule. Twenty Years of Bolshevik Experiment. London 1938. Allen and Unwin. 508 S.

Berkov, E. A. Krymskaja kampanija. (Der Krimfeldzug.) Moskau 1939. Mosk. rabočij. 96 S.

Bogačevskij, N. F. Jakov Erman. [Caricyn, 1917—1918.] Stalingrad 1939. Obl. izd. 112 S.

Borisov, S. Graždanskaja vojna na Severe. (Der Bürgerkrieg im Norden.) Moskau 1939. Voenizdat. 48 S.

Bubennov, M., Valcev, A. Osvoboždenie Kazani ot belo-interventov v 1918 godu. (Die Befreiung Kazan's von den weißgardistischen Interventionstruppen.) Kazan' 1939. Tatgosizdat. 88 S.

[Caricyn.] Velikij pochod armii K. E. Vorošilova ot Luganska k Caricynu i geroičeskaja oborona Caricyna. (Der große Feldzug K. E. Vorošilovs von Lugansk nach Caricyn und die heldenhafte Verteidigung Caricyns.) Hg. Generalstab der RKKA. Moskau 1938. Voenizdat. 300 S.

Čebarin, A. Oktjabr'skie boi 1917 goda v Moskve. (Die Oktoberkämpfe 1917 in Moskau.) Moskau 1939. Mosk. rabočij. 136 S.

[Chasan.] Geroi Chasana. (Die Helden von Chasan. [Ges. Material u. Dokumente.]) Hg. I. Karpov. Leningrad 1939. Lenizdat. 128 S.

Chesin, S. Na Judeniča. (Gegen Judenič.) Moskau 1939. Voenizdat. 80 S.

Federov, S. T. Boi za Orechov. (Die Kämpfe um Orechov [Juli 1920].)

Frajman, A. L. Krach germanskoj okkupacii na Pskovščine. (Der Zusammenbruch der deutschen Besetzung im Pskover Gebiet.) Leningrad 1939. Lenizdat. 270 S.

Galkin, V. A. Razgrom belogvardejskogo mjateža v Jaroslavle v 1918 godu. (Die Niederwerfung des weißgardistischen Aufstandes in Jaroslavl' im Jahre 1918.) Jaroslavl' 1939. Jarosl. obl. izd. 112 S.

Gukovskij, A. I. Likvidacija permskoj katastrofy. (Die Überwindung der Katastrophe von Perm.) Moskau 1939. Voenizdat. 48 S.

Jaroslavskij, E. Antimarksistskie izvraščenija i vul'garizatorstvo tak nazyvaemoj „školy" Pokrovskogo. (Die antimarxistischen Verdrehungen und Vulgarisierung der sogenannten „Schule" Pokrovskijs.) Moskau 1939. Sverdlgiz. 20 S.

Intervencija na Sovetskom Severe. 1918—1920. (Die Intervention im russischen Norden. 1918—1920.) Archangelsk 1939. Archgiz. 116 S.

Karaev, G. Bor'ba za Krasnyj Petrograd. 1919. (Der Kampf um das rote Petrograd. 1919.) Moskau 1939. Voenizdat. 80 S.

[Kolčak.] Razgrom kolčakovščiny na Urale. (Die Niederwerfung der Kolčakbewegung im Ural. [Sammelband.]) Sverdlov 1939. Sverdlgiz. 216 S.

Korotkov, I. S. Razgrom Vrangelja. (Die Vernichtung Vrangels.) Moskau 1939. Voenizdat. 128 S.

Krutikov, A. N. Proryv oboronitel'noj polosy belopolakov 11-j strelkovoj diviziej. (Die Durchbrechung des Verteidigungsgürtels der weißgardistischen Polen durch die 11. Schützendivision, 4./6. 7. 1920.) Moskau 1939. Voenizdat. 80 S.

Leonidov, O. Likvidacija Kronštadtskogo mjateža. (Die Niederwerfung des Kronstadter Aufstandes.) Moskau 1939. Voenizdat. 64 S.

Litvinov, M. Against Aggression. Speeches. London 1939. Lavrence and Wishart 208 S.

Mende, G. v. Die Völker der Sowjetunion. Reichenau 1939. Schneider. 124 S.

Milkovskij, A. I. Graždanskaja vojna v SSSR 1918—1920 gg. (Der Bürgerkrieg in der UdSSR 1918—1920.) Bd. II. Moskau 1940. 116 S.

Mitel'man, M. 1917 god na Putilovskom zavode. (Das Jahr 1917 im Putilovwerk.) Leningrad 1939. Lenizdat. 236 S.

Opric, I. Lejb-kazaki 1918—1920. (Die Gardekosaken 1918—1920.) Paris 1939. 114 S.

Pavlenko, P., Tess, T. Razgrom Kol'čaka. (Die Vernichtung Kol'čaks.) Moskau 1939. Voenizdat. 48 S.

Premysler, I. Oborona Luganska. (Die Verteidigung von Lugansk [1919].) Moskau 1940. Voenizdat. 40 S.

Puchov, A. Baltijskij flot v oborone Petrograda. 1919 (Die baltische Flotte bei der Verteidigung von Petrograd 1919.) Moskau 1940. Voenmorizdat. 140 S.

Raenko, Ja. N. Chronika istoričeskich sobytij na Donu, Kubani i v Černomor'e. (Chronik der geschichtlichen Ereignisse am Don, Kuban

und im Schwarzmeergebiet.) Teil 1: März 1917—März 1918. Rostov 1939. Rostizdat. 156 S.

R a e n k o, Ja. N. Iz istorii bol'ševistskich organizacij Kubano-Černomor'ja. 1914—1920 gg. (Aus der Geschichte der bolschewistischen Organisationen des Kuban-Schwarzmeergebietes. 1914—1920.) Krasnodar 1940. (Rost. obl. istpart.) Kraevoe kn-vo. 172 S.

R a g u z a, I. La vie de Staline. Paris 1938. Fayand. 416 S.

R a s s k a z y o r e v o l j u c i i i graždanskoj vojne. (Erzählungen über die Revolution und den Bürgerkrieg.) Hg. Ju. M. Sokolov. Voronež' 1939. Voron. obl. kn-vo. 104 S.

R a z g r o m a r m i i D e n i k i n a. (Die Vernichtung des Denikinschen Heeres.) Kursk 1939. Kurskoe obl. izd. 72 S.

R a z g r o m b e l y c h p o d O r l o m. (Die Vernichtung der Weißen bei Orel.) Ges. Aufsätze. Orel 1939. Izd. Obkoma VKP b. 224 S.

R e j c h b e r g, G. Razgrom japonskoij intervencii na Dal'nem Vostoke. (Der Zusammenbruch der japanischen Intervention im Fernen Osten.) Moskau 1940. Socèkgiz. 212 S.

R o m a n o v, F. Tekstil'ščiki Moskovskoj oblasti v gody graždanskoj vojny. (Die Textilarbeiter des Moskauer Gebietes in den Jahren des Bürgerkrieges.) Moskau 1939. Profizdat. 144 S.

S e m e r n i n, P. Materialističeskoe ponimanie istorii i „škola" Pokrovskogo. (Die materialistische Geschichtsauffassung und die „Schule" Pokrovskijs.) Rostov 1939. Rostizdat. 40 S.

[S v e r d l o v]. Izbrannye stat'i i reči. 1917—1919. (Ausgewählte Aufsätze und Reden. 1917—1919.) Moskau 1939. Gospolitizdat. 192 S.

V o l'f s o n, B. Izgnanie germanskich okkupantov iz Kryma. (Die Vertreibung der deutschen Besatzungstruppen aus der Krim [1919].) Simferopol 1939. Kr. Krym. 60 S.

V o r b'e v, V. F. Tobol'sko-Petropavlovskaja operacija. (Die militärischen Operationen im Gebiet von Tobol'sk-Petropavlovsk 1919.) Moskau 1939. Voenizdat. 88 S.

d) Ukraine und Weißrußland.

B o r š č a k, I. Andrij Vojnarovśkyj. Lemberg 1939. Chortycja. 160 S.

G e r a s i m o v, E. Razgrom nemeckich okkupantov na Ukraine. (Die Vernichtung der deutschen Besatzungsarmee in der Ukraine.) Moskau 1939. Voenizdat. 48 S.

J a r y, R., O r s c h a n, J. u. a. Ukraine von gestern und heute. Ukrainischer Nationalismus. 1939. 142 S.

I s t o r i j a U k r a i n y. V dokumentach i materialach. (Die Geschichte der Ukraine in Dokumenten und Materialien.) B. 1: Das Kiewer Rußland und die Feudalfürstentümer des 12. u. 13. Jh.s. Kiew 1939. Izd. Akad. nauk. USSR. 294 S. (ukrainisch).

K a r p a t ś k a U k r a ï n a. Geografija — Istorija — Kul'tura (Karpatenukraine. Geographie — Geschichte — Kultur.) Lemberg 1939. Ukraïnśkyj Vydavnyčyj Instytut. 160 S.

K a t a l'o g v y d a ń U k r a ï n ś k o h o N a u k o v o h o I n s t y t u t u v V a r š a v i. 1930—1938. (Katalog der Ausgaben des Ukrainischen Wissenschaftlichen Institutes in Warschau 1930—1938.) Warschau 1938. 40 S.

K r u p n y c k y j, B. Geschichte der Ukraine. Leipzig 1939. Harrassowitz. 320 S.

Lakota, H. Try synody peremyški j eparchijal'ni postanovy valjavški v 17—19 st. (Drei Synoden von Peremyšl' und diözesale Beschlüsse von Valjava im 17.—19. Jh.) Peremyšl' 1939. Verlag „Eparchijal'na pomič". 176 S.

Ločmel', I. F. Osvoboždenie Belorussii ot belopol'skich okkupantov, 11. 7. 1920. (Die Befreiung Weißrußlands von den weißgardistischen polnischen Besatzungstruppen.) Minsk 1939. Gizbel. 52 S.

Očerki po istorii Ukrainy. (Geschichte der Ukraine.) Hg. S. N. Belousov. Bd. 1: Das Kiewer Rußland und die Feudalfürstentümer des 12. u. 13. Jh.s. 208 S. Bd. 2: K. Guslistyj: Die Ukraine unter litauischer Herrschaft und ihre Unterwerfung durch Polen, vom 14. Jh. bis 1569. Kiew 1939. 196 S.; Bd. 8: Jastrebov, I.: Die Ukraine in der ersten Hälfte des 19. Jh.s. 276 S. Kiew 1939. Izd. Akad. Nauk USSR.

Ogloblin, A. P. Ukraina vo vremja Petra I. (Die Ukraine zur Zeit Peters I.) Kiew 1939. Izd. Akad. nauk. 60 S. (ukrainisch).

Onatskyj, E. Studi di storia e di cultura ucraina. Con prefazione di Luigi Salvini. Roma 1939. Verlag "U.P.S.R." 176 S.

Osipov, K. Bogdan Chmel'nickij. Moskau 1939. Molodaja gvardija. 416 S.

Podorožnyj, N. E. Osvoboditel'naja vojna ukrainskogo naroda. (Der Freiheitskampf des ukrainischen Volkes. [1648—1654.]) Moskau 1940. Voenizdat. 88 S.

Premisler, I. M. Krasnaja gvardija na Ukrainy. (Die Rote Garde in der Ukraine. [Dokumente.]) Kiew 1939. Izd. Akad. nauk USSR. XII+232 S.

Sidobre, A. Les problèmes ukrainiens et la paix européenne. Paris 1939. 77 S.

Steber, Ch. L'Ukraine: son histoire, ses richesses. Paris 1939. Bureau d'Éditions. 81 S.

Tsouloukidse, M. Die Ukraine. Leipzig 1938. Goldmann. 107 S.

Zvit Ukraïnškoho Naukovoho Instytutu, za čas 13. III. 1935—15. I. 1939. (Bericht des Ukrainischen Wissenschaftlichen Institutes für die Zeit 13. III. 1935—15. I. 1939.) Warschau 1939. 18 S.

e) Russisch-Asien*).

[Armenien.] Očerki po istorii iskusstva Armenii. (Skizzen zur Geschichte der armenischen Kunst.) Moskau 1939. Iskusstvo. 106 S.

Arutjunjan, A. A. Krest'janskie dviženija v Armenii v pervoj četverti XVII veka. (Die Bauernbewegung in Armenien in dem ersten Viertel des 17. Jh.s.) Erivan' 1939. Akad. nauk SSSR. Armjan. filial. 72 S.

Brajnin, S., Timofeev, N. Amangel'dy Imanov vožd' vosstanija 1916 g. v Kazachstane. (Amangel'dy Imanov, der Führer des Aufstandes in Kazachstan 1916.) Alma-Ata 1939. Kazizdat. 106 S.

Buzurbaev, G. U. Krest'janskie volnenija v Altajskom okruge v 1905—1907 g. (Die Bauernunruhen im Altajgebiet 1905—1907.) Novosibirsk 1939. Novosibgiz. 108 S.

Chaptev, P. T. Nacional'noe dviženie v Burjatii v period pervoj russkoj revoljucii. (Die Nationalbewegung in Burjätien zur Zeit der ersten russischen Revolution.) Ulan-Ulė 1938. Burgosizdat. 150 S.

---

*) Einschließlich der Werke über die türkischen und finnischen Völkerschaften des europäischen Rußlands.

Charadze, R. Perežitki bol'šoj sem'i u svanov. (Überreste der Großfamilie bei den Svanen.) Tiflis 1939. Izd. Akad. nauk SSSR. VIII+ 134 S.

Džurabaev, G. Giljan. [Der Kampf mit den Basmači 1925.] Taškent 1939. Goslitizdat USSR. 40 S.

Essabalian. Das armenische Volk im Wandel der Jahrhunderte. Wien 1939. Mechitharisten-Druckerei. 88 S.

Geraklitov, A. A. Alatyrskaja mordva. Po perepisjam 1624—1721. (Die Mordvinen des Alatyrgebietes. Nach den Registrierungen von 1624—1721.) Saransk 1938. Mordgiz. 114 S.

Girčenko, B. P. Russkie i inostrannye putešestvenniki XVII, XVIII i pervoj poloviny XIX vekov o burjat-mongolach. (Russische und ausländische Reisenden des 17., 18. und der ersten Hälfte des 19. Jh.s über die Burjat-Mongolen.) Ulan-Ulė 1939. Burgiz. 92 S.

Ivanov, M. S. Babidskie vosstanija v Irane. (Die Aufstände der „Bab"-Anhänger im Iran. ([1848—1852.]) Moskau 1939. Izd. Akad. nauk SSSR. 176 S.

Ivanov, P. P. Archiv chivinskich chanov XIX v. (Das Archiv der Khane von Chiva im 19. Jh.) Leningrad 1940. Publ. b-ka im. M. E. Saltykova-Ščedrina, otd. rukopisej. 290 S.

Kudrjavcev, F. A. Vosstanija Krest'jan, posadskich i kazakov Vostočnoj Sibiri v konce XVII veka. (Die Aufstände der Bauern, Posadleute und Kosaken Ostsibiriens am Ende des 17. Jh.s.) Irkutsk 1939. Irkut. obl. izd. 100 S.

Kuprjaškin, T., Samarkin, V. 1917 god v Mordovii. (Das Jahr 1917 im Gebiet der Mordvinen.) Saransk 1939. Mordgiz. 64 S.

Latyšev, N. N. Udmurty nakanune reform. (Die Udmurten am Vorabend der Reformen.) Iževsk 1939. Udmurtgosizdat. 184 S.

Lordkipanidze, Ja. Nižnjaja Kartvelija v pervoj četverti XVIII stoletija. (Unter-Kartvelien im ersten Viertel des 18. Jh.s.) Bd. 3, 4. Tiflis 1938. Izd. Gruz. filiala Akad. nauk. 524 S.

Magomedov, P. Bor'ba gorcev za nezavisimost' pod rukovodstvom Šamilja. (Der Kampf der Bergstämme unter Führung Šamils. Machač-Kalė 1939. Daggiz. 132 S.

Materialy po ėkonomičeskoj istorii Gruzii. (Quellen zur Wirtschaftsgeschichte Georgiens.) Bd. 1. Hg. Berdzenišvili. Tiflis 1938. Izd. Gos. universiteta. IV + 400 S.

Meunargia, I. Poslednyj period Mingrel'skogo knjažestva i David Dadiani. (Die letzte Periode des mingrelischen Fürstentums und David Dadiani.) Tiflis 1939. Gruz. Kraeved. ob-vo. XVI + X 192 S.

Muschelišvili, L. Tipik (ustav) Vachanskogo monastyrja, XIII veka. (Die Kloster- und Gottesdienstordnung des Klosters von Vachan, 13. Jh.) Tiflis 1939. Akad. nauk SSSR. 132 S. (georgisch).

Nikul'šin, N. P. Pervobytnye proizvodstvennye ob-edinenija i socialističeskoe stroitel'stvo u ėvenkov. (Die ursprünglichen Produktionsgemeinschaften und die sozialistische Ordnung bei den Evenki [Tungusen].) Leningrad 1939. Izd. Glavsevmorputi. 144 S.

Noboru Hidaka. Manchoukuo-Soviet Border Issues. Hsinking 1938. Manchouria Daily News. 261 S.

Obzor istočnikov po istorii Azerbajdžana. (Übersicht über die Quellen zur Geschichte Aserbaidschans.) Baku 1939. Izd. AzFAN. 28 S.

Piotrovskij, B. B. Urartu. Drevnejšee gosudarstvo Zakavkaz'ja. (Urartu. Der älteste Staat Transkaukasiens.) Leningrad 1939. Gos. Ermitaž. 58 S.

Piotrovskij, B. B. Višapy. Kamennye statui v gorach Armenii. (Višapy. Die steinernen Statuen in den Bergen Armeniens.) Leningrad 1939. Akad. nauk, Armjan. filial. 40 S.

Steber, Ch. L'Asie Centrale Soviétique et le Kazakhstane. Paris 1939. Éditions Sociales Internationales. 301 S.

Svirin, A. S. Miniatjura Drevnej Armenii. (Die Miniatur im alten Armenien.) Moskau 1939. Iskusstvo. 148 S.

[Turkmenien.] Architekturnye pamjatniki Turkmenii. (Die Architekturdenkmäler Turkmeniens.) Hg. N. M. Bačinskij. Bd. 1. Moskau 1939. Akad. architektury SSSR. 128 S.

[Turkmenien.] Materialy po istorii turkmen i Turkmenii. (Material zur Geschichte der Turkmenen und Turkmeniens.) Bd. 1: Arabische und persische Quellen zum 7.—15. Jh. Hg. A. A. Romaskevič u. A. Ju. Jakobovskij. Moskau 1939. Izd. Akad. nauk SSSR. 612 S.

Zakarij Akulisskij. Dnevnik. (Tagebuch [eines armenischen Kaufmanns des 17. Jh.s.]) Akad. nauk, Armjan. filial. Erivan' 1939. 160 S.

Žerebcov, B. Staraja Sibir' v vospominanijach sovremennikov. (Das alte Sibirien in den Erinnerungen von Zeitgenossen.) Irkutsk 1939. Irkut. obl. izd. XII+194 S.

VII. Ungarn.

Bajcsy-Zsilinszky, E. Mátyás király. (König Matthias Corvinus.) Budapest o. J. Athenaeum.

Deér, J. Pogány magyarság — keresztény magyarság. (Heidnisches Ungartum — christliches Ungartum.) Budapest 1938. Egy. Ny. 271 S.

Farkas, J. v. Der Freiheitskampf des ungarischen Geistes, 1867—1914. Berlin 1940. W. d. Gruyter. 280 S.

Földy, J. Világostól Josephstadtig. (Von Világos bis zur Josephstadt.) Hg. I. Balassa. Budapest 1939. Egy. Ny. 323 S.

Gyömrei, S. — Vértesy, M. Baross Gábor. Budapest 1937. Athenaeum. 184 S.

Horváth, I. A magyar kérdés a XX. században. (Die ungarische Frage im 20. Jh.) I. Felelősség a világháborúért és a békeszerződésért. (Verantwortung für den Weltkrieg und den Friedensvertrag.) 453 S. II. A trianoni békeszerződés megalkotása és a revizió útja. (Der Friedensvertrag von Trianon und der Weg der Revision.) 568 S. Budapest 1939. M. T. Akadémia.

Juhász, C. Das Tschanad-Temeschvarer Bistum während der Türkenherrschaft 1552—1679. Dülmen i. W. 1938. Laumann. 355 S.

Kósa, J. Pest és Buda elmagyarosodása 1848-ig. (Die Madjarisierung Pests und Ofens bis 1848.) Budapest. Apollo Nr. 7. 277 S.

Révész I. Magyar református egyháztörténet. (Kirchengeschichte der Reformierten in Ungarn.) Bd. I, 1520—1608. Debrecen 1938. 408 S.

VIII. Südosten.

Barkan, Ö. L. Les formes de l'organisation du travail agricole dans l'empire ottoman du XVe et XVIe siècle. Konstantinopel 1939. Université. 46 + 31 S.

Bibliographie Balkanique 1938. Hg. L. Savadjan. Bd. 8. Paris 1939. Société Générale d'Imprimeries et d'Éditions. 176 S.

Grumpelt, W. Die deutsche Politik in der Zeit der Bosnischen Krisis. In der Hauptsache auf Grund der deutschen und österreichischen Akten dargestellt. Altenburg Thür. 1939. (Diss.) Bonde. 104 S.

Korsun, N. Balkanskij front mirovoj vojny 1914—1918 g. (Die Balkanfront im Weltkrieg 1914—1918.) Moskau 1939. Voenizdat. 124 S.

Lascaris, M. Salonique à la fin du XVIIIe s. d'après les rapports consulaires français. Athen 1939. Flamma. 73 S.

Medlicott, W. N. The Congress of Berlin and after. London 1938. Methuen. 246 S.

Vlădescu, A. O. L'Entente balkanique. Bukarest 1939. Le Moment. 100 S.

a) Südslawien.

Mal, J. Probleme aus der Frühgeschichte der Slowenen. Laibach 1939. Nova Založba. 174 S.

Prasca, S. V. La Jugoslavia. Milano 1939. Fratelli Treves. 228 S.

Schilling, K. Die Entstehung des südslawischen Staates. Eine völkerrechtliche Studie. Dresden 1939. Dittert. VII + 167 S.

Toscano, M. La Serbia e l'intervento in guerra dell'Italia. Milano 1939. Giuffrè. 152 S.

c) Rumänien.

Andronescu, M. Repertoriul documentelor Țării-Românești publicate până azi. I. 1290—1508. (Repertorium der bis heute veröffentlichten Urkunden der Walachei. I. 1290—1508.) „Școala de arhivistică și paleografie, Cursul de diplomatică", Bd. 8. Bukarest — Vălenii-de-Munte 1937. Datina Românească. 234 S.

Bălan, T. Dimitrie Onciul (1856—1923). Tschernowitz 1938. Metropolie. 180 S.

Brătianu, J. G. Acte și cuvântări publicate de G. Marinescu și C. Grecescu. (Akten und Reden, veröffentlicht von G. Marinescu und C. Grecescu.) Bd. I Teil 1 (Juni 1848—Dezember 1859). XLVII+508 S. Bd. 7 (15. November 1881—31. Mai 1882). IX+402 S. Așezământul cultural J. C. Brătianu Nr. 38, 42. Bukarest 1938, 1939. Cartea Romanească.

Brătianu, I. G. Les origines du peuple roumain: les données archéologiques. Bukarest 1939. Monitorul Oficial. 56 S.

Carol I. Cuvântările regelui Carol I. 1866—1914. Ediție îngrijită de C. C. Giurescu. (Die Reden König Karls I. 1866—1914. Hg. C. C. Giurescu.) 2 Bde. Bukarest 1939. Fundația Regele Carol I. 467+530 S.

Charlé, K. Die Eiserne Garde. Eine Darstellung der völkischen Erneuerungsbewegung in Rumänien. (Schriften des Instituts für Politik und internationales Recht an der Universität Kiel. N. F. Bd. 3.) Berlin, Wien 1939. Deutscher Rechtsverlag. 112 S. (Diss.)

Codreanu, S. Z. Eiserne Garde. Berlin 1939. Brunnen-Verlag Bischoff.

Diaconescu, E. Gambetta și situația Românilor în orientul Europei. (Gambetta und die Lage der Rumänen in Osteuropa.) Jași 1939. Brawo. 20 S.

Ebel, E. Rumänien und die Mittelmächte von der russisch-türkischen Krise 1877/78 bis zum Bukarester Frieden vom 10. August 1913. (Historische Studien. H. 351.) Berlin 1939. Ebering. 244 S.

Filitti, C. J. Alegerea dela 24 Januarie 1859. (Die Wahl vom 24. Januar 1859.) Bukarest 1938. Lupta. 16 S.

Folberth, O. Stefan Ludwig Roth şi legăturile lui cu Românii. (Stephan Ludwig Roth und seine Beziehungen zu den Rumänen.) Mediasch 1939. Lanuri. 15 S.

Fotino, G. Din vremea renaşterii naţionale a ţării româneşti. Boerii Goleşti. Scrisori adnotate şi publicate. (Aus der Zeit der nationalen Wiedergeburt Rumäniens. Die Goleşti. Kommentierte Briefe.) Bd. 2: 1834—1849. Bukarest 1939. Imprimeria Naţională. 414 S.

Fotino, G. Discursurile lui J. J. C. Brătianu. (Die Reden J. J. C. Brătianus.) Bd. 3: (1. Januar 1909—19. Dezember 1912.) Aşezământul cultural J. J. C. Brătianu. Bukarest 1939. VIII+559 S.

Holban, Th. Documente româneşti din arhivele franceze 1801—1812. (Rumänische Akten aus französischen Archiven, 1801—1812.) Studii şi cercetări Nr. 33. Bukarest 1939. Imprimeria Naţională.

Jorga, N. Istoria Bucureştilor. (Geschichte der Stadt Bukarest.) Bukarest 1939. Monitorul Oficial. 397 S

Jorga, N. Memorii. (Erinnerungen.) Bd. 7: Sinuciderea partidelor. 1932—1938. (Der Selbstmord der Parteien. 1932—1938.) Vălenii-de-Munte 1939. Datina Românească. 46 S.

Jorga, N. Neamul românesc în Ardeal şi ţara ungurească la 1906. (Das Rumänentum in Siebenbürgen und Ungarn im Jahre 1906.) Bukarest 1939. Lupta. 472 S.

Juvara, G. Titu Maiorescu. Fragmente de istorie politică. (Titus Maiorescu. Bruchstücke politischer Geschichte.) Bukarest 1938. Tirajul. 92 S.

Manuilă, S. La population de la Dobroudja. Bukarest 1938. Monitorul Oficial. 148 S.

Müller, G. E. Die mittelalterlichen Verfassungs- und Rechtseinrichtungen der Rumänen des ehemaligen Ungarn. Hermannstadt 1938. Selbstverlag. 47 S.

Nistor, I. Vechea graniţă de Nord a Moldovei. (Die alte Nordgrenze der Moldau.) Vălenii-de-Munte 1939. Datina Românească. 18 S.

Oudard, G. La reine Marie de Roumanie. Paris 1939. Plon. 96 S.

Petraşcu, N. N. Evoluţia politică a României în ultimii douăzeci de ani (1918—1938). (Die politische Entwicklung Rumäniens in den letzten 20 Jahren 1918—1938). Bukarest 1939. Bucovina. 168 S.

Potra, G. Contribuţiuni la istoricul ţiganilor din România. (Beiträge zur Geschichte der Zigeuner in Rumänien.) Bukarest 1939. Fundaţia Regele Carol I. 376 S.

Schina, C. M. Mackensen vorbeşte. (Mackensen spricht.) Bukarest o. J. Lupta. 28 S.

Schuster, H. Die Judenfrage in Rumänien. Leipzig 1939. Meiner. XI+244 S.

Taşcă, Gh. România în urma conferinţei dela München. (Rumänien nach der Konferenz von München.) Bukarest 1938. Litera creştină. 32 S.

Tătărescu, Şt. Contribuţiuni germane la Unirea Principatelor. Relatările baronului von Richthofen, trimisul extraordinar în comisiunea europeană pentru principate (1856—57). (Deutsche Beiträge zu der Vereinigung der Fürstentümer. Die Berichte des Freiherrn von Richthofen,

außerordentlichen Gesandten des Königs von Preußen in der europäischen Kommission für die Fürstentümer (1856—57.) Bukarest 1939. Cartea Românească. 120 S.

Theil, K. H. Rumänien-Land im Werden. Der Aufstieg eines Volkes. Berlin 1938. Stollberg. 92 S.

d) Albanien.

Busch-Zantner, R. Albanien. Leipzig 1939. Goldmann. 224 S.

IX. Der deutsche Osten.

Arz, G. Die Matrikeln der evangelischen Gemeinden A. B. in Siebenbürgen. Berlin 1939. Grenze und Ausland. 43 S.

Baltische Lande. Bd. 1: Ostbaltische Frühzeit. X + 499 S. Bd. IV, Liefg. 1: Der Bolschewismus und die baltische Front 1918/19. 104 S. Leipzig 1939. Hirzel.

Brandsch, H. Die siebenbürgisch-sächsische Schule in ihrem Werden. Schäßburg 1938. Fr. J. Horeth. 32 S.

Craemer, R. Deutschtum im Völkerraum. Bd. 1. Stuttgart 1938. Kohlhammer. X+420 S.

Das Revaler Geleitsbuch 1515—1626. Hrsg. von N. Essen u. P. Johansen. T. 1. (Publikationen aus dem Stadtarchiv Tallinn.) Reval 1939. Tohver. 328 S.

Falk, E. Das Burgenland im Blickfeld tschechischer Großherrschaftspläne. (Schriftenreihe d. Stadt d. Auslandsdeutschen, 5.) Stuttgart, Berlin 1939. Kohlhammer. V+103 S. (Diss.)

Grimm, C. Jahre deutscher Entscheidung im Baltikum 1918/19. Essen 1939. Essener Verlags-Anstalt. XXI+514 S.

Kauder, V. Das Deutschtum in Polen. Leipzig 1939. Hirzel. XXIII+112 S.

Mattiesen, O. H. Die Kolonial- und Überseepolitik der Kurländischen Herzöge im 17. und 18. Jahrhundert. (Schriftenreihe der Stadt der Auslandsdeutschen, Bd. 6.) Stuttgart 1940. Kohlhammer. XLIII+1016 S.

Meltzer, F. Die Ostraumpolitik König Johanns von Böhmen. (Beiträge zur mittelalterlichen u. neueren Geschichte; Bd. 12.) Jena 1940. G. Fischer. XXXII+406 S.

Nehmiz, H. Besiegelung der Schlesischen Herzogsurkunden. (Veröffentl. d. Hist. Kom. f. Schlesien. II. Reihe: Forschungen zum Schlesischen Urkundenbuch, Bd. 1.) Breslau 1939. Priebatsch. 85 S.

Petri, H. Geschichte der evangelischen Gemeinde zu Bukarest. (Beiträge zur Kenntnis des Deutschtums in Rumänien, Nr. 2.) Leipzig 1939. Hirzel. VIII+182 S.

Rimscha, H. v. Die Staatswerdung Lettlands und das Baltische Deutschtum. Riga 1939. Plates. 175 S.

Rosenberg, A. C. G. Bürgerbuch der Stadt Dorpat 1719—1797. (Aus d. Inst. f. wissenschaftl. Heimatforschung a. d. livländischen gemeinnützigen u. ökonomischen Sozietät, Mitt. 11.) Dorpat 1938. Krüger. 45 S.

Roth, St. L. Gesammelte Schriften und Briefe. Hg. O. Folberth. 6. Bd.: Der Schwabenkönig. Briefe, Tagebücher und Reden aus den Jahren 1837—47. Hermannstadt 1939. Krafft und Drotleff. 279 S.

Schmidt, A. v. Die Pastoren Oesels seit der Reformation. (Abhandlungen d. Instituts f. wissenschaftl. Heimatforschg. Bd. 5.) Dorpat 1939. I. G. Krüger.

Stach, J. Das Deutschtum in Sibirien, Mittelasien und dem Fernen Osten von seinen Anfängen bis in die Gegenwart. (Schriftenreihe d. Stadt d. Auslandsdeutschen, Heft 3.) Stuttgart 1938. W. Kohlhammer. VIII+294 S.

Stökl, G. Die deutsch-slavische Südostgrenze des Reiches im 16. Jh. (Schriften des Osteuropa-Institutes zu Breslau, N. R., H. 12.) Breslau 1940. Priebatsch. 278 S.

Wittram, R. Geschichte der baltischen Deutschen. Grundzüge und Durchblicke. Stuttgart 1939. Kohlhammer. VII+245 S.

X. Protektorat Böhmen und Mähren.

(Tschechen.)

Dérer, I. Tschèques et Slovaques. Paris 1938. Bossuet. 160 S.

Oman, C. Elizabeth of Bohemia. London 1938. Hodder and Sloughton. 500 S.

Scrimali, A. La Ruthénie subcarpathique et l'État tchécoslovaque. Paris 1938. La Technique du Livre. 94 S.

Turek, A. Charvatská kolonisace na Moravě. (Die kroatische Kolonisation in Mähren.) Brünn 1937. 68 S. (M. dtsch. Zsfg.)

Vogl, K. Die Burg in Böhmen bis zum Ende des 12. Jahrhunderts. (Forschungen zur Sudetendeutschen Heimatkunde. H. 8.) Reichenberg 1938. Kraus. 126 S.